

Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 144

Daniela Gniss

Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986

Eine Biographie

Droste Verlag · Düsseldorf 2005

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert
die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien.



Copyright © 2005 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2005
ISBN 3-7700-5264-1

Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Wintersemester 2002/2003 vom Fachbereich für Geschichte und Philosophie der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main angenommen wurde.

Im Laufe der Abfassung dieses Buches wurde mir von vielen Seiten sachkundige Hilfe und Unterstützung gewährt. In erster Linie möchte ich hierbei Frau Professor Dr. Marie-Luise Recker nennen, die die Arbeit angeregt hatte und mich im Verlauf ihrer Erstellung stets tatkräftig unterstützte. Dank schulde ich ferner der Gerda Henkel Stiftung. Durch ein mehr als eineinhalbjähriges Stipendium wurde mir die Fertigstellung der vorliegenden Arbeit erst ermöglicht.

Meine (ehemaligen) Kollegen des Lehrstuhls für Zeitgeschichte der Johann Wolfgang Goethe-Universität haben sich mir im Laufe der Beschäftigung mit dem Lebensweg Eugen Gerstenmaiers als unverzichtbare Stütze erwiesen. Für ihre konstruktiven Ratschläge, ihre kritische Lektüre und freundschaftliche Unterstützung schulde ich vor allem Doris Eizenhöfer, Oliver Gnad, Andrea von Lucke, Dr. Carl-Wilhelm Reibel und Frank Sommer großen Dank. Ferner möchte ich besonders Frau Margareta Konze für ihre Hilfe und das mühsame Korrekturlesen unter Zeitdruck danken.

Ein besonderes Wort des Dankes gebührt darüber hinaus den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der zahlreichen Archive und parteiennahen Stiftungen, die ich im Verlauf meiner Recherche aufgesucht habe. Mit Geduld und fachkundigen Ratschlägen begleiteten sie meine Akteneinsicht. Ausdrücklich möchte ich in diesem Zusammenhang den Mitarbeiterstäben des Archivs für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin sowie des Bundesarchivs in Koblenz und Berlin für diese Kooperation danken.

Zu Dank verpflichtet bin ich auch der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, namentlich ihrem Präsidenten Herrn Professor Dr. Klaus Hildebrand und ihrem Generalsekretär Herrn Dr. Martin Schumacher, für die Aufnahme in ihre Schriftenreihe und für die Unterstützung bei der Drucklegung.

Die Fertigstellung dieses Buches wäre ohne den fortwährenden Rückhalt und die Unterstützung meiner Familie und von Jacqueline Matthews nicht möglich gewesen. Sie haben mich in meinem Vorhaben stets bestärkt und maßgeblich dazu beigetragen, daß ich die Arbeit zu einem guten Ende führen konnte. Ihnen – und in besonderem Maße dem Andenken meiner Großeltern – ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt, im Dezember 2003 *Daniela Gniss*



Blick aus dem Reichstag auf Mauer und Brandenburge Tor, 1965
Skala Nr. 4, 1965
ACDP-Bildarchiv, Sankt Augustin

Inhalt

Vorwort 5

Einleitung
1. Thema 11
2. Forschungsstand 15
3. Quellen 18
4. Struktur der Arbeit 22

Erstes Kapitel
Herkunft und Jugendzeit 25
1. Die Großfamilie 25
2. Das Leben als Kaufmannsstift 28
3. Rückkehr auf die Schulbank 32

Zweites Kapitel
Abschied von Kirchheim 37
1. Tübinger Intermezzo 37
2. Studium in Rostock 39
3. Distanz zu Deutschland – Das Züricher Gastsemester 49
4. Wieder in Rostock 54
5. Vikariat in Gaildorf 59

Drittes Kapitel
Im Kirchlichen Außenamt 62
1. Von Gaildorf nach Berlin 62
2. Im Dienst der Ökumene 67
3. Der Kampf um die Dozentur 81
4. Entscheidung für das Außenamt 89
5. Kirchliche Auslandsarbeit im Zeichen des Krieges 96
6. Kontaktpflege mit den orthodoxen Kirchen 104
7. Im Abseits 115

Viertes Kapitel
Der Aufstand des Gewissens 121
1. Im Widerstand 121
2. Die Kreisauer Zusammenkünfte 131
3. Der 20. Juli 1944 139
4. Im Namen des Deutschen Volkes! 144

Fünftes Kapitel
Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche 153
1. Zurück in der Freiheit 153
2. Die Konferenz in Treysa 164
3. Anfang kirchlicher Hilfsarbeit in Stuttgart 171
4. Expansion der Hilfswerksarbeit 189

Sechstes Kapitel
Wechsel in die Politik 203
1. Hilfswerksarbeit und Politik 203
2. Bundestagswahlkampf 212
3. Der Parlamentarier 221
4. Zwischen Stuttgart und Bonn 238

Siebtes Kapitel
Betätigungsfeld Außenpolitik 247
1. Politik der Westbindung 247
2. Ostpolitische Initiativen 274
3. Im Europarat 279

Achtes Kapitel
Vom Abgeordneten zum Bundestagspräsidenten 295
1. Holpriger Beginn einer neuen Ära 295
2. »Die Würde des Parlaments wahren ...« 306
3. Der »Lange Eugen« 320

Neuntes Kapitel
Zwischen Parteipolitik und zweithöchstem Staatsamt 326
1. Anwalt des freiheitlichen Parlamentarismus 326
2. Repräsentant des deutschen Parlaments im Ausland 338
3. Außenpolitische Initiativen 350
4. Der Bundestagspräsident als Parteipolitiker 374
5. Unerfüllte Hoffnungen 393

Exkurs
Ein »Feind der sozialistischen Staaten« 418
1. Ruhe vor dem Sturm 418
2. Die Kampagne in den Jahren 1954 bis 1959/1960 419
3. Im Visier der Staatssicherheit 423
4. »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« 436

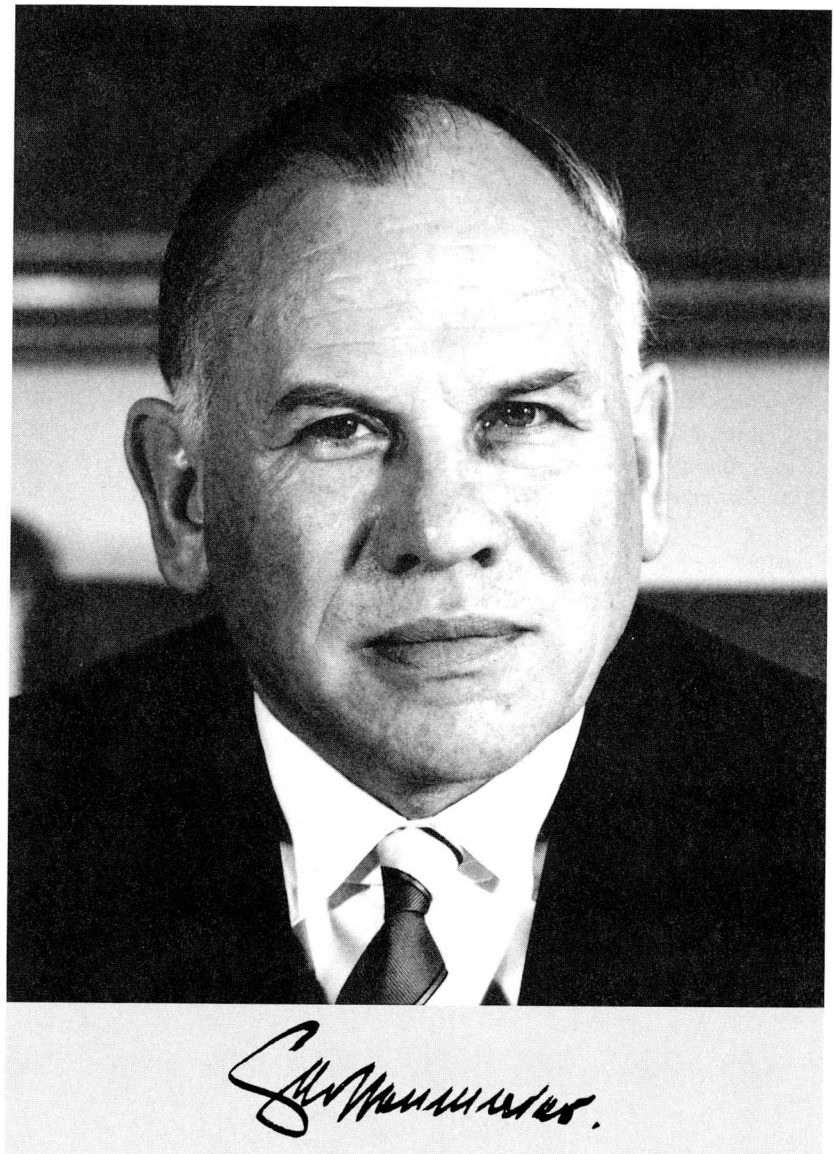
Zehntes Kapitel
Rückzug aus der Politik 442
1. Der Rücktritt 442
2. Rückzug ins Privatleben 453

Schlußbetrachtung 468

Verzeichnisse
a) Abkürzungen 476
b) Bildnachweis 477

Quellen und Literatur
A. Ungedruckte Quellen 478
B. Gedruckte Quellen und Literatur 483
a) Publikationen Eugen Gerstenmaiers (Auswahl) 483
b) Aktenpublikationen, Editionen und Monographien 484

Register 506



ACDP-Bildarchiv, Sankt Augustin

Einleitung

1. Thema

Die Geschichtsschreibung widmet dem Individuum als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung zunehmend mehr Aufmerksamkeit. Die der Biographie einstmals entgegengebrachten Vorbehalte gehören der Vergangenheit an, nachdem man damit begonnen hatte den methodischen Rahmen des Genres in der Geschichtswissenschaft abzustecken.[1] Damit konnte auch der Kritik begegnet werden, die sich seit den sechziger Jahren überwiegend gegen biographische Skizzen mit hagiographischen Zügen und Veröffentlichungen unter dem Leitgedanken »Männer machen die Geschichte«[2] gerichtet hatte. Die lange Jahre geübte Praxis, den Primat der Strukturgeschichte zu verteidigen[3], war der Einsicht um den historischen Erkenntnisgewinn durch eine personalisierte Form der Geschichtsschreibung gewichen.[4] Die Vielzahl an wissenschaftlichen Biographien deutscher Politiker, die in den letzten zwei Jahrzehnten vorgelegt wurde, ist Ausdruck der Wertschätzung für diese Darstellungsform, die das »eigentümliche Zusammenspiel persönlich-subjektiver Faktoren und außerpersönlich-objektiver Lebensmächte«[5] vereinigt.

Die Auseinandersetzung mit den theoriespezifischen Aspekten der Biographieforschung verdeutlicht neben den Vorteilen dieses Genres zugleich auch dessen Grenzen. Eine quellenkritische Biographie eröffnet die Chance, aus einem individuellen Blickwinkel heraus die Epoche des zu Porträtierenden zu beleuchten. Die zu beschreibende Person wird nicht nur durch ihre Vita vorgestellt, sondern tritt zugleich als Repräsentant ihrer Zeit in Erscheinung.[6] Die biographische Darstellung erlaubt es deshalb, ereignisgeschichtliche Fakten mit dem Denken und Wirken eines Individuums zu verknüpfen.

Welche Tiefenschärfe dieser Erkenntnisansatz aufweist, hängt – wie bei jeder Form der Geschichtsschreibung – von Qualität und Quantität des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials ab. Doch selbst bei einem reichhaltigen Fundus an

---

[1] Zur Diskussion über die Biographieforschung in den Geschichtswissenschaften vgl. O. Hähner, Historische Biographik, 1999, bes. S. 4–8.

[2] H. von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 1, 1897, S. 28.

[3] So definierte Kocka Ende der siebziger Jahre die historische Beschäftigung mit einem Individuum als »Sonderfall der geschichtswissenschaftlichen Kausalproblematik«. J. Kocka, Persönlichkeit und Struktur als methodologisches Problem der Geschichtswissenschaft, in: M. Bosch (Hg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, 1977, S. 167 (S. 152–169).

[4] Vgl. dazu: H. Röckelein (Hg.), Biographie als Geschichte, 1993, bes. S. 17–21.

[5] Hähner bezieht sich in dieser Definition auf Theodor Schieder. Vgl. O. Hähner, Biographik, 1999, S. 5.

[6] Zu Biographien in der Geschichts- und Politikwissenschaft vgl. A. Mohr, Die Rolle der Persönlichkeit in politischen Institutionen, in: BIOS, H. 2 (1990), S. 225–236 (bes. S. 234).

Schriftgut kann die zu porträtierende Person niemals in ihrer Komplexität erfaßt werden.[7] Das Unterfangen, einen Lebensweg aus der Retrospektive nachzuzeichnen, stößt spätestens an der zwangsläufig nur partiellen Kenntnis über die psychologische Verfaßtheit des »Forschungsobjektes« an ihr Limit.[8] Der Anspruch, durch eine narrative und chronologisch gegliederte Biographie einen kohärenten Lebenslauf erstellen zu können, ist deshalb nicht einlösbar.[9] Ziel ist es, die Charakteristik der Person durch die möglichst umfassende Darstellung ihres intentionalen Handelns sowie der Einbettung ihrer Vita in den geschichtlichen Kontext herauszuarbeiten. Dazu ist es auch notwendig, die Sozialisation und die den Lebenslauf prägenden generativen Strukturen[10] aufzuzeigen.

Der in der Biographieforschung erhobenen Forderung nach allgemeingeschichtlicher Relevanz[11] folgend, konzentrierte sich die Geschichtsschreibung zunächst auf die Schlüsselfiguren bundesdeutscher Politik. Verantwortlich für diese Prioritätensetzung war auch die meist zufriedenstellendere Quellenlage für diesen Personenkreis. Im besonderen Maße standen dabei die »Gründungsväter«[12] der Bundesrepublik im Mittelpunkt. Bislang weniger Beachtung fanden hingegen die Funktionsträger der sogenannten zweiten Reihe innerhalb des demokratischen Regierungssystems. Allerdings erlaubt gerade die Betrachtung der Lebensläufe dieser Politiker und Politikerinnen eine Analyse der Gestaltungsmöglichkeiten, die der Parlamentarismus bundesdeutscher Prägung den Bundestagsabgeordneten gewährt, die nicht an den Schaltstellen der Macht sitzen.[13]

Eugen Gerstenmaier zählt zu dieser Parlamentariergruppe, deren politischer Handlungsspielraum hinter dem von Kabinettsmitgliedern und vor allem dem des Kanzlers zurückstand. Dennoch ist das facettenreiche Leben des Politikers aufgrund seiner Ausübung des protokollarisch zweithöchsten Amtes in der Bundesrepublik und der Vielzahl seiner Wirkungsfelder besonders interessant. Seine Vita beinhaltet

---

[7] Zur Definition von biographischer »Totalität« siehe: E. Engelberg/H. Schleier, Zu Geschichte und Theorie der historischen Biographie, in: ZfG, 38. Jg. (1990), H. 3, S. 195–217.

[8] Siehe dazu: H. Röckelein, Beitrag der psychohistorischen Methode zur »neuen historischen Biographie«, in: H. Röckelein, Biographie als Geschichte, 1993, S. 17–38.

[9] Zur Kritik des chronologischen Biographieansatzes siehe: P. Bourdieu, Die biographische Illusion, in: BIOS, H. 1 (1990), S. 75–81. Auch wird die Schilderung der Wesenszüge des zu Porträtierenden von dem unvermeidlicherweise subjektiven Verhältnis des Autors/der Autorin zum Forschungsgegenstand bestimmt.

[10] Die generative Differenzierung am Beispiel der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts erläutert ausführlich: W. Fischer-Rosenthal, Schweigen – Rechtfertigen – Umschreiben, in: W. Fischer-Rosenthal/P. Alheit (Hg.), Biographien in Deutschland, 1995, S. 43–86.

[11] Nach le Goff ist es das Ziel einer Biographie die »allgemeine historische Bedeutung eines individuellen Lebens« aufzuzeigen. J. le Goff, Wie schreibt man eine Biographie, in: Der Historiker als Menschenfresser, 1990, S. 105 (S. 103–125).

[12] Hier sei nur auf einige neuere Arbeiten verwiesen: V. Hentschel, Ludwig Erhard – ein Politikerleben, 1996; H. Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, 1994; R. Morsey, Heinrich Lübke, 1996; H.-P. Schwarz, Adenauer, 2 Bde., 1994 sowie P. Weber, Carlo Schmid, 1996.

[13] Aus der begrenzten Anzahl monographischer Studien über diesen Personenkreis vgl. Ch. Henzler, Fritz Schäffer, 1994; M. Speich, Kai-Uwe von Hassel, 2001 sowie U. Wengst, Thomas Dehler, 1997.

die großen historischen Zäsuren der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts vom Kaiserreich bis zur Gründung der Bundesrepublik. Als prägendes Element erwies sich für den 1906 geborenen Gerstenmaier dabei die Verankerung im Protestantismus. Die christliche Grundüberzeugung in Verbindung mit der während der Weimarer Republik beginnenden politischen Sozialisation formte sein Wertesystem. Der Weg in den Widerstand, seine Tätigkeit für das Hilfswerk der Evangelischen Kirche nach Ende des Zweiten Weltkriegs und sein Handeln als Parlamentarier werden nur vor dem Hintergrund dieser Prägung nachvollziehbar.

Der im württembergischen Kirchheim unter Teck geborene Eugen Gerstenmaier zählte aufgrund seiner rund 14jährigen Amtszeit als Bundestagspräsident zu den einflußreichen Gestalten deutscher Parlamentsgeschichte. Über sein Wirken als zweiter Mann im Staat hinaus gehörte das ehemalige Mitglied des Kreisauer Kreises als stellvertretender Parteivorsitzender sowie Mitglied von Fraktionsvorstand und Parteipräsidium zum inneren Führungszirkel der Union. Das Wort des Adenauer-Vertrauten der frühen fünfziger Jahre, der als Experte für außenpolitische Fragen galt, hatte aber nicht nur in den eigenen Reihen Gewicht. Als Mitglied der EKD-Synode und Initiator des Evangelischen Hilfswerks verfügte er in der protestantischen Bevölkerung Deutschlands über Einfluß. Gleichwohl wirkte der dritte Präsident des Deutschen Bundestages aufgrund seiner Persönlichkeit polarisierend; gleichgültig vermochte ihm kaum jemand gegenüberzustehen. Während die Freunde Gerstenmaiers seine Intelligenz, Entschlossenheit und seine rhetorischen Fähigkeiten lobten, warfen ihm seine Kritiker ungezügeltes Temperament, Arroganz und mangelnde Kompromißfähigkeit vor.

Gerstenmaiers Einstieg in die Politik erfolgte eher zufällig und war so wohl nur im Nachkriegsdeutschland möglich, als sich das Parlament besonders offen für Quer- und Seiteneinsteiger zeigte.[14] Eugen Gerstenmaier repräsentierte darüber hinaus den Typus des unabhängigen Parlamentariers, der sich seiner Partei zwar loyal verbunden fühlte, zugleich aber unter Berufung auf §38 des Grundgesetzes bei wichtigen Fragen auf sein autonomes Entscheidungsrecht pochte. Auch war im gesamten Verlauf seiner parlamentarischen Tätigkeit bei ihm stets eine Distanz zur Politik spürbar. Besonders deutlich wurde dies durch sein Beharren auf dem formalen Fortbestand seines kirchlichen Arbeitsverhältnisses bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag.

Die Vita Gerstenmaiers ist die Darstellung einer politischen Karriere, der ein krönender Abschluß in Form eines Ministeramtes oder gar der Übernahme des Kanzlersessels versagt blieb. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, daß Gerstenmaiers Wirken in Bonn erfolglos geblieben wäre. Die seinem Rücktritt Anfang 1969 vorausgehenden Querelen um seine Person machten vielmehr deutlich, warum sich Gerstenmaiers lang gehegter Wunsch nach Übernahme des Außenministeriums nicht erfüllte. Kompromisse und Halbheiten waren nicht der Stil des

[14] Zur Sozialstruktur der Bundestagsabgeordneten in der 1. Legislaturperiode vgl. Ch. Handschell (Bearb.), Abgeordnete in Bund und Ländern, 2002, S. 250–253.

Schwaben. Vor allem dieser Charakterzug war zuvor bereits bei Gerstenmaiers Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt sowie das Hilfswerk der Evangelischen Kirche hervorgetreten. Ein Aussitzen von Problemen oder opportunistisches Handeln waren dem zuweilen ungehaltenen Kirchheimer, der mit seinem aufbrausenden Temperament und seiner ausgeprägten Individualität zahlreiche Angriffspunkte bot, nicht möglich. Die Analyse seines politischen Wirkens ist deshalb auch eine Darstellung der Auseinandersetzung eines oft unbequemen und kritischen Geistes mit der eigenen Partei.

Die Darstellung des Lebenswegs von Eugen Gerstenmaier erfolgt aus der paradigmatischen Erkenntnisperspektive.[15] Sein Leben wird diesem Ansatz zufolge im Spiegel der Zeitumstände betrachtet. Durch diesen Blickwinkel ist es möglich, die Auswirkungen der großen gesellschaftspolitischen Zäsuren des 20. Jahrhunderts in Gerstenmaiers Leben detailliert darzustellen. Als zentrales Element in Gerstenmaiers Wirken erwies sich das Verschmelzen seines kirchlichen und politischen Tätigkeitsfeldes. Kontinuitäten und Brüche in beiden Wirkensbereichen sind dabei ebenso zu thematisieren wie die Frage, in welcher Weise sich beide Arbeitsfelder befruchteten und in welchen Phasen sie miteinander kollidierten. In Fortführung dieses Ansatzes gilt es zu untersuchen, wie die parteipolitische Arbeit Gerstenmaiers kirchliches Wirken beeinflußte und – im Umkehrschluß – in welchem Maße seine starke Bindung an die EKD seine Arbeit als Parlamentarier prägte. Darüber hinaus sind bei der Darstellung der parlamentarischen Tätigkeit Gerstenmaiers generell zwei Themenbereiche zu unterscheiden: seine Arbeit als Parteipolitiker und seine Amtsführung als Bundestagspräsident. Von besonderer Bedeutung ist hierbei das aus der Überschneidung beider Wirkungsbereiche entstandene Spannungsverhältnis während der Jahre 1954 bis 1969.

Über die individuelle Ebene hinausgehend, welche die Darstellung zentraler Aspekte des Lebens von Gerstenmaier zum Ziel hat, sind zudem Fragen von allgemeiner Bedeutung aufzuwerfen, die sich auf seinen Beitrag zur historischen Entwicklung konzentrieren. Vor diesem Hintergrund ist zu eruieren, ob Eugen Gerstenmaier als typischer Vertreter seiner Generation betrachtet werden kann. Festzustellen ist, in welchem Maße Gerstenmaiers späteres Wirken durch die von ihm durchlaufene Sozialisation in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus geprägt wurde. Im Zusammenhang mit dem Komplex der generativen Strukturen ist deshalb auch zu beleuchten, inwieweit die Führung des zweithöchsten Staatsamtes von der Tatsache beeinflußt wurde, daß ein ehemaliger Widerstandskämpfer 14 Jahre lang an seiner Spitze stand. Die im Mittelpunkt der Biographie stehende Analyse seiner Amtsführung als Bundestagspräsident und die Darstellung der wichtigsten Wirkungsfelder Gerstenmaiers wird durch die Einbeziehung seines Parlamentarismusverständnisses komplettiert. Der Erfolg seiner Arbeit an der Spitze des Bundestages ist hierbei zu messen an dem von Gerstenmaier selbst postulier-

---

[15] Zu den Grundformen historischer Biographieansätze siehe ausführlich: O. Hähner, Biographie, 1999, S. 30–33.

ten Anspruch, die Voraussetzungen für ein modernes, effizientes Parlament schaffen zu wollen.

Ein weiterer Themenkreis widmet sich schließlich seiner Rolle als Parteipolitiker und fragt nach der integrativen Kraft, die von Gerstenmaier innerhalb der Union ausging. Dabei ist vor allem seine Positionierung als Integrationsfigur für die protestantische Bevölkerung sowie der gesellschaftlichen Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen zu analysieren. Die aus seinem Wirken am Schnittkreis zwischen Politik und Kirche resultierenden Reibungspunkte müssen in diesem Zusammenhang ebenso dargestellt werden. Auch bei der Thematisierung der allgemeingeschichtlichen Relevanz der parteipolitischen Arbeit Eugen Gerstenmaiers erweist es sich als unverzichtbar, dessen Tätigkeitsfeld innerhalb der Union vor dem Hintergrund seiner christlichen Grundüberzeugung und seiner Verankerung in der evangelischen Kirche zu betrachten; das Verschmelzen von politischem und kirchlichem Engagement zog sich wie ein roter Faden durch die parlamentarische Tätigkeit Gerstenmaiers.

2. Forschungsstand

Trotz des politischen Einflusses, über den Gerstenmaier als Bundestagspräsident und als Mitglied der Führungsriege der CDU verfügte, wurde bislang zu seiner Person noch keine Biographie erstellt, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügte. Die bislang vorgelegten Veröffentlichungen stellen sich entweder stark subjektiv gefärbt dar, oder sie beschränken sich auf die Untersuchung einzelner Aspekte und Tätigkeitsfelder des Kirchheimers.

Aus dem Jahr 1966 stammt die bislang einzige monographisch angelegte Arbeit von Johannes Hermanns[1], die Gerstenmaiers Lebensweg überblicksartig darstellt. Die Publikation, die ohne Anmerkungsapparat auskommt, hat es sich zum Ziel gesetzt, Eugen Gerstenmaier »aus Sicht der Jugend für unsere Jugend bekanntzumachen«.[2] Dieser Intention folgend werden seine Widerstandstätigkeit, die Arbeit im Evangelischen Hilfswerk sowie sein Wirken als Bundestagspräsident und Parlamentarier nur im Ansatz beleuchtet. Kontroverse Themen wie beispielsweise seine von Teilen der Bekennenden Kirche kritisierte Arbeit im Kirchlichen Außenamt finden des weiteren kaum Erwähnung.

Die 1956 anläßlich des 50. Geburtstages von Eugen Gerstenmaier erschienene Festschrift beleuchtet gleichfalls nur wenige Facetten seines Lebens. Die Publikation enthält neben einer kurzen Würdigung des Mannes aus Kirchheim lediglich eine Auswahl seiner Reden und Aufsätze überwiegend zu kirchlichen Fragen.[3] Auch die

---

[1] J. Hermanns, Eugen Gerstenmaier, 1966.
[2] Ebd., S. 8.
[3] Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Eugen Gerstenmaier, 1956.

zu seinem 60. und 70. Geburtstag publizierten Festschriften[4] lassen – wie bei Veröffentlichungen dieses Genres nicht anders zu erwarten – eine kritische Distanz und eine objektive Bewertung seines Wirkens vermissen.

Ebenfalls sehr subjektiv präsentiert sich die Veröffentlichung Fabian von Schlabrendorffs aus dem Jahr 1965. Der Autor setzt sich mit der Tätigkeit Gerstenmaiers für das Kirchliche Außenamt sowie seiner Rolle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus auseinander. Schlabrendorff, der als Rechtsbeistand des CDU-Politikers fungierte, verfaßte die Dokumentation als Rechtfertigungsschrift gegen die vor allem seitens der DDR Gerstenmaier gegenüber erhobene Beschuldigung der nationalsozialistischen Verstrickung.[5] Die Publikation präsentiert eine Reihe von Affidaviten ausgewählter Entlastungszeugen, welche die ihm zur Last gelegten Vorwürfe entkräften. Während sich Eugen Gerstenmaier und sein Umfeld auch publizistisch bemühten, die Haltlosigkeit der Anschuldigungen zu belegen, beharrte Ost-Berlin auf der vermeintlichen Schuld des Parlamentariers. Die Veröffentlichung »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten«[6] aus dem Jahr 1969, die den Kulminationspunkt in der Kampagne der DDR gegen Gerstenmaier markierte[7], hatte von ihren Verfassern einen pseudo-wissenschaftlichen Anstrich erhalten und versprach, archivalische Beweise für die Schuld des Bundestagspräsidenten zu liefern; ein Ansatz, der nach Überprüfung der in der Publikation enthaltenen Dokumente jedoch als gescheitert angesehen werden muß.[8]

Bei Betrachtung des Forschungsstands ist deshalb festzustellen, daß die bislang über Eugen Gerstenmaier erschienenen monographischen Arbeiten entweder eindeutig seinem Freundeskreis oder dem Umfeld seiner Kritiker zuzuschreiben sind; eine Publikation mit der Zielsetzung, eine möglichst objektive Darstellung der Vita Gerstenmaiers zu erarbeiten, blieb vor diesem Hintergrund ein Desiderat.

Die zeitgeschichtliche Forschung nahm sich des Kirchheimers bislang nur in Aufsatzform an. Erschienen sind in diesem Zusammenhang Arbeiten von Fromme[9], Löffelholz[10] und Sauer[11]. Allerdings konzentrieren sich diese drei Autoren auf die Tätigkeit Gerstenmaiers als CDU-Politiker und Bundestagspräsident, während der

---

[4] H. Kunst, (Hg.), Für Freiheit und Recht: Eugen Gerstenmaier zum 60. Geburtstag, 1966; B. Heck (Hg.), Widerstand, Kirche und Staat: Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag, 1976.

[5] F. von Schlabrendorff, Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich, 1965.

[6] Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten, 1969.

[7] Gerstenmaier war bereits 1961 in einer rund 60 Seiten umfassenden Publikation »Kreuzritter des Neokolonialismus« von der DDR als Vertreter eines imperialistischen Politikkurses scharf angegriffen worden. Vgl. O. Winzer, Kreuzritter des Neokolonialismus, 1961.

[8] Zur Quellenkritik an der Publikation »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« vgl. Exkurs, 4.

[9] F. Fromme, Eugen Gerstenmaier, in: W. Bernecker/V. Dotterweich (Hg.), Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, 1982, S. 155–167.

[10] T. Löffelholz, Eugen Gerstenmaier, in: H. Sarkowicz (Hg.), Sie prägten Deutschland, 1999, S. 111–128.

[11] T. Sauer, Eugen Gerstenmaier, in: T. Oppelland (Hg.), Deutsche Politiker 1949–1969, Bd. 2, 1999, S. 31–40.

Themenkomplex Widerstand und sein kirchliches Engagement nur eine kursorische Behandlung erfahren. Schick widmet in seiner Veröffentlichung[12] Gerstenmaiers Tätigkeit als Bundestagspräsident zwar ebenfalls einen Abschnitt, doch beschränken sich seine Ausführungen auf eine Ansammlung von Zitaten aus dessen Feder, die sich mit dem deutschen Parlamentarismus beschäftigen. Die Arbeiten von Kaiser[13] und Maier[14] hingegen stellen die Rolle Gerstenmaiers in der EKD nach dem Zweiten Weltkrieg in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung. Die Veröffentlichungen von Foss[15], Wischnath[16] und Skorvan[17], die sich mit der karitativen Arbeit der EKD auseinandersetzen, beschränken sich gleichfalls auf Gerstenmaiers Wirken für das Hilfswerk der Evangelische Kirche Deutschlands.

Der Überblick über den Forschungsstand wäre nicht komplett, ohne auf die 1981 vorgelegten Memoiren Eugen Gerstenmaiers mit dem Titel »Streit und Friede hat seine Zeit«[18] einzugehen. Darin schildert der CDU-Politiker durchaus selbstkritisch seinen Weg aus der württembergischen Provinz bis zur Ausübung des protokollarisch zweithöchsten Amtes der Bundesrepublik.[19] Die Verklammerung zwischen kirchlichem Engagement und politischer Arbeit geht aus dieser Publikation besonders deutlich hervor. Allerdings fällt bei der Durchsicht der rund 600 Seiten umfassenden Autobiographie das eher begrenzte Mitteilungsbedürfnis des Autors im Hinblick auf das spannungsreiche Verhältnis zu seiner eigenen Partei und das abrupte Ende seiner politischen Karriere auf. Gerstenmaier beschränkt sich ferner darauf, den Vorwürfen der Regierung der DDR, er habe in Diensten der Nationalsozialisten gestanden, auf nur vier Seiten zu begegnen; auch der Wiedergutmachungsaffäre, die die Öffentlichkeit Anfang 1969 wochenlang in Atem hielt, widmet er sich nur unwesentlich intensiver. Diese Beispiele der von dem Mann aus Kirchheim lediglich kursorisch behandelten Aspekte verdeutlichen die Grenzen des Genres. Trotz der Vorsicht, mit der Gerstenmaier seinen eigenen subjektiven Erinnerungen begegnete und dem Streben, seine Lebenserinnerungen auf der Basis umfänglichen Quellenstudiums und Gesprächen mit Weggefährten zu verfassen[20], stößt die Selbstreflexion erkennbar an ihre Grenzen. Die weitgehende Ausblendung schmerzlicher Erinnerungen, wie beispielsweise den erzwungenen Rückzug aus der

---

[12] R. Schick (Hg.), Der Bundestagspräsident, die Bundestagspräsidentin, 1997, S. 102–109.

[13] J.-Ch. Kaiser, Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945, in: W. Huber (Hg.), Protestanten in der Demokratie, 1990, S. 69–92.

[14] A. Maier, Eugen Gerstenmaier, in: W.-D. Hauschild (Hg.), Profile des Luthertums, 1998, S. 185–201.

[15] Ö. Foss, Politische Diakonie?, 1986.

[16] J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986.

[17] M. Skorvan, Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche und seine Flüchtlingsarbeit in Hessen 1945–1955, 1995.

[18] E. Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit, 1981.

[19] Wie sehr bei Gerstenmaier der Wunsch nach Integration christlicher Grundwerte in die Politik bestand, geht unter anderem aus zwei Publikationen des Kirchheimers hervor: E. Gerstenmaier, Verschleuderung des christlichen Namens?, 1960 sowie E. Gerstenmaier, Staat ohne Kirche?, in: K. Aland/W. Schneemelcher (Hg.), Kirche und Staat, 1967, S. 91–104.

[20] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 13.

Politik, zeigt besonders deutlich die Diskrepanz zwischen faktischem Lebenslauf und retrospektiver Interpretation.[21] Gleiches gilt in besonderem Maße für die nach Gerstenmaiers Tod von seiner Ehefrau herausgegebene Sammlung von Berichten und Briefen aus der Zeit zwischen 1939 und 1969.[22]

3. Quellen

Aufgrund der skizzierten Lücken in der vorliegenden Literatur mußte zur Erstellung der Biographie auf umfängliche Bestände ungedruckter Quellen zurückgegriffen werden. Ausgangspunkt der Recherche war der im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) zugängliche Nachlaß Eugen Gerstenmaiers.[1] Zwar präsentierte sich das Depositum mit 12 laufenden Metern auf den ersten Blick als substantiell, allerdings wurde bei Durchsicht des Schriftguts deutlich, daß die Überlieferung in wesentlichen Bereichen Mängel aufweist. Besonders für den Zeitabschnitt bis 1945 war weder qualitativ noch quantitativ ausreichend Schriftgut vorhanden. So fanden sich über den familiären Hintergrund, die Studienzeit und seine Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt verhältnismäßig wenige Quellen. Vor allem die Lücken hinsichtlich seiner Kindheit und Jugend konnten kaum durch Parallelüberlieferungen kompensiert werden.[2]

Nicht zufriedenstellend war die Quellenlage ferner für die Jahre, in denen Gerstenmaier die Leitung des Hilfswerks der Evangelischen Kirche innehatte. Auch hinsichtlich des Entscheidungsprozesses Gerstenmaiers, 1949 für die Christdemokratische Partei im Bundestagswahlkampf anzutreten, fanden sich nur wenige Dokumente. Obwohl die Materialdichte mit Gerstenmaiers Wahl in den ersten Deutschen Bundestag zunimmt, wurden für die Nachkriegszeit nicht alle Aktivitätsfelder gleichermaßen hinreichend durch die zur Verfügung stehenden Quellen erhellt. So bestand beispielsweise Kompensationsbedarf bei der Darstellung von Gerstenmaiers Einfluß auf die von ihm mitbegründete Zeitschrift »Christ und Welt« sowie erstaunlicherweise für seine Tätigkeit als Bundestagspräsident.

Die Defizite im Depositum waren dabei nur zum Teil durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft oder Kriegsschäden[3] hervorgerufen worden. Gerstenmaier hatte zudem aktiv zur Ausdünnung des Archivmaterials beigetragen. Bereits vor der Übergabe einer ersten Tranche von Schriftgut im September 1980 hatte der Politiker

---

[21] Zu den Grenzen autobiographischer Erinnerungen vgl. ausführlich: B. Keller, Rekonstruktion von Vergangenheit, 1996 bzw. M. Reimer, Die Zuverlässigkeit des autobiographischen Gedächtnisses und die Validität retrospektiv erhobener Lebensverlaufsdaten, 2001.

[22] E. Gerstenmaier/B. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992.

[1] ACDP, I-210.

[2] Die Familie Eugen Gerstenmaiers bestätigte auf Anfrage, ebenfalls über keine Dokumente für diesen Zeitabschnitt zu verfügen. Schreiben York Gerstenmaiers an die Autorin vom 26. April 1998.

[3] Es ist davon auszugehen, daß Schriftgut aufgrund der Zerstörung von Gerstenmaiers Wohnung 1943 durch Bombenangriffe sowie durch die Beschlagnahmung der Nationalsozialisten nach dem Attentat des 20. Juli 1944 verlorenging.

nach Durchsicht der Materialien einen erheblichen Teil an Korrespondenz und Wahlkreisunterlagen vernichtet.[4]

Die von Eugen Gerstenmaier vorgenommene Kassation seiner schriftlichen Hinterlassenschaft belegt, wie wichtig es ihm war, das überlassene Schriftgut zu selektieren, um so im Hinblick auf eine von ihm sicherlich antizipierte Beschäftigung mit seiner Person präjudizierend eingreifen zu können. Deutlich wurde dieser Wunsch nach Kontrolle beispielsweise bei Archivalien zur Wiedergutmachungsaffäre. Noch bis zum heutigen Tage sind einige Akten zu dieser Thematik nicht für die wissenschaftliche Nutzung freigegeben. Umgekehrt fanden sich allerdings überraschend viele Dokumente zur Auseinandersetzung Gerstenmaiers mit dem ehemaligen General Hermann Bernhard Ramcke. Der Disput mit Ramcke stand hierbei stellvertretend für die Kontroversen, die Gerstenmaier mit Kritikern seiner Widerstandarbeit ausgefochten hatte. Der CDU-Politiker hatte es sich zur Aufgabe gemacht, sich vor allem mit den Vertretern des rechten politischen Spektrums auseinanderzusetzen, die pauschal das Ansehen der am Attentat des 20. Juli 1944 beteiligten Personen beschädigten und die speziell sein Wirken im Kreisauer Kreis attackierten.

Die Defizite im Nachlaß Gerstenmaier machten die Heranziehung von Parallelüberlieferungen und alternativen Archivbeständen notwendig. Unverzichtbar für die Beurteilung seiner Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt war die Einsicht in die Bestände des Evangelischen Zentralarchivs[5] sowie vor allem die Auswertung der im Bundesarchiv Berlin liegenden Unterlagen des Reichskirchenministeriums, des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und des Auswärtigen Amtes.[6]

Im Hinblick auf seine Arbeit als Leiter des Evangelischen Hilfswerks gelang es beispielsweise, das lückenhafte Material des Gerstenmaier-Depositums durch Bestände der amerikanischen Militärbehörden, in dessen Machtbereich sich die Stuttgarter Zentrale des Hilfswerks befand, anzureichern.[7] Als besonders wichtig erwies sich in diesem Zusammenhang auch das Schriftgut des Archivs des Diakonischen Werkes der EKD, das eine Darstellung seiner Tätigkeit auf dem Sektor der kirchlichen Wohlfahrt erlaubte.[8]

Hinsichtlich seines Wirkens als CDU-Politiker war die Sichtung der Protokolle von Bundesvorstand[9] und Fraktion ebenso notwendig wie die Bearbeitung des

---

[4] Vgl. hierzu das Findbuch des Bestandes I-210 des ACDP.

[5] Als besonders ergiebig erwiesen sich hier die Bestände 1 (Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche) und 7 (Evangelischer Oberkirchenrat).

[6] Die Signaturen dieser Bestände im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde lauten R 5101, R 4901 und R 901.

[7] Interessant waren hierbei vor allem die Unterlagen des United States Occupation Headquarter Religious Affairs Branch Chief, 1945–1949 (RG 260) sowie die Bestände des Commissioner for Germany, Land Commissioner for Baden-Württemberg, 1945–1951 (RG 466) der National Archives and Records Administration (NARA) in College Park, MD, USA.

[8] Im Archiv des Diakonischen Werkes wurde hauptsächlich der Bestand Zentralbüro des Hilfswerks (ZB) gesichtet.

[9] Vgl. dazu ACDP, VII-001. Für die Zeit von 1950 bis 1965 liegen die Protokolle bereits in publizierter Form vor: K. Adenauer, »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bun-

Schriftguts der Bundesgeschäftsstelle und des Bundesvorsitzenden.[10] Besonders aufschlußreich waren des weiteren die Nachlässe von Gerstenmaiers politischen Weggefährten. Zu nennen sind hierbei vor allem die Deposita Heinrich Krones, Kurt Georg Kiesingers, Otto Lenz' und Gerhard Schröders.[11]

Zur Darstellung von Gerstenmaiers Amtszeit als Bundestagspräsident wurde vor allem der Bestand der Präsidialregistratur im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages herangezogen.[12] Die Charakterisierung des Schwaben über die eigenen politischen Reihen hinaus machte die Sichtung von Beständen des Bundesarchivs Koblenz sowie des Archivs der Sozialen Demokratie (AsD), des Archivs des Deutschen Liberalismus (ADL) und des Archivs für Christlich-Soziale Politik (ACSP) notwendig. Gerade die dort aufbewahrten Nachlässe von Zeitgenossen Gerstenmaiers reflektieren seine Beziehungen zu führenden SPD-, FDP- und CSU-Politikern.[13]

Im Unterschied zur Gesamtheit der oben angeführten Archivalien bilden die für den Abschnitt der DDR-Kampagne gegen Gerstenmaier herangezogenen Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) eine besondere Quellengattung.[14] Das zu Eugen Gerstenmaier angelegte Dossier des MfS folgte nicht den sonst in Archiven üblichen Ordnungsprinzipien. Die darin zusammengetragenen Dokumente stammen überwiegend aus den Beständen des Dokumentationszentrums der Staatlichen Archivverwaltung (ADZ) und des Deutschen Zentralarchivs (DZA). Es handelt sich hierbei mehrheitlich um Unterlagen aus dem Auswärtigen Amt, die eine nationalsozialistische Verstrickung Gerstenmaiers belegen sollten. Von großer Bedeutung waren ferner Dokumente des Reichskirchenministeriums sowie des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Über dieses NS-Schriftgut besaß Ost-Berlin zunächst die alleinige Verfügungsgewalt[15], da die

---

desvorstandes 1950–1953, 1986; K. Adenauer, »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, 1990; K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961, 1994; K. Adenauer, »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, 1998.

[10] Vgl. dazu die Bestände VII-003 (Bundesgeschäftsstelle) und VII-004 (Bundesvorsitzender) des ACDP.

[11] Vgl. diese Nachlässe im ACDP mit den Signaturen I-028 (Heinrich Krone), I-226 (Kurt Georg Kiesinger), I-226 (Otto Lenz) und I-483 (Gerhard Schröder).

[12] Für die Amtszeit Eugen Gerstenmaiers als Bundestagspräsident steht im Archiv des Deutschen Bundestages in Bonn ein umfänglicher, aber nicht geordneter Bestand zur Verfügung.

[13] Interessante Hinweise lieferten vor allem die Nachlässe von Carlo Schmid und Gerhard Weisser im AsD, das Depositum von Franz Josef Strauß im ACSP sowie Unterlagen aus der Amtszeit von Theodor Heuss im Bundesarchiv Koblenz (B 122).

[14] Es handelt sich hauptsächlich um Schriftgut aus der MfS-Hauptabteilung IX/11.

[15] Das Schriftgut des Auswärtigem Amts und des Reichsministeriums für kirchliche Angelegenheiten war der DDR-Führung von der Sowjetunion seit Mitte der fünfziger Jahre zur Verfügung gestellt worden. Über Quellen des Volksgerichtshofs verfügte Ost-Berlin sogar bereits seit Kriegsende. Gleiches gilt für die Akten des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Auf bundesrepublikanischer Seite waren Teile des Bestandes des Auswärtigen Amts für die Forschung erst wesentlich später zugänglich. Zwischen 1956 und 1960 wurden die von britischen und amerikanischen Besatzungstruppen beschlagnahmten Unterlagen dem Politischen Archiv des Auswärtigen

Quellen nach dem Zweiten Weltkrieg in den Machtbereich der Sowjetunion gelangt waren.[16] Eine Öffnung der Archive für die allgemeine Forschung unterblieb; die Verantwortlichen in Ost-Berlin schotteten die Archivalien vielmehr gegenüber der Öffentlichkeit ab und hüteten ihr Herrschaftswissen. Bei der Mehrheit der vorgelegten Dokumente war es deshalb Personen aus der BRD vor dem Fall der Mauer nicht möglich, den Inhalt der von der DDR im »Fall Gerstenmaier« vorgelegten Archivalien zu verifizieren.[17] Die Überprüfung des Wahrheitsgehaltes der von der DDR präsentierten Belege ist selbst nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten noch mit Schwierigkeiten verbunden. Die Unterlagen waren auf Veranlassung des MfS aus ihren Ursprungsbeständen herausgelöst und dem Schriftgut des Geheimdienstes unter Aufhebung des Provenienzprinzips einverleibt worden. Aus diesem Grund waren für eine Reihe der Anschuldigungen gegen den CDU-Politiker die zitierten Originaldokumente nicht mehr auffindbar. Dieser unverantwortliche, sich einzig am Nutzwert der Quellen orientierende Umgang mit den Archivalien wurde ebenso bei der weiteren Bearbeitung der Unterlagen deutlich[18], die schließlich Eingang in die gegen Gerstenmaier gerichteten Veröffentlichungen fanden.

Abschließend bleibt noch auf die Unterlagen für die Zeit nach dem Rückzug aus der Politik zu verweisen. Das Quellenmaterial beschränkt sich hier weitgehend auf Gerstenmaiers eigenen Nachlaß sowie die Deposita enger Freunde. Besonders Dokumente aus den Nachlässen Paul Bauschs, Paul Collmers und Klaus Mehnerts ge-

---

Amtes in Bonn übergeben. Siehe Schreiben des Bundesarchivs Berlin, Frau Risse, an die Autorin vom 25. Oktober 2001. Auf dem Höhepunkt der Agitationswelle der DDR gegen den Bundestagspräsidenten im Januar 1969 suchte die Hauptabteilung IX/11 der Staatssicherheit fieberhaft nach weiterem Archivgut, das gegen Gerstenmaier hätte ins Feld geführt werden können und forderte deshalb sogar aus Polen stammendes Archivmaterial zur Auswertung an. Aktenvermerk der HA IX/11 vom 29. Januar 1969. BStU, HA IX/11 AV 14/87, Ordner 23, Bl. 130.

[16] D. Muregger/F. Winkler, Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im »NS-Archiv« des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, in: IWK, 30. Jg. (1/1994), S. 88. Muregger und Winkler zufolge übernahm das MfS Anfang 1953 ferner Aktenbestände des Reichsinnenministeriums, des Reichssicherheitshauptamtes sowie des Volksgerichtshofs, die von der UdSSR zurückgeführt worden waren.

[17] Eine Überprüfung der Archivalien konnte erfolgen, wenn Parallelüberlieferungen existierten bzw. die US-Behörden die nach Kriegsende requirierten Dokumente zur Verfügung stellten. Die Vereinigten Staaten hatten im Zuge ihrer Entnazifierungsbestrebungen eine Fülle von NS-Schriftgut in ihren Besitz gebracht, die nur zögerlich wieder nach Deutschland verbracht wurden. Als Beispiel sei hier nur auf die Kaltenbrunner-Berichte verwiesen. Der überwiegende Teil dieser Vernehmungsprotokolle der am Widerstand des 20. Juli 1944 beteiligten Personen wurde sogar bis 1959 von den USA zurückgehalten. Noch 1955 wurde selbst dem Sekretär des Bundestagspräsidenten die Einsichtnahme in die Kaltenbrunner-Berichte verweigert. Aktennotiz von Paul Collmer vom 9. November 1955. ACDP, I-210–050/1.

[18] So geht aus einem Schreiben des MfS an die für den Bezirk Rostock zuständige Abteilung XX vom Mai 1966 hervor, daß Dokumente zu Gerstenmaiers Studienzeit, die 1961 aufgrund einer Verfügung der Generalstaatsanwaltschaft der DDR beschlagnahmt worden waren, als unauffindbar galten. Die MfS-Hauptverwaltung bekundete ihr großes Interesse an den Faszikeln, da diese für einen »politisch-operativen Vorgang dringend benötigt« würden und bat um deren möglichst rasche Übersendung. Brief der Hauptverwaltung A, Abt. VII/F an die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit Rostock, Abteilung XX vom 3. Mai 1966. BStU, HA IX/11 AV 14/87, Ordner 13, Bl. 56.

ben Einblick in den letzten Lebensabschnitt Eugen Gerstenmaiers bis zu seinem Tod im März 1986.[19]

4. Struktur der Arbeit

Das Gliederungsschema orientierte sich – neben der Darstellung von Herkunft und Familie – an den drei großen Zäsuren in Gerstenmaiers Leben, die durch seine Arbeit im Kirchlichen Außenamt, im Evangelischen Hilfswerk und im Parlament vorgegeben waren. Dabei wurde prinzipiell das chronologische Ordnungsprinzip angewandt. Allerdings mußten, aufgrund seines vielschichtigen Wirkens, einzelne Handlungsstränge herausgelöst werden, um eine thematische Zersplitterung und Redundanzen bei der Darstellung zu vermeiden. Diese Abtrennung wurde besonders bei der Analyse seiner Tätigkeitsfelder als Bundestagsabgeordneter und seiner Amtsführung als Bundestagspräsident notwendig. Ebenso unverzichtbar bei der Strukturierung der Arbeit war die Schwerpunktbildung. Im Mittelpunkt stand die Beschäftigung mit der parlamentarischen Arbeit und dem politischen Wirken Eugen Gerstenmaiers. Seine philosophisch-theologische Grundhaltung sowie sein Engagement in der evangelischen Kirche besonders nach 1945 wurden nur insoweit einbezogen, wie sie für seine Tätigkeit als Politiker von Relevanz waren.

In den beiden Kapiteln, die Gerstenmaiers Kindheit und Jugend thematisieren, wurde der Frage nach dem Einfluß seines Umfeldes und gesellschaftspolitischer Zäsuren auf die Persönlichkeitsstruktur des Kirchheimers Priorität eingeräumt. Insbesondere Gerstenmaiers starke kirchliche Bindung aufgrund seines pietistisch geprägten Elternhauses und seiner langjährigen Zugehörigkeit zur evangelischen Jugendbewegung waren im Rahmen des vorliegenden Schriftguts bei der Darstellung seiner Studienzeit zu verfolgen.

Im sich daran anschließenden Abschnitt, der Gerstenmaiers Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt zum Gegenstand hat, galt es, das Beschäftigungsfeld des Theologen in einer Situation zu untersuchen, die gekennzeichnet war durch das Spannungsverhältnis zwischen gelebtem Christentum und dem in der evangelisch-lutherischen Tradition verankerten Obrigkeitsgehorsam. In diesem Kontext war Gerstenmaiers Position in der durch die nationalsozialistische Diktatur zunächst polarisierten und dann zersplitterten Kirche zu verdeutlichen.[1]

---

[19] Die Nachlässe von Paul Bausch (I-059) und Paul Collmer (I-210) finden sich im ACDP, das Depositum Klaus Mehnert (Q 1/30) wird im Hauptstaatsarchiv Stuttgart aufbewahrt.

[1] Als Orientierungspunkt soll dabei die Einteilung der evangelischen Kirche in drei große Lager von Kurt Nowak dienen. Nowak definiert ein Lager der »unkritischen Anhänger« aus dem sich die »Deutschen Christen« rekrutierten, ein Lager der »diskursiv abwägenden Theologen« und eines derer, »die ein deutliches Nein sprachen«. K. Nowak, Christuskreuz gegen Hakenkreuz, in: G. Heydemann/L. Kettenacker (Hg.), Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat, 1993, S. 224 (S. 215–237).

Das dem Widerstand Eugen Gerstenmaiers gegen das NS-Regime gewidmete Kapitel beschäftigt sich hauptsächlich mit den Motiven, die ihn zum Schritt in die Opposition bewogen hatten. In diesem Abschnitt wurde zudem analysiert, welchen Einfluß die in der Gruppe um Graf Moltke erarbeiteten Konzeptionen zum Staats- und Gesellschaftsaufbau auf das spätere politische Wirken Gerstenmaiers hatten. Dieser Ansatz wurde verknüpft mit der Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen in Gerstenmaiers Politikverständnis.

Im Hinblick auf die Bewertung der parlamentarischen Arbeit Eugen Gerstenmaiers nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand zunächst die Schilderung seines Weges vom Leiter des Evangelischen Hilfswerks zum Abgeordneten des 1. Deutschen Bundestags 1949 im Mittelpunkt. Gerade für die ersten Jahre Gerstenmaiers in Bonn war dabei die Verschränkung seiner Aufgaben als Parlamentarier und Leiter des Zentralbüros des Evangelischen Hilfswerks zu betonen. Dargestellt wurde des weiteren seine Rolle als Mitglied der CDU/CSU-Fraktion in der 1. und zu Beginn der 2. Legislaturperiode, seine Arbeit im Auswärtigen Ausschuß und seine Tätigkeit im Europarat. Dabei waren insbesondere seine außen- und deutschlandpolitischen Initiativen und die hierdurch hervorgerufene Resonanz in der Union aufzuzeigen.

Gerstenmaiers politischem Wirken nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten wurde ein eigener Hauptabschnitt gewidmet. In zwei Kapiteln waren dabei sowohl seine Amtsführung als auch sein Wirken als Parteipolitiker Gegenstand der Untersuchung. Ausgelotet wurde besonders das administrative und repräsentative Wirken eines Mannes, der das Amt des Präsidenten der bundesdeutschen Volksvertretung »wie kein anderer geprägt hat«.[2] Der Rolle Gerstenmaiers in der Union mußte bei der Analyse seiner rund 14jährigen Amtszeit ebenso großes Gewicht beigemessen werden. Als Kernpunkt erwies sich hierbei die Frage, wie Gerstenmaier den Balanceakt zwischen überparteilicher Amtsführung und Erfüllung der Parteiräson meisterte. Weiterhin galt es, die Stellung des Protestanten im Führungskreis der CDU zu thematisieren. Dabei war vor allem herauszuarbeiten, wie das Streben nach einem konfessionellen Proporz innerhalb der Union bei der Besetzung politischer Schlüsselpositionen den Verlauf der Karriere Gerstenmaiers beeinflußte. In diesem Zusammenhang wurde zudem seine Rolle als Repräsentant der protestantischen Abgeordneten in der Unionsfraktion beleuchtet; dabei stellte sich die Frage, ob er auch in dieser Funktion die Nachfolge von Hermann Ehlers antrat. Ebenso war ausführlich auf die politischen Ambitionen Gerstenmaiers im Verlauf seiner 20jährigen Parlamentszugehörigkeit und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Verhältnis zu seiner eigenen Partei einzugehen.

Vor dem letzten Abschnitt, der den Rückzug Gerstenmaiers aus der Politik zum Gegenstand hat, wurde in einem Exkurs die rund eineinhalb Jahrzehnte währende Kampagne der DDR gegen den CDU-Politiker geschildert. Der Verlauf der Agitation wurde dabei ebenso thematisiert wie die Beweggründe der DDR-Führung und

[2] Die Zeit vom 29. Mai 1981.

die Reaktion Gerstenmaiers auf die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen. Zwar kann die Kampagne der DDR nicht als exemplarisch für das Vorgehen des kommunistischen Regimes gegenüber westdeutschen Parlamentariern gewertet werden. Dennoch wirft die Schilderung dieser Auseinandersetzung ein bezeichnendes Licht auf den Versuch Ost-Berlins, Eugen Gerstenmaier gezielt als Repräsentant der CDU und des Bundestages zu diffamieren und damit der Ablehnung des Parlamentarismus bundesdeutscher Prägung Ausdruck zu verleihen. Die Analyse des Vorgehens der DDR gegen Eugen Gerstenmaier wurde in einen Exkurs ausgegliedert, um eine chronologische Abfolge gewährleisten zu können und prägnante Zäsuren deutlicher hervorzuheben. Aber auch methodische Überlegungen ließen eine gesonderte Positionierung angeraten erscheinen, lagen diesem Kapitel doch überwiegend Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit zugrunde, deren Auswertung nur in Zusammenhang mit einer ausführlichen Quellenkritik möglich war.

Die Biographie endet schließlich mit einer Darstellung von Gerstenmaiers Leben nach dem Rücktritt 1969 bis zu seinem Tod im Jahr 1986. Diesem Kapitel schließt sich ein kurzes Resümee mit einer Bewertung des politischen Wirkens Eugen Gerstenmaiers an. Ziel dieser Schlußbetrachtung war eine Reflexion der entscheidenden Stationen seines Politikerlebens und ein Fazit über die seine parlamentarische Tätigkeit prägenden Tätigkeitsfelder.

Erstes Kapitel

Herkunft und Jugendzeit

1. Die Großfamilie

Am Fuße der schwäbischen Alb in der württembergischen Amtsstadt Kirchheim unter Teck stand die Wiege Eugen Gerstenmaiers. Die Kleinstadt zählte im Jahr vor seiner Geburt 8830 Einwohner. Seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts hatte das Städtchen eine beachtliche Zunahme seiner Bevölkerung verzeichnet[1], für die ursächlich eine Prosperitätsphase der Kirchheimer Industriebetriebe verantwortlich war. Das Gewerbe vermochte von der wachsenden In- und Auslandsnachfrage zu profitieren, die ein in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzendes und bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges andauerndes reichsweites Wirtschaftswachstum ausgelöst hatte. Die insgesamt wachsenden Absatzmärkte sowie die Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses ließen den Kirchheimer Gewerbesektor wachsen und schafften zahlreiche Arbeitsplätze.[2] Bereits im Jahr 1907 waren in der Land- und Forstwirtschaft des Oberamtsbezirks Kirchheim[3] weniger Menschen beschäftigt als in den Bereichen Industrie, Handel und Verkehr.[4] Das Handwerk büßte allmählich seine dominierende Position im sekundären Sektor zugunsten der Industriebetriebe ein, und die Anzahl der in der Stadt hauptsächlich in Textil-, Holz-, Metall- und Papierbetrieben arbeitenden Pendler stieg. Auch nahm die Zahl der Familien zu, die ihre Höfe nur noch als Nebenerwerbsbetriebe führten. Dennoch gab es im Jahr 1907 in Kirchheim neben der expandierenden Industrie noch »191 Pferde, 527 Kühe und 2110 Schafe. Pferdefuhrwerke – als Transportmittel neben

[1] Der kontinuierliche Bevölkerungszuwachs geht aus folgender Statistik hervor: 1861 – 5478; 1880 – 6632; 1905 – 8830 Einwohner. Siehe: Adreß- und Geschäfts-Handbuch für den Oberamtsbezirk Kirchheim unter Teck, 1915, S. 5.

[2] Zur Lage der Kirchheimer Wirtschaft vgl. ausführlich: S. Widmer, Kirchheim unter Teck zwischen Handwerk und Industrie 1806–1914, in: Stadt Kirchheim unter Teck (Hg.), Schriftenreihe, 1987.

[3] Zum Oberamtsbezirk Kirchheim zählten: Aichelberg, Bissingen, Brucken, Dettingen, Gutenberg, Hepsisau, Hochdorf, Holzmaden, Jesingen, Kirchheim unter Teck, Lindorf, Nabern, Neidlingen, Notzingen, Oberlenningen, Ochsenwang, Ohmden, Oeltingen, Owen, Roßwälden, Schlattstall, Schopfloch, Unterlenningen, Weiler, Weilheim und Zell. Siehe: Adreß- und Geschäfts-Handbuch Kirchheim, 1915, S. 5.

[4] Das Kirchheimer Adreß- und Geschäftsbuch vom August 1915 enthält im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit folgende statistische Angaben:

	1882	1895	1907
Land- und Forstwirtschaft	54,7%	52,5%	42,9%
Industrie	33,5%	35,2%	42,5%
Handel und Verkehr	4,1%	4,1%	5,4%
Sonstige Berufe	7,7%	8,2%	9,2%

der Eisenbahnverbindung unerläßlich – gehörten zum alltäglichen Straßenbild, die Gänsehirtin trieb jeden Morgen die Gänse in den Gänsgarten im ›Hafenkäs‹, trotz Wasserversorgung wurde Wasser noch aus den Brunnen geschöpft und ein großer Teil des Alltags spielte sich auf den Straßen und Plätzen ab.«[5] Der landwirtschaftliche Charakter war in der Stadt durchaus noch präsent.

Die Kirchheimer Bevölkerung war mehrheitlich konservativ eingestellt. Gleichwohl gelang es der Sozialdemokratie aufgrund des wachsenden Arbeiteranteils in der Stadt, zur zweitstärksten politischen Kraft nach der Nationalliberalen Partei (NLP) aufzusteigen.[6] Als besonders bedeutendes Element im Alltagsleben der Einwohner erwies sich der christliche Glaube. Über 95% bekannten sich zum Protestantismus[7], der in seiner pietistischen Ausformung in Kirchheim stark verwurzelt war. In der württembergischen Landeskirche hatte der Pietismus vor allem ab dem 19. Jahrhundert an Einfluß gewonnen und blieb bis in die Gegenwart hinein dort verankert.[8] Nicht zuletzt durch die räumliche Nähe zu den Wirkungsstätten pietistischer Theologen wie Albrecht Bengel und Christoph Blumhard der Ältere[9] wurden Denk- und Verhaltensweisen vieler Kirchheimer entscheidend beeinflußt.

In diesem Umfeld lebte der am 25. August 1906 geborene Sohn von Albertine und Albrecht Gerstenmaier[10] 23 Jahre lang, bis er seine Heimatstadt nach der Aufnahme in das Eberhard-Ludwigs-Gymnasium Richtung Stuttgart verließ. Das vom Großvater mütterlicherseits erbaute Elternhaus lag im ländlichen Teil Kirchheims am Rande des Truppenübungsplatzes von Münsingen.[11] Als Ältester von insgesamt acht Geschwistern[12] verbrachte Eugen Gerstenmaier hier seine Kindertage mit Spielen in den angrenzenden Obstbaumwiesen und der Suche nach Fossilien im Schiefer

---

[5] W. Frasch, Kirchheim unter Teck, 1985, S. 364.

[6] Der Stimmenanteil der NLP bei den Reichstagswahlen 1907 betrug 56,2%; die SPD errang 43,2%. Fünf Jahre später zeigte sich ein nahezu identisches Bild: Die Nationalliberale Partei erhielt 56,2%, während die Sozialdemokraten auf 43,7% der abgegebenen Stimmen kamen. Zahlen nach: S. Widmer, Kirchheim unter Teck, 1987, S. 228.

[7] Von den insgesamt 9668 Einwohner Kirchheims waren im Jahr 1907 95,5% (9043) protestantisch und 5,8% (569) katholisch. Die Stadt zählte 23 Juden (0,3%) und 23 Personen (0,2%) hatten ein anderes Bekenntnis. Ebd.

[8] Das ehemalige Bundestagsmitglied Paul Bausch, der aus dem vor den Toren Stuttgarts liegenden Korntal stammte, definierte den Stellenwert, den diese Glaubensrichtung auf seine Landsleute ausübte, mit den Worten: »Niemand versteht Württemberg, der nicht Verständnis für den Pietismus hat.« P. Bausch, Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten, 1971, S. 15.

[9] Zentrum des Wirkens von Bengel war Denkendorf, Blumhard war in Bad Boll beheimatet; beide Orte gehören zur engeren Heimat Eugen Gerstenmaiers.

[10] Albrecht Gerstenmaier, Schreiner, *5. Juli 1878 in Sirchingen, Kreis Munsingen, †8. Februar 1956 in Kirchheim unter Teck; Albertine Gerstenmaier, geborene Lauffer, *22. Juni 1876 in Kirchheim unter Teck, †28. April 1938 ebd. SA Kirchheim, Einwohnermeldekartei, unsigniert.

[11] Das dreistöckige Haus der Familie lag in der Austraße 2, an einem von der »Hauptverkehrsstraße abzweigenden, lange Zeit ungeteerten Landweg.« E. Gerstenmaier, Das Haus in der Au, vom Großvater gebaut, in: R. Pörtner (Hg.), Mein Elternhaus, 1987, S. 53 (S. 52–58).

[12] Eugen Gerstenmaier hatte vier Brüder (Hermann, Albert, Walter und Gerhard) und drei Schwestern (Hanna, Ruth und Maria).

des Lautertals. Er wuchs in einer »handwerklich-bäuerlichen Umwelt«[13] heran. Sein Vater, ein gelernter Schreiner, hatte es vermocht, sich vom Handwerker zum Betriebsleiter einer in Kirchheim ansässigen Klavierfabrik emporzuarbeiten.

Besonders zugetan war der junge Eugen seiner Großmutter.[14] Die im Haus lebende »Großmama Lauffer« widmete ihrem ältesten Enkel besonders viel Aufmerksamkeit, und sie wurde bis zu ihrem Tod im Jahr 1919 zu seiner »ersten großen, verständlichen Führerin durch die weite Welt der Bibel.«[15] Überhaupt erwies sich der in der Familie und dem Bekanntenkreis gelebte Pietismus als besonders prägend für die Entwicklung Gerstenmaiers.[16] Bereits von Kindesbeinen an wurde ihm und seinen Geschwistern die pietistische Frömmigkeit vorgelebt, die den Kern seines Glaubens und Gottvertrauens bilden sollte.[17] Die Kinder wurden – ganz im Sinne des Biblizismus – zur persönlichen Aneignung des Glaubens in Form des regelmäßigen Kirchgangs und des Bibelstudiums angehalten; das alltägliche Leben wurde durch die Religion beeinflußt. Die Eltern hielten an der traditionellen Ethik fest und ermahnten ihre Töchter und Söhne zu Pflichtbewußtsein, Selbstdisziplin und Respekt vor der Obrigkeit. Ebenso wie die Majorität der Pietisten[18] hatten Albertine und Albrecht Gerstenmaier ihre politische Heimat im konservativen Lager gefunden; eine Überzeugung, die auch von Sohn Eugen geteilt wurde.[19]

Über die Frömmigkeit hinaus wurden Eugen Gerstenmaiers Kindheit und Jugend von bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt. Obwohl dem Vater der Sprung vom Arbeiter zum leitenden Angestellten gelungen war, mußte sich die Familie besonders im Ersten Weltkrieg und während der Inflation stark einschränken. Gerstenmaier selbst beschrieb sein Elternhaus vor diesem Hintergrund als *»karg«*[20] und erinnerte sich besonders nach Kriegsausbruch, nachdem Vater und Onkel zum Militärdienst eingezogen worden waren, Hunger gelitten zu haben.[21] Auch nach der Rückkehr des unversehrt gebliebenen Vaters an seinen Arbeitsplatz entspannte sich

---

[13] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 19.

[14] In seinen Erinnerungen bezeichnete Eugen Gerstenmaier seine Großmutter als die »Zuflucht« seiner Kindheit. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 17.

[15] Ebd.

[16] Gerstenmaier beschrieb die von »beiden Stämmen meiner Familie gelebte [...] Frömmigkeit« als traditionelle Form des schwäbischen Altpietismus. Ebd. S. 23.

[17] Zu den Besonderheiten des württembergischen Pietismus vgl. ausführlich M. Brecht/K. Deppermann/U. Gäbler/H. Lehmann (Hg.), Geschichte des Pietismus, Bd. 2, 1995, S. 225–289 sowie M. Brecht/K. Deppermann/U. Gäbler/H. Lehmann (Hg.), Geschichte des Pietismus, Bd. 3, 2000.

[18] Hartmut Lehmann führte in seiner Analyse der politischen Überzeugung der Pietisten aus: »Zumindest in Deutschland stand für die Pietisten der Feind links.« Einleitung zur Publikation von: M. Brecht/K. Deppermann/U. Gäbler/H. Lehmann (Hg.), Pietismus, Bd. 3, 2000, S. 10.

[19] Eugen Gerstenmaier berichtete, daß er als erstmals Wahlberechtigter bei den Reichstagswahlen 1925 den Volkskonservativen seine Stimme gab. Günter Gaus im Gespräch mit Eugen Gerstenmaier. G. Gaus, Zur Person. Porträts in Frage und Antwort, 1964, S. 123.

[20] Ebd.

[21] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 16.

die finanzielle Situation der Gerstenmaiers zu Beginn der Weimarer Republik aufgrund der Inflation nur bedingt.

Die Geldentwertung hatte bereits im Verlauf des Krieges eingesetzt. Sie war durch die Aufnahme von Kriegsanleihen und Krediten ausgelöst worden, mit deren Hilfe die Reichsregierung die immensen Kriegskosten zu decken hoffte. Nach Einstellung der Kampfhandlungen hatte das Deutsche Reich mit den Folgelasten des Weltkrieges zu kämpfen. Die aus den Wahlen vom 19. Januar 1919 hervorgegangene Regierung aus SPD, Zentrum und DDP unter Philipp Scheidemann sah sich vor das Problem der Wiedereingliederung der Soldaten und der Unterstützung von Kriegsopfern gestellt. Hinzu kamen die dem Reich im Versailler Vertrag durch die Siegermächte auferlegten Reparationsleistungen und Demontagen sowie die territorialen Verluste des Landes, die sich auf rund 70 000 km² beliefen. Das so entstandene Defizit im Staatshaushalt konnte auch nicht durch Steuererhöhungen ausgeglichen werden, und der Wert der seit Kriegsende im Fallen begriffenen Reichsmark sank im Zuge dieser Ereignisse stetig. Für Familie Gerstenmaier bedeutete diese Entwicklung konkret den Verlust ihrer bescheidenen Ersparnisse und sie sah sich aufgrund der ökonomischen Turbulenzen einer existentiellen Bedrohung ausgesetzt.

2. Das Leben als Kaufmannsstift

Vor dem Hintergrund der reichsweit düsteren wirtschaftlichen Situation drohte Albrecht Gerstenmaier der Verlust seines Arbeitsplatzes. Die allenthalben spürbare Not ließ vor allem den Absatz nicht existentieller Güter drastisch sinken. Besonders betroffen von dieser Entwicklung war die Kirchheimer Klavierfabrik, deren Betriebsleiter Albrecht Gerstenmaier war und die mit Lohnkürzungen und Entlassungen auf die schlechte Auftragslage reagierte. In diesen unsicheren Zeiten schien es Familie Gerstenmaier weder geraten noch finanziell möglich, ihren ältesten Sproß zum Besuch einer weiterführenden Schule anzuhalten. Im Alter von 14 Jahren ging Eugen Gerstenmaier deshalb mit der mittleren Reife von der Kirchheimer Realschule ab. Der mittelmäßige Schüler nahm »ohne Trauer«[1] von seiner Lehranstalt Abschied; der Wunsch, sein geistiges Potential auszuschöpfen, war in dem jugendlichen Eugen noch nicht geweckt worden.

Gerstenmaiers ursprünglicher Plan, in seiner Heimatstadt eine Banklehre zu beginnen, wurde vereitelt, da in letzter Minute der Sohn eines Notars den begehrten Ausbildungsplatz erhielt.[2] Er begann stattdessen eine Ausbildung zum Kaufmann bei dem Kirchheimer Textilunternehmen Geiger, obwohl ihn nach eigener Aussage »nichts, aber auch gar nichts auf den Kontorbock zog«.[3] An die 3jährige Lehrzeit im

[1] Ebd., S. 18.

[2] G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 121.

[3] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 20. Eugen Gerstenmaier nahm seine Ausbildung und seine Arbeit in dem Textilbetrieb trotzdem sehr ernst. Das Prüfungszeugnis der städtischen

Geigerschen Betrieb und die sich daran anschließende knapp 6jährige Berufstätigkeit bei der Einlegesohlen und Fußbetten herstellenden Firma Stecher erinnerte er sich deshalb nur ungern. Er empfand die Arbeit als unbefriedigend und langweilig, da sie nicht seinen Interessen entsprach. Als Ausgleich zur Monotonie des Büroalltages begann sich der junge Eugen mit Literatur zu befassen. Seine Liebe zur Literatur entdeckte er im Alter von 15 Jahren durch Zufall als ihm eine Volksausgabe von Gedichten und Dramen Schillers in die Hände fiel. Das Buch schlug Gerstenmaier sofort in seinen Bann und die Faszination, die die Schiller'schen Werke auf ihn ausübten, hielt ein Leben lang an. In welchem Maße der deutsche Dichter den Jugendlichen beeindruckte, geben Eugen Gerstenmaiers eigene Worte am besten wieder. Demzufolge war Friedrich Schiller der »Führer meiner Jugend, der Lenkende und Bestimmende in den Entscheidungen jener Jahre.«[4] Gerstenmaier begann sich intensiv mit dem Gesamtwerk des großen Dichters auseinanderzusetzen. Durch die Beschäftigung mit Friedrich Schiller erschloß sich dem Kaufmannslehrling die Welt der deutschen Literatur, und er befaßte sich fortan mit Johann Wolfgang Goethe, Gerhard Hauptmann, Hermann Hesse, Gottfried Keller und Gotthold Ephraim Lessing, um nur einige zu nennen.

Aber auch die Zuneigung zur deutschen Literatur konnte die innere Leere, die durch die ungeliebte Arbeit als Kaufmann entstanden war, nicht entscheidend beseitigen. Für den jungen Eugen wurde der Berufsalltag nach seinem eigenen Bekunden nur durch »die Tatsache der Jugendbewegung erträglich.«[5] Die im Elternhaus gelebte »traditionelle Kirchlichkeit«[6] und die gepflegten Kontakte zu protestantischen Kreisen, die in enger Verbindung mit dem »Christlichen Verein Junger Männer« (CVJM)[7] standen, führten den Vierzehnjährigen fast selbstverständlich in den CVJM seiner Heimatstadt, dessen Mitglied er für rund vier Jahre wurde. Im Kreise von Gleichgesinnten, die eine vergleichbare Sozialisation erfahren hatten, fand er dort inmitten meist ebenfalls im Erwerbsleben stehender junger Männer ein Betätigungsfeld, das ihn ausfüllte.[8] Eugen Gerstenmaiers Engagement galt ebenso der Christlichen Pfadfinderschaft (CP), deren Kirchheimer Sektion im Sommer 1925 gegründet worden war und die unter der Leitung von Otto Müller stand.[9] In der

Handelsschule Kirchheim/Teck bescheinigte ihm ausnahmslos gute, in Buchführung sogar sehr gute Leistungen. EZA, 2/P 14.

[4] Exposé Eugen Gerstenmaiers mit dem Titel: Wort und Gestalt. Eine Rückschau und ein Bekenntnis, verfaßt im Vorfrühling 1931. ACDP, I-210–002.

[5] G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 121.

[6] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 20.

[7] Der CVJM gehörte organisatorisch den evangelischen Jünglingsbünden an. Die Vereinigung war pietistisch beeinflußt und hatte es sich zum Ziel gesetzt »Missionsarbeit an jungen Männern durch junge Männer zu leisten«. I. Götz von Olenhusen, Jugendreich, Gottesreich, Deutsches Reich. Junge Generation, Religion und Politik 1928–1933, 1987, S. 201.

[8] Zu seinen Erfahrungen in der christlichen Jugendbewegung führte Gerstenmaier aus: »Sie hat für mich sehr viel bedeutet. Sie brachte mich in Kontakt mit der ganzen, etwas aufgewühlten Bewegtheit der damaligen Jugend und Jugendbewegung, die für mich etwas unendlich Bereicherndes war.« G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 121.

[9] Vgl. dazu: 100 Jahre CVJM Kirchheim unter Teck, in: Der Teckbote vom 19. Oktober 1968.

CP, einer selbständigen Gruppe innerhalb des CVJM, engagierte sich Gerstenmaier besonders intensiv und übernahm rasch Führungsaufgaben. Die Jugendlichen widmeten sich in der CP dem Bibelstudium ebenso wie pfadfinderischen Tätigkeiten in Form von Ausflügen und Fahrten. Pfadfinderuniform und das Einhalten einer strengen Disziplin kennzeichneten die Angehörigen dieser Gruppe.[10]

Doch bald taten sich auch in dieser vermeintlich heilen Welt erste Brüche auf. Innerhalb des Kirchheimer CVJM waren seit den 20er Jahren in zunehmendem Maße Spannungen zwischen den Verfechtern einer bewährten pietistischen Jugendpflege und den Anhängern entstanden, die eine dem Zeitgeist angepaßte Öffnung ihrer Vereinigung anstrebten. Versuche, beide Grundansätze in einem Kompromiß zusammenzuführen, schlugen fehl, da die Traditionalisten auf den althergebrachten Grundsätzen ihrer Jugendarbeit beharrten und die Richtungskämpfe letztlich in einer Spaltung des Christlichen Vereins Junger Männer endeten. Auch der heranwachsende Gerstenmaier fühlte sich im CVJM zunehmend eingeengt. In der Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung des Vereins hatte sich der junge Kaufmann nach einigem Zögern deshalb entschlossen, mit der pietistisch ausgerichteten Gruppe zu brechen und sich der bündischen Jugendbewegung anzuschließen. Die Entscheidung, sich vom CVJM abzuwenden, war ihm indes nicht leicht gefallen, da Gerstenmaier als Gruppenführer eine besondere Verantwortung für die seiner Obhut anvertrauten Kinder und Jugendlichen empfand. Nachdem jedoch der seit mehreren Jahren schwelende Konflikt nicht beigelegt werden konnte, da die CVJM-Leitung mehrheitlich die angestrebten Liberalisierungsbestrebungen ablehnte und sich nicht kompromißbereit zeigte, zog sich Eugen Gerstenmaier aus dem Christlichen Verein Junger Männer zurück.[11] Sein Schritt fand die Unterstützung von rund 10 Personen, die sich mit ihm solidarisch erklärten und Gerstenmaier zum Leiter einer neuen, vom CVJM unabhängigen Pfadfindergruppe bestimmten. Mehr als ein Jahr existierte diese Kirchheimer Pfadfinderschaft ohne sich an eine überregionale Jugendorganisation zu binden. Erst dann entschloß sich Gerstenmaier mit seiner Gruppe Anschluß an den Christdeutschen Bund zu suchen. Die von dem Gießener Theologen Leopold Cordier ins Leben gerufene »Christdeutsche Jugend«[12] war gleichfalls dezidiert evangelisch orientiert, sie reichte allerdings über die pietistischen Lebensvorstellungen hinaus. Vor allem die Vermittlung des Gemeinschaftserlebnisses der bündischen Jugend und die in diesem Zirkel gepflegte Zivilisationskritik,

[10] Günther Erb schilderte anschaulich das Pfadfinderleben im CP: »Die Anforderungen waren hoch, nicht nur bei Truppausmärschen. 21 Aufgaben mußte ein Knappe erfüllen um ›Späher‹ zu werden, z.B. 13 km Fußmarsch und drei Stunden schweigen in angeregter Gesellschaft. [...] In freier Natur, bei Geländespielen und Truppausmärschen, im Zelt, bei Bezirks-, Gau- oder Bundeslagern wurde jugendliches Eigenleben praktiziert. [...] Dabei kam die Verkündigung nicht zu kurz: Andachten, Morgenwachen, Bibelbesprechungen, Gottesdienstbesuch, nicht selten verbunden mit Arbeitseinsätzen, gehörten für die ›Christen der Tat‹ – ein weiterer wichtiger Grundsatz der Christlichen Pfadfinder – ganz selbstverständlich zum Programm.« G. Erb, 125 Jahre Christlicher Verein Junger Männer (CVJM), in: Stadt Kirchheim unter Teck (Hg.), Schriftenreihe, 1994, S. 144–145. (S. 121–164).

[11] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 24–25.

[12] Siehe dazu: L. Cordier, Evangelische Jugend und ihre Bünde, 1927.

welche mit dem Streben nach Erneuerung der abendländischen Kultur verknüpft war, faszinierten den jungen Gerstenmaier. Dieser beschrieb später seine Hinwendung zur bündischen Jugend emphatisch mit den Worten: »Die Welt hatte sich für uns geweitet, das Leben im Bund war frisch, sprühend lebendig und nahm uns mit.«[13]

Der Anschluß an Cordiers »Christdeutsche« markierte die innerliche Abkehr Gerstenmaiers vom Pietismus und seine Hinwendung zur Rechtfertigungs- und Zweireichelehre Luthers. Er durchbrach damit die bei aller Spiritualität gegenwärtige geistige Enge seines Elternhauses. Wesentlich beeinflußt wurde seine Umorientierung in dieser Phase durch die Lektüre von Wilhelm Stählins Publikation »Fieber und Heil in der Jugendbewegung«[14]. Das hierin vermittelte Weltbild, im besonderen die Ablehnung von »Vermassung«[15] und seine Ausführungen zum Themenbereich der persönlichen Gemeinschaft, wirkte prägend auf den jungen Gerstenmaier.[16] Die in der Jugendzeit gewonnene Erkenntnis, daß das Individuum vor der »Bewirtschaftung durch den Staat«[17] bewahrt und die Freiheit des einzelnen Menschen erkämpft werden muß, sollte zu einem Eckpfeiler der politischen Überzeugung des späteren CDU-Politikers werden.[18]

---

[13] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 25.

[14] W. Stählin, Fieber und Heil der Jugendbewegung, 1928. Die Kernpunkte der Christdeutschen Bewegung legte Stählin folgendermaßen dar (S. 9): »Wenn ihr den Materialismus als den wahrhaft bösen Feind verabscheut, so meint ihr – und ihr habt darin völlig recht – die ganze Denkweise, die überall körperliche, materielle Dinge als die letzte und eigentliche Wirklichkeit ansieht, und die es nun mit kindlicher Freude als einen Fortschritt der Menschheit begrüßt, wenn immer mehr Dinge um den Menschen sind, und diese meßbaren und zahlbaren Dinge – ›Güter‹ genannt – zum eigentlichen Maßstab der menschlichen Wohlfahrt und des Völkeraufstieges macht. [...] Ihr fühlt euch immer erwärmt und verbunden, wenn ihr Volksgenossen im Kampfe seht für eine neue Zeit, wo der Mensch sein Recht und die Seele ihr Reich unbekümmert erhält; ihr wendet euch mit Zorn und Mitleid und Spott ab von dem ›modernen‹ Menschen, der so schrecklich viele Dinge ›braucht‹, und von der ganzen zivilisatorischen Verfeinerung des Lebens, die, indem sie den Menschen bereichert, ihn zugleich in tausend Abhängigkeiten verstrickt und ihm um so sicherer absperrt von den quellenden Naturkräften wahrer Lebendigkeit.«

[15] Nach Überzeugung Kaisers trug diese Prägung dazu bei, Gerstenmaiers Mißtrauen gegenüber massendemokratischen Politikformen, wie Bolschewismus und Nationalsozialismus, hervorzurufen. J.-Ch. Kaiser, Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945, in: W. Huber (Hg.), Protestanten in der Demokratie, 1990, S. 72 (S. 69–92).

[16] Das Engagement, das Gerstenmaier zuvor im Kreis des CVJM gezeigt hatte, brachte er nun in die Arbeit für die christdeutsche Bewegung ein. Beleg hierfür sind unter anderem seine im Zentralblatt des bündischen Jugendverbandes, den »Christdeutschen Stimmen«, erschienenen Beiträge. Vgl. dazu die Artikel Gerstenmaiers zur Jungstreiterfrage in Heft 13/14 vom 20. September 1927 (7. Jg.); zur Köngener Gemeinde und die Deutsche Freischar in Heft 9/10 vom 15. Mai 1928 (8. Jg.) sowie seine Gedanken zur jüngsten Bundesaussprache in Heft 3 vom 15. März 1929 (9. Jg.).

[17] Rede Gerstenmaiers auf dem 6. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart am 27. April 1956. Abgedruckt in: Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Eugen Gerstenmaier, 1956, S. 225 (S. 206–238).

[18] Beispielhaft sei hierzu eine Passage aus der Rede Gerstenmaiers anläßlich der Jahrhundertfeier der Inneren Mission in Bethel vom 29. September 1948 zitiert, in der er ausführte: »Die Christenheit aller Konfessionen, gewiß aber die Kirche der Reformation, ist heute mehr denn je gefordert, der Not der Zeit und den Aufgaben des öffentlichen Lebens dienstwillig und hilfreich zu begegnen mit allem, was sie ist und vermag. Die Christenheit Deutschlands ist aufgerufen, über konfessionelle, politische

3. Rückkehr auf die Schulbank

Die Auseinandersetzung auf geistig-religiöser Ebene weitete Eugen Gerstenmaiers Blick. Über das Bibelstudium und die Lektüre theologischer Veröffentlichungen hinaus wuchs sein Interesse an politischen und philosophischen Themen. Besonders stark beeindruckte den jungen Schwaben die Lektüre der Publikationen des Sozialisten August Winnig, die ihm Einblicke in die ihm bis dahin weitgehend unbekannte Geschichte der Arbeiterbewegung gewährten.[1] Gleichwohl bedeutete die Hinwendung zu politischen Fragen nicht, daß sich Gerstenmaier parteipolitisch zu engagieren gedachte. Er warnte ganz im Gegenteil vor einer zu frühzeitigen Bindung junger Menschen an eine politische Gruppierung.[2]

Die stete Erweiterung seines Horizontes über die Geschehnisse in seiner unmittelbaren Umgebung hinaus, weckte in dem wissenshungrigen Kaufmann aus Kirchheim indes das Verlangen nach zusätzlicher geistiger Stimulation. Als Schlüsselerlebnis kann hier die Auseinandersetzung Gerstenmaiers mit Oswald Spenglers »Untergang des Abendlandes«[3] gelten. Die Faszination, die Spengler auf Eugen Gerstenmaier ausübte, basierte weniger auf der Übereinstimmung mit dessen geschichtsphilosophischen Gedankengängen; vielmehr war es Spenglers umfassende Art, sich seinem Untersuchungsgegenstand zu nähern, seine Methodik und sein analytischer Verstand, die Gerstenmaiers Achtung und Respekt errangen. Die Beschäftigung gerade mit Spenglers Publikationen machte dem jungen Kirchheimer allerdings ebenso schmerzhaft bewußt, daß ihm zu deren vollständigem Verständnis und ihrer Analyse mitunter die geistigen Voraussetzungen fehlten. Das Bedürfnis nach einer verbesserten Allgemeinbildung und damit nach der Fähigkeit komplexe sowie abstrakte Gedankenzusammenhänge nachvollziehen zu können, wurde in

---

und Zonengrenzen hinweg aktiv handelnd teilzunehmen an dem Neubau unseres staatlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.«

[1] »Die Welt des Sozialismus«, so erinnert sich Eugen Gerstenmaier in seinen Memoiren, »war mir bis zu Winnigs ›Frührot‹ innerlich fremd geblieben. Die Welt aus der ich kam, stand ihr feindlich gegenüber. Nun entdeckte ich Züge in ihr, die mich tief ergriffen. Eine Kampfbewegung für Gerechtigkeit, eine Freiheitsbewegung pochender Herzen. Ich konnte mich über viele Unterschiede hinweg mit dem jungen sozialistischen Maurergesellen August Winnig spontan solidarisieren.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 26. (Gerstenmaier verwies hier auf die Publikation Winnigs mit dem Titel: Frührot. Ein Buch von Heimat und Jugend, 1950.)

[2] Gerstenmaier hatte sich diesbezüglich in einem Artikel mit dem Titel »Jugendbewegung am Ende?« vom September 1931 deutlich mit den Worten geäußert: »Abgesehen von der augenblicklichen theologisch-pädagogischen Auseinandersetzung [...], handelt es sich dabei im Prinzip um den alten Unfug des Kesseltreibens auf die Jugend unter der berühmten Losung: ›Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!‹ Als ob die Jugend ›gehabt‹ sein wollte! Etwa als Garantie irgend eines mehr oder weniger brüchigen Programms, an dem sie ihrem Wesen nach in keiner Weise innerlich beteiligt sein kann. [...] So gilt ein Teil unseres Kampfes den parteipolitischen Bindungen der Jugend als voreiligen Festlegungen in einem Zeitabschnitt, der, wie wir glauben, ebenso den unbekümmerten jugendlich-burschenhaften Entfaltung gehört, wie sie sich etwa in der Freiheit der Fahrt oder in der Verbundenheit des Zeltlagers äußert, als auch – und wir sagen das mit Nachdruck – der geschlossenen Persönlichkeitsbildung vorbehalten ist [...].« Der Teckbote vom 16. September 1931.

[3] O. Spengler, Untergang des Abendlandes, 1922.

Gerstenmaier immer stärker. Die ständig gleichen Arbeitsabläufe und die geistige Unterforderung in seiner Kaufmannstätigkeit steigerten die Sehnsucht nach einem Studium, von dem er sich versprach, Wissenslücken schließen und sich neuen intellektuellen Herausforderungen stellen zu können. Eugen Gerstenmaiers Wunsch, das Abitur nachzuholen und zu studieren, wurde durch seinen alten Lateinlehrer Christian Moser tatkräftig unterstützt. Es gelang Moser, nicht nur die Eltern Gerstenmaiers, sondern auch den an sich zweifelnden Eugen davon zu überzeugen, daß die Aufnahmeprüfung für das humanistische Gymnasium mit einigen Monaten Vorbereitung unter seinen wachsamen Augen zu schaffen sei.

Der Entschluß Gerstenmaiers, dem Beruf, der sein Auskommen gesichert hatte, Ende August 1929 den Rücken zu kehren und sich dem akademischen Leben zuzuwenden, fiel in eine wirtschaftlich und politisch außerordentlich instabile Zeit. Nach einer Phase relativer Prosperität zwischen 1924 und 1928 war die deutsche Wirtschaft erneut ins Stocken geraten. Durch das Ende der langen Hochkonjunkturphase in den USA wurde das Deutsche Reich vor schier unlösbare Probleme gestellt, denn der als »Schwarzer Freitag« in die Geschichte eingegangene 25. Oktober 1929 zog den europäischen und im besonderen Maße den deutschen Wirtschaftsraum in Mitleidenschaft.[4] Das seit dem Rücktritt der letzten parlamentarischen Regierung Müller ab März 1930 amtierende Präsidialkabinett unter Reichskanzler Brüning versuchte erfolglos die wirtschaftliche Krisensituation mit einer Deflationspolitik zu überwinden. Die mißliche Lage der Wirtschaft zog eine Massenarbeitslosigkeit bislang unbekannten Ausmaßes nach sich. Dem Millionenheer von Erwerbslosen mangelte es dabei selbst bei bescheidenster Haushaltsführung oftmals an den zum Leben notwendigsten Dingen. Die wachsende Not verstärkte zusätzlich die bereits in einem erheblichen Teil der Bürgerinnen und Bürger vorhandene innere Distanz zur »ungeliebten Republik« und führte zur Radikalisierung der bis zum Ausbruch der Krise indifferenten Bevölkerungsschichten. Resultat dieser Entwicklung waren sich verschärfende innenpolitische Auseinandersetzungen und die zunehmend gewalttätiger werdenden Konflikte zwischen der Anhängerschaft der extremen politischen Rechten und Linken.[5]

---

[4] Nach dem dramatischen Fall der Börsenkurse in den USA begannen die amerikanischen Banken zur Wahrung ihrer eigenen Liquidität, die in Europa angelegten Gelder zurückzufordern. Der vergleichsweise hohe Abhängigkeitsgrad von ausländischen und in erster Linie amerikanischen Krediten erwies sich in dieser Situation für Deutschland als verhängnisvoll.

[5] Reichsinnenminister Carl Severing hatte im Dezember 1929 die Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung im Deutschen Reich mit folgenden Worten beklagt: »Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird. Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Tiefpunkt erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinung ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Linken und auf der äußersten Rechten getrieben wird.« Denkschrift des preußischen Reichsinnenministers Severing vom Dezember 1929, in: Zur innenpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929, in: VfZ, 8 (1960), H. 3, S. 281 (S. 280–289).

In einer Situation, in der das Gros der deutschen Bevölkerung um ihre Existenz kämpfte und die Zukunft alles andere als rosig zu werden versprach, hatte der junge Eugen Gerstenmaier den Mut, mit seinem bisherigen Leben zu brechen und erneut die Schulbank zu drücken. Der Altphilologe Moser hatte einen Lehrplan erstellt, der es seinem Schützling ermöglichen sollte, in einem knappen halben Jahr die Aufnahmeprüfung für die Oberprima am humanistischen Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart zu bestehen. Bevor Gerstenmaiers Wunsch in Erfüllung gehen konnte, mußte jedoch erst die Frage der Finanzierung geklärt werden. Selbst weitestgehend ohne eigene Ersparnisse, da er mit seinem Gehalt das Familienbudget aufgebessert hatte, und ohne Aussicht auf finanzielle Zuwendung durch die Eltern, deren Auskommen gerade zur Deckung des Lebensbedarfs für die zehnköpfige Familie reichte, war der aufstrebende Eugen auf externe Unterstützung angewiesen.[6] Zu Hilfe kam ihm der Pfarrer seiner Heimatpfarrei, Rupp, der die näheren Familienumstände kannte und sich für den ältesten Sproß von Albertine und Albrecht Gerstenmaier beim Evangelischen Oberkirchenrat einsetzte.[7] Unter Hinweis auf Gerstenmaiers überdurchschnittliche Begabung und seinen Wunsch, Theologie zu studieren und später in die Dienste der Württembergischen Landeskirche eintreten zu wollen, bat Rupp im Namen seines Schützlings um eine geringe finanzielle Zuwendung zur Deckung der während der Vorbereitungszeit für die Aufnahmeprüfung anfallenden Ausgaben. Für den Fall der Aufnahme in das Gymnasium – von der Rupp fest überzeugt war – suchte der Stadtpfarrer des weiteren um Aufnahme des jungen Mannes in das Stuttgarter Lutherstift und um eine finanzielle Beihilfe während seines Schulbesuchs nach.

Der positive Bescheid des Oberkirchenrats über die Gewährung einer Förderung erlaubte es Eugen Gerstenmaier, seinen Traum zu verwirklichen und sich ganz dem Lernen zu widmen. Ende August 1929 kündigte er seine Stellung in der Firma Stecher, obgleich diese Entscheidung von seinem persönlichen Umfeld mehrheitlich als unverantwortlich verworfen wurde.[8] Auch Vater Albrecht hatte diesen radikalen Schritt seines ältesten Sohnes zunächst nicht gutgeheißen, da er die Aufgabe eines sicheren Arbeitsplatzes vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise als zu großes

---

[6] Abschrift eines Briefes von Pfarrer Rupp an den Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart betr. Unterstützung des Gesuchs von Eugen Gerstenmaier »um Verwilligung aus der Studienhilfe«. Das Schreiben ist undatiert, es ist aber davon auszugehen, daß es im Sommer 1929 – noch vor Gerstenmaiers Entscheidung, den Kaufmannsberuf an den Nagel zu hängen – verfaßt wurde. EZA, 2/P 14.

[7] Pfarrer Rupp führte unter anderem aus: »Der Vater Gerstenmaier ist ein kluger und geschickter Mann, der sich alle Mühe gab und gibt, sich und seine Familie durch- und hochzubringen. [...] Zu den Kosten für Eugens neue Pläne wird er so gut wie nichts beisteuern können; Eugen ist dabei auf andere Hilfsquellen und auf sich selbst angewiesen.« Ebd.

[8] Die Reaktionen seines beruflichen Umfeldes verdeutlichen, wie radikal die Mitmenschen die Zäsur in Gerstenmaiers Leben beurteilten: »Als ich«, so erinnerte sich Eugen Gerstenmaier, »in dem kleinen Betrieb, zu dem ich nach meiner Lehre übergewechselt war, kündigte, hielten mich meine Kollegen für leicht verrückt und meine Chefs für bodenlos leichtsinnig.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 28.

Risiko ansah.[9] Doch trotz aller Bedenken und der Selbstzweifel, ob seine Begabung für die Ablegung des Abiturs und ein anschließendes Studium ausreichen würde, entschloß sich Eugen Gerstenmaier, seine Absichten in die Tat umzusetzen. Das Ausmaß an Befreiung, das er nach diesem Schritt empfand, machen Gerstenmaiers eigene Worte besonders deutlich. Zwei Jahre nach seiner Abkehr vom Kaufmannsberuf schilderte er diesen bedeutenden Einschnitt in seinem Leben folgendermaßen: »In jenen Tagen trat zu einer längst gefällten inneren Entscheidung die äussere. Das jahrelang für unmöglich Gehaltene wurde plötzlich Wirklichkeit. Berufswechsel. Mein Leben floss zur Einheit zusammen und trat mit Fug und Recht unter einen neuen Aspekt, an den ich nie zu denken gewagt hatte. [...] Die Tatsache der äusseren Umstellung war mehr als ein mit Freuden begrüsstes Heraustreten aus alten Bindungen, die nicht befriedigten, sondern knechteten. Es war die plötzliche, vollgültige Anerkennung meiner Sache, für mich vollgültig geworden durch die Befreiung zum unmittelbaren Dienst.«[10]

Der knapp bemessene Zeitrahmen bis zur Aufnahmeprüfung zwang Eugen Gerstenmaier, sich einer strengen Selbstdisziplin zu unterwerfen und sich über den vierstündigen Unterricht bei Christian Moser hinaus, rasch das notwendige Wissen im Eigenstudium anzueignen. Das gewagte Unternehmen gelang, und der Kirchheimer bestand den Test an der für ihr hohes Niveau berühmten Stuttgarter Lehranstalt, die damals von Direktor Binder geleitet wurde und der sich Gerstenmaier Zeit seines Lebens »wie keiner anderen Schule«[11] verbunden fühlte. Da der Evangelische Oberkirchenrat dem Gesuch Gerstenmaiers um Aufnahme in das Lutherstift stattgegeben hatte, konnte der inzwischen 24jährige im April 1930 nach Stuttgart umziehen.[12] Die ihm gewährte Unterstützung in Form von finanzieller Zuwendung und der freien Logis im Stift erlaubte dem Oberprimaner, sich auf das Lernen zu konzentrieren.

Gerstenmaier gelang es rasch, vor allem in Deutsch, Religion und Geschichte mit guten Leistungen zu glänzen, einzig in den altphilologischen Fächern hatte er Schwierigkeiten. In Latein und Griechisch mußte der lernbegierige junge Mann enttäuscht erkennen, daß es fast unmöglich war, den Lernstoff von acht Gymnasialjahren in rund eineinhalb Jahren zu bewältigen. Durch seine intellektuellen Fähigkeiten und seinen Fleiß schaffte er es aber, nicht nur das Klassenziel zu erreichen, sondern er legte im Frühjahr 1931 am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium sein Abitur sogar mit

---

[9] G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 124.

[10] Exposé Eugen Gerstenmaiers mit dem Titel »Wort und Gestalt. Eine Rückschau und ein Bekenntnis«; erstellt im Vorfrühling 1931. ACDP, I-210–002.

[11] Brief Eugen Gerstenmaiers an den Direktor des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums, Walther Sontheimer, vom 20. September 1956. Ludwigs-Gymnasium, unsigniert.

[12] Bei dem Lutherstift handelte es sich nach den Worten Gerstenmaiers um ein »Pfarrsöhneheim«, das von Pfarrer Sträb geleitet wurde, der Eugen Gerstenmaier freundschaftlich verbunden war. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 67. Karl Sträb nahm Jahre später an der Ordination seines einstigen Schützlings in Kirchheim teil.

Auszeichnung ab.[13] Seine hervorragenden schulischen Leistungen beseitigten seine Selbstzweifel, für die von ihm gewählte akademische Laufbahn eventuell nicht begabt genug zu sein. Eugen Gerstenmaier wurde durch seinen glanzvollen Schulabschluß ferner ermutigt, um ein Stipendium nachzusuchen, daß das lang ersehnte Studium finanzieren sollte. Zu diesem Zeitpunkt schien für ihn festgestanden zu haben, den Pfarrerberuf ergreifen zu wollen. In einem Artikel für die »Vossische Zeitung« rechtfertigte der künftige Pfarrer seine Entscheidung für das Theologiestudium. Der Beitrag Gerstenmaiers in einer Berichtsreihe, in der Primaner deutscher Gymnasien aufgefordert worden waren, ihre beruflichen Pläne und die Motive für ihre Wahl darzulegen, gewährte indes wenig Einblick in den persönlichen Entscheidungsfindungsprozeß des Kirchheimers. Vielmehr geriet seine Darstellung zu einem Plädoyer für das theologische Studium im allgemeinen und die Pastorentätigkeit im besonderen. Der Beitrag verdeutlicht indessen, daß der junge Schwabe durchaus von einem gewissen Sendungsbewußtsein beseelt war und er die in der »Christdeutschen Jugendbewegung« artikulierte Kernforderung nach der Freiheit des Individuums auch bei der Ausübung des seelsorgerischen Dienstes zu unterstützen gedachte.[14]

---

[13] Gerstenmaier wurde als Klassenbester der sogenannte Scheffelpreis zuerkannt. Die Schulleitung bescheinigte dem ehemaligen Kaufmann sowohl ein untadeliges Verhalten wie sehr gute Leistungen in Deutsch. Mit »gut« bewertet wurden seine Anstrengungen in Philosophie, Geschichte, Religion und Naturgeschichte. In Mathematik und Leibesübungen erkannten ihm die Lehrer ein »befriedigend« zu. In Englisch mußte Gerstenmaier sich mit der Note »nicht genügend«, in Latein und Griechisch mit der Beurteilung »nicht ganz genügend« zufrieden geben. Auszug aus dem Reifezeugnis Eugen Gerstenmaiers. Ludwigs-Gymnasiums, unsigniert.

[14] Da der Artikel Eugen Gerstenmaiers Einstellung in diesem Lebensabschnitt plastisch veranschaulicht, werden im Folgenden einige Hauptaussagen der Publikation zitiert. Unter anderem heißt es hierin: »Die geistig-seelischen Werte sind bedroht. Rationalisierung und Mechanisierung war und wird der geistige und seelische Tod von Millionen lebendiger Menschen. Die fortschreitende Materialisierung unseres gesamten Lebens [...] bedeutet eine ungeheuere Verschärfung des Kampfes um die Gültigkeit einer Rangordnung aller Lebenswerte. Es ist der Kampf um den Sinn des Daseins. Zu diesem Kampf sind alle aufgerufen, unterschiedslos, denn es ist der Kampf der Lebendigen gegen das Töten, die gemeinsame Front derer, die an die Macht des Geistes glauben. Wir meinen gewiß nicht, daß das Reifezeugnis erst zum Eintritt in diese Front befähige, nein aber es soll ein memento sein, das nicht überhört werden darf. Der Pfarrer ist in besonderer Weise berufen, in unverbrüchlichem Gehorsam gegen das Unbedingte auf jene Ordnung der Werte hinzuweisen, ohne die unser Leben letztlich sinnlos wird. Er ist berufen, auf immer neuen Wegen Verkünder des Ewigen zu sein, ist berufen, Helfer nicht der Weltflüchtigen sondern derer zu sein, die im Kampf des Tages stehen.« Vossische Zeitung vom 5. April 1931.

Zweites Kapitel

Abschied von Kirchheim

1. Tübinger Intermezzo

Vor allem finanzielle Überlegungen führten den 25jährigen dazu, sich bei der Wahl seines Studienortes für die nur rund 50 km entfernte württembergische Kreisstadt Tübingen zu entscheiden. Die räumliche Nähe zu seiner Heimatstadt, in der er sich in der vorlesungsfreien Zeit als Werkstudent in einem Textilunternehmen ein Zubrot verdiente und sein in Tübingen als Leiter des Studentenwerks arbeitender Freund aus CVJM-Zeiten, Paul Collmer[1], trugen zum Entschluß bei, das akademische Leben in den Hallen der Eberhard-Karls-Universität zu beginnen. Sein langjähriger Vertrauter Collmer überredete Gerstenmaier bereits in seinem ersten Semester zur Mitarbeit im Tübinger Studentenwerk. Diese Tätigkeit gewährte dem Studenten über die finanzielle Beihilfe der Württembergischen Evangelischen Studienhilfe hinaus eine Unterstützung in Form eines Freitisches durch das Tübinger Studentenwerk.[2]

Doch trotz dieser positiv anmutenden Rahmenbedingungen zerstoben Gerstenmaiers Träume vom akademischen Leben rasch. Sein großer Respekt vor der »erhabene[n] Institution«[3] Universität wich, da er die von ihm ausgewählten Lehrveranstaltungen in den Fächern Theologie und Germanistik als langweilig und wenig fesselnd empfand. Auch die vom Dozenten für systematische Theologie angebotenen Veranstaltungen befriedigten den Studenten nicht. Allerdings kristallisierte sich trotz dieser Enttäuschung bereits im Verlauf des ersten Semesters heraus, daß die Theologie Gerstenmaiers eigentlicher Interessenschwerpunkt war. Es war ihn ferner klar, daß er nicht mehr in den Kaufmannsberuf zurückkehren wollte, sondern die Fortsetzung seines Studiums anstrebte.[4] Da eine finanzielle Unterstützung seiner akademischen Ausbildung durch die Familie nicht möglich war, entschied sich der junge Theologiestudent im Sommersemester 1931, um ein Stipendium bei der Studienstiftung des Deutschen Volkes nachzusuchen. Die im Zuge des Auswahlverfahrens in Tübingen geführten Gespräche eines Vertreters der Studienstiftung beschei-

---

[1] Paul Collmer (* 2. Juli 1907 in Cannstadt, † 18. April 1979 in Stuttgart) studierte in Tübingen und Frankfurt am Main Nationalökonomie und Fürsorgewesen. Aufgrund seiner Oppositionstätigkeit gegen das nationalsozialistische Regime war Collmer ab 1942 inhaftiert worden. Nach Kriegsende war Paul Collmer in leitender Stellung für das Hilfswerk der Evangelischen Kirche tätig.

[2] Schreiben Paul Collmers an den Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart vom 22. Juni 1931. EZA, 2/P 14.

[3] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 31.

[4] Eugen Gerstenmaier erinnerte sich, daß ihm der Besitzer des Kirchheimer Textilunternehmens eine dauerhafte Stellung in seinem Betrieb angeboten hatte, er dieses Angebot aber zurückgewiesen habe. Ebd., S. 32.

nigten Eugen Gerstenmaier einen »starken Aufstiegswillen« und umfangreiche Kenntnisse der »heutigen Theologie«.[5] Die Beurteilung unterstreicht ferner, daß bei dem 25jährigen die ihn im späteren Leben kennzeichnenden Charakterzüge deutlich hervortraten: Seine überdurchschnittliche Intelligenz und Belesenheit sowie seine schnelle Auffassungsgabe waren gepaart mit einem teilweise arrogant wirkenden Auftreten. Auch konnte bei Meinungsdifferenzen durchaus eine Grobheit im Umgang mit anderen deutlich werden.

Das Ende 1931 abgeschlossene rigide Auswahlverfahren der Studienstiftung[6] ergab, daß sich der junge Mann aus Kirchheim allen Mitbewerbern an der Karls-Universität als überlegen erwies. Am Ende seines zweiten Tübinger Semesters erhielt Eugen Gerstenmaier die Nachricht von der Aufnahme als Vorsemester in den elitären Stipendiatenkreis der Studienstiftung des Deutschen Volkes.[7] Die zwar bescheidene, aber für Gerstenmaier dennoch ungewohnte finanzielle Unabhängigkeit ließ nun einen Studienortwechsel in greifbare Nähe rücken. Das Bedürfnis, an der Rostocker Universität zu studieren, war bei Eugen Gerstenmaier nach der Lektüre einer Publikation des dortigen Ordinarius Friedrich Brunstäd entstanden.[8] Die Faszination, die Brunstäd – der an der mecklenburgischen Hochschule den Lehrstuhl für systematische Theologie innehatte – auf den jungen Schwaben ausübte, basierte auf dem Denkansatz des Dozenten, eine Symbiose aus abendländischer Philosophie und protestantischen Glaubensgrundsätzen anzustreben.[9] Offiziell gab Gerstenmaier als Grund für seinen Studienortwechsel allerdings nicht die Bewunderung

---

[5] Das Fazit aus den mit Gerstenmaier geführten Gesprächen des Vertreters der Studienstiftung im Winter 1931 wirft ein bezeichnendes Licht auf die Persönlichkeitsstruktur des jungen Studenten. In einem internen Bericht vom 2. Dezember 1931 hieß es: »[...] Die zahlreichen und intensiven Unterhaltungen zeigten einen mit den Problemen der heutigen Theologie, wie sie in Tübingen lebendig sind, vertrauten und von ihnen erfassten Menschen, so jedoch dass man manchmal den Eindruck allzu leichten Redens über diese Dinge, das auch im Dienst eines gewissen selbstischen Wert- und Geltungstriebes stehen könnte, hat. Andererseits hat Gerstenmaier in seiner urkräftigten Art sehr viel mehr Substanz als der ihm in manchen ähnliche B[...]. Wenn man ihn ferner mit dem Durchschnitt der Theologiestudenten vergleicht, so ist er sicherlich, was Aktivität, wissenschaftliches Interesse und Problembewußtsein angeht, den meisten stark überlegen. Auf feinere Naturen wird er grob und vorlaut wirken. In öffentlicher Wirksamkeit könnten ihm Taktlosigkeit und falsche Wertungen unterlaufen. Aber trotz seines Alters kann ihm auch noch eine Entwicklung bevorstehen, die ihn z. B. auch von dem leidenschaftlich ergriffenen Humanismus des Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums wieder wegführen könnte.« ACDP, I-210–033/1.

[6] Aus dem Merkblatt der Studienstiftung geht hervor, daß diese »alljährlich in strenger Auslese eine begrenzte Anzahl Mitglieder« in ihr Förderprogramm aufnahm. Undatiertes Merkblatt der Studienstiftung des Deutschen Volkes. ACDP, I-210–005/1.

[7] Die Aufnahme des begabten Sohnes der Stadt in die Studienstiftung wurde von der Kirchheimer Tageszeitung »Der Teckbote« in der Ausgabe vom 4. Februar 1932 stolz vermeldet.

[8] Mit den Vorstellungen Brunstäds kam Gerstenmaier erstmals durch die Lektüre eines veröffentlichten Vortrags des Hochschullehrers mit dem Titel »Reformation und Idealismus« in Berührung. F. Brunstäd, Reformation und Idealismus, 1925.

[9] Gerstenmaier selbst gab als Grund für seinen Wechsel nach Rostock an, daß er sich von Brunstäd die »geglückte Symbiose zwischen [...] idealistischer Philosophie und konservativ gestimmter Theologie« versprochen hatte. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Joachim Ringleben vom 7. Juli 1982. ACDP, I-210–045/1.

für seinen künftigen akademischen Lehrer an. Vielmehr rückte er in einem Schreiben an die Studienstiftung die im Vergleich zur überfüllten theologischen Fakultät in Tübingen besseren Studienmöglichkeiten in Rostock in den Vordergrund.[10] Er versprach sich von der mecklenburgischen Universität, sein »Studium durch den persönlichen Kontakt mit massgebenden Dozenten intensiver und tiefer«[11] gestalten zu können. Die Studienstiftung stellte sich dem Wunsch des Stipendiaten nicht in den Weg. Nach Absolvieren der Proseminare und Ablegung des Hebraicums kehrte Gerstenmaier am Ende des zweiten Semesters der württembergischen Kreisstadt deshalb den Rücken.

2. Studium in Rostock

Gerstenmaiers Umzug in die Hansestadt im Frühjahr 1932 vollzog sich in politisch sehr bewegter Zeit. Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland, der mittelfristig zur Stabilisierung der Weimarer Republik beigetragen hatte, fand ab 1929 ein jähes Ende und die einsetzende Wirtschaftskrise erwies sich als lebensbedrohend für die junge Demokratie. Die Politik war mit der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit bislang ungekannten Ausmaßes überfordert. Aus der Not und der Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung vermochten besonders die Nationalsozialisten mit ihren demagogischen Parolen Kapital zu schlagen.[1] Generell schien das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise in das politische System erschüttert. Die Republik stand dieser Krise scheinbar machtlos gegenüber. Die Regierungen amtierten im Durchschnitt nur acht Monate und das Maß an innerer Zersplitterung wurde durch die Teilnahme von 61 Parteien und politischen Gruppierungen an der Reichstagswahl im Juli 1932 evident.

Selbst Gerstenmaier bekannte, daß ihn nach Brünings Rücktritt »der ganze politische Betrieb«[2] sehr verdrossen habe.[3] Tendenziell stand der Mann aus Kirchheim den dramatischen politischen Ereignissen dieser Tage aber eher gleichgültig gegenüber. Der seit dem Sommersemester 1933 als Mitglied der Studienstiftung des Deut-

---

[10] Ein Blick auf die Zahl der für evangelische Theologie in beiden Universitäten immatrikulierten Studenten verdeutlicht die unterschiedlichen Größenverhältnisse. Im Sommersemester 1938 waren reichsweit nirgendwo mehr Studierende in diesem Fach eingeschrieben als in Tübingen; den 343 Tübinger Studenten standen lediglich 49 Rostocker Theologiestudenten gegenüber. BAB, R 5101/23808.

[11] Eugen Gerstenmaier in einem Brief an die Studienstiftung des Deutschen Volkes in Dresden vom 15. Februar 1932. ACDP, I-210-005/1.

[1] Die NSDAP erhielt bei den Wahlen zum Reichstag 1930 rund 6,4 Millionen Stimmen, die sie bei der zwei Jahre später abgehaltenen Wahl zum 6. Reichstag mit 13,7 Millionen fast verdoppeln konnte. Bei den letzten freien Reichstagswahlen im November 1932 verbuchten die Nationalsozialisten trotz Verlusten noch 11,7 Millionen Stimmen und behaupteten damit ihre Position als die mit Abstand stärkste Fraktion im Parlament.

[2] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 37.

[3] Die Entlassung Reichskanzler Brünings durch Hindenburg erfolgte im Mai 1932; die Regierungsgeschäfte wurden danach durch Franz von Papen übernommen.

schen Volkes[4] geführte Gerstenmaier widmete sich vielmehr seinem Studium und engagierte sich in der Rostocker Studentenschaft. Nachdem ein letzter Versuch, sich mit der Germanistik auseinanderzusetzen, gescheitert war, konzentrierte er sich auf die Fächer Theologie und Philosophie. Sein Studienschwerpunkt lag auf den Veranstaltungen des Systematikers Brunstäd, und seine hierin gezeigten Leistungen waren überragend.[5] Vor allem das intensive persönliche Verhältnis zu seinem Mentor, das sich über eine reine Schüler-Lehrer-Beziehung im Laufe der Zeit zu einer tiefen Freundschaft entwickelte[6], bereicherte sein Studium außerordentlich.[7] Über die Wertschätzung für Brunstäd[8] hinaus fühlte sich Gerstenmaier stark von der praktischen Theologie und Apologetik Helmut Schreibers sowie von dem historische Theologie lehrenden Johannes von Walter angesprochen.[9]

Parallel zum Vorantreiben seiner wissenschaftlichen Studien begann Eugen Gerstenmaier sich stark in die Arbeit der Rostocker Studentenschaft einzubringen. Bereits im Wintersemester 1932/33 wurde er zum Fachschaftsleiter der evangelischen Theologen gewählt, seinem ersten studentischen Amt.[10] Trotz seines großen Engagements für die Fachschaft hatte Gerstenmaier zu dieser Zeit ein seltsam distanziertes Verhältnis zu den politischen Geschehnissen und bekannte, von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 »völlig überrascht«[11] worden zu sein. Im Unterschied zu seinem nationalkonservativen Mentor Brunstäd, der bereits Anfang 1933 das drohende Unheil für Deutschland antizipierte, glaubte der

---

[4] Eugen Gerstenmaier hatte sich nach Ablauf seiner Förderung als Vorsemester um die Aufnahme als Mitglied bei der Studienstiftung und damit um eine Weiterführung der finanziellen Unterstützung beworben. Er verwies in seinem Aufnahmeantrag auf die Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage durch den Wegfall der geringen Zuwendung seiner Eltern, da Vater Albrecht aufgrund des drohenden Zusammenbruchs der ihn beschäftigenden Firma Gehaltskürzungen hatte hinnehmen müssen. ACDP, I-210–005/1.

[5] So bezeichnete Brunstäd die von Gerstenmaier im Sommersemester 1932 angefertigte Arbeit über Ulrich von Hutten als »druckreif«. ACDP, I-210–002.

[6] Das Ausmaß der emotionalen Bindung an Brunstäd wird deutlich in der Formulierung, die Gerstenmaier zur Charakterisierung seines Lehrers wählte. So bezeichnete Gerstenmaier Brunstäd in einem Brief vom 14. November 1944 als seinen »zweiten Vater«. B. Gerstenmaier/E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 84. Vgl. in diesem Zusammenhang ebenfalls die ausführliche Würdigung seines akademischen Lehrers in Form eines Vorwortes, das der von Gerstenmaier und Schweitzer 1957 herausgegebenen Publikation über das Werk Friedrich Brunstäds vorausgeht. E. Gerstenmaier/C. G. Schweitzer (Hg.), Friedrich Brunstäd, 1957, S. 7–14.

[7] Vgl. den Brief Eugen Gerstenmaiers an die Studienstiftung des Deutschen Volkes vom 10. November 1932. ACDP, I-210–005/1.

[8] Wie stark sich Gerstenmaier an Brunstäd emotional band, geht aus einem Brief Gerstenmaiers an Maria Mejer-Eppinger vom 12. September 1978 hervor. Darin bezeichnete er Friedrich Brunstäd als seinen »geistigen Vater«, der ihm eine »intellektuelle und habituelle Form gegeben [habe, D. G.], mit der ich leben konnte.« ACDP, I-210–041/2.

[9] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart, 7. September 1934. EZA, 2/P 14.

[10] Die Wahl Gerstenmaiers zum Fachschaftsleiter erfolgte im übrigen am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

[11] Der Teckbote vom 29. Januar 1983.

Theologiestudent Gerstenmaier noch an ein rasches Abwirtschaften der Nationalsozialisten.[12]

Daß die »Machtergreifung« aber auch für den fernab der Geschehnisse in der Reichshauptstadt lebenden Studenten einschneidende Konsequenzen haben würde, wurde rasch deutlich, denn die vom NS-Regime durchgeführte Gleichschaltung der deutschen Gesellschaft machte selbst vor der evangelischen Kirche nicht halt. Der Totalitätsanspruch der braunen Machthaber wurde nach Ausschaltung gesellschaftlicher und politischer Opposition auf die Kirchen ausgeweitet. Im Streit um die Einsetzung des Reichsbischofs Ludwig Müller wurde deutlich, daß hierdurch der kirchliche Einfluß auf die Bevölkerung eliminiert werden sollte. Der innerkirchliche Kampf, der sich zunächst in der Auseinandersetzung zwischen dem vom Kirchenausschuß favorisierten Friedrich von Bodelschwingh und dem regimehörigen Pastor Müller um das Amt des Reichsbischofs zuspitzte, politisierte auch Eugen Gerstenmaier. Der Theologiestudent schlug sich in diesem Konflikt auf die Seite derer, die die massive staatliche Beeinflussung interner Entscheidungsprozesse der evangelischen Kirche ablehnten und auf der Aufrechterhaltung der kirchlichen Autonomie beharrten.[13] Der Kirchenkampf hatte begonnen und er sollte sich als prägendes Erlebnis für Gerstenmaier erweisen.

Die zur Festigung seines Machtanspruchs von Hitler zunächst vorgenommene Hofierung beider Kirchen in den ersten Monaten des Jahres 1933 wich rauheren Tönen seitens des Regimes, nachdem es nach der erfolgten Gleichschaltung der deutschen Gesellschaft einer staatsmännischen Zurückhaltung nicht mehr bedurfte.[14] Die von den Deutschen Christen (DC) vehement vorgetragene Forderung nach einer Umformung der bestehenden 28 evangelischen Landeskirchen und ihrem losen Zusammenschluß im Deutschen Evangelischen Kirchenbund zu einer einheit-

---

[12] In einem Gespräch mit der Zeitung »Der Teckbote« ließ Eugen Gerstenmaier die Geschehnisse des 30. Januar nochmals Revue passieren: »Mir hat es auch nicht gepaßt, daß jetzt der Hitler daran [war, D. G.], den wir für einen politisch gar nicht ganz ernstzunehmenden Mann hielten. Für Brunstäd bedeutete das den Anfang vom Ende, so daß ich mich dann doch veranlaßt sah, diesem Pessimismus zu widersprechen. Ich sagte: Aber hören Sie, Herr Professor, bei dem Hitler wird's auch nicht anders sein als mit vielen anderen. Wieviel Reichskanzlerstürze haben wir erlebt. In einem halben oder in einem Jahr werden die Nationalsozialisten so am Ende sein, daß das ganze Problem für uns ausgestanden ist.« Der Teckbote vom 29. Januar 1983.

[13] In seinem für die Deutsche Studienstiftung erstellten Bericht über das Rostocker Sommersemester vom September 1933 erklärte er diesbezüglich wörtlich: »Als Theologe habe ich in gleicher Weise für die Unverletzlichkeit des Bekenntnisses wie für meine in ernster Arbeit gewonnene wissenschaftliche Erkenntnis einzutreten. Ich hatte demgemäss in dem uns aufgezwungenen kirchenpolitischen Kampf restlos für die Geltung und Gestaltung der Kirche nach dem im Bekenntnis verfassten Verständnis des Evangeliums zu kämpfen.« ACDP, I-210–005/1.

[14] Es kam es zu einem Bruch im Verhalten der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber den Kirchen. Die Hoffnungen der Kirchenführer auf einen aus christlichem Geist heraus geführten Staat wurden rasch durch die Zurschaustellung der NS-Ideologie mit ihren menschenverachtenden, antisemitischen und christentumsfeindlichen Aspekten zerstört. Zur Haltung des NS-Regimes gegenüber den deutschen Kirchen vgl. unter anderem: K. Novak, Christuskreuz gegen Hakenkreuz, in: G. Heydemann/L. Kettenacker (Hg.), Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat, 1993, S. 215–237.

lichen Reichskirche bedrohte zudem die Eigenständigkeit der Kirche. In dem Bestreben, sich das Heft des Handelns nicht völlig aus der Hand nehmen zu lassen, setzten die Landeskirchen im April 1933 ein aus Hermann Kapler, August Marahens und Hermann Albert Hesse bestehendes Gremium ein[15], das sich mit der Vorbereitung einer Kirchenreform beschäftigte. Man hoffte somit den veränderten politischen Gegebenheiten Rechnung tragen und die Einflußnahme der Regierung so weit wie möglich zurückdrängen zu können. Als Ausdruck ihres Strebens nach Wahrung kirchlicher Autonomie nominierten die Landeskirchenleitungen am 27. Mai für die Zeit nach Abschluß des kirchlichen Reformunterfangens den Leiter der Bethelschen Anstalten, Friedrich von Bodelschwingh, als Reichsbischof. Das Votum für von Bodelschwingh stieß indessen auf den Unmut der neuen Machthaber, die dieses Amt ihrem Vertrauensmann Ludwig Müller[16] zuzuschanzen gedachten.

Diese Kritik wurde auch von regimehörigen Studierenden aufgenommen und in den universitären Kreisen artikuliert. So protestierte der Rostocker NS-Studentenführer Trumpf lautstark gegen die Wahl des Bielefelder Theologen von Bodelschwingh. Der angehende Jurist Trumpf hatte in einem im Rostocker Anzeiger vom 31. Mai 1933 veröffentlichten Telegramm im Namen der »studentische[n] Jugend« den Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller, den Beauftragten Hitlers, als Bischof favorisiert, da nur ein »Kämpfer der nationalen Revolution zur Erfüllung der wahren Aufgabe der Kirche« in der Lage sei.[17] Gegen diese Einmischung in die innerkirchlichen Angelegenheiten wandte sich Eugen Gerstenmaier, dem seit Beginn des Sommersemesters die Leitung der Rostocker Studienstiftung übertragen worden war[18], ganz entschieden. Nachdem die Fachschaft Gerstenmaier »fast einmütig« zu ihrem »Führer und Sprecher der theologischen Opposition« bestimmt hatte[19], initiierte er eine Unterschriftenaktion auf dem Rostocker Campus,

---

[15] Kapler war Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin und zugleich Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses. Bei Marahens handelte es sich um den hannoverschen Landesbischof, und Hesse fungierte als reformierter Bevollmächtigter des Evangelischen Kirchenbundes.

[16] Adolf Hitler hatte Ludwig Müller am 25. April 1933 zu seinem Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche ernannt. Seine Aufgabe sollte es sein, Informationen über die internen Entscheidungsfindungsprozesse zusammenzutragen und den Einfluß des NS-Regimes auf die Deutsche Evangelische Kirche sicherzustellen.

[17] Telegramm des Rostocker Studentenführers Trumpf an den Evangelischen Kirchenausschuß. ACDP, I-210–004/1.

[18] Gerstenmaier übernahm diese Funktion auf Wunsch der Studentenschaft, der Leitung sowie des Vertrauensdozenten der Deutschen Studienstiftung in der Hansestadt. Er zeichnete damit für die Abwicklung der im Rahmen der Stipendiatenbetreuung anfallenden administrativen Aufgaben in Rostock verantwortlich. Ferner oblag es ihm, die Kommilitonen zu Aktivitäten anzuhalten, die über das Studium hinausgingen. Im Falle der elf sich noch nicht in der Examensphase befindlichen Rostocker Stipendiaten des Sommersemesters 1933 betätigten sich sechs Personen in der Studentenschaft, die restlichen fünf Studenten leisteten ihren Wehrdienst ab oder waren aktive SA-Mitglieder. Vgl. den Bericht Eugen Gerstenmaiers über das Sommersemester 1933 vom September 1933. ACDP, I-210–005/1.

[19] Ebd.

deren Ziel es war, den Rückhalt, den von Bodelschwingh innerhalb der kirchlich gebundenen Studentenschaften genoß, zum Ausdruck zu bringen. Über 100 evangelische Studenten unterzeichneten ein an von Bodelschwingh gerichtetes Telegramm und versicherten diesem ihre Gefolgschaft. Der Protest Gerstenmaiers war damit jedoch noch nicht beendet. Er drang zudem darauf, daß den Studierenden im Rahmen einer Fachschaftssitzung die Möglichkeit gegeben wurde, zu der Kritik Trumpfs an der kirchlichen Entscheidung Stellung zu nehmen. Als nach einigem Hin und Her vom Leiter der Fachschaft die Genehmigung zum Abhalten der Versammlung gegeben worden war, fanden sich am Abend des 1. Juni 1933 mehr als 70 Studierende zu dieser Sitzung ein. Anwesend war ebenso Studentenführer Trumpf, der sich mit einer Art Leibgarde in Form von SA- und SS-Angehörigen umgeben hatte. Ein am 2. Juni angefertigter Bericht von Gerstenmaier und vier seiner Kommilitonen über die Vorgänge des Vorabends veranschaulicht, wie stark das Recht zur freien Meinungsäußerung selbst auf Universitätsebene bereits beschnitten worden war: »Da es zu Anfang der Sitzung bei Betreten des abgesetzten Fachschaftsleiters zu einem lebhaften Beifallsgetrampel gekommen war und bei Betreten einer Reihe von nichttheologischen SA- und SS-Leuten in Uniform gescharrt wurde, ergriff der Führer der Studentenschaft das Wort zu einer äusserst scharfen Zurechtweisung, in der er mit Zwangsmaßnahmen drohte und jede Wortmeldung untersagte. Die Argumentation seines Schrittes ging dahin: Durch die Wahl von Bodelschwinghs zum Reichsbischof haben sich in der Kirchenleitung reaktionäre Elemente durchgesetzt. Beweis: Der Reichskanzler hat und wird Reichsbischof von Bodelschwingh nicht empfangen. Da sowohl Beifalls- oder Missfallensäusserungen jeder Art untersagt waren, konnte sich keiner der anwesenden Kommilitonen zu den Vorgängen irgendwie äussern. Schliesslich wurde auf seinen Befehl der Saal geräumt.«[20] Nach Auflösung der Versammlung entschlossen sich die derart gemaßregelten Studenten dazu, sich spontan in die nahe gelegene Universitätskirche zu begeben. Dort entwickelte sich den Erinnerungen Eugen Gerstenmaiers zufolge eine Kundgebung im »gottesdienstlichen Gewand«.[21]

Die Auseinandersetzung der evangelischen Theologenschaft mit dem nationalsozialistischen Studentenführer Trumpf war damit aber noch nicht ausgestanden. In einer zwei Wochen später einberufenen studentischen Vollversammlung kam es zu einer erneuten Kollision. Anlaß für die abermalige Kontroverse war ein Befehl des Reichsstudentenführers Krüger, der die Abhaltung von Vollversammlungen aller evangelischen Studierenden an sämtlichen deutschen Hochschulen verfügt hatte, um das Eintreten der nationalsozialistisch gesinnten Studentenschaft für den Wehrkreispfarrer Müller als künftigen Reichsbischof zu unterstreichen. Diesem reichswei-

[20] Der Leiter der theologischen Fachschaft, Bartholdi, wurde von Trumpf abgesetzt, da er die Veröffentlichung des Protestes nicht unterbunden hatte. Bartholdi wurde durch einen kommissarischen Leiter ersetzt und die Veröffentlichung besagten Schreibens untersagt. Bericht vom 2. Juni 1933 über die Vorgänge vom 1. Juni an der Rostocker Universität, verfaßt von Eugen Gerstenmaier, Wilhelm Wrage, Fritz Schäfer, Walther Foertsch und Friedrich Wilhelm von Seydlitz. ACDP, I-210–004/1.

[21] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 40.

ten Aufruf leistete natürlich auch die mecklenburgische NS-Studentenschaft Folge. Die Versammlungsleitung in Rostock oblag Studentenführer Trumpf, als Redner waren der Gründer und Kopf der Glaubensbewegung Deutscher Christen, Pfarrer Joachim Hossenfelder, sowie der Jenaer Privatdozent Müller eingeladen worden. Die zunächst eher allgemein gehaltenen Äußerungen der beiden Vortragenden zur Lage des deutschen Protestantismus gipfelten schließlich in der Aussage, nicht die nationalsozialistische Regierung trete für die Einsetzung Ludwig Müllers ein, vielmehr würde das Kirchenvolk selbst den Vertrauten Hitlers als Reichsbischof fordern. Vor allem letztere, völlig an der Realität vorbeigehende Bemerkung erregte Widerspruch. Im Namen der die Bekenntnisfreiheit der evangelischen Kirche unterstützenden Rostocker Studierenden verlas Eugen Gerstenmaier eine bereits vor Versammlungsbeginn verfaßte Verlautbarung, die von dem nicht »in Braunhemden erschienenen Teil der Versammlung mit lebhaftem Beifallsgetrampel«[22] aufgenommen wurde. Das Kernstück dieser Erklärung lautete: »Unser Anliegen ist klar und einfach: Wir deutschen evangelischen Studenten bekennen uns zu der Freiheit einer Kirche, die auf dem im Bekenntnis der Väter verfassten Verständnis des Evangeliums steht. Wir wehren uns gegen jeden Schein von Gewaltanwendung bei Entscheidungen der Fragen, die diese Kirche betreffen. Wir wollen, dass diese Kirche in der Liebe zu Volk und Reich das Evangelium verkündet unbeugsam vor jedweder Gewalt.«[23] Eine Auseinandersetzung mit Gerstenmaiers Diskussionsbeitrag fand allerdings nicht statt, offenkundig waren die Anwesenden auf dem Podium von den offenen Worten überrascht worden und vermochten diese nicht argumentativ zu widerlegen. Nach einem Schlußwort Hossenfelders, in dem sich der Reichsleiter der Deutschen Christen erneut für Ludwig Müller als Reichsbischof einsetzte, wurde die Versammlung geschlossen. Das mutige Auftreten Eugen Gerstenmaiers – der sich als einziger während der Zusammenkunft derart deutlich für von Bodelschwingh ausgesprochen hatte – fand bei einer großen Zahl seiner Kommilitonen durchaus Anerkennung. Er entschloß sich deshalb, seine Haltung zur kirchenpolitischen Situation zusätzlich in Form eines Artikels für die Rostocker Universitätszeitung zu Gehör zu bringen.[24] Überraschenderweise hatte Gerstenmaiers Aufbegehren, das von Trumpf si-

[22] Undatierter Bericht von Wilhelm Wrage und Walther Foertsch über den Ablauf der Vollversammlung vom 16. Juni 1933. ACDP, I-210–004/1.

[23] Erklärung Eugen Gerstenmaiers vor der Rostocker Studentenvollversammlung vom 16. Juni 1933. ACDP, I-210–004/1.

[24] Gerstenmaier veröffentlichte in der Universitätszeitung vom 7. Dezember 1933 einen Beitrag unter dem Titel »Protestantische Gefolgschaft oder mythogermanisches Rebellentum?« Drei Monate später publizierte er hierin einen weiteren Artikel, in dem er sich mit einem abseits des Kirchenkampfes liegenden Thema auseinandersetzte. Er befaßte sich mit der Rolle der Universität vor dem Hintergrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen. Als Leiter des Amtes für Wissenschaft forderte er einerseits die »Autonomie der Wissenschaft«, andererseits zeigte er Verständnis für eine Erziehung der Studentenschaft aufgrund der von der Nation bestimmten »geistigen Inhalte«. Vgl. den Artikel »Wissenschaft und Wirklichkeit« in der Rostocker Universitätszeitung vom 19. Februar 1934.

cherlich als Affront gewertet wurde, für den Mann aus Kirchheim zunächst keine negativen Konsequenzen.[25]

Doch alle reichsweiten Bemühungen sowie das Engagement der Rostocker Studentenschaft, von Bodelschwingh den Rücken zu stärken und somit die Einmischungsversuche der Machthaber abzuwehren, fruchteten nicht. Die mittlerweile in zwei Lager gespaltene evangelische Kirche vermochte sich den nationalsozialistischen Gleichschaltungsversuchen nicht länger zu widersetzen. Da Friedrich von Bodelschwingh durch die eigene Kirchenleitung ohne nachhaltige Unterstützung blieb und die Deutschen Christen sowie die von den Nationalsozialisten kontrollierten Medien nicht aufhörten, gegen ihn zu Felde zu ziehen, legte der Bielefelder Theologe bereits Ende Juni 1933 sein Amt nieder. Der Weg für den Kandidaten der DC, Ludwig Müller, war nun frei.[26] Nach Verabschiedung der neuen zentralistischen Verfassung der evangelischen Landeskirchen und deren Zusammenschluß in der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK)[27] wurden auf Druck der Deutschen Christen Kirchenwahlen angeordnet. Hiermit sollten die »immer höher gehenden Wogen«[28] in den Landeskirchen geglättet und der Führungsanspruch der DC innerhalb der Kirche endgültig durchgesetzt werden. Die Kluft zwischen beiden Lagern war nun unüberbrückbar und eine offiziell proklamierte Spaltung des deutschen Protestantismus nur mehr eine Frage der Zeit.

Das Ergebnis der auf den 23. Juli festgesetzten Wahlen war besonders wegen des persönlichen Eingreifens von Hitler ein Triumph[29] für die Deutschen Christen und ihren Kandidaten Wehrkreispfarrer Müller.[30] Die Machtverhältnisse innerhalb der Kirche waren geklärt und traten zwei Monate später offen zutage: Ludwig Müller wurde von der Wittenberger Nationalsynode ohne Gegenstimme zum Reichsbischof gewählt. Der Gleichschaltung der bedeutenden Organisationen der DEK stand nun nichts mehr im Wege, und bereits im Dezember 1933 konnte der Reichsbischof bei-

---

[25] Gerstenmaier spricht in seinem Bericht an die Studienstiftung vom September 1933 davon, daß im weiteren Verlauf des Semesters »eine Art Burgfriede« zwischen beiden Lagern eingetreten sei. ACDP, I-210–005/1.

[26] Zur Kampagne gegen Friedrich von Bodelschwingh und den Aufstieg Müllers zum Reichsbischof siehe unter anderem: Th. M. Schneider, Reichsbischof Ludwig Müller, 1993.

[27] In der offiziellen Bekanntmachung des Zusammenschlusses zur DEK vom 15. Juli 1933 heißt es: »In der Stunde, da Gott unser deutsches Volk eine große geschichtliche Wende erleben läßt, verbinden sich die deutschen evangelischen Kirchen in Fortführung und Vollendung der durch den Deutschen Evangelischen Kirchenbund eingeleiteten Einigung zu einer einigen Deutschen Evangelischen Kirche.« BAB, R 601/712, Bl. 31.

[28] W. Dittmann (Hg.), Otto Dibelius, 1980, S. 205.

[29] Otto Dibelius bezifferte den Stimmenanteil für die Deutschen Christen auf 75%. Ebd., S. 206.

[30] Der Württemberger Landesbischof Wurm führte zu dieser Wahl in seinen Memoiren aus: »Natürlich fehlte es dann nicht an Zusicherungen, daß diese Wahlen sich völlig frei und unbeeinflußt von politischen Bewegungen vollziehen könnten. Aber nicht bloß das Ministerium und seine ihm untergeordneten Organe hielten ihr Wort nicht, sondern am Samstag abend vor dem Wahlsonntag nahm Hitler selbst das Wort und empfahl den Kandidaten der Deutschen Christen zur Wahl. Es wurde ja dann teilweise auch mit üblem Terror vorgegangen, und nur in einer Landeskirche, in der westfälischen, drangen die Deutschen Christen mit ihrer Liste nicht durch.« T. Wurm, Erinnerungen aus meinem Leben, 1953, S. 90.

spielsweise ein Sofortprogramm für die Eingliederung des Evangelischen Jugendwerks in die Hitlerjugend bekanntgeben.[31]

Doch die Glaubensbewegung der Deutschen Christen vermochte sich nicht lange über diesen Erfolg zu freuen. Zwar war es gelungen, eine protestantische Kirche zu formen, an deren Spitze ein Vertrauter Hitlers stand, allerdings regte sich bei dem Versuch, die nationalsozialistische Ideologie in der DEK zu verankern, Widerspruch. Vor allem die Einführung des sogenannten Arierparagraphen[32] in das Kirchenrecht rief Protest hervor. Der sich formierende innerkirchliche Widerstand wurde von zwei Kräften getragen. Zum einen hatte sich bereits einige Tage vor der Wahl Müllers eine Opposition in Form des von Pfarrer Martin Niemöller initiierten und rasch anwachsenden Pfarrernotbundes gebildet. Die Mitglieder dieses gegen den Einfluß der Glaubensbewegung der Deutschen Christen gerichteten Bundes waren von Karl Barths dialektischer Theologie beeinflußt und verpflichteten sich im Zuge der Besinnung auf die evangelische Bekenntnisfreiheit zum »unverkürzten Festhalten an der Heiligen Schrift und den reformatorischen Glaubensbekenntnissen«.[33] Widerspruch regte sich zudem in den vom Einfluß des NS-Regimes und der Deutschen Christen noch weitgehend unberührten Landeskirchen Bayerns, Hannovers und Württembergs. Am Beispiel des württembergischen Landesbischofs Wurm[34] – Eugen Gerstenmaiers Dienstherrn nach Beendigung seines Studiums – wird deutlich, daß sich Ende 1933 in der ambivalenten Haltung einiger Kirchenführer gegenüber Hitler ein Sinneswandel abzuzeichnen begann. So hatte Theophil Wurm die nationalsozialistische Machtübernahme zunächst durchaus begrüßt und sich von der neuen Regierung eine Überwindung von »Klassen- und Kastenvorurteilen« sowie die »Reorganisation von Staat und Wirtschaft zur Gesundung der Verhältnisse«[35] versprochen. Daß es sich hierbei um eine Fehleinschätzung handelte, wurde rasch deutlich, als sich die Dimensionen der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in

---

[31] Zum Prozeß der Gleichschaltung der evangelischen Jugendverbände siehe unter anderem: M. Priepke, Die evangelische Jugend im Dritten Reich 1933–1936, 1960 (bes. S. 44–96).

[32] Für die im kirchlichen Dienst stehenden Personen sollte das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 gelten. Demzufolge waren Personen nicht arischer Abstammung in den Ruhestand zu versetzen (§ 3). RGBl I S. 175–177. Angestrebt wurde ferner die Übertragung des bereits seit dem 5. September 1933 von der Generalsynode der Altpreußischen Union erlassenen Beamtengesetzes. Die von den Deutschen Christen beherrschte Altpreußische Union hatte bestimmt, daß »Nichtarier« weder als Geistliche noch Beamte in den kirchlichen Dienst berufen werden können. Gesetz zitiert nach: J. Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, 1996, 239.

[33] Verpflichtungserklärung der Mitglieder des Pfarrernotbundes zitiert nach: U. von Hehl, Die Kirchen in der NS-Diktatur, in: K. D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Hg.), Deutschland 1933–1945, 1992, S. 166 (S. 153–181).

[34] Theophil Wurm (*7. Dezember 1868 in Basel, †28. Januar 1953 in Stuttgart) wurde 1899 zum Pfarrer ordiniert. 1929 wurde Wurm zum württembergischen Kirchenpräsidenten gewählt, zwischen 1933 und 1949 amtierte er als Landesbischof Württembergs. Auf der Treysaer Konferenz wurde Theophil Wurm zum Vorsitzenden des Rates der EKD gewählt, ein Amt, das er bis 1949 ausübte.

[35] Ausführungen Theophil Wurms im Evangelischen Gemeindeblatt vom 12. März 1933. Zitiert nach: W. Kern, Kirchlicher Widerstand während des Dritten Reiches in Kirchheim unter Teck, in: Stadt Kirchheim unter Teck (Hg.), 50 Jahre Kriegsende, 1995, S. 72 (S. 71–99).

Form von Ausgrenzung, Beschneidung der Grundrechte und Beschränkung der kirchlichen Kompetenzen zutage traten. Wurm ging gegenüber Müller und den Deutschen Christen zunehmend auf Distanz, als deutlich wurde, daß sich gemäßigtere Mitglieder innerhalb der Führungsspitze der DC nicht durchzusetzen vermochten und die Glaubensbewegung der »Christen arischer Rasse«[36] in immer schrilleren Tönen die nationalsozialistische Ideologie verbreitete. Der nun unbequeme württembergische Bischof sollte in der Folgezeit durch Hausarrest zum Schweigen gebracht werden. Doch vermochten weder diese Zwangsmaßnahme noch der Versuch, ihn aus seinem Amt zu vertreiben, Wurms Kritik zu unterbinden, wie seine späteren Proteste beispielsweise gegen die Euthanasie und die Unterdrückung der Religionsfreiheit belegen.[37]

Den Höhepunkt in der als Kirchenkampf bezeichneten Auseinandersetzung um den Erhalt der kirchlichen Autonomie und die Abwehrversuche gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung markierten die beiden Bekenntnissynoden von Barmen und Dahlem. Die in Barmen im Mai 1934 von Vertretern lutherischer, reformierter und unierter Kirchen verabschiedete »Theologische Erklärung«[38] unterstrich die Abgrenzung vom nationalsozialistisch verbrämten Gedankengut der Deutschen Christen. Die zweite, am 19./20. Oktober in Berlin-Dahlem abgehaltene Synode erklärte schließlich unter Berufung auf die Barmer Erklärung ihre Abtrennung von der deutschchristlichen Glaubensbewegung und proklamierte unter Hinweis auf das kirchliche Notrecht die Einsetzung von Bruderräten zur Sicherung der kirchlichen Autonomie. Mit dem Aufbau dieser Leitungsgremien, die im Gegensatz zu den DC-Strukturen standen, hatte sich die Bekennende Kirche (BK) zum Schisma durchgerungen.

Dieser sicherlich mutige Schritt protestantischer Christen fand allerdings nicht nur Zustimmung. Die einen störten sich an dem von der Barthschen Theologie geprägten Tenor der Erklärung, anderen ging sie im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit den braunen Machthabern und den DC nicht weit genug. Zu letzteren Kritikern zählte auch Gerstenmaiers Lehrer Helmut Schreiner. Der Rostocker Theologe hielt die Bemühungen der Bekenntnissynode für nicht ausreichend und prangerte die Untätigkeit der Kirchenleitung hinsichtlich der vom NS-Regime verhängten Repressionsmaßnahmen gegenüber kritischen Pastoren an.[39] Auch Eugen

---

[36] K. Meier, Die Deutschen Christen, 1967, S. 18.

[37] Vgl. die Schreiben Wurms an Innenminister Wilhelm Frick vom 18. Juli 1940 (EZA, 5/3330) sowie an Joseph Goebbels vom 1. April 1942 (EZA, 50/182). Zum Verhältnis Landesbischof Wurms zum NS-Regime vgl. ausführlich unter anderem: G. Schäfer (Bearb.), Landesbischof Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940–1945, 1968.

[38] Die Erklärung ging auf einen Entwurf Karl Barths zurück und bezog sich auf Artikel 1 und 2 der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 11. Juli 1933. Hierin wurde auf die gemeinsame Basis und die bündische Gesamtstruktur der Kirche verwiesen. Vgl. dazu unter anderem: J. Schmidt, Martin Niemöller im Kirchenkampf, 1971.

[39] Offenkundig im Hinblick auf den zu diesem Zeitpunkt in Schwerin geführten Prozeß gegen mehrere Geistliche aus Mecklenburg führte Helmut Schreiner aus: »Nehmen Sie es nicht übel, aber die Bekenntnissynode erscheint uns, von Norddeutschland aus gesehen, als unsagbar schwach. Diese

Gerstenmaier gingen die Bemühungen nicht weit genug. Nach der Wahl Müllers zum Reichsbischof machte er es sich vor allem aus Protest gegen die Aufweichung der kirchlichen Eigenständigkeit und die Einführung des »Arierparagraphen« zur Aufgabe, die Bekenntnisfront zu stärken. Bereits Ende September 1933 hatte sich Eugen Gerstenmaier schriftlich an Martin Niemöller gewandt und – wie zuvor mit Landesbischof Wurm abgestimmt – seine Bereitschaft erklärt, bei der Organisation eines Pfarrernotbundes in Württemberg mitzuwirken[40]; ein Angebot, das Niemöller dankend annahm.[41] Ein Streit um das Verhalten Theophil Wurms im Kirchenkampf – so zumindest die Erklärung Eugen Gerstenmaiers – führte aber bald darauf zum Bruch zwischen Gerstenmaier und dem ehemaligen U-Bootkommandanten. Die Verärgerung des Dahlemer Pastors bezog sich dabei auf die seiner Meinung nach zu große Nachgiebigkeit des württembergischen Landesbischofs gegenüber den Nationalsozialisten. Wurm hatte sich, trotz seiner regimekritischen Haltung, gemeinsam mit seinen bayerischen und hannoverschen Amtskollegen Meiser und Marahens in einem Gespräch mit Hitler am 25. Januar 1934 nicht entschieden für den Rücktritt Müllers ausgesprochen, sondern sich vom Reichskanzler vielmehr zu einem »Arrangement«[42] mit dem Reichsbischof verpflichten lassen. Den Unmut über Wurms mangelnde Standhaftigkeit bekam Gerstenmaier zu spüren, der Niemöller kurz nach der Unterredung Wurms mit Hitler anläßlich eines Berlinaufenthaltes im Auftrag des württembergischen Bischofs einen Besuch abgestattet hatte. Nachdem der Theologiestudent im Gespräch die Haltung seines Bischofs verteidigt hatte, brach Martin Niemöller die Unterhaltung ab und verwies Gerstenmaier des Hauses.[43] Es sollte das letzte Vieraugengespräch zwischen Gerstenmaier und Niemöller bis zum Kriegsende gewesen sein. Die Verbindung des jungen Schwaben zum Initiator des Pfarrernotbundes und eines der führenden Repräsentanten der BK war damit gekappt worden.

Schwäche hat sich ja allein schon darin gezeigt, daß, wenn Pfarrer zu Gefängnis verurteilt werden [...], dann schweigt des Sängers Höflichkeit.« Zitiert nach: K. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, 1988, S. 342.

[40] In seinem Brief an Niemöller vom 27. September 1933 merkte Gerstenmaier diesbezüglich aus: »Ich habe deshalb hier eine Reihe von Pfarrern aufgebracht, die bereit sind, Ihrem Ruf zu folgen. Von allem was augenblicklich geschehen kann, halte ich selbst diesen Notbund für am richtigsten und auch zweckmässigsten.« ACDP, I-210–025.

[41] Schreiben Martin Niemöllers an Eugen Gerstenmaier vom 3. Oktober 1933. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 49.

[42] Th. M. Schneider, Reichsbischof, 1993, S. 186.

[43] Trotz dieser Kontroverse und den zwischen beiden Männern bestehenden theologischen Differenzen beharrte Eugen Gerstenmaier in seinen Memoiren darauf, daß er sein persönliches Verhältnis zu Niemöller hierdurch nicht getrübt sah und er von der Persönlichkeit des Pastors aus Dahlem stets angezogen worden sei. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 52. Vor dem Hintergrund der nach 1945 aufflammenden Auseinandersetzung um den Kurs des Evangelischen Hilfswerks muß diese Aussage jedoch bezweifelt werden. Zur Kontroverse zwischen Niemöller und Gerstenmaier siehe fünftes Kapitel, 4.

3. Distanz zu Deutschland – Das Züricher Gastsemester

Eugen Gerstenmaier kehrte zum anstehenden Sommersemester 1934 nicht an seine Alma Mater zurück. Die Studienstiftung hatte dem Antrag des Theologiestudenten auf ein Auslandssemester in Zürich stattgegeben. Dort erhoffte er sich »Distanz«[1] zum deutschen Universitätsbetrieb und zu den Vorgängen des Kirchenkampfes. Vor seiner Abreise in die Schweiz arbeitete Gerstenmaier für einige Wochen als studentischer Mitarbeiter in der Dresdener Zentrale der Studienstiftung, wie er es bereits in den Sommerferien des vorangegangenen Jahres getan hatte.[2] Aber selbst in Dresden wurde er mit den veränderten politischen Rahmenbedingungen konfrontiert. Die Gleichschaltung der Wissenschaft forderte auch in der elitären Studienstiftung ihre Opfer. Als erstes wurden bereits im Sommer 1933 die Förderleistungen für jüdische und der politischen Opposition angehörende Studierende gestrichen. Der mit der Selektion der eingehenden Bewerbungen beschäftigte Vorprüferkreis wurde aufgelöst, die Vertrauensdozentenstellen an den Universitäten neu besetzt und das Führungspersonal befürchtete, ausgewechselt zu werden.[3] Ein beredtes Zeugnis für den Geist, der in der Dresdener Stiftung von nun ab wehte, liefern die an seinen Mentor Brunstäd gerichteten Zeilen Eugen Gerstenmaiers von August 1933: »Praktisch ist es jedenfalls augenblicklich hier so, dass die Arbeit von den Referenten gemacht wird, man [...] unterzeichnet die Briefe mit dem ›deutschen Gruss‹, hebt im Haus fleissig die Hand zum Hitlergruss und beobachtet in den Neubewerbungen mit heimlichen Spott das ewige Spiessertum, das jetzt ›streng national‹ und ›zuverlässig sozial‹ denkt, oder auch bloss zeitgemäss redet.«[4]

Ein Aufbegehren Gerstenmaiers gegen diese Repressionsmaßnahmen ist nicht belegt. Ebensowenig ist klar, in welchem Maße der Student zu diesem Zeitpunkt über die auf kirchliche Fragen beschränkte Konfliktbereitschaft hinaus zur Opposition gegen die NS-Diktatur bereit war. Auch die Motive für seine Entscheidung in die Schweiz zu gehen, liegen etwas im Dunkeln. Allerdings schien der Wunsch nach einer Fokussierung auf den theologischen Diskurs[5] ausschlaggebend für seinen Schritt gewesen zu sein, dem Alltag im nationalsozialistischen Deutschland den Rücken zu kehren. Politische Beweggründe waren für seinen Entschluß weniger bedeutsam. Gerstenmaiers Anlaufpunkt in der Schweiz war der systematische Theologe Emil Brunner. Brunner zählte gemeinsam mit Karl Barth zu den Mitbegründern der dialektischen Theologie, und der schwäbische Student vermochte rasch ein

---

[1] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 54.

[2] Dort traf er auf den Nationalökonomiestudenten Karl Schiller, den späteren sozialdemokratischen Wirtschaftsminister, mit dem er offen über die aktuelle innen- und kirchenpolitische Situation diskutierte. Ebd., S. 53.

[3] Besonders der mit Gerstenmaier persönlich gut bekannte Brügelmann fürchtete, aufgrund seiner jüdischen Verwandtschaft aus den Diensten der Studienstiftung entlassen zu werden.

[4] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Friedrich Brunstäd vom 30. August 1933. ACDP, I-210–005/1.

[5] Gerstenmaier hatte in seinem Bericht über das Wintersemester 1933/34 der Studienstiftung im Mai 1934 mitgeteilt, daß aufgrund seines Eingreifens in den Kirchenkampf und seines Engagements in der Rostocker Studentenschaft das Studium »viel zu kurz« gekommen sei. ACDP, I-210–005/1.

freundschaftliches Verhältnis zu seinem Lehrer aufzubauen. Der Mann aus Kirchheim nutzte sein Studium bei Brunner hauptsächlich zur Auseinandersetzung mit der christologischen Theologie Karl Barths. Ein Denkansatz, der Gerstenmaier zeit seines Lebens fremd blieb, da er Barths Reduktion der Gotteserfahrung einzig auf die Offenbarungshandlung in Jesus Christus als zu eng empfand. Obgleich er durchaus anerkannte, daß ihm vor allem der Beitrag des Schweizers Barth bei der Etablierung der dialektischen Theologie in seiner persönlichen Auseinandersetzung mit dem im Elternhaus allgegenwärtigen Pietismus hilfreich gewesen war, empfand er dessen Gedankengänge zunehmend als einseitig. Zudem störte er sich daran, daß Barth die Rolle des Menschen auf ein Verfügbarsein für Gott beschränken wollte.[6] Mit Gerstenmaiers Eintritt in den Dienst des Kirchlichen Außenamtes sollte sich die Kluft zwischen beiden noch vertiefen, denn über theologische Differenzen hinweg stand der Vorwurf Barths einer zu starken Anbiederung Gerstenmaiers an das NS-Regime im Raum. Noch nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde diese Anschuldigung von dem reformierten Theologen aus der Schweiz aufrechterhalten, und sie stellte den Ausgangspunkt einer anhaltenden Kontroverse zwischen beiden dar.

Seinen Aufenthalt in Zürich bewertete Eugen Gerstenmaier im Nachhinein als wissenschaftlich außerordentlich ertragreich. Die Schweizer Universität erlaubte es ihm, sich auf sein Studium zu konzentrieren und bot gleichzeitig hinreichende intellektuelle Stimulanz durch die angebotenen Lehrveranstaltungen. Beeindruckt zeigte sich der Theologiestudent auch vom Seminar des Philosophen Griesbach über Edmund Husserl. Sein Studienschwerpunkt lag indes eindeutig in der Beschäftigung mit der systematischen Theologie. Gerstenmaier erhoffte sich von dem Diskurs auf diesem Gebiet eine Vertiefung seiner eigenen Kenntnisse und glaubte durch die Arbeit mit Brunner eine »Bewährungsprobe«[7] seiner wissenschaftlichen Fähigkeiten ablegen zu können. Seine Leistungen stellte er in einer Semesterarbeit unter dem Titel »Dogma und Erkenntnisschrift« unter Beweis, die von Emil Brunner als »verheißungsvoll« bewertet wurde.[8] In seiner Arbeit setzte sich Gerstenmaier sowohl mit der Dogmengeschichte als auch mit der apologetischen und katechetischen Funktion des Dogmas in der Kirche auseinander. Er verharrte dabei nicht bei der systematischen Analyse des Wesens und der Bedeutung von Dogmen, sondern er versuchte die gewonnenen Ergebnisse in den Aufgabenbereich der praktischen Theologie zu übertragen, um sie damit ihrer eigentlichen Bewährung zuzuführen. Die Beschäftigung mit dem Dogmabegriff wählte Eugen Gerstenmaier nicht allein, um seine Fähigkeiten in der dünnen Höhenluft des universitären Elfenbeinturms unter Beweis zu stellen. Er hoffte vielmehr, mit der Anfertigung seiner Semester-

---

[6] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 55.

[7] Semesterbericht Eugen Gerstenmaiers an die Studienstiftung vom Oktober 1934 (eine genaue Datierung des Dokuments fehlt). ACDP, I-210–005/1.

[8] Semesterarbeit mit dem Titel »Dogma und Erkenntnisschrift. Eine problemgeschichtliche und systematische Untersuchung« von Eugen Gerstenmaier, im Juli 1934 bei Emil Brunner eingereicht. ACDP, I-210–002.

arbeit einen Beitrag zur aktuellen innerprotestantischen Auseinandersetzung leisten zu können, denn seinem Verständnis zufolge basierten die im Kirchenkampf ausgetragenen Konflikte nicht einzig und allein auf den durch den nationalsozialistischen Totalitätsanspruch veränderten Rahmenbedingungen. Gerstenmaier war der Auffassung, daß die Krise des Protestantismus und die Schärfe des ausgetragenen Streites ebenso in DEK-internen theologischen Differenzen wurzelte.[9] Die theologische Besinnung auf diesen Teilbereich des evangelischen Lehrbegriffs verstand er deshalb als notwendige Basis für eine künftige, fruchtbarere kirchenpolitische Auseinandersetzung. Das später in seinem politischen Wirken zum Ausdruck kommende Anliegen Eugen Gerstenmaiers, den Wert intellektueller Ausführungen an ihren praktischen Umsetzungsmöglichkeiten zu messen, wurde hier bereits deutlich.

Aber nicht nur in wissenschaftlicher Hinsicht erwies sich das Sommersemester in Zürich als ertragreich. Die Gerstenmaier in der Schweiz zur Verfügung stehende internationale Presse ermöglichte es ihm, sich so umfassend wie nie zuvor über den deutschen Kirchenkampf ins Bild zu setzen. Trotz der räumlichen Distanz zur Heimat war die Kontroverse um den innerkirchlichen Disput und die menschenverachtende Politik der braunen Machthaber Bestandteil seines schweizerischen Studienalltags. Als negatives Element seiner Zeit am Züricher See merkte er die deutschfeindliche Stimmung an, die den knapp zweihundert an der dortigen Universität als Gaststudenten eingeschriebenen Deutschen entgegenschlüge. In einem Schreiben an den Mitarbeiter der Dresdener Studienstiftung Hermann Brügelmann verwies Gerstenmaier auf eine explosive politische Atmosphäre, die nicht zuletzt auf die hohe Zahl aus Deutschland emigrierter sowie internationaler Studierender zurückzuführen sei.[10] Die von dem gebürtigen Kirchheimer als aufgeladen bezeichnete Stimmung stellte sich in den Augen der Mehrheit seiner Züricher Kommilitonen sicherlich nur als gerechter Zorn über die Zustände in dem von den Nationalsozialisten kontrollierten Land dar. Gerstenmaier jedoch fühlte sich von der pauschalen Kritik am Hitlerregime persönlich angegriffen. Er sah sich in der Pflicht, die seiner Meinung nach weitgehend ungerechtfertigte Kritik des Auslands an Deutschland zu entkräften und die wahren Zustände in seiner Heimat aufzuzeigen. Diese Überzeugung führte ihn zur Mitarbeit in der Organisation »Deutsche Studentenschaft der Universität Zürich«.[11] Diese Vereinigung war der Versuch, den Studierenden in der Fremde ein Stück Heimatverbundenheit zu vermitteln und der Kritik des Umfeldes durch den Rückhalt einer Gruppe besser entgegentreten zu können. Wie der zeitgleich mit Gerstenmaier an der Universität eingeschriebene Kurt Stöckling in seinen

---

[9] Ebd.

[10] Brief Eugen Gerstenmaiers an Hermann Brügelmann vom 2. Juni 1934. ACDP, I-210-005/1.

[11] Obwohl der Organisation offenkundig eine gewisse finanzielle Förderung aus Deutschland zuteil wurde, scheint es sich bei der Vereinigung wohl eher um einen losen Zusammenschluß der deutschen Studierenden in Zürich gehandelt zu haben, dem eine hierarchische Führungsstruktur fehlte. Es ist deshalb davon auszugehen, daß es sich bei der Deutschen Studentenschaft der Universität Zürich nicht um eine dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) angegliederte Organisation handelte.

Erinnerungen anführte, erfuhr die Organisation von in Zürich ansässigen wohlhabenden deutschen Familien und »Parteikreise[n]«[12] finanzielle Unterstützung. Die Gruppe der Theologiestudenten innerhalb der rund 200 deutschen Studierenden wurde von eben jenem Kommilitonen ausnahmslos als Anhänger der Bekennenden Kirche charakterisiert, die sich besonders in ihrer Kritik an Reichsbischof Müller keine Einschränkungen auferlegten. Aus dem zwar politisch engagierten, aber ansonsten persönlich farblosen Personenkreis habe Eugen Gerstenmaier aufgrund seines scharfen Intellekts herausgeragt. Zum Verhalten, das Gerstenmaier in Zürich an den Tag legte, führte Stöckling weiter aus: »Wenn irgendwo auf höherem Niveau Rededuelle ausgetragen wurden, war seine Klinge die gefürchtetste. Ich sage mit Absicht ›auf höherem Niveau‹. Nie war er dabei, wenn geistig minderbemittelte Leute sich damit begnügten, sich gegenseitig ihre Propagandaphrasen an den Kopf zu werfen.«[13]

Mit Kritik an Reichsbischof Müller hielt Gerstenmaier sich in seinen Züricher Studientagen offenbar nicht zurück. Nicht eindeutig belegbar ist indessen, welche Haltung der Student im Hinblick auf den Nationalsozialismus einnahm. In seinem offiziellen Bericht über das Auslandssemester an die Deutsche Studienstiftung verweist er mit Nachdruck auf sein Engagement in der »Deutschen Studentenschaft« und sein Bestreben, »die Grundbegriffe des Nationalsozialismus in klarer und überzeugender Weise in dieser liberalen Welt«[14] zur Geltung zu bringen.[15] Ein Schreiben vom Juni 1934 an den Mitarbeiter der Studienstiftung, Brügelmann, dem sich Gerstenmaier offenkundig persönlich verbunden fühlte[16], vermittelt jedoch einen differenzierteren Eindruck seines Auftretens. Von einer aktiven Förderung des Ansehens des nationalsozialistischen Deutschland ist hierin nicht mehr die Rede. Vielmehr lag ihm daran, gegen den Vorwurf anzugehen, die deutsche Wissenschaft sei durch den Einfluß des Terrorregimes korrumpierbar geworden. Bezeichnend für Art und Umfang seiner Aktivitäten in der Schweiz war sein Verhalten anläßlich einer Veranstaltung der deutschen Studentenschaft im Mai 1934. Sein dortiges Auftreten beschrieb er wie folgt: »Ich sprach kürzlich hier auf der Vollversammlung der D.St. [Deutsche Studentenschaft, D. G.] über ›Wissenschaft und polit. Gestaltung‹, vor

---

[12] Erinnerungen Kurt Stöcklings an seine Züricher Studienzeit vom 9. Februar 1959. ACDP, I-210–019/2.

[13] Ebd.

[14] Semesterbericht Eugen Gerstenmaiers an die Studienstiftung vom Oktober 1934. ACDP, I-210–005/1.

[15] Offenkundig unter dem Eindruck des auf ihn ausgeübten Drucks, die Parteimitgliedschaft zu beantragen, bemühte sich Gerstenmaier – als Beleg für seine staatstreue Gesinnung – um ein Gutachten der Universität Zürich. Das vom Dekan der theologischen Fakultät, Gut, am 24. August 1934 ausgestellte Zeugnis lobte deshalb besonders »mit wieviel Umsicht, Geschick und Nachdruck er es verstanden hat, seiner Überzeugung für die Lebenskraft des neuen Deutschland Ausdruck zu geben und damit in schweizerischen Kreisen Verständnis zu wecken für die Wandlungen im Deutschen Reich.« EZA, 2/P 14.

[16] Gerstenmaier unterzeichnete den Brief an Brügelmann vom 2. Juni 1934 mit »ihr dankbarer und ergebener« Eugen Gerstenmaier. ACDP, I-210–005/1.

wenigen Tagen vor Studenten und Dozenten auf einer Führertagung der D.St. der Schweiz in Genf über ›Der deutsche Wille zur Wissenschaft‹. Niemals habe ich in Deutschland bei den eigenen Leuten so spontane Zustimmung gefunden, wie bei diesen beiden Vorträgen. Grund: 1. Ich machte keinerlei Konzessionen, wie das nun leider bei vielen Wissenschaftlern von Rang in Deutschland Mode geworden ist. 2. Obwohl wir unter den deutschen Studenten hier noch sehr viele unzureichende Leute haben, haben doch alle längst gemerkt, dass wir mit Schlagworten, Verbeugungen und dicken Tönen gar nichts erreichen. Hier gilt effektiv bloss Leistung, Klarheit, Echtheit und Niveau. Am schwersten ist es, das positive Ergebnis der deutschen Wissenschaft und ihre Befruchtung durch das polit. Geschehen glaubhaft nachzuweisen und überzeugend darzutun, dass trotz vieler Unzulänglichkeiten der Wille und die Lage der deutschen Wissenschaft und der deutschen Kultur nicht in der Heteronomie stecken bleibt.«[17]

Der Inhalt des Briefes an Hermann Brügelmann scheint der Realität näher zu kommen als der sicherlich geschönte, offiziell gehaltene Bericht an die Studienstiftung. Das genannte Schreiben ist noch aus einem anderen Grund von Bedeutung. Gerstenmaier erwähnt hier – eher am Rande –, daß er vor kurzer Zeit in einem Eilbrief aufgefordert worden sei, Parteigenosse zu werden und er, nach einigem Zögern, seine Bereitschaft hierzu erklärt habe.[18] Als Motiv für seinen Sinneswandel führte er an, daß ihm die Parteimitgliedschaft eventuell eine Möglichkeit eröffne, Deutschland »ungehinderter dienen zu können.« Der Nachsatz: »Alles andere kommt nicht in Betracht.«[19] verweist darauf, daß Gerstenmaier in dieser Situation nicht bereit war, sich der Opposition anzuschließen oder Deutschland als Emigrant den Rücken zu kehren. Diese Aussage verdeutlicht die enge Verbundenheit Gerstenmaiers mit seinem Heimatland und seine starke nationalkonservative Ausrichtung. Denn trotz seiner Kritik am kirchenpolitischen Kurs der Regierung war er in dieser Phase noch nicht zum Schritt in den Widerstand bereit; der Bruch mit dem nationalsozialistischen Regime erfolgt erst zu einem späteren Zeitpunkt.

---

[17] Ebd.

[18] Die Rostocker Studentenschaft hatte ein bereits ausgefülltes Formular zur Aufnahme in die NSDAP mit der Aufforderung nach Zürich gesandt, dieses unterschrieben zurückzusenden. Der Aufforderung kam Gerstenmaier nach. Ob es zu einer Weiterleitung des Antrags kam, muß jedoch bezweifelt werden, da in später angefertigten Beurteilungen von NS-Parteistellen zur Person Gerstenmaiers nicht auf eine NSDAP-Mitgliedschaft verwiesen wurde. Zur SA hatte sich der Theologiestudent im Verlauf des Wintersemesters 1933/34 gemeldet, eine offizielle Aufnahme in die Rostocker Reiter-SA (I/III) war allerdings nach Gerstenmaiers eigener Aussagen nicht erfolgt. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 42. Jürgen Schröder, ein Kommilitone Gerstenmaiers, merkte hierzu an, daß die Reiter-SA in Rostock nur ca. 16 Mann umfaßt habe und schließlich aufgelöst worden sei. Schriftliche Mitteilung Jürgen Schröders an die Autorin vom 28. Januar 2001.

[19] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Hermann Brügelmann vom 2. Juni 1934. ACDP, I-210–005/1.

4. Wieder in Rostock

Gerstenmaier entschloß sich, nach Abschluß des Gastsemesters wieder nach Rostock zurückzukehren, obwohl die Niederschlagung des sogenannten Röhm-Putsches gerade zu dieser Zeit aller Welt die Brutalität des Regimes und das Ausmaß des deutschen Unrechtsstaates vor Augen geführt hatte. Das Angebot seines Lehrers Emil Brunner, in Zürich zu bleiben, schlug er dabei in dem Wissen aus, sich für das »schwerere Leben«[1] entschieden zu haben. Gerstenmaier nutzte vor seiner Rückkehr nach Deutschland die ihm bis zum Beginn des Wintersemesters noch verbleibende Zeit zu einem kurzen Besuch des Generalsekretärs der ökumenischen Bewegung, Adolf Keller, in Genf[2] und zu einer Italienreise, die ihn und seinen Kommilitonen Helmut Schiek nach Rom und an die italienische Riviera führte. Der Theologiestudent kehrte zu einem Zeitpunkt in die Heimat zurück, als die innen- und außenpolitischen Wogen erneut hoch schlugen. Mit der Ermordung des österreichischen Kanzlers Dollfuß und dem Versuch des »Anschlusses« Österreichs[3] hatte das außenpolitische Ansehen Hitlers – rund einen Monat nach der Ausschaltung der innerparteilichen Opposition im Rahmen des Vorgehens gegen Ernst Röhm – einen »Tiefpunkt«[4] erreicht. Zudem hatte sich auf dem innenpolitischen Sektor der Kirchenkampf nach Verabschiedung der Barmer Erklärung sogar noch intensiviert. Gerstenmaiers Versuche, sich vor diesem Hintergrund auf das Studium zu konzentrieren, waren fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Es dauerte dann auch nicht lange, bis der nach Rostock zurückgekehrte Schwabe in die stark emotionalisierte Debatte um den Kurs der DEK eingriff.

Im Herbst 1934 wurde deutlich, daß Reichsbischof Ludwig Müller mit der Leitung der DEK überfordert war und sein Vorgehen die innerkirchlichen Gräben noch vertiefte.[5] Besonders die Eingliederungspolitik Müllers, der, unterstützt von seinem Rechtswalter August Jäger, am 11. Oktober 1934 die von Hans Meiser geführte bayerische Landeskirche der Reichskirche gewaltsam einverleibt und die Absetzung des Landesbischofs verfügt hatte, löste Proteste innerhalb der protestantischen Pasto-

---

[1] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 62.

[2] Eugen Gerstenmaier nahm im Auftrag des Kirchlichen Außenamts im Rahmen einer »deutschen Delegation« an einem ökumenischen Seminar in Genf teil. Semesterbericht Gerstenmaiers an die Deutsche Studienstiftung vom Oktober 1934. ACDP, I-210–005/1.

[3] Zum fehlgeschlagenen Versuch Hitlers, mittels eines von den österreichischen Nationalsozialisten angezettelten Putschversuches eine Anbindung des Landes an das Deutsche Reich zu erzielen, vgl. M.-L. Recker, Die Aussenpolitik des Dritten Reiches, 1990, S. 8–9.

[4] L. Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, 1996, S. 134.

[5] Bereits im Sommer hatte das Auswärtige Amt darauf verwiesen, daß Müller nicht nur im Inland, sondern auch von ausländischen Kirchen abgelehnt wurde. »Die Ablehnung« so führte Außenminister von Neurath in einem vom 18. Juni 1934 datierenden Schreiben an Innenminister Frick aus, »ist eine so allgemeine, daß man heute von einer geschlossenen geistigen Front des Weltprotestantismus gegen die Reichsregierung sprechen kann.« Neurath schloß den Brief mit den mahnenden Worten, die Reichsregierung solle der »Entwicklung der Dinge in der evangelischen Kirche in erhöhtem Maße ihre Aufmerksamkeit schenken, um eine Vertiefung der bestehenden Gegensätze durch geeignete Maßnahmen zu verhindern«. BAB, R 43II/162, Bl. 150–153.

renschaft aus.[6] Der ehemalige Königsberger Wehrkreispfarrer konnte in dieser Situation zudem nicht mehr auf die Unterstützung des Reichskanzlers hoffen, der der permanenten innerprotestantischen Auseinandersetzung überdrüssig geworden war. Hitler wandte sich von Müller ab, als deutlich wurde, daß dieser nicht in der Lage war, den Totalitätsanspruch des NS-Regimes in der DEK durchzusetzen.[7] Ludwig Müller wurde von den ihm bislang stützenden Nationalsozialisten fallen gelassen, seine Kompetenzen wurden beschnitten und man ließ ihn »in vollem Ornat in einer Nische verstauben.«[8]

Der mangelnde Rückhalt machte Müller in seiner Position sehr angreifbar, und rasch wurden Forderungen nach seinem Rücktritt laut. Auch der Rostocker Theologiestudent Gerstenmaier mahnte zu diesem Zeitpunkt abermals eine Veränderung in der Reichskirchenleitung an. Er beließ es nicht dabei, seinen Mißmut über die innerkirchlichen Verhältnisse nur innerhalb des universitären Rahmens zu artikulieren. Den Empfang der drei Landesbischöfe Marahens, Wurm und Meiser durch Hitler am 30. Oktober 1934 nahmen Gerstenmaier und ein Kommilitonenkreis, der rund 20 Personen umfaßte, zum Anlaß, Reichsbischof Müller in einem öffentlichen Schreiben zum Rücktritt aufzufordern. Mit ihrer Unmutsbekundung stellten die Rostocker Theologiestudenten aber keineswegs die Speerspitze des universitären Protests dar. Zuvor hatten schon 120 der in Deutschland lehrenden Theologiedozenten sowie die Tübinger Studentenschaft Reichsbischof Müller in schriftlicher Form zum Rücktritt aufgefordert. Das Protestschreiben der Studenten der Universität Rostock ist deshalb gleichermaßen als Kritik an Bischof Müller und als Zeichen der Solidarität mit den Hochschullehrern und den Tübinger Kommilitonen zu werten. Das von Gerstenmaier und dem in Erlangen studierenden Seyferth verfaßte Schreiben forderte Ludwig Müller in scharfer Form auf, mit seinem Rücktritt den Weg zu einem Neubeginn in der DEK freizumachen. Deutlich wurde in der Aufforderung allerdings des weiteren, daß die Kritik an Müller und den Deutschen Christen nicht mit einer generellen Ablehnung der nationalsozialistischen Regierung gleichzusetzen war. Die Protestierenden, die sich selbst als Mitträger des »politischen und geistigen Neubaus Deutschlands« bezeichneten, unterstrichen hingegen mehrfach ihre positive Einstellung zum Regime und betonten »hinter dem Führer« zu stehen.[9] Diese Wortwahl sollte zum einen die Unterzeichnenden vor Strafverfolgung schüt-

---

[6] Laut der Analyse von Thomas Breuer standen 95% der evangelischen Geistlichen hinter Landesbischof Meiser. T. Breuer, Kirchliche Opposition im NS-Staat, in: G. Heydemann/L. Kettenacker (Hg.), Kirchen in der Diktatur, 1993, S. 306 (S. 297–312).

[7] Um die Wogen der öffentlichen Erregung zu glätten, entschloß sich Hitler, die für den 25. Oktober 1934 angesetzte Vereidigung des Reichsbischofs abzusagen und den Rechtswalter der DEK, August Jäger, seines Amtes zu entheben. Ferner rehabilitierte er öffentlich die zuvor von Müller abgesetzten Bischöfe Wurm und Meiser. Für den Müller-Biographen Schneider stellte diese Vorgehensweise Hitlers eine »eklatante Bloßstellung des Reichsbischofs« dar. Th. M. Schneider, Reichsbischof, 1993, S. 211.

[8] Zitiert nach: H. Fritz, Otto Dibelius, 1998, S. 298.

[9] Schreiben der Rostocker und Erlanger Theologenschaft an Reichsbischof Müller vom 23. November 1934. BA, N 1266/1624.

zen, zum anderen entsprachen die pro-nationalsozialistischen Formulierungen sicherlich der Gesinnung einer beträchtlichen Zahl von Studierenden.[10] Das Protestschreiben an Müller stellte deshalb keine Pauschalverurteilung Hitlers dar; es ist vielmehr in eine Reihe zu stellen mit dem innerprotestantischen Aufbegehren gegen die Beschneidung der kirchlichen Autonomie und dem Kampf gegen die Verankerung der NS-Ideologie in das Kirchenrecht. Hitler und seine Schergen wurden nicht in Bausch und Bogen verdammt, vielmehr pochte man auf das Recht, die Zusammensetzung der Kirchenführung selbst zu bestimmen und kritisierte Teilaspekte des nationalsozialistischen Gedankenguts, beispielsweise den Antisemitismus, ohne die Legitimation der Regierung per se in Frage zu stellen.[11]

Das von Seyferth und Gerstenmaier verfaßte Schreiben an den Reichsbischof unterzeichneten über 600 Studierende in Rostock und Erlangen. Abschriften des Protestbriefes wurden an das Reichsinnenministerium, den Oberkirchenrat in Schwerin sowie die theologische Fakultät der Universität Rostock geschickt. Die mecklenburgische Obrigkeit reagierte aber erst auf den studentischen Protest als es im Nachklang dieser Ereignisse zu einem Konflikt mit dem Gauschulungsleiter des NS-Studentenbundes (NSDStB), Gerhard Schinke, kam. Anlaß für diese Kontroverse war die kurz nach Veröffentlichung des Briefes an den Reichsbischof geäußerte Behauptung Schinkes, Gerstenmaier hätte ursprünglich der Glaubensbewegung Deutscher Christen angehört und würde nun gegen den Reichsbischof vorgehen. Gerstenmaier fühlte sich durch die Bemerkungen Schinkes, mit dem es bereits zuvor zu Spannungen gekommen war, beleidigt, da er darin den Vorwurf des Treuebruchs und eine politische Diffamierung seiner kirchenpolitischen Intentionen sah. Der Theologiestudent bedrängte den Gauschulungsleiter erfolglos, die Äußerungen zurückzunehmen. Die Auseinandersetzung eskalierte, als Gerstenmaier den nicht inkorporierten Schinke wegen Beleidigung forderte, dieser sich aber entschied keine »studentische Genugtuung« zu geben. Die auf seiten Gerstenmaiers stehende studentische Korporation »Allgemeiner Deutscher Waffenring« schaltete sich daraufhin in den Streit ein, an dessen Ende die Einleitung eines Waffenverrufsverfahrens gegen Schinke stand. Der nun in Waffenverruf geratene Gauschulungsleiter führte bei seinen Parteigenossen Beschwerde, und seine NS-Kameraden nahmen sich der Angelegenheiten an. Gerstenmaier wurde infolgedessen am 30. November in »Schutzhaft« genommen und von der Rostocker Gestapo sowohl zum Konflikt mit Schinke wie

---

[10] Eugen Gerstenmaier erklärte zum Tenor des Schreibens, daß es bewußt so abgefaßt war, um auch »Parteigenossen und SA-Leute[n]« das Unterzeichnen zu ermöglichen. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 63.

[11] Im Zusammenhang mit den Protesten evangelischer Gläubiger nach der Absetzung des bayerischen Landesbischofs Meiser am 11. Oktober 1934 zieht Klaus Scholder folgendes Fazit: »Das Ganze war zweifellos einer der größten und zugleich merkwürdigsten Protestdemonstrationen, die das Dritte Reich je erlebte. Von einem Widerstand gegen das Regime im strengen Sinne konnte dabei keine Rede sein; dazu fehlte den Protestierenden völlig das Bewußtsein eines grundsätzlichen politischen oder moralischen Gegensatzes. Vielmehr bekundeten sie [, sie, D. G.] würden nur drei Begriffe kennen: Führer, protestantischer Glauben und Grund und Boden [...].« K. Scholder, Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2, 1988, S. 332.

zum Schreiben an den Reichsbischof verhört.[12] Da ihm außer der Kritik an Müller kein verbaler Angriff auf Angehörige staatlicher Institutionen oder Parteigliederungen zum Vorwurf gemacht werden konnte, wurde er nach wenigen Tagen wieder aus der Haft entlassen.[13]

Die Weiterbehandlung der Angelegenheit wurde der Universität überlassen, deren Rektor Schulze gegen die federführenden Studierenden ein Disziplinarverfahren einleitete. Die Anklage lautete auf »Verfehlung gegen Ordnung und Sitte des akademischen Lebens« gemäß § 37 der Rostocker Studienordnung.[14] Das Gericht, das aus sich aus Rektor Schulze, den Professoren Schultze-von Lasaulx, Hallstein und Brill sowie dem Führer der Studentenschaft Kröger zusammensetzte, sprach Gerstenmaier und Seyferth im Februar 1935 von den gegen sie erhobenen Vorwürfen jedoch frei. In der Urteilsbegründung betonte es seine Überzeugung, sich jeglicher Einmischung in den kirchenpolitischen Streit enthalten zu wollen. Der Inhalt des Protestschreibens an Müller war damit nicht Bestandteil des Verfahrens. Es wurde lediglich untersucht, inwieweit sich die beiden Beschuldigten mit der Abfassung des Briefes einer Auflehnung gegen die staatliche Ordnung schuldig gemacht hatten. Da das Gericht zu dem Ergebnis gelangte, daß dies ebensowenig zutraf wie ein Verstoß gegen die Ordnung des akademischen Lebens, wurden die Studenten freigesprochen.[15]

Den Freispruch führte Eugen Gerstenmaier primär auf den Einfluß des Rostocker Ordinarius für Handelsrecht, Walter Hallstein, zurück, dem es gelungen sei, seine Disziplinargerichtskollegen von der Unschuld Gerstenmaiers und Seyferths zu überzeugen.[16] Es war aber offenkundig, daß das Disziplinargericht mehrheitlich den Angeklagten wohlgesonnen war und alles in seiner Macht stehende unternahm, um die Beschuldigungen zu entkräften. In diesem Bestreben wurde den beiden Angeklagten zudem eine positive Einstellung zum NS-Staat attestiert, um den Vorwurf, es handele sich bei dem Schreiben um einen Angriff gegen die Regierung, widerlegen zu können.[17] Daß es sich bei den Mitgliedern des Disziplinargerichts mit Ausnahme von Professor Brill und dem Studentenführer Kröger um keine über-

---

[12] Vernehmungsprotokoll des inhaftierten Gerstenmaier vom 30. November 1934. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 35, Bl. 3.

[13] Das genaue Datum der Entlassung Gerstenmaiers ging aus den Quellen nicht hervor. Auch in seinen Memoiren gab er keinen Hinweis auf die exakte Dauer seiner Inhaftierung. E. GERSTENMAIER, Streit und Friede, 1981, S. 64–66.

[14] Urteil des Disziplinargerichts der Universität Rostock vom 21. Februar 1935. BA, N 1266/1624.

[15] Der Freispruch war für Eugen Gerstenmaier auch in finanzieller Hinsicht von großer Bedeutung. Die Studienstiftung hatte ihn nach Einleitung des Verfahrens bis zu dessen Abschluß für rund einen Monat im Januar 1935 von einer Förderung ausgenommen. ACDP, I-210–005/1.

[16] E. GERSTENMAIER, Streit und Friede, 1981, S. 66.

[17] Hervorgehoben wurde von dem Gericht die Tatsache, daß der Erlanger Seyferth bereits seit 1929 Mitglied der nationalsozialistischen Partei war. Im Hinblick auf die Gesinnungstreue Gerstenmaiers konnte indes nicht auf eine NSDAP-Mitgliedschaft verwiesen werden, das Gericht bezog sich deshalb auf das Gutachten des Dekans der theologischen Fakultät in Zürich. Gut hatte in seinem Zeugnis die Bemühungen Gerstenmaiers unterstrichen, im Ausland der »Lebenskraft des neuen Deutschland Ausdruck« gegeben und damit in schweizerischen Kreisen »Verständnis für die Wandlungen im

zeugten Nationalsozialisten gehandelt hatte, die ein Exempel an den beiden Beschuldigten statuieren wollten, belegt die Aussage des mecklenburgischen Gauleiters Friedrich Hildebrandt. Dieser hatte in einem Brief an den Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, vom 16. Dezember 1935 die politische Gesinnung des Rostocker Rektors Schulze scharf angegriffen. Hildebrandt warf Schulze vor, den Nationalsozialismus an der Universität »ostentativ« zu bekämpfen. Weiter führte er aus: »Professor Brill, der Studentenbundführer Kröger und viele andere Parteigenossen kommen immer wieder zu mir und tragen eine Reihe beachtlicher Beschwerden über die ganzen Vorgänge und Zustände vor. Der Rektor Professor Dr. Schulze ist derart schlapp und inkonsequent in seiner Haltung und Auffassung, daß er sehr schadet. [...] Er [Schulze] weiß auch, daß auch die ganzen Behördenkreise nicht Vertrauen zu ihm haben, und es wäre dringend ratsam, wenn endlich ein Parteigenosse mit der Leitung der Universität beauftragt würde.«[18]

Doch trotz der schützenden Hand, die die Universitätsführung über den Studeten gehalten hatte und des erfolgten Freispruchs, blieb für Gerstenmaier der Makel, als Beschuldigter in einem universitären Gerichtsverfahren angeklagt worden zu sein. Der Protest gegen Reichsbischof Müller hatte zwar für den Theologiestudenten keine unmittelbaren Folgen beispielsweise in Form eines Verweises oder sogar einer Expellation nach sich gezogen, doch hinterließ er in den Akten der Parteistellen seine Spuren und identifizierte Eugen Gerstenmaier als potentiellen Unruhestifter, dessen politische Zuverlässigkeit von den braunen Machthabern angezweifelt wurde.

Nach Abschluß der gegen ihn eingeleiteten polizeilichen und disziplinarrechtlichen Untersuchungen widmete sich Gerstenmaier im folgenden Sommersemester seinen Prüfungsvorbereitungen. Im Herbst 1935 legte er sein Examen mit dem bestmöglichen Ergebnis ab[19] und wurde – nach Ablegung des Lehreids auf die lutherischen Bekenntnisschriften – am 31. Oktober zum Lizentiaten der Theologie promoviert. Gegenstand seiner mit »summa cum laude« bewerteten Dissertationsschrift[20], die Gerstenmaier bei Friedrich Brunstäd eingereicht hatte, war es, die Schöpfungsoffenbarung vor dem Hintergrund des ersten Glaubensartikels einer theologischen Untersuchung zu unterziehen und vor diesem Hintergrund eine Entfaltung des Glaubenszeugnisses »in Ansehen der Welt als Schöpfung«[21] zu erarbeiten. Der Kirchenkampf und die selbst nach der faktischen Entmachtung von Reichsbischof Mül-

---

Deutschen Reich« geweckt zu haben. Urteilsbegründung des Rostocker Disziplinargerichts vom 21. Februar 1935. BA, N 1266/1624.

[18] Schreiben Friedrich Hildebrandts an Bernhard Rust vom 16. Dezember 1935. BAB, R 4901/alt R 21/10.927, Bl. 29–30.

[19] Die erste theologische Prüfung schloß Gerstenmaier mit dem Gesamtprädikat »sehr gut« ab. Das Fakultätsexamen vom 17. Oktober 1935 gibt detaillierte Auskunft über seine Studienleistungen: »Die einzelnen Leistungen wurden folgendermaßen beurteilt: A. Die wissenschaftliche Arbeit: sehr gut; die Predigt: gut; B. Die Klausurarbeiten – Kirchengeschichte: sehr gut, Neues Testament: gut; C. Mündliche Prüfung – Altes Testament: genügend; Neues Testament: gut.« EZA, 2/P 14.

[20] Inaugural-Dissertation Eugen Gerstenmaiers mit dem Titel: »Schöpfung und Offenbarung. Systematische Untersuchung zu einer Theologie des ersten Artikels, 1935.

[21] Ebd., S. 74.

ler noch anhaltenden innerprotestantischen Konflikte hatten die Wahl des Dissertationsthemas augenscheinlich beeinflußt. Die Arbeit stellte zugleich eine Auseinandersetzung Gerstenmaiers mit der dialektischen Theologie Karl Barths dar. Mit dem Schweizer Theologen hatte er sich schon im Laufe seines Züricher Studienaufenthaltes intensiv beschäftigt. Gerstenmaiers Dissertationsschrift ist deshalb als Weiterentwicklung und Zuspitzung der Thesen zu sehen, die er bereits während seines Semesters bei Emil Brunner erarbeitet hatte. Er sprach sich hierin dezidiert gegen den von Barth vertretenen Ansatz aus, daß die Gotteserkenntnis einzig auf die Christusoffenbarung zu beschränken sei und wertete diese Auslegung als Widerspruch zu der »auf der Schrift stehenden Lehrtradition« der evangelischen Kirche.[22] Gerstenmaiers Dissertationsschrift trug ihr übriges dazu bei, sein ohnehin distanzierte Verhältnis zu den im deutschen Protestantismus über beträchtlichen Einfluß verfügenden Anhängern der Theologie Barths noch zu vertiefen.

5. Vikariat in Gaildorf

Bereits im September 1934 hatte Gerstenmaier beim Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart darum nachgesucht, trotz seines Studienabschlusses in Mecklenburg in den württembergischen Kirchendienst aufgenommen zu werden. Er begründete diese Bitte mit der Dankbarkeit, die er für seine schwäbische Heimatkirche empfand, da sie ihm den »Zugang zu dem in dem Kampf der Gegenwart doppelt lieb gewordenen theologischen Studium«[1] eröffnet habe. Der hier artikulierte Wunsch, sich in der Seelsorge Württembergs als Vikar zu bewähren, stand allerdings im Gegensatz zu den Aktivitäten, die der frisch promovierte Theologe im Herbst 1935 entwickelte. So strebte er zunächst eine Verlängerung seiner akademischen Ausbildung an, indem er eine philosophische Promotion anzuschließen gedachte. Parallel dazu hatte er sich bereits zehn Tage vor Ablegen seines Rigorosums nach einer Beschäftigungsmöglichkeit im Kirchlichen Außenamt erkundigt. Dem ihm bereits gut bekannten[2] Leiter des Außenamtes Bischof Theodor Heckel[3] – einem Schüler seines Mentors

---

[22] Im Gegensatz zu Karl Barth führte Gerstenmaier hierzu aus: »[...] die Schrift beschränkt das Wort nicht auf die Christusoffenbarung, sondern bezeugt die Schöpfungsoffenbarung als Wort Gottes in der Schöpfung.« Ebd., S. 6.

[1] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart vom 7. September 1934. EZA, 2/P 14.

[2] Eugen Gerstenmaier hatte Theodor Heckel bereits im Februar 1935 im Verlauf einer theologischen Fachschaftstagung im Alexander-Haus in Warnemünde kennengelernt. Für die Zusammenkunft, die unter dem Motto »Theologie und politische Gestaltung« stand, war es Gerstenmaier gelungen, sowohl seinen Lehrer Brunstäd wie auch Heckel für Vorträge zu gewinnen. ACDP, I-210–004/1.

[3] Theodor Heckel (* 15. April 1894 in Kammerstein, † 24. Juni 1967 in München) entstammte einer bayerischen Pfarrerfamilie. Der Offizier des Ersten Weltkriegs war zunächst als Religionslehrer an der Erlanger Lehrerinnen-Bildungsanstalt beschäftigt. Von 1928 an arbeitete er bis zu seiner Ernennung zum Bischof und seiner Einsetzung als Leiter des Kirchlichen Außenamtes 1934 als Referent für Auslandsfragen im Kirchenbundesamt.

Brunstäd – vertraute er in einem Schreiben vom Oktober 1935 an, daß er im Falle eines negativen Bescheids im Hinblick auf die Fortsetzung einer Studienförderung bzw. seines Eintritts in das Kirchliche Außenamt zur Ausübung des Pfarrdienstes gezwungen sei.[4] Diese Aussage macht deutlich, daß der Lizentiat Gerstenmaier nur sehr ungern die theoretische Befassung mit der Theologie gegen den praktischen Seelsorgerdienst vor Ort eintauschen wollte.[5] Nach der Ablehnung des Antrags auf Unterstützung einer zweiten Promotion durch die Studienstiftung forcierte Eugen Gerstenmaier dann auch seine Bemühungen, in die Dienste des Kirchlichen Außenamtes eintreten zu können. Bischof Heckel signalisierte bereits Ende Oktober seine Bereitschaft, ihn in Berlin zu beschäftigen.[6] Vor Gerstenmaiers Arbeitsantritt in der Reichshauptstadt mußte damit nur noch das Einverständnis seines Dienstherrn, des württembergischen Landesbischofs Wurm, eingeholt werden. Wurm erklärte sich zwar prinzipiell bereit, Gerstenmaier in preußische Gefilde ziehen zu lassen, aber er beharrte darauf, der junge Amtsbruder möge sich zunächst als Vikar bewähren. Der württembergische Bischof hielt es für notwendig, den jungen Lizentiaten vor seiner Verwendung im kirchlich-diplomatischen Dienst in der praktischen Seelsorge einzusetzen, um ihn im pastoralen Alltagsdienst mit den Schranken vertraut zu machen, »deren auch der befähigste Theologe inne werden muss, wenn er ein Diener Christi und seiner Kirche und nicht bloss eine kirchliche oder wissenschaftliche Leuchte werden soll.«[7] Heckel und sein württembergischer Amtskollege verständigten sich im November 1935 schließlich darauf, Gerstenmaier nach einer zeitlich begrenzten Vikariatszeit für die Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt freizustellen.[8] Gerstenmaier beugte sich mangels Alternativen dieser Entscheidung und trat nach seiner Ordination am 17. November[9] in den württembergischen Kirchendienst ein. Der Stuttgarter Oberkirchenrat wies ihm eine befristete Stelle in Gaildorf zu, einem rund 60 Kilometer von Kirchheim entfernten Städtchen, das außer einer »hübschen

[4] Brief Eugen Gerstenmaiers an Theodor Heckel vom 26. Oktober 1935. Unter anderem hieß es darin: »Wenn Sie die Sache nicht auf Ihren Etat übernehmen können, wird mir wohl nichts übrigbleiben, als eben in württbg. Dienste zu gehen, oder aber mir unter Verzicht auf Ordination etc. in Berlin irgendeine Privatstellung zu suchen.« EZA, 5/3330.

[5] In seinem Memoiren gab Gerstenmaier unumwunden zu, daß in diesem Abschnitt seines Lebens »das Feld, das ich in Gedanken an die Theologie immer am meisten gescheut hatte, die Seelsorge [...]« gewesen sei. E. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 69.

[6] Brief Theodor Heckels an Eugen Gerstenmaier vom 24. Oktober 1935. EZA, 5/3330.

[7] Schreiben Theophil Wurms an Theodor Heckel vom 7. November 1935. Ebd.

[8] In einem Brief an Bischof Wurm vom 24. Oktober 1935 führte Heckel unter anderem aus: »Ich würde es meinerseits sehr begrüssen, wenn eine so tüchtige Kraft wie Herr Gerstenmaier nicht nur sich der wissenschaftlichen Durchbildung widmet, sondern gleichzeitig eine unmittelbare kirchliche ökumenische Auswertung seiner Studien fände.« EZA, 5/3330.

[9] Die durch den Dekan vorgenommene Ordination erfolgte in der Kirchheimer Hauptkirche, Gerstenmaiers Heimatpfarrei. Im Rahmen der Ordination verpflichtete er sich, alle Obliegenheiten des Amtes zu erfüllen und die für die Kirche »maßgebenden kirchlichen und staatlichen Gesetze und Verordnungen« zu achten. Schreiben des Dekanatsamtes Kirchheim/Teck an den Evanglischen Oberkirchenrat vom 17. November 1935. EZA, 2/P 14.

waldreichen Landschaft«[10] keine Besonderheiten aufzuweisen hatte. Bis zum Osterfest 1936 versah Gerstenmaier dort seinen seelsorgerischen Dienst, der das Predigen an den sonntäglichen Gottesdiensten ebenso umfaßte wie das Abhalten des Konfirmandenunterrichts und die Krankenhausseelsorge. In der Retrospektive bezeichnete Gerstenmaier diese Zeit zwar als durchaus lehrreich, doch konnte der junge Theologe es kaum erwarten, den Pastorenalltag hinter sich zu lassen, um im Außenamt Heckels dem Puls des kirchenpolitischen Geschehens nahe zu sein.[11]

[10] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 68.

[11] Bereits vor dem Beginn seines Vikariats in Gaildorf hatte Gerstenmaier mit Bischof Heckel den genauen Zeitpunkt seines Eintritts in das Kirchliche Außenamt vereinbart. Die Vikariatszeit wollte er nutzen, um sich »in der Praxis« umzusehen. Brief Eugen Gerstenmaiers an Theodor Heckel vom 15. November 1935. EZA, 5/3330.

Drittes Kapitel

Im Kirchlichen Außenamt

1. Von Gaildorf nach Berlin

Im April 1936 konnte Eugen Gerstenmaier endlich den Seelsorgeralltag in der schwäbischen Provinz gegen den Arbeitsplatz eines wissenschaftlichen Mitarbeiters des Kirchlichen Außenamtes in der Reichshauptstadt eintauschen. Der Evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart beurlaubte Gerstenmaier ab dem 15. April zunächst für ein halbes Jahr für seine Tätigkeit in Berlin.[1] Das zwischen Heckel und Wurm getroffene Arrangement sah vor, die Arbeit des jungen Theologen im Außenamt »bis auf weiteres«[2] zu befristen und zunächst jährlich seitens des Oberkirchenrates zu verlängern.[3] Ein Ausscheiden Gerstenmaiers aus dem Dienst der württembergischen Landeskirche und ein permanentes Beschäftigungsverhältnis in der Behörde Heckels waren zunächst nicht vorgesehen. Für die Dauer seiner Freistellung erhielt der Kirchheimer weiterhin seine Bezüge vom Stuttgarter Oberkirchenrat, wodurch das Außenamt der Pflicht enthoben war, eine Planstelle auszuweisen. Für dieses Entgegenkommen gestand Heckel Landesbischof Wurm das Recht zu, Eugen Gerstenmaier »gewisse Sonderaufträge«[4] erteilen zu können. Die württembergische Landeskirche beabsichtigte, den jungen Theologen als Verbindungsmann zum Reichskirchenausschuß einzusetzen, um damit ihre Anliegen bei der Kirchenleitung besser zu Gehör zu bringen. Gerstenmaier übernahm damit faktisch die Rolle eines Geschäftsträgers der württembergischen Landeskirche beim Kirchenausschuß der DEK; eine Aufgabe, die er parallel zu seinem Tätigkeitsbereich im Außenamt zwei Jahre lang ausübte.[5]

Die Übertragung dieser Funktion machte deutlich, daß der Mann aus Kirchheim das Vertrauen Wurms genoß. Der Kontakt zu Bischof Wurm war bereits 1933 durch den Stuttgarter Oberkirchenrat Pressel, den Gerstenmaier während seiner Tübinger Studienzeit kennengelernt hatte, hergestellt worden. Das Verhältnis zwischen dem

---

[1] Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats in Stuttgart vom 10. März 1936. EZA, 2/P 14.

[2] Ebd.

[3] Mitteilung des Evangelischen Oberkirchenrats an das Kirchliche Außenamt vom 6. November 1936. EZA, 5/3330.

[4] Gerstenmaier erhielt für diese Aufgabe, die ihn unterschiedlich stark in Anspruch nahm (zwischen einem und mehrere Tage pro Woche), eine geringe Sondervergütung von monatlich RM 50.–. Der Oberkirchenrat zahlte für diesen Dienst an das Kirchliche Außenamt für die Mitinanspruchnahme seiner Einrichtungen (Sekretariat, Telefon, Büromaterial) eine kleine Aufwandsentschädigung. Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrats an das Kirchliche Außenamt vom 6. November 1936. EZA, 2/P 14.

[5] Die Arbeit für die württembergische Kirche wurde ab September 1938 von Dekan Keppler übernommen.

Landesbischof und Gerstenmaier intensivierte sich in der Folgezeit, da Wurm die Anstrengungen des Theologiestudenten bei der Gründung eines württembergischen Zweiges des Pfarrernotbundes unterstützte. In der Zeit des Kirchenkampfes zeigte sich Gerstenmaier als loyaler Gefolgsmann Wurms und unterstützte die kirchenpolitische Linie seines Bischofs, sofern ihm dies als Student in Rostock möglich war. In der Konsequenz bedeutete das Festhalten an der Linie Wurms den Bruch Gerstenmaiers mit der Bekennenden Kirche, wie seine Kontroverse mit Martin Niemöller und die Distanz zu den Anhängern Karl Barths belegten.[6]

Die Kluft zwischen den Wortführern der Bekennenden Kirche und Eugen Gerstenmaier sollte sich nach seinem Dienstantritt im Kirchlichen Außenamt noch vertiefen. Die BK brachte dem von Bischof Heckel geleiteten Amt von Anfang an Mißtrauen entgegen, war diese Behörde doch von Reichsbischof Müller im Februar 1934 eingerichtet worden und diesem unmittelbar unterstellt.[7] Das Außenamt beschäftigte zum Zeitpunkt seiner Gründung neben Bischof Heckel und seinem Stellvertreter, Konsistorialrat Hans Wahl, noch insgesamt sechs Referenten, die sich mit den protestantischen Auslandsgemeinden und deren Geistlichen sowie mit der ökumenischen Arbeit befaßten.[8] Dem Berliner Amt mit Bischof Theodor Heckel an der Spitze[9] blies gleich nach seiner Einrichtung der Wind kalt ins Gesicht. Die Hauptkritik aus den Reihen der DEK konzentrierte sich auf den Vorwurf, das Amt ordne sich den Anweisungen der Machthaber zu sehr unter und hinge am Tropf der staatlichen Unterstützung. Bis zum Ende der NS-Diktatur gelang es Heckel nicht, diese Anschuldigungen der BK zu entkräften. Vielmehr fühlten sich die Kritiker Heckels in ihrem Urteil noch bestätigt, da das Amt sich zunehmend in ein Abhängigkeitsnetz verstrickte, aus dem es keinen Ausweg zu geben schien.

Das Kirchliche Außenamt war bei seiner Arbeit vor allem auf die Unterstützung des Auswärtigen Amtes angewiesen. Besonders bei der Erteilung von Reisegeneh-

---

[6] Zu Wurms Haltung im Kirchenkampf und der Auseinandersetzung mit der Bekennenden Kirche vgl. die Ausführungen im zweiten Kapitel, 2.

[7] Laut reichsbischöflicher Verordnung vom 24. Februar 1934 war das Aufgabengebiet des Kirchlichen Außenamtes wie folgt umrissen: »Aufgabe dieses Amtes ist es, die Verbundenheit mit den deutschen evangelischen Kirchen, Synoden und Gemeinden im Ausland zu wahren und zu festigen; ferner die Beziehungen zu den befreundeten Kirchen des Auslands zu pflegen. Das Amt hat ferner für eine geschlossene Ordnung und den wirksamen Einsatz der gesamten freien evangelischen Inlandsarbeit auf den verschiedenen Gebieten auslandskirchlichen Dienstes entschiedene Sorge zu tragen. Die Überführung der gesamten volksdeutschen kirchlichen Auslandstätigkeit ist mit allen Mitteln zu vollziehen. Die erforderlichen Maßnahmen zu einer kraftvollen kirchlichen Führung der Aufgaben im In- und Ausland sind ins Werk zu setzen.« Geschäftsblatt der Deutschen Evangelischen Kirche vom 21. Februar 1934, S. 9.

[8] Die Referenten Banke, Besig, Krummacher, Pagel, Schröder und Schubert zeichneten neben Heckel und Wahl für die Betreuung der Protestanten im Ausland (im Sprachjargon der Zeit als »evangelisches Volksdeutschtum« bezeichnet) und die Kontaktpflege mit den ausländischen Kirchen verantwortlich. Geschäftsverteilungsplan des Kirchlichen Außenamtes vom 21. März 1934. EZA, 5/723, Bl. 2–3.

[9] In einer Verordnung vom 21. Februar 1934 hatte Reichsbischof Müller Theodor Heckel zum Leiter des neu gegründeten Kirchlichen Außenamtes ernannt und ihm den Titel eines Bischofs »mit dem Recht zum Tragen eines bischöflichen Amtskreuzes« verliehen. BAB, R 5101/24207.

migungen und der Abstimmung von Auslandsmissionen benötigte Heckel das Wohlwollen der Diplomaten der Wilhelmstraße. Ferner mußte das Kirchliche Außenamt zur Deckung seines Etats alljährlich um eine Mittelzuweisung aus dem staatlichen Kulturfonds nachsuchen. Die Regierung hatte bereits zu Zeiten der Weimarer Republik der katholischen und evangelischen Kirche finanzielle Beihilfen gewährt. Die monetäre Zuwendung war vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten indes nicht an Bedingungen geknüpft worden. Das NS-Regime jedoch verband in zunehmendem Maße seine Unterstützung mit der Auflage, besonders die kirchliche Auslandsarbeit zu einem Bestandteil der nationalsozialistischen Expansionspolitik umzufunktionieren. Der Druck zur Konformität nahm für das Kirchliche Außenamt vor dem Hintergrund der Aufrüstungsanstrengungen des Reiches noch zu, denn die für nichtmilitärische Einrichtungen und Aufgabenbereiche zur Verfügung stehenden Ressourcen wurden gekürzt und die Versuche der Nationalsozialisten, die kirchliche Auslandsarbeit zu instrumentalisieren, intensiviert.[10]

Aufgrund der reduzierten Mittelzuweisung sah sich das Amt gezwungen, die Lücken im Etat mit Mitteln der DEK auszugleichen. Wo dies nicht gelang, wurde versucht, durch Ausgabenkürzungen oder einer Lastenumverteilung den vorhandenen Verpflichtungen zu entsprechen. Wenig Spielraum für Einsparungen besaß das Kirchliche Außenamt allerdings bei der Betreuung der Auslandsgemeinden, mehr als die Hälfte des jährlich hierfür zur Verfügung stehenden Budgets wurde zur Finanzierung der Gemeindearbeit und hauptsächlich für die Besoldung der rund 1000 Geistlichen aufgewendet. Schon Anfang 1938 war hierbei jegliches Einsparpotential ausgeschöpft, denn die Auslandsgemeinden selbst trugen bereits mehr als 80% der anfallenden Ausgaben in diesem Bereich.[11]

Bischof Heckel glaubte aufgrund dieser Abhängigkeiten keine Alternative zur verstärkten Anbiederung an das Regime zu haben, um eine Weiterführung der Arbeit seines Amtes sicherzustellen. An die Stelle seiner einstmals ambivalenten und abwartenden Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime trat damit eine Kompromißbereitschaft »bis zur Selbstaufgabe«[12], sofern sie den von ihm als wichtig erachteten Zielen diente.[13] Die Weichen dieser Politik hatte Theodor Heckel be-

---

[10] Die von der Regierung zur Verfügung gestellten und vom Auswärtigen Amt bewilligten Mittel für die Auslandsarbeit beider christlicher Kirchen hatten 1932 640 000 Reichsmark betragen. Die Nationalsozialisten kürzten diesen Etat sukzessive. 1938 standen der katholischen und evangelischen Kirche noch jeweils 120 000 Reichsmark zur Verfügung; dies entspricht einer Reduzierung von mehr als 62% innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren. PA, AA BA 69311, Bl. 5.

[11] Der Gesamtetat des Kirchlichen Außenamtes von 850 000 Reichsmark für 1937 sah rund 480 000 Reichsmark für Aufwendungen an die Synoden, Gemeinden und Geistliche in den deutschen Auslandsgemeinden vor. Bericht über die finanzielle Lage der evangelischen Auslandsarbeit durch das Kirchliche Außenamt von 1938. EZA, 5/719.

[12] R.-U. Kunze, Heckel, 1997, S. 125.

[13] Eugen Gerstenmaier charakterisierte seinen Chef als einen auf »Harmonie gestimmten Mensch[en]«, der an den Auslandsgemeinden und den volksdeutschen Kirchen mit »großer Liebe« hing. E. Gerstenmaier, Das Kirchliche Außenamt im Reiche Hitlers, in: P. Collmer/H. Kalinna/L. Wiedemann (Hg.), Kirche im Spannungsfeld der Politik, 1977, S. 308 (S. 307–318).

reits frühzeitig gestellt. In einer im Sommer 1935 verfaßten Broschüre bemühte sich das Kirchliche Außenamt beispielsweise, die nationalsozialistischen Machthaber davon zu überzeugen, daß die kirchliche Auslandsarbeit den von Partei und Staat eingeschlagenen außenpolitischen Kurs unterstützt. Für die Fortführung der Betreuung der deutschen Auslandsgemeinden war Heckel bereit, dieses Tätigkeitsfeld als wichtigen Teil der »gesamtkirchlichen volksdeutschen Arbeit«[14] zu charakterisieren. Noch deutlicher ging das Bestreben des Bischofs, die Tätigkeit für die Auslandsdiaspora in Konformität mit den nationalsozialistischen Intentionen zu bringen, aus einem Beitrag Heckels im Jahrbuch »Auslandsdeutschtum und evangelische Kirche«, ebenfalls aus dem Jahr 1935, hervor. Dort vertrat er die Vision von einer kirchlichen Außenpolitik, deren Kernpunkte in die nationalsozialistische Ideologie eingebettet werden sollten. Die Arbeit der DEK hatte sich nach seiner Überzeugung dabei an den folgenden drei Vorgaben nationalsozialistischen Politikverständnisses zu orientieren: »1. Der Nationalsozialismus hat den Damm gegen Asien aufgerichtet. Die Vernichtung des Kommunismus ist mehr als die Beseitigung einer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ideologie und Partei. [...] 2. Der Nationalsozialismus hat die Überwindung des sozialen Problems entschlossen angefaßt. [...] 3. Der Nationalsozialismus hat die Grundstruktur des öffentlichen Lebens im Wesen verändert. [...] Reich und Volk, Führung und Gefolgschaft, Herrschaftsordnung und Bewegung sind die Grundbegriffe, in denen die Struktur des Dritten Reiches sich abzeichnet und ausgestaltet.«[15]

Diese unverhohlenen Anpassungsbestrebungen Heckels lösten nicht nur innerhalb des protestantischen Lagers in Deutschland Kritik aus. Aufmerksam beobachtet wurde das Vorgehen der Behörde ebenso von der internationalen ökumenischen Bewegung. Bereits im Jahr zuvor war es zwischen dem Leiter des Außenamtes und den Vertretern des Ökumenischen Rates zu einer heftigen Kontroverse gekommen. Die Ausführungen Heckels von 1935 schienen nahtlos an die pro-nationalsozialistische Haltung anzuschließen, die der Bischof im Sommer 1934 im dänischen Fanø eingenommen, und die seinen Ruf in der »ökumenischen Welt so gut wie ruiniert«[16] hatten. Der Konflikt hatte sich daran entzündet, daß der deutsche Bischof sich nicht in der Lage sah, eine bei der Fanøer Tagung des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum verabschiedete Resolution zu unterstützen, die die Besorgnis der nichtkatholischen Kirchen über die gegenwärtige Situation des Protestantismus in Deutschland zum Ausdruck brachte.[17] Auf

---

[14] Ausführungen Bischof Heckels über die Tätigkeit des Kirchlichen Außenamtes, S. 8. Die Broschüre sandte Heckel am 14. Juni 1935 mit einem Begleitschreiben versehen an den Staatssekretär der Präsidialkanzlei, Meissner. BAB, R 601/712.

[15] R.-U. Kunze, Heckel, 1997, S. 142.

[16] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 76.

[17] Der Rat verabschiedete ein Papier, in dem betont wurde, daß »entscheidende Grundsätze der christlichen Freiheit im Leben der Deutschen Evangelischen Kirche gegenwärtig gefährdet oder in Frage gestellt seien«. Darüber hinaus wurde festgestellt, daß ein »autokratisches Kirchenregiment [...] die Anwendung von Gewaltmethoden und die Unterdrückung freier Aussprache mit dem wah-

dänischem Terrain fand damit eine Fortsetzung der deutschen innerkirchlichen Auseinandersetzung um den künftigen Kurs der DEK statt. Neben Heckel war Präses Karl Koch als Vertreter der Bekennenden Kirche zur Tagung eingeladen worden, in deren Verlauf die wachsende Umklammerung der DEK durch die NS-Diktatur thematisiert werden sollte. Nachdem die deutschen Behörden Koch die Ausreise nach Dänemark verweigert hatten, hätte auch Heckel besser auf die Reise verzichtet, denn er begab sich mit seiner Sitzungsteilnahme in eine nahezu ausweglose Situation. Trug der Bischof die Verurteilung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik mit, mußte er seine Entlassung aus dem Amt eventuell sogar eine weitergehende Verfolgung bei seiner Rückkehr befürchten. Eine Verteidigung des totalitären Staates und des von ihr eingesetzten Reichsbischofs hingegen zog die Ächtung durch die ökumenische Bewegung nach sich. Heckel entschied sich in dieser Lage für die letztere Option und mußte sich damit eingestehen, daß sein Versuch, die Kontaktpflege zu den deutschen Auslandsgemeinden mit der Aufrechterhaltung ökumenischer Beziehungen in Einklang zu bringen, weitestgehend gescheitert war.[18] Zwar unternahm der Bischof weiterhin Anstrengungen, die Verbindung mit der Ökumene nicht völlig abreißen zu lassen[19], und er plädierte auch in der Folgezeit dafür, die »Beziehungen zu überstaatlichen Mächten«[20] durch das Außenamt zu pflegen; dennoch hatte Heckel nach Fanø mit der Belastung zu leben, von der Weltkirche nicht mehr als geachteter Partner anerkannt und von der Bekennenden Kirche als Exponent der Kirchenpolitik Müllers kritisiert zu werden. Der Unmut konzentrierte sich jedoch nicht nur auf die Person Heckels, sondern erstreckte sich auf die Arbeit des Außenamts und erschwerte damit die künftigen Anstrengungen der Kirchenbehörde auf internationalem Parkett. Hiervon betroffen war auch der im Frühjahr 1936 neu zum Mitarbeiterstab des Kirchlichen Außenamtes hinzugestoßenen Eugen Gerstenmaier, der nach eigenem Bekunden von diesem Umstand vor seinem Dienstantritt in Berlin nichts gewußt hatte. Im Nachhinein unterstrich aber auch Gerstenmaier, daß seine ökumenischen

---

ren Wesen der Kirche Christi unvereinbar seien.« Erklärung des ÖRPC, zitiert nach: A. Boyens, Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939, 1969, S. 112.

[18] Pfarrer Walter Birnbaum, ein Vertrauter Reichsbischof Müllers hatte der Erklärung des Ökumenischen Rates am Ende der Tagung entschieden widersprochen. Im Namen der Deutschen Delegation hatte Birnbaum darüber hinaus festgestellt, daß »die allgemeinen Verhältnisse im heutigen Deutschland der Verkündigung des Evangeliums viel mehr Möglichkeiten bieten als zuvor.« Erklärung Walter Birnbaums zitiert nach: R.-U. Kunze, Heckel, 1997, S. 149. Die Tatsache, daß sich Heckel nicht von diesem Protest Birnbaums distanzierte und er sich gegen die Forderungen der Bekennende Kirche aussprach, fügten seinem Ansehen in der ökumenischen Bewegung großen Schaden zu.

[19] Gerstenmaier wies mit Recht auf die Bedeutung hin, die Heckel als Leiter des Kirchlichen Außenamtes für die Aufrechterhaltung der institutionellen Verbindung zwischen dem Genfer Ökumenischen Rat und der Deutschen Evangelischen Kirche zukam und die vor allem für den Transfer der finanziellen Zuwendungen der DEK an den Rat unverzichtbar war. E. Gerstenmaier, Das Kirchliche Außenamt, 1977, S. 309.

[20] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Landeshauptmann Hagemann vom 7. November 1949. ACDP, I-210–035/2.

Bemühungen im Rahmen seiner Arbeit für das Außenamt nicht zuletzt durch die Geschehnisse in Fanø überschattet worden waren.[21]

2. Im Dienst der Ökumene

Eugen Gerstenmaier begann seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im April 1936. Zwar war ihm eine Stelle im Bereich der ökumenischen Forschungsarbeit zugesagt worden, doch zunächst wurde der junge Theologe für einige Monate in die Dienste des Vorsitzenden des Reichskirchenausschusses, Wilhelm Zoellner, gestellt. Während sein Freund Wilhelm Bachmann, der zeitgleich mit Eugen Gerstenmaier seine Arbeit in Berlin angetreten hatte, Zoellner als Referent zur Seite gestellt worden war, erstreckte sich Gerstenmaiers Tätigkeit darauf, dem Generalsuperintendenten mit der Abfassung von Redeentwürfen zuzuarbeiten.

Nach diesem kurzen Zwischenspiel begann Gerstenmaier, sich in einer Nebenstelle des Amtes in der Sophienstraße seiner eigentlichen Aufgabe zuzuwenden: der Vorbereitung der für Juli 1937 anberaumten Oxforder Kirchenkonferenz. Diese Tagung wurde von einem der Hauptträger der Ökumene, dem Ökumenischen Rat für das Praktische Christentum (ÖRPC), veranstaltet. Die DEK als Mitglied dieser Bewegung war an der Vorbereitung und Durchführung der Zusammenkunft, die unter dem Thema »Kirche, Volk und Staat« stand, beteiligt. Die als Ausrichter fungierende anglikanische Staatskirche war bestrebt, der Konferenz einen möglichst repräsentativen Rahmen zu geben und das Interesse der Weltöffentlichkeit auf die Veranstaltung zu lenken. Der DEK kam eine Schlüsselstellung innerhalb der Tagung zu, denn der wachsende Druck des totalitären Staats auf den deutschen Protestantismus und die Haltung der Kirche zur menschenverachtenden Ideologie des Hitlerregimes waren Kernpunkte, zu der das globale nichtrömische Kirchentum in Oxford Stellung zu nehmen gedachte.

Eugen Gerstenmaiers Aufgabe bestand in der Vorbereitung und Koordination der Tagungsbeiträge der deutschen Delegation. Seine Arbeit führte er in enger Zusammenarbeit mit der Studienabteilung des Ökumenischen Rates in Genf durch, die unter der Leitung des Deutschen Hans Schönfeld stand. Mit Schönfeld, den er während seines Aufenthaltes bei Adolf Keller im Sommer 1934 in Genf kennengelernt hatte, verbanden Gerstenmaier gemeinsame theologische und kirchenpolitische Auffassungen.[1] Schönfeld und seinem schwedischen Mitarbeiter Nils Ehrenström

---

[21] E. Gerstenmaier, Das Kirchliche Außenamt, 1977, S. 309.

[1] Eugen Gerstenmaier beschrieb seinen engen Vertrauten im Ökumenischen Rat in einem Brief an Peter W. Ludlow vom 30. August 1967 folgendermaßen: »Schönfeld war ein liebenswerter, höchst sensibler und gesundheitlich wohl immer gefährdeter Mann. Er war ein bis zur Selbstaufopferung bereiter Vorkämpfer der ökumenischen Bewegung. Mit jeder Faser seines Herzens war er ihr ergeben. Ebenso entschieden engagierte er sich auch gegen den Nationalsozialismus, und darüber wurde er, so widerspruchsvoll es klingt, zum grossen Patrioten. In seiner Genfer Umwelt wurde indessen nicht nur die Ablehnung des Nationalsozialismus, sondern ganz Deutschlands immer stärker und

verdankte Gerstenmaier die Einführung bei den bedeutendsten Persönlichkeiten der ökumenischen Bewegung.[2] Dem schwäbischen Theologen standen bei seinen ersten Schritten auf ökumenischem Parkett des weiteren Emil Brunner und der Generalsekretär der Ökumenischen Bewegung in Genf, Adolf Keller hilfreich zur Seite. Rasch verstand es der Mann aus Kirchheim, das Vertrauen vor allem dieser beiden angesehenen Vertreter der Ökumene zu erlangen. Gerstenmaiers erste Auslandsreise im Rahmen seiner Tätigkeit für das Außenamt führte ihn ins schweizerische Chamby sur Montreux. Zur dortigen Konferenz war er aber nicht als offizieller Teilnehmer, sondern als Mitglied des Mitarbeiterstabes der DEK-Delegation eingeladen worden. Die von 21. bis 25. August 1936 andauernde ökumenische Tagung diente – über den theologischen Gedankenaustausch hinaus – der Vorbereitung der Weltkirchenkonferenz in Oxford im Sommer 1937 und fiel damit in den Arbeitsbereich Gerstenmaiers. Über die Fortschritte der Koordinationsarbeiten für Oxford referierten Hans Schönfeld und der vom Ökumenischen Rat zum Vorsitzenden der »Advisory Commission on Research« berufene britische Theologe Joseph H. Oldham.[3] In Chamby entschieden die Teilnehmer zusätzlich über die Festlegung der Themenbereiche der Oxforder Tagung und einigten sich auf die Einrichtung von insgesamt fünf Sektionen, in deren Rahmen der Meinungsaustausch erfolgen sollte.[4] Die offizielle Delegation der Deutschen Evangelischen Kirche, der Brunstäd, Deissmann, Heckel, Lilje, Stange, Wahl und Zoellner angehörten, zeigte sich vom Ergebnis der Zusammenkunft in der Schweiz angetan. Besonders im Hinblick auf die Ausgrenzung der Bekennenden Kirche glaubten sie, einen Erfolg errungen zu haben.[5] Allerdings handelte es sich hierbei jedoch nur um einen Pyrrhussieg, wie sich spätestens auf der Oxforder Weltkirchenkonferenz zeigte. Die wachsende Kluft der beiden Lager innerhalb der DEK war auf der Tagung nicht allein durch den distanzierten Umgang der deutschen Teilnehmer untereinander deutlich spürbar gewesen.[6] Den in Chamby anwesenden Angehörigen des Dahlemer Flügels der Bekennenden Kirche,

---

leidenschaftlicher. Das war verständlich – für einen Mann wie Schönfeld aber dennoch bitter.« ACDP, I-210–038/1.

[2] Gerstenmaier ging sogar soweit, die ihm von Hans Schönfeld gewährte Unterstützung als maßgebliche Komponente für seinen wachsenden Einfluß auf das ökumenische Referat im Kirchlichen Außenamt zu bezeichnen. Brief Eugen Gerstenmaiers an Peter W. Ludlow vom 6. Januar 1972. ACDP, I-210–038/1.

[3] Tagesordnung des Treffens vom 21. bis 25. August 1936 in Chamby sur Montreux. EZA, 5/4008, Bl. 125.

[4] Die Sachgruppen waren wie folgt überschrieben: I. Kirche und Volk; II. Kirche und Staat; III. Kirche, Volk und Staat und die Erziehung; IV. Kirche, Volk und Staat und das Wirtschaftsleben; V. Die Una Sancta und die Völkerwelt.

[5] Das Fazit Heckels zur Konferenz lautete: »Im ganzen kann festgestellt werden, dass die Behandlung der deutschen Fragen, besonders der Kirchenfrage, gegenüber früheren Tagungen sich in Chamby ganz wesentlich gebessert hat.« Bericht über den Verlauf der Konferenz in Chamby von Bischof Heckel an das Auswärtige Amt vom 1. Oktober 1936. BAB, R 5101/23132, Bl. 388.

[6] Eugen Gerstenmaier führt dazu in seinen Memoiren aus: »Der Umgangston der beiden deutschen Gruppen untereinander war kalt, wenn auch höflich. Nur Koch machte eine Ausnahme. Zoellner war eine Brücke, wenn er auch von den Dahlemern meist ebenso geschnitten wurde wie Heckel.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 81.

Koch und Bonhoeffer, war auf Drängen der amtlichen deutschen Delegation im Verlauf der Tagung das Stimmrecht verweigert worden. Es war ihnen lediglich gestattet, an den Sitzungen zu partizipieren und sich zu äußern; von dem abschließenden Votum waren sie ausgenommen. Die Gruppe um Heckel hatte damit ihr Ziel erreicht, offiziell als einzige Vertretung der evangelischen Kirche anerkannt zu werden. Die DEK-Delegation rechnete es sich ferner als Verdienst an, eine den Antisemitismus in Deutschland verurteilende Resolution der Tagungsteilnehmer erfolgreich verhindert zu haben. Gegen den Willen eines großen Teils des Ökumenischen Rats und der Repräsentanten der Bekennenden Kirche wurde am letzten Konferenztag statt dessen eine bis zur Wirkungslosigkeit entschärfte Erklärung verabschiedet, die ohne Fokussierung auf die spezielle deutsche Situation pauschal die »Not, derer, die in verschiedenen Teilen infolge ihres Glaubens, ihrer Nationalität oder Rasse leiden«[7] beklagte.

In Gerstenmaiers persönlicher Bilanz stellte sich der Ausgang der Konferenz als ungleich unbefriedigender dar. Er überraschte die Anwesenden bereits bei Konferenzbeginn mit seinem Vorschlag, eine internationale Informationsstelle einzurichten. Deren Aufgabe sollte es sein, die kirchliche und weltanschauliche Entwicklung in totalitären Staaten weltweit und im besonderen Maße in Deutschland zu observieren. Dieser Beobachtungsposten sollte nach dem Willen des 31jährigen eine enge Kooperation mit einer ökumenischen Hilfseinrichtung eingehen, die den Opfern staatlicher Willkür Hilfe gewähren und internationale Interventionen koordinieren konnte. Ablehnung von seiten des deutschen Teilnehmerkreises um Bischof Heckel und höflich verpacktes Desinteresse der internationalen Theologenschaft waren das Ergebnis seines Vorstoßes. Der Neuling hatte bei seinen ersten Schritten auf dem glatten ökumenischen Parkett also durchaus Lehrgeld zu zahlen, doch ließ sich der Kirchheimer von diesem Rückschlag nicht entmutigen.

Die persönliche Kontaktaufnahme mit den in der ökumenischen Bewegung einflußreichen Männern und seine schnelle Auffassungsgabe ermöglichten es Gerstenmaier, sich rasch in sein komplexes Arbeitsgebiet einzufinden. Bald öffneten sich dem Theologen deshalb auch Türen, die einem Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes anderenfalls verschlossen geblieben wären. Der lange Schatten, den der von der Majorität der Ökumene mißtrauisch beäugte Heckel auf dessen Bemühungen warf, war dennoch unübersehbar und es bedurfte besonderer Anstrengungen, selbst mit den Personen in einen Dialog treten zu können, die Heckel der Kollaboration mit Reichsbischof Müller bezichtigten. Gerstenmaier mußte deshalb, wie er selbst erklärte, »immer darauf vorbereitet sein, in meiner ökumenischen Tätigkeit Vorbehalten zu begegnen und auf Ablehnungen zu stossen, die erklärtermassen nicht mir und meiner Arbeit, sondern lediglich der Tatsache galten, dass ich zum kirchlichen Aussenamt gehörte. Ich habe in den Jahren 1937 bis 1940 immer wieder auch deshalb erwogen und diese Erwägung auch meinem Vorgesetzten Dr. Heckel immer

[7] Bericht über den Verlauf der Konferenz in Chamby von Bischof Heckel an das Auswärtige Amt vom 1. Oktober 1936. BAB, R 5101/23132, Bl. 386–389.

wieder mitgeteilt, aus dem kirchlichen Aussenamt auszuscheiden. Meine Freunde, insbesondere Schönfeld, wirkten jedoch ebenso wie Dr. Wurm und mein Lehrer Brunstäd so entschieden auf mich ein, dass ich mich immer wieder entschloss, diese Absicht aufzugeben und auf meinem Platz zu bleiben.«[8]

Theodor Heckel erschien im übrigen nicht nur ausländischen Beobachtern suspekt; nicht zuletzt durch seine Position auf der Fanøer Tagung des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum standen ihm ebenso im Inland – über die Vertreter der Bekennenden Kirche hinaus – einige Bischöfe skeptisch gegenüber. Gerstenmaier war deshalb ebenfalls bestrebt, das gegenseitige Mißtrauen zwischen den Amtsbrüdern abzubauen, um so eine Atmosphäre zu schaffen, die ein produktives Arbeiten im Interesse der evangelischen Kirche und ihrer ökumenischen Verbundenheit zuließ. Die Bemühungen um einen innerkirchlichen Ausgleich beschäftigten Gerstenmaier in den ersten Monaten nach seinem Dienstantritt sogar in einem Maße, daß die eigentliche ökumenische Arbeit darunter zu leiden begann.[9]

Erst ab Herbst 1936 konnte er sich wieder intensiver der Oxforder Tagung zuwenden. Gerstenmaier hatte einen Arbeitskreis zur Vorbereitung der Weltkirchenkonferenz ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es war, die deutschen Teilnehmer über die Arbeiten ihrer ausländischen Kollegen in Kenntnis zu setzen und die zu erstellenden Beiträge der DEK im gemeinsamen Gespräch abzustimmen. Diese Tätigkeit machte sowohl einen ständigen Austausch mit den an der Vorbereitung der Weltkirchenkonferenz beschäftigten deutschen Delegationsmitgliedern als auch mit den ökumenischen Mitarbeitern in Genf notwendig. Für den Mann aus Kirchheim brachte dies eine Anzahl von Reisen, vor allem innerhalb Deutschlands, mit sich. Die Arbeit war aufreibend[10], aber allmählich gelang es ihm, sich routinierter in seinem Arbeitsbereich zu bewegen und damit stieg sein Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten.[11] Gerstenmaier vertrat die Interessen der deutschen Delegation für die

---

[8] Ausführungen Eugen Gerstenmaiers vom April 1961 über seine Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt. ACDP, I-210–025.

[9] Gerstenmaier führte am 5. August 1936 in einem Schreiben an Hans Schönfeld aus: »Seit 2 Monaten bin ich aber so ausschließlich mit innerkirchlichen dringenden Angelegenheiten, wie sie eben der Kampf des Tages mit sich bringt, befaßt, daß es mir trotz aller Anstrengungen nicht möglich war, die in Aussicht gestellte Äusserung an Sie hinauszubringen. Da mein Kollege May, wie Sie wahrscheinlich wissen werden, Ende Juli wieder nach Jugoslawien zurückgekehrt ist, mußte ich die Arbeiten in unserer Dienststelle hier ohne ihn ganz übernehmen.« EZA, 5/4008, Bl. 124.

[10] In einem Brief an Hans Schönfeld vom 26. November 1936 klagte Eugen Gerstenmaier über seine Arbeitsbelastung. In den letzten Wochen sei er durch die Organisation der Gruppe und des gesamten Arbeitskreises so in Anspruch genommen worden, daß er die vom Ökumenischen Rat übersandten Ausarbeitungen kaum habe zur Kenntnis nehmen können. EZA, 5/4008, Bl. 38–40.

[11] Gerstenmaiers Kompetenz und wissenschaftliche Fähigkeiten wurden in der ökumenischen Bewegung wohlwollend zur Kenntnis genommen. So lobte der britische Theologe Oldham den Kommentar Gerstenmaiers zu seinen eigenen Ausarbeitungen und die Stellungnahme zum gesamten Fragenkomplex der Oxforder Konferenz in einem Brief vom 12. März 1937 mit den Worten: »I am deeply grateful to you for your most valuable paper on the subject of the Church. I have read this with the keenest interest and will profit greatly by it in the revision of my paper.« EZA, 5/4008, Bl. 81. Auch Hans Schönfeld schloß sich diesem Urteil an. In seinen Zeilen an Eugen Gerstenmaier vom 14. Mai 1937 erklärte er, daß im Verlauf seiner Besprechungen »mit besonderem Dank immer wieder erfahren

Konferenz in Oxford deshalb auch zunehmend lauter.[12] Sein Eintreten für die Belange der DEK stieß bei dem deutschen Direktor der Forschungsabteilung des Genfer Rates, Hans Schönfeld, auf offene Ohren.[13] So hatte der Theologe mit Schönfelds Hilfe unter anderem erreicht, daß aus den Reihen der DEK deutsche Sachverständige in die zentralen Forschungsgruppen der Oxforder Tagung berufen wurden. Ferner setzte er durch, daß bei der Vorbereitung der Diskussionsgrundlagen über Kirche und Staat das Problem des totalen Staates nicht als Sonderproblem zur Diskussion stand, sondern durchgehend behandelt wurde; eine ausschließliche Fokussierung auf die deutsche Problematik konnte damit vermieden werden.

Eine effiziente Vorbereitung des deutschen Teilnehmerkreises lag Gerstenmaier ebenso sehr am Herzen. Offenbar erhoffte er sich von einer möglichst optimalen Planung des Auftritts der DEK-Abordnung, die in England zu erwartende Kritik des Auslandes besser parieren zu können. Gerstenmaier hatte sich deshalb entschlossen, die in der Regel in Berlin abgehaltenen Vorbereitungstreffen der deutschen Tagungsteilnehmer entsprechend dem Einteilungsschema der Konferenz in fünf Sachgruppen zu untergliedern. Für die so gebildeten Arbeitskreise koordinierte er den Ablauf von Zusammenkünften und er trug für den Informationsfluß und Gedankenaustausch zwischen dem Ökumenischen Rat und den Vertretern der DEK Sorge.[14] Am 5. Dezember 1936 fand beispielsweise eine Tagung der Arbeitsgruppe »Totaler Staat und christliche Erziehung« in den Räumlichkeiten der Reichskirchenkanzlei in Berlin-Charlottenburg statt. Thematisiert wurde im Verlauf der Sitzung die evangelische Erziehungsarbeit sowohl aus dem deutschen wie aus dem ökumenischen Blickwinkel sowie die aktuelle Situation des Erziehungswesens.[15] Diese Sektion stand in dem Ruf heikel zu sein, da die Vertreter der anglikanischen und amerikanischen Kirchen die hierzu vorgelegten Ausarbeitungen deutscher Vertreter unter dem Gesichtspunkt beleuchteten, inwieweit nationalsozialistisches Gedankengut darin Eingang gefunden hatte. Die Erziehung der jüngeren Generation im Rahmen der NS-Ideologie und die Haltung der Kirche zur Ausweitung der Einflusssphäre der Machthaber in den Bereich der Schulbildung wurden aufmerksam beobachtet. Die DEK und besonders Gerstenmaier waren sich dieses Konfliktpoten-

---

[habe, D. G.], wie sich der besondere Einsatz Ihrer Mitarbeit in den Arbeiten von Oldham, Moberly, Eric Fenn und anderen Mitarbeitern aus dem engeren Kreis bei der Vorbereitung der entscheidenden Diskussionsgrundlagen ausgewirkt hat.« EZA, 5/4008, Bl. 95.

[12] Aktenvermerk Eugen Gerstenmaier vom 12. Dezember 1936 betr. seine Unterredung mit Schönfeld und Menn in Andernach am 7. und 8. Dezember 1936. EZA, 5/4043.

[13] In einem Schreiben vom 22. Dezember 1936 berichtete Hans Schönfeld an Eugen Gerstenmaier: »Nach meiner Rückkehr aus England teile ich Ihnen sofort mit, dass ich bei den Verhandlungen in London alles durchgesetzt habe, was wir in Andernach sowie auf der Fahrt von Andernach nach Köln besprochen haben.« EZA, 5/4008, Bl. 48.

[14] Zu seinen Aufgaben zählte es ferner, Berichte über die Arbeitskreistagungen anzufertigen und dem Ökumenischen Rat zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus war er für eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Vgl. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an die Schriftleitung der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 23. November 1936. EZA, 5/4043.

[15] Einladungsschreiben Eugen Gerstenmaiers an Martin Doerne betr. die Teilnahme an der Arbeitskreissitzung vom 25. November 1936. EZA, 5/4047.

tials durchaus bewußt. Vor allem die Ausführungen des ihm aus Rostocker Studientagen gut bekannten Dozenten für praktische Theologie, Helmut Schreiner, bargen die Möglichkeit, sich heftige Angriffe seitens der internationalen Konferenzteilnehmer zuzuziehen, da Schreiner teilweise nationalsozialistisches Gedankengut verteidigte. Am Beispiel der Ausarbeitung Helmut Schreiners, der wenige Zeit später ironischerweise aufgrund politischer Unzuverlässigkeit seine Rostocker Professur verlor, wird die Ambivalenz deutlich, die Teile der deutschen Theologenschaft gegenüber dem totalitären Staat empfanden.[16] Die harsche Kritik, die sowohl Gerstenmaier als auch Schreiner Reichsbischof Müller und der Glaubensbewegung der Deutschen Christen entgegengebracht hatten, hinderte beide Theologen nicht daran, daß NS-Regime gegen Angriffe aus dem Ausland partiell zu verteidigen und mit dem Antikommunismus der Reichsregierung konform zu gehen. Der konservative Lutheraner Gerstenmaier und sein ehemaliger Lehrer Schreiner konnten offenkundig noch 1937 gewisse Aspekte des Nationalsozialismus gutheißen und sie hatten sich dazu entschieden, diese vor den Vertretern der ökumenischen Bewegung trotz des zu erwartenden Sturms der Entrüstung zu vertreten. In einem Schreiben an Helmut Schreiner hatte Eugen Gerstenmaier im März 1937 den Protest der Tagungsteilnehmer in Oxford bezüglich des Beitrags von Schreiner bereits antizipiert. »Sie werden«, so ging aus dem Brief an den Rostocker Professor hervor, »sich deshalb wegen ihrer nachdrücklichen Zurgeltungbringung nationalsozialistischen Gedankenguts innerhalb des Weltkirchentums auf heftige Angriffe gefasst machen müssen. Ich kann Ihnen dies um so weniger vorenthalten, als ich mich selbst, in anderem Zusammenhang, aber aus denselben Gründen, in der gleichen Lage befinde. Aber gerade deshalb freue ich mich, dass Sie durch Ihre nachdrückliche und überzeugende Vertretung nationalsozialistischen Gedankenguts innerhalb der durch das gesamte Kirchentum der Welt gehenden ökumenischen Aussprache nicht nur der Deutschen Evangelischen Kirche, sondern zweifellos auch dem Dritten Reich einen hervorragenden Dienst getan haben.«[17]

Diese Äußerungen standen im Widerspruch zur retrospektiven Aussage Eugen Gerstenmaiers, daß er bereits im Jahr 1937 zum Widerstand gegen Hitler bereit gewesen sei.[18] Da es sich bei Helmut Schreiber um einen Freund handelte, erklärt

---

[16] Bereits im September 1933 war gegen den damals 40 Jahre alten Ordinarius ein Dienststrafverfahren mit dem Ziel eingeleitet worden, ihn aus seinem Amt zu entfernen. Nach Heiber lag der Grund für die disziplinarische Maßnahme in einer Äußerung Schreiners auf einer Sitzung des Rostocker Geistlichen Ministeriums. Dort soll er unter anderem gesagt haben: »Glauben Sie noch an das Märchen von der bolschewistischen Gefahr? Dann glauben Sie wohl auch an die sogenannte Brandstiftung im Reichstagsgebäude?« Das Verfahren wurde im Herbst 1933 allerdings eingestellt, da diese Äußerungen Helmut Schreiners nicht bewiesen werden konnten. Zitiert nach: H. Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Bd. 1, 1991, S. 276.

[17] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Helmut Schreiner vom 10. März 1937. EZA, 5/4047.

[18] In April 1961 hatte Gerstenmaier über die Motive für seine Widerstandstätigkeit angeführt: »Ich bemerke, dass mir etwa seit dem Jahre 1936 der Kirchenkampf im eigentlichen Sinne, vor allem aber die vielen innerkirchlichen Reibereien und theologischen Auseinandersetzungen nicht mehr von der

sich der Inhalt des Schreibens auch nicht mit dem Hinweis auf den im Schriftverkehr mit Staats- und Parteistellen notwendigen nationalsozialistischen Sprachduktus. Zwar verfaßte Gerstenmaier den Brief in seiner Eigenschaft als Angestellter des Kirchlichen Außenamtes, doch erscheint es unwahrscheinlich, daß der schwäbische Theologe sein Lob für die regimetreuen Ausführungen Schreiners[19] nur aus Pflichtgefühl und Verbundenheit gegenüber dem kirchenpolitischen Kurs Heckels geäußert hatte. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß Gerstenmaier zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschlossen war, mit dem Regime zu brechen.[20]

Dieser Eindruck verfestigt sich bei der Analyse von Eugen Gerstenmaiers weiterer ökumenischer Tätigkeit im Vorfeld der Tagung. Bereits Monate vor der im Juli 1937 stattfindenden Weltkirchenkonferenz in Oxford wurde deutlich, daß die Entsendung einer deutschen Delegation am Widerspruch der deutschen Regierung zu scheitern drohte. Um sicher zu gehen, daß die deutschen Vertreter dennoch vor dem dort versammelten Teilnehmerkreis Gehör finden, erging an Eugen Gerstenmaier im Mai 1937 der Auftrag, für die Publikation der bereits ausgearbeiteten Beiträge der DEK zu sorgen.[21] Die Veröffentlichung »Kirche, Volk und Staat«[22] war mit einem Vorwort Theodor Heckels versehen und enthielt neben dem bereits erwähnten Beitrag Helmut Schreiners zum evangelischen Erziehungswesen auch Arbeiten von

---

gleichen Wichtigkeit waren, wie die in meinem Denken und Fühlen immer bestimmender werdenden Notwendigkeiten des politischen Widerstandes, der sich schliesslich bei mir etwa seit 1937 mit der Vorstellung verband, dass Hitlers und seine Leute wohl nur noch auf gewaltsame Wegen, d.h. mit den Mitteln des Staatsstreiches, beseitigt werden könnten.« ACDP, I-210–025.

19 Die Analyse des Beitrags von Helmut Schreiner läßt die Vermutung zu, daß Gerstenmaiers Zustimmung zu Schreiners Artikel aufgrund des stark antikommunistischen Inhaltes erfolgt war. Schreiner schrieb unter anderem: »Warum hat sich die Erziehungspolitik z.B. im nationalsozialistischen Deutschland derart geändert? Weil sich die Mittel und Prinzipien der liberalen Erziehung im Kampf gegen die Bedrohung der Existenz der Völker durch den Bolschewismus als untauglich erwiesen haben. [...] Es ist nicht richtig, den Willen eines Staates zum entschlossenen Einsatz aller Kräfte [...] einen ›Totalitätsanspruch‹ zu nennen, der alles persönliche Leben uniformiere und unterdrücke. [...] Man sollte deshalb gegenüber dem nationalsozialistischen Staate nicht von einem ›totalitären Staate‹ reden, sondern vom ›entschlossenen Staate‹. Wozu ist er entschlossen? Er ist entschlossen, den Kampf gegen die Zerstörung der Volksordnung zu führen, welche von dem autonomen Anspruch der Einzelpersönlichkeit her droht. Die Konsequenz dieses Anspruches bereitet dem Bolschewismus die Bahn.« H. Schreiner, Führen oder Wachsenlassen, in: E. Gerstenmaier, Kirche, Volk und Staat, 1937, S. 261–262 (S. 258–271).

20 Diese These wird noch dadurch gestützt, daß Eugen Gerstenmaier nach eigenen Angaben zwischen 1937 und 1939 der SA angehörte. Meldebogen Eugen Gerstenmaiers vom 22. April 1946 im Rahmen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. StA Ludwigsburg, EL 902/20 AZ 37/17/3271. Er hatte 1937 um Aufnahme als Reserveoffizier in ein Berliner Reiterregiment gebeten. Über die Motive, die ihn zu diesem Entschluß bewogen hatten, gab er sich relativ einsilbig. Gerstenmaier zufolge begründete sich sein Beitritt aus dem Bedürfnis nach »körperlicher Überholung« und seinem Wunsch, »wenigstens etwas vorbereitet zu sein auf das, was mich vermutlich ohnehin erwartete«. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 114.

21 Brief Eugen Gerstenmaiers an den Leiter des Furche-Verlags, Rennebach, vom 24. Mai 1937. EZA, 5/4050.

22 E. Gerstenmaier, Kirche, Volk und Staat, 1937.

Eugen Gerstenmaier und Otmar von Verschuer.[23] Das Lager der Bekennenden Kirche war in der Publikation nicht mit einem Beitrag vertreten. Dies lag ganz im Sinne Gerstenmaiers, der aus seiner Ablehnung dieser theologischen Richtung nie einen Hehl gemacht hatte. Aufgrund der von Heckel befürworteten Ausgrenzung der BK wurde in der Konsequenz ein Sammelband vorgelegt, der die Überzeugung eines beachtlichen Teils der evangelischen Christenheit ausblendete. Der im Titel des Werkes verheißene Anspruch »Stimmen aus der Deutschen Evangelischen Kirche«[24] zu repräsentieren, wurde daher nur teilweise eingelöst, erfolgte doch eine Beschränkung auf den mit dem Kirchlichen Außenamt konform gehenden Personenkreis.[25]

Aber nicht nur aufgrund des Fehlens bekenntniskirchlicher Beiträge oder des Abdrucks eines pro-nationalsozialistische Gesinnung atmenden Artikels von Helmut Schreiber setzte sich die Publikation der Kritik aus; besonders die Abhandlung des Frankfurter Biologen Otmar von Verschuer stieß auf Ablehnung. Noch rund 20 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs wurde dem als Herausgeber des Sammelbandes fungierenden Gerstenmaier vor allem dieser Beitrag angekreidet und als Indiz für seine nationalsozialistische Gesinnung gewertet.[26] Dieses Urteil scheint Eugen Gerstenmaier allerdings trotz der zuvor etablierten partiellen Konformität mit den Machthabern nicht gerecht zu werden, denn es verkannte die damaligen Sachzwänge und äußeren Rahmenbedingungen. Der Vorwurf der Regimehörigkeit traf auch deshalb nicht zu, da Gerstenmaier in seinem eigenen Artikel die herrschende Staatsräson nicht verteidigte. Im Gegensatz dazu betonte er in seinen Ausführungen, daß die Verkündigung der Botschaft Christi die DEK nicht zu einer herrschenden, sondern zu einer dienenden Kirche mache, deren Erkenntnismittelpunkt Jesus Christ sei. Darüber hinaus unterstrich er, daß es nicht kirchliche Aufgabe sei, in die politische Gestaltung von Staaten oder Völkern einzugreifen. Ferner solle der seelsorgerische Dienst weder politische Teilnahmslosigkeit noch Herrschaftsansprüche beinhalten.[27] Zudem ignorierte der Vorwurf, die Publikation belege die nationalsozialistische Gesinnung des Mannes aus Kirch-

---

[23] Die übrigen Autoren waren: Paul Althaus, Friedrich Brunstäd, Johannes Behm, Martin Dibelius, Theodor Ellwein, Constantin Frick, Hans Gerber, Gerhard May, Wilhelm Menn, Gerhard Ohlemüller und Heinz-Dietrich Wendland.

[24] E. Gerstenmaier, Kirche, Volk und Staat, 1937.

[25] Boyens warf dem Kirchlichen Außenamt sogar vor, es habe selbst bei den Vorbereitungen auf ökumenische Tagungen die Zusammensetzung der Studiengruppen bewußt einseitig ausgewählt und die Bekennende Kirche von diesen Zusammenkünften ausgeschlossen. Konkrete Beweise für diese Behauptung finden sich allerdings nicht, gleichwohl erscheint eine derartige Ausgrenzung der BK aufgrund der ablehnenden Haltung Heckels und Gerstenmaiers wahrscheinlich. Es bleibt allerdings in diesem Zusammenhang anzumerken, daß der Autor starke Sympathien für die BK hegte und seine Publikation fast ausschließlich aus dem Blickwinkel des Kreises um Karl Barth geschrieben wurde. A. Boyens, Kirchenkampf, 1969, bes. S. 134–138.

[26] Vgl. unter anderem den Schriftsatz Nr. 2 von Hermann Bernhard Ramckes Rechtsbeistand Wilhelm Maßmann in der Auseinandersetzung zwischen Gerstenmaier und Ramcke vom 1. November 1958, S. 10. EZA, 2/P 15.

[27] E. Gerstenmaier, Die Kirche und die Kirchen, in: E. Gerstenmaier, Kirche, Volk und Staat, 1937, S. 100–128.

heim, die Tatsache, daß Gerstenmaier als wissenschaftlicher Mitarbeiter den Auftrag zur Zusammenstellung des Sammelbandes von der DEK erhalten hatte. Die Veröffentlichung wurde also nicht auf seine Initiative hin erstellt. Es hieße den Einfluß des zu diesem Zeitpunkt seit rund einem Jahr im Kirchlichen Außenamt beschäftigten Gerstenmaier zu überschätzen, wenn ihm die alleinige Auswahl der in dem Buch vertretenen Autoren zugestanden würde. Es ist im Gegenteil davon auszugehen, daß es sich bei der Selektion der Beiträge vielmehr um eine Kompromißlösung zwischen den Wünschen des federführenden Bischofs Heckel, den nationalsozialistischen Machthabern und den der DEK zur Verfügung stehenden Wissenschaftlern gehandelt hat.

Zweifelsfrei war aber ebenso, daß die zu Papier gebrachten Thesen des Biologen von Verschuer im Einklang mit der nationalsozialistischen Ideologie standen. In seinem Artikel »Naturhafte Gegebenheiten« befaßte sich der das Frankfurter Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene leitende Freiherr Otmar von Verschuer im Rahmen der Sachgruppe »Kirche und Volk« mit den Grundlagen der NS-Bevölkerungs- und Rassenpolitik.[28] Die Veröffentlichung dieser Ausführungen in einem Sammelband theologischer sowie staats- und völkerrechtlicher Beiträge erschien deshalb nicht nur in den Augen Gerstenmaiers als bestenfalls »überflüssig«[29]. Doch Heckel beharrte auf dem Artikel des Frankfurter Biologen, dessen Äußerungen selbst in den Reihen des Kirchlichen Außenamtes kontrovers diskutiert wurden; offenbar glaubte der Bischof, hierdurch seine politische Zuverlässigkeit unter Beweis stellen zu können.[30] Dem jungen Theologen waren damit die Hände gebunden. Eine Nichtachtung der Anweisung Heckels hätte einen Eklat hervorgerufen. Daß selbst dieser aus heutiger Sicht mit den Zielen des Nationalsozialismus weitgehend übereinstimmende Sammelband zunächst von der Gestapo beschlagnahmt[31] und erst später

---

[28] Verschuer hatte zumindest Teile der NS-Ideologie befürwortet, indem er in seiner Publikation ausführte: »Jedes Volk, das seine rassische Eigenart und damit die biologischen Voraussetzungen für seine Kultur bewahren möchte, muß deshalb danach trachten, eine rassenfremde Einwanderung zu vermeiden. Der völkische Staat in Deutschland hat diese Aufgabe in Angriff genommen, indem er einmal jede weitere rassenfremde Einwanderung verboten hat, und zum anderen, indem er die völkische und rassische Trennung zwischen den Menschen deutscher Abstammung und den Fremdrassigen, insbesondere den Juden, durch eine Reihe von Gesetzen durchgeführt hat.« O. von Verschuer, Erbbiologische Erkenntnisse zur Begründung der deutschen Bevölkerungs- und Rassenpolitik, in: E. Gerstenmaier, Kirche, Volk und Staat, 1937, S. 70 (S. 63–75).

[29] Gerstenmaier suchte Verschuer in seinem Frankfurter Institut auf und charakterisierte ihn als »weitab von Rassenfanatismus« stehenden Mann. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 81. Die Analyse des Beitrags Otmar von Verschuers läßt indessen Zweifel an diesem Urteil aufkommen, wie der Auszug aus einer Publikation des Wissenschaftlers verdeutlicht.

[30] Eugen Gerstenmaier erinnerte sich an die Erklärung Heckels. Der Bischof hatte sein Festhalten an dem Beitrag des Naturwissenschaftlers damit erklärte, daß es »die Fairneß gebiete, einem für kirchlich und besonnen gehaltenen Gelehrten die Chance zu geben, ein damals schwer umstrittenes Thema in seiner Sicht vor der kirchlichen Weltöffentlichkeit darzustellen.« Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Fabian von Schlabrendorff vom 5. Juli 1963. ACDP, I-210–026.

[31] Oberregierungsrat Karl Troebs, der für das Reichskirchenministerium tätig war, führte in einer Beurteilung des schwäbischen Theologen vom 2. März 1938 unter anderem aus: »Soweit mir bekannt ist, kennt die Gestapo den Lic. Gerstenmaier aus Verhandlungen über die Freigabe des s.Zt. beschlag-

freigegeben wurde[32], zeigt, wie aufmerksam das NS-Regime die Aktivitäten im Kirchlichen Außenamt beobachtete und wie gering die kirchenpolitischen Spielräume im totalitären Deutschland geworden waren.

Ohnehin war der Aktionsradius des Außenamtes durch die Gründung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten beschnitten worden.[33] Erklärtes Ziel des seit 16. Juli 1935 unter der Leitung von Hanns Kerrl stehenden Ministeriums war es, die DEK »zu domestizieren und im Zweifelsfall zu unterdrükken.«[34] Kerrl war bestrebt, zunächst die innerkirchlichen Streitigkeiten beizulegen und die protestantische Christenheit unter Ausschluß der Glaubensbewegung Deutscher Christen und den Anhängern der Bekennenden Kirche in einer staatsloyalen Volkskirche zu vereinigen. Die Repräsentation dieses Teils der evangelischen Gläubigen sollte durch den Reichskirchenausschuß (RKA) erfolgen, dem damit faktisch die Leitung der DEK zukam. Den Vorsitz in diesem kirchlichen Leitungsgremium hatte 1935 der 75jährige Westfale Wilhelm Zoellner übernommen, der in diesem Amt »die Treue gegenüber der Kirche, der er ein Leben lang gedient hatte, mit der Loyalität gegenüber dem Staat«[35] zu verbinden hoffte. Dieser Opportunismus ging den Mitgliedern der Bekennende Kirche jedoch entschieden zu weit. Die in den Augen der BK zu große Kompromißbereitschaft gegenüber der staatlichen Obrigkeit verschärfte die Kontroverse um den Kurs der evangelischen Kirche in Deutschland. Zoellner wurde in seiner Tätigkeit jedoch nicht nur von den Anhängern der Bekennenden Kirche attackiert. Seine Bemühungen erregten ferner das Mißfallen der Nationalsozialisten, da er sich verstärkt gegen die »Deutschen Christen« wandte und sich zudem vom Reichskirchenministerium zu distanzieren begann.[36] Aufgrund der wachsenden Spannungen zwischen der Bekennenden Kir-

---

nahmten, aber wieder freigegebenen Buches »Kirche, Volk und Staat.« BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 49.

[32] Die Tatsache, daß die Publikation zunächst nicht freigegeben wurde, läßt Zweifel an dem Urteil Karl Barths aufkommen, der das Buch als »theologische Werbeschrift für das Dritte Reich« und als »Leistungen eines Vereins von Schlangenkünstlern« bezeichnet hatte. Barths Verdikt gründete sich wohl hauptsächlich auf die beiden bereits erwähnten Beiträge Schreiners und Verschuers. Die Aussage Karl Barths unterstreicht indes, wie unversöhnlich sich Bekennende Kirche und Kirchliches Außenamt gegenüberstanden. Zitiert nach: A. Boyens, Kirchenkampf, 1969, S. 138.

[33] Die Zäsur in der staatlichen Kirchenpolitik wurde ferner durch die fast zeitgleich zur Entstehung des Reichskirchenministeriums erfolgte Einrichtung der kirchenpolitischen Abteilung im Amt IV »Gegnerforschung und –bekämpfung« des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in der Meineckestraße deutlich. Zur Struktur des RSHA vgl. unter anderem: R. Rürup (Hg.), Topographie des Terrors, 1987. Die Mitarbeiter dieser Abteilung zeichneten für die Überwachung des »weltanschaulichen Gegners« und die »Durchsetzung der NS-Ideologie im religiösen Bereich« verantwortlich. G. Besier, Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, 2000, S. 26.

[34] H. Kreutzer, Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft, 2000, S. 263.

[35] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 77.

[36] Angriffe, die sich generell gegen eine Entsendung deutscher Theologen nach Oxford richteten, kamen vor allem aus der »Dienststelle Rosenberg«. Boyens führt dazu aus, daß Brachmann, ein Mitarbeiter Rosenbergs, in einer Publikation den Vorwurf erhob »die Ökumenische Bewegung habe zu Versailles und zur Frage der deutschen Kriegsschuld geschwiegen und [habe, D. G.] darum kein

che[37] und dem Kirchenausschuß wuchs der Druck auf Zoellner. Nachdem der Westfale auch bei den Nationalsozialisten jeglichen Kredit verspielt hatte[38], zog Wilhelm Zoellner Anfang Februar 1937 die Konsequenzen und trat zurück. Die Mitglieder des Reichskirchenausschusses folgten dem Beispiel ihres Vorsitzenden und legten ihre Ämter nieder; die Leitung der DEK war damit vakant. Auch Hanns Kerrl mußte das Scheitern seines kirchenpolitischen Vorgehens eingestehen: Es war dem Reichskirchenminister weder gelungen, eine Einigung des deutschen Protestantismus zu erzielen, noch hatte er die Etablierung einer vom Regime leichter zu kontrollierenden Volkskirche erreicht.[39]

Die evangelische Kirche bot in dieser Situation ein Bild der inneren Zersplitterung. Darüber hinaus wurde die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber der Entsendung einer deutschen Delegation zur Weltkirchenkonferenz unübersehbar. Der zunehmend kirchenfeindlicher agierende NS-Staat scheute sich nun auch nicht mehr, einem Teil der nach Oxford geladenen Theologen, die der Bekennenden Kirche angehörten, die Pässe abzunehmen und damit vor den Augen der Weltöffentlichkeit die Unterdrückung des Protestantismus zu dokumentieren.[40] Aufgrund des enormen politischen Drucks und aus Solidarität mit den derart gemaßregelten Kollegen traf der dienstälteste Landesbischof, Marahens, Ende Mai 1937 die Entscheidung, die Teilnahme der DEK in Oxford zurückzuziehen. In einem Schreiben an den Lordbischof von Chichester führte er zur Begründung seines Entschlusses aus:

Recht, sich jetzt zu den Fragen des Verhältnisses von Kirche, Volk und Staat in Deutschland zu äußern.« A. Boyens, Kirchenkampf, 1969, S. 152. Auch Gerstenmaier bestätigte in seinen Erinnerungen, daß die größte Kritik an der Teilnahme in Oxford von Alfred Rosenberg kam, der die deutsche Delegation unter anderem als »protestantische Rompilger« beschimpft hatte. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 82.

[37] Die Bekennende Kirche hatte sich in dieser Phase in zwei Lager gespalten. Dem radikalen Flügel der Bekennenden Kirche stand ab März 1936 ein als »Vorläufige Kirchenleitung« (VKL) bezeichnetes Führungsgremium vor, während das gemäßigtere Lager sich fast zeitgleich zur Bildung eines »Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands« entschieden hatte. Eine Darstellung der Hintergründe für die Spaltung der Bekennenden Kirche liefern in komprimierter Form: G. Besier, Kirche, Politik und Gesellschaft, 2000, S. 27–28; U. von Hehl, Die Kirchen in der NS-Diktatur, in: K. D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Hg.), Deutschland 1933–1945, 1992, S. 167–169 (S. 153–181) und G. van Roon, Widerstand, 1979, bes. S. 90–93.

[38] Im Februar 1937 hatte die Gestapo den Vorsitzenden des Reichskirchenausschusses daran gehindert, in einer Lübecker Kirche die Kanzel zu betreten. Das Mißtrauen der Machthaber gegenüber Wilhelm Zoellner war damit auch der Öffentlichkeit deutlich vor Augen geführt worden.

[39] Zum Scheitern der Politik Kerrls vgl. H. Kreutzer, Reichskirchenministerium, 2000, besonders S. 265–274.

[40] Schreiben der Geheimen Staatspolizei Berlin an die Reichskanzlei vom 7. Mai 1937 betr. Ökumenischer Weltkongreß in Oxford im Juli 1937. Darin heißt es unter anderem: »Der Herr Reichs- und Preußische Minister für die kirchlichen Angelegenheiten hat [...] mitgeteilt, daß eine deutsche Beteiligung an dieser Weltkonferenz in Oxford grundsätzlich unerwünscht sei und bittet, dafür zu sorgen, daß Pässe für Englandreisen für Geistliche überhaupt nicht mehr erteilt, und daß Reisen von Geistlichen, die mit der Konferenz in Verbindung stehen, auf jede angängig erscheinende Weise unterbunden werden. Herr Staatssekretär Dr. Muhs teilte in Ergänzung dieses Schreibens in einer fernmündlichen Unterredung mit, daß diese Anordnung im ausdrücklichen Einvernehmen mit der Reichskanzlei und dem Auswärtigen Amt erfolgt sei.« BAB, R 43 II/411a, Bl. 4.

»Wir hatten uns um die Bildung einer einheitlichen Vertretung der Deutschen Evangelischen Kirche, die unter meiner Leitung stehen sollte, mit Erfolg bemüht. Zu unserem schmerzlichen Bedauern wird sich die Beschickung der Konferenz nicht durchführen lassen.«[41]

Nachdem eine deutsche Repräsentation in Oxford nicht erfolgt war, kam die DEK einzig durch ihre zuvor bereits dem Ökumenischen Rat in Genf überreichten schriftlichen Ausführungen zu Wort. Diese waren im Rahmen der vorbereitenden Arbeitskreissitzungen unter der Federführung des Kirchlichen Außenamtes erstellt worden. Wie bereits im Falle der Publikation »Kirche, Volk und Staat«[42] wurde bei der Veröffentlichung der Diskussionsbeiträge deutscher Theologen eine Zensur durch die Behörde Heckels vorgenommen. Im Unterschied zum Oxforder Sammelband war die mangelnde Berücksichtigung des Standpunkts der Vertreter der BK diesmal auf das Betreiben Gerstenmaiers erfolgt. Wahrscheinlich aus Furcht, die zu Papier gebrachten Meinungsäußerungen zweier Kollegen der BK könnte die DEK in Rechtfertigungsschwierigkeiten bringen, entschloß sich der Kirchheimer von einer Publikation der umstrittenen Diskussionsbeiträge abzusehen. Sicherlich mit Billigung Heckels bat er den ÖRPC, die Abhandlungen der Theologen Delekat und Wiesner aus den Konferenzdrucksachen zu entfernen. Gerstenmaier griff damit in die Kompetenz der Forschungsabteilung des Ökumenischen Rates ein, die für die Vorlage der Arbeitsmaterialien während der Tagung verantwortlich zeichnete. Dieses Vorgehen ist bezeichnend für die Kluft, die sich zwischen dem Kirchlichen Außenamt und den Anhängern der Bekennenden Kirche auftat und die sich, je mehr der totalitäre Staat seine kirchenfeindliche Gesinnung offenbarte, noch vertiefte. Da Gerstenmaier das Vertrauen des Direktors der Forschungsabteilung des Rates besaß, wurde seinem Ansinnen stattgegeben. Er begründete seinen Schritt gegenüber Hans Schönfeld damit, daß Wiesner als Reformierter in besonderem Maße neucalvinistische Positionen vertreten habe, die in der lutherischen Theologie und der Lehrtradition der DEK keine Zustimmung fänden. Er wollte es nicht hinnehmen, daß durch das Papier Wiesners eine »private Äusserung eine mindestens offiziöse Publizität erhält, die nur dann eine gerechtfertigte wäre, wenn es sich um eine für das betreffende Kirchentum und seine Theologie besonders charakteristische Darlegung handeln würde.«[43] Das gleiche Argument machte Gerstenmaier für den Forschungsbeitrag des Dresdner Theologen Delekat in der Sachgruppe »Kirche, Volk und Staat und das Wirtschaftsleben« geltend. Darüber hinaus warf er Delekat vor, dieser beharre »mit einer erstaunlichen Unbedingtheit nicht nur auf der vorbehaltlosen Übernahme seiner pädagogischen und kirchlichen Intentionen, sondern auch seiner Beurteilung und Bewertung der politischen und kirchlichen Entwicklung«.[44] Mit dem Rückzug der Beiträge Wiesners und Delekats machte Eugen Gerstenmaier deutlich,

---

[41] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 82.

[42] E. Gerstenmaier, Kirche, Volk und Staat, 1937.

[43] Wiesners Beitrag sollte in der Sektion »Kirche und Volk« Gegenstand der Diskussion sein. Brief Eugen Gerstenmaiers an Hans Schönfeld vom 23. Juni 1937. EZA, 5/4008.

[44] Ebd.

daß er nicht gewillt war, die Positionen der Bekennenden Kirche als Überzeugungen des deutschen Protestantismus in Oxford publik zu machen. Der Theologe hatte in der innerkirchlichen Auseinandersetzung eine klare Position bezogen. Einer Kontroverse mit den Anhängern der Bekennenden Kirche ging er dabei nicht aus dem Weg, er forderte sie durch sein Verhalten vielmehr geradezu heraus.[45] Diese Grundhaltung bestätigte Gerstenmaier nochmals vier Monate nach Beendigung der Konferenz, indem er empört Einspruch gegen einen Artikel des Schweizer Pfarrers Eduard Thurneysen erhob.[46] Thurneysen, ein Vertrauter von Karl Barth, hatte in seinem Resümee der Oxforder Tagung Bischof Heckel scharf angegriffen und die BK als die wahre Kirche Deutschlands bezeichnet.[47]

Das Fernbleiben der Vertreter der Deutschen Evangelischen Kirche blieb zwar rein äußerlich ohne Auswirkung auf den geplanten Tagungsverlauf der Weltkirchenkonferenz in Oxford, dennoch war die Situation der im totalitären Deutschland geknebelten Glaubensbrüder und -schwestern Hauptdiskussionsgegenstand.[48] Dabei goß der einzige deutsche Repräsentant in England, der Bischof der methodistischen Freikirche, Melle, mit seinem Protest gegen die Verabschiedung einer Botschaft an die deutschen Protestanten zusätzlich Öl ins Feuer.[49] Das Eintreten Bischof Melles für das NS-Regime hinterließ jedoch keine nachhaltige Wirkung. Die Tagungsteilnehmer beschlossen eine Verlautbarung, deren primärer Adressat die Bekennende

---

[45] Bereits im Sommer 1936 hatten die Ausführungen Wiesners, die er im Rahmen der Vorbereitung auf die Weltkirchenkonferenz niedergeschrieben hatte, Gerstenmaiers Widerspruch gefunden. An Hans Schönfeld schrieb er diesbezüglich am 5. August 1936: »Wiesner's paper hat mich insofern etwas überrascht, als er darin einen Standpunkt entwickelt, der noch weit über den in seinem Buch ›Die Lehren von der Schöpfungsordnung‹ eingenommenen hinausgeht und eine starke Anlehnung an die radikale dialektische Theologie bedeutet. So sehr ich Wiesner als Systematiker respektiere, muß ich dieses paper in seinen grundsätzlichen Entwicklungen doch ablehnen. Ich kann mir nicht denken, wie eine solche Theologie eine brauchbare Basis für eine konkrete ökumenische Arbeit abgeben könnte.« EZA, 5/4008, Bl. 122.

[46] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Eduard Thurneysen vom 23. November 1937. EZA, 5/4008, Bl. 143.

[47] Thurneysen führte wörtlich aus: »Vor allem aber: Warum ist schon in Oxford einigermassen undeutlich geblieben, wer eigentlich der Adressat dieser Kundgebung sei. Gemeint war doch eindeutig die Bekenntniskirche. Mit ihr und mit ihr allein rechnete man – das ist mein bestimmter Eindruck – jedenfalls in jenem Augenblick der Beratung dieser Botschaft als mit der wirklichen Kirche Deutschlands. [...] Denn wer den fatalen Bischof Heckel und die Bekenntniskirche als Gleichberechtigte gleichzeitig anredet, der hat die bekennende Kirche schon durch diese Simultananrede degradiert und vor ihrem Bedränger preisgegeben.« E. Thurneysen, Oxford 1937, in: Kirchenblatt für die reformierte Schweiz, 93. Jg. Nr. 9 vom 16. September 1937, S. 299 (S. 294–301).

[48] Am Ende der Konferenz wurde von Emil Brunner eine Botschaft, die die Bereitschaft der Kirche zur Bußfertigkeit und zur ökumenischen Einheit betonte, ausschließlich in deutscher Sprache verlesen.

[49] Melle führte unter anderem aus, daß die Freikirchen dankbar seien, das Evangelium in voller Freiheit und ihren Dienst in jeder Weise ausüben zu können. Der Bischof schreckte nicht davor zurück hinzuzufügen, die Freikirchen betrachteten die nationale Regierung des deutschen Volkes als ein Werk der göttlichen Vorsehung. Melle zufolge war Hitler der von Gott gesandte Führer, der imstande sei, die Gefahr des Bolschewismus zu bannen. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 1. August 1937.

Kirche war.[50] Eugen Gerstenmaiers über einjährige Bemühungen schienen mit der Nichtteilnahme der DEK-Vertreter und der besonderen Erwähnung der Bekennenden Kirche in der verabschiedeten Resolution umsonst gewesen zu sein.

Doch nur seine kirchenpolitischen Bemühungen hatten mit dieser Resolution einen Dämpfer erhalten.[51] Persönlich hatte Gerstenmaiers bisherige Arbeit für das Kirchliche Außenamt mehrere positive Ergebnisse gezeitigt. Die intensive Auseinandersetzung mit der ökumenischen Bewegung hatte ihm nicht nur ein neues theologisches Betätigungsfeld erschlossen und seinen zunächst weitgehend auf die interne deutsche Situation beschränkten Blickwinkel geweitet. Gerstenmaier hatte ferner die Chance erhalten, mit führenden Persönlichkeiten der Weltkirche in Kontakt zu treten. Sein Interesse an der Ökumene war deshalb trotz des Rückschlags im Sommer 1937 nicht erlahmt. Der Schwabe war vielmehr der Überzeugung, daß eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der ökumenischen Bewegung unerläßlich sei.[52] Gerstenmaier entsprach damit dem Wunsch seines Vorgesetzten, Bischof Heckel, der trotz seiner umstrittenen Position im Ausland erklärt hatte, der Wille zur ökumenischen Gemeinschaft in der DEK müsse »wach und lebendig« gehalten werde. Heckel hatte ferner seine Absicht unterstrichen, die Arbeit der Weltkirchenkonferenz »auch weiterhin zu fördern und zum Einsatz zu bringen.«[53]

---

[50] In der Kernpassage dieser Erklärung hieß: »Wir sind tief bewegt durch die Leiden vieler Pfarrer und Laien, die von Anfang an in der Bekenntniskirche festgestanden haben für die Souveränität Christi und für die Freiheit seiner Kirche, sein Evangelium zu predigen. Wir wissen von der Schwere des Kampfes, in dem nicht nur Eure Kirche, sondern ebenso auch die Katholische Kirche begriffen ist, gegen die Verzerrung und Unterdrückung des christlichen Zeugnisses und für die Erziehung der Jugend im lebendigen Glauben an Jesus Christus. [...] Wir bitten zu Gott, daß er Euch segne, daß er Euch leite und beistehe in Euren Leiden; und wir rufen die Kirche der ganzen Welt auf, sich für Euch an unseren Vater im Himmel zu wenden und sich zu freuen, daß es sich wieder einmal erweist, daß ein aus Opfer geborener Glaube des Opfers wert befunden wird.« Auszug aus der Erklärung der Oxforder Konferenz an die »Brüder« in der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 19. Juli 1937. Vgl. A. Boyens, Kirchenkampf, 1969, S. 164.

[51] Dem 31jährigen Lizentiaten war mit dem Rückzug der DEK-Delegation die Möglichkeit genommen worden, im Rahmen der Jugendkommission des Ökumenischen Rates nach England zu reisen und an der Konferenz teilzunehmen. Gerstenmaier sollte die DEK als Vertreter der »jüngeren Generation« in England repräsentieren. Schreiben des Sekretärs der Jugendsektion des Ökumenischen Rates, R. H. Edwin Espy, an Eugen Gerstenmaier vom 27. April 1937. EZA, 5/4008, Bl. 92.

[52] Eugen Gerstenmaier erklärte in seinem Brief an Espy vom 24. Juni 1937: »Es ist mir schmerzlich, dass die Deutsche Evangelische Kirche auf den beiden Weltkonferenzen [in Oxford und Edinburgh, D. G.] nicht vertreten sein wird, und ich habe mich deshalb auch nicht an den Konferenzarbeiten der Jugendkommission beteiligen können. Sie wissen ja, dass mich der Beschluss der Deutschen Evangelischen Kirche, den ich durchaus respektiere, in besonderer Weise betrifft. Aber Sie dürfen eben deshalb überzeugt sein, dass ich alles tun werde, was ich vermag, um die Mitarbeit der Deutschen Evangelischen Kirche in der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen auch in Zukunft zu fördern. Das gilt nicht nur hinsichtlich der deutschen wissenschaftlichen Mitarbeit in der weitergehenden Forschungsarbeit, sondern auch hinsichtlich der innerhalb des Ökumenischen Rates Ihnen in besonderer Weise anvertrauten Aufgaben.« EZA, 5/4008, Bl. 107.

[53] Erklärung von Bischof Heckel zum Entschluß der DEK, keine Delegation zur Weltkirchenkonferenz nach Oxford zu entsenden. Das Dokument liegt in einer undatierten Abschrift vor. Es ist aber davon auszugehen, daß Heckels Absage fast zeitgleich mit dem Schreiben von Bischof Marahrens vom 3. Juni 1937 an den Lordbischof von Chichester erfolgte. EZA, 5/4008.

3. Der Kampf um die Dozentur

Als Eugen Gerstenmaier im April 1936 mit seiner Tätigkeit für das Außenamt begann, ging er davon aus, daß diese Aufgabe zeitlich befristet war und das Arbeitsverhältnis nach Abschluß der Weltkirchenkonferenz in Oxford für beendet erklärt würde. Der Übergangscharakter dieser Beschäftigung wurde durch die immer noch bestehende Verbindung Gerstenmaiers zu seinem offiziellen Dienstherrn – der württembergischen Landeskirche – deutlich.[1] Ab Ende Juli 1937 handelte der Kirchheimer auch wieder verstärkt im Auftrag von Landesbischof Wurm, dessen Interessen er bei den kirchlichen und staatlichen Stellen in Berlin vertrat.[2] Diese Aufgabe erlaubte es Eugen Gerstenmaier, sich seiner Habilitation zu widmen.

Die Arbeit an seiner Habilitationsschrift mit dem Titel »Die Kirche und die Schöpfung«, die eine Erweiterung seiner Dissertation darstellte, hatte der Theologe zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen.[3] Er befaßte sich in seiner Arbeit mit der Bestimmung des Dienstverhältnisses der Kirche an den schöpfungsmäßigen und geschichtlichen Gegebenheiten. Gerstenmaier widmete sich primär der Darstellung des Schöpfungsgedankens und analysierte seinen Forschungsgegenstand dabei nicht nur unter Hinzuziehung der lutherischen Lehrtradition, sondern er verarbeitete ebenso philosophisches Gedankengut, das von Kant über Hegel bis Fichte reichte. Wie in seiner Dissertation wandte er sich auch in seiner Habilitationsschrift gegen das Theologieverständnis Barths.[4] Ganz im Sinne des Luthertums unterstrich Eugen Gerstenmaier besonders seine Auffassung vom Menschen, der in einem unaufhebbaren Widerspruch zugleich als »simul peccator« und »simul justus« zu bezeichnen sei. Die in der Schrift Gerstenmaiers dargelegten theologischen Denkansätze hatten ferner einen politischen Bezug. So attestierte er der Kirche eine Verantwortung für die Ereignisse des öffentlichen Lebens und er verknüpfte die Frage nach der Schöpfungsordnung mit den Begriffen Volk und Staat, wobei er durchaus die Funktionen einer echten Staatsgewalt befürwortete. In der Habilitationsschrift fanden sich des weiteren Ansätze, die die Vermutung aufkommen lassen, Gerstenmaier versuche in seiner Arbeit eine Synthese zwischen Christentum und dem nationalsozialistisch verbrämten Begriff des Volkstums herzustellen. Besonders einzelne Passagen seiner Ausführungen zu »Volk« sowie »Blut und Boden« nähren diese Annahme.[5] Gerstenmaier widersprach den nach 1945 gegen ihn erhobenen Vorwür-

---

[1] Gerstenmaier war dem Außenamt nur für einen zeitlich begrenzten Zeitraum zur Verfügung gestellt worden war. Vgl. dazu Abschnitt 1 in diesem Kapitel.

[2] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 97.

[3] E. Gerstenmaier, Die Kirche und die Schöpfung, 1938.

[4] Gerstenmaier kritisierte bei Barth besonders dessen Ansatz von der ausschließlich von Gott ausgehenden Heilsoffenbarung und der hieraus resultierenden Frage nach der Beziehung der Christusoffenbarung zur Welt. Ebd.

[5] Hier sei nur auf zwei Beispiele verwiesen. Auf Seite 83 führte Gerstenmaier aus: »Wo ein Volk nichts mehr davon weiss, daß ihm Blut und Boden, Rasse und Landschaft zur geschichtlichen Tat, zur Erfüllung seines geschichtlichen Berufs gegeben sind, weil es für ihn taub geworden ist, wird es diese Bedingungen seiner völkischen und geschichtlichen Existenz mißachten und sie pervertieren. Wo ein

fen, dieses Buch verdeutliche seine pro-nationalsozialistische Gesinnung, mit dem Verweis auf das der Schrift vorangestellte Vorwort. Dort hatte er ausgeführt: »Thema und Aufgabe dieses Buches übergreifen die geistige Kampflage der Gegenwart. Seine Aufgabe ist es nicht, die Rufe des Tages in ihrem Für und Wider abzuwägen, sondern der Grundbeziehung nachzugehen, in der die Kirche Jesu Christi nach dem Willen und dem Auftrag ihres Herrn in dieser Welt lebt.«[6] Ferner beharrte er in seiner Rechtfertigung, daß er es sich lediglich gestattet habe, die von den Nationalsozialisten mißbrauchten Begriffe wie Volk, Rasse und Gemeinschaft wissenschaftlich zu erörtern und er darüber hinaus für die »legitime[n] Interessen des deutschen Volkes«[7] eingetreten sei.

Aber auch Gerstenmaiers Zeitgenossen entschlossen sich zu einer hiervon abweichenden Interpretation seiner Ausführungen. So zog das Reichskirchenministerium, das zur Bewertung der Habilitationsschrift herangezogen worden war, ein anderes Fazit und interpretierte die wissenschaftliche Abhandlung des 31jährigen als mit der offiziellen Ideologie im Einklang stehend.[8] Dennoch stieß er in seinem Bestreben, die zur Übernahme einer Professur erforderlichen Schritte einzuleiten, bereits bei der ersten Kontaktaufnahme mit seiner Alma Mater auf Schwierigkeiten. Seine beiden ehemaligen Lehrer Helmut Schreiner und Friedrich Brunstäd waren von den Nationalsozialisten aus ihren Ämtern verjagt worden[9]; seitens des universitären Lehrkörpers hatte er deshalb kaum mehr Hilfe zu erwarten. Die Übernahme des nach der Entlassung Schreiners vakanten Lehrstuhls für praktische Theologie scheiterte an Gerstenmaiers mangelnder seelsorgerischer Erfahrung. Obgleich er die formalen Kriterien erfüllte und seine Probevorlesung positiv beurteilt worden war[10]

Volk seinen geschichtlichen Beruf missversteht oder seine sittliche Aufgabe im Weltganzen missachtet, für die es seine naturhaften Bedingungen als sinnhafte Mittel einzusetzen hat, verfehlt es in seiner kollektiven Selbstverabsolutierung das Ziel seiner Geschichte, den Sinn seines Daseins und verspielt damit die eigentliche Geltung seiner völkisch-geschichtlichen Existenzbedingungen: Blut und Boden, Rasse und Landschaft.« Im Bezug auf die Verantwortung der Kirche heißt es (S. 269–270): »Eine Kirche, die dem – leiblichen – politischen, wirtschaftlichen, staatlichen Verderben des Volkes, an das sie gewiesen ist, teilnahmslos und tatenlos gegenüberstände, würde ihren Dienst verraten, wäre nicht mehr Kirche Jesu Christi. [...]. Daß ihr Dienst dabei nicht politischen, sondern seelsorgerlich-persönlichen Charakter trägt, ist keine Einschränkung des Gesagten.« Ebd.

[6] Gerstenmaier im Vorwort seiner Habilitationsschrift: E. Gerstenmaier, Die Kirche und die Schöpfung, 1938, S. 5.

[7] F. von Schlabrendorff, Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich, 1965, S. 20.

[8] Siehe Beurteilung der Arbeit durch den Oberregierungsrat im Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten, Karl Troebs, vom 2. März 1938. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 49–51. Wie differenziert allerdings dieses Urteil Troebs gewertet werden muß, geht aus den Ausführungen im Exkurs hervor.

[9] Gegen Schreiner war bereits 1933 ein Dienststrafverfahren eingeleitet worden. Friedrich Brunstäd wurde im Dezember 1937 durch Professor Büchsel als Dekan ersetzt. Offiziell erfolgte keine Angabe von Gründen für die Entlassung des Theologen. BAB, R 4901/2130.

[10] Der Vertreter der Rostocker Fakultät, Winkel, seines Zeichens Parteigenossen bestätigte, daß sich Gerstenmaier am 18. Mai 1938 mit einer »ohne schriftliche Unterlagen gehalten[en] und äusserst klug und geschickt« strukturierten Vorlesung rechtmäßig habilitiert habe. Weiter erklärte er: »Seine Habilitationsvorlesung zeigte jedenfalls, dass er äussert klug und gescheidt ist. Es waren weder für einen

wurde ihm in Rostock die Erteilung der Venia Legendi im Bereich der systematischen Theologie verwehrt. Die Gründe für diese Verweigerung erschlossen sich Gerstenmaier nicht gleich, vielmehr wurde erst nach weiteren vergeblichen Anläufen an den Hochschulen in Münster und Berlin deutlich, daß ihm eine Dozentur aus politischen Gründen vorenthalten wurde. Seit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten entschied nicht mehr die fachliche Kompetenz über den Erhalt einer Lehrbefugnis. Da das Recht zur Erteilung der Venia von den Universitäten an das Reichswissenschaftsministerium übergegangen war, hing die Übernahme eines Lehrstuhls jetzt vom Wohlwollen der Machthaber ab.[11]

Trotz dieser Schwierigkeiten ließ sich Eugen Gerstenmaier zunächst nicht davon abhalten, eine wissenschaftliche Laufbahn anzustreben. Die Möglichkeit, dauerhaft in die Dienste der württembergischen Landeskirche einzutreten, schlug er ebenso aus wie das Angebot Hans Schönfelds, für die Forschungsabteilung des Ökumenischen Rates in Genf tätig zu werden. Um seinen Traum von der Übernahme einer Dozentur Realität werden zu lassen, war er bereit, Risiken auf sich zu nehmen. Gerstenmaier scheute nicht davor zurück, den verantwortlichen Stellen in Berlin klar zu machen, daß er nicht gewillt war, die ausgesprochene Ablehnung kampflos hinzunehmen. Die letzte Chance zur Erreichung seines Ziels sah Gerstenmaier in der Teilnahme an einem Dozentenlehrgang. Die Nationalsozialisten hatten das Absolvieren eines mehrwöchigen Lageraufenthaltes zur Erlangung einer Professur zur Auflage gemacht, um die nichtwissenschaftlichen Fähigkeiten der Bewerber überprüfen zu können.[12] Die erfolgreiche Teilnahme des Habilitanden am Lehrgang

---

Bekenner noch für einen DC-Vertreter irgendwelche Anstösse darin zu entdecken. Der Nationalsozialist konnte monieren, dass er das Wesen des nat.soz. Geistes überhaupt nicht behandelte. [...].« Gutachten Winkels vom 15. Dezember 1938. Humboldt-Universität, ZDI 275, Bl. 20.

[11] Schon in der Reichshabilitationsordnung vom 13. Dezember 1934 war dem Wissenschaftsministerium das Recht zuerkannt worden, die Lehrbefugnis zu entziehen oder einzuschränken, wenn dies im Universitätsinteresse geboten schien (§ 11). Ferner war die Übernahme einer Dozentur nur Personen erlaubt, die Beamte werden konnten; dieser Passus (§ 8) schloß jüdische Wissenschaftler von der Erteilung der Venia Legendi explizit aus. Vier Jahre später wurde den Hochschulen das Recht auf Erteilung der Lehrbefugnis völlig entzogen. § 17 der Habilitationsordnung vom 1. Oktober 1938 übertrug dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die alleinige Befugnis über die Verleihung und Ablehnung der Venia zu befinden. BAB, R 4901/343.

[12] Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung teilte dem Reichsministerium für Finanzen in einem Brief vom 30. August 1938 über Sinn und Zweck von Dozentenlehrgängen folgendes mit: »Der Hochschullehrer im nationalsozialistischen Staat muß naturgemäß als Erzieher, Lehrer und Forscher besonders strengen Anforderungen an fachliche Eignung, Persönlichkeit und Charakter genügen. Die Auswahl und Formung des Nachwuchses im akademischen Lehramt bedarf daher der denkbar größten Sorgfalt. Die Grundlage für die Zulassung zur Habilitation und zur Dozentur bildet die Reichs-Habilitations-Ordnung vom 13. Dezember 1934. [...] Eine der wichtigsten nichtwissenschaftlichen Leistungen zur Erlangung der Dozentur ist die Teilnahme an einem Dozentenlehrgang von vier Wochen. Die Dozentenlehrgänge haben den Zweck, die angehenden Dozenten mit den gegenseitigen zentralen Fragestellungen der Wissenschaft und Forschung vertraut zu machen. Ausserdem dienen sie dem Zweck, daß sich die künftigen Dozenten schon frühzeitig kennenlernen, wodurch der Gemeinschaftsgeist aller Dozenten über die Grenzen der Fakultäten und der einzelnen Hochschule hinweg geweckt und gefördert wird. Zur Erreichung dieser Ziele der körperlichen und weltanschaulichen Schulung werden die Lehrgänge von einem Lagerleiter (SA-

ging einer Einladung der Hochschule zur Ablegung der öffentlichen Lehrprobe voraus. Gerstenmaier hoffte, die Vorbehalte gegen ihn ausräumen zu können, wenn ihm erst die Teilnahme an einem Dozentenlager gestattet würde. Unerschrocken hatte Eugen Gerstenmaier, wie er in einem Brief an seinen alten Freund Wilhelm Bachmann ausführte, »die Sache kurzerhand selbst in Angriff genommen, [...] auf dem Ministerium unter den Linden ein paar Volksreden gehalten und schliesslich von einem SS-Regierungsrat auch die prompte Zusage der Einberufung erhalten, wenn die Fakultät damit einverstanden sei.«[13] Die Einladung zum Dozentenlager verdankte er aber nicht nur seiner eigenen Initiative. Parallel zu seinen Bemühungen hatte Gerstenmaier sich an Bekannte und Freunde in einflußreichen Positionen mit der Bitte gewandt, sich für ihn einzusetzen. Die Fürsprache des Kirchengeschichtlers Hans Koch, der als Osteuropaexperte galt und der hauptsächlich im Reichswissenschaftsministerium über Kontakte verfügte, erwies sich in diesem Zusammenhang als besonders hilfreich.[14]

Vom 4. bis 30. Oktober nahm Gerstenmaier am offiziellen Dozentenlehrgang des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung teil. Das thüringische Tännich war als Veranstaltungsort gewählt worden; dort trafen Anfang Oktober rund 50 Habilitanden aller Fachbereiche ein. Gerstenmaier war der einzige evangelische Theologe, der im Lager vertreten war. Die eigentliche Lagerleitung lag in den Händen des aus Graz stammenden Mediziners Friedrich Oswald Plattner, für die organisatorische Abwicklung zeichnete der SA-Obersturmführer Willy Grundig verantwortlich. Die Unterbringung der Teilnehmer erfolgte »kommißhaft kasernenmäßig«[15] in den lagerähnlichen Einrichtungen eines alten Jagdschlosses. Ganz im Sinne der nationalsozialistischen Einstellung, die der körperlichen Ertüchtigung besonderen Stellenwert beimaß, wurde in Tännich viel Sport getrieben. Kernstück des Lehrgangs aber waren die täglichen Vorlesungen, die von den Lagerteilnehmern gehalten wurden. Die Dozenten mußten drei Themenvorschläge einreichen, die charakteristisch für ihr Fachgebiet waren. Erst am Vorabend des Vortrages wurde ihnen dann von der Lagerleitung mitgeteilt, auf welches Vorlesungsthema die Wahl gefallen war. Dieses Vorgehen unterschied sich nicht nur aufgrund der kurzen Vorbereitungszeit von einem universitätsüblichen Verfahren, auch standen dem Vortragenden bei der Konzeptionierung der frei zu haltenden Ausführungen keine wissenschaftlichen Hilfsmittel zur Verfügung. Gerstenmaier gelang es trotzdem, einen glatten und überzeugenden Vortrag über das Thema »Die Lehre von der Erb-

---

Standartenführer) und einem Hochschullehrer geführt. Ferner halten leitende Vertreter von Partei und Staat vor dem Hochschullehrernachwuchs Vorträge über weltanschauliche und wichtige Gegenwartsfragen.« BAB, R 4901/alt R 21/10.808.

[13] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Wilhelm Bachmann vom 2. Oktober 1937. ACDP, I-210–004/1.

[14] G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 125.

[15] Brief Eugen Gerstenmaiers an Volker Losemann vom 8. Dezember 1978. ACDP, I-210–041/2.

sünde in der evangelischen Theologie« zu halten[16] und sich in der anschließenden Diskussion gut aus der Affäre zu ziehen. Rückblickend beurteilte der Kirchheimer die im Lager gesammelten Erfahrungen als ausnahmslos gut. Den günstigen Eindruck trübte in Gerstenmaiers Augen allerdings der von ihm gehegte Verdacht, daß Spitzel in das Lager eingeschleust worden waren, die eine Überwachung der Teilnehmer sicherstellen sollten. Diese indessen, so stellte Gerstenmaier fest, »fielen infolge ihres beschränkten intellektuellen Formats bald auf und wurden von der großen Mehrzahl der Lagerteilnehmer gemieden.«[17] Der positiven Gesamtbilanz des schwäbischen Theologen vermochte sich die Tännicher Lagerführung allerdings nicht uneingeschränkt anzuschließen. In der Beurteilung Plattners und Grundigs wurde zwar Eugen Gerstenmaiers Verhalten während des Lehrgangs als »korrekt, kameradschaftlich« und »diensteifrig« beurteilt, doch fand seine weltanschauliche Haltung wenig Gnade vor ihren Augen.[18] Wohl nicht zuletzt seine Zusammenstöße mit dem württembergischen Nationalökonomen Prinzing, der die kirchenfeindlichen Thesen des Nationalsozialismus vertrat, führten die Lagerführer zu einem für die angestrebte Berufswahl Gerstenmaiers fast vernichtenden Urteil. »Er hat einerseits eine gewisse positive Einstellung zum Nat.-Soz. [Nationalsozialismus]«, so befanden Grundig und Plattner, »andererseits aber lehnt er den Nat.-Soz. als Weltanschauung, die sich mit der protestantisch-christlichen Weltanschauung messen könnte, leidenschaftlich ab. Er sieht sozusagen die Möglichkeit einer Lösung des Konfliktes Nat.-Soz.-Kirche nur darin, dass der Nat.-Soz. protestantisch wird. G[erstenmaier] ist eine Art ›Gottesstreiterfigur‹ und mit der für solche Figuren kennzeichnenden durch nichts zu erschütternden Konsequenz der Haltung ausgestattet. Man wird sich also vor Augen halten müssen, dass Gerstenmaier ein Mann ist, der unter allen Umständen und in jeder Verwendung nicht nur als entschlossener Verteidiger des Protestantismus auftreten, sondern dass er auch (und zwar erfolgreich!) für ihn werbend tätig sein wird.«[19]

Als überzeugter Streiter für den Protestantismus charakterisiert zu werden, war im totalitären Deutschland des Jahres 1937 alles andere als förderlich für das berufliche Weiterkommen. Eine zu starke konfessionelle Bindung wurde von den Machthabern, die die Kirchen in die Kategorie der weltanschaulichen Gegner einsortiert hatten, abgelehnt, da sie einer unkritischen Aufnahme der nationalsozialistischen Ideologie entgegenstand. Im Falle Gerstenmaiers bestätigte das Urteil von Grundig und Plattner nur die bereits bestehenden Vorbehalte einiger Nationalsozialisten, die ihm bereits seit seiner Studienzeit ablehnend gegenüberstanden. Zwar gelang es Eugen Gerstenmaier seine Kritik am Regime so zu verpacken, daß ihm hieraus kein

[16] Beurteilung von Gerstenmaiers Lageraufenthalt durch Plattner und Grundig vom 30. Oktober 1937. Humboldt-Universität, ZDI 275, Bl. 2.
[17] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Volker Losemann vom 8. Dezember 1978. ACDP, I-210–041/2.
[18] Beurteilung von Gerstenmaiers Lageraufenthalt durch Plattner und Grundig vom 30. Oktober 1937. Humboldt-Universität, ZDI 275, Bl. 2.
[19] Ebd.

offener Widerstand nachgesagt werden konnte, dennoch genügte sein entschlossenes Eintreten für die DEK, um ihn als politisch unzuverlässige Person auszuweisen, deren berufliches Fortkommen nicht im Interesse der »Volksgemeinschaft« stand. Laut den Erinnerungen Eugen Gerstenmaiers hatte ihm Lagerführer Plattner bereits in den letzten Tagen in Tännich klargemacht, daß er ihn aufgrund seines mangelnden Eintretens für den Nationalsozialismus nicht für eine theologische Dozentur empfehlen könne und er statt dessen seinen Wechsel zur philosophischen Fakultät befürworte.[20] Der Mann aus Kirchheim nahm die Anregungen Friedrich Plattners durchaus ernst und erwog die Abkehr von der Theologie. Allerdings spielte Gerstenmaier trotz des ernüchternden Verdikts von Plattner nur kurzfristig mit dem Gedanken, sich ausschließlich der Philosophie zuzuwenden. Nach Berlin zurückgekehrt, versuchte er erneut, durch persönliches Vorstelligwerden vor allem im Reichswissenschaftsministerium sowie bei der Gestapo, seine Ernennung zum Dozenten für systematische Theologie zu erreichen.[21]

Der Wunsch nach einem baldigen Abschluß des Habilitationsverfahrens erfüllte sich jedoch trotz der fortgesetzten Eigeninitiative Gerstenmaiers nicht. Das Reichswissenschaftsministerium sah sich aufgrund der schlechten Beurteilung von Eugen Gerstenmaiers Dozentenlehrgang nicht in der Lage, eine Habilitation ohne vorherige Rücksprache mit dem Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten zu befürworten. Karl Troebs, ein dem Theologen zugeneigter Mitarbeiter des Reichskirchenministeriums, fiel die Aufgabe zu, Gerstenmaiers »weltanschauliche und politische Haltung«[22] zu beurteilen. Das Kirchenministerium übernahm zwar Troebs' Beurteilung und bescheinigte dem Schwaben Ende März 1938 eine einwandfreie politische Gesinnung.[23] Doch trotz dieser positiven Einschätzung vergingen noch knapp acht Mo-

---

[20] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 102.

[21] In einem Brief an seinen Freund Wilhelm Bachmann vom 21. November 1937 beschrieb Gerstenmaier seine Lage mit den Worten: »In der nächsten Woche erscheint mein Buch [...], dann folgt raschmöglichst der Abschluss eines Hab.Verfahrens – wahrscheinlich Ende des Monats, so dass ich hoffen kann, Mitte Dezember hier Lehrprobe halten zu können. Mattiat hat mit das und die Dozentur dazu hier jedenfalls in Aussicht gestellt. [...] Soweit scheint die Sache in Ordnung. [...] Ich bin zwar alle Stellen – Gestapo eingeschlossen – mit einer neuen Garnitur Volksreden abgelaufen. Aber kein Mensch weiss, wo die Reise hingeht. Liegt ganz oben.« ACDP, I-210–004/1. Bestärkt wurden Gerstenmaiers Hoffnungen in dieser Phase durch das Kirchliche Außenamt. Dort ging man ebenfalls von einer baldigen Entscheidung der verantwortlichen Stellen aus und glaubte – aufgrund des »mit gutem Erfolg« besuchten Dozentenlagers – noch an einen positiven Ausgang des Verfahrens. Vermerk des Kirchlichen Außenamtes vom Februar 1937 (eine genauere Datierung lag nicht vor). EZA, 5/3330.

[22] Schreiben des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an das Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten vom 17. Februar 1938. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 47.

[23] In seinem Gutachten attestierte Troebs Gerstenmaier eine »leidenschaftliche, kämpferische Natur«, die nicht »intellektualistisch verbogen oder verkrüppelt, sondern in ihrer Gesamtpersönlichkeit aus der völkischen Situation heraus unter Ablehnung jeder geistigen Schablone und aus der Erkenntnis heraus [agiere, D. G.], daß zu einem neuen Reich auch ein neuer Glaube gehöre.«. Beurteilung von Karl Troebs vom 2. März 1938. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 50. Das Reichskirchenministerium übernahm in einem Schreiben an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erzie-

nate bevor sich das Wissenschaftsministerium dazu durchgerungen hatte, den Kirchheimer Theologen zum letzten, vor Erteilung der Dozentur notwendigen Prüfungsteil gemäß § 10 der Reichshabilitationsordnung zuzulassen. Zwar war die Entscheidung hierüber intern bereits am 30. April gefallen, doch wurde der Antrag Eugen Gerstenmaiers auf Ableistung der öffentlichen Lehrprobe an der theologischen Fakultät der Universität Berlin offiziell erst Anfang November 1938 positiv beschieden.

Gerstenmaier wählte für seine vorgeschriebenen Probevorlesungen einzig Themen aus dem Lehrbereich der systematischen Theologie. Die Prüfungskommission entschied sich für das Leitmotiv »Kirche und Welt«, zu dem der 32jährige zwischen dem 14. und 17. November drei Vorlesungen hielt. Der Dekan sowie der Rektor der Universität zeigten sich von den Leistungen des Habilitanden beeindruckt; sie bescheinigten ihm eine klare Gedankenführung sowie lebendige, ansprechende Vorträge und beantragten die Ernennung Eugen Gerstenmaiers zum Dozenten.[24] Nun schien der Übernahme einer Professor nichts mehr im Wege zu stehen. Doch trotz des eindrucksvollen Beweises seiner Fachkompetenz wurde deutlich, daß nicht alle Berliner Kommissionsmitglieder das vom Dekan der theologischen Fakultät formulierte positive Urteil mitzutragen bereit waren. Dem Theologen Opitz, der Gerstenmaier erstmals bei der Lehrprobe getroffen hatte, war der Mitarbeiter Heckels offenkundig suspekt. Da er gegen dessen fachliches Auftreten keine Einwände erheben konnte, versuchte er Gerstenmaiers politische Unzuverlässigkeit in den Vordergrund zu stellen, um dessen Berufspläne doch noch vereiteln zu können.[25] Das Insistieren von Opitz bei verschiedenen Parteistellen führte zwischen Ende 1938 und 1939 zur Anfertigung mehrerer, wenig schmeichelhafter Beurteilungen, die die ursprünglich im Sinne Gerstenmaiers getroffene Entscheidung des Reichswissenschaftsministeriums letztendlich revidierten. In seinem Vorgehen gegen Gerstenmaier erhielt Opitz Anfang 1939 besonders durch die mecklenburgische Studentenführung Schützen-

---

hung und Volksbildung vom 31. März 1938 die Formulierung Troebs. Der Beurteilung zufolge war Gerstenmaiers nationalsozialistische Haltung dadurch gekennzeichnet, daß er in seiner Theologie eine »lebendige Synthese zwischen Christentum und Volk« suche. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 55.

[24] Schreiben des Dekans der theologischen Fakultät der Universität Berlin an das Reichswissenschaftsministerium vom 18. November 1938. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 38, Bl. 22–23.

[25] Über die Motive, die Opitz zu seinem Handeln veranlaßten, kann nur spekuliert werden. Die Gründe könnten von persönlicher Antipathie bis hin zur Furcht vor der Gefährdung seiner eigenen universitären Position durch einen begabten Konkurrenten gereicht haben. Belegt ist lediglich, dass sich Opitz an dem selbstbewußten Auftreten Eugen Gerstenmaiers störte. In seinem Brief an den NS-Dozentenbundführer der Universität Berlin vom 1. Dezember 1938 führte er aus: »G. gehört zu einer Sorte kirchlicher Routiniers, die sofort abstossen. Er hat ein Selbstbewusstsein von seiner Mission, das ich nicht als ›Gottesstreitertum‹ bezeichnen kann, sondern als Besserwisserei und Arroganz. Z.B. einem Mitgliede unserer Fakultät hat er vor der Probevorlesung klargemacht, dass es ein Unfug sei von ihm Vorlesungen zu verlangen.« Seine Kritik an Gerstenmaier subsumierte Opitz in folgendem Satz: »Will man das wissenschaftliche Ziel des G. und seine innere Haltung charakterisieren, so kann man diese nur auf die Formel bringen: ausserordentlich geschickter Vertreter einer extrem kirchlichen Reformidee des nationalsozialistischen Deutschland.« BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 58.

hilfe, deren Erinnerung an Gerstenmaiers Intervention in Sachen Reichsbischof Müller und an seinen Konflikt mit dem Gauschulungsleiter des NS-Studentenbundes, Gerhard Schinke, noch frisch war.[26] Die Rostocker Studentenbundleitung machte deshalb aus ihrer Ablehnung Gerstenmaiers keinen Hehl und bezeichnete ihn als Dissidenten, dem sie sogar zutrauten, daß er sich in dieser »Gegnerschaft mit anderen dem Nationalsozialismus feindlichen Kräften«[27] zusammenschließen könnte. Auch die Reichsstudentenführung schloß sich den Ausführungen ihrer Parteifreunde aus Mecklenburg inhaltlich voll an. In einem Schreiben an den NSD-Dozentenbundführer der Friedrich-Wilhelm-Universität, Schering, bestätigten sie, Gerstenmaier trete für politische Ziele ein, die denen der nationalsozialistischen Bewegung »absolut«[28] entgegenstünden.

Ähnlich wie bei der Zulassung Gerstenmaiers zum Dozentenlager, als die Entscheidung »ganz oben«[29] gefällt worden war, sah sich das verunsicherte Wissenschaftsministerium nach diesen beiden vernichtenden Beurteilungen genötigt, in Sachen Eugen Gerstenmaier die Stellungnahme des Stellvertreters des Führers einzuholen. Faktisch überließ das Reichsministerium damit das endgültige Urteil einer Instanz, die mit den Details dieses Falles nicht vertraut war, und deren Entscheidung auf den zur Verfügung stehenden Gutachten Dritter basierte. Gegen die Phalanx negativer Beurteilungen und den Umstand, daß die beiden maßgeblichen akademischen Lehrer[30] des Mannes aus Kirchheim wegen politischer Unzuverlässigkeit aus dem Amt entfernt worden waren, vermochte der kleine Kreis von Gerstenmaiers Vertrauten[31] nichts mehr auszurichten. Schon im November 1939 hatte die Dienststelle von Rudolf Heß dem Wissenschaftsministerium mitgeteilt, die Verleihung einer Dozentur an Gerstenmaier würde als nicht angebracht erachtet.[32] Aufgrund des Nachhakens seitens des Reichskirchenministeriums, das wahrscheinlich

---

[26] Vgl. dazu zweites Kapitel, 4.

[27] Der Kernsatz der Begutachtung der mecklenburgischen Studentenführung vom 10. Februar 1939 lautete: »Er erkennt wohl den nationalsozialistischen Staat als solchen und seine Leistungen an, ist aber auf Grund seiner buchstabenmässigen kirchlichen Bindung Gegner des Nationalsozialismus als Weltanschauung.« BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 62.

[28] Schreiben der Reichsstudentenführung an den NSD-Dozentenbundführer der Berliner Universität vom 20. Februar 1939. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 63.

[29] Brief Eugen Gerstenmaiers an Wilhelm Bachmann vom 21. November 1937. ACDP, I-210–004/1.

[30] Sowohl Helmut Schreiner als auch Gerstenmaiers akademischer Ziehvater Friedrich Brunstäd verloren ihre Anstellungen in Rostock, da sie politisch nicht opportun genug agierten.

[31] Über die ihm in seinem beruflichen Umfeld nahestehenden Personen und vor allem durch das Zeugnis seines alten Studienfreundes, Enno Freerksen glaubte Gerstenmaier, die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen entkräften zu können. Freerksen, der vom Hochschulgruppenführer des Rostocker Studentenbundes mittlerweile zum Dozentenbundführer im Gau Hessen-Nassau aufgestiegen war, bemühte sich denn auch nach Kräften, Gerstenmaiers politische Zuverlässigkeit zu belegen. Er bescheinigte ihm, immer bereit gewesen zu sein, die »Belange der Kirche gegen die des Staates zurückzustellen« und er deshalb sogar »in schwerste Konflikte mit mecklenburgischen Kirchenmännern« gekommen sei. Schreiben Enno Freerksens an den Dozentenbundführer der Friedrich-Wilhelm-Universität vom 20. Dezember 1938. Humboldt-Universität, ZDI 275, Bl. 22.

[32] Schreiben des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an das Reichskirchenministerium vom 22. November 1939. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 66.

über Gerstenmaiers dortigen Kontakt Karl Troebs initiiert worden war, erklärte sich die Wissenschaftsbehörde allerdings bereit, zu gegebener Zeit nochmals in München vorstellig zu werden, wenn Belege für die Regimetreue des Theologen zur Verfügung stünden. Vor diesem Hintergrund versuchten hauptsächlich Hans Koch und Theodor Heckel die besondere Eignung Eugen Gerstenmaiers und seine Konformität mit dem Regime zu betonen. Vor allem durch die Fürsprache des inzwischen zum Direktor des Osteuropa-Instituts in Breslau aufgestiegenen Hans Koch hoffte Gerstenmaier, doch noch eine Wendung zu seinen Gunsten erreichen zu können.[33] Weder die Bemühungen Kochs[34] noch Heckels Einsatz[35] für seinen Mitarbeiter bewirkten jedoch ein Umdenken; im Herbst 1940 war klar, daß sich die Hoffnungen des 34jährigen auf eine Dozentur nicht erfüllen würden. In einer kurzen Mitteilung an das Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten stellte die Reichsbehörde für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung lapidar fest, mit »Rücksicht auf die ungeklärte Lage der Theologischen Fakultäten«[36] werde die Frage der Erteilung einer Dozentur an Eugen Gerstenmaier nicht mehr weiterverfolgt. Das Verdikt ließ erkennen, in welch hohem Maße im totalitären Staat selbst fachliche Entscheidungen durch den Einfluß parteipolitischer Stellen korrumpierbar geworden waren. Die mehrfache Bestätigung seiner Fachkompetenz wog das Manko der ihm attestierten politischen Unzuverlässigkeit nicht auf.

4. Entscheidung für das Außenamt

Nach seiner Rückkehr vom Dozentenlehrgang im November 1937 hatte Eugen Gerstenmaier noch geglaubt, seine Tage in der Knesebeckstraße seien gezählt und ihm stünde der Weg in die akademische Welt offen. Nachdem allerdings die Verleihung der Venia Legendi mit zunehmender Dauer immer unwahrscheinlicher wurde, war Gerstenmaier gezwungen, eine Entscheidung über seine berufliche Zukunft zu treffen. Ihm standen drei Optionen zur Auswahl: die Rückkehr in den Schoß der württembergischen Landeskirche, die Aufnahme einer Tätigkeit für die ökumenische

[33] Der Einfluß über den Hans Koch verfügte, basierte darauf, daß er »bei den Nazis als Fachmann für russische Fragen« galt. G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 125.

[34] Koch betonte in seinem Zeugnis für Gerstenmaier vor allem dessen vermeintlich unablässiges Eintreten für den NS-Staat. Unter anderem führte er aus: »Er [Gerstenmaier, D. G.] fiel mir von allem Anfang und dann stets von neuem durch das grosse Geschick auf, mit welchem er die nationalsozialistischen Fragen vor angelsächsischen oder skandinavischen Gelehrten und Studenten vertrat; besonders eindrucksvoll scheint sein Wesen auf die jüngere Generation des ausländischen Studententums zu sein, dem er auf internationalem Boden wiederholt mutig und erfolgreich begegnete.« Gutachten von Hans Koch vom 16. Dezember 1938. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 2, Bl. 94.

[35] Bischof Heckel betonte vor allem Eugen Gerstenmaiers Eintreten für den Nationalsozialismus im Umgang mit den orthodoxen Kirchen und dessen »charaktervolle[n] entschlossene[n] Einsatz« für das »Reich«, der in seinen Schriften zutage trete. Schreiben Heckels an das Reichskirchenministerium vom 6. Juni 1940. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 67.

[36] Kurzmitteilung des Wissenschaftsministeriums an den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten vom 5. September 1940. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 70.

Bewegung jenseits der deutschen Grenze und eine dauerhafte Beschäftigung für das Kirchliche Außenamt. Eine Rückkehr in die Dienste des württembergischen Landesbischofs Wurm hätte Eugen Gerstenmaier am ehesten der aufmerksamen Beobachtung durch die Machthaber entzogen. Allerdings entsprach die praktische Seelsorge am wenigsten den Neigungen und Fähigkeiten des Kirchheimers.[1] Die Alternative hierzu, die Emigration und die Aufnahme einer Tätigkeit im Ausland, wäre dem Theologen aufgrund seiner vielfältigen Kontakte sicherlich verhältnismäßig leicht gefallen.[2] Eine Abkehr von Deutschland kam für ihn aber aus zweierlei Gründen nicht in Frage. Zum einen fühlte er sich als ältestes von acht Geschwistern für seine heranwachsenden Brüder und Schwestern verantwortlich. Das ohnehin stark ausgeprägte Verantwortungsbewußtsein Gerstenmaiers hatte sich nach dem Tod seiner Mutter, die kurz nach Ostern 1938 im Alter von nur 61 Jahren überraschend verstorben war, nochmals verstärkt. Von mindestens ebenso großer Bedeutung für das Bleiben war allerdings die Verbundenheit mit seiner Heimat und die Einsicht, daß der »Kampf im Inneren entsagungsreicher, schwieriger, aber noch notwendiger sei als der von aussen.«[3]

Damit verblieb als letzte Option die Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt. Mit der Fortführung seiner Arbeit für Heckel setzte sich Gerstenmaier jedoch nicht nur der Kritik der Anhänger der Bekennenden Kirche aus, sondern er wurde von Regierungs- und Parteistellen überwacht, die seine Arbeit an der Schaltstelle kirchlicher Auslandsarbeit genau unter die Lupe nahmen. Positiv schlug hingegen zu Buche, daß die Beschäftigung in Berlin ihm hinreichend Gelegenheit bot, seine intellektuellen Fähigkeiten auszuspielen und er – im Rahmen seiner Möglichkeiten im Außenamt – Einfluß auf den kirchenpolitischen Kurs nehmen konnte. Aus dem ihm eigenen Verantwortungsgefühl heraus fühlte er sich ferner verpflichtet, trotz des fast körperlichen Unbehagens[4], das ihm seine Tätigkeit mitunter bereitete, seine Arbeit fortzusetzen.[5] Schon im August 1937 hatte Wilhelm Bachmann, der Weggefährte

---

[1] Schon vor seiner Teilnahme am Dozentenlager hatte die württembergische Landeskirche vorgefühlt, ob Gerstenmaier gewillt sei, für Wurm auf permanenter Basis zu arbeiten. Doch Eugen Gerstenmaiers Kommentar zu diesem Angebot machte deutlich, daß er diese Tätigkeit nur als Notnagel ansah. »Jetzt bin ich allmählich so mürbe«, teilte Gerstenmaier seinem Freund Bachmann mit, »dass wenn nichts anderes passiert, ich am 1. Nov. halt wohl oder übel dort hingehe, obwohl ich das Gefühl habe, dass das nicht das richtige ist.« Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Wilhelm Bachmann vom 2. Oktober 1937. ACDP, I-210–004/1.

[2] Bereits im Herbst 1937 hatte Hans Schönfeld Gerstenmaier einen Arbeitsplatz in der Forschungsabteilung des Ökumenischen Rates in Aussicht gestellt. Ebd.

[3] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Fabian von Schlabrendorff vom 5. Juli 1963. ACDP, I-210–026.

[4] Wie stark Gerstenmaier unter den ihm auferlegten Sachzwängen und dem Druck litt, verdeutlichte ein Zitat. So schrieb er an Wilhelm Bachmann einige Wochen nach seiner Rückkehr vom Dozentenlehrgang: »Ich bin mit einer merkwürdigen Festigkeit der Gegenwart verbunden und der Zukunft zugekehrt. Wenn mich diese Stadt nicht binnen kurzem wieder krank macht, hoffe ich davon noch einiges bis zu unserem Wiedersehen und darüber hinaus zu bewahren.« Brief Eugen Gerstenmaiers an Bachmann vom 21. November 1937. ACDP, I-210–004/1.

[5] Im Dezember 1937 klagte er gegenüber seinem Freund Bachmann: »Berlin ist ein grosser Greuel. Das Gift wirkt so penetrant, dass ich in diesen Tagen erneut ganz ernsthaft erwogen habe, nach

Gerstenmaiers aus Studientagen, das künftige Arbeitsgebiet des ambitionierten Freundes folgendermaßen abgesteckt: »Eins scheint mir fest zu stehen. Ob du die Dozentenlaufbahn einschlägst oder noch bei Heckel bleibst: Dein Arbeitsfeld ist nicht mehr Gaildorf, auch nicht Württemberg, sondern das Reich, die DEK! Ob dieses Reich in Berlin, Leipzig oder Bremen liegt, ist gleichgültig. Ein Zurück in die schwäbische Alb gibt es wenigstens nicht mehr.«[6]

Der Theologe entschied sich vor diesem Hintergrund für den dauerhaften Eintritt in das Außenamt.[7] Dort wurde ihm zunächst das Arbeitsgebiet für »ökumenische und zwischenkirchliche Arbeit«[8] übertragen. Mit der endgültigen Ablehnung der Erteilung einer Dozentur im September 1940 war Gerstenmaier nun daran interessiert, daß bislang zeitlich beschränkte Arbeitsverhältnis in eine unbefristete Tätigkeit umzuwandeln. In Gerstenmaiers neuem Aufgabenbereich stand die Ökumene weiterhin im Vordergrund. Trotz des Rückzugs der deutschen Delegation von den beiden Weltkirchenkonferenzen in Oxford und Edinburgh im Jahr 1937 setzte das Kirchliche Außenamt seine Bemühungen fort, die deutsche ökumenische Arbeit zu koordinieren und der Stimme der DEK auf internationaler Ebene Gehör zu verschaffen.[9] Eugen Gerstenmaier konnte dabei auf sein Netzwerk zurückgreifen, das er sich seit seinem Eintritt in das Außenamt 1936 aufgebaut hatte. Allerdings erschwerte die zunehmende außenpolitische Isolation Deutschlands seine Bemühungen. Die ausländischen Kirchen taten sich umgekehrt im Umgang mit der unter dem NS-Regime leidenden DEK schwer. Sie wußten um den Druck, den das totalitäre System auf die Kirchenleitung und die Gläubigen ausübte. Andererseits fühlten sich die Mitglieder der ökumenischen Bewegung berufen, auf die Unterdrückung aufmerksam zu machen, die die kirchliche Entscheidungsfreiheit massiv einschränkte. In besonderem Maße sahen sich die Weltkirchen verpflichtet, die Repressionen gegen die Anhänger der Bekennenden Kirche anzuprangern. Die großen Sympathien

---

Weihnachten einfach nicht mehr zu kommen. Aber die Pflicht!« Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Wilhelm Bachmann vom 10. Dezember 1937. Ebd.

[6] Brief Wilhelm Bachmanns an Eugen Gerstenmaier vom 24. August 1937. Ebd.

[7] Gerstenmaier wurde erst im April 1940 auf unbestimmte Zeit in das Angestelltenverhältnis des Kirchlichen Außenamtes übernommen. Für den Zeitraum davor galt er offiziell als »bis auf weiteres« von seiner Tätigkeit für die württembergische Landeskirche beurlaubt. Schreiben der Kirchenkanzlei der DEK an den Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart vom 31. Mai 1940. EZA, 2/P 14. Offenkundig wurde dieses Arrangement zwischen Berlin und Stuttgart getroffen, da im Kirchlichen Außenamt für Gerstenmaier aus finanziellen Gründen keine neue Planstelle geschaffen werden konnte und er immer noch die Hoffnung hegte, zum Dozenten ernannt zu werden. Die württembergische Landeskirche versprach sich von dieser Regelung eine bessere Repräsentanz ihrer Anliegen in Berlin in besonders bedeutsamen Angelegenheiten, obgleich die Anliegen Stuttgarts offiziell bereits seit Sommer 1938 von Dekan Keppler vertreten wurden. Schreiben des Stuttgarter Oberkirchenrats an Eugen Gerstenmaier vom 28. September 1938. Ebd.

[8] Aussage Theodor Heckels in seiner Vernehmung vom 14. April 1961 in der Strafsache Gerstenmaier gegen Ramcke vor dem Landgericht Kiel. ACDP, I-210–025.

[9] So fanden regelmäßig Arbeitsbesprechungen in den Räumlichkeiten des Kirchlichen Außenamtes statt, die der Gestaltung des deutschen Beitrags zur ökumenischen Bewegung dienten. Vgl. dazu unter anderem das Einladungsschreiben Gerstenmaiers vom 20. April 1938. EZA, 5/4008, Bl. 208.

der ökumenischen Bewegung für die BK wurden unter anderem durch das hohe Maß an Aufmerksamkeit deutlich, das dem Prozeß gegen die Leitfigur der BK, Martin Niemöller, wegen dessen regimekritischer Aktivitäten im Februar 1938 geschenkt wurde.[10]

Eugen Gerstenmaier reagierte auf dieses Dilemma der internationalen Kirchen mit Kritik. Er, der stets darauf gepocht hatte, die besonderen deutschen Umstände bei der Bewertung des Verhaltens der evangelischen Kirchenleitung zu berücksichtigen, zeigte überraschend wenig Verständnis für den Gewissenskonflikt, in dem sich die ökumenische Bewegung befand. Gerstenmaier wertete vor allem die Anerkennung der Bekennenden Kirche als Sprachrohr des deutschen Protestantismus und den wachsenden Unmut an der menschenverachtenden Politik der Nationalsozialisten als Affront gegen die DEK. Bereits im November 1937 hatte er sich über die »Genfer Pazifistenzentrale«[11] beklagt. Gerstenmaiers Kritik richtete sich dabei weniger gegen die Verurteilung des nationalsozialistischen Regimes, dessen Anprangerung er bis zu einem gewissen Punkt mitzutragen bereit war. Vielmehr bemängelte er, daß die kommunistischen Unrechtsstaaten nicht mit der gleichen Intensität von der ökumenischen Bewegung verurteilt wurden.[12]

Diese Einstellung wurde ihm von seiten des Auslandes und der Anhänger der Bekennenden Kirchen als Regimetreue angekreidet. Dem Theologen erlaubte diese Geisteshaltung es jedoch, trotz des Mißtrauens, das die Nationalsozialisten gegen ihn hegten, den Schein der Konformität mit dem Regime zu wahren und seine Arbeit im Kirchlichen Außenamt weiter auszuüben. Dies fiel Gerstenmaier um so schwerer, je unverhüllter der deutsche Militarismus und das Expansionsstreben der nationalsozialistischen Regierung zutage traten. Bereits im Frühjahr 1938 hatte er die aggressive deutsche Außenpolitik am eigenen Leib zu spüren bekommen. Eugen Gerstenmaier war von der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Wien eingeladen worden, im Rahmen eines Ferienkurses eine Vorlesungsreihe zu über-

---

[10] Der Prozeß gegen Niemöller stand im Zusammenhang mit einem verschärften Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die Bekennende Kirche. Nicht nur wurden ihre Begegnungsorte und Seminare überwacht und geschlossen, in zunehmendem Maße wurden die Anhänger der BK inhaftiert. Das am 7. Februar 1938 gegen Martin Niemöller eröffnete Verfahren wegen vermeintlicher Kanzelhetze wurde aufmerksam vom Londoner Bischof Bell, der sich der Bekennenden Kirche besonders verbunden fühlte, beobachtet und kommentiert. Bereits zwei Tage nach Niemöllers Inhaftierung prangerte Bell das Vorgehen der nationalsozialistischen Machthaber in einem »unmißverständliche[n] Artikel« in der Zeitung Times an. G. VAN ROON, Widerstand, S. 93. Gleichwohl zeigten sich die Nationalsozialisten weder durch die ausländischen Proteste noch durch den Unmut der eigenen Bevölkerung beeindruckt und Niemöller mußte – nachdem er vorübergehend auf freien Fuß gesetzt worden war – acht Jahre seines Lebens im Konzentrationslager Sachsenhausen fristen.

[11] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Wilhelm Bachmann vom 21. November 1937. ACDP, I-210–004/1.

[12] In seinen Ausführungen zur Arbeit des Außenamtes und der Haltung der ausländischen Kirchen zum totalitären Deutschland merkte Gerstenmaier an: »Soweit es um Hitler und die Deutschen ging, fehlte es zwar an Klarheit nicht. Soweit es um den Kreml und seine Satelliten ging, hielt man es mit der Vorsicht der ›Differenzierung‹ und schließlich mit der Verurteilung des ›Antikommunismus‹ als einer ›faschistoiden Geisteshaltung‹.« E. GERSTENMAIER, Das Kirchliche Außenamt, 1977, S. 313.

nehmen. Diese Verpflichtung, die ihm die Möglichkeit geben sollte, sich als potentieller Nachfolger für den dort in absehbarer Zeit vakant werdenden Lehrstuhl für systematische Theologie zu präsentieren, fand in den Tagen des sogenannten Anschlusses von Österreich an das Reich statt. Gerstenmaier empfand vor allem das Vorgehen gegen die politische Opposition und den von begeisterten Massen gefeierten Einzug Hitlers in die österreichische Hauptstadt als »bestürzend«[13]. Mit der Ermordung des österreichischen Kanzlers Dollfuß und der Angliederung des Landes an das Deutsche Reich hatte das außenpolitische Ansehen Hitlers im kritischen Ausland einen neuen Tiefstand erreicht. Der Unrechtscharakter der deutschen Regierung trat in den Augen Eugen Gerstenmaiers jedoch noch nachhaltiger nach der Besetzung des Sudetenlandes durch deutsche Truppen im Oktober 1938 und der unter Mißachtung des Münchner Abkommens durchgeführten Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939 hervor. Zu diesem Zeitpunkt schlug seine wachsende innere Distanz zum Regime in die Bereitschaft zum Widerstand um.[14] Die Hinwendung zur Opposition äußerte sich zunächst allerdings als Form der inneren Emigration und seine Tätigkeit für das Außenamt blieb von dieser Entscheidung noch unberührt.

Das Arbeitsfeld Gerstenmaiers hatte sich in dieser Phase im Vergleich zu seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter erweitert. Über die Koordination der deutschen ökumenischen Arbeit hinaus war er in wesentlich stärkerem Maße damit beschäftigt, den Standpunkt der DEK eigenständig zu artikulieren. Der Schritt vom eher zuarbeitenden Assistenten zum selbst verantwortlich agierenden Mitarbeiter zog eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Heckel und Gerstenmaier nach sich. Theodor Heckel machte deutlich, daß er dessen Tätigkeit schätzte und er ihn in den Diensten des Außenamtes zu halten gedachte. Gerstenmaier, der in der Vorbereitung der Weltkirchenkonferenz von Oxford seine Fähigkeit, sich auf dem schwierigen kirchenpolitischen Parkett angemessen zu bewegen, unter Beweis gestellt hatte, bekam mehr Spielraum, wenngleich sich der Bischof das letztgültige Entscheidungsrecht vorbehielt.[15] Nicht nur in den Augen seines Vorgesetzten, sondern auch in der ökumenischen Bewegung war Gerstenmaier zu einem geachteten Gesprächspartner gereift, dessen Meinung gesucht wurde[16], obgleich sie nicht immer auf ungeteilte Zustimmung stieß.

---

[13] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 104.

[14] In seinen Memoiren datierte Eugen Gerstenmaier diese Zäsur in seinem Leben sogar noch exakter. Am Tag der Bekanntmachung des Münchner Abkommens, am 29. September 1938, war es ihm demzufolge zur Gewißheit geworden: »Dieser Tag ist eine letzte uns Deutschen gewährte Chance. Sie wird nicht lange dauern. Der Mann riskiert den Krieg. Er will ihn. Der Mann muß weg.« Ebd., S. 109.

[15] In einem Brief an Wilhelm Bachmann vom 21. November 1937 erklärte Gerstenmaier: »H[eckel, D. G.] scheint mich hier auch gerne festzuhalten. Soweit ist die Sache in Ordnung. [...] Die Ök[umene] ist z.Zt. ein ziemlich schwieriges Pflaster, aber H. hat sich bis jetzt recht ordentlich benommen. Jedenfalls lässt er mir viel Freiheit.« ACDP, I-210-004/1.

[16] Unter anderem bat die ökumenische Jugendkommission im Mai 1938 Eugen Gerstenmaier im Hinblick auf die für den Sommer 1939 geplante Weltkonferenz der Christlichen Jugend um seine

Gerstenmaiers Einfluß auf die ökumenische Arbeit des Außenamtes wuchs auch in dem Maße, in dem sein Vorgesetzter Theodor Heckel den Unmut der ausländischen Kirchenleitung auf sich zog, wie die Kontroverse mit dem Erzbischof von Canterbury im Frühjahr 1939 belegte. Der englische Geistliche hatte in einer Rede im House of Lords am 20. März 1939 Hitlers Überfall auf die Tschechoslowakei als ein gegen alle Prinzipien der Zivilisation verstoßendes Vorgehen gebrandmarkt und eine Antwort auf die ruchlose Tat des Diktators gefordert. Heckel fühlte sich daraufhin bemüßigt, gegen die Äußerungen des Erzbischofs Protest einzulegen. Theodor Heckel tat dies in einer denkbar unangemessenen Weise, die dem Ansehen des Kirchlichen Außenamtes weiteren Schaden zufügte. Offenbar in der Überzeugung, seine Regimetreue unter Beweis stellen zu müssen[17], griff Heckel seinen englischen Amtskollegen scharf an und warf ihm vor, sich und seine Kirche in den Dienst der politischen Auseinandersetzung zu stellen. Unter Verleugnung seiner eigenen Position und des ihn einschränkenden Netzes von Sachzwängen, in dem er sich befand, prangerte Heckel die vermeintliche Politisierung der britischen Kirche an.[18] Während die Worte Heckels den »Deutschen Christen« nicht weit genug gingen, reagierten die Bekennende Kirche und die Mehrheit der ökumenischen Bewegung auf die Ausführungen des Außenamtleiters mit Entrüstung. Die ohnehin schwierige Lage des Berliner Amtes wurde hierdurch noch erschwert und das Mißtrauen, das den kirchlichen Repräsentanten vom Ausland entgegengebracht wurde, wuchs.[19]

Den beruflichen Schwierigkeiten, mit denen sich Eugen Gerstenmaier im Verlauf seiner Arbeit für das Außenamt auseinanderzusetzen hatte, stand Ende der dreißi-

---

»persönliche Stellungnahme zu den grundsätzlichen Fragen des Konferenzprogrammes«. Schreiben von R. H. Edwin Espy an Eugen Gerstenmaier vom 4. Mai 1938. EZA, 5/4008, Bl. 217.

[17] In diesem Bestreben kontaktierte Heckel sogar das Auswärtige Amt und wies auf die vermeintlichen britischen Pläne hin. In einem Schreiben an die kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes vom 25. Mai 1939 führte Theodor Heckel unter anderem aus: »Den politischen Einkreisungsplänen Englands geht eine verstärkte internationale kirchliche Aktivität des Erzbischofs von Canterbury zur Seite. Die Oberhausrede des Erzbischofs, seine Mittelmeerfahrt, die ihn nach Griechenland und zum Patriarchen von Konstantinopel führte und der letzte Aufruf zum Gebet für den Frieden sind ein Beweis dafür. Allen Anzeichen nach sind die Aktionen damit nicht abgeschlossen. [...] Dieser Tatbestand fordert gebieterisch eine Intensivierung der Gegenwirkung. Das Auswärtige Amt, der Akademische Austauschdienst und das Kirchliche Außenamt haben bisher schon viel in dieser Richtung getan. Die Ankündigungen der anglikanischen Aktion haben das Kirchliche Außenamt aber veranlaßt, eine grosszügige Gegenaktion positiver und neuer Art in Gang zu setzen.« PA, AA BA 69311, Bl. 32.

[18] Heckel führte unter anderem aus: »Auf dem Boden der reformatorisch geprägten Kirchen wird ein ernster Kampf gegen jene Mischprodukte von Religion und Politik, Religion und Kultur geführt, durch die Geheimnis und Inhalt des Evangeliums, Wesen und Form der Kirche ihre geistliche Vollmacht verlieren. In diesem Ringen der Geister bereitet die Rede des Erzbischofs von Canterbury eine schmerzliche Enttäuschung.« Deutsch-Evangelische Korrespondenz vom 29. März 1939.

[19] Der Anfang 1939 in Cambridge weilende Wilhelm Bachmann berichtete seinem Freund Gerstenmaier von dem Mißtrauen, das ihm selbst von Personen entgegengebracht wurde, die Deutschland im übrigen positiv eingestellt waren. Als Beispiel führte Bachmann den Methodisten Flew an und berichtete, daß »auch dieser doch uns Deutschen sehr wohl gesonnene Mann misstrauisch und argwöhnisch geworden ist.« EZA, 5/4008, Bl. 238.

ger Jahre jedoch eine positive Entwicklung im Privatleben des Theologen gegenüber. Als Ersatz für die versagte akademische Karriere hatte er bereits vor dem endgültigen Ablehnungsbescheid des Reichswissenschaftsministeriums »da und dort zu dozieren«[20] begonnen. Die Freude am theologischen Diskurs und an der freien Rede ließ ihn trotz seiner Arbeitsüberlastung eine Reihe von Vorträgen halten. Einer Vorlesungsreihe, die Gerstenmaier an der Sozialen Frauenschule der Inneren Mission in Berlin im Dezember 1938 übernommen hatte, kam eine besondere Bedeutung für sein Leben zu. Denn hier lernte er seine spätere Frau Brigitte, eine »Auslandsdeutsche aus dem äußersten Nordosten«[21], kennen. Es war wohl nicht Liebe auf den ersten Blick, die die beiden zusammenführte.[22] Zunächst zeigte sich der 33jährige Theologe von der Intelligenz der angehenden Fürsorgerin Brigitte von Schmidt angetan. Auch die Studentin von Schmidt war zu Beginn eher von den intellektuellen Fähigkeiten Gerstenmaiers fasziniert.[23] Erst durch Gespräche begann sich das Verhältnis beider zueinander langsam zu intensivieren. Die zunächst mehr durch Freundschaft bestimmte Beziehung beschrieb Eugen Gerstenmaier anschaulich mit folgenden Worten: »Wir gingen durch den Tiergarten, wir wurden eingeladen, wir gingen ins Theater, ins Kino. An Sonntagen machten wir Radtouren, zum Beispiel nach Kloster Lehnin in der Mark Brandenburg. Brigitte von Schmidt immer vorneweg, ich hinterher. Sie hatte ja auch die längeren Beine.«[24] Im Herbst 1940 schließlich hielt der Theologe während eines Auslandsaufenthaltes in der Schweiz schriftlich um die Hand der Baltin an. Nachdem die fünf Jahre jüngere Brigitte von Schmidt den Heiratsantrag Eugen Gerstenmaiers angenommen hatte und ihre Eltern[25] den künftigen Schwiegersohn in ihrer Mitte willkommen geheißen hatten, verlobte sich das Paar im Frühjahr 1941. Eugen Gerstenmaier war indes nicht der

---

[20] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 130.

[21] B. Gerstenmaier/E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 36.

[22] An die erste Begegnung mit ihrem künftigen Mann im Dezember 1938 erinnerte sich Brigitte Gerstenmaier mit folgenden Worten: »Als der Dozent Gerstenmaier den Vorlesungsraum betrat, fiel mir auf, daß er nicht so lang war, wie ich das von meinen Brüdern gewöhnt war, aber daß er wunderschöne Augen hatte. Und was er sagte, leuchtete mir sofort ein. Man merkte gleich, daß er mit den Nationalsozialisten nichts im Sinn hatte. Auf dieser Basis haben wir unsere ersten Gespräche geführt und waren uns sehr schnell einig.« D. von Meding, Brigitte Gerstenmaier, geb. von Schmidt, in: D. von Meding, Mit dem Mut des Herzens, 1992, S. 89 (S. 85–97).

[23] Brigitte Gerstenmaier führte diesbezüglich aus: »In diesem theologischen Kurs, der im übrigen mit das Beste an der ganzen Schule war, tauchte vor Weihnachten 1938 ein junger Mann auf, dem ein Ruf als brillanter Lehrer schon vorausgeeilt war, und tatsächlich war er das. Er hatte Mut, er schlängelte sich nicht in vorsichtigen Windungen um die NS-Herrschaft herum: Es war sonnenklar, daß er auf der anderen Seite stand, und natürlich war ich glücklich, dankbar und freute mich auf jede Stunde in ›Dogmatik‹.« B. Gerstenmaier/E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 31–32.

[24] Zitat einer Äußerung Gerstenmaiers in einem Artikel mit der Überschrift »Der interessante Versuch eines Mannes, in Deutschland um seine Ehre zu kämpfen« in der Zeitschrift Jasmin vom 28. April 1969.

[25] Brigitte Adelheid von Schmidt wurde am 28. Oktober 1911 in Arensburg auf der estnischen Insel Oesel als Tochter des Pfarrers Georg von Schmidt und seiner Frau Maria Elsa, geb. Zwingenberger, geboren. Die deutsche Familie mußte ihre Heimat nach dem 1. Weltkrieg verlassen und siedelte sich danach im sächsischen Hohenstein an.

Einzige, der vor der Eheschließung Rechenschaft über sich und seine persönlichen Verhältnisse abgeben mußte. Brigitte Gerstenmaier wurde vor der Heirat nicht nur in Eugens Familie eingeführt. Das enge Verhältnis des Theologen zu seinen akademischen Lehrern führte dazu, daß er seine Verlobte seinen ehemaligen Rostocker Professoren vorstellte. Diese, so berichtete Brigitte Gerstenmaier wohl mit Augenzwinkern, »waren denn auch geteilter Meinung, ob ihr Juwel Gerstenmaier die Richtige bekam!«[26] Doch trotz dieses offenbar nicht einhelligen Votums von Eugen Gerstenmaiers Mentoren entschlossen sich beide, den Bund der Ehe einzugehen. Brigitte von Schmidt gab ihre Tätigkeit als Fürsorgerin bei der Firma Siemens in Berlin auf. Am 27. September 1941 wurden beide vom Vater der Braut in der Dresdener Kreuzkirche getraut. Das Ereignis wurde im Rahmen einer Familienfeier gebührend gefeiert[27], und am Ende des Tages trat das frischvermählte Paar seine Hochzeitsreise nach Italien an. Der Ort für die kurz ausfallenden Flitterwochen war von Eugen Gerstenmaier unter pragmatischen Gesichtspunkten ausgewählt worden, denn ihm war von der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes ein Besuch Roms gestattet worden. Die Zeit in der italienischen Hauptstadt war deshalb stark durch die berufliche Tätigkeit des Neuvermählten geprägt. Im Laufe seines Aufenthaltes in der ewigen Stadt besuchte der schwäbische Theologe das Päpstliche Orientalische Institut und führte dort Gespräche mit Vertretern der orthodoxen Kirchen. Nach ihrer Rückkehr nach Berlin bezog das Ehepaar in Berlin-Charlottenburg eine geräumige Wohnung, die Eugen Gerstenmaier von einem Freund überlassen worden war. Dort lebte die Familie bis zu ihrer Ausbombung im Sommer 1943.

5. Kirchliche Auslandsarbeit im Zeichen des Krieges

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Herbst 1939 bestätigte nicht nur die schlimmsten Vermutungen Gerstenmaiers hinsichtlich Hitlers aggressiver Expansionspolitik, er zog ferner eine Veränderung des Aufgabengebiets des 32jährigen nach sich. Durch die freiwillige Kriegsdienstmeldung des »Vorzeigenationalsozialisten« im Kirchlichen Außenamt, Oberkonsistorialrat Friedrich Wilhelm Krummacher[1], wurde die Leitung des zwischenkirchlichen Referates vakant und Heckel ent-

---

[26] B. Gerstenmaier/ E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 36.

[27] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 136.

[1] Krummacher war am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten und hatte sich – nach Aussage Heckels – »stets zum Nationalsozialismus bekannt«. Schreiben Bischof Heckels an Staatssekretär Muhs im Reichskirchenministerium vom 9. September 1944. EZA, 5/721. Bereits nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte sich Krummacher zum Militärdienst gemeldet, war dort allerdings aufgrund seiner angegriffenen Gesundheit als nicht kriegsverwendungsfähig eingestuft worden. Nach der Besetzung Polens durch deutsche Truppen hatte der Oberkonsistorialrat erneut seine Bereitschaft zum Kriegsdienst bekundet; dieses Mal wurde seinem Gesuch entsprochen und Krummacher rückte als Kriegspfarrer ein. Auch Gerstenmaier bezeichnete Krummacher als »für Heckel politisch unentbehrlich«, da er das einzige NSDAP-Parteimitglied im Außenamt war. Allerdings relativierte Ger-

schied sich, Gerstenmaier vertretungsweise mit dieser Aufgabe zu betrauen.[2] Die mit dem vergrößerten Verantwortungsbereich einhergehende Verbeamtung wurde jedoch noch zurückgestellt, da Gerstenmaier zu dieser Zeit noch die vage Hoffnung auf die Erteilung einer Dozentur hegte. Erst als die endgültige Ablehnung durch das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ergangen war, leitete das Kirchliche Außenamt die für die Übernahme Eugen Gerstenmaiers in das Beamtenverhältnis nötigen Schritte ein.[3] Danach sollten nochmals eineinhalb Jahre vergehen, bis er zum Beamten ernannt und ihm die Amtsbezeichnung Konsistorialrat verliehen wurde.[4]

Heckels Entscheidung, ihm die Leitung des ökumenischen Referats zu übertragen, verdeutlicht die einflußreiche Rolle, die Gerstenmaier im Außenamt mittlerweile zukam. Seine intellektuellen Fähigkeiten und seine mitunter an Sturheit grenzende Beharrlichkeit, den von ihm als richtig erkannten Weg fortzusetzen, verschafften ihm zwar nicht nur Freunde, doch trugen diese Charakterzüge dazu bei, ihn zu einem geachteten Vertreter der DEK werden zu lassen.[5] Seine Verbundenheit mit der ökumenischen Bewegung hatte trotz seines teilweise kontrovers beurteilten Vorgehens zudem nie außer Zweifel gestanden, obwohl die politische Gesamtsituation die Arbeitsbedingungen der Theologen weltweit erschwerte. Gerstenmaiers

---

stenmaier die nationalsozialistische Gesinnung seines Kollegen insoweit, als er ihn als »Märzgefallenen« bezeichnete. E. Gerstenmaier, Das Kirchliche Außenamt, 1977, S. 310. Zur Arbeit Krummachers im Kirchlichen Außenamt siehe ausführlich: S. Bräuer, Friedrich-Wilhelm Krummacher, in: W.-D. Hauschild (Hg.), Profile des Luthertums, 1998, S. 427–462 (bes. S. 430–439).

[2] Anordnung A 3924/39 Theodor Heckels vom 29. November 1939. EZA, 5/723, Bl. 80.

[3] Das Kirchliche Außenamt beantragte gegenüber der Kirchenkanzlei die Verbeamtung des seit 1. April 1940 auf unbestimmte Zeit bei der DEK angestellten Theologen. Die Besoldung Gerstenmaiers stand im übrigen nicht im Zusammenhang mit seiner Übernahme in das Beamtenverhältnis. Bereits nach seiner Habilitation hatte er eine Vergütung »wie ein Dozent an einer Universität« erhalten. Brief des Kirchlichen Außenamtes an die Kirchenkanzlei der DEK vom 24. Januar 1941. EZA, 5/3330.

[4] Die Verbeamtung konnte von der Kirchenkanzlei nur mit der Zustimmung des Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten vorgenommen werden. Damit war nicht nur die Bürokratie einer, sondern zweier Behörden zu durchlaufen, bevor dem Antrag auf Verbeamtung stattgegeben werden konnte. Anordnung der Kirchenkanzlei vom 10. August 1942. Komplikationen gab es zusätzlich, da die Universität Rostock offenkundig Probleme hatte, die Papiere von Gerstenmaiers Examina vorzulegen, welche zur Einstellung in die neu geschaffene Planstelle notwendig waren. Außenamtsinterner Vermerk von Oberkonsistorialrat Hans Wahl vom 20. Juli 1942. Ebd.

[5] Als Beispiel sei hier auf die Einflußnahme Gerstenmaiers bei der Tagung des Ökumenischen Rates in Germain-en-Laye bei Paris am 29. Januar 1939 verwiesen. Es gelang ihm, die Thematik des in St. Germain zu beschließenden Forschungsprogramms des ÖRPC von »Freedom and Community« in »Die Kirche und ihr Ethos« zu ändern und damit den originären Vorschlag der DEK als verbindliches Zentralthema zu verankern. Gerstenmaiers eigener Kommentar verweist darauf, wie stark er sich zur Erreichung seines Ziels im Verlauf der Pariser Konferenz engagierte. »Es war ganz interessant«, so Eugen Gerstenmaier in einem Brief an Wilhelm Bachmann vom 23. Februar 1939, »aber sehr anstrengend und auf die Dauer geradezu unerträglich. Ich glaube nicht, dass ich mich bei einer ök. Tagung bis jetzt so aufgeregt habe wie bei dieser; nicht weil der Teilnehmerkreis – alle Repräsentativen dabei – unangenehm gewesen wäre, sondern weil sich die Lage der Deutschen Ev. Kirche innerhalb der Neuplanung der ök. Bewegung nachgerade als ganz unleidlich entwickelt.« EZA, 5/4008, Bl. 244.

Verständnis der ökumenischen Arbeit kam in einem Schreiben vom April 1939 an den in New York City lehrenden Theologieprofessor Henry van Dusen zum Ausdruck: »Es ist uns hier ein grosses Anliegen, dass sich die Wolken der Zeit bald lichten und unsere Kirchen und Völker in einer aufrichtigen Freundschaft und in wahrem Frieden miteinander verbunden in die Zukunft gehen. Nach wie vor bin ich der Überzeugung, dass dabei auch gerade unsere gemeinsame Arbeit von Bedeutung sein kann. Ich werde jedenfalls hier in meinem Freundeskreis in der Deutschen Evangelischen Kirche alles versuchen, um dem uns verbindenden Werk auch weiterhin zu dienen.«[6] Diesen Einsatz für die Ökumene verbunden mit dem Gerstenmaier eigenen Durchsetzungsvermögen und seinem Verhandlungsgeschick anerkannte nicht nur sein Freund Wilhelm Bachmann[7]; auch der Mitarbeiter des ÖRPC, Hans Schönfeld, bescheinigte ihm einen »ständigen Einsatz für die ökumenische Arbeit«.[8]

Mit der Übernahme der Leitung des Ressorts, für das Eugen Gerstenmaier mehr als drei Jahre lang tätig gewesen war, erschloß sich ihm die Chance, der ökumenischen Arbeit des Kirchlichen Außenamtes in noch stärkerem Maße seinen Stempel aufzudrücken.[9] Seit seinem Umzug in die Jebenstraße[10] zeichnete der schwäbische Theologe für den Kontakt mit den Auslandskirchen und die Repräsentanz der DEK in der ökumenischen Bewegung verantwortlich. Der Einfluß des mit seiner Replik an den Erzbischof von Canterbury im Frühjahr 1939 erneut in die Kritik geratenen Heckel auf die ökumenische Arbeit beschränkte sich zunehmend auf eine überwachende Leitungsfunktion, die Akzente wurden von seinem Mitarbeiterstab gesetzt. Die Ursachen für die wenig glückliche Hand Theodor Heckels im Bereich der Ökumene waren vielschichtig. Sein gering ausgeprägtes Fingerspitzengefühl und der Mangel an diplomatischer Finesse sowie seine beschränkten fremdsprachlichen Kenntnisse erschwerten eine spontane menschliche Verständigung, die als Grundlage für den Aufbau eines Netzwerkes von Kontakten und Beziehungen unverzichtbar war. Hinzu kam das wahrscheinlich in seinem konservativen Luthertum

---

[6] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Henry van Dusen vom 24. April 1939. EZA, 5/4008, Bl. 254.

[7] Brief von Wilhelm Bachmann an Eugen Gerstenmaier vom 15. März 1939. Darin schrieb Bachmann unter anderem: »Ich möchte nur einmal dein Geschick in diesen Dingen haben; im übrigen soll Heckel sich einen Hausorden anschaffen und ihn dir verleihen, natürlich ›mit Schwerter‹! Es ist wirklich schon eine Kunst, in diesem ökumenischen Laden, in dem wir führend überhaupt nicht vertreten sind, doch immer noch auf die Linienführung massgeblichen Einfluss auszuüben.« EZA, 5/4008, Bl. 248.

[8] Schreiben Hans Schönfelds an Wilhelm Bachmann vom 24. Februar 1939. EZA, 5/4008, Bl. 245.

[9] Eugen Gerstenmaier bestätigte diese Einschätzung. Er führte über die Arbeit seines Vorgesetzten aus: »Heckel kümmerte sich im Krieg immer weniger um die ökumenische Arbeit. Die Volkskirchen und die Auslandsgemeinden verlangten seine ganze Kraft.« E. Gerstenmaier, Das Kirchliche Außenamt, 1977, S. 317.

[10] Gerstenmaier verließ nach der Übernahme der Ressortführung sein Büro in der Knesebeckstraße und bezog das Amtszimmer Friedrich Wilhelm Krummachers, das sich im Gebäude des preußischen Oberkirchenrats in der Jebenstraße 3 in Berlin-Charlottenburg befand.

wurzelnde loyale Verhältnis zur deutschen Obrigkeit.[11] Gerstenmaier hingegen verstand es, sich auf dem ökumenischen Parkett geschickter zu bewegen.

Gerstenmaier nahm die mit seinem neuen Verantwortungsbereich verbundene Arbeit sehr ernst.[12] Damit erhöhte sich nicht nur seine Arbeitsbelastung, sondern die Notwendigkeit zu reisen, da der persönliche Kontakt aufgrund der mitunter heiklen Aufgaben unverzichtbar war. Gerstenmaier erhoffte sich durch Gespräche vor Ort, die Belange der DEK effizienter vertreten zu können. Die im ökumenischen Bereich unumgänglichen Auslandsreisen waren nach Kriegsausbruch indes immer schwieriger durchzuführen. Um ein Visum zu erlangen, reichte es nun nicht mehr aus, den dienstlichen Charakter des Auslandsaufenthaltes zu unterstreichen: Über die kirchenpolitische Bedeutung hinaus mußten die Reisen im außenpolitischen Interesse des Deutschen Reichs liegen. Hinzu kam, daß Eugen Gerstenmaier vor jeder Ausreise das Einverständnis des für ihn zuständigen Berliner Wehrkreiskommandos einholen mußte. Zwar war seine Einberufung zum Militärdienst in eine Dienstverpflichtung für das Auswärtige Amt umgewandelt worden; doch wurde der UK-gestellte Gerstenmaier weiterhin als kriegsverwendungsfähig geführt.[13]

Im Falle der für Herbst 1939 anberaumten Skandinavienreise gelang es dem Theologen, alle Voraussetzungen für die Erteilung eines Ausreisevisums zu erfüllen. Offizieller Grund des Besuchs der nordeuropäischen Kirchen war die »Abwehr der Propaganda der Westmächte«[14] in den skandinavischen Ländern. Im Mittelpunkt der insgesamt dreiwöchigen Reise stand nach Gerstenmaiers Erinnerungen jedoch

---

[11] In der Retrospektive warf Gerstenmaier seinem einstmaligen Vorgesetzten ferner vor, den Stellenwert der ökumenischen Arbeit nie richtig eingeschätzt zu haben. Dem Kirchheimer zufolge hatte Heckel die Ökumene lange Zeit nur als »einen Reflex suspekter Zeiterscheinungen« gesehen und ihr deshalb kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Brief Eugen Gerstenmaiers an Hans Beyer vom 12. September 1967. ACDP, I-210–037.

[12] Zu den Motiven befragt, die ihn zur Fortsetzung seiner Mitarbeit im Kirchlichen Außenamt nach Kriegsausbruch bewegt hatten, antwortete Gerstenmaier in einem Schreiben an Benno Fischer vom 7. März 1970: »Ich habe das Referat trotz vieler oft gravierender Meinungsverschiedenheiten mit dem Chef des Kirchlichen Aussenamtes und einigen seiner Mitarbeiter versehen bis zu meiner Verhaftung am 20. Juli 1944. Bischof Heckel [...] bot mir die Möglichkeit, auch während des Krieges die kirchenamtlichen Beziehungen zur ökumenischen Bewegung aufrecht zu erhalten und sie im Zusammenwirken insbesondere mit meinem Freund Dr. Hans Schönfeld [...] nicht nur zum Nutzen der ökumenischen Bewegung und der Verbindung zu den europäischen und amerikanischen Kirchen offenzuhalten, sondern sie auch der Verbindung des deutschen Widerstandes mit den verschiedensten Kräften des Auslandes dienstbar zu machen.« ACDP, I-210–037.

[13] Die Dienstverpflichtung ermöglichte es der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, eine UK-Stellung Gerstenmaiers durchzusetzen. Diese wurde erst nach Gerstenmaiers Verhaftung 1944 offiziell aufgehoben. Mitteilung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten an Stuckardt vom 28. August 1944. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 38. Gerstenmaier erklärte im Hinblick auf seine Tätigkeit für das Auswärtige Amt im Dezember 1960 ferner: »Ich habe dieser Verpflichtung zugestimmt, weil ich keine Sehnsucht danach hatte, in dem von Hitler und Stalin gemeinsam inszenierten Völkermord Waffen zu tragen und weil mir diese Maßnahme des Auswärtigen Amtes die Möglichkeit bot, weiter das zu tun, was ich für notwendig hielt.« Briefentwurf Eugen Gerstenmaiers an Heinrich Grüber vom Dezember 1960. ACDP, I-210–027.

[14] Schreiben Theodor Heckels an Legationsrat Lorenz im Auswärtigen Amt vom 22. September 1939. BAB, R 901/69561, Bl. 113.

realiter der im Auftrag des Auswärtigen Amtes unternommene Versuch, eine Friedensmission zu initiieren.[15] Auf Anregung des Chefs der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes sollte Gerstenmaier vor allem den schwedischen Erzbischof Eidem dazu bewegen, die Chancen einer Friedensvermittlung zu sondieren.[16] Im Verlauf dieses Auslandsbesuchs traf Gerstenmaier, der sich in Begleitung von Hans Schönfeld und Nils Ehrenström befand, mit dänischen, schwedischen und norwegischen Kirchenvertretern zusammen. Dank der Unterstützung der beiden Mitarbeiter des Ökumenischen Rates gelang die Kontaktaufnahme mit »alle[n] führenden Kräfte[n]«[17] der skandinavischen Kirche. Das Unterfangen scheiterte letztlich jedoch an der mangelnden Bereitschaft Eidems, sich an einer solchen Aktion zu beteiligen. Auch der von dem Schweden ins Spiel gebrachte norwegische Bischof Berggrav sah sich nicht in der Lage, in dem von deutscher Seite erhofften Umfang initiativ zu werden.[18] Aber nicht nur die Vorsicht der skandinavischen Geistlichen war für den Mißerfolg der Mission verantwortlich. Bereits bei Gerstenmaiers Rückkehr nach Berlin hatte sich die Situation im Deutschen Reich nach dem raschen Niederringen der polnischen Armee grundlegend verändert. Die Euphorie über die eigene militärische Stärke ließ jegliche Gedanken an Friedensverhandlungen obsolet erscheinen.

Zwar hatte Gerstenmaier das primäre Ziel der Reise in die nordischen Länder nicht erreicht, doch die Visite hatte es ihm ermöglicht, weitere Kontakte zu knüpfen. Er verschleierte in dem von ihm angefertigten Ergebnisbericht der Reise seine wahren Absichten.[19] Er bemühte sich, seiner Darstellung den Anschein zu geben, er sei

---

[15] Brief Eugen Gerstenmaiers an Armin Boyens vom 21. Mai 1971. ACDP, I-210–037.

[16] Das Auswärtige Amt erhoffte sich offenbar durch die Einschaltung neutraler Personen, die Abneigung, die der nationalsozialistischen Regierung mehrheitlich im Ausland entgegengebracht wurde, zu mildern und mit ihrem Ansinnen auf diesem Wege mehr Gehör bei den westeuropäischen Ländern zu finden.

[17] Bericht Eugen Gerstenmaiers über seine Skandinavienreise vom 27. September bis 20. Oktober 1939. EZA, 5/199.

[18] Die Mission des schwäbischen Theologen war noch in einer anderen Hinsicht nicht von Erfolg gekrönt. Wie Eugen Gerstenmaier am Ende seines Berichts der Reise selbst eingestand, war es ihm während der Gespräche wichtig gewesen, seinen Standpunkt hinsichtlich der deutschen kirchlichen Lage und bezüglich des Wunsches nach Aufrechterhaltung der zwischenkirchlichen Beziehungen zu unterstreichen. Doch stieß das Verständnis der Skandinavier für die Situation des deutschen Gastes bald an seine Grenzen: »Man anerkannte die grundlegenden Fehler der von den Westmächten vertretenen status quo-Politik und die bitteren Konsequenzen, die sich daraus in der Gegenwart ergeben haben. Dennoch hielt es schwer, für das deutsche Vorgehen gegen Polen Verständnis zu schaffen. Ergebnislos war jeder Versuch, das deutsche Verhalten gegenüber der Tschechoslowakei verständlich zu machen.« Bericht Eugen Gerstenmaiers über seine Besuchsreise vom 11. November 1939. EZA, 5/199.

[19] Die Intentionen seines offiziellen Berichts der Gespräche in Skandinavien erläuterte Gerstenmaier in einem Briefentwurf an Heinrich Grüber vom Dezember 1960 folgendermaßen: »Selbstverständlich gilt für diesen Bericht das, was für alle anderen gilt, daß er nämlich so abgefaßt und getarnt sein mußte, daß die Nazis innerhalb und außerhalb des Auswärtigen Amtes, insbesondere aber die mir gegenüber mehr als mißtrauische Gestapo, keinen Ansatz zu Massnahmen gegen uns finden konnten. Meine Besprechung sowohl mit Eidem, wie auch mit Berggrav wäre mindestens für mich tödlich

als treuer Wahrer deutscher Interessen im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber im Norden Europas unterwegs gewesen. Darüber hinaus versuchte er die wichtige Rolle des deutschen Protestantismus im Hinblick auf die außenpolitischen Ziele Deutschlands herauszuarbeiten. Als Ergebnis seiner Bemühungen in Skandinavien warnte Gerstenmaier deshalb davor, die skandinavischen Länder zu isolieren; er sprach sich im Gegensatz dafür aus, die Sicherung des deutschen Einflusses vor allem durch einen intensivierten Kultureinsatz zu erreichen. Eugen Gerstenmaier sah dem deutschen Protestantismus in diesem Zusammenhang die Aufgabe gestellt »durch sachverständige Anknüpfung an den Gehalt einer starken Tradition, an der Niederkämpfung jenes Kultur-Ressentiments zu wirken, das [...] heute nicht nur in Skandinavien, dort aber in besonders ausgeprägtem Mass zum schweren Nachteil Deutschlands« resultiere.[20] Mit dem Hinweis auf die notwendige Intensivierung der Kontakte mit Skandinavien erhoffte sich der 33 Jahre alte Mitarbeiter Heckels nicht zuletzt eine Erklärung für intendierte künftige Fahrten nach Nordeuropa zu verschaffen.

Die Reise nach Dänemark, Norwegen und Schweden blieb allerdings die einzige von Eugen Gerstenmaier im offiziellen Auftrag einer Regierungsstelle durchgeführte Mission; dennoch war es nicht die letzte Aufgabe, die ihm im Zuge seiner Dienstverpflichtung gestellt wurde. Im Rahmen der Politik der Eindämmung des westeuropäischen Einflusses trat das Auswärtige Amt einige Monate nach dem deutschen Angriff auf Frankreich an ihren Mitarbeiter Gerstenmaier mit dem Auftrag heran, einen Beitrag zu einer Broschürenreihe des Deutschen Instituts für außenpolitische Forschung zu verfassen. Die gegen Frankreich gerichtete Schriftenreihe stellte die propagandistische Begleitmusik zum militärischen Vorgehen von Hitlers Armee im Westen Europas dar. Der Theologe verfaßte eine Abhandlung mit dem Titel »Frankreichs Protestantismus im Krieg«.[21] Eugen Gerstenmaier erklärte sein Mitwirken an der Schriftenreihe im Nachhinein mit dem Hinweis, er habe damit seine Mitarbeit im Auswärtigen Amt sowie seine UK-Stellung zu rechtfertigen

---

gewesen, wenn auch nur etwas von dem wirklichen Gang des Gesprächs der Gestapo bekannt geworden wäre.« ACDP, I-210–027.

[20] Zweiter Rapport Eugen Gerstenmaiers über seine Skandinavienreise. Der Bericht selbst ist undatiert, er wurde mit einem vom 30. November 1939 datierenden Begleitschreiben vom Auswärtigen Amt an die Deutschen Gesandtschaften in Kopenhagen, Oslo und Stockholm sowie an die Gesandtschaften in Bern, Zürich und Genf zur Kenntnisnahme übersandt. Die Gründe für die Anfertigung eines weiteren Berichts sind nicht bekannt; es ist jedoch davon auszugehen, daß die zweite Schilderung des Besuchsverlaufs zeitnah zur Erstellung des ersten Rapports vom 11. November 1939 erfolgte. ADL, N1–2980.

[21] E. Gerstenmaier (alias Albrecht Allmann), Frankreichs Protestantismus im Krieg, in: Deutsches Institut für Außenpolitische Forschung (Hg.), Frankreich gegen die Zivilisation, 1940. Die Schriftenreihe wies zum Zeitpunkt der Publikation von Gerstenmaiers Beitrag bereits 25 Hefte auf. Gemäß Runderlaß des Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten vom 10. Juli 1940 untersuchten die Publikationen »die Berechtigung des französischen Anspruchs, als Retter und Hüter der Zivilisation zu gelten«, und sie dienten ferner der »nach dem militärischen Niederringen [...] nun beginnenden Auseinandersetzung mit Frankreich«. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 28, Bl. 73.

versucht. Einige Passagen in der Abhandlung Gerstenmaiers stießen Jahrzehnte später auf große Ablehnung, und sie wurden als Belege für seine vermeintlich nationalsozialistische Gesinnung herangezogen.[22] Gerstenmaier indessen widersprach diesen Vorwürfen entschieden.[23] Ihm selbst kamen allerdings kurz vor Veröffentlichung seiner Darstellung schwerwiegende Bedenken, die sich auf die Intentionen der Schriftenreihe bezogen. Zusätzlich waren, nach Aussage des schwäbischen Theologen, vom Herausgeber beim Redigieren, ohne Wissen des Autors Textänderungen vorgenommen worden, um seine Äußerungen in Einklang mit der offiziellen Staatsräson zu bringen.[24] Gerstenmaier drängte deshalb darauf, seine Darstellung unter dem Pseudonym »Albrecht Allmann« veröffentlichen zu lassen.[25] Offensichtlich erschien ihm das Unterfangen so heikel, daß er seinen Namen nicht mit nationalsozialistischer Propaganda verbunden sehen wollte. Das Auswärtige Amt zeigte sich allerdings angetan von den Bemühungen des Mitarbeiters Bischof Heckels und anerkannte – trotz dessen Einwände und des durch die Wahl eines Pseudonyms evidenten Abrückens von der Publikation – den Beitrag als Beweis seiner Staatsloyalität.

Das zumindest nach außen konforme Verhalten des Theologen ermöglichte ihm im Gegenzug, seine eigenen kirchenpolitischen Ziele unbehelligter zu verfolgen. Die weiteren Auslandsaufenthalte, die ihm bis Oktober 1943 von den Diplomaten der Wilhelmstraße genehmigt worden waren, nutzte Gerstenmaier zur Arbeit für die Ökumene. Indes rückte mit Fortdauer des Krieges die Weiterführung der Beziehungen zu den ausländischen Kirchen in der Prioritätenliste des Regimes unaufhaltsam

---

[22] In einer Zusammenstellung aus dem Jahr 1969 sah die DDR die folgenden Zitate in Gerstenmaiers Beitrag als Beweise für seine »tiefbraune Gesinnung« an: »Die Blindheit unserer Gegner für die Lebensfragen unseres Volkes wie für jene Gewissensfrage der deutschen Kirchen – der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge – hat der Verständigung zur rechten Zeit einen schweren Riegel vorgeschoben. [...] Der offizielle französische Protestantismus [...] hat den Blick für die Notwendigkeit und das tiefere Recht einer lebensmächtigen Neugestaltung Deutschlands und einer entsprechenden Neugliederung Europas ebenso verloren wie für die echtere Wirklichkeit und die höhere Wahrheit eines volkhaft gegliederten Abendlandes.« BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 21, Bl. 77–78.

[23] Gerstenmaier beharrte im April 1961 vielmehr darauf, »mit dem grössten Respekt die geschichtliche Leistung des französischen Protestantismus, unbeeinflusst von Kriegs- und Nazipropaganda, zur Darstellung gebracht und damit, so wie es in jenen Jahren schon kaum mehr möglich war in Deutschland, dem deutschen Protestantismus ein Vorbild vorgehalten und eine Warnung« erteilt zu haben. »Es gab«, so führte er weiter aus, »Symptome nationalistischen Engagements im französischen Protestantismus ebenso wie im deutschen. Davor zu warnen und gleichzeitig den Heroismus einer kleinen kämpfenden Minderheitenkirchen zugleich aber auch grosse Seiten des Franzosentums in das Bewusstsein einer breiteren deutschen Leserschicht zu bringen, war meine Absicht.« ACDP, I-210–025.

[24] Brief des persönlichen Referenten Gerstenmaiers, Lohmann, an Johannes Büttner vom 22. Januar 1965. ACDP, I-210–017/1. Da das Ursprungskonzept Gerstenmaiers nicht mehr vorliegt, kann allerdings nicht beurteilt werden, inwieweit Änderungen vorgenommen wurden und in welchem Ausmaß diese den Inhalt des Beitrages veränderten.

[25] In einem Schreiben an Benno Fischer vom 7. März 1970 nannte Eugen Gerstenmaier den Protest gegen die Zensur sowie den aus seiner Sicht unangemessenen Titel für seine Abhandlung als Hauptgründe für die Veröffentlichung seines Beitrag unter einem Pseudonym. ACDP, I-210–037.

nach unten, überdies wurden selbst Kontakte mit kirchlichen Vertretern in neutralen Ländern von den nationalsozialistischen Machthabern größtenteils untersagt. Daher sah sich Gerstenmaier gezwungen, die Erledigung ökumenischer Aufgaben als unverzichtbaren Bestandteil des außenpolitischen Kurses des Deutschen Reichs zu deklarieren. Dazu war es notwendig, seine eigentlichen Reiseintentionen zu verschleiern und eine plausible, der politischen Großwetterlage angepaßte Erklärung als Besuchsgrund bereitzuhalten. Unter dem Schlagwort der Zurückdrängung antideutscher Propaganda auf dem europäischen Kontinent sowie der Eindämmung des westlichen und speziell des englischen Einflusses auf Nordeuropa gelang es Eugen Gerstenmaier so, Visa und Devisen für eine weitere Schwedenreise im September 1940 sowie einen Besuch Finnlands im Sommer 1942 zu erhalten.[26] Voraussetzung war allerdings, daß er während seiner Auslandsaufenthalte in engem Kontakt mit den deutschen Repräsentanten vor Ort stand. Konkret bedeutete dies, daß Gerstenmaier die Gesandtschafts- oder Botschaftsvertreter über seine geplanten Aktivitäten unterrichtete, diese ihn unter Umständen sogar zu den Unterredungen begleiteten oder im Nachhinein von ihm über den Inhalt der ohne ihre Beteiligung geführten Gespräche in Kenntnis gesetzt wurden.[27] Durch diese Überwachungsmaßnahmen sollte sichergestellt werden, daß der Theologe im Sinne des zuvor genehmigten Besuchsplans handelte und seine Tätigkeit nicht den deutschen Interessen widersprach. Eine vollständige Kontrolle war trotz dieser Maßnamen allerdings nicht möglich, und Eugen Gerstenmaier nutzte die sich ihm bietenden Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit den Vertretern ausländischer Kirchen zu offenen Gesprächen über die Lage des deutschen Protestantismus und die allgemeine politische Situation. Trotz des Risikos, die allzu kritische Äußerungen gegen das nationalsozialistische Regime selbst gegenüber Gerstenmaier wohlgesonnenen Kirchenrepräsentanten in sich bargen, suchte er diese Unterhaltungen. Seine nach Abschluß des Münchner Abkommens gefaßte Überzeugung, daß nur der gewaltsame Sturz des NS-Regimes Deutschland aus der Krise führen könne, hatte sich nach dem deutschen Überfall auf Polen noch weiter verfestigt.[28]

---

[26] Anlaß der Reise nach Schweden war die Einladung des Nordisch-Ökumenischen Institutes in Sigtuna. Des weiteren besuchte Gerstenmaier zwischen dem 7. und 16. September 1940 Uppsala, Lund und Stockholm und traf unter anderem mit Erzbischof Eidem sowie den Bischöfen von Lund und Växjo zusammen. Im Verlauf seines Finnlandbesuchs vom 28. Mai bis 5. Juni 1942 führte er in Helsinki Gespräche mit Vertretern des finnischen Klerus.

[27] Als Beispiel für die ausgeübte Kontrolle sei hier auf das Schreiben der deutschen Gesandtschaft in Stockholm verwiesen, die die Aktivitäten Gerstenmaiers im September 1940 überwachte. In einem Bericht an das Auswärtige Amt vom 2. Oktober 1940 teilte der Gesandtschaftsangehörige Wied mit: »Mit Erzbischof Eidem und dem Nordisch-Ökumenischen Institut hat Herr Dr. Gerstenmaier neue Vereinbarungen über die Förderung der Beziehungen zwischen den skandinavischen Kirchen und dem Kirchlichen Aussenamt getroffen, über deren Inhalt Dr. Gerstenmaier persönlich Bericht erstatten wird. Dr. Gerstenmaier hat die Reise in enger Fühlungnahme mit der Gesandtschaft durchgeführt; er konnte infolge seiner genauen Kenntnis der kirchlichen Verhältnisse Schwedens eine Anzahl wertvoller Hinweise geben und Verbindungen anknüpfen.« ADL, N1–2980.

[28] Im Verlaufe des Vieraugengesprächs mit Berggrav, so erinnerte sich Eugen Gerstenmaier, entgegnete er auf die Ausführungen des Norwegers, daß eine Friedensinitiative nur nach einem Rücktritt

6. Kontaktpflege mit den orthodoxen Kirchen

Dem Aufgabenbereich Orthodoxie kam aufgrund der nationalsozialistischen Expansionspolitik eine wachsende Bedeutung für die Arbeit des Kirchlichen Außenamtes zu. Heckel eröffnete sich hierdurch die Möglichkeit, die Bedeutung seiner Behörde für den außenpolitischen Kurs des Regimes hervorzuheben. Vor allem durch die Bereitstellung von Informationen sowie die Vermittlung von Kontaktpersonen vor Ort sollte die Existenzberechtigung des Amtes betont werden. Schon im Frühjahr 1940, als der Balkan von den deutschen Expansionsbestrebungen noch unangetastet war, hatte Bischof Heckel die Dienste des Kirchlichen Außenamtes sowohl bei der Eindämmung des »kulturpolitischen Einfluss[es] der Westmächte«[1] in dieser Region als auch bei »antibolschewistischen Aktionen«[2] angeboten. Die Anbiederungsbestrebungen des Außenamtes gingen aus einem Schreiben Bischof Theodor Heckels vom Juli 1940 an die kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes hervor. Der Inhalt der Zeilen Heckels war ein beredtes Beispiel für den Opportunismus, den die kirchliche Behörde im Umgang mit den Machthabern kennzeichnete. Im Einzelnen führte der Bischof aus: »In der künftigen Neugestaltung Europas wird auch auf kulturpolitischem Gebiet ein gesteigerter außenpolitischer Einsatz unerläßlich sein. Der politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung Deutschlands wird eine unbestrittene geistige und kulturpolitische Führung des Reiches in Europa zur Seite treten und der kulturelle Einfluss der Westmächte wird abgelöst werden müssen durch die kulturpolitische Führung des nationalsozialistischen Deutschland. Von großer Bedeutung wird dabei das Verhalten des nationalen Kirchentums der europäischen Staaten sein. Die Vorherrschaft des anglikanischen Einflusses in diesen Kirchen muß mit kirchlichen Mitteln gebrochen und eine geistige Neuorientierung auf das Reich hin durchgesetzt werden. Es wird deshalb mein Bestreben sein, mit Aufgebot aller mir zur Verfügung stehenden Mittel die Staats- und Volkskirchen Skandinaviens enger an das Reich heranzuziehen, unsere engen

---

Adolf Hitlers möglich sei, das von einem Rückzug »überhaupt keine Rede« sein könne. Eher werde Deutschland und ein beträchtlicher Teil Europas in Schutt und Asche falle, ehe Hitler freiwillig das Feld räume. Deshalb müsse er mit Gewalt gestürzt, d.h. eben umgebracht werden. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Peter W. Ludlow vom 27. Februar 1968. ACDP, I-210–038/1. Über den Inhalt der Unterredung mit Bischof Berggrav liegt allerdings nur die Aussage Gerstenmaiers aus der Zeit nach 1945 vor.

[1] Schreiben des Kirchlichen Außenamtes an die kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes vom 6. März 1940. BA Dahlwitz, P 879, Bl. 29. Der von Heckel unterzeichnete Bericht beinhaltete einen Verwendungsnachweis für die vom Auswärtigen Amt im Jahr 1939 bewilligten Mittel und umfaßte ferner das Gesuch um Gewährung von 10 000 Reichsmark für die künftige Betreuung der orthodoxen Kirchen des Balkans.

[2] Schreiben Theodor Heckels an das Auswärtige Amt vom 21. August 1940. Heckel teilte weiter mit, daß das Kirchliche Außenamt veranlaßt habe, »dass die Nationalkirchen von Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien alsbald antibolschewistische Aktionen in grösserem Umfang vorbereiten. [...] Es wird dabei so zu Werke gegangen, dass die antibolschewistischen Aktionen streng und ausschliesslich als Massnahmen der betreffenden orthodoxen Nationalkirchen in Erscheinung treten und von irgendwelcher deutscher Beteiligung nichts bemerkbar wird.« BA Dahlwitz, P 879, Bl. 88.

Beziehungen zu den orthodoxen Balkankirchen zu verstärken, die protestantischen Kirchen der Schweiz, Hollands, Belgiens und Frankreichs aus ihrer gegnerischen Haltung herauszuführen und schließlich den Bemühungen des Anglikanismus im nordamerikanischen Kirchentum nach Kräften entgegenzuwirken. [...] Es ist mein aufrichtiger Wunsch, nach der Sprengung der militärischen Einkreisung auch weiterhin an der Sprengung der geistigen und kulturellen Einkreisung Deutschlands in einem entsprechenden Einsatz tatkräftig und erfolgreich teilzunehmen.«[3]

Die Bemühungen Heckels und seine geradezu flammende Unterstützung der NS-Regierung waren jedoch vor dem Hintergrund der zunehmend schwierigen Position des Außenamtes im totalitären Deutschland zu sehen. Die nationalsozialistischen Machthaber machten aus ihrer Kirchenfeindlichkeit schon lange keinen Hehl mehr. Bischof Heckel glaubte, durch die ausdrückliche Unterstützung des Regimes nicht nur die Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit seiner Behörde ausräumen zu können, sondern zugleich die drohende Gefahr der Streichung staatlicher Zuschüsse abzuwenden.[4] Es war deshalb sein Bestreben, mit dem Aufgabenbereich Orthodoxie die eigene Tätigkeit im Sinne eines Existenznachweises zu betonen.

Die konkrete Arbeit mit den orthodoxen Nationalkirchen wurde maßgeblich durch Eugen Gerstenmaier bestimmt.[5] Er hatte mit dieser Tätigkeit eine Aufgabe gefunden, die ihn erfüllte. Im Bereich der Orthodoxie konnte der Theologe seinen Beitrag im Kampf gegen den Expansionskurs[6] des ihm verhaßten Kommunismus leisten und zugleich seine Vorstellung von konkreter Hilfe für die orthodoxen Kirchen realisieren, deren »Struktur und zäh verteidigte Tradition«[7] ihn bereits vor Kriegsausbruch fasziniert hatten. In der von der deutschen Propaganda zu einem apologetischen Kampf zweier Weltanschauungen hochstilisierten Auseinandersetzung konnte der rigide Antikommunismus Gerstenmaiers des weiteren als staats-

---

[3] Schreiben Theodor Heckels an das Auswärtige Amt vom 10. Juli 1940. SAPMO, DP 3 243–11/1973.

[4] Zum hohen Maß der Abhängigkeit der Auslandsarbeit von staatlichen Zuschüssen vgl. R.-U. Kunze, Heckel, 1997, S. 167–169.

[5] Eugen Gerstenmaier verweist darauf, daß die Kontaktpflege mit der Orthodoxie in Absprache mit seinem Genfer Vertrauten, Hans Schönfeld, erfolgt sei. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 129.

[6] Wie ernst das Regime den Versuch der Sowjetunion nahm, ihren Machtbereich mittels der orthodoxen Kirchen auf die Länder Südosteuropas auszudehnen, geht aus einem Dossier des Auswärtigen Amtes vom 18. Juni 1944 hervor. Wörtlich hieß es hierin: »Stalin verwendet bei seinen intensiven Bemühungen um Durchsetzung des vorderen Orients und des Balkans mit sowjetischen Positionen im wachsenden Maße auch alle Möglichkeiten der religiösen Beeinflussung. Die Wiedereinsetzung eines russisch-orthodoxen Patriarchen hat, wie auch in der englischen und amerikanischen Presse mehrfach ausgesprochen wurde, nicht nur den Zweck, der innerrussischen Situation Rechnung zu tragen und die am alten Glauben Festhaltenden noch stärker für die Kriegsanstrengungen heranzuziehen. Vor allem dient seine Schwenkung vielmehr dem Zweck, unter Neubelebung der zaristisch-panslavistischen Idee von einer Schutzherrschaft der russisch-orthodoxen Kirche über die Balkankirche neue Nahrung zu geben. Dieser Plan ist deshalb so gefährlich, weil auf dem Balkan die Orthodoxie in verschiedenen Ländern das stärkste konstruktive innenpolitische Element darstellt.« PA, Kulturabteilung, R 61083.

[7] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 129.

loyale Gesinnung interpretiert werden.[8] Dies verschaffte ihm die Chance, seine Konformität mit der nationalsozialistischen Ideologie zumindest in einem Aspekt zu unterstreichen. Seine antikommunistische Einstellung ermöglichte es ihm zunächst auch noch, zu einer Zeit ins Ausland zu reisen, als das Pendel auf den Schlachtfeldern bereits gegen Deutschland auszuschlagen und der im Zeichen der Expansion begonnen Krieg sich zu einer Verteidigungsschlacht zu wandeln begann.

Der Theologe versuchte durch die Stärkung des wissenschaftlich-theologischen Austauschs die Auslandskontakte zu intensivieren. Ferner versuchte er, für die im Reich tätigen Zwangsarbeiter orthodoxen Glaubens eine verbesserte seelsorgerische Betreuung zu erreichen.[9] Im Rahmen seiner Bemühungen kam ferner der Stipendiatenarbeit ein besonderer Stellenwert zu. Die Verleihung von Stipendien an orthodoxe Theologen war vom Auswärtigen Amt zwar bereits seit 1936 finanziell unterstützt worden, allerdings lag die Verantwortung für die Auswahl und Betreuung der Geförderten vor Ausbruch des Krieges in den Händen des Deutschen Studienwerks für Ausländer. Ziel dieser Begabtenförderung war es, die Bindung zu den künftigen kirchlichen Führungspersönlichkeiten vor allem Südosteuropas zu stärken und damit nicht nur Einfluß auf die jeweiligen kirchenpolitischen Entwicklungen zu nehmen, sondern aufgrund der großen Bedeutung des Klerus ebenso auf die Staatsführung und die Bevölkerung einwirken zu können.[10] Gerstenmaier war es nun gelungen, diesen Kompetenzbereich ab 1941 in Teilen dem Kirchlichen Außenamt anzugliedern. Diese zu Lasten des Studienwerks gehende Verlagerung bei der Stipendiatenarbeit hatte er der tatkräftigen Unterstützung der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes zu verdanken. Fritz von Twardowski, seines Zeichens Leiter dieser Sektion[11], war dem Theologen generell »wohlgesonnen« und hatte bereits im Verlauf von Gerstenmaiers Dienstverpflichtung Verständnis für dessen

---

[8] Ohne seine eigene antikommunistische Gesinnung zu verleugnen, erinnerte sich Eugen Gerstenmaier, daß die Erklärung, die Reise sei im Zuge der Eindämmung des kommunistischen Einflusses in den orthodoxen Nationalkirchen nötig, eine »simple Platte [war, D. G.], die ich mir zurecht gelegt hatte und die ich immer wieder laufen ließ. Sie zog im allgemeinen ausgezeichnet.« Ebd., S. 137.

[9] Zwar setzte sich Gerstenmaier auch für die Protestanten unter den Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen ein (besonders für die calvinistischen Niederländer), doch lag sein primäres Arbeitsfeld in der Vermittlung von Pfarrern und Kirchenräumlichkeiten für die orthodoxen Gläubigen im Großraum Berlin. Diese Tätigkeit wurde Konsistorialrat Gerstenmaier im Zuge der Unterbindung seiner Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen ebenfalls von staatlicher Seite untersagt.

[10] In einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 2. Juli 1941 rechtfertigte Eugen Gerstenmaier die Förderung orthodoxer Theologen am Beispiel Rumäniens. Die Zielsetzung dieser Tätigkeit umschrieb er mit folgenden Worten: »Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt ist das Kirchl. Außenamt seit dem politischen Umschwung in Rumänien dabei, auf die geistig führenden Schichten des rumänisch-orthdoxen Klerus einzuwirken mit dem Ziel, den sprachlichen, kulturellen und politischen Einfluss Deutschlands in der sehr repräsentativen und in jeder Hinsicht aktiven rumänisch-orthodoxen Kirche und in den von ihr bestimmten nationalrumänischen Kulturinstitutionen zu festigen und zu verbreitern.« EZA, 5/201.

[11] Zur Person seines Vertrauten Fritz von Twardowski, der in der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes beschäftigt war, erinnerte sich Eugen Gerstenmaier, daß Twardowski besonders durch den von der NSDAP abgestellten Gerhard Krüger überwacht wurde. Fritz von Twardowski sei schließlich von seiner Leitungstätigkeit entbunden und nach Konstantinopel versetzt worden. Den

»oppositionellen Anschauungen« gezeigt.[12] Das Auswärtige Amt stellte für die Stipendiatenbetreuung einen beträchtlichen Betrag zur Verfügung und bewilligte allein für das Rechnungsjahr 1941 insgesamt 46 800 Reichsmark, die die Auszahlung von 26 Stipendien für orthodoxe Kleriker aus Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Finnland und der Slowakei erlaubte.[13] Sowohl die Auswahl – die allerdings von Heckel und der kulturpolitischen Abteilung abgesegnet werden mußte – als auch die Sicherstellung der notwendigen Reisepapiere und die Betreuung dieser Theologen während ihres Studienaufenthaltes in Deutschland lag in den Händen Eugen Gerstenmaiers. Die Gewährleistung dieser Aufgaben setzte ein weitgehend ungetrübtes Verhältnis zum Auswärtigen Amt voraus, da diese Behörde nicht nur die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellte, sondern auch für die Visaerteilungen zuständig war.

Während die Stipendiatenarbeit sich 1941 zur Zufriedenheit des schwäbischen Theologen entwickelte, gestalteten sich seine eigenen Reiseaktivitäten zunehmend schwieriger. Für den seit 1940 von der kulturpolitischen Abteilung an die Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes abgestellten Gerstenmaier ergaben sich besonders nach der Abberufung des für Paßangelegenheiten zuständigen Günther Altenburg[14] bei der Visabeschaffung Probleme. Vor allem nachdem sich die neu geschaffene Abteilung Deutschland des Auswärtigen Amts[15] – die Verbindungsstelle zur NSDAP sowie zum Reichsführer SS – im Winter 1940 einzuschalten begann, wurden Zweck und Intention der beabsichtigten Reisen stärker hinterfragt. Die zur Genehmigung der Ausreise zu erfüllenden Auflagen wurden verschärft und unterschieden sich deutlich beispielsweise zu Gerstenmaiers Jugoslawien- und Bulgarienreise im Oktober 1940.[16] Für die Teilnahme an einer volksdeutschen Arbeitstagung im jugoslawischen Neudorf sowie einer Konferenz prawoslavischer Kirchen Jugoslawiens in Belgrad hatte noch der lapidare Hinweis darauf genügt, daß der Besuch im »deutschen kultur- und volkspolitischen Interesse«[17] läge, um eine Reisegenehmi-

genauen Zeitpunkt der Versetzung von Twardowskis nannte Gerstenmaier nicht. Eidesstattliche Erklärung von Eugen Gerstenmaier für Fritz von Twardowski vom 21. April 1947. ACDP, I-210–036/2.

12 Brief Eugen Gerstenmaiers an Peter W. Ludlow vom 30. August 1967. ACDP, I-210–038/1.

13 Schreiben der Alexander von Humboldt-Stiftung an das Auswärtige Amt vom 8. Dezember 1941. BA Dahlwitz, P 879.

14 Der aus dem »Beamtenstab des alten Auswärtigen Amtes« stammenden Altenburg war Gerstenmaier zugeneigt, wie aus den Memoiren des Kirchheimers hervorgeht. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 127. Ab Herbst 1941 war Günter Altenburg als Bevollmächtigter des Reiches für Griechenland in Athen tätig.

15 Durch Zusammenlegung der bis dahin selbständig agierenden Referate »Partei« und »Deutschland« ging im Mai 1940 die Abteilung Deutschland unter Leitung Martin Luthers hervor. Offenbar genoß Luther das Vertrauen Ribbentrops und er vermochte besonders zwischen 1940 und 1942 »bestimmenden Einfluß auf Politik und Personal des AA« auszuüben. H.-J. Döscher, SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich, 1991, S. 205.

16 Gerstenmaier weilte vom 1. bis 11. Oktober in Bulgarien und nahm vom 12. bis 20. Oktober 1940 an den Konferenzen in Neudorf und Belgrad gemeinsam mit Bischof Heckel teil. BA Dahlwitz, P 879, Bl. 38.

17 Interne Anordnung der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes vom 25. September 1940. BA Dahlwitz, P 879, Bl. 39.

gung und ein Empfehlungsschreiben an die jeweiligen deutschen Botschaften zu erhalten. Gleiches galt für die Reisen Gerstenmaiers in die Niederlande im November 1940 und auf den Balkan im Dezember des gleichen Jahres.[18] Diese Besuche waren gemeinsam mit Hans Schönfeld vorbereitet worden und dienten der Aufrechterhaltung der ökumenischen Beziehungen.[19] Darüber hinaus versuchte der schwäbische Theologe vor allem in den Niederlanden seine Visite dazu zu nutzen, um die Chance auf eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Oppositionellen zu sondieren.[20] Aber schon im September 1940 hatten sich Veränderungen angedeutet. Der Antrag des Kirchlichen Außenamtes auf Erteilung eines Dauersichtvermerkes für Gerstenmaier[21], der von der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes befürwortet worden war[22] und ihn von dem vor jeder Fahrt ins Ausland zu stellenden Gesuch um eine Reisegenehmigung entbunden hätte, wurde ohne Angabe von Gründen durch die Abteilung Deutschland abgelehnt.[23] Diese Zurückweisung ließ bereits erkennen, daß sich Heckels Mitarbeiter aufgrund der zunehmenden Infiltration der Behörde mit überzeugten Nationalsozialisten[24] nicht

[18] Gerstenmaier reiste vom 24. bis 29. November 1940 in die Niederlande und hielt sich im Verlauf seiner Gespräche mit dem niederländischen Klerus in Amsterdam, Leiden, Den Haag und Rotterdam auf. Die Kontaktpflege zu den orthodoxen Kirchen und die Auswahl von Stipendiaten waren die Gründe für die Balkanreise des Theologen vom 3. und 20. Dezember 1940. Gerstenmaier besuchte im Verlauf seiner Reise Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die Slowakei und Jugoslawien.

[19] Schon im August 1940 hatte Hans Schönfeld im Auftrag der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes eine Reise in die Niederlande unternommen. Als Zweck des Aufenthaltes wurde über die Kontaktaufnahme zu der niederländischen Kirchenleitung hinaus, die »Beschaffung von Unterlagen der gegnerischen Greuelpropaganda hauptsächlich in den USA« angegeben. Undatierter Bericht seiner Reise in die Niederlande vom 22. bis 27. August 1940. BA Dahlwitz, P 879, Bl. 42. Es ist anzunehmen, daß Schönfeld – entgegen dem Wortlaut des offiziellen Berichts – den Kontakt mit niederländischen Widerstandskreisen vorzubereiten versuchte. Hierauf deuten nicht nur die Aussagen Gerstenmaiers hin, der die im Rahmen der Ökumene durchgeführten Visiten als getarnte Widerstandstätigkeit beschrieben hatten. Auch Schönfeld legte Wert darauf, in den Schlußzeilen seines Rapports auf die Notwendigkeit eines intensiveren Austausches zwischen deutschen und niederländischen Wissenschaftlern sowie den Männern der theologischen Praxis zu verweisen.

[20] Gerstenmaier erinnerte sich, daß er sich gemeinsam mit Hans Schönfeld bereits während seiner Schwedenreise im September 1940 für den deutschen Widerstand eingesetzt und diese Bemühungen in den Niederlanden fortgesetzt habe. Brief Eugen Gerstenmaiers an Armin Boyens vom 8. März 1971. ACDP, I-210–037.

[21] Gesuch Bischof Heckels an das Auswärtige Amt vom 19. August 1940. BA Dahlwitz, P 879, Bl. 49.

[22] Die kulturpolitische Abteilung unterstützte den Antrag des Kirchlichen Außenamtes, da die Tätigkeit Gerstenmaiers im »Deutschtumsinteresse« lag. Vermerk für Abteilung D V von Referent Fleissner vom 23. August 1940. SAPMO, DP 3 243–11/1973, Bl. 51.

[23] Ablehnung des Antrags auf Erteilung eines Dauersichtvermerks durch Abteilung D V vom 2. September 1940. BA Dahlwitz, P 879, Bl. 57.

[24] Querg verweist darauf, daß »Himmler das Auswärtige Amt stark mit SS-Mitgliedern und Informanten« infiltriert habe. T. Querg, Spionage und Terror, 1997, S. 170.

mehr des Vertrauens des Auswärtigen Amtes sicher sein konnte.[25] In der Wilhelmstraße wurde nun verstärkt Wert darauf gelegt, über die jeweiligen Schritte Gerstenmaiers vorab unterrichtet zu werden, um gegebenenfalls nicht angemessen erscheinende Auslandsverpflichtungen des Konsistorialrats im Ansatz zu unterbinden.

Das Gerstenmaier entgegenschlagende Mißtrauen stand im Zusammenhang mit der durch die verweigerte Dozentur ausgelösten Diskussion um seine politische Zuverlässigkeit. So lagen zwischen endgültiger Ablehnung seiner Dozentur und Abweisung seines Antrags auf einen Dauersichtvermerk nur drei Tage. Gerstenmaier war zu diesem Zeitpunkt bereits seit einigen Monaten in das Fadenkreuz der nationalsozialistischen Überwachungsmaschinerie geraten. Die Zweifel gegenüber dem vermeintlich der »Bekenntnisfront«[26] nahestehenden Theologen wurden im Mai 1941 noch dadurch genährt, daß Gerstenmaier weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen mit Ausnahme der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) angehörte. Selbst die SA-Mitgliedschaft, zu der sich Gerstenmaier laut eigenen Beteuerungen bereits in Rostocker Studientagen entschlossen hatte, ließ sich nach einer Überprüfung nicht verifizieren.[27] Aber es gelang den Vertrauten Gerstenmaiers im Auswärtigen Amt zu diesem Zeitpunkt noch, die vor allem seitens der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) geäußerten Bedenken insoweit zu zerstreuen, daß seine Mitarbeit im Kirchlichen Außenamt gesichert war. Deutlich wurde aber bereits die sich innerhalb des Auswärtigen Amtes abzeichnende Kluft zwischen den Gerstenmaier geneigten Diplomaten des kulturpolitischen Bereichs bzw. der Informationsabteilung, die der Behörde mehrheitlich bereits vor 1933 angehört hatten[28], und den regimetreuen Mitarbeitern der Abteilung Deutschland. Ab Anfang Mai 1941 fiel es den Fürsprechern[29] des Theologen zunehmend schwerer,

---

[25] Zur Instrumentalisierung des Auswärtigen Amtes durch die Nationalsozialisten vgl. unter anderem: W. Michalka, »Vom Motor zum Getriebe«, in: W. Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg, 1990, S. 249–259.

[26] Schreiben der Sicherheitspolizei und des SD an das Auswärtige Amt vom 18. April 1941. PA, Inland I D, R 98797.

[27] Gerstenmaier wurde zum Vorwurf gemacht, daß er im Verlauf seines Dozentenlehrganges geäußert habe, der SA bereits seit 1928 anzugehören. Vermerk des Auswärtigen Amtes vom 15. Mai 1941. Schreiben der Sicherheitspolizei und des SD an das Auswärtige Amt vom 18. April 1941. PA, Inland I D, R 98797. Aus einer Randbemerkung im selben Dokument wird deutlich, daß die »Angelegenheit Gerstenmaier« Kreise zu ziehen begann. Der Beschäftigte des Auswärtigen Amtes Pusch hatte in diesem Zusammenhang »auf Wunsch von Pg. Büttner mit SS-Hauptsturmführer Dr. Prinzig, Dienststelle Ribbentrop« gesprochen. »Dieser«, so hieß es weiter, »wird seinerseits Sturmbannführer Hartl anrufen, bittet aber an Sturmbannführer Hartl auch unmittelbar heranzutreten und ihn wegen Gerstenmaiers angeblicher SA-Dienstzeit zu befragen.«

[28] Heckel sprach von »kirchlich gesinnten Beamten im Auswärtigen Amt und in der alten Diplomatie«, die Gerstenmaier »nach Kräften« halfen. Ausführungen, die Theodor Heckel am 14. April 1961 zur Person und Tätigkeit seines ehemaligen Mitarbeiters Eugen Gerstenmaier in der Strafsache Gerstenmaier gegen Ramcke vor dem Landgericht Kiel zu Protokoll gab. ACDP, I-210–025.

[29] In der Informationsabteilung begegnete Gerstenmaier unter anderem Adam von Trott zu Solz und dem Legationsrat Hans von Haeften. Beide Männer arbeiteten mit ihm aktiv im Widerstand gegen Hitler. Ausführungen Eugen Gerstenmaiers an Peter W. Ludlow vom 27. Februar 1968. ACDP, I-210–038/1.

dessen Auslandstätigkeit als im Sinne der außenpolitischen Interessen des Reichs liegend zu interpretieren. Die Informationsabteilung griff deshalb zu einem Trick und gestand durchaus die starke kirchliche Bindung Gerstenmaiers ein; unter geschickter Aufnahme der Kritik des SD funktionierte sie Gerstenmaier aber zu einem willigen Instrument des Auswärtigen Amts um. In einer Notiz Altenburgs an die Mitarbeiter des Deutschland-Referates hieß es dazu: »Vorsorglicherweise habe ich mich mit dem Sachbearbeiter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD noch fernmündlich in Verbindung gesetzt, der sich dahin äußerte, Gerstenmaier sei weltkirchlich eingestellt und habe in kirchenpolitischer Hinsicht bisher seinen Mantel nach dem Wind gedreht. Der Sachbearbeiter teilt die Ansicht, daß Gerstenmaier heute nicht mehr Theologe ist insofern, als es ihm Angst wäre, wenn er wieder in den theologischen Kirchendienst gehen müßte. Bei dieser Sachlage sehe ich keinerlei Bedenken, Gerstenmaier wie bisher in der Rolle eines Agenten zu beschäftigen.«[30]

Doch hinderte dies die Widersacher Gerstenmaiers im Auswärtigen Amt, allen voran Parteigenosse Büttner, nicht, jeden Schritt des Kirchheimers argwöhnisch zu beobachten. Schon drei Monate später fand sich Büttner in seinem Mißtrauen gegenüber Eugen Gerstenmaier bestätigt. Im Verlauf ihrer Überprüfungsmaßnahmen hatte die Sicherheitspolizei eine Beurteilung der NSDAP-Kreisleitung Backnang erhalten, welche ihre kritische Einschätzung des Theologen zu rechtfertigen schien. Die Backnanger Nationalsozialisten bestätigten, daß sich Eugen Gerstenmaier keinerlei Verdienste um die Partei erworben habe und er »mit Vorsicht zu genießen«[31] sei. Trotz dieses harschen Urteils wurde dem 35jährigen im September 1941 überraschenderweise eine Balkanreise gestattet. Ziel seines Aufenthaltes in Serbien, Bulgarien, Griechenland und Rumänien war die Kontaktpflege mit den orthodoxen Kirchen sowie die Auswahl von Stipendiaten. Die Balkanvisite Gerstenmaiers wurde jedoch nur genehmigt, da das NS-Regime den Experten für ökumenische Beziehungen für seine außenpolitischen Zielsetzungen zu instrumentalisieren gedachte. Durch den Mitarbeiter des Außenamtes sollte zum Nutzen der deutschen Besatzungspolitik eine Intensivierung der Verbindungen mit den Führungspersönlichkeiten der orthodoxen Kirchen erfolgen.

Am Beispiel Serbiens, das im April 1941 von deutschen Truppen besetzt worden war, zeigten sich exemplarisch die balkanpolitischen Intentionen des Regimes bei der Zusammenarbeit mit Heckels Behörde. Die Besatzer erhofften sich, durch die Angehörigen des höheren Klerus eine Einflußnahme auf die einheimische Bevölkerung

---

[30] Notiz der Informationsabteilung an das Referat Deutschland vom 8. Mai 1941. Ebd.

[31] Der SD zitierte in einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 27. August 1941 die Stellungnahme des NSDAP-Kreisleiters in Backnang. Darin hieß es: »Er [Gerstenmaier, D. G.] fiel mir aber damals schon auf durch fortwährendes Gerede von seinem ›alten Kämpfertum‹, sodaß ich ihn damals, da er weder Pg. [Parteigenosse, D. G.] noch SA-Mann war, warnte, derart den Anschein zu verschaffen, als ob er Pg. wäre. Als er von G[aildorf] weg kam, prahlte er damit, daß er auf ganz wichtige Auslandsposten käme im Auftrag des Reichsaußenministeriums. Ich wunderte mich schon damals darüber, daß ausgerechnet ein derartiger Großsprecher an eine ›so wichtige Stelle‹ kommen solle, von dem doch keinerlei Verdienste um die Partei bekannt geworden waren. Gerstenmaier ist also mit aller Vorsicht zu genießen.« ACDP, I-210–004/1.

erzielen zu können. Durch eine enge Kooperation mit den kirchlichen Vertretern vor Ort versprachen sich die Deutschen eine höhere Akzeptanz durch die Einwohner und in letzter Konsequenz damit auch einen erfolgreichen Kampf gegen serbische Widerstandsgruppen und pro-kommunistische Kräfte. Im Herbst 1941 hatte deshalb eine Verbesserung der Beziehungen zur serbisch-orthodoxen Kirche[32], die dem Deutschen Reich nicht zuletzt aufgrund der mit deutscher Billigung durchgeführten Unterdrückung der serbischen Minderheit in Kroatien durch die Ustascha[33] mehrheitlich ablehnend gegenüberstand, Priorität.[34] Da die Kirchenführer zudem Distanz zur Kollaborationsregierung unter Nediæ wahrten, erhoffte man sich durch die Entsendung eines Mitarbeiters des Kirchlichen Außenamtes eine Beeinflußung des obersten Leitungsgremiums, der Heiligen Synode[35], im Sinne der deutschen Besatzungsmacht.[36] Die Aufgabe Eugen Gerstenmaiers in Serbien bestand allerdings nicht nur in der Kontaktaufnahme zu den führenden Persönlichkeiten der orthodoxen Kirche und dem Versuch, diese zur Kooperation zu bewegen. Vielmehr versuchte das Auswärtige Amt, durch Gerstenmaiers Kenntnisse der serbischen Interna eine Klärung der diffusen kirchlichen Führungsstrukturen herbeizuführen. Besonders wichtig war der Besatzungsmacht die Beendigung des Machtvakuums in der serbischen Kirche, daß durch die von deutscher Seite angeordnete Internierung des Patriarchen verursacht worden war. Ferner sollte mit der Einsetzung eines gefügigen Oberhaupts eine deutschfreundlichere Haltung der serbischen Kirche erzwungen werden. Eugen Gerstenmaier unterstützte den Austausch der kirchlichen

---

[32] Der im Stab des serbischen Militärbefehlshabers tätige Gesandte des Auswärtigen Amtes, Benzler, beklagte in einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 22. Oktober 1941 die Distanz der Kirchenleitung zu den deutschen Besatzungsbehörden. Benzler, dessen Bericht auf Gespräche mit Eugen Gerstenmaier Bezug nahm, kritisierte besonders, daß die serbische Kirche, die »ihrer Natur nach antikommunistisch ist und antikommunistisch sein müßte, sich nicht dazu aufraffen kann, irgendwie gegen die kommunistische Aufstandsbewegung Stellung zu nehmen.« BA Dahlwitz, P 879, Bl. 168.

[33] Die 1929 gegründete Organisation radikaler kroatischer Nationalisten herrschte unter Paveliæ von 1941 bis 1945.

[34] Der Gesandte des Auswärtigen Amtes, Benzler, berichtete seinen Vorgesetzten in Berlin am 7. Oktober 1941 von dem Wissen der serbischen Kirche, daß »auf dem Gebiet des kroatischen Staatswesens alle jenen Elementen, die sich zum pravoslavischen Glauben bekennen, in einer Weise bekämpft werden, die oft GPU-Methoden kaum nachsteht.« BA Dahlwitz, P 879, Bl. 150.

[35] Die Synode fungierte als oberstes leitendes Organ der serbischen Kirche, das auch Beschlüsse von politischer Tragweite treffen konnte; sie setzte sich aus vier Bischöfen und dem Patriarchen zusammen.

[36] Die Entsendung Gerstenmaiers nach Serbien war nicht die einzige Möglichkeit des Kirchlichen Außenamtes, Einfluß auszuüben. In Belgrad fungierte seit 1941 der Pfarrer der deutschen evangelischen Auslandsgemeinde in Belgrad, Bernhard Bornikoel, als Vertreter des Heckel'schen Amtes vor Ort. Über seine Tätigkeit in Belgrad führte Bornikoel aus: »Eine besondere Seite der Arbeit in Belgrad stellte die wachsende Verbindung mit der orthodoxen Kirche dar. War diese schon in den ersten Jahren verschiedentlich aufgenommen worden, so war sie verstärkt erwünscht und von der anderen Seite begrüßt nach der deutschen Besetzung, die die orthodoxe Kirche zumal bei der Aufspaltung des Landes in nationale und bolschewistische Kreise in große innere und äußere Bedrängnis brachte.« Darlegung der Tätigkeit des Kirchlichen Außenamtes der DEK von Bernhard Bornikoel vom 10. Oktober 1945. ACDP, I-210–035/1.

Führung in Serbien durchaus. In Absprache mit dem Gesandten des Auswärtigen Amtes Benzler riet er dazu, Bischof Nikolai, einen erklärten Gegner des abgesetzten Patriarchen Gavrilo, »in Front und Führung zu bringen«, um somit auch die »antibolschewistische Propaganda« intensivieren zu können.[37]

In vergleichbarer Weise setzte Gerstenmaier sein Wissen über die orthodoxen Kirchen in Bulgarien, Griechenland und Rumänien im Sinne der außenpolitischen Interessen des Deutschen Reiches ein, um eine Eindämmung des russischen Einflusses zu erzielen. Die Vorschläge Gerstenmaiers zur Behandlung der orthodoxen Kirchen in Südosteuropa belegten seine antikommunistische Grundhaltung. Der Leiter der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, von Twardowski, subsumierte die Anregungen des in die Heimat zurückgekehrten Eugen Gerstenmaiers folgendermaßen: »Für Serbien: die Heranziehung der orthodoxen Kirchenführung zur Konsolidierung der Regierung und zur Beeinflussung der Bevölkerung in unserem Sinne, für Bulgarien: den Einsatz der orthodoxen Geistlichkeit für grosszügige Bekämpfung der bolschewistischen Propaganda in Bulgarien – gegen das Versprechen der Vermittlung in den Differenzen zwischen bulgarischer und griechischer Orthodoxie, für Griechenland: Fernhaltung der orthodoxen Geistlichkeit von einem Paktieren mit der Kurie, Fühlungnahme mit dem Ökumenischen Patriarchat in Istanbul, für Rumänien: Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit dem führenden Kopf der rumänischen Orthodoxie, Professor Nichifor Crainic.«[38]

Doch trotz seiner engagierten Mithilfe bei der Kontaktaufnahme zu den orthodoxen Nationalkirchen und der Analyse ihrer Führungsstrukturen blieben SD und Auswärtiges Amt weiterhin skeptisch und zeigten sich von den Ergebnissen Gerstenmaiers auf dem Balkan, die sich in seinen Reiseberichten[39] widerspiegelten, wenig angetan. Im November 1941 führte die mit der Gegnerüberwachung befaßte Abteilung IV der Sicherheitspolizei und des SD beim Auswärtigen Amt über die Bemühung des Theologen in Südosteuropa sogar offiziell Klage. Zum Vorwurf wurde ihm vor allem sein Versuch gemacht, einen Lebensmitteltransport für Griechenland organisiert zu haben, in dessen Verlauf er angeblich die Hilfe Englands in Anspruch ge-

---

[37] Bericht Eugen Gerstenmaiers über seinen Besuch der orthodoxen Nationalkirchen des Südostens vom 2. bis 22. September 1941. BAB, R 901/69300, Bl. 63.

[38] Vorlage des Gesandten von Twardowski für den Staatssekretär im Außenministerium vom 14. Oktober 1941. BAB, R 901/69300, Bl. 81.

[39] Zum Tenor der Rapporte, die dieser über seine Balkanreise vom September 1941 anfertigte, kann Gerstenmaier nur zugestimmt werden, der am Beispiel seines Griechenlandaufenthaltes im Hinblick auf die Interpretation seiner Berichte folgendes bemerkte: »Mein Reisebericht [...] muss in dem Bewusstsein gelesen und gewertet werden, dass er zwar soviel als möglich von dem wiedergibt, was mich bei meiner damaligen Griechenlandreise bewegt und beschäftigt hat. Er kann aber nicht gewertet werden wie ein objektiver Reisebericht, der in einem freiheitlichen Rechtsstaat abgegeben wird.« Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Hagen Fleischer vom 27. September 1971. ACDP, I-210–037. Zum Sprachgebrauch im Nationalsozialismus vgl. unter anderem ausführlich: G. Bauer, Sprache und Sprachlosigkeit im »Dritten Reich«, 1988.

nommen hatte.[40] Darüber hinaus fand das von Gerstenmaier vorangetriebene Stipendiatenprogramm das Mißfallen der Nationalsozialisten, die einen Aufenthalt der orthodoxen Theologen in Deutschland als politisch bedenklich einstuften. Der SD forderte vor diesem Hintergrund das Auswärtige Amt auf, Gerstenmaier, der in »keiner Weise den gegenwärtigen politischen Interessen des Reiches gerecht geworden«[41] sei, künftige Reisegenehmigungen zu versagen. Die Abteilung Deutschland im Auswärtigen Amt nahm den Inhalt des Schreibens mit Genugtuung auf und fühlte sich in ihrer Einschätzung des Mitarbeiters Bischof Heckels bestätigt. In einer Notiz an seine Kollegen der Informationsabteilung leitete Legationsrat Büttner deshalb seine Vorschläge zum künftigen Vorgehen im »Fall Gerstenmaier« selbstgerecht mit den Worten ein: »Abteilung Deutschland hat von Anbeginn der Tätigkeit Dr. Gerstenmaiers sehr skeptisch gegenübergestanden und sich gegen seine Verwendung durch das Auswärtige Amt ausgesprochen.«[42] Büttner plädierte im einzelnen für die Einziehung seines Dienstpasses und die Aufhebung seiner UK-Stellung. Trotz der Versicherung des Gesandten von Twardowski, daß Gerstenmaier seine Tätigkeit für das Auswärtige Amt mit Sachkenntnis und Erfolg ausgeübt habe, war die Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes mit dem Konsistorialrat ab dem Frühjahr 1942 nicht weiter aufrechtzuerhalten.[43] Dem Druck, der seitens des Sicherheitsdienstes und der im Auswärtigen Amt beschäftigten Nationalsozialisten gegen Eugen Gerstenmaier erzeugt wurde, konnte schließlich auch die Informationsabteilung nicht mehr standhalten. In einer Mitte Februar anberaumten internen Sitzung wurde deshalb beschlossen, den befristeten Dienstpaß Gerstenmaiers nicht zu erneuern und sein Aufgabengebiet im Auswärtigen Amt neu zu besetzen.[44] Um ihm weiterhin die Möglichkeit zu geben, seiner ökumenischen Arbeit nachzukommen und seine Einziehung zum Kriegsdienst zu umgehen, ge-

---

[40] Seine Bemühungen zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung sollen hier am Beispiel Griechenlands veranschaulicht werden. Gerstenmaier hatte durch die von ihm betreuten griechischen Stipendiaten und durch seine Kontakte mit dem griechischen Klerus von den Engpässen in der Lebensmittelversorgung erfahren. Zur Verbesserung der Situation versuchte der Theologe unter Nutzung seiner Kontakte in der ökumenischen Bewegung, den Transport des für Griechenland bestimmten Getreides, das in Ägypten lagerte, zu bewerkstelligen. Die von der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes und der Abteilung Abwehr im OKW unterstützte Lieferung der Hilfsgüter scheiterte aber letztendlich, in Gerstenmaiers Worten, »an dem Misstrauen bzw. Einspruch des Reichssicherheitshauptamtes oder von Parteistellen.« Brief Eugen Gerstenmaiers an Armin Boyens vom 8. März 1971. ACDP, I-210–037.

[41] Schreiben der Abteilung IV der Sicherheitspolizei und des SD vom 24. November 1941 an das Auswärtige Amt. PA, Inland I D, R 98797.

[42] Notiz der Abteilung Deutschland, Büttner, an die Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes vom 30. Dezember 1941. Ebd.

[43] Schreiben des Leiters der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Fritz von Twardowski, an Bischof Heckel vom 28. Februar 1942. EZA, 5/3330.

[44] Als Nachfolger Gerstenmaiers wurde der als Osteuropaexperte geltende Kirchenrechtler Hans Koch ins Gespräch gebracht. Besprechungsnotiz des Auswärtigen Amtes vom 17. Februar 1942. BAB, R 901/69301, Bl. 151.

lang es den Vertrauten Eugen Gerstenmaiers indes, seine Abstellung zur Abteilung Abwehr im OKW zu arrangieren.[45]

Die unter Leitung von Admiral Canaris stehende Abwehr bot Gerstenmaier die Chance, seine Tätigkeit für die ökumenische Bewegung und seine Auslandsaufenthalte fortzusetzen. Auch im OKW war der Kirchheimer von Personen umgeben, die gewillt waren, seine Aktionen zu decken. Der 36jährige fand diese Unterstützung hauptsächlich bei Karl Ludwig Freiherr von Guttenberg und Justus Delbrück, die nicht nur eine Verlängerung seiner UK-Stellung erwirkten, sondern die ihm für rund eineinhalb Jahre die Fortführung seiner oppositionellen Arbeit ermöglichten. Es erwies sich darüber hinaus als hilfreich, daß mit Hans Schönfeld, dem Mitarbeiter des Ökumenischen Rates, und Dietrich Bonhoeffer noch zwei weitere Vertreter der theologischen Zunft bei der Abwehr am Tirpitzufer untergekommen waren. Fast ohne Bezug zu ihren eigentlichen Arbeitsfeldern und Kompetenzbereichen wurden sie der Sektion Wirtschaft der Abwehr zugeteilt, wo ihnen die Beschaffung weltweit wirtschaftsrelevanter Informationen oblag.[46] Das OKW vermochte aus Eugen Gerstenmaiers Mitarbeit kaum großen Nutzen zu ziehen. Umgekehrt eröffnete diese Tätigkeit für die Abwehr dem in Ungnade gefallenen Schwaben jedoch die Chance, seine Auslandsreisen im Rahmen der ökumenischen Arbeit bis Ende 1943 aufrechtzuerhalten und sie als Informationsreisen zu tarnen. Die Tatsache, daß dem Konsistorialrat zwischen Mai 1942 und Oktober 1943 insgesamt weitere fünf Auslandsaufenthalte[47] gestattet wurden, war allerdings überraschend. Denn nicht nur die Aktivitäten von Gerstenmaier selbst wurden durch Staats- und Par-

---

[45] Eugen Gerstenmaier erinnerte sich, daß insbesondere die Intervention des Diplomaten Johannes Popitz seine Abkommandierung zur Abwehr ermöglichte. Ausführungen Eugen Gerstenmaiers vom April 1961 zu seiner Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt im Rahmen der Strafsache Gerstenmaier gegen Ramcke vor dem Landgericht Kiel. ACDP, I-210–025.

[46] In seinen Memoiren stufte Gerstenmaier die Ansprüche, die die Abteilung Abwehr an ihn stellte, als »bescheiden« ein. Er führte ferner aus, in welcher Form, er und sein Genfer Vertrauter Hans Schönfeld die an sie gestellte Aufgabe größtenteils erledigten: »Er, [Hans Schönfeld, D. G.], der Unermüdliche, machte sich in seinem Genfer Büro über die vielen Kirchenblätter aus allen Kontinenten her, die in der ökumenischen Zentrale zusammenkamen. Mit sicherem Blick für das wirtschaftlich möglicherweise Interessante zog der studierte Nationalökonom aus den weitverstreuten Nachrichten das heraus, was am Tirpitzufer vielleicht interessierte. Mir erschienen diese oft den Lokalnachrichten entnommenen Notizen meist so belanglos, daß ich gar nicht auf die Idee gekommen wäre, sie weiter zu beachten. Die Herren am Tirpitzufer verwunderten sich jedoch häufig, wie wir an die für sie angeblich interessanten Nachrichten aus weit entlegenen Gebieten gelangen konnten, ohne Gelder für kostspielige Reisen, Spione und Zuträger auszugeben. Wir schwiegen darüber wie ein Grab und wurden dadurch nur noch ein bißchen interessanter.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 143.

[47] Eugen Gerstenmaier reiste im Sommer 1942 (ein genaueres Datum war den Quellen nicht zu entnehmen) in die Schweiz, um dort mit Hans Schönfeld, Emil Brunner und dem Generalsekretär des Weltkirchenbundes, dem Niederländer Wilhelm Adolf Visser t'Hooft, zusammenzutreffen. Im Zuge der ökumenischen Kontaktpflege reiste er im März 1943 in die Schweiz und nach Italien. In Schweden, wo er sich vom 10. bis 15. Dezember 1942 sowie vom 30. September bis 6. Oktober 1943 aufhielt, besuchte er jeweils die Städte Stockholm, Uppsala und Sigtuna.

teistellen überwacht, sondern das Kirchliche Außenamt als Institution hatte in wachsendem Maße den Groll der nationalsozialistischen Machthaber auf sich gezogen.

7. Im Abseits

Einhergehend mit der Radikalisierung der nationalsozialistischen Politik und ihrer immer offensichtlicheren Einschätzung der christlichen Kirchen als weltanschauliche Gegner, hatte das Kirchliche Außenamt beim NS-Regime schon seit langem als suspekt gegolten. Im März 1942 war im Zuge dieser Entwicklung vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD an Unterstaatssekretär Luther im Auswärtigen Amt die Weisung ergangen, von einer Heranziehung kirchlicher Organisationen für außenpolitische Aufgaben abzusehen, da die Kirchen »grundsätzlich aus der politischen Arbeit auszuschalten«[1] seien. Reinhard Heydrich selbst war die Behörde ein besonderer Dorn im Auge. Seinen Standpunkt machte Heydrich in einem Brief an den Reichsaußenminister im Frühjahr 1942 deutlich und seine vernichtende Kritik an Heckel besiegelte schließlich das Schicksal der kirchlichen Behörde: »Nach den mir vorliegenden Unterlagen«, so geht aus den Zeilen Heydrichs an Ribbentrop hervor, »verfolgt das Kirchliche Aussenamt unter der Leitung des Bischofs Heckel das Ziel die protestantischen und orthodoxen Kirchen Europas nach Ausschaltung des angelsächsischen Einflusses an sich zu fesseln und sich damit zur europäischen Zentralstelle aller nicht-römischen christlichen Kirchen zu machen. Die Folge dieser Politik wird u.a. sein, dass auch der deutsche Protestantismus, dessen antivölkische und antinationalsozialistische Haltung gerade während des gegenwärtigen Krieges immer wieder bewiesen werden konnte, mit Hilfe des Auslandes neuen Auftrieb erhält und deshalb mit erheblich grösseren Forderungen dem Nationalsozialismus gegenübertreten wird. Bischof Heckel bietet nach meiner Auffassung in persönlicher Hinsicht nicht die Gewähr, die politischen Interessen des Reiches im Ausland – und sei es nur auf dem kirchlichen Sektor – einwandfrei zu vertreten. Als deutscher evangelischer Bischof verfolgt er lediglich das Ziel, die Stellung der evangelischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus mit Hilfe seiner Auslandsbeziehungen zu festigen.«[2]

Diese Zeilen Heydrichs setzten eine Kettenreaktion in Gang, an deren Ende das kirchliche Amt ins Abseits manövriert worden war und jegliche Anbiederungsversuche des Bischofs ins Leere liefen. Den Inhalt des Schreibens von Heydrich aufnehmend, erließ Außenminister Ribbentrop im Juni 1942 die Anordnung, daß das Auswärtige Amt sich künftig jeglicher Beziehung zum Leiter des Kirchlichen Au-

---

[1] Anordnung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 12. März 1942. PA, Inland I D, R 98797.

[2] Schreiben Reinhard Heydrichs an Außenminister Ribbentrop vom 2. April 1942. PA, Inland I D, R 98798.

ßenamtes bzw. dessen Mitarbeiter, Eugen Gerstenmaier, zu enthalten habe.[3] Staatssekretär von Weizsäcker fiel die Aufgabe zu, Bischof Heckel von dieser Weisung Joachim von Ribbentrops in Kenntnis zu setzen.[4] Eine vollständige Auflösung des Kirchlichen Außenamtes kam trotz dieser Maßnahmen für das Regime nicht in Frage. Es war auch den überzeugtesten Nationalsozialisten klar, daß die Kontakte zu ausländischen Kirchen von Personen gepflegt werden mußten, die aus den Reihen der DEK stammten. Besonders die Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amtes plädierte deshalb für einen Austausch der Außenamtsleitung und eine Besetzung der Positionen mit Männern aus dem Führungszirkel der DEK, deren Regimetreue außer Frage stand und die durch eine »sachgemässe und geschickte Steuerung der kirchenpolitischen Dinge die deutschen aussenpolitischen Interessen«[5] zu sichern vermochten. Dieser Plan wurde allerdings bis zum Kriegsende nicht umgesetzt. Die Parteikanzlei griff auf die Vorschläge des Referates D XII erst im Herbst 1944 im Zeichen des »totalen Kriegs« zurück und forderte eine Neubesetzung des Kirchlichen Außenamtes mit »einwandfreien«[6] Männern. Die Münchner Intervention führte dann auch umgehend zur Aufhebung der UK-Stellungen von Bischof Theodor Heckel und seines Stellvertreters, des Oberkonsistorialrats Hans Wahl. Heckel konnte der drohenden Aufforderung zum Dienst in Hitlers Armee überraschenderweise aufgrund einer Anordnung des SD entgehen, in der zwar eine Aufhebung der UK-Stellung des Bischofs Unterstützung fand, eine Einberufung zur Wehrmacht oder eine Notdienstverpflichtung aber abgelehnt wurde.[7] Heckels Stellvertreter Wahl hatte weniger Glück. Nachdem sich SS-Hauptsturmführer Kolrep von der

---

[3] Anordnung von Reichsaußenminister Ribbentrop an seinen Staatssekretär von Weizsäcker vom 1. Juni 1942. Ribbentrop bat allerdings darum, den Abbruch der Beziehungen nach außen hin nicht »auffällig in die Erscheinung« treten zu lassen. Ebd.

[4] In einer behördeninternen Notiz vom 19. Juni 1942 schilderte von Weizsäcker die Unterredung mit Heckel folgendermaßen: »Ich habe den Bischof Heckel heute zum letzten Mal empfangen und ihm gesagt, die Zusammenarbeit zwischen dem Kirchlichen Aussenamt und dem Auswärtigen Amt in Angelegenheiten der Betreuung der deutschen Kirchen im Auslande könne fortgesetzt werden. Wegen aller übrigen Materialien, die zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Kirchlichen Aussenamt bisher behandelt worden sind, müsse der Geschäftsverkehr aufhören. Es sei ein neues Referat im Auswärtigen Amt in der Abteilung Deutschland gegründet worden und zwar unter der Leitung von Herrn Büttner. Dieses Referat sei für die zwischen uns künftig noch zu behandelnden Kirchenfragen zuständig. Ich bäte, den Geschäftsverkehr für die noch übrig gebliebenen Materialien anstelle der mündlichen Vorsprachen des Bischofs Heckel und des Herrn Gerstenmaier künftig auf den schriftlichen Weg überzuführen.« Ebd.

[5] Das Referat D XII schlug in einer Notiz vom 14. Oktober 1942 als Ersatz für Theodor Heckel den mecklenburgischen Landesbischof Schultz vor, der als »leicht zu beeinflussen« charakterisiert wurde. Ferner ins Gespräch gebracht wurden der Theologieprofessor Georg Wobbermin sowie der Oberkirchenrat Schmidt zur Nedden, dessen »einwandfreie weltanschauliche Einstellung« Lob erfuhr. PA, Inland I D, R 98819.

[6] Fernschreiben der Parteikanzlei vom 25. August 1944 an SS-Hauptsturmführer Kolrep im Auswärtigen Amt. PA, Inland I D, R 98799.

[7] Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an das Auswärtige Amt vom 6. September 1944. Ebd.

Abteilung Inland des Auswärtigen Amtes[8] beim Berliner Wehrbezirkskommando VIII für eine sofortige Einberufung Wahls stark gemacht hatte, war der Kriegseinsatz des 40jährigen Theologen im September 1944 nicht mehr zu verhindern. Dennoch vermochten es die Nationalsozialisten vor der Kapitulation nicht mehr, die Führungspositionen des Außenamtes wie angekündigt mit den ihnen gefügigen Kirchenmännern zu besetzen.

Allerdings hatte es nicht erst des Damoklesschwertes der Einberufung bedurft, um das Kirchliche Außenamt weitgehend zu neutralisieren. Mit der Kappung der Kontakte zum Auswärtigen Amt im Sommer 1942 war die kirchlichen Behörde ihrer essentiellsten Verbindung zur Regierung beraubt worden. Zudem war die Fortführung der Arbeit des Amtes durch die Beschneidung der von der Regierung bereitgestellten Finanzmittel und Devisen stark gefährdet.[9] Im Sommer 1943 gingen die nationalsozialistischen Machthaber sogar noch einen Schritt weiter. Auf Drängen des Leiters der Gruppe Inland im Auswärtigen Amt, SA-Brigadeführer Frenzel, wurde die Stipendiatenbetreuung ab Juni 1943 wieder dem Deutschen Studienwerk für Ausländer übertragen. Ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsbereichs Orthodoxie war damit aus dem Verantwortungsbereich des Kirchlichen Außenamtes herausgelöst worden.[10] Die Aufgabenumverteilung schmerzte um so mehr, als mit der Selektion und der Betreuung der orthodoxen Theologen dem Außenamt gerade das Tätigkeitsfeld mit der größtmöglichen Eigenständigkeit genommen wurde. Bereits im Dezember 1942 war dem Amt Heckels eine zu enge Verbindung mit der Orthodoxie und die unrechtmäßige Pflege von politischen Kontakten zu Missionschefs südosteuropäischer Staaten zum Vorwurf gemacht worden. Bischof Heckel hatte im Januar 1943 auf diese Zurechtweisung des Auswärtigen Amtes mit Empörung reagiert. Er verwahrte sich gegen die Einmischung in die kirchlichen Aufgaben der DEK und drohte damit, künftig nicht mehr als Erfüllungsgehilfe na-

---

[8] Die Gruppen Inland I und II des Auswärtigen Amtes waren Verbindungsreferate zur NSDAP und ihrer Untergliederungen sowie zu den Dienststellen des Reichsführers SS. Entsprechend einer Notiz des im Auswärtigen Amt beschäftigten von Rintelen vom 30. September 1944 war die Schaffung dieser Referate nötig geworden, um die »in allen das Ausland berührenden Fragen unentbehrliche enge Fühlungnahme« zwischen dem Auswärtigen Amt und den Parteistellen zu gewährleisten. PA, Inland II – Geheim, R 100673.

[9] Im Unterschied zu den Jahren zuvor, wurden ab 1942 Pauschalanträge des Kirchlichen Außenamtes auf finanzielle Unterstützung nicht mehr genehmigt. Staatliche Beihilfe wurde nunmehr lediglich für spezifische Auslandsgemeinden in Einzelfällen und nach der Vorlage eines detaillierten Antrags gewährt. BAB, R 5101/23718.

[10] Als Grund für die Aufgabenumverteilung verwies Frenzel auf die politische Unzuverlässigkeit des Kirchlichen Außenamtes und die angeblich unsachgemäß geführten Verwendungsnachweise der Gelder für die Stipendiatenförderung. Ferner wurde dem Außenamt vorgeworfen, daß Zweifel darüber entstanden seien, »ob vom Kirchlichen Außenamt nach aussen- und kulturpolitischen oder vielmehr allzusehr nach kirchenpolitischen Geschichtspunkten verfahren« werde. Vorlage Frenzels für den Staatssekretär im Außenministerium vom 2. Juni 1943. PA, Inland I D, R 98798. Frenzel bestätigte damit eine bereits im Dezember 1942 ergangene Anordnung des Auswärtigen Amtes, die dem Kirchlichen Außenamt die Betreuung der orthodoxen Stipendiaten entzogen hatte. PA, Inland I D, R 98800.

tionalsozialistischer Politik zur Verfügung zu stehen.[11] Seinem Protest war allerdings kein Erfolg beschieden, denn Heckels Position war schon zu geschwächt und das Abhängigkeitsverhältnis des Außenamts zu den nationalsozialistischen Machthabern zu stark ausgebildet, um eine Aufhebung der erlassenen Beschränkungen erzwingen zu können.

Gerstenmaiers Reaktion auf diese Maßregelungen durch das NS-Regime unterschied sich von der seines Vorgesetzten. Mit erstaunlicher Chuzpe versuchte er trotz Ribbentrops Anordnung vom Juni 1942 zunächst seine Arbeit mit den orthodoxen Kirchen weiterzuführen, obwohl der Konsistorialrat vom Auswärtigen Amt davon in Kenntnis gesetzt worden war, daß er in diesem Bereich als nicht mehr zuständig angesehen wurde. In einer internen Notiz vom September 1942 stellte die Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amts deshalb verärgert fest, daß der schwäbische Theologe »getarnt« weiterhin versuche, »seinen Einfluss auf die Behandlung der orthodoxen Kirchenfrage geltend zu machen«.[12] Auch von der Rüge des SS-Hauptsturmführers Kolrep Anfang Dezember, er habe unerlaubterweise mit Vertretern ausländischer Missionschefs in Deutschland Verhandlungen geführt, ließ sich Eugen Gerstenmaier nicht beeindrucken.[13] Im Februar 1943 schließlich führte Kolrep beim Staatssekretär erneut Klage über den Konsistorialrat und bezichtigte ihn abermals der unerlaubten Fortführung der Kontaktpflege mit den orthodoxen Nationalkirchen. Kolrep kreidete ihm bei dieser Gelegenheit nicht nur Eigenmächtigkeiten bei der Kontaktaufnahme beispielsweise mit der rumänischen Gesandtschaft in Berlin an. Des weiteren habe der Kirchheimer ohne vorherige Absprache mit dem Auswärtigen Amt Stipendiumszusagen für vier rumänische Theologen erteilt.[14]

Spätestens im Frühjahr 1943 mußte Gerstenmaier jedoch erkennen, daß selbst die geschickteste Tarnung seiner Arbeit dem Auswärtigen Amt nicht mehr verborgen blieb und er sich durch die fortlaufende Widersetzung gegen die ergangenen Anordnungen der Gefahr ernsthafter Repressionen aussetzte. Seine Aktivitäten für das Kirchliche Außenamt wurden genauestens beobachtet. Selbst die Erfüllung eines Auftrags des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten wurde ihm untersagt. Es hatte sich hierbei um die Weisung an Gerstenmaier gehandelt, er möge sich um die Bereitstellung von Räumlichkeiten für die bulgarischen und rumä-

---

[11] Der verbitterte Heckel führte im Einzelnen aus: »Das Kirchliche Außenamt wird in Zukunft von den politischen Zweckerwägungen absehen, mit denen seine zwischenkirchliche Arbeit auf die Veranlassung des Auswärtigen Amtes hin jahrelang schwer belastet wurde. Um des Reiches willen war das Kirchliche Außenamt zu diesem Schritt jederzeit bereit. Es wird nunmehr diesen Aufgabenkreis der Verantwortung und den Bemühungen des Auswärtigen Amtes selbst überlassen und sich darauf beschränken, die unerläßlichen kirchlich-persönlichen und kirchlich-wissenschaftlichen Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen wahrzunehmen, mit denen die Deutsche Evangelische Kirche bezw. der deutsche Protestantismus zum Teil seit Jahrhunderten verbunden sind.« BAB, R 5101/23174.

[12] Notiz des Auswärtigen Amtes, Referat D XII, vom 28. September 1942. PA, Inland I D, R 98800.

[13] Schreiben der Abteilung Inland des Auswärtigen Amtes an das Kirchliche Außenamt vom 9. Dezember 1942. Ebd.

[14] Notiz von SS-Hauptsturmführer Kolrep an den Nachfolger von Weizsäckers im Amt des Staatssekretärs, Freiherr von Steengracht, vom 5. Februar 1943. PA, Inland I D, R 98819.

nischen Kirchengemeinden im Deutschen Reich kümmern, denen die Seelsorge der orthodoxen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen oblag.[15] Das Auswärtige Amt unterband die Beschäftigung Gerstenmaiers mit dieser Aufgabe nach kurzer Zeit, indem die Behörde auf das ausgesprochene Verbot der Kontaktaufnahme mit den orthodoxen Kirchen verwies.[16]

Trotz dieser strikten Überwachung gelang es Gerstenmaier, noch bis zum Herbst 1943 unter dem Deckmantel der Tätigkeit für das OKW zu reisen. Seine Aufenthalte in Westeuropa und in Skandinavien dienten in dieser Phase in erster Linie seiner Widerstandsarbeit.[17] Vor allem die Fahrten nach Schweden erlaubten dem mittlerweile zum Kreisauer Kreis[18] gestoßenen Theologen, weitere Kontakte zu oppositionellen Gruppen zu knüpfen und mit Gleichgesinnten, Konzepte für ein postnationalsozialistisches Deutschland zu entwickeln.[19] Die gute Aufnahme in Schweden, der wachsende Unmut über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und sicherlich auch die Furcht vor Repressionen ließen Eugen Gerstenmaier, der Gedanken an eine Emigration bis zu diesem Zeitpunkt immer weit von sich gewiesen hatte, eine Übersiedlung nach Schweden in Erwägung ziehen. Mitentscheidend für diesen Meinungsumschwung dürfte wahrscheinlich gewesen sein, daß Gerstenmaier aufgrund seiner Widerstandstätigkeit Sanktionen gegen seine Familie zu befürchten begann.[20] Der schwäbische Konsistorialrat hatte für seinen Umzug nach Schweden die Unterstützung von Admiral Canaris gewinnen können und er bewarb sich im Herbst 1943 auf die vakante Pfarrstelle der deutschen protestantischen Gemeinde in Stockholm.[21] In Zusammenarbeit mit seinen schwedischen Bekannten waren daraufhin alle Vorbereitungen für eine Übersiedlung der gesamten Familie im November 1943 getroffen worden. Der Plan scheiterte indessen daran, daß die Geheime Staatspolizei ihre Zustimmung zur Ausreise verweigerte, nachdem Gerstenmaier es abge-

---

[15] Schreiben des Mitarbeiters im Reichskirchenministerium, Haugg, an Eugen Gerstenmaier vom 15. Mai 1942. BAB, R 5101/23177, Bl. 136.

[16] In einem Schreiben an das Reichskirchenministerium vom 10. März 1943 teilte das Auswärtige Amt mit, daß eine Befassung des Außenamtes mit der Zurverfügungstellung bzw. dem Erwerb von Räumlichkeiten für die bulgarische Kirche »grundsätzlich unerwünscht« sei. BAB, R 5101/23177, Bl. 152.

[17] Zum Weg Eugen Gerstenmaiers in den Widerstand vgl. ausführlich das vierte Kapitel, 1.

[18] Der aus Christen beider Konfessionen, aus Adligen, Militärs und Sozialdemokraten bestehende Widerstandsring wurde nach den Zusammenkünften auf dem Gut Graf Moltkes im niederschlesischen Kreisau benannt. Vgl. ausführlich dazu: G. VAN ROON, Neuordnung im Widerstand, 1967.

[19] Eugen Gerstenmaier war indessen nicht das einzige Mitglied der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis, das Schweden zahlreiche Besuche abstattet: Adam von Trott, Helmuth Graf James von Moltke und Theodor Steltzer reisten mehrfach zu Gesprächen in das skandinavische Land. Der Schwede Amanuens Henrik Lindgren, der sich mit den Kontakten des Kreisauer Kreises in Schweden befaßte, ging von der Existenz einer »schwedischen Kontaktgruppe« aus, die mit wechselndem Teilnehmerkreis zwischen November 1942 und Juni 1944 insgesamt zehn Mal mit deutschen Oppositionellen zusammentraf. Undatierte Aufstellung der Kontakte von Mitgliedern des Kreisauer Kreises in Schweden von Lindgren. ACDP, I-210–038/1.

[20] Seit dem 18. April 1943 hatte Eugen Gerstenmaier für sein erstes Kind, eine Tochter, dem das Ehepaar den Namen Cornelia Irene gab, Sorge zu tragen.

[21] B. GERSTENMAIER/E. GERSTENMAIER, Zwei können widerstehen, 1992, S. 55.

lehnt hatte, für den Sicherheitsdienst als Informant in Schweden tätig zu werden. Die Übersiedlungspläne Gerstenmaiers waren nach der Entziehung der Pässe zunichte gemacht geworden.[22]

Auslandsreisen wurden dem Kirchheimer von nun an nicht mehr gestattet[23] und auch seine Tätigkeit für das OKW wurde genau observiert. Das Arbeitsgebiet des umtriebigen Konsistorialrates für das Kirchliche Außenamt war in dieser Situation auf die Unterstützung Bischof Heckels bei der Betreuung der evangelischen Auslandsgemeinden, die Tätigkeit für das Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene[24] sowie die Befassung mit DEK-internen Themenbereichen beschränkt. Gerstenmaier unterließ es, erneut gegen die Beschneidung seines Aufgabengebiets anzukämpfen, wohl aus dem Wissen heraus, daß eine abermalige Auflehnung gegen den staatlichen Willen schwerwiegende Konsequenzen zur Folge haben könnte. Zudem bot dem schwäbischen Theologen die Fokussierung auf seine Widerstandsarbeit die Hoffnung, Deutschland bald von der Tyrannenherrschaft befreien zu können. Er begann sich seinem Schicksal zu fügen und konzentrierte sich auf die Erledigung der ihm noch verbliebenen Aufgaben im Kirchlichen Außenamt sowie seine oppositionelle Tätigkeit.

---

[22] Laut Schreiben des Sekretariats von Eugen Gerstenmaier an Amanuens Henrik Lindgren vom 4. Juni 1969 war die Ankunft der Familie Gerstenmaier für den 19. November 1943 geplant gewesen. ACDP, I-210–038/1.

[23] Spätestens zu dieser Zeit wurde Gerstenmaier vom Reichssicherheitshauptamt intensiv beobachtete. Eine undatierte Karteikarte, die nach Quellen des Ministeriums für Staatssicherheit aus den Unterlagen von Amt IV des RSHA stammte, stützt diese These. BStU, MfS-HA IX AV 14/87, Ordner 26. Als Motiv für die Anlage der Karteikarte ist denkbar, daß Gerstenmaiers Reiseaktivitäten aufmerksamer überwacht bzw. sein Paß eingezogen werden sollte. Sollte diese Annahme zutreffen, würde die Karteikarte aus dem Referat IV C 1 (Hauptkartei) des Amtes IV stammen, dessen Mitarbeiter Regimegegner observierten.

[24] Das Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene wurde unmittelbar nach Kriegsausbruch 1939 gegründet. Aufgabe war eine karitative Versorgung sowohl deutscher Zivilisten und Soldaten im Ausland als auch der in deutsche Gefangenschaft geratenen Kriegsgegner. Nach Aussage Eugen Gerstenmaiers war diese Einrichtung besonders der Parteikanzlei und General Reinecke vom Allgemeinen Wehrmachtsamt, ein Dorn im Auge. Eine Begründung, warum diese Einrichtung ins Kreuzfeuer der Kritik geriet, nannte er allerdings nicht. Bericht Eugen Gerstenmaiers in der Morgenausgabe der Neuen Zürcher Zeitung vom 23. Juni 1945.

Der Aufstand des Gewissens

1. Im Widerstand

Eugen Gerstenmaier war es bereits Ende 1938 zur Gewißheit geworden, daß die nationalsozialistische Ideologie über kurz oder lang Deutschland in einen Krieg führen würde. Auch ließ ihn die immer »aggressivere und militantere«[1] Kultur- und Kirchenpolitik der Regierung zu der Überzeugung gelangen, daß die Machthaber zunächst das Judentum und dann die beiden christlichen Kirchen zu vernichten beabsichtigten, da sie zwangsläufig Gegner des Nationalsozialismus waren. Eugen Gerstenmaiers Weg in den Widerstand war deshalb sowohl kirchlich als auch politisch motiviert.[2] Darüber hinaus ließ ihn sein Kampf gegen das verbrecherische Regime letztendlich auch in den Kreis der militärischen Opposition stoßen, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, durch einen Tyrannenmord das Kriegsende herbeizuführen.

Die Hinwendung Gerstenmaiers zur Opposition verlief in Form eines graduellen Prozesses. Der Bogen spannte sich von einer sehr kurzen Phase der Verdrängung der dramatisch veränderten politischen Rahmenbedingungen über einen Zeitraum der inneren Emigration, die mit der Ablehnung von Teilaspekten des Nationalsozialismus einherging bis hin zur bewußten Entscheidung, das Regime mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.[3] Der Übergang zwischen den beiden ersten Abschnitten verlief weitgehend fließend im ersten Jahrfünft der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft; seine Hinwendung zur politischen Opposition läßt sich indessen zeitlich konkreter einordnen. Als Anlaß für die Entscheidung, den

---

[1] Ausführungen Eugen Gerstenmaiers in Bayreuth vom 2. Mai 1945. Da die Äußerungen sehr umfänglich und präzise gehalten sind und sie seine Unterschrift trugen, ist davon auszugehen, daß es sich um eine Befragung wenige Wochen nach der Befreiung der Insassen des Bayreuther Zuchthauses durch die amerikanischen Streitkräfte handelte. ACDP, I-210–009.

[2] Die Vielfältigkeit des politischen, militärischen oder des religiös motivierten deutschen Widerstands wird in den folgenden neueren Publikationen thematisiert: H. Engel (Hg.), Deutscher Widerstand – Demokratie heute, 1992; H. Grebing/C. Wickert (Hg.), Das »andere Deutschland« im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1994 sowie P. Steinbach/J. Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1994.

[3] In Gerstenmaiers Weg in den politischen Widerstand finden sich damit Überschneidungen zu den von Barbara Schellenberger in ihrer Publikation über die Opposition der katholischen Jugend aufgestellten drei Stufen des Widerstandes. Nach Schellenberger können folgende Etappen unterschieden werden: »1. Punktuelle Unzufriedenheit, die sich in Widerspruchshaltung äußert. 2. Resistenz durch Nichtanpassung [...]. 3. Ein auf den politischen Umsturz ausgerichteter, aktiver Widerstand, verbunden mit einem generellen Nein zum NS-System.« Zitiert nach: H. Walle, Widerstehen im NS-Regime, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Aufstand des Gewissens, 1994, S. 497 (S. 493–502).

Nationalsozialismus aktiv zu bekämpfen, verwies Eugen Gerstenmaier auf den widerrechtlich durchgeführten Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei Mitte März 1939, der ihn endgültig vom Unrechtscharakter der Regierung überzeugt hatte.

Bereits im Verlauf der sogenannten Sudenten-Krise war der Theologe zur Erkenntnis gelangt, daß Hitler mit Gewalt daran gehindert werden müsse, seine aggressive Expansionspolitik fortzusetzen, da ansonsten ein Krieg unvermeidlich sei.[4] Aber während er die Aufhebung des Versailler Vertrages und die Forderung nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Hinweis auf das deutsche Selbstbestimmungsrecht noch mitgetragen hatte, empfand er die Zerschlagung der Tschechoslowakei als eine Provokation und einen Akt blanken Terrors.[5] Eine Ausklammerung der politischen Gegebenheiten und eine Fokussierung auf das eigene private Umfeld waren für Gerstenmaier von diesem Augenblick an nicht mehr möglich. Dieser Erkenntnis folgte in einem zweiten Schritt die konkrete Frage danach, wie diesem Unrechtsregime Einhalt geboten werden konnte.

Die oppositionelle Betätigung Gerstenmaiers beschränkte sich zunächst auf den kirchlichen Sektor. Er widmete sich dem Kampf um den Fortbestand der Autonomie der DEK und dem Erhalt der Bewegungsfreiheit des Kirchlichen Außenamtes innerhalb der ökumenischen Bewegung. Nach dem von Regierungsseite ausgesprochenen Verbot, an der Weltkirchenkonferenz in Oxford teilzunehmen, konnte bereits die Aufrechterhaltung der ökumenischen Beziehungen ab Herbst 1937 teilweise nur in getarnter Form durchgeführt werden. Die Einengung der kirchlichen Autonomie, die Zerstörung des Rechtsstaates und die unverblümten Expansionsgelüste der Regierung, verbunden mit dem Wissen um die intensivierten Verfolgungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung, vertieften in der Folgezeit die Widerstandsbereitschaft des Theologen.

Die steigende Unzufriedenheit ließ den 33 Jahre alten Gerstenmaier das Gespräch mit Gleichgesinnten in seinem Berliner Umfeld suchen. Einen Vertrauten fand er wenige Wochen nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei in Paul Pagel.[6] In dem zu diesem Zeitpunkt 45jährigen Diplomlandwirt, der aus politischen Gründen aus seiner Position als Regierungsrat in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden war, fand der Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes einen Gesinnungsgenossen. Im Verlauf der Gespräche mit Pagel kam Gerstenmaier im Herbst 1939 in Kontakt mit dem Sozialdemokraten Fritz Straßmann und dem ehemals dem linken Flügel des Zentrums angehörenden Josef Wirmer. Zu dem in der Tradition des politischen Katholizismus stehenden Wirmer, der im Zuge der Verhaftungswelle nach dem 20. Juli inhaftiert und am 8. September 1944 in Plötzensee

---

[4] G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 126.

[5] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 114.

[6] Die Bekanntschaft mit Paul Pagel ergab sich über Gerhard Kentner, einem württembergischen Landsmann Gerstenmaiers, der als Hauptmann im OKW tätig war. Ausführungen Eugen Gerstenmaiers vom April 1961 zu seiner Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt in der Auseinandersetzung gegen Ramcke vor dem Landgericht Kiel. ACDP, I-210–025.

ermordet wurde, entwickelte sich kurze Zeit nach Kriegsbeginn ein zeitweilig intensives Verhältnis. So begegnete der Theologe im Lichterfelder Haus des Juristen Wirmer wichtigen Repräsentanten der christlichen Gewerkschaftsbewegung, unter anderem auch Jakob Kaiser. Der Kontakt zu politischen Oppositionellen aus den unterschiedlichsten Lagern verdeutlicht, daß die Widerstandsarbeit Gerstenmaiers in dieser Phase eher einen informellen Charakter hatte und primär dem politischen Diskurs unter Gleichgesinnten diente. Die Konkretisierung von Umsturzplänen oder die Beschäftigung mit einer Restrukturierung der deutschen Gesellschaft nach Beseitigung der Diktatur wurden im Kreis um Wirmer nur in abstrakter Form behandelt.[7] Gleiches galt für die Verbindung zu dem evangelischen Pfarrer Heinrich Grüber, der von 1936 bis zu seiner Verhaftung 1940 in Berlin eine Hilfsstelle für verfolgte »Nicht-Arier« christlichen Glaubens eingerichtet hatte. Auf Vermittlung von Hans Schönfeld hatte sich Gerstenmaier erstmals 1938 mit seinem Berliner Amtsbruder getroffen und er hielt bis zu Grübers Verhaftung 1940 losen Kontakt zu ihm.[8]

Erst mit der Verbindung zum Kreisauer Kreis trat Gerstenmaier in eine neue Phase seiner Oppositionstätigkeit ein. Im Verlauf seiner Dienstverpflichtung im Auswärtigen Amt gelang es ihm, erste Kontakte zu Mitgliedern dieser Gruppe zu knüpfen, die für ihn zu einer neuen politischen Heimat werden sollte. Durch den nach Kriegsausbruch der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes zugeteilten Juristen Adam von Trott zu Solz und den Diplomaten Hans von Haeften fand Gerstenmaier Anschluß an diesen Widerstandskreis um Helmuth James Graf von Moltke; Moltke selbst jedoch lernte der Theologe erst im Sommer 1942 persönlich kennen.

Je deutlicher der Unrechtscharakter der nationalsozialistischen Regierung nach Ausbruch des Krieges zutage trat, desto intensiver widmete sich der Theologe der konspirativen Arbeit. Gemeinsam mit seinen Vertrauten im Auswärtigen Amt, Haeften und Trott zu Solz, erstellte Gerstenmaier im Herbst 1941 ein Memorandum, das den Briten mit dem Ziel zugespielt werden sollte, Unterstützung für die Umsturzpläne des deutschen Militärs zu erhalten.[9] Anlaß für die Erstellung des Papiers war der unter dem Decknamen »Fall Barbarossa« am 22. Juni 1941 begonnene Feldzug gegen die Sowjetunion, dessen Scheitern der Freundeskreis Trott, Haeften und Gerstenmaier bereits für den Winter 1941/42 prophezeite.[10] Die Oppositionellen erachteten noch vor den befürchteten militärischen Rückschlägen eine Gesprächs-

---

[7] Eugen Gerstenmaier erinnerte sich an diese Treffen im Jahr 1939 mit den Worten: »Da wurde ganz fleißig geschimpft und räsoniert, und man überlegte sich auch, was und wie man etwas tun könnte. Aber die Sache begann erst Gesicht zu bekommen, als man doch in den Bereich der ernsthaften Militärs trat, die sich Gedanken machten, wie so etwas überhaupt organisatorisch zu machen sei.« G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 126–127.

[8] H. Grüber, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, 1968, S. 208.

[9] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 140.

[10] Das deutsche Scheitern hatte sich bereits im Oktober 1941 angedeutet, als der Angriff der Heeresgruppe Mitte auf Moskau (Unternehmen Taifun) nach Beginn der Schlammperiode steckengeblieben war.

aufnahme mit Großbritannien sowie den USA im Hinblick auf eine angemessene deutsche Verhandlungsposition für unbedingt notwendig. Die von Eugen Gerstenmaier in deutscher Sprache erstellte Vorlage wurde von Trott, der in Oxford studiert hatte, ins Englische übertragen. Die Denkschrift skizzierte die aktuelle politische Situation und die Intentionen des Widerstands. Ferner wurde darin vor der Expansion des Kommunismus aufgrund der jüngsten militärischen Erfolge der Sowjetunion im Krieg gegen die Deutschen gewarnt und eine Zusammenarbeit der deutschen Opposition mit den westlichen Alliierten – mit dem Ziel der Beseitigung Hitlers – angestrebt.[11] Als Bote fungierte Hans Schönfeld, der das Papier aus Deutschland herausschmuggelte und es dem Generalsekretär des Weltkirchenbundes, Visser t'Hooft, weitergab.[12] Erst ein halbes Jahr später allerdings fand die Ausarbeitung ihren Weg nach London, da Visser t'Hooft nicht vor Mai 1942 nach Großbritannien reisen konnte. Churchill nahm die Denkschrift zwar zur Kenntnis, doch zur Enttäuschung des Kreisauer Kreises ergriff der Premier außer der handschriftlich von ihm auf dem Papier vermerkten Anmerkung »very encouraging«[13] keine weiteren Maßnahmen; der Grund hierfür war wohl, daß sich das Blatt auf dem Schlachtfeld allmählich zugunsten der Alliierten zu wenden begann und jegliche Zugeständnisse an Deutschland als inopportun galten.[14]

Zum Zeitpunkt als das Papier der Opposition endlich in London zur Kenntnis gelangte, war Eugen Gerstenmaier bereits nicht mehr für das Auswärtige Amt tätig. Gleichwohl blieb das intensive Verhältnis zu Trott und Haeften auch dann noch bestehen, als der Theologe im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht Dienst tat. Die Arbeit für das Amt am Tirpitzufer ermöglichte Gerstenmaier Verbindungen zu den führenden Köpfen des militärischen Widerstandes, da die Abwehr als Auffangbecken für Personen fungierte, die in Konflikt mit den Nationalsozialisten geraten waren. Das unter der Leitung von Admiral Wilhelm Canaris[15] stehende Amt Ausland/Abwehr nahm sich nicht nur des ausgebooteten Gerstenmaier an; eine stattliche Anzahl von Personen, denen aufgrund ihrer oppositionellen Tätigkeit die Einberufung drohte oder die in ihren vorhergehenden Stel-

---

[11] In dem Memorandum hieß es unter anderem: »We sincerely hope that our unadequate attempt [...] will be met with frank co-operation in the practical task to face a common future beyond the catastrophe now confronting us all.« Zitiert nach: G. van Roon, Neuordnung im Widerstand, 1967, S. 308.

[12] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 140.

[13] E. Gerstenmaier, Der Kreisauer Kreis, in: VfZ, 15. Jg. (1967), H. 3, S. 237 (S. 221–246).

[14] Das Vertrauen in die eigene Stärke wurde besonders durch die sich nach dem Kriegseintritt der USA abzeichnende Luftüberlegenheit der Alliierten sowie durch die unübersehbaren Rückschläge der erfolgverwöhnten deutschen Militärverbände an der Ostfront bestätigt.

[15] In der Retrospektive umschrieb Eugen Gerstenmaier die Rolle von Canaris für die Widerstandsarbeit mit den Worten: »Zusammenfassend kann ich nur sagen, dass Canaris ein großes Verdienst daran hat, dass im Laufe der Jahre eine geschlossene Widerstandslinie gebildet werden konnte, und dass wir seiner Geschicklichkeit es weiterhin verdanken, dass jahrelang vor dem Staatsstreich verhängnisvollen Bestrebungen und Befehlen Hitlers und seiner Umgebung entweder praktischer Widerstand entgegengesetzt wurde oder ihre Wirksamkeit aber durch planmäßige Obstruktion verhindert wurde.« Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Ricarda Huch vom 18. Juli 1946. ADW, ZB 841.

lungen unhaltbar geworden waren, fanden hier zumindest zeitweise eine Zufluchtsmöglichkeit.[16] Die Abwehr schützte die Neuankömmlinge nicht nur nach Kräften gegenüber der nationalsozialistischen Verfolgung, sondern bot ferner die Chance zur Fortsetzung der Oppositionsarbeit. Möglich wurde dies, da im Bereich des Nachrichtendienstes mehrheitlich ältere Soldaten eingesetzt waren, die ihre Ausbildung noch im Kaiserreich bzw. der Weimarer Republik erhalten hatten und bei denen die nationalsozialistische Ideologie nicht in dem von den Machthabern gewünschten Maße verfing. Dieses Umfeld und die Rückendeckung durch Canaris ermöglichten es dem Leiter der Zentralabteilung der Abwehr, Generalmajor Hans Oster[17] und Reichsgerichtsrat Hans von Dohnanyi, der trotz fehlender militärischer Ausbildung als Sonderführer im Rang eines Majors für das Amt tätig war, Regimegegner in ihre Reihen aufzunehmen. Oster und von Dohnanyi, der Schwager Dietrich Bonhoeffers, fungierten nach Kriegsausbruch in besonderem Maße als Mittler zwischen dem militärischen und dem politischen Lager des Widerstands.[18] Ferner ermöglichten sie es Eugen Gerstenmaier, die ihm seitens des Auswärtigen Amtes untersagte Reisetätigkeit wieder aufnehmen zu können.[19] Das von ihm seit Beginn seiner Arbeit für das Außenamt geknüpfte dichte Netz an Kontakten zur ökumenischen Bewegung erwies sich dabei als besonders wertvoll, um selbst im Krieg Kanäle zum Auslandoffen halten zu können. Das enge Verhältnis zwischen Eugen Gerstenmaier und Hans Schönfeld erwies sich dabei als wichtige Säule, da Schönfeld als Multiplikator der Intentionen des deutschen Widerstands in der Schweiz agieren konnte und über Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit dem neutralen Ausland bzw. den westlichen Alliierten verfügte, die den im Deutschen Reich lebenden Oppositionellen nicht mehr zur Verfügung standen.[20]

Der intensiven Zusammenarbeit seines Mitarbeiters mit Hans Schönfeld stand Bischof Heckel, dem die Widerstandstätigkeit Gerstenmaiers nicht verborgen ge-

---

[16] Sonderführer Hans von Dohnanyi wurde im April 1943 wegen seiner Hilfeleistung für verfolgte Juden verhaftet. Im Verlauf des Verfahrens gegen Dohnanyi geriet auch Generalmajor Oster in den Kreis der Verdächtigen. Oster wurde zunächst unter Hausarrest gestellt und im März 1944 aus dem Wehrdienst entlassen. Das Zentrum des Widerstandes in der Abwehr war durch die Entfernung ihrer beiden führenden Köpfe ausgeschaltet worden.

[17] Schlie bezeichnete die von Hans Oster geleitete Abteilung Z als »Keimzelle« des Widerstands gegen Hitler. U. Schlie, Kein Friede mit Deutschland, 1994, S. 141.

[18] Zur Rolle von Hans von Dohnanyi und Hans Oster im Amt Ausland/Abwehr des OKW vgl. unter anderem: W. Meyer, Staatsstreichplanung, Opposition und Nachrichtendienst, in: P. Steinbach/J. Tuchel, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1994, S. 319–338.

[19] Müller bezeichnete den Kreis um Hans Oster deshalb als »Verschwörerzentrale in der Abwehr«. K.-J. Müller, Struktur und Entwicklung der nationalkonservativen Opposition, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Aufstand des Gewissens, 1994, S. 298 (S. 263–311).

[20] Die wichtige Rolle Hans Schönfelds für die Widerstandsarbeit beschrieb Eugen Gerstenmaier in seinem Bericht für die amerikanische Besatzungsmacht vom 2. Mai 1945 mit nachstehenden Worten: »Von großer Bedeutung für die Verbindung mit dem Ausland war der deutsche Mitarbeiter im Oekumenischen Rat in Genf, Dr. Hans Schönfeld. Er war mein engster Mitarbeiter nicht nur im zwischenkirchlichen Bereich, sondern auch bei der Fürsorge für die im Reich eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter und erst recht bei den Umsturzvorbereitungen.« ACDP, I-210–009.

blieben war, ambivalent gegenüber. Zwar ließ Theodor Heckel ihm gerade auf dem Gebiet der Ökumene weitgehend freie Hand und legte ihm auch im Bereich seiner oppositionellen Arbeit keine Steine in den Weg.[21] Doch war deutlich zu erkennen, daß ihm die »politische Konspiration und die damit verbundene Doppelbödigkeit fremd« war und »charakterlich verdächtig« erschien.[22]

Mißtrauisch beäugt wurden Gerstenmaiers Aktivitäten aber nicht nur von seinem Vorgesetzten; innerhalb des deutschen Protestantismus hatte der Theologe gleichermaßen mit Vorbehalten gegen seine Person zu rechnen. Der Schwabe sah sich dabei vor allem der Kritik aus den Reihen der Bekennenden Kirche ausgesetzt, denn das gespannte Verhältnis zu den Anhängern Martin Niemöllers und Karl Barths hatte auch während des Krieges Bestand. Gerstenmaier trat dem gegen ihn erhobenen Vorwurf einer zu engen Kooperation mit dem Regime entgegen, indem er den Kampf der BK nur als eine Form des Widerstands charakterisierte.[23] Für sich und seinen Kreis nahm der Theologe indes selbstbewußt in Anspruch, die Auseinandersetzung gegen die Nationalsozialisten auf eine wirkungsvollere Art zu führen. Da er einen offenen Konflikt mit dem Nationalsozialismus, wie ihn die BK einforderte, als aussichtslos ablehnte, stand er dafür ein, das Regime von innen heraus zu bekämpfen.[24] Selbst in den Reihen der Kirchenleitung fanden sich jedoch Personen, wie beispielsweise Oberkirchenrat Hans-Bernd Gisevius, die Gerstenmaier deshalb nicht gewogen waren und die seine oppositionellen Anstrengungen zu torpedieren versuchten. Eine Tagebucheintragung des ehemaligen deutschen Botschafters in Rom und Angehörigen des Goerdeler-Kreises, Ulrich von Hassell, belegte die Zer-

---

[21] Die Haltung Heckels beschrieb Gerstenmaier folgendermaßen: »Ich hatte inzwischen zusammen mit Hans Schönfeld auch meine amtliche Tätigkeit mit ihren Verbindungen in den Dienst des sich organisierenden deutschen Widerstands gestellt. Bischof Heckel ahnte es und ließ mich gewähren. Sicher mit gequältem Gewissen.« E. Gerstenmaier, Das Kirchliche Außenamt, 1977, S. 318.

[22] Eugen Gerstenmaier in einem Schreiben an Peter W. Ludlow vom 30. August 1967. ACDP, I-210–038/1.

[23] Gerstenmaier bestätigte, daß er aufgrund seiner Arbeit für das Heckelsche Amt dem Verdacht ausgesetzt war, »nazihörig, mindestens aber obrigkeitshörig« zu sein. Den Vorwurf der nationalsozialistischen Verstrickung wies Gerstenmaier zurück und er unterstrich vielmehr, daß er seine Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt in den Dienst des Widerstandes gestellt habe. E. Gerstenmaier, Kreisauer Kreis, 1967, S. 238 und S. 318. In einem Schreiben an Hermann Schlingensiepen vom 18. Juli 1967 brachte er seine Haltung zur Bekennenden Kirche auf den Punkt, in dem er ausführte: »Von der Basis der Dahlemiten aus gab es für meine Erkenntnis nur den konsequenten Weg ins Martyrium. Auf einem Fünftel des Weges stehen zu bleiben, leuchtete mir nicht ein. Da ich den Heroismus zum Martyrium nicht aufbrachte und mir davon auch politisch nichts versprach, versuchte ich den anderen Weg, den allerdings mit Konsequenz.« ACDP, I-210–038/2.

[24] Die Antwort Gerstenmaiers in einem Interview mit der »Neuen Zürcher Zeitung« vom Juni 1945 wirft ein bezeichnendes Licht auf seine Einschätzung der Arbeit der Bekennenden Kirche und seiner eigenen Widerstandstätigkeit: »Der Kampf der Bekennenden Kirchen war nur eine Art des Widerstandes. Daneben wurde aber ein weniger lauter, aber konsequenterer und wirkungsvollerer und getarnter Kampf geführt, in welchem es darum ging, in den Apparat der tödlichen Organisation selbst einzudringen, um ihn zu paralysieren. [...] Die erste Methode erfordert sicher persönlichen Mut und macht nach aussen Eindruck, die zweite aber war mit ständiger unmittelbarer Lebensgefahr verbunden und forderte unzählige Opfer, von denen die Weltöffentlichkeit nichts weiss.« ACDP, I-210–009.

rissenheit des deutschen Protestantismus, die selbst im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner – die nationalsozialistische Regierung – nicht überwunden werden konnte. Hassell vermerkte am 6. März 1943, er sei aus den Reihen der evangelischen Kirche vor einem zu intensiven Kontakt mit Heckel und Gerstenmaier gewarnt worden, da die beiden Männer in der »Bekenntniskirche und [bei, D. G.] den wirklichen Christen des Auslandes als Kompromißler«[25] in Verruf geraten seien.

Unterstützung erfuhr Gerstenmaiers konspirative Arbeit hingegen in wachsendem Maße durch den württembergischen Landesbischof Wurm. Nach der Verhaftung Martin Niemöllers 1938 wurde Theophil Wurm als einer der führenden Köpfe der kirchlichen Opposition gegen Hitler in Deutschland angesehen. Der Bischof hatte erkennen müssen, daß seine Versuche, im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens ein Arrangement mit der Regierung zu treffen, gescheitert waren. Wurm scheute in der Folgezeit nicht davor zurück, sich entschlossen für die Autonomie der Kirche einzusetzen und gegen Euthanasie und Judenverfolgung[26] zu Felde zu ziehen.[27]

Für den Kreisauer Kreis und besonders Moltke galt der Stuttgarter Bischof deshalb als außerordentlich wichtiger Gesprächspartner, der über großen Einfluß innerhalb der DEK verfügte und dem bei den Planungen für ein post-nationalsozialistisches Deutschland eine bedeutsame Rolle zukam.[28] Von Eugen Gerstenmaier erhoffte sich Moltke die Herstellung des Kontakts zu Wurm.[29] Damit sollte ein Pendant zur Verbindung mit der katholischen Kirche geschaffen werden, die vor allem zum Bischof von Berlin, Konrad Graf von Preysing bereits bestand. Der Kontakt zu dem römisch-katholischen Geistlichen, der die nationalsozialistischen Verstöße gegen das Konkordat angeprangert und seine Stimme sowohl gegen die Euthanasie als auch die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung erhoben hatte, wurde besonders

---

[25] U. von Hassell, Vom anderen Deutschland, 1946, S. 293.

[26] Brief Theophil Wurms an Adolf Hitler vom 16. Juli 1943. Unter Hinweis auf die Beseitigung der »dem deutschen Zugriff unterliegenden Nichtarier« im »größten Umfang« bat er die verantwortliche Führung des Reiches, »der Verfolgung und Vernichtung [zu, D. G.] wehren, der viele Männer und Frauen im deutschen Machtbereich ohne gerichtliches Urteil unterworfen werden.« Zitiert nach: H. J. von Moltke, Briefe an Freya 1939–1945, 1988, S. 508.

[27] Ulrich von Hassell lobte im Juli 1943 eine »höchst mutige Aktion« des Bischofs, der gegen die »Methoden des Regimes, die Rechtlosigkeit, die Kirchenverfolgung und die Greuel in den besetzten Gebieten« protestiert hatte. Allerdings, so fuhr von Hassell fort, »nützt es nichts, kann Wurm persönlich sogar schaden, aber es kann von großer Wichtigkeit in der Zukunft und vor der Geschichte werden, dass wenigstens die evangelische Kirche offen und klar von der ganzen Schweinerei abgerückt ist, wozu den Herrn Feldmarschällen leider die Zivilcourage fehlt.« Tagebucheintragung Ulrich von Hassells vom 18. Juli 1943. U. von Hassell, Vom anderen Deutschland, 1946, S. 316.

[28] Die Bedeutung, die den Kirchen für die künftige Entwicklung Deutschlands beigemessen wurde, geht aus der nach Abschluß des ersten Treffens auf Gut Kreisau zusammengestellten Erklärung vom Mai 1942 hervor. Hierin heißt es: »Wir sehen im Christentum wertvollste Kräfte für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes, für die Überwindung von Haß und Lüge, für den Neuaufbau des Abendlandes, für das friedliche Zusammenleben der Völker.« Zitiert nach: T. Steltzer, Von deutscher Politik, 1949, S. 162.

[29] B. von Haeften, Nichts Schriftliches von Politik., 1997, S. 71.

von den beiden Jesuitenpatern Rösch und Delp, aber auch von Helmuth Moltke gepflegt.

Die Möglichkeit zu einem persönlichen Zusammentreffen zwischen Gerstenmaier und Moltke, der als Sachverständiger für Kriegsrecht und internationales öffentliches Recht im OKW arbeitete, ergab sich erstmals Anfang Juni 1942. Beim ersten Treffen beider in Moltkes Berliner Wohnung in der Derfflingerstraße am 4. Juni 1942 erklärte der Kirchheimer seine Bereitschaft, die Kontaktaufnahme zwischen Helmuth Moltke und dem Stuttgarter Bischof zu arrangieren.[30] In Verlauf dieses mehrstündigen Gesprächs wurden aber des weiteren die generellen Ziele der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis angesprochen. Über die Darstellungen der grundsätzlichen Intentionen hinaus, die Gerstenmaier aufgrund seines engen Verhältnisses mit Trott zu Solz und Haeften bereits bekannt waren, unterstrich Moltke in der Unterredung seine Ablehnung einer aktiven Beteiligung an einem Staatsstreich.[31] Er führte zudem aus, daß er und seine Freunde ihre Aufgabe vielmehr in der Planung der künftigen Staats- und Gesellschaftsordnung nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sähen.[32] Diese Prämisse war zwar nicht im Sinne des schwäbischen Theologen, der bereits zu diesem Zeitpunkt von der Notwendigkeit eines Staatsstreiches überzeugt war, doch schien ihm zunächst die Konzentration auf die Ausarbeitung einer neuen Gesellschaftsordnung als hinreichendes Anliegen für einen zivilen Widerstandskreis.

Zwischen dem schlesischen Grafen Moltke und Eugen Gerstenmaier entwickelte sich rasch ein intensives Verhältnis.[33] Der ersten Begegnung Anfang Juni 1942 folgten bald weitere Treffen und fortan waren mehrmalige Zusammenkünfte in der Woche mit Moltke sowie mit Peter Graf Yorck von Wartenburg in deren Wohnungen an der Tagesordnung. Die in Berlin ansässigen Angehörigen der Widerstandsgruppe wußten die räumliche Nähe zueinander zu schätzen, und Gerstenmaier wertete den hieraus entstandenen engen Kontakt der Gesinnungsgenossen als wichtigsten Teil der Arbeit des Kreises.[34] Über die gegenseitigen Besuche kamen sich die Verschwö-

---

[30] Brief von Helmuth James von Moltke an seine Frau Freya vom 4. Juni 1942: »Um 5 kamen dann Steltzer, Peter, Haeften und der Mann, der sozusagen Wurm's Vertreter in Berlin ist, in die Derfflingerstr. und in einer 3stündigen Unterhaltung haben wir versucht, die Voraussetzungen einer Mitwirkung Wurm's zu klären [...].« H. J. VON MOLTKE, Briefe an Freya, 1988, S. 375.

[31] Vgl. die Unterredung Eugen Gerstenmaiers mit dem norwegischen Bischof Berggrav im Oktober 1939.

[32] E. GERSTENMAIER, Streit und Friede, 1981, S. 149–150.

[33] Auf Gerstenmaiers Vermittlung hin traf sich Wurm am 24. Juni 1942 erstmals mit Moltke. Wie aus einem Brief an seine Frau hervorgeht, zeigte sich Moltke mit dem Ergebnis der rund zweieinhalbstündigen Unterredung und dem Entgegenkommen des württembergischen Landesbischofs durchaus zufrieden. H. J. VON MOLTKE, Briefe an Freya, 1988, S. 386. Wurms Kontakt zu oppositionellen Gruppen beschränkte sich allerdings nicht nur auf seine Verbindung zum Kreisauer Kreis. Der Landesbischof hielt zudem Kontakt zu Johannes Popitz und Carl Goerdeler. T. WURM, Erinnerungen, 1953, S. 173.

[34] Die häufigen Zusammenkünfte in Berlin haben allerdings keinen schriftlichen Niederschlag gefunden. Eugen Gerstenmaier merkte an, daß von den Unterredungen verständlicherweise keine Protokolle oder Mitschriften angefertigt wurden. E. GERSTENMAIER, Kreisauer Kreis, 1967, S. 224.

rer auch menschlich näher; so berichtete Helmuth von Moltke im September seiner Frau von einem Besuch am Vorabend beim Ehepaar Gerstenmaier in deren Charlottenburger Wohnung: »Gestern abend war sehr nett und auch produktiv. Gerstenmaier ist ein Mann, um den man sich Mühe geben muss, und der nicht von alleine in die Kategorie fällt, die einem passt, aber dafür lohnt es sich auch, und wenn es gelänge, ihn voll zu integrieren, so wäre das ein erheblicher Fortschritt. Er hatte eine nette, neu angeheiratete Frau baltischer Provenienz. Ich habe die Gelegenheit benutzt, mich über allerhand Fragen theologischer Dogmatik und der Kirchengeschichte belehren lassen, so über die heutige Bedeutung von Tridentinum und Augustana, die Stellung von Karl Barth, usw. Es war jedenfalls sehr lehrreich [...]«[35] Diese Äußerungen belegen zwar Moltkes Wertschätzung für Gerstenmaier. Sie verdeutlichen aber auch, daß zwischen beiden durchaus Meinungsverschiedenheiten in der Formulierung der Zielsetzung politischer Widerstandsarbeit bestanden.[36] Besonders deutlich wurden die unterschiedlichen Ansichten in der Frage der aktiven Unterstützung des Sturzes Hitlers unter Anwendung äußerster Gewalt. Bis 1944 vermochten Moltke und Gerstenmaier hierüber keine Übereinkunft zu erzielen. Der aus religiös-moralischen Gründen hervorgegangenen Ablehnung Moltkes bezüglich einer Partizipation an einem Staatsstreich stand die Überzeugung des Theologen Gerstenmaier entgegen, der den Tyrannenmord zur Verhinderung weiterer Verbrechen als gerechtfertigt ansah.[37] In der Frage, auf welche Weise das NS-Regime zu beseitigen war, bestand deshalb zunächst kein Konsens. Einigkeit bestand jedoch in der Forderung nach unverzüglicher Ablösung Hitlers und den Eckpunkten einer post-nationalsozialistische Gesellschaftsordnung. Das Ziel war damit klar definiert, lediglich der Weg dorthin bot Diskussionsstoff.

Keinerlei Kontroversen gab es hinsichtlich der Bemühungen, die internationalen Kontakte zu intensivieren.[38] Den Angehörigen des Kreisauer Kreises war klar, daß

---

[35] H. J. von Moltke, Briefe an Freya, 1988, S. 401–402.

[36] Unterschiedliche Auffassungen bestanden nicht nur zwischen Gerstenmaier und Moltke. Hinsichtlich der Bereitschaft zur gewaltsamen Beseitigung Hitlers gab es ebenso zwischen Helmuth Moltke und Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg Differenzen. Eugen Gerstenmaier erinnerte sich an das Verhältnis beider mit folgenden Worten: »Man kann nicht sagen, dass Graf von der Schulenburg sich in völliger Übereinstimmung mit dem Kreis befunden habe. Während Adam von Trott und ich uns mit ihm eigentlich zu jeder Zeit in nahezu völliger Übereinstimmung befanden und auch Graf Yorck nichts anderes erkennen ließ, war Graf Moltke nicht immer und in jedem Punkt, doch sehr oft anderer Meinung als Schulenburg.« U. Heinemann, Ein konservativer Rebell, 1990, S. 146.

[37] Gerstenmaier verwies in einem Brief an Hans Zehrer vom 12. Mai 1948 auf ein weiteres, allerdings wohl untergeordnetes Motiv für die Ablehnung Moltkes, sich an einer gewaltsamen Beseitigung Hitlers aktiv zu beteiligen. Er führte aus, daß man im Kreis durchaus von tiefer Skepsis erfüllt war, ob die »Widerstandsleute im OKH und OKW und bei Canaris entscheidend handeln würden.« ACDP, I-210–036/2.

[38] Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, auf die zahlreichen Kontakte und Auslandsreisen der Angehörigen des Kreisauer Kreises einzugehen. Dieses Vorhaben würde zum einen den Rahmen dieser Untersuchung sprengen, zum anderen sind aufgrund des konspirativen Charakters dieses Unterfangens kaum schriftliche Quellen erhalten. Einen Versuch, die Verbindungen ins Ausland zu erhellen, haben Roon und Hoffmann unternommen. Vgl. G. van Roon, Neuordnung im Widerstand, 1967, Kapitel IV sowie P. Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, 1985, Kapitel VI.

im Ausland die Existenz der deutschen Opposition – des »heimliche[n] Deutschland[s]«[39] – zu betonen war und zugleich um Unterstützung für ihre Nachkriegskonzeptionen nachgesucht werden müsse. Die Bemühungen um eine Anerkennung der Widerstandsbewegung als deutsche Interessensvertreterin gestalteten sich indessen wenig erfolgreich, wie schon die mangelnde Resonanz auf die Denkschrift an Churchill 1940 erkennen lassen hatte. Die Oppositionellen um Moltke waren besonders bemüht, vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden militärischen Niederlage, die Alliierten zur Rücknahme der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation des deutschen Reiches zu bewegen[40], die auf der Konferenz in Casablanca Anfang 1943 von Churchill und Roosevelt schriftlich fixiert worden war.[41] Dieses Ansinnen war den Verschwörern sehr wichtig, da der Kriegsverlauf bis zum Sommer 1944 mit den wenig vielversprechenden militärischen Erfolgen der Westalliierten auf dem europäischen Kontinent eine Besetzung Deutschlands durch die Truppen der Roten Armee befürchten ließ. Die Alliierten wiederum standen dieser Forderung des Widerstandskreises ablehnend gegenüber, da mit zunehmender Kriegsdauer ihre militärische Überlegenheit deutlicher zutage trat und sie deshalb keinen Grund für Zugeständnisse an die Gegenseite sahen.[42] Erschwerend kam hinzu, daß sich die Oppositionellen nicht auf offizieller Ebene an die gegnerischen Regierungen wandten; eine Verbindung beispielsweise zu den Nachrichtendiensten wurde gemieden.[43] Es wurden vielmehr als zuverlässig eingeschätzte Kontaktpersonen eingesetzt, denen es dann oblag, Informationen an die verantwortlichen Stellen weiterzuleiten. Besondere Bedeutung kam in diesem Zusammenhang den Gesprächen zu, die mit kirchlichen Repräsentanten geführt wurden. Die Einblicke und die Kanäle, über die der

---

[39] U. von Hassell, Vom anderen Deutschland, 1946, S. 302.

[40] Als Motiv für diese Forderung gab Gerstenmaier an, daß Deutschland sowohl vor Hitler als auch der bedingungslosen Kapitulation gerettet werden sollte. E. Gerstenmaier, Von Bolz bis zu Rommel und Wurm, 1978, S. 9.

[41] Eugen Gerstenmaier äußerte die Meinung, daß die Formel der Alliierten von der bedingungslosen Kapitulation den militärischen Aufstand gegen das NS-Regime um Jahre hinausgezögert habe. G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 129.

[42] Belegt ist, daß Helmuth Moltke kurze Zeit vor seiner Verhaftung zu Sondierungsgesprächen mit Vertretern der westlichen Alliierten in die Türkei gereist war. Allerdings schlug der Versuch Moltkes, die Westmächte im Dezember 1943 zu Verhandlungen über eine Teilkapitulation des Deutschen Reiches zu bewegen, fehl. P. Hoffmann, Der militärische Widerstand in der zweiten Kriegshälfte 1942–1944/45, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Aufstand des Gewissens, 1994, S. 413 (S. 395–419).

[43] Die Aufnahme offizieller Beziehungen zu gegnerischen Regierungen wurde abgelehnt, da die Mitglieder des Kreisauer Kreises der Meinung waren, daß selbst »gutgemeinte Mitteilungen nur propagandistisch gegen uns ausgewertet würden.« T. Steltzer, Von deutscher Politik, 1949, S. 79. Vgl. dazu auch das Schreiben Theodor Steltzers an Lionel Curtis vom 15. Juli 1944. T. Steltzer, Sechzig Jahre Zeitgenosse, 1966, S. 285. Es scheint allerdings mitunter auch zu Kontaktaufnahmen mit Geheimdienstmitarbeitern gekommen zu sein, wie ein Gespräch Trotts mit Allen Dulles vom 14. Januar 1943 in Bern belegt. In der Unterredung habe Dulles erklärt, daß die Mitglieder des deutschen Widerstands »abgesehen von einem vollständigen militärischen Sieg der Alliierten [...] keine Ermutigung von uns oder irgendwelchen Verhandlungen mit uns erwarten sollten oder veranlaßt werden sollten, solche zu erwarten«. Ch. Mauch, Schattenkrieg gegen Hitler, 1999, S. 158.

Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes, Eugen Gerstenmaier, verfügte, waren deshalb außerordentlich wertvoll. Der schwäbische Konsistorialrat wußte um diese Bedeutung und er war bestrebt, bei seinen Kontaktaufnahmen mit ausländischen Kirchenvertretern Eindrücke von der Existenz der oppositionellen Kreise und damit das Bild des »anderen Deutschland« zu vermitteln. In den Tagebüchern Ulrich von Hassells finden sich Informationen zu einer Reise des Theologen im März 1943 nach Schweden, die die konspirative Tätigkeit Eugen Gerstenmaiers im Ausland näher beleuchteten. Unter dem 29. März hatte von Hassell die folgende Eintragung vorgenommen: »Sehr interessant in diesem Zusammenhang Unterhaltung Roggenmüller [Gerstenmaier] in Schweden mit Geistlichen und [...] über das heimliche Deutschland, zum Teil in Gegenwart des englischen Geschäftsträgers. Von außen kommt immer dieselbe Frage: »Gibt es das heimliche Deutschland, und warum duldet es alles, was geschieht?«[44]

Über das Bestreben hinaus, das Ausland von der Existenz des deutschen Widerstandes zu überzeugen, standen die Bemühungen Eugen Gerstenmaiers im Verlauf seiner Auslandsreisen unter der Prämisse, »unter vertretbaren Bedingungen zu einem Verhandlungsfrieden zu kommen, der einen wiedererrichteten deutschen Nationalstaat nicht unter unzumutbaren Bedingungen erdrückt hätte«. Im Umkehrschluß versuchte er alles zu vermeiden, was Deutschland bei der »Verteidigung seiner Lebensinteressen« hätte schädigen können; diese von Patriotismus geprägte Geisteshaltung lag ganz im Sinne der politischen Widerstandsgruppe, der er sich angeschlossen hatte.[45]

2. Die Kreisauer Zusammenkünfte

Auf Gut Kreisau wurden zwischen 1942 und 1943 drei konspirative Treffen abgehalten. Die Diskussionen selbst fanden in dem zum Anwesen der Moltkes gehörenden Berghaus statt. Die Abgeschiedenheit dieser Unterkunft war Voraussetzung für die völlige Offenheit, mit der die Teilnehmer miteinander über die anstehenden politischen Probleme sprachen.[1] Die Zusammensetzung der Beteiligten dieser Zusammenkünfte variierte zwar, doch war bei den Versammlungen auf Kreisau der Kern der Widerstandsgruppe anwesend. Zum inneren Zirkel des Kreisauer Kreises[2] zähl-

[44] U. von Hassell, Vom anderen Deutschland, 1946, S. 302.

[45] Brief Eugen Gerstenmaiers an Hagen Fleischer vom 27. September 1971. ACDP, I-210–037.

[1] Freya von Moltke erinnerte sich, daß einzig bei den im Eßzimmer des Berghauses eingenommenen Mahlzeiten aufgrund der Anwesenheit einiger weiblicher Hilfskräfte aus dem Dorf von ihrem Mann die strikte Anweisung gegeben worden war, sich jeglicher politischer Äußerungen zu enthalten. F. von Moltke, Erinnerungen an Kreisau 1930–1945, 1997, S. 54.

[2] Über den Kreisauer Kreis ist eine Fülle von Literatur erschienen. Da bezüglich der konspirativen Tätigkeit der Widerstandsgruppe nahezu kein zeitgenössisches Schriftgut erhalten blieb, ist der Rückgriff auf publizierte Literatur unumgänglich, der sich vor allem auf die Aussagen von Überlebenden bzw. Hinterbliebenen stützt. Als Standardwerk ist in diesem Zusammenhang immer noch die detaillierte Publikation des Niederländers Ger van Roon aus dem Jahr 1967 anzusehen, die nicht nur auf

ten neben Wartenburg, Moltke und Gerstenmaier, Alfred Delp, Horst von Einsiedel, Hans von Haeften, Theo Haubach, Paulus van Husen, Carlo Mierendorff, Hans Peters, Adolf Reichwein, Augustin Rösch, Theodor Steltzer, Carl Dietrich von Trotha und Adam von Trott zu Solz.[3]

Der Kreis stellte trotz der politischen Gemeinsamkeiten keine weltanschaulich eng geschlossene Gruppe dar. Zwar gab es selbstverständlich einen Konsens hinsichtlich der Eckpunkte eines künftigen freien Deutschland nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, der sich alle »Kreisauer« verpflichtet fühlten. Dennoch war es ein markantes Kennzeichen des Zirkels, daß die Beteiligten ihre Eigenständigkeit im Denken und Handeln bewahrten und damit die Widerstandsarbeit durch die fortdauernde Kontaktpflege und Querverbindungen zu anderen oppositionellen Gruppen bereichert wurde. So bestanden beispielsweise Verbindungen zur Gruppe um den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler[4] sowie zu Gewerkschaftsvertretern oder kommunistischen Widerstandskreisen.[5] Zudem besaßen die Schlüsselfiguren Moltke und Yorck trotz ihrer unbestrittenen Führungsrolle in der Gruppe keine Vorrechte bei der Formulierung der

---

einem umfangreichen Quellenstudium basiert, sondern ferner zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen berücksichtigt: G. VAN ROON, Neuordnung im Widerstand, 1967. Gleiches gilt für die Arbeit Hoffmanns, der sich allerdings nicht ausschließlich auf den Kreisauer Kreis beschränkt, sondern die Widerstandsgruppe um Moltke als Teil des oppositionellen Kampfes gegen den Nationalsozialismus thematisiert. P. HOFFMANN, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, 1985. Darüber hinaus sind zahllose Studien zu Teilaspekten der Arbeit des Widerstandskreises oder Biographien der Beteiligten publiziert worden. Nachfolgend wird nur auf einige der neusten Veröffentlichungen verwiesen: A. SCHOTT, Adam Trott zu Solz, 2001; F. GRAF VON SCHWERIN, Helmuth James Graf von Moltke, 1999; U. KARPEN/A. SCHOTT (Hg.), Der Kreisauer Kreis, 1996; F. SCHINDLER, Paulus van Husen im Kreisauer Kreis, 1996; M. POPE, Alfred Delp S.J. im Kreisauer Kreis, 1994 sowie K. FINKER, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, 1993.

[3] Theodor Steltzer zählte auch den Jesuitenpater Augustin Rösch zu diesem inneren Zirkel. T. STELTZER, Von deutscher Politik, 1949, S. 73. Eugen Gerstenmaier indes gibt an, Rösch bei den konspirativen Treffen nie begegnet zu sein. E. GERSTENMAIER, Streit und Friede, 1981, S. 151. Es ist allerdings belegt, daß Rösch bei der ersten Zusammenkunft auf Gut Kreisau ein Referat zum Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche hielt. F. VON MOLTKE, Erinnerungen an Kreisau, 1997, S. 53–57. Bei allen Treffen auf Kreisau waren ebenso die Ehefrauen von Moltke und Yorck sowie Yorcks Schwester Irene und Freya Moltkes Schwägerin Asta anwesend. Die Frauen verfolgten zwar die Diskussionen, sie beschränkten sich bei den Sitzungen aber auf das Zuhören. F. VON MOLTKE, Erinnerungen an Kreisau, 1997, S. 54.

[4] Besonders ein Vergleich zu der Gruppe um Goerdeler macht deutlich, welche unterschiedlichen Konzepte für ein vom Nationalsozialismus befreites Deutschland trotz gemeinsamer konservativer Wurzeln und identischer Grundforderungen (Wiederherstellung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Christentum als Richtschnur für die ideellen Staatsinhalte) innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung ausgearbeitet wurden. Versuche, einen Ausgleich der politischen und programmatischen Unterschiede zu erzielen, scheiterten, wie eine Begegnung von Vertretern des Goerdeler Kreises mit Schulenburg, Trott, Yorck, Moltke und Gerstenmaier in Peter Yorcks Berliner Wohnung im Januar 1943 belegte. Vgl. hierzu unter anderem: U. VON HASSELL, Vom anderen Deutschland, 1946, S. 290 und S. 370–317, E. GERSTENMAIER, Streit und Friede, 1981, S. 167–170 und K. FINKER, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, 1993, S. 191–196.

[5] G. van Roon thematisiert die Verbindungen des Kreisauer Kreises mit anderen zivilen Oppositionsgruppen wie der Gruppe Weiße Rose, dem Goerdeler- und Freiburger Kreis sowie den Kontak-

gemeinsamen Ziele. Entscheidungen von richtungsweisender Bedeutung wurden in gemeinsamen Diskussionen und in freier Übereinkunft getroffen.[6] Charakteristisch für die Gemeinschaft war überdies, daß sie nicht nur über ihre gemeinsamen politischen Vorstellungen miteinander verbunden waren. Zwar hatten sich die Kreisauer zunächst aufgrund ihres Strebens nach einer Veränderung der gesamtpolitischen Situation zusammengefunden, doch formten sich im Verlauf der konspirativen Tätigkeit freundschaftliche Bande, die erst der Tod zu trennen vermochte.[7] Der freundschaftliche Umgang der Oppositionellen untereinander resultierte auch daher, daß sich einige der Beteiligten bereits vor 1933 kennengelernt hatten.[8] Gemeinsame Erfahrungen jenseits der Befassung mit politischen Fragestellungen trugen ebenso wie die relative Jugend der Mehrzahl der Beteiligten zu dem weitgehend ungezwungenen und vertrauensvollen Umgang miteinander bei.[9] Eugen Gerstenmaier fühlte sich in diesem Kreis besonders mit Peter Yorck von Wartenburg verbunden.[10] Verdeutlicht wird das vertrauensvolle Verhältnis beider zueinander unter anderem durch die Tatsache, daß Gerstenmaier, nachdem seine Wohnung durch englische Luftangriffe im Sommer 1943 unbewohnbar geworden war, Unterschlupf in der Bleibe Yorcks in Lichterfelde fand.[11]

Das Miteinander der Mitglieder der Widerstandsgruppe um Moltke und Yorck wurde weniger durch die drei großen Treffen auf Gut Kreisau, sondern durch die Vielzahl von Gesprächen im kleinen Kreis geprägt. Bereits vor dem ersten Treffen auf dem schlesischen Besitz der Moltkes hatte eine Reihe von Unterredungen stattgefunden, deren Quintessenz nachfolgend in Diskussionsvorlagen für die Zusammenkünfte des gesamten inneren Zirkels gegossen wurde. Die Detailarbeit war da-

---

ten zu Repräsentanten des sozialistischen und kommunistischen Widerstandes besonders erschöpfend. Vgl. G. VAN ROON, Neuordnung im Widerstand, 1967, Kapitel III, Punkt 8 a) bis g).

[6] E. GERSTENMAIER, Kreisauer Kreis, 1967, S. 227.

[7] Marion Yorck definierte den Kreisauer Kreis als eine »Zusammenfassung von Freunden, die sich gefunden hatten auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens und des Respekts voreinander. Das war das Schöne daran: das höchst Persönliche und doch sachlich Verbindende.« D. VON MEDING, Marion Gräfin Yorck von Wartenburg geb. Winter, in: D. VON MEDING, Mit dem Mut des Herzens, 1992, S. 198 (S. 191–206).

[8] Beispielsweise hatten sich Haubach, Mierendorff und Moltke bereits im Sommer 1927 im Hause Carl Zuckmayers in Salzburg kennengelernt. G. VAN ROON, Widerstand im Dritten Reich, 1979, S. 160.

[9] Acht von 15 der dem engeren Kreis der Widerstandsgruppe zugehörigen Männer waren zum Zeitpunkt des ersten Kreisauer Treffens jünger als 40 Jahre (Delp *1907; Einsiedel *1905; Gerstenmaier *1906; Haeften *1905; Moltke *1907; Trotha *1907; Trott *1909 und Yorck *1904). Haubach (*1896), Mierendorff (*1897), Peters (*1896), Reichwein (*1898) und Rösch (*1893) waren zwischen 40 und 50 Jahre; lediglich Husen (*1891) und Steltzer (*1885) hatte die Fünfzig bereits überschritten.

[10] In einem Schreiben an Marion Gräfin Dönhoff vom 9. August 1975 teilte Gerstenmaier der Journalistin mit: Er [Peter Yorck, D. G.] stand mir doch am nächsten.« ACDP, I-210–040/1.

[11] Frau und Tochter fanden indessen bei Gerstenmaiers Schwester im mecklenburgischen Schloen eine Unterkunft. Die Verbundenheit zu Yorck kam auch über den 20. Juli 1944 hinaus zum Ausdruck, indem sich das Ehepaar Gerstenmaier entschied, das dritte Kind, ihren am 2. Juni 1950 geborenen Sohn, im Andenken an den ermordeten Freund, York Christian zu nennen.

mit bereits vor den Kreisauer Wochenendtreffen weitgehend abgeschlossen; im Berghaus selbst erfolgten die Feinabstimmung sowie die Fixierung der zuvor in intimerer Runde erzielten Ergebnisse. Ein Schreiben Helmuth James von Moltkes über eine dieser vorbereitenden Zusammenkünfte im kleineren Kreis, kurz nach der ersten Begegnung in Kreisau, gibt ein beredtes Zeugnis von der Akribie, mit der diese Treffen vorbereitet wurden: »Wir haben eine Reihe von Themen, die uns diskussionsreif erschienen, für eine gründliche Erörterung in Aussicht genommen und zum Teil solche Erörterungen auch schon durchgeführt. Da man in rein zweiseitigen Besprechungen nicht weiterkommt, da Unterhaltungen an Abenden nicht ausreichen, um zu Ergebnissen zu führen, und da eine Verschiedenheit der Auffassung auch durch Leute aus den verschiedenen Gegenden des Reiches repräsentiert werden muss, so haben wir für diese Diskussion verschiedene verlängerte Wochenenden auf dem Lande vorgesehen. Die Diskussion über Staatsaufbau und Selbstverwaltung soll [...] bei Graf Yorck in Kleinöls in Schlesien stattfinden [...] Es ist vorgesehen, dass je zwei Referate gehalten werden, das eine Paar über Staatsaufbau und Gliederung mit dem Blick auf einen möglichen europäischen Oberbau, das zweite Paar über Selbstverwaltung von der untersten Stufe bis zur Grössenordnung des Gaues. Beide Referatpaare gehen ineinander über und sind auch so gedacht, dass im Grunde ein und dasselbe vorgestellte Gebilde einmal von oben und einmal von unten betrachtet werden soll. [...] Die Referenten sind so gewählt, dass mit der Möglichkeit gerechnet werden kann, dass sie als repräsentativ angesprochen werden können.«[12]

Die Bedeutung der auf dem Gut der Familie Moltke durchgeführten Begegnungen des Widerstandszirkels relativiert sich vor dem Hintergrund dieser intensiven Gesprächskultur. Gerstenmaier selbst nahm nur an den beiden letzten Treffen auf Kreisau teil. Während der ersten Zusammenkunft am Pfingstwochenende 1942 hatten kulturpolitische Fragen sowie das Verhältnis von Kirchen und Staat im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden.[13] Zur zweiten, Mitte Oktober abgehaltenen Wochenendtagung wurde auch der schwäbische Konsistorialrat geladen. Die Diskussionen kreisten bei diesem Anlaß um die Frage nach dem künftigen Staatsaufbau und damit einhergehend dem bevorzugten Wirtschaftssystem. Damit standen zwei Säulen der Kreisauer Nachkriegskonzeption im Zentrum der Besprechungen. Über die Kerngruppe hinaus war neben Eugen Gerstenmaier der Münchner Jesuitenpater Alfred Delp neu zum Widerstandszirkel hinzugestoßen.[14] Wie bereits beim ersten

---

[12] Schreiben Moltkes an Clemens Busch vom 17. Juni 1942. Der Brief findet sich als Teil einer Zusammenstellung der Intentionen und Ergebnisse des Kreisauer Kreises von Freya Moltke und Marion Yorck vom 15. Oktober 1945, Anlage VI. ACDP, I-210–009.

[13] Vom 22. bis 25. Mai 1942 versammelten sich auf dem Kreisauer Gut der Moltkes Peter, Marion und Irene Yorck von Wartenburg, Adolf Reichwein, Theodor Steltzer, Harald Poelchau, Hans Peters und Augustin Rösch. F. von Moltke, Erinnerungen an Kreisau, 1997, S. 51.

[14] Freya von Moltke erinnerte sich, daß auf Wunsch Wilhelm Leuschners der frühere sozialistische Jugendführer Hermann Maass als Vertreter der Gewerkschaftsbewegung ebenfalls an dem zweiten Kreisauer Wochenende vom 16. bis 18. Oktober teilgenommen hatte. Da es sich bei dem Besuch Maass' um eine einmalige Stippvisite in Kreisau gehandelt hatte und er der Gruppe zudem »mißtrau-

Zusammentreffen war im Vorfeld eine Diskussionsgrundlage für die Aussprache erstellt worden, die die Ergebnisse der vorbereitenden Gespräche[15] zu beiden Themenkomplexen widerspiegelte und die eine effektive Arbeit innerhalb des Teilnehmerkreises gewährleisten sollte. Letztmalig am Pfingstwochenende 1943 fungierte das Ehepaar Moltke als Gastgeber für die Treffen der Widerstandsgruppe, die sich bei der dritten Zusammenkunft aus Alfred Delp, Horst von Einsiedel, Eugen Gerstenmaier, Paulus van Husen, Helmuth von Moltke, Adolf Reichwein und Peter Yorck von Wartenburg zusammensetzte. Zur Diskussion wurden an diesen Tagen außenpolitische und ökonomische Fragen sowie der Umgang mit Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern nach dem Untergang des NS-Regimes gestellt.

Eugen Gerstenmaier gelang es vor allem aufgrund seiner intellektuellen Fähigkeiten rasch, zu einem geachteten Mitglied des Kreises zu werden.[16] Sein Beitrag im Verlauf der Kreisauer Treffen wurde von den bei den Besprechungen anwesenden Ehefrauen Moltkes und Yorcks wie folgt formuliert: »Für die Diskussion des Freundeskreises war seine sprungbereite geistige Intensität und sein philosophisch geschulter klarer Verstand anregend und belebend.«[17]

Die in den drei Zusammenkünften bearbeiteten Themenkomplexe zeigen auf, daß sich der Kreis mit allen für die künftige Staats- und Gesellschaftsordnung relevanten Aspekten beschäftigt hatte: der Stellenwert der Religion, kultur- und wirtschaftspolitische Fragen sowie der anzustrebende Staatsaufbau waren eingehend erörtert worden.[18] Die auf Kreisau getroffenen Übereinkünfte fanden – trotz der verständlichen Zurückhaltung bei der schriftlichen Fixierung von Ergebnissen – Eingang in eine Denkschrift, die die Visionen und Intentionen der »Kreisauer« für ein befreites Deutschland aufzeigte. Die Grundsatzerklärung der Gruppe wurde in der zweiten Kreisauer Zusammenkunft intensiv überarbeitet; sie erhielt aber erst im August 1943 ihre endgültige Form.[19] Im Falle des Zusammenbruchs des nationalsozialisti-

---

isch« gegenüberstand, wurde Maass nicht als Mitglied des Kreises bezeichnet. F. von Moltke, Erinnerungen an Kreisau, 1997, S. 59.

[15] Der Schwerpunkt der Vorbereitungsarbeiten lag zwar in Berlin, es kam aber – wie Roon in seiner Publikation anmerkte – zudem auch an den beiden Wohnsitzen der Familie Yorck in Klein Öls und Kauern sowie auf dem Gut der Borsigs in Groß-Behnitz zu kleineren Zusammenkünften, die der Planung der Kreisauer Treffen dienten. G. van Roon, Neuordnung im Widerstand, 1967, S. 248.

[16] Wie sehr auch Moltke den schwäbischen Theologen schätzte, geht aus seinem Schreiben an seine Ehefrau hervor. So teilte er ihr in einem Brief vom 3. November 1942 mit: »Abends waren Gerstenmaier und ich bei Peter. Es war nicht nur sehr nett, sondern wir haben auch sichtlich beachtliche Fortschritte gemacht. Jedenfalls ist es wirklich erfreulich, was für einen Zuwachs wir mit Gerstenmaier gewonnen haben.« In seinen Zeilen vom 13. November 1942 lobte der Graf die »kristallklare Art« von Gerstenmaiers »Denkapparat«, die »jede Unterhaltung doch ganz erheblich« gefördert habe. H. J. von Moltke, Briefe an Freya, 1988, S. 429 bzw. S. 437.

[17] Begleitschreiben Freya Moltkes und Marion Yorcks vom 15. Oktober 1945, das einer Zusammenstellung der Manifeste des Kreisauer Kreises vorangestellt worden war. ACDP, I-210–009.

[18] Vgl. dazu am ausführlichsten: G. van Roon, Neuordnung im Widerstand, 1967, Kapitel V. Van Roon befaßte sich in seiner grundlegenden Arbeit über den Kreisauer Kreis auf weit mehr als 100 Seiten mit den Auffassungen der Oppositionellen hinsichtlich der künftigen Staatsordnung.

[19] Grundsätze für die Neuordnung vom 9. August 1943. Eine Abschrift des Dokumentes findet sich in einer Zusammenstellung der Intentionen und Ergebnisse des Kreisauer Kreises von Freya Moltke

schen Regimes sollte sie der neuen deutschen politischen Führungsriege als Regierungserklärung dienen.[20] Generell wurden darin die Wiederherstellung der Menschenrechte und die Verknüpfung von »christlicher Lebenshaltung mit der Lösung der sozialen Frage«[21] angestrebt.[22] Eine fundamentale Bedeutung kam hierbei der Herausstellung des christlichen Glaubens als Kern und unverzichtbarer Grundlage der Staatskonzeption zu.[23] Diese Maxime wurde von Eugen Gerstenmaier uneingeschränkt begrüßt.

Intensive Diskussionen waren indes den Erörterungen des künftigen Staatsaufbaus vorausgegangen. Rund zwei Jahre hatten sich die Oppositionellen für die Erstellung eines Konzeptes zur staatlichen Neuordnung Deutschlands Zeit genommen.[24] Eugen Gerstenmaier selbst bezeichnete die diesbezüglich erarbeiteten Intentionen in der Retrospektive zwar als originell, zugleich aber auch in Teilen als nicht »durchführbar«.[25] Das neue Deutschland sollte nach dem Willen der »Kreisauer« einen nach den Grundsätzen und Bedürfnissen der Selbstverwaltung orientierten Staatsaufbau sowie eine von Rechtsstaatlichkeit geprägte Gesellschaftsordnung erhalten. Die politische Willensbildung der Bevölkerung sollte sich dabei in einer Art und Weise vollziehen, die »für den Einzelnen überschaubar blieb«[26], wobei die Urwahl aus dem Streben heraus abgelehnt wurde, ein Wiederaufleben des Parlamentarismus Weimarer Prägung zu verhindern.[27] Der Reichstag, dessen Zusammensetzung

---

und Marion Yorck vom 15. Oktober 1945, Anlage VI. ACDP, I-210–009. Die Analyse zweier weiterer Dokumente, die von der Widerstandsgruppe gemeinsam verfaßt wurden (Ergebnisse des ersten Kreisauer Wochenendes vom 27. Mai 1942 und die Weisungen an die Landesverweser vom 9. August 1943), kann hier nicht erfolgen. Darüber hinaus ist die Quintessenz der Forderungen und Intentionen des Kreises in die »Grundsätze für die Neuordnung« betitelte Denkschrift eingegangen.

[20] E. Gerstenmaier, Kreisauer Kreis, 1967, S. 229.

[21] H. Mommsen, Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus Sicht des Kreisauer Kreises, in: P. Steinbach/J. Tuchel, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1994, S. 258.

[22] Marion Gräfin Dönhoff wies bei der Umschreibung der Intentionen des Widerstandskreises auf deren Wunsch zur Erneuerung der moralisch-ethischen Maßstäbe unter Betonung der metaphysischen Dimension hin. M. Dönhoff, Um der Ehre willen, 1996, S. 17.

[23] Deutlich wird dies in den ersten drei Sätzen der Erklärung, in denen es heißt: »Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft. Der Ausgangspunkt liegt in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äusseres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Masstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.« Grundsätze für die Neuordnung, S. 1. Intentionen des Kreisauer Kreises vom 15. Oktober 1945. ACDP, I-210–009.

[24] Aufgrund der langen Vorbereitungsphase sahen sich die überlebenden Verschwörer nach 1945 dem Vorwurf ausgesetzt, ihr Beitrag im Kampf gegen Hitler habe sich in Diskussionen erschöpft und das aktive Mittun am Umsturz vermissen lassen. E. Gerstenmaier, Kreisauer Kreis, 1967, S. 230.

[25] So lautete Gerstenmaiers Beurteilung der Leitideen. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 161.

[26] Zitiert nach: G. van Roon, Neuordnung im Widerstand, 1967, S. 545.

[27] In seinem Memoiren charakterisierte er dieses Ansinnen als »hochgestochene[n] Personalismus«. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 161.

durch indirekte Wahlen bestimmt werden sollte, war weiterhin als höchstes parlamentarisches Gremium vorgesehen. Ihm zur Seite gestellt wurde der Reichsrat, dem die Repräsentation der Länderinteressen oblag und an dessen Spitze ein Reichsverweser stand. Dem auf zwölf Jahre gewählten Reichsverweser kam im »Reich der Kreisauer«[28] eine essentielle Bedeutung zu. Er war Oberbefehlshaber der Wehrmacht, ihm stand das Recht zur Berufung des Reichskanzlers zu und er unterzeichnete ferner die vom Reichstag ausgearbeiteten Gesetze. Hinsichtlich der Kontrolle der Machtfülle des Staatsoberhaupts und ebenso des Reichsrats zeigte sich das Kreisauer Memorandum wenig konkret, wie überhaupt die Konzepte zum Wahlsystem und zur Staatsgewalt auch unter Zubilligung der Entstehungsumstände sowie des Erwartungshorizontes der Angehörigen des Kreises nicht ausgereift erscheinen.[29]

Dem ausgeprägten Föderalismus, dem der Kreis ferner huldigte und der hauptsächlich von Moltke, Schulenburg und Steltzer befürwortet worden war, stand Gerstenmaier eher distanziert gegenüber. Er bemühte sich allerdings nicht um die Einbringung von Alternativen zur Neugliederung der deutschen Länder, so daß der föderale Staatsaufbau als konsensuales Anliegen der Gruppe formuliert wurde.[30] Durchaus geteilte Meinungen gab es des weiteren zum Aspekt der christlichen Gemeinschaftsschulen. Gerade die Thematik Schule und Erziehung nahm bei den Erörterungen der Oppositionellen großen Raum ein. Bereits das erste Treffen auf dem schlesischen Gut hatte im Zeichen der Beschäftigung mit dieser Frage gestanden. Während Paulus van Husen und der mit dem Widerstandskreis in Verbindung stehende Jurist Hans Lukaschek auf Bekenntnisschulen beharrten, befürwortete die Majorität der Gruppe christliche Gemeinschaftsschulen. In der Denkschrift vom Sommer 1943 wurde deshalb schließlich die staatliche Schule mit Religionsunterricht für beiden Konfessionen als Regelschulmodell verankert.[31]

Unumstritten blieb hingegen sowohl die Feststellung, daß das Reich die oberste Führungsmacht des deutschen Volkes bleiben sollte sowie die Sicherstellung der

---

[28] Ebd.

[29] Dennoch scheint das Urteil Hoffmanns, der Verfassungsentwurf habe versucht, eine »starke zentrale Reichsgewalt durch eine erneuerte Elite in den Sattel zu heben«, zu hart. P. Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, 1985, S. 251. Sowohl die Entstehungsumstände der Denkschrift als auch die von der Widerstandsgruppe antizipierte Umbruchszeit nach Beseitigung der Nationalsozialisten machen den Versuch der Machtbündelung verständlich. Es ist deshalb Trott zu Solz zuzustimmen, der darauf verwies, daß es sich bei den Angehörigen des Kreisauer Kreises »nicht um ideologische Dogmatiker handelte, sondern dass die die Staatsorganisation betreffenden Verfassungspläne [...] als pragmatische Übergangslösungen konstruiert waren.« L. von Trott zu Solz, Hans Peters und der Kreisauer Kreis, 1997, S. 146.

[30] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 161.

[31] Im Abschnitt Kirche, Kultur und Bildungswesen des Memorandums vom 6. August 1943 wurde zur Bedeutung der Erziehung und Ausbildung der Jugend ausgeführt: »Familie, Kirche und Schule leisten die Erziehungsarbeit gemeinsam. [...] Die Charaktererziehung bildet einen anständigen Menschen religiöser Grundhaltung, der gute Sitte und Rechtlichkeit, Wahrheit und Aufrichtigkeit seins zu machen imstande ist.« Intentionen des Kreisauer Kreises vom 15. Oktober 1945. ACDP, I-210–009.

zukünftigen Teilnahme Deutschlands an der Völkergemeinschaft. Die Forderung nach Aufgabe einer absolut gehaltenen, einzelstaatlichen Souveränität und die Einbindung des Reichs in eine supranationale Gemeinschaft[32] war – aus der Retrospektive beurteilt – der zukunftsweisendste Denkansatz des Kreisauer Kreises, denn bei der Planung der Rekonstruktion Deutschlands war man sich stets der Verantwortung gegenüber Europa bewußt.[33] Der Widerstandskreis um Moltke kann damit durchaus als Vordenker der Schaffung einer europäischen Gemeinschaft bezeichnet werden.

Weniger zukunftsweisend, als eher auf bekannte Modelle bauend, gestalteten sich hingegen die Denkansätze zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes.[34] Für die wirtschaftspolitischen Ansätze des Kreises zeichneten in erster Linie der Volkswirtschaftler Horst von Einsiedel und der im Reichswirtschaftsministerium tätige Carl Dietrich von Trotha verantwortlich. Großer Wert wurde auf die Sicherung des Existenzminimums und die Anhebung des Lebensstandards der Arbeitnehmer gelegt. Diese Forderungen wiesen die Handschrift der drei Sozialdemokraten Haubach, Mierendorff und Reichwein auf. Doch unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrisen der zwanziger und dreißiger Jahre war die Verbesserung der Lebenssituation der Erwerbstätigen[35] ebenso ein konsensuales Anliegen aller »Kreisauer« wie die Einigung auf die Notwendigkeit einer staatlichen Wirtschaftslenkung.[36] Gerade einer der Kernpunkte der Kreisauer Vorstellungen, die ökonomischen Lenkungsaufgaben des Staates, dem unter anderem die Beaufsichtigung der Schlüsselunternehmen in der Schwerindustrie sowie der Metall-, Chemie und Energiebranche obliegen sollte, erfuhr allerdings keine ausreichende Präzisierung.[37]

---

[32] Punkt 7 der Grundsätze für die Neuordnung. Ebd.

[33] Bezüglich der Einbettung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft führten Freya Moltke und Marion Yorck in dem den Manifesten des Kreisauer Kreises vorangestellten Begleitschreiben folgendes an: »Schwer belastet durch das Erbe, das es anzutreten galt, dessen Ausmass zu innerer und äusserer Not sie erkannten, empfanden sie tief die Verantwortung gegenüber Europa für das, was geschehen war und das, was nun geschehen muss.« Zusammenstellung Freya Moltkes und Marion Yorcks vom 15. Oktober 1945. ACDP, I-210–009.

[34] Eugen Gerstenmaier verwies in seinen Lebenserinnerungen darauf, daß der Kreisauer Kreis zwar die Wirtschaftspraxis der Nationalsozialisten abgelehnt habe, aber dennoch mangels Alternativen angesichts des nach dem Umsturz zu erwartenden Notstandes für die Beibehaltung einer Planwirtschaft votiert hätte. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 163.

[35] Der Katalog der zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards vorgesehenen Maßnahmen sah das Recht auf Arbeit, Fortbildungsmaßnahmen, ein nicht näher definiertes Mitgestaltungsrecht am Arbeitsplatz sowie die Einrichtung einer Betriebsgewerkschaft vor. Grundsätze für die Neuordnung vom 9. August 1943, Punkt 3 und 5. Intentionen des Kreisauer Kreises vom 15. Oktober 1945. ACDP, I-210–009.

[36] Abschnitt Wirtschaft in den Grundsätzen für die Neuordnung vom 9. August 1943, Punkt 1 und 2. Ebd.

[37] In einem Schreiben an Marion Gräfin Yorck von Wartenburg vom 7. Juli 1976 teilte Gerstenmaier die Ansicht, daß die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises Defizite aufgewiesen haben. Gerstenmaier gestand seiner langjährigen Vertrauten: »[...] wie halbgar mir insbesondere die Ideen unserer Betriebsgewerkschaft mit ihrem verschwommenen Eigentumsbegriff, der unklaren Be-

Die Denkschrift vom August 1943 stellt das letzte gemeinsam vom Kern des Kreisauer Kreises verfaßte Dokument dar. Mit der Verhaftung Helmuth Moltkes im Januar 1944[38] trat die Arbeit des Widerstandskreises in eine neue Phase ein.[39] Zwar kam es danach zu keinen weiteren Treffen auf Gut Kreisau mehr, doch fand die gegen das Regime gerichtete Tätigkeit damit nicht ihr Ende. Mit der Inhaftierung Helmuth James von Moltkes war sicherlich die treibende Kraft und der Initiator des Kreisauer Kreises ausgeschaltet worden, doch war es symptomatisch für diese Widerstandsgruppe eigenständiger Persönlichkeiten[40], daß die konspirative Arbeit damit nicht etwa eingestellt wurde. Wenn sich auch einzelne Männer zu Beginn des Jahres 1944 vom Kreis etwas lösten[41], so fand die Arbeit doch ihre Fortsetzung, und die theoretische Befassung mit der Neuordnung Deutschlands wich einer intensivierten Kontaktpflege mit dem militärischen Widerstand, von der man sich die Durchführung eines Staatsstreichs und damit die Beendigung der NS-Diktatur erhoffte.

3. Der 20. Juli 1944

Der Kontaktaufnahme zu Angehörigen der militärischen Opposition war seitens des Kreisauer Kreises bereits seit 1942/43 zunehmend mehr Beachtung geschenkt worden. Die Verbindungen zu den Militärs wurden zunächst über den Diplomaten Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld aufgebaut. Besonders in den Reihen des Ersatzheeres sowie des Allgemeinen Heeresamtes im OKW fanden sich Offiziere, die zum Widerstand entschlossen waren. Kontakte des Kreisauer Kreises bestanden unter anderem zum

---

triebsbestimmung etc. schon lange erscheinen. Damals verstand ich es halt nicht besser. Keiner von uns kam aus der Wirtschaft. Überhaupt hatten wir anderes im Kopf.« ACDP, I-210–040/2.

38 Helmuth Moltke wurde verhaftet, da er Otto Karl Kiep, der der Widerstandsgruppe des Solf-Kreises angehörte, von dessen bevorstehenden Verhaftung durch die Gestapo in Kenntnis gesetzt hatte.

39 Roon unterteilte die Entwicklung des Widerstandskreises in sechs Phasen, die über die Vorphase (1938 bis 1939) bis zur Stockungsphase ab Januar 1944 reichen. G. VAN ROON, Der Kreisauer Kreis und die Nachkriegsentwicklung, in: U. KARPEN/A. SCHOTT, Der Kreisauer Kreis, 1996, S. 134 (S. 133–148). Im Hinblick auf die theoretische Befassung mit der staatlichen Neuordnung mag es gerechtfertigt erscheinen, nach der Verhaftung des Kopfes der Gruppe, Helmuth Moltke, von einer Stagnation zu sprechen; im Hinblick auf die Unterstützung eines Staatsstreiches vollzog der Kreis im letzten Kriegsjahr jedoch die bedeutende Wende zur aktiven Partizipation am Umsturz.

40 Eugen Gerstenmaier verwies in diesem Zusammenhang auf den Aufruf zu einer »sozialistischen Aktion« Carlo Mierendorffs vom 14. Juni 1943. Der Sozialdemokrat hatte sich in seinem Bemühen um einen rasch durchzuführenden Staatsstreich zu diesem Schritt entschieden, der zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem seine Freunde des Kreisauer Kreises auf dem Gut des Ehepaars Moltke die Grundzüge der Neuordnung Deutschlands diskutierten. E. GERSTENMAIER, Kreisauer Kreis, 1967, S. 229.

41 Steltzer merkte dazu an, daß er die Verhaftung Moltkes als das Ende der politischen Arbeit als »Gemeinschaftsarbeit« empfunden habe. An der Weiterführung der Widerstandstätigkeit und der intensivierten Zusammenarbeit mit Stauffenberg partizipierte Theodor Steltzer nicht mehr. T. STELTZER, Von deutscher Politik, 1949, S. 77.

Chef des Allgemeinen Heeresamtes, General Friedrich Olbricht[1], dem eigentlichen Mittelpunkt der militärischen Vorbereitung des Umsturzes, sowie zu Claus Graf Schenk von Stauffenberg, dem Chef des Stabes beim Allgemeinen Heeresamt.[2] Moltke hatte ebenso wie Yorck, Haubach, Haeften, Steltzer und Pater Rösch die Planung einer gewaltsamen Beseitigung Hitlers zunächst abgelehnt. Ihre christliche Grundüberzeugung und das Selbstverständnis, daß einem politischen Kreis allein die Aufgabe der Neugestaltung des künftigen Deutschland oblag, ließen sie von der Planung eines Attentats absehen. Dieser Zirkel innerhalb des Kreisauer Kreises befürwortete vielmehr eine Initiative der militärischen Führung, deren Eingreifen gegen die verbrecherische Regierung als längst überfällig angesehen wurde.[3] Sie befanden sich damit in einem moralischen Dilemma. Einerseits lehnten sie die Anwendung äußerster Gewalt aus moralisch-religiösen Gründen ab, andererseits nahmen sie aber in Kauf, durch ihre verbale Unterstützung gewaltsamer Umsturzpläne den Tyrannenmord dennoch gefördert zu haben.

Im Hinblick auf die Attentatsvorbereitungen hatte Eugen Gerstenmaier bereits zu Beginn seiner Mitarbeit im Kreisauer Kreis eine andere Meinung vertreten. Schon im September 1942 hatte der Theologe auf die Frage Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburgs hin seine Bereitschaft erklärt, an einem Anschlag auf Hitler gemeinsam mit einer Gruppe von Offizieren teilzunehmen.[4] Seine Überzeugung, daß es keine Alternative zur gewaltsamen Beseitigung des Diktators gab und auch der Kreisauer Kreis eine aktive Rolle bei der Vorbereitung eines Coup d'État zu spielen habe, wurde von Alfred Delp und Trott zu Solz geteilt. Einen Stimmungswandel in der Gruppe der Attentatsgegner bewirkten spätestens die Verhaftungen Helmuth Moltkes im Januar 1944 sowie Adolf Reichweins im Juli 1944. Die moralischen sowie religiösen Bedenken waren der Erkenntnis gewichen, daß es zu einer Beteiligung an einem Anschlag auf Hitler keine Alternative mehr gab.[5] Diese Einsicht wurde noch verstärkt durch die ausweglose militärische Lage. Trotz Ausrufung des »Totalen Kriegs« durch Goebbels Anfang 1943[6] vermochte Deutschland weder

---

[1] Gerstenmaier stand nach Aussage der Sekretärin Olbrichts, Anni Lerche, mit dem General seit 1943 in losem Kontakt. Interview Heinrich von zur Mühlens mit Anni Lerche vom 9. Juni 1948. BA, N 1166/137.

[2] Durch Olbricht weitete sich das Verbindungsnetz des Kreises, wie beispielsweise die Kontakte zu General Ludwig Beck, dem Diplomaten Ulrich von Hassel sowie dem ehemaligen Mitglied des Reichskabinetts und Angehörigen der Widerstandsgruppe um Goerdeler, Johannes Popitz, belegen.

[3] T. Steltzer, Von deutscher Politik, 1949, S. 76.

[4] E. Gerstenmaier, Kreisauer Kreis, 1967, S. 233. Hoffmann verwies in seiner Publikation (P. Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, 1985, S. 325) darauf, daß Gerstenmaier gemeinsam mit Schulenburg bereits im Sommer 1940 die Verhaftung Hitlers in Berlin durch eine Gruppe von Offizieren geplant habe. Hoffmann unterläßt es jedoch, für diese These einen Quellennachweis zu führen. Da sich weder in Gerstenmaiers zahlreichen Ausführungen über seine Tätigkeit im Widerstand noch in seinem Nachlaß Hinweise auf dieses Vorhaben finden, ist davon auszugehen, daß es sich hierbei nicht um ein konkret geplantes Vorgehen, sondern eher um eine von vielen möglichen Optionen gehandelt hat, die im Verlauf der konspirativen Arbeit erwogen wurden.

[5] G. van Roon, Neuordnung im Widerstand, 1967, S. 289.

[6] Joseph Goebbels' Rede im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943.

dem Vormarsch der Roten Armee noch dem unaufhaltsamen Vordringen der westlichen Alliierten auf dem europäischen Kontinent Einhalt zu gebieten. Ein Kapitulationsangebot aus dem Munde Hitlers indessen war undenkbar, so daß der einzige Weg zum Waffenstillstand und damit zur Vermeidung weiterer Opfer nur über einen Sturz des Diktators zu erreichen war.

Aber erst im Juli 1944 eröffnete sich schließlich die Möglichkeit, die Umsturzpläne in die Tat umzusetzen. Die Beförderung Claus Graf Schenk von Stauffenbergs zum Oberst und seine Einsetzung zum Stabchef beim Heeresrüstungsamt und beim Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, schuf die notwendigen Voraussetzungen für einen Putschversuch. Der neue Verantwortungsbereich gewährte Stauffenberg einen relativ freien Zugang zum inneren Zirkel um Hitler sowie die Möglichkeit, als Fromms Stabschef das Ersatzheer in Alarmzustand versetzen und somit über die militärischen Mittel zur Durchführung des Staatsstreichs verfügen zu können.[7] Der schwer kriegsversehrte Stauffenberg, der sich bereit erklärt hatte das Attentat alleine auszuführen, entschied sich, Hitler mittels einer Sprengstoffladung am 20. Juli im Verlauf einer Besprechung im Hauptquartier »Wolfsschanze« bei Rastenburg zu töten.

Eugen Gerstenmaier war – wie die Mehrzahl der Mitglieder des Kreisauer Kreises – von der technisch-militärischen Seite des Staatsstreichs nicht eingehend in Kenntnis gesetzt worden. Innerhalb des Verschwörerkreises wurde vereinbart, daß jeder Beteiligte nur insoweit in Einzelheiten eingeweiht werden sollte, als dies für den erfolgreichen Ablauf des Unterfangens unbedingt erforderlich war. Zudem befand sich der schwäbische Konsistorialrat mit seiner Familie bis zum 19. Juli 1944 in Kärnten. Die offiziell als Skifreizeit mit Austauschstudenten getarnte Reise nach Österreich hatte Gerstenmaier allerdings vor allem deshalb unternommen, um sich einer drohenden Verhaftung zu entziehen. Ihm war zugetragen worden, daß er aufgrund seiner Tätigkeit für das Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene, das sich auch der Fürsorge der in deutsche Gefangenschaft geratenen Soldaten angenommen hatte, festgenommen werden sollte.[8] Doch trotz der Gefahr für seine Person entschloß sich der Theologe nach dem Erhalt einer kaschierten Mitteilung auf einer Postkarte, die ihn über den bevorstehenden Staatsstreich informierte, nach Deutschland zurückzukehren. Aus Pflichtgefühl und dem Wunsch heraus, nach den jahrelangen Vorarbeiten am Tag der Entscheidung bei seinen Freunden sein zu wollen, riskierte Gerstenmaier die Rückkehr in die Heimat.[9] Nach einem Abstecher

[7] Zur militärischen Vorbereitung des Umsturzes vgl. unter anderem G. Ueberschär, Der militärische Umsturzplan, in: P. Steinbach/J. Tuchel, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1994, S. 353–363. Einen minutiösen Überblick über den konkreten Ablauf des Attentats vom 20. Juli liefern unter anderem: O. John, Falsch und zu spät, 1989, bes. S. 69–73, W. Venohr, Stauffenberg, 2000, S. 335–365 und H. Walle, Der 20. Juli 1944, in: P. Steinbach/J. Tuchel, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1994, S. 364–376.

[8] E. Gerstenmaier, Kreisauer Kreis, 1967, S. 244.

[9] Als einen der Gründe für seine Entscheidung, heimzukehren, gab der Kirchheimer an, er habe sich nicht »drücken« wollen. Brief Eugen Gerstenmaiers an Norbert Wiggershaus vom 8. Dezember 1983. ACDP, I-210–045/2.

nach Stuttgart, wo er Bischof Wurm von dem bevorstehenden Coup d'État in Kenntnis setzte[10], erreichte er in der Nacht vom 19. auf den 20. Juli die Reichshauptstadt. In der Wohnung in der Hortensienstraße, die Gerstenmaier seit Sommer 1943 mit Yorck und Moltke teilte, fand er eine kurze Mitteilung Peter Yorcks vor, die ihn von der Festsetzung des Umsturzes auf den 20. Juli unterrichtete. Bis zum Nachmittag dieses Tages hielt sich Gerstenmaier in der Wohnung auf und wartete auf weitere Nachrichten.

In der Bendlerstraße herrschte in der Zwischenzeit hektische Betriebsamkeit. Nachdem Stauffenberg in der Annahme, er habe Hitler getötet, vom Führerhauptquartier »Wolfsschanze« am Mittag nach Berlin zurückkehrt war, versetzte General Olbricht das Ersatzheer gemäß des Operationsplans »Walküre«[11] in Alarmbereitschaft. Graf Yorck von Wartenburg, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits in der Zentrale der Oppositionellen befand, verständigte gegen 17 Uhr telefonisch Eugen Gerstenmaier vom Vollzug des Attentats und bat ihn in die Bendlerstraße zu kommen. Ausgestattet mit der Bibel und einer Pistole, die ihm am Morgen von Yorck überlassen worden war, machte sich Gerstenmaier daraufhin auf den Weg zum OKW-Quartier. Dort angekommen wurde ihm zunächst mitgeteilt, daß der Anschlag planmäßig verlaufen sei und Generaloberst Beck wie vorgesehen die Leitung der militärischen Abwicklung des Umsturzes übernommen hätte. Daraufhin wurde der Theologe von seiner Einsetzung zum Militärbevollmächtigten für das Kirchenministerium in der künftigen Reichsregierung unterrichtet. Der schwäbische Konsistorialrat war als einziger Zivilist umgeben von Reserveoffizieren und Militärs in der Bendlerstraße anwesend. Die Stimmung war gedrückt, da das Gerücht vom Mißerfolg des Attentats mittlerweile seine Bestätigung gefunden hatte. Obwohl das Wort bereits die Runde gemacht hatte, daß Hitler mit dem Leben davongekommen war, bemühte sich Stauffenberg unter Berufung auf den Plan »Walküre« um die Vorantreibung des Staatsstreiches in den einzelnen Wehrkreisen. Gerstenmaier selbst war zu diesem Zeitpunkt bereits der Meinung, daß der Versuch, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft von innen heraus zu stürzen, zwar gescheitert war, die Verschwörer ihr Leben aber »so teuer wie möglich«[12] verkaufen müßten. Er bot sich deshalb an, eine Aktion zur Besetzung des Deutschlandsenders zu führen, um mit Hilfe dieses Mediums die nationalsozialistische Propagandamaschinerie stoppen und auf die Bevölkerung im Sinne der Opposition einwirken zu können. Die Meldung vom Vormarsch regimetreuer Truppen auf Berlin machte dieses Vorhaben

---

[10] Gerstenmaier erinnerte sich, daß er Wurm darum gebeten hatte, für den Fall der erfolgreichen Durchführung des Staatsstreichs in einer Rundfunkrede um Vertrauen für die neue Reichsregierung zu werben. E. GERSTENMAIER, Streit und Friede, 1981, S. 189.

[11] Die Operation »Walküre« war ursprünglich konzipiert worden, um das Ersatzheer bei Unruhen im Inland (z.B. einem Aufstand von Zwangsarbeitern) bzw. bei der Landung der Alliierten rasch zum Einsatz bringen zu können. Die Mobilmachungsbefehle wurden von der Gruppe um Stauffenberg insoweit verändert, daß sie nach der Beseitigung Hitlers die Übernahme der Regierungsgewalt ermöglicht hätten.

[12] Ausführungen Eugen Gerstenmaiers in Bayreuth vom 2. Mai 1945. ACDP, I-210–009.

allerdings obsolet; es war dem Führungszirkel um Hitler gelungen, Militärverbände mit dem Ziel zu entsenden, daß Hauptquartier der Oppositionellen zu stürmen.[13] Am Abend gestaltete sich die Lage der Verschwörer deshalb nahezu aussichtslos[14], dennoch waren sich die Offiziere um Olbricht einig, den Kampf gegen die Regierung fortzusetzen.[15]

Kurz nach 22.30 Uhr versammelten sich in einem anderen Teil der Bendlerstraße weitere regierungstreue Offiziere, die zum »bewaffneten Gegenstoß«[16] gegen die Widerstandsgruppe bereit waren. Die Gruppe um Oberstleutnant von der Heyde drang kurz darauf in Olbrichts Büro ein und überwältigte nach einem kurzen Schußwechsel[17] die im Zimmer des Generals sowie im angrenzenden Dienstzimmer Stauffenbergs anwesenden Personen. Neben Olbricht wurden zunächst Claus Stauffenbergs Bruder Berthold, Ulrich Schwerin von Schwanenfeld, Fritz-Dietlof Schulenburg, Graf Yorck von Wartenburg, Barnim von Ramin, Ritter Albrecht Mertz von Quirnheim und Eugen Gerstenmaier festgesetzt.[18] Bei dem Versuch, die Ab-

---

[13] Zu den im Zuge des Gegenschlages des NS-Regimes ergangenen militärischen Befehlen siehe besonders eine Zusammenstellung der Parteikanzlei vom 22. Juli 1944. BAB, NS 6/1, Bl. 142–145. Eine entscheidende Rolle in der Niederschlagung des Aufstandes spielte der Kommandeur des Wachregiments Otto Ernst Remer. Auf Befehl von Generalleutnant von Hase hatte Remer das Regierungsviertel mit regierungstreuen Verbänden umstellen lassen. Aus Sicht Remers hatte er an jenem Tag lediglich einen »bereits zu Beginn mißlungenen Putsch [...] nachhaltig gedämpft«, um einen »Bruderkampf« zu vermeiden. O. E. Remer, 20. Juli 1944, 1951, S. 15.

[14] Die Gründe für das Scheitern des Putschversuchs subsumierte der Sohn des ehemaligen Hohen Kommissars für Deutschland, John J. McCloy wie folgt: »Es gab schlimme Verzögerungen in der Absendung der Befehle, man beauftragte die falschen Leute mit wichtigen Funktionen, man verschwendete Zeit und zögerte. Es waren einfach zu wenige entschlossene, fähige und tatkräftige Männer da, um zu tun, was getan werden mußte. Außerdem handelten die Verschwörer unter starker Spannung und Ungewißheit, einem Zustand, der durch die Nachricht vom Überleben Hitlers noch verschlimmert wurde.« J. McCloy, Die Verschwörung gegen Hitler, 1963, S. 55.

[15] Zur Situation im Dienstzimmer von General Olbricht am Abend des 20. Juli 1944 vgl. ausführlich den Bericht von Otto John, eines Angehörigen des militärischen Widerstandskreises um Stauffenberg. O. John, Falsch und zu spät, 1989, S. 72–73.

[16] H. Walle, Der 20. Juli 1944, 1994, S. 375.

[17] Über den Zeitpunkt der Niederschlagung des Umsturzversuches in der Bendlerstraße liegt die folgende Schilderung Eugen Gerstenmaiers vor: »Gleich darauf hörte ich auf dem Flur laute Auseinandersetzung und fast im gleichen Augenblick begann eine Schiesserei. Ich griff zur Pistole, konnte aber nicht gleich erkennen, wer gegen wen schiesst. Erst im Verlauf des Feuergefechts erfuhr ich, dass sich offenbar unter der Führung des Oberstleutnants Bodo von der Heyde eine Anzahl Offiziere insgeheim zusammengetan und gegen uns zu den Waffen gegriffen habe. Es handelte sich um Offiziere (und die ihnen zur Verfügung stehenden Unteroffiziere und Mannschaften), die in den Umsturzplan zwar nicht vorher eingeweiht worden waren, die sich aber am Nachmittag des 20. Juli Beck bzw. Olbricht und Stauffenberg zur Verfügung gestellt hatten. Beim Anhören der Rundfunknachrichten, dass Hitler unversehrt sei, fielen sie wieder ab und begannen, nachdem sie sich insgeheim telefonisch mit dem Reichssicherheitshauptamt verständigt hatten, zu meutern, indem sie uns kurzerhand mit Maschinenpistolen, Handgranaten und Maschinengewehren überfielen. Wir waren auf diese Weise von den im Oberkommando bereitliegenden Waffen plötzlich abgetrennt und lediglich auf unsere Pistolen und die Taschenmunition angewiesen. [...] Es zeigte sich sofort, dass wir verloren waren.« Ausführungen Eugen Gerstenmaiers in Bayreuth vom 2. Mai 1945. ACDP, I-210–009.

[18] Interview Heinrich von zur Mühlens mit der Sekretärin Olbrichts, Anni Lerche, vom 9. Juni 1948. BA, N 1166/137.

sperrung am Flurende zu durchbrechen und zu flüchten, wurde Gerstenmaier von Major Franz Herber festgenommen. Unterdessen wurden die ebenso gefangengenommenen Haeften und Claus Stauffenberg gemeinsam mit Olbricht und Merz von Quirnheim einem Exekutivkommando übergeben und gegen 0.30 Uhr im Hof der Bendlerstraße erschossen. Auch Gerstenmaier war zunächst gefesselt in den Hof hinuntergeführt worden, doch entgegen seinen Befürchtungen wurde er dort nicht ermordet. Gemeinsam mit seinen Freunden Yorck, Schwerin von Schwanenfeld und Schulenburg wurde er statt dessen zum Reichssicherheitshauptamt in der Prinz-Albrecht-Straße gebracht und dort in Einzelhaft genommen.

4. Im Namen des Deutschen Volkes!

Das Regime nahm den mißglückten Staatsstreich zum Anlaß, um großflächig und mit größter Härte gegen die oppositionellen Kreise vorzugehen. Die innenpolitischen Gegner sollten mit aller Brutalität aus dem Weg geräumt werden, um die letzten Kräfte für die längst zur Abwehrschlacht gewordene kriegerische Auseinandersetzung mobilisieren zu können. Über den eigentlichen Verschwörerkreis des 20. Juli hinaus wurden teilweise auch deren Angehörige in sogenannte Sippenhaft genommen bzw. völlig unbeteiligte Personen inhaftiert; die Zahl der im unmittelbaren Umfeld des Putschversuchs erfolgten Verhaftungen wird auf rund 600 bis 700 geschätzt.[1] Darüber hinaus wurde vom Reichssicherheitshauptamt Mitte August die Aktion »Gewitter« eingeleitet, die mit umfänglichen Inhaftierungen die Bildung einer neuen Oppositionsbewegung verhindern sollte.[2]

Wenn die Verschwörer des 20. Juli auf Unterstützung seitens der Alliierten gehofft hatten, wurden sie nach dem gescheiterten Putschversuch bitter enttäuscht. Die Westmächte nahmen von dem Attentat gegen Hitler zwar Kenntnis[3], sie hielten sich aber mit offiziellen Verlautbarungen zurück. Der Versuch, sich des Tyrannen zu entledigen, wurde in Washington und London als »bloßer Staatsstreich aus den Reihen der alten Elite desavouiert.«[4] Die nun ihren Häschern ausgelieferten Ange-

---

[1] U. Hett/J. Tuchel, Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: P. Steinbach/J. Tuchel, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1994, S. 378 (S. 377–389).

[2] Die Zahl der im Zuge der Aktion »Gewitter« inhaftierten Personen »vornehmlich aus den Reihen der Weimarer Parteien und Verbände« wird auf ca. 5000 beziffert. J. Fest, Staatsstreich, 1997, S. 297.

[3] Vgl. unter anderem den Bericht des Office of Strategic Services (OSS) »The German Coup d'État« vom 22. Juli 1944. NARA, RG 226, L 39971. Das Weiße Haus wurde von der Entwicklung des Staatsstreichs durch das Berner OSS-Büro auf dem laufenden gehalten, allerdings hatte das Attentat im offiziellen Washington erstaunlicherweise ein nur mäßiges Interesse gefunden. Als weiteren Beleg führte Mauch den damals in der Forschungsabteilung des OSS tätigen Historiker Ford an, nach dessen Erinnerung es am Tag des Putschversuches »keine große Eile« gab, initiativ zu werden. Ch. Mauch, Schattenkrieg gegen Hitler, 1999, S. 169.

[4] L. Kettenacker, Die Haltung der Siegermächte zum deutschen Widerstand nach 1944, in: G. Ueberschär (Hg.), Der 20. Juli, 1998, S. 23 (S. 22–46).



Berlin 1944
Bundesarchiv Koblenz

hörigen des Kreisauer Kreis blieben auf sich allein gestellt. Für die am Morgen des 21. Juli noch lebenden Beteiligten des Umsturzversuchs begannen nun die unter Zuhilfenahme psychischer Druckmittel und physischer Folter durchgeführten Verhöre. Das Regime hatte sich dafür entschieden, aus den Verschwörern Geständnisse bezüglich der Hintergründe sowie weiterer Beteiligter des Putschversuchs herauszupressen. Zu diesem Zweck war in der von SS-Gruppenführer Müller geleiteten Abteilung IV des RSHA unmittelbar nach der Niederschlagung des Staatsstreichs eigens eine »Sonderkommission 20. Juli« gebildet worden, die die Vernehmung der inhaftierten Oppositionellen übernommen hatte.

Eugen Gerstenmaier hatte fest damit gerechnet, wie seine bereits im Hof der Bendlerstraße ermordeten Freunde ebenfalls rasch exekutiert zu werden. Statt dessen wurde er vor einen »grossen Kreis von SS und Gestapoleuten«[5] gestellt und vernommen. Das offenkundige Interesse der Nationalsozialisten an der Erforschung der Hintergründe des Attentats ließ in Gerstenmaier die Hoffnung keimen, daß sich ihm wider Erwarten eine Chance bot, mit dem Leben davon zu kommen. Er war deshalb entschlossen, um seinen Kopf zu kämpfen[6] und begann sich eine Strategie für künftige Befragungen zurechtzulegen.

Die Verhöre wurden hauptsächlich von dem für das Amt IV B1 des RSHA tätigen Obersturmbannführer Karl Neuhaus geleitet, dem Gerstenmaier bereits während seiner Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt begegnet war.[7] Im Verlauf der im Hausgefängnis der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße durchgeführten Vernehmungen scheute Neuhaus nicht davor zurück, den nicht geständigen Häftling mit dem Hinweis auf eine Strafverfolgung von dessen Frau und Tochter gefügig machen zu wollen.[8] Offenbar blieben Gerstenmaier zunächst aber körperliche Mißhandlun-

---

[5] Aussage Eugen Gerstenmaiers in einem Interview mit der »Neuen Zürcher Zeitung«. Die Befragung bildete die Basis für einen Artikel der Zeitung unter der Überschrift »Zur Geschichte des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944« vom 23. Juni 1945. Es ist deshalb davon auszugehen, daß Gerstenmaier kurz zuvor, also im Mai oder Juni 1945, interviewt wurde. ACDP, I-210–009.

[6] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 198.

[7] In einem Schreiben an den öffentlichen Kläger der Zentralberufungskammer Hessen, Hunsche, führte Eugen Gerstenmaier am 2. Januar 1953 aus, daß er Neuhaus erstmals im Sommer 1943 getroffen habe. Neuhaus habe ihn zu sich beordert, um Gerstenmaier die Fortsetzung der »seelsorgerischen Betreuung der im Reichsgebiet eingesetzten ausländischen zivilen Zwangsarbeiter unter Drohungen zu untersagen.« ACDP, I-210–008/1.

[8] Zur Methodik der Verhöre sagte Eugen Gerstenmaier im Spruchkammerverfahren gegen Neuhaus nach Kriegsende aus. Die Frankfurter Spruchkammer berief sich in ihrer Urteilsbegründung auf seine Aussage wie folgt: »Zur Erpressung einer wahrheitsgemäßen Aussage rief der Betroffene [Karl Neuhaus, D. G.] seine Sekretärin, Fräulein Holland, in sein Dienstzimmer und diktierte ihr im Beisein des Zeugen – anscheinend absprachemäßig fingiert – ein Fernschreiben, mit dem der zuständigen Gestapostelle der Befehl erteilt wurde, die Frau des Zeugen in Sicherheitsverwahrung zu bringen und das Kind (damals noch nicht 1 Jahr alt) der NSV-Stelle zu übergeben. Dr. Gerstenmaier versuchte er dann klarzumachen, was für ein »herrlicher moralischer Versager« er sei, da er lieber Frau und Familie diese Beschwerden erleiden lasse. – Die angedrohten Maßnahmen sind nicht durchgeführt worden.« Undatierte Abschrift des Urteils der Zentralspruchkammer Hessen gegen Karl Ludwig Neuhaus. ACDP, I-210–008/1. Der Theologe Neuhaus wurde im Zuge dieses Verfahrens 1952 zu zwei Jahren

gen weitestgehend erspart.[9] Neuhaus versuchte, Gerstenmaier das Geständnis zu entlocken, er sei ein Beteiligter des Putschversuches gewesen. Der Konsistorialrat indessen blieb bei seiner gewählten Strategie und beharrte darauf, als Zivilist zufällig in die Bendlerstraße gekommen zu sein, um seinem Freund Peter Yorck einen Besuch abzustatten. Die Schilderungen Gerstenmaiers, der mittlerweile in das Gefängnis in der Lehrterstraße überstellt worden war, wurden im Verlauf der ersten Wochen der Inhaftierung von seinen Freunden gestützt.[10] Dennoch war die »Sonderkommission 20. Juli« davon überzeugt, daß der Kirchheimer zum Kreis der Verschwörer zählte. Bereits am 30. Juli 1944 meldete der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Ernst Kaltenbrunner, an Reichsleiter Martin Bormann, mit Eugen Gerstenmaier sei die »Hauptperson, über die die Beziehungen der Verschwörerclique zu kirchlichen Kreisen«[11] abgewickelt worden seien, inhaftiert worden. Im Verlauf der bis Mitte August vorgenommenen Verhöre beharrte der 37jährige allerdings darauf, die von ihm besuchten Kreisauer Zusammenkünfte hätten keinen konspirativen Charakter gehabt. Gerstenmaier umschrieb beispielsweise das zweite Kreisauer Zusammentreffen im Herbst 1942 als eine »evangelisch-katholische Tagung von Geistlichen und Laien«[12], gestand aber zugleich ein, daß sämtliche Teilnehmer an den insgesamt drei Treffen auf Moltkes Landgut keine »inneren Beziehungen zum Nationalsozialismus«[13] hatten. Diese Aussagen des Konsistorialrates erachtete das RSHA als hinreichend, um in seinem Fall die Kenntnis von dem geplanten Umsturz als erwiesen anzusehen. Hinzu kam, daß im Verlauf der nach dem 20. Juli durchgeführten Haussuchungen im Büro von Gerstenmaiers Freund Wilhelm Bachmann im Gebäude des Evangelischen Oberkirchenrats belastende Dokumente gefunden wurden. Bachmann, der die Schriftstücke von Eugen Gerstenmaier zur Aufbewahrung erhalten hatte, berichtete zwar, daß der Freund zu jedem dieser Dokumente eine »glaubwürdige story«[14] zu erzählen vermochte, wie diese

---

Zuchthaus verurteilt, wie aus einem Schreiben des persönlichen Referenten Gerstenmaiers, Lohmann, an Robert Gerling vom 5. April 1956 hervorgeht. Ebd.

[9] Eugen Gerstenmaier sagte in einem Verfahren gegen Franz Herber am 17. Januar 1951 aus, daß im Verlauf dieser Verhöre zwar die heftigsten Drohungen sowohl gegen ihn als auch seine Familie ausgesprochen wurden, die Vernehmungen aber ohne »Tätlichkeiten« durchgeführt worden seien. ACDP, I-210–008/1.

[10] Gerstenmaier gab an, daß es ihm im Verlauf des ersten Verhörs gelungen sei, seine Schutzbehauptung, er sei rein zufällig im OKW anwesend gewesen, für Peter Yorck, Schwerin von Schwanenfeld und Schulenburg »hörbar« zu wiederholen. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Fabian von Schlabrendorff vom 19. Februar 1963. ACDP, I-210–026.

[11] Schreiben Ernst Kaltenbrunners an Martin Bormann vom 30. Juli 1944. BAB, NS 6/5, Bl. 106.

[12] Schreiben Ernst Kaltenbrunners an Martin Bormann vom 25. August 1944. BAB, NS 6/11, Bl. 4.

[13] Ebd., Bl. 5.

[14] Bei den Dokumenten hatte es sich nach Aussage von Bachmann gehandelt um: 1. ein Schriftstück, das eine Aufstellung des Roten Kreuzes über die Zahl der von den Deutschen ermordeten Juden enthielt; 2. ein Dokument, das die Rolle Großbritanniens in einem Bund europäischer Staaten nach Beendigung des Krieges erörterte und schließlich 3. ein Papier zu Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands nach dem Umsturz. Briefentwurf Wilhelm Bachmann vom 6. Januar 1970, der als Leserbrief in der »Welt« sowie in »Christ und Welt« veröffentlicht werden sollte. ACDP, I-210–022/1.

legal in seinen Besitz gelangt seien, doch trugen die Papiere ihr übriges dazu bei, den Theologen zu belasten. Nur der schnellen Reaktion Bischof Heckels hatte es Gerstenmaier zu verdanken, daß nicht noch mehr verdächtiges Material in die Hände der Gestapo gefallen war. Theodor Heckel, dem die Beteiligung seines Mitarbeiters am politischen Widerstand bekannt war, hatte nach der Meldung von mißglückten Putschversuch in Erfahrung gebracht, daß Gerstenmaier am 20. Juli »mit seiner Aktentasche und Proviant«[15] seine Wohnung verlassen hatte und sein Verbleib unbekannt war. Daraufhin durchsuchte Heckel dessen Dienstzimmer und vernichtete belastendes Material, darunter Unterlagen zu Hilfsaktionen für die im Reich beschäftigten Zwangsarbeiter sowie Berichte von Gerstenmaiers Auslandsreisen, die entgegen den offiziellen Rapporten die ungeschminkte Wahrheit über die jeweiligen Missionen beinhalteten.[16]

Für den Theologen war vor dem Hintergrund des gegen ihn zusammengetragenen Beweismaterials eine Freilassung aus der Haft ausgeschlossen. Aber die Peiniger zeigten sich trotz allem noch nicht zufrieden. Vielmehr wurden die Verhöre, zu denen Gerstenmaier jeweils in die Kellerräume der Meineckestraße transportiert wurde, intensiviert und sie beinhalteten zunehmend körperliche Mißhandlungen.[17] Gerstenmaier war in dieser Situation bestrebt, durch seine Antworten nicht ungewollt weitere Personen aus dem oppositionellen Lager zu belasten. Eine Absprache mit den ebenso in der Lehrterstraße inhaftierten Peter Yorck und Fritz-Dietlof Schulenburg konnte Gerstenmaier allerdings nicht mehr treffen, denn beide wurden vom Volksgerichtshof bereits Anfang August zum Tode verurteilt und in der Berliner Hinrichtungsstätte Plötzensee gehenkt.[18] Es gelang dem Theologen hingegen über kleine Kassiber, die ihm seine Frau im Verlauf ihrer Gefängnisbesuche zusteckte[19], mit der Außenwelt einen bescheidenen Kontakt zu halten, um die bislang von der Verfolgung verschont gebliebenen Vertrauten nicht mit Aussagen zu belasten und bereits Verstorbene als Zeugen für seine Behauptungen anführen zu können. Im Gefängnis fand Gerstenmaier indes nicht nur Zeit über das gescheiterte Attentat und seine bedrohliche Lage nachzudenken. Um die Tortur der Inhaftierung und der sich verschärfenden Verhöre besser zu überstehen, versuchte er sich durch das Memorieren von Liedern der Jugendbewegung und durch die Rezitation von Gedichten abzulenken. Besonderen Trost fand er in seiner Zelle durch das Lesen von

---

[15] R.-U. Kunze, Heckel, 1997, S. 177.

[16] Aussage Theodor Heckels vor dem Landgericht Kiel vom 14. April 1961 in der Auseinandersetzung zwischen Gerstenmaier und Ramcke. ACDP, I-210–025.

[17] Gerstenmaier berichte beispielsweise davon, Mitte August 1944 mit einem mit Nägelköpfen gespickten Stock bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt worden zu sein. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 204.

[18] Der erste Prozeß gegen die Verschwörer des 20. Juli fand am 7. und 8. August 1944 statt. Die Angeklagten Erwin von Witzleben, Peter Yorck von Wartenburg, Erich Hoepner, Paul von Hase, Helmuth Stieff, Friedrich Klausing, Albrecht von Hagen und Robert Bernardis wurden ausnahmslos zum Tode durch den Strang verurteilt.

[19] D. von Meding, Brigitte Gerstenmaier, 1992, S. 92.

Bibeltexten.[20] Die stark intellektuell geprägte Form seines Glaubens wich in diesen Tagen und Wochen der Zuversicht einer persönlich erlebten Gotteserfahrung.[21] Diese spirituelle Erfahrung stärkte seine Hoffnung auf ein letztlich gutes Ende.[22] Eugen Gerstenmaier selbst erklärte dazu: »Es war ein Wunder – und dazu war es mir seit dem 17. August 1944 verheissen. Ein Psalmwort fiel mir an jenem heissen Augusttag ein, am hellichten Tag auf meiner Falle sitzend im Wanzenloch: »Ich werde nicht sterben, sondern leben ...« Warum mir beikam, plötzlich beikam: Das gilt ja Dir, das weiss ich nicht.«[23]

Diese Gewißheit half ihm, die Zeit vor der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof zu überstehen. Eugen Gerstenmaier wurde am 27. September ins Gefängnis Tegel verlegt, in dessen Abteilung 8 mit Johannes Popitz, Alfred Delp, Ewald Kleist, Helmuth von Moltke und dem ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Schulenburg bereits mehrere Mitglieder des politischen Widerstandes einsaßen. Es gelang den Inhaftierten in Tegel, von Zeit zu Zeit untereinander Verbindung aufzunehmen, um eine übereinstimmende Linie für ihre Verteidigung aufzubauen. Die Verhandlung gegen die noch lebenden Angehörigen des Kreisauer Kreises war nach mehrmaligen Verschiebungen erst auf Anfang Januar 1945 anberaumt worden. Gerstenmaier wurde am Abend des 8. Januar die Anklageschrift, die ihn der Beteiligung am Hochverrat sowie des Landesverrates beschuldigte, vorgelegt. Zeitgleich wurde ihm eine Vorladung für die Verhandlung vor dem ersten Senat des Volksgerichtshofs für den folgenden Tag übergeben. Die von dem für sein herrisches Wesen berüchtigten Präsidenten des Volksgerichtshofs, Freisler, geführte Gerichtsverhandlung diente nicht nur der Wahrung einer nach außen legal erfolgten Verurteilung der Angeklagten. Roland Freisler, dessen Verhandlungsführung dafür bekannt war, weniger der Sachaufklärung als der Verunglimpfung der Beschuldigten dienlich zu sein, hatte es sich darüber hinaus zum Ziel gesetzt, die Oppositionellen durch Diffamierungen und Beleidigungen zu erniedrigen. Die Verhandlung gegen die Mitglieder des Kreisauer Kreises wurde in zwei Gruppen unterteilt, Gerstenmaier hatte sich dabei gemeinsam mit Helmuth von Moltke, Alfred Delp, den der Zorn Freislers in besonderem Maße traf[24] und den in losem Kontakt mit dem Widerstand

---

[20] E. Gerstenmaier, Streit und Frieden, 1981, S. 201.

[21] In einem Schreiben vom 12. September 1978 vertraute Gerstenmaier Maria Mejer-Eppinger an: »Es war eigentlich das Schwerste jener Monate: gegen mein intellektuelles Räsonieren und Reflektieren den Glauben daran, nein den Glauben an die Wirklichkeit Gottes, des Gottes Abrahams, Isaaks und Jacobs durchzuhalten. Ich habe ihn erfahren. Aber ich besitze ihn nicht wie meinen Geldbeutel, sondern in jener seltsamen Mischung von Vertrauen, Wagnis, Anfechtung, aber doch mit einer Dominante, einer klaren Dominante der Hoffnung, die nicht ins Leere greift.« ACDP, I-210–041/2.

[22] Marion Yorck erinnerte sich an die Haftzeit Gerstenmaiers mit den Worten: »Eugen Gerstenmaier [...] war ein Intellektueller, selbst seine Frömmigkeit ging über den Kopf. Aber es war ein starker Glaube. Als er von einem Gefängnis in das andere gebracht wurde, schrieb er mir auf eine Karte, die er herausschmuggelte: »Deus est – pro nobis.« D. von Meding, Marion Gräfin Yorck von Wartenburg, 1992, S. 199.

[23] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Maria Mejer-Eppinger vom 12. September 1978. ACDP, I-210–041/2.

[24] T. Steltzer, Sechzig Jahre Zeitgenosse, 1966, S. 170.

stehenden Franz Sperr, Josef Ernst Fugger von Glött und Franz Reisert in der vom 9. bis 11. Januar andauernden Hauptverhandlung zu verantworten.

Eugen Gerstenmaier hatte sich für seinen Gerichtsauftritt die Strategie zurechtgelegt, entsprechend seiner Aussagen im Verlauf der Verhöre, den weltfremden Theologen zu geben, dem die Tragweite der in Kreisau geführten Gespräche und deren konspirativer Charakter nicht bewußt war.[25] Doch trotzdem der mittlerweile 38jährige diese Rolle mit Geschick spielte und seine mitangeklagten Freunde seine Argumentationslinie nach Kräften stützten[26], beantragte der Oberreichsanwalt für Eugen Gerstenmaier ebenfalls die Todesstrafe, da er es unterlassen hatte, die beabsichtigte Verschwörung anzuzeigen. Um so überraschender kam deshalb das Urteil Freislers, das den Konsistorialrat entgegen allen Erwartungen nicht zum Tode verurteilte, sondern ihm eine siebenjährige Zuchthausstrafe auferlegte.[27] Nicht nur Gerstenmaier fragte sich, warum der Volksgerichtshof dieses relativ milde Verdikt ausgesprochen hatte, nachdem »weit weniger belastete Freunde«[28] von Freisler in den Tod geschickt worden waren. Diese Frage wurde auch nach Beendigung des

---

25 Zur Befragung Eugen Gerstenmaiers durch Freisler vgl. ausführlich: E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 219–220 sowie Gerstenmaiers Brief an seine Frau Brigitte vom 13./14. Januar 1945, in: B. Gerstenmaier/E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 97–127. In dem von Lorenz an Bormann fernschriftlich erstatteten Bericht über die Befragung Gerstenmaiers vom 10. Januar 1945 hieß es: »Dr. Gerstenmaier. 38 Jahre alt, Württemberger, Konsistorialrat im Evangelischen Kirchlichen Außenamt, Berlin-Charlottenburg. [...] Wurde von v. Moltke zu einer ›evangelisch-katholischen Begegnung‹ nach Kreisau eingeladen und kam hier – zunächst unvorbereitet – in die schon mehrfach erwähnte Verschwörerbesprechung vom Januar 1943. Lernte dort in großen Zügen die Pläne Goerdelers und v. Moltkes kennen, zeigte aber nicht an, beteiligte sich im Gegenteil eifrig an weiteren Besprechungen des Kreisauer Kreises. Geschwätziger kleiner Mann, sprach viel mit den Händen. Man hatte das Gefühl, wenn das Reich Gottes in Gefahr gewesen wäre, G. besser funktioniert hätte.« BAB, NS 6/20, Bl. 48.

26 In einem seiner letzten Briefe an seine Frau Freya berichtete Helmuth James Graf von Moltke am 10. Januar 1945: »Die Schutzbehauptung, die wir alle aufgestellt haben: Polizei weiss, dienstliche Ursache, Eugen hat nichts kapiert, Delp ist immer gerade nicht dabei gewesen, die muss man streichen, wie sie auch Freisler mit Recht gestrichen hat.« H. J. von Moltke, Briefe an Freya, 1988, S. 617.

27 Aus dem Urteil des Volksgerichtshofes vom 11. Januar 1945: »Im Namen des Deutschen Volkes! [...] Eugen Gerstenmaier nahm an vorbereitenden Besprechungen, wie er meinte, mehr theoretischer Art, im Moltke-Kreis teil. Er mag nicht erkannt haben, dass sie die Machtergreifung vorbereiten wollten. In seinem Verkehr mit Moltke erfuhr er jedoch, dass Goerdeler einen Militärputsch plane. Das meldete er nicht. Dafür bekommt er sieben Jahre Zuchthaus; weitere sieben Jahre ist er ehrlos.« In der nachfolgenden Urteilsbegründung führte Freisler aus: »Wenn man lediglich in die Akten schaut, hat man unbedingt den Eindruck, dass Gerstenmaier aktiv am Hochverrat Moltkes mitarbeitete. Aber der Eindruck der Hauptverhandlung war doch ein anderer. [...] Er machte zwar den Eindruck eines recht robusten, in seiner Persönlichkeit scheinbar fast bauernmäßig starken Mannes, aber Gespräche mit ihm zeigen, dass er doch vollkommen weltfremd ist. Es ist deshalb nicht unmöglich, dass er nicht begriffen hat, dass die Besprechungen im Moltke-Kreis staatsfeindlich und hochverräterisch waren. Und wenn auch ein starker Verdacht in dieser Richtung bleibt, so ist eben doch ein Verdacht keine Grundlage für eine Verurteilung. Wohl aber muß man Gerstenmaier den schweren Vorwurf machen, dass er vom Goerdeler-Putsch gewußt und diesen nicht gemeldet hat (§ 139 StGB).« BA, N 1263/339, Bl. 70–73.

28 Neue Zürcher Zeitung vom 24. Juni 1945.

Krieges von seinen Gegnern immer wieder aufgeworfen.[29] Die Tatsache, daß Gerstenmaier erwiesenermaßen an zwei von drei Kreisauer Treffen beteiligt war, ihm eine entscheidende Rolle bei der Verbindung des Widerstandskreises mit der evangelischen Kirche zur Last gelegt[30] und ihm zudem bereits vor seiner Inhaftierung mehrfach mangelnde politische Zuverlässigkeit attestiert worden war, lassen das Urteil in der Tat unverständlich erscheinen. Gerstenmaier selbst verwies zur Erklärung auf eine Intervention, die in seinem Namen durch den stellvertretenden Reichspressechef Helmut Sündermann bei Freisler erfolgt sei.[31] Diese Erläuterung erscheint einleuchtender als die besonders in den sechziger Jahren kolportierte These, Gerstenmaier habe sich durch die Denunziation seiner Freunde quasi vom Galgen freigekauft, da er damit seine eigene, seit der Verhaftung eingeschlagene Verteidigungslinie ad absurdum geführt hätte.

Die Nachricht von der unerwartet milden Strafe nahm Eugen Gerstenmaier in dem Bewußtsein auf, »wie ein Brand aus dem Feuer gerettet«[32] worden zu sein. Im Gegensatz zu seinen zum Tode verurteilten Freunden Delp, Moltke und Sperr, die Ende Januar bzw. Anfang Februar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurden, blieb Gerstenmaier gemeinsam mit Fugger von Glött und Reisert[33] weiterhin in Tegel inhaftiert. Mit der Intensivierung der Luftangriffe auf Berlin und dem Herannahen der russischen Truppen wurden die Gefangenen am 7. Februar 1945 zunächst zum Berliner Westhafen gebracht. Von dort aus transportierte man die Häftlinge mittels Schiff und Zug ins Zuchthaus Bayreuth-St. Georgen.[34] Dort verbüßte

---

[29] Vgl. dazu besonders die Auseinandersetzung Gerstenmaiers mit dem ehemaligen General Ramcke 1961 sowie die Kampagne der DDR in den sechziger Jahren, die Eugen Gerstenmaier vorwarf, als Spitzel seine Freunde verraten zu haben und deshalb mit dem Leben davongekommen zu sein. Siehe dazu sechstes Kapitel, 3.

[30] Vgl. die Anschuldigungen in den Berichten Kaltenbrunners an Bormann vom 30. Juli 1944 (BAB, NS 6/5, Bl. 106), 16. August 1944 (BAB, NS 6/9, Bl. 9–10), 25. August 1944 (BAB, NS 6/11, Bl. 4–8), 4. Oktober 1944 (BAB, NS 6/14, Bl. 23 und 28) und 29. November 1944 (BAB, NS 6/15, Bl. 92).

[31] Die Fürsprache für Eugen Gerstenmaier ging offenkundig auf eine Initiative von Gerstenmaiers Schwester Hanna zurück. Die mit einem Pfarrer verheiratete Hanna Schwarz war mit Sündermanns damaliger Frau Elisabeth über den gemeinsamen Einsatz als Landdienstführerinnen bekannt geworden. Auf Intervention Hannas setzten sich Sündermann und seine Gattin anläßlich einer gesellschaftlichen Zusammenkunft bei Freisler für den inhaftierten Theologen ein. »Selbstverständlich«, so Sündermann in einem Schreiben an den Historiker Lenz vom 21. Oktober 1965, »verbanden wir damit nicht die naive Absicht, den Präsidenten des Volksgerichtshofes in seiner Urteilsfindung über einen etwa klaren Sachverhalt zu beeinflussen; unsere Idee war nur, eine Gelegenheit zu suchen, um für einen nach unserer Ansicht zu Unrecht Verdächtigten stimmungsmässiges Interesse zu wecken.« ACDP, I-210–029/2.

[32] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 221.

[33] Fugger von Glött war zu drei Jahren Gefängnis, Reisert zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

[34] Eine farbige Schilderung dieser Fahrt nach Bayreuth lieferte der Mitgefangene Schultze-Pfaelzer, der ehemals als Hindenburgs Pressechef Verantwortung getragen hatte. Vgl. G. Schultze-Pfaelzer, Kampf um den Kopf, 1948, S. 208–216.

der schwäbische Konsistorialrat mit der Häftlingsnummer 1382/44 bis zum Tag seiner Befreiung durch die amerikanischen Militärverbände am 14. April 1945 seine Haftstrafe.[35]

[35] Entlassungsschreiben des Zuchthauses Bayreuth vom 14. April 1945. StA Ludwigsburg, EL 902/20 AZ 37/17/3271.

Fünftes Kapitel

Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche

1. Zurück in der Freiheit

Im Zuchthaus Bayreuth erfolgte keine Trennung zwischen den politischen Gefangenen und den wegen krimineller Vergehen verurteilten Männern. Zudem war der Arbeitseinsatz in den anstaltseigenen Werkstätten – beispielsweise in der Strickerei und Schlosserei – verbindlich. Neben den beengten Verhältnissen des hoffnungslos überbelegten Zuchthauses[1] machten den Inhaftierten die immer geringer werdenden Lebensmittelrationen zu schaffen. Eugen Gerstenmaier hatte zunächst noch zu den privilegierten Gefangenen gezählt, da ihm dank seiner Ehefrau, die ihn auf postalischem Weg mit Lebensmittelpaketen versorgte, eine Aufbesserung seiner kargen Zuteilungen möglich war. Durch die zunehmende Zerstörung der deutschen Infrastruktur infolge des Krieges entfielen die Liebesgaben der Familie; in den letzten Wochen vor dem Einmarsch der Alliierten begannen Gerstenmaier und seine Leidensgenossen zu hungern.[2]

Die amerikanischen Truppen besetzten Bayreuth noch vor der deutschen Kapitulation und befreiten die Insassen des im Stadtteil Sankt Georgen gelegenen Zuchthauses am 14. April 1945. An einem warmen Frühlingstag konnte Gerstenmaier erstmals nach rund neun Monaten Haft wieder die Freiheit genießen. Allerdings währte die Zeit außerhalb der Gefängnismauern nur kurz. Nach seiner Befragung durch die amerikanischen Streitkräfte[3] und einer in einem Anhaltelager der Armee in der Umgebung von Bayreuth verbrachten Nacht wurde der befreite Konsistorialrat wieder in die St. Georgener Strafanstalt gebracht[4]; Unterkünfte waren rar zu einer Zeit, als der

---

[1] Eugen Gerstenmaier berichtete, daß das Zuchthaus ursprünglich für rund 1200 Gefangene konzipiert war, 1944 aber mehr als viermal soviele Personen darin interniert waren. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 225.

[2] Seinem württembergischen Amtsbruder Gottlob Berger berichtete Gerstenmaier, daß die Befreiung durch die Amerikaner erfolgt war, kurz bevor der Hunger anfing »absolut tödlich« zu werden. Brief Eugen Gerstenmaiers an Gottlob Berger vom 1. Juni 1945. ACDP, I-210–035/1.

[3] In seinen Lebenserinnerungen bezeichnete er die Befragung durch die amerikanischen Besatzer weniger als eine Vernehmung, sondern vielmehr als ein »angenehmes Gespräch, ein Informationsgespräch, das sich bis weit in die Nacht hinein zog.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 230.

[4] Nach Aussage des von der Staatssicherheit befragten Ernst S., der Anfang 1945 ebenfalls in Bayreuth als politischer Gefangener einsaß, stellte sich die Befragung Gerstenmaiers durch die Alliierten etwas differenzierter dar. Im Unterschied zu Gerstenmaier erklärte S., daß dieser »unmittelbar nach der Befreiung« in das amerikanische Hauptquartier nach Frankfurt gebracht worden war und erst nach acht bis zehn Tagen nach Bayern zurückkehrte. Befragungsprotokoll vom 28. Januar 1969 des Ernst S. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 13, Bl. 92–94. Allerdings ist anzumerken, daß sich die Äußerungen von S. auf die Wiedergabe eines Gesprächs bezogen, das er im Sommer 1945 mit

Krieg zwar faktisch, aber noch nicht de jure beendet worden war. Nach der Befreiung lag die Leitung des Zuchthauses in den Händen der einstigen Gefangenen, an deren Spitze ein vormals aus politischen Gründen inhaftierter tschechischer Offizier stand. Nachdem die US-Militärverbände ab Ende April im Zuge der Repatriierung[5] damit begonnen hatten, für den Heimtransport der in Bayreuth verbliebenen Ausländer zu sorgen, blieben nur noch die inländischen Gefangenen zurück. Gerstenmaier und mit ihm die übrigen Deutschen lebten bis Mai in der Strafanstalt; für seine Familie galt der Theologe aufgrund der zerstörten Nachrichtenverbindungen bereits seit Monaten als verschollen.[6]

Eugen Gerstenmaier brauchte nach seiner Befreiung einige Wochen, um sich von den Strapazen der Inhaftierung zu erholen.[7] Doch bereits Ende Mai kehrte sein alter Tatendrang zurück. Zwei Anliegen standen zu diesem Zeitpunkt ganz oben auf Gerstenmaiers Prioritätenliste: Zunächst war er bemüht, die oberste Leitung seiner Kirche in verantwortungsbewußten Händen zu wissen. Noch im Tegeler Gefängnis hatte er im Januar 1945 ein an Bischof Wurm gerichtetes Schreiben verfaßt, in dem er seinen Landesbischof bat, bis zur nächsten Nationalsynode interimsmäßig die Kirchenführung zu übernehmen. Mit dieser Initiative sollte das Machtvakuum gefüllt werden, das sich aufgrund der fehlenden alliierten Zentralgewalt und der zonalen Aufteilung Deutschlands auch in der protestantischen Kirchenleitung gebildet hatte. Theophil Wurm, der älteste Bischof der DEK und der Mann, der vor allem im letzten Jahrfünft der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft immer wieder mutig seine Stimme gegen die Machthaber erhoben hatte, sollte nach dem Wunsch Eugen Gerstenmaiers danach streben, die Evangelische Kirche »von neuem zusammenzufassen und an das Werk [...] zu führen, das ihr geboten ist.«[8]

Ein zweites wichtiges Anliegen war dem 38jährigen die Organisation von Hilfsaktionen für die Bevölkerung des durch den Krieg zerstörten Landes. Dabei war sich Gerstenmaier bewußt, daß der deutsche Wiederaufbau ohne intakte kirchliche Führungsstrukturen nur schwerlich voranzubringen war. Für die Umsetzung dieses Vorhabens war Gerstenmaier nicht nur auf die Hilfe der Kirchenleitung, sondern ferner auf internationale Unterstützung angewiesen. In dieser Situation kam ihm, der sich

---

Gerstenmaier geführt hatte. Jedoch mußte S. generell einige Erinnerungslücken eingestehen, die sich auf den genauen Wortlaut der ihm von Gerstenmaier mitgeteilten Informationen erstreckten. Darüber hinaus ist die Aussage, Gerstenmaier sei von den Amerikanern unmittelbar nach der Befreiung in Frankfurt befragt worden, nachweislich unzutreffend, da die amerikanische Besatzungsmacht ihr Frankfurter Hauptquartier erst Mitte Juni im Stadtteil Höchst bzw. Anfang Juli im IG-Farben-Haus (Poelzig-Gebäude) – zu einem Zeitpunkt, als Gerstenmaier bereits in der Schweiz weilte – bezog. Vgl. Ch. Weisz, OMGUS-Handbuch, 1995, S. 20–21.

[5] Zur Repatriierungspolitik in den westlichen Besatzungszonen ab 1945 vgl. H. Maurer, Dienst an Displaced Persons (DPs), 1954.

[6] B. Gerstenmaier/E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 161.

[7] In einem Schreiben an den württembergischen Pfarrer Gottlob Berger vom 1. Juni 1945 bestätigte Eugen Gerstenmaier, daß er erst nach Überwindung einer »tiefen Lethargie« bereit war, Hilfsaktionen für die deutsche Bevölkerung zu initiieren. ACDP, I-210–035/1.

[8] Brief Eugen Gerstenmaiers an den Stuttgarter Landesbischof Wurm vom 20./22. Januar 1945. B. Gerstenmaier/E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 74 (S. 73–75).

gerade der Häftlingsuniform entledigt hatte, das Internationale Rote Kreuz zu Hilfe. Eugen Gerstenmaier selbst berichtete davon, daß ihn der Mitarbeiter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, Jean Koester, im Mai in Bayreuth aufgesucht habe.[9] Es geht aus den Erinnerungen des Theologen nicht hervor, auf wessen Veranlassung nach dem Verbleiben Gerstenmaiers geforscht worden bzw. wie es der Hilfsorganisation gelungen war, ihn in den Tagen des Zusammenbruchs in Sankt Georgen ausfindig zu machen. Fest steht allerdings, daß Eugen Gerstenmaier durch die Hilfe Koestners bereits wenige Wochen nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht eine Reisegenehmigung für die Fahrt durch die amerikanische und französische Besatzungszone sowie die notwendigen Papiere für das Passieren der schweizerischen Grenze erhielt. Am 2. Juni 1945 brach der damals 38jährige mit dem Reiseziel Genf auf, ohne zuvor die Möglichkeit gehabt zu haben, mit seiner Familie oder mit seinem Landesbischof persönlich in Kontakt zu treten. In einem Brief bat er deshalb den Kirchheimer Stadtpfarrer Gottlob Berger kurz vor seiner Abreise, den Bischof davon zu unterrichten, daß er in der Schweiz, »mit aller Energie« daran arbeiten werde, »Grundlagen politischer und praktischer Art für das geplante Hilfswerk der Deutschen Evangelischen Kirche weiter zu schaffen«.[10] Von Hans Schönfeld in Zürich in Empfang genommen und nach einem kurzen Aufenthalt im Haus von Emil Brunner begab sich Gerstenmaier nach Genf, wo er dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖKR) seine Konzeption eines zu gründenden Hilfswerks vortrug. Bereits vor der deutschen Kapitulation hatte sich der Konsistorialrat monatelang damit befaßt, wie die Struktur einer den Wiederaufbau des Landes unterstützenden Organisation zu gestalten sei.[11]

Noch im Verlauf seiner Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt waren an Gerstenmaier durch Hans Schönfeld entsprechende Pläne der ökumenischen Bewegung herangetragen worden. Bereits 1942 waren beim Ökumenischen Rat erstmalig Vorstellungen zur Entwicklung einer kirchlichen Hilfsorganisation diskutiert worden, die den unter den Kriegsfolgen leidenden europäischen Ländern hauptsächlich in Form von Lebensmittellieferungen Unterstützung gewähren sollten.[12] Doch stießen diese Vorschläge während des Krieges trotz der evidenten Not zunächst auf geringes Inter-

---

[9] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 232.

[10] Brief Eugen Gerstenmaiers an Gottlob Berger vom 1. Juni 1945. ACDP, I-210–035/1.

[11] Der schwäbische Theologe hatte sich bereits in seiner Zelle in Tegel mit diesbezüglichen Planungen zu beschäftigen begonnen. Vgl. F. von Schlabrendorff, Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich, 1965, S. 41. Erste Entwürfe Gerstenmaiers zur Errichtung eines Hilfswerks wurden hauptsächlich durch den als Gefängnispfarrer tätigen Harald Poelchau aus der Haftanstalt geschmuggelt. E. Gerstenmaier, Hilfe für Deutschland. Rede in Kirchheim/Teck vom 1. Januar 1946, in: Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Eugen Gerstenmaier, 1956, S. 62 (S. 53–73). Die Kraft, sich zu einer Zeit, in der sein eigenes Schicksal ungewiß war, mit diesen Gedanken zu befassen, zog der Protestant nach eigenen Angaben aus seinem Glauben und der aus Psalm 118, 17 gewonnenen Zuversicht, daß Gott ihn aus seiner mißlichen Lage retten würde. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 202–203.

[12] Zur Vorgeschichte der ökumenischen Bemühungen um Hilfeleistungen für Europa noch zu Kriegszeiten siehe besonders detailliert: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 1–39 sowie Ö. Foss, Politische Diakonie?, 1986, S. 9–34.

esse.[13] Zwei Jahre gingen ins Land, bis in Genf die Einrichtung einer mit Fragen der kirchlichen Wiederaufbauhilfe beschäftigten Aufbauteilung realisiert werden konnte. Erst im April 1944 richtete der Ökumenische Rat ein unter der Leitung von Alphons Koechlin stehendes Koordinationskomitee ein, in dessen Händen die Abstimmung der geplanten kirchlichen Hilfeleistungen lag.

Das geteilte Echo auf die Bemühungen des ÖKR hielt Gerstenmaier indes nicht davon ab, in Deutschland für Pläne hinsichtlich einer Hilfsorganisation zu werben. Schon Ende 1942 hatte er deshalb den Präsidenten des Centralausschusses der Inneren Mission der DEK, Constantin Frick, in Bremen aufgesucht, um die deutsche Unterstützung der Genfer Pläne sicherzustellen. Dort erfuhr er jedoch eine herbe Enttäuschung, denn Frick zeigte sich im Sinne des Römerbriefes[14] staatstreu und lehnte jede Beteiligung an Nachkriegsplanungen, die von einer deutschen Niederlage ausgingen, als Defätismus ab. Eugen Gerstenmaier ließ sich von dieser Zurückweisung in seinem Eifer für das von ihm als unverzichtbar erkannte Anliegen allerdings nicht bremsen. In seinen weiteren Sondierungen wandte er sich an den in Diensten der westfälischen Kirche stehenden Pastor Hermann Kunst, dem späteren Bevollmächtigten des Rates der evangelischen Kirche am Sitz der Bundesregierung sowie an Otto Ohl, der als Geschäftsführer des Rheinischen Provinzialausschusses für die Innere Mission tätig war. Von beiden Männern erfuhr er die Unterstützung, die ihm von Frick versagt geblieben war; hilfreich zur Seite stand ihm in dieser Zeit neben Hans Schönfeld auch sein Vertrauter aus dem Kreisauer Kreis, Peter Yorck, der ihn in seiner Auffassung bestärkte.[15]

Gerstenmaier griff die in Genf erarbeiteten Vorschläge auf und begann sie zu überarbeiten. Im Frühjahr 1943 unterbreitete er seine Konzeption für die Aufbauarbeit in Deutschland nach Kriegsende einem Gremium des kirchlichen Einigungswerks, das unter der Leitung des württembergischen Landesbischofs Wurm stand. Bereits zu diesem Zeitpunkt betonte der Kirchheimer, daß die kirchliche Unterstützung auf dem Prinzip »Hilfe zur Selbsthilfe« basieren sollte. Als maßgeblichen Unterschied zu den Genfer Plänen hatte er sich 1943 dazu entschlossen, von der Idee einer konfessionell ausgerichteten karitativen Hilfsorganisation abzurücken.[16] In Übereinstimmung mit seinem Freund Peter Yorck vertrat Gerstenmaier in dieser Phase die Ansicht, daß ein national ausgerichtetes und von beiden Kirchen getragenes Hilfswerk mit den zu erwartenden chaotischen Bedingungen im Nachkriegs-

---

[13] Die britische Regierung war zunächst nur bereit, einstmals von den Deutschen besetzte Länder nach ihrer Befreiung durch die Alliierten mit Hilfsleistung zu unterstützen. Ende Januar 1946 zählte das Hilfswerk noch nicht zu den von der britischen Militärregierung registrierten Wohltätigkeitsorganisationen. Protokoll einer Unterredung zwischen Gerstenmaier und dem Leiter der Abteilung Public Welfare der britischen Control Commission, Colonel Wolfe-Murray vom 23. Januar 1946. ADW, ZB 8.

[14] Frick beharrte vor allem auf die Kernaussage im Römerbrief »Wer sich [...] der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes [...]«. Vgl. Röm 13, 2.

[15] Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Eugen Gerstenmaier, 1956, S. 53–73.

[16] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 242.

deutschland besser zu Rande kommen würde. Die Entscheidung Gerstenmaiers, eine überkonfessionelle Einrichtung zu favorisieren, basierte zum einen auf seiner Enttäuschung über die ablehnende Haltung führender Vertreter der Inneren Mission hinsichtlich post-nationalsozialistischer Planungen.[17] Zudem war ihm bewußt, daß eine gemeinsame Hilfsorganisation unter Einbeziehung der katholischen Kirche auf einem breiteren finanziellen Fundament errichtet werden konnte.[18] Im Kreis um Wurm fanden Gerstenmaiers Vorschläge prinzipiell Zustimmung, allerdings wurden bis Kriegsende seitens der DEK keine weitergreifenden Schritte hinsichtlich der Klärung der noch ausstehenden Detailfragen sowie der praktischen Umsetzung unternommen.[19]

Neben Gerstenmaier hatte aber auch Hans Schönfeld im Februar 1945 seine Vorstellung einer deutschen Hilfsorganisation im Sinne eines Selbsthilfewerks der Deutschen Evangelischen Kirche[20] schriftlich ausgearbeitet, so daß es Anfang 1945 mehrere Denkmodelle bezüglich der Struktur einer kirchlich getragenen Organisation gab. Eine allseits akzeptierte Hilfswerksplanung, die die Verantwortlichen nach Abschluß der Kriegshandlung nur noch aus der Schublade zu ziehen hatten, wie es die Ausführungen des einstmaligen Gefängnisseelsorgers und Gerstenmaier-Vertrauten Harald Poelchau glauben machen wollen, gab es hingegen nicht.[21] Die Fahrt

---

[17] Noch 1980 betonte Eugen Gerstenmaier, daß sich während des Krieges niemand im Führungskreis der Inneren Mission »im mindesten« für die Hilfswerksplanungen interessiert habe. Brief Eugen Gerstenmaiers an den Präsidenten des Diakonischen Werks, Theodor Schober, vom 18. Januar 1980. ACDP, I-210–042/2.

[18] Skorvan (M. Skorvan, Hilfswerk der Evangelischen Kirche, 1995, S. 10) bezeichnete die Favorisierung einer überkonfessionellen Organisation mit Recht als eine bemerkenswerte Entscheidung des Protestanten. Es erstaunt indes, daß sich Eugen Gerstenmaier selbst in der Retrospektive hinsichtlich der Gründe für sein Eintreten für ein nationales Hilfswerk wenig aussagefreudig zeigte. In seinen Memoiren verwies er lediglich auf seine Verstimmung über die Haltung Fricks und führte ferner an, daß aus »mehreren Gründen« die Zusammenarbeit beider christlicher Kirchen erwünscht war. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 243.

[19] Wischnath verwies auf eine mündliche Auskunft Eugen Gerstenmaiers vom 17. November 1980, in der dieser bestätigt hatte, daß die Bemühungen im Verlauf des Krieges auf der Stufe von »Erwägungen und Vorüberlegungen« verharrten. J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 22.

[20] Die Konzeption Schönfelds sah eine Gliederung des Hilfswerks in zwei zentrale Arbeitsausschüsse vor, die sich sowohl materieller Nöte als auch seelsorgerischer Aufgaben annehmen sollten. Dabei war eine Trennung der Aufgabengebiete in einen für die Sicherstellung der Ernährung und weiterer existentieller Güter verantwortlichen Bereich sowie einen für die geistige Betreuung der Bevölkerung zuständigen Ausschuß vorgesehen. Vgl. dazu ausführlicher: D. Merz, Auferweckung der Kirche und Aktivierung der Gemeinde, 2000, S. 32.

[21] In seinen Erinnerungen aus dem Jahr 1963 hob Poelchau unter anderem hervor: »Er [Gerstenmaier, D. G.] arbeitete in der Zelle schon den Entwurf eines umfassenden Hilfswerks aus. Wer soll es durchführen? Die Partei ist zerbrochen, die Wirtschaft vernichtet, alle Organisationen durch Kollaboration mit dem Regime belastet, nur die Kirche ist intakt, nur sie hat die ökumenischen Beziehungen. Sie sind durch Gerstenmaiers Verbindungen über Genf während des ganzen Krieges auch zu den Kirchen der alliierten Nationen nicht abgerissen. So liegt ein Plan des Hilfswerks schon vor, als Gerstenmaier im Zuchthaus Bayreuth befreit wird.« Zitiert nach: Ö. Foss, Politische Diakonie?, 1986, S. 30.

des schwäbischen Konsistorialrats in die Schweiz diente deshalb der Abstimmung einer nur in ihrer Grundidee bestehenden Konzeption.[22]

Hilfeleistungen für das am Boden liegende Land waren in der Tat das Gebot der Stunde. Zwar war Deutschland von der Diktatur befreit worden, doch erst nachdem die Waffen endlich schwiegen, offenbarte sich das ganze Ausmaß der Zerstörung. Der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und dem vom NS-Regime angezettelten Zweiten Weltkrieg waren weltweit rund 55 Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Der von Goebbels ausgerufene »totale Krieg« hatte mit der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945 in einer totalen Niederlage geendet und Deutschland lag in Trümmern. Wohnungen, Verkehrswege und das Transportwesen waren zum großen Teil zerstört, Behörden und Dienststellen weitgehend aufgelöst und die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser zusammengebrochen. Die Bevölkerung mit Lebensmitteln, Bekleidung und Brennstoffen zu versorgen, stellte die Alliierten vor fast unlösbare Probleme. Verschärft wurde diese Situation durch den Zustrom von über fünf Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen[23] in ein Land, in dem der Krieg 15% des Wohnraumes zerstört hatte. Vernichtet worden waren darüber hinaus ein Fünftel aller Produktionsmittel und gewerblichen Bauten sowie zwei Fünftel aller Verkehrsanlagen.[24]

Um die katastrophalen Zustände in seiner Heimat wissend, versuchte Gerstenmaier in der Schweiz konkrete Hilfeleistungen für die deutsche »Zusammenbruchgesellschaft«[25] in Gang zu setzen, doch war wenige Wochen nach Einstellung der Kriegshandlungen in der schweizerischen Öffentlichkeit die Bereitschaft, dem notleidenden Nachbarn unter die Arme zu greifen, noch wenig ausgeprägt. Der Schock über die in deutschem Namen verübten Greueltat, die durch westliche Kriegsberichterstatter ans Tageslicht kamen, saß tief. Trotz der freundlichen Aufnahme, die er in der Schweiz erfahren hatte, machte er die Erfahrung, daß das Ausland in dieser Phase nicht zwischen Nationalsozialisten und den Angehörigen des »anderen Deutschland« zu differenzieren bereit war; die zwölfjährige Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten hatte alle Deutschen in Verruf gebracht und sie wurden nun als die »räudigen Hunde der Weltgeschichte«[26] abgestempelt. Unterstützungen schweizerischer Hilfsorganisationen waren vor dem Hintergrund dieser pauschalisierenden Schuldzuweisung zunächst nur schwer zu erlangen.[27] Ein offenes Ohr

---

[22] Die wichtigste Aufgabe einer deutschen Hilfsorganisation war nach Auffassung Eugen Gerstenmaiers die »Verkündigung durch die Tat und das Sein«. Neue Zürcher Zeitung vom 24. Juni 1945.

[23] Ende 1950 war die Gesamtzahl der Vertriebenen in den Westzonen bereits auf ca. acht Millionen angestiegen. Zahlen nach K. Teppe, Trümmergesellschaft im Wiederaufbau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 19/95 vom 28. April 1995, S. 23.

[24] Vgl. M. Rexin, Die Jahre 1945–1949, in: H. Lilge (Hg.), Deutschland 1945–1963, 1967, S. 3.

[25] Ch. Klessmann, Die doppelte Staatsgründung, 1991, S. 39.

[26] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 236.

[27] In seiner am 1. Januar 1946 in Kirchheim gehaltenen Rede »Hilfe für Deutschland« erläuterte Eugen Gerstenmaier das Verhalten einiger schweizerischer Hilfsorganisationen mit folgenden Worten: »In der Schweiz freundlichste Aufnahme, Atmosphäre aber sehr kühl hinsichtlich Deutschlands. Es wird drei, vielleicht fünf Jahre dauern, bis die Schweiz an Hilfsaktionen teilnehmen wird, meinte

fand Gerstenmaier, der schon kurze Zeit nach Kriegsende nicht bereit war, devot alle gegen Deutschland vorgebrachten Anschuldigungen zu goutieren, zu diesem frühen Zeitpunkt hingegen beim Roten Kreuz. Allerdings vermochte selbst der Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), Max Huber, aufgrund der Stimmungslage nicht über die verbale Zusicherung seiner Hilfe hinausgehend, unverzüglich Hilfsaktionen für die deutsche Bevölkerung einzuleiten. Ähnlich verhielt es sich beim Ökumenischen Rat in Genf. Zwar war die ökumenische Zentrale um ihren Generalsekretär Visser t'Hooft von der Notwendigkeit rascher Hilfsmaßnahmen für die deutsche Bevölkerung überzeugt – wie ihre Planungen seit 1942 belegten – doch erhielt Gerstenmaier auch von der ökumenischen Bewegung zunächst keine verbindliche Zusage.

Tatkräftige Unterstützung, verbunden mit pragmatischem Beistand, fand Eugen Gerstenmaier hingegen bei Allen Welsch Dulles, dem Leiter des europäischen Stützpunkts des »Office of Strategic Services« (OSS) in Bern. Der den Titel eines US-Gesandten führende Dulles zeichnete seit der Landung der Alliierten in Nordafrika für den Außenposten der Vorläuferorganisation der CIA verantwortlich. Sein Entgegenkommen basierte vor allem auf seiner Kenntnis von Gerstenmaiers Beteiligung an der Bekämpfung des Nationalsozialismus. Bereits seit Januar 1944 war Dulles, der qua Amt umfassend über die Vorgänge in Europa informiert war, von der Existenz einer größeren Widerstandsbewegung in Deutschland überzeugt.[28] Zu Beginn des vorletzten Kriegsjahres hatte ihn vor allem der Berliner Geschäftsmann Eduard Waetjen, der als Mitarbeiter der Abwehr für das deutsche Generalkonsulat in Zürich tätig war und der in Verbindung zum Kreisauer Kreis stand, über die Intentionen des deutschen Widerstandes informiert. Über die Vorgänge in der evangelischen Kirche Deutschlands war der Geheimdienstmann durch Hans Schönfeld in Kenntnis gesetzt worden.[29] Dulles hatte sich aufgrund der ihm zugeleiteten Informationen in Washington sogar dafür stark gemacht, enger mit den Oppositionellen zusammenzuarbeiten und ihre Intentionen zu unterstützen.[30] Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß Eugen Gerstenmaier von dem Amerikaner freundlich aufgenommen und tatkräftig unterstützt wurde.[31] In einem im Juni 1945 in Bern

---

einer meiner seit langem in Genf sitzenden Freunde. Besprechungen mit dem Leiter der »Schweizer Spende« zeigten die Schwierigkeiten. Verständnisvoll, hilfsbereit – aber: die Voraussetzungen für eine Hilfe für Deutschland in der schweizerischen Öffentlichkeit fehlten.« Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Eugen Gerstenmaier, 1956, S. 68.

[28] Ch. Mauch, Schattenkrieg gegen Hitler, 1999, S. 163.

[29] Seine Erfahrungen mit den oppositionellen Kräften in Deutschland verwertete Dulles sogar in einer Publikation mit dem Titel »Germany's Underground«. Darin führte er im Hinblick auf seine Kontakte zu Schönfeld aus: »From Switzerland during the war years I kept in touch with developments in the German Protestant churches through Dr. Hans Schoenfeld, whose work with the World Council of Churches brought him often to Geneva. He had endeavored for many years to combat the influence of Nazism and to develop relations between the German Evangelical Church and church leaders in Europe and the United States.« A. W. Dulles, Germany's Underground, 1947, S. 116.

[30] Ch. Mauch, Schattenkrieg gegen Hitler, 1999, S. 165.

[31] Die Bewunderung, die Eugen Gerstenmaier für Allen Dulles aufgrund seines Verhaltens gegenüber den Deutschen in der unmittelbaren Nachkriegsphase hegte, geht aus seinen Memoiren nach-

geführten Gespräch sicherte Dulles dem Deutschen seine Hilfe bei der Gründung einer Hilfsorganisation zu.[32] Damit hatte Gerstenmaier einen wichtigen Fürsprecher gewonnen. Der US-Gesandte half im Sommer 1945 aber auch ganz konkret mit der Abstellung eines Begleiters nebst Fahrer und Fahrzeug sowie der Bereitstellung von Benzin und den unerläßlichen Reisepapieren. Damit vergrößerte sich der Aktionsradius Gerstenmaiers ganz erheblich. Dies war eine notwendige Voraussetzung für den Theologen, um die bevorstehende Koordinationsarbeit zur Schaffung einer Hilfsorganisation in Deutschland leisten zu können.

Mit der Unterstützung des Berner OSS-Chefs, den Ermutigungen seitens des Internationalen Roten Kreuzes sowie des Ökumenischen Rates im Gepäck konnte Gerstenmaier in seine Heimat zurückkehren. Der Fahrt nach Deutschland an der Seite des von Dulles abkommandierten amerikanischen Leutnants Harry Hermsdorf sah Eugen Gerstenmaier auch deshalb erwartungsfroh entgehen, da ihn in der Schweiz die Nachricht erreicht hatte, daß seine Frau und Tochter nach ihrer Flucht aus Mecklenburg in seinem schwäbischen Elternhaus ein neues Domizil gefunden hatten. Bevor es allerdings in Kirchheim zu der ersehnten Familienzusammenführung kommen konnte, hatte der 38jährige in Wiesbaden den Fragen des amerikanischen Hauptanklägers beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg, Robert H. Jackson, Rede und Antwort zu stehen. Im Unterschied zu Fabian von Schlabrendorff, dem Widerstandskämpfer und späteren Rechtsbeistand Eugen Gerstenmaiers, der sich weigerte als Zeuge der Anklage in Nürnberg aufzutreten, war der Theologe in dieser Phase zur Kooperation mit der alliierten Justiz bereit. Allerdings wertete Gerstenmaier selbst die Unterredung für beide Seiten als »belanglos« [33], da er zu den vor Gericht stehenden Hauptangeklagten keine verwertbaren Aussagen machen konnte.

Ende Juni 1945 kehrte Eugen Gerstenmaier in seine Geburtsstadt zurück und fand dort neben Frau und Kind bis auf seinen Bruder Albert, der als Offizier in Rumänien in russische Gefangenschaft geraten war, seine gesamte Geschwisterschar vor, die in der Austraße Zuflucht gefunden hatte.[34] Doch er gönnte sich dort nur eine sehr kurze Pause, die er im Kreise seiner Familie und mit Wanderungen in der

---

haltig hervor. Gerstenmaier ging sogar soweit, die Neuorientierung der Besatzungspolitik Trumans dem Einfluß des Geheimdienstchefs zuzuschreiben. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 239.

[32] Eine genaue Datierung dieses Gesprächs, an dem neben Gerstenmaier weitere Vertreter des deutschen Widerstands teilnahmen, ging aus den Quellen nicht hervor.

[33] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 241. In Gerstenmaiers Haltung zur alliierten Entnazifizierungspolitik trat bald nach Kriegsende jedoch ein Wandel ein. So bezeichnete er den Wilhelmstraßenprozeß als unfair. Eugen Gerstenmaier ging mit seiner Kritik an den Siegermächten damit durchaus mit vielen seiner Amtsbrüder konform. Zur Haltung der Evangelischen Kirche zur Entnazifizierungspolitik vgl. C. Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949, 1989.

[34] Laut Angabe des Einwohnermeldeamts der Stadt Kirchheim/Teck war Eugen Gerstenmaier lediglich vom 30. Juni bis 1. Juli 1946 offiziell dort gemeldet. Einwohnermeldekartei Kirchheims. SA Kirchheim, unsig.

näheren Umgebung Kirchheims verbrachte. Ihm war bereits Anfang Juli in der Feuerbacher Heide in Stuttgart eine Wohnung zugewiesen worden, die er umgehend bezog. Von dort aus begann der rastlose Theologe, mit Hilfe des ihn begleitenden amerikanischen Leutnants Hermsdorf besonders im kirchlichen Bereich alte Verbindungen aufzufrischen und neue Kontakte zu knüpfen. Aufgrund seiner guten Beziehungen zum Ökumenischen Rat und besonders seiner Bekanntschaft mit Allen Dulles wurde ihm seitens der Alliierten eine beachtliche Reisefreiheit eingeräumt. So war es Gerstenmaier möglich, sich bereits im Sommer 1945 sowohl von der allgemeinen Lage im amerikanischen wie im französischen Okkupationsgebiet einen Eindruck zu verschaffen.[35] In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren seine wichtigsten Ansprechpartner der Stuttgarter Oberkirchenrat Wilhelm Pressel und Landesbischof Theophil Wurm. Der im 78. Lebensjahr stehende Wurm war ebenfalls voller Tatendrang. Erstes Anliegen des Bischofs war die Neuordnung der evangelischen Kirche. Zu diesem Zweck unternahm Wurm gemeinsam mit Pressel und dem ebenfalls in Diensten der württembergischen Landeskirche stehenden Helmut Thielicke im Juni eine Reise, die ihn bis nach Bethel bei Bielefeld führte und die der Verständigung mit den Kirchenleitungen ebenso diente wie den Verhandlungen mit alliierten Dienststellen.[36]

In Wiesbaden, einer der Zwischenstationen der bischöflichen Informationsreise, kam es dann erstmals nach Ende des Zweiten Weltkriegs zum persönlichen Treffen zwischen Wurm und Gerstenmaier, der sich dort anläßlich seiner Befragung durch Robert Jackson aufhielt. Die Zusammenkunft zwischen Eugen Gerstenmaier und seinem Landesbischof wurde für Sondierungsgespräche über den Aufbau einer neuen Kirchenleitung und einer Hilfsorganisation genutzt. Ebenfalls bei dem Gespräch anwesend war Hans Schönfeld, der gemeinsam mit Eduard Waetjen für den Ökumenischen Rat die Lage in Deutschland erkundete. Als Ergebnis der Unterredung wurden Gerstenmaier und Schönfeld von Wurm als Vertrauensleute zur Errichtung einer kirchlichen Hilfsorganisation in Deutschland eingesetzt.[37] Zur Realisierung dieses Ziels war es notwendig, die Abstimmung mit den übrigen Kirchenleitungen zu suchen, um in einer gemeinsamen Konferenz den weiteren Weg der Evangelischen Kirche in Deutschland beraten und damit die Basis für die Errichtung eines Hilfswerks legen zu können. Das Unterfangen Wurms, alle Kirchenführer um einen

---

[35] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing vom 18. Juli 1945. ACDP, I-210–036/1.

[36] T. Wurm, Erinnerungen, 1953, S. 178.

[37] Hans Schönfeld schrieb am 27. Juni 1945 diesbezüglich an James Hutchinson Cockburn, der als Verbindungsmann zwischen den evangelischen Landeskirchen und der amerikanischen Militärregierung fungierte: »[...] on the request of the outstanding Church leaders now Bishop Wurm is declaring and bringing the Self Help Work of the German Evangelical Church into existence. Dr. Gerstenmaier and myself are entrusted to help for the realisation of this Self Help Work in the different Provincial Churches and in the ›Landeskirchen‹ and to bring it in cooperation with Dr. Freudenberg in contact with the Reconstruction and Relief Work of the World Council of Churches.« Zitiert nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 54.

Tisch zu versammeln, gelang, und es wurde für Ende August zu einer Versammlung ins hessische Treysa geladen.

Eugen Gerstenmaiers Bestreben war es nun, möglichst bis zum Beginn der Treysaer Konferenz, gemäß seinen Vorstellungen von einem nationalen und interkonfessionell ausgerichteten Hilfswerk die katholische Kirchenleitung in die Planungen einzubinden. Ein Ende Juni geführtes Gespräch mit dem Kölner Erzbischof Josef Frings, der zugleich Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz war, verlief zur Enttäuschung des schwäbischen Theologen jedoch weitgehend ergebnislos. Obwohl Frings den von Gerstenmaier aufgelisteten positiven Aspekten eines gemeinsam getragenen Hilfswerks durchaus zustimmte[38], ließ sich der Kölner Oberhirte nicht auf eine konkrete Zusage über eine Beteiligung der katholischen Kirche festlegen. Eine Entscheidung von solcher Tragweite konnte nach Auffassung Frings' nur gemeinsam mit seinen Amtsbrüdern im Rahmen einer Bischofskonferenz gefällt werden.[39] In seinem Wunsch, den Entscheidungsprozeß der katholischen Kirche zu beschleunigen, eruierte Gerstenmaier nach dem Gespräch in Köln bei weiteren Vertretern des höheren Klerus deren Einstellung und setzte seine Bemühungen um Unterstützung für ein nationales Hilfswerk fort. Er wandte sich deshalb in einem Schreiben Mitte Juli 1945 an den Berliner Bischof Preysing, der in losem Kontakt zum Kreisauer Kreis gestanden hatte, und betonte hierin die Bedeutung der Kirchen zur Schaffung eines Zonen übergreifenden Wiederaufbauwerkes.[40] Seine Intentionen beschrieb Eugen Gerstenmaier folgendermaßen: »Zusammen mit deutschen und ausländ[ischen] Freunden versuche ich hier die ersten Voraussetzungen für ein deutsches Hilfswerk zu schaffen, das auf dem Gedanken der Selbsthilfe stehend einen Ausgleich auf den drei vordringlichsten Notstandsgebieten zu schaffen versuchen will, nämlich a) Lebensmittel (Medikamente usw.), b) Finanzen, c) Personen (Flüchtlingsunterbringung).«[41] In seinem Bemühen, die Verbindung zum katholischen Klerus zu intensivieren, stellte er in der Folgezeit ferner Kontakte zu den Bischöfen Gröber, Faulhaber und Dietz her. Aber die Resonanz aus Freiburg, München und Fulda unterschied sich nicht von der Reaktion Erzbischof Frings'. Von dieser Reaktion ernüchtert, entschloß sich Gerstenmaier, die Sondierungsgespräche mit dem katholischen Klerus von nun ab zugunsten der Planung eines unter der Ägide der Evangelischen Kirche in Deutschland stehenden Hilfswerks zurückzustellen. Noch wollte er seine Hoffnungen auf ein Einlenken der Katholiken nicht ganz begraben, wie sein nach der Kirchenkonferenz in Treysa im Spätherbst geführtes Gespräch mit dem Freiburger Bischof Gröber belegt; diese Unterredung, die nach den Erinnerungen Eugen Gerstenmaiers abermals keine konkreten Ergebnisse er-

---

[38] Gerstenmaier hatte besonders auf die höhere Effizienz, den möglichen Aufbau einer zweckmäßigeren Organisation und das augenscheinliche Zusammenwachsen beider christlicher Konfessionen aufgrund der gemeinsamen karitativen Arbeit verwiesen.

[39] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 244.

[40] Memorandum Eugen Gerstenmaiers vom 16. Juni 1945. ADW, ZB 7.

[41] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing vom 18. Juli 1945. ACDP, I-210–036/1.

brachte, sondern lediglich die Bereitschaft der katholischen Kirche zu einer lockeren Zusammenarbeit bestätigte, war allerdings der letzte Vorstoß des Theologen, und er wandte sich von der Idee eines interkonfessionellen Hilfswerks endgültig ab.[42]

Bis zur ersten Konferenz der evangelischen Kirchenführer nach Kriegsende, die vom 27. bis 31. August in Treysa abgehalten wurde, konzentrierte sich der ehemalige Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes auf die Ausarbeitung der Eckpunkte eines Wiederaufbauwerkes. Darüber hinaus war er damit beschäftigt, die zwischenzeitlich für Deutschland in Aussicht gestellten ausländischen Finanzmittel seitens des Ökumenischen Rats zu koordinieren. Die überwiegend feindliche Haltung des Auslands der ersten Nachkriegsmonate gegenüber dem besiegten Deutschland war zumindest innerhalb der Ökumene allmählich einer karitativen Grundeinstellung gewichen. Als Wegbereiter der internationalen Hilfe für Deutschland fungierten die Kirchen, allen voran die Wiederaufbauabteilung des Genfer Ökumenischen Rats, die unter der Leitung des amerikanischen Pfarrers Sylvester Clarence Michelfelder stand. Zwar hatte der Ökumenische Rat im Verlauf des ersten Besuchs Gerstenmaiers in der Schweiz noch keine verpflichtende Zusage gegeben, doch bereits in der Sitzung des Wiederaufbauausschusses vom 17. Juli war die Vereinbarung getroffen worden, einen Betrag von 675 000 Franken für das am Boden liegende Nachbarland bereitzustellen. Ausschlaggebend für die Bewilligung dieser beträchtlichen Summe war hauptsächlich der Bericht einer vom Ökumenischen Rat entsandten Abordnung. Um die Situation selbst zu bewerten und um vor Ort festzustellen, welche Hilfsgüter am dringlichsten benötigt wurden, waren Hans Schönfeld, Eduard Waetjen und der Sekretär des ökumenischen Flüchtlingskomitees, Adolf Freudenberg, im Sommer 1945 nach Deutschland geschickt worden. Die von diesen Männern erstellten Berichte überzeugten das Komitee von der Dringlichkeit rascher Hilfe. Die bewilligten Mittel waren allerdings zweckgebunden und für die Bereitstellung von Transportmitteln, den Bau von Kirchen und für Literaturankäufe bestimmt.[43] Es war offensichtlich, daß das Gremium um Generalsekretär Visser t'Hooft den Beginn einer darüber hinausreichenden, kontinuierlichen Hilfeleistung von der offiziellen Errichtung einer Hilfsorganisation und dem Einverständnis der Siegermächte[44] ab-

---

[42] Hinsichtlich der Motive, die ihn von der Gründung eines interkonfessionellen Hilfswerks zurücktreten ließen, verwies Gerstenmaier primär auf die mangelnde Kooperationsbereitschaft seitens des katholischen Klerus. Es ist aber ferner davon auszugehen, daß die für die evangelische Kirche ungleich besseren finanziellen Voraussetzungen zudem ausschlaggebend für seinen Entschluß waren. Die Bedeutung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierenden katholischen Hilfsprogramme für die Entscheidung zugunsten eines evangelischen Hilfswerks unterstreicht auch: M. Skorvan, Hilfswerk der Evangelischen Kirche, 1995, S. 11 und H. Rudolph, Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972, Bd. 1, 1984, S. 30–31.

[43] J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 41.

[44] In einem Gespräch mit dem Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten der amerikanischen Militärregierung bat Bischof Wurm am 22. Juni 1945 unter anderem um die Genehmigung zur Durchführung karitativer Tätigkeiten. Bericht der OMGUS-Abteilung für religiöse Angelegenheiten an das State Department vom 23. Juni 1945, abgedruckt in: A. Boyens, Die Kirchenpolitik in

hängig machen wollte. Es fehlte zwischenzeitlich nicht an verbalen Versicherungen hinsichtlich künftiger Unterstützung; besonders die amerikanischen Kirchen taten sich hierbei frühzeitig hervor. Schon Ende Juli 1945 veröffentlichte Sylvester Clarence Michelfelder in seiner Eigenschaft als Repräsentant der amerikanischen Sektion des Lutherischen Weltkonvents in Genf eine Botschaft an die deutsche evangelische Kirche, in der es unter anderem hieß: »Unsere Herzen schlagen Euch in herzlicher Teilnahme entgegen. Unsere Gebete steigen für Euch alle zu Gottes Thron empor und dies nicht nur in unseren Gottesdiensten, sondern auch in der häuslichen Andacht. Eure lutherischen Brüder in Amerika suchen nach den besten Mitteln, um Euch zu helfen. Im Augenblick sind uns durch die alliierte Besatzungsbehörde Beschränkungen auferlegt. Wir möchten schon jetzt vieles unternehmen, können es aber noch nicht tun.«[45]

Eugen Gerstenmaier reagierte auf diese positiven Signale aus dem Ausland und begann bereits vor der Konferenz in Treysa damit, Pläne für die Verwendung der in Aussicht gestellten finanziellen Mittel zu entwickeln. Obwohl noch keinerlei verbindliche Zusagen vorlagen und ihm selbst – über eine Einsetzung als Wurms Vertrauensmann hinaus – kein offizieller Auftrag erteilt worden war, reiste Gerstenmaier bereits im Land umher, um den erhofften finanziellen Segen zu verteilen. Seine Ehefrau Brigitte schilderte die Aktivitäten ihres Mannes im Sommer 1945 mit den Worten: »Von Stuttgart aus [...] fuhr Eugen, vielfach mit der Hilfe eines amerikanischen jungen Lieutenants, Harry Hermsdorf, im Lande herum, besuchte die Pfarrämter und bereitete sie darauf vor, wie und nach welchen Gesichtspunkten zu erwartende Liebesgaben der amerikanischen Kirchen in den Gemeinden zu verteilen seien: die Bedürftigsten kamen zuerst.«[46]

2. Die Konferenz in Treysa

Auf der Konferenz protestantischer Kirchenführer in Treysa, die von dem 77jährigen Theophil Wurm als dem dienstältesten Landesbischof einberufen worden war, sollte endlich die erhoffte offizielle Errichtung einer kirchlichen Hilfsorganisation erfolgen. Es hieße aber die wahren Intentionen zu verkennen, glaubte man, daß der Fokus der Tagung hauptsächlich auf der Etablierung einer karitativen Institution lag. Obgleich das Elend in Deutschland allen ersichtlich war und über die Notwendigkeit unverzüglichen Handelns Einigkeit herrschte, stand die Neuordnung der evangelischen Kirche im Mittelpunkt des Interesses der Tagungsteilnehmer. Das bereits von Theophil Wurm während des Krieges initiierte Einigungswerk, das die innere und äußere Einheit der evangelischen Kirche in Deutschland erzielen

Deutschland von 1944 bis 1946, in: A. Boyens/M. Greschat/R. von Thadden/P. Pombeni, Kirchen in der Nachkriegszeit, 1979, S. 90 (S. 7–99).

[45] Botschaft Michelfelders an die deutschen Protestanten vom 27. Juli 1945. Zitiert nach: H. Rudolph, Evangelische Kirche und Vertriebene, Bd. 1, 1984, S. 44.

[46] B. Gerstenmaier/E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 161.

sollte, wurde in Treysa fortgeführt. Aber bevor die Kirchenführer den Blick nach vorne richten konnten, war die Auseinandersetzung mit der Haltung der evangelischen Kirche während der 12jährigen nationalsozialistischen Terrorherrschaft zu führen. Besonders die Bekennende Kirche, deren führende Vertreter sich unmittelbar vor der Treysaer Konferenz zu einer Tagung des Bruderrates in Frankfurt am Main versammelt hatten, hielten ein rückhaltloses Schuldbekenntnis gekoppelt mit einer tiefgreifenden Umstrukturierung der Kirche für erforderlich. Mit dieser Forderung, die vor allem von Martin Niemöller vorgetragen wurde, öffneten sich wieder die innerkirchlichen Gräben, die man nach dem Ende von Krieg und Terror einzuebnen gehofft hatte.

Die Tagung in Treysa war deshalb weniger eine an den aktuellen Erfordernissen orientierte und an pragmatischen Lösungsansätzen interessierte Versammlung als vielmehr eine kirchenpolitische Auseinandersetzung in einer von Spannungen gekennzeichneten Atmosphäre. Beredtes Beispiel für die innere Kluft ist der Bericht des für die Bekennende Kirche in Treysa anwesenden Schweizers Karl Barth, der zuvor schon an der Versammlung des Bruderrates in Frankfurt teilgenommen hatte. In einem Bericht für die amerikanische Besatzungsmacht faßte er seine Eindrücke von der Tagung mit folgenden Worten zusammen: »Die Atmosphäre der Treysa-Konferenz war von der, die in Frankfurt herrschte, sehr verschieden. Es war die kirchliche Diplomatie und die kirchliche Geschäftigkeit, es war der betonte Konfessionalismus eines angeblich ›reinen‹ Luthertums, es war im Hintergrund doch wohl auch die fatale Gesinnung der ›Deutschnationalen‹ aus der Zeit vor 1933, die hier auffallend waren. Ich vermag mich keines Augenblicks in diesen zweiten vier Tagen zu erinnern, in welchem es zu einer offenen grundsätzlich sachlichen Aussprache gekommen wäre. Man bewegte sich durchaus auf dem Gebiet von äusseren Abmachungen. So besteht kein Anlass, mit Erhebung an diese Tagung zurückzudenken.«[1]

In seltener Übereinstimmung mit Karl Barth zeigte sich Eugen Gerstenmaier hinsichtlich des Gesamtverlaufs der Zusammenkunft im hessischen Treysa ebenso enttäuscht. Der Konsens zwischen dem schweizerischen und dem deutschen Theologen fand mit der einhelligen Meinung über den desillusionierenden Tagungsverlauf und der Klage über die nur allzu offensichtlichen Zwistigkeiten innerhalb der Kirchenführung aber bereits sein Ende. Die Differenzen zwischen beiden Männern, die zunächst auf unterschiedlichen theologischen Blickwinkeln basierten und danach ihre Vertiefung in den Jahren des Kirchenkampfes gefunden hatten, traten nach Kriegsende deutlich hervor. Die Kontroverse verschärfte sich zeitweilig sogar noch, da sie mit der Barth'schen Kritik an der Selbstdarstellung von Gerstenmaiers Widerstandstätigkeit noch um eine weitere Facette bereichert wurde. Schon im Juni/Juli 1945 hatte es aus diesem Grund eine heftige Auseinandersetzung zwischen beiden gegeben, die sich an dem von der »Neuen Zürcher Zeitung« abgedruckten Bericht Eugen Gerstenmaiers über seine Beteiligung am kirchlichen Widerstand

[1] Bericht Karl Barths über seine vom 19. August bis 4. September währende Deutschlandreise, den der Schweizer am 7. September 1945 erstattete. NARA, RG 226, XL 27834, S. 4.

sowie am Staatsstreich des 20. Juli 1944 entzündet hatte. In einer scharfen Replik hatte Barth entschiedene Zweifel an der Darstellung geäußert, da sich Gerstenmaier nach Überzeugung des Schweizer Theologen unzulässigerweise als Mitglied der Bekennenden Kirche ausgegeben hatte.[2] In der Tat konnte aus dem Zeitungsartikel der Eindruck gewonnen werden, Gerstenmaier habe sich über seine kurze Mitwirkung bei der Gründung der Pfarrernotbünde hinaus in der BK engagiert.[3] Ebensowenig wurden aus dem Bericht die großen Spannungen besonders zwischen den Angehörigen des Dahlemer Flügels der Bekennenden Kirche und Gerstenmaier als Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes ersichtlich. Eugen Gerstenmaier indes hatte die Aufzeichnung nicht selbst verfaßt. Vielmehr beinhaltete der Artikel die Quintessenz eines mit ihm im Verlauf seiner Reise durch die Schweiz geführten Interviews. Der schwäbische Theologe zeigte sich von der Kritik Barths verletzt und wies die Vorwürfe samt und sonders zurück. Dabei ließ Gerstenmaier aber außer acht, daß der die Geschehnisse verkürzende und apologetische Bericht über seine Aktivitäten im nationalsozialistischen Deutschland zwangsläufig Widerspruch herausfordern mußte. Andererseits erregte die Schärfe der Angriffe Barths gegen einen aufgrund seiner Oppositionstätigkeit inhaftierten Widerstandskämpfer Kritik.[4] In der Auseinandersetzung, die sich bis in den Herbst 1945 fortsetzte, versuchte der ehemalige Lehrer Gerstenmaiers, Emil Brunner, das Bild wieder zurechtzurücken und seinen Schützling öffentlich gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Der Konflikt zwischen Eugen Gerstenmaier und Karl Barth war symptomatisch für die Kontroverse hinsichtlich der Haltung der evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus, die mit der Beendigung der zwölfjährigen Diktatur nicht ihr Ende gefunden hatte, sondern die Protestanten auch nach Kriegsende in zwei Lager teilte. Für Gerstenmaier selbst war die Auseinandersetzung mit Karl Barth nicht auf diese Episode aus dem Jahr 1945 beschränkt. Das Verhältnis beider zueinander erfuhr keine Ver-

---

[2] »Mehr als anfechtbar ist sicher Gerstenmaiers Angabe, dass er seit dem März 1933 an der Begründung und am Kampf der Bekennenden Kirche in enger Verbindung mit Niemöller Anteil gehabt habe. [...] Dass Gerstenmaier das Recht hätte, sich mit Niemöller [...] in einem Atemzug zu nennen, ist, solange er uns nicht bewiesen hat, dass und wie er sich damals in der angegebenen Weise hervorgetan hat, nicht nur eine unbescheidene, sondern eine unrichtige Behauptung [...].« Artikel Karl Barths unter dem Titel »Neuere Nachrichten zur neueren deutschen Kirchengeschichte«, in: Kirchenblatt für die reformierte Schweiz, Nr. 14 vom 12. Juli 1945.

[3] »Seit März 1933 nahm ich in enger Verbindung mit Pastor Martin Niemöller an der Begründung und dem Kampf der Bekennenden Kirche teil. Ich bemühte mich vor allem um die Einbeziehung der süddeutschen evangelischen Landeskirchen unter den Bischöfen Wurm und Meiser in den Kampf der Bekennenden Kirche.« Neue Zürcher Zeitung vom 23. Juni 1945.

[4] Im Artikel Barths heißt es unter anderem: »Die deutsche evangelische Kirche ist jetzt in eine merkwürdige Zeit eingetreten. Der grobe (und dumme) Teufel ist mit Gestank abgegangen. Die Stunde des feinen (und klugen) Teufels scheint angebrochen: die Stunde der großen verkannten Antinazis, Bekenner, Helden und Beinahe-Märtyrer, die Stunde der glänzenden Alibis – die Stunde, wo der alte theologisch-kirchlich-politische Essig [...] eilig, geschickt und fromm, statt weggeschüttet, aus der dritten in die vierte Flasche umgegossen werden soll. Wer das gutheißt, der bewundere, propagiere, fördere und pflege – in Deutschland selbst oder von der Schweiz aus – den Typus Eugen Gerstenmaier!« Kirchenblatt für die reformierte Schweiz, Nr. 14 vom 12. Juli 1945.

besserung, und noch Jahrzehnte später waren die Kontrahenten zu keinerlei Verständigung bereit.[5]

Der Dissens über den Kurs der DEK während des Nationalsozialismus erschwerte aber nicht nur die angestrebte innere Einigung der evangelischen Kirche nach 1945. Die während des Krieges und unmittelbar nach dessen Abschluß aufgebauten Animositäten beeinflußten die Beziehungen Eugen Gerstenmaiers zur neuen kirchlichen Führungsriege und erschwerten phasenweise seine Hilfswerksarbeit. Daß ihm bereits vor der Konferenz in Treysa durchaus mit Mißtrauen begegnet wurde, belegen sowohl Äußerungen des Generalsekretärs Visser t'Hooft als auch des deutschen Pfarrers Adolf Freudenberg, der zu dieser Zeit als Sekretär des ökumenischen Komitees für Flüchtlingsdienst beim Genfer ÖRK tätig war.[6] Zudem vermochten sich die Angehörigen der ehemaligen Bekennenden Kirche – sehr zum Mißfallen Gerstenmaiers – in Treysa mit ihrer kirchenpolitischen Linie weitgehend durchzusetzen. In einem Schreiben an den einstigen Vizepräsidenten des Reformierten Weltbundes, Adolf Keller, beklagte sich Gerstenmaier über die Forderungen eines »militanten Kerns der Bruderräte« um Karl Barth und Martin Niemöller, denen der »alte Bischof [Wurm, D. G.], stark beeindruckt von der Energie dieser Entschlüsse und der allgemeinen Atmosphäre, nachgab.«[7] Tief verbittert zeigte er sich deshalb von der nach einer außerordentlich kontrovers geführten Diskussion[8] getroffenen Entscheidung der Tagungsteilnehmer, die Verfassung der DEK von 1933 aufzuheben und einen Kirchenbund mit der Bezeichnung »Evangelische Kirche in Deutschland« (EKiD) ins Leben zu rufen, an dessen Spitze ein Rat von insgesamt zwölf Männern

---

[5] In seinen Memoiren ging Gerstenmaier auf die Teilnahme Barths in Treysa mit den Worten ein: »Ein düsterer Schatten fiel auf die Versammlung, als plötzlich Karl Barth, zur großen Überraschung insbesondere der Lutheraner, erschien.« Zur Charakterisierung des Schweizers verwies er zudem auf eine (nicht belegbare) Äußerung Berggravs, der Barth als »den Dämon des deutschen Protestantismus« bezeichnet haben soll. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 244–245. Karl Barth wiederum äußerte sich in einem Brief an den Göttinger Theologen Ernst am 18. September 1956 zur Kontroverse von 1945: »Dass Gerstenmaier unterdessen ein grosser Mann und einer der Häuptlinge einer mir allerdings unerfreulichen Richtung deutscher und europäischer Politik geworden ist, tat damals und tut heute noch nichts zur Sache. Hätte er es damals unterlassen, mich (auf Schweizerboden) so herauszufordern und damit in die Schusslinie zu laufen, so wäre ihm damals kein Haar gekrümmt worden und alle seine Haare stünden auch heute noch aufrecht.« SAPMO, DY 30/IV 2/14/212, Bl. 23. Noch acht Jahre vor seinem Tod beharrte Barth auf dieser Position, wie aus einem Schreiben an Amtsgerichtsrat Lengrehr vom 30. August 1960 zur Person Eugen Gerstenmaiers hervorgeht: »Ich hatte und habe aber auch keinen Anlass, etwas von dem damals zu seinem Auftritt in der NZZ Gesagten zurückzunehmen oder ihm etwas hinzuzufügen.« ACDP, I-210–025.

[6] Wischnath interpretierte die Reserviertheit beider Männer gegenüber Gerstenmaier mit dessen kirchenpolitischen Position. Freudenberg setzte sich in einem Schreiben an den Berliner Pfarrer Wilhelm Jannasch deshalb dafür ein, daß Wurm für den Fall seiner Wahl zum »Primus inter pares« der Kirchenleitung von »bewährten, gradlinigen und schaffungskräftigen Männern der BK und nicht, wie jetzt, nur von Württembergern [...] umgeben ist.« J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 47.

[7] Brief Eugen Gerstenmaiers an Adolf Keller vom 2. Juli 1946. ACDP, I-210–035/2.

[8] Über den Sitzungsverlauf liegt eine Schilderung von Hanns Lilje vor. Seinen Ausführungen zufolge kam es sogar vor, daß »zu bestimmten Zeiten auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen ein Teil der Mitglieder demonstrativ den Saal verließ [...]« H. Lilje, Memorabilia, 1973, S. 163.

stand.[9] Die Neuordnung der Kirche kommentierte Gerstenmaier mit den Worten: »[...] Damit war die Bahn freigegeben für die konfessionelle, um nicht zu sagen konfessionalistische Umgestaltung des deutschen Protestantismus. – Das wirkliche Ergebnis von Treysa 1945 war, dass an der Spitze des neuen Kirchenbundes ein Gremium von Männern, der Rat, stand, dessen exekutive Bedeutung zwar höchst fragwürdig war, dessen überwiegende Mehrheit aber der radikalen sogenannten Dahlemer BK entstammte. Ich bezweifele, dass dies so zustandegekommen wäre, wenn nicht durch das Auftreten Barths und die Anwesenheit vieler Ausländer eine gewisse Einschüchterung der Landeskirchenleitungen erreicht worden wäre [...].«[10] Die Gruppe um Barth und Niemöller zeigte sich in der Tat von den Beschlüssen der Kirchenkonferenz angetan und werteten das Ergebnis als deutliches Zeichen für die Integrationsbemühungen der Kirchenleitung.[11] Die Verabschiedung der als vorläufig angesehenen Kirchenordnung fand zudem die Unterstützung des Ökumenischen Rates der Kirchen, der die getroffene Entscheidung als eine Kompromißlösung zwischen den beiden extremen theologischen Richtungen innerhalb der Deutschen Evangelische Kirche wertete.

Zwar wurden die Neuordnung der Kirchenstruktur und die Zusammensetzung der neuen Kirchenleitung von Gerstenmaier als niederschmetternd empfunden, aber zumindest hinsichtlich der Gründung einer Hilfsorganisation erreichte er sein Ziel. Am Vormittag des 29. August trug er den Anwesenden seine Vorstellungen bezüglich eines kirchlichen Wiederaufbauwerks vor. In seinem Referat legte er die Intentionen einer solchen Hilfsorganisation sowie ihre organisatorischen Eckpunkte dar. Seine Ausführungen wurden durch Hans Schönfeld ergänzt, der als Vertreter des Ökumenischen Rates vor allem auf die Finanzierung des deutschen Wiederaufbaus abhob. Gerstenmaiers Referat ging von der Annahme aus, daß die Anwesenden die Errichtung einer Hilfsorganisation als unabdinglich ansahen. Er konzentrierte sich deshalb vollständig auf die Darlegung der zu erfüllenden strukturellen Bedingungen, die eine umfassende Unterstützung für die Notleidenden »ohne Ansehen der

---

[9] Dem Rat der EKiD, der »in Abwehr der Irrlehren der Zeit und im Kampf gegen einen staatskirchlichen Zentralismus« gegründet worden war, gehörten an: Theophil Wurm als Vorsitzender, Martin Niemöller als stellvertretender Vorsitzender, ferner: Hans Meiser, Otto Dibelius, Hanns Lilje, Heinrich Held, Wilhelm Niesel, Hans Asmussen, Hugo Hahn, Rudolf Smend, Peter Maier und Gustav Heinemann. Von den insgesamt zwölf Mitgliedern stammten sechs aus lutherischen, vier aus unierten und zwei aus reformierten Kirchengemeinden. Zitiert nach: F. Söhlmann (Hg.), Treysa 1945, 1946, S. 96–97.

[10] Brief Eugen Gerstenmaiers an Adolf Keller vom 2. Juli 1946. ACDP, I-210–035/2.

[11] Martin Niemöller teilte Adolf Keller am 3. September 1945 schriftlich mit, daß sie – aufgrund der von der Sitzung des Reichsbruderrates in Frankfurt geleisteten Vorbereitungen – »das Gesicht der Konferenz [in Treysa, D. G.] weitgehend bestimmen konnten.« Zitiert nach: G. Besier/G. Sauter, Wie Christen ihre Schuld bekennen, 1985, S. 14. Der Gruppe um Karl Barth gelang mit der Übertragung der Leitungsfunktion des Kirchlichen Außenamtes an Martin Niemöller sowie mit der Übernahme der Leitung der Kirchenkanzlei durch Hans Asmussen die Besetzung zweier Schlüsselpositionen innerhalb der Evangelischen Kirche.

Person, des Standes, der Konfession, Nation und politischen Anschauung«[12] ermöglichen sollten. Eine detaillierte Definition der anstehenden Aufgaben und deren Finanzierung klammerte er allerdings ebenso aus wie die Frage nach leitenden Mitarbeitern. Besondere Betonung legte Gerstenmaier jedoch darauf, den kirchlichen Beistand nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren und er bezeichnete das zu initiierende Hilfswerk als »Versuch, diese Selbsthilfe über den ganzen deutschen Volksboden hin in Gang zu bringen.«[13] Hinsichtlich der Organisationsstruktur legte Eugen Gerstenmaier den Entwurf einer in zwei Abteilungen gegliederten Institution vor[14], die sich sowohl der allgemeinen Nothilfe als auch des kirchlichen Wiederaufbaus widmen sollte. Immer noch auf die Partizipation der katholischen Kirche hoffend, sollte das Hilfswerk zwar in Trägerschaft der evangelischen Kirche betrieben werden, doch ging Gerstenmaier von der Annahme aus, daß sich die römisch-katholische Kirche in ähnlicher Weise um die Schaffung einer karitativen Einrichtung bemühte. Die Zusammenarbeit mit einer solchen katholischen Institution sollte, wo immer es geboten erschien, angestrebt werden.

Die sich dem Vortrag Gerstenmaiers anschließende Diskussion war nur kurz und es gab weder Einwände gegen die vorgeschlagene Konzeption noch gegen die Betrauung des Kirchheimers mit der Leitungsfunktion. Auch seitens des Kreises um Barth und Niemöller gab es trotz der bestehenden Spannungen keinen Einspruch. Als Erklärung für den einmütig gefaßten Beschluß führte Eugen Gerstenmaier zwei Gründe an: Zunächst war er davon überzeugt, daß der Fokus des Interesses an diesem Konferenztag bereits auf der bevorstehenden Wahl des Rates und damit der entscheidenden Frage für die kirchliche Neuordnung lag; die Ausführungen zum Hilfswerk wurden von den Anwesenden also nur mit mäßigem Interesse aufgenommen. Desweiteren sah Gerstenmaier die rasche Absegnung seiner Pläne und seine Wahl zum Verantwortlichen für das Wiederaufbauwerk als Zugeständnis der Gruppe um Karl Barth an, die damit die Wahl ihres Kandidaten Martin Niemöller in den Rat und seine Betrauung mit der Leitung des Kirchlichen Außenamtes im Sinne eines quid pro quo sichern wollte.[15]

In der Tat war die Besetzung an der Spitze des Kirchlichen Außenamts umstritten. Nachdem Bischof Heckel nach Kriegsende aufgrund seiner Anbiederungspolitik an die Nationalsozialisten als nicht mehr tragbar galt, wurde Gerstenmaier – als

---

[12] Es war offenkundig, daß Gerstenmaier mit dieser Forderung Bezug auf das Potsdamer Abkommen vom 1. August 1945 nahm. In Punkt 4 wurde in der zwischen Truman, Stalin und Attlee getroffenen Vereinbarung die Abschaffung von Gesetzen verkündet, die die Diskriminierung aufgrund der Rasse, des Bekenntnisses oder der politischen Überzeugung zum Ziel hatten.

[13] F. Söhlmann, Treysa, 1946, S. 83.

[14] Bezüglich der Doppelstruktur des Hilfswerks griff Gerstenmaier auf die Vorschläge Hans Schönfelds vom Februar 1945 zurück.

[15] Eugen Gerstenmaier teilte Adolf Keller in einem Brief vom 2. Juli 1946 mit: »In dem Trubel der kirchenpolitischen Auseinandersetzung wurde darauf zunächst wohl nicht besonders geachtet. Ausserdem war man bereit, mir durch die Übertragung der Leitung offenbar jedes halbwegs tragbare Zugeständnis zu machen unter der Voraussetzung, dass ich das Kirchliche Aussenamt Niemöller überliesse.« ACDP, I-210–035/2.

ausgewiesener Experte für die Ökumene – in der Nachfolgefrage ins Spiel gebracht. Eugen Gerstenmaier selbst schien die Übernahme dieses Amtes nie angestrebt zu haben. Seine eigenen Bekundungen[16] und die bereits während seiner Inhaftierung unternommenen Bemühungen hinsichtlich der Errichtung einer kirchlichen Hilfsorganisation machen dies deutlich. Über die Frage, ob eine Übertragung der Außenamtsleitung an Gerstenmaier unter Berücksichtigung des Verlaufs der Konferenz von Treysa überhaupt realistisch gewesen wäre, kann nur spekuliert werden. Allerdings ist davon auszugehen, daß aufgrund des unübersehbaren Dissens zwischen den Tagungsteilnehmern nicht zuletzt die Verteilung angesehener Ämter und Würden als Brücke für das Zustandekommen einer für alle tragbaren Kompromißlösung unverzichtbar war.

Dem Vorsitzenden des neu gebildeten Rates, Theophil Wurm, wurde noch im Verlauf der Konferenz in Treysa als oberstem Repräsentanten der Evangelischen Kirche das Präsidium des Hilfswerks übertragen[17], so daß er gegenüber dem als Leiter der Stuttgarter »Geschäftsstelle des Evangelischen Hilfswerkes«[18] eingesetzten Gerstenmaier weisungsbefugt war. Als Kontrollorgan und als unverzichtbares Bindeglied zum Genfer ÖKR wurde nach ökumenischem Vorbild ferner ein Wiederaufbauausschuß eingesetzt, der über ein Exekutivkomitee verfügte, in dem alle vier Besatzungszonen repräsentiert wurden. Der Ausschuß stellte den »Deutschen Zweig des Wiederaufbauwerkes des Ökumenischen Rats«[19] dar und setzte sich aus Vertretern der Landeskirchen sowie der Inneren Mission zusammen. Sein Aufgabenbereich war in Treysa allerdings nicht umrissen worden. In Anbetracht der Tagungsdauer und vor dem Hintergrund der drängenden Problematik der kirchlichen Neuordnung rückte die Definition des Kompetenzbereiches Gerstenmaiers in den Hintergrund.[20] Die nur ansatzweise vorgegebenen Rahmenbedingungen hatten Nachteile, sie boten ihm aber auch die Chance, weitgehend selbstbestimmt an seine Aufgaben heranzugehen. Die negativen Aspekte lagen zunächst sicherlich darin, daß weder die strukturellen noch finanziellen Rahmenbedingungen für einen Beginn der

---

[16] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 245.

[17] Vollmacht für Eugen Gerstenmaier, ausgestellt vom Präsidenten des Wiederaufbauausschusses, Theophil Wurm, vom 20. Dezember 1945. ACDP, I-210–035/1.

[18] F. Söhlmann, Treysa, 1946, S. 105.

[19] Rundschreiben des Wiederaufbauausschusses vom September 1945. Zitiert nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 79.

[20] Wischnath (J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 83) argumentiert sogar, daß der Wiederaufbauausschuß Gerstenmaier noch bis September 1945 lediglich als Bevollmächtigten und nicht als Leiter des Hilfswerks bezeichnet habe. Demzufolge sei eine offizielle Übertragung der Leitungsfunktion an ihn in Treysa nicht erfolgt. Gegen diese These spricht sowohl Söhlmann in seinem Konferenzbericht (F. Söhlmann, Treysa, 1946, S. 105) als auch die von Wurm am 20. Dezember 1945 ausgestellte Vollmacht für Gerstenmaier, in der der Ratsvorsitzende ausdrücklich versicherte, daß »sämtliche in Treysa versammelten bevollmächtigten Vertreter der Landeskirchen den Wiederaufbauausschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland konstituiert und Herrn Konsistorialrat Dr. theol. Eugen Gerstenmaier mit der Leitung des Hilfswerks beauftragt« hatten. ACDP, I-210–035/1.

Hilfswerkstätigkeit definiert worden waren.[21] Eugen Gerstenmaier selbst faßte seine Situation nach Abschluß der Konferenz von Treysa mit den Worten zusammen: »Ich wurde zum Leiter des Hilfswerks bestellt. Den Segen der Kirche hatte ich. Sonst nichts.«[22]

3. Anfang kirchlicher Hilfsarbeit in Stuttgart

Die erste finanzielle Zuwendung in Höhe von 2500 Reichsmark erhielt das Hilfswerk von der Kirchengemeinde Bindlich bei Bayreuth. Zunächst bildeten die im Inland mit Hilfe von Sammelaktionen oder Kollekten in den Gemeinden bereitgestellten Gelder die einzige Einnahmequelle des neu errichteten Wiederaufbauwerkes.[1] Es lag nun vor allem an Eugen Gerstenmaier, neue finanzielle Ressourcen zu erschließen und hauptsächlich im Ausland um Unterstützung für die karitative Arbeit zu werben. Wie energisch Gerstenmaier den Ausbau der internationalen Kontakte vorantrieb, geht daraus hervor, daß er bis zum Frühjahr 1947 bereits zehn Auslandsreisen durchgeführt hatte.[2]

Die Fäden all dieser Bemühung liefen in der württembergischen Heimat Gerstenmaiers zusammen, denn als Sitz des Zentralbüros des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen[3] war Stuttgart ausersehen worden. Ausschlaggebend für die Wahl, die Hauptgeschäftsstelle im Schwäbischen anzusiedeln, war sicherlich, daß sich dort der Amtssitz des dienstältesten Landesbischofs und damit faktisch der Kirchenleitung befand. Zudem waren von Stuttgart aus bereits unmittelbar nach Kriegsende die ersten Ansätze einer kirchlichen Selbsthilfe auf regionaler Ebene vorangetrieben worden. Auch schien es 1945 aufgrund der günstigeren Arbeitsbedingungen geboten, die Leitung der Organisation in die amerikanische Besatzungszone zu verlagern, nicht zuletzt, weil Wurm und Gerstenmaier über gute Beziehungen zu den

---

[21] Darüber hinaus ist festzuhalten, daß die nur marginale Behandlung des Hilfswerks auf der Konferenz in Treysa zu Reibungen vor allem mit Vertretern der Inneren Mission führte, da eine Abgrenzung der innerkirchlichen Arbeitsfelder unterlassen worden war. Vgl. Abschnitt 4 in diesem Kapitel.

[22] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 245.

[1] Bis Ende Februar 1946 verfügte das Zentralbüro aufgrund der innerhalb der EKiD durchgeführten Sammlungen über rund 15 Millionen Reichsmark. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an die Wiederaufbau-Abteilung des ÖKR in Genf vom 5. Februar 1946. ADW, ZB 8.

[2] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Leiter der württembergischen Abteilung für kirchliche Angelegenheiten, Karl Arndt, vom 18. April 1947. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch in Württemberg-Baden 1945–49, Box 942. Seine Reisen führten Gerstenmaier vor allem in die Schweiz und nach Skandinavien. Im Februar 1947 hielt er sich auch in Großbritannien auf. ACDP, I-210–035/2.

[3] Zwischen Mai und September 1946 entschlossen sich eine Reihe deutscher Freikirchen, dem Hilfswerk offiziell beizutreten. Im zeitgenössischen Schriftverkehr findet sich deshalb ab 1946 die Bezeichnung »Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland«. Der Entschluß der Freikirchen, sich an der Arbeit des Wiederaufbauwerkes zu beteiligen, hatte allerdings keine Veränderung der Rechtsnatur des Hilfswerks zur Folge. Zum Beitritt der einzelnen Kirchen siehe detailliert: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 104–107.

US-Militärbehörden verfügten[4] und von hier aus intensive Kontakte mit dem Ausland gepflegt werden konnten.[5] Bereits am Ende der Treysaer Kirchenkonferenz hatte Theophil Wurm hinsichtlich der Intentionen des Hilfswerks unterstrichen, daß die Arbeit nur im Einvernehmen mit den Alliierten und den obersten Verwaltungsbehörden durchgeführt werden würde.[6]

Auch der Ökumenische Rat in Genf war sich der essentiellen Bedeutung der amerikanischen Militärregierung für den Aufbau der kirchlichen Hilfsorganisation bewußt. Im Namen des ÖKR informierte das Mitglied der Wiederaufbauabteilung, James Cockburn, die Amerikaner unmittelbar nach Abschluß der Kirchenkonferenz von der Errichtung des Hilfswerks. Aufgrund Cockburns Schreiben wurde die von Gerstenmaier geleitete Organisation als nationales Wiederaufbaukomitee anerkannt. Die amerikanischen Alliierten goutierten die Anstrengungen des Ökumenischen Rates und damit die Arbeit des Hilfswerks, wie die Erteilung von Reisegenehmigungen für Mitarbeiter der ökumenischen Kirchen sowie die Einrichtung einer Verbindungsstelle zwischen dem ÖKR, der EKiD und der US-Militärbehörde Anfang 1946 belegten.[7] Es lag auf der Hand, daß kirchlicherseits alles unternommen wurde, um sich des Wohlwollens der Besatzer zu versichern. Die Alliierten verfügten nicht nur über die Macht, die karitativen Hilfsleistungen in ihrem Einflußbereich pauschal zu untersagen, sondern sie allein entschieden über die Zuteilung von Gütern, die zum Aufbau und dem Funktionieren einer Hilfsorganisation unabdinglich waren. Ohne die Zuweisung von Räumlichkeiten, Baumaterialien, Transportmitteln, Benzin und Büromitteln – um nur einige der wichtigsten zu nennen – wäre die Wiederaufbauarbeit zum Scheitern verurteilt gewesen.[8] Von besonderer

---

[4] Wie bedeutsam das Entgegenkommen der Amerikaner war, geht aus einem Vergleich mit der französischen Besatzungszone hervor. Eugen Gerstenmaier führte diesbezüglich in einem Schreiben an Hilde Braun vom 15. März 1982 aus: »Ihre Bemerkungen zu dem Unterschied zwischen französischer und amerikanischer Zone weiss ich besonders zu schätzen, weil ich [...] die gleiche Erfahrung gemacht habe. Das Zentralbüro des Hilfswerks lag in Stuttgart, aber ich hatte nicht selten in Tübingen zu tun [...]. Meine generalisierende Darstellung stützt sich vor allem auf meine Beobachtungen und Erfahrungen im damaligen Hauptquartier der Franzosen in Baden-Baden. Dort hatte ich das Glück, auf eine charismatische Persönlichkeit wie den französischen Feldbischof Marcel Sturm mich stützen zu können. Im Vergleich zu ihm war sein oberkommandierender Befehlshaber in der französischen Zone, General König, ein Holzkopf.« ACDP, I-210–043.

[5] Protokoll der Tagung des nationalen Wiederaufbauausschusses vom 12. Dezember 1945. ADW, ZB 7.

[6] Aufruf Theophil Wurms zur Gründung des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 31. August 1945, Punkt 5. Vgl. den Gesamtabdruck des Dokuments, in: Ö. Foss, Politische Diakonie, 1986, S. 38–40.

[7] Es ist ferner belegt, daß sich General Eisenhower am 2. Juli 1945 in einem Telegramm an den Ökumenischen Rat anerkennend zu den von Genf ausgehenden Wiederaufbaubemühungen geäußert hatte. Zum Verhältnis der amerikanischen Besatzungsmacht zum ÖKR vgl. ausführlich: A. Boyens, Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, in: A. Boyens/M. Greschat/R. von Thadden/P. Pombeni, Kirchen in der Nachkriegszeit, 1979, S. 43–46.

[8] Die Religions- und Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzer war in den ersten Nachkriegsmonaten zunächst von Neutralität geprägt. Im Potsdamer Abkommen vom 1. August 1945 wurde dann die Religionsfreiheit als Teil des Demokratisierungsprozesses eingefügt; in Punkt 10 heißt es dazu: »Vor-

Bedeutung waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem Reisegenehmigungen bzw. die Ausstellung von Interzonenpässen, um eine Koordination der Hilfsaktionen zum Beispiel durch die Teilnahme an Konferenzen sicherzustellen. Gerstenmaier hatte deshalb die Wahrnehmung der Beziehungen mit den obersten militärischen Besatzungsbehörden dem Kompetenzbereich des Hilfswerksleiters zugeschlagen und damit zur Chefsache erklärt.[9]

Das Interesse der amerikanischen Besatzungsmacht an der Förderung einer kirchlichen Wiederaufbauhilfe für Deutschland erschloß sich indes nicht auf den ersten Blick. Die Aufgeschlossenheit der Amerikaner bereits in den ersten Nachkriegsmonaten machte aber deutlich, daß auch sie sich von einer Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat und der EKiD einen Nutzen versprachen. Die dabei angestrebten Vorteile lagen besonders in einer positiven Beeinflussung der Umerziehung des deutschen Volkes.[10] Die amerikanische Kirchenpolitik war deshalb darum bemüht, durch die Einbeziehung beider christlicher Kirchen den Prozeß der inneren Bewältigung des Nationalsozialismus zu beschleunigen und damit letztlich dem Aufbau demokratischer Strukturen den Weg zu ebnen.[11] Das Entgegenkommen der Amerikaner erlaubte dem schwäbischen Theologen einen raschen Ausbau des Organisationsapparats, ohne den eine Etablierung des Hilfswerks nicht möglich gewesen wäre. Dazu trugen auch die guten persönlichen Beziehungen bei, die Gerstenmaier zu dem Leiter des württemberger Büros für religiöse Angelegenheiten der amerikanischen Militärbehörde pflegte. Der deutschstämmige Missionarssohn Karl

---

behaltlich des Erfordernisses, die militärische Sicherheit aufrechtzuerhalten, werden Rede-, Presse- und Religionsfreiheit gewährt und religiöse Einrichtungen geachtet.« Zu den Grundsätzen amerikanischer Kirchenpolitik in den ersten vier Monaten nach der deutschen Kapitulation siehe ausführlich: R. Scheerer, Kirchen für den Kalten Krieg, 1986, bes. S. 91–93.

[9] Mitteilung Eugen Gerstenmaiers zur Errichtung des Hilfswerks an die Religious Affairs Branch der amerikanischen Besatzungsmacht vom 1. Oktober 1945. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[10] So schrieb der Secretary of War, Patterson, an den als apostolischen Gesandten der amerikanischen Kirche in Deutschland tätigen katholischen Bischof Aloys Muench im Juni 1946: »It is recognized that the church must play a leading role in the re-education of Germany and in the building of the spiritual basis upon which a free society can be constructed.« Zitiert nach: H. Hürten, Kirchen und amerikanische Besatzungsmacht in Deutschland, in: A. Portmann-Tinguely (Hg.), Kirche, Staat und katholische Wissenschaft in der Neuzeit, 1988, S. 575 (S. 565–581).

[11] Zu den Intentionen alliierter Besatzungspolitik auf kirchlichem Sektor siehe besonders: B. McClaskey/F. Forstmeier, The History of U.S. Policy and Program in the Field of Religious Affairs, 1951, bes. S. 16–17; R. Scheerer, Evangelische Kirche und Politik 1945 bis 1949, 1981, bes. S. 53–54 sowie A. Boyens, Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht, 1979. Eugen Gerstenmaier beharrte jedoch darauf, daß die beim Aufbau des Hilfswerks gewährte amerikanische Unterstützung nicht mit der Auflage von Gegenleistungen verbunden gewesen sei. In einem Schreiben an den für die Innere Mission tätigen Kirchenrat Christian Berg vom 24. Juni 1960 teilte Eugen Gerstenmaier mit, daß die Amerikaner niemals auch nur »andeutungsweise« eine Gegenleistung verlangt hätten. Die Unterstützung galt – so Gerstenmaier – der Kirche und »dem Mann des 20. Juli«. ACDP, I-210–017/1

Arndt[12] war ebenfalls Theologe und unterstützte die Arbeit Gerstenmaiers nach Kräften.[13]

Von amerikanischer Seite kam allerdings nicht nur auf politischer Ebene Unterstützung für das nach Ende der nationalsozialistischen Diktatur am Boden liegende Land. Bereits Ende Juli 1945 hatte Sylvester Michelfelder im Namen der lutherischen Kirchen der USA die Bereitschaft zur Hilfe für den deutschen Wiederaufbau betont. Nach Gründung des Hilfswerks lösten die amerikanischen Kirchen ihr Wort ein. Sie zählten zu den ersten und bedeutendsten Unterstützern der Hilfsaktionen; so stammten die ersten Medikamentensendungen, die in Deutschland eintrafen, aus Mitteln der lutherischen Kirchen Nordamerikas.[14] Auch beim Ökumenischen Rat in Genf gingen von amerikanischen Mitarbeitern entscheidende Impulse zur karitativen Arbeit aus.[15] Neben Michelfelder war dies vor allem Stewart Herman, der stellvertretende Direktor der ökumenischen Wiederaufbauabteilung, der bereits im Juli und August 1945 durch Deutschland gereist war, um sich ein Bild von der Lage der Bevölkerung und den benötigten Hilfsgütern zu machen.[16]

---

[12] Der ehemalige Professor an der Louisiana State University in Baton Rouge war seit November 1945 dem Mitarbeiterstab von Major Knappen als Experte für Angelegenheiten der evangelischen Kirche zugeordnet worden. NARA, RG 226, Office of Strategic Services, XL 29626.

[13] In einem Schreiben an Karl Arndt vom 8. April 1946 bat das Hilfswerk beispielsweise darum, die »liebenswürdige, oft bewiesene Hilfsbereitschaft« im Hinblick auf eine Befreiung der Ausfuhrsperre für bewirtschaftete Waren in Anspruch nehmen zu dürfen. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942. Seine Wertschätzung für Arndt artikulierte Gerstenmaiers nach der Rückkehr des Amerikaners in seine Heimat sogar noch offensichtlicher: »Sie haben das Hilfswerk sozusagen von seinen ersten Anfängen an begleitet und dass es nicht als junge Pflanze unter den rauhen Stürmen der Jahre 45 und 46 zu Grunde ging, ist ganz wesentlich Ihrer Fürsorglichkeit, Ihrem Verständnis und auch vor allem Ihrem grosszügigen, freien und über hergebrachte Gegensätze sich erhebenden unabhängigen Denken zu verdanken.« Brief Eugen Gerstenmaiers an Karl Arndt vom 29. November 1949. ADW, ZB 325.

[14] Die Bedeutung der Unterstützung durch die amerikanischen Kirchen unterstrich Eugen Gerstenmaier in einer Rede vom 1. Januar 1946. Darin führte er unter anderem aus, daß die Kirchen der Unterstützung für Deutschland den Weg zu ebnen halfen. Sie hätten, so Gerstenmaier, »eine erste Bresche in den Wall der Ablehnung gebrochen, und sie haben eine erste Brücke geschlagen, über den Abgrund, der uns von anderen trennt, vor allem die Kirchen Amerikas.« Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Eugen Gerstenmaier, 1956, S. 69–70.

[15] Als Grund für die von amerikanischer Seite gegebenen entscheidenden Impulse innerhalb der ökumenischen Bewegung führte Eugen Gerstenmaier an, daß die US-Kirchen leichter direkte Verantwortung übernehmen konnten, da sie nicht in dem »herkömmlichen schwerfälligen staats- oder landeskirchlichen Gewand der europäischen Kirchen« einherschritten. Zehn Jahre Hilfswerk, Vortrag Gerstenmaiers anläßlich des 10jährigen Bestehens des Hilfswerks vom 18. Oktober 1955 in der Christus-Kirche in Berlin-Dahlem. ACDP, I-210–063/1, S. 6.

[16] Die gewährte Wiederaufbauhilfe wurde nicht nur von den protestantischen Gläubigen in den USA befürwortet, obgleich ihre Spendenbereitschaft das Gros der nach Deutschland fließenden Gelder und Güter ausmachte. Die Lieferung von Nahrungsmitteln nach Europa wurde schon Ende 1945 von der überwältigenden Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung für notwendig erachtet. Das State Department nahm Anfang Dezember eine im November durchgeführte Meinungsumfrage des American Leadership Panel zur Kenntnis und zog folgendes Fazit: »The strong support for sending relief abroad, which has been evident in leadership circles for several months has been reemphasized in a poll published by the American Leadership Panel. This poll showed that agricultural, labor, manage-

Die Arbeit der Zentrale des Hilfswerks wurde zu Beginn mit bescheidensten Mitteln durchgeführt.[17] Gemeinsam mit dem ehemaligen Gefängnispfarrer Harald Poelchau, der für rund ein halbes Jahr im Zentralbüro arbeitete, begann er den Organisationsapparat aufzubauen; der Mitarbeiterstab des Stuttgarter Zentralbüros bestand darüber hinaus nur noch aus »ein bis zwei Schreibfräulein«[18]. Die Räumlichkeiten in der Stafflenbergstraße mußten sich Gerstenmaier und Poelchau mit dem von Wilhelm Pressel geleiteten Hilfswerk der württembergischen Landeskirche teilen; Gerstenmaier umgab sich in der Anfangsphase gerne mit Menschen, die ihm aus der Zeit vor 1945 bekannt waren und er nutze die Möglichkeiten, die ihm sein neues Amt boten, um ihm vertraute Personen beim Hilfswerk in Brot und Arbeit zu setzen. Besonders Männer aus dem Widerstand, aber auch deren Familienangehörige wurden für das Hilfswerk tätig.[19] Neben Poelchau und Gerstenmaiers Freund aus Pfadfindertagen, Eberhard Lohrmann, arbeiteten beispielsweise zwei Brüder des Theologen für die kirchliche Organisation. Während Gerhard Gerstenmaier von November 1945 bis Januar 1947 als Arzt[20] beschäftigt war, übernahm Bruder Walter im Büro die Aufgaben eines »assistant clerk«.[21] Gerstenmaier selbst schilderte die Erfahrungen mit seinen Mitarbeitern in den ersten Monaten nach der Gründung mit folgenden Worten: »Das Hilfswerk war gegründet, uns rauchten die Köpfe in unserer Bruchbude in der Stuttgarter Stafflenbergstraße 66. Wir hatten selbst we-

---

ment, Negro, veteran, press and radio leaders emphatically believe that the United States ›should try to help prevent famine abroad this winter‹.« NARA, RG 59, Teilbestand des Office of Public Studies 1943–1975, Box 50.

[17] Über den Beginn seiner Hilfswerksarbeit erklärte Eugen Gerstenmaier – aus der Retrospektive sicherlich mit einem gewissen Maß an Verklärung – Folgendes: »Im Unterschied zu allen anderen Ämtern und Werken der Kirche hat das Hilfswerk allein vollständig neu beginnen müssen. Auf umgestülpten Kisten bei flackernden Kerzen, in einem zerfallenen Haus der schwer mitgenommenen Stadt Stuttgart begann das Zentralbüro wie so viele Hauptbüros und andere Arbeitsstellen seine Arbeit.« Bericht Gerstenmaiers »Hilfe in der Not – nicht Rettung aus der Not« in: Christ und Welt vom 27. Juni 1948.

[18] Brief Pressels an den Stuttgarter Oberkirchenrat vom 10. September 1945. Zitiert nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 85.

[19] In seinem Memoiren führte Gerstenmaier aus, daß er hinreichend Unterstützung von Personen fand, die »von allen Seiten und aus den verschiedensten Tätigkeiten« zu einer Mitarbeit im Hilfswerk gewillt waren. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 251. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang unter anderem: Walter Bauer, ein Unternehmer, der im Zuge des 20. Juli verhaftet worden war; der mecklenburgische Pfarrer Christian Berg, ein Freund der Familie Gerstenmaier; der einstige Leiter der Studienstiftung Hermann Brügelmann, mit dem Eugen Gerstenmaier seit seiner Studienzeit bekannt war; Paul Collmer, ein Vertrauter aus CVJM-Tagen, Wolf von Gersdorff, der mit einer Schwester Peter Yorcks verheiratet war und ein weiterer Vertrauter aus der Widerstandstätigkeit, Paul Graf Yorck von Wartenburg.

[20] Der am 16. November 1919 geborene Gerhard Gerstenmaier war Mediziner und fand nach seiner Tätigkeit in Stuttgart eine Anstellung in Berlin. NARA, RG 260, The Public Health and Public Welfare Branches, Box 487.

[21] Die Tätigkeit Walter Gerstenmaiers ist zumindest für die Zeit ab Dezember 1945 belegt. Zu welchem genauen Zeitpunkt er sein Beschäftigungsverhältnis für das Hilfswerk aufnahm, konnte nicht ermittelt werden. Investigation Report no. 299 vom 10. Dezember 1945. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

nig zu nagen und zu beißen, aber wir hatten einige Ideen, und unsere Energie vervielfachte sich, weil uns von allen Seiten, aus Lagern und Vertriebenencamps, von den Straßen und dem Lager Asberg gute und beste Mitarbeiter zuliefen.«[22] Ab Mai 1946 übernahm Herbert Krimm, den Gerstenmaier bereits während seiner Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt kennengelernt hatte, die Leitung der Abteilung II des Hilfswerks und zeichnete damit für den kirchlichen Wiederaufbau verantwortlich.[23] Die Zahl der beschäftigten Männer und Frauen stieg vor diesem Hintergrund rasch an. Das »Zwei-Mann-Unternehmen« vom Sommer 1945 war kaum ein Jahr später schon auf 34 Personen angewachsen[24]; um Helfer und Helferinnen mußte sich Eugen Gerstenmaier keine Sorgen machen.[25] Die Hauskapazität in der Stafflenbergstraße war schon 1946 an ihr Limit gelangt. Die zur Verfügung stehenden sechs Zimmer und zwei Abstellräume boten keinen Platz mehr für die im Wachsen begriffene Belegschaft und das Hilfswerk suchte deshalb um die Genehmigung nach, die Räumlichkeiten um einen Barackenbau zu erweitern.[26]

Der Fokus von Gerstenmaiers Arbeit lag vor allem auf drei Aspekten: Aufbau des Organisationsapparates, Pflege der Beziehungen zu den Alliierten und Sicherstellung der Finanzierung der geplanten Hilfsaktionen. Nachdem das Zentralbüro in Stuttgart zwar nur eine bescheidene, aber in Anbetracht der Rahmenbedingungen akzeptable Heimat gefunden hatte und eine Zusammenarbeit sowohl mit dem Ökumenischen Rat in Genf als auch den westlichen Besatzungsmächten etabliert worden war, galt es, die kontinuierliche Finanzierung sicherzustellen. Zwar war mit den inländischen Hilfsleistungen sowie der Unterstützung aus Genf und den USA bereits eine Basis geschaffen worden, die eine Versorgung der Bevölkerung mit den dringlichsten Gütern erlaubte, doch war angesichts der Not in Deutschland ein breiterer Spendenstrom unabdinglich. Eugen Gerstenmaier begann deshalb verstärkt im Ausland um Hilfe zu bitten, die über die von kirchlicher Seite gewährten Mittel hinausreichte. Die Organisation für Hilfs- und Wiedergutmachungsaktionen der Vereinten Nationen, die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA), widmete sich beispielsweise in Deutschland nur den aus'ländischen Opfern der nationalsozialistischen Diktatur.[27] Es galt deshalb, im westlichen Ausland Überzeugungsarbeit zu leisten und die nach Deutschland flie-

---

[22] E. Gerstenmaier, Paul Collmer, in: Evangelisches Hilfswerk (Hg.), Dr. Paul Collmer zum 65. Geburtstag, 1972, S. 13 (S. 10–14).

[23] Undatierte Aufstellung der Kirchenkanzlei zum Personal des Zentralbüros des Hilfswerks. EZA, 2/177.

[24] Umfang des Mitarbeiterstabes im Juni 1946. Schreiben Eberhard Lohrmanns an Major Kane vom 1. Juni 1946. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[25] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 251.

[26] Gesuch Eberhard Lohrmanns an das Regional Coordination Office in Stuttgart vom 1. Juni 1946. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[27] Das Aufgabengebiet der UNRRA umfaßte die Betreuung und Repatriierung der sogenannten Displaced Persons (DP) sowie der Opfer der Konzentrationslager. Vgl. ausführlich: H. Maurer, Dienst an Displaced Persons, 1954, bes. S. 2–5.

ßenden Mittel für humanitäre Maßnahmen zugunsten der gesamten Bevölkerung zu erhöhen.[28]

Gerstenmaier lag es hierbei besonders am Herzen, dem Ausland die Ungerechtigkeit eines generalisierenden Urteils über die Deutschen zu verdeutlichen. Wie bereits im Verlauf des Krieges versuchte er die Existenz des »anderen Deutschland«, eines von Nationalsozialismus und seinen Verbrechen unbelasteten Landes, aufzuzeigen. Bei seiner im November 1945 durchgeführten Reise in die Schweiz, also knapp drei Monate nach Gründung des Hilfswerks, konnte Eugen Gerstenmaier die ersten Anzeichen für einen Stimmungsumschwung erkennen. Die feindselige Haltung gegenüber Deutschland war vermehrt der Einsicht gewichen, daß dem Land wieder eine Chance gegeben werden sollte.[29] Inwieweit die Eingeständnisse deutscher Schuld seitens der beiden Kirchen zu einem Umdenken geführt haben, ist schwer einzuschätzen. Allerdings trugen die Inhalte des Fuldaer Hirtenbriefes vom 23. August 1945 und besonders die Stuttgarter Erklärung der EKiD vom 18./19. Oktober 1945[30] sicherlich dazu bei, Verständnis zu wecken und die Bereitschaft zu Hilfsleistungen zu erhöhen.[31]

Bis zum Beginn umfänglicher internationaler Unterstützung hatten die Verantwortlichen des Hilfswerks versucht, die Not der Hilfsbedürftigsten durch inländische Spenden zu mildern. Im Herbst 1945 war deshalb eine Lebensmittel- und Kleidersammlung hauptsächlich für die Notleidenden im östlichen Teil Deutschlands durchgeführt worden.[32] Angesichts des allgemeinen Mangels an Nahrungsmitteln war das Ergebnis von insgesamt rund 20 000 Tonnen Lebensmitteln zwar beeindruckend[33], doch reichte dies bei weitem nicht aus, um die essentiellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die Aktion war zwar quantitativ kein großer Erfolg, aber sie konnte als Zeichen des Willens der Deutschen gewertet werden, die immer wieder betonte Parole von der Hilfe zur Selbsthilfe mit Taten zu untermauern und sie nicht zur Worthülse verkommen zu lassen. Parallel zu diesen Bemühungen arbei-

---

[28] Siehe die Reaktion der Schweizer karitativen Organisationen, die im Juni 1945 darauf aufmerksam gemacht hatten, daß Hilfsleistungen für Deutschland in der Bevölkerung als unangebracht galten.

[29] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 251.

[30] Vgl. unter anderem: G. Besier/G. Sauter, Wie Christen ihre Schuld bekennen, 1985, S. 62.

[31] Das Schuldeingeständnis speziell der Evangelischen Kirche rief im Unterschied zu dem positiven Echo im Ausland in der deutschen Bevölkerung Kritik hervor. Ein Stimmungsbericht des Mitglieds des Genfer Wiederaufbauausschusses, Stewart Herman, vom 21. Dezember 1945 verdeutlicht dies. Herman meldete an die Zentrale des Office of Stategic Services: »I learned from Dr. Lilje in the British zone, that publication of the declaration in that area had been left to the German press and that an unfavorable reaction had resulted especially from the unfortunate headlines which were used in connection with the statement. These headlines gave the impression that the German Church had saddled the nation with a confession of responsibility corresponding to the ›sole war guilt‹ clause of the Versailles Treaty.« NARA, RG 226, XL 38614.

[32] Bischof Wurm an das Office for Military Government for Germany in Berlin vom 8. April 1946. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[33] Memorandum einer Konferenz von Hilfswerksmitarbeitern und Angehörigen des Ökumenischen Rates vom 19. Oktober 1945. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

teten Gerstenmaier und sein Mitarbeiterstab unermüdlich an der Erweiterung des Organisationsapparates, um die Hilfsaktionen flächendeckender durchführen zu können. Im Verlauf einer Reise nach Berlin, die der Information der Alliierten über die Intentionen seiner Arbeit sowie der Bitte um deren Unterstützung diente, richtete Eugen Gerstenmaier in der russischen und der britischen Zone Büros ein, die zum 1. Oktober 1945 ihre Arbeit aufnahmen. Die Berliner Zweigstelle stand unter der Leitung von Robert Tillmanns[34], in Bielefeld war Pastor Karl Pawlowski mit der Führungsaufgabe betraut worden. Die Einrichtungen galten offiziell als Zweigstellen des Zentralbüros und waren mit dem Zusatz »Ost« für die Niederlassung in Berlin und »West« für die in der britischen Zone errichtete Filiale ausgewiesen worden.[35] Ihre Aufgabe bestand in der Spendenverteilung und der engen Tuchfühlung mit den Militärbehörden. Trotz der Bezeichnung als Zentralbüro-Niederlassung waren ihre Kompetenzen jedoch auf die Umsetzung der aus Stuttgart vorgegebenen Richtlinien beschränkt; die Fäden liefen weiterhin in Württemberg zusammen.

Ebenfalls im Herbst 1945 war eine Konkretisierung der Arbeitsbereiche des Stuttgarter Zentralbüros erfolgt. Gerstenmaier hatte die den beiden Abteilungen »Allgemeine Nothilfe« und »Kirchlicher Wiederaufbau« zugeteilten Aufgaben spezifiziert.[36] Diese Abgrenzung diente nicht nur der Klarstellung der Tätigkeitsfelder gegenüber der Kirchenleitung, sie sollte ferner als Blaupause für den Organisationsaufbau der von den Landeskirchen zu errichtenden bzw. bereits gegründeten Hilfswerke dienen.[37] Dem Zweig »Nothilfe« war es demzufolge überlassen, eine Verbesserung im Bereich der Lebensmittel-, Medikamenten- und Kleiderversorgung zu erzielen. Des weiteren waren die Internierten- und Kriegsgefangenenarbeit sowie

---

[34] Die Arbeit des Christdemokraten Tillmanns in Berlin führte rasch zu Problemen mit der russischen Besatzungsmacht. Der ebenfalls für das Berliner Büro tätige Heinrich Grüber beklagte sich in einem Brief an Gerstenmaier vom 24. April 1948 bitter über die Haltung von Generalsekretär Robert Tillmanns: »Wenn das Zentralbüro Ost noch ungehindert arbeitet, dann nicht wegen T., sondern trotz T. Sie wissen, dass T. in der Gefolgschaft von Jakob Kaiser sich stark exponiert und eine Politik betreibt, die von den Russen als antisowjetisch angesehen wird. Es kann nun unmöglich ein Vertreter eines kirchlichen Werkes für eine bestimmte Zone herausgestellt sein, der sich den Kampf gegen die Besatzungsmacht dieser Zone zur Aufgabe stellt.« ADW, ZB 192. Trotz der Sympathien, die Gerstenmaier für Tillmanns' antikommunistische Haltung hegte, hatte er dessen Einstellung und seine Arbeit für das Zentralbüro Ost bereits zuvor gerügt. Vgl. Schreiben Eugen Gerstenmaier an Tillmanns vom 8. Oktober 1946 bzw. Brief von Joachim von Lukowicz an Robert Tillmanns vom 18. Juli 1946. ADW, ZB 192.

[35] Undatiertes Merkblatt 1 Z von Gerstenmaier mit der Bezeichnung »Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland«. Es ist davon auszugehen, daß Eugen Gerstenmaier das Rundschreiben nach seiner Berlinreise im September oder nach Aufnahme der Arbeit des Zentralbüros im Oktober 1945 verfaßt hatte. EZA, 2/177.

[36] Vgl. ausführlich: M. Skorvan, Hilfswerk der evangelischen Kirche, 1995, S. 21 und J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 87.

[37] Die Entwicklungsgeschichte der Hilfsbüros der einzelnen Landeskirchen ist zum Teil noch ein Desiderat der Forschung. Bislang liegen nur zwei Publikationen vor, die sich mit den landeskirchlichen Aktivitäten beschäftigen. Neben der Veröffentlichung von Skorvan, die sich der Entwicklung des hessischen Hilfswerks widmete, liegt mit der Arbeit von Merz eine Untersuchung des unter der Leitung von Wilhelm Pressel stehenden württembergischen Hilfswerks vor.

besonders die Flüchtlingshilfe zentraler Teil ihrer Tätigkeit. Für die heimatlosen Menschen sollten Transportmöglichkeiten, Unterkünfte und Arbeitsplätze beschafft werden. Zudem war die Einrichtung eines Suchbüros für vermißte Personen geplant. Der Abteilung »Kirchlicher Wiederaufbau« hingegen oblag es, Räumlichkeiten und Materialien bereitzustellen, um eine Wiederbelebung des religiösen Lebens zu ermöglichen. Zusätzlich lag es im Verantwortungsbereich dieser Sektion, für den Wiederaufbau kirchlicher Anstalten sowie die finanzielle Förderung der Gemeinden und des Seelsorgernachwuchses Sorge zu tragen.

Innerhalb des breitgefächerten Aufgabenfeldes nahm gerade in den ersten Monaten nach Gründung des Hilfswerks die Flüchtlingshilfe eine herausragende Stellung ein. Die Einrichtung des Zentralbüros Ost war hauptsächlich aus dem Bestreben heraus erfolgt, die Not der Menschen aus den vormals deutschen Gebieten, beispielsweise in Polen und der Tschechoslowakei, durch konkrete Hilfe zu lindern.[38] Allerdings warf gerade die Hilfswerksarbeit in der sowjetischen Besatzungszone Probleme auf, da Gerstenmaier hier nicht auf das Entgegenkommen der Militärbehörden bauen konnte. So war sein Versuch, eine Unterredung mit Marschall Schukow bzw. dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei, Pieck, im Verlauf seiner Berlinreise zu führen, an der mangelnden Gesprächsbereitschaft der Sowjetunion gescheitert.[39] Nachdem sich die russischen Besatzer wenig kooperativ gezeigt hatten, mußte Gerstenmaier seine Bemühungen zur intensivierten Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten weitgehend auf die drei Westzonen beschränken. Ziel dieser Anstrengungen war es, im Herbst 1945 die Sicherstellung von interzonalen Beförderungsgenehmigungen zu erreichen, um die Hilfsgüter an die Bedürftigen verteilen zu können.[40] Ein weiteres Problem lag in den kaum vorhandenen Transportmöglichkeiten. Von den bis Oktober 1945 vom Zentralbüro zusammengetragenen rund 1500 Tonnen Lebensmittel konnten im Verlauf von mehreren Wochen nur zwei Tonnen zu den notleidenden Menschen gebracht werden, mehr als 99,8% der Güter konnten aufgrund des Mangels an Lastwagen und Benzin nicht befördert werden.[41] Besonders von der amerikanischen Besatzungsmacht erhoffte sich Ger-

---

[38] Mitteilung Eugen Gerstenmaiers an die Public Health and Welfare Division der amerikanischen Militärbehörde vom 1. Oktober 1945. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[39] Bericht des Geschäftsführers des Zentralbüros, Eberhard Lohrmann, über eine Konferenz zwischen Hilfswerksmitarbeitern und Angehörigen des Ökumenischen Rates vom 19. Oktober 1945. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[40] Der Wiederaufbauausschuß in Genf unterstützte diese Bitte des Hilfswerks nachdrücklich und betonte gegenüber den Militärbehörden die Wichtigkeit der Lösung dieses Problems. In einem Schreiben des Wiederaufbauausschusses vom 6. Dezember 1945 an die vier Alliierten hieß es: »We, therefore, appeal to the military government to facilitate the praiseworthy relief-work of the German Church by providing the necessary transportation.« Zitiert nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 89.

[41] Memorandum einer Konferenz zwischen Hilfswerksmitarbeitern und Angehörigen des Ökumenischen Rates vom 19. Oktober 1945. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

stenmaier bei der Abschaffung dieses Mißstandes konkrete Hilfe.[42] Mit zum Teil drastischen Worten glaubte er, die Besatzungsmacht überzeugen zu können. In einer Konferenz in Stuttgart Ende Oktober, an der neben Mitarbeitern des Hilfswerks und des Ökumenischen Rates auch Vertreter der Alliierten teilnahmen, wurden seine diesbezüglichen Bemühungen wie folgt geschildert: »Dr. Gerstenmaier repeatedly asks for immediate assistance and requests once more to remind of the fact that wretchedness in the eastern territories is enormous and that it implicitly be necessary to avoid increasing troubles and to exert oneself to the utmost in order to help that the piles of dead bodies will not augment higher and higher.«[43] Das Drängen Gerstenmaiers war schließlich erfolgreich, und die amerikanische Militärregierung teilte dem Hilfswerk Anfang 1946 zwei fabrikneue LKW zu.[44] Seine zupackende Art beim Vorantreiben der Hilfsaktionen sowie seine Bemühungen um eine Verbreiterung des Organisationsapparates kamen bei der amerikanischen Besatzungsmacht gut an.

Die organisatorische Etablierung des Hilfswerks, die Anerkennung seitens der Amerikaner und die wachsende Bereitschaft des Auslands, den deutschen Wiederaufbau zu unterstützen, ließen die Institution im Jahr 1946 weiter wachsen. Die allmähliche Verbesserung der Infrastruktur und die Öffnung des Postverkehrs mit dem Ausland taten ihr übriges, um neue Verbindungen aufzubauen und bereits vorhandene Kontakte zu intensivieren. Eugen Gerstenmaier erwies sich dabei als Motor des Unterfangens.[45] Unermüdlich machte er die Anliegen des Hilfswerks in Gesprächen, Ansprachen und auf Reisen im In- und Ausland publik und bat um Unterstützung. Nachdem sich durch die Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes sowie von Wohltätigkeitsorganisationen vor allem aus Schweden und der Schweiz[46] nun ein breiterer Strom an ausländischen Spenden nach Deutschland ergoß[47], wurde die

---

[42] Eine Notiz Paul Collmers vom 31. Oktober 1945 verdeutlicht, in welchen Bereichen das Zentralbüro besonders auf die Hilfe der amerikanischen Besatzungsmacht angewiesen war. Gerstenmaier suchte um eine offizielle Unterstützung der Hilfswerksarbeit sowie um Hilfe beim Transport von Hilfsgütern nach. Ferner bat er um Medikamente aus US-Militärbeständen. ADW, ZB 325.

[43] Bericht des Geschäftsführers des Zentralbüros, Eberhard Lohrmann, über eine Konferenz zwischen Hilfswerksmitarbeitern und Angehörigen des Ökumenischen Rates vom 19. Oktober 1945. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[44] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den württembergischen Zweig der US-Militärbehörde vom 4. Januar 1946. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[45] Gerstenmaiers Frau Brigitte subsumierte die Arbeit ihres Mannes in den ersten Nachkriegsjahren wie folgt: »Er reiste von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, unablässig bemüht, der wachsenden Hilfsbereitschaft und jedem Interesse zu entsprechen. Er wagte keinen Vortrag abzusagen, um nicht irgendeine Hilfsaktion zu gefährden. Er hat sich dabei ziemlich überanstrengt und kam mit einem Herzschaden nach Hause.« B. Gerstenmaier/E. Gerstenmaier, Zwei können widerstehen, 1992, S. 163.

[46] Zu nennen sind hierbei vor allem die »Schweizer Spende« sowie schwedische Organisationen wie beispielsweise »Europa Hjälpen« und »Hjälp Committe för Tysklands Barns«.

[47] Die zwischen Sommer 1945 und Dezember 1947 größtenteils aus Brasilien, Schweden, der Schweiz und den USA stammenden Hilfsgüter für Deutschland umfaßten 24 Tonnen. Fast 80% dieser vom Hilfswerk als »Liebesgaben« bezeichneten Spenden waren Lebensmittel, die restlichen Güter waren Kleider, Schuhe und Textilien (4,1 Tonnen) bzw. Medikamente und sonstige Spenden

Eröffnung weiterer Büros in Hamburg[48] und Bremen notwendig, um die Annahme und Verteilung der Hilfsmittel bewerkstelligen zu können. Mit der Entscheidung Präsident Trumans im Februar 1946, den Transport humanitärer Hilfsgüter nach Deutschland zu erlauben, wuchs die Menge an Spenden nochmals an. Dabei zeichnete das Hilfswerk ab Sommer 1946 in Kooperation mit weiteren deutschen Hilfsverbänden sowohl für die Verteilung der CARE-Pakete als auch für die von der amerikanischen Organisation CRALOG zur Verfügung gestellten Hilfsgüter landesweit verantwortlich. Durch den Council of Relief Agencies Licensed for Operation in Germany (CRALOG) wurden dem Hilfswerk zwischen Februar und Dezember 1946 allein mehr als 3800 Tonnen Lebensmittel und rund 1600 Tonnen Gebrauchsmittel übereignet. Zur Verteilung dieser Spenden bildeten die kirchlichen und säkularen Hilfsorganisationen in Deutschland im Herbst 1946 einen »Centralausschuß« mit Sitz in Stuttgart, zu dessen Vorsitzendem Eugen Gerstenmaier bestimmt wurde. Im Rahmen der karitativen Auslandshilfe kam dem Hilfswerk eindeutig das größte Gewicht zu, wie die Zahlen der durch die einzelnen Organisationen verteilten Spenden belegten. Rund die Hälfte der bis Oktober 1946 nach Deutschland gesandten Zuwendungen im Umfang von rund 8200 Tonnen wurde vom Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland zugestellt.[49] Im Unterschied zu den ersten Nachkriegsmonaten, als der Schwerpunkt der Arbeit der Flüchtlingshilfe in der russischen Besatzungszone lag, rückte nun allmählich auch die Bedürftigkeit des Westens in den Blickpunkt. Vor allem im Ruhrgebiet, in Hamburg, Schleswig-Holstein und in der französischen Zone war nun Unterstützung notwendig, während in den östlichen Teilen des Landes zumindest eine Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung auf einem niedrigen Niveau erreicht worden war.[50]

Trotz dieser enormen, staatlich geförderten Zuwendungen des westlichen Auslands, waren die ausländischen Kirchen nach wie vor eine der wichtigsten Säule für die Arbeit des Hilfswerks sowohl hinsichtlich der Finanzierung als auch im Hinblick

(rund 0,7 Tonnen). Angaben aus: Jahresbericht des Hilfswerks der evangelischen Kirchen in Deutschland für das Jahr 1947, 1947, S. 6.

[48] Das Büro Hamburg übernahm zudem die Aufgaben, die zuvor im Verantwortungsbereich des von Pawlowski geleiteten Zentralbüro-West in Bielefeld lagen. Die Ablösung Karl Pawlowskis beurteilte Wischnath als Durchsetzung des Führungsanspruchs von Eugen Gerstenmaier, der damit die Stellung des Stuttgarter Zentralbüros gegenüber den Landeskirchen zu stärken suchte. J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 92–94.

[49] Das Gros der Zuwendungen (rund 6900 Tonnen) wurde von CRALOG gespendet, die übrigen 1300 Tonnen wurden vom Internationalen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt. Die an der Verteilung dieses Spendenaufkommens beteiligten Wohlfahrtsorganisationen waren neben dem Hilfswerk (46,1%): Arbeiterwohlfahrt (3,5%), Rotes Kreuz (3,7%), Caritas (29,4%) sowie die Landesausschüsse (17,3%). Bericht über die Tagung des Zentralrats des Deutschen Caritas Verbandes vom 16./17. Oktober 1946. Vgl. H.-J. Wollasch, Humanitäre Auslandshilfe für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 1976, S. 128–129.

[50] Undatierter Bericht des Hilfswerks über seine Tätigkeit im Jahr 1946. NARA, RG 260, General Records of the Refugees and Welfare Advisor 1945–1949, Box 248.

auf Naturalienspenden. Neben den lutherischen Kirchen Nordamerikas[51] zeigten sich die niederländischen und schweizerischen Protestanten besonders spendenfreudig.[52] Die regionale Verteilung der Geberländer machte deutlich, zu welchen Kirchenleitungen bzw. Führungsetagen der Wohltätigkeitsorganisationen das Zentralbüro besonders gute Beziehungen unterhielt. Über die engen Bindungen des Hilfswerks zum Ökumenischen Rat war die Tuchfühlung zur Schweiz und Amerika ermöglicht worden. Ferner zahlten sich die guten Verbindungen, die Gerstenmaier seit seiner Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt in Richtung Skandinavien und hier besonders zu Schweden[53] unterhielt, in diesen Tagen aus.

Über die internationale Hilfe hinaus trugen aber die Deutschen selbst dazu bei, daß den am schwersten von Krieg und nationalsozialistischer Diktatur betroffenen Landsleuten geholfen werden konnte.[54] Im Zuge der Selbsthilfe flossen dem Hilfswerk allein durch Sammlungen in den drei westlichen Besatzungszonen bis Anfang 1947 mehr als 30 Millionen Reichsmark zu.[55] Rund 40% dieser Summe wurden den im Osten des Landes liegenden Kirchengemeinden zur Verfügung gestellt.[56] Eugen Gerstenmaier versuchte dieses Engagement der Deutschen für ihre notleidenden Landsleute nach Kräften zu unterstützen. Die Stärkung der gemeindlichen Initiative

---

[51] Die besondere Verbundenheit des Hilfswerks mit den amerikanischen Wohltätern zeigte sich unter anderem darin, daß Gerstenmaier im Frühjahr 1948 eine mehrwöchige USA-Reise unternahm. Im Rahmen einer Rundreise legte er in den lutherischen Gemeinden Nordamerikas Rechenschaft über die Verwendung der eingegangenen Spenden ab und suchte um weitere Unterstützung nach. Hinsichtlich der Details des Nordamerika-Aufenthaltes von Eugen Gerstenmaier vgl. ausführlich: E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 262–272 bzw. den Artikel Eugen Gerstenmaiers in »Christ und Welt« vom 6. Juni 1948 mit dem Titel »Ein Deutscher vor Amerikanern«. Im Verlauf dieser Reise, die ihn auch nach Kanada führte, traf Gerstenmaier in Begleitung des aus Saint Louis stammenden lutherischen Pastors Meyer am 21. April 1948 in Washington zu einem kurzen Gespräch mit Präsident Truman zusammen. Auszug aus dem Kalender des Präsidenten. Harry S. Truman Library, unsig.

[52] Zu den Hilfsleistungen aus Schweden, der Schweiz und den USA vgl. interne Hilfswerksaufstellung über die Unterstützung aus den genannten Ländern vom 18. März 1946, ADW, ZB 8.

[53] Vgl. unter anderem die dreiwöchige Schwedenreise Gerstenmaiers vom 23. Juli bis 16. August 1946, die dem Gedankenaustausch mit zahlreichen schwedischen Hilfsorganisationen diente. ADW, ZB 367.

[54] In einem von dem amerikanischen Consul General, Maurice Altaffer, dem State Department übermittelten Memorandum, wurde ausgeführt: »The Hilfswerk has developed into a very large organization with vast resources according to it's annual report of March 31st, 1947, voluntary contributions from German sources alone had amounted to almost 100 million marks up to that date.« NARA, RG 59, 862.00/11–547.

[55] Im Merkblatt 2 Z vom 15. Oktober 1945 hatte Gerstenmaier bereits über Art und Umfang der Sammlungen für die Flüchtlingshilfe Folgendes ausgeführt: »In den meisten Landeskirchen sind in diesen Wochen bereits Lebensmittel und Geld gesammelt worden. Wir werden diese Sammlungen fortsetzen müssen, aber wir werden für November dort, wo es noch nicht geschehen ist, auch Kleider-, Wäsche- und Schuhsammlungen vorsehen müssen. Auch Haushaltsgegenstände aller Art – soweit sie noch wirklich brauchbar sind, haben wir dringend nötig.« NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[56] Undatierte englische Übersetzung eines Berichts des Hilfswerks über seine Tätigkeit im Jahre 1946. NARA, RG 260, General Records of the Refugees and Welfare Advisor 1945–1949, Box 248.

und das Bestreben, die Mitarbeit der Laien innerhalb der evangelischen Kirche landesweit zu forcieren, lagen ihm besonders am Herzen.[57]

Die Tätigkeit Eugen Gerstenmaiers war aber nicht nur durch eine ständige Expansion und durch erfolgreiche Hilfsaktionen gekennzeichnet. In seinem Bestreben, beim Hilfswerk die Wiederaufbauarbeit zu bündeln und in wachsendem Maße Kompetenzen an sich zu ziehen, kam es rasch zu Konflikten innerhalb der EKiD.[58] Schon wenige Monate nach seiner Einsetzung als Leiter des Werkes gab es die ersten Auseinandersetzungen. Die Gerstenmaier distanziert gegenüberstehenden Kirchenmänner des Rates betrachteten mit Sorge dessen energisches Vorantreiben des organisatorischen Ausbaus des Hilfswerks. Ferner mokierten sie, daß er zulasten der Kompetenzen des Kirchlichen Außenamts seine Auslandsbeziehungen stetig ausweitete. Gerstenmaier hatte sich in der Tat den Umstand zunutze gemacht, daß Martin Niemöller mit der Leitung des Außenamtes zunächst überfordert schien und der Ausbau seiner Behörde nur sehr zögerlich voranschritt. Gerstenmaier indes schaffte Fakten, indem er seine internationalen Kontakte intensivierte und damit Teile der eigentlich in den Kernbereich des Kirchlichen Außenamtes fallenden Verantwortlichkeiten dem Stuttgarter Zentralbüro einverleibte. Die erfolgreiche Arbeit Gerstenmaiers, die sowohl in Form monetärer Zuwendungen als auch von Sachspenden aus dem Ausland ihren Ausdruck fand, machte es seinen Kritikern aber zunehmend schwer, ihr Votum für eine einzig vom Kirchlichen Außenamt verantwortete Pflege der Auslandsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Der Rat entschloß sich deshalb, die Zwistigkeiten auf salomonische Weise zu beenden: Gerstenmaier wurde zwar das Recht zuerkannt, eigenständig internationale Beziehung zu knüpfen und zu unterhalten, doch riet man ihm dringend, Niemöller von seinen Bemühungen in Kenntnis zu setzen.[59] Trotz dieses Kompromisses wurden die Spannungen zwischen Martin Niemöller und Eugen Gerstenmaier nie ganz beseitigt. Der Kampf um die Zuständigkeiten bei den Auslandsbeziehungen schwelte vielmehr weiter und er wurde über Konflikte hinsichtlich der Verwendung der internationalen Unterstützung noch angefacht.[60] Die anhaltende Uneinigkeit verstärkte die auf Niemöllers Seite ohnehin bestehende Antipathie gegenüber dem

---

[57] Gerstenmaier hatte sich im Verlauf seines US-Aufenthaltes von der Initiativkraft der amerikanischen Kirchengemeinden und der Lebendigkeit des dortigen Kirchenlebens stark beeindruckt gezeigt. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Karl Arndt vom 27. Oktober 1948. ADW, ZB 365.

[58] Auf diesen Aspekt seiner Hilfswerkstätigkeit ging Eugen Gerstenmaier in seinen Memoiren indessen nicht ein. Lediglich die Schwierigkeiten, hinreichende Unterstützung im Ausland sowie bei den alliierten Militärbehörden zu erreichen, thematisierte er hinlänglich. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, bes. S. 249–259.

[59] Protokoll der Sitzung des Rates der EKiD vom 18./19. Oktober 1945. Zitiert nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 103.

[60] Das Hilfswerk betrieb die Zuweisung von Hilfsgüterkontingenten und die Verteilung der Güter nach dem Prinzip der Bedürftigkeit, währenddessen Niemöller einer individualisierten Unterstützung mit dem Aufbau direkter Beziehungen zwischen Spender und Hilfsempfänger den Vorzug gab. Zur Verteilungspraxis des Hilfswerks am Beispiel Hessens vgl. M. Skorvan, Hilfswerk der Evangelischen Kirche, 1995, S. 138–148.

Schwaben[61], wie sein Schreiben an den Schweden Birger Forell vom 23. November 1947 belegt, in dem er Gerstenmaier als einen »totalitär denkenden Organisator« bezeichnete.[62]

Auch in den Reihen der Inneren Mission der Evangelischen Kirche, in dessen Tätigkeitsfeld die Wohlfahrtspflege traditionell fiel, begann sich gegen das Hilfswerk und seinen Leiter Widerspruch zu regen. Die Kritik hatte sich dabei zunächst nicht an seiner Person entzündet, eher war einigen führenden Mitarbeitern der Inneren Mission die bloße Existenz des Wiederaufbauwerks ein Dorn im Auge. Die Tendenz Gerstenmaiers zum Zentralismus und der Ausbau seines Organisationsapparates ließen die Innere Mission um ihren angestammten Platz auf dem Gebiet der kirchlichen Wohlfahrt bangen.[63] Seitens der Inneren Mission wurde offenbar die Gefahr gesehen, daß künftig die karitative Wiederaufbauarbeit einzig mit den Bemühungen des Hilfswerks assoziiert und die eigene Tätigkeit zunehmend aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt werden würde. Nachdem es am Bestehen des Hilfswerks indessen nichts mehr zu rütteln gab, verschob sich in der Folgezeit die Ablehnung mehr auf den Führungsstil Gerstenmaiers, der auf Kompetenzabgrenzungen und Eitelkeiten wenig Rücksicht zu nehmen bereit war. Der Theologe versuchte die gegen ihn vorgebrachte innerkirchliche Kritik zu entkräften. Mit Recht verwies er darauf, daß weder in den letzten Kriegsjahren noch in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch seitens der Führungsriege der Inneren Mission Pläne für ein Wiederaufbauwerk erstellt worden seien. Selbst auf der Kirchenkonferenz in Treysa hatte sich gegen die von Gerstenmaier vorgetragene Hilfswerkskonzeption kein Widerstand geregt und auf eine verstärkte Beteiligung der Inneren Mission an den bevorstehenden Aufgaben gedrängt.[64] Seine Zielstrebigkeit, die sich bereits im Verlauf seiner Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt gezeigt hatte, wurde nunmehr von seinen Opponenten als Ellenbogenpolitik abgelehnt. Gerstenmaiers erfolgreiche Arbeit, die sich in der Höhe des eingegangenen Spendenaufkommens und der Zahl der durchgeführten Hilfsaktionen niederschlug, gab seiner Herangehensweise allerdings Recht und sorgte dafür, daß der massiven Kritik bis Ende der vierziger Jahre nicht in Form einer Beschnei-

---

[61] Im Unterschied beispielsweise zur Kontroverse mit dem Schweizer Karl Barth, betonte Eugen Gerstenmaier jedoch, Martin Niemöller trotz der bestehenden Gegensätze stets gegenüber seinen »grimmigen Feinden« verteidigt zu haben. Für die dennoch unbestreitbar bestehende Distanz zwischen beiden machte Gerstenmaier die »jeweilige Situation« verantwortlich. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 52.

[62] Zitat nach: M. Skorvan, Hilfswerk der Evangelischen Kirche, 1995, S. 33.

[63] Gerstenmaier hatte zu erkennen gegeben, daß er an einer engen Verbindung mit der Inneren Mission nicht besonders interessiert war. In einem Schreiben an das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck vom 21. Juni 1946 bemängelte er beispielsweise den Briefkopf der Hessen, der einen organisatorischen Zusammenhang zwischen Innerer Mission und Hilfswerk zum Ausdruck brächte, und verwies auf den eigenständigen Charakter seiner Organisation. ADW, ZB 9.

[64] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Präsidenten des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche, Theodor Schober, vom 18. Januar 1980. ACDP, I-210–042/2.

dung seiner Kompetenzen durch den EKiD-Rat Rechnung getragen wurde.[65] Obwohl man Gerstenmaier – wohl eher zähneknirschend – gewähren ließ, hinterließ die Auseinandersetzung bei den bislang mit der Wohlfahrtsarbeit beschäftigten kirchlichen Einrichtungen ihre Spuren. Zwar bekundete Eugen Gerstenmaier im Nachhinein, sein Verhältnis zu den Verantwortlichen der Inneren Mission sei von dem Konflikt nicht getrübt worden[66], auf seiten der Inneren Mission zeigte man sich hingegen weniger versöhnlich. Noch in seinen Anfang der siebziger Jahren verfaßten Lebenserinnerungen griff Hanns Lilje den Vorwurf auf, Gerstenmaier habe rücksichtslos seine eigenen Interessen verfolgt. Über das Verhältnis zwischen dem Leiter des Hilfswerks und der Inneren Mission führte das Vorstandsmitglied der Inneren Mission, Lilje, aus: »Ein leiser Schatten fiel über das Ganze; als Parallelerscheinung zu der Inneren Mission trat sofort die Gründung des Hilfswerks ein. Hier war die organisatorische und kaufmännische Energie von Eugen Gerstenmaier am Werk. Er war in der Tat durch seine berufliche Schulung in der Lage, mit solchen Problemen finanzieller und organisatorischer Art umzugehen, und hat es erreicht, dass die deutschen Landeskirchen sich diesen organisatorischen Plänen öffneten. [...] Dass es dabei nicht ohne Rivalität abging, muß leider zugestanden werden. Es gehörte zu der energischen Art von Gerstenmaier, auf vorhandene und traditionelle Gebilde nicht übermäßig viel Rücksicht zu nehmen.«[67]

Aufgrund der zupackenden Art Gerstenmaiers und der festen Überzeugung, daß sein Weg zur Milderung der allgegenwärtigen Not der effizienteste sei, kam es im Herbst 1947 abermals zu Meinungsverschiedenheiten, diesmal mit der Kirchenkanzlei. Anlaß der Kontroverse war hier der Versuch Gerstenmaiers, die Betreuung der deutschen Kriegsgefangenen vor allem in Rußland zu übernehmen. Damit kollidierte er mit den Interessen von Hans Asmussen, und es wurde erneut die Frage nach der Abgrenzung der Tätigkeitsfelder des Hilfswerks gestellt. Mit dem an den Hilfsdienst der Kirchenkanzlei gerichteten Vorwurf, es seien wichtige Schritte zu einer vernünftigen Regelung der Kriegsgefangenenfürsorge unterlassen worden und mit dem Hinweis, allein seine Organisation verfüge über die notwendigen Fähigkeiten und Verbindungen im In- und Ausland, forderte Gerstenmaier den Konflikt geradezu heraus. Aufgrund seines wenig diplomatischen Vorgehens und dem Ansinnen, ihm die Leitungsfunktion in diesem Aufgabenbereich zu übertragen, wurden Animositäten zwischen Gerstenmaier und Hans Asmussen deutlich. Innerhalb der evangelischen Kirche fühlten sich diejenigen in ihrer Haltung bestätigt, die Gerstenmaiers barsches Auftreten bei Auseinandersetzungen schon während seiner Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt kennengelernt und ihm kritisch gegenübergestan-

[65] Zu einer Fusion von Innerer Mission und Hilfswerk kam es erst 1957, zu einem Zeitpunkt also, als die ursprüngliche Aufgabe des Hilfswerks, den Wiederaufbau durch die Versorgung der Bevölkerung und die Aktivierung des kirchlichen Lebens voranzutreiben, prinzipiell als abgeschlossen betrachtet werden konnte. Vgl. ausführlich: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 320–369.

[66] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Präsidenten des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche, Theodor Schober, vom 18. Januar 1980. ACDP, I-210–042/2.

[67] H. Lilje, Memorabilia, 1973, S. 39.

den hatten.[68] Eugen Gerstenmaiers Vorstoß belastete nicht nur die Zusammenarbeit mit der Kirchenkanzlei, am Ende der Auseinandersetzung konnte er seine Forderungen nicht durchsetzen. Im Februar 1946 fiel die endgültige Entscheidung seitens der Kirchenleitung, die »kirchenregimentliche und seelsorgerische«[69] Betreuung der deutschen Gefangenen in den Kompetenzbereich der Kanzlei der EKiD zu übertragen, während die Verantwortung für die karitative Arbeit in die Hände des Stuttgarter Zentralbüros gelegt wurde. Damit erfolgte lediglich die Bestätigung des Status quo und Eugen Gerstenmaier war mit seinem Unterfangen, weitere Aufgabenbereiche an sich ziehen, gescheitert.

Das innerkirchliche Ringen um die Tätigkeitsfelder sowie um die in Treysa kaum berührte Frage nach der Organisationsform des Hilfswerks war damit allerdings noch nicht abgeschlossen. Die Kontroverse mit Asmussen stellte nur den Anfang einer Reihe von Zwistigkeiten dar, die Gerstenmaier in der Folgezeit vor allem mit den landeskirchlichen Hilfswerkseinrichtungen austrug. Des weiteren kam es mit dem Leiter der Kanzlei erneut zu einem Zusammenstoß. Dabei hatte Hans Asmussen noch 1945, im Verlauf der Kompetenzrangeleien mit dem Kirchlichen Außenamt, hinsichtlich seines Verhältnisses zum Kirchheimer erklärt: »Mit Gerstenmaier verfolge ich eine Politik des Friedens und stecke manche Demütigung ein. Er ist tüchtig und schafft etwas. Wir können ihn nicht durch Beschlüsse und Verordnungen, sondern nur durch sachliche Arbeit bändigen.«[70] Aber die immer noch virulente Diskussion über die Abgrenzung der Kompetenzen des Wiederaufbauwerkes hauptsächlich gegenüber den Landeskirchen war für Asmussen Anlaß genug, den geschlossenen Burgfrieden zu beenden.

Der Leiter der Kirchenkanzlei drängte Anfang 1947 auf Druck der landeskirchlichen Hilfswerksbüros darauf, den Führungsanspruch Gerstenmaiers zu beschneiden und den Landeskirchenleitungen einen größeren Spielraum für eigenverantwortliches Handeln einzuräumen.[71] Paradoxerweise kam vor allem aus Württemberg, der Landeskirche, die in Treysa eine zentralistische Hilfswerksstruktur begrüßt hatte, der stärkste Widerspruch gegen Eugen Gerstenmaier. Schon seit 1946 hatte das unter

---

[68] Der für die Evangelische Akademie tätige Studentenpfarrer Eberhard Müller teilte in einem Brief an Hans Asmussen vom 27. November 1945 diesbezüglich mit: »Wir kriegen eine klare Scheidung nur, wenn das Hilfswerk ausschliesslich auf die Leibsorge beschränkt wird und alles übrige Angelegenheit der Kanzlei ist. Nur in diesem Fall wird es Ihnen auch möglich sein, den Heckel'schen Laden zu übernehmen und um den geht es Gerstenmaier. Gerstenmaier will um jeden Preis dessen Erbschaft übernehmen, darum der ganze Streit der Abgrenzung.« EZA, 2/556.

[69] Bekanntmachung zur kirchlichen Arbeit für die Kriegsgefangenen vom Leiter der Kirchenkanzlei, Hans Asmussen, vom 21. Februar 1946. EZA, 2/556.

[70] Brief von Hans Asmussen an Hans-Bernd Gisevius vom 5. November 1945. Zitiert nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 101.

[71] So hatte Gerstenmaier beispielsweise im Januar 1947 das Berichtswesen der landeskirchlichen Hauptbüros gerügt, da sich ausländische Spender beklagt hätten, daß zu wenige Rapporte über die Verteilung der Spenden erstellt würden. Gerstenmaier führte weiter aus: »Um das Berichtswesen des Hilfswerks für alle Zonen möglichst zu vereinheitlichen, gebe ich nachstehend neue Richtlinien bekannt, die sofort in Kraft treten und um deren pünktliche und sorgfältige Beachtung ich dringend bitte.« Rundschreiben Eugen Gerstenmaiers vom 15. Januar 1947. EZA, 2/178.

der Leitung von Wilhelm Pressel stehende württembergische Hilfswerk, das dem Zentralbüro bedeutende finanzielle Mittel zuführte[72], die Weisungsbefugnis Gerstenmaiers gegenüber den landeskirchlichen Einrichtungen kritisiert. Die von Eugen Gerstenmaier befürwortete Hierarchisierung erregte zunehmend Unmut, und der Ruf nach einer Kontrollinstanz für das Stuttgarter Zentralbüro wurde lauter. Die Schmerzgrenze war für seine landeskirchlichen Kritiker im Herbst 1946 erreicht, nachdem ihre Forderungen nach einer Eingrenzung der Hilfswerksaufgaben auf zentraler Ebene immer noch nicht erfüllt worden waren. Gerstenmaier brachte mit seiner Anordnung, die von den Landeskirchen bereits erstellten Satzungsentwürfe ihrer Hilfswerkseinrichtungen müßten vor dem Inkrafttreten durch das Zentralbüro überprüft werden, das Faß zum Überlaufen. In einem im Dezember 1946 in Stuttgart geführten Gespräch zwischen Vertretern des württembergischen Hilfswerks, Hans Asmussen und Eugen Gerstenmaier wurde die Kontroverse offen ausgetragen und auch die Frage nach den die Stuttgarter Zentrale kontrollierenden Instanzen erneut aufgeworfen.[73] Im Verlauf der Zusammenkunft zeigte sich Gerstenmaier wenig kompromißbereit und beharrte darauf, einzig das Exekutivkomitee des Wiederaufbauausschusses als Kontrollorgan zu akzeptieren. Eine Weisungsbefugnis des Rates der EKiD erkannte er aufgrund der Gründungsgeschichte des Zentralbüros nicht an. Die Forderungen der landeskirchlichen Hilfswerkbüros nach mehr Autonomie und einem größeren Mitspracherecht blockte er mit dem Hinweis auf die regionalen Repräsentanten im Exekutivkomitee ab, über die eine Einflußnahme auf die Entscheidungen des Hilfswerks erfolgen könne. Rund zwei Wochen später fand an gleicher Stelle eine weitere Unterredung zwischen Gerstenmaier und den Württembergern statt. Am Ende des in rauhem Ton geführten Gesprächs[74] zeigten sich Gerstenmaiers Landsmänner erneut von dessen mangelnder Verständigungsbereitschaft enttäuscht. Selbst nachdem Asmussen in die Diskussion eingriff und den landeskirchlichen Einfluß auf das Stuttgarter Zentralbüro zu stärken versuchte, wich Gerstenmaier nicht von seinem Konfrontationskurs ab.[75] Er beharrte darauf, daß ein zentralistisches Vorgehen die Effizienz der karitativen Arbeit des Wiederaufbauwerkes erhöhe. Gerstenmaier führte ferner ins Feld, nur eine ständige Über-

---

[72] Als Beispiel sei hier auf eine Aufstellung des Stuttgarter Zentralbüros vom 15. Januar 1946 verwiesen. Von den der Zentrale zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Mitteln von insgesamt rund 1727 000 RM, die von den EKiD-Landeskirchen im Inland zusammengetragen worden waren, stammten fast 31% aus Württemberg. Der württembergische Hilfswerkszweig führte damit nach Bayern den zweithöchsten Betrag an das Zentralbüro ab. ADW, ZB 8.

[73] Zur Auseinandersetzung des württembergischen Hilfswerks mit Eugen Gerstenmaier siehe: D. Merz, Auferweckung der Kirche, 2000, S. 110–111.

[74] In einem Briefentwurf an den Stuttgarter Oberkirchenrat vom 6. März 1947 schrieb Eugen Gerstenmaier im Hinblick auf die Unterredung vom 28. Dezember 1946: »Ich lehne es ab, mich in der insbesondere von Herrn Oberkirchenrat Schauffler eingeschlagenen Weise vernehmen zu lassen und bestreite dem württembergischen Oberkirchenrat das Recht, ohne zureichenden Grund mich gewissermassen in Anklagezustand zu versetzen.« Zitiert nach: Ebd., S. 111, Anm. 529.

[75] In einem Brief an Hans Asmussen vom 10. Februar 1947 präzisierte Gerstenmaier dagegen seinen in Stuttgart vorgetragenen Standpunkt sogar noch. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

wachung und ein hartes Durchgreifen gewährleiste, daß sich das Hilfswerk das »Vertrauen bewahren [könne, D. G.], das es seitens der ausländischen Spender und der inländischen Empfänger« benötige.[76]

Zu einer Beilegung der Auseinandersetzung in dieser Frage kam es erst, nachdem sich der Wiederaufbauausschuß des Rates Mitte Juni 1948 in Speyer auf eine den Aufgaben- und Kompetenzbereich des Hilfswerks regelnde Satzung geeinigt hatte.[77] Die verabschiedete Ordnung kann nur in Ansätzen als nachträgliche Bestätigung für den von Eugen Gerstenmaier seit Ende 1946 vertretenen Standpunkt gewertet werden. Zwar wurde die Weisungsbefugnis des dem EKiD-Rat angegliederten Wiederaufbauausschusses gegenüber der Stuttgarter Zentrale bestätigt[78] und das Ansinnen der landeskirchlichen Hilfswerke zurückgewiesen, verstärkt Einfluß auf Gerstenmaiers Leitungstätigkeit nehmen zu wollen. Hingegen vermochten die regionalen Hilfswerkseinrichtungen es für sich als Erfolg zu verbuchen, daß sie künftig ihre Aufgaben weitgehend eigenständig[79] und nur unter Aufsicht der jeweiligen Landeskirchenführung verrichten konnten. Der Stuttgarter Zentrale war damit die Möglichkeit entzogen worden, ihre Intentionen per Dekret durchzusetzen; dem von Gerstenmaier befürworteten Zentralismus[80] war damit Einhalt geboten worden.[81]

---

[76] Schreiben des Mitarbeiters des Zentralbüros, Wolf von Gersdorff, an die Hauptbüros, Hilfskomitees und die Kirchenkanzlei vom 15. März 1947. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch Württemberg 1945–1949, Box 942.

[77] Ordnung des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland, verabschiedet am 15./16. Juni 1948 in Speyer.

[78] Die am 15./16. Juni 1948 in Speyer verabschiedete Satzung gestand allerdings Gerstenmaier gemäß § 9, 2 das Recht zu, in Fällen von besonderer Dringlichkeit »einstweilige Maßnahmen« auch ohne vorherige Rücksprache mit dem Wiederaufbauausschuß zu veranlassen.

[79] Dem Leiter des Zentralbüros war es jedoch gemäß § 17 möglich, gegen Maßnahmen der landeskirchlichen Hilfswerke Einspruch zu erheben, falls diese die Arbeit des deutschen Hilfswerks gefährdeten oder beeinträchtigten.

[80] Die Tendenz der EKiD, Kompetenzen des Zentralbüros zu beschneiden, setzte sich in den folgenden Jahren kontinuierlich durch die Ausgliederung von Initiativorganen und der Stärkung der landeskirchlichen Autonomie fort. Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt mit der Entscheidung des Synodalausschusses Anfang 1951, die Veredelungswirtschaft GmbH, die Siedlungsgesellschaft und die Sozialwerke, die Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH, die Matthias-Film GmbH sowie die Evangelische Verlagswerk GmbH auszugliedern. Gerstenmaier kommentierte die Bestrebungen des Synodalausschusses am 9. Januar 1951 mit den Worten: »Im Blick auf die unserer Gesamtkirche heute und morgen nach wie vor gestellten diakonischen und sozialen Aufgaben vermag ich die innere Berechtigung zu einem Vorgehen, wie es die Entwürfe empfehlen, nicht anzuerkennen. Während gerade in diesen Monaten andere Werke und Institutionen [...] ihre Gliederungen und Kräfte energisch zusammenfassen, um mindestens auf Bundesebene als möglichst starke Partner wirksam zu werden, scheint es in den vorliegenden Entwürfen darauf anzukommen, gerade das Organ, das seinen Aufgaben nach auf Einheit und wirkungsvolle Zusammenarbeit angewiesen ist, weiter zu parzellieren und inaktiv zu machen.« Schreiben Eugen Gerstenmaiers an die EKiD-Ratsmitglieder, den Synodalausschuß sowie die Landeskirchenleitungen vom 29. Januar 1951. EZA, 7/4198.

[81] Eugen Gerstenmaier beurteilte diese Entwicklung als Lähmung und er beklagte sich in einem Schreiben an den Münchener Bischof Meiser vom 20. Dezember 1951, daß seit »Jahren, seitdem man die Leitung des Hilfswerks zu lähmen versuchte [...] kein Schritt vorwärts geschieht, wohl aber

4. Expansion der Hilfswerksarbeit

Eugen Gerstenmaier hatte sich in dieser Phase aber bereits neue Ziele gesetzt. Die in der unmittelbaren Nachkriegszeit vordringliche Versorgung der Bevölkerung mit den zum Überleben nötigen Gütern war mit dem Fortschreiten des Aufbaus langsam in den Hintergrund der Hilfswerksbemühungen gerückt.[1] Von großer Wichtigkeit war es nun, das Millionenheer der nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge, Vertriebenen und Entwurzelten in die Gesellschaft zu integrieren, ihnen eine Perspektive zu geben[2] und sie mit Wohnungen sowie Arbeitsplätzen zu versorgen.[3] Diese Tätigkeit stützte sich primär auf internationale Spenden und betonte ebenfalls den Gedanke der Selbsthilfe.[4] Gerstenmaier war es wichtig, durch den gewährten finanziellen und materiellen Beistand Voraussetzungen für eine ökonomische Gesundung des Landes zu schaffen, die in einer allmählichen Anhebung des Lebensstandards sowie in letzter Konsequenz in der Unabhängigkeit von externer Hilfe resultieren sollte. Sein karitativer Einsatz war deshalb schon 1947 durchaus nicht losgelöst von politischen Intentionen. In den Ausführungen des Konsistorialrats zur Heimatlosen- und Vertriebenenhilfe klang ferner bereits seine Forderung nach einem Lastenausgleich für diese Bevölkerungsgruppen an.[5] Er erachtete ein staatliches Eingreifen für notwendig, um den von den Kriegsfolgen besonders hart ge-

---

viele Schritte zurück. Der Eifer der Leute um das Hilfswerk, die ich immer nur als grosse Bremser kennenlernte, macht mich doch sehr stutzig.« ACDP, I-210–035/2.

[1] Trotz der schlechten Wirtschaftslage, der hohen Arbeitslosigkeit sowie der schlechten Nahrungsmittelversorgung sprachen die Hauptgeschäftsführer und leitenden Referenten des Hilfswerks anläßlich ihrer Tagung in Schloß Assenheim am 22./23. Oktober 1946 von einer »Normalisierung des Lebens«. EZA, 2/178.

[2] Wie stark die Moral der Bevölkerung aufgrund der schlechten Lebensumstände und der Aussichtslosigkeit ihrer Lage gesunken war, belegt ein Bericht von James Pollock, dem Sonderberater General Clays und Leiter der US-Militärregierung in Württemberg-Baden vom Februar 1947: »It is very clear that German morale is at a very low ebb, and this is not due merely to the unusually severe winter but also to the German uncertainty about the future. The Germans feel extremely pessimistic and quite desperate. Unless a boost of some kind can be given to them in the form of some definite plans for improving the general situation in the country, I would not want to predict what might happen.« Bericht Pollocks an General Clay vom 26. Februar 1947. Abgedruckt in: J. K. Pollock, Besatzung und Staatsaufbau nach 1945, 1994, S. 359 (Dokument VI).

[3] Im Mai 1949 suchte Eugen Gerstenmaier bei der amerikanischen Militärbehörde um finanzielle Unterstützung für sein Konzept einer Zentrale für Flüchtlingsarbeit nach, um die dringlichen Aufgaben auf diesem Sektor bewältigen zu können. »Die materiellen Mittel«, so Gerstenmaier in einem Schreiben an den Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten, Karl Arndt, am 2. Mai 1949, »die dem Hilfswerk gegen das Flüchtlingselend zur Verfügung standen, haben immer nur ausgereicht, um härteste Nöte zum Teil zu lindern. Jetzt handelt es sich darum, ob Millionen von Menschen, die zum grossen Teil den evangelischen Kirchen des Ostens angehört haben, überwältigt von beispiellosem Elend, verbittert sich auch von den Kirchen abwenden, an die sich bis jetzt noch Hunderttausende klammern als ihren letzten Halt.« NARA, RG 260, Religious Affairs Branch in Württemberg-Baden 1945–49, Box 942.

[4] Zur Bedeutung der ökumenischen Hilfe für die Flüchtlinge und der Entfaltung des Selbsthilfegedankens vgl. H. Rudolph, Evangelische Kirche und Vertriebene, 1984, bes. S. 44–136.

[5] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 248–249.

troffenen Menschen einen neuen Start zu ermöglichen und damit deren zügige Integration in die Gesellschaft zu bewerkstelligen. Eugen Gerstenmaiers Überzeugung wurde innerhalb der evangelischen Kirche durchaus geteilt, wie eine Verlautbarung des Wiederaufbauausschusses zur Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen in Deutschland vom Oktober 1947 belegt.[6]

Nicht immer jedoch wurden Gerstenmaiers Hinweise auf eine bestehende Verflechtung von kirchlicher Arbeit und Politik innerhalb der EKiD ohne Widerspruch aufgenommen. Besonders die von Eugen Gerstenmaier öffentlich aufgestellte Behauptung, daß die Entstehungsgeschichte des Hilfswerks mit der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus eng verknüpft sei, erregte Widerspruch.[7] Der Wunsch nach einer strikten Trennung aller politischen Belange von den karitativen Anliegen einer kirchlichen Hilfsorganisation wurde sogar im Rat der Evangelischen Kirche diskutiert, nachdem die Äußerungen Gerstenmaiers von Angehörigen der westfälischen Landeskirche sogar zum Anlaß genommen worden waren, im Frühjahr 1947 dessen Rücktritt zu fordern. Bischof Wurm gelang es allerdings, vermittelnd einzugreifen und den Konflikt zu entschärfen.[8]

In seinem Streben, die Arbeit des Hilfswerks aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen, leitete der Kirchheimer trotz des Widerstandes dennoch eine Neuorientierung des Verhältnisses der karitativen Fürsorge zum politischen Wirken ein. »Heute«, so erklärte er auf in einer Hilfswerkskundgebung in Bielefeld im November 1947, »müssen die christlichen Kirchen Deutschlands im Dienst der Hilfe zu Massnahmen greifen, die weit über das hinausgehen, was in der traditionellen caritativen Arbeit der christlichen Kirchen herangebildet worden ist. [...] Wir meinen zwar nicht, dass die Kirchen den Schritt in die weithin belanglose politische Auseinandersetzung des Tages tun dürften, aber wir sind der Meinung, dass sich die Kirchen auch auf keinen Fall mehr darauf beschränken dürfen, allgemeine Verlautbarungen zu treffen, sittliche Forderungen aufzustellen und evtl. auch mehr oder weniger vage soziale Programme zu verkündigen. Wir sind vielmehr der Meinung, dass die Kirchen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vorangehen und helfen müssen bei der Verwirklichung brauchbarer, wenn vielleicht auch nicht idealer,

---

[6] Erklärung des Wiederaufbauausschusses, beschlossen auf seiner 6. Tagung in Eisenach am 21. Oktober 1947. Hierin heißt es unter anderem: »Längst ist deutlich geworden, dass es sich hier nicht nur um ein soziales Problem handelt, das der Staat unter Einsatz aller seiner Kräfte lösen könnte. Hier geht es um eine tiefere Erschütterung. Es geht um den Menschen selbst, um einen neuen Anfang oder um den Untergang. Es kann nicht so bleiben, dass die einen die Besitzenden sind und die anderen Enterbten. Es darf nicht so bleiben, dass die schwerste Last des Krieges nur von einem Teil des Volkes getragen wird.« EZA, 603/ B 19.

[7] Schon in seiner Rede »Hilfe für Deutschland« vom 1. Januar 1946 war Gerstenmaier in Kirchheim auf die Verbindung zwischen dem 20. Juli und der Idee eines Hilfswerkes eingegangen. Er hatte ausgeführt, daß die Vorgeschichte des Hilfswerks »tief verbunden [sei, D. G.] mit der Geschichte Deutschlands in den letzten Jahren, ja sie ist schließlich ein Teil der Geschichte jenes geheimen Deutschlands geworden, das man die deutsche Widerstandsbewegung genannt hat.« Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Eugen Gerstenmaier, 1956, S. 55.

[8] Bericht über die Ratssitzung vom 27. März 1947. EZA, 2/178.

aber redlicher Lebensmöglichkeiten.«[9] Aus dieser Erkenntnis zog Eugen Gerstenmaier Konsequenzen und strebte eine Ausweitung der Aufgaben des Hilfswerks in den sozialpolitischen Sektor an. Die Linderung der ärgsten Not war nicht mehr ausschließlich die Stoßrichtung des Zentralbüros: Durch das Ausgreifen der Hilfsorganisation auf die Bereiche Wohnraum- und Arbeitsplatzbeschaffung wurde eine Ausweitung des karitativen Charakters des Hilfswerks angestrebt. Das erweiterte Aufgabengebiet zog eine Expansion des Organisationsapparats der Stuttgarter Zentrale nach sich, die durch die Angliederung einer Siedlungsgesellschaft, eines Wirtschaftsbetriebs sowie eines evangelischen Verlagswerks vollzogen wurde.[10]

Bereits 1946 hatte das Zentralbüro damit begonnen, über die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Gütern des täglichen Bedarfs und Medikamenten hinaus, neue Konzepte zu entwickeln. Der scheinbar endlose Strom an Vertriebenen und Flüchtlingen, der sich seit Kriegsende in das zerstörte Land ergoß, machte die Schaffung von Wohnraum zu einer vordringlichen Aufgabe. Ende Januar 1947 mündeten die innerhalb des Zentralbüros und der EKiD diskutierten Lösungsansätze und Intentionen in der Gründung der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft. Die Schaffung des hilfswerkseigenen Siedlungswerks ging auf eine Idee des als Justitiar und Finanzchef fungierenden Wolf von Gersdorff zurück. Ziel war es, in eigener Trägerschaft rasch neue Siedlungen in Einfachbauweise zu errichten, um die Aufenthaltsdauer der Flüchtlinge in Sammellagern oder Übergangsheimen zu verkürzen. Gerstenmaier zeigte sich von der Idee zunächst nicht »entzückt«[11], er stimmte aber schließlich zu, ein Pilotprojekt auf einem ehemaligen Wehrmachtsareal des ostwestfälischen Städtchens Bünde durchzuführen. Ein Grund für seinen Meinungsumschwung mag wohl die Tatsache gewesen sein, daß der Theologe hoffte, mit diesem Unterfangen ein Ineinandergehen von Wohnraumbeschaffung und Arbeitsplatzbereitstellung demonstrieren zu können. In Kooperation mit der britischen Militärbehörde und deutschen Politikern vor Ort sowie der tatkräftigen Unterstützung des schwedischen Botschaftspfarrers Birger Forell, gelang es schließlich, das Projekt erfolgreich abzuschließen.[12] Die so geschaffene Flüchtlingssiedlung Espelkamp bot mehr als 200

[9] Vortrag Gerstenmaiers auf einer Kundgebung des Hilfswerks in Bielefeld am 11. November 1947. ACDP, I-210–063/1.

[10] Wie weit verzweigt das Hilfswerk die Spendengelder streute und welche Wirtschaftsbetriebe unterhalten wurden, geht aus dem Protokoll der Ratssitzung vom 24./25. Januar 1952 hervor. Die hilfswerkseigenen Unternehmen wurden hierin wie folgt aufgelistet: 1) Sozialwerk GmbH Berlin; 2) Matthias-Film GmbH, Frankfurt/Main; 3) Gemeinnützige Studiengesellschaft für Siedlungen im Ausland mbH in Frankfurt/Main; 4) Aufbaugemeinschaft Espelkamp; 5) Gemeinnützige GmbH Industriesiedlung Boostedt, Schleswig-Holstein; 6) Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der EKD, 7) Stuttgart Maschinensetzerei GmbH; 8) Evangelisches Verlagswerk; 9) Veredelungswirtschaft GmbH. ADW, ZB 222.

[11] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 257. Allerdings erläuterte Gerstenmaier mit keinem Wort, warum er dem Plan von Gersdorffs zunächst ablehnend gegenüberstand.

[12] Wohl nicht zuletzt auf Intervention Forells wurde das Projekt stark von schwedischer Seite gefördert. In einem internen Bericht der US Customs Group der Bizone vom 16. August 1949 wurde die Unterstützung schwedischer Kirchen für Espelkamp auf 100 000 Dollar beziffert. NARA, RG 260, The Joint Export-Import Agency (JEIA) 1947–1950, Box 973.

Familien eine neue Heimat und schuf Ansiedlungsmöglichkeiten für 70 Betriebe aus Handwerk und Industrie.[13] Mit der Verknüpfung von sozialem Wohnungsbau und dem Ausbau gewerblich genutzter Gebiete war vom Stuttgarter Zentralbüro ein zukunftsweisendes Modell entwickelt worden, das von den landeskirchlichen Hilfswerken aufgegriffen wurde. Zum Jahresende 1951 waren bereits zehn Siedlungsdienste[14] gegründet worden, die als kirchliche Instanzen zur Lenkung des von der EKiD geförderten Wohnungsbaus dienten.[15]

Neue Wege ging Gerstenmaier auch im Hinblick auf die Verwendung der aus dem Ausland eingehenden Spenden. Im Sinne des stets von ihm betonten Gedankens der Selbsthilfe begann die Stuttgarter Zentrale nach Möglichkeiten zu suchen, diese Unterstützung einer noch nutzbringenderen Verwendung zuzuführen.[16] Ein Weg, den Wert monetärer Zuwendungen zu erhöhen, lag darin, nach Deutschland Rohstoffe einzuführen und vor Ort weiterzuverarbeiten. Schon im Mai 1946 wurde der Plan präsentiert, eine Geldspende der lutherischen Missouri-Synode[17] nicht zum Import fertiger Bibeln zu verwenden, sondern den zur Verfügung stehenden Betrag stattdessen zur Anschaffung von Zellulose und anderer Rohstoffe zu verwenden, um damit die Bibelfertigung in Eigenregie durchzuführen.[18] Mit dieser Idee schlug die Geburtsstunde der Wirtschaftsabteilung des Hilfswerks, der die Veredelung von Waren oblag. Dieser Ansatz hatte nicht nur den Vorzug, daß den ausländischen Wohltätern der deutsche Wille zur Selbsthilfe vor Augen geführt wurde. Neben der Devisenersparnis konnte im Vergleich zum Import von Endprodukten

---

[13] Laut Bericht des Evangelischen Siedlungswerkes in Deutschland für 1950/51 lebten dort 236 Familien. EZA, 2/4685.

[14] Siedlungsdienste existierten zu dieser Zeit im Rheinland, in Westfalen, Baden, der Pfalz, in Bayern, Hamburg, Hannover, Oldenburg, Schleswig-Holstein und in Württemberg. Bericht des Evangelischen Siedlungswerkes in Deutschland e. V. für 1950/51. EZA, 2/4685.

[15] Aus dem Bericht des Evangelischen Siedlungswerks in Deutschland e. V. für den Zeitraum 1960/61 geht hervor, wie erfolgreich sich die kirchliche Wohnungsbauinitiative entwickelte. Bis 1961 waren insgesamt 52 872 Wohnungen errichtet worden. EZA, 2/4686.

[16] In seinem Vortrag am 11. November 1947 verdeutlichte Eugen Gerstenmaier seine Ansichten zur Selbsthilfe. Im Einzelnen erklärte er: »Das Hilfswerk hat sich von Anbeginn darum bemüht, seine Hilfe möglichst so zu bringen, dass sie Hilfe zur Selbsthilfe ist. Dass aus Objekten fremder Fürsorge möglichst schnell Subjekte eigenen Handelns werden, ist ein im Bereich des Hilfswerks immer wieder verkündigter und hoffentlich auch befolgter Grundsatz. Wir halten nichts davon, Tausende von Menschen in einer solchen sozialen Unsicherheit und Abhängigkeit von Almosen zu lassen, dass sie Initiative, Wagemut und Arbeitskraft verlieren. Wir halten es vielmehr für unerlässlich, alles zu tun, um Menschen zum Erwerb ihres eigenen Brotes und zur Schaffung einer eigenen Heimat unter Aufbietung ihrer eigenen Kraft zu bringen.« Kundgebung des Hilfswerks in Bielefeld am 11. November 1947. ACDP, I-210–063/1.

[17] Die in der Missouri-Synode zusammengeschlossenen Kirchengemeinden waren im Unterschied zu den lutherischen Kirchen Nordamerikas nicht beim Ökumenischen Rat in Genf vertreten. Spenden der Missouri-Synode kamen deshalb nicht über die Genfer Zentrale, sondern direkt zur ökumenischen Bewegung nach Deutschland.

[18] Aufgrund der Spende in Höhe von einhunderttausend Dollar war die Anfertigung von 50 000 Bibeln und 400 000 Neuen Testamenten möglich geworden. Die Bücherproduktion für das Hilfswerk wurde von der Württembergischen Bibelanstalt übernommen. Schreiben des Zentralbüros an die Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks und an die Kirchenkanzlei vom 8. April 1947. EZA, 2/178.

eine ungleich größere Menge an Grundstoffen und Halbfertigprodukten erworben werden, deren Verarbeitung in Deutschland zudem Arbeitsplätze schuf. Ferner ermöglichte diese Vorgehensweise dem Hilfswerk, finanzielle Mittel zu erwirtschaften, die zur »Behebung von besonders schwierigen, aber im Ausland unbekannten Engpässen«[19] verwendet werden konnten. Die im Lohnauftrag weiterverarbeiteten Produkte wurden zwar partiell unentgeltlich im Rahmen der kirchlichen Hilfsaktionen weitergegeben, sie wurden aber auch veräußert. Die hierdurch erzielten Gewinne des Wirtschaftsbetriebes stellten einen beachtlichen Posten im Hilfswerksetat dar, der zur Finanzierung anstehender Hilfswerksprogramme herangezogen wurde. Allerdings bedurfte dieser Hilfswerkszweig ständiger finanzieller Zuwendungen, um den Produktionsfluß zu garantieren.[20] Die Höhe der für das Veredelungsprogramm eingestellten Gelder des Zentralbüros lag 1948 im zweistelligen Millionenbereich, und die Abteilung war »in voller Fahrt«[21].

Paradoxerweise geriet der Wirtschaftsbetrieb aufgrund seiner erfolgreichen Arbeit und der damit verbundenen Expansion in die Kritik. Anlaß für die innerkirchliche Kontroverse war die im Juni 1948 vollzogene Währungsreform, die das Hilfswerk in große wirtschaftliche Schwierigkeiten stürzte.[22] Aufgrund der Bindungen, die das Zentralbüro mit den produzierenden Betrieben eingegangen war, mußten auch nach Einführung der DM mit einem drastisch reduzierten Etat[23] hohe Fix-

[19] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 253.

[20] Als Kostenfaktoren erwiesen sich hierbei neben den Aufwendungen für die Fertigung, die Abnahmeverpflichtungen, die das Hilfswerk mit den Produzenten eingegangen war. In welchen Dimensionen das Werk agierte, wird bei der Betrachtung der Rohstoffbeschaffung für die Veredelungswirtschaft deutlich: Bis zum Sommer 1948 war der dafür eingestellte Betrag innerhalb eines Jahres von zwei Millionen auf 16 Millionen Reichsmark angestiegen. Zahlen nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 148.

[21] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 253. Aus einem Bericht Gerstenmaiers zum dreijährigen Bestehen des Hilfswerks wird die Bedeutung, die den Wirtschaftsbetrieben innerhalb des Hilfswerks zukam, deutlich. Der Etat des Hilfswerks für das Jahr 1948 wurde auf insgesamt 23 Millionen Reichsmark veranschlagt, davon entfielen allein 16 Millionen auf die Verarbeitung von Rohprodukten. Im ersten Halbjahr 1948 waren aus dem Ausland 9261 Tonnen an Rohstoffen im Gegenwert von 1656550 Dollar gespendet worden. Der Devisenwert der vor allem zu Kleidungsstükken unterschiedlichster Art und Schuhen verarbeiteten Waren betrug 6936000 Dollar. Durch die Verarbeitung im eigenen Land hatte das Hilfswerk nach eigenen Angaben Devisen in Höhe von rund 5,3 Millionen Dollar eingespart und damit ferner einen Betrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet. »Hilfe in der Not – nicht Rettung aus der Not«, abgedruckt in: Christ und Welt vom 27. Juni 1948.

[22] Die Not der deutschen Wohlfahrtsverbände wurde auch von den Amerikanern gesehen. Der mit den religiösen Angelegenheiten befaßte württembergische Zweig der Militärbehörde meldete am 6. August 1948 an General Lucius D. Clay: »After such vast acts of pauperization and uprooting of the society as evacuation, outbombing, expulsion in the East, paralyzation of the German economy, it could not be kept from the eyes of the Free Welfare associations that three years after the end of hostilities the de-valuation of the currency now threatened to become a new act of proletarization.« NARA, RG 260, Religious Affairs Branch in Württemberg-Baden 1945–1949, Box 942.

[23] In einem Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Leiter der Abteilung für kirchliche Angelegenheiten der amerikanischen Militärregierung in Württemberg-Baden, Karl Arndt, vom 20. August 1948 verwies er auf den im Zuge der Währungsreform auf 5% des Vorjahres zusammengeschrumpften Etat des Hilfswerks. Ebd.

kosten beglichen werden. Ferner war die Kaufkraft der Bevölkerung massiv gesunken und damit der potentielle Markt für die verarbeiteten Güter geschrumpft.

Zur Überbrückung des finanziellen Engpasses lehnte Gerstenmaier den Einsatz ausländischer Spenden jedoch ab.[24] Stattdessen versuchte er, das Finanzloch mit Mitteln aus dem Inland zu stopfen. Konkret bat Gerstenmaier um Unterstützung durch die freie Wohlfahrtspflege der Länder[25] sowie um erhöhte Abgaben der landeskirchlichen Hilfswerke. Die so in die Pflicht genommenen landeskirchlichen Hauptbüros fühlten sich durch die zusätzliche finanzielle Belastung indes überfordert. Ohnehin trugen die regionalen Hilfswerke durch ihre regelmäßig abgeführten Beiträge, die sich zwischen zwei Dritteln und einem Viertel ihres Spendenaufkommens bewegten[26], maßgeblich zum Erhalt des Stuttgarter Zentralapparates bei. Die Hauptbüros waren deshalb nicht bereit, dem Ersuchen Gerstenmaiers nachzukommen, denn die Opferbereitschaft der Gläubigen war erschöpft[27] und eine Erhöhung der Umlage hätte den Umfang der eigenen Hilfsarbeit beschnitten.[28] Der Ruf nach einer Beendigung des Veredelungsprogrammes bzw. seiner Umwandlung in einen von der Kirche getrennt agierenden Betrieb wurde deshalb immer lauter. Hinzu kam, daß es bereits zuvor Stimmen gegeben hatte, die vor einer zu starken Verquickung von karitativer Arbeit und wirtschaftlichem Engagement gewarnt hatten. Schon im Frühjahr 1947 waren Gerüchte kursiert, denen zufolge das Hilfswerk sich in spekulative Geschäfte verstrickt und »monopolitische Bestrebungen«[29] verfolgt habe. Die-

---

[24] Eine Verwendung von ausländischen Spenden zur Kompensation versuchte Gerstenmaier aus »grundsätzlichen und wirtschaftlichen Gründen im Interesse des Gesamtwerks wie der Hauptbüros wenn irgend möglich« zu vermeiden. Eine Erklärung für seine Haltung lieferte er indes nicht. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an die Bevollmächtigten und Hauptgeschäftsführer des Hilfswerks vom 2. Juli 1948. EZA, 2/181. Deutlich wurde aber, daß Eugen Gerstenmaier die Währungsreform durchaus als notwendig betrachtete. Er sah sie sogar als Anfang für eine Neuordnung der Besitzverhältnisse an, die nach den Grundsätzen wahrer Gerechtigkeit durchgeführt werden müsse. Erklärung Eugen Gerstenmaiers zur Währungsreform, abgedruckt in: Christ und Welt vom 27. Juni 1948.

[25] Die Länderfinanzminister wiesen den karitativen Verbänden pro Kopf der Bevölkerung 1 DM zu, um die aus der Währungsumstellung entstandenen finanziellen Probleme zu mildern.

[26] Vgl. M. Skorvan, Hilfswerk der Evangelischen Kirche, 1995, S. 116 und J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 228.

[27] Beispielsweise wurde am 25. Oktober 1949 aus dem Dekanat Wiesbaden-Wallau folgende Klage an Dekanatsobmann Metz vorgetragen: »In einem Zeitraum von 4 Wochen sind hier durchgeführt worden: Haussammlung für die Innere Mission; Erntedankopfersammlung für Hilfswerk und Mutterhaus Paulinenstift; in der gleichen Woche kam dann auch noch die Aktion: Rettet Berlin! hinzu; nun soll schon wieder der Diakoniegroschen erhoben werden. Es kommt ja fast so weit, dass der Pfarrer und die Organisationen [...] zu den bestgehaßten Leuten in der Gemeinde werden.« Zitiert nach: M. Skorvan, Hilfswerk der Evangelischen Kirche, 1995, S. 117.

[28] Die protestantischen Gläubigen wurden an allen hohen kirchlichen Feiertagen um eine Spende zugunsten der Hilfswerksarbeit gebeten. Einnahmen wurden so beispielsweise durch das Advents- und Pfingstopfer erzielt, hinzu kamen Spenden aus der Kollekte »Pfennighilfe«. Interne Hilfswerksaufstellung des Etats aus dem Jahr 1949. ADW, ZB 13.

[29] Diese Gerüchte waren Eugen Gerstenmaier im Rahmen der Ratstagung im Januar 1947 zu Ohren gekommen. Das Hilfswerk versuchte, die Vorwürfe mit Rundschreiben zu entkräften. So wandte sich Wolf von Gersdorff im Auftrag Gerstenmaiers in einem Schreiben vom 8. April 1947 an die Hauptbüros sowie die Kirchenkanzlei und führte unter anderem aus: »Auf caritativem Gebiet müssen unter

sen Vorwürfen trat die Hilfswerksführung zwar entgegen, doch erwies sich der Widerstand aus den Landeskirchen gegen die Wirtschaftsbetriebe letztlich als zu groß. In der Auseinandersetzung mit den Landeskirchen lenkte Gerstenmaier schließlich ein.[30] Mit der am 8. April 1949 vom Verwaltungsrat getroffenen Entscheidung der formalen Abkoppelung des Veredelungsprogrammes hatten es die Hauptbüros erreicht, mit ihren Umlagen künftig nicht mehr zur Finanzierung der Verarbeitungsbetriebe beitragen zu müssen. Die Wirtschaftsabteilung firmierte ab 1. Juni 1949 unter dem Namen Veredelungswirtschaft GmbH (VERWI), die von den Geschäftsführern Gerstenmaier und von Gersdorff geleitetet wurde. Wie die personelle Kontinuität in der Geschäftsleitung sowie die ausschließliche Tätigkeit im Auftrag des Zentralbüros verdeutlichten, hatten sich für VERWI nach der Ausgliederung keine Änderungen ergeben.[31] Die Kontroverse um die Wirtschaftsbetriebe war damit zwar offiziell beigelegt worden, doch verdeutlichten beispielsweise die innerkirchlichen Reaktionen auf die vom württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier 1951 gegen Eugen Gerstenmaier vorgebrachten Beschuldigungen[32], daß das Mißtrauen gegenüber der Arbeit des Hilfswerks und seines Leiters auch in der Folgezeit noch tief saß.[33]

Weniger wirtschaftliche als vielmehr politische Überlegungen standen hinter der Gründung eines weiteren Standbeines des Hilfswerks, das auf den ersten Blick nichts mit dessen karitativer Arbeit zu tun zu haben schien. Eugen Gerstenmaier erklärte hingegen, daß die Initialzündung zur Schaffung eines Verlages und damit einhergehend einer Zeitungsgründung im Verlauf der Kriegsgefangenen- und Internierten betreuung erfolgt sei. Gemeinsam mit seinem Vertrauten Klaus Mehnert hatte Gerstenmaier damit dem von den Internierten geäußerten Wunsch nach Lesestoff nachzukommen versucht.[34] Aber diese Erklärung allein greift bei der Betrachtung

---

den gegenwärtigen Verhältnissen neue Wege beschritten werden. Es genügt die grundsätzliche Feststellung, dass sich das Hilfswerk auch auf diesem Gebiet auf keinerlei Risiken einlässt; es verfolgt lediglich das Ziel, die knappen Devisenbestände ausländischer Spender zum Einkauf billiger Rohstoffe zu verwenden, um den Veredelungsprozess in Deutschland durchzuführen und so Waren- und Arbeitsbeschaffung miteinander zu verbinden. Aus derartigen Geschäften erwachsen naturgemäss keine das Hilfswerk gefährdenden Verpflichtungen.« EZA, 2/178.

[30] In einem Brief an den Münchener Bischof Meiser vom 2. Dezember 1951 fand Eugen Gerstenmaier zu dieser Entscheidung deutliche Worte, indem er die Ausgliederung des Wirtschaftsbetriebs als eine ihm und seinen Mitarbeitern »aufgezwungene« Entscheidung bezeichnete. ACDP, I-210–035/2.

[31] 1951 traf die evangelische Kirche Vorbereitungen zur Eingliederung der VERWI unter das Dach einer Sozialpolitischen Gesellschaft. Gerstenmaier hatte einer Privatisierung des Betriebs stets ablehnend gegenübergestanden. Die Schaffung der Sozialpolitischen Gesellschaft bezeichnete er als Rettungsboot für die »von Bord des HW [Hilfswerks, D. G.] verbannte Initiative«. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Bischof Meiser vom 2. Dezember 1951. ACDP, I-210–035/2.

[32] Vgl. dazu ausführlich sechstes Kapitel, 5.

[33] Wie groß die Differenzen innerhalb der Evangelischen Kirche bis zu Gerstenmaiers Rückzug aus dem Hilfswerk 1951 waren, verdeutlicht ein Schreiben an Bischof Dibelius vom 8. September 1951. Klage führte der Kirchheimer in besondere Weise über den Hilfswerksbevollmächtigten Volkmar Herntrich, dem er eine »geradezu hasserfüllte Gesinnung gegen das Zentralbüro« vorwarf. ACDP, I-210–035/1.

[34] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 280.

der Beweggründe, die zur Errichtung eines evangelischen Verlages und der Herausgabe der Wochenschrift »Christ und Welt« führten, zu kurz. Der wichtigste Grund, der vor allem die Kirchenkanzlei zur Unterstützung dieser Pläne bewegte, war der Wunsch nach Überwindung der Zersplitterung des evangelischen Pressewesens durch Errichtung eines Großverlags, um so die Anliegen der EKiD besser in der Öffentlichkeit vertreten zu können.[35] Zudem war der Informationswunsch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus groß und die Gründung eines hilfswerkseigenen Verlags versprach die Chance der verstärkten kirchlichen Einflußnahme auf die öffentliche Meinungsbildung.[36] Eine Bündelung der evangelischen Publizistik war vor dem Hintergrund der knappen Ressourcen zwei Jahre nach Kriegsende durchaus angeraten. Dabei waren die Engpässe nicht nur finanzieller Natur. Auch die Lizenzpflicht sowie die Papierknappheit ließen eine Konzentration des evangelischen Verlagswesens notwendig erscheinen.

Um zentralistische Tendenzen und bürokratische Hemmnisse im Ansatz zu unterbinden, hatten sich Vertreter der evangelischen Verlage »Der Sonntag« und »Die Stimme« sowie der Kirchenkanzlei mit Gerstenmaier darauf verständigt, auf die ursprünglich vom Hilfswerk vorgetragene Idee eines eigenständigen Verlagsunternehmens zugunsten einer gemeinsam getragenen Dachgesellschaft, dem Evangelischen Verlagswerk, zu verzichten.[37] In dem am 16. September 1947 unterzeichneten Gesellschaftsvertrag wurde festgelegt, daß innerhalb des Verlagswerks eine enge Zusammenarbeit zwischen Hilfswerk und der EKiD sicherzustellen sei. Um diesem Willen Ausdruck zu verleihen, wurde das Betriebskapital in Höhe von 300 000 Reichsmark von insgesamt vier Personen eingebracht, die aufgrund ihrer Eigenschaft als Treuhänder anerkannter kirchlicher Institutionen für Seriosität garantierten; für das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland trat Eugen Gerstenmaier als Gesellschafter auf.[38] Landesbischof Lilje wurde zum Verwaltungsratsvorsitzen-

[35] In der Gründungsversammlung des Evangelischen Verlagswerks vom 23. August 1947 (Beschluß Nr. 1) wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß dies in der Präambel des Gesellschaftervertrages als gemeinsames Ziel verankert werden sollte. EZA, 2/660.

[36] Eugen Gerstenmaier setzte den Ökumenischen Weltrat in einem Schreiben vom 17. September 1947 von der Gründung des Verlagswerks in Kenntnis und erläuterte dessen Ziele folgendermaßen: »Bei seinen Publikationen wird sich das Verlagswerk im wesentlichen darauf beschränken, vordringlichste Aufgaben zur Ermöglichung des Religionsunterrichts und der volksmissionarischen Tätigkeit der Kirche zu erfüllen.« EZA, 2/660. Ferner führte der Mitarbeiter der Kirchenkanzlei, Siegel, aus, die Pläne für die Gründung eines Verlagswerks seien aus der Erkenntnis heraus erarbeitet worden, daß »wir in der Kirche bezüglich unserer Presseveröffentlichungen völlig ins Hintertreffen geraten sind; sowohl im Verhältnis zur Tagespresse, als auch zu der katholischen Presse.« Schreiben Siegels an den Ratsvorsitzenden Theophil Wurm vom 17. Juni 1947. Ebd.

[37] Ergebnisprotokoll der Besprechungen zwischen Hilfswerk, Kirchenkanzlei sowie den Verlagen »Der Sonntag« und »Die Stimme« vom 31. Juli 1947 in Bad Boll bzw. vom 1. August 1947 in Stuttgart. EZA, 2/660.

[38] Der Leiter der Kirchenkanzlei Hans Asmussen, EKiD-Ratsmitglied Hanns Lilje sowie Pfarrer Eberhard Müller, die die Verlage »Der Sonntag« bzw. »Die Stimme« vertraten, übernahmen Geschäftsanteile in Höhe von je 60 000 Reichsmark. Eugen Gerstenmaier fungierte als Treuhänder für einen antizipierten weiteren Gesellschafter, der die sowjetische Besatzungszone repräsentieren sollte und brachte demzufolge 120 000 Reichsmark in das Verlagswerk ein. Ergebnisprotokoll der

den, Gerstenmaier zu seinem Stellvertreter bestimmt und die Geschäftsführung lag in den Händen von Paul Collmer. Allein aufgrund dieser Personalkonstellation vermochte das Hilfswerk auf die Arbeit des Verlagswerks Einfluß zu nehmen. Darüber hinaus brachte das Hilfswerk bei Verlagsgründung nicht nur die Einlage eines noch imaginären ostzonalen Gesellschafters[39] ein, sondern finanzierte ferner den von der Kirchenkanzlei einzubringenden Anteil in Form eines Kredites.[40] Schon aufgrund des monetären Kräfteverhältnisses beanspruchte das Stuttgarter Zentralbüro eine maßgebende Rolle bei der Verlagsführung.[41]

Die Lizenzierung des Verlagswerks durch die Alliierten konnte zügig erreicht werden. Gegen die in jeder Besatzungszone separat zu stellenden Lizenzanträge wurde kein Widerspruch erhoben. Die amerikanische Militärbehörde hatte bereits im August 1947 erklärt, einen evangelischen Verlag zuzulassen.[42] Unstimmigkeiten traten hingegen in der Folgezeit innerhalb des Gesellschafterkreises auf. Ein Schreiben des Geschäftsführers Paul Collmer belegt, daß schon Anfang 1948 Querelen innerhalb des Verlagswerkes an der Tagesordnung waren. Interessenskonflikte zwischen den verschiedenen am Verlag beteiligten Gruppen führten zunächst dazu, daß sogar ein Miteinander bei der Leitung des Evangelischen Verlagswerkes in Frage gestellt war.[43] Die Schwierigkeiten in der Anfangsphase konnten allerdings überwunden werden, so daß einer Fortführung der Arbeit im Sinne des im Gesellschaftervertrag festgelegten Unternehmensziels[44] nichts mehr im Wege stand.

Schon kurze Zeit nach Verlagsgründung wurde die Veröffentlichung eines »Christlichen Informationsdienstes« erwogen. Zunächst war angedacht, ab Frühjahr 1948 unter dem Titel »Christ und Welt« eine Zeitschrift herauszugeben, die sich sowohl an die Nachrichtendienste und Rundfunkstationen als auch an die Öffentlichkeit wenden sollte. Ziel war die Verbesserung des Informationsflusses für konfessionell gebundene Christen sowie die Verbreitung christlichen Gedankengutes in

---

Besprechungen zwischen Hilfswerk, Kirchenkanzlei sowie den Verlagen »Der Sonntag« und »Die Stimme« vom 31. Juli 1947 in Bad Boll bzw. vom 1. August 1947 in Stuttgart, Beschluß Nr. 9. EZA, 2/660.

[39] Das Exekutivkomitee des Wiederaufbauausschusses verfügte im März 1948 die Übernahme der Geschäftsanteile des ostzonalen Vertreters durch Propst Heinrich Grüber. Grüber trat in das Verlagswerk in seiner Eigenschaft als Vertreter der Evangelischen Verlagsanstalt Berlin und als Bevollmächtigter des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg ein. Schreiben des Zentralbüros des Hilfswerks, Wolf von Gersdorff, an Hans Asmussen vom 8. März 1948. ACDP, I-398–09/6.

[40] Schreiben Paul Collmers an Hans Asmussen vom 19. Februar 1948. EZA, 2/660.

[41] Formal war damit zugleich der Anordnung des Exekutivkomitees des Wiederaufbauausschusses Genüge getan worden, in der eine Beteiligung des Hilfswerks nur dann gestattet wurde, wenn die Majorität des Verlagskapitals in den Händen von Vertretern kirchlicher Körperschaften lag.

[42] Allerdings beschieden die Amerikaner das Gesuch der Antragsteller auf Zuteilung von Papier mit dem Hinweis auf die schlechte Versorgungslage abschlägig. Aktenvermerk Georg Federers vom 28. August 1947. EZA, 2/660.

[43] Schreiben Paul Collmers an Hans Asmussen vom 19. Februar 1948. EZA, 2/660.

[44] Gemäß des Gesellschaftervertrags war Gegenstand des am 23. August 1947 gegründeten Verlagswerks die »Förderung, der Verlag, die Herausgabe und der Vertrieb von christlichem Schrifttum jeder Art, wie Zeitungen, Zeitschriften, Korrespondenzen, Büchern, Broschüren und sonstigen Druckwerken [...].« EZA, 7/4197.

der deutschen Publizistik. Ganz im Sinne der alliierten Besatzungspolitik wurde darüber hinaus angestrebt, mit der Zeitschrift einen Beitrag zur geistigen und religiösen Erneuerung zu leisten und die »Erziehung des deutschen Volkes zu Toleranz und europäischem Denken«[45] zu fördern. Die Ursprungsplanung erfuhr in der Folgezeit dahingehend eine Änderung, daß eine Unterrichtung der Nachrichtendienste unterblieb und sich alle Bemühungen auf die Gründung einer an die breite Öffentlichkeit gerichteten Wochenzeitung mit dem Titel »Christ und Welt« konzentrierten.[46]

Anders als während der Gründung des Evangelischen Verlagswerks äußerte nun aber die amerikanische Militärbehörde Bedenken und verweigerte zunächst die Lizenzierung der Zeitung.[47] Als Grund für ablehnende Haltung verwies General Clay in einer Unterredung mit Gerstenmaier in Berlin darauf, daß es in Deutschland bereits hinreichend evangelische Blätter gäbe. Auch der Einwand des Theologen, die Intention von »Christ und Welt« sei eher politischer Natur, entkräftete die Zweifel des Generals in keiner Weise.[48] Darüber hinaus war die Personalzusammensetzung des Evangelischen Verlagswerkes, in dessen Herausgeberschaft die Wochenzeitung erscheinen sollte, von den Amerikanern mit Kritik aufgenommen worden. Sie bemängelten, daß in den Reihen des Verlages mittlerweile zu viele ehemalige Nationalsozialisten beschäftigt seien; Clay befürchtete infolgedessen eine anti-amerikanische Ausrichtung des Blattes.[49] Eugen Gerstenmaier gelang es jedoch nach zähen Bemühungen, die Bedenken der Amerikaner mit der Benennung von Otto Heinrich Fleischer, der in den USA gelebt hatte, als Lizenzträger und Herausgeber zu zerstreuen.

Doch nach der Einigung mit der amerikanischen Militärbehörde drohte der Zeitung neues Ungemach: Innerhalb der evangelischen Kirche selbst bestand Uneinigkeit bezüglich der Gründung einer weiteren Zeitung. In Hannover war im Februar 1948 erstmals die ebenfalls in der Herausgeberschaft des Evangelischen Verlags-

---

[45] Schreiben von Ernst Hepp an den Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten in Württemberg-Baden vom 18. November 1947. NARA, RG 260, Religious Affairs Branch in Württemberg-Baden 1945–49, Box 942.

[46] Die Stammredaktion von »Christ und Welt« setzte sich seit Januar 1949 aus den drei Journalisten Hepp (Ressort Außenpolitik), Gerhard (Sektion Nachrichten) und Bongartz (Ressort Politik und Sozialpolitik) sowie dem früheren Braunschweiger Domprediger Johannes Schomerus zusammen, der für den Bereich Kirche verantwortlich zeichnete. Aktenvermerk des Hilfswerks vom 26. Januar 1949. ADW, ZB 233.

[47] Gerstenmaier hatte bereits Anfang Februar die mündliche Zusage hinsichtlich der Lizenzierung von »Christ und Welt« von den amerikanischen Alliierten erhalten. Schreiben Herbert Krimms an Carl E. Schneider vom 25. Februar 1948. ADW, ZB 365. Allerdings gab es in der Nachfolge offenbar eine Umorientierung der Amerikaner, die sich nun gegen die Zulassung einer weiteren Zeitung sträubten, wie die Unterredung Gerstenmaiers mit Clay verdeutlichte.

[48] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 281. Gerstenmaier teilte allerdings nicht mit, an welchem Tag er mit Clay Anfang Februar in Berlin zusammentraf.

[49] Vgl. einen von Ernst Hepp verfaßten Bericht über die mit der amerikanischen Militärregierung geführten Verhandlungen vom 2. Februar 1948. Zitiert nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 165.

werks stehende und von Hanns Lilje geleitete Wochenzeitung »Sonntag« mit ihrer auf »christlich-humanistischer Grundlage«[50] basierenden Konzeption erschienen. Obgleich sich Liljes Zielsetzung deutlich von Gerstenmaiers Konzept unterschied[51] und er eine Berichterstattung über christlichen Themen bevorzugte, standen die Hannoveraner den Stuttgarter Planungen mißtrauisch gegenüber. Zum einen schien der Markt für christliche Zeitungen nicht unbegrenzt aufnahmefähig und ferner wurde eine Herausgabe von »Christ und Welt« als Stärkung der Machtposition des Hilfswerks interpretiert.[52] Die Bedenken der hannoverschen Sonntagszeitung konnten erst nach monatelangen Gesprächen und Verhandlungen zugunsten von »Christ und Welt« aus dem Weg geräumt werden. Nach Erteilung der Lizenz im April 1948 erschien am 6. Juni 1948 die erste Ausgabe der Wochenzeitung, deren erklärtes Ziel es war, eine Verbindung von »Information und eigener Stellungnahme«[53] aus einer gesamtchristlichen Verantwortung heraus zu erreichen. Die Neuerscheinung auf dem Zeitungsmarkt stand zunächst unter einem unglücklichen Stern, erfuhr sie doch die volle Härte der Währungsreform. Mit einigen Anpassungen an die schwierigen Umstände[54] gelang es der Wochenschrift indes, einen festen Leserkreis für sich zu gewinnen.[55] Die Konzeption von »Christ und Welt«, eine Mischung aus skeptischer Betrachtung der politischen Situation, Rückblicken auf die jüngste deutsche Geschichte und Kritik an den aktuellen Lebensumständen aus christlichem Blickwinkel, traf den Nerv der Zeit.[56] Zum Erfolg trug des weiteren die

---

[50] Hanns Lilje an den Leiter der Kanzlei, Hans Asmussen, vom 9. Oktober 1947. EZA, 2/660.

[51] Die Zielsetzung von »Christ und Welt« faßte Eugen Gerstenmaier in einem Brief an den politischen Berater Clays, Robert Murphy, vom 22. Januar 1949 folgendermaßen zusammen: »›Christ und Welt‹ represents the first attempt of the Protestant churches in Germany to go beyond the scope of traditional church papers and by modern journalistic methods to reach the general public – laymen, intellectuals and the man of the street.« NARA, RG 260, Religious Affairs Branch in Württemberg-Baden 1945–49, Box 942.

[52] Vgl. J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 165.

[53] Geleitwort zur ersten Ausgabe von Eugen Gerstenmaier. Christ und Welt vom 6. Juni 1948.

[54] Die Anfangsauflage von 40 000 Exemplaren wurde auf knapp 30 000 Stück reduziert und der Preis für das Blatt von ursprünglich sechzig auf vierzig Pfennige heruntergesetzt. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 281.

[55] Der am Aufbau von »Christ und Welt« maßgeblich beteiligte Klaus Mehnert führte zum Erfolg der Wochenzeitung aus: »Sein Titel, den Kenner des publizistischen Marktes als prohibitiv, wenn nicht gar selbstmörderisch bezeichnet hatten, erwies sich nicht als Nachteil, überdies faßte er die Absicht des Blattes am deutlichsten zusammen [...]. In der deutschen Presse hat das Blatt seit 1948 einen festen und nicht zu übersehenden Platz.« K. Mehnert, Am Rande der Politik., in: H. Kunst (Hg.), Für Freiheit und Recht, 1966, S. 135–136 (S. 131–146). Liljes »Sonntag« hingegen erschien bereits nach rund zwei Jahren nicht mehr in der Herausgeberschaft des Evangelischen Verlagswerks. Die Kontroverse zwischen Lilje und Gerstenmaier über die Entwicklung des Verlagswerks konnte nie vollständig beigelegt werden. Maßgeblich für den Bruch zwischen Verlagswerk und »Sonntagsblatt« im Herbst 1950 war der Vorwurf des »Sonntagsblatts«, das Zentralbüro habe der Zeitung nicht die ihm zustehende Papiermenge zukommen lassen. Aufzeichnung Paul Collmers vom 10. August 1954. ADW, ZB 234.

[56] Besonderes Augenmerk richtete die Redaktion bis Ende 1949 auf das Schicksal und die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen. Vgl. unter anderem Christ und Welt vom 28. August 1948 bzw. vom 10. März 1949. Ebenso oft im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit dem Nationalso-

durchaus kritische Auseinandersetzung der Zeitung mit den Besatzungsmächten bei.[57] Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei vor allem die französische und sowjetische Besatzungspolitik.[58] Aber über die anti-kommunistische und Frankreich-kritische Berichterstattung[59] hinaus wurde auch offener Widerspruch gegen die Entnazifizierungspolitik der amerikanischen Militärregierung artikuliert.[60]

In ernsthafte Schwierigkeiten mit den Amerikanern geriet das Blatt aber erst aufgrund seiner Reportage über das Schicksal führender Nationalsozialisten im Herbst 1948.[61] »Christ und Welt« befand sich damit im Visier der »Information Services Division« (ISD), die die Meinungsäußerungen der Wochenzeitung aufmerksam beobachtete. Vor allem die reiche Bebilderung dieser Artikel, die unter anderem Hitler, Bormann sowie die Generäle Rommel und Seydlitz in Uniform zeigten, wurde nachhaltig kritisiert.[62] Ende November 1948 wurde die gesamte Redaktion zu einer Vernehmung von der württembergischen ISD einbestellt und mit dem Vorwurf des Verstoßes gegen die Entnazifizierungs- und Demilitarisierungsbestrebungen der amerikanischen Militärregierung konfrontiert. Die bereits im Umbruch befindliche nächste Ausgabe von »Christ und Welt«, die ein Bild von Ribbentrop auf der Titelseite präsentieren wollte, wurde verboten und die Entlassung von Schriftleiter Ernst Hepp, einem ehemaligen Mitarbeiter des Außenministeriums, gefordert. Für die künftige Berichterstattung mußte sich zudem Lizenzträger Fleischer verpflichten, daß sich die Zeitung künftig militaristischer und nationalistischer Tendenzen enthalte. Eugen Gerstenmaier hingegen wurde von jeglicher Verantwortung für die Verfehlungen von »Christ und Welt« ausdrücklich ausgenommen.[63] Der schwäbische

---

zialismus, mit dem die Zeitung unter anderem in ihren Ausgaben vom 25. September und 26. November 1948 titelte. Aufgegriffen wurden aber auch Themen, die die Leserschaft aus persönlicher Betroffenheit bewegten, wie die Defizite in der Wohnungsbaupolitik (Christ und Welt vom 16. Juni 1949) oder der deutsche Bürokratismus (Christ und Welt vom 24. November 1949).

[57] In seinen Memoiren führte Eugen Gerstenmaier dazu aus: »Ich deckte zwar keine einzelne Formulierung unserer kritischen Redakteure, aber ich billigte ihre Linie. Die schandbare Vertreibung von Millionen, die Nürnberger Prozesse, die alliierte Demontagepolitik: Wir griffen sie auf und nahmen kein Blatt vor den Mund.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 283.

[58] Vgl. beispielsweise: Christ und Welt vom 31. Juli 1948 (»Frankreich – Erbfeind oder Nachbar«), vom 18. September 1948 (»De Gaulle: Diktator oder Retter«) bzw. vom 16. Oktober 1948 (»Stalin ruft die Fernostarmee«, vierteilige Serie).

[59] Der französische Feldbischof Marcel Sturm beklagte in einem Brief an Gerstenmaier vom 10. Juni 1950 die »betont anti-französische Politik dieses Blattes«. ACDP, I-210–036/1.

[60] Schon in seiner zweiten Nummer hatte die Wochenzeitung unter dem Titel »Ein Berufungsgericht gefordert« über die Kriegsverbrecherprozesse kritisch berichtet. Christ und Welt vom 13. Juni 1948.

[61] Vgl. zum Beispiel Christ und Welt vom 25. September 1948 (»Die Tragödie Erwin Rommel«) bzw. vom 26. November 1948 (»Hitlers Schatten und Thronerbe«).

[62] Brief von Ernst Hepp an das Mitglied des Genfer Weltkirchenrats, Martin Dietrich, vom 11. Mai 1949. ACDP, I-210–035/1.

[63] »[...] Herr Gerstenmaier was found to be unobjectionable by the Intelligence Branch and is, as a matter of fact, strongly supported by the Evangelical Church.« Mitteilung des Leiters der Publications Branch, Laurence Dalcher, an den Leiter der Information Services Division vom 28. Dezember 1948. IfZ, RG 260, 5/243–1/1.

Theologe protestierte dennoch gegen das Vorgehen der Besatzungsmacht und versuchte die Amerikaner von den anti-totalitären Intentionen des Blattes und dessen uneingeschränkter demokratischer Grundhaltung zu überzeugen.[64] Nachdem dieser Vorstoß bei den württembergischen Verantwortlichen aber kein Ergebnis gezeitigt hatte, sondern im Gegenteil seitens der ISD weitere Vorwürfe gegen »Christ und Welt« erhoben wurden, entschloß sich Eugen Gerstenmaier sein Anliegen bei den übergeordneten OMGUS-Stellen in Berlin vorzutragen.[65] Nach einem offenbar positiv verlaufenden Gespräch mit Mitarbeitern des Stabes von Robert Murphy, dem politischen Berater General Clays, und der US-Militärregierung in Deutschland[66], sah sich Gerstenmaier wenige Monate später allerdings erneut gezwungen, gegen Anschuldigungen der in Stuttgart ansässigen Informationsabteilung vorzugehen. Die ISD hatte dieses Mal nicht nur »Christ und Welt« sondern auch dem Hilfswerk Tendenzen unterstellt, die nicht in Übereinstimmung mit den alliierten Direktiven stünden.[67] Gegen diese nicht weiter untermauerte Pauschalverurteilung seiner Organisation wehrte er sich und wandte sich in einem äußerst scharf gehaltenen Schreiben an einen Mitarbeiter Murphys. Der Brief vom Mai 1949 kennzeichnete die Haltung Gerstenmaiers zur Besatzungspolitik und umriß seine Kritik an der Behandlung der Deutschen durch die Siegermächte. Wörtlich führte Gerstenmaier aus: »Nach meinem Gefühl aber ist es vor den demokratischen Grundsätzen, die sowohl die Regierung der USA wie Ihre Militärregierung hier proklamiert haben, nicht zu vertreten, dass die Hilfsorganisation der deutschen evangelischen Kirchen oder ein vorbehaltlos sich zu den Menschenrechten bekennendes Organ wie ›Christ und Welt‹ Gegenstand dauernder schädigender Kritik und politischer Massnahmen sind, [...] gegen die ein Rechtsschutz nicht gewährt wird«. Gerstenmaier fuhr fort: »Es ist ein trauriges Zeichen, wenn der Hauptschriftleiter einer der ehemals führenden Tageszeitungen, um zu einer Lizenz zu gelangen, gegenüber ISD sich in dieser

[64] In einem Schreiben von Eugen Gerstenmaier an den politischen Berater der US-Militärregierung, Robert Murphy, vom 22. Januar 1949 erläuterte er die Zielsetzung des Blattes folgendermaßen: »›Christ und Welt‹ from the beginning has fought for truth and tolerance and against prejudices of any kind. Undoubtedly, many such prejudices are still prevalent in Germany, but it is only by a courageous approach and by objective, unbiased discussion that these psychological barriers can be overcome. I realize of course, that ›Christ und Welt‹ is yet far from perfect, that it has had definite short-comings, and that as an experiment never attempted before it needs still many improvements. But the sincerety of its effort to influence the reader towards liberal and democratic thinking has been established beyond doubt.« IfZ, RG 260, 5/268–3/8.

[65] Colonel Texter, ein Mitarbeiter Robert Murphys, erklärte sich Mitte Februar 1949 bereit, Gerstenmaier zu einem Gespräch »regarding recent criticism made by Information Services Division« zu empfangen. Schreiben Texters an Gerstenmaier vom 16. Februar 1949. IfZ, RG 260, 5/268–3/8.

[66] In der Unterredung mit James Riddelberger konnte Eugen Gerstenmaier zwar um Vertrauen für »Christ und Welt« werben, allerdings war als Zugeständnis die Entlassung Hepps nicht zu vermeiden. Aufzeichnung Eugen Gerstenmaiers über seine vom 23. bis 26. März 1949 währenden Berlinreise. ADW, ZB 233.

[67] Der Pressechef des Hilfswerks, Karl Silex, teilte Eugen Gerstenmaier am 4. Mai 1949 mit, daß er von der Informationsabteilung der amerikanischen Militärregierung zu einem Gespräch einbestellt worden sei. Dort wurde Silex seine vermeintlich pro-nationalsozialistische Haltung in »Christ und Welt« zum Vorwurf gemacht und Kritik an der Politik des Hilfswerks geübt. IfZ, RG 260, 5/243–1/1.

Weise von einer Linie absetzen muss, die ich, ohne jemals meine Haltung geändert zu haben, beharrlich schon im Kampf gegen das Dritte Reich vertreten habe. Ich halte es für meine Pflicht, der Gesinnungsschnüffelei und politischen Ketzerrichterei heute ebenso zu widerstehen wie dem Terror des Nazismus. Es erfüllt mich mit tiefem Kummer, dass dafür anscheinend bei den Beamten der ISD Stuttgart kein Verständnis besteht, und es scheint mir, als ob die auf Subalternität verzichtende strenge Selbstverantwortlichkeit von dieser Behörde weit weniger gewürdigt wird als die Kunst der bequemen Gleichschaltung.«[68]

Überraschenderweise entstanden Gerstenmaier nach dieser Philippika seitens der amerikanischen Militärregierung keine Schwierigkeiten. Dies lag darin begründet, daß der ISD seine Anschuldigungen gegen »Christ und Welt« und das Hilfswerk nicht hinreichend zu untermauern vermochte. Um weiteren Konfrontationen mit der amerikanischen Militärregierung aus dem Weg zu gehen, hielt sich der Theologe aber in der Folgezeit mit öffentlichen Wortäußerungen zur Besatzungspolitik dennoch merklich zurück.[69] In der Retrospektive wertete Gerstenmaier diesen Konflikt mit den Alliierten als »Vorgeschmack«[70] auf die Auseinandersetzungen, die ihm nach seinem Wechsel in die Politik zur alltäglichen Erfahrung werden sollten.

---

[68] Brief Eugen Gerstenmaiers an den Mitarbeiter der OMGUS-Sektion für Policy and Multipartite Affairs, Boerner, vom 14. Mai 1949. IfZ, RG 260, 5/243–1/1.

[69] Bis zu seiner Wahl in den Bundestag verfaßte Eugen Gerstenmaier nur wenige Artikel für »Christ und Welt«. Dabei handelte es sich entweder um die Eindrücke seiner Reise in die USA (Christ und Welt vom 6. Juni 1948), einen Bericht zur Hilfswerksarbeit (Christ und Welt vom 27. Juni 1948) bzw. einen Artikel über die Grenzen des Gehorsams gegenüber der Obrigkeit, worin er allerdings nicht explizit auf das Verhältnis der Bevölkerung zu den Siegermächten einging (Christ und Welt vom 10. März 1949). Nur in einem Beitrag kritisierte er das im Wilhelmstraßenprozeß gegen Ernst von Weizsäcker gefällte Urteil und mahnte eine Revision des Gerichtsentscheids durch General Clay an (Christ und Welt vom 28. April 1949).

[70] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 283.

Sechstes Kapitel

Wechsel in die Politik

1. Hilfswerksarbeit und Politik

Die Entscheidung des Theologen, sich als Kandidat der CDU um ein Bundestagsmandat zu bewerben, war nach seinen eigenen Aussagen nicht bewußt herbeigeführt. Gleichwohl erschien der Weg Gerstenmaiers nach Bonn vorgezeichnet. Bereits im Zuge der Expansionsbestrebungen des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen wurde deutlich, daß Eugen Gerstenmaier die karitative Arbeit nicht ausschließlich auf die sozialen Aspekte beschränken und nicht losgelöst von den politischen Rahmenbedingungen angehen wollte. Bei der Wohnraum- und Arbeitsplatzbeschaffung[1] empfand er die Grenzen der kirchlich gebundenen Wohltätigkeitsarbeit als besonders limitierend, da seine Anstrengungen ohne flankierende staatliche Maßnahmen stets Stückwerk bleiben mußten. Zwar war das Hilfswerk gerade im Bereich der Siedlungspolitik für eine kirchliche Hilfsorganisation ungewöhnlich weit vorangeschritten und hatte entgegen dem ursprünglich nach Kriegsende formulierten Auftrag der Wiederaufbauhilfe vermehrt Aufgaben übernommen, die in den Bereich der staatlichen Fürsorge fielen. Allerdings wußte Gerstenmaier nur zu gut um die Begrenztheit seiner Möglichkeiten. Bereits im Juli 1947 mahnte er deshalb öffentlich eine Neuordnung der Besitzverhältnisse an. Nur mittels einer in der deutschen Gesellschaft vorzunehmenden Umverteilung, deren Inhalte er zu diesem Zeitpunkt indes nicht näher definierte, könne eine entscheidende Linderung der Not sowie eine Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen erreicht werden.[2] Rund ein Jahr später konkretisierte der Theologe seine Vorstellungen: Gerstenmaier betonte anläßlich einer Ansprache in Bethel, daß er eine kirchliche Einmischung in die Politik befürworte. Damit wollte er jedoch nicht unbedingt einem Eingriff der EKD[3] in das politische Tagesgeschäft das Wort reden.

---

[1] Zu den Bemühungen der Evangelischen Kirche bei der Beschaffung von Wohnungen für Vertriebene und Flüchtlinge Ende der vierziger bzw. Anfang der fünfziger Jahre vgl. ausführlich: H. Rudolph, Evangelische Kirche und Vertriebene, Bd. 1, 1984, S. 118–136.

[2] Rede Eugen Gerstenmaiers auf einer Kundgebung des Hilfswerks in Stuttgart vom 24. Juli 1947. Abgedruckt in: Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Reden und Aufsätze, 1956, S. 74–86. Im Hinblick auf die Limitierung der kirchlichen Wiederaufbauarbeit führte Gerstenmaier aus (S. 81): »Die Hilfe der Kirche kann und darf sich nicht auf das Wenige beschränken, was ihr mit ihren eigenen frei gespendeten Mitteln zu tun möglich ist. Diese Hilfe ist erste Hilfe und zusätzliche Hilfe [...]. Mit Improvisation und charitativen Maßnahmen ist hier nichts getan. Wir werden zu einer Neuordnung der Besitzverhältnisse kommen müssen [...], die Ausdruck der Solidarität eines Volkes sein soll, das unter schwerem Leiden das Recht und die Gerechtigkeit liebt.«

[3] Im allgemeinen Sprachgebrauch setzte sich trotz der nach Kriegsende gewählten Bezeichnung EKiD für die Evangelische Kirche Deutschlands zunehmend die Abkürzung EKD durch. Auch in

Vielmehr betonte er, daß zur Formung der ideellen Inhalte des jungen Staates, im Sinne des der Kirche »Gebotenen«[4], eine aktive kirchliche Partizipation an der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen notwendig sei. Gerade in der Flüchtlingsfrage plädierte Gerstenmaier für eine verstärkte Zusammenarbeit staatlicher Stellen und kirchlicher Wohltätigkeitsorganisationen, um die anstehenden sozialpolitischen Probleme lösen zu können.[5]

Neben der aus der praktischen Arbeit gewonnenen Erkenntnis, daß die Not nur durch ein Miteinander von Politik und kirchlichem Engagement wirksam bekämpft werden konnte, versprach sich der umtriebige Schwabe auch eine Aufbesserung des Hilfswerksbudgets. Diese war Ende der vierziger Jahre dringend notwendig, da die für die kirchliche Arbeit zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel durch das Abflauen der Spendenbereitschaft rückläufig waren.[6] Gleichzeitig stieg jedoch der Zeitaufwand, den das Hilfswerk für die Betreuung von Spendern zu veranschlagen hatte. Durch das stärker hervortretende denominationelle Denken innerhalb der spendenwilligen ausländischen Kirchen Ende der vierziger Jahre wurde es noch wichtiger, im direkten Kontakt mit den kirchlichen Repräsentanten die Bedeutung der Hilfswerksarbeit überzeugend darzulegen.[7] Selbst der Ökumenische Rat ging bei seiner Unterstützung für das Hilfswerk vermehrt dazu über, zweckgebundene Gelder zu bewilligen, die weniger der allgemeinen Nothilfe als vielmehr dem kirchlichen Wiederaufbau zugute kommen sollte, so daß der Handlungsspielraum Gerstenmaiers zunehmend eingeschränkt wurde.[8]

---

den eigenen Publikationen der Kirche bzw. in wissenschaftlichen Abhandlungen werden beide Begriffe synonym gebraucht, wobei die Tendenz zur Verwendung des Begriffs EKD die Überhand gewann. In den nachfolgenden Ausführungen wird deshalb ebenso diese Bezeichnung verwendet.

[4] Redebeitrag Gerstenmaiers bei der Jahrhundertfeier der Inneren Mission in Bethel am 29. September 1948. Abgedruckt in: Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Reden und Aufsätze, 1956, S. 104.

[5] Bericht Eugen Gerstenmaiers zum dreijährigen Bestehen des Hilfswerks in: Christ und Welt vom 27. Juni 1948.

[6] Ein Blick auf die Statistik der Auslandsspenden ohne finanzielle Zuwendungen bestätigt diese Tendenz. Von 1950 an sank die Menge der für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellten Güter (Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Medikamente, Rohstoffe und sonstige Spenden) von 8567 Tonnen auf 4727 Tonnen im Jahr 1951 und bis auf 1877 Tonnen im folgenden Jahr. Zahlen nach: Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Jahresbericht 1951, 1951, S. 12 bzw. Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Jahresbericht 1952, 1952, S. 18. Allein die Unterstützung der USA führte in den beiden folgenden Jahren dazu, daß das Spendenvolumen wieder stark anstieg. Der Anteil der Vereinigten Staaten an den insgesamt 8177 Tonnen Hilfslieferungen betrug 1953 93%, an den 8942 Tonnen des Jahres 1954 sogar 96%. Angaben nach: Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Jahresbericht 1953, 1953, S. 19 bzw. Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Jahresbericht 1954, 1954, S. 9.

[7] Sitzungsprotokoll der Tagung des Wiederaufbauausschusses in Frankfurt am Main vom 16. Januar 1948. EZA, 2/180.

[8] Der finanzielle Beistand für kirchliche Wiederaufbaumaßnahmen überstieg bereits im Sommer 1947 die für die allgemeine Nothilfe bestimmten Zuwendungen aus Genf. Protokoll über die Sitzung des Exekutivkomitees des Wiederaufbauausschusses vom 20. August 1947 in Stuttgart. EZA, 2/179.



Foto: Hermann Weishaupt, Stuttgart, um 1950
ACDP-Bildarchiv, Sankt Augustin

Vor diesem Hintergrund sah er sich schon im Juni 1949 gezwungen, den Etat seiner Organisation um bis zu 50% zu kürzen.[9] Besonders die anstehenden Probleme auf dem Wohnungsbausektor, denen sich Gerstenmaier im Rahmen der Siedlungsgesellschaft besonders widmete, waren mit halbleerer Kasse unmöglich zu bewältigen. Ein engerer Schulterschluß mit der Politik bot sich deshalb an, um mit vereinten Kräften an der Behebung der Mißstände zu arbeiten.[10] Trotz seiner Forderung nach einem verstärkten sozialpolitischen Engagement des Hilfswerks hatte Gerstenmaier es jedoch stets abgelehnt, sich selbst aktiv in die Parteipolitik einzubringen. Gleichwohl machten seine Äußerungen im Hinblick auf den künftigen Kurs der kirchlichen Wiederaufbauarbeit und seine Kommentare beispielsweise zur Währungsreform bzw. zum Lastenausgleich deutlich, daß der Theologe die politische Entwicklung des Landes aufmerksam und kritisch begleitete. Im Hinblick auf sein kirchliches Amt unterließ Gerstenmaier jedoch ein Eingreifen in die Parteipolitik bis zum Sommer 1949 ganz bewußt. Ihm war klar, daß die Assoziierung mit einer bestimmten politischen Gruppierung aufgrund seiner Führungsposition bei einer karitativen Einrichtung umstritten sein würde und die Kontroverse um seine Person in den Reihen der EKD angeheizt hätte.[11]

Die Erkenntnis, daß er auf der politischen Bühne am effektivsten seine Vorstellungen von konkreten Hilfsmaßnahmen umsetzen konnte, überlagerten aber schließlich seine Bedenken. Das von Gerstenmaier retrospektiv angeführte Argument, seine Mitarbeiter im Zentralbüro hätten ihn zu dieser Entscheidung gedrängt, kann allerdings nur als Koketterie bezeichnet werden.[12] In Anbetracht des Persönlichkeitsbildes von Eugen Gerstenmaier erscheint es ungewöhnlich, daß der damals 43jährige zu einem Schritt von solcher Tragweite von wohlmeinenden Freunden und Kollegen überredet worden war. Er war vielmehr selbst davon überzeugt, daß er die drängenden Probleme der Zeit am effizientesten durch ein politisches Mandat angehen konnte. Es entsprach seinem Charakter, sich eine Position zu suchen, die ein Höchstmaß an Gestaltungsmöglichkeiten garantierte. Das Hilfswerk hingegen war spätestens im Sommer 1949 an einem Punkt angelangt, an dem die finanziellen Quellen allmählich zu versiegen begannen und somit auch Gerstenmaiers Handlungsspielraum eingeschränkt wurde. Zermürbt von einer Reihe innerkirchlicher Querelen, die seine Tätigkeit als Leiter der Stuttgarter Zentrale fast vom ersten Tag an begleitet hatten, bot der Wechsel in die Politik zudem den Reiz eines Neuanfangs.

---

[9] Christ und Welt vom 16. Juni 1949.

[10] Vgl. Ausführungen Georg Federers in einem Schreiben an Sylvester Clarence Michelfelder vom 19. Juli 1949. ADW, ZB 13.

[11] So hatte Gerstenmaier noch im Sommer 1949 auf einer Tagung der Evangelischen Kirche in Hamburg sogar dafür plädiert, Geistliche zu einem Verzicht auf ihr Wahlrecht zu bewegen. Vgl. Brief Eugen Gerstenmaiers an Bischof Dibelius vom 16. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[12] In seinen Memoiren führte Gerstenmaier aus, daß seine Mitarbeiter in Stuttgart in seiner Abwesenheit »nach langer Beratung zu dem Ergebnis gekommen seien, ich müsse in den Bundestag gehen.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 293.

Doch reichten die Gründe, die ihn letztlich zu seinem Entschluß führten, über sein kirchliches Tätigkeitsfeld hinaus. Ein wichtiger Aspekt war in diesem Zusammenhang seine Verbundenheit zum Kreisauer Kreis.[13] Der ehemalige Widerstandskämpfer hatte wohl nie ganz aus seinen Überlegungen ausgeklammert, sich im Gedenken an die Opfer des 20. Juli aktiv an der Neugestaltung des post-nationalsozialistischen Deutschland zu beteiligen. Unmittelbar nach Kriegsende erlaubte die akute Not und die Besetzung des Landes durch die Siegermächte keine eigenständige Gestaltung des neuen Staatswesens. Nachdem jedoch der Wiederaufbau des Landes fortschritt und das Alltagsleben allmählich in geordneten Bahnen verlief, wuchs bei Gerstenmaier das politische Interesse. Der Theologe zeigte sich unzufrieden mit der aktuellen politischen Situation. Vor allem war bei ihm die Furcht gewachsen, es könne zur Bildung eines parlamentarischen Systems Weimarer Zuschnitts kommen, dessen Unzulänglichkeiten der Kreisauer Freundeskreis stets kritisiert hatte. Das unzerstörte Band des Kirchheimers mit der Kreisauer Vorstellungswelt spielte eine bedeutende Rolle bei der Entscheidung Gerstenmaiers für die ihm von den Christdemokraten angetragene Bundestagskandidatur.[14]

Zwar hatten die engen Bindungen, die Eugen Gerstenmaier während seiner Widerstandstätigkeit zu Sozialdemokraten wie Theo Haubach, Carlo Mierendorff oder Adolf Reichwein aufgebaut hatte und die Übereinstimmung in sozialpolitischen Fragen zumindest theoretisch eine Bindung des Theologen an die SPD möglich erscheinen lassen. Jedoch stieß der kirchenkritische Kurs Kurt Schumachers Gerstenmaier ab und machte eine Affiliation mit dieser Partei undenkbar.[15] Die Programmatik der Christdemokraten hingegen mit der Betonung christlicher Grundwerte, auf denen das neue Staatswesen gegründet sein müsse[16], zeigte Par-

---

[13] Gerstenmaier trug beispielsweise maßgeblich zur Gründung eines Hilfswerks bei, das den Opfern und Angehörigen der Ermordeten Unterstützung gewährte, bevor das Wiedergutmachungsgesetz in Kraft trat. Die Stiftung »Hilfswerk 20. Juli 1944« wurde im Februar 1949 in Wiesbaden gegründet. Als Zweck wurde die »Unterstützung von Opfern der Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime und deren Hinterbliebenen, insbesondere von Opfern des 20. Juli 1944 und deren Hinterbliebenen« sowie die »Aufklärung der Öffentlichkeit über die mit der Widerstandsbewegung zusammenhängenden Vorgänge« angegeben. Zur Finanzierung der Stiftung trugen hauptsächlich das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland, der Caritasverband sowie Privatpersonen aus dem In- und Ausland bei. Eugen Gerstenmaier wurde in das Kuratorium des »Hilfswerks 20. Juli 1944« gewählt und war in dieser Funktion bis 1969 tätig. ACDP, I-210–047/1. Vgl. dazu auch: C. Toyka-Seid, Gralshüter, Notgemeinschaft oder gesellschaftliche »Pressuregroup«?, in: G. Ueberschär (Hg.), Der 20. Juli 1944, 1994, S. 157–169.

[14] In einem Brief an Bischof Dibelius vom 16. Juli 1949 nannte Gerstenmaier als eines der Motive für seine Bundestagskandidatur die »Verpflichtung gegenüber meinen toten Freunden«. ACDP, I-210–014/2. Zum Staatsverständnis des Kreisauer Kreis vgl. viertes Kapitel, 2.

[15] Brief Eugen Gerstenmaiers an Bischof Dibelius vom 16. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[16] Konrad Adenauer hatte in einer Rede an der Kölner Universität am 24. März 1946 dazu ausgeführt: »Wir nennen uns christliche Demokraten, weil wir der tiefen Überzeugung sind, daß nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in dem christlichen Naturrecht, in den Grundsätzen der christlichen Ethik wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volke erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann.« Zitiert nach: M.-L. Recker (Hg.), Politische Reden 1945–1990, 1999, S. 77 (S. 68–106).

allelen zum Grundsatzprogramm des Widerstandskreises um Moltke und wurde zur Voraussetzung, daß er in der CDU seine politische Heimat fand. Bedeutsam war ferner, daß Gerstenmaiers Umfeld durch eine größere Nähe zu Christdemokraten geprägt war. Innerhalb der EKD unterhielt er Beziehungen zu einer Reihe von Männern, die sich bereits beim Aufbau der CDU engagiert hatten. Diese Gruppe hielt zudem mit Werbungsversuchen um Gerstenmaier nicht hinter dem Berg. Bereits im Januar 1949 hatten Robert Tillmanns und Gustav Heinemann im Verlauf einer Synode in Bethel mit dem Theologen Sondierungsgespräche geführt und ihn zur Aufgabe seiner Distanz von jeglicher parteipolitischer Bindung zu überzeugen versucht.[17] Zu diesem Zeitpunkt war Eugen Gerstenmaier allerdings noch nicht bereit, sich von der Notwendigkeit eines Eintritts in die CDU überzeugen zu lassen, obgleich ihm die Schnittpunkte zwischen dieser Partei und seinen eigenen Überzeugungen durchaus bewußt waren. Auch enge Vertraute machten sich nun zunehmend für eine Entscheidung zugunsten der Christdemokraten stark und erhöhten im Laufe des Jahres 1949 den Druck auf Gerstenmaier. Dazu zählten Paul Collmer, Paul Bausch[18], Wilhelm Simpfendörfer[19] und der ehemalige Mitarbeiter des Reichsaußenministeriums, Georg Federer, den er während seiner Beschäftigung für das Kirchliche Außenamt kennengelernt hatte. Allen genannten Personen war über ihre langjährige Freundschaft mit Gerstenmaier gemein, daß sie in der württembergischen CDU engagiert waren;[20] Bausch und Simpfendörfer waren Gerstenmaier sogar schon seit den zwanziger Jahren aufgrund ihrer Tätigkeit für den Christlich-Sozialen Volksdienst bekannt.[21] Vor allem diesem Kreis um seinen Freund aus CVJM-Tagen, Paul Collmer, gab der Theologe schließlich das Einverständnis, in seinem Namen Sondierungsgespräche mit der württembergischen CDU zu führen. Besonders Collmer zog im Hintergrund die Fäden und stellte die Kontakte zu den dort führenden Christdemokraten her. Während Eugen Gerstenmaier mit seiner Familie auf Einladung Heinz von Bodelschwinghs – eines Freundes aus der Widerstandszeit – auf der schwedischen Insel Hemsö Urlaub machte, wurden in Stuttgart die Details seiner Bundestagskandidatur ausgehandelt.

Es überrascht, daß Gerstenmaier auf die Modalitäten einer Entscheidung, die eine große Zäsur in seinem Leben bedeutete, nicht stärker Einfluß nahm und dem

---

[17] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 285.

[18] Paul Bausch (*27. Mai 1895, †1. September 1981) zählte 1924 zu den Mitbegründern des Christlich-Sozialen Volksdienstes; 1928 bis 1930 repräsentierte er diese Gruppierung im württembergischen Landtag. Von 1930 bis 1933 war der Korntaler Bausch Reichstagsabgeordneter für seine Partei. Nach Kriegsende schloß sich der Oberregierungsrat der CDU an und zog für die Christdemokraten in den ersten Deutschen Bundestag ein, dem er bis 1965 angehörte.

[19] Wilhelm Simpfendörfer wurde am 16. März 1947 zum Vorsitzenden des Landesverbandes Nord-Württemberg gewählt, sein Stellvertreter wurde Paul Bausch. ACSP, NL Josef Müller, 374.

[20] Zum Aufbau der christdemokratischen Partei im Südwesten Deutschlands siehe ausführlich: P.-L. Weinacht (Hg.), Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, 1978, S. 81–191.

[21] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 21.

Kreis um Collmer, Federer und von Lukowicz die Federführung überließ.[22] Er wurde in Schweden von Paul Collmer telefonisch und brieflich über den Stand der Verhandlungen sowie über den ihm zugewiesenen Wahlkreis unterrichtet, darüber hinaus wurde er aber nicht initiativ.[23]

Die zögerliche Haltung Gerstenmaiers in dieser bedeutenden Frage schien nicht in die Persönlichkeitsstruktur des energischen Schwaben zu passen. Sein Entschluß, zu einem Zeitpunkt eine Urlaubsreise anzutreten, in dem es galt, die Weichen für seinen Wechsel in Politik zu stellen, verdeutlichen seine Reserviertheit und Selbstzweifel. Der ansonsten für seine Arbeit kennzeichnende Wesenszug, den einmal als richtig erkannten Weg zügig und weitgehend ohne Rücksicht auf Kritik zu beschreiten, war im Juli 1949 einer zögerlichen Distanziertheit gewichen. Erst in einer Phase, als die Verhandlungen mit der nord-württembergischen CDU[24] an einem Punkt angelangt waren, an dem eine Kehrtwende ausgeschlossen war, entschloß sich Gerstenmaier nach Deutschland zurückzukehren und sich den Konsequenzen seiner Entscheidung zu stellen.[25] Aber selbst zu diesem Zeitpunkt war er noch nicht vollständig von der Richtigkeit seines Handelns überzeugt und er setzte sich eher aus Pflichtgefühl mit den Vorbereitungen seines Wahlkampfes auseinander.[26] Die lange Bedenkphase, die sich Gerstenmaier ausgebeten hatte, unterstrich, daß er den Wechsel in die Politik eher als ein notwendiges Übel betrachtete, dessen unbestreitbaren Vorteile allerdings nicht von der Hand zu weisen waren. Diese Überlegungen wurden auch in einem Schreiben Gerstenmaiers an den mittlerweile zum Ratsvorsitzenden der EKD gewählten Bischof Otto Dibelius[27]

---

[22] Joachim von Lukowicz leitete gemeinsam mit Walter Bauer und Gerstenmaiers Bruder Walter die Veredelungswirtschaft des Hilfswerks. Ferner war er an der Realisierung der Siedlung Espelkamp maßgeblich beteiligt.

[23] Brief Paul Collmers an den im schwedischen Varglund (Härnösand) weilenden Eugen Gerstenmaier vom 20. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[24] Der Landesverband Nord-Württemberg wurde am 13. Januar 1946 gegründet. Er umfaßte die Kreisverbände Aalen, Backnang, Böblingen, Crailsheim, Eßlingen, Schwäbisch Gmünd, Göppingen, Schwäbisch Hall, Heidenheim, Heilbronn, Künzelsau, Leonberg, Ludwigsburg, Bad Mergentheim, Nürtingen, Öhringen, Stuttgart, Ulm (Donau), Vaihingen und Waiblingen. Undatierte Satzung des Landesverbandes Nord-Württemberg. ACDP, II-096–021/6.

[25] Bereits in einem Schreiben vom 16. Juli 1949 hatte Paul Collmer seinen Freund Gerstenmaier bedrängt, den Urlaub in Schweden abzukürzen. Die Anwesenheit Gerstenmaiers war erforderlich geworden, da der nord-württembergische Landesverband mit seinem Vorsitzenden Wilhelm Simpfendörfer an der Spitze mit Gerstenmaier direkt verhandeln wollte. ACDP, I-210–014/2.

[26] Paul Collmer hatte zu den Zweifeln seines Freundes in einem Brief vom 20. Juli 1949 Bezug genommen. Collmer hatte darin gewarnt, den einmal getroffenen Entschluß umzustoßen und hielt vor dem Hintergrund der vorangeschrittenen Verhandlungen einen Rückzieher Gerstenmaiers für »ganz ausgeschlossen«. ACDP, I-210–014/2.

[27] Otto Dibelius (* 15. Mai 1880 in Berlin, † 31. Januar 1967 in Berlin) wurde 1933 vom NS-Regime seiner kirchlichen Ämter enthoben. Von 1945 bis 1966 war er Bischof von Berlin. 1949 wurde er zum Vorsitzenden des EKD-Rates gewählt; ein Amt, das er bis 1961 ausübte. Acht Jahre lang (von 1949 bis 1957) stand er zudem an der Spitze des Wiederaufbauausschusses des Hilfswerks der Evangelischen Kirche und war Vorsitzender des Verwaltungsrates der Hilfswerks der EKD.

vom Juli 1949 deutlich.[28] Gerstenmaier legte die endgültige Entscheidung über seine berufliche Zukunft in die Hände des Bischofs. Vordergründig ging es hierbei um das Plazet seines kirchlichen Vorgesetzten. Unterschwellig hatte Eugen Gerstenmaier mit seinen Zeilen an Dibelius aber wohl den Wunsch verbunden, eine Bestätigung der Richtigkeit seines Schrittes zu erhalten.

Mit dem positiven Votum von Otto Dibelius hatte sich die letzte von Gerstenmaier noch offen gehaltene Hintertür, die eine Revision der Entscheidung möglich gemacht hätte, geschlossen.[29] Ende Juli 1949 hatte der parteilich immer noch ungebundene Theologe schließlich definitiv seine Zusage gegeben, für die CDU im Bundestagswahlkampf anzutreten. Daß bei Eugen Gerstenmaier trotz allem die letzten Zweifel noch nicht beseitigt waren, zeigte sein Bestreben, sich nicht von der Leitung des Hilfswerks zurückzuziehen, sondern über eine offizielle Beurlaubung bei der EKD zunächst zweigleisig zu fahren und seine berufliche Zukunft nicht vollständig auf die Politik zu beschränken.[30] Dibelius hatte sich über diesen Schritt des Hilfswerksleiters kaum verwundert gezeigt und akzeptierte Gerstenmaiers Wunsch nach möglichst großer Distanz zur Politik und sein Streben nach wirtschaftlicher Sicherheit abseits des politischen Parketts. Allerdings stellte der Zeitpunkt seines Entschlusses und der dadurch hervorgerufene Zeitdruck, unter dem es nun galt, seine Aufgaben auf zusätzliche Schultern zu verteilen, den Vorgesetzten Gerstenmaiers vor Probleme.[31]

Das Echo auf den Entschluß Gerstenmaiers war im unmittelbaren Umfeld des Oberkonsistorialrats[32], wie nicht anders zu erwarten, positiv. Trotz seiner lange Zeit artikulierten Ablehnung einer parteipolitischen Bindung überraschte bei seiner Entscheidung allenfalls der Zeitpunkt.[33] Selbst die amerikanische Besatzungsmacht hat-

---

[28] Eugen Gerstenmaier führte wörtlich aus: »Ich fühle mich nicht nur völlig frei von allem Ehrgeiz, diesem problematischen Parlament anzugehören, sondern ich halte es für ein Opfer, das zu bringen ich mich jetzt, wenigstens mit einem Teil meines Wesens, immer noch sträube.« Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Dibelius vom 16. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[29] Der für das Zentralbüro tätige Christian Berg bestätigte dies in einem Schreiben an die Redaktion des Blattes »Sonntagsbote« vom 5. August 1949. Gerstenmaier hatte sich demzufolge erst nach »schweren Bedenken« und dem Plazet Bischof Dibelius' zum Wechsel in die Politik entschlossen. ADW, ZB 13.

[30] In seinem Brief vom 16. Juli 1949 an Otto Dibelius hatte sich Gerstenmaier ausgebeten, daß für den Fall seines Einzugs in den Bundestag seine »Rechte des geistlichen Standes ruhen und eine Beurlaubung von der Leitung des Hilfswerks genehmigt« werde, daß aber zugleich seine »rechtlichen und persönlichen Beziehungen zur EKD und zum Hilfswerk unberührt bleiben«. ACDP, I-210–014/2.

[31] Schreiben von Bischof Dibelius an Eugen Gerstenmaier vom 22. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[32] Eugen Gerstenmaier wurde vom Rat der EKD 1945 der Titel eines Oberkonsistorialrats verliehen. Schreiben des Präses der Synode, Puttfarcken, an den Berliner Präses Scharf vom 12. Juli 1963. EZA, 2/P 15.

[33] Hans Christoph von Stauffenberg, mit dem Gerstenmaier aus den Tagen der Widerstandszeit bekannt war, erinnerte sich an eine gemeinsame Unterredung 1949. Darin habe Eugen Gerstenmaier im Hinblick auf die Bundestagswahl ausgeführt, daß »wir beide uns diesmal noch nicht zur Wahl stellen dürften.« Gerstenmaier habe weiter erklärt, daß die derzeitige »Konstruktion des parlamenta-

te diese Entwicklung bereits vorhergesehen. Obwohl sich der Stab des politischen Beraters Robert Murphys in Berlin vom schwäbischen Oberkonsistorialrat nach persönlichen Gesprächen nur mäßig beeindruckt zeigte, bestand in den Führungsetagen der Alliierten bereits im Dezember 1948 Einmütigkeit darüber, daß er einmal an maßgeblicher Stelle die politischen Geschicke seines Landes mitbestimmen würde. Murphy faßte in einem vertraulichen Schreiben an das State Department die Eindrücke seines Mitarbeiters über Gerstenmaier in – stellenweise wenig schmeichelhaften Worten – zusammen und ließ sich über dessen wahrscheinliche politische Karriere wie folgt aus: »Short, stocky and dynamic, Gerstenmaier speaks in a rapid-fire Swabian dialect that is at times almost unintelligible. The members of my staff who met him received the impression that he is wily enough to get along in any political or social circle, and that his contacts with former German Foreign Office officials and with church and charitable organization officials in many countries will serve him in good stead when a German government is formed, of which it has been rumored that he aspires to be Foreign Minister.«[34]

Es ist kaum anzunehmen, daß die CDU 1949 glaubte, mit Eugen Gerstenmaier den künftigen Außenminister in ihren Reihen zu haben. Doch auch ohne derart hochgesteckte Ziele zeigte sich die Partei gewillt, den Wünschen des zaudernden Theologen entgegenzukommen. Offenbar aufgrund der von Tillmanns und Heinemann geführten Sondierungsgespräche war Gerstenmaier schon im Mai 1949 von den Christdemokraten als potentieller Bundestagskandidat geführt und ihm der Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall in Aussicht gestellt worden.[35] Aber erst nach seiner verbindlichen Zusage Ende Juli war der Leiter des Hilfswerks in Düsseldorf mit Konrad Adenauer zusammengetroffen.[36] Die Bereitwilligkeit zu Zugeständnissen seitens der Partei beruhte nicht zuletzt auf der Tatsache, daß Gerstenmaier ausgezeichnet in das Wahlkampfkonzept der Christdemokraten paßte. Bruno Dörpinghaus, der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU hatte schon Mitte Mai 1949 den Landesgeschäftsführern das angestrebte Kandidatenprofil

---

risch-demokratischen Systems und die Konstellation der in ihm wirkenden Kräfte ipso facto zu einem vorzeitigen Verschleiß der auf dieser Ebene Wirkenden führen müsse.« Schreiben Hans Christoph von Stauffenbergs an Eugen Gerstenmaier vom 18. Februar 1951. ACDP, I-172–059.

[34] Bericht Robert Murphys an das State Department vom 8. Dezember 1948. NARA, RG 59, Decimal File 1945–1949, 740.00119/12–748.

[35] Protokoll der 3. Sitzung des Wahlrechtsausschusses und des Presse- und Propagandaausschusses in Königswinter vom 19. Mai 1949. ACDP, VII-004–397/1.

[36] Über das Treffen mit Adenauer im Düsseldorfer Landtagsgebäude liegt ein Bericht Gerstenmaiers vor. In seinen Memoiren maß Gerstenmaier dieser ersten Zusammenkunft – deren genaue Datierung er im übrigen nicht mitteilte – offenbar keine tiefer gehende Bedeutung bei. E. GERSTENMAIER, Streit und Friede, 1981, S. 294. Diese Einschätzung wurde auch von Konrad Adenauer geteilt. In einem Schreiben ließ der Rheinländer Gerstenmaier höflich-distanziert mitteilen, daß er sich gefreut habe, dessen Bekanntschaft gemacht zu haben und er hoffe, daß »diese erste Fühlungsnahme bald von weiteren gefolgt« werde. Schreiben Herbert Blankenhorns an Eugen Gerstenmaier vom 29. Juli 1949. StBKAH, 9.01.

übermittelt.[37] Diesem Konzept zufolge sollten hauptsächlich Personen mit Erfahrung in allen maßgeblichen Politikfeldern, Frauen, junge Parteimitglieder sowie Flüchtlinge für die CDU gewonnen werden. Gerstenmaier wurde diesen Anforderungen in mehreren Punkten gerecht: Für ihn sprach zunächst sein relativ jugendliches Alter von 43 Jahren.[38] Gerstenmaier hatte zudem hinlänglich Erfahrung in der Leitung einer Hilfsorganisation gesammelt und er war aufgrund seiner Arbeit überregional bekannt. Darüber hinaus repräsentierte er die Belange der Flüchtlinge und zugleich erhöhte sich durch seine Nominierung der Protestantenanteil. Besonders der konfessionelle Aspekt war 1949 innerhalb der CDU wichtig, da die Partei vorrangig darauf bedacht war, dem Vorwurf entgegenzutreten, als vermeintliche Nachfolgerin der Zentrumspartei nur den Katholiken eine politische Heimat zu bieten.[39] Die von der CDU an Gerstenmaier besonders geschätzten Aspekte hob das Generalsekretariat in Frankfurt bei der Bekanntgabe dessen Kandidatur deutlich hervor. »Die junge Generation« so hieß es in einer Pressemitteilung von Ende Juli 1949, »stellt in Dr. Vogel und Dr. Gerstenmaier zwei bereits scharf profilierte zielbewußte junge Politiker in die vordere Front, beide zugleich markante Vertreter der jungen Generation der beiden christlichen Bekenntnisse.«[40] Damit war das Ziel des anstehenden Wahlkampfes umrissen: Der Protestant Eugen Gerstenmaier war der Bevölkerung als Fachmann für Flüchtlingsfragen zu präsentieren, dessen politische Überzeugungen auf christlichen Grundwerten fußten und der zugleich die jüngere Bevölkerung ansprechen sollte.[41]

2. Bundestagswahlkampf

Die im Verlauf der vierjährigen Leitungstätigkeit für das Hilfswerk gewonnenen Erfahrungen und seine sozialpolitische Kompetenz wurden nicht nur von der christdemokratischen Parteileitung im Wahlkampf bewußt in den Vordergrund gestellt. Tatkräftige Unterstützung fand Gerstenmaier ebenso bei der von ihm mit ins Leben gerufenen Wochenzeitung »Christ und Welt«. Das Blatt begrüßte die Kandidatur

[37] Schreiben Bruno Dörpinghaus an die christdemokratischen Landesgeschäftsführer vom 12. Mai 1949. ACDP, VII-004–397/1.

[38] Von den 256 für die Christdemokraten bis Herbst 1949 zu Wahlen auf Landtags- oder Kreisebene kandidierenden Frauen und Männern waren nur 22 Personen jünger als 40 Jahre. Aufstellung der Wahlkandidaten durch die Bundesgeschäftsstelle aus dem Jahr 1949. ACDP, VII-003–01/1.

[39] Wie sorgfältig die CDU auf die Wahrung des Konfessionsproporzes achtete, geht aus einer Aufstellung der Bundesgeschäftsstelle hervor, die für den Bundestagswahlkampf 1949 angefertigt worden war. ACDP, VII-003–01/1.

[40] Pressemitteilung der CDU, die am 24. Juli 1949 im parteieigenen Publikationsorgan »Union« veröffentlicht wurde. Bei dem ebenfalls erwähnten Kandidaten Vogel handelte es sich um den Mitarbeiter des Deutschen Büros für Friedensfragen, Rudolf Vogel, der im Wahlkreis 9 (Aalen-Gmünd) kandidierte. ACDP, VII-003–01/1.

[41] Vermerk Hermann Maurer, der für Gerstenmaier die Wahlkampfarbeit im Kreis Schwäbisch Hall koordiniert hatte, vom 23. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

des Theologen und lobte seine Verdienste um das Wohl der deutschen Bevölkerung der vergangenen Jahre in den höchsten Tönen. Ferner pries »Christ und Welt« Gerstenmaiers Entschluß, sich in der »Zeit der Machtlosigkeit der deutschen Parlamente«[1] für die Bewältigung der anstehenden Probleme einzusetzen. Von der viel beschworenen distanzierten und objektiven Berichterstattung der Zeitung war bei der Vermeldung der Bundestagskandidatur Eugen Gerstenmaiers nicht viel zu spüren; seine Charakterisierung schien nach Form und Inhalt eher einer Wahlkampfbroschüre der CDU entnommen zu sein.[2] Aber das Blatt war in dem Eifer, seinen Mitherausgeber zu unterstützen, nicht nur bei der Herausstellung der positiven Qualitäten des Kandidaten, über das Ziel hinausgeschossen. Kaum hatte Gerstenmaier sich entschieden, für die CDU im Wahlkampf anzutreten, meldete »Christ und Welt« dies in einer Notiz seiner Leserschaft.[3] Über die zeitnahe Berichterstattung hinaus hatte die Zeitung allerdings en détail über den Ablauf der christdemokratischen Delegiertenversammlung vom 17. Juli berichtet und zudem die Parteilosigkeit Eugen Gerstenmaiers explizit angeführt.

Die württembergische CDU zeigte sich über dieses Vorpreschen des Umfeldes von Gerstenmaier verstimmt. Die Verärgerung war um so größer, da es sich um den zweiten Zwischenfall dieser Art gehandelt hatte. Noch während der Sondierungsgespräche hatte die »Stuttgarter Zeitung« bereits am 16. Juli, offenbar aufgrund einer gezielten Indiskretion, die Nominierung Gerstenmaiers gemeldet.[4] Durch diese Berichterstattung hatten sich die Unterstützer Gerstenmaiers wohl erhofft, den Druck auf die württembergischen Delegierten zu erhöhen. Hierdurch wurde aber zugleich die ohnehin bestehende Reserviertheit im Wahlkreis gegenüber dem in Stuttgart lebenden Theologen verstärkt, dessen beruflicher Werdegang und intellektuelle Art in der überwiegend bäuerlich strukturierten Gegend durchaus Befremden ausgelöst hatte.[5] Für den Freundes- und Mitarbeiterkreis Gerstenmaiers, der für die Abstimmung mit der CDU verantwortlich zeichnete, galt es deshalb

---

[1] Artikel »Eine Kandidatur als Symptom« in: Christ und Welt vom 28. Juli 1949.

[2] Christ und Welt vom 28. Juli 1949.

[3] Christ und Welt vom 21. Juli 1949.

[4] Vermerk vom 16. Juli 1949 wahrscheinlich von Hermann Maurer über den Stand der Wahlkampfvorbereitungen in den Kreisen Backnang und Schwäbisch Hall. ACDP, I-210–014/2. Vgl. ferner: Stuttgarter Zeitung vom 16. Juli 1949.

[5] Der »maßgebende Mann« innerhalb der CDU von Backnang-Schwäbisch Hall, der Landtagsabgeordnete Vadder, hatte noch Mitte Juli 1949 seine Bedenken hinsichtlich einer Kandidatur Gerstenmaiers nicht verhehlt und sich stattdessen für die Nominierung eines einheimischen Kandidaten ausgesprochen. Nachdem Hermann Maurer vor Ort Überzeugungsarbeit geleistet hatte, war aber auch Vadder bereit, für Eugen Gerstenmaier zu votieren. Vermerk Maurers vom 16. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2. Eugen Gerstenmaier bestätigte in seinen Lebenserinnerungen, daß er als Theologe und Auswärtiger zunächst Hindernisse in seinem Wahlkreis zu überwinden hatte. Gerstenmaier erinnerte sich an die Widerstände innerhalb der Bevölkerung mit den Worten: »›Was machet mir mit einem Missionar?‹ Das war die zugkräftigste Parole meiner bäuerlichen Widersacher. Mit dem Oberkonsistorialrat tat sich eine schwäbische Zunge schwer. Außerdem: Was ist das eigentlich? Also Missionar.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 297.

Schadensbegrenzung zu betreiben und den im Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall[6] entstandenen Verdruß nach Kräften zu begrenzen.[7]

Neben der unsensiblen Informationspolitik des Umfelds von Eugen Gerstenmaier rief in Nord-Württemberg die Haltung des Kirchheimers, erst Ende Juli für die Arbeit im Wahlkreis zur Verfügung zu stehen, allgemeines Unverständnis hervor.[8] Zu einem Zeitpunkt, zu dem die CDU bereits mit Großkundgebungen in die heiße Phase des Wahlkampfes eingetreten war[9], hatten die Christdemokraten in Backnang-Schwäbisch Hall ihren eigenen Kandidaten noch nicht einmal persönlich kennenlernen können. Die Abwesenheit Gerstenmaiers wog um so schwerer, da die CDU-Wahlkampfstrategie primär auf die Herausstellung der Persönlichkeit ihrer Bundestagskandidaten und weniger des Parteiprogramms abzielte.[10] Von diesem in ganz Deutschland verfolgten Ansatz abgesehen, galt es mittels einer guten Vorbereitungsphase den Besonderheiten des Wahlkreises 10 Rechnung zu tragen. Der wohl bedeutendste Unterschied zum überregionalen Wahlkampf lag darin, daß die Liberalen die größte Konkurrenz der CDU darstellten. Die vor allem von Adenauer vertretene Auffassung, daß der Schlüssel des Erfolgs in einer hinreichenden Abgrenzung gegenüber dem politischen Hauptgegner, der Sozialdemokratischen Partei[11],

---

[6] Der nord-württembergische Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall (Wahlkreis 10, ab der zweiten Wahlperiode Bundestagswahl mit der Wahlkreisnummer 172 versehen) umfaßte rund 1157 km² (Stand: 3. September 1950) und damit ca. ein Zehntel der Gesamtfläche Nord-Württembergs (10561 39 km²). Die Einwohnerzahl betrug am 13. September 1950 132737 Personen. Zahlen nach: Statistisches Landesamt Stuttgart (Hg.), Gemeinde- und Kreisstatistik Baden-Württemberg 1950, I. Teil, 1952, S. 156.

[7] Vermerk Paul Collmers für Georg Federer vom 20. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[8] Aufgrund der dezentralen Struktur der christdemokratischen Partei bestand vor der Wahl zum ersten Bundestag eine starke Autonomie der Landesverbände, die sich auch bei der Wahlkampfführung zeigte. Das Fehlen einer Bundesgeschäftsstelle, die eine Koordination der Aktivitäten hätte durchführen können, wurde nur zu einem geringen Maße durch die Einrichtung eines Wahlausschusses kompensiert. Die Hauptverantwortung für den Wahlkampf lag deshalb bei den Landesvorsitzenden bzw. den Landesgeschäftsführern. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß die Kritik über das zögerliche Verhalten Gerstenmaiers aus den Reihen des nord-württembergischen CDU-Verbands kam. Ein wohl aus der Feder Hermann Maurers stammender Vermerk vom 16. Juli 1949 bestätigt, ein »allgemeines Befremden« im Wahlkreis, da Gerstenmaier nicht frühzeitiger zur Verfügung stand. ACDP, I-210–014/2.

[9] Den Auftakt des Wahlkampfes hatte eine Großveranstaltung am 21. Juli in Heidelberg gebildet. Als Redner traten Konrad Adenauer, Gustav Heinemann und Hans Ehard auf. Vgl. dazu ausführlich: U. Wengst, Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: VfZ, 34. Jg. (1986), S. 42–45 (S. 1–52). Zum Wahlkampfmanagement der Christdemokraten 1949 siehe: V. Hetterich, Von Adenauer zu Schröder, 2000, bes. S. 137 f.

[10] Die Wahlkampfstrategie der Christdemokraten in Gerstenmaiers Wahlkreis faßte Hermann Maurer folgendermaßen zusammen: »Hervorhebung der Persönlichkeit Dr. Gerstenmaiers, um bei den Leuten ein interessantes Konterfei zu erwecken. Abstellung auf Persönlichkeitswahl und Verzicht auf Diskussion von Programmpunkten.« Vermerk Hermann Maurers zu den Vorbereitungen zur Bundestagswahl in Schwäbisch Hall vom 23. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[11] In einer Besprechung des Generalsekretariats der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 17. Februar 1949 wurde im Rahmen der Erörterung der Wahlkampfziele festgestellt, daß der Fokus der Angriffe auf die SPD als Hauptgegner zu konzentrieren sei. Vgl. U. Wengst, CDU/CSU im Bundestagswahlkampf, 1986, S. 33–34.

lag, trat in der nord-württembergischen Provinz in den Hintergrund. Zwar wurden die von den Sozialdemokraten propagierten planwirtschaftlichen Aspekte und die säkulare Ausrichtung ihres Parteiprogramms[12] hier ebenfalls strikt abgelehnt, doch kam der programmatischen Auseinandersetzung mit der SPD in Anbetracht des festen Rückhaltes, den die FDP in Gerstenmaiers Wahlkreis genoß, keine Priorität zu. Der Eugen Gerstenmaier zugewiesenen Wahlkreis 10, der die Landkreise Schwäbisch Hall und Backnang umfaßte[13], galt zwar aufgrund der vorangegangenen Landtagswahlen als CDU-Hochburg[14], doch stellte aufgrund der bäuerlichen Struktur des weitläufigen Gebietes[15] der liberale Kandidat den ernstesten Konkurrenten um das Direktmandat dar. Der Eutendorfer Landwirt Georg Schuster, der für die unter der Bezeichnung Demokratische Volkspartei (DVP) firmierende liberale Partei[16] kandidierte, stammte aus dem Landkreis Backnang und verstand es nicht zuletzt aufgrund seines Berufes, die alltäglichen Probleme der Bevölkerung anzusprechen. Der im 54. Lebensjahr stehende Schuster war darüber hinaus als Sprecher der Bauernschaft seiner Gemeinde und in seiner Tätigkeit für die örtliche Spar- und Darlehenskasse innerhalb des Backnanger Landkreises bekannt. Um das Mandat des Wahlkreises 10 bewarb sich ferner der Sozialdemokrat Hermann Lachenmaier. Die

---

[12] Als Paradebeispiel für die säkulare Stoßrichtung der SPD Ende der vierziger Jahre wird immer wieder auf die antikirchlichen Tendenzen Kurt Schumachers und seine Aussage von der katholischen Kirche als fünfter Besatzungsmacht während einer Wahlveranstaltung in Gelsenkirchen verwiesen. Eschenburg resümierte deshalb, daß es der CDU gelungen sei, sich vor allem aufgrund der Wahlkampfauftritte Kurt Schumachers als »Hüterin des Christentums und christlicher Institutionen, der Ehe, der Familie, der religiösen Erziehung, als Bollwerk gegen die heidnischen Brüder Sozialismus und Kommunismus« darzustellen. T. Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945–1949, 1983, S. 531. Zur Programmatik und Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten des ersten Nachkriegsjahrfünfts vgl. E.-U. Huster, Die Politik der SPD 1945–1950, 1978.

[13] Der weit verzweigte Wahlkreis Gerstenmaiers bestand aus 95 Kommunen, die zu zwei Landkreisen zusammengefaßt waren. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.), Die Wahl zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 14. August 1949, 1953, S. II–III.

[14] Paul Collmer bezeichnete den Wahlkreis in einem Schreiben vom 20. Juli 1949 an Eugen Gerstenmaier, der sich noch in Schweden befand, als einen der wenigen in Württemberg, die »für die CDU sicher sind«. ACDP, I-210–014/2. Gemäß einer Aufstellung des Kreisverbandes Backnang errang die CDU bei den Landtagswahlen vom 24. November 1946 42,6% der Stimmen. ACDP, II-051–037. Insgesamt erhielten die Christdemokraten in Württemberg-Baden 38,4% der Stimmen und wurden damit vor der SPD (31,9%), der DVP (19,5%) und der KPD (10,3%) stärkste Partei. Angaben aus: Wahlberechtigte, Wähler, Stimmabgabe und Sitzverteilung in den Ländern seit 1946, in: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.), Europawahl 1999, 2000, H. 1, S. 92.

[15] Rund ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitete in der Landwirtschaft. Daß die Dominanz der Landwirtschaft im Wahlkreis durch diese Zahl auf den ersten Blick nicht seine Bestätigung findet, beruht auf der Erwerbsstruktur der den Landkreisen zugerechneten Stadtgebiete. In den Städten Backnang, Gaildorf, Murrhardt (Kreis Backnang), Ilshofen, Lorch und Schwäbisch-Hall (Kreis Schwäbisch Hall) dominierten eindeutig die handwerklich-industriellen Sektoren. Vgl. die Angaben zur Wirtschaftsstruktur der Gemeinden beider Kreise in: Statistisches Landesamt Stuttgart (Hg.), Gemeinde- und Kreisstatistik, 1952, S. 15–25 bzw. 114–127.

[16] Die in Württemberg nach Kriegsende gegründete liberale Partei stand in der Tradition des Linksliberalismus. Zur Entwicklung des politischen Liberalismus nach 1945 vgl. unter anderem: P. Rothmundt/E. R. Wiehn (Hg.), Die FDP-DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, 1979 sowie D. Hein, Zwischen Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung, 1985.

Kommunistische Partei Deutschlands schickte Karl Sinn ins Rennen und die Flüchtlingsorganisation »Notgemeinschaft«[17] nominierte Fritz Kleiner. Sämtliche Mitkonkurrenten Gerstenmaiers bis auf den schlesischen Politologen Kleiner, der erst nach Kriegsende in Murrhardt eine neue Heimat gefunden hatte, stammten aus Gemeinden der beiden Landkreise Backnang-Schwäbisch Hall.[18] Als erster wichtiger Schritt im Wahlkampf mußte die Bevölkerung deshalb zunächst mit dem CDU-Kandidaten vertraut gemacht werden. Das lange Zögern Eugen Gerstenmaiers, sich endgültig zur Wahl zu stellen, wog angesichts der ohnehin nur knapp bemessenen Wahlkampfzeit deshalb doppelt schwer.

Überregionale Themen spielten im Wahlkreis Gerstenmaiers eine eher untergeordnete Rolle.[19] Die Frage nach dem Besatzungsstatut, der einzuschlagende wirtschaftspolitische Kurs oder die Kontroverse um die Konfessionsschulen wurden nur kursorisch in den Wahlkampf einbezogen. Die auf Bundesebene geführte sachbezogene Argumentation diente nur begrenzt zur Schärfung des eigenen Kandidatenprofils. Pragmatismus war angesagt und die Wahlversprechen mit überregionalem Bezug zielten deshalb einzig auf die dadurch zu erwartenden konkreten Verbesserungen der Lebensumstände in Backnang-Schwäbisch Hall. Alle Kandidaten versuchten beispielsweise den Anliegen der etwas mehr als 26 000 Vertriebenen in beiden Landkreisen[20] durch die Forderung nach einem Lastenausgleich Rechnung zu tragen. Sie kritisierten die Wirtschaftskrise und mahnten eine Verbesserung des Wohnraum- und Arbeitsplatzangebotes an.

Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stand das Bestreben, die wahlentscheidenden Stimmen aus dem bäuerlichen Milieu für sich zu gewinnen. Um sein Wählerklientel zu erweitern, wurden im Verlauf des für Gerstenmaier nur rund zwei Wochen währenden Wahlkampfes vor allem in den Städten Backnang und Schwäbisch Hall neben der Bauernschaft zusätzlich Flüchtlinge, christliche Frauen[21]

---

[17] Im Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall war die Flüchtlingsgruppierung »Notgemeinschaft« die Vorgängerorganisation des 1950 gegründeten Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Die von Waldemar Kraft geleitete Partei war für die mehr als acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen zu Beginn der fünfziger Jahre die bedeutendste parteipolitische Interessenvertretung. Vgl. dazu: F. Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960, 1968.

[18] Hermann Maurer charakterisierte die beiden Hauptkonkurrenten Gerstenmaiers in einem Vermerk vom 16. Juli 1949 mit den Worten: »Die Gegenkandidaten sind: für die SPD ein Wäschereibesitzer Lachenmaier aus Backnang, der als gediegene und ordentliche Persönlichkeit bekannt ist und für die DVP ein Bauer namens Schuster, der einfach dadurch, dass er Bauer ist, viele Stimmen der Bauern erhalten wird.« ACDP, I-210–014/2.

[19] In seinen Lebenserinnerungen bestätigte Eugen Gerstenmaier, daß im Wahlkampf »Grundsätzliches oder gar Ideologisches [...] keine oder nur eine verklemmte Hintergrundrolle« spielte. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 297.

[20] Mit Stand vom 13. September 1950 hatten sich im Wahlkreis insgesamt 26 361 Vertriebene angesiedelt. Sie stellten damit einen Anteil von 19,8% an der Gesamtbevölkerung der Kreise Backnang und Schwäbisch Hall. Statistische Angaben nach: Statistisches Landesamt Stuttgart (Hg.), Gemeinde- und Kreisstatistik, 1952, S. 18 und 122.

[21] Die an die Frauen verteilten Wahlbroschüren vermittelten den Eindruck, daß sie nicht spezifisch für die Belange des Wahlkreises 10 erstellt worden waren, sondern vielmehr eine Zusammenfassung

und Arbeiter gezielt angesprochen. Die Quintessenz von Gerstenmaiers Aussagen gipfelte in der Forderung nach einer »gesunde[n] Wirtschaft mit freier Entfaltungsmöglichkeit«.[22] Dieser in Anlehnung an das christdemokratische Konzept der sozialen Marktwirtschaft[23] formulierte Kernpunkt wurde verknüpft mit der Zusage, sich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wohnungen zu verwenden. Ferner versprach Gerstenmaier sich für eine Reformierung der Steuergesetzgebung und eine verbesserte Flüchtlingsintegration einzusetzen. Aufgrund seines beruflichen Werdegangs hoffte er besonders bei den Vertriebenen auf Rückhalt. Die Kompetenz des Hilfswerksleiters und seine unbestreitbaren Erfolge beim deutschen Wiederaufbau wurden deshalb im Verlauf des Wahlkampfes in den Mittelpunkt gestellt, betrug doch der Anteil der Vertriebenen im Wahlkreis rund ein Fünftel der Bevölkerung. Die Weltläufigkeit Gerstenmaiers sowie seine Erfahrung im Umgang mit den Repräsentanten der Siegermächte wurden ebenfalls unterstrichen, nicht zuletzt um seinen mangelnden Bekanntheitsgrad zu kompensieren. Als weitere Abgrenzung gegenüber seinen Mitstreitern wurde die christliche Ausrichtung der Politik Gerstenmaiers ins Feld geführt. In einem Gebiet, in dem der Katholikenanteil weniger als 25% betrug, wurde seine Verankerung im Protestantismus besonders hervorgehoben.[24]

Die Wahlkampfkonzeption Eugen Gerstenmaiers war in Abstimmung mit den CDU-Kreisverbänden Backnang und Schwäbisch Hall sowie seinem Freundeskreis erarbeitet worden. Bis zur Bundestagswahl am 14. August bereiste er seinen Wahlkreis und stellte sich den rund 82 000 Wahlberechtigten[25] vor. Maßgebliche Unterstützung erhielt er dabei von Personen aus seinem beruflichen und persönlichen Umfeld, die bereits die Modalitäten seiner Kandidatur ausgearbeitet hatten. Zum Kreis um Paul Collmer, Georg Federer, Joachim von Lukowicz sowie Hermann

---

der überregionalen christlich-demokratischen Wahlkampfaussagen beinhalteten, die vor allem die Milderung der sozialen Not, die Eingliederung Deutschlands in die Völkergemeinschaft und die Verstärkung der christlichen Gesinnung »in Stadt und Land« forderten. Wahlkampfplakat »Christliche Frauen« aus dem Jahr 1949. ACDP, I-210–014/2.

[22] Undatierte Kandidatenbroschüre Eugen Gerstenmaiers aus dem Bundestagswahlkampf 1949. ACDP, I-210–014/2. Gerstenmaier wandte sich damit vom Konzept der staatlichen Wirtschaftslenkung ab, das im Kreisauer Kreis favorisiert worden war. Zur Wirtschaftskonzeption der Widerstandsgruppe vgl. viertes Kapitel, 2.

[23] Die CDU propagierte ihr aus den Düsseldorfer Leitsätzen vom 15. Juli 1949 entwickeltes Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und versuchte sich damit gegenüber dem planwirtschaftlichen Modell der SPD abzugrenzen.Vgl. E. Deuerlein, CDU/CSU 1945–1957, 1957, S. 110–113 sowie H.-O. Kleinmann, Geschichte der CDU 1945–1982, 1993, S. 120–121.

[24] Im Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall waren 78,3% der Bevölkerung Protestanten. Ganz besonders deutlich wurde die Dominanz gegenüber den katholischen Gläubigen im Landkreis Backnang. Dort standen 61 219 evangelische Gläubige 13 632 Personen gegenüber, die der römisch-katholischen Kirche angehörten; der Protestantenanteil betrug damit über 81% (Stand 13. September 1950). Statistisches Landesamt Stuttgart (Hg.), Gemeinde- und Kreisstatistik, 1952, S. 156.

[25] Die Zahl der Wahlberechtigten im Wahlkreis 10 betrug zur Bundestagswahl 1949 82 882 Personen. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.), Die Wahl zum ersten Bundestag, 1953, S. 2.

Maurer, der das Wahlkreisbüro leitete[26], waren aus den Reihen von »Christ und Welt« noch Klaus Harpprecht und Erwin Haupt hinzugestoßen.[27] Die Unterstützung dieser Männer beschränkte sich dabei nicht nur auf die Koordinierung der Wahlkampfaktivitäten, sondern sie umfaßte auch deren Finanzierung. Der Einsatz des persönlichen Umfelds des Kandidaten war nötig, da die lokalen christdemokratischen Gruppierungen der Kreise Backnang und Schwäbisch Hall weder über den notwendigen Organisationsapparat noch die Mitgliederzahlen verfügten, um allein die Vorbereitung der Parteiveranstaltungen über einen Zeitraum von zwei Wochen bewerkstelligen zu können.[28] Da seitens des CDU-Generalsekretariates aufgrund der prekären finanziellen Situation der Partei über die Bereitstellung von Informationsmaterial hinaus nur eine geringe Mittelzuweisung erfolgen konnte[29], war die Privatinitiative des Kandidaten gefragt.[30] Auch die Unterstützung mit überregional bekannten CDU-Politikern als zugkräftige Wahlkampfredner beschränkte sich auf ein Minimum; der Oberkonsistorialrat zeichnete weitgehend allein für seine Veranstaltungen verantwortlich. Lediglich am Tag vor der Wahl erhielt Eugen Gerstenmaier Hilfestellung von prominenter Seite: Ludwig Erhard, der sich zunächst als bayerischer Wirtschaftsminister und später durch die Währungsreform in seiner Eigenschaft als Direktor der Wirtschaftsverwaltung in weiten Teilen der Bevölkerung den Ruf erworben hatte, ein tatkräftiger und erfolgreicher Ökonom zu sein, warb in Gerstenmaiers Wahlkreis um Stimmen für die CDU. Erhard kandidierte für den badischen Wahlkreis Ulm-Heidenheim und hatte sich bereit erklärt, vor allem die wirtschaftspolitischen Anliegen Eugen Gerstenmaiers zu unterstützen.[31] Die gemeinsame Kundgebung wurde unter freiem Himmel auf dem Marktplatz in Backnang abgehalten. Während Gerstenmaier die Gelegenheit nutzte, sich einem breiten Publikum zu präsentieren, konzentrierten sich die Ausführungen Erhards weit-

---

[26] In einem Schreiben an die Bundestagsverwaltung bestätigte Eugen Gerstenmaier am 13. Februar 1950, daß er seit mehreren Monaten ein von Hermann Maurer geleitetes Sekretariat in seinem Wahlkreis unterhielt. ACDP, I-210–014/1.

[27] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 297.

[28] In einem Vermerk vom 16. Juli 1949 bezifferte Hermann Maurer die Zahl der Orts- und Kreisparteien in Backnang und Schwäbisch Hall auf rund 100, und er unterstrich ferner, daß die CDU weder in Backnang noch in Schwäbisch Hall über einen »einsatzfähigen« Parteiapparat zur Abwicklung des Wahlkampfes verfügte. ACDP, I-210–014/2.

[29] Die auf der Sitzung des Wahlrechtsausschusses der CDU am 19. Mai 1949 noch als katastrophal bezeichnete finanzielle Lage der Partei verbesserte sich zwar durch Spenden aus Industrie und Wirtschaft. Allerdings liegen keine konkreten Zahlen über die Höhe des Budgets vor. Ferner ist nicht detailliert nachzuzeichnen, wie weitgehend die Landesverbände über die Bereitstellung von Werbematerialien hinaus unterstützt wurden bzw. nach welchen Kriterien eine Verteilung der Gelder an die Landesparteien erfolgte. Vgl. U. Wengst, Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf, 1986, S. 47–50.

[30] Paul Collmer vermerkte in einer internen Notiz an den Juristen des Hilfswerks, Rinck, vom 19. August 1949, daß der Freundeskreis von Gerstenmaier die Mittel für den Wahlkampf bereitgestellt hatte. ACDP, I-210–014/2.

[31] Ludwig Erhard erwies sich als einer der emsigsten Wahlkämpfer für die Christdemokraten. Im Verlauf des Wahlkampfes 1949 absolvierte er 90 Veranstaltungen für die CDU. Vgl. V. Hentschel, Ludwig Erhard, 1996, S. 86–87.

gehend auf die allgemeinwirtschaftliche Lage Deutschlands und die Werbung für sein Konzept der sozialen Marktwirtschaft.[32]

Generell jedoch rückte der Austausch sachbezogener Argumente bei der mit harten Bandagen geführten Auseinandersetzung in den Hintergrund.[33] Besonders in der Kontroverse zwischen Schuster und Gerstenmaier wurden rauhe Töne angeschlagen. Selbst vor persönlicher Diffamierung machten die Kontrahenten nicht halt. So hatte der DVP-Kandidat beispielsweise nach Beendigung der CDU-Veranstaltung mit Ludwig Erhard am 13. August mittels Lautsprecherwagen verkünden lassen, daß ihn Gerstenmaier mit Geld zu bestechen und ihn zur Aufgabe seiner Kandidatur zu bewegen versucht habe. Die von Schuster zudem verteilten Flugblätter endeten mit dem Satz: »Lasst Euch nicht für die selbstsüchtigen Zwecke eines auswärtigen Mannes missbrauchen.«[34] Diese Anschuldigungen des DVP-Politikers, die von der Lokalpresse aufgegriffen wurden[35], wies Eugen Gerstenmaier zwar entschieden zurück, er mußte gleichwohl einräumen, daß auf Initiative der Landesleitungen von CDU und DVP ein Treffen zwischen beiden Kontrahenten unter vier Augen stattgefunden hatte. Gerstenmaier bestritt indes jegliche Vorwürfe, er habe bei dieser Gelegenheit Schuster finanzielle Zusicherungen im Falle seines Rückzugs unterbreitet. Da der DVP-Kandidat seine Vorwürfe nicht mit Belegen zu untermauern vermochte, ließen sich die Anschuldigungen gegen den Kirchheimer nicht länger aufrechterhalten. Inwieweit der Angriff auf die persönliche Integrität Gerstenmaiers trotzdem Einfluß auf das Wahlverhalten hatte, ist ebenso schwer zu beurteilen wie die Frage, welcher Kandidat die über eine sachpolitische Auseinandersetzung hinausgehende Schärfe zuerst in den Wahlkampf eingebracht hatte.[36] Eugen Gersten-

---

[32] Murrtal-Bote vom 15. August 1949.

[33] Hier sollen nur einige wenige Beispiele aus dem CDU-Wahlkampfmaterial angeführt werden, die sich gegen die beiden Hauptkonkurrenten Gerstenmaiers von der DVP und SPD, Schuster und Lachenmaier, richteten: »Bauer! Die SPD ist Schuld daran, dass der Wahltermin mitten in Deine Erntezeit auf den 14. August verlegt wurde. Tausend Bauernstimmen sollten damit ausfallen. Bauer, gib der SPD die Quittung. Nun erst recht! Wähle CDU/CSU« bzw. »Bauer! Bei Nr. 1 CDU mach Deinen Bleistiftstrich. Seit wann verficht die DVP denn deine Sache. Schuster muß der Rechtsanwaltspartei nur den Vorspann machen.« ACDP, I-210–014/2.

[34] Notiz Paul Collmers an den Juristen des Hilfswerks, Rinck, vom 19. August 1949. ACDP, I-210–014/2.

[35] Das in Stuttgart erscheinende liberale Blatt »Das neue Vaterland« griff in einem »Forsches Christentum« betitelten Artikel vom 17. August 1949 die Vorwürfe Schusters auf. Die Anschuldigungen des DVP-Kandidaten wurden von dem Blatt sogar nach verschärft, indem Gerstenmaier vorgeworfen wurde, er habe Mittel und Mitarbeiter des Hilfswerks für seine Wahlkampfzwecke eingesetzt.

[36] Die Diffamierungen beschränkten sich im übrigen nicht nur auf die Auseinandersetzung zwischen Gerstenmaier und Schuster. Das ehemalige CDU-Mitglied Georg Hermann aus der Gemeinde Eutendorf im Landkreis Backnang hatte die Wahl Eugen Gerstenmaiers offiziell angefochten. Als Gründe für diesen Schritt gab Hermann an, Gerstenmaier habe seine NSDAP-Mitgliedschaft verschwiegen, er sei Anhänger der Monarchie und aufgrund seiner politischen Auffassungen als »Abenteurer« für die CDU untragbar. Der Einspruch Hermanns, der seine Wahlanfechtung über zwei Jahre lang aufrechterhalten hatte, wurde erst Anfang Dezember 1951 vom Wahlprüfungsausschuß des Bundestages zurückgewiesen. Protokoll der mündlichen Verhandlung des Wahlprüfungsausschusses vom 7. Dezember 1951. ACDP, I-210–014/1.

maier betonte stets, persönliche Angriffe gegen jeden seiner Mitbewerber vermieden zu haben. Dennoch war ihm eine gewisse Schlitzohrigkeit im Verlauf seiner Wahlkreisarbeit nicht abzusprechen: In dem Wissen, daß die Wahl auf des Messers Schneide stand, wurden im Stuttgarter Zentralbüro Vorbereitungen getroffen, um rund 100 Hilfswerksmitarbeitern die Stimmabgabe im Wahlkreis 10 zu ermöglichen[37], und somit zum Erfolg Gerstenmaiers, der nicht auf der Landesliste abgesichert war[38], beizutragen. Dieses – damals legale – Vorgehen verdeutlicht, daß Eugen Gerstenmaier durchaus gewillt war, Ressourcen, die ihm in seiner Eigenschaft als Leiter des Hilfswerks zur Verfügung standen, einzusetzen, um das Mandat für die CDU zu erringen.

Der knappe Wahlausgang bestätigte die Bedenken des Umfelds von Gerstenmaier und rechtfertigte das Bemühen seiner Wahlkampfmannschaft, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln um Stimmen zu ringen. Nach Auszählung der Stimmzettel am Abend des 14. August 1949 hatte sich Eugen Gerstenmaier mit einem Vorsprung von nur 617 Stimmen gegen den DVP-Kandidaten Georg Schuster durchgesetzt.[39] Überraschenderweise hatte die Flüchtlingsgruppierung »Notgemeinschaft« dem sozialdemokratischen Kandidaten Hermann Lachenmaier den Rang abgelaufen und war mit rund 19% drittstärkste politische Kraft geworden. Eugen Gerstenmaier mußte anerkennen, daß die von dem Politologen Fritz Kleiner geführte »Notgemeinschaft« das Gros der Vertriebenen für sich hatte gewinnen können und damit ein bedeutendes Wählerpotential für die CDU verlorengegangen war.[40] Der Vergleich zum Abschneiden der Christdemokraten bei den Landtagswahlen im November 1946 bestätigt diese Analyse. Die CDU hatte einen herben Rückschlag erlitten und über 12% verloren.[41] Bei der Interpretation des Wahlergebnisses

---

[37] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 297.

[38] Das Zögern Gerstenmaiers und seine späte Entscheidung für den Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall anzutreten, hatten seine Absicherung auf der nord-württembergischen Landesliste vereitelt, da die entscheidenden Sitzungen für die Listenaufstellung bereits erfolgt waren und der Parteivorsitzende Simpfendörfer ein nochmaliges Einberufen des Parteivorstandes zur Änderung der Landesliste ablehnte. Schreiben Paul Collmers an Eugen Gerstenmaier vom 20. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[39] Bei der Wahl zum ersten Bundestag stand den Wählerinnen und Wählern nur eine Stimme zur Verfügung.

[40] In einem nach seinem Wahlsieg im Haller Tagblatt publizierten Schreiben an die Bevölkerung des Wahlkreises 10 hatte Eugen Gerstenmaier darauf verwiesen, daß er es bedauert habe, gegen eine Flüchtlingspartei zu kandidieren. Er hatte hinzugefügt, daß er sich verpflichtet fühle, nicht nur für die »10 000, die mir in meinem eigenen Wahlkreis die Stimme verweigert haben, sondern im Hinblick auf die Millionen deutscher Flüchtlinge, deren Stimmen verloren gehen, in den Mittelpunkt meiner Arbeit auch weiterhin die Sorge für die deutschen Heimatlosen und Vertriebenen zu stellen«. Rundschreiben an die Wahlberechtigten im Kreis Backnang-Schwäbisch Hall vom 15. August 1949. ACDP, I-210–014/2.

[41] Im Vergleich zu den Landtagswahlen 1946 hatten die Sozialdemokraten einen deutlichen Verlust von über 8% erlitten. Die ohnehin in Backnang-Schwäbisch Hall nur über einen geringen Rückhalt verfügende KPD büßte ebenso Stimmen ein und erreichte bei der Bundestagswahl nur 4,1%. Eindeutiger Wahlgewinner war die erstmals im Wahlkreis 10 angetretene »Notgemeinschaft«, und auch die DVP konnte mit ihrem Kandidaten Schuster mehr als 6% zulegen. Statistische Zusammenstellung

wurde deutlich, daß Eugen Gerstenmaier in den ländlich strukturierten Gebieten seinem DVP-Konkurrenten eindeutig unterlegen war, während er in den größeren Städten die Wahl zu seinen Gunsten entscheiden konnte.[42] Offenbar wurden die intellektuelle Art Gerstenmaiers, seine Leitungserfahrung und seine internationalen Kontakte in urbanen Regionen anerkannt, wohingegen die Mehrheit der Wählerschaft in den agrarwirtschaftlich dominierten Landstrichen ihre Anliegen durch den ihnen vertrauteren liberalen Kandidaten Schuster besser vertreten sah. Das Eingehen auf die spezifische Interessenlage der bäuerlichen Bevölkerung fiel dem Kirchheimer auch in der Folgezeit schwer. Ein starkes Eintreten des Bundestagsabgeordneten Gerstenmaier für nord-württembergische Belange in der Bundeshauptstadt war nicht zu erkennen; wie überhaupt die Wahlkreisarbeit eher zu den Randerscheinungen in seinem politischen Tagwerk zählte. Zwar klammerte der 44jährige die Sorgen und Nöte seines Wahlkreises nicht aus, sie bildeten aber keineswegs den Fokus seiner politischen Arbeit.

3. Der Parlamentarier

Unmittelbar nach der Wahl hatte Eugen Gerstenmaier zunächst dafür Sorge zu tragen, daß in seiner Abwesenheit das Hilfswerk weitergeführt wurde. Herbert Krimm[1], den Gerstenmaier bereits seit seiner Arbeit für das Kirchliche Außenamt kannte, wurde auserkoren die Leitungsaufgabe für die Zeit zu übernehmen, in der Gerstenmaier in Bonn weilte.[2] Einen Rückzug aus dem Stuttgarter Zentralbüros hatte Eugen Gerstenmaier trotz seiner politischen Ambitionen nie in Erwägung gezogen. Für diese Haltung gab es mehrere Gründe. Zunächst hatte er 1949 in Verkennung der zeitlichen Beanspruchung durch die politische Arbeit geglaubt, sein Bundestagsmandat im »großen und ganzen«[3] nebenamtlich ausüben und mit seiner

---

des Murrtal-Boten vom 15. August 1949 sowie des CDU-Kreisverbandes Backnang vom 24. November 1946. ACDP, II-051–037.

[42] Gerstenmaier erlitt nur in den Städten Gaildorf und in Murrhardt eine Niederlage. In den im Kreis Schwäbisch Hall gelegenen Städten Ilshofen und Vellberg vermochte sich Eugen Gerstenmaier gegenüber seinen Mitbewerbern eindeutig durchzusetzen. In Schwäbisch Hall, mit 11656 Wahlberechtigten die größte Stadt des Wahlkreises, hatte der Theologe mit 37,5% die Wahl ebenfalls für sich entschieden. Gerstenmaier errang hier 2269 Stimmen mehr als Schuster, der hinter der SPD und der »Notgemeinschaft« nur 11,3% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die klare Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in Schwäbisch Hall bestimmte den Wahlausgang. Statistische Angaben aus: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.), Die Wahl zum ersten Bundestag, 1953, S. 6–7 und S. 22–23.

[1] Der am 6. November 1905 geborene Theologe Herbert Krimm war seit 1946 Leiter der Abteilung kirchlicher Wiederaufbau im Stuttgarter Zentralbüro.

[2] Der ursprünglich von Bischof Dibelius für diese Aufgabe favorisierte Robert Tillmanns, der das Berliner Hilfswerksbüro geleitet hatte, war ebenfalls für die CDU in den ersten Bundestag eingezogen. Schreiben Otto Dibelius an Gerstenmaier vom 22. Juli 1949. ACDP, I-210–014/2.

[3] In einem Schreiben an den Präsidenten des Diakonischen Werkes der EKD, Theodor Schober, vom 18. Januar 1980 führte Eugen Gerstenmaier aus: »Als ich 1949 in den Bundestag ging, war ich

Hilfswerkstätigkeit vereinbaren zu können. Sein Festhalten an der Arbeit für die EKD verdeutlicht ferner, daß er den Wechsel nach Bonn zunächst durchaus als temporär betrachtete und sich eine Rückkehr in die Dienste der Kirche vorbehielt. Das wohl entscheidendste Motiv Gerstenmaiers für die Beibehaltung seiner Tätigkeit in der kirchlichen Wohltätigkeitsorganisation war jedoch sein Bestreben, seine politische Laufbahn nur aus einer wirtschaftlich gesicherten Situation heraus zu beschreiten.[4] Um seine Unabhängigkeit in Bonn wahren zu können, erschien ihm die Rückversicherung, eines kirchlichen Beschäftigungsverhältnisses als unverzichtbar.[5]

Überschattet wurde Gerstenmaiers Einzug in den Bundestag von Gerüchten, die sich um seinen Wahlkampf rankten. Hartnäckig hielten sich Anschuldigungen, die ihm eine unsaubere Finanzierung seiner Kampagne unterstellten. Der Vorwurf stammte nicht aus dem Kreis der politischen Mitbewerber Gerstenmaiers, sondern hatte seinen Ursprung innerhalb der EKD. Anläßlich einer Konferenz der württembergischen Bezirksstellenleiter des Hilfswerks Ende September 1949 wurde die im Wahlkreis Gerstenmaiers kolportierte Beschuldigung, er habe seinen Wahlkampf mit Geldern des Hilfswerks bestritten, erstmalig öffentlich vorgebracht.[6] Der Stuttgarter Oberkirchenrat Pressel nahm diesen Vorwurf auf und verlangte eine Stellungnahme Gerstenmaiers, da er negative Auswirkungen auf die bevorstehenden Kirchensammlungen zugunsten des Hilfswerks in den Gemeinden seiner Landeskirche befürchtete.[7] Es zeigte sich jedoch bald, daß die Anschuldigungen jeglicher Grundlage entbehrten, und Eugen Gerstenmaier konnte mit einer entschiedenen Zurückweisung des Vorwurfs die Bedenken Pressels beseitigen. Obwohl dieser Zwischenfall keine direkten Konsequenzen für Gerstenmaiers politische Karriere hatte, wurde deutlich, daß seine Kritiker innerhalb der evangelischen Kirche die ersten Schritte des Theologen in der Politik mit Argusaugen beobachteten.

In dem noch von Zerstörung und Wiederaufbaubemühungen gezeichneten Bonn machte sich Eugen Gerstenmaier zunächst auf die Suche nach einer Bleibe.[8] In Godesberg wurde er nach einiger Mühe fündig und bezog ein Zimmer, von dem aus er

---

ohne parlamentarische Erfahrung und hatte zunächst angenommen, dass die Wahrnehmung meines Mandats im großen und ganzen nebenamtlich erfolgen könnte.« ACDP, I-210–042/2.

[4] Brief Eugen Gerstenmaiers an Otto Dibelius vom 8. September 1951. ACDP, I-210–035/1.

[5] Otto Dibelius war es gelungen, den Verwaltungsrat des Hilfswerks davon zu überzeugen, daß in der Hilfswerksleitung trotz Gerstenmaiers politischem Standbein vorläufig keine Änderung erfolgen sollte. Vgl. Rundschreiben Georg Federers an die Hilfswerksbevollmächtigten vom 8. August 1949, in dem er die Entscheidung des Verwaltungsrates vom 2. August 1949 mit den Worten zitierte, daß das Gremium »keinerlei Veranlassung [habe, D. G.], in der Leitung des Hilfswerks zur Zeit eine Änderung eintreten zu lassen.« Zitiert nach: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 314.

[6] Pikanterweise war diese Anschuldigung von einem Pfarrer aus Gaildorf, dem Städtchen, in dem Gerstenmaier sein Vikariat absolviert hatte, in Umlauf gesetzt worden. Notiz Paul Collmers vom 29. September 1949. ADW, ZB 13.

[7] Brief Herbert Krimms an Wilhelm Pressel vom 30. September 1949. ADW, ZB 13.

[8] Einen mehr essayistischen als historisch fundierten Überblick über die Baumaßnahmen am Bundeshaus bzw. zur Wohnsituation der Abgeordneten im Sommer 1949 liefert der Beitrag des Journalisten Otto Schumacher-Hellmond. Vgl. O. Schumacher-Hellmond, Bonns Trümpfe, in: R. Pörtner (Hg.), Kinderjahre der Bundesrepublik Deutschland, 1992, S. 56–75.

die Strecke zum Bundeshaus zu Fuß bewältigen konnte.[9] Die Anfangsschwierigkeiten, mit denen sich die Parlamentarier in Bonn auseinander zu setzen hatten, beschränkten sich jedoch nicht allein auf die Unterbringung in adäquatem Wohnraum. Besonders im Hinblick auf die Arbeitsstätten für die insgesamt 408 Parlamentarier[10] lag noch vieles im argen. Der Plenarsaal war ebenso wie die Fraktionszimmer noch nicht fertig gestellt. Die CDU konnte deshalb ihre konstituierende Fraktionssitzung nicht im Bundeshaus abhalten, sondern mußte auf den Saal des Bonner Bürgervereins ausweichen.[11] Vor allem der Mangel an Büroräumen erlaubte es den Abgeordneten kaum, sich angemessen ihrer politischen Arbeit zu widmen und bremste damit den Elan der Parlamentarier der ersten Stunde merklich. So hatte sich die CDU als die größte Fraktion im Deutschen Bundestag mit 120 Mitgliedern[12] mit insgesamt sieben Zimmern zu bescheiden.[13]

Es dauerte nicht lange, bis Eugen Gerstenmaier gegen die schlechten Arbeitsbedingungen Sturm zu laufen begann. Dabei zählte er durchaus zu den privilegierten Mandatsträgern, denn ihm stand bei Bedarf der Organisationsapparat der Stuttgarter Hilfswerkszentrale zur Verfügung, den er auch außerhalb der Sitzungsperioden des Bundestages nutzen konnte. Dennoch entschloß er sich Ende Februar 1950, schriftlich bei seinem Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano Beschwerde zu führen. Gerstenmaier erklärte sich in seinem Brief zum Wortführer des »einfachen Fussvolk[s]«[14] im Bundestag und warf in seinem Ärger über die räumliche Beengtheit Brentano sogar vor, die Fraktion habe sich nicht mit der erforderlichen Energie für eine Verbesserung des Raumangebots eingesetzt.[15]

---

[9] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 301.

[10] Diese Zahl umfaßt auch die acht Berliner Abgeordneten. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, 2000, S. 379.

[11] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 301.

[12] Die Christdemokraten hatten auf Bundesebene bei der Wahl vom 14. August 1949 25,2% der Stimmen und damit 4% weniger als die SPD auf sich vereinigen können. Nach der Bildung einer Fraktionsgemeinschaft mit der CSU, die 5,8% errungen hatte, bildete die CDU/CSU die stärkste Fraktion mit insgesamt 144 Mandatsträgern (einschließlich 5 Berliner Abgeordneter). Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.), Zusammenstellung »Wahlberechtigte, Wähler, Stimmabgabe und Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen seit 1949«, VIII-014/11 vom 9. November 1998.

[13] Der CDU-Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano schlug im Februar 1950 vor, daß sich die Abgeordneten entsprechend ihrer landsmannschaftlichen Zugehörigkeit die zur Verfügung stehenden sieben Räume teilen sollten. Ein Büro beherbergte diesen Überlegungen folgend dann zwischen 12 und 19 Parlamentarier. Schreiben Heinrich von Brentanos an die CDU-Bundestagsabgeordneten vom Februar 1950. Zitiert nach: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1993, S. XXXI.

[14] Die zur Verfügung stehenden sieben Zimmer wurden von insgesamt 93 Abgeordneten genutzt. Vorhanden waren des weiteren Empfangsräume der Fraktion sowie ein Ruheraum für die Parlamentarier. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 27. Februar 1950. ACDP, I-210–014/1.

[15] Gerstenmaier führte unter anderem aus: »Ich finde, dass die Gutwilligkeit bei vielen Abgeordneten vorhanden ist, aber dass der Betrieb gerade deshalb unerhört abstumpft, weil sich die Leute nicht wenigstens für halbe Stunden oder Stunden zur strengen Arbeit mit Besinnung an einen Schreibtisch zurückziehen können.« Ebd.

Trotz der widrigen Rahmenbedingungen, gegen die sich Gerstenmaier zur Wehr setzte, waren die Abgeordneten bestrebt, die anstehenden Probleme des Wiederaufbaus zu lösen, wie die Zahl der vom Parlament verabschiedeten Gesetze belegte, die nie größer war als in den ersten vier Jahren.[16] Die daraus resultierende zeitliche Beanspruchung der rund 400 Mandatsträger war enorm; es fanden in der Woche bis zu drei Plenarsitzungen statt. Hinzu kamen die vorbereitenden Fraktionssitzungen sowie die Zusammenkünfte der 40 ständigen Ausschüsse.[17] Aufgrund mangelnder Routine und verbesserungsbedürftiger Fraktionsarbeit gestaltete sich der parlamentarische Arbeitsalltag zudem schleppend. Erst allmählich wurde durch einen effizienteren Ablauf der Plenums- und Ausschußsitzungen[18] und eine Verbesserung der Organisationsformen in den Fraktionen[19] eine reibungslosere parlamentarische Arbeit ermöglicht.

Dies war ganz im Sinne Eugen Gerstenmaiers, der schon Anfang 1950 eine Straffung der Bundestagsorganisation gefordert hatte.[20] Aber nicht nur aufgrund seiner Anprangerung der unzumutbaren Arbeitsbedingungen machte er rasch von sich reden. Sein Tatendrang zeigte sich auch in Details, wie sein Engagement für die Einführung eines interfraktionellen Gebetskreises belegt. Eugen Gerstenmaier hatte dabei im Frühjahr 1950 eine unter den Parlamentariern bereits diskutierte Anregung aufgegriffen und für die Realisierung einer allen Abgeordneten offen stehenden christlichen Morgenfeier an den Sitzungstagen Sorge getragen.[21] Seine pragmatische und zupackende Art trug wohl auch dazu bei, daß er innerhalb seiner

---

[16] In der ersten Legislaturperiode verabschiedete der Deutsche Bundestag 545 Gesetze. Vgl. Datenhandbuch, 2000, S. 2387.

[17] Die Zahl der Ausschußsitzungen belief sich in der ersten Legislaturperiode auf 5 111. Im Vergleich zu den 36 Ausschüssen im ersten Bundestag, gab es in der 12. Wahlperiode 24 ständige Ausschüsse, die sich zu insgesamt 2584 Sitzungen zusammenfanden. Zu den ständigen Ausschüssen hatte der Bundestag zwischen 1949 und 1953 noch zwei Sonderausschüsse sowie neun Untersuchungsausschüsse gebildet. Datenhandbuch, 2000, S. 2022 f.

[18] Das Parlament sah die Notwendigkeit einer Reform der bislang gültigen parlamentarischen Gepflogenheiten und beschloß am 6. Dezember 1951 eine vorläufige Geschäftsordnung, die am 1. Januar 1952 wirksam wurde.

[19] Vgl. unter anderem die Vorschläge des politischen Referenten der CDU/CSU-Fraktion, Helmut Tewaag, hinsichtlich einer effizienteren Fraktionsarbeit. Schreiben Helmut Tewaags an die Mitglieder des CDU-Fraktionsvorstands vom 28. Februar 1950. ACDP, I-210–014/1.

[20] In einem Schreiben an von Brentano, in dem Gerstenmaier die räumliche Enge im Bundeshaus beklagte, verwies er auch auf die Notwendigkeit, die Parlamentsarbeit besser zu strukturieren. »In den Ausschüssen [...]«, so Gerstenmaier, »beobachte ich mit steigender Besorgnis, wie zwar immer noch Propaganda-Anträge en masse auf den Tisch geworfen werden, denen aber sehr wenig Ideen, Einfälle und Anregungen, die Hand und Fuss haben, zu Grunde liegen. Das liegt zum Teil daran, dass sich auch diejenigen, die gelegentlich noch einen wirklichen Einfall haben und die gewillt sind, eine Initiative streng und korrekt bis zur Verwirklichung zu verfolgen, an einen anderen Betrieb gewöhnt werden müssen, den man nur als allgemeines Schwimmen bezeichnen kann.« Brief Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 27. Februar 1950. ACDP, I-210–014/1.

[21] An den rund zehnminütigen Morgenfeiern im Bundesratssaal beteiligten sich ab April 1950 über Gerstenmeier hinaus seine Parteifreunde Heinrich von Brentano und Gottfried Leonhardt. Seitens der SPD unterstützten die Parlamentarier Carlo Schmid, Fritz Baade und Fritz Wenzel, von der FDP Hans Wellhausen und Karl Georg Pfleiderer sowie schließlich Hans-Joachim von Merkatz von der

Partei rasch zu einem geachteten Fraktionsmitglied aufstieg. Der mit 43 Jahren zur Garde der jüngeren Abgeordneten zählende Gerstenmaier[22] machte seine fehlende parlamentarische Erfahrung durch die Sachkenntnis wett, die er im Verlauf seiner vierjährigen Leitungstätigkeit beim Hilfswerk der Evangelischen Kirche erworben hatte.

Deutlich wurde gleichfalls, daß der Parlamentsneuling kein Blatt vor den Mund nahm und seine Meinung im Fraktionskreis offen vertrat. Bei der Diskussion über die Besetzung des Innenministeramtes wurde Gerstenmaier Mitte September 1949 gemeinsam mit Hermann Ehlers und Gerd Bucerius zum Wortführer der evangelischen Abgeordneten[23], die zur Wahrung der konfessionellen Ausgewogenheit auf die Benennung des Präses der EKD, Gustav Heinemann, drängten.[24] Mit diesem Votum war der Konflikt mit Konrad Adenauer vorprogrammiert, der seinen alten Vertrauten Heinrich Weitz bzw. den ehemaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr mit dieser Position betrauen wollte.[25] Am Tag vor seiner Wahl zum Bundeskanzler versuchte Adenauer im Anschluß an die Fraktionssitzung, in kleiner Runde die Widerstände gegen seine Kandidaten zu brechen. Doch der Kreis um Gerstenmaier beharrte auf seinem Standpunkt. Im Zeichen der anstehenden Kanzlerwahl und angesichts der äußerst knappen Mehrheitsverhältnisse lenkte Konrad Adenauer schließlich ein und berief Heinemann in sein Kabinett. Allerdings sollte sich die Durchsetzung ihrer Forderung für die evangelischen Fraktionsmitglieder als Pyrrhussieg erweisen, denn Gustav Heinemanns blieb nur bis Oktober 1950 im Amt und Robert Lehr trat die Nachfolge des aus Verärgerung über Adenauers Remilitarisierungskurs zurückgetretenen Heinemann an. Die Kontroverse um die Besetzung des Innenministeriums war auch deshalb von Bedeutung, da sie eine der wenigen Auseinandersetzungen zwischen Eugen Gerstenmaier und Konrad Adenauer in der ersten Wahlperiode markierte. Personalpolitische Unstimmigkeiten zwischen ihm und dem Kanzler blieben auf diesen Anlaß beschränkt, da Gerstenmaier bei den in der Folge anstehenden Personalentscheidungen keine aktive Rolle spielte.[26] Generell war die Unterstützung der Politik Adenauers durch Eugen Gerstenmaier in den ersten vier Jahren seiner Parlamentszugehörigkeit uneingeschränkt. Besonders

---

DP-Fraktion Gerstenmaiers Initiative. Mitteilung Eugen Gerstenmaiers an die Fraktionsvorsitzenden vom 24. März 1950. ACDP, I-210–014/1.

[22] In der ersten Legislaturperiode betrug das Durchschnittsalter der Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion 51,5 Jahre. Angabe aus: Datenhandbuch, 2000, S. 564.

[23] 48 Abgeordnete, d. h. rund ein Drittel der CDU/CSU-Fraktion, waren Protestanten. Angabe aus: Die CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. XVI.

[24] Tagebucheintrag Krones vom 15. September 1949. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 75.

[25] H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, 1994, S. 629.

[26] Bei der anstehenden Bundespräsidentenwahl hatte sich Gerstenmaier frühzeitig auf Theodor Heuss festgelegt. Damit waren Sondierungsversuche der CSU, Eugen Gerstenmaier in die Gruppe der dem Liberalen Heuss kritisch gegenüber eingestellten Parlamentarier einzureihen, zum Scheitern verurteilt. Notiz (ohne Verfasser) für Josef Müller vom 9. September 1949. ACSP, NL Josef Müller, D 50. Ein Tagebucheintrag Herbert Blankenhorns vom 12. September 1949 belegt, daß eine Gruppe um Josef Müller noch am Tag der Bundespräsidentenwahl innerhalb der Fraktion ihre Angriffe gegen Heuss fortgesetzt hatte. H. Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, 1980, S. 57.

deutlich wurde dies bei der Nominierung des Kanzlers und in der Koalitionsfrage. Für Gerstenmaier, der einer vom Fraktionsvorstand gebildeten Kommission zur Kür des Unionskanzlerkandidaten angehörte, gab es keine Alternative zum Mann aus Rhöndorf.[27] Eine Kandidatur Friedrich Wilhelm Holzapfels, der vor allem von nordrhein-westfälischen Abgeordneten ins Spiel gebracht worden war, lehnte Gerstenmaier ab.[28] Auch im Verlauf der Koalitionsgespräche bezog der Kirchheimer eindeutig Stellung. Die Bildung einer Großen Koalition verwarf er, da er sich hauptsächlich am Wirtschaftskonzept der Sozialdemokraten rieb. Ebenso wie bei der Nominierung eines Kandidaten für das höchste Staatsamt übte Gerstenmaier jedoch keinen bedeutenden Einfluß in der Frage der Regierungsbildung aus. Die Weichen für die Wahl des Bündnispartners waren schon im Verlauf der Rhöndorfer Konferenz am 21. August 1949, zu der Gerstenmaier nicht eingeladen worden war, in Richtung FDP und Deutsche Partei (DP) gestellt worden.

Wenngleich der schwäbische Oberkonsistorialrat 1949 noch nicht zu den Vertrauten Adenauers oder zur Gruppe der Meinungsführer zählte, wurde der 43jährige aufgrund seiner Tatkraft und der abseits der Politik erbrachten Leistungen innerhalb der Fraktion geschätzt. Die Tatsache, daß er als Mitherausgeber einer angesehenen Wochenzeitung fungierte, trug zu seiner Wertschätzung sicherlich ebenso bei. Der Respekt, den sich Gerstenmaier bei seinen Parteifreunden erarbeitet hatte, verschaffte ihm einen Sitz im Fraktionsvorstand. Obgleich die Verteilung der Plätze im Vorstand überwiegend nach landsmannschaftlichem Proporz[29] vorgenommen wurde, gelang es ihm, ohne Protektion durch den südwestdeutschen Abgeordnetenkreis am 1. September 1949 in dieses bedeutsame innerparteiliche Gremium[30] aufgenommen zu werden, da die CSU auf Initiative von Franz Josef Strauß auf den ihr zustehenden Sitz verzichtet hatte.[31]

Gerstenmaiers pragmatische Herangehensweise bei der Wiederaufbauarbeit und das Renommee, das er sich auf dem Gebiet der Flüchtlingshilfe erworben hatte, ließen ihn darüber hinaus zum potentiellen Vertriebenenminister avancieren, zumal seine Berufung auch unter Berücksichtigung des Konfessionsproporzes von Adenauer befürwortet wurde. Ein entsprechendes Angebot des Regierungschefs lehnte Eugen Gerstenmaier jedoch ab. Als offiziellen Grund führte er an, daß er es für besser halte, einen Vertriebenen an die Spitze dieses Ressorts zu berufen. Aus-

---

[27] Generell war der Spielraum bei der Bestimmung des Kanzlerkandidaten für die CDU/CSU-Abgeordneten aufgrund der Dominanz Adenauers außerordentlich gering. Schüttemeyer urteilte diesbezüglich sogar: »Nie wieder hat eine Fraktion eine derart geringe Rolle bei der Auswahl des Kanzlers gespielt wie die CDU/CSU-Fraktion 1949 – entgegen der Rhetorik der Akteure.« S. Schüttemeyer, Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1997, 1998, S. 115.

[28] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 303.

[29] Ebd., S. 302.

[30] So mußten alle aus der Fraktion kommenden Vorschläge zunächst dem Fraktionsvorstand unterbreitet werden. Ferner kam dem Vorstand – dies wurde allerdings weniger konkret in der Satzung formuliert – ein bestimmtes Maß an Kontrolle über die politische Gesamtentwicklung der Fraktion zu. Vgl. ausführlich zum Fraktionsvorstand: Die CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. XXXVIII–XLIII.

[31] F. J. Strauss, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 153.

schlaggebend für seine Ablehnung war aber vielmehr, daß der Wechsel auf die Regierungsbank den Rückzug von der Leitung des Hilfswerks nach sich gezogen hätte.[32] Zum Abbruch der Brücken zur EKD war der Oberkonsistorialrat allerdings noch nicht bereit, da er dem »politischen Geschäft« durchaus mißtraute und er darauf bedacht war, sich nicht zu sehr in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Tagespolitik zu begeben. Die Ablehnung eines Ministersessels war vor allem eine Enttäuschung für den Freundes- und Mitarbeiterstab Eugen Gerstenmaiers, der tatkräftig an dessen Bundestagskandidatur mitgearbeitet hatte.[33] Doch dessen Entscheidung war unumstößlich und der Schlesier Hans Lukaschek, der zu diesem Zeitpunkt nicht dem Bundestag angehörte[34], wurde von Adenauer mit dieser Aufgabe betraut.

Der Parlamentarier Gerstenmaier engagierte sich in der ersten Legislaturperiode besonders in der Ausschußarbeit.[35] So war er Mitglied der Ausschüsse für Heimatvertriebene sowie für Wiederaufbau- und Wohnungswesen.[36] Ferner hatte ihn der Fraktionsvorstand für den Berlin-Ausschuß[37] und den Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung[38] nominiert. Während sich Gerstenmaier im Vertriebenen- wie auch im Wiederaufbauausschuß prinzipiell der Fortführung seiner Hilfs-

---

[32] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Präsidenten des Diakonischen Werkes, Theodor Schober, vom 18. Januar 1980. ACDP, I-210–042/2.

[33] Der für »Christ und Welt« tätige Giselher Wirsing hatte wenige Tage nach der Bundestagswahl seine Glückwünsche an Eugen Gerstenmaier mit der Hoffnung verbunden, daß dieser das Wiederaufbau- bzw. Flüchtlingsministerium übernehmen werde. Brief Giselher Wirsings an Gerstenmaier vom 17. August 1949. ACDP, I-210–014/1.

[34] Die Übernahme eines Ministeramtes war nicht zwingend an ein Bundestagsmandat gebunden. Im ersten Deutschen Bundestag hatten neben Hans Lukaschek (Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte) auch Gustav Heinemann (Innenminister), Wilhelm Niklas (Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) sowie Hans Schuberth (Bundespostminister) die Führung eines Ressorts übernommen, ohne einen Sitz im Parlament innezuhaben. Vgl. Datenhandbuch 1949 bis 1982, 1983, S. 388.

[35] Ein Blick auf den Arbeitsrhythmus des Deutschen Bundestags in der ersten Wahlperiode macht deutlich, daß es aufgrund der hohen zeitlichen Beanspruchung der Abgeordneten kaum möglich war, während der Sitzungswochen eine zusätzliche Beschäftigung auszuüben. Lediglich jeder zweite Samstag war frei, ansonsten fanden Sitzungen der Ausschüsse, der Fraktion bzw. des Plenums nahezu an jedem Tag der Woche statt. Vgl. Datenhandbuch, 1983, S. 2006.

[36] Protokolle der Fraktionsvorstandssitzung vom 5. Oktober 1949. Die CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. 20–25. Ab 1951 gehörte Gerstenmaier außerdem dem neu ins Leben gerufenen Personalausschuß der CDU/CSU an, der 36 Personen umfaßte. Das Gremium hatte es sich zum Ziel gesetzt, bei der Neubesetzung vakanter Leitungspositionen in Ministerien und Dienststellen »geeignete Vorschläge« zu unterbreiten. Hierdurch sollte der Einfluß der Fraktion über die politischen Ämter hinaus auf den Verwaltungsapparat ausgedehnt werden. Protokoll der Sitzung des Personalausschusses vom 26. Oktober 1951. ACDP, I-210–014/1.

[37] Protokoll der Fraktionsvorstandssitzung vom 29. September 1949. Abgedruckt in: Die CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. 18. Darüber hinaus gehörte Gerstenmaier ab November 1951 dem auf Antrag der SPD eingerichteten Untersuchungsausschuß Nr. 47 an, der sich mit der Überprüfung eventueller Mißstände bei der Personalpolitik des Auswärtigen Dienstes beschäftigte. Vgl. Datenhandbuch, 2000, S. 2189.

[38] Zusammenstellung der CDU/CSU-Fraktion zu den Ausschußbesetzungen vom 10. Juli 1952. ACDP, I-210–014/1. Der gemäß Artikel 45 GG gebildete Ausschuß sollte die Rechte des Bundes-

werksarbeit widmete, entschied er sich mit seiner Mitarbeit im Ausschuß für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten[39], die Außenpolitik zu einer weiteren Säule seines politischen Wirkens zu machen. Gerstenmaiers Interesse an außen- und besonders europapolitischen Themen war seit seiner Beteiligung am Widerstand besonders ausgeprägt und er war von der Bedeutung der Rückführung Deutschlands in die Völkergemeinschaft und der Integration des befreiten Landes in eine europäische Gemeinschaft überzeugt.[40] Die Mitarbeit in diesem Gremium war dem Kirchheimer deshalb ein Herzensanliegen und bot ihm die Möglichkeit, an der Umsetzung einer der wesentlichen Forderungen des Kreisauer Kreises mitzuwirken: der friedlichen Einigung Europas.

Dem Auswärtigen Ausschuß kam eine beachtliche Bedeutung in der parlamentarischen Arbeit zu, da aufgrund der im Besatzungsstatut vom April 1949 festgelegten Kontrollfunktion der Alliierten[41] zunächst kein Außenministerium existierte und Adenauer diesen Politikbereich fast vollständig an sich gezogen hatte. Für die Parlamentarier war dieser Ausschuß deshalb ein wichtiges Instrumentarium, um bei anstehenden außenpolitischen Fragen vor den Debatten im Plenum Stellung beziehen und aufgrund der Nichtöffentlichkeit der Zusammenkünfte sachorientiert und weniger parteipolitisch motiviert arbeiten zu können.[42] Es war durchaus als Überraschung zu werten, daß die Fraktion Gerstenmaier, den Benjamin innerhalb der Ausschußmitglieder als stellvertretenden Ausschußvorsitzenden nominierte.[43] Mit Günter Henle, der bis 1936 für das Auswärtige Amt als Diplomat tätig gewesen war, und mit dem ehemaligen Ernährungsminister Brünings, Hans Schlange-Schöningen, verfügte die CDU/CSU beispielsweise über zwei Männer, deren Sach-

---

tages gegenüber der Bundesregierung zwischen zwei Wahlperioden wahren. Allerdings trat der 27 Mitglieder umfassende Ausschuß nie zusammen. Siehe: Datenhandbuch, 2000, S. 2035.

[39] Der Ausschuß wurde ab 1953 in Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten umbenannt.

[40] Zu den außenpolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises vgl. viertes Kapitel, 2.

[41] Das Besatzungsstatut zur Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der deutschen Regierung und der Hohen Kommission vom 10. April 1949 trat am 21. September 1949 in Kraft und hatte unter anderem die Befugnisse der Siegermächte hinsichtlich aller »auswärtigen Angelegenheiten, einschließlich der von Deutschland oder in seinem Namen abgeschlossenen Abkommen« zur Sicherstellung der Grundziele der Besetzung des Landes festgeschrieben. Punkt 2 c) des Besatzungsstatuts. Abgedruckt in: Ch. Klessmann, Die doppelte Staatsgründung, 1991, S. 459.

[42] Zur Bedeutung des Auswärtigen Ausschusses für die deutsche Außenpolitik siehe: C.-Ch. Schweitzer, Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/80 vom 19. Mai 1980, S. 3–24. Es ist allerdings anzumerken, daß das Gewicht des Ausschusses durch die Einrichtung zusätzlicher, mit außenpolitischen Fragen befaßten Gremien wie den Berlin-Ausschuß oder den Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen relativiert wurde.

[43] Die Fraktion hatte am 14. Oktober 1949 neben Eugen Gerstenmaier die Abgeordneten Fugger von Glött, Henle, Kopf, Pünder, Schlange-Schöningen, Schröter und Wahl als Mitglieder des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten benannt. Vgl. Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages, 1. Halbd., 1998, S. XXIX. Aus den Memoiren Gerstenmaiers geht hervor, daß sich der Theologe in einer fraktionsinternen Abstimmung gegen Schlange-Schöningen bei der Nominierung des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden durchsetzte. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 308.

kenntnis und parlamentarische Erfahrung außer Zweifel standen und die zudem über Rückhalt in der Fraktion verfügten. Über die Gründe, die dennoch den Ausschlag für Gerstenmaier gegeben haben, kann nur spekuliert werden.[44] Bekannt ist, daß Konrad Adenauer ein distanziertes Verhältnis zu Schlange-Schöningen hatte, da er dessen Agrarpolitik als Frankfurter Direktor für Ernährung und Landwirtschaft der Bizone nicht immer gutgeheißen hatte.[45] Konkrete Belege für die Vermutung, der Kanzler habe Gerstenmaiers Nominierung forciert, da er diesen als wertvollen Mitarbeiter erachtete, finden sich allerdings nicht.[46] Auch war das Verhältnis zwischen Adenauer und Gerstenmaier, die sich vor der Bundestagswahl nachweislich nur einmal getroffen hatten, im Herbst 1949 nicht eng genug gewesen, um ein entschiedenes Eintreten des Kanzlers für den Schwaben zu rechtfertigen. Denkbar ist es hingegen, daß die Benennung Eugen Gerstenmaiers zum stellvertretenden Ausschußvorsitzenden[47] als Zugeständnis an die südwestdeutschen Landesverbände verstanden werden kann, die bei der Bundestagswahl 1949 für die CDU ein Ergebnis von immerhin fast 40%[48] erzielt hatten.[49]

Eugen Gerstenmaier entfaltete im Auswärtigen Ausschuß eine emsige Geschäftigkeit: Er übernahm eine Reihe von Berichterstattungen vor dem Plenum[50] und

---

[44] Die Verteilung der Sitze warf aufgrund der unbestreitbaren Bedeutung des Ausschusses für den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik Probleme auf. Besonders die im Bundestag vertretenen kleinen Parteien versuchten ihre Mitwirkung in diesem einflußreichen Gremium durchzusetzen.

[45] H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, 1994, S. 620.

[46] Der Auswärtige Ausschuß, 1998, S. XXVIII.

[47] Die Ausführungen Eugen Gerstenmaiers in seinen Lebenserinnerungen, er sei von der Fraktion zunächst für den Vorsitz des Auswärtigen Ausschuß nominiert worden, und er habe zugunsten Carlo Schmids auf diesen Vorsitz verzichtet, weist einige Ungereimtheiten auf. Zunächst erscheint es verwunderlich, daß der CDU-Politiker vom Vorsitz zurücktrat, einzig um dem Wunsch der SPD Folge zu leisten und eine gute Zusammenarbeit mit der größten Oppositionspartei zu erzielen. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 308. Des weiteren ist die Nominierung des 43jährigen für den Stellvertreterposten im Ausschuß am 27. Oktober 1949 belegt. Vgl. CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. 45.

[48] Die CDU war in Baden-Württemberg die mit Abstand stärkste Partei und hatte 39,6% der Stimmen errungen. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.), Die Wahl zum ersten Bundestag, 1953, S. 1.

[49] Im ersten Kabinett Adenauer war in der Tat ein starkes Übergewicht der bayerischen Minister zu verzeichnen; aus dem Freistaat stammten allein sechs der 14 Kabinettsmitglieder. Wie eifersüchtig gerade die südwestdeutsche CDU über die Ausgewogenheit des Kabinetts wachte, geht aus einer Entschließung des Landesverbandes Nord-Württemberg vom 25. Oktober 1953 hervor. Ungerührt ob der Tatsache, daß der Kandidat des Wahlkreises Ulm, Ludwig Erhard, das Amt des Wirtschaftsministers innehatte, beklagte sich der Landesvorstand bei Adenauer, daß »nicht wenigstens ein Vertreter des Landes Baden-Württemberg« in das Bundeskabinett aufgenommen worden sei, obwohl das Bundesland 38 Abgeordnete nach Bonn entsandt hätte. Schreiben des Landesverbandes Nord-Württemberg an Konrad Adenauer vom 25. Oktober 1953. ACDP, VII-002–014/1.

[50] Schon im Verlauf der dritten Sitzung des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten wurde Gerstenmaier zum Berichterstatter auserkoren, um im Bundestag einen Antrag zur Rückkehr der im Ausland festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu vertreten. Protokoll der Ausschußsitzung vom 4. November 1949. Abgedruckt in: Der Auswärtige Ausschuß, 1998, S. 14.

leitete den Unterausschuß »Kriegsgefangene«.[51] Es kam seinem Engagement im Ausschuß zugute, daß er nur selten die Sitzungsleitung übernehmen mußte[52] und deshalb aktiver in den Diskussionsverlauf eingreifen konnte, als ihm dies in der Funktion des Sitzungsleiters möglich gewesen wäre. Die Arbeit im Auswärtigen Ausschuß war für Gerstenmaier ein wichtiges Instrumentarium, um die Politik der Bundesregierung zu unterstützen und die anstehenden außenpolitischen Probleme in enger Abstimmung mit dem Kanzler anzugehen. Sein Bemühen, die Ausschußtätigkeit in enger Tuchfühlung mit der Regierung durchzuführen, wurde schon kurze Zeit, nachdem der Ausschuß seine Arbeit aufgenommen hatte, deutlich. Gerstenmaier hatte sich dafür eingesetzt, daß in künftigen Sitzungen stets ein Vertreter des Bundeskanzleramtes geladen wurde.[53] Ebenso war er darauf bedacht, seine Tätigkeit im Ausschuß in ständiger Verbindung mit der CDU/CSU-Fraktion abzustimmen.[54] Dabei legte der als Obmann seiner Fraktion[55] fungierende Gerstenmaier Wert darauf, seine Parteifreunde vor bedeutsamen Ausschußsitzungen zu einem vorbereitenden Gespräch zu bitten, das zur Klärung eventuell bestehender Meinungsdifferenzen vor Eintritt in die interfraktionellen Beratungen genutzt werden konnte.[56] Aufgrund seines Engagements in diesem Gremium wurde ihm nach der für die CDU so erfolgreich verlaufenden Wahl 1953[57] die Übernahme des Vorsitzes im Auswärtigen Ausschuß angetragen.[58] Eugen Gerstenmaier, der in der ersten

[51] Gerstenmaier vertrat gemeinsam mit Robert Tillmanns die Interessen der CDU/CSU-Fraktion in diesem Unterausschuß, der am 1. Februar 1950 zu seiner ersten Sitzung zusammentraf. Sitzung des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten vom 27. Januar 1950. Abgedruckt in: Der Auswärtige Ausschuß, 1998, S. 35. Über die Arbeit des Unterausschusses ist kein Schriftgut erhalten. Schriftliche Auskunft des Parlamentsarchivs des Deutschen Bundestages an die Autorin vom 4. Juli 2002.

[52] Im Verlauf der ersten Wahlperiode mußte Gerstenmaier für Carlo Schmid nur bei zwölf Sitzungen einspringen und die Versammlungsleitung übernehmen. Der Auswärtige Ausschuß, 1998, S. XXVIII.

[53] Protokoll der sechsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 27. Januar 1950. Abgedruckt in: Der Auswärtige Ausschuß, 1998, S. 35.

[54] Beispielhaft sei hier auf das Schreiben Heinrich Krones verwiesen, der Gerstenmaier bat, sich bei den Verhandlungen über den Schuman-Plan im Auswärtigen Ausschuß im Sinne der eigenen Fraktion »einzuschalten«. Brief Heinrich Krones an Gerstenmaier vom 7. September 1951. ACDP, I-028–011/2.

[55] Niederschrift über die Fraktionssitzung der CDU/CSU vom 27. Oktober 1949. CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. 46.

[56] Siehe beispielsweise die Unionsfraktionssitzungen vom 10. November 1949 bzw. 3. März 1950. Vgl. CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. 61 bzw. S. 238, Anm. 3.

[57] Die Regierungskoalition war 1953 bereit gewesen, Carlo Schmid für eine weitere Legislaturperiode als Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses zu bestätigen. Im Gegenzug sollte die SPD allerdings auf die Besetzung des Vorsitzes im gesamtdeutschen Ausschuß verzichten. Die sozialdemokratische Fraktion ging auf dieses Angebot nicht ein, so daß der Wahl Gerstenmaiers zum Vorsitzenden nichts mehr im Wege stand.

[58] In der CDU/CSU-Fraktion galt Gerstenmaier sogar als möglicher Kandidat für das Amt des Außenministers, nachdem Konrad Adenauer zu erkennen gegeben hatte, daß er diese Aufgabe im Sommer 1954 abgeben wolle. Gerstenmaier, der zunächst in einem Atemzug mit Hermann Josef Abs und von Brentano als Nachfolger Adenauers für das Amt des Außenministers genannt worden war, hatte jedoch nur kurz zum Bewerberkreis um diese Position gezählt. Im Juni 1954 hatte sich der

Legislaturperiode zudem den Vorsitz im Untersuchungsausschuß über die Personalverhältnisse im Auswärtigen Amt übernommen hatte[59], verfügte aus seiner Tätigkeit in der Zeit vor dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus über ein gutes Verhältnis zur Führungsetage dieses Ministeriums.[60] Die enge Bindung zu Mitarbeitern dieses Amtes rührte auch daher, daß er den Anstrengungen seiner eigenen Partei sowie der SPD[61], die sich für die Entfernung ehemaliger NSDAP-Mitglieder aus dem diplomatischen Korps eingesetzt hatten, skeptisch gegenüberstand. Er stellte sich vielmehr schützend vor die Angehörigen des Auswärtigen Amtes und betonte, er wolle sich nicht an der gegen das »AA betriebenen Hetze«[62] beteiligen. Allerdings kann aus dieser Aussage nicht der Schluß gezogen werden, Gerstenmaier habe sich generell gegen eine Bestrafung nationalsozialistischer Täter gewandt. Er machte aber deutlich, daß er die von den Alliierten durchgeführte Entnazifizierung mit der Verurteilung der Hauptschuldigen für abgeschlossen erachtete. Eine Strafverfolgung derer, die sich auf einen Befehlsnotstand beriefen oder von Mitläufern lehnte er strikt ab. Diese Haltung hatte er schon Ende der vierziger Jahre deutlich gemacht[63]; im Februar 1950 bekräftigte er dies auch vor dem Bundestag. Ganz im Sinne der Regierung forderte er ein Ende der Entnazifizierung. Der ehemalige Widerstandskämpfer betonte, daß es nicht darum gehe, einen »Freibrief für politische Banditen«[64] auszustellen oder einem Wiedererstarken des Nationalsozialismus Vorschub zu leisten. Jedoch unterstrich er, daß bei der angewandten Strafverfolgung nicht ausreichend zwischen politischer Gesinnung und kriminellem Tatbestand unterschieden würde. Für ihn war es deshalb kein Widerspruch, einerseits die volle Härte des Gesetzes gegen die Verantwortlichen des NS-Regimes zu verlangen und andererseits eine Amnestie für Millionen ehemaliger Parteigenossen zu fordern. Gerstenmaier machte keinen Hehl daraus, daß er die Aussetzung der Strafverfolgung von minder schwer belasteten Personen und Mitläufern sowie ihre gesellschaftliche Integration beim Aufbau des Landes für unabdinglich hielt. Der in seiner Haltung zum Ausdruck kommende Pragmatismus war nur zum Teil dafür verantwortlich, daß Gerstenmaier ein Ende der Entnazifizierung einforderte. Es war ferner sein Anliegen, selbstbewußt eine eigenverantwortliche Auseinandersetzung mit den

---

Kabinettschef bereits für Heinrich von Brentano entschieden. Vgl. dazu die Tagebucheintragung Heinrich Krones unter dem 2. Juni 1954, in: H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 140. Es kann darüber spekuliert werden, ob die nicht unumstrittene Rolle Eugen Gerstenmaiers bei den Beratungen über die Saarfrage Adenauer davor zurückschrecken ließ, den Kirchheimer als seinen Kandidaten für das Außenministerium zu benennen.

[59] Bericht Justin Hamms vom 2. April 1952. ACDP, I-028–011/2.

[60] Tagebucheintrag Heinrich Krones unter dem 2. Juni 1954, in: H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 140.

[61] Der Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Mißstände im Auswärtigen Dienst wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion am 24. Oktober 1951 eingerichtet. Vgl. Datenhandbuch, 2000, S. 2189.

[62] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinrich Krone vom 7. April 1952. ACDP, I-028–011/2.

[63] Vgl. Berichterstattung von »Christ und Welt« 1948 zum Thema Entnazifizierung.

[64] Verhandlungen des Deutschen Bundestages (nachfolgend zitiert: BT), 1. Wahlperiode, 40. Sitzung vom 23. Februar 1950, S. 1334.

Geschehnissen vor 1945 zu verlangen. Als Opfer der NS-Gewaltherrschaft war es ihm darüber hinaus wichtig, ein Wiedererstarken nationalsozialistischer Kräfte in der Bundesrepublik mit allen Kräften zu verhindern – seine Kritik an Personen wie Ramcke[65] oder Hedler[66] verdeutlichen dies – ohne dabei, im Sinne christlicher Nächstenliebe, eine Aussöhnung mit den von Hitler »Verführten«[67] abzulehnen.

Eine möglichst rasche Integration strebte Gerstenmaier im Verlauf seiner parlamentarischen Tätigkeit während der ersten Legislaturperiode auch für die Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge an. Dieser Aufgabenkomplex war zugleich auf der Prioritätenliste der zu bewältigenden Probleme der Bundesregierung ganz oben angesiedelt. Schon bei seiner Regierungserklärung hatte Konrad Adenauer die Hilfe für die Vertriebenen als eine der wichtigsten Aufgaben des von ihm geführten Kabinetts benannt.[68] Es war Gerstenmaiers Anliegen, sich sowohl des Schicksals der durch die Kriegsfolgen Entwurzelten als auch der in immer größerer Zahl vom Ostteil Deutschlands in die Bundesrepublik flüchtenden Menschen anzunehmen.[69] Dabei verfolgte er das Ziel, die Flüchtlingsproblematik im internationalen Rahmen und damit in Kooperation mit ausländischen Wohlfahrtsorganisationen sowie dem UN-Flüchtlingskommissariat zu lösen.[70] Eugen Gerstenmaier hatte in diesem Zusammenhang die Schaffung eines Büros für Internationale Flüchtlingsfragen vorangetrieben.[71] Eng verbunden war der Kirchheimer in dieser Arbeit mit dem von ihm mitinitiierten Evangelischen Siedlungswerk.[72] Gerstenmaier deckte mit diesem Aufgabengebiet ein wichtiges Politikfeld in der CDU/CSU-Fraktion ab, und seine Fachkompetenz wurde von den Christdemokraten bei ihrem Werben um dieses bedeutsame Wählerklientel genutzt.

Wachsende Bedeutung kam seiner Arbeit für die sogenannten Ostflüchtlinge zu. Die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung mit dem Ulbricht-Regime, das im

---

[65] Vgl. dazu zehntes Kapitel, 1.

[66] Brief Eugen Gerstenmaiers an Hans Christoph Seebohm vom 14. Dezember 1949. ACDP, I-210–014/1. Zum Fall Hedler vgl. ausführlich: N. Frei, Vergangenheitspolitik, 1996, S. 309–325.

[67] BT, 1. Wp., 40. Sitzung vom 23. Februar 1950, S. 1333.

[68] Adenauer versprach vor allem eine Verbesserung der Wohnungssituation für die »Vertriebenen und Ausgebombten«. Regierungserklärung Konrad Adenauers vom 20. September 1949. BT, 1. Wp., 5. Sitzung vom 20. September 1949, S. 23.

[69] Die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR, die zwischen 1949 und 1955 in die Bundesrepublik kamen, wird auf 1,4 Millionen geschätzt. Vgl. H. Weber, DDR, 1991, S. 65. Siehe dazu auch: H. Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ, DDR 1945/1949–1961, 1992.

[70] Gerstenmaier firmierte zwischen 1950 und 1959 im Rahmen seiner Arbeit für das Flüchtlingssekretariat deshalb auch offiziell als Beauftragter für die Internationalisierung des Flüchtlingsproblems. PA, B 10/322.

[71] Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages bewilligte für Gerstenmaiers »Sekretariat für deutsche Mitarbeit an der internationalen Flüchtlingshilfe« einen Etat von 30 000 DM für das Haushaltsjahr 1950. Schreiben Trützschlers an Gerstenmaier vom 28. April 1951. PA, B 10/322.

[72] Gerstenmaier schloß beispielsweise im März 1954 einen Vertrag über die gemeinsame Nutzung von Büroräumlichkeiten und den Rückgriff auf Schreibpersonal mit dem Siedlungswerk ab. PA, B 10/322, Bl. 201. Die Gemeinnützige Siedlungsgemeinschaft – so die offizielle Bezeichnung des Siedlungswerks – war zu diesem Zeitpunkt zu 75% im Besitz des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland. ADW, ZB 222.

Frühjahr 1953 eine existentielle Krise durchlebte, fand in dem unablässigen Strom von Flüchtlingen, der sich Richtung Westdeutschland ergoß, seinen Ausdruck.[73] Bereits vor dem Aufstand gegen das SED-Regime vom 17. Juni 1953 hatte sich Gerstenmaier für eine Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen eingesetzt. Symptomatisch für seine Herangehensweise war dabei der Versuch, das Flüchtlingsproblem in Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk[74] zu lösen. Gerstenmaier verfolgte hierbei einen kombinierten Ansatz, den er bereits im Verlauf seiner Tätigkeit für das Zentralbüro angestrebt hatte: Die Schaffung von Wohnraum mußte mit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen Hand in Hand gehen, um eine erfolgreiche Integration der Neubürger zu erreichen.[75]

Gerstenmaier drängte vor allem darauf, die mit der Behebung der sozialen Notstände der Flüchtlinge verbundene finanzielle Belastung des Bundeshaushaltes durch monetäre Unterstützung seitens der USA und des Europarates zu reduzieren. Der CDU-Politiker hoffte, aufgrund der gewaltigen Fluchtbewegung aus der DDR und der Repressionspolitik des kommunistischen Regimes gegenüber der eigenen Bevölkerung in der westlichen Welt mehr Gehör für seine Initiative zu finden. Das seit April 1951 bestehende Sekretariat für die deutsche Mitarbeit an der internationalen Flüchtlingshilfe gewährte Eugen Gerstenmaier den organisatorischen Rahmen zur Ausweitung seiner Bemühungen für die ehemaligen DDR-Bürger. Bei seiner Arbeit für die Flüchtlinge wurde die Verschmelzung des politisch-parlamentarischen Tätigkeitsfeldes Gerstenmaiers mit seinem kirchlichen Engagement besonders deutlich. Er versuchte dabei alle ihm in der Politik zur Verfügung stehenden Ressourcen zu nutzen, um die anstehenden Probleme zu lösen.[76] Im Zuge seiner Anstrengungen um internationale Unterstützung bat er selbst den Kanzler um Mithilfe. Im Verlauf seiner Reise in die Vereinigten Staaten sollte Adenauer nach dem Willen Gerstenmaiers die Bereitschaft Washingtons hinsichtlich der Gewährung finanzieller Mittel an die Bundesrepublik ausloten. Ganz Parteipolitiker, verlor Gerstenmaier dabei in dieser Frage nicht den bevorstehenden Bundestagswahlkampf aus den Augen und führte dem Kanzler die positiven Auswirkungen vor Augen, die eine Verkündung

---

[73] Gerstenmaier bezifferte die Zahl der nach Deutschland geflüchteten Personen aus der DDR für den Zeitraum von Januar 1949 bis zum Beginn des Jahres 1952 auf 197 000. 1953 war die Zahl der »Republikflüchtigen« dramatisch angewachsen. Allein im ersten Vierteljahr des Jahres 1953 wurden 112 614 Männer und Frauen gezählt, die in die Bundesrepublik übergesiedelt waren. Dossier Eugen Gerstenmaiers zu seinem Plan zur Schaffung von Wohnraum für »Ostflüchtlinge« vom April 1953, S. 3. AsD, NL Weisser, Mappe 567.

[74] Zum Engagement des Zentralbüros für die Flüchtlinge aus der DDR siehe den Vermerk Schönbergs für Paul Collmer vom 7. Juli 1953. ADW, ZB 1200.

[75] In einem ausführlichen Exposé hatte Gerstenmaier im April 1953 die technischen Voraussetzungen für die Schaffung von Massenunterkünften, sogenannte Übergangs- und Feierabendheime, ausarbeiten lassen. AsD, NL Weisser, Mappe 567.

[76] Gerstenmaier selbst sprach im April 1953 davon, daß er beispielsweise seine Bemühungen um Fortschritte im Wohnungsbau für Vertriebene und Flüchtlinge primär in seiner Eigenschaft als Treuhänder des Ständigen Ausschusses für Selbsthilfe und als Aufsichtsratsvorsitzender des Siedlungswerkes durchgeführt hatte. Brief Eugen Gerstenmaiers an die CDU/CSU-Fraktion vom 29. April 1953. ACDP, I-210–014/1.

einer deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit zur Bewältigung der sozialen Notstände im Lande nach sich ziehen würde.[77] Der Kanzler verschloß sich den Anregungen Gerstenmaiers zwar nicht, allerdings überließ es Adenauer ihm, im August 1953 für die deutsche Regierung in Washington vorstellig zu werden und um die Bereitstellung von Geldern für die Flüchtlingshilfe zu bitten.[78]

Parallel zu diesen Bemühungen hatte Gerstenmaier für sein Hilfskonzept sowohl beim Hohen Kommissar für Flüchtlingsfragen als auch auf europäischer Ebene geworben. Besonders nachdrücklich hatte er sich für eine Verbesserung der Wohnsituation der Flüchtlinge durch den Bau von Notunterkünften sowie der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus eingesetzt. Mit seiner Planung erlitt der CDU-Politiker zunächst allerdings Schiffbruch. Gerstenmaier, der den Plan auf europäischer Ebene der Beratenden Versammlung für Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen unterbreitet hatte, wurde von seinen europäischen Kollegen vor allem wegen seiner nicht ausgereiften Vorlage kritisiert. Vom Formfehler abgesehen, kristallisierte sich in den Beratungen der Flüchtlingskommission heraus, daß die Konzeption dem Gremium überarbeitungsbedürftig erschien und zudem eine nur mangelhafte Abstimmung mit der deutschen Regierung erfolgt war. Zwar versicherte Gerstenmaier dem Komitee, daß der Kanzler in seine Pläne eingeweiht sei. Er mußte allerdings einräumen, daß das Kabinett von seinen Anregungen keine Kenntnis hatte.[79] Seine Hoffnung, die Planung mit ausländischer Hilfe im Alleingang zu realisieren, ohne zuvor Rücksprache mit der eigenen Regierung und dem Parlament geführt zu haben, scheiterte. Besonders Gerstenmaiers Vorschläge zur Finanzierung des Vorhabens wurden von der Kommission als nicht solide angesehen. Die Kosten für die zu errichtenden 20 000 Notunterkünfte glaubte der Christdemokrat durch eine noch zu gründende Stiftung aufbringen zu können. Finanzielle Entlastung erhoffte er sich zusätzlich vom Ständigen Ausschuß für Selbsthilfe, der Dachorganisation aller großen deutschen Verbände, die sich die Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen zur Aufgabe gemacht hatte.[80] Das europäische Gremium kritisierte ferner die vage gehaltenen Aussagen hinsichtlich der künftigen Träger des Vorhabens sowie die Ausblendung des Bundes bei der Finanzierung der von Gerstenmaier auf rund 100 Millionen Mark bezifferten Kosten.[81] Gleichwohl wurde die Konzeption nicht rund-

[77] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 21. März 1953. StBKAH, 13.01, Bl. 171.

[78] Vermerk des Referenten der Abteilung II im Auswärtigen Amt, von Schmoller, vom 28. November 1953. PA, B 10/322.

[79] Vermerk des Auswärtigen Amtes (Trützschler) vom 13. April 1953 über eine Vorlage Gerstenmaiers bei der europäischen Flüchtlingskommission. PA, B 2/718.

[80] Vorsitzender des ständigen Ausschusses für Selbsthilfe, der sich seit 1950 hauptsächlich für die berufliche Eingliederung der Vertriebenen einsetzte, war der Sozialdemokrat Gerhard Weisser. Weisser, der in Kontakt mit Gerstenmaier stand, hatte unter anderem Klage darüber geführt, daß die Anregungen seiner Gruppierung von der Bundesregierung in der ersten Legislaturperiode kaum aufgegriffen worden waren. Schreiben Gerhard Weissers an Eugen Gerstenmaier vom 13. Oktober 1953. AsD, NL Weisser, Mappe 567.

[81] Die Kosten für die Erstellung eines Übergangsheimes wurden auf 5000 Mark geschätzt. Bericht »Sonderaktion Übergangs- und Feierabendheime« von Eugen Gerstenmaier, vorgelegt im April 1953. Ebd.

weg abgelehnt, sondern Gerstenmaier wurde gebeten, zunächst die erforderliche Abstimmungsarbeit im eigenen Land zu erbringen.[82]

Von der Flüchtlingskommission derart in die Schranken verwiesen, setzte der Parlamentarier in Bonn alles daran, Überzeugungsarbeit zu leisten. Vor allem galt es, das Plazet des Finanz- sowie des Wohnungsbauministers zu erlangen. Das Einverständnis des an der Spitze des Ministeriums für Wohnungsbau stehenden FDP-Politikers Fritz Neumayer erhielt Eugen Gerstenmaier rasch, obwohl Neumayer nachdrücklich darauf verwies, daß die Länder die vorgeschlagene Vorgehensweise ablehnen würden.[83] Dennoch setzte sich der Minister für Gerstenmaier ein und gab ihm darüber hinaus seinen Mitarbeiter Kohlenbach an die Hand, der sich beim Europarat für die Initiative als deutscher Regierungssachverständiger einsetzte.[84] Der Mann aus Kirchheim wandte sich mit der Bitte um Unterstützung zudem an Ludwig Erhard und den Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek. Hinsichtlich der Motive seines Handelns betonte Gerstenmaier, daß er sich aufgrund der akuten Not und der Versäumnisse im sozialen Wohnungsbau genötigt sah, die Mißstände rasch zu beseitigen.[85] Wie auch in seiner Zeit als Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche fühlte sich Eugen Gerstenmaier berufen, gegen die bürokratischen Hindernisse seine Form des engagierten Handelns zu setzen. Wie das Beispiel der Schaffung von provisorischem Wohnraum für Flüchtlinge aus der DDR belegt, waren seine Initiativen teilweise unorthodox[86] und aufgrund der Eile, in der sie erstellt worden waren, unausgegoren. Dennoch gelang es ihm, im zweiten Anlauf – diesmal mit Unterstützung des Kabinetts[87] – seine Pläne umzusetzen.

Eine Anerkennung seiner Bemühungen durch die Bundesregierung erfuhr Gerstenmaier nach den Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag, als ihm eine Mittelaufstockung für die Unterhaltung des Sekretariats für deutsche Mitarbeit an der Internationalen Flüchtlingshilfe zuteil wurde.[88] Aus dem vormaligen Einmannunter-

---

[82] Das Komitee verabschiedete eine Entschließung, in der empfohlen wurde, auf europäischer Ebene Maßnahmen zu veranlassen, die den Bau permanenter Wohnungen erleichtern sollte. Vermerk des Auswärtigen Amtes (Trützschler) vom 13. April 1953. PA, B 2/718.

[83] Neumayer verwies dabei auf die von den Ländern befürchteten Kosten für die Errichtung von Unterkünften, die lediglich provisorisch genutzt werden konnten. Schreiben Fritz Neumayers an Eugen Gerstenmaier vom 29. Mai 1953. ACDP, I-210–015.

[84] Niederschrift des Auswärtigen Amtes (von Schmoller) über die Durchführung des Gerstenmaier-Planes vom 3. Juli 1953. PA, B 10/718, Bl. 129.

[85] Brief Eugen Gerstenmaiers an Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard vom 29. April 1953. ACDP, I-210–015.

[86] Der Vorschlag des Parlamentariers, die Finanzierung der Übergangsheime mittels einer Stiftung und nicht über eine Etatisierung der Kosten im Bundeshaushalt zu bewerkstelligen, kann als ungewöhnlich bezeichnet werden. Gerstenmaier hatte gehofft, damit die Spendenfreudigkeit internationaler Hilfsorganisationen erhöhen zu können, die einer Kooperation auf Staats- und Regierungsebene distanziert gegenüberstanden. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Wohnungsbauminister Fritz Neumayer vom 29. April 1953. ACDP, I-210–015.

[87] Vgl. dazu unter anderem das ermutigende Schreiben Ludwig Erhards an Eugen Gerstenmaier vom 20. Juni 1953, in dem er Gerstenmaier seine Unterstützung zusicherte. ACDP, I-210–015.

[88] Die Erhöhung der Mittelzuweisung von 30 000 auf 50 000 Mark erfolgte auf massives Drängen Eugen Gerstenmaiers, der sich Anfang November 1953 mit folgenden Zeilen an das Auswärtige Amt

nehmen war 1954 bereits eine Einrichtung geworden, die neben dem ehrenamtlich tätigen Eugen Gerstenmaier über einen Sachbearbeiter, eine Sekretärin sowie eine Schreibkraft auf Teilzeitbasis verfügte.[89] Ganz im Sinne der von Gerstenmaier bereits in den Anfangszeiten des Evangelischen Hilfswerks praktizierten Vorgehensweise tendierte er auch noch als Parlamentarier dazu, Personen aus seinem Freundeskreis oder Familienangehörige in seine Tätigkeit einzubinden.[90] Im Falle des Sekretariats für Flüchtlingshilfe unterstützte Gerstenmaiers Schwester Maria von Stuttgart aus die Arbeit ihres älteren Bruders.[91]

Geschickt verstand es Eugen Gerstenmaier, sein Engagement für die ostzonalen Flüchtlinge innerhalb der Union zu einem bedeutsamen innenpolitischen Instrument auszubauen. Sein Büro, das offiziell als Unterabteilung des von Gerhard Weisser geleiteten Ausschusses für Selbsthilfe firmierte, hatte die Federführung aller im Bereich der Flüchtlingshilfe tätigen deutschen Organisationen übernommen. Hierdurch konnte – nach Meinung Gerstenmaiers – die Tätigkeit der Flüchtlingsverbände kontrolliert und Alleingänge wie die Linus Kathers und des Bundes der vertriebenen Deutschen (BVD) unterbunden werden.[92] Der Regierung stand damit ein Instrument zur Verfügung, das ihre Anliegen in der Flüchtlings- und Vertriebenenarbeit unterstützte, ohne nach außen hin als politische Institution in Erscheinung zu treten.[93] Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurde deutlich, warum Gerstenmaier seine Tätigkeit für das Flüchtlingsbüro für so wichtig erachtete und er seine diesbezüglichen Aufgaben auch noch nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten weiterhin versah. Aber nicht nur die beachtlichen Einflußmöglichkeiten ließen Gerstenmaier Wert auf die Fortführung dieser Arbeit legen.[94] Er vermochte sich in

---

gewandt hatte: »In den letzten Wochen habe ich noch einmal die finanzielle und personelle Situation des [...] Büros für die Fragen der internationalen Flüchtlingshilfe überprüft. Dieses Ergebnis ist von der Art, dass ich nun doch den Eindruck habe, dass man entweder etwas mehr oder gar nichts mehr für diese Sache ausgeben sollte.« Schreiben Eugen Gerstenmaiers an das Auswärtige Amt (von Trützschler) vom 9. November 1953. PA, B 10/322, Bl. 63.

[89] Tätigkeitsbericht Gerstenmaiers über die Aktivitäten des Sekretariats vom 19. Juni 1954. PA, B 19/322, Bl. 208–209.

[90] In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen Gerstenmaiers zu werten, ihm bekannten Personen aus dem Umfeld des Widerstandes eine Arbeitsstelle zu vermitteln. So versuchte er in dieser Zeit beispielsweise, seinen späteren persönlichen Referenten, Hans Karl Fritzsche, der im Zuge des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 inhaftiert worden war, in der »Dienststelle Blank« unterzubringen. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Theodor Blank vom 14. November 1953. ACDP, I-210–015.

[91] Die aktive Rolle Maria Gerstenmaiers belegt unter anderen ihr Besuch im Auswärtigen Amt am 22. Juli 1954, der dem Austausch über die finanzielle Situation der Flüchtlingshilfe gedient hatte. Vermerk Referent von Schmollers vom selben Tag. PA, B 10/322, Bl. 279.

[92] Gerstenmaier bezeichnete die Organisation des Bundestagsabgeordneten Linus Kather, der im Juni 1954 von der CDU/CSU-Fraktion zum Gesamtdeutschen Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) überwechselte, als »widerspenstig«. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an das Auswärtige Amt (von Trützschler) vom 9. November 1953. Ebd., Bl. 63.

[93] Zur Einschätzung der Vertriebenenverbände aus Sicht der CDU vgl. Schreiben des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes östlich der Oder/Neiße vom 3. Dezember 1954. ACDP, VII-002–010/1.

[94] Bericht Eugen Gerstenmaiers über die Arbeit des Sekretariats für Fragen der internationalen Flüchtlingshilfe für das Haushaltsjahr 1954/55 vom 2. Februar 1955. PA, B 10/322, Bl. 305–306.

dieser Tätigkeit mit all den Arbeitsfeldern auseinander zu setzen, die sein Wirken seit Kriegsende bestimmt hatten. Den Einsatz für Flüchtlinge und Vertriebene betrieb Gerstenmaier in Personalunion als Parlamentarier und Aufsichtsratsvorsitzender des kirchlich gebundenen Siedlungswerks sowohl im nationalen Bereich als auch auf dem internationalen Parkett. Dies gab ihm die Möglichkeit, seine weitreichende Erfahrung nutzbringend anzuwenden. Zugleich erlaubte diese Arbeit aber auch die Ausweitung seiner Kontakte sowie seine Profilierung auf außenpolitischem Gebiet.

Doch trotz seiner verantwortungsvollen Arbeit als CDU-Abgeordneter zweifelte Eugen Gerstenmaier, ob er sich für eine zweite Legislaturperiode zur Verfügung stellen sollte. Wenngleich das Fazit, das er aus seinen ersten vier Jahren als Abgeordneter zog, ein eher unbefriedigendes war, so entschied er sich letztlich erneut für eine Kandidatur.[95] Im Unterschied zur ersten Legislaturperiode mußte Gerstenmaier dieses Mal nicht um sein Mandat bangen, denn er war auf Platz drei der württembergischen Landesliste abgesichert.[96] Seine Entscheidung für eine Fortsetzung seiner politischen Arbeit entsprang sicherlich zu einem gewissen Teil der Freude an Herausforderungen und dem Willen, in indirekter Konkurrenz zum württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier[97] ein gutes Ergebnis für sich und seine Partei einzufahren.[98]

---

[95] Dem mittlerweile nach Chile ausgewanderten ehemaligen Hilfswerksmitarbeiter Wolf von Gersdorff vertraute Eugen Gerstenmaier in einem Schreiben vom 19. Januar 1953 an: »[...] ich [muß, D. G.] mich in den nächsten zwei Monaten entscheiden [...], ob ich noch einmal kandidiere oder nicht. Zur Wiederholung der letzten vier Jahre möchte ich es eigentlich nicht mehr tun, aber ich kann noch nichts Abschließendes dazu sagen.« ACDP, I-210–035/2.

[96] Mitteilung des nord-württembergischen CDU-Landesverbandes an Bruno Heck vom 2. Juli 1953. Den Spitzenplatz auf der Liste nahm Ludwig Erhard ein. ACDP, I-210–014/1.

[97] In einem Schreiben an Robert Tillmanns vom 20. August 1953 bestätigte Eugen Gerstenmaier, daß er in seinem Wahlkreis erneut die FDP als schärfste Konkurrenz einschätzte. Zusätzlich unterstrich er die heftige Auseinandersetzung mit den Liberalen – und besonders mit Ministerpräsident Maier – in der Schulpolitik. ACDP, VII-003–002/1.

[98] Im Vergleich zu den 30,5% der Stimmen, die Gerstenmaier 1949 errang, konnte die CDU ihr Ergebnis in Backnang-Schwäbisch Hall (jetzt Wahlkreis 172) auf 41,2% steigern. Zu dem aus Sicht der CDU erfreulichen Wahlausgang dürfte zum einen die Tatsache beigetragen haben, daß die Wahlbeteiligung mit 79,8% um 11,9% höher lag als bei der vorangegangenen Bundestagswahl. Siehe: H. Trossmann, Der Zweite Deutsche Bundestag, 1954, S. 296. Darüber hinaus waren die Stimmengewinne der CDU auf die einstmaligen Wähler der »Notgemeinschaft« zurückzuführen; die Nachfolgepartei der »Notgemeinschaft«, der BHE, konnte hingegen vier Jahre später nur 6% verbuchen. Undatierte Analyse der Bundestagswahl vom 6. September 1953 durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle. ACDP, VII-003–045/1. Das gute Abschneiden Gerstenmaiers brachte ihm ein Lob des Regierungschefs ein. Adenauer dankte ihm, Tillmanns und Ehlers anläßlich der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 10. September 1953 nachdrücklich für ihren Einsatz bei der Mobilisierung der protestantischen Wählerschaft. K. Adenauer, »Wir haben wirklich etwas geschaffen.«, 1990, S. 3.

4. Zwischen Stuttgart und Bonn

In der EKD stieß Gerstenmaiers eindeutige Positionierung besonders bei dem emotional diskutierten Thema der Wiederbewaffnung[1] und seine uneingeschränkte Unterstützung der Außenpolitik der Bundesregierung auf Widerspruch. Die von seinen innerkirchlichen Kritikern vorgebrachten Anschuldigungen zielten im Kern darauf, daß die prononcierten politischen Stellungnahmen des CDU-Parlamentariers nicht mehr mit seiner Funktion als Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen vereinbar seien. Auch Moskau griff diesen Ansatz auf und sparte nicht mit Kritik. Gerstenmaiers Eintreten für die Westintegration der Bundesrepublik vor dem Europarat im August 1950 nahm der Kreml zum Anlaß, um erstmalig in deutlicher Form seine Ablösung an der Spitze des Hilfswerks zu fordern.[2] Die wenige Monate später auf der UN-Vollversammlung in Lake Success von Eugen Gerstenmaier vorgebrachte Forderung nach Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen und seine Kritik an der mangelnden Einhaltung des Völkerrechts bewogen die Sowjetunion, ihrer Rücktrittsforderung Nachdruck zu verleihen. Die Siegermacht drohte in offener Form, daß bei Fortführung der Hilfswerksleitung durch Gerstenmaier mit Repressalien gegen die in der russischen Zone gelegenen Hilfswerkseinrichtungen zu rechnen sei, beispielsweise in Form eines Einfuhrverbotes von Gütern aus der Bundesrepublik.[3] Die Kirche mußte auf diese Provokation reagieren. Gerstenmaier bot Bischof Dibelius zwar sofort seinen Rücktritt an[4], doch wollte die EKD dem sowjetischen Drängen nicht zu offensichtlich nachgeben. In dem Bestreben, die sowjetische Militäradministration dennoch von der Realisierung ihrer Drohungen abzuhalten, sollte der Rücktrittstermin Gerstenmaiers gemeinsam mit dem Inkrafttreten des neuen Hilfswerksgesetzes erfolgen.[5] Dadurch hatte die Kirchenleitung vordergründig zwar dem Druck der UdSSR nachgegeben, allerdings ohne Gerstenmaiers Rückzug von seinem kirchlichen Amt zu vollziehen.[6] Zwar er-

---

[1] Zum kontrovers diskutierten Thema Wiederbewaffnung vgl. unter anderem: A. Fischer (Hg.), Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945, 1986 sowie W. Krieger (Hg.), Adenauer und die Wiederbewaffnung, 2000.

[2] Eugen Gerstenmaier war im August 1950 zugetragen worden, daß die Sowjetunion einen Bundestagsabgeordneten an der Spitze des Hilfswerks als »westliche Propaganda« ablehne. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Bischof Otto Dibelius vom 19. August 1950. ACDP, I-210–035/1.

[3] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Thiele vom 28. März 1952. ACDP, I-210–036/2.

[4] Gerstenmaier wollte seinen Platz zugunsten eines im Osten Deutschlands lebenden Amtsbruders räumen, der angeblich über »besonders gute Beziehungen zu Karlshorst« verfügte. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Otto Dibelius vom 29. August 1950.

[5] Die Zukunft des Hilfswerks wurde bereits seit Ende 1949 innerkirchlich diskutiert. Im März 1950 erstellte Herbert Krimm ein Memorandum über die künftige Entwicklung der Hilfsorganisation. Allerdings wurde erst im Herbst 1950 damit begonnen, konkret an einem Kirchengesetz zur Neuordnung des Wiederaufbauwerkes zu arbeiten, das im April 1951 schließlich vorgelegt wurde. Über die Kontroverse innerhalb der EKD zur Zukunft des Hilfswerks zwischen 1949 und 1951 siehe: J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 228–319.

[6] Im privaten Kreis führte Gerstenmaier – unter Auslassung der Kontroverse innerhalb der EKD um seine Person – an, daß die Kritik der Sowjetunion entscheidend für seinen Rückzug aus der Hilfs-

füllte sich die Hoffnung von Dibelius, durch den hiermit gewonnenen Aufschub den Repressionsandrohungen Moskaus die Spitze zu nehmen, doch wuchs die innerkirchliche Kritik an der Person Gerstenmaiers.

Bereits im Dezember 1949 hatte die württembergische Landeskirche die Verknüpfung von politischem und kirchlichem Engagement bei Eugen Gerstenmaier zum Anlaß genommen, den Rat der EKD anzurufen.[7] Diesem drastischen Schritt vorausgegangen war eine Auseinandersetzung zwischen dem gebürtigen Kirchheimer und seiner Landeskirche, die sich an einer CDU-Wahlveranstaltung entzündet hatte. In der Öffentlichkeit war für die Veranstaltung seitens der Christdemokraten explizit mit Gerstenmaier als Leiter des Hilfswerks die Werbetrommel gerührt worden. Ein dieses Vorgehen verurteilendes Protestschreiben seiner schwäbischen Amtsbrüder hatte ein verärgerter Gerstenmaier indes unbeantwortet zurückgeschickt.[8] Das ohnehin schon sehr abgekühlte Verhältnis zwischen Gerstenmaier und der württembergischen Landeskirchenleitung erfuhr durch diesen Affront den entscheidenden Bruch und führte zur Einschaltung des EKD-Rates. Gerstenmaier bedauerte zwar, daß – wie er bekundete – ohne sein Wissen für eine Parteiveranstaltung mit dem zusätzlichen Hinweis auf sein kirchliches Amt geworben worden sei, darüber hinausgehend war er jedoch zu keinen weiteren Konzessionen bereit.[9] Der wachsende innerkirchliche Unmut über den Christdemokraten konnte bald auch von Bischof Otto Dibelius nicht mehr beschwichtigt werden. Der ihm wohlgesonnene Dibelius kam nicht umhin, Gerstenmaier zu eröffnen, daß über die württembergische Landeskirchenleitung hinaus ein kleiner, aber sehr bedeutender Teil der kirchlichen Amtsträger die Ausübung eines politischen Mandats und die Hilfswerksleitung als unvereinbar erachtete.[10] Gleichwohl hegte Otto Dibelius Ende 1949 noch die Hoffnung, Gerstenmaier in seiner Hilfswerksfunktion halten zu können. Dieser Wunsch wurde jedoch spätestens durch das Aufbrechen der Kontroverse um die Remilitarisierung Deutschlands zunichte gemacht.

Klar ist indessen nicht, ob der erhobene Vorwurf der Unvereinbarkeit von politischer und kirchlicher Tätigkeit nicht nur vorgeschoben war, um den umstrittenen Hilfswerksleiter zum Rückzug zu bewegen.[11] Deutlich wurde jedoch, daß sich bei-

---

werksleitung gewesen sei. Brief Eugen Gerstenmaiers an Lawrence Meyer vom 29. September 1951. ADW, ZB 1.

[7] Bericht des Präsidenten der Kirchenkanzlei, Heinz Brunotte, an Eugen Gerstenmaier vom 12. Dezember 1949 über die Ratssitzung vom 29. November 1949. ADW, ZB 14.

[8] Brief Otto Dibelius' an Gerstenmaier vom 7. Dezember 1949. ACDP, I-210–035/1.

[9] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Dibelius vom 9. Januar 1950. ACDP, I-210–035/1.

[10] Die Kirchenleitung beanstandete die Ausübung eines kirchlichen Amtes – wie es die Leitung des Hilfswerks in den Augen der Amtsträger darstellte – bei gleichzeitigem parteipolitischen Engagement. Die von Gustav Heinemann parallel zu seiner Arbeit als Bundesinnenminister ausgeübte Funktion als Präses der Generalsynode wurde dagegen nicht kritisiert, da es sich hierbei um ein freies synodales Amt handele. Brief Otto Dibelius an Gerstenmaier vom 7. Dezember 1949. ACDP, I-210–035/1.

[11] Zu den Vorwürfen im Hinblick auf Gerstenmaiers Tätigkeit für das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen siehe fünftes Kapitel, 3 und 4.

spielsweise das ohnehin gespannte Verhältnis zum Leiter des Kirchlichen Außenamts und EKD-Ratsmitglied, Martin Niemöller, nach dem Essener Kirchentag noch weiter verschlechtert hatte. Die Auseinandersetzung um die deutsche Wiederbewaffnung hatte über die Diskrepanzen in der kirchlichen Arbeit hinaus auf politischem Sektor für Konfliktpotential zwischen beiden Männern gesorgt. Der dem Bruderrat der Evangelischen Kirche angehörende Niemöller machte aus seiner Ablehnung der Außenpolitik Adenauers keinen Hehl.[12] Gerstenmaier wiederum kritisierte die Angriffe Niemöllers auf die Bundesregierung und versuchte in der Kirchenleitung gegen seinen Antagonisten eine Front zu etablieren, um die seiner Meinung nach unzulässige Politisierung der Kirche zu beenden. In diesem Zusammenhang forderte Gerstenmaier sogar, Martin Niemöller die Leitung des Kirchlichen Außenamtes zu entziehen.[13]

Die Kontroverse innerhalb der EKD vertiefte sich umso mehr, je deutlicher Gerstenmaier für die Positionen der Regierung Partei ergriff. Die Auseinandersetzung mit dem unbequemen Oberkonsistorialrat verlagerte sich in den Kernbereich seiner Hilfswerksarbeit. Nachdem die Kritik an Gerstenmaiers Haltung aber weder ein Einlenken noch ein Umdenken bei ihm bewirkte, bot die anstehende Änderung der Hilfswerksregularien seinen innerkirchlichen Kritikern die Chance, ihn zumindest von den Entscheidungsprozessen bei der karitativen Arbeit auszuschließen.[14] So befürwortete Gerstenmaier zwar eine Anpassung der Hilfswerksaufgaben an die aktuellen Gegebenheiten[15], er wehrte sich aber entschieden gegen eine »Degradierung« des Zentralbüros »zu einem wahrscheinlich initiativelosen Häufchen von Verwaltungsangestellten«.[16] Gerstenmaier zeigte sich von diesem Vorgehen verletzt, da er die Entscheidung als falsch verwarf[17] und seine eigenen Bemühungen zur Modi-

---

[12] In einem offenen Brief und in einer Rede in Frankfurt am Main am 15. Oktober 1950 kritisierte Niemöller Adenauers Remilitarisierungskurs und er forderte eine Volksbefragung, um den politischen Kurs des Kanzlers durch das Votum der Bevölkerung eventuell korrigieren zu können. Zur Auseinandersetzung Adenauers mit Niemöller im Herbst 1950 vgl. J. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, 1978, S. 138–141.

[13] Brief Eugen Gerstenmaiers an seinen hessischen Amtsbruder Borngässer vom 13. November 1950. Darin gab Gerstenmaier der Hoffnung Ausdruck, daß die Kirchenleitung ihre »schlappe Haltung« hinsichtlich des politischen Engagements von Niemöller und Heinemann ändern möge. ACDP, I-210–035/1.

[14] Am 23. Juni 1950 tagte in Ansbach erstmals der von der Weissensee-Synode eingesetzte Ausschuß für die Koordinierung der Wohlfahrtsarbeit, der sich mit der Liquidierung des Hilfswerks und der Fortführung der Aufgaben der Hilfsorganisation im Rahmen der diakonischen Arbeit der EKD beschäftigte. EZA, 2/1313.

[15] Auf der Tagung der Synode der EKD in Berlin am 25. April 1950 hatte Gerstenmaier als anstehende Aufgaben des Hilfswerks drei Punkte skizziert: »Sesshaftmachung« der Heimatlosen, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für das Heer der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie der Kampf um eine »Sozialgestaltung« mit dem Ziel der Erhaltung der Arbeitskraft der Beschäftigten. EZA, 2/1313.

[16] Undatierter Briefentwurf Gerstenmaiers an Bischof Otto Dibelius. Gerstenmaier verfaßte diese Zeilen kurz vor seiner zweiten Reise in die USA im Dezember 1950. ACDP, I-210–035/1.

[17] Gerstenmaier wehrte sich dagegen, die Hilfswerksarbeit wieder in den Gesamtbereich der alten Wohlfahrtsvorstellungen der Kirche zurückzuführen. Seiner Vorstellung entsprechend sollte diese

fizierung der Hilfswerksaufgaben nicht hinreichend berücksichtigt sah.[18] Doch versuchte er sich vergeblich gegen die von der Kirchenführung eingeschlagene Entwicklung zu stemmen und die Auflösung des zentralen Organisationsapparats durch die Synode zu verhindern. Eugen Gerstenmaier beharrte darauf, daß das Hilfswerk als eine »diakonische Funktion der Kirche ohne Eigendasein«[19] anzusehen sei, dessen Arbeit unter den ursprünglich gesetzten Regularien vollendet werden sollte.[20] Die zentrale Figur in der von Gerstenmaier als Intrige gegen sein Lebenswerk gewerteten Initiative machte er in der Person Martin Niemöllers aus. Seine Verbitterung über das Verhalten des Berliner Amtsbruders projizierte der Kirchheimer zusätzlich auf sein politisches Engagement. Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden kirchlichen Auseinandersetzung mit Niemöller riet Gerstenmaier deshalb dringend davon ab, die seitens der CDU-Fraktion geknüpften Kontakte zum Kirchlichen Außenamtsleiter zu intensivieren. Die Bemühungen um einen Ausgleich seiner Partei mit einem der führenden Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland erachtete Gerstenmaier als nutzlos. Er hielt es sogar für schädlich, den Dialog mit Niemöller fortzusetzen, da dieser nach seinerAnsicht die politische Standfestigkeit der christdemokratischen Partei erschüttern würde.[21] Die innerkirchliche Auseinandersetzung hatte in Gerstenmaier die Kampfeslust entfacht, den Außenamtsleiter der EKD auch politisch zu bekämpfen.

Aufgrund der sich verhärtenden Fronten zog der CDU-Politiker seine im November 1950 erklärte Bereitschaft die Hilfswerksleitung niederzulegen zurück.[22] Er unternahm stattdessen den Versuch, seinen Rückzug zu verhindern bzw. mit der Forderung nach Ablösung Niemöllers von der Leitung des Kirchlichen Außenamtes zu

---

Arbeit dem Diakonat der Kirchen als eine »unverzichtbare Wesens- und Lebensform der Kirche und [...] des christlichen Laientums« angliedert werden. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Thiele vom 28. März 1952. ACDP, I-210–036/2.

[18] Die Anstrengungen zur Umgestaltung des Hilfswerks aus Sicht des Stuttgarter Zentralbüros umriß Eugen Gerstenmaier wie folgt: »Meine Mitarbeiter und ich haben es niemals an der Bereitschaft fehlen lassen, notwendige in der Sache und der Situation begründete Umformungen durchzuführen. Wir haben trotz ernster Bedenken der Loslösung der wirtschaftlichen Unternehmungen zugestimmt, und wir haben schliesslich eine Reihe von Vorschlägen zur Finanzierung und zur Weiterführung grosser Gesamtaufgaben, wie der Osthilfe vorgelegt.« Undatierter Briefentwurf Eugen Gerstenmaiers an Bischof Otto Dibelius, wahrscheinlich von Anfang Dezember 1950. ACDP, I-210–035/1.

[19] Eugen Gerstenmaier vertrat diesen Standpunkt anläßlich einer Sitzung des Hilfswerksausschusses der Synode vom 23. Juni 1950 in Ansbach. ADW, ZB 14.

[20] Den Gedanken der Diakonie legte Gerstenmaier ausführlich in seinem Beitrag »Wichern Zwei« dar. E. Gerstenmaier, Wichern Zwei, in: E. Gerstenmaier, Evangelische Kirche und Sozialpolitik, 1953, S. 499–546.

[21] Brief Eugen Gerstenmaiers an seinen Fraktionskollegen Friedrich Holzapfel vom 23. Dezember 1950. Gerstenmaier vertrat darin zudem die Ansicht, daß die Festlegung Niemöllers auf die SPD als seine politische Heimat sogar noch unterstützt werden solle. Der Kirchheimer versprach sich von einer eindeutigen Positionierung Niemöllers eine sinkende Unterstützung durch CDU-Stammwähler. StBKAH, 10.21, Bl. 118.

[22] Vgl. J. M. Wischnath, Kirche in Aktion, 1986, S. 315.

verknüpfen.[23] Als Erklärung verwies er auf die Gefahr, die dem Hilfswerk bei der Realisierung der dem Rat vorgelegten Neuordnungspläne für die Wohltätigkeitsorganisation drohe.[24] Gerstenmaiers Position war aber Ende 1950 bereits zu geschwächt, um seine Verdrängung aus dem Zentralbüro noch verhindern oder um die Stellung Niemöllers noch entscheidend angreifen zu können. Selbst der Gerstenmaier zugeneigte Otto Dibelius vermochte es nicht mehr, seine Ratskollegen davon zu überzeugen, den CDU-Politiker weiter im Amt zu belassen bzw. auf die von diesem erhobene Forderung nach Ablösung des Außenamtsleiters einzugehen.[25] Auch die Gerstenmaier bislang eher objektiv gegenüberstehenden Kirchenmänner waren nicht länger gewillt, ihn in der Verantwortung zu belassen. Über die Querelen, die seine politische Arbeit auslöste, hinaus hatten besonders die finanziellen Risiken, die mit der vom Zentralbüro forcierten Angliederung von Wirtschaftsbetrieben[26] einhergingen, Kritik hervorgerufen.

Die durch die Auseinandersetzung mit Ministerpräsident Maier im Frühjahr 1951 ans Tageslicht gebrachten Vorwürfe von Devisenvergehen schwächten die Position des Hilfswerksleiters zusätzlich. Für Gerstenmaier kamen diese Vorwürfe zur Unzeit, denn die innerkirchlichen Kritiker sahen sich aufgrund dieses Rechtsverstoßes bestätigt.[27] Der Ratsvorsitzende der EKD, Otto Dibelius, konnte – nachdem die Schuld des Zentralbüros Mitte April 1951 vom Oberfinanzpräsidium Württemberg-Baden offiziell bestätigt und mit einer Buße von 100 000 DM geahndet worden war[28] – nur noch Schadensbegrenzung betreiben.[29] Obwohl das württembergische Oberfinanzpräsidium über die geahndete Ordnungswidrigkeit hinaus keinerlei Hinweise auf ein

---

[23] Niemöller beharrte im Rahmen der Hamburger Synode vom April 1951 auf seinem Recht, zu politischen Fragen auch künftig Stellung zu nehmen, wenn es ihm sein »christliches Gewissen« geböte. Flensburger Tageblatt vom 7. April 1951.

[24] In einem Schreiben an Dibelius erklärte Gerstenmaier: »Ich selber fühle mich jedenfalls nicht frei, in einem Augenblick, in dem solche Gefahren der von uns mit diesem Werk gemeinten Sache drohen, auf die Seite zu treten und meine Gefährten und Mitarbeiter allein zu lassen.« Undatierter Briefentwurf Eugen Gerstenmaiers an Bischof Otto Dibelius, wahrscheinlich von Anfang Dezember 1950. ACDP, I-210–035/1.

[25] Dibelius teilte Gerstenmaier am 8. Dezember 1950 mit, daß es im Rat eine »dreifache Mauer an Widerständen« zu durchbrechen gelte. Diese bestehe in der Ablehnung eines Diakonischen Amtes, der Weigerung, sich für die Arbeit des Hilfswerks weiterhin finanziell zu engagieren sowie der Ablehnung, eine Parallele zwischen den punktuellen politischen Aktivitäten Martin Niemöllers und Gerstenmaiers Bundestagstätigkeit gelten zu lassen. ADW, ZB 51.

[26] Vgl. fünftes Kapitel, 4.

[27] Die Kritik der Kontrahenten Gerstenmaiers in der EKD-Leitung erstreckte sich über den Vorwurf der riskanten Geschäftsführung bis hin zur Verfolgung allzu »kommerzieller Methoden« bei der Verwendung der Spenden. Brief Eugen Gerstenmaiers an Bischof Hans Meiser vom 2. Dezember 1951. ACDP, I-210–035/2.

[28] Erklärung des württembergisch-badischen Staatsministeriums vom 18. April 1951. Dem Hilfswerk der EKD wurde wegen Verstoßes gegen das Gesetz Nr. 53 der Militärregierung eine Buße von 100 000 DM auferlegt. Ausdrücklich wurde betont, daß im Verlauf der Ermittlungen keine Anzeichen auf eine persönliche Bereicherung der Mitarbeiter des Hilfswerks festgestellt worden seien. HStA Stuttgart, Q 1/8, 296.

[29] Erklärung von Bischof Dibelius in seiner Eigenschaft als Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 18. April 1951. ACDP, I-210–063/1.

unrechtmäßiges Handeln Eugen Gerstenmaiers fand, wurde seine Position zunehmend unhaltbarer. Alle Hoffnungen des Kirchheimers auf ein Verbleiben in Diensten der kirchlichen Hilfsorganisation wurden damit zunichte gemacht, zumal die Presse die Vorwürfe gegen ihn begierig aufgegriffen hatte.[30] Wie zerrüttet das Verhältnis Eugen Gerstenmaiers zur Kirchenleitung in dieser Phase war, geht aus einem Schreiben des mittlerweile 45jährigen an seinen Vertrauten Otto Dibelius von Anfang September 1951 hervor. Hierin griff er – einzig Otto Dibelius ausnehmend – in einem verbalen Rundumschlag den gesamten Rat scharf an, indem er die Atmosphäre einer Ratssitzung, in deren Verlauf er Rechenschaft über seine Stuttgarter Arbeit geben sollte, mit seinem Erscheinen vor dem Volksgerichtshof verglich.[31] »Ich komme«, so Gerstenmaier wörtlich weiter, »von dem Eindruck nicht los, dass für einige recht prominente Mitglieder des Rates die Aussicht bestimmend war, durch eine Art Exkommunikation meiner Person in die Dispositionsgewalt von Gut und Macht zu gelangen, für deren Zustandekommen sie nichts getan haben, an deren Ausbeutung sie aber brennend interessiert sind.«[32] Diese drastischen Worte markierten das Ende der Tätigkeit Gerstenmaiers für das Hilfswerk. Nach außen hin wurde die Niederlegung seines Amtes mit der Neuordnung der karitativen Arbeit der EKD sowie seiner Arbeitsbelastung als Bundestagsabgeordneter erklärt[33], doch hatten seine Kritiker – trotz seiner erfolgreicher Arbeit für die kirchliche Wohltätigkeitsorganisation[34] – eindeutig obsiegt, wie er einigen wenigen Vertrauten

---

[30] Der Spiegel hatte in seiner Ausgabe Nr. 11 vom 14. März 1951 unter der Überschrift »Die Güter mehren ...« Gerstenmaier sogar persönliche Bereicherung vorgeworfen. Gerstenmaier hatte gegen diese Anschuldigung sofort rechtliche Schritte eingeleitet. Der Rechtsstreit endete in einem Vergleich, in dem »Der Spiegel« aufgrund der unbewiesenen Behauptungen unterlag und sich verpflichten mußte, »weder über das Hilfswerk [...] noch über Dr. Gerstenmaier, noch über irgend einen früheren Mitarbeiter des Hilfswerks in Zukunft Behauptungen aufzustellen, die sich auf die Betätigung des Hilfswerks bis zum heutigen Tage beziehen.« Vergleich zwischen Hilfswerk und »Der Spiegel«, in: Der Spiegel vom 9. April 1951. ADW, ZB 444. Zudem hatte »Der Spiegel« eine Richtigstellung in seiner Ausgabe vom 18. April 1951 (Nr. 16, S. 34) drucken müssen.

[31] Das genaue Datum der Ratssitzung von Anfang September 1951, zu der Gerstenmaier zitiert worden war, ging aus den Zeilen Eugen Gerstenmaiers an Dibelius nicht hervor. Brief Eugen Gerstenmaier an Dibelius vom 8. September 1951. ACDP, I-210–035/1.

[32] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Dibelius vom 8. September 1951. ACDP, I-210–035/1.

[33] Das Hilfswerk, Nr. 55 vom Oktober 1951. Die Absicht Gerstenmaiers, von seinem Amt zurückzutreten, war allerdings bereits im Frühjahr 1951 durchgesickert. Die Tagespresse hatte schon Ende März 1951 gemeldet, daß sich Gerstenmaier aufgrund seiner Arbeitsbelastung als Bundestagsabgeordneter von der Leitung des Hilfswerks zurückziehen werde. Vgl. Die Welt vom 31. März 1951. Gerstenmaier war diesen Meldungen jedoch zunächst entgegengetreten. Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. April 1951.

[34] Der Umfang der Hilfswerksarbeit unter der Leitung von Eugen Gerstenmaier wird durch einen Blick auf die verteilten Geldmittel und Güter deutlich: Zwischen 1945 und 1950 erhielt das Zentralbüro Hilfsgüter in Höhe von rund 65000 Tonnen im Gegenwert von 200 Millionen DM; für den kirchlichen Wiederaufbau spendete das Ausland insgesamt 28,5 Millionen DM. Im Inland konnten 180 Millionen Reichsmark und 19 Millionen DM sowie 100 Millionen kg Lebensmittel gesammelt und den Bedürftigen zur Verfügung gestellt werden. Zahlen aus: Das Hilfswerk. Mitteilungen aus dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Nr. 49, herausgegeben vom Zentralbüro Stuttgart, April 1951 (Sonderdruck Jahresbericht 1950), S. 2.

selbst eingestand.[35] Mit Inkrafttreten des neuen Kirchengesetzes[36] erlosch das Amt des Hilfswerksleiters und Eugen Gerstenmaier schied aus seinem Tätigkeitsbereich zum 1. Oktober 1951 aus.

Trotz der teilweise außerordentlich hart geführten Auseinandersetzungen innerhalb der EKD ließ es Gerstenmaier nach seinem Rückzug aus dem Hilfswerk nicht zum Bruch mit der Kirche kommen; die Gründe hierfür waren vielschichtig. Über die Verankerung Gerstenmaiers in der Kirche aus seiner christlichen Grundhaltung hinaus war hierfür seine Erkenntnis entscheidend, daß nur in der Zusammenarbeit von Politik, Gesellschaft und Kirchen eine befriedigende Lösung der anstehenden Probleme der Bundesrepublik erfolgen konnte. Von großer Bedeutung war ferner die Furcht Gerstenmaiers, sich durch eine ausschließliche Konzentration auf die politische Arbeit in eine wirtschaftlich abhängige Position zu begeben. Obgleich seine Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt bereits rund sieben Jahre zurücklag und eine Rückkehr in den Dienst dieser Behörde aufgrund der Streitigkeiten mit dessen Leiter Martin Niemöller mehr als unwahrscheinlich war, legte der 45jährige immer noch Wert auf den formalen Weiterbestand seines Anstellungsverhältnisses bei der EKD in Form einer zeitlich unbegrenzten Beurlaubung.[37] Gerstenmaier fungierte ferner aufgrund seiner zahlreichen Kontakte zu kirchlichen Würdenträgern und Institutionen als wichtiges Verbindungsglied zwischen der Union und der evangelischen Kirche. Vor dem Hintergrund der zum Teil harschen Kritik aus dem protestantischen Lager in den Fragen der Westintegration und der Wiederbewaffnung war die Kontaktpflege zu führenden Persönlichkeiten der EKD für die Christdemokraten unverzichtbar, um eine Eskalation des Konfliktes zu vermeiden. Der Stellenwert, den eine Einflußnahme auf die evangelische Kirchenleitung zur Eingrenzung der regierungskritischen Kreise um Niemöller und Heinemann hatte, war von Eugen Gerstenmaier erkannt worden.[38] Mit maßgeblicher Unterstützung Gerstenmaiers war Adenauer deshalb bemüht, durch vertrauliche Gespräche[39] und offizielle Zusammenkünfte die Verbindung zu den der Union geneigteren EKD-Repräsentanten[40] zu intensi-

---

[35] In einem Schreiben an den bayerischen Landesbischof Meiser merkte Gerstenmaier am 2. Dezember 1951 an: »Im übrigen habe ich niemals ein Geheimnis daraus gemacht, dass gerade die unablässig gegen mich betriebene Wegnahme der Initiativorgane des Hilfswerks – vollendet mit dem Hilfswerk-Gesetz – mich veranlasst hat, zu resignieren.« ADW, ZB 62.

[36] Die Synode hatte der Novelle des Kirchengesetzes am 5. April 1951 zugestimmt.

[37] Wie groß die Abneigung Eugen Gerstenmaiers war, sich für seinen Broterwerb ausschließlich auf die Politik zu verlassen, geht aus seinen Zeilen an Otto Dibelius vom 30. April 1952 hervor. Darin schrieb er unter anderem: »Natürlich habe ich kein grosses Verlangen, mich im Kirchlichen Aussenamt mit Herrn Niemöller oder seinen Getreuen herumzustreiten. Aber ich würde das der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Politik immer noch vorziehen.« ACDP, I-210–035/1.

[38] Vgl. die Haltung Gerstenmaiers in einem Gespräch mit Adenauer, Lenz, Blankenhorn, von Brentano, Ehlers, Etzel, Bucerius, Blank und Günther am 10. August 1951. ACDP, I-172–006.

[39] Am 26. September 1951 meldete Eugen Gerstenmaier dem Bundeskanzler, daß er Bischof Dibelius für ein Treffen gewinnen konnte. StBKAH, 12.07, Bl. 30.

[40] Beispielsweise kam es am 5. November 1951 zu einem Zusammentreffen der führenden Männer des evangelischen kirchlichen Lebens mit Bundeskanzler Adenauer im Adam Stegerwald-Haus in Königswinter. Zur Diskussion stand die Frage der deutschen Wiedervereinigung. Gerstenmaier nahm

veren ohne dabei einer vom Kanzler abgelehnten Einmischung der Kirche in die Politik die Tore zu öffnen.[41]

Über die Kontaktpflege mit der Kirchenleitung hinaus blieb Gerstenmaier auch der karitativen Arbeit der EKD verbunden. Er tat dies, ohne jedoch seine Verärgerung über weite Teil der Kirchenführung zu verhehlen.[42] Der CDU-Abgeordnete warf in diesem Zusammenhang den Verantwortlichen der EKD sicherlich nicht zu Unrecht vor, ihre parteipolitisch gebundenen Mitglieder zwar zur Erlangung ihrer Ziele zu benutzen, dabei zugleich aber »im Kampf«[43] ihre Distanz zur Politik zu unterstreichen. Gegen diese Doppelzüngigkeit der evangelischen Kirche setzte sich Gerstenmaier zur Wehr, doch tat dies seiner Einsatzbereitschaft keinen Abbruch. So übte der Theologe weiterhin seine Funktion als Mitglied des Diakonischen Beirats aus, und er agierte zudem als Aufsichtsratsvorsitzender des Evangelischen Siedlungswerks.[44] Im Unterschied zu seiner Stuttgarter Tätigkeit fokussierte er seine Anstrengungen nun darauf, sich im Rahmen seines politischen Amtes für die sozialen Belange hauptsächlich der durch Diktatur und Kriegsfolgen entwurzelten Menschen einzusetzen. Sein Betätigungsfeld blieb damit prinzipiell das gleiche, nur das Umfeld sowie das ihm zur Verfügung stehende Instrumentarium hatten sich verändert.[45]

---

gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen Kunze, Pferdmenges, Tillmanns und Wellhausen an der Besprechung teil. Vgl. Evangelischer Pressedienst, Zentralausgabe, Nr. 257 vom 6. November 1951, S. 2.

[41] Besprechung Adenauers mit Lenz, Blankenhorn, von Brentano, Ehlers, Etzel, Bucerius, Gerstenmaier, Blank und Günther vom 10. August 1951. Tagebucheintragung von Otto Lenz vom selben Tag. ACDP, I-172–006.

[42] Gerstenmaier hatte im September 1951 zwar damit gedroht, sich ganz aus dem Kirchendienst zurückzuziehen. Doch war diese Reaktion eher auf seine Enttäuschung zurückzuführen, denn als ernstzunehmende Ankündigung zu werten. Vgl. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Bischof Otto Dibelius vom 8. September 1951. ACDP, I-210–035/1.

[43] Brief Eugen Gerstenmaiers an Landesbischof Hans Meiser vom 2. Dezember 1951. ACDP, I-210–035/2.

[44] Für eine Mitarbeit Gerstenmaiers im Siedlungswerk hatten sich hauptsächlich Otto Dibelius und der bayerische Landesbischof Bischof Meiser eingesetzt. Vgl. Schreiben Gerstenmaiers an Hans Meiser vom 2. Dezember 1951. Ebd.

[45] In einem Brief an Bischof Dibelius vom 9. Januar 1950 bestätigte Eugen Gerstenmaier, daß er sich seit seinem Wechsel in die Politik mit den Problemen auseinandergesetzt habe, mit denen er sich auch im Verlauf seiner Tätigkeit für das Hilfswerk beschäftigt hatte. ACDP, I-210–035/1.



Foto: Robert Vack, Frankfurt/Main
ACDP-Bildarchiv, Sankt Augustin

Siebtes Kapitel

Betätigungsfeld Außenpolitik

1. Politik der Westbindung

Nach der Konstituierungsphase im Herbst 1949 begann für Gerstenmaier, der in vier ständigen Bundestagsausschüssen vertreten war, die parlamentarische Arbeit. Die erste außenpolitische Bewährungsprobe kam auf ihn bei den Beratungen über das Petersberger Abkommen im November 1949 zu. Zwar herrschte über das generelle Ziel der Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren im Parlament Einigkeit, denn auch die Opposition befürwortete eine Neuordnung der Beziehungen zu den Siegermächten. Allerdings sorgten die in diesem Zusammenhang behandelten Fragenkomplexe, die von der Demontagepolitik der Alliierten bis zur Rückkehr Deutschlands in die Völkergemeinschaft reichten, für reichlich Zündstoff zwischen Regierungslager und der von Kurt Schumacher angeführten SPD. Die Verhandlungen auf dem Petersberg, die Adenauer seitens der Opposition den Vorwurf der »Geheimdiplomatie«[1] einbrachten, mündeten zwar in dem allgemein angestrebten Ende der Demontage, doch wurde der Weg, auf dem dieser Erfolg erzielt worden war, heftig kritisiert.

Gerstenmaier, der nach eigenem Bekunden darum bemüht war, in der Außenpolitik ein konsensuales Vorgehen mit der parlamentarischen Opposition zu erzielen[2], hielt die Kritik an Adenauer jedoch für unberechtigt. Der 43jährige nahm den Widerspruch im Parlament zum Anlaß, das Vorgehen des Regierungschefs noch vor Unterzeichnung des Petersberger Abkommens in seiner ersten großen Rede vor dem Plenum zu verteidigen. Dabei waren die Begleitumstände für Gerstenmaiers Jungfernrede alles andere als günstig. Der schwäbische Unionsabgeordnete war gemeinsam mit Gerhard Schröder von seiner Fraktion ausersehen worden, um der antizipierten Kritik der SPD Paroli zu bieten. Noch in der wenige Stunden vor der Debatte abgehaltenen Sitzung der CDU/CSU war den Fraktionsmitgliedern der Wortlaut der Erklärung des Kanzlers allerdings nicht bekannt. Adenauer weilte zu diesem Zeitpunkt zu weiteren Gesprächen mit den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg, seine Fraktion wurde ebenso wie der Rest des Parlaments im unklaren über die Verhandlungsergebnisse gelassen. Wie spärlich die Informationen waren, auf denen er seine Rede stützen mußte, geht aus einer Bemerkung Gerstenmaiers im Kreise seiner Parteifreunde hervor, er müsse sich auf die Angaben verlassen, die

[1] H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer 1949–1957, 1981, S. 67.

[2] In seinen Memoiren formulierte Eugen Gerstenmaier seine diesbezüglichen Ansichten im Herbst 1949 mit den Worten: »Mir war die angelsächsische bipartisanship in auswärtigen Angelegenheiten, wie sie während des Krieges in England und in den USA die Regel war, nicht nur vernünftig, sondern geboten erschienen.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 308.

mittlerweile »durchgesickert«[3] seien.[4] Diese schlechte Ausgangslage hinderte ihn jedoch nicht daran, sich auch fraktionsintern voll hinter Adenauer zu stellen. Trotz des angemahnten Schulterschlusses mit dem Kanzler rief Eugen Gerstenmaier jedoch dazu auf, die Aussprache im Plenum zwar hart in der Sache zu führen, dabei aber keine zu große Aggressivität gegenüber dem politischen Gegner an den Tag zu legen.[5]

In seinem Redebeitrag beschränkte sich Gerstenmaier im Sinne dieser Strategie deshalb nicht nur darauf, die Vorgehensweise der Bundesregierung zu unterstützen, sondern er nutzte die Gelegenheit dazu, um interfraktionelle Gemeinsamkeiten in der Deutschlandpolitik zu betonen. Er scheute dabei weder offene Worte zur Demontagepolitik, die er als destruktiv bezeichnete, noch redete er das Verhältnis zu den Alliierten schön.[6] Im Zentrum seiner Ausführungen stand die Vision von einer Integration eines freien und souveränen Deutschland in die europäische Völkergemeinschaft. Alle Bestrebungen der Bundesregierung sah Gerstenmaier auf das Erlangen dieses Ziels und der damit verknüpften Stabilisierung des Friedens ausgerichtet. Den Appell für eine europäische Zukunft verband er geschickt mit der Kritik, die Adenauers vertrauliche Unterredungen mit McCloy, Robertson und François-Poncet im Parlament ausgelöst hatten. Dabei billigte er der Bundesregierung pauschal das Recht zu, in Fragen von »vitaler Bedeutung für Deutschland«[7] außenpolitisch initiativ zu werden, und er setzte sich mit Nachdruck für die in Artikel 65 des Grundgesetzes verankerte Richtlinienkompetenz des Kanzlers ein.[8] Gerstenmaier wies ferner Vorwürfe zurück, bei Adenauers Verhandlungsführung mit den Hohen Kommissaren wären die Rechte des Bundestages in unzulässiger Weise beschnitten worden. Dabei fiel ihm die Verteidigung des Vorgehens Konrad Adenauers durchaus nicht leicht, denn aufgrund seines Demokratieverständnisses war sich der CDU-Parlamentarier durchaus bewußt, daß die diffizilen Verhandlungen mit den Siegermächten im Konsens mit der Majorität der Volksvertretung geführt wer-

---

[3] Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 15. November 1949. Die CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. 67.

[4] Wohlmeinende Historiker bezeichneten diese Vorgehensweise Adenauers als »Urform der Außenpolitik«. Vgl. H. Buchheim, Deutschlandpolitik 1949–1972, 1984, S. 10. Ferner R. Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland, 2000, S. 27, der die Formulierung Buchheims aufnahm. Zu einer ausführlichen Wertung von Adenauers Regierungspraxis vgl. zudem: J. Küpper, Die Kanzlerdemokratie, 1985.

[5] Gerstenmaier führte vor der Fraktion aus: »Ich finde nicht, dass die Debatte so geführt werden muß, dass wir heute eine große Protestkundgebung machen. Ich glaube, dass wir nicht zu aggressiv sein sollten, sondern nur den Ernst der Lage feststellen sollten.« Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 15. November 1949. Abgedruckt in: Die CDU/CSU-Fraktion, 1993, S. 68.

[6] Gerstenmaier interpretierte das deutsch-französische Verhältnis wie folgt. »Wir wissen, dass hier moralische Imperative oder Sentiments wenig helfen. Hier muß ein mühsamer Weg Schritt für Schritt gegangen werden. Nirgendwo ist das Gestrüpp des Misstrauens bis jetzt so undurchdringlich wie im deutsch-französischen Verhältnis.« BT, 1. Wp., 17. Sitzung vom 15. November 1949, S. 412.

[7] Ebd., S. 413.

[8] Artikel 65 GG legt fest, daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt und hierfür die Verantwortung trägt.

den sollten. Auf der anderen Seite war ihm durch seine Arbeit für das Kirchliche Außenamt bekannt, daß die Geheimhaltung von Sondierungsgesprächen aus Gründen des Schutzes beider Gesprächspartner und um das Verhandlungsergebnis nicht zu gefährden mitunter unverzichtbar war. Daß sich Gerstenmaier trotz dieses Zwiespalts dazu entschloß, die aufbegehrende Opposition in ihre Schranken zu weisen, gründete sicherlich zu einem nicht unwesentlichen Teil in der Loyalität, die er Adenauer im November 1949 entgegenbrachte. Zudem zweifelte der Parlamentsneuling nicht an der Kompetenz des Kanzlers in außenpolitischen Fragen.

Gleichwohl versperrte die Parteinahme für die Regierungsseite Gerstenmaier nicht den Blick in Richtung Opposition, und er versäumte es nicht, gegenüber dem parlamentarischen Gegner versöhnliche Töne anzuschlagen. Dabei lag es ihm am Herzen, in der künftigen deutschen Außenpolitik eine enge und verständnisvolle Zusammenarbeit anzumahnen. Gerstenmaier verwies nicht nur darauf, daß Opposition und Regierung in verschiedenen Funktionen einzig und allein dem Wohl des deutschen Volkes verpflichtet seien. Dem ehemaligen Widerstandskämpfer war es möglich, diese eher triviale Aussage mit dem Gedenken an die Männer und Frauen unterschiedlichster politischer Gesinnung zu verknüpfen, die im Kampf für ein freies Deutschland im Nationalsozialismus ihr Leben riskiert hatten.[9] Unter Heranziehen dieses Vergleichs zur NS-Diktatur hoffte Gerstenmaier besonders die größte Oppositionspartei von der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns bei den Eckpunkten deutscher Außenpolitik zu überzeugen.

Die Rede Gerstenmaiers rief indes gemischte Reaktionen hervor. Während seine Parteifreunde von seinen Ausführungen durchaus angetan waren, wie die häufigen Beifallskundgebungen im Verlauf des Referats belegten, zeigte man sich beim Koalitionspartner FDP nicht übermäßig beeindruckt.[10] Auch war das Bestreben des CDU-Politikers, die Sozialdemokraten von der Notwendigkeit einer gemeinsam getragenen Politik in entscheidenden Fragen zu überzeugen, vor dem Hintergrund der starken Polarisierung in der Außen- und Deutschlandpolitik, die in dem nur wenige Monate zurückliegenden Bundestagswahlkampf[11] beredten Ausdruck gefunden hatte, zum Scheitern verurteilt.

Die Kluft zwischen SPD und Union hatte sich Ende 1949 aber noch aus einem weiteren Grund vertieft. Mehr noch als die Abgrenzungsversuche der Sozialdemokratie von der Außenpolitik Adenauers zur Schärfung des eigenen programmati-

---

[9] Gerstenmaiers Forderung, parteipolitische Grenzen zu überwinden und zum Wohl eines in weiter Ferne liegenden Ziels zusammenzuarbeiten, speiste sich aus seinen Erfahrungen mit dem Kreisauer Kreis. Dort waren im Kampf gegen die nationalsozialistische Tyrannei grundlegende parteiprogrammatische Auseinandersetzungen zwar nicht völlig obsolet geworden, sie wurden aber durch das Ringen um das gemeinsame Ziel überlagert.

[10] Während der Bundestagssitzung vom 15. November 1949 verfaßte Wohnungsbauminister Eberhard Wildermuth einen Brief an seine Frau, der er über den Verlauf der Beratungen im Plenum mitteilte: »Jetzt predigt-prägelt unser Landsmann Pfarrer Dr. Gerstenmaier – mir ist's schwer erträglich ...« Zitiert nach: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 1, 1982, S. 165, Anm. 5.

[11] Vgl. dazu unter anderem: J. Niemann, Auftakt zur Demokratie, 1994 sowie M. Toman-Banke, Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949–1994, 1996, bes. S. 152 f.

schen Profils trennte beide Lager in dieser Kontroverse die grundsätzliche Einstellung zur Westintegration. Die Auseinandersetzung über die Unterzeichnung des Petersberger Abkommens bot der SPD Anlaß, gegen eine aus ihrer Sicht falsche Weichenstellung in der Außenpolitik anzugehen, durch die sie die nationalstaatliche Vereinigung gefährdet sah und in dessen Entscheidungsprozeß sie sich nicht hinreichend einbezogen fühlte.[12] Ferner beharrte die größte Oppositionspartei darauf, daß mit dem Abkommen eine nicht zu rechtfertigende Vorleistung gegenüber den Siegermächten erbracht würde[13]; eine Haltung, die von Eugen Gerstenmaier noch in der Retrospektive als »politische Fehlleistung«[14] verurteilt wurde.

Der von Kurt Schumacher selbstbewußt vertretene Kurs kritischer Distanz zu den Alliierten, der mitunter das nötige diplomatische Feingefühl vermissen ließ, wurde in der Folge einer der Hauptstreitpunkte im Verhältnis zwischen Eugen Gerstenmaier und dem SPD-Vorsitzenden. Dabei schätzte Gerstenmaier die Leidenschaftlichkeit und das rhetorische Geschick, mit der Schumacher seine Einwände vorbrachte ebenso wie dessen nationale Gesinnung.[15] Was beide Politiker voneinander trennte, war Gerstenmaiers Kompromißbereitschaft und die Erkenntnis, daß der Verlierer des Zweiten Weltkriegs im Umgang mit den alliierten Siegermächten eine größere Geschmeidigkeit bei der Durchsetzung politischer Forderungen an den Tag zu legen hatte.[16] Die unbeugsame Haltung Schumachers belastete zwar das Verhältnis Gerstenmaiers zur sozialdemokratischen Partei, sie hinderte ihn jedoch nicht daran, weiterhin die Zusammenarbeit mit einzelnen SPD-Abgeordneten zu suchen. Besonders mit Carlo Schmid entwickelte sich über die enge Zusammenarbeit im

---

[12] Die SPD bezeichnete beispielsweise das Ruhrstatut als den schwersten außenpolitischen Fehler der Bundesregierung. Zudem wurde die Aufnahme des Saarlandes in den Europarat als selbständiges Mitglied kritisiert und die Ratifizierung des Petersberger Abkommens durch das Parlament eingefordert. Protokoll der SPD-Vorstandssitzung vom 5./6. Januar 1950. Abgedruckt in: H. Lademacher/W. Mühlhausen (Hg.), Sicherheit, Kontrolle, Souveränität, 1985, S. 530 bzw. S. 532.

[13] Um das Ausmaß der Demontagen zu reduzieren und die Möglichkeit zu erhalten, in internationalen Organisationen mitzuarbeiten, vollzog die Bundesregierung am 30. November 1949 den Beitritt zur Internationalen Ruhrbehörde. Dieser Schritt zog jedoch die Anerkennung der zuvor abgelehnten Ruhrkontrolle nach sich. Von der SPD wurde dieser Preis als zu hoch erachtet. Eugen Gerstenmaier war in seiner Bundestagsrede vom 15. November 1949 auf dieses Entgegenkommen der Regierung eingegangen und hatte die Anerkennung des Ruhrstatuts als eines der notwendigen »Opfer« bezeichnet, die es für die Stabilisierung des Friedens und im Hinblick auf eine europäische Einigung zu erbringen galt. BT, 1. Wp., 17. Sitzung vom 15. November 1949, S. 410.

[14] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 312.

[15] Die Wertschätzung, die Gerstenmaier trotz aller politischen Differenzen Kurt Schumacher entgegenbrachte, ging aus einem Grußwort hervor, das er für die Gedenkfeier zum zehnjährigen Todestag Schumachers im August 1962 verfaßt hatte. Darin hieß es: »Mit Ihnen gedenke ich in Ehrerbietung Kurt Schumachers, des unerschrockenen und ungebeugten großen Deutschen, des unvergessenen Kollegen, der uns allen ein heroisches Beispiel strenger Pflichterfüllung vorgelegt hat.« Eugen Gerstenmaier an den SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer am 19. August 1962. AsD, NL Erich Ollenhauer, Mappe 261.

[16] Allemann charakterisierte den Unterschied zwischen Bundesregierung und Opposition dahingehend, daß die SPD darum bemüht war, die Interessenskonflikte mit den Siegermächten »auszukämpfen«, währenddessen Adenauer sie eher »aufzuweichen« gedachte. F. R. Allemann, Bonn ist nicht Weimar, 1956, S. 140.

Auswärtigen Ausschuß ein sehr gutes Verhältnis.[17] Doch trotz der schon fast freundschaftlichen Bande, die Gerstenmaier zu Carlo Schmid pflegte[18], war für den Christdemokraten stets klar, daß er die Politik der Sozialdemokraten besonders auf dem Gebiet der Westintegration als unverantwortlich ablehnte: An seiner Loyalität zur Politik Adenauers gab es diesbezüglich keine Zweifel.

Während das Verhältnis des CDU-Abgeordneten zur größten Oppositionspartei zwar durch hart geführte Auseinandersetzungen gekennzeichnet war, die allerdings seiner persönlichen Wertschätzung des politischen Gegners keinen Abbruch taten[19], blieb er in seiner Ablehnung der Kommunistischen Partei (KPD) im Deutschen Bundestages unversöhnlich. Zur Kritik an der kommunistischen Ideologie, die sich wie ein roter Faden durch das Leben Gerstenmaiers zog, gesellte sich bei ihm das Mißtrauen gegenüber der demokratischen Grundeinstellung der KPD-Abgeordneten. Besonders deutlich wurden Gerstenmaiers Vorbehalte bei der Debatte um die Sitzverteilung in den Ausschüssen. Die CDU/CSU beharrte bei der Besetzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten aufgrund der Vertraulichkeit der zu behandelnden Fragen sogar auf dem Ausschluß der Kommunisten. Allerdings wurde das Ansinnen der Union durch das Votum des liberalen Koalitionspartners insoweit unterlaufen, als daß den KPD-Abgeordneten zumindest ein Beobachterstatus in den Ausschußsitzungen eingeräumt wurde.[20] Die durch die Geschäftsordnung des Bundestages gedeckte parlamentarische Ausgrenzung der 15köpfigen kommunistischen Fraktion wurde von Eugen Gerstenmaier vorbehaltlos mitgetragen.[21] Zudem hielt er mit öffentlich geäußerten Zweifeln am Demokratieverständnis der kommunistischen Parlamentarier um ihren Fraktionsvorsitzenden Max Reimann nicht zurück. Auf einer Pressekonferenz Anfang Mai 1950, bei der

---

[17] Gerstenmaier hatte Carlo Schmid bereits im Verlauf seiner Hilfswerkstätigkeit unmittelbar nach Kriegsende kennengelernt. Die Beziehung zu dem damals in Tübingen lebenden Schmid wurde durch Georg Federer vertieft, dem engen Mitarbeiter Gerstenmaiers in der Stuttgarter Hilfswerkzentrale, der ein Schüler des Juraprofessors Schmid gewesen war. C. Schmid, Erinnerungen, 1980, S. 562f. Die Schmid-Biographin Weber charakterisierte das Verhältnis zwischen Gerstenmaier und Schmid folgendermaßen: »Im Präsidium, im Ältestenrat, eine Zeitlang auch im Auswärtigen Ausschuss saß man zusammen und bemühte sich trotz parteipolitischer Gegensätze um eine enge politische Zusammenarbeit.« P. Weber, Carlo Schmid, 1998, S. 510.

[18] Die Beziehung zu Carlo Schmid bezeichnete Gerstenmaier in seinen Lebenserinnerungen als eine persönliche Zusammenarbeit, die sich über zwei Dekaden erstreckte und über die er »niemals zu klagen« hatte. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 309.

[19] Das Politikverständnis Gerstenmaiers, sich trotz des Festhaltens an den eigenen Kernaussagen zum Wohle eines gemeinsamen Zieles auf den politischen Gegner zuzubewegen, geht aus einen Schreiben Eugen Gerstenmaiers vom 4. April 1950 hervor. Darin teilte er Bischof Hermann Kunst im Hinblick auf das am 28. März verabschiedete Wohnungsbaugesetz mit: »Im übrigen halte ich es für ein bemerkenswertes Beispiel, was erreicht werden kann, wenn die Opposition in verständiger Weise behandelt wird.« ACDP, I-210–014/1.

[20] Zu den Querelen um die Besetzung des Auswärtigen Ausschusses vgl. Der Auswärtige Ausschuß, 1998, S. XXI–XXIV.

[21] Klocksin stellte diesbezüglich fest: »Die Bundestagsmehrheit hatte es in der Hand, auf den Bedingungsrahmen der Arbeits- und Handlungsmöglichkeiten der KPD inner- und außerhalb des Parlaments gestaltend Einfluß zu nehmen.« J. U. Klocksin, Kommunisten im Parlament, 1993, S. 250.

Gerstenmaier im Auftrag der CDU/CSU-Fraktion Journalisten Rede und Antwort stand, bezeichnete er die KPD-Abgeordneten als »Kampfgruppe gegen die Demokratie«, die in »frevelhafter Weise« die Grundlagen des demokratischen Staates verneinen und bekämpfen würden.[22]

Gerstenmaiers loyale Haltung zur Regierungspolitik war in dieser Phase uneingeschränkt. Selbst in einer Thematik, die den christdemokratischen Parlamentarier in ernste Gewissenskonflikte hätte stürzen können, war sein Votum für den Regierungskurs eindeutig, wie die Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung belegte. Die Initiative der Bundesregierung hinsichtlich der Beteiligung an einer europäischen Armee fiel in eine Phase der starken Polarisierung der deutschen Politik und Gesellschaft. Besonders in der Evangelischen Kirche Deutschlands nahm diese Diskussion breiten Raum ein. Die EKD hatte bereits im April 1950 angesichts der angespannten deutsch-deutschen Beziehungen ihre in Berlin abgehaltene Synode unter das Thema gestellt: »Was kann die Kirche für den Frieden tun?«[23] Mit dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 wurde die Wiederaufrüstung zum beherrschenden innenpolitischen Thema und verstärkte die im evangelischen Lager ohnehin vorhandene Sensitivität.[24] Vergleiche mit dem geteilten asiatischen Land ließen in Deutschland die Angst vor einem kommunistischen Angriff auf Westeuropa dramatisch ansteigen. Für den Bundestagsabgeordneten Gerstenmaier galt es nun, Farbe zu bekennen. Sein Standpunkt hatte in dieser Frage nie geschwankt; selbst gegen heftige Angriffe aus der Kirche hatte er sich für den Aufbau einer deutschen Streitmacht stark gemacht. Gerstenmaiers Befürwortung der Wiederaufrüstung erfolgte in dem Wissen, daß es in seiner Kirche höchst umstritten war, den deutschen Wehrbeitrag als Preis für das Erlangen der bundesrepublikanischen Souveränität zu forcieren.[25]

Der Essener Kirchentag vom August 1950 bot schließlich das Forum, die Kontroverse zwischen dem von Gerstenmaier vertretenen Regierungskurs und dem pazifistischen Lager innerhalb der EKD auszutragen. Der CDU-Politiker hatte sich entschieden, aufgrund der aktuellen politischen Diskussion seinen ursprünglichen Redebeitrag mit dem Titel »Menschenfurcht und Gottesfurcht« zugunsten

---

[22] Aufzeichnung Gerstenmaiers über den Verlauf der Bundespressekonferenz vom 5. Mai 1950. ACDP, I-210–015.

[23] Synode der EKD in Berlin-Weißensee vom 24. bis 27. April 1950. In ihrer Entschließung betonte die Kirche ihren Friedenswillen und rief allen »Gliedern unseres Volkes im Westen und im Osten zu: Werdet eindringlich und unermüdlich vorstellig bei allen, die in politischer Verantwortung stehen, dass sie nicht in einen Krieg willigen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen.« Zitiert nach: K. Herbert, Kirche zwischen Aufbruch und Tradition, 1989, S. 167.

[24] Scheuner unterstrich, daß die amtliche Kirche in der Wiederbewaffnungsdebatte generell eine »vorsichtige, den Friedensgedanken betonende Haltung« einnahm. U. Scheuner, Die Stellung der Evangelischen Kirche und ihr Verhältnis zum Staat in der Bundesrepublik 1949–1963, in: A. Rauscher (Hg.), Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949–1963, 1979, S. 146 (S. 121–150).

[25] Der hannoverische Bischof Hanns Lilje unterstrich in seinen Lebenserinnerungen, daß an der Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands der »Zwiespalt der Geister in schroffster Form« aufbrach. H. Lilje, Memorabilia, 1973, S. 188. Vgl. dazu auch: R. Steininger, Wiederbewaffnung, 1989 und K. Höfner, Die Aufrüstung Westdeutschlands, 1990.

einer Stellungnahme zur Remilitarisierungskontroverse zu ändern. Erst eineinhalb Tage vor Beginn der Veranstaltung hatte er den Präsidenten des Kirchentages, Reinhold von Thadden-Trieglaff durch seine Sekretärin davon in Kenntnis setzen lassen, daß er nunmehr zum Thema »Verantwortung des Christen in Europa« zu sprechen beabsichtige.[26] Wenige Stunden vor seiner Rede hatte Gerstenmaier von Thadden-Trieglaff einige Passagen seiner Ausführungen vorgetragen. Der Kirchentagspräsident hatte bereits zu diesem Zeitpunkt Bedenken, daß die prononcierten Äußerungen des Parlamentariers Widerspruch hervorrufen würden. Offiziell begründete von Thadden seine Vorbehalte damit, daß er eine Beeinflussung des zeitgleich zum Kirchentag in Schloß Baldeney über die Haltung der Kirche zur Aufrüstungsfrage beratenden EKD-Rates befürchtete.[27] Gerstenmaier nahm deshalb den Vorschlag des Kirchenpräsidenten auf, seine Ausführungen zuvor mit dem Rat abzustimmen, um eine Kontroverse mit der Kirchenleitung zu umgehen. Nachdem von den Ratsmitgliedern überraschenderweise kein Widerspruch gegen den Grundtenor seiner Rede, sondern nur Verbesserungsvorschläge hinsichtlich einzelner Teilabschnitte geäußert worden waren, stand dem Auftritt Gerstenmaiers nichts mehr im Wege.

Seine innerkirchlichen Widersacher in Essen waren vor allem Pfarrer Heinrich Albertz, der selbst als Staatsminister in Niedersachsen im Spagat zwischen Politik und Kirche erprobt war, sowie der ebenfalls aus Berlin stammende Theologe Helmut Gollwitzer. Besonders an der Argumentation Gollwitzers rieb sich Gerstenmaier, denn sein Amtsbruder hatte vor der von der Wiederbewaffnung ausgehenden Gefahr für die junge Demokratie und dem Wiederaufleben der »militaristischen Mentalität«[28] eindringlich gewarnt. Gerstenmaier betonte er in seiner Rede, daß er bei der Verteidigung des eigenen Landes und der Friedenssicherung keine Alternative zum Einsatz militärischer Mittel sähe. Der CDU-Abgeordnete verknüpfte diese Aussage mit der Frage nach der Zukunft des christlichen Abendlandes, dessen Existenz er ohne ausreichenden militärischen Schutz bedroht sah.[29] Der Parlamentarier appellierte damit nicht ungeschickt an die Emotionen der Kirchentagsteilnehmer. Seine Strategie war es, die anstehende Entscheidung von einem rationalen und poli-

---

[26] Der Schriftwechsel mit Thadden-Trieglaff konterkariert die Aussagen Eugen Gerstenmaiers, der in seinen Lebenserinnerungen den Eindruck vermittelt, daß seine Ausführungen in Essen auf Wunsch des EKD-Rates zustande gekommen seien. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 328.

[27] Brief Reinhold von Thadden-Trieglaffs an Eugen Gerstenmaier vom 15. November 1950. ACDP, I-210–035/1.

[28] Zu den Ausführungen von Heinrich Albertz und Helmut Gollwitzer vgl. ausführlich: J. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, 1978, S. 126 f.

[29] Rede Eugen Gerstenmaiers auf dem Evangelischen Kirchentag in Essen am 25. August 1950. Den Kernpunkt der Kontroverse sah Gerstenmaier in der Entscheidung, »ob wir für den Fall des Angriffs auf unsere Freiheit gemeinsam mit den anderen zu ihrer Verteidigung entschlossen sind.« »Das aber«, so Gerstenmaier weiter, »scheint mir christlich geboten. Es geht dabei nicht allein um uns und unsere christliche Existenz, sondern es geht dabei darum, ob fortan im Herzen Europas Freiheit und Recht oder Gewalt und Diktatur bestimmend sind. Es geht schließlich um nicht mehr oder weniger als um die Erhaltung oder den Untergang des christlichen Abendlandes.« BA, N 1278/258.

tisch motivierten Votum zu einer aus Sorge um die Weiterexistenz des christlichen Glaubens heraus zu fällenden Gewissensentscheidung umzufunktionieren: Der politische Kampf gegen den Kommunismus sollte aus christlicher Verantwortung und zur Verteidigung des Abendlandes geführt werden. In dieser Argumentation Gerstenmaiers war eine stringente Linie zu seiner Tätigkeit als Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes erkennbar. Schon damals hatte er sich dafür stark gemacht, die christlichen Werte gegen die atheistische Ideologie mit allen Mitteln zu verteidigen.

Wie zu erwarten, stieß dieses leidenschaftliche Engagement für die Aufrüstung bei den Kirchentagsteilnehmern auf Kritik. Zwar gab es in Essen durchaus Stimmen, die die Meinungsäußerung des CDU-Politikers und seinen Standpunkt begrüßten. Wie bereits vom Kirchentagspräsidenten antizipiert, überwog jedoch die Zahl derjenigen, die ihrer Besorgnis Ausdruck gaben, daß der Redebeitrag Gerstenmaiers mit seiner starken politischen Akzentuierung, den »Charakter«[30] der kirchlichen Tagung gestört habe. Gerstenmaier selbst sah sich ungerechtfertigt ins Fadenkreuz der Kritik geraten. Besonders die Klage, seine Rede widerspräche der Haltung der EKD-Führung[31] wollte er nicht gelten lassen. Der Parlamentarier hatte angenommen, daß ihm die Kirchentagsleitung und der EKD-Rat den Rücken stärken würden, da er vor seinen Essener Ausführungen das Gespräch mit den Verantwortlichen gesucht hatte. Zwar versuchte die Kirchenleitung einer Ausuferung der Kritik an dem CDU-Politiker zu begegnen, indem sie beispielsweise den für die Rhein-Neckar-Zeitung tätigen Journalisten Christoph von Imhof, der in seinem Blatt kritisch zum Auftritt Gerstenmaiers in Essen Stellung bezogen hatte, in seine Schranken verwies.[32] Von Thadden-Trieglaff war aber ebensowenig wie der Rat bereit, Gerstenmaier zu bescheinigen, daß seine Ausführungen im Einklang mit der offiziellen EKD-Haltung standen.[33]

Der massive Widerstand in der evangelischen Kirche gegen seinen politischen Standpunkt belastete Gerstenmaier wohl, er bremste aber nicht seinen Elan. Seinem Verhältnis zum Bundeskanzler tat die Auseinandersetzung um seine Kirchentagsrede keinen Abbruch, obwohl Adenauer auf gute Beziehungen zur evangelischen

---

[30] Schreiben des Präsidenten des Evangelischen Kirchentags Reinhold von Thadden-Trieglaff an Eugen Gerstenmaier vom 21. Dezember 1950. ACDP, I-210–035/1.

[31] In der Zeitschrift »Junge Kirche« vertrat der Autor Söhlmann die Ansicht, daß Gerstenmaiers Rede gegen den Willen des Kirchentages sowie des Rates der EKD gehalten worden sei. Söhlmann, der die Ausführungen des CDU-Politikers als »Essener Aufrüstungsrede« charakterisierte, bezeichnete das Echo auf die Rede im »evangelischen Deutschland« als eindeutige Ablehnung. Siehe: Junge Kirche, H. 18 vom 6. November 1950, S. 670.

[32] Gerstenmaier beklagte sich in einem Schreiben an Thadden-Trieglaff vom 29. Dezember 1950 erneut, daß Imhoff ein ihm »zur Steuerung der Wahrheit« von Gerstenmaier überlassenes Schreiben für seine eigenen Zwecke mißbraucht habe. ACDP, I-210–035/1. Vgl. zudem einen Brief Reinhold von Thaddens an Gerstenmaier vom 15. November 1950, in dem er ankündigte die »Angelegenheit von Imhoff« rasch zu bereinigen. Ebd.

[33] In einem Schreiben an Gerstenmaier vom 15. November 1950 führte Reinhold von Thadden-Trieglaff aus: »Ich betrachte Ihren Vortrag in genau derselben Weise als offiziell und privat zugleich, wie die übrigen Ansprachen, die in ähnlicher Kategorie auf dem Kirchentag in Erscheinung traten.« ACDP, I-210–035/1.

Kirche Wert legte. Konrad Adenauer hatte im Parlament vielmehr gegen die gleichen Bedenken anzugehen, mit denen Gerstenmaier auf dem Essener Kirchentag konfrontiert worden war. Selbst im Kabinett schlug den Befürwortern der Aufrüstung Widerstand entgegen. In der Auseinandersetzung mit Heinemann kam es in dieser Frage sogar zu einem Eklat. Auf die Weigerung von Innenminister Gustav Heinemann, den Regierungskurs bei der Wiederbewaffnung mitzutragen[34], reagierte Adenauer zunehmend ungehaltener. Schließlich erlaubte der unüberbrückbare Graben, der sich zwischen den beiden Männern auftat, nur noch den Austausch schriftlich fixierter Standpunkte.[35] Der Bruch zwischen Innenminister und Kanzler in der Frage der Wiederbewaffnung war nicht mehr zu kitten war und Heinemann zog Ende Oktober mit seinem Rücktritt die Konsequenzen.[36]

Im Lichte dieser Kontroverse wurde die Loyalität Gerstenmaiers vom Kanzler besonders wohlwollend aufgenommen. Es war durchaus als Vertrauensbeweis zu werten, daß Adenauer Gerstenmaier im Oktober 1950 bat, in seinem Auftrag mit der Regierung der Vereinigten Staaten in der Frage der Rückkehr deutscher Kriegsgefangener zu verhandeln. Zudem nahm er als Gastdelegierter der amerikanischen Delegation[37] an der UN-Vollversammlung in Lake Success vor den Toren New Yorks teil.[38] Die Aufforderung des Regierungschefs war so überraschend erfolgt, daß der schwäbische Christdemokrat seine ursprünglich gegebene Zusage, anläßlich des Gründungsparteitages der CDU in Goslar ein Referat über die Integration der

---

[34] Seine Bedenken hatte Heinemann bereits im September 1950 in einem Memorandum zum Ausdruck gebracht. Zusätzlich hatte er in einem Gespräch mit Konrad Adenauer seine Ablehnung des eingeschlagenen Regierungskurses mit den Worten formuliert: »Gott hat uns die Waffen zweimal aus der Hand genommen, wir dürfen sie nicht zum dritten Mal in die Hand nehmen, sondern müssen geduldig warten.« Adenauer hingegen beharrte darauf, der Aufbau einer Streitmacht sei zur Sicherung des brüchigen Friedens unverzichtbar. Brief Konrad Adenauers an Gustav Heinemann vom 23. September 1950. StBKAH, II.02, Bl. 229. Diese Überzeugung des Bundesinnenministers erfuhr im übrigen Ende September durch die Erklärung des Bruderrates der EKD vom 29. September 1950 Unterstützung. Vgl. dazu ausführlich: J. Vogel, Kirche und Wiederbewaffnung, 1978, S. 135–138.

[35] Brief Konrad Adenauers an Gustav Heinemann vom 23. September 1950. StBKAH, II.02, Bl. 229–230.

[36] Am Ende seiner »Denkschrift Deutsche Sicherheit« vom 13. Oktober 1950 ließ Gustav Heinemann an den Gründen, die ihn zu diesem Entschluß bewegt hatten, keinen Zweifel. »Wo die dem Kanzler obliegenden Bestimmungen der politischen Richtlinien so verstanden werden, dass eine gemeinsame Willensbildung nicht stattfindet und wo jeder nur mit Vorwürfen zu rechnen hat, der sich den Richtlinien nicht willig fügt, möchte und kann ich keine Mitverantwortung tragen.« ACDP, I-210–015.

[37] Eugen Gerstenmaier betonte, daß die Einladung an die Bundesregierung dem Einfluß des Hohen Kommissars John McCloy zu verdanken war. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 334. McCloy hatte bereits in einer Rede in Stuttgart am 6. Februar 1950 das Interesse der USA an einer starken Bundesrepublik betont und in diesem Zusammenhang die deutsche Einbindung in ein zu schaffendes europäisches Verteidigungssystem angedacht.

[38] Gerstenmaier flog am 13. Oktober 1950 nach New York, um an der UN-Versammlung teilzunehmen. Ende Oktober kehrte der CDU-Politiker nach Deutschland zurück, um der Bundesregierung und dem Auswärtigen Ausschuß von seinen Verhandlungen zu berichten. Im Dezember 1950 brach er erneut in die USA auf. ACDP, I-210–035/2.

Vertriebenen zu übernehmen, zurückziehen mußte.[39] Hauptaufgabe des CDU-Politikers in den USA war es, im Verlauf der Zusammenkunft, nachhaltig auf das Schicksal der noch nicht repatriierten deutschen Kriegsgefangenen hinzuweisen. Bereits Ende Juli 1950 hatte sich Gerstenmaier in dieser Frage auf nationaler Ebene hervorgetan und als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses vor dem Bundestag auf die unverzügliche Freilassung aller Deutschen aus sowjetischer Gefangenschaft gedrängt.[40] In diesem Zusammenhang hatte er der UdSSR sogar offen die Verletzung des Völkerrechts bei der Behandlung der deutschen Gefangenen und verschleppten Zivilpersonen vorgeworfen. In den USA blieb Eugen Gerstenmaier dieser Linie treu und er setze sich erneut vehement für die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen ein. Doch außer dem Zorn der Sowjetunion, den sich der Deutsche durch seine offenen Worte zuzog[41], blieb das Engagement Gerstenmaiers in den Vereinigten Staaten ohne zählbaren Erfolg. Nachdem sich selbst die UN nicht dazu durchzuringen vermochte, wenigstens die humanitären Forderungen Deutschlands zu unterstützen, machte sich ein zutiefst unzufriedener und desillusionierter Gerstenmaier auf den Weg in die Heimat.[42]

Im Dezember 1950 brach Eugen Gerstenmaier in gleicher Sache abermals in Richtung Nordamerika auf. Dieses Mal wurde er von Herbert Wehner begleitet, da der Regierung daran gelegen war, in der Frage der Kriegsgefangenen einen breiten parlamentarischen Konsens zu demonstrieren. Doch auch nach seinem zweiten Besuch konnte Gerstenmaier keine konkreten Ergebnisse vorweisen. Im Unterschied zu seinem vorherigen Besuch zeigte er sich dieses Mal jedoch von der Reaktion der UN-Mitgliedsstaaten befriedigt. Gegen die von dem deutschen Parlamentarier diesmal vorgebrachte Forderung nach Überprüfung und gegebenenfalls Aufhebung von alliierten Urteilen gegen deutsche Kriegsgefangene hatte sich kaum Widerspruch geregt. Selbst Frankreich, das sich zuvor den Bemühungen der Bundesregierung um die Gefangenen verschlossen hatte, hielt sich nun mit Kritik merklich zurück.[43]

Der CDU-Politiker vertrat im Verlauf seines zweiten Amerikaaufenthaltes aber nicht nur die Haltung der Bundesregierung in der Kriegsgefangenenfrage. Gerstenmaier sondierte in Adenauers Auftrag in Washington ferner die Möglichkeiten eines Sicherheitsvertrages mit den westlichen Alliierten, der an die Stelle des Besatzungsstatuts treten sollte. Der Vorstoß der Bundesregierung war eine Antwort auf die Forderung Churchills vom August 1950, der vor dem Europarat die Aufstellung einer europäischen Armee unter deutscher Beteiligung gefordert hatte.[44] Auf Ein-

[39] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden von Brentano vom 9. Oktober 1950. ACDP, I-210–014/1.

[40] BT, 1. Wp., 79. Sitzung vom 26. Juli 1950, S. 2840.

[41] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Thiele vom 28. März 1952. ACDP, I-210–036/2.

[42] Eugen Gerstenmaier subsumierte seine Erfahrungen dieser Visite mit den Worten: »Es war ein saures Geschäft, und ich war immer wieder nahe am Verzweifeln.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 335.

[43] Brief Eugen Gerstenmaiers an Adenauer vom 16. Dezember 1950. ACDP, I-210–015.

[44] Rede Churchills vor der Beratenden Versammlung am 11. August 1950. Vgl. H. Medefind, Die Deutschen im Europarat, 1972, S. 41f.

ladung des US-Kongresses hatte Eugen Gerstenmaier vor diesem Hintergrund den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses sowie des Militärausschusses von Senat und Repräsentantenhaus die bundesrepublikanischen Vorstellungen erläutert. Gerstenmaier bewies durchaus Verhandlungsgeschick und betonte die Bedeutung Deutschlands für die amerikanischen Sicherheitsinteressen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Bemühungen um eine europäische Einigung im Europarat und unterstrich die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gegen die Bedenken der SPD für einen Wehrbeitrag Deutschlands einzusetzen. Dabei agierte der CDU-Politiker in der Annahme, daß die Vereinigten Staaten in ihrem Streben nach Eindämmung der sowjetischen Expansionsbestrebungen letztendlich auch eine Partizipation Deutschlands an der Gemeinschaft westeuropäischer Staaten und das sukzessive Erlangen der staatlichen Souveränität akzeptieren würden.[45] Die Amerikaner zeigten aber, sehr zum Mißfallen Gerstenmaiers, nur mäßiges Interesse an dem in Europa leidenschaftlich diskutierten Themenkomplex. In einem Brief an Konrad Adenauer zog der sichtlich frustrierte Gerstenmaier eine Bilanz seiner Bemühungen: »Ich weiss nicht, was man noch alles tun muss, um Fragen von derart essentieller Bedeutung für uns den Leuten hier verständlich zu machen.«[46] Der Parlamentarier zeigte sich enttäuscht über die mangelnde Informiertheit der US-Politiker und deren offenkundiges Desinteresse an Fragen, die nicht die originären sicherheitspolitischen Belange ihres eigenen Landes betrafen. Für Gerstenmaier und dessen eurozentrierte Sichtweise war es eine schmerzliche Erfahrung zu erkennen, daß in Washington selbst der Schulterschluß mit den Deutschen im Kampf gegen die Sowjetunion den Zweckmäßigkeiten amerikanischer Politik untergeordnet wurde. Als positiv vermochte er nur einen einzigen Aspekt seiner Reise zu werten: Zumindest war weder gegen seine Ablehnung des Besatzungsstatuts noch seine negative Haltung zu den französischen Vorstellungen über die Modalitäten einer europäischen Armee[47] in Washington Widerspruch laut geworden.

In zählbare Erfolge vermochte der 44jährige allerdings seine Verhandlungsbemühungen nicht umzumünzen. Aufgrund der gespannten politischen Lage waren konkrete Ergebnisse auch kaum zu erwarten gewesen. Selbst unter anderen Rahmenbedingungen hätte es verwundert, wenn von dem USA-Aufenthalt des nicht der Regierung angehörenden Gerstenmaier entscheidende Impulse ausgegangen wären. Dazu besaß das Wort des erst seit knapp einem Jahr im Parlament vertretenen Christdemokraten in der neuen Welt nicht das notwendige Gewicht. Nach seiner Rückkehr in die Heimat Mitte Dezember erstattete Gerstenmaier Konrad Adenauer – aufgrund der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage nur schriftlich – Bericht. Als Quintessenz seiner Sondierungsgespräche betonte Gerstenmaier, daß er – trotz seiner Ernüchterung aufgrund der zögerlichen Haltung Washingtons – keine Alterna-

[45] Ebd.

[46] Brief Eugen Gerstenmaiers an Adenauer vom 16. Dezember 1950. ACDP, I-210–015.

[47] Vgl. Schreiben des zu diesem Zeitpunkt noch in den USA weilenden Gerstenmaier an Price, einen seiner amerikanischen Gesprächspartner, vom 12. Dezember 1950. ACDP, I-210–015.

tive zur deutschen Mitwirkung an einer »Atlantik-Verteidigung«[48] sah und er versicherte dem Bundeskanzler abermals seine Unterstützung für dessen außenpolitischen Kurs. Adenauer zeigte sich von Gerstenmaiers diplomatischem Vorgehen in den USA durchaus angetan.[49] Die Tatsache, daß ihm zu einem Zeitpunkt diese Aufgabe übertragen wurde, in der die Außenpolitik Adenauers auf dem Prüfstand stand, belegte das Vertrauen, daß der Schwabe inzwischen beim Kanzler genoß. Die wachsende Wertschätzung des Regierungschefs hatte für Gerstenmaier indes ihren Preis. Aufgrund seines öffentlichen Eintretens für die Regierungspolitik begann sich gegen ihn vermehrt Widerspruch zu regen. Dabei war es für Eugen Gerstenmaier symptomatisch, daß sich die Kritik seiner Kontrahenten nicht nur auf das Feld der Politik beschränkte, sondern sein kirchliches Engagement einmal mehr Gegenstand einer Kontroverse wurde, wie die Auseinandersetzung mit Reinhold Maier vom Frühjahr 1951 belegte.

Der Schlagabtausch zwischen Gerstenmaier und dem württembergischen Ministerpräsidenten Maier begann im Anschluß an eine Bemerkung Maiers zur Wiederbewaffnung.[50] Der FDP-Politiker hatte eine Remilitarisierung stets vehement abgelehnt, da er hierdurch die Wiedervereinigung Deutschlands gefährdet sah. Eine Erklärung General Eisenhowers, in der der Amerikaner eine reservierte Haltung zu den deutschen Wiederbewaffnungsplänen an den Tag legte, nahm Maier Anfang Februar 1951 deshalb zum Anlaß zu verkünden, den zu weit vorgepreschten deutschen Politikern sei nun das »Spielzeug der Aufrüstung«[51] aus der Hand genommen worden. Gerstenmaier war nicht gewillt, diesen Angriff auf die Bundesregierung durch einen erklärten Gegner Adenauers[52] unkommentiert stehen zu lassen; seine Replik kam ebenfalls aus der württembergischen Provinz. Anläßlich einer Veranstaltung der Backnanger CDU warf Gerstenmaier dem Stuttgarter Ministerpräsidenten vor, daß er sich aufgrund dieser Äußerung für sein Amt disqualifiziert habe. Maier wiederum wurde der verbale Angriff seines Landsmanns verzerrt übermittelt. Ihm wurde die überspitzte Formulierung zugetragen, Gerstenmaier habe ihn als unwürdig bezeichnet, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Regierungschef Maier sah sich durch die Bemerkung des CDU-Bundestagsabgeordneten auf das »Allerschwerste beleidigt«[53] und holte zum Gegenschlag aus, nachdem es Gerstenmaier vorgezogen

---

[48] Brief Eugen Gerstenmaiers an Adenauer vom 16. Dezember 1950. Ebd.

[49] Im Verlauf der Debatte über den EVG-Beitritt Ende 1952 beauftragte der Kanzler Gerstenmaier erneut, in Washington den deutschen Standpunkt darzustellen. Vgl. Schreiben Herbert Blankenhorns an den Generalkonsul der deutschen Botschaft in den USA, Heinz Krekeler, vom 12. Dezember 1952. PA, B 2/61, Bl. 18.

[50] Gerstenmaier bezichtigte Maier, die Auseinandersetzung aus »reiner politischer Rachsucht« begonnen zu haben. Brief Eugen Gerstenmaiers an Gerhard von Gersdorff vom 22. März 1951. ACDP, I-210–035/2.

[51] Rede Maiers vom 4. Februar 1951 in Schnait. Zitiert nach: K.-J. Matz, Reinhold Maier, 1989, S. 377.

[52] Maier selbst spricht in seinen Lebenserinnerungen von einem »teilweise höchst unerfreulichen Verhältnis« zu Konrad Adenauer. R. Maier, Erinnerungen 1948–1953, 1966, S. 325.

[53] Erklärung Reinhold Maiers vor dem Württembergischen Landtag vom 28. Februar 1951. BA, B 122/2194.

hatte, seine Äußerungen nicht öffentlich richtig zu stellen. Es verging mehr als eine Woche, bevor sich Maier eine vermeintlich erfolgversprechende Strategie gegen den CDU-Politiker zurechtgelegt hatte, um den Angriff auf seine persönliche Integrität mit gleicher Münze heimzuzahlen; der von dem Liberalen ausgemachte Schwachpunkt Gerstenmaiers lag in seiner Arbeit für das Evangelische Hilfswerk. Maier griff hierbei auf einen Bericht des württembergischen Landesfinanzamtes zurück, dessen Leiter, Oberfinanzpräsident Ellinger, bereits Anfang Mai 1950 Ungereimtheiten beim Umgang mit Devisen durch das Hilfswerk der EKD gemeldet hatte.[54] Die Stuttgarter Behörde hatte zu dieser Zeit das Bundesfinanzministerium darauf aufmerksam gemacht, daß der dringende Verdacht der »Devisenschieberei« gegen das Stuttgarter Zentralbüro bestünde.[55] Die Untersuchungen der Finanzgebaren des Hilfswerks wurden auf Anordnung des württembergischen Finanzministers fortgesetzt[56] und bereits am 12. Mai hatte die Stuttgarter Zollfahndungsstelle offenbar hinlänglich Beweise zusammengetragen, um der amerikanischen Militärbehörde zu melden, daß sich das Hilfswerk der Verletzung der alliierten Devisenbestimmungen schuldig gemacht habe.[57]

Eugen Gerstenmaier war über diese Anschuldigung und die Ermittlungen der Finanzbehörden informiert.[58] Schon seit Anfang 1950[59] hatte es seitens des Zentralbüroleiters Bemühungen gegeben, gemeinsam mit den Finanzbehörden zu einem Kompromiß hinsichtlich der Ahndung der Vergehen zu kommen. Die Dickköpfigkeit Gerstenmaiers, der stets die Unhaltbarkeit der Vorwürfe betont und das Eingeständnis eines Rechtsverstoßes abgelehnt hatte, stand einer Einigung jedoch im Wege.[60] Er versuchte seine Kontakte in Bonn zu nutzen, um die Vorwürfe gegen

---

[54] Die Stuttgarter Behörde hatte damit Untersuchungsergebnisse der amerikanischen Joint Export-Import Agency (JEIA) aufgegriffen, die den Umgang des Hilfswerks mit ausländischen Importwaren schon seit März 1949 genauestens untersucht hatte. Vgl. Unterlagen JEIA zu »E[vangelisches] H[ilfswerk] Case-Stuttgart« vom Mai 1949. NARA, RG 260, JEIA, Trade Records of the Negotiation Division 1947–1950, Box 973.

[55] Schreiben Oberfinanzpräsident Ellingers an den Staatssekretär im Finanzministerium Alfred Hartmann vom 8. Mai 1950. ACDP, I-070–052/3.

[56] Finanzminister Schäffer antwortete dem Stuttgarter Oberfinanzpräsidenten Ellinger am 10. Mai 1950: »Ich bin mit Ihnen der Überzeugung, dass Devisenvergehen gesetzlich verfolgt werden müssen ohne Rücksicht auf die beteiligten Personen.« ACDP, I-070–052/3.

[57] Der Bericht der Stuttgarter Zollfahndungsstelle an die in Frankfurt residierende Zollgruppe der amerikanischen Militärbehörde vom 12. Mai 1949 schloß mit der Feststellung: »So far investigations already completed, reveal that at least Dr. v. Gersdorff and Dr. Gerstenmaier have violated Mil. Govt. Law No. 53 Article II and the German foreign currency regulations, by receiving payments of foreigners and by not reporting foreign currency funds which they had abroad, to the foreign currency bank.« NARA, RG 260, JEIA, Trade Records of the Negotiation Division 1947–1950, Box 973.

[58] Mitteilungen aus dem Hilfswerksbüro der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Nr. 48, März 1951, S. 6.

[59] Neben den örtlichen Finanzbehörden hatten das Bundesfinanzministerium und das Kabinett seit Februar 1950 Kenntnis von den Vorwürfen gegen das Hilfswerk. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Finanzminister Fritz Schäffer vom 7. Februar 1950. ADW, ZB 558.

[60] Gespräche mit dem Ziel einer gütlichen Einigung zwischen württembergischer Finanzbehörde und dem Hilfswerk waren nach Aussage Oberfinanzpräsident Ellingers an Eugen Gerstenmaier

seine Organisation aus der Welt zu schaffen, doch versperrte seine mangelnde Kompromißfähigkeit den Weg zu einer für alle Seiten tragbaren Lösung. Selbst vertrauliche Gespräche mit Finanzminister Schäffer und dessen Staatssekretär Hartmann im Februar und März 1950 ließen ihn nicht von seiner Position abrücken. Fritz Schäffer war umgekehrt nicht dazu bereit, auf die Argumentation seines Parteifreundes einzugehen, der schon die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens als Affront angesehen hatte. Die Regierung blieb hart; ein Eingriff in ein laufendes Verfahren durch das Bundesfinanzministerium stand dabei ebensowenig zur Debatte wie die von Gerstenmaier gewünschte Einsicht in die Ermittlungsunterlagen.[61] Schäffer hatte nach Rücksprache mit dem Kanzler den Leiter der württembergischen Finanzbehörde, Ellinger, Ende Mai vielmehr instruiert, die Vorgänge über eventuelle Zoll- und Devisenverstöße im Hilfswerk »energisch«[62] zu verfolgen.

Die Öffentlichkeit hingegen hatte keine Kenntnis über diese Vorgänge. So schlugen Maiers Vorwürfe, die er anläßlich zweier Landtagsreden am 21. und 23. Februar verkündete, wie eine Bombe ein.[63] Gerstenmaiers Antwort auf die Vorwürfe[64], Maier habe in seiner Doppelfunktion als württembergischer Ministerpräsident und Justizminister seine Amtsbefugnisse für persönliche Zwecke mißbraucht, schürte den Zorn des Liberalen weiter.[65] Der Ministerpräsident bemühte sich nun sogar um die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen das Hilfswerk bei der württembergischen Staatsanwaltschaft, um die Auseinandersetzung auf die Ebene strafrechtlicher Verfolgung zu heben.[66] Maiers Stil rief in der Öffentlichkeit allerdings nicht nur Zustimmung hervor. Die offenkundige Verknüpfung von politischem Disput und persönlichen Diffamierungsversuchen interpretierte ein Teil der deutschen Medien als Indikator für eine bedenkliche Entwicklung der politischen Kultur.[67]

Der Union kam die gesamte Auseinandersetzung mehr als ungelegen. Die Bundespartei hatte sich zunächst bemüht, die Kontroverse zu begrenzen und sie als reine

---

gescheitert, der »in völliger Verkennung der Sachlage in einer geradezu beleidigenden Weise« alle Kompromißangebote ausgeschlagen hatte. Schreiben des Oberfinanzpräsidenten Ellinger an den württembergischen Finanzminister vom 3. Juni 1950. Ebd.

[61] Schreiben Fritz Schäffers an Eugen Gerstenmaier vom 4. März 1950 bzw. Brief Eugen Gerstenmaiers an Bischof Dibelius vom 28. Februar 1951. Ebd.

[62] Brief Oberfinanzpräsident Ellingers an den württembergischen Finanzminister vom 3. Juni 1950. Ebd.

[63] Selbst europäische Zeitungen griffen die Anschuldigungen Maiers auf. Vgl. Manchester Guardian vom 26. Februar 1950.

[64] Gerstenmaier gab sich im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Maier in seinen Lebenserinnerungen sehr wortkarg. Ohne beispielsweise auf die bundespolitischen Folgen einzugehen, die die Kontroverse auslöste, führte er aus: »Ich nahm Maiers Fehdehandschuh auf, blieb bei meinem Vorwurf, und so klopften wir uns einige Zeit herum.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 339.

[65] Die Welt vom 26. Februar 1951.

[66] Mitteilung der Pressestelle des Staatsministeriums an alle württemberg-badischen Abgeordneten des Bundestages vom 24. Februar 1951. BA, B 122/2194.

[67] Vgl. Die Neue Zeit und Rheinische Post vom 26. Februar 1951. Die Zeit ging in ihrer Ausgabe vom 1. März 1951 noch einen Schritt weiter. Sie bezog eindeutig Stellung für Eugen Gerstenmaier und bezeichnete die Attacken Reinhold Maiers als »Exzeß des Maiertums«.

Landesangelegenheit einzuordnen, um die Regierungskoalition nicht weiter zu belasten.[68] Nach Maiers Androhung, strafrechtliche Schritte gegen seinen Landsmann einzuleiten, ergriff der Kanzler jedoch öffentlich für Gerstenmaier Partei.[69] In einem Schreiben an den Landesvorsitzenden der nord-württembergischen CDU, Wilhelm Simpfendörfer, teilte Adenauer am 23. Februar mit, daß Gerstenmaiers Vorgehen gegen Ministerpräsident Maier in Kreisen der Bonner CDU »Zustimmung und Beifall«[70] gefunden habe.[71] Schützenhilfe erhielt Eugen Gerstenmaier in dieser Situation aber nicht nur vom Regierungschef. Auch Finanzminister Schäffer war um Schadensbegrenzung bemüht und erklärte trotz seines Wissens um die bereits seit 1950 laufenden Untersuchungen öffentlich, daß gegen seinen Fraktionskollegen keinerlei Ermittlungen geführt würden.[72] Im Stuttgarter Zentralbüro wurde zwischenzeitlich alles unternommen, um die Vorwürfe Maiers herunterzuspielen und sie als unbegründete Verleumdungen zu disqualifizieren.[73] Der Zeitpunkt des Konflikts kam der kirchlichen Hilfsorganisation besonders ungelegen, da das Zentralbüro im Frühjahr 1951 kurz davor war, die Vorwürfe durch Zahlung einer einmaligen Geldstrafe aus der Welt zu schaffen. Nachdem Reinhold Maier die Angelegenheit ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hatte, reichte dieser Kompromiß nicht mehr aus. Das Eingeständnis, daß es aus einer zeitbedingten Notlage heraus durchaus zu »for-

---

[68] dpa-Meldung Nr. 303 vom 27. Februar 1951. Aus den Reihen der FDP hielt man sich auf Bundesebene mit öffentlicher Kritik an Gerstenmaier zurück. Bekannt ist allerdings, daß Bundespräsident Heuss in der Kontroverse auf seiten Maiers stand. Heuss hielt die Rede Maiers zwar für wenig »glücklich«, allerdings vertrat er die Meinung, Eugen Gerstenmaier habe am allerwenigsten ein Recht, den württembergischen Ministerpräsidenten zu kritisieren. Tagebucheintrag Otto Lenz vom 14. Februar 1951. ACDP, I-172–006.

[69] Otto Lenz vermerkte zu dieser Angelegenheit in seinem Tagebucheintrag unter dem 24. Februar 1951: »Besprechung beim BK [Bundeskanzler, D. G.] in Rhöndorf. [...] Der BK war wegen der Kampagne von Maier, der ein Strafrechtsverfahren gegen Gerstenmaier angeordnet hatte, sehr betroffen. Er will nunmehr in die Sache eingreifen mit einer scharfen Erklärung gegen Maier.« ACDP, I-172–006.

[70] Vgl. Stuttgarter Nachrichten vom 27. Februar 1951. Reinhold Maier interpretierte den Eingriff Adenauers als Versuch, sich in der württembergischen Landespolitik zu profilieren. Erklärung von Ministerpräsident Maier in der 16. Sitzung des Württembergisch-Badischen Landtags am 28. Februar 1951. BA, B 122/2194.

[71] Die Pressestelle der CDU/CSU-Fraktion bezeichnete in einer Pressemitteilung vom 5. März 1951 die Äußerung Maiers als unverantwortlich und verurteilte seine Vorgehensweise als eine »frivole Drohung gegen Dr. Gerstenmaier«. ACDP, I-210–014/1.

[72] Offenbar ignorierte Schäffer die Untersuchungen der ihm unterstellten württembergischen Behörde und hob nur auf Ermittlungen des Bundesfinanzministeriums ab. In einer Pressemitteilung vom 22. Februar 1951 ließ der Bundesfinanzminister erklären: »Nach Überprüfung der mit dem ev. Hilfswerk im Zusammenhang stehenden Akten muß festgestellt werden, dass ein Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen den MdB Oberkonsistorialrat Dr. Eugen Gerstenmaier nie geschwebt hat und dass der Verdacht irgendeiner strafbaren Handlung gegen ihn von keiner Seite ausgesprochen worden ist.« ACDP, I-210–035/2.

[73] Artikel »Die Angriffe gegen das Hilfswerk« im hilfswerkseigenen Periodikum »Das Hilfswerk«. Mitteilungen aus dem Hilfswerksbüro der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Nr. 48, März 1951, S. 4–7.

malrechtlichen Ordnungswidrigkeiten«[74] gekommen sei, war aufgrund des öffentlichen Interesses an der Auseinandersetzung letztlich unumgänglich.[75] Druck hinsichtlich einer Verständigung wurde dabei vor allem seitens der EKD-Leitung auf das Zentralbüro ausgeübt. Insbesondere Bischof Dibelius befürchtete, daß der Imageverlust die unmittelbar bevorstehende Bewilligung einer Beihilfe von fünf Millionen Mark durch die Synode gefährden würde. Gerstenmaier sah sich deshalb genötigt, seinen Widerstand gegen die in seinen Augen ungerechtfertigte »Unterwerfung«[76] aufzugeben und seine Zustimmung zur Beilegung der Angelegenheit durch die Zahlung einer Strafe zu geben.[77] Das Hilfswerk stimmte deshalb einer Zahlung von 100 000 DM zwar formal zu, doch war bereits in vertraulichen Gesprächen mit der Finanzbehörde entschieden worden, daß im Gegenzug – nachdem ein wenig Gras über die Angelegenheit gewachsen war – dem Zentralbüro eine noch ausstehende Zollrestforderung in Höhe von 83 000 DM erlassen werden sollte. Eine rasche Beendigung der Affäre war nicht nur aus Sicht des Zentralbüros unbedingt notwendig, auch Eugen Gerstenmaier hatte ein Interesse daran, den Anschuldigungen seines Widersachers Maier den Nährboden zu entziehen, um sich wieder seinen eigentlichen Aufgaben als Bundestagsabgeordneter widmen zu können.

Gerstenmaiers besonderes Interesse galt dabei auch nach Abschluß der innerschwäbischen Kontroverse weiterhin der Außen- und Sicherheitspolitik. Zur Politik Adenauers sah er prinzipiell keine Alternative[78] und er bekämpfte leidenschaftlich alle Ansätze einer Neutralitätspolitik.[79] Seine Loyalität zur Regierungspolitik war Anfang 1952 unumstritten. Geradezu als bedrohlich wertete Gerstenmaier die An-

---

[74] Das Hilfswerk. Mitteilungen aus dem Hilfswerksbüro der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Nr. 48, März 1951, S. 6. Stein des Anstoßes war die vor der Währungsreform angewandte Praxis des Hilfswerks, ausländische Geldspenden nicht in Reichsmark umzuwechseln, sondern das Geld zum Erwerb ausländischer Waren zu verwenden, die wiederum in Deutschland verkauft wurden. Für dieses Verfahren hatte das Hilfswerk keine Devisengenehmigung eingeholt, da nach Interpretation des Stuttgarter Zentralbüros die Hilfsorganisation diese Geschäfte nicht in selbständiger Entscheidung, sondern nur im Auftrag der ausländischen Spender abgewickelt habe. Vgl. Schreiben Paul Collmers an den Bundestagsabgeordneten Thomas Ruf vom 30. August 1965. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 26, Mappe 2.

[75] Selbst Gerstenmaier lenkte schließlich ein und räumte Unkorrektheiten ein. Allerdings berief er sich auf die außergewöhnlichen Zeitumstände und den Willen des Hilfswerks, in Zeiten großer Not einen unorthodoxen Weg eingeschlagen zu haben. Wie gering er den Verstoß seiner Hilfsorganisation einschätzte, geht aus einem Vergleich hervor, den Gerstenmaier zur Veranschaulichung heranzog: »Man will uns heute zur Rechenschaft ziehen, dass wir in Zeiten des brennendsten nationalen Notstandes den Wasserschlauch nicht an einen amtlich vorgesehenen Hydranten, sondern am Wasserhahn des Nachbarn angeschlossen haben.« Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Februar 1951.

[76] Gesprächsnotiz von Eugen Gerstenmaier über eine Besprechung mit Fritz Schäffer und dessen Staatssekretär Hartmann am 30. März 1951. ADW, ZB 558.

[77] Schreiben des Justitiars des Hilfswerks, Röntsch, an Wolf von Gersdorff vom 26. April 1951. Ebd.

[78] In einem Brief an Gerhard Ritter vom 29. März 1952 erklärte Gerstenmaier, daß er Adenauers Außenpolitik immer »energisch und entschlossen« vertrete. BA, N 1166/339.

[79] In einer Besprechung von CDU-Politikern mit dem Bundeskanzler bekräftigte Gerstenmaier, daß gegen die Neutralisierungsthese Stellung genommen werden müsse. Tagebucheintrag Otto Lenz vom 11. August 1951. ACDP, I-172–006.

sichten der Kritiker der Westintegration und Wiederbewaffnung. Er bezeichnete die Hoffnung, durch die Abkehr vom Kurs der Westbindung einen Friedensvertrag aller Siegermächte sowie ein geeintes Deutschland erreichen zu können, als frommen Wunsch ohne jegliche Aussicht auf Erfolg.[80] Gerstenmaier war der festen Überzeugung, daß nur eine militärisch gleichwertige Macht in der Lage sei, sowjetische Zugeständnisse und damit mittelfristig eine Vereinigung beider Teile Deutschlands zu erzielen. Aufgrund dieses Votums für eine Politik der Stärke war es für ihn nur konsequent, die deutsche Wiederbewaffnung als Mittel zur Stabilisierung des Friedens in Europa zu charakterisieren, da sie der Verhütung eines von Moskau gesteuerten militärischen Angriffs auf die Bundesrepublik diene.

Als besonders gefährlich schätzte Eugen Gerstenmaier vor diesem Hintergrund die von seinem einstmaligen Parteifreund Gustav Heinemann und Helene Wessel ins Leben gerufene »Notgemeinschaft« ein, die sich den Kampf gegen die bundesrepublikanische Aufrüstung zur Aufgabe gemacht hatte. Die Ende November 1951 gegründete Gruppierung[81] nahm Gerstenmaier deshalb so ernst, da sie mit ihrer Galionsfigur Heinemann, dem Präsidenten der Nationalsynode der EKD und ehemaligen Innenminister, über beträchtlichen Einfluß innerhalb der evangelischen Kirche verfügte. Gerstenmaier befürchtete, daß Heinemanns Partei aufgrund der pazifistischen Strömungen im deutschen Protestantismus als bürgerliche Alternative zur Sozialdemokratie und den Kommunisten beträchtlichen Zulauf erhalten könnte. Gerstenmaier ging deshalb zum Angriff über und er warnte Heinemann davor, seine Personalunion als Politiker und Kirchenrepräsentant dazu zu mißbrauchen, um eine seiner Auffassung nach verhängnisvolle politische Entwicklung zu propagieren.[82] Diese Attacke gegen Heinemann und die Vorläuferorganisation der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) war allerdings nicht nur darauf angelegt, dessen Zugkraft innerhalb des deutschen Protestantismus zu reduzieren. In der von Heinemann und Wessel vertretenen Politik erkannte Eugen Gerstenmaier eine große außenpolitische Gefahr. Der CDU-Politiker warf den beiden Gründern der »Notgemeinschaft« vor, als Sprachrohr der Sowjetunion zu dienen, ja er beschimpfte sie sogar als die »wirkungsvollsten Wühlmäuse und Ratten des Kreml«.[83] Gerstenmaier setzte alles daran, um dieser politischen Strömung seinen entschiedensten Widerstand entgegenzubringen.[84] Die vehemente Ablehnung der Heinemann-Gruppierung hatte für Gerstenmaier aber zudem einen pragmatischen Hintergrund, denn er hatte allen

[80] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gustav Heinemann vom 15. Januar 1952. BA, N 1166/339.

[81] Die am 21. November 1951 gegründete Notgemeinschaft mit Heinemann und Wessel an der Spitze war die Vorgängerorganisation der am 30. November 1952 ins Leben gerufenen GVP. Zum erfolglosen Bemühen Heinemanns, die GVP parlamentarisch zu verankern vgl. J. Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, 1990 und A. Gallus, Die Neutralisten, 2001.

[82] In seinem Brief an Gustav Heinemann warf er diesem und Helene Wessel vor, durch ihre politische Gesinnung, ein »Feuer zu entfachen, das sich zu einer verheerenden Feuersbrunst binnen kurzem auswachsen« werde. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gustav Heinemann vom 15. Januar 1952. BA, N 1166/339.

[83] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 31. Januar 1952. ACDP, I-210–015.

[84] Ebd.

Grund, diese Partei als Konkurrenz im eigenen Wahlkreis zu fürchten. Nachdem ihn das unerwartet gute Abschneiden zweier kleiner Parteien in Backnang-Schwäbisch Hall 1949 beinahe den Einzug in den Bundestag gekostet hatte, versuchte er nun, die Etablierung eines weiteren Mitbewerbers zu unterbinden.[85]

Am Beispiel der Auseinandersetzung mit Heinemann wurde besonders deutlich, daß Gerstenmaiers Unterstützung der Politik Adenauers nicht aus Konformitätsbestrebungen oder durch Fraktionsdruck erfolgte. Vielmehr war er von der Richtigkeit des von ihm vertretenen außenpolitischen Kurses überzeugt, wie sein leidenschaftlicher Einsatz verdeutlichte. Vom Kurs des Kanzlers wich der gebürtige Kirchheimer in der ersten Wahlperiode allenfalls in Nuancen und in Detailfragen ab. So befürwortete Gerstenmaier, der zuvor bereits Adenauers unausgegorenen Vorschlag einer deutsch-französischen Union mitgetragen hatte[86], zwar die Unterzeichnung des Schuman-Planes[87]. Er wehrte sich jedoch gegen die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden[88], und er sprach sich dagegen aus, dieses Zugeständnis mit der Revision des Besatzungsstatuts zu verknüpfen. Gerstenmaier ging im übrigen von der Annahme aus, daß der Deutsche Bundestag diesem Vorgehen seine Zustimmung ohnehin mehrheitlich versagen würde.[89] Allerdings konnte er in der Debatte keine entscheidenden Impulse geben, denn eine langwierige Erkrankung hinderte ihn daran, am Gros der Beratungen zur Montanunion[90] teilzunehmen. Die rastlose Tätigkeit des 45jährigen in Bonn hatte ihre Spuren hinterlassen; Gerstenmaier litt an Herz- und Kreislaufstörungen. Um sich von der Überanstrengung zu erholen, hatte der zusätzlich von einem Ischiasleiden geplagte Parlamentarier auf ärztliches Anraten hin im Januar 1952 eine Kur angetreten.[91] In der Annahme, räumliche Distanz und eine Veränderung der klimatischen Verhältnisse könnten den Heilungsprozeß beschleunigen, entschloß sich Gerstenmaier im Februar anstatt einer

---

[85] Besonders in Schwäbisch Hall befürchtete Eugen Gerstenmaier ein beträchtliches Wählerpotential für Gustav Heinemann. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 338.

[86] In seinen Lebenserinnerungen gestand Gerstenmaier ein, daß er den Vorschlag Adenauers hinsichtlich einer Union zwischen beiden Ländern als verfrüht ansah; doch trotz seiner Bedenken setzte er sich für die Pläne des Kanzlers ein. Ebd., S. 316.

[87] Zur Debatte über den Schuman-Plan vgl. ausführlich: M. Lemke, Die parlamentarische Auseinandersetzung um Schuman-Plan und Montanunion in der BRD, in: Karl-Marx-Universität Leipzig (Hg.), Vom Schumanplan zur Montanunion, 1988, S. 32–52 sowie U. Lappenküper, Der Schuman-Plan, in: VfZ 42 (1994), S. 403–445.

[88] Vgl. dazu ausführlich: H.-P. Schwarz, Ära Adenauer, 1981, S. 182f.

[89] Tagebucheintrag von Otto Lenz aus dem Jahr 1951. ACDP, I-172–006. Eine genaue Datierung des Schriftstücks fehlt. Es ist aber davon auszugehen, daß die von Lenz festgehaltenen Meinungsäußerungen Gerstenmaiers auf das Frühjahr 1951 zu datieren sind, d.h. unmittelbar vor der Entscheidung des Deutschen Bundestags im April 1951, der Montanunion beizutreten.

[90] Die SPD lehnte die Montanunion als zu kartellistisch sowie kapitalistisch ab und befürchtete durch die Ratifizierung des Vertrages eine Schwächung der deutschen Wirtschaft. Der SPD-Vorsitzende scheute sich in diesem Zusammenhang nicht, den Schuman-Plan als eine Fortsetzung der »alten Politik französischer Herrschaftsansprüche mit europäischen Worten« zu brandmarken. Kurt Schumacher im Hamburger Echo, Nr. 93 vom 21. April 1951, zitiert nach: K. Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, herausgegeben von Willy Albrecht, 1985, S. 806.

[91] Brief Eugen Gerstenmaiers an Paul Bausch vom 31. Januar 1952. ACDP, I-210–014/1.

»langweiligen Seereise«[92] eine mehrwöchige Erholungsreise ins nordwestliche Afrika anzutreten. Auf dem afrikanischen Kontinent, der auf ihn seit seiner Jugendzeit eine große Faszination ausgeübt hatte, gelang es ihm aber nur bedingt, die politischen Geschehnisse in Bonn auszublenden. Im Verlauf seines Aufenthaltes besserte sich zwar seine gesundheitliche Verfassung, allerdings nutzte er nach wie vor jede Möglichkeit, sich über die deutsche Politik zu informieren und gefährdete damit seine Genesung. Zusätzlich hatte der CDU-Politiker bereits bei der Planung seiner Reise den Wunsch gehegt, vor Ort die Möglichkeiten für deutsche Auswanderer auszuloten. Sein ursprünglich als Kuraufenthalt geplanter mehrwöchiger Besuch, der ihn gemeinsam mit seinem Vertrauten Klaus Mehnert nach Marokko, in den Senegal, den Sudan, die Elfenbeinküste und nach Ober-Volta[93] führte, beinhaltete deshalb neben Besichtigungen auch Gespräche mit Repräsentanten der jeweiligen Gastländer. Anfang März hielt Gerstenmaier die Abstinenz von Bonn nicht länger aus und er entschloß sich kurzfristig zur Heimreise. Der Wunsch, nach seiner Rückkehr sofort wieder in das politische Geschehen einzugreifen, erfüllte sich indes nicht. Durch den Wechsel vom afrikanischen Klima zur kalten europäischen Witterung zog er sich eine Mittelohrentzündung zu, die ihn bis Ende März außer Gefecht setzte.[94] Erst Anfang April 1952 konnte er – obgleich noch immer nicht völlig genesen[95] – seine Arbeit als Parlamentarier wieder aufnehmen.

Die Zwangspause von der politischen Bühne hatte Eugen Gerstenmaier zur Erledigung der aufgelaufenen Korrespondenz und für Aktenstudien zu nutzen versucht. Über die Geschehnisse in der Bundeshauptstadt informierte er sich durch die Medien und er hielt brieflichen sowie telefonischen Kontakt zu seinen Fraktionskollegen.[96] Mit besonderem Interesse verfolgte er die Diskussionen um die Bildung des Südweststaates[97] sowie die Debatte über die Deutschlandpolitik. Im Zentrum seines Interesses standen aber die Beratungen über den deutschen Beitritt zur Montanunion. Mit dem von Adenauer auserkorenen Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation, dem Juristen Walter Hallstein, der Gerstenmaier aus Rostocker Universitätstagen bekannt war, stand er in Verbindung. Dabei zeigte er sich mit Hallsteins Verhandlungsführung, die bei Regierungsanhängern und -gegnern durchaus kritisch kommentiert wurde[98], zufrieden.

---

[92] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Cheysson vom 6. Februar 1952. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 15.

[93] Schreiben Klaus Mehnerts an Mühlfenzl vom 25. März 1952. Ebd.

[94] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 21. März 1952. ACDP, I-210–015.

[95] Brief Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Ritter vom 29. März 1952. BA, N 1166/339.

[96] Kontakt hielt Gerstenmaier vor allem mit Heinrich von Brentano und Paul Bausch. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Paul Bausch vom 31. Januar 1952. ACDP, I-210–014/1.

[97] Die Zukunft seiner Heimat lag Gerstenmaier natürlich besonders am Herzen. Zudem befürchtete er, daß die CDU aufgrund der bundespolitischen Großwetterlage bei den anstehenden Wahlen abgestraft werden könnte. Brief Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 31. Januar 1952. ACDP, I-210–015.

[98] Der Historiker Gerhard Ritter, der nicht nur mit Gerstenmaier, sondern unter anderem auch mit Tillmanns eine rege politische Korrespondenz führte, befürchtete, daß Hallstein trotz seiner »dialek-

In der Auseinandersetzung um Deutschland- und EVG-Vertrag[99] avancierte er dann wieder zu einer wichtigen Stütze des Kanzlers.[100] Gerstenmaiers Votum für den Beitritt zur EVG war ebenso eindeutig wie sein Eintreten für die europäische Integration Deutschlands. Er zählte deshalb auch nicht zu den fraktionsinternen Kritikern der Bindungsklausel.[101] Einziger Kritikpunkt des gebürtigen Kirchheimers war die Formulierung von Artikel 5 des Deutschlandvertrages[102], da er für den Fall eines Notstandes befürchtete, das souveräne Land könne wieder in den Status eines »politischen Objekts«[103] zurückfallen. Eugen Gerstenmaier setzte sich deshalb für eine Streichung des Passus über die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ein.[104] Der nicht nur von ihm vorgebrachte Protest führte schließlich auch zum Erfolg, und der umstrittene Abschnitt war in der Neufassung des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954 nicht mehr enthalten.[105] Gerstenmaier legte allerdings Wert darauf, selbst geringe Meinungsdifferenzen in Sachfragen – wie

---

tische[n] Gewandtheit« bei den Gesprächen mit den Franzosen nicht die richtige Weichenstellung vornehmen würde. Brief Gerhard Ritters an Eugen Gerstenmaier vom 1. April 1952. BA, N 1166/339. Carlo Schmid, der den strikten Ablehnungskurs seiner Fraktion hinsichtlich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nicht in letzter Konsequenz mittrug, nannte Hallstein sogar einen »blutige[n] Dilletanten«. P. Weber, Carlo Schmid, 1996, S. 435.

[99] Zur Diskusion über dieses Vertragswerk siehe: K. Doehring, Deutschlandvertrag, westliches Bündnis und Wiedervereinigung, 1985 und Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 2, 2001.

[100] Eugen Gerstenmaier zählte zu einem kleinen Kreis von Abgeordneten aus der Koalition, denen die Vertragstexte unter Wahrung höchster Vertraulichkeit frühzeitig mitgeteilt wurden. Diesem Zirkel gehörten unter anderem Heinrich von Brentano, Hermann Pünder, Kurt Georg Kiesinger und Franz Josef Strauß an. K.-G. Kiesinger, Dunkle und helle Jahre, 1989, S. 428.

[101] Zum Wortlaut des umstrittenen Artikels 7 Abs. 3 vgl. Auswärtiges Amt (Hg.), Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1963, 1999, S. 197. Bis zum Einlenken Adenauers war der Protest gegen die Bindungsklausel vor allem von Kaiser und Brentano sowie von Blücher und Dehler vorgebracht worden. Die Streichung dieses Passus' wurde aufgrund der massiven Einwände letztlich beschlossen. D. Kosthorst, Brentano, 1993, S. 27. Gerstenmaier hatte sich auf der Kabinettssitzung vom 20. Mai 1952 gemeinsam mit Hans-Christoph Seebohm, Fritz Schäffer, Robert Lehr und Ludwig Erhard sowie dem Fraktionskollegen Hans-Joachim von Merkatz für die Beibehaltung von Artikel 7 Abs. 3 ausgesprochen. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5, 1989 S. 348.

[102] Wortlaut des Deutschlandvertrages, Artikel 5 Abs. 3 vom 26. Mai 1952: »Nach Erklärung des Notstandes können die drei Mächte diejenigen Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um die Ordnung aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen und die Sicherheit der Streitkräfte zu gewährleisten.« Zitiert nach: Auswärtiges Amt (Hg.), Die auswärtige Politik, 1999, S. 196.

[103] Beitrag Gerstenmaiers im Verlauf der Kabinettssitzung vom 10. Mai 1952. Unterstützung erhielt er dabei von Franz Josef Strauß. Tagebucheintrag von Staatssekretär Otto Lenz vom 10. Mai 1952. ACDP, I-172–006. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 5. September 1952 wurde diese Auffassung Gerstenmaiers partiell von der SPD geteilt; selbst Hallstein mußte eingestehen, daß bei den Verhandlungen mit den Alliierten um diesen Punkt besonders gerungen worden war. Vgl. Der Auswärtige Ausschuß, 1998, S. 1004 bzw. S. 1013f.

[104] Gerstenmaier handelte sich mit diesem Vorschlag Kritik von Otto Lenz und Bundesinnenminister Robert Lehr ein. Tagebucheintrag von Staatssekretär Otto Lenz über die Kabinettssitzung vom 10. Mai 1952. ACDP, I-172–006.

[105] Vgl. den geänderten Vertragstext in: Auswärtiges Amt (Hg.), Die Auswärtige Politik, 1999, S. 262–266.

sie in der Debatte über den Deutschlandvertrag auftraten – nicht in die Öffentlichkeit zu tragen. Nach außen gewandt betonte der CDU-Politiker im Verlauf der Beratungen vielmehr die Notwendigkeit, den Vertrag rasch zu ratifizieren, und er unterstrich die Bedeutung der deutschen Souveränität für die europäische Einigung.[106] Dabei war er stets bestrebt, die Kritiker einer Westbindung davon zu überzeugen, daß die Entscheidung für Europa nicht automatisch den Verzicht auf ein wiedervereinigtes Vaterland nach sich ziehen müsse. Er betonte stattdessen den Konnex zwischen einer europäischen Föderation und der Vollendung der deutschen Einheit. Die Montanunion sah er dabei als Vorstufe einer zu schaffenden europäischen Verteidigungsgemeinschaft, von deren Notwendigkeit er bereits 1950 überzeugt war.[107] In Variation zu seiner bisherigen Argumentationslinie verwies Gerstenmaier nicht nur auf den militärischen Abschreckungseffekt, sondern er sah ein kontinentales Militärbündnis als Anfang einer umfassenden Integration Europas, die in einem weiteren Schritt den ökonomischen Zusammenschluß und die gemeinsame Bewältigung sozialer Herausforderungen nach sich ziehen sollte.[108]

Diese Sicht der Dinge stieß außerhalb der Reihen der CDU/CSU-Fraktion erwartungsgemäß auf Kritik. Wie überhaupt die Beratungen zum deutschen Verteidigungsbeitrag, die mit der Diskussion um den Deutschlandvertrag gekoppelt waren, mit außerordentlicher Schärfe geführt wurden.[109] Der Standpunkt der größten Oppositionspartei zu dem von den Westalliierten hergestellten Junktim zwischen Souveränität und Verteidigungsbeitrag[110] war klar: Die sozialdemokratische Fraktion

---

[106] Damit lag Gerstenmaier vollständig auf der Linie Adenauers. Bereits im November 1950 hatte der Kanzler verkündet, daß die deutsche Gleichberechtigung und die Schaffung einer europäischen Armee ein »wesentlicher Fortschritt auf dem Wege zur Erreichung des Endzieles: Integration Europas« darstelle. BT, 1. Wp., 20. Sitzung vom 8. November 1950, S. 3565.

[107] Gerstenmaier führte in seinen Memoiren aus, daß er 1950 diesbezüglich nur die Aufstellung eines Freiwilligen-Korps im Auge gehabt hatte. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 329.

[108] Rede Eugen Gerstenmaiers beim Internationalen Ferienkurs der Universität Bonn am 5. August 1952. Abgedruckt in: Evangelisches Verlagswerk (Hg.), Reden und Aufsätze, 1956, S. 279–292. Gerstenmaier orientierte sich bei seinen Ausführungen am Wortlaut des am 27. Mai 1952 unterzeichneten Vertragswerks, in dem es unter anderem hieß: »Der Vertrag regelt nicht, wie frühere Militärbündnisse, Rechte und Pflichten der Staaten zu militärischem Beistand und Zusammenwirken, sondern er schafft auf dem Gebiet der Verteidigung, in ähnlicher Weise, wie es die Montangemeinschaft auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie getan hat, ein europäisches Gebilde mit eigenen Organen, eigenen Streitkräften und eigenem Haushalt. [...] So drängt die Verteidigungsgemeinschaft überall zur politischen Föderation Europas. Sie ist nicht nur die Vorbereitung einer solchen Föderation, sondern schon ein entscheidender Teil davon.« Abdruck in: Auswärtiges Amt (Hg.), Die auswärtige Politik, 1999, S. 198 f.

[109] Gerstenmaier sprach in seinen Lebenserinnerungen jedoch davon, daß die Debatte zumindest im Auswärtigen Ausschuß in kollegialer Atmosphäre erfolgt sei. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 417.

[110] Zum politischen Spielraum der Bundesregierung in der Frage der Westintegration vgl. L. Herbst, Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik, in: L. Herbst/W. Bührer/H. Sowade (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG, 1990, S. 3–18.

lehnte den Deutschlandvertrag ab, da sie durch die Festschreibung alliierter Vorbehalte, beispielsweise in Fragen des Berlinstatus oder der Truppenstationierung, eine Einengung des politischen Spielraums der bundesrepublikanischen Politik bei Verhandlungen über die Wiedervereinigung befürchtete. Wie bereits bei den Beratungen über das Petersberg-Abkommen rief zudem Adenauers Vorgehensweise Spannungen hervor. Für die SPD-Fraktion hatte Erich Ollenhauer auf den besonderen Charakter der Verträge hingewiesen und deutlich gemacht, daß eine intensive parlamentarische Auseinandersetzung im Vorfeld unerläßlich sei.[111] Adenauer lehnte diese Forderungen unter Hinweis auf die damit verbundene zeitliche Verzögerung ab. Die Opposition protestierte vergeblich gegen das Übergehen des Bundestages in diesen grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eugen Gerstenmaier, der noch beim Petersberg-Abkommen auf die Notwendigkeit eines breiten parlamentarischen Konsenses in der deutschen Außenpolitik verwiesen hatte, unterstützte dieses Mal vorbehaltlos die Haltung seines Kanzlers. So sprach er sich aus Furcht, die SPD könne eine »Sofort-Aktion«[112] planen, sogar dagegen aus, die sozialdemokratische Fraktion vor der terminierten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses über den aktuellen Verhandlungsstand zu unterrichten.

Unter der schleppenden Informationspolitik des Regierungschefs hatte einmal mehr aber auch die eigene Fraktion zu leiden. Vor allem Heinrich von Brentano, der drei Tage vor der geplanten Paraphierung des EVG-Vertrags kaum Details des ausgehandelten Vertragswerks kannte, machte aus seiner Verärgerung keinen Hehl. Franz Josef Strauß, Jakob Kaiser, Vizekanzler Franz Blücher und der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Partei, Hans Mühlenfeld, ließen ihrem Unmut über den Kabinettschef intern ebenso freien Lauf.[113] Gerstenmaier indes zählte nicht zu den Unionspolitikern, die diesen Zustand als unhaltbar anprangerten. Vielmehr verteidigte er Adenauers Alleingänge auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen.[114] Er ordnete damit bewußt seinen Wunsch nach mündigen und gutunterrichteten Parlamentariern der Notwendigkeit einer vertraulichen Verhandlungsführung auf höchster Regierungsebene unter.[115] Der Kanzler wußte den Beistand Gerstenmaiers durchaus zu schätzen, und er versuchte ihn als sein Sprachrohr in der eigenen Fraktion und besonders bei den parlamentarischen Beratungen einzusetzen. So drängte der über den Debattenverlauf sichtlich verärgerte Regierungschef Gerstenmaier beispielsweise während einer Kabinettssitzung im Herbst 1952 zur Beschleunigung der

---

[111] Im Verlauf der 87. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 20. Mai 1952 hatte Erich Ollenhauer für die SPD-Fraktion erklärt: »Unsere Meinung ist nach wie vor, dass man dem Parlament die Möglichkeit geben sollte, sich mit einem so weitgehenden Vertrag schon vor der Unterzeichnung zu beschäftigen.« Der Auswärtige Ausschuß, 1998, S. 830.

[112] Tagebucheintrag von Otto Lenz vom 16. Mai 1952. ACDP, I-172–006.

[113] D. Kosthorst, Brentano, 1993, S. 25.

[114] Vgl. Rede Gerstenmaiers zum Petersberg-Abkommen vor dem Bundestag. BT, 1. Wp., 17. Sitzung am 15. November 1949, S. 413.

[115] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 310–311.

Verhandlungen im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.[116] Der Kanzler versäumte es in der Folge dann auch nicht, den 46jährigen besonders für seine Bemühungen im Auswärtigen Ausschuß vor der Fraktion zu belobigen.[117]

Gerstenmaiers Engagement bei den Beratungen zur Schaffung einer Verteidigungsgemeinschaft war auch deshalb so groß, da der CDU-Politiker die Gefahr sah, daß ein Scheitern der EVG die Zahl der Regierungskritiker noch deutlich erhöhen würde.[118] Das französische Zögern bei der Ratifizierung bereitete ihm doppelt Sorge, da mit einer Ablehnung aus Paris nicht nur ein herber Rückschlag für den europäischen Einigungsprozeß, sondern zugleich für die Akzeptanz der Außenpolitik des Kabinetts zu befürchten war. Aufgeschreckt durch Pressemeldungen, die ein unmittelbares Zusteuern der Bundesregierung auf die NATO-Mitgliedschaft nach einem Mißlingen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft prophezeiten[119], versicherte Gerstenmaier dem Kanzler kurz vor Weihnachten 1952 zwar seine uneingeschränkte Loyalität[120]; zugleich versäumte er es aber nicht, seine Bedenken zu formulieren und anzudeuten, welche künftige deutsche Außenpolitik er favorisierte. Der Parlamentarier ließ keine Zweifel daran, daß es ihm nur schwer möglich sein würde, vom Gedanken einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zugunsten eines deutschen Beitritts zur NATO abzugehen. Mit dieser Bekundung versuchte Gerstenmaier, einer von ihm antizipierten Weichenstellung Adenauers vorzubeugen. Denn obgleich der Kanzler bis zum Tag der Ablehnung der EVG[121] durch die französische Nationalversammlung auf ein Pariser Einlenken gehofft hatte, war der Mann aus Rhöndorf pragmatisch genug, alternativ durch die Einbeziehung der Bundesrepublik in den Atlantikpakt den Weg zum Erlangen deutscher Souveränität zu beschreiten.[122]

Diesen Richtungswechsel in der Außenpolitik mit der angestrebten Fixierung auf die NATO lehnte Gerstenmaier zu diesem Zeitpunkt indessen ab.[123] Zwar hielt er die Einbindung in die westliche Verteidigungsgemeinschaft im Zuge der Westbindung für unerläßlich, doch wehrte er sich gegen eine Vernachlässigung des europäi-

---

[116] Adenauer hatte Gerstenmaier aufgefordert, im Auswärtigen Ausschuß in seiner Eigenschaft als zweiter Ausschußvorsitzender die Initiative zu übernehmen. Tagebucheintrag von Otto Lenz vom 3. September 1952. ACDP, I-172–006.

[117] Den Dank für Gerstenmaiers Arbeit vom 27. November 1952 wiederholte der Kanzler am folgenden Tag in schriftlicher Form. Schreiben Konrad Adenauers an Eugen Gerstenmaier vom 28. November 1952. StBKAH, II.04, Bl. 194.

[118] Diese Einschätzung Gerstenmaiers wurde durch die Beobachtung des Bundespressechefs Felix von Eckardt bestätigt. F. von Eckardt, Ein unordentliches Leben, 1967, S. 301.

[119] Zu den sicherheitspolitischen Möglichkeiten der Bundesrepublik vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 3, 2001.

[120] Brief Eugen Gerstenmaiers an Adenauer vom 17. Dezember 1952. StBKAH, II.04, Bl. 104.

[121] Siehe dazu: P. Noack, Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954, 1977.

[122] Vgl. P. Noack, EVG und Bonner Europapolitik, in: H.-E. Volkmann/W. Schwengler (Hg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, 1985, S. 252 f.

[123] Vgl. das Schreiben Gerstenmaiers vom 17. Dezember 1952 an Konrad Adenauer. StBKAH, II.04, Bl. 192 f.

schen Einigungsgedankens. Für den CDU-Politiker machte der Schritt in die NATO erst dann Sinn, wenn die Integration Deutschlands in Europa auf den Weg gebracht worden war. Dies entsprach seiner Argumentationslinie, einen deutschen Verteidigungsbeitrag nie ausschließlich unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten zu betrachten. Die Beteiligung an einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurde von ihm vielmehr stets als erste Stufe zu einer Union der europäischen Völker gesehen.[124] Zudem konnte Gerstenmaier gegenüber den USA ein gewisses Mißtrauen nicht unterdrücken, obgleich er stets die Unverzichtbarkeit einer festen Bindung zur Führungsmacht der freien Welt betonte. Seine Erfahrungen als Bundestagsabgeordneter hatten ihn gelehrt, daß die Bedeutung, die dem Schicksal Deutschlands auf der amerikanischen Werteskala beigemessen wurde, je nach politischer Großwetterlage Schwankungen unterliegen konnte.[125] Diese Vorbehalte gegenüber der amerikanischen Großmacht zogen allerdings nicht automatisch eine Favorisierung des französischen Standpunkts nach sich. Zwar waren Gerstenmaiers Kontakte mit Frankreich aufgrund seiner Europaratstätigkeit ausgeprägter, doch hielt er sich auch mit Kritik an Paris nicht zurück. So warnte der Parlamentarier davor, den Franzosen zu große Zugeständnisse zu machen. Hinsichtlich eines deutschen Souveränitätsverzichts sollten keine Konzessionen gemacht werden, die von der Generallinie der Europapolitik der Bundesregierung abwichen.[126] An den Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und maßgeblichen außenpolitischen Berater Adenauers, Herbert Blankenhorn, gewandt, fand Gerstenmaier sogar noch deutlichere Worte. Er beschwor den europäischen Integrationsprozeß, den es seiner Überzeugung nach besonders gegen die Kritik der parlamentarischen Opposition zu verteidigen galt. Die Verfassungsklage der SPD gegen einen deutschen Wehrbeitrag bewog Gerstenmaier deshalb auch nicht zum Einlenken. Er sortierte im Gegenteil das Bundesverfassungsgericht vorsorglich in die Reihe der Gegner des Regierungslagers ein[127] und machte sich im Dezember 1952 dafür stark, die eigene Position »auf Biegen und Brechen«[128] aufrechtzuerhalten.

Eugen Gerstenmaier war aber dennoch Realist genug, seine Hoffnungen in dieser Phase nicht mehr ausschließlich auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu reduzieren. Allmählich begann er, sich von seiner Fixierung auf die EVG zu lösen

---

[124] Schon im Frühjahr 1952 stieß sich Eugen Gerstenmaier an der seiner Auffassung nach zu zögerlichen Vorgehensweise Adenauers und er beharrte darauf, daß die Bundesregierung jede Chance nutzen müsse, um den europäischen Integrationsprozeß voranzutreiben. Brief Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Ritter vom 29. März 1952. BA, N 1166/339.

[125] Vgl. die obige Darstellung zu Gerstenmaiers Aufenthalten in den USA 1950.

[126] Gerstenmaier betonte dem Bundeskanzler gegenüber seine Bereitschaft, für die europäische Einigung einzustehen. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 17. Dezember 1952. StBKAH, 11.04, Bl. 193.

[127] In einem Brief an Adenauer vom 3. März 1953 führte Gerstenmaier unter anderem aus: »Ich [verspreche, D. G.] mir zur Zeit weder von der Einsicht der Opposition noch von Karlsruhe oder Herrn Reinhold Maier irgendetwas Hilfreiches für Deutschland.« PA, B 2/15, Bl. 120.

[128] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Herbert Blankenhorn vom 17. Dezember 1952. PA, B 2/61, Bl. 9.

und nach Alternativen zu suchen.[129] Der CDU-Politiker nahm Adenauers USA-Reise im April 1953 zum Anlaß, dem Kanzler seine außenpolitischen Thesen zu unterbreiten.[130] Gerstenmaier fixierte seine Überlegungen in schriftlicher Form im Anschluß an eine Fraktionsvorstandssitzung, in der Konrad Adenauer die Fraktion über den Ablauf der Außenministerkonferenz in Rom unterrichtet hatte.[131] Obwohl ihm offenbar bereits im Verlauf dieser Zusammenkunft einige Fragen und Kommentare zu Adenauers Ausführungen auf der Seele gebrannt hatten, erschien es ihm nicht angemessen, ohne vorherige Rücksprache mit dem Kanzler zu diesem Thema offen Stellung zu nehmen. Offenbar sah der 46jährigen aus einer Mischung von Respekt vor dem Regierungschef und der Furcht, mit seinen Vorstellungen Kritik auf sich zu ziehen, von einer verbalen Äußerung im Fraktionskreis ab. Denkbar ist es jedoch auch, daß er mit der schriftlichen Fixierung seiner Gedanken hoffte, die ungeteilte Aufmerksamkeit Adenauers zu erlangen.[132] Kernpunkt von Gerstenmaiers Thesen war die Suche nach einer Alternative zur sofortigen Mitgliedschaft in der NATO. Sein Konzept sah eine intensivierte deutsch-amerikanische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet als Vorstufe zu einer Aufnahme Deutschlands in das atlantische Verteidigungsbündnis vor.[133] Gerstenmaier hoffte, daß Adenauer im Verlauf seines Amerikaaufenthalts mit Washington ein grundsätzliches Einvernehmen über ein derartiges Rahmenabkommen zwischen beiden Ländern erzielen konnte. Die Vereinbarung sollte im einzelnen folgende Eckpunkte enthalten: die Ausbildung deutscher Spezialisten an »technischem Gerät« einschließlich Atomwaffen durch US-Fachleute, die Sicherung der Aktionsfähigkeit der deutschen Regierung im Katastrophenfall sowie die Einrichtung einer binationalen Sachverständigengruppe für Schutzmaßnahmen der Bevölkerung im Notfall.[134] Die Spezifizierung des von Gerstenmaier angestrebten Abkommens machte deutlich, daß er für die Übergangsphase, in der Deutschland nicht in ein Militärbündnis eingebunden war, die Sicherheitsinteressen des Landes gewahrt sehen wollte. Der CDU-Politiker wußte, daß diese Konzeption ungeeignet war, einen Nichtbeitritt zur EVG oder NATO zu kompensieren und deshalb als Interimslösung zu gelten hatte. Er legte aber Wert darauf, für den Fall des Scheiterns eines europäischen Militärpaktes,

---

[129] Brief Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 3. März 1953. PA, B 2/15, Bl. 120–121.

[130] Zu den Inhalten und Zielen von Adenauers Reise in die Vereinigten Staaten vgl. unter anderem: H. Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, 1980, S. 145f.

[131] Es handelte sich hierbei um die Fraktionsvorstandssitzung vom 2. März 1953.

[132] Daß die Effizienz der 139 Personen umfassenden Fraktion bei ihren Sitzungen offenbar zu wünschen übrig ließ, wurde dadurch deutlich, daß Heinrich Krone im September 1953 die Parlamentarier der Union über die Bildung sogenannter Arbeitsgruppen informierte. Zur Gewährleistung einer gründlicheren fraktionsinternen Beratung sollte in der 2. Legislaturperiode die Hauptarbeit der Fraktion von Arbeitsgruppen geleistet werden, die sich thematisch an den bestehenden Bundestagsausschüssen orientierten. Eugen Gerstenmaier arbeitete in den Gruppen »Auswärtiges«, »EVG« und »Gesamtdeutsche Fragen« mit. Rundschreiben Heinrich Krones an die CDU/CSU-Fraktionsmitglieder vom 17. September 1953. ACDP, I-210–014/1.

[133] Zur europäischen EVG-Debatte aus dem Blickwinkel der USA vgl. T. U. Schöttli, USA und EVG, 1994.

[134] Brief Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 3. März 1953. PA, B 2/15, Bl. 121.

mit seinen Überlegungen eine Alternative zu präsentieren und den Kanzler dazu zu ermutigen, »in aller Stille«[135] ein zweites Eisen ins Feuer zu legen, um eine Fixierung auf das französische Votum aufzubrechen. Mit seinem Vorstoß nahm Eugen Gerstenmaier im übrigen eine Kontroverse mit seinem Duzfreund Theodor Blank billigend in Kauf, in dessen Kompetenzbereich die angedachte deutsch-amerikanische Kooperation eigentlich fiel. Die ohne Absprache mit der »Dienststelle Blank« ausgearbeiteten Pläne, die er ausschließlich dem Kanzler unterbreitete, unterstrichen, wie wichtig es ihm war, seine außenpolitische Kompetenz unter Beweis zu stellen.

Die Vorsicht Gerstenmaiers im Hinblick auf die Wahrung des vertraulichen Charakters seines Vorstoßes außerhalb der Unionsfraktion war indes durchaus gerechtfertigt. Bei der dem deutschen Drängen nach Souveränität ohnehin mißtrauisch gegenüberstehenden französischen Regierung hätten die von Gerstenmaier vorgeschlagenen diplomatischen Sondierungsversuche leicht Verstimmung auslösen können. Vor dem Hintergrund des doppelten Vetorechts Frankreichs, das auch eine deutsche NATO-Mitgliedschaft hätte gefährden können, mußten deutsche Alternativkonzeptionen jeglicher Art mit äußerster Vorsicht angegangen werden. Mit seinen Anregungen lag der Schwabe durchaus auf der Linie des Bundeskanzlers, der ein weiteres Zugehen auf die USA ins Kalkül zog. Aufgrund der starren Haltung der Regierung Mendès-France begannen sich Konrad Adenauers Vorstellungen über eine Allianz mit den USA zu konkretisieren.[136] Vor dem Hintergrund der politischen Großwetterlage, die sich mit dem Amtsantritt Eisenhowers im Januar 1953 und dem Tod Stalins zwei Monate später entscheidend verändert hatte, war der Kanzler um so mehr bestrebt, die Souveränität Deutschlands mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen.[137]

Allerdings hoffte Eugen Gerstenmaier vergeblich auf eine Resonanz seitens des Bundeskanzlers auf seinen Vorstoß. Über Hallstein und Blankenhorn versuchte er deshalb in Erfahrung zu bringen, ob seine Vorschläge beim Regierungschef auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Seine Bemühungen waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt, denn noch Ende März 1953 konnte Gerstenmaier einzig aus der Be-

---

[135] Ebd.

[136] Heinrich Krone vermerkte in seinem Tagebuch unter dem 19. Oktober 1953, daß Adenauer für den Fall des Scheiterns der EVG das »direkte Zusammengehen« mit den USA sowie die Bildung einer deutschen Armee und deren Integration in die NATO angestrebt habe. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 128.

[137] In einer vom Presseamt der Bundesregierung herausgegebenen Stellungnahme zur Ratifizierung des Deutschland- und EVG-Vertrags wurde Adenauer mit den Worten zitiert: »Sie [die Ratifizierung beider Verträge, D. G.] ist auch deshalb noch notwendiger geworden, damit die Bundesrepublik endlich aus dieser unmöglichen Lage herauskommt, in der sie sich zur Zeit befindet: Wir stehen immer noch unter Besatzungsrecht mit all den Konsequenzen, die ein Besatzungsrecht mit sich bringt.« Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Entscheidung für Deutschland. Aus den Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer und der Vorsitzenden der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP sowie der Sprecher der Bayernpartei und des Gesamtdeutschen Blocks zur 3. Lesung des Deutschland- und EVG-Vertrages vor dem Deutschen Bundestag am 19. März 1953, Bonn 1953, S. 5.

merkung Herbert Blankenhorns, wonach der Kanzler »in der Sache aktiv«[138] geworden sei, schließen, daß Adenauer seine Überlegungen überhaupt zur Kenntnis genommen hatte. Gerstenmaier ließ sich hiervon allerdings nicht entmutigen. Zwar hatte er auf dem Kölner Bundesparteitag der CDU 1954 der Festigung eines »europäisch-atlantischen Kern[s]«[139] das Wort geredet und sich damit in Übereinstimmung mit der von Adenauer dargelegten »Rangordnung der Werte«[140] den Widerspruch der Berliner Abordnung zugezogen[141], doch ruderte er in Sachen NATO in der Folgezeit wieder zurück. Erneut in schriftlicher Form warnte Gerstenmaier den Bundeskanzler vor der Eingliederung einer deutschen Nationalarmee in die NATO.[142] Offen bekannte er, sein Plädoyer für ein atlantisches Verteidigungsbündnis im Verlauf seiner Kölner Rede sei nur aus dem Wissen heraus erfolgt, daß ein solches Vorgehen der Bundesrepublik auf den erbitterten Widerstand Frankreichs treffen werde und damit nicht zu realisieren sei. Im Sommer 1954 hielt er allerdings dieses Szenario für nicht mehr unbedingt zwingend. Hauptsächlich den Gaullisten traute er nun zu, auf einen solchen Vorschlag positiv zu reagieren, da sie bei der Umsetzung dieser Pläne eine dauerhafte bundesdeutsche Abhängigkeit vom Westen als gegeben ansähen.[143] Gerstenmaiers Desillusionierung über die französische Bremserfunktion bei den Verhandlungen hinsichtlich eines europäischen Zusammenwachsens war zu diesem Zeitpunkt in steigendes Mißtrauen gegenüber Paris umgeschlagen. Deshalb nahm er Hinweise vermeintlich gutunterrichteter Genfer Kreise, die ihm von seinem Vertrauten Klaus Mehnert zugespielt worden waren, zum Anlaß, den französischen Widerstand gegen die EVG sogar auf geheime Absprachen zwischen Paris und Peking zurückzuführen. Um den vermeintlichen französischen Absichten zu begegnen und eine Verzögerung des Einigungsprozesses zu verhindern, schlug Gerstenmaier sogar vor, auf die Aufstellung einer Nationalarmee zu verzichten. Zur Demonstration des guten Willens seitens der Bundesrepublik sollten stattdessen Militärverbände unter dem »Deckmantel des Bundesgrenzschutzes«[144] als Zwischenlösung aufgebaut werden.

Seine außenpolitische Initiative besprach er – wie zuvor bereits – nur mit wenigen Vertrauten innerhalb der Fraktion. Neben Blankenhorn weihte er oftmals den Frak-

---

[138] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 21. März 1953. StBKAH, 13.01, Bl. 170.

[139] Rede Gerstenmaiers »Die politische Weltlage und Deutschland« auf dem 5. Bundesparteitag der CDU in Köln vom 28. bis 30. Mai 1954. ACDP, I-210–018/1.

[140] Ebd.

[141] Vgl. H.-O. Kleinmann, Geschichte der CDU 1945–1982, 1993, S. 162.

[142] Brief Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 25. Juni 1954. ACDP, I-210–015.

[143] Wie berechtigt die Bedenken Eugen Gerstenmaiers waren, belegt ein Tagebucheintrag Herbert Blankenhorns vom 23. August 1954. Darin heißt es unter anderem: »Es mehren sich aber auch hier und da die Nachrichten aus Paris, dass Mendès-France anstelle der EVG eine beschränkte deutsche Aufrüstung im Rahmen von NATO unter Kontrolle der Alliierten anstrebe [...].« H. Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, 1980, S. 193.

[144] Brief Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 25. Juni 1954. ACDP, I-210–015.

tionsvorsitzenden von Brentano in seine Überlegungen ein[145], doch machte er stets deutlich, daß Äußerungen im größeren Rahmen oder gar in der Öffentlichkeit erst nach dem Plazet des Bundeskanzlers für ihn in Frage kamen. An der öffentlichen Meinung war Eugen Gerstenmaier in dieser Phase ohnehin recht wenig gelegen, denn er schätzte das Interesse der Bevölkerung und deren Fähigkeiten zur Analyse der teilweise komplexen Zusammenhänge in der Außenpolitik gering ein.[146] Er suchte vielmehr die enge Bindung an den Kanzler. Unverkennbar war ebenso sein Bemühen, den Unmut innerhalb der Union über eine mangelnde Einbindung in außenpolitische Entscheidungsprozesse zu dämpfen.[147] Für Gerstenmaier bedeutete diese Situation stets eine Gratwanderung: Zwar vermochte er die Klagen seiner Parteifreunde durchaus nachvollziehen, doch lag seine Loyalität in dieser Phase im Zweifelsfall klar beim Kanzler.

2. Ostpolitische Initiativen

Anlaß für Eugen Gerstenmaiers Bemühungen in der Ostpolitik initiativ zu werden, war die Stalin-Note vom 10. März 1952.[1] Dieser Vorstoß des Kremls ließ den CDU-Politiker seine Einstellung zu Verhandlungen mit der Sowjetunion überdenken. Zwar änderte Moskaus Deutschlandinitiative nichts an der Grundhaltung des Politikers, der einer europäischen Einigung Priorität einräumte gegenüber einer raschen, mit zweifelhaften Zugeständnissen erzielten Wiedervereinigung. Allerdings hoffte er, der Vorstoß Stalins könne Bewegung in die festgefahrenen Beziehungen zur Sowjetunion bringen. Trotz seines ausgeprägten Mißtrauens gegenüber dem kommunistischen Staat hielt Gerstenmaier daran fest, daß diese Chance nicht ungenutzt

---

[145] Gerstenmaier führte in seinem Schreiben an Adenauer vom 25. Juni 1954 aus, daß die von ihm entwickelten Vorstellungen die Zustimmung von Brentanos gefunden hätten. Ebd.

[146] In einem Schreiben an seinen ehemaligen Mitarbeiter aus Hilfswerkstagen, Wolf von Gersdorff, vom 19. Januar 1953 fand Eugen Gerstenmaier für das Politikverständnis weiter Bevölkerungsteile harsche Worte. Im Hinblick auf die EVG-Debatte und den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen befand er zur Reaktion der deutschen Bürgerinnen und Bürger: »Diese Dinge werden [...] von der Masse des deutschen Volkes ignoriert, denn diese Masse starrt nur auf den eigenen Bauch.« ACDP, I-210–035/2.

[147] Symptomatisch für das Engagement Gerstenmaiers war der Verlauf einer Sitzung des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU Anfang September 1954. Selbst den ausgewiesenen CDU-Fachleuten wurden nur schleppend Informationen über die Gespräche Adenauers hinsichtlich des deutschen NATO-Beitritts und der Verhandlungen über die Souveränität der Bundesrepublik übermittelt. Zwar brachte Gerstenmaier für die Verärgerung der Fraktion, die stellvertretend durch den Abgeordneten Paul Leverkuehn offen ausgedrückt wurde, Verständnis auf. Er versuchte aber ebenso seine Parteifreunde mit dem Hinweis zu beschwichtigen, daß Adenauer vom Fraktionsvorstand über die Bedenken in den eigenen Reihen in Kenntnis gesetzt worden sei.

[1] Vgl. dazu unter anderem: H.-P. Schwarz (Hg.), Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, 1981, R. Steininger, Eine vertane Chance, 1985 sowie W. Loth/H. Graml/G. Wettig/J. Zarusky (Hg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952, 2002.

vertan werden dürfe.[2] Er wollte deshalb Adenauer davon überzeugen, mit dem Angebot der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau an die Öffentlichkeit zu gehen. Dieser Schritt sollte jedoch erst nach ausführlichen Sondierungsgesprächen mit den USA und Großbritannien erfolgen.[3] Unterstützung hatte Gerstenmaiers deutschlandpolitischer Vorstoß von seinem Fraktionskollegen Jakob Kaiser erhalten, der das kompromißlose Nein des Kanzlers in dieser Frage ebenfalls nicht guthieß.[4] Auch Heinrich von Brentano hielt es für ratsam, im Zuge einer ernsthaft betriebenen Wiedervereinigungspolitik, die Absichten des Kremls in Gesprächen auszuloten. Dabei machte der Hesse allerdings deutlich, daß ein Zugehen auf Stalin keine zeitliche Verzögerung der Verhandlungen mit den Westalliierten zur Folge haben dürfe.[5]

Die Initiative des schwäbischen Parlamentariers lief allerdings weitgehend ins Leere. Der Bundeskanzler nahm Stalins Angebot zwar ernst, er lehnte es aber in Übereinstimmung mit den westlichen Alliierten ab, da Moskau jeglichen Hinweis auf die Abhaltung freier Wahlen in seinem Einflußbereich vermieden hatte.[6] Adenauer fürchtete zudem, mit einer positiven deutschen Resonanz auf die Note den Weg für Verhandlungen der vier Siegermächte unter Ausschluß Deutschlands zu ebnen.[7] Auch die zweite Note Stalins an die Westmächte vom 9. April 1952 stimmte den Regierungschef nicht um; Adenauer wertete diese Initiative lediglich als Versuch, die laufenden Verhandlungen zum EVG- und Deutschlandvertrag zu stören und war nicht bereit, Moskau seine Gesprächsbereitschaft zu signalisieren.[8] Obwohl die Sowjetunion Anfang April ihr Einverständnis erklärt hatte, die Forderung der Bundesrepublik und der westlichen Alliierten hinsichtlich freier und gesamtdeutscher Wah-

---

[2] Die ostpolitische Initiative Eugen Gerstenmaiers wurde von der DDR-Regierung aufmerksam registriert. In einem vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR über den CDU-Politiker angelegten Dossier, das vom 19. Dezember 1953 datiert, wurde die Quintessenz der außenpolitischen Position Gerstenmaiers seit 1950 schriftlich niedergelegt. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 52, Bl. 15–20.

[3] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Ritter vom 29. März 1952. BA, N 1166/339.

[4] In einer Radioansprache vom 12. März 1952 bezeichnete Kaiser die Initiative Moskaus als »gewichtiges politisches Ereignis« und plädierte für die Prüfung des Angebots von Stalin. Mit den öffentlichen Äußerungen Kaisers wurde ersichtlich, daß es innerhalb der Union Differenzen über den ostpolitischen Kurs Adenauers gab. Abdruck der Rundfunkrede Kaisers in: W. Conze/E. Kosthorst/E. Nebgen, Jakob Kaiser, 1972, S. 224f.

[5] D. Kosthorst, Brentano, 1993, S. 22f.

[6] Auf der Gründungsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Siegen am 16. März 1952 unterstrich Adenauer, daß die Note im Prinzip »wenig Neues« bringe und er den Vorstoß Moskaus als Versuch interpretierte, Deutschlands Weg in den Westen zu blockieren. Zitiert nach: W. Loth, Deutschland im Kalten Krieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39–40/99 vom 24. September 1999, S. 8 (S. 3–11).

[7] Vgl. dazu unter anderem: A. Doering-Manteuffel, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, 1983, S. 59.

[8] Blankenhorn bestätigte, daß die Umgebung Adenauers bereits bei der ersten Note Stalins davon überzeugt war, daß der sowjetische Vorstoß dem Zweck diene, den »Zusammenschluß einer nunmehr souveränen Bundesrepublik mit dem europäischen Westen« aufzuhalten. H. Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, 1980, S. 132.

len zu erörtern, ließ der Kabinettschef keine Verhandlungsbereitschaft erkennen. Gerstenmaier hatte in dieser Phase die Hoffnung auf einen flexibleren ostpolitischen Kurs aber noch nicht aufgegeben und glaubte, mit dem weiteren Entgegenkommen des Kremls bessere Karten für einen erneuten Vorstoß zu haben. In Gesprächen mit dem Kanzler sowie dessen Vertrauten Hallstein und Blankenhorn versuchte er Überzeugungsarbeit zu leisten. Doch während er mit seinen beiden Parteifreunden zumindest eine Teileinigung erzielen konnte, vertröstete ihn Adenauer auf die Zeit nach den Osterferien.[9] Der Parlamentarier durchschaute die Hinhaltetaktik des Kanzlers offenbar nicht und glaubte Anzeichen für eine wachsende Gesprächsbereitschaft des Kabinettschefs zu erkennen. Dieser Eindruck erwies sich allerdings als Trugschluß, denn Adenauer griff – ebenso wie im März – die Anregung Gerstenmaiers nicht wieder auf. An die Öffentlichkeit drang indes weder die Kritik innerhalb der CDU/CSU-Fraktion an der starren Haltung Adenauers zur sowjetischen Notenoffensive[10] noch die Initiative Gerstenmaiers.

Die SPD, die den Kurs Adenauers bereits in den Bereichen Westbindung und Wiedervereinigung heftig bekämpft hatte, nahm die Vorstöße Stalins zum Anlaß, Viermächteverhandlungen mit dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung zu fordern. Mit dem erweiterten Gesprächsangebot aus Moskau wuchs auch der Druck der Öffentlichkeit auf die Bundesregierung. Adenauer sah sich gezwungen, in der sensibilisierten Diskussion die Argumente der Opposition nicht völlig zu negieren, um es nicht gänzlich zum Bruch in außenpolitischen Fragen kommen zu lassen. Doch trotz der Präzisierung seiner eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen, in denen der Kanzler die Wiedervereinigung in den Kontext einer osteuropäischen Neuordnung stellte, gelang es ihm nicht, seine Kritiker zu überzeugen. Konrad Adenauer setzte sich bei den Westmächten zwar für eine freundlich gehaltene Antwort an die Sowjetunion ein, doch war er weiterhin fest entschlossen, an der baldigen Unterzeichnung des Deutschlandvertrages festzuhalten.[11]

Die unbeirrte Haltung des Bundeskanzlers, keinesfalls auf die »spätstalinistische Versuchung«[12] einzugehen, zwang auch seinen Gefolgsmann Gerstenmaier zur Umorientierung. Nachdem der Parlamentarier erkennen mußte, daß seine Anregung, dem Osten eine verstärkte Gesprächsbereitschaft zu signalisieren, nicht aufgenommen wurde, entschloß er sich dazu, seine Energie zunächst auf die Beratungen über den Deutschlandvertrag und die EVG zu konzentrieren. Gleichwohl machte das

---

[9] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Ritter vom 16. April 1952. BA, N 1166/339.

[10] Schwarz konstatierte, daß die CDU/CSU-Fraktion aufgrund des wachsenden deutschlandpolitischen Erwartungsdrucks »unruhig« zu werden begann. H.-P. Schwarz, Ära Adenauer, 1981, S. 157. Gleichwohl verwies er darauf, daß das Kabinett fest zum Kanzler stand. Diese Aussage kann jedoch nicht für alle Kabinettsmitglieder uneingeschränkt stehen bleiben, denn zumindest der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hatte mit seinen Vorbehalten nicht hinter dem Berg gehalten.

[11] Zu Adenauers Reaktion auf die Deutschlandinitiative Moskaus siehe ausführlich: H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, 1994, S. 909–924.

[12] R. Morsey, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Adenauers, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. V/2, 1995, S. 1837 (S. 1822–1867).

Verhalten Gerstenmaiers in der sowjetischen Notenoffensive im Frühjahr 1952 deutlich, daß dessen bislang ungebrochene Loyalität zur Politik Adenauers erste Risse erhalten hatte und seine eigene außenpolitische Linie Diskontinuitäten aufwies.[13] Sein Ziel, die Regierung zu einem flexibleren Kurs in der Ostpolitik zu bewegen, ließ er dennoch nicht aus den Augen.

Der Wunsch der Bevölkerung nach einer zügigen Wiedervereinigung und der Vorwurf der Opposition, Adenauer habe durch seinen Kurs der Westintegration und aufgrund seiner Haltung zu den Stalin-Noten die Chance auf die deutsche Einheit wissentlich vertan, ließen Gerstenmaier nicht ruhen. Im Rahmen der Beratungen über die Ratifizierung des EVG-Vertrages knüpfte er Ende 1952 deshalb an seinen Vorstoß vom April 1952 an. Bestärkt sah er sich in seiner Initiative durch einen Teil der evangelischen Kirchenleitung.[14] Besonders Dibelius unterstützte eine Abkehr von der starren ostpolitischen Haltung der Bundesregierung in der Hoffnung, dadurch der Argumentation Heinemanns und Niemöllers begegnen und deren Einfluß innerhalb des deutschen Protestantismus einschränken zu können. Aus Furcht, sein Engagement für eine aktivere deutsche Ostpolitik könnte vor allem in Frankreich Verstimmung hervorrufen, nahm Gerstenmaier davon Abstand, in die Öffentlichkeit zu gehen. Er war weiterhin bestrebt, parteiinterne Meinungsverschiedenheiten nicht nach außen dringen zu lassen, um der Opposition keine Angriffsflächen zu bieten. Stattdessen versuchte der CDU-Politiker fraktionsintern, den Kanzler von der Richtigkeit seines Standpunktes zu überzeugen. Dabei stellte er zunächst sicher, Adenauer seine generelle Unterstützung zu versichern, um damit einem eventuellen Vorwurf mangelnder Loyalität zuvorzukommen. Eugen Gerstenmaier wählte einen ungewöhnlichen Weg, um trotz Wahrung der Vertraulichkeit bei Adenauer Gehör zu finden. Er hatte dem Kanzler im Anschluß an eine Fraktionssitzung seine Ansichten zunächst mündlich vorgetragen. In einem Brief an den Bundeskanzler Anfang Dezember 1952 faßte er die Kernpunkte seiner Überlegungen zusammen und ließ sie von einem Notar beglaubigen. Nicht nur diesen Brief, sondern auch die Antwort Adenauers, in der dieser sein Einverständnis mit den von Gerstenmaier schriftlich dargelegten Überlegungen ausdrückte, übergab er der notariellen Verwahrung.[15] Das der CDU-Politiker es für notwendig erachtete, sich in dieser Frage eines Notars zu bedienen, machte deutlich, daß in Gerstenmaiers Verhältnis zu Adenauer durchaus Mißtrauen herrschte und er es für geraten hielt, sich bei seiner Initiative nach Möglichkeit abzusichern. Kernpunkt des deutschlandpolitischen Vorstoßes Eugen Gerstenmaiers vom Dezember 1952 war die Forderung nach Durchführung einer Viermächtekonferenz, deren Ziel die Schaffung von Voraussetzungen für die Wiedervereinigung sein sollte. Darüber hinaus machte sich

---

[13] Besonders Gerstenmaiers Streben nach Verhandlungen mit der DDR stellte eine Abweichung von seinem ursprünglichen deutschlandpolitischen Kurs dar. Unmittelbar vor seinem Vorstoß hatte er noch den Pfleiderer-Plan heftig kritisiert. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni. Zum Pfleiderer-Plan vgl. M. Schmidt, Die FDP und die deutsche Frage 1949–1990, 1995, bes. S. 25f.

[14] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Otto Dibelius vom 30. Dezember 1952. ACDP, I-210–035/1.

[15] Bestätigung des Stuttgarter Notars Julius Müller vom 8. Dezember 1952. ACDP, I-210–015.

Gerstenmaier für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten stark.[16] Ohne es näher zu spezifizieren, spielte er damit auf eine Kontaktaufnahme mit der DDR an. Eine Konkretisierung diesbezüglicher Anregungen versagte er sich aber wohlweislich, da er bereits einige Monate zuvor den Zorn des Kanzlers mit einer derartigen Initiative auf sich gezogen hatte. Der CDU-Abgeordnete hatte im Verlauf eines Berlinaufenthaltes behauptet, Adenauer sei generell zu Gesprächen mit der DDR-Führung bereit, lediglich die SPD habe die Aufnahme von Verhandlungen bislang verhindert.[17] Über dieses unabgestimmte Vorpreschen seines Parteifreundes hatte sich der Kanzler sehr verärgert gezeigt und sich sogar zu einem offiziellen Dementi veranlaßt gesehen.[18] Auch um sich eine ähnliche Peinlichkeit zu ersparen, hatte Eugen Gerstenmaier am Jahresende den schriftlichen Austausch mit dem Kanzler gesucht. Adenauer stimmte den Vorschlägen Gerstenmaiers inhaltlich zwar zu, allerdings legte der gewiefte Taktiker Wert darauf, sich trotz der scheinbar eindeutigen Übereinstimmung[19] ein Schlupfloch offen zu halten. Der Kanzler versprach einerseits die Aufnahme der Anregung Gerstenmaiers, er beanspruchte zugleich aber das Recht, bei einer nicht näher erläuterten »Mißdeutung« bzw. einer »Zurückweisung« der deutschen Initiative von der Realisierung dieser Pläne Abstand nehmen zu können.[20] Das scheinbar so eindeutige Votum für Gerstenmaiers Pläne entpuppte sich daher nur als eine mögliche Option für den Kanzler; der Vorstoß Gerstenmaiers war damit auf halbem Wege stecken geblieben.[21]

Die mangelnde Umsetzung seiner Vorstellungen führte jedoch nicht dazu, daß sich Eugen Gerstenmaier enttäuscht zurückzog. Er hielt sich ganz im Gegenteil an die Übereinkunft, seine differierenden Ansichten nicht publik zu machen und arbei-

---

[16] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 3. Dezember 1952. Ebd.

[17] Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1952. Der Widerspruch Adenauers erfolgte in der gleichen Ausgabe. Der Kanzler hatte durch das Bundespresseamt verkünden lassen, daß er nie beabsichtigte habe, mit den DDR-Verantwortlichen in Verhandlungen zu treten, da diese wegen ihrer »Abhängigkeit von einer ausländischen Macht« zur »selbständigen Meinungsäußerung« überhaupt nicht in der Lage seien.

[18] Tagebucheintrag von Otto Lenz vom 23. Juni 1952. ACDP, I-172–006. Gerstenmaier hatte sich zu diesem öffentlichen Schritt entschlossen, nachdem sein Versuch, Adenauer zu deutsch-deutschen Verhandlungen zu bewegen, Anfang 1951 fehlgeschlagen war. Die Initiative Gerstenmaiers war die Reaktion auf ein Schreiben Otto Grotewohls vom 30. November 1950, in dem der DDR-Ministerpräsident Adenauer die Bildung eines paritätisch besetzten Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vorgeschlagen hatte. Tagebucheintrag von Otto Lenz aus dem Jahr 1951. Eine genaue Datierung des Schriftstücks fehlt. Ebd.

[19] Schriftliche Bestätigung der Anregungen Gerstenmaiers durch Konrad Adenauer vom 5. Dezember 1952. ACDP, I-210–015.

[20] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 3. Dezember 1952. Ebd..

[21] Bösch subsumiert diesen Aspekt von Adenauers Führungsstil zutreffend mit folgenden Worten: »Er suggerierte häufig einen prinzipiellen Konsens, der nur durch die aktuellen politischen Herausforderungen nicht ganz umsetzbar sei. Fasst man Adenauers Führungsstil zusammen, so war es gerade jene Mischung aus flexiblen mündlichen Zugeständnissen und harter Frontenbildung, die seine Durchsetzungs- und Integrationskraft ausmachten.« F. Bösch, Die Adenauer-CDU, 2001, S. 249.

tete weiter daran, im tagespolitischen Geschäft für die Politik Adenauers zu werben. Sein Engagement für den Kurs der Bundesregierung war trotz oder vielleicht gerade wegen des Stimmungstiefs, in dem sich das Kabinett Adenauer Ende 1952 befand, besonders stark ausgeprägt.[22] So versuchte er beispielsweise im Verlauf eines dreitägigen Aufenthalts in seinem Wahlkreis Anfang Dezember 1952 seine schwäbischen Landsleute von der Richtigkeit der Außenpolitik der Regierung zu überzeugen. Insgesamt sieben Veranstaltungen gaben ihm die Möglichkeit, sowohl auf die von seiten der SPD als auch von Anhängern Heinemanns und Wessels geäußerte Kritik einzugehen und diese nach Möglichkeit zu entkräften. Dabei hatte Gerstenmaier nach eigenen Worten gegen »Verwirrung, hartnäckige[n], zuweilen [...] kommunistenähnliche[n] Widerstand«[23] anzugehen.[24] Er war aber dennoch zuversichtlich, zumindest bei der Bevölkerung seines Wahlkreises Zustimmung zur Regierungspolitik erhalten zu können; dies war ein nicht nur im Hinblick auf die Werte in den Meinungsumfragen, sondern die im Herbst 1953 bevorstehende Bundestagswahl wichtiges Unterfangen.[25]

3. Im Europarat

Der Europaratsbeitritt der Bundesrepublik am 8. Juli 1950 war ein zentraler Bestandteil der von Adenauer verfolgten Politik der Einbindung in das westliche Bündnissystem. Mit der Aufnahme in dieses Gremium wurde die Anerkennung Deutsch-

---

[22] Einer von Schwarz angeführten Umfrage zufolge, sank die Zustimmungsrate zur Regierungspolitik im letzen Quartal 1952 auf 34%. Einen Umschwung in der öffentlichen Meinung brachte erst das Jahr 1953. Ein Jahr später stellten hingegen mit 57% mehr als die Hälfte der Bevölkerung dem Kanzler ein positives Zeugnis für seine Arbeit aus. Als Motive für das sprunghafte Ansteigen in der Zustimmungsrate wurden Adenauers Erfolge in der Ostpolitik, die gelungene Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie der wirtschaftliche Aufschwung angeführt. H.-P. Schwarz, Ära Adenauer, 1981, S. 187f. Leider führte der Autor keinen Quellennachweis für die zitierten Umfrageergebnisse an.

[23] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Herbert Blankenhorn vom 17. Dezember 1952. PA, B 2/61, Bl. 9.

[24] Wie kalt der Regierung in der Debatte um die Wiederaufrüstung und den deutschen Wehrbeitrag der Wind ins Gesicht blies, unterstreicht die Schilderung der Situation in der Zeit 1952/53 durch den Pressechef der Regierung, Felix von Eckhardt. »Der Widerwille der Menschen in der Bundesrepublik«, so Eckhardt, »gegen die Aufstellung einer Armee war die größte Trumpfkarte der Sozialdemokraten im Wahlkampf. [...] Durch eine gewaltige Versammlungswelle trieb sie ihre »Ohne-mich«-Parole bis in das letzte Dorf der Bundesrepublik. Sie wurde dabei von den Gewerkschaften und zahlreichen Verbänden unterstützt. Der Bundeskanzler zeigte sich über die tiefgehende Wirkung dieser Kampagne sehr besorgt.« F. von Eckardt, Ein unordentliches Leben, 1967, S. 264.

[25] Schon knapp ein Jahr vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfs hatte Adenauer einen Kreis um sich geschart, der den Erfolg der Union im Herbst 1953 garantieren sollte. Neben dem aus Hans Globke, Otto Lenz und Felix von Eckhardt bestehenden persönlichen Stab des Kanzlers gehörten zu dem in wechselnder Besetzung tagenden Wahlkampfteam Heinrich von Brentano, Hermann Ehlers, Theodor Blank, Jakob Kaiser, Heinrich Krone und Eugen Gerstenmaier. Einen Einblick in die Vorbereitungen dieses Wahlkampfteams gewährt die Schilderung des Bundespressechefs Felix von Eckhardt. F. von Eckhardt, Ein unordentliches Leben, 1967, S. 262–263.

lands als Teil der Staatengemeinschaft dokumentiert, und zugleich erlaubte die Mitarbeit im Europarat eine beträchtliche Erweiterung des außenpolitischen Spielraums der Bundesregierung.[1]

Für Eugen Gerstenmaier nahm die europapolitische Arbeit einen besonderen Stellenwert in seinem Wirken als Bundestagsabgeordneter ein. Seine Erkenntnis, daß zahlreiche nationale Schwierigkeiten, beispielsweise das Flüchtlings- und Vertriebenenproblem[2], nur im internationalen Austausch gelöst werden konnten, ließen ihn zu einem leidenschaftlichen Verfechter der Aufnahme in die europäischen Gremien werden. Der Integration Deutschlands in die Völkergemeinschaft – einem Anliegen, dem sich der Parlamentarier seit seiner Mitarbeit im Kreisauer Kreis verbunden fühlte – widmete er sein besonderes Augenmerk. Die Aufnahme der Bundesrepublik in den am 5. Mai 1949 in London gegründeten Europarat wurde von ihm demzufolge uneingeschränkt begrüßt. Die Beitrittsentscheidung war innenpolitisch allerdings durchaus umstritten. Nicht nur die SPD kritisierte diesen Schritt, da sie dadurch negative Auswirkungen für die Wiedervereinigungsbestrebungen und im Hinblick auf den Status des Saarlandes befürchtete. Unmut regte sich aus dem gleichen Grund auch in Fraktion und Kabinett.[3] Im Unterschied zu Eugen Gerstenmaier, der bereits Mitte November 1949 den Beitritt in den Europarat gutgeheißen hatte[4], wurde die von der Opposition vorgebrachte Kritik von Teilen der CDU/CSU-Fraktion durchaus geteilt. Besonders Gustav Heinemann und Jakob Kaiser brachten den Intentionen Adenauers Widerstand entgegen. Mancher Christdemokrat wagte es zwar nicht, seinen Bedenken öffentlich Ausdruck zu verleihen, doch die Reserviertheit gerade der Berliner Abgeordneten gegenüber dem Vorgehen der Bundesregierung war unübersehbar.[5] Adenauer hingegen forcierte trotz der internen Unstimmigkeiten seinen Kurs der Anbindung an den Westen und setzte den schließlich im Sommer 1950 vollzogenen Beitritt durch.[6]

Die Bundesrepublik wurde zunächst nur als assoziiertes Mitglied aufgenommen, deren Teilnahme an Konsultativversammlungen beschränkt war; erst Anfang Mai 1951 erhielt Deutschland den Status eines Vollmitglieds.[7] Der Beitritt der Bundes-

---

[1] Zum Beitritt der Bundesrepublik in den Europarat vgl. H. Medefind, Die Deutschen im Europarat, 1972.

[2] Interview mit Eugen Gerstenmaier, in: Der Neubürger. Mitteilungen für Heimatvertriebene, 4. Jg., Nr. 9 vom September 1950.

[3] Zur Kontroverse um den deutschen Beitritt zum Europarat vgl. U. Enders, Der Konflikt um den Beitritt der Bundesrepublik und des Saargebiets zum Europarat, in: L. Herbst/W. Bührer/H. Sowade (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG, 1990, S. 19–46.

[4] BT, 1. Wp., 17. Sitzung vom 15. November 1949, S. 411.

[5] Der stellvertretende Berliner CDU-Vorsitzenden Heinrich Krone vertraute seinem Tagebuch unter dem 15. Juni 1950 an: »Der Bundestag beschließt den Eintritt Deutschlands in den Europa-Rat. Als Berliner Abgeordneter konnte ich nicht mitstimmen. In der Fraktion habe ich mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Im Blick auf das geteilte Deutschland hätte sich die Regierung mehr in Reserve halten sollen.« H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 87.

[6] Schwarz merkt an, daß es Adenauer gelungen sei, die Kritiker Heinemann und Kaiser im Kabinett zu isolieren. H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 1, 1994, S. 714.

[7] R. Streinz (Hg.), 50 Jahre Europarat, 2000, S. 19.

republik galt als Zäsur, denn fünf Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs erhielt das Land erstmals die Möglichkeit, offiziell auf internationalem Parkett aufzutreten. Negativ zu Buche schlug jedoch, daß der Preis für die Repräsentanz in Straßburg mit der Anerkennung des Saarstatuts durch die Bundesrepublik hoch war.[8] Die von der SPD vehement abgelehnte Aufnahme des Saarlandes in den Europarat und dessen rechtliche Gleichstellung mit der Bundesrepublik vermochte Eugen Gerstenmaier ebenfalls nur schwer zu verdauen. Die Union war sich allerdings darüber einig, daß dieses Opfer erbracht werden müsse, um den Fortgang der europäischen Integration nicht zu blockieren.[9] Dieser Meinung schloß sich Gerstenmaier inhaltlich voll an, denn er sah die Bundesrepublik aufgrund ihrer Geschichte in der Pflicht, Vorleistungen zu erbringen.[10]

Eugen Gerstenmaier war einer von 18 bundesrepublikanischen Vertretern, die in das Straßburger Gremium, dem ersten europäischen Parlament, einzogen.[11] Die Reaktionen, die der Bonner Abordnung zunächst entgegenschlugen, beschrieb der Parlamentarier mit folgenden Worten: »Leicht distanziert, aber taktvoll begegnete man sich von beiden Seiten.«[12] Die mit dem Ausbruch des Koreakriegs veränderte politische Situation zwang die deutsche Delegation in diesem Gremium rasch, auch Position in der Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu beziehen. Eugen Gerstenmaier war es überlassen worden, die Haltung der deutschen Christdemokraten vor dem Europarat zu artikulieren. Ohne vorherige Abstimmung mit dem Bundeskanzler ergriff der CDU-Politiker als erster Deutscher in Straßburg am 9. August 1950 das Wort. Am Abend zuvor war Gerstenmaier noch von Winston Churchill, der alle deutschen Abgeordneten zu einem Abendessen eingeladen hatte, ausdrücklich ermutigt worden, die Haltung der Bundesregierung zum deutschen Wehrbeitrag zu verdeutlichen.[13] In seiner auf deutsch gehaltenen Rede – ein weiteres Novum in Kreis des Europarats – bekundete er zwei Tage, bevor Churchill im Plenum offiziell

---

[8] Zur Anerkennung der am 3. März 1950 zwischen der saarländischen und der französischen Regierung geschlossenen Saarkonvention sowie zu den Reaktionen auf den Eintritt des Saargebiets in den Europarat vgl. U. Enders, Konflikt um den Beitritt, 1990, S. 24–30 (S. 19–46).

[9] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 317.

[10] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Ritter vom 29. März 1952. BA, N 1166/339. Gerstenmaier fand mit dieser Auffassung selbst im Oppositionslager Zustimmung. Der sozialdemokratische Bremer Bürgermeister und spätere Bundesratspräsidenten Wilhelm Kaisen hatte beispielsweise entgegen des offiziellen SPD-Kurses öffentlich erklärt, daß bei der Debatte um den Beitritt zum Europarat trotz schmerzlicher Zugeständnisse »um Deutschlands willen europäisch« gehandelt werden müsse. Vortrag Kaisens in der Evangelischen Akademie in Hermannsburg im März 1950. Zitiert nach: K.-L. Sommer, Wilhelm Kaisen, 2000, S. 305.

[11] Die CDU/CSU-Fraktion nominierte neben Gerstenmaier die Abgeordneten Heinrich von Brentano, Joseph Ernst Fürst Fugger von Glött, Kurt Georg Kiesinger, Hermann Pünder, Luise Rehling und Hans Schütz. Zu den restlichen elf Delegationsmitgliedern der übrigen Bundestagsfraktionen siehe: M. Schumacher (Hg.), M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1949–1961, 2000, S. 37.

[12] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 319.

[13] Die Begegnung mit Churchill am 8. August 1950 war für Gerstenmaier ein einschneidendes Erlebnis. Ebd., S. 321–323.

den Antrag auf Schaffung einer europäischen Armee einbrachte[14], die deutsche Bereitschaft, bei der Verteidigung Europas den vollen Beitrag leisten zu wollen. Gerstenmaier verwies zugleich auf die antimilitaristische Haltung seines Landes und stellte den Wunsch der Deutschen nach Aufstellung eigener Militärverbände in Abrede. Er ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die Bundesregierung die Notwendigkeit eines Beitrags zur europäischen Verteidigung anerkannte.[15]

Das Plenum nahm seine Ausführungen mit freundlichem Beifall auf, allerdings waren die Reaktionen auf den Redebeitrag in der deutschen Delegation sehr gemischt: Sie reichten von lobenden Worten seitens der CDU und der FDP bis zur zunächst stummen Ablehnung durch die sozialdemokratischen Abgeordneten.[16] Vom Kanzler erfolgte keine öffentliche Erklärung zur Rede Gerstenmaiers. Daraus war zu schließen, daß sich Gerstenmaier mit seinen Ausführungen in Übereinstimmung mit der Bundesregierung befand. Kritik wurde indes von der Sowjetunion geübt. Die Unzufriedenheit über den Kurs der Bonner Regierung brachte der Kreml verschlüsselt durch die von der sowjetischen Militäradministration in Berlin vorgebrachte Forderung nach Gerstenmaiers Rücktritt als Hilfswerksleiter zum Ausdruck.[17] Heftiger Widerstand gegen die Ausführungen des CDU-Politikers regte sich des weiteren im Lager der evangelischen Kirche insbesondere seitens der Anhänger Heinemanns und Niemöllers. In den deutschen Medien hingegen wurde Eugen Gerstenmaier nach seiner Straßburger Rede nun nicht mehr nur ausschließlich als Leiter des Hilfswerks und als Fachmann für Flüchtlingsfragen anerkannt. Seine entschlossene Ansprache nahmen zumindest die nicht-oppositionellen Blätter zum Anlaß, ihn als einen der Aktivposten deutscher Außenpolitik zu loben.[18]

Trotz des zwiespältigen Echos auf seine Straßburger Ausführungen, das aufgrund der Brisanz des Themas zu erwarten gewesen war, setzte sich Eugen Gerstenmaier zielstrebig für den von ihm eingeschlagenen politischen Kurs ein. Nicht zuletzt durch das unerwartet klare Votum des Europarats für Churchills Antrag auf Schaffung einer europäischen Streitmacht fühlte er sich in seiner Haltung bestätigt. Seiner europapolitischen Linie entsprach auch der im Oktober 1950 präsentierte Pleven-Plan.[19] Gerstenmaier versuchte die Initiative des französischen Mini-

---

[14] Gerstenmaier beanspruchte zumindest partiell eine Mitautorenschaft an der von Churchill am 11. August 1950 vorgetragenen Initiative. Angeblich hatte er gemeinsam mit dem britischen Unterhausabgeordneten Duncan Sandys, dem Schwiegersohn Churchills, diesen Antrag vorbereitet. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Price vom 12. Dezember 1950. ACDP, I-210–015.

[15] Rede Gerstenmaiers vor dem Europarat am 9. August 1950. Die Kernpassage seines Redebeitrages, die im offiziellen Sitzungsprotokoll ins Englische übersetzt worden war, lautete: »We shall not expect others to defend us without being ourselves ready to take part in this defence on a footing of equality and justice.« Council of Europe Consultative Assembly. Second Session, 7.–28. August 1950. Reports, Part I, Straßburg 1950, S. 73.

[16] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 324.

[17] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Thiele vom 26. März 1952. ACDP, I-210–036/2.

[18] Vgl. Rheinische Post vom 14. August 1950 sowie Die Zeit vom 17. August 1950.

[19] Vgl. dazu unter anderem: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 1, 2001.

sterpräsidenten zu nutzen, um über ein gemeinsames sicherheitspolitisches Vorgehen die Bildung einer politischen Union Europas zu forcieren. Das Hauptaugenmerk des CDU-Politikers galt in dieser Phase deshalb der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten, die sich im Bunde mit ihren europäischen Genossinnen und Genossen gegen die Errichtung einer solchen Föderation aussprachen. Gerstenmaier hingegen erachtete den Wunsch nach einer Union als logischen zweiten Schritt nach der Schaffung einer Verteidigungsgemeinschaft. Besonders enttäuscht zeigte sich der CDU-Politiker dabei von der zögerlichen Haltung der Benelux-Staaten, die sich diesbezüglich nicht zu einem positiven Votum durchzuringen vermochten. Im Unterschied zum Bundeskanzler, der den Pleven-Plan primär als Mittel zur Erlangung der politischen Handlungsfähigkeit ansah, waren Gerstenmaiers Motive weniger pragmatisch. Zwar waren auch ihm die Kausalzusammenhänge und damit die Bedeutung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft für die angestrebte Souveränität bekannt. Allerdings fand sich bei Eugen Gerstenmaiers europapolitischem Engagement stets eine visionäre Komponente. Gerade in den Anfängen des Europarats war er von der Hoffnung beseelt, dieses Gremium würde trotz seiner beschränkten politischen Durchschlagskraft entscheidend zur Förderung der europäischen Einheit beitragen können. Um so größer war deshalb seine Enttäuschung, als sich bereits 1953 andeutete, daß das Straßburger Parlament aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips nicht in der Lage war, dieses hoch gesteckte Ziel zu erreichen. Das Gremium war, zumal nachdem sich Großbritannien allmählich von seiner einstigen pro-europäischen Linie entfernt hatte, immer mehr zu einem Debattierklub ohne politische Bedeutung verkommen.[20] Nachträglich hatten sich damit die düsteren Prophezeiungen der SPD bewahrheitet[21], die 1950 ihr Votum für einen deutschen Beitritt zum Europarat – zu Gerstenmaiers großem Mißfallen – versagt hatte.[22]

Sein Engagement für die europäische Idee blieb vom Scheitern des Europarates jedoch unberührt. Allerdings verschob sich der Fokus seines europapolitischen Wirkens Ende 1953 immer mehr in Richtung Saarfrage. Gerstenmaiers frühzeitige Festlegung auf eine Europäisierung der Saar brachte ihm heftige Kritik seitens der par-

[20] In seinem Lebenserinnerungen sprach Gerstenmaier davon, daß der Europarat nach dem Scheitern der EVG in ein »Siechtum« verfiel. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 341.

[21] Die SPD hatte den Beitritt zum Europarat abgelehnt, da sie damit eine Anerkennung des Saarstatuts und eine Verfestigung des Kurses der Westbindung befürchtete. Ferner hatte Kurt Schumacher bereits Ende Juni 1950 die Effektivität des Europarates außerordentlich kritisch bewertet. In einem Interview mit dem Neuen Vorwärts vom 28. Juni 1950 hatte der Parteivorsitzende ausgeführt: »Die praktischen Möglichkeiten des Europarates werden von uns denkbar gering eingeschätzt, und es besteht durchaus die Eventualität, dass die Straßburger Institution noch weiter eintrocknet.« Zitiert nach: K. Schumacher, Reden, 1985, S. 803. Allerdings zeigte sich die Partei wenig konsequent und entschloß sich im Juni 1950 trotz ihres Widerspruchs gegen den als diskriminierend gewerteten Status Deutschlands als assoziiertes Mitglied, aus ihrem Kreis sieben Personen für die deutsche Delegation zu benennen.

[22] Mit 220 gegen 152 Stimmen entschied sich der Deutsche Bundestag am 15. Juni 1950, der Beratenden Versammlung des Europarats beizutreten. Vgl. BT, 1. Wp., 69. Sitzung vom 15. Juni 1950, S. 2503–2519.

lamentarischen Opposition[23] und selbst aus dem Regierungslager ein. In seiner Rede vor dem Bundestag am 29. Oktober 1953 hatte er sich für eine supranationale Lösung des Problems des künftigen Saarstatus ausgesprochen.[24] Gerstenmaier interpretierte seinen Beitrag vor dem Plenum als Unterstützung der Regierungspolitik[25], wobei er jedoch Wert darauf legte, seine Äußerungen nur als »einfacher Abgeordneter«[26] vorzutragen. Innerhalb der Regierungskoalition stießen seine Äußerungen besonders bei der FDP auf Widerspruch; die liberalen Abgeordneten warfen dem CDU-Politiker gemeinsam mit den Sozialdemokraten vor, einem deutschen Verzicht auf das Saargebiet das Wort zu reden. Vor allem Thomas Dehler ging mit Gerstenmaier außerordentlich hart ins Gericht und bezichtigte ihn sogar der landesverräterischen Einstellung.[27] Gerstenmaier selbst sah sich ungerechtfertigt in die Kritik geraten. Die Anschuldigungen, gerade von seiten der Liberalen, hielt er für Mißdeutungen seiner eigentlichen Intention, und er betonte deshalb, daß eine Lösung dieser Frage im europäischen Geist nicht mit der Sanktionierung der gegenwärtigen Verhältnisse oder gar mit einem Verzicht Deutschlands auf das Saargebiet gleichzusetzen sei.[28] Der 47jährige fühlte sich in dieser Situation nicht nur mißverstanden, sondern zugleich vom Bundeskanzler nicht hinreichend unterstützt. In einem Schreiben an Adenauer erklärte er zwar tapfer, es mache ihm nichts aus als »Prellstein«[29] für all diejenigen zu dienen, die mit ihrer Kritik eigentlich den Regierungschef im Auge hatten, die sich aber nicht wagten, diesen öffentlich zu attakkieren. Eugen Gerstenmaier machte aber zugleich deutlich, daß ihm daran gelegen war, von der Bundesregierung mehr Rückendeckung zu erhalten, und er bat um ein Treffen zwecks Abklärung des weiteren Vorgehens.

Die adäquate Behandlung der Saarfrage stellte für den Kanzler in der Tat ein schwieriges Problem dar, denn der liberale Koalitionspartner, schreckte – entgegen der Ansicht Gerstenmaiers – keineswegs vor einer öffentlichen Anprangerung des

---

[23] Laut Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2. November 1953 hatte der Sozialdemokratische Pressedienst nach der Rede Gerstenmaiers verlauten lassen, daß dessen Ausführungen »mit das Bedenklichste« waren, was bislang von deutscher Seite zur Saarfrage vorgebracht worden sei.

[24] BT, 2. Wp., 5. Sitzung vom 29. Oktober 1953, S. 88–94.

[25] Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vermeldete über die Ausführungen Gerstenmaiers, daß diese »vom ganzen Haus als selbstverständlich vom Kanzler autorisiert« aufgenommen worden waren. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober 1953.

[26] BT, 2. Wp., 5. Sitzung vom 29. Oktober 1953, S. 92.

[27] Undatierte Aktennotiz Dehlers, die Ende 1954 verfaßt worden sein muß, da er im Schlußparagraph Bezug auf Gerstenmaiers Wahl zum Bundestagspräsidenten genommen hatte. ADL, N1–2981.

[28] Gerstenmaier hatte in seinem Wahlkreis erklärt, ein deutscher Verzicht auf die Saar sei für ihn »undenkbar«. Er hatte eine Lösung des Problems im »europäischen Geist« ohne Sanktionierung der bestehenden Verhältnisse an der Saar für unumgänglich gehalten. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. November 1953.

[29] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 5. November 1953. StBKAH, II.05, Bl. 264.

Regierungschefs in der Saarfrage zurück.[30] Besonders Dehler, der kurz zuvor im zweiten Kabinett Adenauers nicht mehr das Justizministerium erhalten hatte, war im Zuge eines ausgeprägten Abgrenzungskurses gegenüber der Union[31] nicht gewillt, weiterführende Zugeständnisse zu machen. Adenauer konnte dem FDP-Vorsitzenden im Herbst 1953 lediglich abringen, sich für den Augenblick mit Äußerungen in der Öffentlichkeit zurückhalten, um die »Dinge reifen [zu] lassen«.[32] Der Kanzler hatte ein großes Interesse daran, die Kontroverse innerhalb des Kabinetts nicht deutlicher nach außen treten zu lassen, um damit den sich bereits abzeichnenden Riß zwischen Union und FDP nicht weiter zu vertiefen. Im übrigen hegte der Regierungschef die Befürchtung, der koalitionsinterne Dissens um das Saarland könnte die deutsch-französischen Verhandlungen über den EVG-Vertrag belasten. Diese Sorge wurde von Eugen Gerstenmaier durchaus geteilt.[33] Nach einigen Gesprächen zwischen beiden CDU-Politikern[34] versuchte er deshalb, sich in Straßburg in vertraulichen Unterredungen für die deutsche Position einzusetzen.

Ende November 1953 begannen im Europarat die Diskussionen über den Plan des Niederländers Goes van der Naters, der unter Aufnahme der französischen Position eine Umwandlung des Saarstatuts nach der Bildung einer europäischen Union vorschlug. Die Reaktion der deutschen Delegation auf den unterbreiteten Vorschlag war gespalten. Eugen Gerstenmaier konnte sich – wie zu erwarten – mit seinen Straßburger Kollegen und selbst seinen württembergischen Landsleuten Karl-Georg Pfleiderer (FDP) und Karl Mommer (SPD) in dieser Frage nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Wenn sich auch Pfleiderer umgänglicher zeigte als sein kämpferischer Parteivorsitzender Thomas Dehler, so änderte dies nichts an seiner Ablehnung und der seiner Partei hinsichtlich eines deutschen Verzichts auf das Saargebiet. Das Votum des Sozialdemokraten Mommer war ebenso eindeutig: »Die Saar ist deutsch. Sie hat deutsch zu sein. Sie muß zurück nach Deutschland.«[35] Ein Konsens innerhalb der bundesrepublikanischen Delegation konnte lediglich im Hinblick auf die Forderung nach Herstellung der Bewegungsfreiheit aller demokratischen Parteien an der Saar erzielt werden.[36] Diese gegen die Entscheidung der saarländischen

---

[30] Zur Presseerklärung von Thomas Dehler vom 9. November 1953 vgl. U. Wengst, Thomas Dehler 1897–1967, 1997, S. 251.

[31] Zum Bestreben der FDP, nach dem unbefriedigenden Wahlausgang 1953 durch eine stärkere Profilierung der eigenen Programmatik wieder Boden gut zu machen vgl. ausführlich: F. Klingl, »Das ganze Deutschland soll es sein!«, 1985, S. 193–206.

[32] U. Wengst, Thomas Dehler, 1997, S. 251.

[33] Gerstenmaier versuchte gerade dieses Argument zu nutzen, um den widerspenstigen Koalitionspartner auf Linie zu bringen. Schreiben des FDP-Mitgliedes Heinrich Schneider an Eugen Gerstenmaier vom 1. November 1953. ADL, N1–2397.

[34] Zur Diskussion der Saarfrage war Gerstenmaier zumindest zwei Mal, am 12. November und am 7. Dezember 1953, mit Konrad Adenauer zusammengetroffen. StBKAH, II.05, Bl. 260 und 264.

[35] Mit diesen Worten faßte Eugen Gerstenmaier die Haltung Karl Mommers im Europarat zusammen. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 343.

[36] Bericht Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 27. November 1953. StBKAH, II.05, Bl. 260.

Regierung, nur pro-französische Parteien zuzulassen, gerichtete Initiative, wurde im Europarat jedoch kritisch aufgenommen.[37]

Gerstenmaier war in dieser Phase vor allem bemüht, die gegen ihn selbst und die Bundesregierung gerichteten Vorwürfe, man trete den Forderungen nach einem deutschen Verzicht auf die Saar nicht entschieden genug entgegen, zu entkräften. Mit seinem Antrag, wonach das Saargebiet unbeschadet seiner Unterstellung unter europäisches Kuratel und vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung in einem künftigen Friedensvertrag ein Gebietsteil Deutschlands bleiben sollte, versuchte er seinen Kritikern, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Doch stieß dieser von ihm proklamierte Mittelweg in Straßburg unisono auf Ablehnung.

Von den Verhandlungen im Europarat nach Bonn zurückgekehrt, mußte der Politiker Ende 1953 feststellen, daß die Forderung der Opposition nach Behandlung des Themas im Bundestag immer lauter wurde. Der Druck wuchs auch auf Eugen Gerstenmaier als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Doch obwohl Gerstenmaier nicht umhin kam, eine Aussprache im Ausschuß auf die Tagesordnung zu setzen, versicherte er dem Kanzler, daß er alles daran gesetzt habe, ihm eine persönliche Stellungnahme zur Saarproblematik zu ersparen.[38] In dieser Kontroverse wurde sein Bemühen spürbar, den Kanzler aus der »Schußlinie« der parlamentarischen Auseinandersetzung herauszuhalten. Der CDU-Politiker erachtete eine offen ausgetragene Debatte augenscheinlich als Gefahr für die anstehenden deutsch-französischen Gespräche. Um trotz aller Widerstände aus Paris die EVG doch noch Realität werden zu lassen, war er bereit, Adenauers Wunsch nach einer möglichst minimalen parlamentarischen Diskussion mitzutragen. Zudem bemühte er sich die Kritik der Opposition aber auch die des liberalen Koalitionspartners auf sich zu ziehen, um dem Kanzler den Rücken freizuhalten.

Unter diesen Vorzeichen erfolgte Gerstenmaiers Beteiligung an den Verhandlungen über den Naters-Plan zu Beginn des Jahres 1954 in besonders engem Einvernehmen mit dem Kanzler. So hatte der christdemokratische Parlamentarier vor der Abstimmung über den Naters-Plan Anfang Februar mehrmals telefonisch mit dem Bundeskanzler Rücksprache gehalten, um ihn vom Stand der Verhandlungen zu unterrichten und sein Abstimmungsverhalten zu erörtern. Auf Weisung Konrad Adenauers wich Gerstenmaier deshalb auch von seiner ursprünglich Linie ab und votierte in der Ausschußsitzung nicht für den vom Niederländer Goes van der Naters eingebrachten Antrag, sondern enthielt sich der Stimme. Die Entscheidung zur Stimmenthaltung fiel Gerstenmaier nicht leicht; nur ungern hatte sich der 47jährige dem Willen des Kanzlers gebeugt, da er in der Vorlage Naters' die deutschen Forderungen nach einem Junktim zwischen Europäisierung der Saar und Errichtung der europäischen Föderation durchaus berücksichtigt sah. Adenauer

---

[37] So zumindest umschrieb Karl Mommer die Reaktion des Ausschusses auf den Vorschlag der deutschen Delegation. Zitiert nach: H. Elzer, »Es gibt noch Charakterköpfe in Württemberg«, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte, 59. Jg. (2000), S. 359 (S. 319–401).

[38] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 27. November 1953. StBKAH, 11.05, Bl. 262.

hatte jedoch über die Sachentscheidung auf europäischer Ebene hinaus die Situation der Koalition im Auge, obgleich er den Standpunkt Gerstenmaiers generell teilte. Aus Rücksicht auf die ohnehin angespannte Situation im Kabinett wies er Gerstenmaier deshalb an, sich der Stimme zu enthalten. Damit sollten die lautesten Kritiker aus den Reihen der FDP vorerst zum Schweigen gebracht werden. Adenauers Rücksichtnahme beschränkte sich aber nicht nur auf den liberalen Koalitionspartner. Zur Vermeidung einer Regierungskrise hatte der Kanzler darüber hinaus die Befindlichkeiten des BHE zu berücksichtigen, dessen Unzufriedenheit mit dem europapolitischen Kurs der Union unübersehbar wuchs. Gerstenmaier wußte um diese Sachzwänge und setzte den Argumenten Adenauers keinen Widerstand entgegen[39], zumal der Kanzler davon ausging, daß die politischen Rahmenbedingungen innerhalb der nächsten Monate eine Wendung zum Besseren nehmen und damit eine veränderte Ausgangsbasis für die endgültige Entscheidung im Europarat gegeben sein würde.[40]

Die zahlreichen Konsultationen Gerstenmaiers mit dem Regierungschef ließen ihn innerhalb seiner Fraktion bei der Behandlung des Saarproblems zu einem der Hauptakteure avancieren. Er fungierte nicht nur als Nahtstelle zum Europarat, sondern er prägte besonders im Ausschuß für außenpolitische Fragen (Arbeitskreis V) der Union zunehmend die Diskussion. Der von dem Arbeitskreis eigentlich zum Berichterstatter bestimmte Abgeordnete Hermann Kopf mußte sich immer mehr mit einer Statistenrolle zufrieden geben. Gerstenmaier widmete sich seiner Aufgabe mit dem ihm eigenen Tatendrang und nahm dabei in Kauf, sich parteiinterner Kritik auszusetzen. Das Meinungsbild im Arbeitskreis V war alles andere als geschlossen und eine Reihe von CDU/CSU-Abgeordneten sprachen sich strikt gegen jegliche deutsche Zugeständnisse in der Saarfrage aus.[41] Doch trotz dieser fraktionsinternen Kontroverse ließ sich Gerstenmaier nicht von seinem Votum für eine Europäisierung des Saarlandes abbringen. Um seiner Überzeugung Ausdruck zu verleihen, scheute er nicht vor einer Auseinandersetzung in den eigenen Reihen zurück. Besonders scharf griff er in diesem Zusammenhang den Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, an und warf ihm vor, die Argumentationslinie der SPD zu vertreten. Diese Attacke Gerstenmaiers rief innerhalb des Arbeitskreises Unmut hervor. Vor allem die Abgeordneten Hellwig und Walz hielten die Äußerungen ihres schwäbischen Parteifreundes für überzogen. Entrüstung rief darüber hinaus Gerstenmaiers Verdikt hervor, die saarländischen Poli-

[39] Die tatsächlichen Beweggründe für seine Stimmenthaltung ließ Gerstenmaier allerdings nicht nach außen dringen. Selbst in den eigenen Reihen zog er es vor, sein Votum mit Kritikpunkten am Naters-Plan zu belegen und vor allem die französische Forderung nach einem Junktim von EVG und Saarfrage zurückzuweisen. Vgl. Beitrag Gerstenmaiers in der Fraktionssitzung vom 3. Februar 1954. ACDP, I-172–007.

[40] Aufzeichnung Eugen Gerstenmaiers vom 8. Februar 1954. ACDP, I-210–015.

[41] Otto Lenz gestand Gerstenmaier durchaus zu, seine Argumente geschickt vorzutragen, allerdings beharrten die Gegner einer Europäisierung des Saargebiets weiterhin auf ihrer Auffassung. Lenz benannte in seinem Tagebucheintrag vom 31. März 1954 die Abgeordneten Walz, Kopf, Wahl, Weber und Kemper als diejenigen, die die Auffassungen Gerstenmaiers nicht teilten. ACDP, I-172–007.

tiker machten sich mit ihrer Politik des Hochverrats schuldig.[42] Vor allem der aus dem Saarland stammende Hellwig war nicht bereit, diesen Vorwurf unkommentiert stehen zu lassen. Fritz Hellwig konterte und warf im Gegenzug die Frage nach der Legitimation Gerstenmaiers bei den Verhandlungen über die Saarfrage auf.[43] Damit war Gerstenmaiers Achillesferse getroffen worden. Der Mann aus Kirchheim konnte keinen offiziellen Regierungsauftrag vorweisen und er verfügte – über sein Mandat als Europaratsabgeordneter hinaus – über keine weiterreichende Legitimation. Gleichzeitig war jedoch klar, daß er das Vertrauen des Kanzlers genoß, was seine Position entscheidend stärkte.[44]

Es ist nicht bekannt, ob Adenauer die Art und Weise billigte, wie Gerstenmaier seine Meinung in der eigenen Partei verfocht. Der Kanzler ließ den energischen Schwaben aber gewähren und mischte sich in die innerparteiliche Auseinandersetzung vorderhand nicht ein. Geradezu symptomatisch für das Verhältnis Gerstenmaiers gegenüber seinen Parteikollegen war sein Vorgehen im weiteren Verlauf der Saardebatte. Trotz der Kritik zeigte er sich nicht kompromißbereit. Der Widerstand aus seiner Partei schien ihn vielmehr zu motivieren, seinen Standpunkt noch nachdrücklicher zu vertreten. Von Eugen Gerstenmaiers Blickwinkel aus gesehen bestand für eine Änderung seiner Position auch deshalb kein Grund, da er sich mit dem Bundeskanzler in Übereinstimmung befand. Die Sitzungen des unionsinternen Arbeitskreises V nutzte er vielmehr, um seine Haltung zu konkretisieren und aufzuzeigen, daß es zu dem von ihm vorgeschlagenen Vorgehen keine Alternative gäbe. Er erweiterte sogar seine Argumentation dahingehend, daß er die Abtrennung der Saar von Deutschland faktisch bereits für vollzogen hielt, und er ein starres Verharren auf der deutschen Position vor dem Hintergrund des Europäisierungsprozesses als unangebracht empfand.[45]

Neben der Überzeugungsarbeit, die Gerstenmaier in seiner eigenen Partei und im Bundestag zu leisten versuchte, trat er verstärkt bei deutsch-französischen Beratungen in Erscheinung, die der Vorbereitung der Zusammenkünfte des Europarats dienten. Kurz bevor in Straßburg die Entscheidung über die Annahme des Naters-Plans anstand, entwickelte Gerstenmaier eine besonders rege Tätigkeit im Quai d'Orsay. Es war ihm vor allem daran gelegen, trotz der festgefahrenen EVG-Debatte

---

[42] Sitzung des Arbeitskreises V der CDU/CSU-Fraktion am 29. März 1954. ACDP, VII-006–001/1.

[43] Niederschrift der Ergebnisse der Zusammenkunft des Arbeitskreises V der Union vom 29. März 1954, die von der FDP nach Angaben von Fritz Hellwig am 2. April 1954 erstellt worden war. ADL, N 1–2981.

[44] Bei dem CDU-Politiker Hellwig ging die Verärgerung über Gerstenmaiers Verhalten sogar so weit, daß er der FDP detaillierte Informationen über den Verlauf der Arbeitkreissitzung vom 29. März 1954 zuspielte. Dehler wiederum versuchte dieses Wissen zu nutzen, um seine Angriffe gegen Gerstenmaier zu intensivieren. Undatierte Aktennotiz Thomas Dehlers, dessen Inhalt den Schluß zuläßt, daß sie kurz nach der Wahl Gerstenmaiers zum Bundestagspräsidenten, d.h. Ende 1954, erstellt worden war. ADL, N 1–2981.

[45] Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Arbeitskreises V der Union vom 30. März 1954. ACDP, VIII-006–001/1.

die bilateralen Verhandlungen mit Paris wieder zu beleben, um den Prozeß der europäischen Integration nicht versanden zu lassen.[46] Intensive Kontakte pflegte der CDU-Politiker dabei mit dem von ihm sehr geschätzten ehemaligen französischen Außenminister Robert Schuman[47], mit dem er sich ebenso wie mit Jean Monnet[48] im Hinblick auf das langfristige Ziel – die Schaffung einer europäischen Union – einig wußte. Doch vermochte selbst der Einfluß Robert Schumans nicht, die Schwierigkeiten zwischen Paris und Bonn aus dem Weg zu räumen, da beide Länder weitgehend auf ihren Positionen verharrten und die Haltung der FDP in Paris zusätzliche Bedenken hervorgerufen hatte.[49] Ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Quai d'Orsay, Maurice Schumann, bestätigte diese Einschätzung. Schumann, der von der offiziellen Linie seiner Regierung um kein Jota abwich, verknüpfte die Regelung der Saarfrage mit der Bildung der EVG. Gerstenmaier, der sich trotz dieser für die Bundesrepublik nicht annehmbaren Forderung nach Kräften um eine Verständigung bemühte, konnte nur mit der vagen Hoffnung nach Bonn zurückkehren, daß sich beide Seiten trotz der unterschiedlichen Positionen aufeinander zu bewegen würden.[50]

Die vielfältigen Aktivitäten, die Eugen Gerstenmaier in Paris im Vorfeld dieser Entscheidung entwickelte, stießen bald jedoch auf Widerstand von berufener Seite. Gerstenmaier war in seinem europapolitischen Eifer in den Kompetenzbereich des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, der für die Bundesregierung die Federführung bei den deutsch-französischen Gesprächen zur EVG übernommen hatte, eingedrungen.[51] Er hatte seit Ausübung seines Straßburger Mandats sukzessive das Netz seiner internationalen Verbindungen erweitert. Im Zuge dieser Entwicklung kam er Hallstein ins Gehege, dessen Unterstützung er noch im Frühjahr 1953 gesucht hatte.[52] Die Klage des Staatssekretärs über die diplomatischen Bemühungen, die Gerstenmaier ohne Rücksprache mit ihm in Paris unternommen hatte, war so eindringlich, daß sich der Kanzler zum Einschreiten veranlaßt sah. In deutlichen Worten dämpfte Adenauer den rührigen Abgeordneten, indem er ihn dazu verpflichtete, sein weiteres europapolitisches Vorgehen künftig auch mit Hall-

[46] Aufzeichnung Eugen Gerstenmaiers über seine Unterredung mit Maurice Schumann am 9. April 1954 in Paris. ACDP, I-210–015.

[47] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 319.

[48] Die Deckungsgleichheit der europapolitischen Vision Monnets und Gerstenmaiers geht aus folgenden von dem Franzosen im April 1950 formulierten Gedankengängen hervor: »Der Weltfriede kann nicht geschützt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Gefahr, die ihn bedrohen, angemessen sind. Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa zur Zivilisation leisten kann, ist für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen unerläßlich.« J. Monnet, Erinnerungen eines Europäers, 1988, S. 376.

[49] Aufzeichnung Eugen Gerstenmaiers über seine Gespräche im französischen Außenministerium mit Robert Schuman am 9. April 1954. ACDP, I-210–015.

[50] Ebd.

[51] Zu Hallsteins europapolitischem Wirken vgl. F. Bärenbrinker, Hallsteins Europakonzeption vor seinem Amtsantritt bei der Kommission, in: W. Loth/W. Wallace/W. Wessels (Hg.), Walter Hallstein – Der vergessene Europäer, 1995, S. 107–118.

[52] Brief Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 21. März 1953. StBKAH, 13.01, Bl. 171.

stein abzustimmen. Zwar nahm der Regierungschef nicht den scharfen Vorwurf des Staatssekretärs auf, Gerstenmaiers Alleingänge gefährdeten die bilateralen Verhandlungen, da sie der französischen Regierung die Möglichkeit gäben, die Deutschen gegeneinander auszuspielen. Doch machte Konrad Adenauer unmißverständlich klar, daß Walter Hallstein für die in Paris geführten Verhandlungen verantwortlich zeichnete.[53] Gerstenmaier nahm sich diese Zurechtweisung durchaus zu Herzen und trug in der Folgezeit dafür Sorge, Unterredungen mit französischen Parlamentariern von nun an nicht nur dem Kanzler, sondern auch dem Staatssekretär zur Kenntnis zu bringen.[54] Der Konflikt war damit zwar beigelegt, doch blieb Hallstein auf der Hut. Der Staatssekretär versuchte nachfolgend Präsenz bei fraktionsinternen Beratungen zu zeigen, um Gerstenmaier gegebenenfalls in seine Schranken verweisen zu können. So bot er dem Arbeitskreis V an, künftig zu allen »wichtigen Fragen«[55] einen Vertreter seines Hauses zu entsenden. Vordergründig gab Hallstein an, damit einen besseren Kenntnisstand seiner Parteifreunde gewährleisten zu wollen, doch entscheidend war, daß der Staatssekretär damit seine eigene umfassende Unterrichtung über den internen Meinungsbildungsprozeß sicherstellte.

Der von Gerstenmaier befürwortete Naters-Plan wurde schließlich am 9. April 1954 von der Majorität der Beratenden Versammlung des Europarates gebilligt. Gerstenmaier, der von Adenauer grünes Licht erhalten hatte, stimmte trotz seiner Bedenken bei der Friedensvertragsklausel[56] dem Plan zu. Der CDU-Politiker erachtete diese Übereinkunft im Unterschied zur deutschen Opposition und dem liberalen Koalitionspartner als den deutschen Interessen dienlich.[57] Seiner Auffassung nach war die Zustimmung zur Europäisierung des Saargebiets notwendig gewesen, um dort sowohl die Herstellung der demokratischen Rechte zu ermöglichen als auch die Ernsthaftigkeit der Bundesrepublik im Hinblick auf die Schaffung einer europäischen Union zu dokumentieren.[58] Gerstenmaier versuchte vor dem Plenum[59] die Anschuldigung der SPD aus dem Weg zu räumen, die Regierung stelle durch ihr Votum ohne Zwang den Rechtsanspruch auf das Saargebiet zur Disposition. Gerade diesem Argument kam in der emotionalisierten Debatte des Frühjahrs 1954 ein besonderer Stellenwert zu. Gerstenmaier versuchte, diesem Angriff die Brisanz zu

---

[53] Schreiben Konrad Adenauers an den in Straßburg weilenden Eugen Gerstenmaier von 12. Mai 1954. ACDP, I-210–015.

[54] Vgl. Gerstenmaiers Aufzeichnung für Adenauer und Hallstein über eine Besprechung, die er mit dem stellvertretenden französischen Hochkommissar Bérard über den Stand der EVG-Verhandlungen geführt hatte. ACDP, I-210–015.

[55] Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises V der CDU/CSU vom 13. Juli 1954. Ebd.

[56] Artikel 19 des Naters-Plans beinhaltet die Zustimmung der Westmächte sowie der Bundesrepublik Deutschland zur Europäisierung der Saar auch bei einer Friedensregelung. Antrag Goes van der Naters' zum europäischen Status der Saar im Europarat, der am 7. Februar 1954 eingebracht worden war. Ebd.

[57] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 346.

[58] Zur politischen Entwicklung im Saarland vgl. R. Hudemann/R. Poidevin (Hg.), Die Saar 1945–1955, 1992.

[59] Zum Redebeitrag Eugen Gerstenmaiers vgl. BT, 2. Wp., 26. Sitzung vom 29. April 1954, S. 1117–1124.

nehmen, indem er eine Mitverantwortung der SPD bei der Initiierung des Naters-Plans feststellte. Als Beleg führte er den von deutschen Sozialdemokraten mitunterzeichneten Antrag Nr. 54 vom 17. September 1952 in der Beratenden Versammlung des Europarats an. Hierin wurde das europäische Gremium aufgefordert Schritte einzuleiten, um den Lizenzierungszwang saarländischer Parteien aufzuheben und sich mit dem künftigen Statut der Saar zu befassen. Doch der Hinweis Gerstenmaiers auf eine inkonsequente Politik seitens der SPD erwies sich als wenig glücklich gewählt: gab diese Strategie doch umgekehrt der SPD die Möglichkeit, die Wankelmütigkeit der Union bei der Behandlung des Naters-Plans im Europarat am Abstimmungsverhalten Eugen Gerstenmaiers zu belegen.[60] Gerstenmaiers Versuch der Regierung beizustehen, war vor diesem Hintergrund von wenig Erfolg gekrönt. Die SPD erhielt zusätzlich Unterstützung durch die Liberalen, die sich in der Saarfrage ihrer Zurückhaltung entledigt hatten. Die koalitionsinterne Auseinandersetzung spitzte sich deshalb immer mehr zu. Sie gipfelte in der Feststellung Dehlers, die Regierung habe selten diplomatisch so versagt wie in dieser Frage[61] und führte erstmals in einer zentralen außenpolitischen Entscheidung zu einem gespaltenen Abstimmungsverhalten der Regierungskoalition. Für Dehler persönlich bedeutete die Debatte um den Status des Saarlandes zugleich den endgültigen Bruch mit Adenauer.

Trotz der harschen Kontroverse mit der FDP gab der Regierungschef auch nach dem endgültigen Scheitern der EVG im August 1954 die Parole aus, die Arbeit am europäischen Zusammenschluß weiter voranzutreiben.[62] Adenauers Grundeinstellung zur Saarfrage hatte keine Modifikation erfahren. Gleiches galt allerdings auch für die Kritiker des Kurses der Bundesregierung in der Union. Zwar war es Adenauer gelungen, die schärfsten innerparteilichen Kritiker wie Jakob Kaiser zu mäßigen[63], doch eine Frontenbildung in der Fraktion in dieser Frage war unübersehbar. Konrad Adenauer suchte deshalb nach einem Weg ohne politische Zugeständnisse den Widerstand zu eliminieren. Der Taktiker Adenauer entschied sich die Wogen des Unmuts damit zu glätten, daß er dem Lager der Kritiker zugestand, Gerstenmaier habe bei der Verteidigung des Europäisierungskurses nicht »den richtigen Satz ge-

---

[60] Karl Mommer hatte für die SPD-Fraktion schon fast genüsslich auf Gerstenmaiers inkonsequentes Abstimmungsverhalten mit den Worten hingewiesen: »[...] eine Enthaltung plus ein Nein hat dann in der Schlußabstimmung ein Ja minus Vorbehalte ergeben.« BT, 2. Wp., 26. Sitzung vom 29. April 1954, S. 1126.

[61] U. Wengst, Thomas Dehler, 1997, S. 254.

[62] Eintrag Blankenhorns in sein politisches Tagebuch am 31. August 1954. H. Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, 1980, S. 194f.

[63] H.-P. Schwarz, Ära Adenauer, 1981, S. 284. Es war dem Kanzler gelungen, den Widerstand, der sich in den Landesverbänden zu formieren begann, zu unterdrücken. Vgl. Schreiben des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier an Adenauer vom 11. Juni 1954, in dem Altmeier seiner ablehnenden Haltung zur Europäisierung der Saar Ausdruck verlieh und betonte, welch großes Opfer es für ihn bedeute, aufgrund der Parteiräson nicht öffentlich seine Meinung kundtun zu können. ACDP, I-210–015.

prägt«.[64] Dieser Schachzug des Bundeskanzlers traf den 47jährigen, der sich stets der Zustimmung Adenauers versichert hatte, unvorbereitet. Der Regierungschef ging indes in seiner Distanzierung von Eugen Gerstenmaier in der Saarfrage noch einen Schritt weiter, indem er sich gegen eine Erörterung dieser Thematik auf dem fünften Bundesparteitag der Union in Köln Ende Mai 1954 aussprach.[65] Gerstenmaier respektierte dies und paßte seine Ausführungen dem Wunsch Adenauers an. Zumindest nach außen hin erschienen die Reihen der Union nun geschlossener.

Die parlamentarische Opposition hingegen zeigte sich von allen diplomatischen Wendemanövern des Kanzlers unbeeindruckt. Sie lehnte die Europäisierungspläne weiterhin strikt ab und machte sich für die pro-deutschen Saarparteien stark. Gerstenmaier empfand die Haltung der SPD als unerhört und warf ihr vor, »in blinder Leidenschaft«[66] und ohne Bezug zu den tagespolitischen Realitäten zu agieren. Das von ihm ursprünglich propagierte Ziel, bei wichtigen außenpolitischen Fragen nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit der größten Oppositionspartei vorzugehen, war nach dem überaus erfolgreichen Abschneiden der Union bei den Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag[67] auch bei Gerstenmaier einem weniger auf Konsens ausgerichteten Politikverständnis gewichen. Diese Haltung wurde im Herbst 1954 besonders evident.[68] Tief verärgert zeigte sich Gerstenmaier zudem von der Politik der FDP und er verurteilte das Verhalten des Koalitionspartners, dem er politischen Dilettantismus vorwarf, entschieden.[69] Überhaupt schien die Verärgerung Gerstenmaiers über das Verhalten der Liberalen wesentlich größer gewesen zu sein als sein Unmut über die Sozialdemokraten. Der SPD gestand Gerstenmaier zumindest zu, konsequent an ihrer Ablehnung des Saarstatuts festgehalten zu haben. Obgleich er diese Entscheidung als grundfalsch verwarf und entsprechend scharf kritisierte[70], nötigte es dem CDU-Politiker doch Respekt ab, daß die Genossen in dieser Frage nicht von ihrer als richtig erkannten Position abwichen.[71] Zudem anerkannte er, daß

---

[64] Konrad Adenauer in der Bundesvorstandssitzung vom 26. April 1954. Abgedruckt in: K. Adenauer, »Wir haben wirklich etwas geschaffen.«, 1990, S. 205.

[65] Bundesvorstandssitzung vom 28. Mai 1954. Ebd., S. 240.

[66] Notiz Eugen Gerstenmaiers zur Debatte um das Saargebiet vom 23. Oktober 1954. ACDP, I-210–015.

[67] Die CDU hatte in der Wahl vom 6. September 1953 36,2% der Stimmen für sich verbuchen können; die SPD als zweitstärkste Partei kam nur auf 28,8%. Zahlen nach: Statistisches Bundesamt (Hg.), Wahlberechtigte, 1998, S. 1. Nach der Regierungsbildung verfügte Kanzler Adenauer im Deutschen Bundestag über eine Zweidrittelmehrheit.

[68] Auf die Kritik der SPD am Saarstatut eingehend, wurden Gerstenmaiers Äußerungen im Verlauf der Sitzung des Arbeitskreises V der CDU vom 8. September 1954 wie folgt wiedergegeben: »Abg. Dr. Gerstenmaier geht noch einmal auf die Frage der gemeinsamen Außenpolitik ein. [...] Es gebe allerdings etwas, was noch wichtiger sei als eine gemeinsame Außenpolitik, und das sei eine richtige Außenpolitik.« ACDP, VIII-006–001/1.

[69] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Walter Kreutzer vom 11. November 1954. ACDP, I-210–015.

[70] Der SPD-Pressedienst hatte dem Kanzler vorgeworfen, er wolle die Saar einer Militärpolitik von erschreckender Entgleisung opfern. Gerstenmaier sah aufgrund dieser Anschuldigung bei den Sozialdemokraten den »Rückfall in den traurigsten Jargon des militanten Marxismus« dokumentiert. Notiz Gerstenmaiers zur Debatte um das Saargebiet vom 23. Oktober 1954. Ebd.

[71] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Walter Kreutzer vom 11. November 1954. Ebd.

die SPD zwar fest zu ihrem Votum stand, andererseits aber auch das demokratische Instrumentarium des Volksentscheids als maßgebliche Instanz zu akzeptieren vermochte. Der FPD hingegen verübelte er, daß sie der saarländischen Bevölkerung durch das Beharren auf ihrer Position das Recht absprach, eigenständig über den künftigen Status ihrer Heimat zu befinden.[72]

[72] Protokoll der Sitzung des CDU-Arbeitskreises V vom 13. Oktober 1954. ACDP, VIII-006–001/1.



Max Schmeling, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier
ACDP-Bildarchiv, Sankt Augustin

Achtes Kapitel

Vom Abgeordneten zum Bundestagspräsidenten

1. Holpriger Beginn einer neuen Ära

Der Tod des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers im Herbst 1954 traf das politische Bonn unvorbereitet. Erst kurz zuvor war bekannt geworden, daß der 50jährige in einem Oldenburger Krankenhaus aufgrund einer eitrigen Mandelentzündung mit dem Tode rang.[1] Nach dem Bekanntwerden der Todesnachricht am 29. Oktober herrschte aber nicht nur im Parlament[2] Betroffenheit; auch für die EKD bedeutete das Ableben Hermann Ehlers' einen herben Verlust. Der Christdemokrat hatte in seinem Wirken die Verschmelzung von kirchlichem und politischem Engagement symbolisiert. Sinnbildlich für sein Bestreben war der von Ehlers im März 1952 ins Leben gerufene Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK)[3], der den protestantischen Abgeordneten in der Union als Sprachrohr diente.[4]

Der Kanzler zeigte sich vom Tode Ehlers persönlich sehr betroffen[5] und unterbrach seine USA-Reise, die er wenige Tage nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge angetreten hatte. Am 3. November kehrte er in die Heimat zurück, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. In der drängenden Frage der Nachfolge schien Adenauer von Anfang auf Eugen Gerstenmaier als seinen Wunschkandidaten festgelegt zu sein.[6] Der zu diesem Zeitpunkt 48jährige vereinte in seiner Person vor allem zwei Vorzüge, die dem Regierungschef bei der Besetzung des zweithöchsten Staatsamtes wichtig waren: Der schwäbische Politiker hatte im Verlauf seiner rund fünfjährigen Parlamentszugehörigkeit das Vertrauen Konrad Adenauers durch die loyale Unterstützung seiner Regierungspolitik gewonnen, und er war ferner als Protestant und aufgrund seines kirchlichen Engagements besonders

---

[1] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 354.

[2] Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid brachte den Respekt vor dem Lebenswerk Ehlers in einer eindrucksvollen Ansprache zum Ausdruck. C. Schmid, Der getreue Eckart des Parlaments, in: F. Schramm/U. Smidt/J. Schlingensiepen (Hg.), Hermann Ehlers, 1955, S. 122–127.

[3] Zu Ehlers Intentionen bei der Gründung des EAK siehe besonders: A. Meier, Hermann Ehlers, 1991, S. 332–335.

[4] Zu Funktion und Zusammensetzung des Evangelischen Arbeitskreises vgl. P. Egen, Die Entstehung des EAK der CDU/CSU, 1971.

[5] F. von Eckhardt, Ein unordentliches Leben, 1967, S. 331.

[6] Erste Gespräche über die Nachfolge wurden bereits unmittelbar nach der Beerdigung von Hermann Ehlers geführt. Nach der Bestattung Ehlers' fand während der Rückreise im Zug von Oldenburg nach Bonn eine Unterredung zwischen Adenauer, Kiesinger, Brentano, Globke, Blankenhorn und Gerstenmaier statt. Bereits zu diesem Zeitpunkt kristallisierte sich heraus, daß Gerstenmaier nach dem Willen Konrad Adenauers neuer Bundestagspräsident werden sollte. Vgl. H. von Herwarth, Von Adenauer zu Brandt, 1990, S. 160.

zur Wahrung des Konfessionsproporzes innerhalb der Union geeignet.[7] Der Meinungsbildungsprozeß des Kanzlers über den Nachfolger Hermann Ehlers' schien ob dieser Vorzüge Gerstenmaiers bereits abgeschlossen gewesen zu sein, bevor in der Fraktion die Kandidatenkür überhaupt in Angriff genommen worden war.[8]

In den Reihen der Union war der Vorschlag Adenauers allerdings durchaus umstritten. In der Fraktion wurden neben Eugen Gerstenmaier vor allem Ernst Lemmer und Fritz Hellwig als mögliche Nachfolger gehandelt. Die besten Karten hatte zunächst Lemmer, dessen Nominierung selbst von der Opposition mitgetragen worden wäre. Das Votum des Kanzlers für seinen Wunschkandidaten Gerstenmaier schwächte allerdings die Position des Berliner Politikers entscheidend. Doch selbst Adenauer gelang es nicht, Eugen Gerstenmaiers Nominierung im Fraktionskreis unmittelbar durchzusetzen. Als Minimalkonsens konnte sich die Fraktion lediglich darauf verständigen, daß ein Protestant Bundestagspräsident werden sollte. Die endgültige Entscheidung wurde an einen Arbeitskreis delegiert, der sich aus den evangelischen Abgeordneten der Fraktion zusammensetzte und der erst einen Tag vor der anstehenden Wahl im Bundestag der Fraktion einen Nominierungsvorschlag unterbreitete. Das Votum der Mitglieder des Arbeitskreises für Eugen Gerstenmaier wurde in der Vorstandssitzung am 15. November verkündet. Gerstenmaier hatte sich im Kreis seiner protestantischen Fraktionskollegen mit absoluter Mehrheit gegen Hellwig und Lemmer durchgesetzt.[9] Die Fraktion akzeptierte die Entscheidung des Arbeitskreises und nominierte ihn zum Kandidaten für das zweithöchste Amt der Bundesrepublik.

Inwieweit Adenauers Fürsprache diese Entscheidung letztendlich beeinflußt hat, ist schwer zu beurteilen. Fest steht allerdings, daß der Kanzler bei der Durchsetzung seines Wunschkandidaten nicht zimperlich war. Die Bemerkung des bitter enttäuschten Lemmer, Adenauer habe sich mit seiner »ganzen Autorität«[10] gegen seine Kandidatur gestemmt und sich für Gerstenmaier eingesetzt, belegt dies. Ein möglicher Grund für die ablehnende Haltung des Kabinettschefs gegenüber Lemmer könnte in einer Kontroverse zwischen beiden Anfang der fünfziger Jahre gelegen haben, als sich der Berliner in der deutschlandpolitischen Debatte weit vorgewagt

---

[7] Schwarz vermutet zudem, daß Adenauer die Kandidatur Gerstenmaiers forcierte, da er es bedauert habe, diesen nicht bereits in seinem zweiten Kabinett mit einem Ministersessel bedacht zu haben. H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, 1994, S. 171. Ob diese Einschätzung zutrifft, ist zweifelhaft, da der Kanzler Gerstenmaier 1949 das Vertriebenenministerium angetragen hatte. Es scheint wenig wahrscheinlich, daß Adenauer deshalb aus einem Schuldgefühl heraus den Weg Gerstenmaiers an die Spitze des Parlaments geebnet hatte.

[8] Theoretisch ist es auch denkbar, daß Adenauer Eugen Gerstenmaier »wegloben wollte« und ihn für die tagespolitische Auseinandersetzung weitgehend zu neutralisieren gedachte. Allerdings erscheint diese Überlegung aufgrund der Loyalität, die Gerstenmaier der Regierungspolitik und besonders dem Kanzler in seiner parlamentarischen Arbeit bis dahin entgegengebracht hatte, unwahrscheinlich.

[9] Tagebuchnotiz von Otto Lenz über den Verlauf der Vorstandssitzung vom 15. November 1954. ACDP, I-172–007.

[10] Lemmer zeigte sich zutiefst verärgert über den Kanzler, der ihm mit seinem Votum für Eugen Gerstenmaier die Krönung seiner politischen Karriere versagt hatte. E. Lemmer, Manches war doch anders, 1968, S. 347.

hatte. Besonders die Anspielungen Lemmers im Herbst 1951 über einen möglichen Neutralisierungskurs der Bundesrepublik hatten den Kanzler erzürnt. Das Faß zum Überlaufen brachte Ende Oktober 1951 allerdings eine weitere Bemerkung Ernst Lemmers. Die Politik der Bundesregierung kommentierend, hatte dieser unter anderem erklärt: »Adenauer steht mir doch noch näher als Grotewohl«[11] und damit erneut den Zorn des Kanzlers auf sich gezogen, der in einem geharnischten Schreiben an Lemmer seinem Ärger Luft machte.

Der Kandidat des Regierungschefs hatte sich hingegen in keiner Weise um die Übernahme des Bundestagspräsidentenamts gedrängt. Der 48jährige hatte seine Entscheidung primär aus Loyalität gegenüber seiner Partei und in besonderem Maße gegenüber dem Kanzler[12] getroffen.[13] Als weiteres Entscheidungsmoment hatte die angespannte innenpolitische Lage beigetragen. Gerstenmaier sah sich vor die Situation gestellt, entweder den glücklosen Innenminister Gerhard Schröder beerben zu müssen, dessen Stuhl im Zuge der John-Affäre bedenklich ins Wanken geraten war[14], oder das Erbe Ehlers' anzutreten. Eugen Gerstenmaier entschied sich vor diesem Hintergrund für die Übernahme eines Amtes, das ihm nach eigenem Bekunden wenig »begehrenswert«[15] und »langweilig«[16] erschien.

Die Kontroverse um seine Nominierung sowie die turbulenten Wahlgänge im Parlament ließen Gerstenmaier jedoch seinen nach langem Ringen getroffenen Entschluß rasch bedauern. Entgegen den üblichen parlamentarischen Gepflogenheiten hatte es die Union versäumt, die übrigen im Bundestag vertretenen Fraktionen von ihrem Nominierungsvorschlag zeitnahe zu unterrichten. Eventuelle Bedenken der Opposition gegen den Kandidaten konnten so im Vorfeld der für den 16. November

---

[11] Konrad Adenauer an Ernst Lemmer vom 25. Oktober 1951. StBKAH, 10.22.

[12] Eugen Gerstenmaier vermerkte über den Einfluß Konrad Adenauers bei seinem Entschluß das Amt des Bundestagspräsidenten zu übernehmen: »Der CDU-Fraktion wäre es nicht gelungen, meine Bedenken und mein Widerstreben zu überwinden, aber die in einer stundenlangen Aussprache unter vier Augen von dem Kanzler vorgetragenen Argumente konnten nicht alle entkräftet werden.« Brief Eugen Gerstenmaiers an Walter Hallstein vom 19. November 1954. BA, N 1266/1858.

[13] Wie wenig Begeisterung auch das familiäre Umfeld Eugen Gerstenmaiers für seine Entscheidung aufbrachte, geht aus der Reaktion seiner Frau Brigitte hervor, die einem Zeitungsbericht zufolge die Mitteilung der Nominierung ihres Gatten mit den Worten kommentiert hatte: »Mußt du das denn wirklich werden?« Die Welt vom 23. November 1954.

[14] Wie umstritten Gerhard Schröder im Herbst 1954 im Kabinett war, macht eine Notiz Heinrich Krones über seine Besprechung mit Adenauer und Hans Globke in Rhöndorf deutlich. Die drei Männer prangerten sowohl Schröders Selbstherrlichkeit, die Art seines Auftretens und seine mangelnde Kooperationsbereitschaft an. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte der Kanzler Eugen Gerstenmaier als Nachfolger Schröders in Betracht gezogen. Tagebuchaufzeichnung Krones vom 9. Oktober 1954. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 146.

[15] Sein einstmals mangelndes Interesse an diesem Amt brachte Eugen Gerstenmaier freimütig in einem Interview mit dem Journalisten Günter Gaus zum Ausdruck, das am 22. Juli 1964 gesendet wurde. Darin bekannte er, daß er bis zu seiner Wahl »noch nicht einmal die Geschäftsordnung richtig gelesen hatte: so wenig erschienen mir diese Fragen von Bedeutung.« G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 120.

[16] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Walter Hallstein vom 19. November 1954. BA, N 1266/1858.

angesetzten Wahl nicht ausgeräumt werden. Welche Motive schließlich für diese Unterlassung verantwortlich waren, blieb unklar. Die CDU-Führung könnte aus Gedankenlosigkeit, mangelndem Respekt vor dem politischen Gegner oder als Retourkutsche für die scharfen Proteste vor allem der Sozialdemokraten gegen die Pariser Verträge eine hinreichende Unterrichtung der übrigen Fraktionen versäumt haben. Nicht nur der politische Kontrahent zeigte sich diesbezüglich verärgert, auch die kleinen Koalitionspartner, allen voran die FDP, waren über ihre Ausgrenzung erbost.[17] Das Fehlverhalten der Union ließ im Parlament ein quer durch Opposition und Regierungslager verlaufendes Bündnis entstehen und funktionierte die Wahl des Bundestagspräsidenten in eine Kampfabstimmung um.

Der Eklat am 16. November war vorprogrammiert, nachdem die CDU/CSU im ersten Wahlgang die Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten, die so ihren Protest gegen die Vorgehensweise der Union ausdrückten, ignoriert hatte. Die stärkste Fraktion blieb auch im weiteren Verlauf des Wahlvorgangs uneinsichtig. So lehnte sie einen von Liberalen und Sozialdemokraten unterstützten Antrag auf Vertagung der weiteren Wahlgänge zugunsten interfraktioneller Gespräche ab. Eine Klärung der Situation kam deshalb nicht zustande und die Fronten verhärteten sich weiter.[18] Für die sozialdemokratischen Abgeordneten stand nach der Verweigerungshaltung der CDU/CSU fest, daß sie nicht für den Kandidaten der Regierung stimmen würden.[19] Die Weigerung der Opposition war darauf zurückzuführen, daß der streitbare Schwabe zu diesem Zeitpunkt als »hundertfünzigprozentiger Adenauer-Mann«[20] galt. Gerstenmaier zeigte durchaus Verständnis für die Vorbehalte der SPD und räumte später selbst ein, daß er nicht zuletzt aufgrund seiner Haltung in der Saarfrage sowie seines Eintretens für einen deutschen Verteidigungsbeitrag bei seinem Amtsantritt als »Parteigänger«[21] des Bundeskanzlers galt.

Aufgrund der Blockade der Sozialdemokraten und der Liberalen verpaßte Eugen Gerstenmaier im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit um 49 Stimmen.[22] Dieses Abstimmungsergebnis nahm der Koalitionspartner FDP zum Anlaß, um für den zweiten Wahlgang die Situation durch die Präsentation eines Mitbewerbers noch weiter zu verschärfen. Die um Profilierung bemühten Freien Demokraten nutzten zur Verdeutlichung ihres Abgrenzungskurses gegenüber der Union die Gunst der Stunde und schlugen Ernst Lemmer für das Amt des Parlamentspräsidenten vor.[23] Die Sozialdemokraten griffen die ihr von der FPD zugespielte Vorlage auf

---

[17] Frankfurter Rundschau vom 19. November 1954.

[18] Neue Rhein-Zeitung, Köln vom 17. November 1954.

[19] Niederschrift der SPD-Fraktionssitzung vom 16. November 1954. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1993, Dok. 219, S. 133.

[20] H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, 1994, S. 15.

[21] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 356.

[22] Gerstenmaier hatte nur 206 anstatt der zu seiner Wahl notwendigen gesetzlichen Mehrheit von 255 Stimmen auf sich vereinen können. Vgl. Datenhandbuch, 2000, S. 864.

[23] Bericht Livingston Merchant an die Abteilung für europäische Angelegenheiten im State Department vom 18. November 1954. NARA, RG 59, Decimal File 1950–1954, FW 762A.00/11–1754.

und unterstrichen mit ihrem Votum für Lemmer[24] die Gespaltenheit der Koalition. Gerstenmaiers Konkurrent kam angesichts dieser Unterstützung aus dem Stand auf 191 Stimmen.[25] Eugen Gerstenmaier, der nur 15 Stimmen mehr auf sich hatte vereinen können, verfehlte erneut die vorgeschriebene Mehrheit.

Gerstenmaier fühlte sich durch den Abstimmungsmarathon gedemütigt.[26] Für seine Parteifreunde war es nach diesem Debakel ein hartes Stück Arbeit, den 48jährigen Abgeordneten davon zu überzeugen, seine Nominierung für den dritten Wahlgang aufrecht zu erhalten.[27] Laut Geschäftsordnung des Bundestages genügte im letzten Durchgang die im direkten Vergleich zwischen beiden Bewerbern erzielte höhere Stimmenzahl. Dieser Wahlmodus machte besonders deutlich, daß noch nicht einmal die eigene Fraktion geschlossen hinter Gerstenmaier stand.[28] Nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von 14 Stimmen vermochte er sich letztendlich gegen den Mitbewerber aus der eigenen Partei durchzusetzen, obwohl sich die Regierung im Parlament auf eine Zweidrittelmehrheit stützen konnte.[29] Die SPD war ebenso wie die Freien Demokraten auch im entscheidenden Wahlgang bei ihrem Votum für Ernst Lemmer geblieben. Es wurde zudem gemutmaßt, daß sich auch Abgeordnete des BHE für den Berliner Christdemokraten entschieden hatten.[30]

In seiner Antrittsrede zollte der »Präsident durch Kaiserschnitt«[31] den unrühmlichen Begleitumständen seiner Wahl durchaus Tribut und verwies darauf, daß er

---

[24] Protokoll über die SPD-Fraktionssitzung vom 16. November 1954. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1993, Dok. 219, S. 134.

[25] In der Union wurde nach dem zweiten Wahlgang das Gerücht kolportiert, daß Lemmer der Annahme der Wahl durchaus zugeneigt war, sofern ihm der Kanzler seine Zustimmung gewährt hätte. Tagebucheintrag von Otto Lenz am 16. November 1954. ACDP, I-172–007.

[26] Seine Verärgerung wird verständlich, zieht man in Betracht, daß Eugen Gerstenmaier als bislang einziger Bundestagspräsident in der Geschichte der Bundesrepublik bis zu seiner Bestätigung durch das Parlament drei Wahlgänge benötigte. Vgl. Datenhandbuch, 2000, S. 863–868 nebst Anhang 4.1.

[27] In den Erinnerungen des ehemaligen Bundestagsbediensteten Karl Heinz Schmitt findet sich eine anschauliche Schilderung der Situation vor dem dritten Wahlgang: »Seine [Gerstenmaiers, D. G.] Gesichtsfarbe wechselte von Hochrot bis zum tiefen Grau. Seine an Dr. von Brentano und andere Mitglieder seiner Fraktion gerichteten Worte überschlugen sich. [...] Es bedurfte massiver Überredung von seiten Dr. Krones, Dr. von Brentanos und auch des Bundeskanzlers, bis Dr. Gerstenmaier sich zum dritten Wahlgang stellte.« K. H. Schmitt, Im Dienst des Hohen Hauses 1949–1991, 1995, S. 87.

[28] Die CDU/CSU-Fraktion verfügte im Parlament über insgesamt 243 Stimmen. Ernst Lemmer führte den Widerstand der eigenen Partei im übrigen maßgeblich auf das Verhalten Heinrich Krones zurück, der vor dem entscheidenden dritten Wahlgang ohne Rücksprache mit dem Berliner CDU-Politiker erklärt hatte, daß Lemmer die Wahl aufgrund der Fraktionsdisziplin nicht annehmen würde. E. Lemmer, Manches war doch anders, 1968, S. 349.

[29] Eugen Gerstenmaier wurde mit 204 gegen 190 Stimmen bei 15 Enthaltungen zum Bundestagspräsidenten gewählt. BT, 2. Wp., 55. Sitzung vom 16. November 1954, S. 2698.

[30] Vertraulicher Bericht von Livingston Merchant über die Wahl Gerstenmaiers an das State Department in Washington vom 17. November 1954. NARA, RG 59, Decimal File 1950–1954, 762A.00/11–1754.

[31] So die von FDP-Politiker Pfleiderer gewählte Bezeichnung für den neu gewählten Parlamentspräsidenten. National-Zeitung, Basel vom 17. November 1954.

nicht ohne »schwere persönliche Bedenken«[32] das Erbe Ehlers' antrete. In seinen in versöhnlichem Ton gehaltenen Ausführungen wies er auf die zur parlamentarischen Arbeit notwendige Toleranz im Umgang miteinander hin und mahnte zur Gemeinsamkeit. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache ging er auf die fundamentalen Ziele des deutschen Parlamentarismus ein, die er in drei Punkten gegeben sah: in der Schaffung sozialer Gerechtigkeit, der Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Einigung Europas.[33] Obwohl die Rede sich auf die Darstellung konsensualer Anliegen aller Parteien beschränkte, wurde sie von den Sozialdemokraten sowie großen Teilen aus FDP, BHE und DP mit Schweigen aufgenommen.[34] Die Reserviertheit von Opposition und Koalitionspartner schmerzte Gerstenmaier indes weniger als das Mißtrauen gegenüber seiner Person in der Union. Die Kritik der mit offenem Visier agierenden Sozialdemokraten und Liberalen vermochte er durchaus nachzuvollziehen.[35] Enttäuscht zeigte er sich hingegen über das Verhalten eines beträchtlichen Teils seiner eigenen Parteifreunde, mit denen er hart ins Gericht ging, da sie ihm trotz einstimmiger Nominierung selbst im zweiten und dritten Wahlgang ihre Unterstützung versagt hatten. Gerstenmaier sah sich veranlaßt, bei Heinrich von Brentano eine größere Geschlossenheit und die Einhaltung des Fraktionszwanges bei wichtigen Entscheidungen einzufordern.[36] Herbe Kritik übte er auch an der Fraktionsführung, der er Stümperei im Vorfeld der Wahl vorwarf.[37] Von den Medien wurde ebenfalls das uneinheitliche Bild, das die Regierungskoalition bei der Wahl an den Tag gelegt hatte, aufgegriffen. Besonders die überdeutlichen Abgrenzungstendenzen der FDP ließen Stimmen laut werden, die eine schwindende Autorität des Kanzlers innerhalb des Bündnisses ausgemacht haben wollten.[38] Konrad Adenauer bemühte sich zwar, die Schuld für die »unfrohen Begleiterscheinungen«[39] der Wahl einzig der parlamentarischen Opposition anzulasten[40], doch wurden die Mißklänge innerhalb des Koalitionslagers bei in- und ausländischen Presseberichten

---

[32] Antrittsrede Gerstenmaiers als Bundestagspräsident vom 16. November 1954. BT, 2. Wp., 55. Sitzung vom 16. November 1954, S. 2698.

[33] Ebd., S. 2699.

[34] Notiz von Otto Lenz über die Bundestagssitzung vom 16. November 1954, deren Verlauf er mit den Worten: »Ein Tag der Verärgerung« subsumierte. ACDP, I-172–007.

[35] Gerstenmaier versicherte Thomas Dehler in einem Dankschreiben am 7. Dezember 1954, daß er den Liberalen ihren Widerstand gegen seine Wahl nicht nachtragen würde. ADL, N 1–2981.

[36] Brief Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 3. Dezember 1954. BA, N 1239/174.

[37] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Walter Hallstein vom 19. November 1954. BA, N 1266/1858.

[38] Die Beobachter des State Department glaubten bereits über Monate hinweg, eine schwindende Kontrolle Adenauers bei strittigen Koalitionsfragen festgestellt zu haben. Bericht Conants an das State Department vom 17. November 1954. NARA, RG 59, Decimal File 1950–1954, 762A.00/11–1754.

[39] Schreiben von Bundespräsident Theodor Heuss an Eugen Gerstenmaier vom 18. November 1954. BA, B 122/4956.

[40] Adenauer hatte anläßlich einer Parteiveranstaltung im hessischen Limburg die Vorgänge im Parlament als »sehr trauriges Schauspiel für jeden echten Demokraten« bezeichnet, deren Ursache in parteitaktischen Gesichtspunkten zu suchen sei. Der Tagesspiegel vom 17. November 1954.

thematisiert.[41] Dem neuen Bundestagspräsidenten wurde in den Medien hingegen ein durchaus positives Echo zuteil. Zwar wurde auf die kämpferische Natur des CDU-Abgeordneten verwiesen, zugleich aber dessen Verdienste um die deutsche Politik sowie sein Werdegang als Widerstandskämpfer und ehemaliger Leiter des evangelischen Hilfswerks herausgestellt.[42]

Im Parlament blieben indes die unrühmlichen Begleitumstände der Wahl Eugen Gerstenmaiers nicht das einzig Außergewöhnliche bei der Bestimmung des Nachfolgers von Hermann Ehlers. Auch nach dem 16. November war die Kontroverse noch nicht beendet. Aus Verärgerung über die mangelnde Unterstützung für den protestantischen Politiker hatte der Minister für Familienfragen, Franz-Josef Wuermeling, einen Tag nach der Übernahme des Amts durch Gerstenmaier die Debatte wieder eröffnet. Sein Vorwurf, bei der Wahl des Bundestagspräsidenten seien im Parlament religionsfeindliche Tendenzen zutage getreten, ließ die Gräben abermals aufbrechen.[43] Diese selbst in Unionskreisen äußert umstrittene Bemerkung Wuermelings auf einer Versammlung katholischer Arbeiter in Gelsenkirchen wurde von der SPD zum Anlaß genommen, sich in einer offiziellen Erklärung vor dem Plenum gegen den Vorwurf des streitbaren Bundesministers zu verwahren.[44] Wesentlich unangenehmer als die Proteste der sozialdemokratischen Fraktion waren für die Regierung allerdings die nun wieder auftretenden Spannungen innerhalb der Koalition. Die Verärgerung der Freien Demokraten über Wuermeling war so groß, daß selbst die Vermittlungsversuche des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU, Heinrich Krone, die Wogen nicht zu glätten vermochten.[45] Es bedurfte der Autorität des Kanzlers, um die Kontroverse im Regierungslager endgültig beizulegen.[46]

Eugen Gerstenmaier bezog zu diesem Nachspiel keine Stellung. Die von Bundesminister Wuermeling neuerlich aufgerollte Auseinandersetzung sah er vielmehr als Teil seines mühsamen Anfangs im neuen Amt.[47] Der Kanzler wußte, wie schmerz-

---

[41] Vgl. dazu u. a.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. November 1954 sowie Frankfurter Rundschau vom 19. November 1954. Hinsichtlich der internationalen Berichterstattung sei hier verwiesen auf: National-Zeitung, Basel sowie die Times, London, jeweils vom 17. November 1954; die Tat (Zürich) vom 19. November 1954 sowie die New York Times vom 21. November 1954.

[42] Siehe unter anderem: Die Neue Zeitung (Berlin) vom 17. November; das Bulletin sowie die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. November 1954 und die Rhein-Zeitung (Koblenz) vom 24. November 1954.

[43] Der Ost-West-Kurier sprach in seiner Ausgabe vom 25. November 1954 sogar von fast tumultartigen Szenen, die sich als Reaktion auf Wuermelings Kritik im Bundestag abspielten.

[44] Protokoll der SPD-Fraktionssitzung vom 18. November 1954. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1993, Dok. 219, S. 134. Vgl. dazu auch: Frankfurter Rundschau vom 19. November 1954.

[45] Die FDP-Abgeordnete Marie-Elisabeth Lüders wurde mit den Worten zitiert: »Die Freien Demokraten erblicken in der Rede des Ministers eine Beleidigung der Abgeordneten.« Der Telegraf (West-Berlin) vom 19. November 1954.

[46] Protokoll der 59. Kabinettssitzung vom 19. November 1954. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 7, 1993, S. 515.

[47] In einem Schreiben an Heinrich von Brentano vom 3. Dezember 1954 teilte Gerstenmaier mit, daß er die Querelen nach der Amtsübernahme als einen weiteren Anlaß für die »Einübung im Christentum« betrachte. BA, N 1239/174, Bl. 49.

haft es für Gerstenmaier war, aus der parteipolitischen Auseinandersetzung auszuscheiden. Sein herzlich gehaltenes Schreiben nach der Amtsübernahme war aber dennoch nicht mehr als ein kleines Trostpflaster.[48] Zwar hatte Gerstenmaier versucht, aus Loyalität seiner Partei gegenüber nicht mehr mit der von ihm getroffenen Entscheidung zu hadern. Dennoch fiel es ihm schwer, den Zeitpunkt seiner Berufung in das zweithöchste Amt der Bundesrepublik Deutschland und den damit verbundenen Zwang zur Überparteilichkeit zu akzeptieren. Zudem stand mit der Debatte über die Ratifizierung der Pariser Verträge in dieser Phase ein Grundpfeiler bundesrepublikanischer Außenpolitik auf der Tagesordnung des Bundestages, in dessen Beratungen Gerstenmaier nur zu gerne aktiv eingegriffen hätte.[49] Ein vollständiges Lösen vom außenpolitischen Politikfeld gelang ihm auch zunächst nicht. Aufgrund seines Amtes war es zwar unverzichtbar, daß Gerstenmaier den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß niederlegte. Im Dezember 1954 glaubte der Bundestagspräsident aber dennoch, wenigstens seinen Sitz im Europarat beibehalten zu können, um in die Debatte um die Pariser Verträge und die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU) eingreifen zu können. Allerdings war Eugen Gerstenmaier realistisch genug, um zu wissen, daß mittelfristig eine weitere Ausübung seines Mandats in Straßburg unmöglich war.[50] Das von ihm angestrebte zeitlich verzögerte Ausscheiden aus dem europäischen Gremium war zudem vom Votum des Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano sowie des Vorsitzenden des politischen Ausschusses des Europarates, Guy Mollet, abhängig.[51] Gerstenmaiers widerwilliger Rückzug aus dem Europarat[52] fast drei Jahre nach seiner Wahl verdeutlicht, daß der CDU-Politiker auf eine begrenzte Amtszeit und eine baldige Rückkehr in die Tagespolitik gehofft hatte. Spekulationen dieser Art wurden auch von den Medien kolportiert, indem sie darauf verwiesen, daß für den ausgewiesenen Außenpolitiker Gerstenmaier die Übernahme des Präsidentenstuhls wohl nur ein Umweg auf dem Weg ins Außenministerium bedeute.[53]

---

[48] Brief von Konrad Adenauer an Eugen Gerstenmaier mit dem Dank, trotz der »gestrigen unsympathischen Atmosphäre« die Nachfolge von Hermann Ehlers angetreten zu haben. ACDP, I-210–015.

[49] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Chefredakteur des »Rheinischen Merkur«, Roegele, vom 7. Dezember 1954. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 135.

[50] Interview des Journalisten Hans Wendt mit Eugen Gerstenmaier. Das Gespräch wurde am 21. November 1954 im WDR gesendet.

[51] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 3. Dezember 1954. BA, N 1239/174, Bl. 50.

[52] Erst fast drei Jahre nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten erklärte Eugen Gerstenmaier, daß seine Fraktion nun seinen Platz im Europarat anderweitig vergeben könne. An den Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone gewandt, führte Gerstenmaier zu seinem Rückzug am 14. Oktober 1957 aus: »Diese Erklärung fällt mir gar nicht so leicht wie es aussieht, denn ich trenne mich damit formell auch vom letzten Zipfelchen einer mir in den Jahren harten Kampfes besonders lieb gewordenen Arbeit.« PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 11, Mappe 3.

[53] Süddeutsche Zeitung vom 16. November 1954. Die Frankfurter Zeitung wurde in ihrer Ausgabe vom 20. November 1954 sogar noch deutlicher, indem sie auf das relativ niedrige Alter Gerstenmaiers verwies und davon ausging, daß der Nachfolger Ehlers' mit der Übernahme des Amtes keinen endgültigen Verzicht auf seine außenpolitischen Ambitionen geleistet hätte.

Doch obwohl sich Eugen Gerstenmaier nur schweren Herzens von der Außenpolitik verabschiedet hatte[54], begann er bald sein neues Amt als Herausforderung zu sehen.[55] Ähnlich wie bei der Leitung des Hilfswerks fühlte er sich in seinem neuen Arbeitsbereich in die Pflicht genommen, und er versuchte seine Tätigkeit nach besten Kräften auszuüben. Als notwendigen ersten Schritt begann der CDU-Politiker deshalb, sich mit den Rechten und Pflichten seines Amtes auseinanderzusetzen. Besonders bei der Beschäftigung mit der Organisation und den Verwaltungsabläufen des Bundestags betrat Gerstenmaier Neuland. Er selbst bekannte noch nach seiner Wahl freimütig, daß er sich in den Pariser Vertragstexten eher heimisch fühle als in der Geschäftsordnung des deutschen Parlaments.[56] Motiviert wurde Eugen Gerstenmaier jedoch von der Vorstellung, die Arbeit des Bundestages effizienter gestalten zu können, indem er den ihn konstitutionell zuerkannten Freiraum bei der Ausgestaltung seiner Aufgaben nutzte. Auch um sich selbst den Einstieg in das ungeliebte Amt zu erleichtern, führte Eugen Gerstenmaier in einem Schreiben an seinen theologischen Amtsbruder Herrenbrück in diesem Zusammenhang aus: »Ich habe wirklich [...] nur noch den Himmel über mir. Der Verpflichtung, die darin liegt, werde ich mir mit jedem neuen Tage mehr bewußt. [...]«[57]

Die vermeintliche Allmacht hatte – damals wie heute – jedoch ihre Grenzen, denn der Kompetenzbereich des Parlamentspräsidenten war im Grundgesetz geregelt.[58] Die Rechte und Pflichten des Amtsinhabers wurden durch die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages näher definiert. Oberste Richtlinie für das Wirken des Bundestagspräsidenten war es, das Ansehen des Bundestags als eines der Fundamente des freiheitlichen Rechtsstaates zu stärken.[59] Die Amtsbefugnisse erstreckten sich konkret auf vier Aufgabenbereiche: die Wahrung von Ordnung, Recht und Würde des Parlaments, die Leitung von Sitzungen, die Führung der Bundestagsverwaltung sowie die Repräsentation der Volksvertretung im In- und Ausland.[60] Der politische Handlungsspielraum war allerdings sehr beschränkt; die Einflußnahme auf das tagespolitische Geschehen des Inhabers des protokollarisch zweithöchsten

---

[54] Gespräch Eugen Gerstenmaiers mit Carl Helfrich in der Sendereihe »Das politische Interview«, das der Hessische Rundfunk am 23. November 1954 sendete.

[55] Seine Ehefrau Brigitte beschrieb die neu gewonnene Akzeptanz ihres Gatten für die Aufgaben mit den Worten: »Er nimmt sich des neuen Amtes mit demselben feurigen Eifer an, wie früherer Projekte.« Brief Brigitte Gerstenmaiers an Klaus Mehnert vom 9. Januar 1955. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 22.

[56] Interview des Journalisten Hans Wendt mit Eugen Gerstenmaier. Das Gespräch wurde am 21. November 1954 im WDR gesendet.

[57] Brief Eugen Gerstenmaiers an den Auricher Superintendenten W. Herrenbrück vom 14. Mai 1955. ACDP, I-210-035/2.

[58] Laut Art. 40,2 GG übt der Bundestagspräsident das Hausrecht und die Polizeigewalt im Bundestagsgebäude aus.

[59] Antrittsrede Gerstenmaiers, in: BT, 2. Wp., 55. Sitzung vom 16. November 1954, S. 2698f.

[60] Hinsichtlich der rechtlichen Stellung und des Kompetenzbereichs des Bundestagspräsidenten siehe: W. Ismayr, Der Deutsche Bundestag, 1992; K.-H. Kleinschnittger, Die rechtliche Stellung des Bundestagspräsidenten, 1963; A. Rummel, Der Bundestagspräsident, 1985 und R. Schick (Hg.), Der Bundestagspräsident, die Bundestagspräsidentin, 1997.

Amtes[61] war auf die Rolle eines »Schiedsrichter[s]«[62] beschränkt.[63] Eugen Gerstenmaier war sich dieser begrenzten Möglichkeiten durchaus bewußt. Zugleich hatte er aber schon kurz nach seiner Wahl betont, daß er sich bei Kardinalfragen der deutschen Politik das Recht zugestehe, das Wort zu ergreifen.[64] Der Christdemokrat wollte sich nicht völlig von der parteipolitischen Bühne verabschieden, zumal er an die zeitliche Begrenztheit seiner Amtszeit glaubte.

Eugen Gerstenmaier repräsentierte einen neuen Typ des Parlamentspräsidenten. Im Unterschied zu dem im Amt überforderten Erich Köhler[65] und dem evangelischen »Kulturkämpfer«[66] Ehlers war mit Gerstenmaier ein ausgewiesener Parteipolitiker an die Spitze der Volksvertretung gewählt worden, dessen prononcierte Äußerungen zu Kernthemen deutscher Politik Widerspruch herausforderten. Es war in der Tat nicht einfach, in die Fußstapfen des allseits respektierten Hermann Ehlers zu treten. Das Bestreben des neuen Bundestagspräsidenten, den Respekt des Parlaments zu gewinnen, den bereits sein Vorgänger genossen hatte, war deshalb unverkennbar.[67] Seine Zeit an der Spitze der deutschen Volksvertretung stellte er unter das einfache Motto: »Sei gerecht!« Diese Mahnung seines Vaters aufgreifend[68], war Eugen Gerstenmaier in erster Linie daran gelegen, seine Kritiker von seiner Objektivität zu überzeugen. Im Unterschied zu Eugen Gerstenmaier hatte Hermann Ehlers zu Beginn seiner Amtszeit nicht gegen die Vorbehalte anzukämpfen gehabt, sein parteipolitisches Engagement könne einer überparteilichen Amtsführung entgegen-

---

[61] Die protokollarische Rangordnung der obersten fünf Verfassungsorgane in der Bundesrepublik hatte sich herausgebildet, ohne gesetzlich verbindlich festgelegt worden zu sein. Vgl. dazu ausführlich: R. Schick, Der Bundestagspräsident, 1997, S. 21–23. Der Stellenwert des Amtes gründete sich dabei auf dem Wesen der demokratischen Staatsform, die dem Repräsentanten des Parlaments in der Rangordnung den Vorrang vor dem Bundeskanzler einräumt.

[62] A. Rummel, Der Bundestagspräsident, 1985, S. 13.

[63] Im Unterschied zum Speaker des britischen Unterhauses, dem die Ausübung seiner Abgeordnetenfunktion nicht erlaubt ist, kann sich der Bundestagspräsident an Debatten im Plenum beteiligen. Mit Rücksicht auf das Ansehen des Amtes wird von dieser Möglichkeit nach § 32,1 GO allerdings nur zu besonderen Anlässen Gebrauch gemacht. Vgl. dazu unter anderem auch die Ausführungen von Richard Stücklen, der von 1979 bis 1983 als Bundestagspräsident agierte, in: Das Parlament, 28. Jg., Nr. 35 vom 2. September 1978, S. 7.

[64] Interview des Journalisten Hans Wendt mit Eugen Gerstenmaier. Das Gespräch wurde im WDR am 21. November 1954 gesendet.

[65] Der Christdemokrat Köhler legte sein Amt nach nur rund 13 Monaten am 18. Oktober 1950 nieder. Die SPD-Fraktion hatte die offenkundige Überforderung des Bundestagspräsidenten bei seiner Amtsführung mit einem Antrag vom 16. März 1950 zum Ausdruck gebracht, in der Köhler ersucht wurde, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Diese Vorlage wurde allerdings nicht zur Abstimmung zugelassen, da sie von der Mehrheit der Parlamentarier als rechtlich nicht haltbar erachtet worden war. Vgl. K.-H. Kleinschnittger, Rechtliche Stellung des Bundestagspräsidenten, 1963, S. 27 f.

[66] Der Biograph von Hermann Ehlers subsumiert mit dieser Bezeichnung den Ehlers entgegengebrachten Vorwurf, er sei ein Verfechter des militanten Protestantismus gewesen. A. Meier, Hermann Ehlers, 1991, S. 359.

[67] Ehlers war 1953 mit dem bislang besten Ergebnis (93,2%) als Parlamentspräsident wiedergewählt worden. Datenhandbuch, 2000, S. 869.

[68] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 360.

stehen. Der in Berlin geborene Ehlers verstand sich in erster Linie als Kirchenmann, dessen Einsatz für die parlamentarische Demokratie aus christlicher Verantwortung heraus erfolgte. Ehlers, der seit 1949 von seinen Aufgaben als Oberkirchenrat in Oldenburg beurlaubt worden war, hatte sich dem Kampf für einen gerechteren Konfessionsproporz innerhalb der CDU verschrieben. Als Mitglied des Haushaltsausschusses hatte sich Ehlers bis zu seiner Wahl im Oktober 1950 mit Stellungnahmen zu kontroversen Themen zurückgehalten. Erst nachdem er den Stuhl des Parlamentspräsidenten eingenommen hatte, äußerte er sich auch zu umstrittenen Aspekten, beispielsweise zur deutschen Wiederaufrüstung. Zu Reibereien mit seinen Parteifreunden kam es dennoch kaum, weil sich Ehlers mit von der Regierungslinie abweichenden Vorstößen zurückhielt. Der Jurist zog lediglich durch sein Plädoyer, mehr Schlüsselpositionen im Kabinett an evangelische Abgeordnete zu vergeben, Kritik auf sich.[69] Doch trotz einiger Meinungsverschiedenheiten, die auf Ehlers' Pochen auf eine unabhängige Amtsführung[70] zurückzuführen waren, konnte er sich der Wertschätzung seiner Fraktion und des Kanzlers sicher sein.[71]

Trotz seiner ebenfalls festen Verankerung im Protestantismus [72] verfügte Eugen Gerstenmaier bereits zu Beginn seiner Amtszeit über weniger Rückhalt innerhalb des Lagers der evangelischen Christdemokraten als sein Vorgänger. Mit seiner Distanz zur Gruppe der protestantischen Abgeordneten innerhalb der Union, die durch sein mangelndes Interesse am EAK augenscheinlich wurde, war Gerstenmaier deutlich vom Pfad Hermann Ehlers' abgerückt. Diese Entscheidung sollte sich in der weiteren politischen Karriere noch zuungunsten des Mannes aus Kirchheim auswirken. Obwohl er zum inneren Führungszirkel von Fraktion und Partei zählte, trug sie mit dazu bei, die Kluft zwischen ihm und seiner Partei zu vertiefen.[73] Zwar versäumte er es nicht, seinen Pflichten als christdemokratischer Politiker nachzukommen, doch machte Eugen Gerstenmaier deutlich, daß sein Amt Vorrang vor jeglichem parteipolitischem Engagement habe.[74] Es war ihm besonders wichtig, alle Bedenken,

---

[69] A. Meier, Hermann Ehlers, 1991, S. 353–354.

[70] Meier zitiert aus einem Brief Ehlers' an von Brentano aus dem Jahr 1954, in dem der Bundestagspräsident seine »Hauptkritiker« in den eigenen Reihen ausgemacht hatte. Ebd. S. 411.

[71] Siehe die Ansprache Adenauers bei der Trauerfeier für Hermann Ehlers. Adenauer, Konrad, Ein Gestalter des neuen Deutschland, in: F. Schramm/U. Smidt/J. Schlingensiepen (Hg.), Hermann Ehlers, 1955, S. 120f.

[72] Die Vita des am 1. Oktober 1904 geborenen Ehlers wies hinsichtlich seines Engagements in der evangelischen Kirche erstaunliche Parallelen zu Eugen Gerstenmaier auf. So war Ehlers als Mitglied des Steglitzer Bibelkreises ebenso in der evangelischen Jugendarbeit verhaftet wie Gerstenmaier, und nach Kriegsende war es beiden Männern ein Anliegen, sich am Wiederaufbau des Landes zu beteiligen. In der EKD nahmen Ehlers und Gerstenmaier allerdings gegensätzliche Positionen ein. Gerstenmaier bezeichnete Ehlers sogar als einen »Barthianer«. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den Mitarbeiter der Evangelischen Forschungsakademie Christophorus-Stift, Dombois, vom 2. Juli 1956. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 18/76, 59, Mappe 1.

[73] Aufgrund seines Amts hatte Gerstenmaier einen Sitz im Fraktionsvorstand, er gehörte ferner dem CDU-Präsidium an. 1956 wurde er darüber hinaus zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt.

[74] In einem Interview mit dem Journalisten Günter Gaus vom 22. Juli 1964 hatte Gerstenmaier beispielsweise ausgeführt: »Wenn ich also vor der Frage stehe, ob ich mich als ein Führer, Mit- oder

er stünde in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Regierungschef[75], auszuräumen. Den ersten Schritt in diese Richtung vollzog Gerstenmaier bereits kurze Zeit nach seiner Wahl durch die Zurückweisung einer Beschwerde Adenauers, der im Plenum im Rahmen einer erregten Debatte schroff das Einschreiten Gerstenmaiers gefordert hatte.[76] Der starke Wille des Parlamentspräsidenten, sein Amt überparteilich auszuüben[77], ließ sein Verhältnis zum Bundeskanzler abkühlen.[78] Die zuvor von Gerstenmaier demonstrierte Loyalität wich einem größeren Selbstbewußtsein gegenüber der prägenden politischen Figur der jungen Bundesrepublik sowie der eigenen Partei. Hierdurch vermochte er die Zweifel der Opposition an seiner Objektivität rasch auszuräumen[79], wie die hohen Zustimmungsraten bei seinen drei Wiederwahlen belegen.[80]

2. »Die Würde des Parlaments wahren ...«

Nachdem sich der im 49. Lebensjahr stehende CDU-Politiker damit abgefunden hatte, für nunmehr drei Jahre an der Spitze des Bundestags zu stehen, versuchte er, die Arbeit des Parlaments den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Schon in Gerstenmaiers Antrittsrede waren einige Kernpunkte seiner Amtsführung und die von ihm intendierten Änderungen angeklungen. Er hatte die Würde des Hauses betont und darauf verwiesen, daß das Parlament als Stütze des demokratischen Rechtsstaats

---

Vorkämpfer der CDU oder als Bundestagspräsident, als Diener des ganzen Hauses verstehen soll, dann wäre ich ein Dilettant, wenn ich nicht klipp und klar entschiede: das Amt muß Vorrang haben.« G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 131.

[75] Gerstenmaier sprach in seinem Memoiren sogar vom Verdacht er sei »gleichgeschaltet« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 361.

[76] Ebd., S. 360.

[77] Wie ernst Eugen Gerstenmaier den Vorwurf der Parteilichkeit im Amt nahm, verdeutlichte eine Auseinandersetzung des Parlamentspräsidenten mit dem Journalisten der Frankfurter Zeitschrift »Die Gegenwart«, Robert Haerdter, im Frühjahr 1957. Haerdter hatte am 12. April in einem Kommentar zu der laufenden Bundestagsdebatte über die Amnestie für Anhänger der kommunistischen Partei Eugen Gerstenmaier vorgeworfen, »die Partei höher« gestellt zu haben als sein Amt. Kommentar Robert Haerdters in der Sendereihe »Innenpolitische Umschau« im Süddeutschen Rundfunk vom 12. April 1957. Gerstenmaier reagierte auf diesen Vorwurf äußert verärgert und strengte eine Verleumdungsklage gegen Haerdter an. Schreiben Robert Haerdters an Carlo Schmid vom 27. April 1957. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 562.

[78] Carlo Schmid merkte hinsichtlich des Verhältnisses des Bundestagspräsidenten zu seiner Partei an: »Seine Einstellung fand nicht immer den Beifall seiner Parteifreunde, und Konrad Adenauer vermochte diesem widerborstigen Schwaben nicht viel abzugewinnen.« C. Schmid, Erinnerungen, 1980, S. 562.

[79] Carlo Schmid merkte zur Amtsführung von Gerstenmaier an: »Eugen Gerstenmaier wurde ein guter Präsident des deutschen Parlaments, der es auch politisch Andersdenkenden gegenüber nie an Loyalität fehlen ließ, sie vielleicht sogar – aus Furcht, sich von seinen Neigungen treiben zu lassen – in Zweifelsfällen eher begünstigte.« Ebd.

[80] Gerstenmaier wurde bei seinen Wiederwahlen 1957, 1961 und 1965 mit 88,5%, 91,9% und 75,8% im Amt bestätigt. Datenhandbuch, 2000, S. 869.



Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 2. Aufl. Juli 1958

unverzichtbar sei.[1] Dahinter stand besonders sein Wunsch, die parlamentarische Auseinandersetzung von ihrem negativen Image als unproduktives Parteiengezänk zu befreien.

Die Bemühungen Gerstenmaiers im neuen Amt waren durch sein Parlamentarismusverständnis getragen, das in der ihm eigenen Definition des Artikel 38 des Grundgesetzes[2] Ausdruck fand. Dieser verfassungsrechtliche Passus, der den Abgeordneten Gewissensfreiheit garantiert, wurde von Gerstenmaier als »Polarstern des freiheitlichen Parlamentarismus«[3] bezeichnet. Es war im Politikverständnis des Bundestagspräsidenten verankert, daß er das Recht des einzelnen Parlamentariers auf freie Gewissensentscheidung höher gewichtete als die Notwendigkeit parteilicher Geschlossenheit. Zwar verschloß er sich nicht gänzlich Argumenten, die den Fraktionszwang als Bestandteil der Parteiendemokratie im Sinne von Artikel 21 des Grundgesetzes[4] interpretierten. Allerdings modifizierte er den Terminus der parteilichen Geschlossenheit bei wichtigen Fraktionsentscheidungen zugunsten eines bewußt vage gehaltenen Gebotes der Loyalität gegenüber der eigenen Partei. Diese begriffliche Differenzierung erlaubte seiner Ansicht nach eine Flexibilität, die sowohl eine Abweichung in Einzelfragen gestattete als auch den Respekt vor dem in der Verfassung festgelegten Passus der ultimativen Weisungsgebundenheit des Abgeordneten an den Volkswillen unterstrich. Der Vorrang des in Artikel 38 des Grundgesetzes verankerten Personalismus wurde für Eugen Gerstenmaier mit zunehmender Dauer seiner politischen Tätigkeit bedeutsamer; nicht nur, weil er hierdurch die Unabhängigkeit der Parlamentarier gegenüber den Lobbyismusversuchen von Interessenverbänden auf die bundesrepublikanische Politik zu unterbinden hoffte. Für Gerstenmaier persönlich bedeutete diese Gewichtung, daß er sein Abstimmungsverhalten bei Fragen von richtungsweisendem Charakter für die deutsche Politik primär von seinem eigenen Gewissen abhängig machte.

Dieses Parlamentarismus- und Staatsverständnis des CDU-Politikers wurde ebenfalls bei der Ausarbeitung des Parteiengesetzes erkennbar. Beeinflußt von Kants Metaphysik hatte Eugen Gerstenmaier stets die Auffassung vertreten, das Staatswesen müsse in letzter Konsequenz einem »sittlichen«[5] Anspruch genügen. Er erkannte zwar die dominante Rolle der politischen Parteien in der bundesrepublikanischen Demokratie an, er stimmte zugleich aber der Begrenzung ihrer Machtbefugnisse im Sinne eines »metaphysischen« Staatsauftrags zu. Vor diesem Hintergrund vermochte Gerstenmaier auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1966 zuzustimmen, das eine Präzisierung von Artikel 21 des Grundgesetzes und damit eine Beschäftigung mit der Rolle der Parteien im parlamenta-

---

[1] BT, 2. Wp., 55. Sitzung vom 16. November 1954, S. 2698 f.

[2] Art. 38,1 GG bestimmt, daß die Bundestagsabgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes an »Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen« sind.

[3] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 369.

[4] Der Artikel 21 des Grundgesetzes stellt lapidar fest: »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.«

[5] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinz Laufer vom 15. November 1966. ACDP, I-210–038/1.

rischen System anmahnte.[6] Schon vor der Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts hatte sich der Bundestagspräsident für eine Verabschiedung eines Parteiengesetzes[7] ausgesprochen, das dem Aspekt der Parteienfinanzierung besonders Rechnung tragen sollte.[8] Es dauerte sehr zum Unmut Gerstenmaiers allerdings bis Ende Juni 1967, bevor sich der Bundestag[9] auf eine gemeinsame Formulierung der zu verabschiedenden Gesetzesvorlage unter Aufnahme der Karlsruher Kritik einigen konnte.[10]

Weniger grundsatzorientiert zeigte sich Eugen Gerstenmaier im Hinblick auf die Bundestagsverwaltung. Der Christdemokrat trat sein Amt nicht mit dem Anspruch an, das parlamentarische Miteinander neu zu strukturieren; eine grundlegende Parlamentsreform, wie sie sein Nachfolger Kai-Uwe von Hassel kurze Zeit nach seiner Amtsübernahme[11] plakativ forderte[12], strebte er nicht an. Zwar benutzte auch Gerstenmaier die Umschreibung »Parlamentsreform« als Terminus für die von ihm intendierten Veränderungen im parlamentarischen Umgang, doch war seine Vorgehensweise weniger durch grundlegende Restrukturierungsversuche als vielmehr von pragmatischen Lösungsansätzen gekennzeichnet, durch die bestehende Insuffizienzen beseitigt werden sollten.[13] Er setzte sich dafür ein, die Arbeitsweise der

---

[6] Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Juli 1966 nach einer Normenkontrollklage des Landes Hessen über die Unzulässigkeit der staatlichen Parteienfinanzierung.

[7] Vgl. dazu u.a.: G. Wewer (Hg.), Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb, 1990 sowie H. Oberreuter/U. Kranenpohl/G. Olzog/H. Liese, Die politischen Parteien in Deutschland, 2000.

[8] Vertrauliches Schreiben Eugen Gerstenmaiers an seine Präsidiumskollegen Heck, Dufhues, Burgbacher, Erhard, Barzel, von Hassel und Lücke vom 30. März 1966. Der Bundestagspräsident hatte einen Zusatz des Artikels 21 GG erarbeitet, der als Diskussionsgrundlage dienen sollte und die Gewährung von staatlichen Zuschüssen in einem »angemessenen Verhältnis zu den sonstigen Einnahmen der Parteien« vorsah. ACDP, VII-001–056.

[9] Der Bundestag verabschiedete das Parteiengesetz am 28. Juni 1967. BT, 5. Wp., 116. Sitzung vom 28. Juni 1967, S. 5797–5813. Das verabschiedete Gesetz fand vor Gerstenmaiers Augen allerdings wenig Gnade, da er es für rechtlich nicht zulässig erachtete. Darüber hinaus führte er in seiner Partei Klage, daß seine Vorarbeiten bei den Beratungen der Gesetzesvorlage nicht hinreichend Beachtung gefunden hätten. CDU-Präsidiumssitzungen vom 21. Juni und 30. Juni 1967. ACDP, I-483–036/2.

[10] Die interfraktionellen Beratungen waren besonders durch die Uneinigkeit innerhalb der SPD behindert worden. Brief Eugen Gerstenmaiers an Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz vom 7. Juni 1966. ACDP, I-210–038/1.

[11] Rundschreiben von Hassels an die Abgeordneten über die beabsichtigten Änderungen der Arbeitsweise des Bundestages vom 27. Juni 1969. ACDP, I-269–036.

[12] Kernpunkt der Reform war die Änderung der ursprünglich in § 7 der Geschäftsordnung des Bundestages verankerten Präsidialordnung zugunsten einer Kollegialverfassung. Gegenüber dem 5. Deutschen Bundestag war der Parlamentspräsident bzw. die -präsidentin von nun an bei Entscheidungen auf die Zustimmung der stellvertretenden Präsidenten angewiesen. Vgl. dazu ausführlich: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 1 (1970), H. 1 vom Juni 1970, S. 41–43. Diese Regelung wurde von Eugen Gerstenmaier im übrigen heftig kritisiert. Brief Eugen Gerstenmaiers an Hans-Georg von Studnitz vom 16. April 1985. ACDP, I-210–046/2.

[13] Siehe die Ausführungen Eugen Gerstenmaiers in der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 19. September 1957. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 37–39.

Volksvertretung den Erfordernissen der Zeit anzupassen.[14] Dem Parlamentspräsidenten lag sehr an der Verringerung der Bürokratie innerhalb der Bundestagsverwaltung, der konkreten Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Parlamentarier sowie einer größeren Akzeptanz der Arbeit des Bundestags durch die Öffentlichkeit.

Als Chef der Bundestagsverwaltung arbeitete Eugen Gerstenmaier eng mit dem Direktor des Bundestags, Hans Troßmann[15], zusammen. Zu Troßmann baute der CDU-Politiker ein besonderes Vertrauensverhältnis auf, das über seinen Rückzug aus der Politik Bestand hatte.[16] Es war das erklärte Ziel des Parlamentspräsidenten, bei seinem Amtsantritt gegen den sich aufblähenden Verwaltungsapparat des Bundestags zu Felde zu ziehen.[17] Er wollte nicht nur gegen die seiner Meinung nach überbordende Bürokratie vorgehen, sondern dem Anwachsen der Sach- und vor allem der Personalausgaben der Parlamentsverwaltung einen Riegel vorschieben.[18] Dieses Anliegen war kein reiner Selbstzweck. Eugen Gerstenmaier sah die Selbstbeschränkung der Volksvertretung bei der Verwendung von Steuergeldern als einen Weg, das Ansehen des Parlaments in der Öffentlichkeit zu verbessern.

In der Tat hatte der Verwaltungsapparat des Bundestags im ersten Jahrfünft seines Bestehens eine erstaunliche Ausdehnung erfahren. Das Budget war zwischen 1950[19] und 1954 auf insgesamt mehr als 22 Millionen DM gestiegen, die Zahl der Beschäftigten hatte im gleichen Zeitraum eine Steigerung um 47% erfahren.[20] In der knapp eineinhalb Jahrzehnte umfassenden Amtszeit Eugen Gerstenmaiers stieg die Zahl des Verwaltungspersonals im Verhältnis dazu nur um 26% an.[21] Gegen das

---

[14] In einem Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« hatte Gerstenmaier zum Ausdruck gebracht, daß er kein konkretes Reformprogramm zur Anpassung des deutschen Parlamentarismus zu entwickeln gedenke, da er sich mit einer solchen Konzeption überfordert fühle. Der Bundestagspräsident führte dazu aus: »Aber ich warte die ganze Zeit auf eine geschlossene, in sich durchreflektierte Vorlage der deutsche Wissenschaft, der deutschen Politologen, der deutschen Staatsrechtler, die sich damit befassen. Die bloße Beschreibung der Insuffizienz des Bestehenden und Überlieferten kommt mir zu larmoyant vor.« Der Spiegel, Jg. 18, Nr. 38 vom 16. September 1964, S. 33.

[15] Vgl. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 375.

[16] Troßmann wurde von Gerstenmaier auch bei der Erstellung seiner Lebenserinnerungen konsultiert. Schreiben Hans Troßmanns an Eugen Gerstenmaier vom 31. Mai 1977. ACDP, I-210–017/2.

[17] Die Bundestagsverwaltung bestand zur Amtszeit Gerstenmaiers aus den drei Abteilungen Allgemeine Verwaltung, Ausschuß- und stenographischer Dienst sowie der Wissenschaftlichen Abteilung. Zur Organisation des Bundestages vgl. ausführlich: W. Ismayr, Der Deutsche Bundestag, 1992, S. 220–223.

[18] Brigitte Gerstenmaier erläuterte das Vorhaben ihres Mannes wenige Monate nach seiner Wahl mit den Worten: »Er scheint ausserdem selbst seinen wasserköpfigen Apparat in möglichst kurzer Zeit durchdringen und reformieren zu wollen.« Schreiben Brigitte Gerstenmaiers an Klaus Mehnert vom 9. Januar 1955. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 22.

[19] Der Etat für das Jahr 1949 ist nicht mit den nachfolgenden Jahren vergleichbar, da die Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages erst im Herbst erfolgt war.

[20] Angaben nach den Einzelplänen 02 der Bundeshaushalte für die Jahre 1950 bis 1954. Vgl. gedruckt vorliegende Bundeshaushaltspläne im PBT.

[21] Angaben nach den Einzelplänen 02 der Bundeshaushalte für die Jahre 1955 bis 1969. Ebd.

stete Anwachsen des Etats trotz Zurückhaltung bei den Personalausgaben war er dagegen weitgehend machtlos. Je deutlicher wurde, daß das eigentlich als Provisorium gedachte Bonn den Parlamentariern auf längere Sicht eine Heimstätte bieten mußte, desto umfänglicher wurden die Kosten. Bauliche Investitionen, Reparaturen und nicht zuletzt die Erhöhung der Abgeordnetenzahl um rund 100 am Ende der ersten Legislaturperiode[22] schlugen sich im Haushalt nieder.

Der Wille des Bundestagspräsidenten zu Einsparungen und größerer Effizienz bezog sich gleichwohl nicht nur auf die Bundestagsverwaltung. Rund ein Jahr nach seiner Wahl in das zweithöchste Staatsamt hatte Eugen Gerstenmaier ein Gesamtpaket zur Verbesserung der parlamentarischen Arbeit vorgestellt, das neben der Senkung der Zahl der Abgeordneten und Ausschüsse[23] eine Änderung des Wahlgesetzes und eine Neueinteilung der Wahlkreise beinhaltete.[24] Der Parlamentspräsident hatte den Anspruch, die bundesdeutsche Volksvertretung durch die Modifizierungen in eine »schnittige[re] Form«[25] zu bringen. Lediglich in einem Punkt jedoch konnte Gerstenmaier einen unmittelbaren Erfolg verbuchen: die Verabschiedung des ohnehin wenig umstrittenen Bundeswahlgesetzes erfolgte durch das Parlament am 15. März 1956.[26] Die Umstrukturierung und damit Anpassung der Wahlkreise an die veränderte Bevölkerungsverteilung in der Bundesrepublik ließ indessen auf sich warten[27]; sie wurde erst im Dezember 1963 vom Bundestag verabschiedet.[28]

Völlig scheiterte hingegen der Vorstoß Gerstenmaiers, das Parlament deutlich zu verkleinern. Zwar war der Wunsch nach einem Verschlanken des deutschen Parlaments durch eine signifikante Verringerung der Abgeordnetenanzahl und die damit erhoffte Stärkung der Volksvertretung[29] durchaus populär, doch vermochte Gerstenmaier sich aufgrund des fehlenden Rückhalts in der Union nicht durchzusetzen. Die fehlende Unterstützung aus den eigenen Reihen resultierte nicht zuletzt daraus, daß der Parlamentspräsident mit seiner Initiative einen ursprünglich von den Sozialdemokraten eingebrachten Vorschlag aufgegriffen hatte, der eine Reduzierung der Abgeordnetenzahl von 509 auf 402 vorsah. Ferner verspielte Gerstenmaier durch

---

[22] Der Bundestag beschloß am 25. Juni 1953 eine Erhöhung der Abgeordnetenzahl auf 484. Vgl. Datenhandbuch, 2000, S. 31.

[23] Gerstenmaier hatte 1957 dafür plädiert, die Zahl der Ausschüsse an der Anzahl der bestehenden Ministerien zu orientieren. Eugen Gerstenmaier wollte zudem mit dem Anspruchsdenken einiger »alter Kämpfer« aufräumen, die angeblich der Überzeugung waren, daß ihnen »eine Art Offiziersrang im Parlament« zustand, der durch die Leitung eines Bundestagsausschusses nach außen repräsentiert würde. Brief Eugen Gerstenmaiers an Willy Brandt vom 16. Juli 1957. ACDP, I-210–017/1.

[24] General-Anzeiger, Bonn vom 10. Dezember 1955.

[25] Stuttgarter Nachrichten vom 8. November 1955.

[26] BGBl I S. 383. Zu den Inhalten des Bundeswahlgesetzes siehe: Datenhandbuch, 2000, S. 28.

[27] Das Bundesverfassungsgericht hatte die Wahlkreiseinteilung Ende Mai 1963 für verfassungswidrig erklärt. Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2 BvC 3/62 vom 22. Mai 1963.

[28] Der Bundestag stimmte der Neueinteilung der Wahlkreise am 11. Dezember 1963 zu. Datenhandbuch, 2000, S. 33.

[29] Gerstenmaier hatte gehofft, durch die Verminderung der Anzahl der Bundestagsabgeordneten den einzelnen Volksvertretern die Chance zu geben, aus der »Anonymität« zu treten und sich stärker in die parlamentarische Arbeit einzubringen. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 368.

die Art und Weise, in der er diesen Reformansatz seinen Unionsfraktionskollegen nahe zu bringen versuchte, alle Aussichten auf eine Durchsetzung seiner Pläne. Gerstenmaier, der unter anderem damit geworben hatte, daß eine Parlamentsverkleinerung eine sachlichere Arbeit und weniger Leerlauf nach sich zöge[30], ließ bei seinem Vorgehen das nötige Fingerspitzengefühl vermissen. Obgleich er es bestritt, hielt sich hartnäckig das Gerücht, Gerstenmaier habe im Hinblick auf die angestrebte Reduzierung der Arbeitsbelastung der Abgeordneten zwischen den tragenden Kräften in der CDU/CSU und den wenig beanspruchten Hinterbänklern, die »nichts zu tun hätten«[31], unterschieden. Der Unmut, der sich daraufhin in der Union Bahn brach, war so groß, daß sich der Fraktionsvorsitzende Krone bemüßigt sah, seinen Parteifreund um Richtigstellung zu bitten. Doch Schadensbegrenzung war kaum möglich, denn der Lapsus des Bundestagspräsidenten war bereits an die Öffentlichkeit gedrungen.[32] Selbst die sofortige Klarstellung in Form einer Presseveröffentlichung und ein Schreiben an seine Fraktionskollegen konnten den entstandenen Flurschaden kaum mehr begrenzen.[33]

Gerstenmaier ließ sich von diesem gescheiterten Versuch jedoch nicht entmutigen; dazu war das Motiv für seine Reformbemühungen zu stark mit seinem Parlamentarismusverständnis verknüpft. Eugen Gerstenmaier hielt eine zu große Anzahl von Parlamentariern für kontraproduktiv.[34] Der Bundestagspräsident setzte sich für ein leistungsstarkes und engagiertes Parlament ein, dessen Meinungsbildungsprozeß unbeeinflußt von Lobbyismus erfolgen sollte.[35] Im Rahmen seiner Vision von der künftigen Arbeit der bundesdeutschen Volksvertretung war es sein Anliegen, dem Bundestag mehr Ansehen bei der Bevölkerung zu verschaffen. Gerstenmaiers setzte sich für die »Würde des öffentlichen Dienstes«[36] ebenso ein wie für die Erhaltung von Eliten, die er besonders für die parlamentarische Arbeit der Bundesrepublik als unerläßlich ansah. Knapp zehn Jahre nach seinem ersten Vorstoß plädierte er deshalb im Interesse der Personalisierung und des »Erscheinungsbildes«[37] des Bundestags erneut für ein auf rund 370 Mitglieder reduziertes Parlament. Doch auch Mitte der sechziger Jahre trug seine Initiative keine Früchte. Die Erklärung für die mangelnde Unterstützung der Pläne Gerstenmaiers lag auf der Hand:

---

[30] Gerstenmaier hatte am 6. November 1955 in Freudenstadt für eine Reduzierung der Abgeordnetenzahl von 509 auf 380 plädiert. Süddeutsche Zeitung vom 7. November 1955.

[31] Brief Eugen Gerstenmaiers an Heinrich Krone vom 8. Dezember 1955. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 11, Mappe 3.

[32] Schreiben Heinrich Krones an Eugen Gerstenmaier vom 8. Dezember 1955. Ebd.

[33] Die Welt vom 9. Dezember 1955.

[34] Gerstenmaier hatte seit seinen Tagen in der evangelischen Jugendbewegung versucht, die Kraft des Individuums im modernen Massenstaat zu stärken. Vgl. dazu erstes Kapitel, 2. Die Reduzierung der Abgeordnetenzahlen sah er als einen Schritt an, dieses Anliegen im Bundestag umzusetzen.

[35] Gerstenmaier zog gegen die Bestrebung von Lobbyisten zu Felde, die in wachsendem Maße ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen versuchten. Vgl. dazu unter anderem: Frankfurter Neue Presse vom 10. November 1955.

[36] Rede Gerstenmaiers auf dem 6. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart am 27. April 1956. Evangelisches Verlagswerk (Hg), Reden und Aufsätze, 1956, S. 235 (S. 206–238).

[37] Der Spiegel vom 16. September 1964, S. 39.

die Abgeordneten fürchteten, ihre eigenen Mandate »wegzurationalisieren«. Gerade in Zeiten, in denen zunehmend Beamte oder Berufspolitiker und nicht mehr Seiteneinsteiger das Gesicht der deutschen Volksvertretung zu prägen begannen[38], hätten sich die Parlamentarier mit einem Votum für ein Verschlanken des Bundestags ihrer eigenen beruflichen Zukunft beraubt.

Erfolgreicher war Eugen Gerstenmaiers hingegen bei der Modifizierung der Geschäftsordnung des Bundestages. Sein Ansatz konzentrierte sich dabei zunächst auf eine Änderung der Regularien des Sitzungsablaufs. Dem CDU-Politiker gelang in seiner rund 14jährigen Amtszeit zwar keine grundlegende Veränderung der parlamentarischen Gepflogenheiten. Sein Impetus, den Sitzungen einen »würdevollen Stil«[39] zu verleihen, ging jedoch über einen reinen Selbstzweck hinaus. Vielmehr wurde das neu gewonnene Selbstbewußtsein der in der Rechtsstaatlichkeit verankerten jungen Bundesrepublik dokumentiert, die sich in der Selbstdarstellung ihrer Volksvertretung zunehmend an den großen europäischen Demokratien Frankreich oder Großbritannien orientierte. Sowohl die Festlegung der Modalitäten des Einzugs des Präsidenten in den Plenarsaal, der nunmehr durch ein akustisches Zeichen angekündigt wurde, als auch das Erheben der Abgeordneten bis zur offiziellen Eröffnung der Sitzung fand die Zustimmung der Volksvertreter jeder Couleur.[40]

Rund zwei Monate nach seiner Amtseinführung wurde auf Gerstenmaiers Anregung hin im Ältestenrat eine Vereinbarung getroffen, die Zwischenfragen an den Redner erlaubte.[41] Diese auf den ersten Blick unbedeutende Neuerung war ein Schritt auf dem Weg hin zu einer belebteren Debatte. Der Parlamentspräsident strebte zudem eine Verringerung der Kluft zwischen Exekutive und Parlament im allgemeinen bzw. Regierungsbank und parlamentarischer Opposition im besonderen[42] an. In dieser Frage wurde deutlich, daß Eugen Gerstenmaier, nach seinem Wechsel auf den Präsidentenstuhl, einen Sinneswandel vollzogen hatte. In seinen Jahren als CDU-Abgeordneter hatte er noch das Recht der Regierung und insbesondere des Bundeskanzlers verteidigt, bei entscheidenden außenpolitischen Fragen wie dem Petersberg-Abkommen, weitgehend ohne vorherige Konsultationen des Parlaments zu verhandeln. Gerstenmaier fungierte ab November 1954 indessen ganz im Sinne seines Amtes als Anwalt der Rechte der Abgeordneten. Da es nicht in der Macht des Präsidenten der bundesdeutschen Volksvertretung lag, die Regierung zu einer intensiveren Einbindung der Abgeordneten zu bewegen, versuchte er zumindest die Unterrichtung der Parlamentarier zu verbessern. Auf Gerstenmaiers Anre-

[38] Die Berufsstatistik umfaßte in der 1. Wahlperiode des Deutschen Bundestags 28,5% Berufspolitiker, Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes. Der Anteil dieser Berufssparten war in der 6. Wahlperiode auf 43,3% angestiegen. Zahlen nach: Datenhandbuch, 2000, S. 680.

[39] Eugen Gerstenmaier erläuterte in seinen Memoiren, daß die Änderungen im äußeren Sitzungsablauf auf Anregungen von Thomas Dehler zurückgingen. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 366.

[40] Protokoll der 46. Ältestenratssitzung vom 19. Januar 1955 bzw. der 49. Ältestenratssitzung vom 26. Januar 1955. PBT, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

[41] Protokoll der 46. Ältestenratssitzung vom 19. Januar 1955. Ebd.

[42] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 362.

gung erfolgte deshalb die Neugestaltung der Fragestunde Ende Juni 1960[43] sowie die Einrichtung einer »Aktuellen Stunde«[44] im Januar 1965, um den Informationsfluß zwischen Kabinett und Parlamentariern zu verbessern. In der Regierung schuf sich Gerstenmaier mit derlei Neuerungen nicht unbedingt Freunde, erhöhte sich mit diesen Instrumentarien doch der Rechtfertigungsdruck der in der Verantwortung stehenden Politiker.[45]

Ein weiteres Anliegen des CDU-Politikers war die Straffung der Ausschußarbeit. Es ging Eugen Gerstenmaier vielmehr darum, die Doppelbehandlung von Themen zu limitieren und die Diskussion zu bündeln, um sie damit konstruktiver zu gestalten. In diesem Zusammenhang setzte sich er für eine zeitliche Entzerrung der Ausschußsitzungen ein, um ein effizienteres Arbeiten zu ermöglichen.[46] Mit seinen Reformansätzen hoffte er sowohl eine konzentrierte Ausschußarbeit als auch eine Arbeitsentlastung der Parlamentarier durch die terminliche Bündelung der Sitzungen zu erreichen. Ferner machte er sich für eine Reduzierung der Ausschußanzahl stark ohne die parlamentarische Debatte zu begrenzen. Der Parlamentspräsident setzte sich mit seinem Anliegen letztlich auch durch, und die Zahl der Ausschüsse sank graduell von ursprünglich 42 Gremien in der ersten Legislaturperiode auf schließlich 23 in der fünften Wahlperiode.[47] Der Bundestagspräsident trug damit der Tatsache Rechnung, daß sich das Schwergewicht der parlamentarischen Arbeit zunehmend in die Ausschüsse verlagert hatte[48]; die fraktionsübergreifende Detailarbeit fand in diesen Fachgremien statt. Gerstenmaier paßte sich damit einer Entwicklung an, die er eigentlich nicht guthieß, denn er bevorzugte die offene und freie Diskussion im Plenum im Sinne einer lebendigen Selbstdarstellung des Parlaments nach außen. Der CDU-Politiker wußte aber, daß es ihm nicht möglich sein würde, das Rad der Entwicklung zurückzudrehen. Eine Aufwertung der Plenardebatte nach

---

[43] Zusätzlich zu der einmal im Monat stattfindenden Fragestunde war den Parlamentariern damit die Möglichkeit gegeben, mündliche Anfragen an die Bundesregierung zu richten. Diese Änderung wurde durch den Bundestag am 29. Juni 1960 beschlossen. H. Trossmann, Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages, 1967, S. 113.

[44] Die Aktuelle Stunde erlaubte es den Bundestagsabgeordneten, bei allgemeinem und aktuellem Interesse eine Aussprache zu beantragen. Ebd. S. 12. Es ist allerdings festzuhalten, daß das neue Instrumentarium nur zögerlich von den Parlamentariern angenommen wurde. In der 4. Wahlperiode wurden zwei, in der Legislaturperiode, in der Gerstenmaier dem Bundestag letztmalig angehörte, insgesamt 17 Aktuelle Stunden durchgeführt. Vgl. W. Ismayr, Der Deutsche Bundestag, 1992, S. 369.

[45] Die Regierung wehrte sich besonders gegen die kurze Frist, die zur Vorbereitung der Beantwortung von Fragen zur Verfügung stand. Protokoll der 59. Ältestenratssitzung vom 10. März 1960. PBT, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

[46] Vorschläge Eugen Gerstenmaiers zur Neustrukturierung der Ausschußarbeit vom 16. Oktober 1964. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1316.

[47] In der Zahl von 42 Ausschüssen ist nicht die Anzahl an Untersuchungsausschüssen enthalten. Vgl. Zusammenstellung von Bundestagsdirektor Hans Troßmann vom 31. Mai 1977. ACDP, I-210-017/2.

[48] Mit einem Anflug von Resignation konstatierte der Bundestagspräsident in einem Interview im September 1964: »Der Bundestag ist ein Ausschuß-Parlament geworden.« Der Spiegel vom 16. September 1964, S. 34 (28–43).

dem von ihm favorisierten Vorbild des englischen Unterhauses zulasten der Ausschußarbeit war ohne grundlegende Parlamentsreform nicht realisierbar.

Überhaupt bevorzugte der kämpferische Parteipolitiker bei der Ausübung seiner präsidialen Pflichten einvernehmliche Lösungen. Denn trotz seines autoritätsbetonten Führungsstils[49] war er kein Mann der einsamen Entscheidungen. Er versuchte vielmehr, Veränderungen zunächst im Einvernehmen mit den Parteien herbeizuführen; die Abstimmungsarbeit in Präsidium[50], Bundestagsvorstand und vor allem im Ältestenrat war für ihn deshalb unverzichtbar. Unter dem dritten Bundestagspräsidenten wurde besonders das Organ des Ältestenrates in seiner Stellung aufgewertet. Der im Prinzip mit dem Bundestagsvorstand verschmolzene Ältestenrat[51] setzte sich seit Dezember 1961 aus dem Präsidium und bis zu 23 von den Fraktionen benannten Mitgliedern zusammen.[52] Da in diesem Kreis keine politische Meinungsbildung stattfand, sondern sachorientiert diskutiert wurde, hatte Gerstenmaiers Ansatz, den Ältestenrat zu einer »Stätte der Begegnung«[53] umzufunktionieren, Aussicht auf Erfolg. Das Gremium[54], das seine Entscheidungen einvernehmlich traf, wurde zu einem Integrationsorgan der Volksvertretung. Eugen Gerstenmaier pries die Einrichtung sogar als »Juwel des deutschen Parlamentarismus«[55], da bei diesen Sitzungen eine offene und sachgerechte Debatte in kollegialer Atmosphäre erreicht worden sei. Diesem produktiven Arbeitsklima war es auch zu verdanken, daß im interfraktionellen Austausch moderate Eingriffe in die parlamentarische Geschäftsordnung beschlossen werden konnten. So ließen sich beispielsweise die Regelung von Anfragen, die Einführung einer Aktuellen Stunde und einer Geheimschutzordnung zur Wahrung der Vertraulichkeit von Akten[56] realisieren. Deutlich wurde die Bedeutung des Ältestenrats ferner bei der Regelung der Diäten.[57] Um von vornher-

---

[49] So charakterisierte sein Nachfolger Kai-Uwe von Hassel die Amtsführung seines Parteifreundes Gerstenmaier. R. Schick, Der Bundestagspräsident, 1997, S. 110.

[50] Das Präsidium verfügte kaum über Entscheidungskompetenzen. Erst in der 6. Legislaturperiode wurden die Funktionen des Präsidiums, das aus dem Bundestagspräsidenten und seinen Stellvertretern bestand, ausgeweitet. Dem Gremium war es von nun an beispielsweise möglich, über Stellenbesetzungen in der Bundestagsverwaltung zu entscheiden. Vgl. A. Rummel, Der Bundestagspräsident, 1985, S. 67–69.

[51] Eugen Gerstenmaier erklärte, daß er aus Gründen der Vereinfachung auf eine Vereinigung beider Organe gedrängt habe. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 379.

[52] Beschluß des Deutschen Bundestages vom 13. Dezember 1961, veröffentlicht am 2. Januar 1962, in: BGBl I S. 1.

[53] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 379.

[54] Zur Aufgabendefinition und zum Tagungsmodus des Ältestenrats vgl. § 13–15 GO des Deutschen Bundestags.

[55] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 380.

[56] Der Bundestag stimmte der Einfügung von § 21a in die Geschäftsordnung des Bundestages am 24. Juni 1964 zu. Die Parlamentarier verfuhren im Hinblick auf die Wahrung der Vertraulichkeit bei Ausschußsitzungen dabei nach dem Grundsatz, daß es besser sei, wenn »Wenige viel als dass Viele wenig zu wissen bekommen«. Notiz über den Meinungsbildungsprozeß im Ältestenrat des Bundestagesdirektors, Hans Troßmann, vom 4. Dezember 1961. BA, B 136/4518.

[57] Gerstenmaiers Anliegen war es hierbei, durch die Verabschiedung eines Diätengesetzes zu einer Vereinfachung der bisher gehandhabten Regelung zu gelangen und die Möglichkeiten zur Inan-

ein einem Abgleiten der Diskussion in eine parteipolitisch motivierte Auseinandersetzung vorzubeugen, hatte Eugen Gerstenmaier im November 1957 zudem ein interfraktionelles, siebenköpfiges Gremium einberufen.[58] Dieser geschickte Schachzug verringerte das Risiko, daß einzelne Fraktionen die Debatte dazu nutzten, sich medienwirksam mit populistischen Forderungen in der Öffentlichkeit zu präsentieren und förderte die sachorientierte Diskussion. Dieses Vorgehen stellte sicher, daß die Diätenfrage so weit wie möglich als Wahlkampfthema ausschied und erlaubte in Gerstenmaiers Amtszeit eine insgesamt viermalige Novellierung des Diätengesetzes, wobei vor allem die im Mai 1958 im Bundestag verabschiedeten, dynamisierten Aufwandszahlungen mit ihrer Ankoppelung an die Beamtenbesoldung eine Zäsur bei der Abgeordnetenentschädigung darstellten.[59]

Weniger konsensual ging es hingegen zunächst bei der im Zusammenhang mit der Diätenregelung schon seit Ende 1958 diskutierten Altersversorgung der Parlamentarier zu.[60] Es dauerte ein Jahrzehnt, bis dieses Problem eine Lösung erfuhr. Der Bundestagspräsident hatte sehr frühzeitig die Notwendigkeit einer materiellen Absicherung der Volksvertreter erkannt, doch lehnte er eine Staatspension, wie sie die SPD besonders Ende der sechziger Jahre anstrebte, aufgrund rechtlicher Bedenken und zu hoher Kosten für die öffentliche Hand ab. Er setzte sich stattdessen dafür ein, die Frage der Altersvorsorge der Abgeordneten nach dem Selbstbeteiligungsprinzip zu regeln.[61] Diesem Vorschlag schloß sich der Bundestag allerdings erst Ende März 1968 an und verabschiedete die Einführung einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung auf Versicherungsgrundlage.[62] Dem vermittelnden Eingreifen Gerstenmaiers war es zu verdanken, daß die Selbstdarstellung der Parteien in dieser Frage minimiert werden konnte.

Doch trotz des vom Bundestagspräsidenten so gelobten kollegialen Umgangs im Ältestenrat stieß auch die Verständigungsbereitschaft in diesem Gremium an ihr Limit. Themen, welche die Grenzen des parlamentarisch-organisatorischen Rahmens überschritten und weitreichende politische Konsequenzen hatten, wurden durchaus nicht immer nur sachorientiert diskutiert. Zum Zankapfel konnten vor

---

spruchnahme von Sondervergünstigungen zu limitieren. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Willy Brandt vom 16. Juli 1957. ACDP, I-210–017/1.

[58] Mitteilung Eugen Gerstenmaier an den parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Gerhard Wacher, vom 9. November 1957. ACSP, CSU-Landesgruppe, 3. Wahlperiode, 9.

[59] Die erste Novellierung des Diätengesetzes unter der Ägide von Bundestagspräsident Gerstenmaier wurde am 7. Mai 1958 vom Plenum beschlossen. Die drei zusätzlichen Änderungen der Abgeordnetenentschädigung erfolgten im Frühsommer 1961 (BGBl I S. 763), im März 1964 (BGBl I S. 230) und im Frühjahr 1968 (BGBl I S. 334). Zu den Inhalten der Diätengesetzgebung siehe: Datenhandbuch, 2000, S. 3198.

[60] Die Mitglieder des Ältestenrats konstatierten in der Sitzung vom 17. Februar 1959, daß es zur Frage der Altersversorgung der Parlamentarier quer durch alle Fraktionen Meinungsverschiedenheiten gäbe und das Thema vorerst »auf Eis gelegt« werden müsse. PBT, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

[61] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Rainer Barzel vom 25. November 1967. BA, N 1371/252.

[62] Die Verabschiedung des Diätengesetzes durch den Bundestag erfolgte am 27. März 1968. Zu den Inhalten vgl. Datenhandbuch, 2000, S. 3199.

diesem Hintergrund auch Fragen werden, die zunächst nicht als politisch brisant eingestuft worden waren, die aber dennoch eine große Außenwirkung entfalteten. Als Paradebeispiel sei hier auf die Kontroverse um den Umbau des Plenarsaals des Deutschen Bundestags verwiesen. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung war der Vorstoß des Parlamentspräsidenten im Hinblick auf eine bauliche Veränderung des Plenums. Als Orientierung und Leitbild für seine Initiative diente ihm dabei das britische Unterhaus. Obwohl die Notwendigkeit einer räumlichen Verbesserung für die rund 500 Parlamentarier außer Frage stand, wurden jegliche Schritte, die als Veränderung des provisorischen Charakters der Bundeshauptstadt interpretiert werden konnten, verworfen.[63] Besonders die Liberalen wachten mit Argusaugen darüber, daß durch den Bau zusätzlicher Verwaltungs- oder Tagungsgebäude nicht der Eindruck erweckt würde, der im Grundgesetz verankerte Passus von der Vorläufigkeit der deutschen Teilung sei nicht mehr gültig und die bundesrepublikanische Politik hätte eine baldige Wiedervereinigung abgeschrieben.[64] Vorschläge zur Entspannung des räumlichen Engpasses waren deshalb mit einem Höchstmaß an Fingerspitzengefühl einzubringen, und auch die Fraktionen mußten aufgrund der Öffentlichkeitswirkung des Themas diesbezügliche Vorstöße sorgsam abwägen. Diese Vorbehalte galten selbst für die angestrebten baulichen Veränderungen des Plenarsaals, die von eher kosmetischer Natur waren. Gerstenmaiers Überlegungen zielten jedoch ursprünglich nicht allein auf eine Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes des Bundestags und eine Angleichung an den Standard westeuropäischer Volksvertretungen ab. Vielmehr waren seine Änderungsvorschläge mit Plänen zur Modifizierung des Sitzungsablaufs verknüpft. Mit dem Modell des britischen Unterhauses vor Augen hatte der Parlamentspräsident vorgeschlagen, der »Hörsaalatmosphäre«[65] des Plenarsaals entgegenzuwirken und durch eine Raumumgestaltung ein zur offenen Debatte einladendes Ambiente zu schaffen.[66] Der

[63] Um die drängendsten Raumprobleme zu lösen, war 1952 bereits am Südflügel des Bundeshauses, über einem alten Luftschutzbunker, ein sechsgeschossiges Hochhaus mit Abgeordnetenräumen, Bibliothek und Lesesaal geschaffen worden. 1953/54 war ferner ein Erweiterungsflügel für die beiden größten Fraktionen an das Bundeshaus angeschlossen worden. Dennoch fehlte es weiterhin an Arbeitszimmern sowie an Sekretariats- und Sitzungsräumen.

[64] Noch im Jahr 1963 entzündete sich an diesem Argument ein heftiger Streit zwischen Eugen Gerstenmaier und dem hessischen FDP-Abgeordneten Oswald Kohut. Kohut hatte in der Initiative des Parlamentspräsidenten einen Verstoß gegen das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes gesehen. Der liberale Parlamentarier griff die Kritik seines Parteifreundes Thomas Dehler auf und warf Gerstenmaier in diesem Zusammenhang vor, aus dem »Provisorium ein Definitivum« machen zu wollen. Schreiben Oswald Kohuts an Eugen Gerstenmaier vom 8. Mai 1963. ADL, N1–1903.

[65] Protokoll der Bundestagsvorstandssitzung vom 16. Januar 1958. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1310.

[66] In seinen Memoiren bestätigte der CDU-Abgeordnete Hans Dichgans diesen Eindruck Gerstenmaiers. Dichgans ging sogar noch einen Schritt weiter und führte über die Atmosphäre im Verlauf der Debatten aus: »Große rednerische Leistungen waren im Bundestag selten. Die meisten der längeren Reden waren verlesene Manuskripte, bei denen der Redner seine Thematik möglichst vollständig behandeln wollte, ohne Kontakt mit den Hörern zu suchen.« Erinnerungen von Hans Dichgans in: Deutscher Bundestag (Hg.), Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bd. 1, 1982, S. 122 (S. 81–253).

parlamentarische Austausch in lebendiger Diskussion und die möglichst freie Rede waren Kernpunkte in Eugen Gerstenmaiers Verständnis von Parlamentskultur. Um diesem Idealtypus der politischen Auseinandersetzung näher zu kommen, regte der Präsident an, die Sitzordnung in zwei durch einen Mittelgang getrennte Sitzreihen zu verändern; Opposition und Vertreter der Regierungskoalition hätten nach diesem Vorschlag ihre Argumente einander gegenübersitzend ausgetauscht. Der von Gerstenmaier oftmals süffisant kommentierte lange Anmarsch der Parlamentarier zum Rednerpult wäre entfallen[67] und aufgrund der räumlichen Nähe der Volksvertreter zueinander hätten sich die Chancen für frei vorgetragene Redebeiträge erhöht.[68]

Die Bundestagsabgeordneten sahen allerdings fraktionsübergreifend trotz des Drängens des Parlamentspräsidenten keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, wie die sich über mehr als drei Jahre erstreckende zähe Diskussion verdeutlichte. Eugen Gerstenmaier selbst schreckte davor zurück, in großzügiger Auslegung von § 6 der Geschäftsordnung des Bundestags[69] eigenmächtig die Einstellung von Geldern zur Finanzierung der beabsichtigten Umbaumaßnahmen zu beantragen.[70] Da Gerstenmaier der Volksvertretung das ausschließliche Recht zuerkannte, über besondere Mittelzuweisungen zu befinden, unterließ es der Präsident, im Bundestagsvorstand die Einstellung eines Haushaltstitels für den Plenarumbau zu beantragen. Zwar gelang es ihm schließlich, die Volksvertreter mehrheitlich von der Notwendigkeit einer baulichen Umstrukturierung zu überzeugen und deren Zustimmung zur Bereitstellung von 1,2 Millionen Mark im Haushalt 1961 zu erzielen[71], doch stießen Gerstenmaiers konkrete Baupläne weiterhin auf Widerspruch.[72] Je näher die Wahl zum vierten Deutschen Bundestag rückte, um so restriktiver fielen die Pläne für die Neugestaltung des Plenums zudem aus, denn die Abgeordneten versuchten gegenüber der Bevölkerung ihren Sparwillen unter Beweis zu stellen.[73] Diesen wahlstrate-

---

[67] Gerstenmaier erklärte in einem Interview im September 1964: »Wenn ich jemand aufrufe, dann marschiert er erst den langen Weg herauf und inzwischen langweilen sich die Leute und gehen hinaus.« Der Spiegel, Jg. 18, Nr. 38 vom 16. September 1964, S. 40 (S. 28–43).

[68] Die in § 37 der Geschäftsordnung des Bundestags zwar vorgeschriebene Verpflichtung zur freien Rede wurde in der Praxis nie durchgängig angemahnt. Auch Gerstenmaier hatte, obwohl er diese Form der Ausführung eindeutig favorisierte, nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, diese Vorschrift für alle Parlamentarier verbindlich zu erklären.

[69] § 6,3 der Geschäftsordnung gestand dem Bundestagsvorstand das Recht zu, den Haushaltsentwurf des Bundestags aufzustellen.

[70] Protokoll der Ältestenratssitzung vom 10. März 1960. PBT, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

[71] Unionsintern angefertigte Notiz für Bundeskanzler Adenauer zum Stand der Diskussion um den Umbau des Plenarsaals vom 26. April 1961. BA, B 136/4518.

[72] Die Kritik der Parlamentarier richtete sich erstaunlicherweise vor allem gegen Marginalien wie den Wegfall der Pulte. Aufzeichnung über die Ältestenratssitzung vom 10. März 1960. Bemängelt wurde des weiteren, daß die an das britische Unterhaus angelehnte Sitzordnung nicht hinreichend die schwankenden Mehrheitsverhältnisse berücksichtigen könne. Ebd.

[73] Protokoll der Bundestagsvorstandssitzung vom 17. April 1961. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1311.

gischen Überlegungen fiel auch die vom Bundestagspräsidenten zwischenzeitlich in die Diskussion eingebrachte Bestuhlung in Hufeisenform mit stufenförmig ansteigenden Sitzreihen zum Opfer, die Gerstenmaier mittlerweile anstelle des Unterhausmodells favorisiert hatte. Doch seine Vorstöße fielen nicht auf fruchtbaren Boden. Nach über dreijährigem Tauziehen wurden die Pläne zur baulichen Veränderung des Plenarsaals ad acta gelegt. Der solchermaßen düpierte Gerstenmaier unternahm in der Folgezeit keine weiteren Versuche, seine Vorstellung durchzusetzen. Die Kontroverse fand erst Anfang 1968 ihren endgültigen Abschluß: In Zeiten, in denen sich die Begrenztheit des deutschen Wirtschaftsaufschwungs[74] deutlich abzuzeichnen begann, lebten die Volksvertreter vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen 1969 Bescheidenheit vor und entschlossen sich zu einer minimalistischen Renovierung ohne Änderung der Sitzordnung.[75]

Am Beispiel dieser Marginalien wurde die Limitiertheit des Einflusses von Gerstenmaier selbst bei den originären Belangen der Bundestagsorganisation deutlich. Der Parlamentspräsident hatte sich mit seinem klaren Votum für eine Neugestaltung des Plenarsaals in Anlehnung an das britische Unterhaus weit vorgewagt und war letztlich mit seiner Initiative gescheitert. Entscheidend für seinen Mißerfolg war, daß er selbst bei seiner eigenen Fraktion keine hinreichende Unterstützung für seine Pläne gefunden hatte.[76] Zwar war der Bundestagspräsident in seiner Amtsführung niemandem direkt unterstellt und er konnte vom Plenum nicht seines Amtes enthoben werden[77], doch wurde der Handlungsspielraum des protokollarisch zweiten Mannes im Staat von den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen begrenzt. Gerstenmaier hatte qua Amt vorwiegend als Vermittler zu agieren und er konnte nur insoweit als Schrittmacher von Veränderungen oder Reformen hervortreten, als dies das Kräfteverhältnis im Parlament und die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen ermöglichten.

---

[74] Die Rezession 1966/67 hatte zu einem spürbaren Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Arbeitslosenzahlen geführt. Vgl. dazu unter anderem: Ch. Klessmann, Zwei Staaten, eine Nation, 1988, S. 198.

[75] Für den in der Sommerpause 1968 durchgeführten Umbau, der die Installation von Mikrophonen und die Verlegung von Teppichboden vorsah, wurden rund 50 000 Mark veranschlagt. Vermerk von Regierungsrat Vonderbeck an Bundestagsdirektor Troßmann vom 19. Februar 1969. PBT, Präsidialregistratur, 8/79, 124.

[76] Der Minister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, Hans-Joachim von Merkatz, hatte im Frühjahr 1960 zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung sich mit dem geplanten Umbau nicht »befreunden« könne. Protokoll der Ältestenratssitzung vom 10. März 1960. PBT, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

[77] Der Bundestagspräsident kann traditionell im Verlauf einer Legislaturperiode nicht abgewählt werden; nur der Rücktritt beendet frühzeitig die Amtszeit. In der Geschäftsordnung des Bundestages ist die Frage des Endes der Amtsausübung im übrigen nicht explizit geregelt. Vgl. ausführlich: K.-H. Kleinschnittger, Rechtliche Stellung des Bundestagspräsidenten, 1963, S. 24–30.

3. Der »Lange Eugen«

Mehr Erfolg hatte Eugen Gerstenmaier mit dem Vorschlag zur Errichtung eines Abgeordnetenhochhauses, das im Volksmund selbst nach dem unrühmlichen Ende seiner politischen Karriere untrennbar mit dem Namen des dritten Bundestagspräsidenten verbunden blieb. Im Unterschied zu den mit rund einer Million DM veranschlagten Kosten für die Umgestaltung des Plenarsaals – einer somit eher bescheidenen Summe – konnte Gerstenmaier erstaunlicherweise beim Neubau eines Parlamentsbaus die anfänglichen Widerstände überwinden. Zwar brauchte der Parlamentspräsident auch hier einen langen Atem, bis sein Projekt letztlich vom Bundestag abgesegnet wurde, allerdings gelang es ihm, seine Vorstellungen umzusetzen.

Der 1965 getroffenen Entscheidung zugunsten eines Hochhausbaus waren bereits seit Mitte der fünfziger Jahre Diskussionen über die Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten für die Parlamentarier vorausgegangen.[1] Es bedurfte allerdings der Hilfe durch den Bundesrat, bis aus den eher unverbindlich geäußerten Absichten Baupläne heranreiften. Trotz der delikaten Behandlung, die jegliche architektonische Veränderung vor dem Hintergrund des provisorischen Hauptstadtcharakters bedurften, hatte sich der Bundesrat Mitte der fünfziger Jahre zum Umbau seiner Tagungsstätte durchgerungen. Eugen Gerstenmaier unterstützte dieses Vorhaben und setzte sich für die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel im Haushalt ein.[2] Mit dieser Entscheidung der Länderkammer war die Tür für eine ernsthafte Debatte über Baupläne des Bundestages geöffnet worden. Um sie aber in Gänze aufstoßen zu können, d.h. das Plazet der Fraktionen zu erhalten, verging mehr als ein Jahrfünft.

Gerstenmaier spürte, daß seine Initiative, die Arbeitsbedingungen der Parlamentarier in Bonn endlich an die tatsächlichen Bedürfnisse anzupassen, von den Parteien aus Furcht vor der Reaktion der Bevölkerung nicht aufgegriffen wurde. Er begann deshalb sich Ende der fünfziger Jahre zunächst für den Wiederaufbau des Berliner Reichstags einzusetzen, ohne dabei die Bonner Bauplanungen aus den Augen zu verlieren. Das Berliner Instandsetzungsvorhaben war innenpolitisch kaum umstritten und fand die Zustimmung der Abgeordneten. Ziel des Bundestagspräsidenten war es, mit der Restaurierung des Reichstags sein Bekenntnis zur alten Reichshauptstadt und damit zur Wiedervereinigung zu dokumentieren. Das traditionsreiche Gebäude sollte nach seiner Umgestaltung allen Erfordernissen des deutschen Parlaments Rechnung tragen; Gerstenmaier tauschte somit temporär seine Umgestaltungspläne für das Bonner Provisorium gegen das politisch opportunere Vorhaben eines Umzugs nach Berlin aus. Nicht nur die einstmals ins Gespräch gebrachte Abhaltung von Ausschußsitzungen, sondern auch Plenumdebatten sollten in der ehemaligen Hauptstadt stattfinden. Es gelang dem Bundestagspräsidenten, auch die

[1] Eugen Gerstenmaier bestätigte in seinen Lebenserinnerungen, daß er kurz nach seinem Amtsantritt damit begonnen hatte, in Gesprächen mit den Fraktionen um Zustimmung für die Pläne zur Errichtung eines Bürohauses zu werben. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 395.

[2] Vermerk des Bundesratspräsidenten Peter Altmeier über eine Besprechung mit Eugen Gerstenmaier vom 10. Februar 1955. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 162.

Kritiker von dieser Idee zu überzeugen. Gerstenmaier wollte im restaurierten Reichstagsgebäude den Abgeordneten insgesamt 25000 Quadratmeter zur Verfügung stellen. Allerdings war es innerhalb des Gebäudekomplexes nicht möglich, eine hinreichende Zahl von Abgeordnetenbüros zu schaffen. Diesem Manko wollte der Parlamentspräsident langfristig durch die Errichtung eines separaten Abgeordnetenhauses am Standort des früheren Palais des Reichstagspräsidenten abhelfen; bis zur Realisierung dieser Pläne hatte Gerstenmaier als Übergangslösung den Bau von Fertighäusern in unmittelbarer Nähe des Reichstages vorgeschlagen. Trotz dieser etwas nebulösen Vorstellung unterstützte der Bundestag den Wiederaufbau des geschichtsträchtigen Gebäudes und erörterte in einer interfraktionellen Kommission diesbezügliche Detailfragen.[3] Gerstenmaiers Anregung, den Bundestag in die alte Reichshauptstadt zu überführen, wurde allerdings nur für rund ein Jahr ernsthaft diskutiert. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Kalten Krieges wurde rasch deutlich, daß diese Vision illusorisch war. Zwar wurden die Restaurationsarbeiten am Reichstag nicht gestoppt, doch ließen die politischen Rahmenbedingungen die ursprünglich intendierte Nutzung nicht mehr zu. Das Parlament wollte den Kurs der Entspannungspolitik nicht durch die Umzugspläne gefährden.[4]

Diese von Gerstenmaier bedauerte Entwicklung ließ die Bonner Bauabsichten wieder aktuell werden. Seit Anfang 1961 begann sich der Bundestagsvorstand wieder intensiver mit Lösungsmodellen zur Beseitigung der akuten Raumnot in Bonn zu beschäftigen. Da die Bundesbauverwaltung nach Prüfung der baulichen Erweiterungsmöglichkeiten abermals zu dem Schluß gelangt war, daß ein Neubau umfänglichen Umbauarbeiten vorzuziehen sei[5], setzte sich Eugen Gerstenmaier nachdrücklich für diesen Vorschlag ein. Sein Engagement brachte ihm jedoch einigen Verdruß ein, denn die Fraktionen waren sich der politischen Tragweite eines Votums für ein Bauwerk dieser Größenordnung bewußt. Die Parlamentarier scheuten vor der anstehenden Bundestagswahl 1961 die öffentliche Rechtfertigung ihres Unterfangens und vereinbarten vorerst nur, die Planungen weiter voranzutreiben. Die Vorbehalte waren auch deshalb so groß, da die Bevölkerung nicht nur mit dem Gedanken an Kosten

[3] Schreiben Willy Brandts an seinen Parteifreund Walter Menzel vom 8. Juli 1957. WBA, Berlin, Mappe 23.

[4] In der Ältestenratssitzung vom 17. Februar 1959 wurde die veränderte Haltung der Fraktionen deutlich. Die nunmehr konsensual vertretene Linie lautete: keine Provokationen. Im Sinne dieser vorsichtigen Kurskorrektur wurden die bereitgestellten Mittel für den Reichstagsumbau mit einem Sperrvermerk versehen. Die für die Unionsfraktion angefertigte Aufzeichnung über die Sitzung gab das Meinungsbild mit den Worten wieder: »Die Angelegenheit soll parlamentsintern, ohne die Öffentlichkeit zu alarmieren, rückgängig gemacht werden.« Bericht über die Ältestenratssitzung vom 17. Februar 1959 für das Bundeskanzleramt. Diese im Bestand B 136 befindlichen Berichte wurden in der Regel vom jeweils amtierenden Minister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder zur Unterrichtung des Regierungschefs angefertigt. In der Amtszeit Eugen Gerstenmaiers waren dies der Christdemokrat Hans-Joachim von Merkatz bzw. ab der 5. Legislaturperiode der CSU-Politiker Alois Niederalt. BA, B 136/4517.

[5] Leserbrief des Bundestagsdirektors Helmut Schellknecht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. Dezember 1975.

im zweistelligen Millionenbereich vertraut gemacht werden mußte[6], sondern der Baubeginn zugleich als Verstoß gegen die immer noch gültige Baustoppverordnung des Bundestages zu werten war.[7]

Der Bundestagsvorstand fühlte sich jedoch an das Bauverbot offenbar nicht gebunden[8] und entschied im Dezember 1961 sein Maximalziel, d.h. die Errichtung von Räumlichkeiten unter dem Aspekt, jedem Abgeordneten einen Arbeitsraum zur Verfügung stellen zu können, weiter zu verfolgen. Es bedurfte aber dennoch rund dreijähriger interfraktioneller Gespräche und Debatten, bis der Vorstand des Deutschen Bundestags am 28. Juni 1964 einstimmig beschloß, 12 Millionen DM in den Bundeshaushalt 1965 für das Neubauprojekt einzustellen. Die Notwendigkeit zur Schaffung verbesserter Arbeitsmöglichkeiten für die Abgeordneten wurde danach auch vom Ältestenrat und dem Haushaltsausschuß bestätigt.[9] Bevor im Februar 1965 schließlich vom Plenum die eingestellten Mittel zur Errichtung eines Abgeordnetenhauses bewilligt wurden, hatte Eugen Gerstenmaier bei den Fraktionen trotz der scheinbar eindeutigen Beschlußlage noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Obgleich die Parlamentarier kaum die Unzulänglichkeit der Bonner Bauten bestritten, tat man sich vor allem bei den Liberalen[10] und in der CDU mit der Realisierung der Pläne immer noch schwer. Die Einwände der Kritiker bezogen sich dabei sowohl auf die Tatsache, daß ein Neubau trotz Bauverbots realisiert werden sollte[11], als auch auf den finanziellen Rahmen des Vorhabens.[12] Das immer noch virulente Argument, eine zu emsige Bautätigkeit könnte von der bundesrepublikanischen Bevölkerung als Resignation in der Frage der deutschen Einheit interpretiert werden, rückte dabei angesichts der befürchteten Kritik hinsichtlich der hohen Kosten in den Hintergrund.[13] Gerstenmaier war sich durchaus bewußt, wie schwierig es sein würde,

---

[6] Die Kosten für das Abgeordnetenhochhaus wurden von der Bundesbaudirektion vor der Grundsteinlegung auf rund 55 Millionen Mark beziffert. Protokoll der Bundestagsvorstandssitzung vom 28. April 1964. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1315.

[7] Der Bundestag hatte am 3. Oktober 1956 beschlossen zur Kostenreduzierung keine weiteren Bundesgebäude in Bonn zu errichten. Vgl. dazu ausführlicher: Datenhandbuch, 2000, S. 3286.

[8] Bedenken über die Realisierung eines Neubaus trotz der immer noch bestehenden Baustoppverordnung zerstreuten die Vertreter der Bundesbauverwaltung. Vgl. dazu unter anderem das Protokoll der Bundestagsvorstandssitzung vom 22. Januar 1963. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1313.

[9] Leserbrief des Bundestagsdirektors Helmut Schellknecht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. Dezember 1975.

[10] Bundestagsvizepräsident Thomas Dehler hatte seine ablehnende Haltung bereits bei der Vorstellung des geplanten Abgeordnetenhochhauses in der Bundestagsvorstandssitzung am 22. Januar 1963 zum Ausdruck gebracht. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1313.

[11] Gerstenmaier bestätigte am 8. März 1963 dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Erich Mende, daß die Vereinbarkeit des Bauvorhabens mit der Baustoppverordnung aus dem Jahr 1956 gewissenhaft geprüft und von den Vertretern der Bundesbauverwaltung bejaht worden sei. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 25, Mappe 2.

[12] Der CDU-Abgeordnete Johann Gradl wandte sich in einem Schreiben vom 13. Februar 1965 an seinen Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und teilte diesem mit, daß er nicht bereit sei, das geplante Großprojekt mitzutragen. BA, N 1371/178.

[13] Der FDP-Fraktionsvorsitzende, Erich Mende, erinnerte in seinem Schreiben nachdrücklich an die Verpflichtung des Deutschen Bundestages, Neubauten von »erheblichem Umfange« zu vermeiden.

den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit des Neubaus verständlich zu machen. Er entschied sich deshalb, die Planungen unter weitgehender Ausschaltung der Öffentlichkeit soweit als möglich voranzutreiben.[14] Geheimgehalten werden sollten besonders die schwierigen Verhandlungen hinsichtlich des Grundstückerwerbs[15] sowie die Auswahl der Architekten.[16] Nachdem die vorbereitenden Arbeiten des Bundestagspräsidiums im Frühjahr 1963 dennoch an die Presse gelangt waren, setzten bohrende Nachfragen über die zu erwartenden Kosten ein, und die zuvor erzielte interfraktionelle Einigung drohte zu zerbrechen. Für Eugen Gerstenmaier war es im Sommer 1963 deshalb unabwendbar, seine Vorstellungen öffentlichkeitswirksam darzustellen[17], um bestehende Ressentiments in der Bevölkerung auszuräumen und sich damit der Unterstützung der Fraktionen zu versichern. Der Bundestagspräsident geriet dabei zunehmend unter Druck, da die Parteien nur zögerlich für die kostspieligen Baumaßnahmen in der Öffentlichkeit eintraten, während Gerstenmaier aus seiner Zustimmung für das Projekt keinen Hehl machte. Die Presse begann deshalb in wachsendem Maße, den Bau eines Abgeordnetenhochhauses mit dem Namen Gerstenmaiers zu verknüpfen. Er zog sich damit neben der Medienschelte die Kritik von Regierung[18] und Parlament zu. Die Kritik[19] aus der Bevölkerung sowie von Interessengruppen, wie beispielsweise dem nordrhein-westfälischen Bund der Steuerzahler[20], führte zu einer wachsenden Distanzierung der Parteien von ihrer ursprünglichen Zusage im Bundestagsvorstand. Besonders verletzt zeigte sich Gerstenmaier vom Verhalten seiner Parteifreunde, die sich entgegen ihres ursprünglichen Votums nun mehrheitlich ablehnend äußerten. Ohne Rückhalt aus den Reihen der Union war es für Gerstenmaier indessen unmöglich, das Bauvorhaben

---

Brief Erich Mendes an Eugen Gerstenmaier vom 7. März 1963. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 25, Mappe 2.

[14] In der Bundestagsvorstandssitzung vom 28. April 1964 stellte der Architekt Egon Eiermann fest, daß die bisherigen Projektplanungen im »geheimen« erfolgt seien. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1315.

[15] Vgl. dazu das Protokoll der Bundestagsvorstandssitzung vom 13. Dezember 1961. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1311.

[16] Beim Bau des Abgeordnetenhochhauses erfolgte die Auftragsvergabe nicht mittels Ausschreibung eines öffentlichen Architektenwettbewerbs. Die Bundesbaudirektion hatte vielmehr auf eigene Verantwortung Egon Eiermann mit der Federführung des Projektes betraut. E. GERSTENMAIER, Streit und Friede, 1981, S. 396.

[17] Zuvor hatte Gerstenmaier die Strategie vertreten, auf Fragen zu dem geplanten Neubau in Bonn ausweichende Antworten zu geben. Zwar hatte er sich nie davor gescheut, ein klares Votum für die Errichtung eines neuen Gebäudes abzugeben, doch war er mit Mitteilungen über die Einzelheiten der Planung sehr zurückhaltend. Vgl. Interview Eugen Gerstenmaiers mit dem Journalisten Max Schulze-Vorberg. Das Gespräch wurde vom Bayerischen Rundfunk am 27. Februar 1963 unter dem Titel »Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier zu Problemen unserer parlamentarischen Demokratie« gesendet.

[18] Gerstenmaier hatte in der Ältestenratssitzung vom 9. Juni 1964 berichtet, daß sowohl der Bundeskanzler als auch der Bundesfinanzminister schriftlich ihre Bedenken gegen die Neubaupläne des Bundestages vorgebracht hätten. BA, B 136/4520.

[19] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. April 1963.

[20] Münchner Abendzeitung vom 5. April 1963.

auszuführen. Der Bundestagspräsident wandte sich deshalb in einem scharf gehaltenen Schreiben an Heinrich von Brentano, um seine Fraktionskollegen über die Tragweite ihres wankelmütigen Verhaltens zu belehren. Dabei versuchte er seine Parteifreunde vor allem an den bindenden Beschluß des Bundestagsvorstandes vom Dezember 1961 zu erinnern und gleichzeitig zu betonen, daß es nicht allein dem Präsidenten der Volksvertretung überlassen sein sollte, für die zwingenden Bedürfnisse des Parlaments »einsam und ohne Mittel«[21] eintreten zu müssen. Darüber hinaus versuchte er sich gegen die zum Teil bissigen Kommentare der Presse zur Wehr zu setzen, die ihm nicht nur die hartnäckige Verfolgung seines vermeintlichen Traums von einem »hochragenden Bonner Regierungs- und Parlamentssitz[es]«[22] vorwarfen, sondern die ihn auch der Geheimniskrämerei bei der Verfolgung dieses Zieles bezichtigten. Gerstenmaier reagierte dünnhäutig auf diese Vorwürfe und sah sich zu Unrecht ins Kreuzfeuer der Kritik gelangt, da er für sich in Anspruch nahm, nur konsequent an der ursprünglichen Planung festgehalten zu haben. In seinem Plädoyer für eine funktionstüchtige Bundestagsinfrastruktur wankte Gerstenmaier trotz des heftigen Gegenwinds, der ihm allenthalben entgegenschlug, nicht.[23] Er versuchte all jene Kritiker zu widerlegen, die in dem Bau eine Abkehr vom provisorischen Hauptstadtcharakter Bonns manifestiert sahen. Der Bundestagspräsident betonte vielmehr, daß das Gebäude mittelfristig die Effizienz des deutschen Parlamentarismus verbessere und der multifunktional angelegte Bau nach einer Übersiedelung nach Berlin der Bonner Universität bzw. einer internationalen Körperschaft übereignet werden könne.[24]

Die Parteien hingegen sahen sich aufgrund der negativen Resonanz in der Bevölkerung nicht in der Lage, stringent an ihrem einstigen Votum festzuhalten und übten sich in Zurückhaltung. Gerstenmaier versuchte nach Kräften, die Entscheidung über den Abgeordnetenbau aus der parteipolitischen Auseinandersetzung herauszuhalten. Um das Projekt schließlich zu einem guten Ende zu führen, war er zudem bereit, die endgültige Entscheidung für den Neubau als Beschluß des Bundestagsvorstandes gemäß § 6 der Geschäftsordnung auszuweisen.[25] Damit hoffte der Parlamentspräsident, der Diskussion die politische Sprengkraft zu nehmen und die Verantwortung für die von der Öffentlichkeit kritisierte finanzielle Belastung in Millionenhöhe von den Parteien auf die Bundestagsverwaltung zu verlagern. Es ver-

[21] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 15. Mai 1963. BA, N 1239/174.

[22] Brief Eugen Gerstenmaiers an die Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 1. Juli 1963. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 144.

[23] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Erich Mende vom 8. März 1963. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 25, Mappe 2.

[24] Gerstenmaier hatte 1963 bereits angedacht, das Abgeordnetenhochhaus nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin der NATO als Militärakademie zur Verfügung zu stellen. Dieser Verwendungszweck wurde Anfang der sechziger Jahre nur hinter vorgehaltener Hand geäußert und sollte der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Ausführungen Eugen Gerstenmaiers in der Bundestagsvorstandssitzung vom 28. April 1964. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1315.

[25] Niederschrift über die Bundestagsvorstandssitzung vom 28. April 1964. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1315.

gingen seit den 1963 der Öffentlichkeit vorgestellten Planungsabsichten dennoch fast zwei Jahre, bis sich die Abgeordneten soweit untereinander verständigt hatten, daß im Plenum eine Vorlage zur Genehmigung eines Hochhauses verabschiedet wurde.[26] Gerstenmaiers Vorstoß, die baulichen Maßnahmen mit einer umfänglichen Umstrukturierung des Plenarsaals zu verknüpfen, scheiterte jedoch endgültig.

Das neue Abgeordnetenhaus[27] sollte von nun an – eng verknüpft mit dem Namen seines entschiedensten Befürworters und in Anspielung auf die Körpergröße des Bundespräsidenten – als »Langer Eugen« in die Geschichte eingehen. Der Neubau, über dessen Errichtung so kontrovers diskutiert worden war, wurde von den Parlamentariern allerdings erst nach dem Rücktritt Gerstenmaiers von seinem Amt bezogen.

[26] Der Bundestag stimmte der Einstellung des Titels 710 in Höhe von 12 Millionen Mark in den Haushalt 1966 zu und erteilte zugleich die Ermächtigungsverpflichtung für weitere 34,5 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1967. Einzelplan 02 des Bundeshaushalts für das Jahr 1966. Drucksache V/498 des Deutschen Bundestages – 5. Wahlperiode.

[27] Der Grundstein für den Parlamentsneubau war am 29. August 1966 gelegt worden. Das 29-geschossige und 112 Meter hohe Gebäude, eine Stahl-/Glaskonstruktion der Architekten Egon Eiermann, Paul Baumgarten und Sepp Ruf konnte in einer Bauzeit von etwas mehr als drei Jahren fertiggestellt werden. Im Jahre 1998 schließlich wurde das Hochhaus als Beispiel für »schlichte, demokratische Baukultur« ausgezeichnet. Vgl. dazu ausführlicher: Blickpunkt Bundestag, Nr. 5/98 vom Dezember 1998, S. 73.

Neuntes Kapitel

Zwischen Parteipolitik und zweithöchstem Staatsamt

1. Anwalt des freiheitlichen Parlamentarismus

Die in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags verankerte Verpflichtung zur Überparteilichkeit fordert von jedem Inhaber und jeder Inhaberin des zweithöchsten bundesrepublikanischen Staatsamtes die Fähigkeit, parteipolitisches Engagement zurückzustellen.[1] Da die Wahl jedoch keine Änderung des Abgeordnetenstatus nach sich zieht[2], ist es dem Fingerspitzengefühl des Bundestagspräsidenten anheimgestellt, wie häufig er in die parteipolitische Auseinandersetzung eingreift. Dieser Spagat zwischen Fraktionszugehörigkeit einerseits und objektiver Amtsführung andererseits fordert Konflikte mit der eigenen Partei geradezu heraus, wie im Verlauf der Amtszeit Eugen Gerstenmaiers deutlich wurde.

Der als Abgeordnete die Politik Adenauers loyal unterstützende Schwabe machte deutlich, daß er nicht geneigt war, zugunsten seiner Parteifreunde Abstriche bei seiner Amtsführung zu machen. Er verteidigte leidenschaftlich seine Unabhängigkeit gegenüber eventuellen Vereinnahmungsversuchen seiner Fraktion. Seine Konfliktbereitschaft erstreckte sich dabei nicht nur auf Initiativen, die den verwaltungstechnischen Bereich bzw. organisatorische Aspekte des Bundestags betrafen. Der CDU-Politiker schreckte nicht davor zurück, seine divergierenden Ansichten auch bei Fragen zu vertreten, deren politische Signalwirkung unübersehbar war.

Wie ernst Gerstenmaier seine Aufgabe nahm, zeigte sich in seinem Drängen, die dem Amt zustehenden protokollarischen Ansprüche einzufordern. Etwa zwei Wochen nach seiner Wahl hatte er Bundespräsident Heuss um ein klärendes Gespräch in dieser Frage gebeten. Er hatte damit eine zuvor schon von Hermann Ehlers aufgegriffene Diskussion[3] erneut in Gang gesetzt.[4] Der von Gerstenmaier verfolgte Ansatz, mit dem Pochen auf die Ämterhierarchie den Stellenwert des Bundestags als zentrales Organ der bundesrepublikanischen Demokratie aufzuwerten, wurde von Bundeskanzler und Bundespräsident allerdings als persönlicher Ehrgeiz ausgelegt, den sie nicht zu tolerieren bereit waren.[5] Aufgrund des Respekts, den Ger-

---

[1] § 7, Absatz 1 der Geschäftsordnung des Bundestags.

[2] Bis 1918 war es im deutschen Parlament üblich, daß der gewählte Präsident aus seiner Fraktion ausschied, um seine Überparteilichkeit zu unterstreichen. Vgl. dazu: K.-H. Kleinschnittger, Die rechtliche Stellung, 1963, S. 24.

[3] Vgl. A. Meier, Hermann Ehlers, 1991, S. 400.

[4] Im Bundesinnenministerium war bereits am 15. Februar 1952 ein Dossier über das Rangverhältnis der verfassungsmäßigen Organe in der Bundesrepublik erstellt worden. PA, B 8/626.

[5] In erstaunlicher Einmütigkeit verabredeten Heuss und Adenauer, den »Ambitionen« Gerstenmaiers entgegenzutreten. Adenauer bat den Bundespräsidenten sogar darum, Gerstenmaier zu ihm zu schicken, falls dieser »Schwierigkeiten« machen würde. Aufzeichnung einer Unterredung zwischen

stenmaier gegenüber der dominanten Figur der deutschen Nachkriegspolitik empfand, sah er 1954 von einer weiteren Verfolgung seines Ansinnens ab. Mitentscheidend für Gerstenmaiers Entschluß war ferner, daß er den Widerstand des Regierungschefs nicht ohne ernsthafte Verstimmungen innerhalb der Union zu brechen vermocht hätte.[6] Unmittelbar nach dem Rücktritt Adenauers verstärkte Gerstenmaier jedoch den Druck wieder[7] und er machte gegenüber Erhard seine protokollarischen Ansprüche massiv geltend.[8] Dieser Versuch war nicht zuletzt dank der Unterstützung des Ältestenrats[9] ungleich erfolgreicher, und es gelang ihm, seine protokollarische Stellung als »zweiter Mann im Staat« de facto zu festigen.[10]

Kämpferisch hatte sich Gerstenmaier bereits unmittelbar nach seiner Amtsübernahme auch im Hinblick auf die Verteidigung der Rechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung gezeigt. Die Debatte über die Annahme einer von der Sowjetunion am 31. Januar 1956 ausgesprochenen Einladung an die bundesdeutsche Volksvertretung verdeutlichte seine Standfestigkeit. Die Brisanz dieser Offerte aus Moskau lag in ihrer Symbolkraft für den Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die durch Adenauers Moskaubesuch im September 1955 in eine neue Phase eingetreten waren. Gerstenmaier versuchte, die Diskussion über den Vorschlag des Kremls zunächst auf den Ältestenrat zu begrenzen. Rasch wurde allerdings deutlich, daß die außenpolitische Tragweite dieser Entscheidung ein solches Vorgehen nicht zuließ. Nachdem die Presse im Sommer 1956 von der Moskauer Einladung Kenntnis erhalten hatte[11], begann die parteipolitische Auseinandersetzung, die Gerstenmaier

---

Heuss und Adenauer vom 6. Dezember 1954. BA, B 122/31269. Wie wichtig Adenauer diese Frage war, geht aus der Tatsache hervor, daß er rund zwei Jahre später darauf drängte, die protokollarische Rangordnung durch einen Kabinettsbeschluß in seinem Sinne festlegen zu lassen. Protokoll der Kabinettsitzung vom 3. Oktober 1956. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 9, 1998, S. 612.

[6] Bundesinnenminister Hermann Höcherl bestätigte Kanzler Erhard am 25. November 1963 schriftlich, daß Eugen Gerstenmaier während der Amtszeit Adenauers »stillschweigend« dessen Vorrang hingenommen habe. PA, B 8/626. Wie schwer Gerstenmaier diese Anerkennung gefallen war, machte die Auseinandersetzung um die Kennzeichnung der Diplomatenfahrzeuge deutlich. Zumindest auf diesem Sektor gelang ihm bereits zur Amtszeit Adenauers ein Teilerfolg. Eugen Gerstenmaier hatte über das seinem Dienstfahrzeug zugeteilte Kennzeichen »BD 1–1« Beschwerde geführt. Er forderte, daß ihm das Autokennzeichen »0–2«, das traditionell der Bundeskanzler erhielt, zuerkannt wurde. Nach mehrfachen Interventionen von seiten Gerstenmaiers wurde ihm Anfang März 1957 als Kompromiß schließlich die eigens für den Bundestagspräsidenten geschaffene Sondernummer »1–1« übereignet. Zur Kontroverse um die Kennzeichnung von Dienstfahrzeugen siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Februar 1957 sowie R. Morsey, Lübke, 1996, S. 418f.

[7] Auch gegenüber dem Bundespräsidenten hatte Eugen Gerstenmaier Mitte der sechziger Jahre versucht, seine Kompetenzen auszuweiten. Allerdings scheiterte sein Unterfangen am Widerstand Heinrich Lübkes. Vgl. Ebd., S. 468.

[8] Notiz der Abteilung Protokoll im Auswärtigen Amt für den stellvertretenden Protokollchef vom 4. Dezember 1963. PA, B 8/626.

[9] Gerstenmaier hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß ihm »in der Reihenfolge der Rang nach dem Bundespräsidenten« zustehe. Notiz über den Verlauf der Ältestenratssitzung vom 28. November 1963 für die Unionsfraktion. BA, B 136/4519.

[10] Vgl. W. Ismayr, Bundestagspräsident, 1992, S. 160.

[11] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 1956.

zu verhindern gehofft hatte. Während SPD, FDP und BHE der Entsendung einer Delegation zustimmten[12], weil sie die Gelegenheit nutzen wollten, in direkter Fühlungnahme mit Moskau die deutsche Frage zu diskutieren[13], spielte die Union unter Verweis auf die parlamentarische Sommerpause zunächst auf Zeit. Hinter den Kulissen jedoch wuchs der Druck, den die Union auf Gerstenmaier ausübte. Vor allem Außenminister Heinrich von Brentano hatte versucht, seinen Parteifreund von der Notwendigkeit einer Ablehnung des sowjetischen Vorstoßes zu überzeugen, den er als reine Propaganda abtat.[14] Zwar stimmte Gerstenmaier mit dem Bundesaußenminister überein, jedoch wollte er eine Entscheidung in der Debatte über das Für und Wider der Annahme einer Einladung losgelöst von der Vorgeschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen treffen. Verärgert zeigte sich der schwäbische Christdemokrat über von Brentanos formale Bedenken, die sich darin gründeten, daß das sowjetische Außenministerium als Organ der Exekutive mit der bundesrepublikanischen Legislative Kontakt aufgenommen habe. Gerstenmaiers Reaktion machte deutlich, daß er trotz der vorsichtigen Formulierungen des Außenministers den Kern der Kritik – die Nichtzuständigkeit des Parlaments in dieser Frage – erkannt hatte. Der damit zum Ausdruck kommende Versuch der Regierung, außenpolitische Kompetenz zulasten der Befugnisse des Parlaments an sich zu ziehen, verstärkte den Willen Gerstenmaiers zum Dissens mit den eigenen Parteifreunden.[15] Der Bundestagspräsident war nicht bereit, in der parlamentarischen Diskussion im Sinne der Bundesregierung Stellung zu beziehen. Er stimmte mit den sozialdemokratischen und liberalen Parlamentskollegen überein und erhoffte sich von Gesprächen mit Moskau mehr Bewegung in der festgefahrenen Deutschlandpolitik.[16] Außenminister und Kanzler[17] warnten unisono vor einer Annahme der sowjetischen Einladung, während die Mehrheit des Bundestags, einschließlich einiger christdemokratischer Abgeordneter, eine positive Reaktion auf den Vorschlag des Kremls befürwortete. Die Parlamentarier hofften in einer Phase relativer Entspannung, die durch die Akkreditierung des ersten Sowjetbotschafters in Berlin zum

---

[12] Bonner Generalanzeiger vom 6. Juli 1956.

[13] Der Tagebucheintrag Heinrich Krones vom 29. Juni 1956 bestätigt, daß sich im Parlament fraktionsübergreifend die Meinung herausgebildet hatte, daß der Weg zur deutschen Einheit über »Moskau und nicht über Pankow« führen müsse. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 219.

[14] Schreiben Heinrich von Brentanos an Eugen Gerstenmaier vom 23. April 1956. ACDP, I-028–011/2.

[15] Eugen Gerstenmaier hatte Anfang September 1956 abermals erklärt, daß er sich zwar von einem Besuch deutscher Parlamentarier in Moskau keinen allzu großen Nutzen versprach. Zugleich betonte er aber, über keine stichhaltigen Gründe für eine Ablehnung der Einladung zu verfügen. Vgl. Ausführungen Gerstenmaiers im Rahmen der Sitzung des Fraktionsvorstands vom 10. September 1956. ACDP, I-172–007.

[16] Gerstenmaier befürwortete Mitte März 1956 Verhandlungen mit der Sowjetunion, während er Gespräche mit Ost-Berlin kategorisch ablehnte. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. März 1956.

[17] Heinrich Krone hatte in seinem Tagebuch unter dem Datum des 29. Juni 1956 notiert, daß der Kanzler »hart« gegen Gespräche mit Moskau eingestellt sei. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 219.

Ausdruck kam, mit ihrem zustimmenden Votum die deutsch-sowjetischen Beziehungen weiter verbessern zu können.[18]

Der Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Union in dieser Frage wurde erst auf einer Klausurtagung der Fraktion am 25. September in Bad Honnef abgeschlossen.[19] Eugen Gerstenmaier ergriff die Gelegenheit und vermochte seine noch zögerlichen Parteikollegen trotz der weiter ablehnenden Haltung Adenauers und von Brentanos mehrheitlich von der Richtigkeit seiner Auffassung zu überzeugen. Nach Abschluß der Sitzung holte der aus dem Meinungsstreit siegreich hervorgegangene Gerstenmaier allerdings zu einer verbalen Attacke gegen seine fraktionsinternen Kritiker aus, indem er öffentlich seine Zuversicht äußerte, daß diejenigen seiner Fraktionskollegen, die »länger für ihre Überlegungen brauchten«[20], sich letztlich ebenfalls seinem Vorschlag anschließen würden. Dieser herablassende Kommentar konnte vom Außenminister nicht unbeantwortet bleiben und bereicherte die Auseinandersetzung um eine weitere Facette. Von Brentano, der das Nachkarten Gerstenmaiers als einen persönlichen Affront empfand, war zugleich aber bereit, diese für ihn verlorene Kontroverse zugunsten einer künftig verbesserten Dialogbereitschaft mit dem Parlamentspräsidenten ad acta zu legen.[21] Gerstenmaier wies die ausgestreckte Hand des Außenministers zwar nicht zurück, doch überwog der Groll seine Kompromißbereitschaft. Den Endpunkt dieser Auseinandersetzung setzte Gerstenmaier Anfang Oktober 1956. In einem scharf gehaltenen Schreiben an den Bundesaußenminister ließ er keine Zweifel daran aufkommen, daß er auch bei zukünftigen Kompetenzüberschneidungen von Bundesregierung und Parlament die Rechte der Volksvertretung zu verteidigen beabsichtigte.[22]

Vor allem die Sicherstellung des Informationsrechts der Parlamentarier war dem Bundestagspräsidenten wichtig, da er die hinreichende Unterrichtung als unverzichtbare Grundlage für die Ausübung der Kontrollfunktion des Bundestags erachtete. Vor diesem Hintergrund trug Eugen Gerstenmaier eine im Einvernehmen mit den Fraktionsvorsitzenden im November 1960 getroffene Vereinbarung mit, die er mitinitiiert hatte. Der Übereinkunft zufolge bestimmte der Bundestag den Umfang der von der Bundesregierung zur Verfügung zu stellenden Informationen weitgehend

---

[18] Zum Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen Ende 1955/Anfang 1956 vgl. ausführlich: D. Kosthorst, Brentano, 1993, S. 144–150.

[19] Das Kabinett hatte sich Anfang September explizit gegen einen Besuch ausgesprochen, da der Kreml der Bundesrepublik bislang die »Wahrnehmung primitivster konsularischer Rechte« verweigert habe. Sitzung des Kabinetts vom 5. September 1956, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 9, 1998, S. 586.

[20] Frankfurter Allgemeine Zeitung sowie Die Welt vom 26. September 1956.

[21] Schreiben Heinrich von Brentanos an Eugen Gerstenmaier vom 28. September 1956. BA, N 1239/174.

[22] Brief von Bundestagspräsident Gerstenmaier an Außenminister von Brentano vom 9. Oktober 1956. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 18, Mappe 1. In einem vom 8. Oktober 1956 datierenden Briefentwurf an den Außenminister war Gerstenmaier noch detaillierter auf die seiner Meinung nach ungerechtfertigte Ablehnung der Moskaureise eingegangen. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 18, Mappe 1.

selbst[23]; von dieser Regelung ausgenommen waren allerdings sicherheitsrelevante Auskünfte und Dokumente.[24] Selbstbewußt war der Bundestagspräsident im Zuge dieser Entwicklung bestrebt, auch seinen eigenen Informationsstand zu verbessern. Allerdings fiel während der Kanzlerschaft Adenauers seine Kritik an der mangelnden Informationspolitik durchaus milde aus. So hatte der Parlamentspräsident im Zuge der Verhandlungen über den Deutschlandvertrag 1955 lediglich die kurzfristige Unterrichtung der Abgeordneten generell gerügt. In der Regierungszeit Erhards verschärfte sich Gerstenmaiers Ton indessen. Im Zusammenhang mit der Freilassung politischer Häftlinge in der DDR prangerte er die mangelhafte Informationspolitik der Regierung im Ältestenrat an.[25] Gerstenmaier hatte Klage geführt, daß er von der Regierung schlechter unterrichtet werde als die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Fraktionen. Doch selbst der Hinweis, daß Gerstenmaier durch dieses Vorgehen den Fortbestand einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit dem Kabinett gefährdet sah, verhallte weitgehend ungehört. Die Distanz, die sich zwischen dem Bundestagspräsidenten und seiner eigenen Partei mittlerweile auftat, wurde durch die fehlende Bereitschaft Ludwig Erhards, die Beschwerde Gerstenmaiers ernst zu nehmen, dokumentiert.[26] Die Kluft zu Erhard, dessen Nominierung der Schwabe nachhaltig unterstützt hatte, war rund ein halbes Jahr nach dessen Amtsantritt bereits unüberbrückbar geworden, wie das Beispiel der Haushaltsberatungen 1965 belegte. Die Bundesregierung hatte erstmals ihr Recht ausgeübt, den Etat des Bundestags zu überprüfen und nicht – wie es zuvor Praxis war – den Einzelplan 02 weitgehend kommentarlos in den Entwurf des Bundeshaushalts aufzunehmen.[27] Gerstenmaier zeigte sich höchst erbost über dieses Vorgehen, das er als einen schweren Verstoß gegen das Ansehen des Parlaments wertete. Sein Ärger richtete sich dabei hauptsächlich gegen den Bundesminister der Finanzen, den FDP-Politiker Rolf Dahlgrün, der die Prüfung angeordnet hatte. Gerstenmaier war zunächst nicht

---

[23] Den Parlamentariern war damit die Möglichkeit gegeben, nach dem Prinzip »need to know« selbst Unterlagen von der Regierung anzufordern. Notiz einer vertraulichen Unterredung Gerstenmaiers mit den Vorsitzenden der Fraktionen vom 8. November 1960. ACDP, I/028–011/2.

[24] Die Bundesregierung hatte dieser Vereinbarung offenbar auch deshalb zugestimmt, da ihr in sehr weichen Formulierungen hinreichend Handlungsspielraum eingeräumt worden war.

[25] Schreiben Gerstenmaiers an Ludwig Erhard vom 12. Oktober 1964. BA, B 136/4510. Protokoll der Ältestenratssitzung vom 5. Mai 1955. PBT, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

[26] Die Klage des Parlamentspräsidenten wurde dem Kanzler zwar vorgelegt, allerdings erhielt er als Antwort zunächst nur ein unverbindlich gehaltenes Schreiben des zuständigen Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende. Dieser versicherte Gerstenmaier, den parlamentarischen Gepflogenheiten sei hinreichend Rechnung getragen worden. Brief Erich Mendes an Eugen Gerstenmaier vom 15. Oktober 1964. BA, B 136/4510. Von Erhard erhielt der Parlamentspräsident erst Mitte Dezember – also mehr als zwei Monate nach seinen Schreiben – eine Antwort, in der ihm lapidar mitgeteilt wurde, die Regierung habe sich immer auf den gesetzlich vorgesehenen Wegen um eine Unterrichtung des Bundestages bemüht. Brief Ludwig Erhards an Eugen Gerstenmaier vom 15. Dezember 1964. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 61.

[27] Gemäß Artikel 113, Abs. 1 des Grundgesetzes bedurften Gesetze, die neue Ausgaben mit sich brachten bzw. die für die Zukunft neue Kosten erwarten ließen, der Zustimmung der Bundesregierung.

bekannt gewesen, daß die Weisung Dahlgrüns kein Alleingang des Ministers war, sondern auf einem Kabinettsbeschluß basierte. Die Regierung hatte sich darauf verständigt, mit dem Eingriff in das Bundestagsbudget die Entscheidung über die Neubaupläne des Parlaments[28] zu verzögern.[29]

Die Klage über die Amtsführung des Parlamentspräsidenten seitens der Bundesregierung war indessen nichts Neues. Bereits Ende der fünfziger Jahre hatte es diesbezüglich Querelen gegeben. Im Unterschied zur Kontroverse um die Einladung einer Bundestagsdelegation nach Moskau im Jahr 1956, die die Befugnisse des Parlaments unmittelbar berührte, hatte Eugen Gerstenmaier zunehmend auch auf der Wahrung der ihm als Präsident der bundesdeutschen Volksvertretung zustehenden Rechte beharrt. An seiner Haltung zum Stimmrecht der Berliner Abgeordneten schieden sich dabei ebenso die Geister wie bei der Wahl Berlins als Tagungsort für Bundesversammlungen und Parlamentssitzungen. Dabei hatte zunächst in der bundesdeutschen Politik prinzipiell Einigkeit darüber geherrscht, in der ehemaligen Reichshauptstadt mehr Präsenz zu zeigen. Jedoch entzündete sich an der Frage des Stimmrechts der Berliner Abgeordneten zwischen Innenminister Gerhard Schröder und Eugen Gerstenmaier ein Streit. Diese Auseinandersetzung fiel mit der durch die Noten Chruschtschows im November 1958 eingeleiteten Berlinkrise[30] zusammen. Anläßlich der Wahl des Nachfolgers von Theodor Heuss hatte der Bundestagspräsident am 24. Juni entschieden, von der Praxis seiner beiden Vorgänger abzuweichen und den Berliner Parlamentariern das volle Stimmrecht bei der Kür des zweiten Bundespräsidenten einzuräumen.[31] Die Entscheidungsbefugnis darüber lag ebenso in den Händen des Parlamentspräsidenten wie die Wahl des Sitzungsortes.[32] Gerstenmaiers Entschluß stieß allerdings auf den entschiedenen Widerstand Schröders, der unter Berufung auf Vorbehalte der drei westlichen Alliierten[33], den Berliner Abgeordneten allenfalls eine getrennte Stimmabgabe ermöglichen wollte. Der Bun-

[28] Vgl. dazu achtes Kapitel, 3.

[29] Die Regierung hatte sich entschlossen, die Vorjahreszahlen in den Haushalt 1965 einzustellen und damit die Bereitstellung der Gelder für das Bauvorhaben zu blockieren. Bericht über den Ablauf der Sitzung des Ältestenrats vom 23. Juni 1964 für das Bundeskanzleramt. BA, B 136/4520.

[30] Vgl. dazu unter anderem: H.-P. Schwarz (Hg.), Berlin-Krise und Mauerbau, 1985 sowie D. Mahncke, Das Berlin-Problem – die Berlin-Krise 1958–1961/62, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Bd. V/2, 1995, S. 1784–1789.

[31] Parlamentspräsident Köhler hatte die Berliner Abgeordneten überhaupt nicht an der Abstimmung beteiligt. Dessen Nachfolger Ehlers hatte die Parlamentarier zwar mitstimmen lassen, deren Voten jedoch in einer separaten Urne getrennt ausgezählt. Die Entscheidung Gerstenmaiers, den Berliner Repräsentanten volles Stimmrecht zuzubilligen, wertete die Sowjetunion als Verstoß gegen den Viermächtestatus der Stadt Berlin und legte am 27. Juni 1959 Protest ein.

[32] Gemäß § 54, Abs. 4 des Grundgesetzes beruft der Bundestagspräsident die Bundesversammlung ein. Als Sitzungsleiter steht ihm darüber hinaus die Entscheidung über die Teilnahme der Berliner Abgeordneten am Wahlakt zu.

[33] Schröder basierte seine Haltung auf dem »Genehmigungsvorbehalt« der westlichen Alliierten zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949, der den Berliner Abgeordneten in Bundestag und Bundesrat das Stimmrecht versagte. Der Innenminister zog daraus die Konsequenz, daß diese Bedenken auf das Mitwirkungsrecht der Berliner Parlamentarier bei der Wahl des Bundespräsidenten zu übertragen

destagspräsident hingegen war von der Rechtmäßigkeit seiner Entscheidung überzeugt und verwies auf das Mitwirkungsrecht dieser Parlamentarier aufgrund der grundgesetzlich verankerten Zugehörigkeit »Groß-Berlins«[34] zum Bundesgebiet. Gerhard Schröder attackierte Gerstenmaiers Entscheidung und gab diesem unumwunden zu verstehen, daß er sich als der für die »Angelegenheiten der Bundesversammlung federführende Minister«[35] für den rechtlich einwandfreien Ablauf der Zusammenkunft verantwortlich fühle. Die Kritik des Innenministers am Beschluß des Parlamentspräsidenten fiel auch deshalb so ungeschminkt aus, da Schröder den Kanzler auf seiner Seite wußte[36] und sichergestellt war, daß für den Kandidaten der Union, Heinrich Lübke, auch ohne die Berliner Stimmen eine absolute Mehrheit erzielt werden konnte.[37] Der Regierungschef revidierte damit seine Haltung vom April. Damals hatte Adenauer in einem Gespräch mit Bundespräsident Heuss verkündet, Gerstenmaier habe bei seiner Entscheidung prinzipiell freie Hand, solange die Gültigkeit des Wahlaktes nicht anfechtbar sei.[38] Der Sinneswandel des Kanzlers war weniger durch den Protest des Kremls wegen der vermeintlichen Verletzung des Berliner Viermächtestatus hervorgerufen worden. Vielmehr schien Adenauer die Befürchtung gehegt zu haben, die westlichen Bündnispartner durch Mißachtung des Besatzungsrechts zu verärgern und damit den Ausgang der noch andauernden Genfer Außenministerkonferenz negativ zu beeinflussen.[39]

Eugen Gerstenmaier zeigte sich trotz der Tragweite seines Entschlusses von der ihm entgegengebrachten Kritik relativ unbeeindruckt und hielt trotz der Einwände der Bundesregierung[40] an seiner Entscheidung fest.[41] Die herablassende Haltung Gerhard Schröders, der die Kompetenz des Bundestagspräsidenten angezweifelt hatte, mochte ein Grund für seine Starrköpfigkeit in dieser Kontroverse gewesen sein.

---

seien. Brief Gerhard Schröders an Eugen Gerstenmaier vom 25. Juni 1959. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 68.

[34] Der 1959 noch gültige Artikel 23 verfügte die Gültigkeit des Grundgesetzes auch in Groß-Berlin.

[35] Brief Gerhard Schröders an Eugen Gerstenmaier vom 25. Juni 1959. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 68.

[36] Adenauer versicherte Schröder, er stimme mit dessen Kritik an Gerstenmaier völlig überein. Brief Konrad Adenauers an Gerhard Schröder vom 26. Juni 1959. ACDP, I-483–011/1.

[37] Ohne die Repräsentanten Berlins verfügte die Union über 500 Stimmen und lag damit mit zwei Stimmen über der zur Wahl des Bundespräsidenten nötigen absoluten Mehrheit. Schreiben Gerhard Schröders an Heinrich Krone vom 26. Mai 1959. ACDP, I-483–011/1.

[38] Protokoll der Unterredung zwischen Theodor Heuss und Konrad Adenauer vom 6. April 1959. BA, B 122/31269, Bl. 15.

[39] Zum Verlauf der Tagung in Genf siehe: M. Lindemann, Die Deutschlandfrage auf der Gipfelkonferenz und der Außenministerkonferenz in Genf 1955, in: D. Blumenwitz (Hg.), Die Deutschlandfrage vom 17. Juni 1953 bis zu den Genfer Viermächtekonferenzen von 1955, 1990, S. 177–205.

[40] Schreiben Gerhard Schröders an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion vom 3. Juli 1959. ACDP, I-483–011/1.

[41] In seinen Lebenserinnerungen stellte Gerstenmaier dazu lapidar fest: »Ich lehnte jedenfalls ab, auf die Bundesversammlung die Vorbehalte anzuwenden, die die Schutzmächte den Berliner im Bundestag auferlegt haben. Das wäre logisch gewesen. Aber was ging das mich an. Von der Bundesversammlung stand jedenfalls kein Wort in den Auflagen.« E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 394.

Schützenhilfe hatte er in dieser Auseinandersetzung im übrigen von der sozialdemokratischen Fraktion erhalten, welche die mittlerweile publik gewordenen Beeinflussungsversuche Schröders öffentlich kritisierte.[42] Obwohl sich das Kabinett geschlossen hinter Schröder stellte[43], ließ sich Eugen Gerstenmaier in seiner Haltung nicht beirren. In seiner Eröffnungsansprache vor der Bundesversammlung verwies er – scheinbar unbeeindruckt vom Widerspruch aus den eigenen Reihen – nochmals auf die rechtliche Unbedenklichkeit seiner Entscheidung und erkannte den einundzwanzig Berliner Repräsentanten das volle Stimmrecht zu.[44]

Ähnlich konsequent verhielt er sich im Hinblick auf den Tagungsort der Bundesversammlung 1959.[45] Dieses Mal erzürnte die Entscheidung Gerstenmaiers sowohl den Bundeskanzler als auch Außenminister Heinrich von Brentano. Die Gründe für die Kritik der Bundesregierung an Berlin als Versammlungsort für die Wahl des künftigen Bundespräsidenten waren im Prinzip identisch mit den Einwänden Schröders bei der Debatte um das Stimmrecht der Berliner Abgeordneten und bezogen sich hauptsächlich auf Vorbehalte der Alliierten. Das Medienecho, das die Meinungsverschiedenheit zwischen Parlamentspräsident und Bundesregierung auslöste, war aufgrund der größeren Symbolträchtigkeit der Entscheidung dabei sogar noch größer als bei der Diskussion um die Behandlung der Berliner Wahlmänner und -frauen. Gerstenmaiers Standfestigkeit schien aber auch bei der Festlegung auf die ehemalige Reichshauptstadt unumstößlich, und er interpretierte einen Verzicht auf Berlin als Tagungsstätte unumwunden als »Defätismus«.[46] Er hatte zunächst die Unionsfraktion mehrheitlich auf seiner Seite, obwohl der Kanzler und sein Außenminister bereits damals ihre schwerwiegenden Bedenken geäußert hatten.[47] Besonders von seinem Berliner Kollegen Ernst Lemmer erhielt Gerstenmaier Unterstützung. Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen hatte erwartungsgemäß dafür appelliert, Stärke zu zeigen und sich nicht durch die sowjetische Propaganda verunsichern zu lassen.[48]

Im Bundestag war das Meinungsbild zu diesem Zeitpunkt sogar noch eindeutiger, und es regte sich gegen den Gang nach Berlin kaum Kritik.[49] Auch der Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hielt Gerstenmaiers Entscheidung für richtig.

---

[42] Erklärung des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Adolf Arndt, zur Auseinandersetzung zwischen Gerstenmaier und Schröder, in: Die SPD-Fraktion, Nr. 255/59 vom 6. Juli 1969.

[43] Die Welt vom 13. August 1959.

[44] Wortlaut der Ansprache Gerstenmaiers in Berlin am 1. Juli 1959, in: Bulletin, Nr. 116 vom 2. Juli 1959.

[45] Zum detaillierten Ablauf der Bundesversammlung 1959 vgl. W. Wagner, Die Bundespräsidentenwahl 1959, 1972.

[46] D. Kosthorst, Brentano, 1993, S. 293.

[47] Tagebucheintrag Heinrich Krones vom 16. Juni 1959. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 364.

[48] Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises V der Union vom 9. Juni 1959. ACDP, VIII-006–001/1.

[49] SPD und FDP hielten prinzipiell an ihrer Entschluß, nach Berlin zu gehen, fest. Die CDU schloß sich diesem Votum an, solange aus dieser Entscheidung kein »Schaden für den Staat oder Berlin« erwüchse. Bericht über die Ältestenratssitzung vom 12. Juni 1959 für das Bundeskanzleramt. BA, B 136/4517.

Brandt gelang es sogar, im Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz die Bedenken der USA gegen den Tagungsort Berlin weitgehend auszuräumen.[50] Opposition schlug Gerstenmaier hingegen zunehmend aus den eigenen Reihen entgegen. Besonders der Widerstand von Außenminister Heinrich von Brentano als stärkster Widersacher Gerstenmaiers war ungebrochen.[51] Adenauer zeigte sich über den Verlauf der Debatte zwar unzufrieden, doch widmete der Kanzler zunächst einen Großteil seiner Aufmerksamkeit auf die Gestaltung seines eigenen politischen Werdegangs, dessen Fortgang aufgrund der Auseinandersetzung mit seiner eigenen Partei in der »Präsidentschaftskrise«[52] ungewiß war. Im Unterschied zu Gerstenmaiers Kollision mit Gerhard Schröder wurde die Kontroverse mit von Brentano allerdings nicht von Beginn an von den Medien aufgegriffen, erst nach der endgültigen Entscheidung drangen die Differenzen zwischen beiden Politikern an die Öffentlichkeit. Die beiden Kontrahenten wußten um die außenpolitische Brisanz dieser Problematik und bemühten sich zur Abwehr der sowjetischen und Ost-Berliner Proteste nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren. Hinter den Kulissen wurde aber mit harten Bandagen gekämpft, wobei Gerstenmaier von Brentanos Hinweis in Rage versetzte, er könne aus Geheimhaltungsgründen die ganze Bandbreite seiner Vorbehalte nicht offenlegen.[53]

Heinrich von Brentano ging in der Folgezeit zunehmend dazu über, in der Auseinandersetzung mit dem Bundestagspräsidenten die ablehnende Haltung der westlichen Bündnispartner in die Waagschale zu werfen. Als Ergebnis vertraulicher Gespräche in Genf teilte er Gerstenmaier zwar mit, daß die Westmächte die Souveränität der Bundesrepublik im Hinblick auf die Festlegung des Ortes der Wahl des Bundespräsidenten nicht bestritten, allerdings gäbe es schwerwiegende Einwände gegen eine Zusammenkunft in Berlin. Adenauer hatte sich nach der Lösung der »Präsidentschaftskrise« ebenso in die Diskussion eingemischt. Dabei hatte sich der Regierungschef die Argumente seines Außenministers zu eigen gemacht und versuchte nun, nachdem von Brentanos Unterfangen, den Bundestagspräsidenten umzustimmen gescheitert war, seinen Einfluß geltend zu machen. Doch selbst die persönliche Intervention Adenauers sowie der Hinweis auf die zu erwartenden internationalen Verwicklungen änderten Gerstenmaiers Einstellung nicht. Zwar stimmte der Parlamentspräsident in einem Gespräch mit Krone und Adenauer durchaus zu, daß die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin unter den gegen-

[50] Brandt traf am 12. Juni 1959 mit Außenminister Christian Herter in Genf zusammen. Schreiben Merchants an die amerikanische Delegation in Genf vom 11. Juni 1959. NARA, RG 59, Office of German Affairs, Records Relating to Berlin 1957–1963, Box 7. Vgl. dazu auch: W. Grewe, Rückblenden 1976–1951, 1979, S. 405–406.

[51] Heinrich von Brentano hatte schon im Februar seine Bedenken gegen Berlin zum Ausdruck gebracht. Vgl. D. Kosthorst, Brentano, 1993, S. 293.

[52] Vgl. dazu Abschnitt 5 in diesem Kapitel.

[53] Noch in seinen Memoiren wurde deutlich, daß Gerstenmaier weder von Brentanos Gründe für die Ablehnung Berlins als Tagungsort noch dessen Versuch, die Entscheidung des Bundestagspräsidenten zu beeinflussen, gebilligt hatte. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 392f.

wärtigen Umständen »politisch unrichtig«[54] sei. Allerdings relativierte er dieses Zugeständnis zugleich wieder mit dem Hinweis, eine Verlegung des Tagungsortes sei der Bevölkerung nur mit einem hinreichenden Grund verständlich zu machen.[55] Der Parlamentspräsident machte deutlich, daß eine Änderung seiner Entscheidung nur durch ein eindeutiges Votum der Alliierten erzielt werden könne. Nach dem Willen des Kanzlers sollte von Brentano gemeinsam mit dem nach Genf delegierten Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, eine diesbezügliche Erklärung sicherstellen. Allerdings scheiterte dieser Versuch, da die Siegermächte sich weigerten mit einer offiziellen Erklärung Farbe zu bekennen; die Regierung hatte damit ihren letzten Trumpf erfolglos ausgespielt.[56] Zur Enttäuschung Adenauers und von Brentanos waren vor allen die USA nicht bereit, eindeutig Stellung zu beziehen. Der amerikanischen Delegation in Genf waren die Hände gebunden, denn ihre Marschroute aus Washington lautete, sich nicht öffentlich in die inneren deutschen Angelegenheiten einzumischen. Von Brentano wurde deshalb lediglich die kryptische Botschaft mit auf den Weg gegeben, daß die deutsche Entscheidung die Entschlossenheit des Westens im Hinblick auf Berlin widerzuspiegeln habe.[57]

Nachdem die Siegermächte nicht bereit waren, ihre Bedenken hinsichtlich einer Bundesversammlung deutlich zu artikulieren, resignierte auch Kanzler Adenauer.[58] Eugen Gerstenmaier hatte sich mit seiner Haltung durchgesetzt und profitierte dabei maßgeblich von der Unterbrechung der Genfer Konferenz Ende Juni 1959.[59] Dem Bundestagspräsidenten selbst waren aufgrund des wachsenden Drucks seitens der Regierung und der unklaren Signale der westlichen Verbündeten aber zunehmend Zweifel an der Richtigkeit seines Beschlusses gekommen, obwohl er nach außen weiterhin an seiner Entscheidung festhielt. Das Schwanken Gerstenmaiers wurde besonders durch die Anberaumung einer Sondersitzung des Bundestags für den 24. Juni 1959 deutlich, deren Ziel es sein sollte, eine endgültige Entscheidung über

---

[54] Brief Konrad Adenauers an Heinrich von Brentano vom 15. Juni 1959. ACDP, I-070–052/3.

[55] Th. Heuss, Tagebuchbriefe, 1970, S. 444.

[56] Gerstenmaier hatte bereits in der außerordentlichen Ältestenratssitzung vom 12. Juni 1959 erklärt, daß sein Entschluß vom Verhalten der Alliierten abhänge. Würden von den drei Westmächten konkrete Bedenken geäußert, sei er bereit, den Tagungsort nach Bonn zu verlegen. Für den Fall, daß die Verbündeten keine konkrete Position bezögen, handele es sich um eine politische »Ermessensentscheidung« des Bundestagspräsidenten. Bericht über den Verlauf der Ältestenratssitzung vom 12. Juni 1959 für das Bundeskanzleramt. BA, B 136/4517.

[57] Schreiben Merchants an Christian Herter vom 11. Juni 1959. Im Wortlaut heißt es darin: »[...] you are prepared to say to Foreign Minister von Brentano that under present circumstances the decision cannot fail to be interpreted as a test of the firmness of the west in regard to Berlin and that you hope the Federal Government will take this fact into account in reaching its decision.« NARA, RG 59, Office of German Affairs, Records Relating to Berlin 1957–1963, Box 7.

[58] Nachdem seine eigenen und die Bemühungen des Regierungschefs erfolglos verlaufen waren, blieb Heinrich von Brentano nur die resignierende Feststellung, daß Gerstenmaier allein die Verantwortung für seine Entscheidung zu trage habe. Schreiben Heinrich von Brentanos an Konrad Adenauer vom 16. Juni 1959. Vgl. D. Kosthorst, Brentano, 1993, S. 294.

[59] Die Konferenz der Außenminister wurde in zwei Sessionen abgehalten: Die erste Hälfte der Tagung fand vom 11. Mai bis zum 20. Juni statt, die zweite Sitzungssession dauerte vom 13. Juli bis zum 5. August 1959. Vgl. R. Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland, 2000, S. 275.

den Tagungsort der Bundesversammlung herbeizuführen. Die Vertagung der Genfer Konferenz machte diese Zusammenkunft des bundesdeutschen Parlaments aber obsolet.

Die letztlich unbeugsame Haltung des Parlamentspräsidenten, der sich Ende Juni endgültig für Berlin entschieden hatte[60], wurde in der Öffentlichkeit als Zeichen der deutschen Stärke gegen die Provokationen des Ostens begrüßt.[61] Nachdem die innenpolitischen Schwierigkeiten hinsichtlich des Wahlortes bei der Bundespräsidentenkür endlich ausgeräumt waren, reagierte Gerstenmaier auf die vehementen Proteste der UdSSR und ihres Ost-Berliner Satellitenstaates. [62] Zwar bemühte sich der CDU-Politiker, die Wogen der Entrüstung im Osten mit der Erklärung zu glätten, sein Entschluß bedeute keine bewußte Provokation oder gar eine Verletzung des Berliner Viermächtestatus.[63] Nachdem die Sowjetunion ihre Drohungen jedoch weiter verschärft und schließlich sogar in einer offiziellen Protestnote formuliert hatte[64], fand auch Gerstenmaier deutliche Worte. Auf dem Parteitag der Exil-CDU in Fulda griff er gemeinsam mit Ernst Lemmer den Kreml in scharfen Worten an und bekräftigte das deutsche Selbstbestimmungsrecht gemäß der Charta der Vereinten Nationen.[65] Auch in seiner Eigenschaft als Bundestagspräsident formulierte Eugen Gerstenmaier sein Mißfallen am Kurs des sowjetischen Regimes nun unverhohlen und er bekräftigte, nicht vor der »erhobenen Faust eines Diktators«[66] zurückweichen zu wollen. Der reibungslose Ablauf der Bundesversammlung in der Ostpreußenhalle ohne die vom Osten angedrohten Störmanöver gab Gerstenmaier im nachhinein recht.[67] Das der Wahl Lübkes zum zweiten Bundespräsidenten vorausgegangene innenpolitische Tauziehen bestätigte aber auch seine Kritiker in den eigenen Reihen, welche die Auseinandersetzung um die Bundesversammlung als ein weiteres Beispiel für das kompromißlose Beharren des schwäbischen Parlamentspräsidenten auf seinen Amtsbefugnissen werteten.

Gerstenmaiers Initiative 1959 markierte den Anfangspunkt einer kontinuierlichen Politik, die die Erhöhung der Präsenz des deutschen Parlaments in der ehemaligen Reichshauptstadt anstrebte. Im gesamten Verlauf seiner Amtszeit setzte er sich dafür ein, den Wiedervereinigungsanspruch durch das Abhalten der Bundesversammlungen und mittels Zusammenkünften des Bundestags in Berlin zu betonen. Dabei ließ sich der CDU-Politiker nicht davon beirren, welche innenpolitischen Querelen

---

[60] Interview des Journalisten Wolf Dietrich mit Eugen Gerstenmaier. Das Gespräch wurde am 20. Juni 1959 im SDR gesendet.

[61] Die Zeit vom 20. Juni 1959 bzw. die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Juni 1959.

[62] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Juni 1959.

[63] Interview des Journalisten Wolf Dietrich mit Eugen Gerstenmaier. Das Gespräch wurde am 20. Juni 1959 im SDR gesendet.

[64] Frankfurter Neue Presse vom 26. Juni 1959.

[65] Hessische Allgemeine Zeitung vom 22. Juni 1959.

[66] Die Welt vom 22. Juni 1959.

[67] Eugen Gerstenmaier hatte sich am Vortag der Bundesversammlung zufrieden gezeigt, daß die Anreise und die Vorbereitungen der Bundespräsidentenwahl ohne Störungen verlaufen waren. Vgl. Gerstenmaier in einem Radiointerview des NDR vom 30. Juni 1959.

durch diese stringente Haltung ausgelöst wurden. Die Einstellung des Bundestagspräsidenten in dieser Frage war bei der Wiederwahl Lübkes im Juli 1964 ebenso unbeirrbar, wie bei den Vorbereitungen der Bundesversammlung vom März 1969 als mit Gustav Heinemann erstmals ein Sozialdemokrat das höchste Staatsamt einnahm.[68] Im Unterschied zum innenpolitischen Gezänk nahm der Christdemokrat allerdings internationale Konsequenzen seines Handelns außerordentlich ernst. Wie bereits 1959, als Gerstenmaier bereit war, auf den symbolträchtigen Tagungsort bei einer eindeutigen Weisung der westlichen Verbündeten zu verzichten, sondierte er auch in den sechziger Jahren die Einstellung der Bündnispartner genau. Der Bundestagspräsident wußte, daß die Bundesrepublik die Befindlichkeiten der USA, Großbritanniens und Frankreichs bei innenpolitischen Entscheidungsprozessen einzubeziehen hatte. Vor seiner Entscheidung, auch den dritten Bundespräsidenten in der Berliner Ostpreußenhalle zu küren, versuchte Gerstenmaier deshalb Ende 1968 den diesbezüglichen Standpunkt der US-Regierung in Erfahrung zu bringen. Seinen Entschluß traf er erst, nachdem er sich der Unterstützung der Nixon-Administration versichert hatte.[69] Die öffentlich vorgetragenen Proteste der Sowjetunion und des von ihr abhängigen DDR-Regimes beeindruckte Gerstenmaier hingegen nicht. Es war ihm vielmehr wichtig, selbst in politisch prekären Situationen den Willen des bundesrepublikanischen Parlaments zur Wiedervereinigung zu unterstreichen.

Nach diesem Modus operierte der Parlamentspräsident auch bei der Ansetzung von Bundestagssitzungen.[70] Bei keinem anderen Amtsinhaber bis zu Vereinigung 1990 demonstrierte die deutsche Volksvertretung mehr »demonstrative Bundespräsenz«[71] in Berlin als unter Eugen Gerstenmaier. Die Haltung der Alliierten unterschied sich auch hier nicht wesentlich von ihrer Politik der offiziellen Nichteinmischung, die sie bei der Debatte um die Bundesversammlung 1959 demonstriert hatten. Die Reserviertheit der Westmächte wurde Bonn gegenüber in der Regel nur über private oder halb offizielle Kanäle zum Ausdruck gebracht. Weniger Zurückhaltung erlegten sich die Alliierten hingegen im Verlauf ihrer vertraulichen Gespräche untereinander auf. So hatte der französische Botschafter Couve de Murville gegenüber seinem amerikanischen Amtskollegen Bohlen erklärt, daß er die Abhaltung von Bundestagssitzungen in Berlin für »idiotisch« halte, denn sie liefere der Sowjet-

[68] United States of America (Hg.), Foreign Relations of the United States, 1964–1968, Volume XV, 1999, S. 774.

[69] Aufzeichnung eines Gesprächs von Gerstenmaier mit Vertretern der Fraktionen vom 5. Dezember 1968. ACDP, I-210–037.

[70] Die Bonner US-Botschaft meldete an das Department of State in einem Telegramm vom 15. Januar 1965 in diesem Zusammenhang beispielsweise, daß Gerstenmaier eine Plenarsitzung des Bundestags im Jahr 1965 befürworte, er aber eine offizielle Einberufung ohne vorherige Rücksprache mit den Alliierten ablehne. Weiter heißt es: »Loyalty to Fedrep' Allies oblieges him to inform them about any plans.« NARA, RG 59, Central Policy Files, POL 15–2 GER W.

[71] Datenhandbuch, 2000, S. 1499. Allein in der 5. Legislaturperiode wurden insgesamt 634 Sitzungen in Berlin abgehalten. Darunter fielen sowohl Plenarsitzungen als auch Zusammenkünfte von Ältestenrat, Präsidium und Fraktionen und in besonderem Maße Ausschußsitzungen. Ebd., S. 1500.

union einen hinreichenden Grund, für Proteste.[72] Dennoch verständigten sich die Westmächte darauf, nicht von ihrer offiziellen Nichteinmischungspolitik abzuweichen. Der Parlamentspräsident wiederum war bemüht, Zusammenkünfte bundesdeutscher Abgeordneter in Berlin nur nach vorherigen Konsultationen mit den Bündnispartnern durchzuführen. Die massiven östlichen Proteste[73] gegen Berlin als Tagungsort, die seit den sechziger Jahren alle dortigen Treffen des Bundestages begleiteten, beeinflußten Gerstenmaiers Entscheidung dagegen nicht. Im Unterschied zur Abhaltung der Bundesversammlung suchte er bei der Festlegung von Plenarsitzungen in der alten Reichshauptstadt allerdings eine einvernehmliche Übereinkunft mit allen Fraktionen zu erzielen, obwohl er auch in dieser Frage die endgültige Entscheidung über Zeitpunkt und Tagungsort für sich reklamierte.[74] Diskrepanzen zwischen den Parteien, wie sie beispielsweise bei den Beratungen über eine Bundestagssitzung im Jahr 1960 in Berlin deutlich wurden, sollten zudem nicht mehr in die Öffentlichkeit getragen werden.[75] Alle diese Anstrengungen Gerstenmaiers waren darauf ausgerichtet, die seiner Auffassung nach zentrale politische Forderung nach einer baldigen Wiedervereinigung im Konsens mit allen Parlamentariern zu bekräftigen.

2. Repräsentant des deutschen Parlaments im Ausland

Von den Eckwerten seines eigenen politischen Koordinatensystems wich Eugen Gerstenmaier auch als Repräsentant des Bundestags im Ausland nicht ab.[1] Die diplomatischen Bemühungen außerhalb der deutschen Grenzen waren dem Parlamentspräsidenten besonders wichtig, gaben sie ihm doch die Möglichkeit, auf außenpolitischem Sektor aktiv zu werden. Allerdings war ihm hierbei ein enger

---

[72] NARA, RG 59, Central Policy Files, POL 15–2 GER W.

[73] Die ganze Bandbreite der die östlichen Proteste begleitenden Schikanen der Sowjetunion und der DDR schilderte Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel anläßlich der Einberufung einer Plenarsitzung des Bundestags am 7. April 1965 wie folgt: »An den Straßenübergängen in die Sowjetzone müssen Reisende viele Stunden, manchmal einen ganzen Tag warten, weil sie einfach nicht abgefertigt werden. In dem Raum westlich von Berlin halten die sowjetischen Streitkräfte ein Manöver ab zu Lande und auch in der Luft und engen hierdurch den Luftraum ein. [...] Die Sitzung wird eingeleitet mit einer Erklärung des Präsidenten Dr. Gerstenmaier, der ohne Pathos darauf hinweist, dass der Bundestag sein ursprüngliches Recht wahrnimmt, in Berlin, der deutschen Bundeshauptstadt, zu tagen. Wiederholt hört man den Lärm von Flugzeugen: Die Sowjets fliegen Scheinangriffe auf die Kongreßhalle.« BA-MA, BW 1/103, Bl. 135.

[74] Bericht über ein Gespräch Gerstenmaiers mit den Botschaftern Großbritanniens, Frankreichs und der USA vom 26. Februar 1965 in Bonn. NARA, RG 59, Central Policy Files, POL 15–2 GER W.

[75] Vertraulicher Bericht über eine Vereinbarung Gerstenmaiers mit den Fraktionsführern vom 8. November 1960. ADL, A 26–52, Bl. 61.

[1] Vgl. dazu beispielsweise die Ausführungen des Parlamentspräsidenten im Verlauf seiner Brasilienreise im Frühjahr 1960. Gerstenmaier hatte sowohl in Gesprächen mit Staatspräsident Kubitschek als auch im brasilianischen Abgeordnetenhaus das deutsche Selbstbestimmungsrecht unterstrichen. Bericht Ostermanns über den Staatsbesuch Gerstenmaiers in Brasilien vom 1. April 1960. ACDP, I-210–019/1.

Rahmen vorgegeben. Der Bundestagspräsident stand bei der Durchführung offizieller Reisen in der Regel an der Spitze einer Bundestagsdelegation. Die Auslandsvisiten selbst wurden in Zusammenarbeit mit den im Parlament vertretenen Parteien sowie mit den für protokollarische Fragen Verantwortlichen des Auswärtigen Amtes vorbereitet. Ferner erfolgte die Annahme einer Einladung prinzipiell nur nach Absprache im Ältestenrat und mit dem Plazet der Bundesregierung, denn die Reiseabsichten des Repräsentanten der deutschen Volksvertretung mußten mit dem offiziellen Kabinettskurs übereinstimmen und politisch opportun erscheinen.[2] Waren diese Parameter erfüllt, dann zeigte sich die Regierung durchaus daran interessiert, auch bei heiklen außenpolitischen Situationen Gerstenmaier zur Sondierung einzusetzen.[3]

Seine abseits der politischen Arbeit gesammelten Erfahrungen als Kirchenmann und Mitglied des Kreisauer Kreises machten den CDU-Politiker im Ausland zu einem geschätzten Gast.[4] Besonders im Hinblick auf das Verhältnis der Bundesrepublik zum jungen Staat Israel erleichterte die Vita des Parlamentspräsidenten die ersten Schritte auf dem diplomatischen Parkett. Darüber hinaus hatte er sich seit seinem Einzug in den Deutschen Bundestag für eine Aussöhnung mit Israel stark gemacht. In der Union war er einer der »einflußreichen Fürsprecher«[5] eines Wiedergutmachungsabkommens, das er als wichtigen Teil der deutschen Verpflichtung gegenüber den jüdischen Opfern der NS-Tyrannei ansah.[6]

Aber auch bei Besuchen von Ländern, die unter der nationalsozialistischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg gelitten hatten, vermochte es Gerstenmaier, die Abkehr seines Landes von einer aggressiven Expansionspolitik hin zur europäischen Integration glaubhaft zu vermitteln. Gleichwohl war die Resonanz des Auslands auf die

---

[2] So mußte Gerstenmaier 1964 zum Beispiel aufgrund des sich zuspitzenden Zypern-Konflikts eine Griechenlandreise absagen. Aufzeichnung einer Unterredung Gerstenmaiers mit dem griechischen Botschafter vom 13. Oktober 1964. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 205.

[3] An dieser Stelle sei nur auf die Reise Gerstenmaiers in die Jugoslawische Volksrepublik verwiesen. Das Land wurde nach seinem Bruch mit der Sowjetunion vom Westen bis zu seiner Entscheidung, die DDR anzuerkennen, hofiert. Bereits die terminliche Festsetzung der Visite des Parlamentspräsidenten, kurz vor einem Besuch Chruschtschows, verdeutlichte die Stoßrichtung dieses Besuchs. Während des Aufenthalts, der offiziell als Informationsreise ausgewiesen worden war, hatte Gerstenmaier im Auftrag der Bundesregierung auch versucht, die Unterstützung Marschall Titos bei den bundesrepublikanischen Bemühungen um die Wiedervereinigung zu erreichen. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 1955 bzw. Süddeutsche Zeitung vom 24. Mai 1955. Eugen Gerstenmaier selbst zeigte sich zufrieden mit den von ihm erzielten Ergebnissen, da Tito die deutsche Souveränität begrüßt und den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO gewürdigt hatte. Bericht des Bundestagspräsidenten über den Verlauf seiner Visite in: Bulletin vom 27. Mai 1955.

[4] Besonders in Ländern, die unter der nationalsozialistischen Besatzung gelitten hatten, wurde noch Anfang der sechziger Jahre Gerstenmaiers Zugehörigkeit zum Widerstand unterstrichen. Siehe dazu den Besuch Gerstenmaiers in Dänemark im Frühjahr 1963. Bericht der deutschen Botschaft in Kopenhagen über die vom 18. bis 20. März dauernde Visite Gerstenmaiers in Kopenhagen an das Auswärtige Amt vom 21. März 1963. ACDP, I-210–019/1.

[5] M. A. Weingardt, Deutsch-israelische Beziehungen, 1997, S. 24.

[6] Vgl. die Ausführungen Gerstenmaiers vor dem Bundestag im Verlauf der Debatte zum Wiedergutmachungsabkommen. BT, 1. Wp., 254. Sitzung vom 10. September 1952, S. 12276.

Missionen des Bundestagspräsidenten nicht immer positiv. Der Respekt vor dem hohen Amt und protokollarische Rücksichtnahmen verhinderten in der Regel allerdings, daß die Gastgeber ihren Unmut über das Verhalten Gerstenmaiers kundtaten. Mit Ausnahme der offenen Proteste arabischer Staaten als Antwort auf die Nahost-Bemühungen Gerstenmaiers wurde Kritik meist nur über halb offizielle Kanäle artikuliert. Dies geschah beispielsweise bei seiner Visite in Finnland Ende Mai 1961. Die Gastgeber beklagten damals die »arrogante Art«[7] Gerstenmaiers, die sowohl bei der Vorbereitung des Besuchsprogramms als auch im Verlauf des Aufenthaltes zum Ausdruck gekommen sei.[8] Verletzt zeigten sie sich ferner über Gerstenmaiers augenscheinliches Mißtrauen, das die Finnen auf ihre distanzierte Haltung zum westlichen Bündnis zurückführten. Beklagt wurde des weiteren die mangelnde Bereitschaft des Bundestagspräsidenten zu politisch substantiellen Gesprächen.

Die negative Resonanz aus Finnland stellte jedoch nur eines von wenigen Beispielen dar, in denen das Ausland harsche Kritik am unpolitischen Charakter einer Reise Gerstenmaiers übte. Denn obwohl der Mann aus Kirchheim als Repräsentant des Bundestages protokollarischen Zwängen unterlag, und er jeglichen Eindruck vermeiden mußte, die Grenzen seiner Amtsbefugnisse zu überschreiten, scheute er vor Kontroversen nicht zurück und versuchte bei seinen Reisen Akzente zu setzen. Bei der Repräsentation des Parlaments im Ausland wurde ferner die große Bedeutung gesellschaftspolitischer Tätigkeitsfelder für Gerstenmaiers parlamentarisches Wirken deutlich. Konkret traten bei dem umtriebigen CDU-Politiker dabei drei Wirkungskreise besonders in den Vordergrund: die Sondierung von Ansiedlungsmöglichkeiten für deutsche Auswanderer, sein Interesse am afrikanischen Kontinent sowie das Vorantreiben des Aussöhnungsprozesses mit Israel.

Mit seinem Ziel, eine neue Heimstätte für deutsche Emigranten zu finden, verfolgte der Bundestagspräsident eine Idee, die ihn bereits unmittelbar nach Kriegsende als Leiter des Hilfswerks beschäftigt hatte. Gerstenmaier hatte noch Ende der

---

[7] Fritz Sänger übersandte seinem Genossen Kurt Mattik am 29. Mai 1961 das Schreiben eines finnischen »Gewährsmann[s]«, der an der Vorbereitung und Durchführung der Reise Gerstenmaiers beteiligt war. Im Unterschied zu dem Eugen Gerstenmaier begleitenden Hermann Höcherl, der in Finnland offenkundig einen guten Eindruck hinterließ, urteilte man hart über das Verhalten des Bundestagspräsidenten. So hieß es unter anderem: »[...] Herr Gerstenmaier wußte immer alles sofort schon und immer besser. Hat er nicht Minderwertigkeitskomplexe? Ob es nicht zu lernen ist, dass man einen anderen, vor allem den Gastgeber wenigstens einmal ausreden lässt, ohne ihn zu unterbrechen?« AsD, NL Kurt Mattick, 1/KMAA205.

[8] Die Einschätzung, daß der Umgang mit Gerstenmaier im Verlauf seiner Auslandsreise durchaus schwierig war, teilte im übrigen auch der ehemalige deutsche Botschafter in Tokio, Hans Kroll, der über die Reise des Bundestagspräsidenten nach Japan 1956 berichtete: »Er [Gerstenmaier, D. G.] hatte sich erst zwei Tage vorher telegrafisch zu einem ›privaten‹ Besuch angesagt. Tatsächlich legte Herr Gerstenmaier von der ersten Minute an größten Wert darauf, als offizieller Staatsgast gefeiert zu werden. Dank des freundlichen Entgegenkommens der japanischen Stellen ließ sich alles noch bestens arrangieren, so dass der schwierige Gast allmählich auftaute, menschlicher wurde und schließlich durch seine geistige Brillanz und seinen etwas schwäbisch gefärbten Charme auf die Japaner wie auf die deutsche Kolonie einen guten Eindruck machte.« H. Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, 1967, S. 330.

fünfziger Jahre die Hoffnung, vor allem in Südamerika, Möglichkeiten für die Ansiedlung deutscher Auswanderer zu eruieren. So stand im Verlauf der Südamerikareise im Sommer 1958, die ihn nach Mexiko, Peru, Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien führte[9], zwar die Pflege der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen im Zentrum seiner Bemühungen.[10] Doch war das Interesse des Bundestagspräsidenten am Potential Südamerikas als künftiges Einwanderungsland gegenüber den klassischen Gebieten deutscher Emigration, wie beispielsweise den USA, deutlich erkennbar.[11] Besonders beeindruckt zeigte er sich in diesem Zusammenhang von Chile, das er als das »deutschfreundlichste Land der Erde«[12] bezeichnete. Gerstenmaiers Bemühungen in Chile unterstrichen, daß er trotz seiner politischen Arbeit die Weiterführung seines Engagements für die kirchliche Wohltätigkeitsarbeit betrieb. Dies geschah selbst noch zu einem Zeitpunkt, als die akuten Probleme des Wiederaufbaus bewältigt schienen.

Weniger Pragmatismus als vielmehr eine lebenslange Faszination für den »schwarzen Kontinent« war für Gerstenmaiers Afrika-Reisen verantwortlich. Bereits rund zehn Monate nach seiner Wahl hatte er beispielsweise auf eigenen Wunsch eine Informationsreise nach Ostafrika angetreten. Da es sich bei diesem Besuch des Kongo, von Uganda und der abschließenden Visite Ägyptens nicht um eine offizielle Reise gehandelt hatte, blieb dem Parlamentspräsidenten im Verlauf seines anderthalbwöchigen Aufenthalts hinreichend Zeit, seine Kenntnisse von afrikanischer Kultur und der von Kolonialstrukturen gekennzeichneten politischen Verhältnisse zu vertiefen. Gerstenmaier hatte dabei das Glück, mit seiner Passion für Afrika auf das Verständnis des Bundeskanzlers zu treffen.[13] Der Bundestagspräsident, der sich 1955 in Begleitung des Wirtschaftsfachmannes Wolfgang Pohle[14], einem CSU-Abgeordneten, befand, versuchte dieses Interesse des Kabinettschefs noch zu steigern, indem er den für den Westen zu erwartenden wirtschaftlichen Nutzen durch die Erschließung afrikanischer Absatzmärkte bekräftigte. Die Hervorhebung der ökonomischen Aspekte war darüber hinaus notwendig, um Irritationen mit den europäischen Kolonialmächten zu vermeiden. So war vor Gerstenmaiers Eintreffen im Kongo die Versicherung deutscherseits an belgische Re-

[9] Die Südamerikareise Gerstenmaiers begann am 1. Juli in Mexiko und endete am 2. August in Brasilien. ACDP, I-210–019/1.

[10] Vor allem in Brasilien wurde der wirtschaftliche Aspekt der beiderseitigen Beziehungen besonders betont und die Relevanz deutscher Investitionen unterstrichen. Bericht über den Besuch Eugen Gerstenmaiers in Sao Paulo vom 27. bis 30. Juli 1958. NARA, RG 59, Cental File 1955–1959, 033.62 A 32/8–1458.

[11] Schreiben Georg Federers an Eugen Gerstenmaier vom 16. August 1958. ACDP, I-210–019/1.

[12] Ausführungen Eugen Gerstenmaiers bei einer Veranstaltung des Ibero-Clubs in Bonn am 27. Oktober 1958. ACDP, I-210–019/1.

[13] Zusammenfassender Bericht des Generalkonsulats Nairobi vom 17. August 1955 über die Reise Gerstenmaiers nach Uganda. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 18, Mappe 2.

[14] Der 1903 geborene Jurist Pohle war zwischen 1947 und 1948 als Verteidiger in den Nürnberger Industrieprozessen tätig gewesen und fungierte darüber hinaus als Direktor der Mannesmann-AG in Düsseldorf. Vgl. H. Trossmann, Der Zweite Deutsche Bundestag, 1954, S. 200.

gierungsstellen unumgänglich, der Besuch habe weder politische noch »propagandistische«[15] Intentionen.

Diplomatisches Feingefühl war ebenso bei dem Abstecher des Bundestagspräsidenten nach Kairo am Ende seiner Afrikareise im Sommer 1955 gefordert. Bei dem Zusammentreffen mit Ministerpräsident Abdel Nasser und Außenminister Fawzi war zwar keine Rücksichtnahme auf eventuelle Empfindlichkeiten einer Kolonialmacht notwendig, da sich das Land kurze Zeit davor aus der britischen Vormundschaft gelöst hatte. Die von Gerstenmaier zu umgehenden Fallstricke lagen bei diesem Besuch vielmehr in der Ausklammerung von Gesprächen über das von arabischer Seite kritisch beurteilte deutsch-israelische Verhältnis. Mitte der fünfziger Jahre war der bundesrepublikanischen Politik dieser Balanceakt noch möglich, da keine offiziellen Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem bestanden und sich Ägypten ferner um eine finanzielle Unterstützung aus Bonn bemühte.[16]

Obwohl Gerstenmaier die politischen Dimensionen seiner Afrikaaufenthalte in der Öffentlichkeit gerne negierte und sie primär als Informationsreisen bezeichnete[17], wurde die Tragweite dieser Visiten aufgrund der wachsenden Bedeutung Afrikas für die Bundesrepublik immer deutlicher. Adenauer hatte ein Interesse daran, die Stabilisierung des westlichen Einflusses vor dem Hintergrund der sich auflösenden kolonialen Strukturen in Zentral- und Westafrika zu erwirken, um somit einem befürchteten sowjetischen Expansionsbestreben entgegentreten zu können.[18] Das Engagement des Bundestagspräsidenten mußte auf eine Politik mit diesen Vorzeichen abgestimmt werden. Gerstenmaier koordinierte seine Reiseplanung deshalb im Vorfeld mit dem Außenminister. Diese Kooperation war sowohl für von Brentano als auch für Gerstenmaier fruchtbar. Der Bundesaußenminister konnte unerwünschte Extratouren Gerstenmaiers vermeiden, währenddessen der Bundestagspräsident den Ablauf seiner Visiten effektiver zu gestalten vermochte. Aufgrund seiner Erfahrungen als Vorsitzender der Deutschen Afrika Gesellschaft empfand sich Gerstenmaier zwar als versierter Kenner der innerafrikanischen Verhältnisse, er konnte aber keineswegs auf die Ressourcen und Informationen verzichten, die das Auswärtige Amt bereitzustellen in der Lage war.

Mit dem Erstarken der bundesdeutschen Wirtschaft kam vor allem dem Aspekt der Entwicklungshilfe bei Gerstenmaiers Reisen nach Afrika eine größere Bedeutung zu. Der Parlamentspräsident war durchaus Willens, seinen Einfluß bei der Bundesregierung geltend zu machen, um mit einer konkreten wirtschaftlichen Hilfe den jungen afrikanischen Staaten bei der Bewältigung ihrer dringendsten Probleme unter die Arme zu greifen. Die Bereitschaft zur Hilfeleistung war allerdings kein

---

[15] Bericht der deutschen Botschaft in Léopoldville an das Auswärtige Amt vom 10. August 1955 über Gerstenmaiers Aufenthalt im Kongo. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 18, Mappe 2.

[16] Bericht der deutschen Botschaft in Kairo über den Besuch des Bundestagspräsidenten vom 18. August 1955 an das Auswärtige Amt. Ebd.

[17] Der Spiegel vom 26. Oktober 1960.

[18] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 8. Juli 1960. ACSP, NL Strauß, BMVg 232.

Selbstzweck.[19] Im Zuge einer von Gerstenmaier mitgetragenen Politik[20], die auf die Eindämmung des kommunistischen Einflusses ausgerichtet war, dienten finanzielle Zuwendungen als Bekräftigung der Vorzüge, die eine Anbindung an den Westen mit sich brachten. Anfang der sechziger Jahre war es deshalb das erklärte Ziel Eugen Gerstenmaiers, die deutschen Kontakte an der Ostküste Afrikas zu vertiefen und besonders die zentralafrikanischen Staaten Togo und Kamerun durch die Gewährung großzügiger Entwicklungshilfe zum deutschen »Schaufenster«[21] zu machen, dessen Sogwirkung von Dakar bis nach Léopoldville ausstrahlen sollte.

Gerstenmaiers unverhohlen zum Ausdruck gebrachte Einschätzung der Entwicklungshilfe als unverzichtbares Vehikel bundesdeutscher Politik, barg allerdings seine Risiken. Seine Auslandsvisiten mochte der CDU-Politiker im übertragenen Sinne ungern mit leeren Händen absolvieren und so drängte er im Auswärtigen Amt auf die Bereitstellung von Geldern. Obwohl sein Afrika-Engagement die Unterstützung Adenauers besaß, war dennoch eine deutliche Zurückhaltung der Regierung bei der Erfüllung der monetären Forderungen des Parlamentspräsidenten unübersehbar. Im Falle der seit Anfang des Jahres 1960 unabhängigen Republik Kamerun kam es darüber zu Verwicklungen, die sogar Gegenstand kontroverser Debatten im Deutschen Bundestag wurden. Eugen Gerstenmaier hatte im Verlauf seiner fünfwöchigen Afrikareise im Sommer 1960 auf Wunsch von Außenminister Heinrich von Brentano bei seinem Besuch in Kamerun[22] Details über die Gewährung einer »technischen«[23] Entwicklungshilfe für den zentralafrikanischen Staat erörtert.[24] In der Unterredung mit Ministerpräsident Assalé in Jaoundé stellte Gerstenmaier zusätzlich die finan-

---

[19] Gerstenmaiers spezielle Definition von Entwicklungshilfe ging besonders deutlich aus seinem Brief an Paul Binder vom 12. Februar 1964 hervor. Darin machte er deutlich, daß er diese Form der Unterstützung »nicht in erster Linie als vage humanitäre Geste der Bundesregierung, sondern als eine politische Waffe« betrachtete. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 101.

[20] Das diese Politik nicht nur auf Afrika beschränkt war, zeigte die Reise Gerstenmaiers nach Indonesien Ende Mai 1968. Auch während seines Aufenthaltes in dem südostasiatischen Land wurde deutlich, daß der Gewährung von Entwicklungshilfe durch die Bundesrepublik hauptsächlich zwei Motive zugrunde lagen: die Schaffung künftiger Absatzmärkte sowie die »Immunisierung« der jeweiligen politischen Führung gegen einen kommunistischen Einfluß. Bericht der Deutschen Botschaft in Djakarta über den Besuch des Bundestagspräsidenten an das Auswärtige Amt vom 4. Juni 1968. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 63.

[21] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinrich von Brentano vom 23. Juni 1960. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 18, Mappe 1.

[22] Gerstenmaiers Afrika-Aufenthalt erstreckte sich vom 10. Juli bis zum 20. August 1960. ACDP, I-210–019/1.

[23] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den FDP-Abgeordneten Oswald Kohut vom 28. Februar 1961. ADL, N1–1780.

[24] Eine Zusage finanzieller Unterstützung hatte Gerstenmaier bereits Anfang Januar 1959 im Verlauf eines als privat bezeichneten Besuchs im Sudan gegeben. Fernschreiben des Auswärtigen Amts an die Botschaft in Kairo vom 6. Januar 1959. PA, B 8/218. Damals hatte der Bundestagspräsident nach »sorgfältiger Überprüfung und Absprache« mit dem deutschen Missionschef im Sudan einen Kredit in Höhe von 25 Millionen Mark sowie eine Hermes-Bürgschaft mit einem Limit von 50 Millionen Mark zugesagt. Fernschreiben Gerstenmaiers an das Finanz- und das Außenministerium vom 8. Januar 1959. PA, B 8/218.

zielle Unterstützung der Bundesregierung beim Aufbau des Landes in Aussicht. Obwohl der Christdemokrat im Gespräch mit Assalé darauf aufmerksam gemacht hatte, daß eine endgültige Entscheidung nur vom Kabinett getroffen werden könne, wurde in Bonn die Intervention des Bundestagspräsidenten kritisiert. Unmut wurde besonders seitens der FDP geäußert, die eine Zusage von Entwicklungshilfe durch den Bundestagspräsidenten als nicht angemessen bezeichnete. Die Liberalen beharrten darauf, daß die Beschäftigung mit diesem Politikfeld weder in den Kompetenzbereich des Präsidenten der bundesdeutschen Volksvertretung fiel, noch Gerstenmaier als CDU-Politiker in Kamerun über einen offiziellen Regierungsauftrag verfügte.[25]

Unbefriedigt über den Verlauf der Kamerunreise zeigte sich aber auch Gerstenmaier selbst. Der Bundestagspräsident fühlte sich aufgrund seiner Unterredung mit Assalé bei der Gewährung der zugesagten Anleihe in Höhe von vier Millionen Mark im Wort. Verärgert intervenierte der 54jährige deshalb beim Auswärtigen Amt, als dem zentralafrikanischen Land knapp ein halbes Jahr später die versprochene Unterstützung noch nicht zugegangen war.[26] Gerstenmaier brachte mit seinem Drängen auf eine rasche Zahlung das Außenministerium in ernsthafte Schwierigkeiten, da der Betrag nicht kurzfristig im Budget untergebracht werden konnte. Der Parlamentspräsident zeigte indes für die mit der Umsetzung der Kreditzusage verbundenen Probleme kein Verständnis. Vielmehr führte er die entstandene zeitliche Verzögerung einzig und allein auf bürokratische Schwerfälligkeit zurück. Die Einlösung seiner in Kamerun gegebenen Zusage war Eugen Gerstenmaier so wichtig, daß er sogar bereit war, seinen Einfluß im Haushaltsausschuß geltend zu machen. Er favorisierte ferner die Anwendung eines haushaltstechnischen Kunstgriffs, um der Regierung in Jaoundé die Anleihe rasch zur Verfügung stellen zu können. So sollte der Betrag im Haushaltsansatz des Außenministeriums nicht gesondert ausgewiesen, sondern die Zweckverwendung der Mittel lediglich in den Erläuterungen offengelegt werden. Trotz des Hinweises von Staatssekretär van Scherpenberg, daß dieses budgetrechtlich bedenkliche Vorhaben eine ernste Beanstandung des Bundesrechnungshofes nach sich ziehen könnte, war Gerstenmaier bereit, diesen Weg zu beschreiten.[27]

Die Unstimmigkeiten über die Gewährung der monetären Unterstützung, die ab Ende Februar 1961 auch der Öffentlichkeit bekannt wurden[28], boten den Kritikern

---

[25] Kohut hatte diese Vergabepraxis im Verlauf einer mündlichen Anfrage an die Bundesregierung Ende Februar 1961 kritisiert. Brief von Oswald Kohut an Eugen Gerstenmaier vom 2. März 1961. ADL, N 1–1780.

[26] Notiz des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Hilger van Scherpenberg, über ein Telefonat mit Bundestagspräsident Gerstenmaier vom 27. Januar 1961. PA, B 2/78, Bl. 321.

[27] Aufzeichnung von Hilger van Scharpenberg vom 6. Februar 1961 zur Entwicklungshilfe für Kamerun. PA, B 2/78, Bl. 322. Das Auswärtige Amt entschied sich letztendlich nicht für die von Gerstenmaier vorgeschlagene Option, sondern beantragte beim Bundesfinanzministerium die Einstellung außerplanmäßiger Mittel in Höhe von 4 Millionen Mark.

[28] Die Welt (Essen) vom 25. Februar 1961 sowie der Kommentar von Hans Bursig in: Das freie Wort (Bonn) vom 4. März 1961.

Gerstenmaiers eine willkommene Gelegenheit, sein Wirken in Afrika zu attackieren. Vor allem von der DDR wurde nichts unversucht gelassen, sein Engagement als Ausdruck des kolonialpolitisch motivierten Machtstrebens der Bundesrepublik zu brandmarken.[29] Weniger vergiftet als vielmehr ironisch-sarkastisch wurde die intensive Beschäftigung des zweiten Mannes im Staat mit dem afrikanischen Kontinent hingegen von den bundesrepublikanischen Medien aufgenommen. Vor allem das Bestreben Eugen Gerstenmaiers, im Verlauf seiner Afrikaaufenthalte wann immer möglich bei Safaris seiner Jagdpassion zu frönen[30], wurde je nach politischem Standpunkt des Blattes in scharfem oder süffisantem Ton kommentiert.[31]

Kritik zog der Parlamentspräsident auch mit seinem Einsatz für die Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden israelisch-arabischen Konflikts auf sich. Gerstenmaiers politisches Wirken geriet dabei zu einem Balanceakt, der sich zwischen außen- und innenpolitischen Rücksichtnahmen bewegte. An seinem entschiedenen Votum für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jerusalem, für die er bereits zu Anfang der fünfziger Jahre eingetreten war, änderte sich jedoch nichts.[32] Lediglich die Intensität, mit der Gerstenmaier sein Ziel verfolgte, unterlag in seinen mehr als ein Jahrzehnt andauernden Bestrebungen einigen Schwankungen. Zudem änderte sich der Fokus seiner Bemühungen: Während er sich in den fünfziger Jahren aufgrund der Rahmenbedingungen offiziell nur für die Verbesserung des geschichtlich schwer belasteten Verhältnisses zu Israel im Sinne einer Aussöhnung einzusetzen vermochte, begann er in den sechziger Jahren seine Vermittlungsversuche in der arabisch-jüdischen Auseinandersetzung voranzutreiben und vehementer für die offizielle Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jerusalem einzutreten.

Schon 1956 hatte der Bundestagspräsident erstmals den Wunsch geäußert, nach Israel zu reisen. Seine Teilnahme an der im Herbst 1956 in Bangkok abgehaltenen Tagung der Interparlamentarischen Union[33] wollte Gerstenmaier zu einem Abste-

---

[29] Zur Kritik Ost-Berlins am Afrika-Engagement Eugen Gerstenmaiers vgl. Exkurs, 3.

[30] In diesem Zusammenhang sei nur auf zwei Beispiele verwiesen. Im Verlauf seines Besuchs in Äthiopien 1958 legte Gerstenmaier Wert auf eine Löwen- bzw. Leopardenjagd. Telegramm des Auswärtigen Amtes an die deutsche Botschaft in Addis Abeba vom 13. Dezember 1958. PA, B 8/218. Sechs Jahre später hatte der Bundestagspräsident darum gebeten, bei seiner Visite in Somalia eine »private Exkursion« in ein »Großwildgebiet« in das Besuchsprogramm aufzunehmen. Schreiben der deutschen Botschaft in Mogadischu an das Auswärtige Amt vom 4. Dezember 1964. ACDP, I-210–020/1.

[31] Besonders »Der Spiegel« tat sich in seiner Kritik am Jagdeifer Gerstenmaiers hervor. Im Vorfeld sowie im Verlauf der Afrikareise des Bundestagspräsidenten nahm sich das Nachrichtenmagazin mehrmals dieses Themas an. Der Spiegel vom 13. Juni und vom 20. Juli 1955. Auch die Boulevardpresse thematisierte das Jagdfaibles Gerstenmaiers und bezeichnete ihm als »Großwildjäger« oder »Bundesjägermeister«. Frankfurter Abendpost vom 15. bzw. vom 18. August 1955.

[32] Brief Eugen Gerstenmaiers an Präses Ernst Wilm vom 14. März 1963. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 10, Mappe 2.

[33] Die 1899 ins Leben gerufene Interparlamentarische Union (IPU) sollte nach dem Willen der Gründerväter Wilhelm Randall Cremer und Frédéric Passy als internationale Vereinigung von Parlamentariern der Sicherung des Weltfriedens dienen. Darüber hinaus hatte sich die IPU die globale

cher nach Jerusalem und zugleich Kairo nutzen, um einer Verstimmung des arabischen Lagers vorzubeugen. Von diesem Ansinnen riet das Auswärtige Amt aber ab, da es aufgrund der zugespitzten Lage im Nahen Osten nicht für die Sicherheit des Politikers und seiner Begleitung garantieren konnte.[34] Auch in der Folgezeit ließ die gesamtpolitische Entwicklung in der Region einen Besuch nicht zu.[35] Erst Ende 1962 war es ihm möglich, die Einladung des israelischen Bevollmächtigten in Bonn, Felix Shinnar, anzunehmen und zu einem offiziellen Besuch nach Israel zu reisen.[36] Der Parlamentspräsident selbst wertete seine Visite als Erfolg, ohne jedoch die noch bestehenden Vorbehalte gegenüber Deutschland gering zu schätzen.[37] Besonders verwundert zeigte er sich über seine freundliche Aufnahme, die selbst durch den Protest einiger hundert Demonstranten[38] gegen den deutschen Gast nur wenig getrübt wurde.[39] Über die Symbolträchtigkeit des Besuchs hinaus zeitigten die Gespräche mit der israelischen Führung indessen kaum zählbare Ergebnisse. Gerstenmaiers Intention war es ursprünglich gewesen, aus Jerusalem konkrete Zusagen über die Etablierung diplomatischer Beziehungen mit nach Hause zu nehmen. Diese Initiative war allerdings von der Bundesregierung bereits im Vorfeld des Besuches unterbunden worden, da sie durch diesen Schritt ernsthafte Schwierigkeiten mit der arabischen Welt befürchtete. Besonders schwer wog hierbei, daß die islamischen

---

Wahrung des rechtsstaatlichen Demokratieverständnisses zur Aufgabe gemacht. Die 45. Konferenz der IPU fand vom 15. bis 22. November in Bangkok statt.

[34] Notiz der Abteilung 3 des Auswärtigen Amtes, von Marentaler, für Außenminister von Brentano vom 20. September 1956. PA, B 12/1644. Die Situation im Nahen Osten hatte sich sowohl durch die erste Londoner Suez-Konferenz als auch durch die israelisch-jordanischen Zwischenfälle verschärft. Die Krise hatte im Herbst 1956 dazu geführt, daß seitens des Auswärtigen Amtes die Evakuierung aller deutschen Staatsangehörigen in Ägypten, Jordanien und Syrien vorbereitet wurde. Den Verweis des Auswärtigen Amtes, nicht für einen reibungslosen Verlauf der nahöstlichen Reise garantieren zu können, nahm Gerstenmaier zum Anlaß sein Besuchsprogramm zu ändern und statt dessen Teheran eine dreitägige Visite abzustatten. PA, B 12/991.

[35] Außenminister Heinrich von Brentano bestätigte im Frühjahr 1957, daß die Bundesregierung prinzipiell eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel anstrebe, allerdings sei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vom »geeigneten« Zeitpunkt abhängig. Schreiben Heinrich von Brentanos an den SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer vom 6. März 1957. AsD, NL Erich Ollenhauer, Mappe 412.

[36] Gerstenmaier reiste am 19. November 1962 nach Israel. Neben seinen politischen Gesprächen ragte vor allem seine Rede vor der Hebräischen Universität in Jerusalem heraus, in der sich der CDU-Politiker mit dem Thema Vergangenheitsbewältigung auseinandersetzte. Vgl. dazu ausführlich: E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 493f.

[37] Siehe Interview mit Eugen Gerstenmaier über seine Israelreise, das am 24. November 1962 im Westdeutschen Rundfunk gesendet wurde.

[38] Die New York Herold Tribune erwähnte in ihrer Ausgabe vom 22. November 1962 die Proteste überwiegend junger Israelis, die sich pauschal gegen jegliche Besuche von Deutschen in Israel ausgesprochen hatten.

[39] Ausführungen Eugen Gerstenmaiers über den Verlauf seiner Israelreise in der Ältestenratssitzung vom 4. Dezember 1962. Bericht über die Ältestenratssitzung für das Bundeskanzleramt vom 4. Dezember 1962. BA, B 136/4518.

Länder einen ihrer Ansicht nach pro-israelischen Schritt der Bundesrepublik mit der Anerkennung Ost-Berlins zu beantworteten drohten.[40] Das Adenauer-Kabinett wäre in diesem Falle aufgrund der von ihr propagierten Hallstein-Doktrin[41] zum Abbruch der Beziehungen zur arabischen Welt gezwungen gewesen.[42] Eugen Gerstenmaier hatte sich deshalb überzeugen lassen, in Jerusalem einen diplomatischen Kompromiß auszuhandeln. Obwohl er sich selbst der Halbherzigkeit dieses Vorschlages bewußt war, unterbreitete der Bundestagspräsident das Angebot, in Israel eine deutsche Vertretung zu errichten, der – ohne offiziellen Botschaftsstatus und damit vergleichbar der bereits bestehenden israelischen Einrichtung in Bonn – die Pflege der bilateralen Beziehungen obliegen sollte. Damit wurde deutscherseits eine Anregung aufgenommen, die 1956 am Widerstand Israels schon einmal gescheitert war. Gerstenmaiers Vorschlag stieß auch 1962 in Jerusalem auf wenig Gegenliebe. Den Israelis ging das bundesrepublikanische Angebot nicht weit genug, und sie mahnten – über die moralische Verpflichtung hinausgehend – ein tiefgreifenderes Engagement Bonns mit dem Hinweis an, daß Israel als einziges Land im afrikanisch-asiatischen Raum eine dezidiert pro-westliche Haltung einnehme. Schwerer noch wog allerdings die in den Unterredungen Gerstenmaiers mit Präsident Ben Gurion, Ministerpräsident Ben Zwi und dem Staatssekretär im Außenministerium, Yachil, vorgebrachte Anschuldigung, deutsches Know-how und Material verhelfe Ägypten zum Bau von Raketen, die gegen Israel in Stellung gebracht würden.

Gegen diese Vorbehalte seiner Gastgeber vermochte Eugen Gerstenmaier, der sich über die Unbeweglichkeit der Israelis verstimmt zeigte[43], wenig auszurichten. Zwar sicherte er nochmals die Bereitschaft seiner Regierung zu, Schritte hin zur Normalisierung der Beziehung beider Länder einzuleiten[44], doch war er gerade in der Frage deutscher Waffenlieferungen an Kairo weder hinreichend informiert noch befugt, um in Jerusalem die Bedenken zerstreuen zu können. Der ehemalige Widerstandskämpfer Gerstenmaier konnte bei seiner Rückkehr in die Heimat deshalb lediglich darauf verweisen, durch seine Reise in Israel Sympathien für die Bundesrepublik gewonnen zu haben.[45]

Hingegen hatten mehrere arabische Länder Anstoß an Gerstenmaiers unverkennbaren Bemühungen genommen, die Etablierung diplomatischer Beziehungen zu Is-

---

[40] Vgl. dazu den Vermerk des Auswärtigen Amtes, Referat 708, vom 21. Dezember 1962, in dem nochmals betont wurde, daß die arabischen Staaten eine Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Israel mit einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR beantworten würden. PA, B 36/43.

[41] Zur Hallstein-Doktrin vgl. ausführlich: R. M. Booz, »Hallsteinzeit«, 1995.

[42] Die negativen ökonomischen Auswirkungen wurden von der Bundesregierung nicht unterschätzt. Beim Verlust des afrikanisch-asiatischen Marktes wurden beispielsweise ernsthafte Nachteile für die deutsche Investitionsgüterindustrie und die Stahlindustrie befürchtet. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Ernst Wilm vom 14. März 1963. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 10, Mappe 2.

[43] Notiz über die Ausführungen Gerstenmaiers vor einen Kreis von Bundesministern und CDU-Abgeordneten im Januar 1963. Brief von Franz Böhm an Walter Hallstein vom 23. Januar 1963. BA, N 1266/1298.

[44] Christ und Welt vom 14. Juni 1963.

[45] Süddeutsche Zeitung vom 4. Dezember 1962.

rael voranzutreiben. Der Irak, Jordanien, Marokko, Saudi-Arabien, der Sudan und Syrien sahen sich sogar bemüßigt, ihrer Empörung gegen das Vorgehen des Parlamentspräsidenten in Form von Protestnoten Ausdruck zu verleihen. Das Auswärtige Amt bemühte sich um Schadensbegrenzung und sicherte den verstimmten Arabern zu, in der Nahostpolitik der Bundesregierung sei keine grundlegende Veränderung erfolgt, da der Parlamentspräsident nicht in Regierungsauftrag gehandelt habe.[46] Einhergehend mit der Verstimmung in der arabischen Welt, begannen sich auch in der Union Stimmen zu regen, die Gerstenmaiers Israelvisite kritisierten. Der Unmut richtete sich dabei sowohl gegen die Selbstüberschätzung des Bundestagspräsidenten, der offenbar geglaubt hatte durch seinen Aufenthalt maßgeblich zur Verbesserung des deutsch-israelischen Verhältnisses beitragen zu können. Zudem wurde sein mangelnder Wille beklagt, sich vor seinem Reiseantritt hinreichend mit der komplizierten Materie der Nahostpolitik vertraut zu machen. Besonders von Gerstenmaiers Parteifreund Franz Böhm kam harsche Kritik. Böhm, Vorsitzender im Ausschuß für Wiedergutmachung, hatte rund ein Jahr vor dem Aufenthalt des Parlamentspräsidenten in Jerusalem an gleicher Stätte Sondierungsgespräche mit Außenministerin Golda Meir geführt.[47] Das Angebot Böhms, von seinen Verhandlungsergebnissen und den zu erwartenden Schwierigkeiten vor seiner Abreise nach Israel zu unterrichten, nahm Gerstenmaier nicht an. Ihm wurde deshalb vorgeworfen, er habe die Frage der deutsch-israelischen Beziehungen mit nur kursorischen Kenntnissen der politischen Lage »husarenrittartig«[48] lösen wollen. Durch die mangelnde Unterstützung der Fraktion wurde auch seine Initiative kontakariert, eine breite parlamentarische Mehrheit für die forcierte Aufnahme offizieller Beziehungen zu Israel zu gewinnen.[49] Der mangelnde Erfolg seines Unterfangens, gepaart mit der kritischen Distanz, mit der die Mission des Parlamentspräsidenten in den eigenen Reihen aufgenommen wurde, ließ Gerstenmaier zunächst von einem weiteren Engagement im Nahen Osten zurückschrecken.

Erst rund zwei Jahre später wagte sich Gerstenmaier in dieser Frage erneut auf das glatte diplomatische Parkett. Anlaß war diesmal eine vom ägyptischen Staatschef Gamal Abdel Nasser im Frühjahr 1964 ausgesprochene Einladung. Eugen Gerstenmaier war entschlossen, den Besuch in Kairo zu nutzen, um die Irritationen der arabischen Welt gegenüber einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel abzubauen.[50] Der Besuch in Ägypten erfolgte nach

---

[46] Notiz des Auswärtigen Amts über eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im jordanischen Außenministerium vom 14. Januar 1963. PA, B 36/43.

[47] Zur Debatte über die deutsche Wiedergutmachung vgl. N. Sagi, Wiedergutmachung für Israel, 1981.

[48] Brief von Franz Böhm an Walter Hallstein vom 23. Januar 1963. BA, N 1266/1298.

[49] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Erich Mende vom 17. Januar 1963. ACDP, I-269-034/1.

[50] Verlautbarung Gerstenmaiers im Ältestenrat. Bericht über den Verlauf der Ältestenratssitzung vom 14. April 1964 für das Bundeskanzleramt. BA, B 136/4519.

einigen diplomatischen Querelen[51] erst Ende November 1964[52] und damit zu einem Zeitpunkt, als es um das Verhältnis Bonns zu Kairo aufgrund der bekannt gewordenen Militärhilfe an Israel nicht zum Besten bestellt war.[53] Die ursprünglichen Intentionen, die der Bundestagspräsident mit der Visite verbunden hatte, ließen sich aufgrund dieser diplomatischen Verwicklungen nicht mehr einlösen. Gerstenmaier versuchte im Sinne der Regierungspolitik mäßigend auf die politische Führung Ägyptens einzuwirken, um die Durchsetzung des deutschen Alleinvertretungsanspruchs nicht zu gefährden.[54] Als Resultat seiner Gespräche am Nil und zur Genugtuung seiner arabischen Gesprächspartner[55] sprach er sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland entschieden gegen die Fortführung bundesdeutscher Waffenlieferungen an Länder außerhalb der NATO aus.[56] Diese mit Adenauer abgestimmte Erklärung wurde von der politischen Führungsriege in Kairo zwar als positives Signal anerkannt, allerdings war das Verhältnis zur arabischen Liga trotz dieses Entgegenkommens nicht mehr zu kitten.[57] Mit der im Februar 1965 ausgesprochenen Einladung Präsident Nassers an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht wurde der Bruch auch in der Öffentlichkeit deutlich und Ägypten bekräftigte, daß es nicht gewillt war, die bereits eingeleiteten Schritte zur Anerkennung der DDR rückgängig zu machen.[58]

Die starre Haltung der ägyptischen Führung zwang die Bundesregierung im Gegenzug unter Anwendung der Hallstein-Doktrin zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Kairo. Zugleich eröffnete dieser politische Rückschlag der Bundesrepublik aber die Chance, die lange beabsichtigte Aufnahme offizieller Beziehungen zu Israel im Mai 1965 zu vollziehen. Die israelische Führung reagierte auf diesen Schritt der deutschen Regierung prompt und ließ Gerstenmaier im Auftrag des is-

---

[51] Gerstenmaiers eindeutiges Votum für intensivierte deutsch-israelische Beziehungen war vor allem von den rechtsextremen deutschen Medien polemisierend dargestellt worden und hatte offenkundig zu Irritationen in Kairo geführt. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Schröder vom 9. September 1964. ACDP, I-210–020/1.

[52] Bundestagspräsident Gerstenmaier traf am 20. November 1964 zu einem viertägigen Besuch in Ägypten ein, in dessen Verlauf er unter anderem mit Präsident Gamal Abdel Nasser und dem ägyptischen Parlamentspräsidenten Anwar El Sadat zusammentraf. ACDP, I-210–020/1.

[53] Vgl. R. M. Booz, »Hallsteinzeit«, 1995, S. 80f.

[54] Gerstenmaier bestätigte vor seiner Abreise nach Ägypten am 19. November 1964 in einem Interview mit dem ZDF, daß es sich bei seinem Besuch um eine »Art Mission des guten Willens« handele.

[55] Interne Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über den Stand des deutsch-ägyptischen Verhältnisses im Anschluß an den Besuch von Bundestagspräsident Gerstenmaier in Kairo vom 11. Januar 1965. ACDP, I-483–286/1.

[56] Das deutliche Eintreten Gerstenmaiers für einen sofortigen Stop jeglicher Militärhilfe an Länder außerhalb der NATO wurde auch von den internationalen Medien mit Interesse aufgenommen. Vgl. Artikel mit der Überschrift »New era in Bonn-Arab relations« in der Ausgabe des Guardian (Manchester) vom 7. Dezember 1964.

[57] Gerstenmaier hatte im Januar 1965 bereits die Vermutung geäußert, daß selbst »grosszügige und energisch geführte Verhandlungen« nicht das Einlenken Nassers garantieren könnten. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Schröder vom 11. Januar 1965. ACDP, I-483–286/1.

[58] Tagebucheintrag von Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel für die Zeit vom 1. bis 25. Februar 1965. BA-MA, B W 1/103, Bl. 56.

raelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol eine Einladung übermitteln. Der Bundestagspräsident signalisierte sofort seine Bereitschaft zu einem abermaligen Besuch; er bat allerdings um eine Verschiebung des Besuchstermins.[59] Gerstenmaier reiste schließlich Ende August nach Jerusalem, um der Einweihung des Neubaus der Knesset beizuwohnen.[60] Seine erneute Visite in Israel und seine Rede vor dem Jüdischen Weltkongreß Anfang August 1966[61] halfen das geschichtlich schwer belastete Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel zu entkrampfen und Gerstenmaiers Anliegen einer Aussöhnung mit den Juden einen Schritt näherzukommen.[62]

3. Außenpolitische Initiativen

Die Sicherung des freiheitlichen Rechtsstaates sowie die Einbindung Deutschlands in die westliche Staatengemeinschaft bildeten die Achsen im politischen Wertesystem Eugen Gerstenmaiers und bestimmten sein Wirken im In- und Ausland. Innerhalb dieser Parameter wies seine außenpolitische Haltung aber durchaus Flexibilität auf. Der selbsterklärte Dialektiker[1] beanspruchte hierbei eine Eigenständigkeit, die ihn zwar nicht kontinuierlich von der Generallinie seiner Partei entfernte, doch wurde er aufgrund seiner differierenden Ansichten in Teilaspekten zusehends zum Außenseiter in der Unionsfraktion. Gerstenmaiers Ansatz war es, sein Handeln weniger durch ein lineares Vorgehen bestimmen zu lassen als vielmehr Anpassungsbereitschaft an gegebene Rahmenbedingungen zu demonstrieren. Seine Bereitschaft politisch flexibel zu agieren, wurde durch seine ost- und deutschlandpolitischen Initiativen deutlich. Auch sein Verhältnis zu Frankreich und den USA veränderte sich im Laufe der Zeit, ohne allerdings die essentielle Bedeutung freundschaftlicher Bande zu beiden Ländern jemals ernsthaft in Frage zu stellen.

Besonders Gerstenmaiers ostpolitische Vorstellungen stießen in den eigenen Reihen seit Mitte der fünfziger Jahre auf Kritik.[2] Sein 1955 artikulierter Wunsch, die

---

[59] Aufzeichnung Gerstenmaiers über sein Gespräch mit dem israelischen Botschafter Felix Shinnar in Bonn vom 26. Mai 1965. ACDP, I-210–017/1.

[60] Gerstenmaier hielt sich vom 29. August bis zum 1. September 1965 in Israel auf. ACDP, I-210–019/1.

[61] Eugen Gerstenmaier nahm trotz einiger Bedenken die Einladung des israelischen Präsidenten Nahum Goldmann an, auf dem am 4. und 5. August in Brüssel stattfindenden Jüdischen Weltkongreßes ein Referat zum Thema »Deutschland und die Juden« zu halten. Ausführungen Gerstenmaiers auf der CDU-Präsidiumssitzung vom 26. April 1966. ACDP, I-483–036/2. Er betonte, daß seine Rede am 3. August im Palais des Congrès in Brüssel »mit großer Aufmerksamkeit ohne jede Störung angehört und am Schluß mit Beifall bedacht« worden sei. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 506.

[62] Eugen Gerstenmaier berichtete in seinen Lebenserinnerungen davon, daß er sowohl in Jerusalem als auch später in Brüssel eine überraschend freundliche Aufnahme gefunden habe. Ebd., S. 505.

[1] Gerstenmaier in einem Interview mit dem Journalisten Günter Gaus im Juli 1964. G. Gaus, Zur Person, 1964, S. 135.

[2] M. Kittel, Genesis einer Legende, in: VfZ, 41. Jg. (1993), H. 3, S. 365 (S. 355–389).

Bundesregierung möge ihre Haltung zu Moskau überdenken, um die festgefahrenen deutschlandpolitischen Verhandlungen voranzutreiben, stieß beim Kanzler auf heftige Ablehnung.[3] Gerstenmaiers Vorstoß, unmittelbar vor Inkrafttreten der Westverträge in Anlehnung an das österreichische Modell eine bündnisfreie Lösung für Deutschland in die Diskussion einzubringen[4], widersprach der von Adenauer praktizierten Politik der Stärke. Aus den eigenen Reihen wurde Eugen Gerstenmaier vorgehalten, nicht hinreichend zwischen Neutralität und Bündnislosigkeit zu differenzieren. Das von dem Christdemokraten befürwortete Signal an die Sowjetunion zu weiterführenden Gesprächen und seine Annäherung an den von der FDP propagierten »dritten Weg«[5] fanden in besonderem Maße den Widerspruch von Kanzler und Außenminister.

Nachdem die Bundesrepublik ihre Souveränität erlangt hatte, variierte der Bundestagspräsident seine außenpolitische Stoßrichtung. Da er mit seiner Initiative zur Bündnislosigkeit eines vereinten Deutschlands kein positives Echo im Kabinett erhalten hatte, begann er Anfang Mai die Notwendigkeit eines Ausgleichs mit Moskau zu betonen. Gerstenmaier ging sogar so weit, die Chancen auf eine deutsche Vereinigung nur durch die Politik eines friedlichen Ausgleichs mit der Sowjetunion gewahrt zu sehen.[6] Der von Eugen Gerstenmaier verfolgte Kurs der Öffnung Richtung Osten fand zumindest kurzfristig seine Bestätigung durch Adenauer, der 1955 trotz seines Kurses der Westintegration mit der Annahme einer Einladung nach Moskau und dem Angebot der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein gewisses Maß an Flexibilität in seiner Ostpolitik demonstrierte. Der Parlamentspräsident versuchte diese Entwicklung nach Kräften zu unterstützen, wie sein Plädoyer für die Annahme einer Einladung des Bundestags nach Moskau und seine Kontaktaufnahme mit dem neu gekürten sowjetischen Botschafter in Bonn belegte.[7] Unbeweglich blieb Gerstenmaier hingegen in seiner ablehnenden Haltung zur DDR. Hierin fühlte er sich Anfang 1956 in seinem Urteil durch die zu dieser Zeit in Ost-Berlin abgehaltenen Schauprozesse gegen vier Fluchthelfer bestätigt. Der Bundestagspräsident protestierte in außergewöhnlich scharfer Form[8] gegen den Prozeß, der international für Aufsehen sorgte[9] und mit einem Todesurteil gegen zwei Angeklagte endete,

---

[3] Vgl. dazu die Berichterstattung des Hamburger Echos vom 23. April 1955.

[4] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. April 1955.

[5] Die Welt überschrieb in ihrer Ausgabe vom 22. April 1955 einen Artikel zu den in Bonn diskutierten außenpolitischen Konzeptionen mit den Worten: »Zwischen Neutralisierung und Westunion – Bonn auf der Suche nach der dritten Möglichkeit«.

[6] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Mai 1955.

[7] Rhein-Zeitung (Koblenz) vom 19. Januar 1956.

[8] Das Ost-Berliner Parteiblatt »Neues Deutschland« glaubte, bei Gerstenmaiers Reaktion auf den Schauprozeß sogar »blindwütigen Haß« gegenüber der DDR zu erkennen. Die Ost-Berliner Führung war ferner darauf bedacht, die Kritik Gerstenmaiers als »Wutgeheul auf amerikanische Bestellung« abzutun. Vgl. Neues Deutschland vom 4. Februar 1956.

[9] Vgl. dazu den Artikel »Bonn Protests to East – Assails Death Sentence for Inciting Flights to West« in der New York Times vom 3. Februar 1956 bzw. die Berichterstattung von Le Monde vom 4. Februar 1956.

indem er Parallelen zwischen der rechtlichen Willkür im Nationalsozialismus und den Verdikten des Obersten Gerichts der DDR zog.[10]

Im Wahlkampf des Jahres 1957 meldete sich Gerstenmaier, der aufgrund von Kreislaufstörungen eine vierwöchige Kur hatte absolvieren müssen, wieder zu Wort. Er nahm die Note Moskaus vom 29. Juni mit ihrer Kritik am Vorhaben der Bundesregierung, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, zum Anlaß, dem Osten erneut Gesprächsbereitschaft zu signalisieren.[11] Zwar verurteilte Gerstenmaier den scharfen Ton der sowjetischen Machthaber, doch war er offenkundig bemüht, den Dialog mit dem Kreml zu beleben. Der Parlamentspräsident glaubte, mit dem Angebot eines Verzichts auf eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik ein Faustpfand bei Verhandlungen über die Wiedervereinigung zu besitzen. Am Tag der Veröffentlichung der sowjetischen Note bezog er ohne vorherige Absprache mit dem Kabinett zu diesem delikaten Thema vor einer christlich-demokratischen Studentengruppe der Freien Universität Berlin Stellung. Zwar verwies er darauf, daß er in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundestags nicht legitimiert sei, für die Regierung zu sprechen, doch empfahl er zugleich »präzis[e]«[12] Rückfragen hinsichtlich der Intentionen Moskaus. Gerstenmaier beließ es aber nicht bei diesem Hinweis, sondern er spekulierte, daß ein deutsches Zurückstecken in Sachen Atombewaffnung wahrscheinlich Zugeständnisse des Kreml beim Erlangen der deutschen Einheit nach sich ziehen könnte. Er brach weiterhin ein Tabu, indem er in diesem Zusammenhang die NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik an konkrete Sicherheiten für Gesamtdeutschland knüpfte.

Die mit »erschreckende[r] Kühnheit«[13] vorgetragenen Konzeptionen des Christdemokraten hatten allerdings kaum Aussicht auf Erfolg. In der heißen Phase des Wahlkampfs war die Union darauf bedacht, ihr parteipolitisches Profil zu schärfen; eine Annäherung an Gerstenmaiers Vorschläge hätte hingegen die Differenzen zwischen den beiden großen Volksparteien bei der Ost- und Deutschlandpolitik auf ein Minimum reduziert. Adenauer war weder bereit, Zweifel an seiner Treue zum westlichen Bündnis aufkommen zu lassen noch sich dem Vorwurf auszusetzen, er habe sich die Haltung der Sozialdemokraten zu eigen gemacht. Im Wahlkampf legte der Kanzler deshalb großen Wert darauf, sich gegenüber der größten Oppositionspartei abzugrenzen, indem er die kritische Haltung der SPD zur Wehrpflicht und zur atomaren Aufrüstung betonte. Adenauer schreckte auch nicht davor zurück, die Zukunft der Bundesrepublik für den Fall eines Wahlsiegs der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den düstersten Farben zu malen.[14] Vor diesem Hintergrund

[10] Die Welt vom 3. Februar 1956.

[11] Zur Diskussion über die atomare Bewaffnung vgl. M. Eckert, Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 37 (1989), S. 115–143.

[12] Die Rede Gerstenmaiers an der Freien Universität Berlin vom 29. Juni 1957 war dem Thema: »Deutschlands Rückkehr in die Weltpolitik« gewidmet.

[13] Süddeutsche Zeitung vom 2. Juli 1957.

[14] Vgl. eine Replik des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauers auf einem Freundschaftstreffen der Sozialisten Ostfrieslands, in der er die Vorwürfe Adenauers zurückwies. Hamburger Echo vom 15. Juli 1957.

hielt sich der Regierungschef mit öffentlicher Kritik an Eugen Gerstenmaiers außenpolitischer Initiative merklich zurück. Rund zwei Monate vor den Wahlen zum dritten Deutschen Bundestag wollte der Kanzler weder dem politischen Gegner noch den Medien die Möglichkeit geben, die innerparteiliche Kontroverse auszuschlachten. Hinter den Kulissen hingegen ließ Adenauer seinem Unmut freien Lauf. Anläßlich einer Parteivorstandssitzung Anfang Juli übte er heftige Kritik am Vorpreschen Gerstenmaiers.

Der Bundestagspräsident, der an der Sitzung aufgrund einer dienstlichen Verpflichtung nur zeitweise teilnehmen konnte, war über dieses Vorgehen entsetzt. Trotz des Respekts, den er dem Rhöndorfer entgegenbrachte, war Eugen Gerstenmaier nicht gewillt, die Attacke des Bundeskanzlers unkommentiert stehen zu lassen. In einem Schreiben an Adenauer beklagte er sich vor allem darüber, daß der Regierungschef seinen Unmut nicht in seiner Anwesenheit kundgetan hatte.[15] Von seinem in der Partei umstrittenen Vorstoß wich Eugen Gerstenmaier jedoch kein Jota ab. Zwar versuchte er im Wahlkampf nicht mehr durch kontroverse außenpolitische Vorschläge in Erscheinung zu treten, und er kritisierte die Neutralisierungstendenzen der SPD.[16] Doch konnte er sich nicht dazu entschließen, die Wahlkampftrommel in einer Weise zu rühren, die den politischen Kontrahenten diffamierte. Die holzschnitzartigen Parolen Adenauers, die in der Aussage gipfelten, ein Wahlsieg der Sozialdemokraten sei prinzipiell gleichbedeutend mit dem Untergang des Abendlands, trug Gerstenmaier nicht mit. Vielmehr widersprach er sogar öffentlich einer der Kernthesen des Kanzlers, die der SPD unterstellte, sie strebe einen Austritt aus der NATO an.[17]

Unverkennbar war das Streben des CDU-Politikers, die parteipolitischen Gräben trotz des Wahlkampfes nicht zu tief werden zu lassen. Bei den richtungsweisenden außenpolitischen Entscheidungen versuchte er nach Möglichkeit, einen Konsens mit den Sozialdemokraten zu erzielen.[18] Diese Kooperationsbereitschaft gegenüber der SPD wollte der Parlamentspräsident nicht als Anbiederung an die Ollenhauer-Partei verstanden wissen. Gerstenmaier bekräftigte, daß sich vielmehr die Sozialdemokraten in der Frage der NATO-Mitgliedschaft an die Position der Bundesregierung angenähert hätten und – entgegen ihrer ursprünglichen Haltung – sogar ein Verbleiben im westlichen Sicherheitsbündnis bis zur Wiedervereinigung favorisierten. Dennoch vermochte Eugen Gerstenmaier es nicht zu verhindern, daß er aufgrund dieser Haltung seine Chancen aufs Spiel setzte, in der kommenden Legislaturperiode das Amt des Bundestagspräsidenten gegen einen Platz im Kabinett einzutauschen.[19]

---

[15] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 4. Juli 1957. ACDP, VII-002–011/1.

[16] In einer Wahlveranstaltung in Schwäbisch Hall warf Gerstenmaier der SPD ferner vor, mit ihrer Kritik an der Wehrpflicht und der atomaren Bewaffnung die bundesdeutschen Sicherheitsinteressen zu gefährden. Rheinische Post (Düsseldorf) vom 27. Juli 1957.

[17] Süddeutsche Zeitung vom 21. August 1957.

[18] Neue Zürcher Zeitung vom 29. August 1957.

[19] Heinrich Krone hatte in seinem Tagebuch unter dem 27. September 1957 notiert, daß Gerstenmaier Interesse am Amt des Außenministers signalisiert habe. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 267.

Nach der für die Union überaus erfolgreichen Wahl vom September 1957 sah Eugen Gerstenmaier noch weniger die Notwendigkeit, mit seinen außenpolitischen Ansichten Zurückhaltung zu üben. So machte er im Fraktionskreis deutlich, daß sich seine ostpolitische Konzeption nicht verändert hatte. Unterstützt von Herbert Blankenhorn[20], sprach er sich – trotz der Anerkennung Ost-Berlins durch Tito – gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien und damit gegen die Anwendung der Hallstein-Doktrin aus.[21] Das von der Bundesregierung an den Tag gelegte harte Vorgehen gegen den Ostblock stand im Gegensatz zu der von Eugen Gerstenmaiers geforderten flexibleren Politik.

Mit seinen Bedenken vermochte sich der Bundestagspräsident jedoch ebensowenig durchzusetzen wie mit seinem wenige Monate später eingebrachten Vorschlag, einen Friedensvertrag für Deutschland auf die Tagesordnung einer künftigen Ost-West-Konferenz zu setzen. Gerstenmaiers Intention war es hierbei, den von Adenauer zwischenzeitlich aufgenommenen Dialog mit der Sowjetunion in einen politisch zählbaren Erfolg umzumünzen. Konkreter Anlaß für seine Intervention war die Note des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin vom 10. Dezember 1957 an Adenauer, in der die UdSSR ihren Wunsch nach Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen zum Ausdruck brachte. Ferner hatte der Kreml parallel zur Offerte an die Bundesregierung und wenige Tage vor der in Paris anberaumten NATO-Ratssitzung US-Präsident Eisenhower zu einer Zusammenkunft auf höchster Ebene gedrängt.[22] Trotz des im sowjetischen Gesprächsangebot implizierten Protests gegen die westlichen Pläne zur Atomwaffenstationierung erkannte Gerstenmaier darin eine Chance, den Gesprächen über die Deutschlandfrage neuen Schwung zu verleihen. Schon Mitte Januar 1958 hatte der Parlamentspräsident deshalb Adenauer im Rahmen einer Bundesvorstandssitzung von seinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt, Verhandlungen über einen Friedensvertrag anregen zu wollen.[23] Gerstenmaier insistierte, der Sowjetunion – obwohl sie an ihrem Beharren auf der Zwei-Staaten-Doktrin keine Zweifel aufkommen ließ – die Gelegenheit zu geben, ihren mehrfach artikulierte Friedenswillen durch Taten zu untermauern.[24] Er berief sich dabei auf Äußerungen des ehemaligen US-Präsidenten Harry Truman, der ebenso dafür plädiert hatte, die Friedensbereitschaft der UdSSR einer Nagelprobe am Verhandlungstisch zu unterziehen. Sein Eintreten für eine wendigere Ostpolitik versuchte Gerstenmaier zwar im Kreise seiner Kollegen in einer Form zu präsentieren, die nicht als besserwisserisch und die Kompetenzen des Kabinetts in Frage stellend aufgefaßt wer-

---

[20] Auch Blankenhorn versprach sich von einer Nichtanwendung der Hallstein-Doktrin eine »Lokkerung der sich mehr und mehr verkrampfenden Ost-West-Beziehungen«. H. Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, 1980, S. 275.

[21] D. Kosthorst, Brentano, 1993, S. 201.

[22] Ebd., S. 210.

[23] Der Abend überschrieb einen Artikel vom 7. Februar 1958 über Gerstenmaiers ergebnislosen Vorstoß mit der Überschrift: »Keine Gegenliebe«.

[24] Ausführungen Eugen Gerstenmaiers auf der Bundesvorstandssitzung vom 17. Januar 1958. K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 97.

den konnte. Dennoch wurde er von Adenauer seiner Grenzen verwiesen.[25] Zwar zeigte sich der Regierungschef zu diesem Zeitpunkt durchaus bemüht, dem Kreml im Zuge der Entspannungspolitik Gesprächsbereitschaft zu signalisieren; allerdings hielt Adenauer den Vorschlag seines schwäbischen Parteifreundes für indiskutabel, da er Friedensvertragsverhandlungen nur unter Einbeziehung der DDR für durchführbar hielt.

Mit diesem deutlichen Eintreten für Flexibilität in der Außenpolitik hatte sich der Parlamentspräsident zu einer Kurskorrektur entschieden. Kurz zuvor hatte er noch seine Rede auf dem CDU-Landesparteitag in Stuttgart genutzt, um die Regierungspolitik zu unterstützen und den sicherheitspolitischen Kurs von SPD und FDP scharf zu kritisieren.[26] Gerstenmaier war im Verlauf seines rund anderthalbstündigen Referats vor allem gegen den von Thomas Dehler und Gustav Heinemann propagierten Neutralitätskurs zu Felde gezogen. Allerdings war in diesem Vortrag zugleich die Anregung des CDU-Politikers im Hinblick auf Friedensvertragsverhandlungen enthalten; dies wurde von den Medien erstaunlicherweise aber nicht aufgegriffen.[27] Die Überraschung muß deshalb für die Union besonders groß gewesen sein[28], als sich Gerstenmaier nach dieser öffentlichkeitswirksamen Philippika gegen die Opposition[29] kurze Zeit später zur Kehrtwende entschloß. Nunmehr schrieb er der Bundesregierung seine alternativen Politikvorstellungen ins Stammbuch, indem er der »Stuttgarter Zeitung« seine Vorstellung über die Eckpunkte der künftigen Ostpolitik unterbreitete.[30]

Dieses Zeitungsinterview entfachte ein Rauschen im bundesdeutschen Blätterwald, das von der Union nicht unbeantwortet bleiben konnte. Zwar versuchte das Kabinett, nicht öffentlich auf das Vorpreschen ihres Parteikollegen zu reagieren, um nach außen den Eindruck der Uneinigkeit in richtungsweisenden außenpolitischen Fragen nicht noch zu verstärken, doch war der intern geäußerte Unmut über das eigenmächtige Handeln des Bundestagspräsidenten groß. Besonders tief saß der Groll beim Bundeskanzler. Seinem Berater Globke gegenüber äußerte Adenauer sein Unverständnis, ebenso wie er seinem Ärger über das »schädliche«[31] Verhalten Gerstenmaiers bei Heinrich von Brentano Luft machte. Im Unterschied zur heftigen Kritik, die Eugen Gerstenmaier aus der Union entgegenschlug, vermochte er mit

---

[25] Ebd., S. 104.

[26] DUD, 12. Jg., Nr. 23 vom 3. Februar 1958.

[27] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 438.

[28] Selbst Gerstenmaiers Parteifreund Heinrich Krone täuschte sich in dessen Intentionen. Unter dem 28. Januar 1958 hatte Krone noch vermerkt, daß der Bundestagspräsident trotz einiger Differenzen mit dem Kanzler in der Ostpolitik im Grunde auf der »gleichen harten Linie« liege. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 287.

[29] Die Süddeutsche Zeitung hatte die Ausführungen Gerstenmaiers in Stuttgart in ihrer Ausgabe vom 4. Februar 1958 noch als Zeichen dafür gedeutet, daß er sich mit seinen ostpolitischen Vorstellungen dem Willen Adenauers gebeugt habe.

[30] Stuttgarter Zeitung vom 5. Februar 1958 bzw. einen Kommentar in der Ausgabe des Blattes vom folgenden Tag unter der Überschrift »Gerstenmaiers Vorstoß«.

[31] H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, 1994, S. 415.

seiner Initiative in der öffentlichen Meinung jedoch durchaus Pluspunkte zu sammeln. Je nach Blickwinkel des jeweiligen Presseorgans wurde der Vorschlag Gerstenmaiers als belebend[32] oder als kühn[33] interpretiert und seine Vordenkerposition innerhalb der Union unterstrichen.

Die Auseinandersetzung mit seiner eigenen Partei zeigte, daß Gerstenmaier sich in außenpolitischen Kernfragen der parlamentarischen Opposition angenähert hatte. Zwar hatte er stets dementiert, er arbeite auf das Zustandekommen einer großen Koalition hin, doch wurde augenscheinlich, daß seine Meinungsverschiedenheiten mit dem gemäßigten Flügel innerhalb der Sozialdemokraten nicht mehr unüberbrückbar waren. Der CDU-Politiker wandte sich immer noch entschieden gegen die Verfolgung eines Neutralitätskurses, wie seine Attacken vor allem gegen Heinemann belegten[34], doch trennten ihn beispielsweise nur noch Nuancen vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Fritz Erler. Im Unterschied zu Erler, der eine Ost-West-Gipfelkonferenz selbst ohne Behandlung eines Friedensvertrags für ratsam erachtete, beharrte Gerstenmaier hingegen darauf, diesen Aspekt zu einem der Hauptpunkte einer Zusammenkunft zu erklären. Die Union zeigte sich alles andere als erfreut über die Gemeinsamkeiten eines ihrer prominentesten Politiker mit der Opposition.[35] Eklatant war Gerstenmaiers Abweichen auch im Hinblick auf die für unverrückbar erklärte außenpolitische Prioritätenliste der Regierung Adenauer. Diese wurde von ihm zwar nicht negiert, aber mit seinem Vorschlag, Verhandlungen über einen Friedensvertrag der Abhaltung freier Wahlen vorzuziehen, stellte er zumindest deren Abfolge in Frage.[36] Der Außenminister fühlte sich durch dieses Vorgehen Gerstenmaiers unter Zugzwang gesetzt und bemühte sich nach Kräften über das Publikationsorgan seines Hauses – die Diplomatische Korrespondenz – diese Initiative seines Fraktionskollegen als im Einklang mit der offiziellen Regierungspolitik stehend darzustellen.[37] Besonders betonte von Brentano die Auffassung des Parlamentspräsidenten, daß die Friedensvertragsverhandlungen erst nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung in ihre entscheidende Phase eintreten könnten. Mit dieser Hilfskonstruktion versuchte der Außenminister krampfhaft, die von Gerstenmaier geöffnete ostpolitische Flanke der Union gegen Angriffe der Opposition zu schützen.

Eugen Gerstenmaier zeigte sich vom Widerstand seiner eigenen Partei unbeeindruckt und verteidigte seine Haltung. Als Zugeständnis bemühte er sich, zu erklären, daß sein Zugehen auf Moskau nicht als Anzeichen für eine flexiblere Politik gegenüber Ost-Berlin zu verstehen sei; die vom Kreml angeregten Verhandlungen

---

[32] Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 7. Februar 1958.

[33] Süddeutsche Zeitung vom 6. Februar 1958.

[34] Die Zeit vom 6. Februar 1958.

[35] Frankfurter Rundschau vom 8. Februar 1958.

[36] Der Spiegel wies in seiner Ausgabe vom 12. Februar 1958 darauf hin, daß Eugen Gerstenmaier mit seiner Anregung die »geheiligte[n] Bonner Grundsätze fast achtlos« beiseite gestoßen hätte.

[37] Artikel »Gipfelkonferenz ohne Deutschlandfrage?« in: Diplomatische Korrespondenz, Nr. 8 vom 8. Februar 1958.

zwischen beiden deutschen Staaten im Sinne der sowjetischen Zwei-Staaten-Doktrin lehnte er vehement ab.[38] Damit hoffte Gerstenmaier vor allem, den Groll des Kanzlers zu beschwichtigen.[39] Wenn der Bundestagspräsident auch bestrebt war, durch kleine Zugeständnisse den Graben zu seinen Parteikollegen nicht noch zu vertiefen, wurde doch klar, daß er nicht daran dachte, von seinem Vorstoß Abstand zu nehmen. Er schreckte im Gegenteil nicht davor zurück, im Sinne seiner Initiative vom Februar 1958 erneut die Kritik der Union auf sich zu ziehen. Nach Rücksprache mit Carlo Schmid hatte sich Eugen Gerstenmaier entschlossen, eine für den 12. und 13. März anberaumte Debatte des Bundestages über Außenpolitik und Rüstungsfinanzierung eigenmächtig auf unbestimmte Zeit zu verschieben, um die Ergebnisse der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine für 1958 geplante Ost-West-Konferenz abzuwarten. Darüber hinaus wollte Gerstenmaier mit diesem Schritt seinem Vizepräsidenten Carlo Schmid, der einer »immer verantwortungslose[r]«[40] werdenden Ostpolitik des Kabinetts aktiv entgegenzusteuern versuchte, hinreichend Zeit für Sondierungsversuche in Polen zu geben.[41] Die Sitzungsverschiebung, die lediglich mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Kurt Georg Kiesinger[42], abgesprochen, ansonsten aber von Gerstenmaier unter Ausklammerung der Unionsführung[43] beschlossen worden war, beraubte die Regierung einer wichtigen Plattform, um ihre angeschlagene parlamentarische Reputation in Sachen Ost- und Deutschlandpolitik wiederherzustellen.[44] Adenauer, der von seinem Urlaubsort an der italienischen Riviera die Eskapaden Gerstenmaiers mit Sorge beobachtet hatte, war nach seiner Rückkehr in die Bundeshauptstadt fest entschlossen, seine Richtlinienkompetenz mit aller Deutlichkeit zu unterstreichen. Es war dem Kanzler daran gelegen, jegliche Zweifel zu beseitigen, daß die Regierung ihren bisherigen außenpolitischen Kurs aufgeben könnte.[45] Als besonders wichtig erachtete er es deshalb, auf eine rasche Ansetzung der verschobenen Bundestagsdebatte zu drängen, um den westlichen Bündnispartnern nachhaltig seine festen Haltung gegenüber dem Osten

---

[38] Vgl. einen Beitrag Gerstenmaiers, in: Bulletin vom 21. Februar 1958.

[39] Interview Eugen Gerstenmaiers mit dem Sender Freies Berlin zum Thema Gipfelkonferenz und Deutschlandfrage. Das Gespräch wurde am 12. Februar 1958 gesendet.

[40] P. Weber, Carlo Schmid, 1996, S. 598.

[41] Protokoll der 18. Kabinettssitzung vom 19. März 1958. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 11, 2002, S. 176.

[42] Kiesingers Motive für die Zustimmung zu einer Verschiebung der Debatte unterschieden sich tendenziell von denen Gerstenmaiers. Kurt Georg Kiesinger merkte in seinen Memoiren an, daß er sich lediglich mehr Zeit für die adäquate Vorbereitung auf die Aussprache gewünscht habe, um der Opposition gut gerüstet entgegentreten zu können. K. Kiesinger, Dunkle und helle Jahre, 1989, S. 516.

[43] Heinrich Krone führte aus, daß Gerstenmaier die außenpolitische Aussprache entgegen einem Fraktionsbeschluß auf einen späteren Termin verlegt hatte. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 294.

[44] Gerstenmaier hatte sich von der Aussetzung der Plenarsitzung erhofft, die aus Moskau kommenden Signale zunächst analysieren zu können. Vgl. dazu: Süddeutsche Zeitung vom 8. März 1958.

[45] Schreiben des in Vence weilenden Konrad Adenauer an Heinrich von Brentano vom 26. Februar 1958. In seinem Brief beklagte der Kanzler die »unbedachte Äußerung« Gerstenmaiers hinsichtlich eines Friedensvertrags. ACDP, I-070–052/3.

zu versichern.[46] Obwohl es Konrad Adenauer rasch gelang, seinen Willen durchzusetzen und die Anberaumung einer Plenarsitzung zum Themenkomplex Deutschlandpolitik Ende März zu erreichen, wurde Gerstenmaiers Eigenmächtigkeit in der Öffentlichkeit durchaus als eine Düpierung der Union gewertet.[47] Der Kanzler setzte nun, nachdem er die Fraktion wieder auf Linie gebracht hatte[48], alles daran, die Scharte auszuwetzen, die durch die divergierenden außenpolitischen Ansichten in der Partei entstanden war. Um Einheit zu demonstrieren[49], wurde Gerstenmaier – ebenso wie der zweite Dissident in der Fraktion, Kurt Georg Kiesinger – verpflichtet, im Verlauf der erneut anberaumten mehrtägigen außenpolitischen Debatte im Bundestag das Wort für die Union zu ergreifen.[50] Eugen Gerstenmaier rückte in seinem Redebeitrag als CDU-Abgeordneter am 25. März zwar nicht von der Forderung nach einer wendigeren Ostpolitik ab.[51] Er war aber sichtlich bemüht, die Außenpolitik der Regierung Adenauer als alternativlos darzustellen. Großen Wert legte er ferner darauf, seine Intentionen und die der CDU von den Zielsetzungen der Sozialdemokraten abzugrenzen, indem er besonders auf die Haltung Gustav Heinemanns in der Deutschlandpolitik verwies.[52] Unverkennbar war auch sein Bemühen, Übereinstimmung mit der deutschlandpolitischen Rangordnung des Kabinetts zu dokumentieren. So verwies er darauf, daß er vor einer internationalen Verständigung über den künftigen Status Deutschlands das Abhalten freier Wahlen in der DDR für unerläßlich hielt. Ebenfalls auf einer Linie mit der Union zeigte sich Gerstenmaier in der heftig umstrittenen Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr.[53] Bei diesem Aspekt war es ihm möglich, das von Adenauer vertretene programmatische Profil der Union zu unterstreichen. Er verteidigte das Bekenntnis

---

[46] Konrad Adenauer hatte sich nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub in einem Gespräch mit Bundespräsident Heuss über den inneren Zustand seiner Partei mit den Worten beklagt: »nichts wie Krach, nichts wie Krach«. Notiz des Bundespräsidialamts über eine Unterredung zwischen Adenauer und Heuss vom 11. März 1958. BA, B 122/31269.

[47] Nicht nur die deutschen Medien wie die Süddeutsche Zeitung vom 8. März 1958 verfolgten aufmerksam diese Entwicklung. Die mit der Sitzungsverschiebung zutage tretenden Differenzen zwischen Kabinett und Bundestagspräsident waren auch internationalen Blättern eine Meldung wert. Vgl. beispielsweise die New York Herald Tribune vom 10. März 1958, die ihren Artikel mit den Worten »Adenauer, Bundestag Chief Clash« überschrieb.

[48] Im Fraktionsvorstand kam es am 10. März 1958 zu einer so heftigen Auseinandersetzung, daß Kiesinger aufgebracht die Sitzung verließ. Adenauer hatte sich in der Fraktionssitzung augenscheinlich nicht an die Vereinbarung mit dem Fraktionsvorsitzenden Krone gehalten, der den Kanzler um Mäßigung gebeten hatte. Vgl. die Eintragung Krones unter dem 10. und 11. März 1958. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 295.

[49] Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 11, 2002, S. 34.

[50] Die Absprache über Gerstenmaiers Auftritt im Plenum fiel in einem vertraulichen Gespräch am 13. März 1958 zwischen Kiesinger, von Brentano, Lemmer, Krone, Höcherl, Furler, von Eckhardt, Gerstenmaier und Adenauer. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 296.

[51] Rede Eugen Gerstenmaiers vor dem Deutschen Bundestag am 25. März 1958. BT, 3. Wp., 21. Sitzung vom 25. März 1958, S. 1067–1085.

[52] BT, 3. Wp., 21. Sitzung vom 25. März 1958, S. 1070.

[53] Vgl. dazu unter anderem: H. K. Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, 1980.

der Regierung zur NATO-Mitgliedschaft mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen nachdrücklich. Eugen Gerstenmaier vertrat die Auffassung, eine atomare Ausrüstung deutscher Militärverbände sei für den Fall des Scheiterns von Abrüstungsverhandlungen unumgänglich.[54] Auf diese Kompromißformel hatte er sich mit dem Bundeskanzler bereits Mitte März geeinigt[55], obwohl der Christdemokrat wußte, daß er sich mit dieser Haltung die scharfe Kritik in der EKD zuziehen würde.[56]

Die Ausführungen Gerstenmaiers zur Ost- und Deutschlandpolitik erhielten bereits im Verlauf der Aussprache ein überraschend wohlwollendes Echo seitens der FDP.[57] So bestätigte der parlamentarische Geschäftsführer der Liberalen, Ewald Bucher, dem Parlamentspräsidenten »wirklich konstruktive Gedanken«[58], und er unterstrich in Übereinstimmung mit Gerstenmaier die Überzeugung, daß eine flexiblere Politik gegenüber der Sowjetunion notwendig sei. Auch Erich Mende machte keinen Hehl daraus, daß die FDP den ostpolitischen Intentionen des Bundestagspräsidenten zustimmte. In der Unionsfraktion wurden die liberalen Annäherungsversuche mit Sorge registriert. Dünnhäutig reagierte man im Regierungslager auch auf die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden der FDP, der unumwunden den Wunsch aussprach, Gerstenmaier möge Adenauer als Bundeskanzler ablösen.[59] Der durch Eugen Gerstenmaiers Auftritt im Bundestag zumindest nach außen mühsam gekittete Bruch mit seiner eigenen Fraktion brach durch die Avancen, die dem Parlamentspräsidenten durch Mende und seine Mitstreiter gemacht wurde, stellenweise wieder auf. Die Union hegte Mißtrauen gegenüber einem Mann, dessen außenpolitische Linie allzu großen Beifall vom politischen Gegner bekommen hatte. Zwar hielt sich Gerstenmaier in den folgenden Monaten mit öffentlichen Aussagen zur Außenpolitik zurück und versuchte den von Adenauer angestoßenen Prozeß der

---

[54] Zur Debatte über die atomare Bewaffnung im Bundestag am 25. März 1958 vgl. ausführlich: M. Cioc, Abschreckung und Verteidigung, in: L. Herbst/W. Bührer/H. Sowade (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG, 1990, bes. S. 509 f. (S. 501–514).

[55] Vgl. die Notiz des Fraktionsvorsitzenden der Union, Krone, vom 13. März 1958. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 296.

[56] Im protestantischen Publikationsorgan »Evangelische Verantwortung« vom April 1958 unternahm Gerstenmaier den Versuch, seine Haltung als notwendig im Hinblick auf die bundesrepublikanischen Sicherheitsinteressen darzustellen. Die EKD-Kirchenleitung hingegen hatte öffentlich alle Massenvernichtungswaffen geächtet. Vgl. dazu unter anderem den auf Initiative von sozialdemokratischen Politikern und Gewerkschaftern sowie evangelischen Theologen ergangenen Gründungsaufruf zur Aktion »Kampf dem Atomtod« im März 1958. Ch. Klessmann, Zwei Staaten, 1998, Dokument 23, S. 515.

[57] Über die positive Aufnahme hinaus, die Gerstenmaiers Ausführungen bei der Union und der FDP hervorriefen, wurde ihm auch von den Medien Lob zuteil. »Die Tat« pries die Rede des Bundestagspräsidenten in ihrer Ausgabe vom 27. März 1958 sogar als einer der »besten und ausgewogensten außenpolitischen Reden, die jemals im Bundestag gehalten wurden«.

[58] BT, 3. Wp., 21. Sitzung vom 25. März 1958, S. 1085.

[59] Heuss stellte in einem Schreiben an Toni Stolper vom 27. März 1958 fest, daß die FDP Gerstenmaier an der Spitze eines Allparteienkabinetts sehen wolle. Th. Heuss, Tagebuchbriefe, 1970, S. 318.

diplomatischen Annäherung an die Sowjetunion nach Kräften zu unterstützen[60] sowie Moskau von seinem Beharren auf Einbeziehung Ost-Berlins in potentiellen Friedensvertragsverhandlungen abzubringen.[61] Allerdings hatte sein von der Regierungslinie abweichendes Verhalten vor allem beim Bundeskanzler einen faden Beigeschmack hinterlassen. Eugen Gerstenmaier, einstmals einer der verläßlichsten Stützen der Außenpolitik Adenauers, hatte in der Auseinandersetzung um den Friedensvertrag deutlich gemacht, daß er als einer der wenigen innerhalb der Union gewillt war, dem Kanzler auch gegen Widerstände aus den eigenen Reihen Paroli zu bieten. Zwar war das Einlenken Gerstenmaiers im Frühjahr 1958 unübersehbar, nachdem der Regierungschef seine Autorität in die Waagschale geworfen hatte. Doch hatte er trotz allem mit der demonstrierten Standhaftigkeit in Kernaussagen seinen Ruf manifestiert, weitgehend unbeirrt seine Vorstellungen zu vertreten.[62]

Das von Gerstenmaier beanspruchte Recht, unabhängig von der Mehrheitsmeinung in der Union seine Ansichten zu äußern, verschärfte die Gegensätze zwischen Parlamentspräsident und Regierungschef. Wie tief das Mißtrauen Adenauers gegenüber seinem ehemals loyalen Gewährsmann mittlerweile saß, verdeutlichte eine Aussage des Kanzlers im Gespräch mit dem Bundespräsidenten Ende November 1958. Vor dem Hintergrund der im Herbst 1958 virulenten Berlinkrise beschuldigte Adenauer nicht nur die parlamentarische Opposition, mit ihrer Haltung gegenüber dem Osten, Chruschtschows Vorstoß zum Viermächtestatus Berlins vom 10. November Vorschub geleistet zu haben.[63] Namentlich hob er Kiesinger und Gerstenmaier als diejenigen CDU-Politiker hervor, die das aggressive Vorgehen Moskaus begünstigt und dem Kreml das Gefühl vermittelt hätten, daß künftig auch deutsch-deutsche Gespräche denkbar seien. Besonders hart ins Gericht ging der Regierungschef dabei mit dem Mann aus Kirchheim: Während er Kiesinger hauptsächlich fehlende Härte in der ostpolitischen Auseinandersetzung vorwarf, glaubte Adenauer das Motiv des Parlamentspräsidenten für dessen differierenden Ansichten auf reines Geltungsbedürfnis zurückführen zu können.[64] Noch am Tag als Chruschtschow sein Berlin-Ultimatiums aussprach, prangerte Adenauer abermals diejenigen CDU-Fraktions-

---

[60] Zu den diplomatischen Bemühungen Adenauers und von Brentanos mit der Sowjetunion im Frühjahr 1958 vgl. D. Kosthorst, Brentano, 1993, bes. S. 222–234 sowie P. Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, 1990, S. 151.

[61] Vgl. dazu eine Unterredung Gerstenmaiers mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Mikojan. In dem Gespräch unterstrich der CDU-Politiker nochmals seine Gesprächsbereitschaft, die er durch seine Unterstützung für die Entsendung einer repräsentativen Bundestagsdelegation nach Moskau untermauerte. Er machte aber zugleich deutlich, daß er jegliche Verhandlungen mit der DDR strikt ablehne. Notiz der Besprechung Eugen Gerstenmaiers mit Anastas Iwanowitsch Mikojan vom 26. April 1958 in Bonn. ACDP, I-210–017/1.

[62] So lautete die Charakterisierung Gerstenmaiers durch den Fraktionsvorsitzenden der Union, Heinrich Krone, vom 28. Januar 1958. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 287.

[63] Vgl. dazu unter anderem: H.-P. Schwarz, Ära Adenauer, 1983, S. 80–82.

[64] Notiz des Bundespräsidialamtes über die Unterredung zwischen Theodor Heuss und Konrad Adenauer vom 24. November 1958. BA, B 122/31269.

mitglieder an, die die »Aufweichungstendenzen«[65] gegenüber Ost-Berlin und Moskau begünstigt hätten, und ermahnte seine Partei, Standfestigkeit zu demonstrieren. Nach den unverhüllten Drohungen Moskaus vom November war in der Tat Gemeinsamkeit in den eigenen Reihen gefragt, um die bedrohliche Situation zu überstehen.

Auch Gerstenmaiers beweglichere Haltung gegenüber der Sowjetunion erreichte in dieser Phase seine Grenzen. Den vom Kreml am 10. Januar 1959 vorgelegten Plan einer Konferenz, in deren Verlauf ein Friedensstatut für beide deutsche Staaten diskutiert werden sollte, wertete er als Provokation. Er stimmte damit Außenminister von Brentano zu, der den sowjetischen Vorschlag als eine nicht zu tolerierende Begrenzung der Freiheit des deutschen Volkes kritisierte.[66] Die Forderung Adenauers nach einer harten Linie der Regierung in bezug auf die Sowjetunion fand Ende des Jahres 1958 auch deshalb die Unterstützung des Bundestagspräsidenten, da er den durch das Berlin-Ultimatum offen zutage tretenden Expansionsgelüsten des Kremls[67] einen Riegel vorzuschieben gedachte. Die von der UdSSR angestrebte Verdrängung des Westens aus Berlin, die Konsolidierung der DDR sowie der Versuch, einen Keil in das westliche Bündnis zu treiben, wurden von Eugen Gerstenmaier als Kampfansage aufgefaßt. Er unterstützte deshalb die von Adenauer und von Brentano verfolgte Politik der Verteidigung des deutschlandpolitischen Status quo. Die Bereitschaft des Parlamentspräsidenten, die Kabinettslinie in dieser Phase zu stützen, erwuchs auch aus der Enttäuschung über die Haltung der größten Oppositionspartei.[68] Der CDU-Politiker hatte kein Verständnis für das Festhalten der SPD an Neutralitätsplänen. Er lehnte die Aufgeschlossenheit der Sozialdemokraten für den vom polnischen Außenminister Adam Rapacki bereits 1957 in die Diskussion gebrachten Vorschlags eines Atomwaffenverzichts ab. Erst am 30. Juni 1960 korrigierte die sozialdemokratische Fraktion mit der Rede Wehners ihre außenpolitische Linie und bekannte sich auch zur Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum atlantischen Bündnis[69]; ein Schritt, der von Gerstenmaier als notwendige Korrektur der Schumacherschen Politik und entscheidender Richtungswechsel gewürdigt wurde.[70]

---

[65] Protokoll der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 27. November 1958, in: K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 266.

[66] E. Gerstenmaier, Streit und Frieden, 1981, S. 443.

[67] Zur Politik der UdSSR und der DDR in der Berlinkrise 1958 vgl. D. Mahncke, Das Berlin-Problem – die Berlin-Krise 1958–1961/62, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Bd. V/2, 1995, bes. S. 1794–1796 (S. 1766–1821).

[68] Den von der SPD am 18. März 1959 vorgestellten Deutschlandplan lehnte Gerstenmaier ebenso wie die Unionsfraktion ab, da er hierdurch die Wiedervereinigung gefährdet sah. E. Gerstenmaier, Streit und Frieden, 1981, S. 443.

[69] Rede Herbert Wehners vor dem Deutschen Bundestag vom 30. Juni 1960. M.-L. Recker, Politische Reden, 1999, S. 455 (S. 442–468).

[70] E. Gerstenmaier, Streit und Frieden, 1981, S. 445.

Der weitgehende Konsens Eugen Gerstenmaiers mit der Regierung in Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik währte bis zum Sommer 1961.[71] Mit der Eskalation der seit 1958 schwelenden Berlinkrise traten erneut grundlegende Differenzen zwischen dem Bundestagspräsidenten und der von Adenauer geführten Regierung zutage. Angesichts der dramatischen Zuspitzung des Ost-West-Konflikts[72] und von der außenpolitischen Kehrtwende der Sozialdemokraten ermutigt, betonte der Parlamentspräsident anläßlich seiner Ansprache zum Abschluß der 3. Legislaturperiode des Bundestags die Gemeinsamkeiten zwischen Union und SPD in Kernfragen der Außenpolitik. Damit durchkreuzte er nicht nur die Strategie Adenauers, die Sozialdemokraten im Wahlkampf als unzuverlässig und gerade in der Außenpolitik unberechenbare Zeitgenossen zu diffamieren.[73] Gerstenmaiers erneutes Plädoyer für einen Friedensvertrag und seine Forderung nach Einigung über den künftigen Status Gesamtdeutschlands erzürnte den Kanzler, der von der Erklärung völlig überrascht worden war.[74] In der Tat hatte Gerstenmaier vor seinen kontroversen Äußerungen im Plenum nicht die Abstimmung mit Adenauer oder von Brentano gesucht. Darüber hinaus zeigte man sich in der Führungsspitze der Union verärgert, daß die Regierung nicht die Chance zur Stellungnahme erhalten hatte, da Gerstenmaier nach seinen Ausführungen die Sitzung schloß.[75] Der Kanzler wertete die Worte seines Parteifreundes als abermaligen Alleingang, den er nicht unkommentiert hinnehmen wollte. Gleichwohl war sich Adenauer durchaus bewußt, welch unliebsamen Begleiterscheinungen eine öffentlich ausgetragene innerparteiliche Diskussion über die Außenpolitik der Bundesregierung im Wahlkampf haben würde.[76] Dennoch war er nicht gewillt, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Wenige Tage nach der Rede Gerstenmaiers, die in den Medien ein überwiegend positives Echo gefunden hatte[77], unterstrich der Kanzler in einem Telefongespräch mit Heinrich Krone, daß er an der Replik des Fraktionsvorsitzenden die notwendig Schärfe vermißt habe.[78] Krone hatte in seiner Reaktion auf Gersten-

[71] Gerstenmaier hatte sich zwischen 1958 und 1961 merklich mit außenpolitischen Initiativen zurückgehalten. Selbst in der Frage der Entsendung einer Bundestagsdelegation nach Moskau schloß sich der Kirchheimer im Januar 1960 der Mehrheitsmeinung in der Union an. Tagebucheintrag Heinrich Krones vom 7. Januar 1960. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 395.

[72] Am 3. und 4. Juni 1961 hatten in Wien Gespräche zwischen Kennedy und Chruschtschow stattgefunden, deren negatives Ergebnis sogar einen Krieg befürchten ließ. Vgl. unter anderem: M. Lemke, Die Berlin-Krise 1958 bis 1963, 1995, bes. S. 159 f.

[73] Zur Wahlkampftaktik des Kanzlers 1961 vgl. H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, 1994, S. 649.

[74] Ebd.

[75] Die Rede des Parlamentspräsidenten gipfelte in der Forderung, daß ein Friedensvertrag Klarheit zu schaffen habe, über 1. den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands, 2. die Reichsgrenzen und es 3. unerläßlich sei, das Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechend der Charta der Vereinten Nationen zu garantieren. BT, 3. Wp., 166. Sitzung, S. 9762–9766.

[76] Die Auseinandersetzung wurde auch von den internationalen Printmedien aufgegriffen wie die Beiträge in der Times vom 4. Juli sowie der Neuen Zürcher Zeitung von 7. Juli 1961 belegten.

[77] Vgl. unter anderem: Süddeutsche Zeitung vom 4. Juli und Frankfurter Rundschau vom 5. Juli. Ferner: Die Zeit vom 7. Juli sowie die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Juli 1961.

[78] Notiz Heinrich Krones über das Telefonat mit Konrad Adenauer vom 3. Juli 1961. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 511 f.

maiers Erklärung lediglich lapidar darauf verwiesen, daß dem Bundestagspräsidenten durchaus das Recht zustünde, sich angesichts der Bedrohung des Weltfriedens zum Sprecher des Parlaments zu machen. Unverkennbar war hierbei das Interesse des Vorsitzenden der Unionsfraktion, eine Auseinandersetzung mit Gerstenmaier rund zwei Monate vor der Wahl zu vermeiden, um der Opposition durch interne Querelen keine Schützenhilfe zu gewähren. Zwar beugte sich der Bundeskanzler der Argumentation Heinrich Krones, der auf die in Wahlkampfzeiten gebotene öffentliche Zurückhaltung verwies, doch ließ sich Konrad Adenauer nicht davon abhalten, dem Bundestagspräsidenten die Konsequenzen seines eigenmächtigen Handelns vorzuhalten. Da in der parlamentarischen Sommerpause und der beginnenden heißen Wahlkampfphase nur in unregelmäßigen Abständen Fraktions- oder Parteisitzungen anberaumt waren, entschloß sich der Kanzler, seiner Verärgerung in einem Brief an den Parlamentspräsidenten freien Lauf zu lassen. Erstaunlicherweise griff Adenauer nicht sofort zur Feder, vielmehr ließ er mehr als eine Woche ins Land gehen, bevor er sich endgültig über Form und Inhalt des Schreibens klar geworden war.

Eugen Gerstenmaier hatte zu diesem Zeitpunkt bereits von der ihm bevorstehenden Schelte des Regierungschefs Kunde erhalten. Die Bonner Gerüchteküche hatte sogar kolportiert, daß aus der Fraktion der Wunsch nach dem sofortigem Rücktritt Gerstenmaiers geäußert worden sei.[79] Der beunruhigte Schwabe hatte gehofft, in einem persönlichen Gespräch mit Adenauer, die verfahrene Situation bereinigen zu können; Anfang Juli suchte er den Kanzler in seinem Büro auf. Die in eisiger Atmosphäre verlaufende Unterredung, bei der auch Außenminister von Brentano anwesend war, verlief für Gerstenmaier mehr als unbefriedigend. Adenauer war nicht bereit, im Detail seine Kritikpunkte an der Rede des Bundestagspräsidenten darzulegen, er beschränkte sich vielmehr auf den Vorwurf, Gerstenmaier habe die Rechte der Bundesregierung mit seiner außenpolitischen Erklärung verletzt und damit gegen den Sinn des Grundgesetzes gehandelt. Eugen Gerstenmaier reagierte auf diese massive Anschuldigung zunächst trotzig. Er versuchte dann aber, der Kritik mit einem Hinweis auf die Entstehungsgeschichte seiner Schlußrede die Spitze zu nehmen. Doch der Regierungschef war nicht gewillt, Gerstenmaiers Erklärungsversuchen Gehör zu schenken. Das Gespräch fand schließlich ein abruptes Ende, da Adenauer einen Staatsgast – den afghanischen Ministerpräsidenten – zu empfangen hatte.[80]

Weitere Versuche, den Konflikt beizulegen, erfolgten nach dieser Zusammenkunft zunächst nicht. Adenauer sah die Angelegenheit dennoch nicht als erledigt an und artikulierte – wie er bereits in seinem Gespräch mit Gerstenmaier angedeu-

---

[79] Eugen Gerstenmaier war zugetragen worden, daß der CSU-Abgeordnete Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg am 3. Juli 1961 in einem vertraulichen Gespräch mit Adenauer seinen Rücktritt gefordert habe. Adenauer dementierte dieses Gerücht entschieden. Vermerk über die Unterredung Konrad Adenauers, Heinrich von Brentanos und Eugen Gerstenmaiers vom 4. Juli 1961. StBKAH, III/18.

[80] Ebd.

tet hatte – seine Vorwürfe an den Parlamentspräsidenten in schriftlicher Form. Adenauer war die Abfassung der Zeilen an Eugen Gerstenmaier immerhin so bedeutsam, daß er seinen Berater Globke für die Erstellung eines Briefentwurfes einspannte.[81] Der Regierungschef wollte sicherzustellen, daß Gerstenmaier die Kritik nicht mit dem Verweis von Tisch wischen konnte, seine Ausführungen seien nur falsch interpretiert worden. Der Kanzler verzichte aus diesem Grund auf die Hervorhebung der positiven Resonanz seitens der SPD auf die Erklärung des Parlamentspräsidenten, obgleich ihn gerade das freudige Echo der Opposition besonders in Rage versetzt hatte. Das vom 8. Juli datierende, kurz gehaltene Schreiben geriet vor diesem Hintergrund zu einer schallenden Ohrfeige für den Bundestagspräsidenten. Adenauer hatte – wie schon in der Unterredung vom 4. Juli – Gerstenmaier die Verletzung fundamentaler Parlamentsregeln und ein Überschreiten seiner Amtsbefugnisse vorgeworfen.[82] Gerstenmaier selbst wertete diese Anschuldigung als »den schwerste[n] Vorwurf, den ich in meiner mehr als vierzehnjährigen Amtszeit erhielt«.[83]

Deutlich wurde zudem, daß der 54jährige auch in der Fraktion wenig Rückhalt fand.[84] Lediglich der Abgeordnete Johann Gradl versuchte, beim Fraktionsvorsitzenden Krone zugunsten Gerstenmaiers zu intervenieren.[85] In der Tat basierte die Schlußrede des Bundestagspräsidenten auf Ergebnissen der letzten Sitzung des Gesamtdeutschen Ausschusses. Die Abgeordneten hatten dort das Chruschtschow-Memorandum vom 4. Juni 1961 eingehend thematisiert. Die Ausschußmitglieder, einschließlich der Unionsvertreter Lemmer und Gradl, waren am Ende übereingekommen, daß der Parlamentspräsident die Position des Bundestags gegenüber den sowjetischen Drohungen in einer Erklärung deutlich machen sollte. Diesem Wunsch des Gesamtdeutschen Ausschusses, der in der Ältestenratssitzung vom 22. Juni vom Ausschußvorsitzenden Herbert Wehner nochmals vorgetragen worden war, trug Gerstenmaier mit seiner Schlußrede im Plenum rund eine Woche später Rechnung. Es schien allerdings, daß sich in der Union niemand für die Vorgeschichte von Gerstenmaiers Erklärung interessierte, obwohl Gradl schriftlich bestätigt hatte, daß der Parlamentspräsident in seinen Ausführungen auf die stichwortartig dargelegten Ergebnisse der Ausschußsitzung zurückgegriffen hatte.

Der Kanzler und besonders der Außenminister interpretierten die Erklärung Gerstenmaiers aber weiterhin als eigenmächtiges Handeln. In diesem Sinne hatte sich von Brentano bereits unmittelbar nach Abschluß der Bundestagsdebatte am 30. Juni in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden Krone geäußert. Die Kri-

---

[81] Vermerk Hans Globkes für den Bundeskanzler vom 7. Juli 1961. StBKAH, III/18.

[82] Der Brief Adenauers wurde Gerstenmaier durch Sonderboten am 10. Juli 1961 überbracht. StBKAH, III/18.

[83] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 448.

[84] In seinen Lebenserinnerung umschrieb Gerstenmaier den mangelnden Rückhalt in der Union noch vorsichtig mit den Worten: »Hinter den Kulissen hatte es tatsächlich zu rumoren begonnen in der Führungsschicht der Partei. Weniger für als gegen mich.« Ebd., S. 447.

[85] Schreiben Johann Gradls an Heinrich Krone vom 6. Juli 1961. StBKAH, III/18.

tik von Brentano zielte darauf ab, daß er als zuständiger Ressortminister von Gerstenmaier nicht vorab über seine Pläne unterrichtet worden war. Ungehalten zeigte sich von Brentano zudem darüber, daß Eugen Gerstenmaier seine Rede als einhellige Meinung des gesamten Bundestags bezeichnet hatte. Der Bundesaußenminister hielt es geradezu für »lebensgefährlich«[86] in der angespannten politischen Lage, künftige Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit konkreten Auflagen zum politischen und militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland zu belasten. Ein weiterer Vorwurf des erzürnten Heinrich von Brentanos zielte darauf ab, daß Gerstenmaier mit seiner Erklärung die Bereitschaft der deutschen Politik betont hatte, alle Verpflichtungen gegenüber den westlichen Bündnispartnern zu erfüllen. Mit dem Hinweis auf die auch von der SPD mitgetragene Entscheidung für das westliche Bündnis wurde der Union das entscheidende, auf die außenpolitische Unzuverlässigkeit der Sozialdemokraten abzielende Wahlkampfargument aus der Hand genommen.

Im gleichen Tenor wandte sich von Brentano rund eine Woche später schriftlich an Gerstenmaier.[87] Der Außenminister versuchte den Parlamentspräsidenten vor allem von den schwerwiegenden Folgen zu überzeugen, die bei einer Beteuerung allzu großer Gemeinsamkeiten der Union mit der SPD in Fragen der Deutschlandpolitik zu befürchten seien.[88] Eugen Gerstenmaier jedoch, der seit der Rede Wehners vom Sommer 1960 von der außenpolitischen Kehrtwende der SPD überzeugt war, weigerte sich, sich an der Hexenjagd auf die vermeintlich immer noch unzuverlässigen Genossen zu beteiligen und beharrte auf seiner Intention, die größte Oppositionspartei bei richtungsweisenden Entscheidungen ins Boot zu holen.

Von dieser Haltung ließ der Christdemokrat trotz der schriftlichen Intervention von Brentanos und Adenauers nicht ab. Er beschränkte sich zunächst darauf, das weitere Vorgehen seiner Kritiker aufmerksam zu verfolgen[89], um dann mit der sprichwörtlichen schwäbischen Dickschädeligkeit seine Position zu verteidigen. Gerstenmaiers fehlende Bereitschaft einzulenken war bezeichnend. Der Bundestagspräsident zeigte sich lediglich bereit, durch die Einberufung einer Sondersitzung des Parlaments dem Kanzler die Möglichkeit zur Stellungnahme zu gewähren.[90] Dieses

---

[86] Die Anschuldigungen gegen Gerstenmaier gipfelten in dem Vorwurf, daß der Inhalt der Schlußrede vor dem Plenum nicht mit der Bundesregierung abgestimmt war und dem außenpolitischen Kurs des Kabinetts widersprach. Brief Heinrich von Brentanos an Heinrich Krone vom 30. Juni 1961. BA, N 1337/558.

[87] Brief Heinrich von Brentanos an Eugen Gerstenmaier vom 8. Juli 1961. ACDP, I-070–052/3.

[88] Heinrich von Brentano legte Wert darauf, es in der Auseinandersetzung mit dem Bundestagspräsidenten nicht zum Bruch kommen zu lassen, da er negative Auswirkungen auf den bevorstehenden Wahlkampf befürchtete. Schreiben Heinrich von Brentanos an Konrad Adenauer vom 8. Juli 1961. ACDP, I-028–056/2.

[89] So wurde Gerstenmaier beispielsweise durch seinen Vertrauten Paul Collmer die Kritik von Brentanos auf der Tagung des Ellwanger Kreises am 8./9. Juli zugetragen. Der Außenminister hatte in dieser Runde kein Blatt vor den Mund genommen und die gesamte Bandbreite seiner Vorwürfe an die Adresse des Parlamentspräsidenten vorgetragen. Brief Paul Collmers an Eugen Gerstenmaier vom 9. Juli 1961. ACDP, I-210–017/1.

[90] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 448.

Angebot erfolgte allerdings in dem Wissen, daß die Führungsspitze der Union ein erneutes Aufrollen der Debatte ablehnen würde, da sie sonst Gefahr lief, ihr uneinheitliches Bild in der Öffentlichkeit zu festigen.

Trotz des Punktsieges, den Gerstenmaier errungen hatte, machte der Verlauf der Kontroverse deutlich, daß es Adenauer darum ging, den eigenwilligen Parteifreund in seine Schranken zu verweisen. Die prekäre außenpolitische Situation unterstrich noch den Willen des Kanzlers, mit einem Machtwort präventiv gegen künftige Alleingänge aus den eigenen Reihen vorzugehen. Der Regierungschef hatte vergeblich darauf spekuliert, daß Eugen Gerstenmaier, dessen Ambitionen auf die Nachfolge von Brentanos lange bekannt waren[91], zurückstecken würde, um seine Chancen auf einen Platz im Kabinett nach den Wahlen im Herbst 1961 nicht zu gefährden. Von derart opportunistischen Tendenzen wurde dessen Handeln allerdings nicht bestimmt. Zwar ist unbestritten, daß sich der Mann von der Schwäbischen Alb eine Rückkehr in die Tagespolitik gewünscht hätte, doch lag es nicht in seiner Natur, deshalb in einer Kontroverse klein beizugeben, in der er sich im Recht wähnte. Dementsprechend kämpferisch gab er sich bei der Sitzung des Bundesvorstands seiner Partei am 11. Juli 1961, in er vor seinen Parteikollegen Rede und Antwort zu stehen hatte.[92] Gerstenmaier versäumte es vor diesem Kreis nicht, seine Rede vom 30. Juni zu rechtfertigen. Zudem wies er alle Vorwürfe zurück, die ihm eine mangelnde Abstimmungsbereitschaft mit der Bundesregierung zur Last legten. Gerstenmaier reagierte besonders widerborstig, als Adenauer abermals den Vorwurf erhob, der 54jährige habe mit der Schlußrede seine Kompetenzen als Bundestagspräsident überschritten. Zwar hatte sich der für seine Temperamentsausbrüche berüchtigte Gerstenmaier zunächst durchaus bemüht, sachlich auf die Anschuldigungen zu antworten. Nachdem der Bundeskanzler aber das Recht des Parlamentspräsidenten bestritt, interfraktionell beschlossene Erklärungen zur Kenntnis zu nehmen und sie als Mehrheitsmeinung des Hohen Hauses zu deklarieren, war Gerstenmaier am Ende seiner Geduld angelangt. In einer an Schärfe kaum zu überbietenden Antwort wehrte er sich gegen seine Vereinnahmung durch die Union. Er verteidigte seine Befugnisse und brachte sein Amtsverständnis in folgenden prägnanten Sätzen zum Ausdruck: »Der Bundestagspräsident ist nicht der Vertreter einer Fraktion. [...] Ich würde es mit meinem Diensteid nicht für vereinbar halten, in dieser Weise eine Feststellung zu ignorieren, die ein Teil des Hauses abgibt. Ob Sie mich deshalb für einen Tor oder einen leichtgläubigen Menschen halten, lasse ich dahingestellt. Der Bundestagspräsident hat zu tun, was seines Amtes ist, und er darf sich nicht einfallen lassen, Motivforschung zu treiben.«[93]

---

[91] Heinrich Krone gegenüber hatte Gerstenmaier sein Interesse an der Übernahme des Außenministeriums bereits im Herbst 1957 bekundet. Tagebucheintrag Heinrich Krones unter dem 27. September 1957. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 267.

[92] Wortprotokoll über den Verlauf der über sechsstündigen Sitzung des Bundesvorstands der CDU in: K. Adenauer; »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 938–1003.

[93] Ebd., S. 957.

Unbeweglich zeigte sich Eugen Gerstenmaier im Verlauf der Vorstandssitzung ebenfalls gegenüber den Vorwürfen, seine Schlußrede habe eine zu große Nähe zum außenpolitischen Kurs der SPD erkennen lassen. Er nahm die Genossen sogar gegen Anschuldigungen in Schutz, ihre Aussagen zur Deutschlandpolitik seien allein wahltaktischen Überlegungen entsprungen. Im Verlauf der Zusammenkunft des CDU-Vorstands wurde deutlich, daß der Graben vor allem zwischen dem Kanzler und Gerstenmaier in dieser Frage unüberbrückbar war. Fraktionsvorsitzender Krone versuchte deshalb vermittelnd einzugreifen, um die außerordentlich hitzig verlaufende Sitzung nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Auch Adenauer, der von der massiven Gegenwehr Gerstenmaiers offenbar überrascht worden war, verlegte sich schließlich darauf, dem Parlamentspräsidenten die Folgen einer zu offensichtlichen Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten für die anstehenden Verhandlungen mit den westlichen Bündnispartnern über den Berlinstatus in den düstersten Farben zu malen.[94]

Unter dem Verweis auf die bevorstehenden Wahlen fand sich Gerstenmaier schließlich bereit, die Auseinandersetzung nicht weiter ausufern zu lassen und er nahm von seinem ursprünglichen Plan Abstand, den Ältestenrat mit den Vorwürfen des Kanzlers zu seiner Amtsführung zu befassen. Zudem hatte er zwar nach seiner Rede durchaus wohlwollend die Sympathiebezeugungen der FDP[95] und führender SPD-Politiker[96] zur Kenntnis genommen, doch hatten ihn vor allem die anschließenden Angriffe der sozialdemokratischen Presseorgane[97] auf Adenauer mit ihrer eindeutig parteipolitischen Stoßrichtung verärgert.[98] Gerstenmaier nahm sich deshalb die Bedenken der beschwörend auf ihn einredenden Parteikollegen zu Herzen und erklärte sich bereit, gemeinsam mit Gerhard Schröder und Hermann Kopf ein Schlußkommuniqué zu verfassen, daß seine generelle Unterstützung des Regierungskurses in der Deutschlandpolitik unterstreichen sollte. Die CDU-Verlautbarung betonte unter Anlehnung an die Bindungsklausel von 1952 die Notwendigkeit das vereinigte Deutschland sowohl in die europäische Gemeinschaft als auch die NATO einzugliedern.[99] Hinweise auf die Modalitäten eines Friedensvertrages blie-

---

[94] Adenauer hatte auf die gesamtpolitischen Rahmenbedingungen unter anderem mit folgenden Worten abgehoben: »Ich bitte und beschwöre Sie, Herr Gerstenmaier, stellen Sie jetzt mal alles Persönliche zurück.« Ebd., S. 978.

[95] Die Welt (Essen) vom 5. Juli 1961.

[96] Herbert Wehner hatte es nicht versäumt in einem handschriftlich verfaßten Schreiben, dem Präsidenten für seine Erklärung vom 30. Juni zu danken und sie als einen »wesentlichen Grundstein« für die künftige Deutschlandpolitik gepriesen. Brief Herbert Wehners an Eugen Gerstenmaier vom 2. Juli 1961. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, II, Mappe 4.

[97] Vgl. dazu den SPD-Pressedienst (P/XIV/146) vom 3. Juli sowie den Vorwärts vom 5. Juli 1961, der seine Berichterstattung über die Schlußrede des Bundestagspräsidenten mit dem Titel überschrieben hatte: »Die Antwort ist erteilt – SPD steht zu Gerstenmaiers Erklärung«.

[98] K. Adenauer; »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 974,

[99] Die Verlautbarung unterstrich darüber hinaus, daß alle mit der Einheit Deutschlands verbundenen Fragen in enger Abstimmung mit den drei Westmächten zu treffen seien. Zum Wortlaut vgl. Ebd., S. 1002.

ben völlig ausgespart. Mit dieser Erklärung sollte es dem Bundestagspräsident möglich gemacht werden, ohne allzu großen Gesichtsverlust auf die außenpolitische Linie des Kabinetts einzuschwenken. Die Opposition hingegen kritisierte Gerstenmaiers »Umfall« in scharfer Form und bezichtigte den Christdemokraten, daß er seine »besseren Einsichten«[100] bewußt wahltaktischen Bedürfnissen der Union untergeordnet habe.[101] Auch parteilich ungebundene, aber eher in das Lager der regierungskritischen Blätter einzuordnende Presseorgane, sahen im Kommuniqué vom 11. Juli eine Niederlage Gerstenmaiers, der sich letztlich doch der Parteidisziplin gebeugt habe.[102] Ähnlich sah es die Unionsfraktionsspitze, die ihrer Freude darüber Ausdruck verlieh, den Bundestagspräsidenten wieder auf Linie gebracht zu haben.[103] Dabei ließ die Union völlig außer acht, daß Eugen Gerstenmaier seine Äußerungen von Ende Juni nicht zurückgenommen hatte.[104] Gerstenmaier wertete seine Mitwirkung an der CDU-Verlautbarung lediglich als Präzisierung seiner Position. Lob für seine Standhaftigkeit erhielt der Parlamentspräsident deshalb auch von Sozialdemokraten: Willy Brandt betonte, daß Gerstenmaier trotz des auf ihn ausgeübten Drucks nicht hinter seine Erklärung zurückgegangen sei und sich damit »alle Gutgesinnten«[105] weiter auf die Rede des Bundestagspräsidenten beziehen könnten.

Nach den Querelen um Gerstenmaiers Rede vom 30. Juni ließ sein Wille, in der Ostpolitik Akzente zu setzen, deutlich nach. Ausschlaggebend für sein schwindendes Engagement in diesem Sektor waren jedoch nicht die Furcht vor weiteren Konflikten mit seinen Fraktionskollegen. Sein nachlassendes öffentliches Eintreten war darin begründet, daß es nach dem Mauerbau zunehmend weniger politischen Handlungsspielraum gab. Darüber hinaus begann sich zu Beginn der sechziger Jahre der Interessensschwerpunkt Gerstenmaiers in der Außenpolitik verstärkt in Richtung

---

[100] Der Vorwärts sah in seiner Ausgabe vom 19. Juli 1961 mit dem Einlenken Gerstenmaiers sogar das Ansehen des Bundestagspräsidenten gefährdet.

[101] Die Vorwürfe wurde im Vorwärts vom 19. Juli 1961 erhoben. Gerstenmaier ließ durch seinen persönlichen Referenten, Karl Lohmann, bei der Redaktion des »Vorwärts« gegen diese Ausführungen eine Gegendarstellung einfordern. Schreiben Karl Lohmann an Jesco von Puttkamer vom 19. Juli 1961. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 144.

[102] Vgl. Süddeutsche Zeitung und Spiegel vom 12. Juli 1961 sowie die Zeit vom 14. Juli 1961.

[103] Heinrich Krone stellte in seinem Tagebuch über die Vorkommnisse des 11. Juli 1961 durchaus befriedigt fest: »Gerstenmaier tobt und schimpft und will alles hinwerfen. Was hat er nicht alles angedroht, als [der] Kanzler und Brentano ihn auf der Bundesparteivorstandssitzung wegen seiner Schlußrede anpackten. Am Schluß hatten wir ihn wieder in der Hand; er formulierte die Vorstandserklärung mit, die dann einstimmig angenommen wurde. Am Abend tranken Brentano, Gerstenmaier und ich einige Flaschen Beerenauslese und nahmen uns vor, uns alle vier Wochen zu solchen Gesprächen zusammenzufinden.« H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 512.

[104] In einem Schreiben des mittlerweile in seinem Hunsrücker Jagdhaus im Urlaub befindlichen Gerstenmaier an Herbert Wehner stellte der Parlamentspräsident fest: »Ich bleibe jedenfalls bei jedem Wort u[nd] Ton jener Rede.« Brief Eugen Gerstenmaiers an Herbert Wehner vom 22. Juli 1961. ACDP, I-210-017/1.

[105] Schreiben Willy Brandts an Eugen Gerstenmaier vom 24. Juli 1961. AsD, NL Erich Ollenhauer, Mappe 245.

Afrika zu bewegen; zudem engagierte sich der CDU-Politiker in wachsendem Maße im Aussöhnungsprozeß zwischen Deutschen und Israelis.[106]

Zu größeren Reibereien mit der Regierung auf außenpolitischem Gebiet kam es erst wieder, nachdem Adenauer seinen Platz im Palais Schaumburg für Ludwig Erhard geräumt hatte. Die Kontroverse mit Kanzler Erhard und Außenminister Schröder hatte sich 1964 an differierenden Ansichten über die Ausgestaltung der deutsch-französischen Beziehungen entzündet. Die Initiative für Gerstenmaiers Engagement auf diesem Politikfeld war dabei von Altbundeskanzler Adenauer ausgegangen. Der CDU-Vorsitzende war von der Politik seines Nachfolgers enttäuscht, da Erhard sich nach Ansicht Adenauers nicht ausreichend für eine Intensivierung der Beziehungen zu Paris einsetzte.[107] Der ehemalige Regierungschef suchte nun nach Verbündeten im eigenen Lager, um diesbezüglich einen Richtungswechsel einzuleiten. Der Bundestagspräsident war sich zwar der Bedeutung eines guten Verhältnisses zum französischen Nachbarn, nicht zuletzt für die deutschen Sicherheitsinteressen, bewußt, er teilte jedoch zunächst nicht die Meinung Adenauers, der sich mittlerweile de Gaulles skeptischer Einschätzung der Eigeninteressen Washingtons angenähert hatte. Der Kirchheimer war sich durchaus klar darüber, daß er sich mit einem allzu großen Engagement für den Ausbau der Beziehungen zwischen Bonn und Paris im Sinne des Elysée-Vertrags auf Kollisionskurs mit Erhard befand. Für den Kanzler genoß die Pflege der Beziehungen zu den USA Priorität. Die Haltung Eugen Gerstenmaiers in sicherheitspolitischen Fragen war allerdings weniger durch ein Festhalten an programmatischen Inhalten als durch Pragmatismus geprägt. Er hielt nichts davon, die Optionen der Bundesrepublik auf eine Wahl zwischen Washington oder Paris zu limitieren. Er befürwortete zwar uneingeschränkt die Verankerung Deutschlands in der NATO, zu der er keine Alternative sah, aber er hegte dabei zugleich Sympathien für ein Vorantreiben eines kontinentalen Verteidigungsbündnisses im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Diese flexible Haltung erlaubte es ihm, die zu erwartenden positiven Aspekte einer Achse Paris-Bonn den Vorteilen einer verstärkten Anbindung an die USA gegenüberzustellen. Der CDU-Politiker war Realist genug, um bei den von der amerikanischen Führung vorgelegten sicherheitspolitischen Initiativen zunächst eigennützige Zielsetzungen zu vermuten. Gleichsam kritisch hinterfragte er die französische Position. Als Ursache für die von de Gaulle betriebene Renaissance des Nationalismus und dessen unverhüllten Hegemoniebestrebungen, die sich in der Sicherheitspolitik manifestierten, vermutete Eugen Gerstenmaier die Kompensation für den schwindenden Einfluß Frankreichs als Kolonialmacht.[108] Vor dieser Ausgangslage fühlte sich Gerstenmaier berufen, die bundesrepublikanischen Sicherheitsinteressen mittels Intensivierung der Beziehungen zu Paris, bei gleichzei-

---

[106] Vgl. Abschnitt 2 in diesem Kapitel.

[107] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 513.

[108] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heinz Barth vom 10. März 1965. ACDP, I-210–017/1.

tiger Aufrechterhaltung des guten Verhältnisses zu Washington zu wahren[109]; aufgrund der Spannungen zwischen Frankreich und den USA wurde diese Politik 1964 jedoch zusehends zu einer Gratwanderung.

Hilfreich für Gerstenmaiers Bemühungen war es, daß er sein Eingreifen in die deutsche Frankreichpolitik mit seinen Aufgaben als Bundestagspräsident verbinden konnte. Die im April 1964 ausgesprochene Einladung des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Chaban-Delmas, an den zweiten Mann im Staat ermöglichte es ihm, bei seinem Besuch in der französischen Hauptstadt auch vertrauliche Gespräche zu führen. Mit dem Aufenthalt eines prominenten deutschen Politikers versuchte Paris unter anderem die kritischen Stimmen, die in der Bundesrepublik nach der Anerkennung Chinas durch die französische Regierung laut geworden waren, zu beschwichtigen.[110] Der CDU-Politiker hingegen fuhr als »Realist«[111] an die Seine, der es sich vor allem zur Aufgabe gemacht hatte, die Franzosen von der Notwendigkeit eines integrierten Europas zu überzeugen und ihnen zu verdeutlichen, daß die Bundesrepublik fest zu ihren nordatlantischen Verpflichtungen stehe. Letztendlich wurde im Frühjahr 1964 jedoch der Erwartungshorizont beider Seiten nicht erfüllt, und die Gespräche zwischen Gerstenmaier und Premierminister Pompidou sowie Außenminister Couve de Murville erbrachten keine konkreten Ergebnisse.[112]

Eugen Gerstenmaiers Engagement war damit jedoch noch nicht erschöpft. Um seine Vorstellungen von der Vermittlung zwischen »Gaullisten« und »Atlantikern«[113] in dem ausgebrochenen Streit um das MLF-Projekt[114] voranzutreiben, entwickelte er eine Konzeption, von der er sich sowohl die Ausräumung der französischen Vorbehalte gegenüber einer engen Bindung Bonns an die USA als auch neue Impulse zur Organisationsreform der NATO erhoffte. Mit seinem »Ellipsen-Modell«[115],

---

[109] In einem Interview vom 18. April 1964 führte Gerstenmaier zu seinen sicherheitspolitischen Vorstellungen und seinem Plan von Europa als dritter Kraft aus: »[...] ich würde größten Wert darauf legen, dass auch ein Europa der dritten Kraft mit der atlantischen Welt solidarisch bliebe.« Bremer Nachrichten vom 18. April 1964.

[110] Schreiben des deutschen Botschafters in Paris, Klaiber, an Eugen Gerstenmaier vom 6. April 1964. ACDP, I-210–020/1.

[111] Das Gespräch des Journalisten Harald Hermann mit Eugen Gerstenmaier wurde wenige Tage vor der Abreise des Parlamentspräsidenten nach Frankreich geführt. Bremer Nachrichten vom 18. April 1964.

[112] Die ursprünglich geplante Begegnung mit de Gaulle entfiel, da sich der Franzose im Krankenhaus befand.

[113] Gerstenmaier führte in seiner Rede vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Tokio am 18. Mai 1964 dazu unter anderem aus: »Für völlig nutzlos in der deutschen Politik innerhalb meiner eigenen Partei und innerhalb des Deutschen Bundestags halte ich es, sich gegenwärtig zu bekämpfen unter dem Akzent hie Europäer und dort Atlantiker.« ACDP, I-210–079/1.

[114] Der von Großbritannien und den USA im Dezember 1962 in die Diskussion eingebrachte Vorschlag einer europäisch-nordamerikanischen Atomstreitmacht (Multilateral Nuclear Force – MLF) wurde von Frankreich, das ein nationales Atomwaffenpotential anstrebte, abgelehnt.

[115] Gerstenmaier weilte vom 3. Mai bis zum 2. Juni 1964 in Japan und Südkorea. ACDP, I-210–019/1. Seine »Ellipsen-Theorie« stellte der Bundestagspräsident vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Tokio am 18. Mai 1965 vor. Thema seines Vortrags war »Deutschland im Spannungsfeld zwischen Ost und West«. ACDP, I-210–079/1.

das er 1964 in Tokio der Öffentlichkeit vorstellte, glaubte der CDU-Politiker einen Schritt auf dem Weg der Entspannung zwischen Washington und Paris geleistet zu haben. Seine Theorie sah die Erweiterung des westlichen Bündnisses mit ihrem bisherigen Kernpunkt Washington um das zweite Zentrum Paris vor. Mit dieser Vorstellung, die er bildhaft in Form einer um zwei Zentren kreisenden Ellipse darstellte, wäre in den Augen Gerstenmaiers die ideale sicherheitspolitische Konstellation für die Bundesrepublik erreicht worden: Eine bundesdeutsche Sicherheitsgarantie wäre durch die Integration des französischen Atomwaffenpotentials sowie durch den nordatlantischen Pakt gewährleistet worden.[116] Er sprach sich damit deutlich für Europa als weltpolitisch dritte Kraft aus. Gerstenmaiers Vorstoß im Verlauf seiner Japanreise war ohne vorherige Abstimmung mit dem Kabinett erfolgt. Zwar war die Idee des CDU-Abgeordneten nicht so innovativ, daß sie die Grundfeste bundesrepublikanischer Außenpolitik erschüttert hätte, dennoch erschien sein Vorpreschen ohne Rücksprache mit dem zuständigen Ressortminister vermessen.[117]

Sein Alleingang zeitigte jedoch auch aufgrund des mangelnden Rückhalts im eigenen Land keinen Erfolg. Die Presse nahm zwar seine in Tokio vorgetragene Anregung zur Kenntnis[118], doch weder die politisch Verantwortlichen im In- noch Ausland nahmen das Modell zum Ausgangspunkt einer Modifizierung ihrer Sicherheitspolitik. Besonders die mangelnde Resonanz aus Paris und Washington zeigte deutlich auf, daß das »Ellipsen-Modell« des Bundestagspräsidenten einseitig auf die bundesrepublikanischen Bedürfnisse zugeschnitten war. Weder die USA noch Frankreich sahen darin ihre Interessen ausreichend berücksichtigt.

Da Gerstenmaiers Initiative zur Umstrukturierung der NATO und der verstärkten Einbindung Frankreichs in das westliche Sicherheitsbündnis nicht aufgegriffen worden war, verlegte er sich zunehmend auf das Feld der deutsch-französischen Beziehungen; damit betrat er ein Terrain, auf dem er bereits einige Monate zuvor die Kritik des Bundeskanzlers herausgefordert hatte. Nach Gerstenmaiers Ansicht rechtfertigte jedoch sein seit Anfang der fünfziger Jahre währendes Engagement auf diesem Sektor, daß er in die politische Debatte eingriff. Er sah im Herbst 1964 zudem die Gefahr eines Scheiterns der europäischen Einigung durch die von den »Atlantikern« forcierte Achse Bonn-London-Washington.[119] Ermuntert wurde Gerstenmaier in seiner Haltung nicht nur von Adenauer[120], auch aus der Villa Hammerschmidt kamen ermutigende Signale.[121]

---

116 Klaus Mehnert wies in einem Schreiben vom 30. Mai 1965 darauf hin, daß Gerstenmaier von den Versprechungen de Gaulles beeindruckt gewesen sei. De Gaulle hatte ihm angeblich zugesichert, daß Frankreich im Fall eines russischen Angriffs auf die Bundesrepublik sofort mit dem Einsatz von Atomwaffen antworten würde. Brief Klaus Mehnerts an Eugen Gerstenmaier vom 30. Mai 1965. ACDP, I-210–017/1.

117 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 1964.

118 Vgl. unter anderem: Süddeutsche Zeitung bzw. die Welt vom 20. Mai 1964.

119 Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Ritter vom 16. November 1964. BA, N 1166/353.

120 E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 513.

121 In einem Schreiben Heinrich Lübkes an Eugen Gerstenmaier vom 29. September 1964 hieß es wörtlich: »Seit unserer letzten Aussprache sind zwar von der Bundesregierung verschiedene Versuche

Eine Chance, initiativ zu werden, bot sich Gerstenmaier Ende Oktober. In seiner Eigenschaft als Bundestagspräsident reiste er für drei Tage nach Paris.[122] Im Verlauf dieser Visite, die übrigens von der US-Regierung interessiert verfolgt wurde[123], traf der Bundestagspräsident auch mit Charles de Gaulle zusammen. Der französische Präsident versuchte dabei den Deutschen von seinen Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Amerikaner im Krisenfall zu überzeugen. Die Taktik de Gaulles war klar: Die wachsende Unsicherheit der Bundesrepublik an der Sicherheitsgarantie der USA erhöhte die Chancen für einen Ausbau der Achse Bonn-Paris. Eugen Gerstenmaier hingegen versuchte seinem französischen Gesprächspartner die Konzeption eines globalen Sicherheitssystems im Sinne seines »Ellipsen-Modells« schmackhaft zu machen. Allerdings stieß der Parlamentspräsident hierbei auf Ablehnung. De Gaulle zeigte sich in seiner Haltung zum MLF-Projekt unnachgiebig und an einer Reformierung der NATO gänzlich uninteressiert.[124] Zu einem konstruktiveren Meinungsaustausch zwischen beiden Politikern kam es hingegen in der Frage der europäischen Agrarpolitik, die das deutsch-französische Verhältnis seit dem Frühjahr 1964 belastet hatte. Anlaß der Kontroverse zwischen beiden Ländern war die von Frankreich unterstützte Harmonisierung der Getreidepreise innerhalb der EWG, die von der Bundesregierung mit Rücksicht auf die deutsche Bauernschaft zunächst abgelehnt worden war. Paris hatte die Weigerung Bonns mit der unverhüllten Drohung beantwortet, aus der Gemeinschaft auszutreten. Gerstenmaier war es im Verlauf der Unterredung nach seiner eigenen Einschätzung jedoch gelungen, de Gaulle die Zusage abzuringen, zumindest vom ultimativen Charakter seiner Forderung Abstand zu nehmen.[125]

Die Möglichkeit der Umsetzung seines diplomatischen Teilerfolgs an der Seine verspielte Eugen Gerstenmaier jedoch nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik durch eigenes Verschulden. Sein wenig diplomatisches Vorgehen, der »Bild-Zeitung« ein ausführliches Interview[126] zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen zu gewähren, rief massive Kritik hervor. Der Christdemokrat hatte in drastischen Worten die Bundesregierung aufgefordert, die Freundschaft zu Frankreich nicht aufs Spiel zu setzen. Zudem hatte er Zweifel geäußert, ob die von Außen-

gemacht worden, die deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern. Diese Bemühungen sind m.E. jedoch noch nicht wirksam genug.« PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 19.

[122] Gerstenmaier hielt im Verlauf seines vom 21. bis 24. Oktober 1964 dauernden Besuchs unter anderem an der Sorbonne einen Vortrag zum Thema »Frankreichs Einfluß auf das neue deutsche Nationalbewußtsein«. Mit der »NATO-Reform im Sicherheitssystem der freien Welt« hatte sich der Parlamentspräsident im Centre d'Études de Politique Etrangère in Paris beschäftigt. ACDP, I-210–020/1.

[123] Vgl. beispielsweise den Bericht der amerikanischen Botschaft in Bonn an das Department of State vom 4. November 1964 über die Rede Gerstenmaiers an der Sorbonne. NARA, RG 59, Central Policy Files, POL 15–2 GER W.

[124] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 519.

[125] Brief Eugen Gerstenmaiers an Gerhard Ritter vom 16. November 1964. BA, N 1166/353.

[126] Interview Gerstenmaiers mit den »Bild«-Journalisten Klaus Blume, Martin Keune und Friedrich Müller, das am 7. November 1964 publiziert wurde.

minister Schröder verfolgten Pläne zur EWG-Erweiterung durch den Beitritt Großbritanniens realisierbar seien. Im Gegensatz zur Politik Schröders machte sich der Parlamentspräsident ferner für eine Zweier-Union zwischen Deutschland und Frankreich stark. Sowohl der Kanzler als auch der Bundesaußenminister werteten Gerstenmaiers Aussagen als ungerechtfertigte Einmischung und verwahrten sich gegen die darin implizierten Anschuldigungen.[127] Die Bundesregierung aber auch die Opposition reagierte ungehalten angesichts der offenen Worte des in dem Boulevardblatt als »großer Patriot«[128] gefeierten CDU-Politikers. Während die SPD ihrem Unmut über die von Gerstenmaier vorgeschlagene Reduzierung der europäischen Gemeinschaft auf eine Zweier-Union Ausdruck verlieh[129], zeigte sich das Kabinett Erhard über die fundamentale Kritik an ihrer Außenpolitik betroffen.[130] Der Sturm der Entrüstung ließ Gerstenmaier sein Zeitungsinterview rasch bedauern.[131] An dem Flurschaden, den seine Wortmeldung in der »Bild-Zeitung« besonders in der Union angerichtet hatte, änderte diese späte Einsicht allerdings nichts.

Die Verstimmung der Regierung hatte zur Folge, daß Gerstenmaiers Pariser Sondierungsergebnis in Bonn weitgehend auf taube Ohren stieß und seine Vorschläge zu MFL und EWG[132] nicht aufgegriffen wurden. Gerstenmaiers Einschwenken auf die Linie Konrad Adenauers[133] stieß bei seinen Parteifreunden ebenso auf Unmut wie seine allzu deutlichen Profilierungsversuche. Auch die Presse wertete den Vorstoß des CDU-Politikers als Versuch, sich für die im Herbst 1965 anstehenden Wahlen als Nachfolger Schröders[134] bzw. als neuer Hausherr im Palais Schaumburg[135] zu empfehlen. Gerstenmaiers unabgestimmte Vorstöße schärften in der Öffentlichkeit

---

[127] Außenminister Schröder widersprach der Kritik Gerstenmaiers sowohl schriftlich als auch in einem persönlichen Gespräch. Gerhard Schröder legte dabei allerdings Wert darauf, den Bundestagspräsidenten zu beschwören, künftig keine innerparteilichen Zwistigkeiten mehr nach außen zu tragen. Tagebucheintrag Kai-Uwe von Hassels vom 10. November 1964. BA-MA, BW 1/102, Bl. 74.

[128] Ebd.

[129] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. November 1964.

[130] In einem Schreiben an Gerstenmaier vom 9. November 1964 zeigte sich Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel »geradezu zutiefst betroffen« über das Bild der Uneinigkeit, das die Union aufgrund der öffentlichen Äußerungen des Parlamentspräsidenten auf dem Sektor der Außenpolitik vermittele. ACDP, I-157–012/2.

[131] In einem als vertraulich deklarierten Brief Gerstenmaiers an Erhard vom 2. November 1964 betonte Gerstenmaier, daß er die »mehr betrüblichen als erfreulichen Ereignisse der vergangenen Woche einschliesslich des ›Bild‹-Interviews« überdacht habe. ACDP, I-028–011/2.

[132] Gerstenmaier forderte in seinen Zeilen an Ludwig Erhard vom 2. November 1964, den Kanzler aus »zwingenden innenpolitischen Gründen« auf, sich zu einer »Entscheidung durch[zu]ringen« und eine politische Kurskorrektur vorzunehmen. Ebd.

[133] Gerstenmaier wurde in seiner Partei zu diesem Zeitpunkt als Teil des »frankophilen Flügel[s] der CDU« betrachtet. Vermerk Hans Bergers vom 6. September 1965. ACDP, I-400–015/1.

[134] Die »Bild-Zeitung« veröffentlichte unter der Überschrift »Ja zu Gerstenmaier! – Nein zu Schröder!« einen Artikel, demzufolge sich die »große Mehrheit« ihrer Leser gegen Außenminister Schröder ausgesprochen hatte. Bild-Zeitung vom 13. November 1964.

[135] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10. November, Bonner General-Anzeiger vom 12. November sowie die Zeit vom 13. November 1964.

das außenpolitische Profil des Parlamentspräsidenten und ließen ihn als einen Mann der Tat erscheinen. Seine nicht zu übersehenden Ambitionen, das Amt des Bundestagspräsidenten mit einem Platz auf der Regierungsbank zu vertauschen – wie beispielsweise erneut im September 1966 in der Diskussion um die Kanzlernachfolge geschehen[136] – kosteten Gerstenmaier allerdings in den eigenen Reihen den letztlich entscheidenden Rückhalt.[137]

4. Der Bundestagspräsident als Parteipolitiker

Die Kontroverse um Gerstenmaiers außenpolitisches Engagement belegte bereits, daß sich das Verhältnis des CDU-Politikers zu seiner Partei zunehmend schwieriger gestaltete. War er in der ersten Legislaturperiode als Bundestagsabgeordneter noch kämpferisch für die Union aufgetreten und hatte mit harschen Worten an die Adresse der Opposition nicht gegeizt, nahm er als Parlamentspräsident die überparteiliche Ausübung seines Amtes sehr ernst und entfremdete sich dadurch zusehends von seiner Fraktion. Sein eigenwilliger Charakter und seine politischen Alleingänge festigten seinen Ruf, ein unsicherer Kantonist zu sein, dem es schwer fiel, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen.

Daß Gerstenmaier trotz allem bis 1967 regelmäßig als aussichtsreicher Kandidat bei der Besetzung von Schlüsselpositionen in der Diskussion war, lag hauptsächlich an den für die Union wertvollen Eigenschaften, die er in seiner Person vereinte. Wie bereits vor den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag, als sich die christdemokratische Parteiführung in die Pflicht genommen sah, im Sinne des unionsinternen Konfessionsproporzes den Protestantenanteil bei ihren Bundestagskandidaten zu erhöhen, spielte Gerstenmaiers herausgehobene Position in der EKD auch nach seiner Wahl weiterhin eine wichtige Rolle. Wenn auch im Zuge der fortschreitenden Säkularisierung der Einfluß beider christlichen Kirchen auf die Bundespolitik stetig abnahm, so hatte der ehemalige Leiter des Evangelischen Hilfswerks und Synodaler eine Nahtstellenposition zwischen Union und EKD inne.[1] Er hielt den Kontakt zu führenden Persönlichkeiten der evangelischen Kirchenleitung aufrecht und diente

---

[136] Gerstenmaiers Interview im Rheinischen Merkur vom 30. September 1966 hatte keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß er sich als Nachfolger des Bundeskanzlers empfahl. Dieser Schritt des Bundestagspräsidenten wurde in der Präsidiumssitzung vom gleichen Tag scharf verurteilt. Ergebnisprotokoll der Präsidiumssitzung vom 30. September 1966. ACDP, I-483–036/2.

[137] So beklagte sich beispielsweise der CDU-Abgeordnete Erik Blumenfeld in einem Schreiben an den Bundestagspräsidenten vom 9. November 1964 bitter über dessen Verhalten. Offenbar hatte im Vorfeld des »Bild«-Interviews eine Aussprache im Kreise der Fraktion stattgefunden, in der vereinbart worden war, daß der Bundestagspräsident »in Zukunft Professor Erhard als [...] potenteste Integrationskraft zur Seite stehen« solle. Gerstenmaiers öffentliche Äußerungen hatten laut Blumenfeld aber nicht nur eine Kehrtwende von seinen Beteuerungen gegenüber den Parteifreunden dargestellt, vielmehr sei in der Bevölkerung das Bild »heilloser Verwirrung, Zerstrittenheit und damit Disqualifizierung« der CDU entstanden. ACDP, I-157–012/2.

[1] Siehe dazu: H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, 1994, S. 603.

aufgrund seiner eindeutigen Positionierung bei kontroversen Debatten, wie der Einführung der Wehrpflicht oder der Atombewaffnung, als Sprachrohr der Regierung. Allerdings stieß gerade seine meist kompromißlose Verteidigung der Kabinettsentscheidungen bei Kernfragen der deutschen Politik in der EKD auf nicht unerheblichen Widerstand und schwächte seine Position bei seinen Glaubensbrüdern und -schwestern.[2] Dabei rieb sich Gerstenmaier im kirchlichen Umfeld auch als Bundestagspräsident an Personen, deren Ansichten er bereits als Bundestagsabgeordneter scharf kritisiert hatte.[3] Über seine Auseinandersetzungen mit Martin Niemöller und Karl Barth hinaus, kreuzte er hauptsächlich mit Helmut Gollwitzer die Klingen. Im Unterschied zu der Zeit vor 1954 waren seine Einflußmöglichkeiten allerdings eingeschränkter: Als Bundestagspräsident war es ihm nicht möglich, parteipolitisch gefärbte Erklärungen abzugeben und damit Einfluß auf den innerkirchlichen Meinungsbildungsprozeß zu nehmen.[4] Sein Wirkungskreis war deshalb auf Äußerungen beschränkt, die er in seiner Eigenschaft als CDU-Politiker beispielsweise in Wahlkampfzeiten oder im Verlauf von Synoden bzw. evangelischen Kirchentagen vornahm. Um den Feldvorteil seiner innerkirchlichen Kritiker zu kompensieren, die sich ohne Rücksicht nehmen zu müssen, jederzeit frei zu politischen Fragen äußern konnten, verstand es Eugen Gerstenmaier allerdings im Gegenzug, die Medien als Instrument zur Verbreitung seines Standpunkts zu nutzen.[5]

---

[2] Zu den politischen Kontroversen zwischen Bundesregierung und EKD vgl. unter anderem: H. G. Fischer, Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945, 1970; K. Hammer, Christen, Krieg und Frieden, 1972 sowie F. Spotts, Kirchen und Politik in Deutschland, 1976.

[3] Zur Debatte vor allem mit Martin Niemöller um die Wiederbewaffnung siehe ausführlich: sechstes Kapitel, 4. Die Kontroverse mit Karl Barth konzentrierte sich indessen fast ausschließlich auf Gerstenmaiers Arbeit für das Kirchliche Außenamt und seine ablehnende Haltung zur Bekennenden Kirche. Vgl. fünftes Kapitel, 2. Im Frühjahr 1955 hatte der Parlamentspräsident sogar ernsthaft in Erwägung gezogen, Karl Barth aufgrund seiner Kritik an Gerstenmaiers kirchenpolitischem Kurs im Nationalsozialismus gerichtlich zu belangen. Von der Absicht, Barth wegen Verleumdung zu verklagen, nahm der CDU-Politiker aber doch Abstand, da die »Kirche zweifellos daran keine Freude haben würde«. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Landessuperintendent Herrenbrück vom 14. Mai 1955. ACDP, I-210–035/2.

[4] Beim Empfang einer Delegation der EKD-Synode durch den Bundestagspräsidenten stand im Sommer 1956 beispielsweise das Thema Wehrpflicht zur Diskussion. Die Synodalen setzten Gerstenmaier von ihrer Sorge über die negativen Auswirkungen der Wehrpflicht auch für den Prozeß der Wiedervereinigung in Kenntnis. Eugen Gerstenmaier konnte im Verlauf der Aussprache nur darauf verweisen, daß er die Petition der EKD-Repräsentanten an die zuständigen Fachausschüsse weiterleiten würde. In seiner Funktion als Bundestagspräsident wollte er in dieser Debatte offiziell keine Position zu beziehen. Notiz der Unterredung Gerstenmaiers mit den Synodalen Krummacher, Noth, Jacob, Bauer, Bismark und Kunst vom 3. Juli 1956. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 218.

[5] Aus der Fülle der Medienberichterstattung sei hier nur auf zwei Beispiele aus den Jahren 1958 und 1959 verwiesen: In der Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung nahm Gerstenmaier in einem Artikel der Bonner Rundschau vom 12. Dezember 1958 Stellung. Ein Jahr später drohte Gerstenmaier öffentlich, gegen Kirchenpräsident Martin Niemöller eine Verleumdungsklage anzustrengen, falls dieser seine Vorwürfe gegen bundesdeutsche Militärseelsorger nicht zurücknehmen sollte. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. April 1959.

Die Einstellung Gerstenmaiers für den von ihm als richtig erkannten Weg auch innerhalb der EKD zu streiten, widersprach eigentlich seiner Grundhaltung. Er hatte es zunächst abgelehnt, kirchliche Gremien als Foren politischer Kontroversen anzuerkennen.[6] Nachdem die Entwicklung, umstrittene Themen nicht nur in den Führungsetagen der evangelischen Kirche, sondern auch im Verlauf von Kirchentagen zu diskutieren nicht mehr zu stoppen war, paßte sich Gerstenmaier diesen Gegebenheiten an und forderte, allen Meinungen des demokratischen Spektrums das gleiche Recht zur Selbstdarstellung im kirchlichen Raum zu gewähren. Der CDU-Politiker fühlte sich in diesem Zusammenhang berufen, die seiner Meinung nach einseitige Festlegung der EKD auf einen regierungskritischen Kurs zu korrigieren.[7] Der Adenauersche Kurs der Westintegration und seine Politik der Stärke gegenüber dem Osten war von Gerstenmaier bei kirchlichen Veranstaltungen seit den fünfziger Jahren leidenschaftlich verteidigt worden.[8] Auch im Kreise seiner eigenen Partei hatte er mit der Kritik am Kurs der EKD kein Blatt vor den Mund genommen. Dabei richtete sich sein Groll primär gegen die Befürworter einer pazifistischen, die Westbindung ablehnenden Politik.[9] Gerstenmaier zeigte sich dabei in der Wahl seiner Worte, mit denen er seine Kontrahenten belegte, wenig zurückhaltend. Er war sich bewußt, daß er darum kämpfen mußte, die CDU als politische Heimat eines beträchtlichen Teils der bundesrepublikanischen Protestanten zu erhalten. Dabei verfolgte er die Strategie, durch Härte und nicht durch Einlenken um Sympathien für die christdemokratische Partei zu werben.[10] Er betonte die Notwendigkeit, konsequent an den Zielsetzungen der Bundesregierung vor allem bei richtungsweisenden Entscheidungen wie der Westbindung, der Einführung der Wehrpflicht bzw. der Aufrüstung festzuhalten. Den kirchlichen Regierungskritikern sollten die negativen Konsequenzen ihrer politischen Forderungen für die bundesdeutsche Sicherheit drastisch vor Augen geführt werden. Gerstenmaier hoffte hierdurch, den kirchlicherseits geäußerten Unmut über den Kabinettskurs nach Kräften zu begrenzen und das Wählerpotential für

---

[6] Brief Eugen Gerstenmaiers an das damalige Ratsmitglied der EKD, Richard von Weizsäcker, vom 15. Juni 1977. ACDP, I-210-041/1.

[7] Der Bundestagspräsident hatte vor seinen Kollegen des CDU-Bundesvorstands im Hinblick auf die Tagung der EKD-Synode vom 26. bis 30. April 1968 in Berlin darauf hingewiesen, daß er zwar eine Vermischung von kirchlichen Fragen mit politischen Themen ablehne. Allerdings müsse die CDU als »große verantwortliche Partei« auf die Verdichtung parteipolitischer Debatten innerhalb der EKD reagieren. Abdruck des Protokolls der Bundesvorstandssitzung vom 25. April 1958, in: K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 150.

[8] Vgl. sechstes Kapitel, 4.

[9] Gerstenmaier bezeichnete in diesem Zusammenhang einen Teil der evangelischen Pastoren als »himmelschreiend« borniert und er scheute nicht dafür zurück, ein Mitglied der Synode als »Phantast« zu bezeichnen. Gerstenmaier in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes vom 12. Juli 1956. K. Adenauer, »Wir haben wirklich etwas geschaffen.«, 1990, S. 954.

[10] Gerstenmaier führte in der CDU-Vorstandssitzung am 12. Juli 1956 zur Haltung innerhalb der EKD unter anderem aus: »[...] in der Kirche [ist, D. G.] ganz gewiß eine Art Grundstimmung vorhanden: Die CDU ist sowieso der Laden, den wir wählen müssen, vom dem können wir uns gelegentlich distanzieren, und ihn können wir kritisieren; denn solange wir die CDU kritisieren, werden wir von den anderen nicht beschimpft. Man darf dieses Spiel nur nicht zu weit gehen lassen. Jetzt ist es allmählich an dem, dass man sagt, dieses Taktik ist überzogen.« Ebd. S. 955.

die CDU als einziger »christliche[r] Weltanschauungspartei«[11] in den Reihen der Protestanten sichern bzw. ausbauen zu können. Eine Aufnahme offizieller Gespräche zwischen der christdemokratischen Führungsspitze und der Leitung der EKD zur Erlangung dieses Ziels lehnte er jedoch ab.[12] Es war Gerstenmaier vielmehr daran gelegen, durch Vorträge oder Publikationen Überzeugungsarbeit zu leisten und die Verbindung mit den Repräsentanten der Kirche auf halb offizielle und private Kontakte zu beschränken.[13]

Nachdem die Zeiten der großen richtungsweisenden politischen Entscheidungen – nach Gerstenmaiers Einschätzung – in den sechziger Jahren einem Kampf um »Nuancen«[14] gewichen war, verringerte sich auch sein Engagement, innerhalb der EKD für die Politik des Kabinetts zu werben. Der Christdemokrat sah sich nun vor die Aufgabe gestellt, Angriffe abzuwehren, die auf den von der CDU reklamierten Alleinvertretungsanspruch für die Verfechtung christlicher Werte abzielten. In diesem Zusammenhang erlangte Gerstenmaiers Disput mit dem evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer besondere Bedeutung. Die Kontroverse hatte sich an einer Publikation Gollwitzers entzündete, in der er sowohl außerordentlich kritisch zur Deutschland- und Verteidigungspolitik der Regierung Adenauer Stellung genommen als auch der Union vorgeworfen hatte, in ihrer Vorgehensweise ebenso unchristlich zu agieren wie die übrigen bundesdeutschen Parteien.[15] Eugen Gerstenmaier war nicht gewillt, diese Vorwürfe unkommentiert stehen zu lassen, da sie seiner Überzeugung nach die Grundfeste der CDU angriffen.[16] In seiner Funktion als Unionsabgeordneter bezog er in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« öffentlich gegen die Anschuldigungen Gollwitzers Stellung.[17] In seiner in scharfem

---

[11] Ausführungen Gerstenmaiers während der Sitzung des Bundesvorstands vom 17. Januar 1958. K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 84.

[12] In einen Vermerk vom 15. Februar 1965 führte der CDU-Politiker aus: »Ich sagte ihm [Bischof Kunst, D. G.] in diesem Gespräch, dass ich als Kirchenmann und Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht damit einverstanden sei, dass der Rat der EKD Gespräche mit den Parteien führte. Das widerspreche der Tradition der Evangelischen Kirche Deutschlands und finde auch keine Begründung in sich selber.« PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 26, Mappe 1.

[13] Vgl. dazu die Bemühungen Gerstenmaiers Anfang der fünfziger Jahre, die auf eine Vertiefung der Kontakte zwischen CDU und EKD-Spitze abzielten. Vgl. sechstes Kapitel, 4.

[14] In einem Schreiben an den Heidelberger Probst Hans Assmussen vom 18. Februar 1964 erklärte Eugen Gerstenmaier unter anderem: »Die Zeiten der grössten Auseinandersetzungen um klare Fronten sind leider vorbei.« ACDP, I-398–004/2.

[15] H. Gollwitzer, Die sich selbst betrügen, in: W. Weyrauch (Hg.), Ich lebe in der Bundesrepublik, 1960, S. 123–140.

[16] Gerstenmaier fand sich damit in der Situation, den Namen seiner Partei zu verteidigen, den er vor seinem Eintritt in die CDU fast aus den gleichen Gründen wie Gollwitzer abgelehnt hatte. Im Unterschied zu seinem Berliner Amtskollegen beharrte Gerstenmaier allerdings nun darauf, daß die Motive, die zur Wahl der Bezeichnung »Christlich Demokratische Union« nach Kriegsende geführt hatten, »nicht nur christlich legitim, sondern auch untadelig« waren. Brief Eugen Gerstenmaiers an seinen Parteifreund Franz Böhm vom 22. Dezember 1960. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 11, Mappe 1.

[17] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. November 1960.

Ton[18] gehaltenen Replik argumentierte er dabei auf zwei Ebenen: Zum einen wies er die Proteste seines Berliner Amtsbruders an der Regierungspolitik der Westbindung bzw. der Kompromißlosigkeit gegenüber dem Osten als grundfalsch zurück.[19] Neben der generellen Verteidigung der politischen Entscheidungen Adenauers lag es Gerstenmaier aber vor allem am Herzen, seinen Kontrahenten – und darüber hinaus natürlich die interessierte Öffentlichkeit – von der fortbestehenden christlichen Grundtendenz der CDU zu überzeugen. Es war ihm wichtig darauf zu verweisen, daß seine Partei die christlichen Gebote als Richtschnur ihres Handelns anerkannte; jeglichen Vorwürfen, dies sei nur eine »prätentiöse Selbstqualifikation«[20], widersprach er heftig.[21] Im Sommer 1961 war die Unterstreichung des christdemokratischen Profils im Hinblick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf besonders willkommen. In den eigenen Reihen wurde Gerstenmaiers Begründung christlicher Politik deshalb sehr positiv aufgenommen.[22] Offenkundig hatten die Fraktionskollegen die rhetorisch wohlgesetzten Ausführungen ihres schwäbischen Parteifreundes selektiv interpretiert und die dabei leise mitschwingende Warnung vor einer zu starken Säkularisierung der CDU überhört.[23] Gerstenmaier war es indes wichtig, in dieser Kontroverse einen klaren Standpunkt zu beziehen. Sein Engagement in der Debatte mit Gollwitzer sah er als Teil seiner parteipolitischen Verpflichtung an.

---

[18] Gerstenmaier war in dieser Auseinandersetzung durchaus daran gelegen, die Meinungsunterschiede nicht in den Bereich der persönlichen Diffamierung abgleiten zu lassen. In einem Schreiben an Hellmut Gollwitzer betonte Eugen Gerstenmaier deshalb, daß sie trotz ihrer unterschiedlichen Positionen »auch in Zukunft, wenn auch an verschiedenen Strängen, so doch ganz brüderlich miteinander und nicht nur gegeneinander ziehen werden«. Brief Eugen Gerstenmaiers an Hellmut Gollwitzer vom 5. Januar 1961. ACDP, I-210–017/1.

[19] Die Erwiderung Gerstenmaiers wurde sogar als eigenständige Publikation veröffentlicht. Gerstenmaier bezeichnete Gollwitzers Anschuldigungen in dreifacher Hinsicht, d.h. historisch-politisch, theologisch und begrifflich als falsch. E. Gerstenmaier, Verschleuderung des christlichen Namens?, 1960, S. 6.

[20] Ebd., S. 18.

[21] Die Auseinandersetzung zwischen Gollwitzer und Gerstenmaier setzte sich noch bis Ende 1960 fort. Vgl. die Erwiderung Helmut Gollwitzers auf Gerstenmaiers Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. November 1960, in der der Berliner Theologieprofessor auf seinem Standpunkt beharrte. Den Kernpunkt seiner Kritik formulierte Gollwitzer mit den Worten: »Der Name ›christlich‹ ist heiliges Land, nicht unsere Beweggründe, und wer diesen Namen ungehemmt ›auf der Zunge führt‹ wie Gerstenmaiers Partei, muß sich gefallen lassen, nach seinen Beweggründen gefragt zu werden.« H. Gollwitzer, Was denkt sich eigentlich diese unsere Führung, in: Junge Kirche, H. 7 (1960), S. 1 (S. 1–8).

[22] Krone bestätigte mit seinem vom 21. November 1960 datierenden Vermerk, daß die Replik Gerstenmaiers im Parteiausschuß mit lautem Beifall aufgenommen worden war. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 458. Vgl. dazu auch das Schreiben des CDU-Abgeordneten Franz Böhm vom 17. November 1960, der Gerstenmaier zu seiner »großartige[n] Disputation mit Gollwitzer« gratulierte. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 11, Mappe 1.

[23] Gerstenmaier hatte bereits Anfang 1958 besorgt darauf hingewiesen, daß die CDU ihre Position als christlich geprägte Partei durch Säkularisierungstendenzen in den eigenen Reihen untergraben könnte. Vgl. die Ausführungen Gerstenmaiers im Verlauf der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 17. Januar 1958. K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 84.

Weniger entgegenkommend zeigte er sich jedoch, wenn ihn seine Parteikollegen um Redebeiträge im Plenum des Deutschen Bundestages baten. Im Verlauf seiner vierzehnjährigen Amtszeit als Parlamentspräsident ergriff Eugen Gerstenmaier nur fünfmal das Wort, um als Abgeordneter im Plenarsaal seinen Standpunkt darzulegen. Seine Beiträge vor dem Bundestag konzentrierten sich dabei auf die von ihm als Kernpunkte deutscher Politik erachteten Themenbereiche. So nahm er zur Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen Stellung, er artikulierte seine Meinung in der Debatte um die Wiedervereinigung und der europäischen Einigung ebenso wie bei der Diskussion um die Beziehungen zu Frankreich und Israel.[24] Die Entscheidung für seine Partei in der stark emotionalisierten Debatte über die Atombewaffnung Position zu beziehen, fiel ihm allerdings schwer. Erst nach langem Zögern und intensiven Überredungsversuchen[25] hatte er sich dazu bereit erklärt, zweieinhalb Jahre nach seinem Amtsantritt als Parlamentspräsident wieder ans Rednerpult zu treten.[26] Aus seinen Bedenken über die Angemessenheit dieses Entschlusses er auch vor seinen Abgeordnetenkollegen keinen Hehl gemacht.[27] Nur das Empfinden Gerstenmaiers, daß bei der Debatte Anfang Mai 1957 die deutsche Volksvertretung über eine Schicksalsfrage zu befinden hatte, überdeckte schließlich seine Zweifel, mit einem Wortbeitrag gegen den politischen Takt zu verstoßen. Sein Auftritt nach mehrjähriger Abstinenz von der parteipolitischen Bühne erfolgte aber nicht nur, um der Parteiräson genüge zu tun. Der Christdemokrat hatte sich intensiv mit der Problematik der atomaren Aufrüstung auseinandergesetzt und sah die parlamentarische Aussprache als nachträgliche Rechtfertigung des deutschen NATO-Beitritts. Eugen Gerstenmaier fühlte sich vor diesem Hintergrund als Parteipolitiker gefordert, die von ihm stets unterstützte Bindung an den Westen zu verteidigen.[28] Die Rede Gerstenmaiers ließ zwar keinen Zweifel an seiner festen Haltung zur NATO-Mitgliedschaft mit all ihren verteidigungspolitischen Konsequenzen für die Bundesrepublik aufkommen, dennoch hatte er sich in seinen Ausführungen um einen versöhnlichen Ton bemüht, der die parteipolitische Schärfe aus der emotional geführten Diskussion nehmen sollte.[29] Fast schon präsidial muteten deshalb bestimmte Passagen in seinem Redebeitrag an, in denen er die Gewis-

[24] Der Abgeordnete Eugen Gerstenmaier ergriff im Bundestag das Wort am: 10. Mai 1957 (BT, 2. Wp., 209. Sitzung, S. 12084–12098), 25. März 1958 (BT, 3. Wp., 21. Sitzung, S. 1067–1085), 11. Juni 1959 (BT, 3. Wp., 74. Sitzung, S. 4024f.), 13. November 1964 (BT, 4. Wp., 147. Sitzung, S. 7230–7233) und 17. Februar 1965 (BT, 4. Wp., 164. Sitzung, S. 8125f.).

[25] Vgl. dazu das Schreiben Robert Pferdmenges, der das Eingreifen Gerstenmaiers in der Aussprache für unerläßlich hielt. Pferdmenges bezeichnete ihn als eine »unbedingte« Autorität im »evangelischen Raum«. Brief Robert Pferdmenges an Eugen Gerstenmaier vom 4. Mai 1957. StBKAH, 10.11, Bl. 40.

[26] Konrad Adenauer hatte diesbezüglich im Verlauf der Bundesvorstandssitzung der CDU vom 11. Mai 1957 ausgeführt: »Wir haben ihn geradezu notzüchten müssen, damit er diese Rede gehalten hat, weil er sagte, dass er als Bundestagspräsident nicht reden wolle.« Wortprotokoll der Sitzung, in: K. Adenauer, »Wir haben wirklich etwas geschaffen.«, S. 1225.

[27] BT, 2. Wp., 209. Sitzung vom 10. März 1957, S. 12084.

[28] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 400f.

[29] In der Kabinettssitzung vom 9. Mai 1957 hatte Eugen Gerstenmaier die Meinung vertreten, daß die Debatte ein hohes Niveau aufweisen müsse. Mit dieser Strategie versprach sich der CDU-Politi-

senskonflikte der Atomwaffengegner durchaus anerkannte und seiner Hoffnung Ausdruck gab, daß trotz aller bestehenden Gegensätze diese Thematik nicht ausschließlich unter parteipolitischen Aspekten und vor dem Hintergrund des anstehenden Wahlkampfs betrachtet werden solle.[30] Eugen Gerstenmaiers Rede erhielt von seinen Parteifreunden außerordentlich gute Noten.[31] Lob wurde ihm aber auch seitens der FDP zuteil.[32]

Wie bedeutsam die Thematik Sicherheitspolitik für Gerstenmaier persönlich war, unterstrich seine abermalige Wortmeldung im Bundestagsplenum im Verlauf einer viertägigen Debatte zur gleichen Thematik Ende März 1958. Am Beispiel dieser Rede wurde aber zudem deutlich, wie wenig er gewillt war, sich von seiner Partei instrumentalisieren zu lassen. Obwohl er bereits im Vorfeld herbe Kritik für sein Plädoyer einer flexibleren Politik gegenüber der Sowjetunion hatte hinnehmen müssen[33], ließ er es sich nicht nehmen, in der Debatte zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr abermals seine Ansicht zu den Modalitäten eines deutschen Friedensvertrags einzuflechten.[34] Auf ebenso wenig Gegenliebe stieß in der Union Mitte der sechziger Jahre Gerstenmaiers Redebeitrag zu den deutsch-französischen Beziehungen[35] sowie seine Ausführungen zur Nahostpolitik des Kabinetts Erhard vor dem Plenum.[36] Die Widerborstigkeit Gerstenmaiers zeigte sich dabei besonders deutlich

---

ker, die »Zweifelnden und Nachdenklichen zu gewinnen.« Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 10, 2000, S. 255.

[30] Gerstenmaier schlug sogar vor, durch die Einsetzung eines »Beirat[s] für Fragen der Atomwaffen« die Emotionalität aus der Diskussion zu nehmen. Von einem aus Wissenschaftlern, Politikern und Militärs bestehenden Gremium versprach sich der CDU-Politiker eine Versachlichung der Auseinandersetzung. BT, 2. Wp., 209. Sitzung vom 10. Mai 1957, S. 12095.

[31] Sowohl Fraktionsvorsitzender Krone als auch Bundeskanzler Adenauer lobten die Rede Gerstenmaiers nachdrücklich. Vgl. die Notiz Krones vom 10. Mai 1957. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 253 und Ausführungen Adenauers im Verlauf der Bundesvorstandssitzung vom 11. Mai 1957. K. Adenauer, »Wir haben wirklich etwas geschaffen.«, 1990, S. 1225.

[32] Fraktionsvorsitzender Erich Mende bescheinigte Gerstenmaier, seine Rede könne als Beispiel dafür gelten, »wie man in diesem Hause argumentieren soll.« BT, 2. Wp., 209. Sitzung vom 11. Mai 1957, S. 12098.

[33] Zur innerparteilichen Kontroverse, die Gerstenmaiers Kritik an der Ostpolitik der Regierung hervorrief vgl. Abschnitt 3 in diesem Kapitel.

[34] Auf Wunsch Adenauers sollte Gerstenmaier in der Aussprache die Position der Union in Sachen atomarer Aufrüstung verdeutlichen. Nicht verabredet war allerdings der Beitrag Gerstenmaiers zu den Themen Ostpolitik und Wiedervereinigung. Tagebucheintrag Heinrich Krones vom 13. März 1958. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 296.

[35] Wie gespannt das Verhältnis zwischen Kabinett und Bundestagspräsident in der Frage des deutsch-französischen Verhältnisses bereits war, geht aus einer Bemerkung Außenminister Schröders hervor, der auf eine Zwischenfrage Gerstenmaiers unter Anspielung auf dessen vielbeachtetes Interview mit der Bild-Zeitung vom 7. November 1964 antwortete: »Herr Kollege Gerstenmaier, ich werde mir sicherlich nicht die Lektüre Ihrer Ausführungen entgehen lassen, gleich, wo sie publiziert werden.« BT, 4. Wp., 147. Sitzung vom 13. November 1964, S. 7230.

[36] Eugen Gerstenmaier war im Plenum für eine Beendigung der Waffenlieferungen an Länder außerhalb der NATO eingetreten und hatte sich damit auch für eine Aussetzung der bundesdeutschen Militärhilfe an Israel ausgesprochen. BT, 4. Wp., 164. Sitzung vom 17. Februar 1965, S. 8126.

in seiner Parteinahme für den »Gaullisten-Flügel« seiner Partei, die er auch vor dem Bundestagsplenum beharrlich verteidigte.[37]

Parteidienlicher verhielt sich der Bundestagspräsident in seiner Eigenschaft als Wahlkämpfer, obwohl er auch hierbei nicht alle seine innerparteilichen Kritiker zum Verstummen bringen konnte. Dies lag hauptsächlich daran, daß sich Eugen Gerstenmaier nicht damit begnügte, bei Parteiveranstaltungen die von der CDU-Führung vorgegebene politische Stoßrichtung in vorformulierten Termini wiederzugeben. Vielmehr lag ihm daran, unter Verzicht auf inhaltsleere Phrasen, den »hinter dem Parteiengezänk liegenden nationalen Konsens überzeugend in das öffentliche Bewußtsein zu bringen«.[38] Gerstenmaiers Stärke als Wahlkämpfer lag auf der Ebene bundespolitisch diskutierter Themen. Er tat sich jedoch – wie bereits der Verlauf seines Wahlkampfs 1949 im Kreis Schwäbisch Hall-Backnang gezeigt hatte[39] – schwer damit, sich auf die Bedürfnisse seines bäuerlich geprägten Wahlkreises einzustellen. Auch war die Prioritätenliste des Bundestagspräsidenten im Hinblick auf seine Wahlkampfarbeit eindeutig: Zuerst kam er den von der Bundesparteiführung geforderten Verpflichtung nach.[40] Für Kundgebungen in Nord-Württemberg und selbst im eigenen Wahlkreis blieben dann häufig nur noch »einige wenige Tage«[41] übrig. Gerstenmaier wußte, daß er als prominenter Politiker und protokollarisch zweiter Mann im Staat der Bundesparteileitung als Aushängeschild zu dienen hatte. Zudem war ihm klar, daß er sich als Mandatsträger seiner Partei in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen mußte. In die von ihm wenig geliebte Rolle des Wahlkämpfers[42] schlüpfte er aber auch aus der Erkenntnis heraus, daß nach dem »do ut des«-Prinzip eine Fortsetzung seiner politischen Karriere ohne das Wohlwollen der Bundesparteileitung undenkbar war.

Seine Verpflichtung gegenüber dem eigenen Wahlkreis geriet allerdings zunehmend in den Hintergrund, und die nord-württembergischen Christdemokraten waren bei der Wahlkampfarbeit größtenteils auf sich allein gestellt. Zwar sonnten sich die örtlichen CDU-Kreisverbände durchaus im Licht des prominenten Politikers, dennoch fiel es den Verantwortlichen nicht leicht, den »Auswärtigen« Gerstenmaier als kompetenten Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte der Bevölkerung zu präsentieren. Im Vorfeld anstehender Bundestagswahlen war es deshalb ein sich ständig

---

[37] Ausführungen Gerstenmaiers zu den Beziehungen Bonns zu Paris, in: BT, 4. Wp., 147. Sitzung vom 13. November 1964, S. 7230–7233. Zur Frankreichpolitik Gerstenmaiers siehe Abschnitt 3.

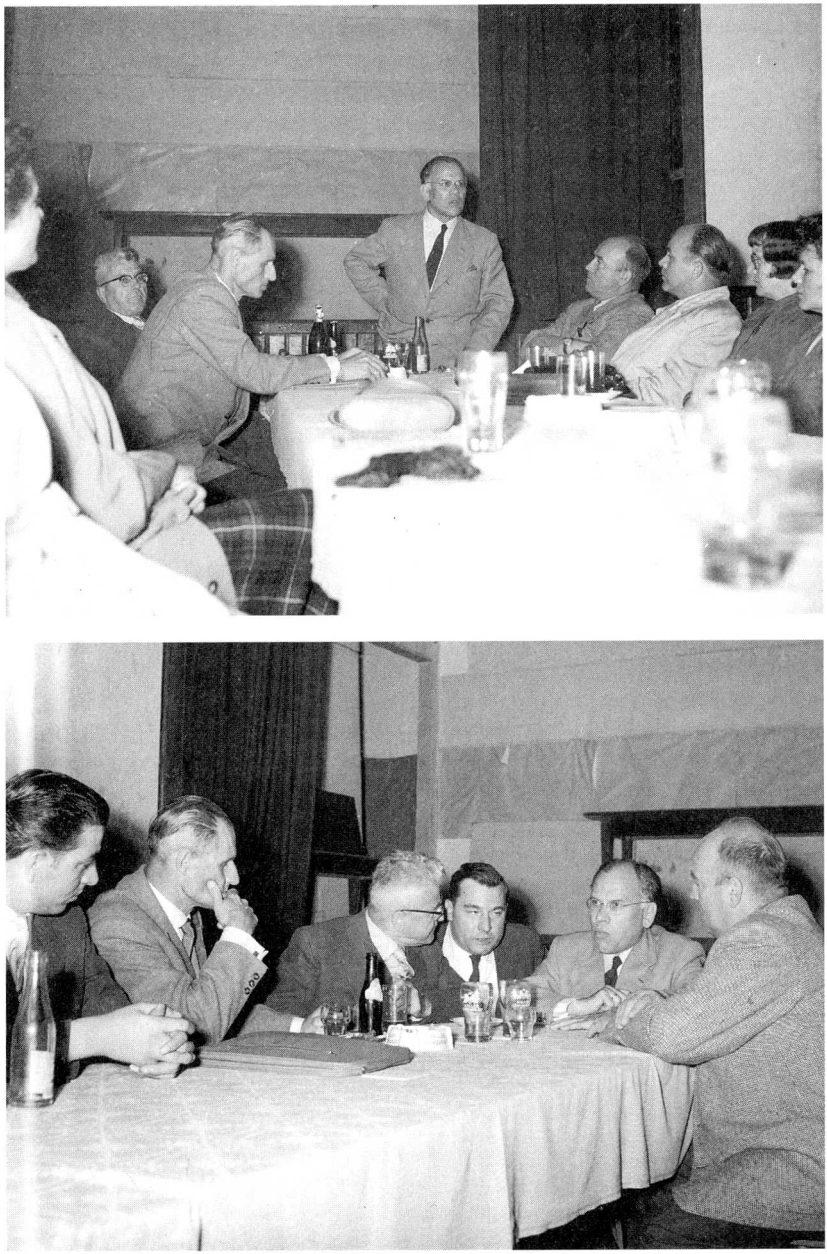
[38] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 401.

[39] Vgl. sechstes Kapitel, 2.

[40] In einem Schreiben an Kanzler Adenauer vom 15. August 1957 bestätigte Gerstenmaier beispielsweise, daß er im Bundestagswahlkampf 120 bis 125 Wahlkampfauftritte übernommen habe. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 29, Mappe 2.

[41] Eugen Gerstenmaier an den Parteivorsitzenden Konrad Adenauer vom 15. August 1957. Ebd.

[42] Dem damaligen Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Brandt gestand Gerstenmaier in einem Brief vom 16. Juli 1957 ein, ihm sei es »gar nicht recht, dass ich selber in den Wahlkampf eingreifen muß.« Aber so fuhr Gerstenmaier fort: »[...] ich kann mich natürlich nicht den an mich gestellten Forderungen, zum Beispiel der aktiven Mitwirkung im Wahlkampf, entziehen.« ACDP, I-210–017/1.



Gasthaus Wolf, 29. Juli 1957
»Hauptredner: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier«
ACDP-Bildarchiv, Sankt Augustin

wiederholendes Ritual, daß die Kreisvorsitzenden in Schwäbisch Hall bzw. Backnang für den Wahlkampf um zusätzliche Rednerunterstützung beim nord-württembergischen Landesverband[43] bzw. bei der Bundesparteileitung[44] nachsuchten. Gerstenmaier war zwar bemüht, sich trotz seiner zahlreichen Verpflichtungen an einigen Wochenenden dem Wahlkreis zur Verfügung zu stellen, doch reichte es meist nicht zu mehr als einigen mit Terminen überfüllten Tagen in der Endphase des Wahlkampfs. Die Veranstaltungen des Parlamentspräsidenten in seiner schwäbischen Heimat bestanden überwiegend aus Kurzauftritten; fast im halbstündigen Takt besuchte Gerstenmaier verschiedene Gemeinden seines weitverzweigten Wahlkreises und präsentierte sich so der Bevölkerung.[45] Mit der Konzentration auf einige wenige Tage hoffte der Bundestagspräsident, das Manko seiner fehlenden Präsenz über das Jahr hinweg ebenso wettzumachen wie durch die Vorführung eines über seine Person erstellten Kandidatenfilms.[46] Über das eng begrenzte Zeitfenster hinaus, das für die Wahlkreisarbeit zur Verfügung stand, mußten die Verantwortlichen in den Kreisverbänden des weiteren die mangelnde Kompetenz Gerstenmaiers[47] beispielsweise in Fragen der lokalen Infrastruktur sowie der Agrarpolitik kompensieren.[48] Besonders diese Lücken verschafften den angestammten und mit den Problemen der Wahlbevölkerung vertrauten Gegenkandidaten des Kirchheimers Vorteile, die Gersten-

[43] Schreiben Martin Schetters an das Mitglied des baden-württembergischen Landtags, Martin Haag vom 18. Mai 1961 mit der Bitte um einen Wahlkampfauftritt, da Eugen Gerstenmaier »nicht so oft in den Wahlkreis« komme. ACDP, II-051-A 019.

[44] Vgl. beispielsweise das Schreiben des Backnanger Kreisgeschäftsführers Martin Schetter an Kurt Georg Kiesinger vom 8. Mai 1961. ACDP, II-051-A019.

[45] Als Beispiel sei hier auf den Einsatz Gerstenmaiers im Verlauf des Wahlkampfes 1965 im Kreis Backnang hingewiesen. Am Samstag, den 4. September 1965 absolvierte er zwischen 16:30 Uhr und 20:30 insgesamt acht Ansprachen. ACDP, II-051-A006.

[46] Notiz einer Besprechung Gerstenmaiers mit dem Kreisverband Backnang vom 6. Juni 1961. Darin wurde vereinbart, daß der Kandidat es aufgrund seiner zahlreichen anderweitigen Verpflichtungen für wünschenswert hielte, wenn im Verlauf des Wahlkampfs eine »Tonschau oder ein Kandidatenfilm« gezeigt werden könnte. ACDP, II-051-A033.

[47] Um Gerstenmaier mit den Problemen der Kreise Schwäbisch Hall und Backnang vertraut zu machen, gingen die Verbände dazu über, dem Bundestagspräsidenten eine Aufstellung der wichtigsten Themenkomplexe wie beispielsweise der Flurbereinigung oder die wirtschaftlichen Aussichten für Mittel- und Kleinbauern zukommen zu lassen. Vermerk des persönlichen Referenten Gerstenmaiers, Claussen, vom 11. Februar 1965. ACDP, II-051-A006. Deutlich sprach der Backnanger Kreisgeschäftsführer Martin Schetter die mit den mangelnden Kenntnissen des Parlamentspräsidenten einhergehenden Probleme an: »Da unser Kandidat [...] verhältnismäßig sehr wenig aufgrund seiner Position im Wahlkreis sein kann und mehr auf innen- und außenpolitischen Gebiet tätig ist, also in Fragen der Landwirtschaft nicht so bewandert ist, ist es für uns von Notwenigkeit, Agrarpolitiker als Referenten zu bitten.« Brief Martin Schetters an Georg Bauer vom 30. Juni 1961. ACDP, II-051-A019.

[48] Im Verlauf der rund 20 Jahre, in denen Gerstenmaier den Wahlkreis Schwäbisch Hall-Backnang im Bundestag repräsentierte, hatte sich herauskristallisiert, daß die Initiative für eine Verbesserung der dortigen Lebensumstände von den CDU-Kreisverbänden ausgehen mußte. Vgl. Schreiben des Kreisverbandes Schwäbisch Gmünd an den Kreisverband Backnang vom 18. Dezember 1964. Darin teilten die Christdemokraten aus Gmünd ihren Backnanger Parteifreunden mit, daß Gerstenmaier um Mitteilung gebeten habe, »welche Verkehrsprobleme in den einzelnen Kreisen einer dringende Erledigung bedürfen«. ACDP, II-051-A006.

maier im Laufe der Zeit jedoch aufgrund seines Bekanntheitsgrades als Parlamentspräsident auszugleichen vermochte.

Das mangelnde Engagement des CDU-Politikers in Nord-Württemberg erklärt sich auch dadurch, daß der Bundestagspräsident seit 1953 über die baden-württembergische Landesliste abgesichert war. Ein gutes Ergebnis im Wahlkreis 175 und das Erringen des Direktmandats wurden von Gerstenmaier allenfalls aus Prestigegründen angestrebt. Seinem Renommee als Parlamentspräsident und führender CDU-Politiker hatte er es zu verdanken, daß er trotz seiner nur halbherzigen Bemühungen in Nord-Württemberg durchaus ansehnliche Wahlergebnisse vorweisen konnte.[49] So gelang es ihm beispielsweise 1965, knapp über 50 Prozent der Wahlkreis-Erststimmen auf sich vereinigen zu können.[50] Doch obwohl es dem Christdemokraten bei allen Bundestagswahlen bis 1969 gelang, sich als Sieger im Wahlkreis Schwäbisch Hall-Backnang durchzusetzen, wurde spätestens im Zuge des Wiedergutmachungsskandals deutlich, daß er nicht auf die Unterstützung der württembergischen Parteibasis zählen konnte. Eugen Gerstenmaier hatte es nicht vermocht, sich in rund zwei Jahrzehnten eine loyale Anhängerschaft in seinem Wahlkreis und in seinem Landesverband aufzubauen, der seinen jähen politischen Fall 1969 hätte verhindern können.[51]

Sein Versäumnis gründete sich vor allem darauf, daß es ihm trotz seines handwerklich-bäuerlichen Familienhintergrunds[52] nicht gelungen war, sich mit den Alltagssorgen seiner Wählerklientel vertraut zu machen. Je länger er sich als Bundestagspräsident mit politischen Themen auf Bundes- oder internationaler Ebene beschäftigte, desto weiter entfernte er sich auch innerlich vom Leben in den nordwürttembergischen Kreisen Backnang und Schwäbisch Hall. Zudem hielt es Gerstenmaier nicht für nötig, die Arbeit im Bundestag zugunsten des Engagements im Wahlkreis zu beschneiden.[53] Die nach seiner Übernahme des Parlamentspräsidentenamts weiter ansteigende Arbeitslast ließ ihn verstärkt Prioritäten setzen, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Eine intensive Betreuung seines Wahlkreises verlor mit zunehmender Dauer seiner Amtszeit zwischen Auslands-

---

[49] Der Kreisverband Schwäbisch Hall brachte es in einem Schreiben an Gerstenmaier vom 10. Januar 1965 auf den Punkt: »Sie, sehr verehrter Herr Präsident, sind hier der große Mann – in Bonn angesehen – aber weitab.« ACDP, II-096-K023.

[50] Gerstenmaier hatte 50,5% der Erst- und 48,5% der Zweitstimmen errungen. Bericht der Kreisgeschäftsstelle Backnang über Verlauf und Ausgang der Bundestagswahl im Wahlkreis 175 vom 27. September 1965. ACDP, II-051-A006. Im Vergleich dazu erzielte die CDU in Nord-Württemberg 44,4%, in Baden-Württemberg sogar 49,9%. Die CDU erzielte im Bundesgebiet hingegen nur 38,0%. Vgl. P.-L. Weinacht, CDU in Baden-Württemberg, 1978, S. 364 sowie Statistische Bundesamt (Hg.), Wahlberechtigte, 1998.

[51] Vgl. zehntes Kapitel, 2.

[52] Vgl. erstes Kapitel, 1.

[53] In deutlicher Form hatte sich Eugen Gerstenmaier dazu geäußert, daß er es für mandatswidrig halte, wenn Bundestagsabgeordnete zu sehr von ihren Verpflichtungen in Kreis- und Ortsparteien in Anspruch genommen würden. Vgl. Wortprotokoll der Sitzung des Arbeitskreises I (Geist – Stiefkind der Nation?) des 12. Bundesparteitags der CDU in Hannover vom 15. März 1964, S. 124. ACDP, VII-004-400/5.

reisen, parteipolitischen Terminen auf Bundesebene und Repräsentationsverpflichtungen an Bedeutung. Aber nicht nur Termindruck und Zeitmangel waren für die eher stiefmütterliche Behandlung seines württembergischen Wahlkreises verantwortlich. Vielmehr wurde Gerstenmaiers Vorliebe zur Abstraktion und zum Räsonieren immer deutlicher. Sein Hang, sich lieber der Theorie als der Praxis zu widmen, hatte sich bereits nach seinem Studium abgezeichnet, als sich der gerade promovierte Theologe nur zögerlich bereit erklärt hatte, das von Landesbischof Wurm dringend empfohlene Vikariat zu absolvieren, um sich mit den täglichen Problemen eines Seelsorgers vertraut zu machen.[54]

Gerstenmaier wuchs mehr und mehr in die Rolle des »Parteitheoretikers«[55], der über reine wahlkampftaktische Überlegungen hinaus die programmatische Entwicklung der CDU voranbringen wollte.[56] In dieser Funktion war er zwar für die Entwicklung der Partei von großer Bedeutung, und die Führungsspitze verstand es durchaus, sich mit den intellektuellen Fähigkeiten Gerstenmaiers zu schmücken. Allerdings festigte sich mit der ihm damit zugewiesenen Vordenkerrolle auch sein Ruf, mitunter abseits der Parteidisziplin zu stehen. Die Fraktionskollegen standen Eugen Gerstenmaier durchaus ambivalent gegenüber: Einerseits wurde sein eigenständiges Denken und seine oftmals in belehrendem Ton vorgetragenen Ausführungen kritisiert.[57] Doch nahm die Partei andererseits die Chance wahr, Gerstenmaier mit seiner Gabe zu geschliffenen Formulierungen bei kontrovers diskutierten Fragen öffentlichkeitswirksam einzusetzen. Herbert Blankenhorn, der außenpolitische Berater Adenauers, brachte mit seiner Charakterisierung des schwischen Politikers die zwiespältigen Gefühle in den eigenen Reihen auf den Punkt: »Er ist ein eigenwilliger Mann, kein einfacher Charakter, erfüllt von leidenschaftlichem Interesse an außenpolitischen Fragen und einem fundierten Urteil.«[58]

---

[54] Vgl. zweites Kapitel, 5.

[55] Die Welt vom 20. September 1957.

[56] Wie ernst Eugen Gerstenmaier die Auseinandersetzung um programmatische Inhalte nahm, geht aus einem Schreiben an Adenauer vom 22. September 1964 hervor. Darin teilte er dem Parteivorsitzenden mit, daß er sich während der Parlamentsferien mit der Ausarbeitung der christlich-demokratischen Programmatik auseinandergesetzt habe. Die von Gerstenmaier entwickelten Kernpunkte lauteten: »Satz 1: Die CDU Deutschlands vereint Männer und Frauen aller Schichten in dem Willen, dem Vaterland zu dienen. Satz 2: Die CDU Deutschlands orientiert sich an den Grundsätzen christlichen Glaubens und Denkens und bekennt sich zu der gemeinsamen Verantwortung der Christen in der Welt. Satz 3: Die CDU Deutschlands sieht ihre Aufgabe darin, das deutsche Volk in Freiheit und Gerechtigkeit nach innen und aussen zu einen und eine Völkergemeinschaft zu fördern, die den Frieden sichert und der ewigen Berufung des Menschen dient.« ACDP, I-028–025/1.

[57] Was die Parteikollegen vielleicht nur hinter vorgehaltener Hand äußern wollten, sprach Adenauer deutlich aus. Verärgert über den teilweise gestelzten Redestil Gerstenmaiers wies er den Bundestagspräsidenten im Verlauf einer Bundesvorstandssitzung am 17. Januar 1958 mit den Worten in die Schranken: »Ich möchte Herrn Gerstenmaier nur sagen, nicht alle Wähler haben Philosophie studiert, sondern die meisten Wähler wollen einfach und klar angesprochen werden.« K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 84.

[58] H. Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, 1980, S. 254.

Deutlich wurde diese Ambivalenz auch aufgrund der Reaktionen auf die verschiedenen Parteitagsreferate Gerstenmaiers. Der auf dem 6. Bundesparteitag im Frühjahr 1956 zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählte Gerstenmaier wurde ab Mitte der fünfziger Jahre zu einer festen Größe auf der Parteitagsbühne. Mit Ausnahme des Jahres 1964[59] war Eugen Gerstenmaier bis zum 13. Bundesparteitag in Düsseldorf jeweils mit einem Grundsatzreferat vertreten. Die Bandbreite seiner Redebeiträge reichte von der Darstellung der Kernpunkte christlich-demokratischer Politik über die Analyse des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik und den sich hieraus ergebenden künftigen Aufgaben für die CDU. Im wachsenden Maße beschäftigte er sich mit gesellschaftspolitischen Aspekten. Anhand der Definition von Begrifflichkeiten wie Wohlstand, Freiheit und Vaterland versuchte er die aufgrund des veränderten Gesellschaftsbildes anstehenden Herausforderungen für die CDU herauszuarbeiten.[60] Gerstenmaier bildete mit seinem Ansatz, die Entwicklung der Partei in ihrem sozialpolitischen Umfeld zu analysieren, eine notwendige Ergänzung zu den pragmatischen Ausführungen des Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union, Konrad Adenauer.[61]

Mit seinem Beitrag auf dem 6. Bundesparteitag der CDU 1956 festigte Gerstenmaier seinen Ruf, ein zwar eigenwilliger, aber für die Fortentwicklung der Partei unverzichtbarer Kopf zu sein. Seine Stuttgarter Ausführungen, die um die Grundsätze christlicher Politik kreisten, wurden von den Medien[62] und seinen Parteifreunden als wichtigstes Referat des gesamten Parteitages gepriesen.[63] Deutlich wurde in der Rede Eugen Gerstenmaiers sozial-konservatives Politikverständnis und sein Bekenntnis zum christlichen Glauben als Richtschnur der »politischen Praxis des Alltags«[64]. Er erkannte zwar durchaus die sozialpolitischen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie an, er kritisierte allerdings massiv jegliches Streben nach einer klassenlosen Gesellschaft. Wie bereits in den Zeiten seiner Zugehörigkeit zur bündischen Jugendbewegung sprach er sich gegen eine Gesellschaft aus, in der die individuellen Rechte zugunsten einer Massengesellschaft beschnitten wurden. Er sah es

---

[59] Auf dem Mitte März 1964 in Hannover abgehaltenen Bundesparteitag hielt Gerstenmaier zwar keine Rede, er beteiligte sich aber an einer Podiumsrunde, die unter dem Thema stand: Geist – Stiefkind der Nation?

[60] Vgl. dazu besonders folgende Referate zu den Themen: »Staatsordnung und Gesellschaftsbild« vom 20. September 1958; »Wohlstand – und was sonst?« vom 29. April 1960; »Was ist des Deutschen Vaterland?« vom 24. April 1961 sowie »Künftige Aufgaben der CDU« vom 4. Juni 1962.

[61] Vgl. dazu beispielsweise Adenauers Grußwort auf dem Hamburger Bundesparteitag der CDU vom 1957. Der Abdruck eines Auszugs findet sich in: Die Gegenwart, 13. Jg., Nr. 324 vom November 1958, S. 691 (S. 691–693).

[62] Vgl. dazu u.a.: Süddeutsche Zeitung vom 28. April 1956.

[63] Notiz Heinrich Krones vom 26. April 1956. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 210. Trotz dieses Lobes kann nicht angenommen werden, daß seine Grundsatzrede für seine Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden ausschlaggebend war. Entgegen Gerstenmaiers Ausführungen in seinen Lebenserinnerungen (E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 406) ist vielmehr davon auszugehen, daß er aufgrund seines Amtes als Bundestagspräsident den Sprung an die Spitze seiner Partei schaffte.

[64] E. Gerstenmaier, Zehn Jahre Politik für Deutschland, in: DUD vom 27. April 1956.

vielmehr als vornehmste sozialpolitische Aufgabe an, den Mensch in seiner freiheitlichen Existenz zu schützen. Von diesem Plädoyer für den Individualismus wich er im Verlauf seines gesamten politischen Lebens nicht ab. Mit seinen Äußerungen in der baden-württembergischen Landeshauptstadt erntete der Bundestagspräsident nicht nur Zustimmung. Seine Bundesparteitagsrede erregte den Widerstand des FDP-Fraktionsvorsitzenden Thomas Dehler. Dehlers Groll richtete sich gegen eine Passage, in der dieser den Liberalen vorgeworfen hatte, sie hätte im Zuge der parteipolitischen Auseinandersetzung auf demagogische Weise die Verdienste Adenauers um die deutsche Politik schmälern wollen. Der streitbare Dehler forderte von Gerstenmaier nicht nur eine Richtigstellung, sondern er ging mit dem Vorwurf zum Gegenangriff über, der Bundestagspräsidenten habe in Stuttgart die ihm auferlegte Pflicht zur Zurückhaltung in der tagespolitischen Auseinandersetzung verletzt.[65] Diese Anschuldigung traf Gerstenmaier schwer. Auch die Medien griffen den Vorwurf des FDP-Politikers auf und stellten die Frage, wie weit sich der Parlamentspräsident in der politischen Auseinandersetzung vorwagen dürfe.[66]

In der Gewißheit, daß sein Verhalten mit der Geschäftsordnung des Parlaments in Einklang stand, blieb der Christdemokrat in der Kontroverse mit Dehler hart. Gerstenmaier nahm seine Stuttgarter Äußerungen nicht zurück und wies alle Vorwürfe, seine Rede habe den politischen Takt verletzt, zurück.[67] Unterstützung fand er in dieser Situation bei seinen Parteikollegen, die Dehlers Anschuldigungen als unhaltbar erachteten.[68]

Auf den Rückhalt der Fraktion konnte der Bundestagspräsident rund zwei Jahre später nach seiner Rede auf dem Kieler Bundesparteitag jedoch nicht mehr hoffen. In seiner Absicht, das christlich-demokratische Parteiprogramm nuancierter darzustellen, hatte er in seinem Grundsatzreferat einen geistesgeschichtlichen Diskurs über die gesellschaftliche Entwicklung und bezüglich verschiedener Staatsordnungsmodelle unternommen.[69] Gerstenmaier hatte in diesem Zusammenhang die Verdienste des Liberalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts für die Sozialpolitik betont und die Bedeutung Friedrich Naumanns für die Synthese von nationalem und sozialem Gedankengut auch für die Sozialprogrammatik der CDU unterstrichen. Sein Wunsch, mit seinem Referat einen Beitrag zur »Entideologisierung der deutschen Parteien«[70] zu leisten, wurde in den eigenen Reihen hingegen wenig wohlwollend aufgenommen. Sein Ansatz, Parteigrenzen überschreitende Gemeinsamkeiten als Basis für eine differenzierte Betrachtung des

---

[65] Brief Thomas Dehlers an die Fraktionsvorsitzenden von Union, SPD und DP im Deutschen Bundestag vom 2. Mai 1956. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 11, Mappe 1.

[66] Die Welt (Essen) vom 15. Mai 1956.

[67] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Thomas Dehler vom 9. Mai 1956. ADL, N 1–2981.

[68] Brief des Unionsfraktionsvorsitzenden Heinrich Krone an Thomas Dehler vom 18. Mai 1956. ADL, N 1–2981.

[69] E. Gerstenmaier, Staatsordnung und Gesellschaftsbild. Rede vor dem 8. Bundesparteitag in Kiel am 20. September 1958. ACDP, I-210–018/1.

[70] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Theodor Heuss vom 16. Oktober 1958. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 19.

CDU-Parteiprogramms heranzuziehen, wurde nicht honoriert. In den Augen der Parteiführung durchkreuzte der 52jährige damit die Intention, den Bundesparteitag als Plattform für die Darstellung innenpolitischer Kernaussagen zu nutzen.[71]

Aber nicht nur die CDU-Spitze, auch der FDP-Bundesvorsitzende Reinhold Maier fühlte sich auf den Plan gerufen.[72] Die FDP bezeichnete das Referat Gerstenmaiers als »Schlachtruf nach außen«[73] und unterstellte ihm, mit der Einverleibung liberaler Werte der Einführung eines Zweiparteiensystems den Weg ebnen zu wollen.[74] In der Tat hatte der Christdemokrat mit seinem Verweis auf den in der CDU vorhandenen liberalen Geist versucht, das bislang auf die FDP ausgerichtete Wählerklientel für seine Partei zu gewinnen.[75] Unmut über Gerstenmaiers Referat wurde aber auch in den Reihen des Gewerkschaftsflügels der CDU laut. Kritisch kommentiert wurde hierbei vor allem die Aussage des Bundestagspräsidenten, die Bundesrepublik sei mit der Sozialgesetzgebung an ihre Grenzen gestoßen. Diese Aussage wurde ebenso vom Bundeskanzler verurteilt. Adenauer zeigte sich verärgert[76], da die Union durch Gerstenmaiers Hinweis auf die Begrenztheit staatlicher Sozialpolitik der SPD eine offene Flanke bot.[77] Das mit viel Engagement und großem Zeitaufwand von Gerstenmaier ausgearbeitete Referat[78] war trotz seiner geschliffenen Rhetorik damit auf allseitigen Unmut gestoßen.[79] Dabei schmerzte Gerstenmaier weniger die außerhalb der eigenen Reihen vorgetragene Kritik. Die negative Resonanz seiner Parteifreunde hingegen, die seine Ausführungen als Profilierungsversuche interpretierten, schadete seiner Position innerhalb der Fraktion nachhaltig. Auch in der Presse wurde das Bild kolportiert, dem Parlamentspräsidenten hafte nunmehr

---

[71] Vgl. den Wortlaut des auf dem Parteitag verabschiedeten »Kieler Manifest[s]«, in dem unter anderem die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates und der Ausbau einer »gesunden« ökonomischen und sozialen Ordnung gefordert wurden. Deutsche Tagespost vom 24. September 1958.

[72] Ausführungen Reinhold Maiers in: Freie Demokratische Korrespondenz vom 24. September 1958.

[73] Kommentar Willi Weyers in: Das freie Wort vom 4. Oktober 1958.

[74] Aktennotiz Hauflers für Wolfgang Haußmann vom 22. September 1958. HStA Stuttgart, Q 1/22, 923.

[75] Seine Absichten äußerte Gerstenmaier sehr offen in einem Schreiben an Bundespräsident Heuss vom 16. Oktober 1958. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 19.

[76] Vgl. die Ausführungen Adenauers in einem Gespräch mit Theodor Heuss vom 25. Oktober 1958. Th. Heuss, Tagebuchbriefe, 1970, S. 359.

[77] Der »Vorwärts« sah in den Ausführungen Gerstenmaiers den Beleg dafür, daß die Union von den Inhalten ihres Ahlener Parteiprogramms abgerückt sei. Vorwärts vom 26. September 1958.

[78] Eugen Gerstenmaier hatte während der Sitzung des Bundesvorstands am 18. September 1958 ausgeführt, daß er bereits zwei Wochen lang »Tag und Nacht« an seinem Manuskript gearbeitet hatte. Wortprotokoll der Sitzung in: K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 248.

[79] Gerstenmaier hatte sich in einem Schreiben an Heuss, der die Kontroverse in Kiel »mit lebhaften Interesse« verfolgt hatte, (Brief Theodor Heuss' an Eugen Gerstenmaier vom 1. Oktober 1958. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 19) über das negative Echo auf seine Rede beklagt. Die Kritik aus dem eigenen Lager führte Gerstenmaier auch darauf zurück, daß ein Teil der Zuhörerschaft seinen Gedankengänge nicht folgen konnte und mit seiner »Dialektik« überfordert war. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Theodor Heuss vom 16. Oktober 1958. Ebd.

das »Odium des Verdachts, er verhalte sich opportunistisch«[80] an. Diese Charakterisierung verstärkte noch die Vorbehalte innerhalb der Unionsfraktion gegenüber dem Kirchheimer und gab Gerüchten neue Nahrung, der Bundestagspräsident halte sich für die Nachfolge des umstrittenen Außenministers Heinrich von Brentano bereit.[81] Besonders verärgert zeigte sich Konrad Adenauer. Sein Urteil fiel im Herbst 1958 deshalb auch verheerend aus: Gerstenmaier sei in der Fraktion unbeliebt und agiere, wie in Kiel gesehen, ungeschickt; zudem sorge der »schnelle Hochmut«[82] des protestantischen Politikers in den eigenen Reihen für Unmut.

Die Angriffe seiner Fraktionskollegen zeigten bei Eugen Gerstenmaier durchaus Wirkung. Es dauerte lange, bis er sich schließlich entschloß, dem Drängen der Parteispitze nachzugeben und die Schlußrede auf dem Bundesparteitag 1960 zu halten. Abermals zeigte sich, daß die CDU im Umgang mit der schwierigen Persönlichkeit Gerstenmaiers zwar nicht mit Kritik sparte, sie zugleich aber auf seine rhetorischen und intellektuellen Fähigkeiten nicht verzichten wollte. Der Bundestagspräsident beugte sich mit seiner Zusage, in Karlsruhe ein Grundsatzreferat zu übernehmen, aber nicht nur dem Willen der Bundespartei. Er fühlte sich durch die zunehmend »verhärtende Kritik«[83] an der christdemokratischen Sozial- und Kulturpolitik in die Pflicht genommen. Unter dem Thema: »Wohlstand – und was sonst«[84] wollte er diesen Anschuldigungen begegnen. Noch sichtlich getroffen von dem Widerspruch, den sein Kieler Referat bei Freund und Feind ausgelöst hatte[85], versuchte er sich im Frühjahr 1960 vorab gegen eventuelle Kritik zu wappnen. So hatte er im Vorfeld beispielsweise bei Wirtschaftsminister Erhard[86] um Unterstützung bei der Ausarbeitung seiner Rede nachgesucht, um sich nicht dem Vorwurf mangelnder Abstimmung auszusetzen. Gerstenmaier wußte um die Bedeutung des Karlsruher Parteitags, stand doch die Kür des neuen Parteivorstands an, der die CDU in den Wahlkampf 1961 führen sollte. In dieser Phase wurde der Schwabe in der Presse sogar als potentieller Nachfolger des mittlerweile 85jährigen Kanzlers gehandelt, ob-

[80] Die Welt vom 23. September 1958.

[81] Heinrich Krone bestätigte in seiner Tagebucheintragung vom 12. Juni 1958, daß die Nachfolge Brentanos in der Fraktion diskutiert und Gerstenmaier als einer der Kandidaten gehandelt wurde. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 304.

[82] So charakterisierte Adenauer Gerstenmaier, nachdem Heuss diesen als künftigen Bundespräsidenten ins Spiel gebracht hatte. Th. Heuss, Tagebuchbriefe, 1970, S. 359.

[83] Brief Eugen Gerstenmaiers an Ludwig Erhard vom 22. März 1960. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 71.

[84] E. Gerstenmaier, Wohlstand- und was sonst? Schlußrede auf dem 9. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe vom 29. April 1960. ACDP, I-210–074/1.

[85] In seinem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Erhard vom 22. März 1960 hatte Eugen Gerstenmaier kein Blatt vor den Mund genommen und im Hinblick auf seine innerparteilichen Kritiker ausgeführt: »[...] ich bin es leid, von einigen ganz besonderen Prachtexemplaren von Dummköpfen in den eigenen Reihen geflissentlich mißdeutet zu werden«. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 71.

[86] Der Bundestagspräsident hatte Erhard ausdrücklich versichert, daß sein Karlsruher Referat keine Infragestellung seiner Wirtschaftspolitik darstelle. Brief Eugen Gerstenmaiers an Ludwig Erhard vom 22. März 1960. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 71.

gleich in der Öffentlichkeit sein mangelnder Rückhalt in der eigenen Partei bekannt war.[87] Der Christdemokrat war auch vor diesem Hintergrund darauf bedacht, seinen innerparteilichen Kritiker keine neue Nahrung zu geben.

Die Kompromißbereitschaft des streitbaren Politikers ging jedoch nicht soweit, daß er in seinem Referat auf die Darstellung kontroverser Aspekte verzichtet hätte. Anlaß zu Widerspruch boten dann auch prompt seine Ausführungen über das Godesberger Programm der SPD. Zwar war die Karlsruher Rede in ihrer Ablehnung der sozialdemokratische Forderung nach Ausweitung des sozialen Netzes nicht an Deutlichkeit zu überbieten. Doch provozierte Gerstenmaiers Sympathie für einige im SPD-Grundsatzprogramm festgelegten Kernpunkte, wie beispielsweise der Forderung nach freier Entfaltung und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung, die Kritik der anwesenden Parteitagsdelegierten. Zwar fanden seine zentralen Aussagen zum Materialismus, zur bundesrepublikanischen Konsumgesellschaft und der Sicherung individueller Freiheitsrechte durchaus den Beifall seiner Parteikollegen. Doch wurde Gerstenmaiers Intention, sich mit dem Richtungswechsel der SPD zur mehrheitsfähigen Volkspartei differenziert auseinanderzusetzen, gründlich mißverstanden. Adenauer, der keine Bereitschaft zeigte, von seiner harten Linie gegenüber der SPD abzurücken, hielt es für außerordentlich gefährlich, die Sozialdemokraten durch verbale Zugeständnisse beim bürgerlichen Wählerklientel hoffähig zu machen. Der Regierungschef war im Hinblick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf deshalb nicht gewillt, Gerstenmaiers Ausführungen unkommentiert stehen zu lassen. In seinem Schlußwort ließ es sich Konrad Adenauer nicht nehmen, die durchaus positive Bewertung des Godesberger Programms durch seinen schwäbischen Vorredner zu korrigieren. In scharfem Ton wies er den Bundestagspräsidenten in seine Schranken und bat ihn, künftig nicht mehr einer reformierten sozialdemokratischen Programmatik das Wort zu reden.[88] Es war augenscheinlich, daß sich der Groll Adenauers vor allem gegen die seiner Meinung nach mangelnde Parteidisziplin Gerstenmaiers richtete, der mit seiner Annäherung an die SPD die Wahlkampfstrategie des Kanzlers durchkreuzte.

Sicherlich bewog aber auch der noch angestaute Ärger über die Auseinandersetzung mit dem Parlamentspräsidenten im Fall Oberländer, daß Adenauer Gerstenmaier öffentlich zurechtwies. Die Querelen um den Vertriebenenminister Theodor Oberländer, dem Mittäterschaft an der Erschießung ukrainischer Juden vorgeworfen worden war, hatten wenige Tage vor dem Karlsruher Parteitag ihren Höhepunkt erreicht. Gerstenmaiers Plädoyer für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der gegen Oberländer erhobenen Vorwürfe war zu diesem Zeitpunkt von den Medien aufgegriffen worden.[89] Damit hatte der gerade von einer dreiwöchigen Südamerikareise zurückgekehrte Bundestagspräsident dem Wunsch

[87] Vgl. dazu beispielsweise einen Kommentar des Journalisten Dietrich im Süddeutschen Rundfunk vom 21. April 1960, in dem Gerstenmaiers fehlende Hausmacht in der Fraktion betont wurde.

[88] Die Nordwestdeutsche Rundschau überschrieb ihren Artikel vom 30. April 1960 mit der Überschrift: »Adenauer rügt Gerstenmaier«.

[89] Vgl. u.a. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. April 1960.

des in die Kritik geratenen Ministers entsprochen, der sich von einem parlamentarischen Ausschuß seine Rehabilitierung versprach. Die von Gerstenmaier zugesagte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses war jedoch ohne vorherige Rücksprache mit der Bundesregierung erfolgt, die in dem bereits seit Monaten schwelenden Streit um den Rücktritt des ehemaligen SA-Hauptsturmführers eine gemeinsame Lösung mit der SPD angestrebt hatte.[90] Das Bestreben der Union, mit einem Rückzug Oberländers aus dem Kabinett der Einleitung eines Strafverfahrens zuvorzukommen und somit ein möglichst geräuschloses Ende der Affäre zu erreichen, war hinfällig geworden. Das eigenmächtige Vorgehen des Parlamentspräsidenten, der seit Anfang März über die Interna im Fall Oberländer informiert war[91], bestätigte seine innerparteilichen Kritiker. Adenauer sah sich rund eine Woche vor dem Karlsruher Parteitag deshalb zu einem geharnischten Brief bewogen. Darin maßregelte er seinen Parteikollegen in deutlichen Worten und warf ihm Eigenmächtigkeit in einer »Parteiangelegenheit von grosser Bedeutung«[92] vor. Selbst der ansonsten Gerstenmaier wohlgesonnene Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone war über das Verhalten des Bundestagspräsidenten höchst verärgert.[93] Dennoch gab Gerstenmaier dem Druck seiner Fraktion nicht nach und hielt an seiner Entscheidung fest, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Sympathien bei seinen Parteifreunden vermochte Gerstenmaier erst wieder anläßlich des Kulturpolitischen Kongresses der CDU im November 1960 in Gelsenkirchen zu sammeln.[94] Mit seinem Beitrag »Freiheit – wozu?«[95] vermochte es der Bundestagspräsident, die Bedeutung der Kulturpolitik für die christlich-demokratische Programmatik zu unterstreichen.[96] Seine scharfe Abgrenzung gegenüber den kulturpolitischen Forderungen der SPD war ganz im Sinne des vom Bundeskanzler vorgegebenen konfrontativen Kurses gegenüber der Opposition.[97] Ebenfalls in Übereinstimmung mit wahlkampfstrategischen Überlegungen der CDU befand sich Gerstenmaiers These, daß sowohl vom Sozialismus als auch vom Liberalismus die Gefahr zur Säkularisierung von Kultur und Geistesleben ausgehe.

---

[90] Neue Rhein Zeitung (Köln) vom 23. April 1960.

[91] Notiz Heinrich Krones vom 9. März 1960. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 409.

[92] Der Kanzler schloß sein Schreiben mit den Worten: »Bei einem derartigen Tätigwerden der verschiedenen Faktoren ohne Fühlungnahme miteinander kann nichts Gutes für die Partei und den Staat herauskommen.« Brief Adenauers an Gerstenmaier vom 22. April 1960. StBKAH, III/18.

[93] Krone hatte am 22. April 1960 notiert: »Gerstenmaier, der von Argentinien kam, mischte sich, wie er es gern tut, ein und warf alles um.« H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 415.

[94] Eintrag Heinrich Krones vom 30. November 1960. Ebd., S. 459 f.

[95] E. Gerstenmaier, Freiheit – wozu? Rede auf dem Kulturpolitischen Kongreß der CDU in Gelsenkirchen am 28. November 1960. ACDP, I-210–074/2.

[96] Gerstenmaiers Anliegen war es, die »geistige Führungsschicht« für die CDU zu gewinnen und den Kompetenzvorsprung der SPD im Bereich Bildungspolitik zu verringern. Vgl. dazu Gerstenmaiers Ausführungen während der Sitzung des Bundesparteivorstands vom 23. Mai 1960. K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, S. 692.

[97] Hans Globke hatte in einem undatierten Vermerk in der Vorbereitung auf den Kongreß in Gelsenkirchen die Parole ausgegeben, daß die »kulturpolitische Offensive der SPD« abzufangen sei. Es

Doch trotz dieser positiv aufgenommenen Rede wurde es in der Folgezeit stiller um den »Parteiideologen« Gerstenmaier, der sich mit politisch kontroversen Themen auf Bundesparteitagen nun merklich zurückhielt. Während sich der Parlamentspräsident auf dem 11. Bundesparteitag der CDU in Dortmund mit seinen Ausführungen über die politischen Zielsetzungen seiner Partei auf sicherem Boden bewegte[98], wagte er sich erst im Frühjahr 1965 wieder auf dünneres Eis. In seinem Beitrag auf dem Düsseldorfer Parteitag befaßte er sich in einer vom Wahlkampf geprägten Veranstaltung[99] mit der Heranbildung eines neuen deutschen Nationalbewußtseins und den außenpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung.[100] Dabei legte es der Bundestagspräsident erkennbar nicht auf eine Provokation an, sondern bemühte sich – unter Ausklammerung der Differenzen in der Frankreichpolitik – den Kurs des Kabinetts zu unterstützen. Er verteidigte dabei die Beibehaltung der Hallstein-Doktrin und lobte die Entscheidung Erhards, das deutsch-israelische Verhältnis zu normalisieren. Sein Bemühen, auf dem Parteitag alle Klippen zum umschiffen, die eine Auseinandersetzung über den außenpolitischen Kurs der Regierung Erhard nach sich ziehen könnten, war unverkennbar.

Der bevorstehende Wahlkampf war nicht der ausschlaggebende Grund für Gerstenmaiers Harmoniebestreben in Düsseldorf. Es war unübersehbar, daß die Kontroversen mit seinen Parteifreuden bei ihm einen gewissen Ermüdungseffekt hervorgerufen hatten; Eugen Gerstenmaier war es leid, aufgrund seiner über die Grenzen der Tagespolitik hinausgehenden Beschäftigung mit den Grundwerten christlich-demokratischer Politik abgestraft zu werden. Den Unmut der Delegierten hatte der Querdenker auf dem ersten Parteitag nach dem Rückzug Adenauers als Regierungschef 1964 mehr als deutlich zu spüren bekommen. Bei der Wahl des siebenköpfigen Präsidiums mußte er das zweitschlechteste Ergebnis aller angetretenen Kandidaten hinnehmen.[101] Ein Ergebnis, das den Bundestagspräsidenten tief traf. Sogar der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues, hatte sich im Nachklang der Zusammenkunft in Hannover bemüßigt gefühlt, Gerstenmaier tro-

müsse in diesem Zusammenhang deutlich gemacht werden, daß »sozialistische Kulturpolitik eine Funktion für den Sozialismus« sei. ACDP, I-070–005/3.

98 Grundsatzreferat Eugen Gerstenmaiers auf dem CDU-Bundesparteitag in Dortmund unter dem Thema »Künftige Aufgaben der CDU« vom 4. Juni 1962. ACDP, I-210–076/1.

99 Die Welt (Essen) vom 30. März 1965.

100 Gerstenmaier stellte sein Referat auf dem 13. Bundesparteitag am 29. März 1965 unter das Thema: »Was ist mit uns Deutschen? Versuch einer Orientierung«. Das von dem Christdemokraten konstatierte neue Nationalbewußtsein der Bundesrepublik stellte seiner Überzeugung nach keine Gefährdung des europäischen Einigungsprozesses dar, sondern sollte als Zeichen der nationalen Integration und damit als notwendige Vorstufe zur künftigen kontinentalen Gemeinschaft interpretiert werden. ACDP, I-210–080/1.

101 Gerstenmaier hatte bei 482 abgegebenen Stimmen nur 383 Ja-Stimmen auf sich vereinigen können. Lediglich der intern umstrittene Bundesarbeitsminister Theodor Blank, der sich mit einem Gegenkandidaten auseinanderzusetzen hatte, wies ein schlechteres Ergebnis auf. CDU (Hg.), 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover, 14.–17. März 1964, Hamburg 1964, S. 498–502.

streiche Worte zu spenden.[102] Doch trotz dieses Zuspruchs war deutlich zu erkennen, daß der Widerstand in der Partei gegen Gerstenmaier gewachsen war. Der Parteitag hatte mit seinem Votum deutlich gemacht, daß man ihm aufgrund seiner intellektuellen Fähigkeiten zwar Respekt zollte. Seine Eigenwilligkeit und sein Zögern, sich für die Belange seiner Partei einspannen zu lassen, wurden aber zunehmend weniger toleriert.

Eugen Gerstenmaier war sich seiner Außenseiterrolle sehr wohl bewußt, und er hielt sich in der Folgezeit spürbar mit programmatischen Aussagen zurück. Der moderate Auftritt des Bundestagspräsidenten in Frühjahr 1965 markierte den Endpunkt des Versuchs Gerstenmaiers, in seinen Grundsatzreferaten mit politikfeldübergreifenden, teils innovativen, teils kontroversen Konzeptionen die Entwicklung seiner Partei mitzubestimmen. 1966, in einem Jahr, das durch innenpolitische Krisen geprägt war, wollte der Bundestagspräsident sich nur noch »denkbar zurückhaltend«[103] zur Situation der CDU äußern. Die Frustration des 60jährigen, in den eigenen Reihen ständig um Anerkennung ringen zu müssen, war hierbei wohl nur eine Seite der Medaille. Eugen Gerstenmaier erkannte in einer Situation, in der alle Anzeichen auf die Bildung einer Großen Koalition hindeuteten, seine große Chance, eine Schlüsselposition im künftigen Kabinett einzunehmen. Die Hoffnung auf Erfüllung seines Wunsches, den protokollarisch zweiten Rang in der bundesrepublikanischen Ämterfolge gegen die politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf der Regierungsbank einzutauschen, war deshalb ein bedeutsamer Faktor für seine Zurückhaltung.[104]

5. Unerfüllte Hoffnungen

Das parteipolitische Wirken Gerstenmaier seit seiner Wahl ins Amt des Bundestagspräsidenten war unverkennbar geprägt von seinem Streben, wieder aktiv in die Tagespolitik einsteigen zu können. Zwar war er darauf bedacht, zumindest in der Öffentlichkeit seine Ambitionen nicht allzu deutlich zum Ausdruck zu bringen, doch bestand innerhalb seiner Fraktion kaum ein Zweifel an seinem Wunsch, in der Re-

---

[102] Als Grund für das unbefriedigende Abstimmungsergebnis hatte Dufhues auf den »Mißmut von ein paar Dutzend Delegierten« verwiesen. Schreiben Josef Hermann Dufhues an Eugen Gerstenmaier vom 23. März 1964. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 29, Mappe 2.

[103] In einem Schreiben an Klaus Scheufelen, den Vorsitzenden des CDU–Wirtschaftsrats vom 11. Oktober 1966 lehnte Gerstenmaier den an ihn herangetragenen Wunsch, sich auf dem CDU–Wirtschaftstag im Januar 1967 zur ökonomischen Lage zu äußern, ab. Seine Weigerung begründete er auch damit, daß seine Ausführungen zu diesem Politikfeld »von einem beträchtlichen Teil der Partei mindestens einstweilen noch nicht gebilligt« werden würden. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 29, Mappe 2.

[104] In seinen Zeilen an Klaus Scheufelen vom 11. Oktober 1966 deutete Gerstenmaier den bevorstehenden innenpolitischen Umbruch mit den Worten an: »Inzwischen haben sich jedoch Umstände ergeben, die es mir unmöglich machen, programmatische Aussagen für die CDU zu formulieren.« Ebd.

gierung Verantwortung übernehmen zu wollen.[1] Seine rhetorischen und intellektuellen Fähigkeiten sowie seine über Jahre erworbene außenpolitische Profilierung ließen ihn bei nahezu jeder Personalentscheidung zum potentiellen Kandidaten avancieren. Die Bandbreite der mit seinem Namen in Verbindung gebrachten Ämter erstreckte sich von diversen Ministerposten über die Position des Regierungschefs bis hin zum Bundespräsidentenamt. Laut Spekulationen, die beispielsweise im Wahljahr 1957 die Runde machten, wurde er fraktionsintern sowohl als Kandidat für die Übernahme des Gesamtdeutschen- wie für das geplante Europaministerium[2] gehandelt.[3] Besonders als Nachfolger des schwerkranken Jakob Kaisers wurden dem Bundestagspräsidenten gute Chancen eingeräumt, sich gegen die Mitbewerber Heinrich Krone, Kurt Georg Kiesinger und Ernst Lemmer durchzusetzen. Gerstenmaier selbst hatte durchaus sein Interesse bekundet[4], als Minister für Gesamtdeutsche Fragen dem dritten Kabinett Adenauer anzugehören. Der Regierungschef entschloß sich aber, dieses Amt mit einem protestantischen Minister zu besetzen[5]; die Entscheidung fiel deshalb zugunsten des damaligen Bundespostministers Ernst Lemmer.[6] Die Gründe des Kanzlers, Gerstenmaier in dieser Situation nicht zu berücksichtigen, waren vielschichtig und reichten zum Teil bis in das Jahr 1956. Zum einen hatte sicherlich die politische Eigeninitiative Gerstenmaiers in der Ostpolitik[7] das beiderseitige Verhältnis überschattet. Des weiteren hatte Eugen Gerstenmaier seine Chancen auf ein Ministeramt durch seine allzu deutliche Annäherung an die SPD gemindert. Adenauer hatte die von an die Ollenhauer-Partei gesandten Signale in bezug auf eine Große Koalition besonders aufmerksam beobachtet.

Erstmalig Ende Dezember 1956 hatte der Kanzler Gerstenmaier mit dem Vorwurf konfrontiert, er zähle zu den Befürwortern einer Großen Koalition.[8] Der Bundestagspräsident hatte damals diesen Vorwurf energisch zurückgewiesen.[9] In der Tat hatte Eugen Gerstenmaier seine Unterstützung eines Bündnisses mit der SPD auf Bundesebene noch nicht offiziell erkennen lassen. Allerdings hatte er zuvor bereits in seinem Umfeld aus »wohlerwogenen Landes- wie bundespolitischen

---

[1] Gerstenmaier hatte dem Fraktionsvorsitzenden Krone gegenüber erklärt, Adenauer wolle ihn im Kabinett haben. Er stand einem Wechsel auf die Regierungsbank sehr aufgeschlossen gegenüber und er erklärte Krone, daß er nicht an seinem Amt als Bundestagspräsident »hänge«. Notiz Krones vom 16. Juli 1957. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 261.

[2] Die Pläne für die Schaffung eines Europaministeriums wurden von der Union kurz nach der Wahl zurückgezogen. Ebd., S. 267.

[3] Vgl. die Notiz Heinrich Krones vom 16. und 28. Juli 1957. Ebd., S. 261 und 263.

[4] Hannoversche Allgemeine vom 9. September 1957.

[5] Aufzeichnung einer Unterredung Konrad Adenauers mit Theodor Heuss vom 1. Oktober 1957. BA, B 122/31269, Bl. 109.

[6] Lemmer, der Adenauers Eintreten für Eugen Gerstenmaier als Bundestagspräsident nur schwer überwunden hatte, sah seine Berufung an die Spitze des Gesamtdeutschen Ministeriums als politische Aufwertung an. E. Lemmer, Manches war doch anders, 1968, S. 357.

[7] Vgl. dazu Abschnitt 3 in diesem Kapitel.

[8] Brief Konrad Adenauers an Eugen Gerstenmaier vom 19. Dezember 1956. StBKAH, II.05, Bl. 255.

[9] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 21. Dezember 1956. Ebd., Bl. 256.

Gründen«[10] für ein Zusammengehen der beiden Volksparteien in seiner baden-württembergischen Heimat plädiert. Nach der pauschalisierenden Äußerung Gerstenmaiers auf einer CDU-Wahlveranstaltung in Karlsruhe Ende Januar 1957, er gehöre nicht zu denjenigen, die in einer schwarz-roten Koalition ein Übel sehen, geriet er gegenüber dem Bundeskanzler, der jegliche Gedanken an eine solche Option brüsk zurückwies[11], erneut in Erklärungsnotstand.[12] Er rechtfertigte sich, indem er seinen Annäherungskurs an die SPD mit Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Liberalen begründete, die auf ihrem Bundesparteitag gerade Gerstenmaiers Widersacher, Reinhold Maier, zum Vorsitzenden gekürt hatten.[13] Der Christdemokrat machte deutlich, daß die FDP mit Maier an der Spitze »entschieden«[14] bekämpft werden müsse.

Aber nicht nur die Animositäten gegenüber seinem schwäbischen Landsmann Maier[15] ließen Gerstenmaier die Nähe der Sozialdemokraten suchen. Der CDU-Politiker versprach sich von einer Großen Koalition die rasche Lösung innenpolitischer Probleme, wie sie sich seiner Ansicht nach beispielsweise in der Debatte um die Lohn- und Preisentwicklung darstellten.[16] Auch beharrte er darauf, daß er sich mit seinem Bekenntnis zu den Vorzügen eines Bündnisses mit der SPD weder gegen eine bestehende Partei- noch Fraktionsentscheidung stellte. Besonders Gerstenmaiers Verweis auf die vermeintlich unklare Beschlußlage in der CDU mußte den Unmut des Kanzlers wecken, der stets in aller Deutlichkeit die sozialdemokratische Politik als schädlich für Bundesrepublik gebrandmarkt hatte.[17] Dementsprechend scharf fielen auch Adenauers Worte im Verlauf einer Bundesvorstandssitzung aus, mit denen er den Bundestagspräsidenten zurechtwies.[18] Die Situation begann für den Christdemokraten noch prekärer zu werden, nachdem Reinhold Maier im Februar 1957 die Nähe seines Landsmanns zur SPD und dessen Plädoyer für ein Zweiparteiensystem scharf anzugreifen begann.[19] Maier hoffte, durch den Hinweis auf Gerstenmaiers Werben um die Sozialdemokraten die innere Zerrissenheit der Union zu unterstreichen. Das Konzept des Liberalen ging durchaus auf. Adenauer zeigte sich unzufrieden über die zum Teil in derbem Ton geführte Auseinanderset-

---

[10] Eugen Gerstenmaier an Alex Möller vom 28. Februar 1956. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 11, Mappe 4.

[11] Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen, 1967, bes. S. 316–318.

[12] Brief Konrad Adenauers an Eugen Gerstenmaier vom 28. Januar 1957. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 61.

[13] Der Bundesparteitag der Liberalen hatte vom 24. bis 26. Januar 1957 in Berlin stattgefunden.

[14] Brief Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 29. Januar 1957. ACDP, VII-002-K011/1.

[15] Zur Auseinandersetzung mit Maier besonders zum Thema Wiederbewaffnung vgl. sechstes Kapitel, 5.

[16] Gerstenmaier an Adenauer am 29. Januar 1957. ACDP, VII-002-K011/1.

[17] Im Verlauf der Sitzung des Bundesvorstands vom 23. November 1956 hatte Adenauer in diesem Zusammenhang von der Gefahr gesprochen, daß das Land dem »materialistischen Kommunismus« anheimfallen würde. K. Adenauer, »Wir haben wirklich etwas geschaffen«,1994, S. 1179.

[18] Bundesvorstandssitzung vom 7. Februar 1957. Ebd., S. 1188f.

[19] Süddeutsche Zeitung vom 18. Februar 1957.

zung[20] zwischen dem Bundestagspräsidenten und Maier, denn sie widersprach seiner Wahlkampftaktik, der FDP zunächst abwartend entgegenzutreten.[21]

Was Konrad Adenauer vor der Bundestagswahl noch mehr erzürnt hatte, war die Beharrlichkeit, mit der sein Parteifreund an seinen außenpolitischen Vorstellungen festhielt.[22] Gerstenmaier hatte in der heißen Phase des Wahlkampfs 1957, neben seiner Forderung nach einer flexibleren Ostpolitik, eine Diskussion um die Frage der Bündniszugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschland eröffnet. Er hatte dabei einem bedingungslosen Festhalten an der NATO-Mitgliedschaft eine Absage erteilt.[23] Gerstenmaier widersprach damit dem Kanzler, der stets die Notwendigkeit der Einbindung in das westliche Bündnis betont hatte. Die Presse nahm diesen Vorstoß des Parlamentspräsidenten zum Anlaß, ihn für sein selbständiges und unorthodoxes politisches Denken zu loben.[24] Diese positive Resonanz verfestigte jedoch noch die Außenseiterposition des Bundestagspräsidenten innerhalb seiner eigenen Fraktion. Wie umstritten er in dieser Phase bei seinen Parteikollegen war, ging am 15. Oktober 1957 aus dem Abstimmungsergebnis bei seiner Wiederwahl zum Bundestagspräsidenten deutlich hervor. Die mehr als 50 Enthaltungen stammten mehrheitlich aus den Reihen der Union[25] und belegten die Vorbehalte, die ihm von CDU/CSU-Abgeordneten entgegengebracht wurden.[26]

Die FDP versuchte diese Situation für ihre eigenen politischen Ziele zu nutzen. Die Bundestagsfraktion der Liberalen verfolgte dabei die Strategie, den Dissens in der Union noch zu vertiefen. Die seit 1956 in der Opposition befindliche Partei

---

[20] Vgl. dazu einen Auszug aus dem Briefwechsel zwischen Gerstenmaier und Maier, der sich Ende Februar 1957 entwickelt hatte und der in Auszügen vom FDP-Landesverband Baden-Württemberg im liberalen Publikationsorgan »Südwest-Kurier« ausgewertet wurde. Ferner wandte sich Maier in einem Schreiben vom 20. Februar 1957 mit den Worten an Gerstenmaier: »[...] Sie haben das Rezept des schwäbischen Schultheissen: ›Was geht mich mein törichtes Geschwätz von vorgestern an‹, meisterlich praktiziert. Es ist Ihnen unbenommen, Ihre politische Reputation in der CDU auf dem Rücken eines ›schwäbischen Freundes‹ wiederzugewinnen. Der Tradition schwäbischen theologischen Geistesreichtums hätte zwar ein höheres Mass Originalität angestanden. Aber, was tut man nicht alles in der Angst!« ADL, A 34–83, Bl. 52.

[21] Adenauer führte in der Bundesvorstandssitzung vom 7. Februar 1957 aus: »Daraus folgt für uns bis auf weiteres, weder zu schimpfen hier noch zu schimpfen da, sondern die Dinge ruhig zu beobachten.« K. Adenauer, »Wir haben wirklich etwas geschaffen.«, 1994, S. 1190f.

[22] In einem Schreiben an Willy Brandt vom 16. Juli 1957 machte Gerstenmaier deutlich, daß sich seine Auffassung von der Richtigkeit eines Bündnisses mit der SPD sogar noch verfestigt habe. Er führte unter anderem aus, daß er aufgrund der anstehenden Aufgaben und im Sinne des Parlamentarismus für eine Große Koalition im Bund eintrete. Dafür, so Gerstenmaier, habe es ihm, »nie an Argumenten gefehlt hat«. ACDP, I-210–017/1.

[23] Die Welt vom 1. Juli 1957.

[24] Die Süddeutsche Zeitung hatte bereits in ihrer Ausgabe vom 2. Juli 1957 die Eigenständigkeit Gerstenmaiers gelobt.

[25] Heinrich Krone notierte in seinem Tagebuch zum Wahlausgang: »Die 50 weißen Zettel kommen in der Mehrheit aus unseren Reihen. Leider!« H. Krone, Tagebuch, 1995, S. 270.

[26] Ergebnis der Wahl des Bundestagspräsidenten am 15. Oktober 1957: Auf den einzigen Kandidaten, Eugen Gerstenmaier, entfielen von abgegebenen 494 Stimmen 437 Ja-Stimmen. Bei 3 ungültigen Stimmzetteln waren 54 Enthaltungen verzeichnet worden. Datenhandbuch, 2000, S. 865.

hoffte, mit Eugen Gerstenmaier einen unionsinternen Gegenkandidaten zu Adenauer für das Amt des Kanzlers aufbauen zu können.[27] Mit ihrem Werben um den Bundestagspräsidenten hielt die FDP keineswegs hinter dem Berg und sie lobte die politische Weitsicht sowie die Amtsführung des CDU-Politikers in den höchsten Tönen.[28] Die Unionsführung reagierte auf die liberalen Avancen mit Besorgnis und befürchtete sogar, die FDP arbeite mit Gerstenmaier als Frontmann auf eine Spaltung der CDU hin.[29] Das Spiel der Liberalen war allerdings zu durchsichtig gestaltet und Gerstenmaier brachte der von Reinhold Maier geführten Partei zu viel Mißtrauen entgegen, als daß er im Frühjahr 1958 eine Annäherung an die FDP wirklich in Erwägung gezogen hätte. Darüber hinaus fand er sich auch aus Loyalität gegenüber seiner Partei nicht bereit, diesen riskanten Weg zu beschreiten.

Die geübte Zurückhaltung des Parlamentspräsidenten im Hinblick auf die liberalen Werbungsversuche wurde von Teilen der Union durchaus mit Wohlwollen aufgenommen. Ende Juli 1958 wurde Gerstenmaier deshalb fraktionsintern mit der Heuss-Nachfolge in Verbindung gebracht. Obwohl dieser Vorschlag bei der CSU auf Ablehnung stieß[30], wurde mit dem Näherrücken der Bundespräsidentenwahl deutlich, daß Eugen Gerstenmaier von seiner Partei zum engen Zirkel der Kandidaten um den Einzug in die Villa Hammerschmidt gezählt wurde. Die Tatsache, daß sich die Union bereits frühzeitig auf einen Protestanten als Nachfolger des Liberalen Heuss festgelegt hatte[31], ließ ihn fast zwangsläufig zum Anwärterkreis gehören. Allerdings zeichnete sich bald ab, daß Konrad Adenauer eine Kandidatur Gerstenmaiers verhindern wollte. Der Regierungschef hatte gehofft, mit einer Grundgesetzänderung[32] eine abermalige Wiederwahl von Theodor Heuss durchsetzen zu können. Noch im Herbst 1958 hatte der Kanzler die Hoffnung nicht aufgegeben, Heuss zu einer weiteren Amtszeit überreden zu können. Die vom Bundespräsident selbst ins Spiel gebrachte Option, Gerstenmaier als seinen Nachfolger zu benennen, lehnte Adenauer brüsk ab. Der Regierungschef hielt eine Kandidatur des streitbaren Politikers für inopportun und verwies als Grund für seine Ablehnung auf dessen Unbeliebtheit in der Fraktion.[33]

---

[27] Heuss hatte in einem Schreiben an Toni Stolper vom 27. März 1958 vermerkt, daß Mende ein Allparteienkabinett mit Gerstenmaier als Kanzler anstrebe. Th. Heuss, Tagebuchbriefe, 1970, S. 318.

[28] Der Artikel von Erik Rinné in: Das freie Wort vom 28. März 1958 war dafür ein beredtes Beispiel. Bereits wenige Tage zuvor war sogar von der internationalen Presse das liberale Hofieren Gerstenmaiers aufgegriffen worden. Vgl. New York Times vom 26. März 1957.

[29] Notiz Hans Globkes vom 3. April 1958. ACDP, I-070–058/2.

[30] Ergebnis einer Besprechung zwischen Will Rasner und Hermann Höcherl. Notiz Heinrich Krones vom 24. Juli 1958. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 311.

[31] Adenauer hatte in einem Gespräch mit Heinrich Krone am 27. Oktober 1958 sein Votum für einen protestantischen Bundespräsidenten klar zum Ausdruck gebracht. Ebd., S. 316.

[32] Artikel 54,2 des Grundgesetzes erlaubt nur die einmalige Wiederwahl des Bundespräsidenten.

[33] Zusammenfassung eines Gesprächs zwischen Heuss und Adenauer vom 28. Oktober 1958. Th. Heuss, Tagebuchbriefe, 1970, S. 359. Adenauer wurde auf die Frage von Heuss, ob er sich Gerstenmaier als geeignete Persönlichkeit vorstellen könne, ferner mit den Worten zitiert: »Um Gottes willen, um Gottes willen, da passe ich aber!« BA, B 122/31269.

Gerstenmaier selbst stand den Nominierungsgerüchten zunächst ambivalent gegenüber. Ohne Frage erachtete er es als Ehre für das protokollarisch höchste Staatsamt in Erwägung gezogen zu werden.[34] Er war sich aber andererseits bewußt, daß er als Bundespräsident weiterhin nicht über die von ihm gewünschten politischen Gestaltungsmöglichkeiten verfügen würde, sondern er nur ein repräsentatives Amt gegen ein anderes ausgetauscht hätte. Wahrscheinlich bewirkte auch der Widerstand Adenauers, daß Gerstenmaier schließlich Ende 1958 sein Desinteresse an einer Kandidatur bekundete. Er verknüpfte seine Ablehnung dabei mit der Hoffnung, bald »andere« Aufgaben »im politischen Raum«[35] übernehmen zu können.

Nachdem sich der CDU-Politiker damit aus dem Kreis der potentiellen Kandidaten ausgeschlossen hatte, begann er Anfang 1959 für seinen Stellvertreter, Carlo Schmid, als Nachfolger in der Villa Hammerschmidt zu werben. Gerstenmaier zog sich mit dem Vorschlag, man möge Schmid als Einheitskandidaten aufstellen, erwartungsgemäß die Kritik seiner Parteikollegen zu. Besonders der Kanzler ließ keine Bereitschaft erkennen, auf diese Anregung einzugehen. Das Plädoyer Gerstenmaiers, daß ein Bundeskanzler aus den Reihen der CDU im Sinne eines überparteilichen Konsenses sehr gut von einem sozialdemokratischen Bundespräsidenten komplementiert werden könnte, fiel bei dem Mann aus Rhöndorf nicht auf fruchtbaren Boden. Der Regierungschef sah keinerlei Notwendigkeit einem SPD-Abgeordneten zum Amt des Bundespräsidenten zu verhelfen, solange rechnerisch die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung die Wahl eines Christdemokraten möglich machten. Adenauer ließ ferner keinen Zweifel daran, daß er nicht gewogen war, mit Carlo Schmid den Vertreter einer Politik, die er ablehnte, zu unterstützen.[36] Der Regierungschef beschuldigte Gerstenmaier vielmehr, mit seinem Eintreten für Schmid die von Adenauer als optimal erachtete Lösung einer zweiten Wiederwahl von Heuss durchkreuzt zu haben.[37] Schon im März 1959 zeichnete sich ab, daß es Gerstenmaier nicht gelang, die Mauer der Ablehnung bei Adenauer und innerhalb der Union gegen eine Kandidatur Schmids, zu durchbrechen. Die Bemühungen des Bundestagspräsidenten waren deshalb im Folgenden darauf gerichtet, den 83jährigen Kanzler von der Notwendigkeit zu überzeugen, seine politische Karriere als Bundespräsident ausklingen zu lassen.

Eugen Gerstenmaier war innerhalb der Unionsfraktion einer der eifrigsten Verfechter des Planes, den Bundeskanzler zum Rückzug aus dem Palais Schaumburg zu

---

[34] Heinrich Krone beharrte in seinem Tagebuch noch Monate nach der Entscheidung in der »Präsidentschaftkrise« darauf, daß Eugen Gerstenmaier eine Kandidatur angenommen hätte, wenn sie ihm »mit großer Mehrheit angetragen worden wäre«. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 363–364.

[35] Laut einer vertraulichen Notiz Hans Globkes vom 19. Dezember 1958 hatte Gerstenmaier mit dieser Antwort den Vorstoß Erich Mendes hinsichtlich einer Kandidatur um das Bundespräsidentenamt abgelehnt. ACDP, I-070–003/1.

[36] Vgl. Adenauers Ausführungen während der Sitzung des Bundesvorstands am 11. März 1959. K. Adenauer, »... um den Frieden zu gewinnen«, 1994, bes. S. 351.

[37] Notiz des Gesprächs zwischen Konrad Adenauer und Theodor Heuss vom 9. März 1959. BA, B 122/31269.

bewegen. Durch diesen Schritt sah Gerstenmaier einen würdevollen Abschied des Rhöndorfers von der parteipolitischen Bühne gewährleistet. Zugleich aber hätte der Rückzug Konrad Adenauers eine Reihe von Optionen hinsichtlich der Zusammensetzung der künftigen Regierung eröffnet: Mit der Besetzung des Bundespräsidentenamtes mit dem Katholiken Adenauer wäre, entsprechend der Konfessionsarithmetik der Union, der Weg für einen Protestanten an der Spitze des Kabinetts geebnet worden. Ferner wären die Chancen für eine Große Koalition deutlich gestiegen, wenn die SPD ihre Zusage vom Frühjahr 1959 eingelöst hätte, Adenauer bei der Wahl zum Bundespräsidenten zu unterstützen.[38] In einem rot-schwarzen Bündnis wiederum besaß Gerstenmaier gute Karten auf eine Berufung ins Kabinett.

Konrad Adenauer indessen hoffte sich seiner Nominierung für das Bundespräsidentenamt zu entziehen, indem er Ludwig Erhard an seiner Stelle als Kandidat durchzusetzen versuchte. Gerstenmaier war bestrebt, diesen Plan des Kanzlers mit allen Mitteln zu verhindern. Der Bundestagspräsident zeigte sich sehr verärgert, daß Adenauer die gebotene Chance eines würdevollen Abschieds nicht zu ergreifen bereit war, sondern vielmehr alles daran setzte, den aussichtsreichsten Bewerber um das Amt des Bundeskanzlers in Richtung Villa Hammerschmidt abzuschieben. Der Parlamentspräsident befand sich mit dieser Kritik in Übereinstimmung mit der CSU. Die bayerischen Fraktionsmitglieder hatten mehrheitlich trotz der selbstauferlegten Zurückhaltung[39] bei der Kandidatenkür ihre Bedenken gegen einen Rückzug des langjährigen Bundeswirtschaftsministers aus dem Kabinett geltend gemacht.[40] Während Gerstenmaier bei der Artikulation seiner Bedenken gegen eine Kandidatur Erhards klare Worte fand[41], legte er bei seinem Versuch, dem im 84. Lebensjahr stehenden Adenauer den Präsidentenstuhl doch noch schmackhaft zu machen, ein geschmeidigeres Vorgehen an den Tag.

Sein diplomatisch und rhetorisch geschicktes Vorgehen im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl zeitigte zunächst auch den gewünschten Erfolg: Konrad Adenauer bekundete nach langem Zögern schließlich sein Einverständnis zur Kandidatur. Besonders die von Gerstenmaier geleitete Unionssitzung vom 7. April[42] verdeutlichte

---

[38] Auch Schmid hatte seine Zustimmung zur Kandidatur Adenauers bekundet, um damit den »gefährlichsten Gegner« der SPD zum Rückzug von der parteipolitischen Bühne zu verhelfen. P. Weber, Carlo Schmid, 1996, S. 634.

[39] Noch Ende April 1959 wurde in der Landesgruppe betont, daß die CSU in der Öffentlichkeit möglichst wenig mit Spekulationen über potentielle Kandidaten in Erscheinung treten sollte. CSU-Landesgruppensitzung vom 28. April 1959. ACSP, CSU-Landesgruppe Protokolle, 13.

[40] Vgl. Protokoll der CSU-Landesgruppensitzung vom 2. März 1959. ACSP, CSU-Landesgruppe Protokolle, 8.

[41] Brief Eugen Gerstenmaiers an Konrad Adenauer vom 25. Februar 1959. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 61. Auch in der Fraktionssitzung von 2. März 1959 hatte sich der Parlamentspräsident deutlich gegen eine Kandidatur Erhards ausgesprochen. K. Adenauer, Erinnerungen, 1967, S. 496.

[42] Zur Vorbereitung der Wahl hatte die Union ein Komitee gebildet, das sich aus dem Vorstand von Partei und Fraktion, den Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden sowie den Ministerpräsidenten zusammensetzte. Das Gremium war von der Fraktion autorisiert worden, einen Kandidaten für das

seine Überzeugungskraft. Mit einer in einfühlsamen Ansprache traf Eugen Gerstenmaier beim Kanzler genau den richtigen Ton.[43] Ohne zu sehr in Schmeicheleien zu verfallen, verlegte er sich hauptsächlich darauf, den Wechsel in die Villa Hammerschmidt als notwendiges Opfer darzustellen.[44] Gerstenmaier versäumte es ferner nicht, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten des neuen Amtes zu unterstreichen; besonders mit diesem Aspekt weckte er das Interesse Adenauers, da der Kanzler zu diesem Zeitpunkt noch glaubte, der Amtsführung neue Akzente verleihen zu können. Der schwäbische Christdemokrat versuchte parallel zu diesen Bemühungen den Druck auf Adenauer zu erhöhen[45], indem er ihn auf das einstimmige Meinungsbild in der Union hinsichtlich seiner Nominierung hinwies.[46] Aber nicht nur die Überzeugungskraft seines Parteifreundes führte bei Adenauer zum Umdenken. Dem Kanzler war bereits frühzeitig bekannt, daß Eugen Gerstenmaier von der SPD als Wahlalternative bei der Bundesversammlung gehandelt wurde. Mit diesem Szenario war die reale Gefahr des Auseinanderbrechens der CDU für den Fall verbunden, daß Gerstenmaier durch Abweichler in der Union eine relative Stimmenmehrheit auf sich hätte vereinigen können. Gerstenmaier selbst hatte die Annahme einer unter diesen für die CDU äußert widrigen Umständen zustande gekommenen Wahl nicht explizit ausgeschlossen.[47] Um seiner Partei eine derartige Nagelprobe zu ersparen, sah sich der Regierungschef im April zur Kandidatur gezwungen.

Die Taktik des Parlamentspräsidenten schien zu diesem Zeitpunkt aufgegangen zu sein. Nachdem aber Adenauer in Cadenabbia davon in Kenntnis gesetzt worden war, daß eine als »Brigade Erhard« bezeichnete Gruppe innerhalb der Fraktion hinsichtlich der Kanzlernachfolge am Stuhl des vom Rhöndorfer zum Kronprinzen aus-

---

Amt des Bundespräsidenten zu benennen. Vgl. Wortprotokoll der Sitzung vom 7. April 1959. ACDP, I-070–003/1.

[43] Adenauer, der kurz darauf seinen Urlaub in Cadenabbia angetreten hatte, zeigte sich noch nach Tagen gerührt von den Ausführungen Eugen Gerstenmaiers, wie ein Schreiben des Kanzlers an den Kirchheimer aus seinem norditalienischen Ferienort belegte. Schreiben Konrad Adenauers an Eugen Gerstenmaier vom 16. April 1959. StBKAH, III/18.

[44] Am Ende seiner Ausführungen betonte Eugen Gerstenmaier: »Es ist ein Verzicht, der darin liegt, dass wir Sie, der die Schlachten gewonnen und die Macht ausgeübt hat, nun bitten, auf dieses andere Amt überzugehen. [...] Wir bringen diesen Verzicht in der Hoffnung und Erwartung, dass uns Gott die Gnade erweist, Ihre Lebenskraft auf dem anderen Platz zum Nutzen unseres Volkes und – Sie werden mir erlauben, das noch zu sagen – zum Nutzen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands noch lange zu erhalten.« Wortprotokoll der Sitzung vom 7. April 1959. ACDP, I-070–003/1.

[45] Schreiben Konrad Adenauers an Theodor Heuss vom 13. April 1959. BA, B 122/31271.

[46] In der Diskussion hatten sich schon im März des weiteren die folgenden CDU-Kandidaten herauskristallisiert: Franz Böhm, Heinrich Krone und Heinrich Lübke. Vgl. dazu: R. Morsey, Lübke, 1996, S. 255.

[47] In einem Gespräch zwischen Bundespräsident Theodor Heuss, Heinrich Krone und Hermann Höcherl Anfang April 1959 hatte Gerstenmaier angeblich auf die Frage, ob er gewillt sei, im dritten Wahlgang eine mit den Stimmen der SPD zustande gekommene Wahl anzunehmen, geantwortet, daß er »wohl nicht anders könne, als anzunehmen.« Brief Konrad Adenauers an Theodor Heuss vom 13. April 1959. BA, B 122/31271.

erkorenen Finanzminister Franz Etzel zu sägen begann, setzte beim Regierungschef ein Umdenkungsprozeß ein.[48] Nachdem sich deutlich abzeichnete, daß Ludwig Erhard als Kanzlerkandidat die eindeutig besseren Karten besaß und trotz des am 8. April getroffenen »Gentlemen-Agreements«[49] alles auf den Wirtschaftsminister als künftigen Regierungschef hindeutete, entschloß sich Konrad Adenauer zur Rücknahme seiner Präsidentenkandidatur.

Eugen Gerstenmaier trat in der Union als einer der schärfsten Kritiker dieser Entscheidung hervor. Er ließ nichts unversucht, um Adenauer von seinem Entschluß, im Amt zu verbleiben, abzubringen. So suchte er den Kanzler beispielsweise in seinem Büro auf und beschwor ihn, seine Kandidatur nicht zurückzunehmen.[50] Doch Adenauer blieb hart. Als offiziellen Grund schob der Regierungschef vor allem außenpolitische Gründe vor, die sein Verbleiben im Amt erforderten.[51] Konrad Adenauer verheimlichte auch nicht, daß fehlendes Vertrauen in die politischen Fähigkeiten Ludwig Erhards außerhalb des Wirtschaftsressorts ein weiterer Grund für seinen Entschluß war.[52] Obwohl der Bundestagspräsident um die Aussichtslosigkeit seines Unterfangens wissen mußte, machte er aus seiner Mißbilligung über den Rückzieher des Regierungschefs weiterhin keinen Hehl.[53] Während Erhard sich der Entscheidung weitgehend ohne Kampf beugte[54], war Gerstenmaier nicht gewillt, die Düpierung der Fraktions- und Parteispitze durch den 83jährigen ohne Widerworte hinzunehmen. Energisch forderte er im Kreise seiner Fraktion Anfang Juni, dem Bundeskanzler eine Mißbilligung für sein Verhalten auszusprechen. Adenauer jedoch konterte diesen Vorstoß des Parlamentspräsidenten kühl, indem er darauf verwies, daß die einzige Möglichkeit, sein Verbleiben im Amt zu verhindern, in einem konstruktiven Mißtrauensvotum gegen ihn bestand.[55] Die Lage für die »Rebellen« innerhalb der Union war damit aussichtslos geworden und die Fraktion beugte sich schließlich dem Willen Adenauers.[56]

---

[48] K. Adenauer, Erinnerungen, 1967, S. 515.

[49] Adenauers Memoiren zufolge war am 8. April zwischen den Kabinettsmitgliedern Etzel, Erhard, Schröder und Strauß vereinbart worden, daß sie erst nach der Wahl des Bundespräsidenten am 1. Juli 1959 in die Diskussion über die Kanzlernachfolge eingreifen würden. Ebd.

[50] Ebd., S. 537.

[51] In einem Schreiben Adenauers an die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU, Heinrich Krone und Hermann Höcherl vom 4. Juni 1959 führte der Kanzler aus, sein Rückzug in dieser Phase würde »im Ausland wie im Inlande nicht gut wirken«. ACDP, I-070–003/1.

[52] Zur Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Erhard im Zuge der »Präsidentschaftskrise« vgl. ausführlich: D. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, 1998, bes. S. 305–382.

[53] Siehe die Äußerungen Gerstenmaiers im Verlauf der Fraktionssitzung vom 10. Juni 1959. K. Adenauer, Erinnerungen, 1967, S. 547.

[54] Krone notierte in seinem Tagebuch über eine Besprechung bei Adenauer am 10. Juni 1959: »Wie klein ist der große Ludwig! Statt anzugreifen, verteidigt er sich [...].« H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 362.

[55] H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, 1994, S. 524.

[56] Die innerparteiliche Kontroverse um die Kür des Unionskandidaten für das Amt des Bundespräsidenten und das Einlenken der Fraktionsspitze wurde von der in- und ausländischen Presse aufmerksam beobachtet. Vgl. unter anderem: Die Welt vom 6. Juni 1959 bzw. die Tat vom 10. Juni 1959.

Nach Gerstenmaiers erneuter Kollision mit dem Regierungschef und seiner eindeutigen Positionierung zugunsten Erhards als künftigen Bundeskanzler war klar, daß er unter der Kanzlerschaft Adenauers nicht mehr mit einer Kabinettsberufung rechnen konnte. Die Kontroverse in der »Präsidentschaftskrise« hatte bei Kanzler und Parlamentspräsident Narben zurückgelassen.[57] Allerdings war Gerstenmaiers Ansehen in der Öffentlichkeit durch den Streit mit Adenauer durchaus positiv beeinflußt worden. Vor allem die Standfestigkeit bei seinem offenen Aufbegehren gegenüber der dominanten Figur der christdemokratischen Partei war mit einem erheblichen Prestigegewinn für ihn verknüpft.[58] Die ansteigende Popularitätskurve[59] korrelierte jedoch nicht mit einem wachsenden Rückhalt in seiner Partei. Bezeichnend für die Position des protestantischen Politikers in seiner Partei war es deshalb, daß er erst wieder nach der für die Union enttäuschend verlaufenden Bundestagswahl vom Herbst 1961[60] und dem sich abzeichnenden Ende der Kanzlerschaft Adenauers als Kabinettsmitglied in Erwägung gezogen wurde.

Die Offerte erfolgte allerdings nicht durch die Union[61], vielmehr wiederholte die FDP ihre Avancen von 1957 und versuchte Gerstenmaier sogar als Kanzleraspirant einer Allparteienregierung aufzubauen. Mit seinem Vorstoß in der Ostpolitik und seinen heftigen Auseinandersetzungen mit dem Außenminister sowie dem Bundeskanzler erschien der Parlamentspräsident der FDP als idealer Kandidat. Schon im Verlauf des Wahlkampfes hatte die FDP durch ihren Schatzmeister, Hans Wolfgang Rubin bei Eugen Gerstenmaier vorgefühlt, ob er bereit sei, sich als Kanzler zur Verfügung zu stellen.[62] Obwohl der Christdemokrat den Vorschlag der FDP bereits im Sommer 1961 abgelehnt hatte, ließen es sich die Liberalen nicht nehmen, nach der Wahl ihr Angebot zu erneuern. Die seit 1960 von Erich Mende geführte Partei stand unter Zugzwang, wollte sie nicht ihr Wahlversprechen »Mit der CDU – ohne Ade-

---

[57] Noch am 20. Juni 1959 war der Zorn Gerstenmaiers über das Verhalten Adenauers nicht verraucht. In einem Radiointerview mit dem Journalisten Wolf Dietrich betonte der Bundestagspräsident, daß von seiten des Bundeskanzlers einseitig ein zuvor innerhalb der Union getroffenes Abkommen aufgekündigt worden sei. Gerstenmaier führte dazu weiter aus: »Und das geht unter keinen Umständen. Unter gar keinen Umständen! Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, dass ich persönlich, auch bei gewissen Meinungsverschiedenheiten mit dem Herrn Bundeskanzler, dass ich persönlich eine grosse Verehrung für diesen, wie ich meine, verdienstvollen Staatsmann habe. Aber das geht über das hinaus, was vertreten werden kann. Das gefährdet wirklich die Aktionseinheit der CDU, die unerlässlich ist.« Interview des Süddeutschenrundfunks vom 20. Juni 1959.

[58] Westdeutsche Rundschau vom 27. Juni 1959.

[59] Das Spandauer Volksblatt vom 2. Juli 1959 schilderte anschaulich die Reaktion der Berliner Bevölkerung kurz vor der Eröffnung der Bundesversammlung und berichtete von zahlreichen »anerkennenden Worten für Dr. Gerstenmaier«.

[60] Die CDU/CSU büßte ihre knappe absolute Mehrheit ein und kam nur noch auf 45,4%. Stärkste Partei wurde die SPD mit 36,2%. Wahlgewinnerin war neben der SPD die FDP, die mit 12,8% ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen erzielte. Statistisches Bundesamt (Hg.), Wahlberechtigte, 1998.

[61] Im vierten Kabinett Adenauer war für den eigensinnigen Schwaben kein Platz. Vgl. die Ende Oktober in der Union diskutierte Ministerliste. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 547, Anm. 266.

[62] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 478–479.

nauer« brechen und trotzdem auf die Regierungsbank zurückkehren.[63] Die FDP versuchte deshalb sowohl Ludwig Erhard als auch Eugen Gerstenmaier dafür zu gewinnen, sich als Kanzlerkandidat gegen Adenauer zur Verfügung zu stellen. Der gefuchste Adenauer, dem die Strategie der Liberalen natürlich nicht verborgen geblieben war, reagierte mit einem deutlichen Zugehen auf die SPD, um der Mende-Partei ihre Grenzen aufzuzeigen.[64] Die Furcht, der Regierungschef könne trotz seiner ernsthaften Vorbehalte gegenüber der SPD aus Machterhalt eine Große Koalition in Erwägung ziehen, ließ die Liberalen rasch Kompromißbereitschaft signalisieren. Auch hatten die beiden christdemokratischen Wunschkandidaten der FDP mehr als zögerlich auf das Werben reagiert. Vor diesem Hintergrund war bereits kurz nach der Bundestagswahl klar, daß die FDP ihr Einverständnis zu einer zeitlich befristeten Kanzlerschaft Adenauers geben würde.[65] Ende September erhielt der Staatssekretär im Kanzleramt, Hans Globke, durch den Bundesvorstand der Liberalen die Bestätigung, daß eine erneute Kabinettsbildung mit Konrad Adenauer an der Spitze, die FDP nicht mehr von einer Regierungsbeteiligung abhalten würde.[66]

Auf die kurzen, aber heftigen Avancen der wankelmütigen FDP war Gerstenmaier nicht eingegangen. Der CDU-Politiker hatte vielmehr eigene Sondierungsgespräche mit dem Ziel geführt, eine Alternative zu einem schwarz-gelben Bündnis zu erreichen. Erste Gespräche mit der SPD, die auf eine Regierungsbeteiligung drängte, hatten bereits vor dem Entschluß der Liberalen, doch einer Regierung Adenauer anzugehören, stattgefunden. Am 18. September hatte Willy Brandt den Bundestagspräsidenten privat aufgesucht, um die Möglichkeit einer Große Koalition zu erläutern. Gerstenmaier, der Brandt bereits 1957 offen seine Bereitschaft hinsichtlich einer Koalition signalisiert hatte, zeigte sich gesprächsbereit. Der CDU-Politiker ließ sogar seine Bereitschaft erkennen, unter »aussergewöhnlichen Umständen«[67] die Kanzlerschaft zu übernehmen. Eugen Gerstenmaiers Flirt mit dem Posten des Regierungschefs währte indes nicht lange. Nach einer Unterredung mit Willy Brandt, Erich Ollenhauer und Herbert Wehner am 27. September 1961[68] schwenkte der Parlamentspräsident um. Er setzte Heinrich Krone von seinen Gesprächen mit den Sozialdemokraten in Kenntnis und machte dem Fraktionsvorsitzenden klar, daß er trotz Bedenken Konrad Adenauers abermalige Kanzlerschaft unterstützen würde.[69] Aus Loyalität Adenauer gegenüber, fühlte er sich schließlich

---

[63] Die FDP strebte danach, Adenauer als Regierungschef abzulösen, um sich ohne Bruch ihres Wahlversprechens wieder an einer CDU-Regierung beteiligen zu können. Schreiben von Hans Pferdmenges an Erich Mende vom 14. Oktober 1961. ADL, A 26–254, Bl. 50–51.

[64] H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, 1994, S. 674, verweist unter anderem auf ein Gespräch Adenauers mit führenden SPD-Repräsentanten wie Ollenhauer, Erler und Wehner am 25. September 1961.

[65] Notiz Hans Globkes vom 19. September 1961. ACDP, I-070–003/2.

[66] Vermerk Hans Globkes vom 25. September 1961. Ebd.

[67] Vom 20. September datierende Niederschrift Willy Brandts über seine Unterredung mit Eugen Gerstenmaier. WBA, Berlin, Mappe 63.

[68] Notiz Willy Brandts vom 26. September 1961. WBA, Berlin, Mappe 63.

[69] Eintrag Krones in sein Tagebuch vom 30. September 1961. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 534.

doch verpflichtet, dessen abermalige Kanzlerkandidatur zu unterstützen. Darüber hinaus wollte Gerstenmaier umgehen, daß mit seinem Namen stets die unrühmliche Entmachtung des Regierungschefs verbunden werden würde.[70] Besonders letzterer Beweggrund war für Gerstenmaiers künftige politische Karriere von großer Wichtigkeit, da er die Reaktionen seiner Partei auf einen von ihm mitinitiierten Sturz Adenauers nicht abzuschätzen vermochte.[71] Zusätzlich zeichnete sich bereits Ende September 1961 ab, daß die Partei- und Fraktionsspitze, wenn auch widerwillig, aber dennoch weitgehend geschlossen, eine abermalige Kandidatur des Rhöndorfers zu unterstützen gedachte. Eugen Gerstenmaier wählte deshalb den sicheren Weg[72] und verblieb nach seiner Wiederwahl am 17. Oktober 1961 für weitere vier Jahre in dem von ihm ungeliebten Amt.[73]

In Übereinstimmung mit dem Fraktionsvorsitzenden Krone war Gerstenmaier allerdings davon überzeugt, daß die Nachfolgefrage rasch gelöst werden mußte. Beide CDU-Politiker gingen davon aus, daß aufgrund des Meinungsbildes innerhalb der Fraktion und der politischen Befähigung nur Ludwig Erhard als nächster Regierungschef in Frage kam. Heinrich Krone machte in diesem Zusammenhang aber auch keinen Hehl daraus, daß er seinen schwäbischen Parteifreund Gerstenmaier durchaus für einen aussichtsreichen Kanzlerkandidaten nach Beendigung der vierten Wahlperiode hielt.[74] Je näher das Ende von Adenauers Kanzlerschaft rückte, um so intensiver wurde die Nachfolgerdiskussion geführt. Auch Gerstenmaiers Name wurde genannt, nachdem dieser vor allem in Bundespräsident Lübke einen Befürworter gefunden hatte. Heinrich Lübke hatte bereits im Verlauf der schwierigen Koalitionsverhandlungen im Herbst 1961 für eine Große Koalition unter einem Kanzler Ger-

---

[70] Koerfer stützte sich auf ein Gespräch mit Eugen Gerstenmaier vom 12. März 1984, in dem dieser seinen Verzicht auf einen Machtkampf gegen Adenauer mit den Worten kommentiert hatte: »Ich habe nicht den Ehrgeiz als Conny-Killer in die Geschichte einzugehen.« D. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, 1998, S. 606.

[71] Schreiben des liberalen Oberbürgermeisters von Heilbronn, Paul Meyle an Wolfgang Haußmann vom 11. Dezember 1961. Meyle berichtete dem baden-württembergischen Justizminister, daß Gerstenmaier, wie auch Erhard und Strauß, bis zuletzt ihre Zweifel hatten, ob Adenauer bereits im ersten Wahlgang zum Kanzler gewählt würde, da sie die »Stimmung in ihren eigenen Parteikreisen und bei ihren Abgeordneten« nicht kannten. HStA Stuttgart, Q 1/22, 770.

[72] Die Liberalen hielten noch bis Anfang Oktober ihre verbalen Avancen Gerstenmaier gegenüber aufrecht und sprachen offen von dem Parlamentspräsidenten als künftigem Kanzler. Vgl. H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 537. Allerdings hatte Erich Mende bereits am 28. September in einem Schreiben an die Vorsitzenden der Landesverbände festgestellt, daß weder Erhard noch Gerstenmaier bereit waren, in einem eventuellen zweiten Wahlgang bei der Kanzlerkür gegen Adenauer anzutreten. HStA Stuttgart, Q 1/22, 769.

[73] Bei seiner zweiten Wiederwahl erhielt Eugen Gerstenmaier den höchsten Zuspruch im gesamten Verlauf seiner Amtszeit als Bundestagspräsident. Bei 504 abgegebenen Stimmen votierten 463 Abgeordnete mit Ja, nur 36 Parlamentarier entschlossen sich zur Enthaltung, fünf Stimmen waren ungültig. Datenhandbuch, 2000, S. 865. Es kann darüber spekuliert werden, ob das kurzfristige Einschwenken Gerstenmaiers auf die Fraktionslinie und seine ab Ende September deutlich gezeigte Unterstützung für Adenauer die Zahl seiner parteiinternen Kritiker reduziert hatte; im Vergleich zu 1957 (56 Stimmenthaltungen) hatten sich deutlich weniger Abgeordnete der Stimme enthalten.

[74] H. Krone, Tagebücher, 1995, S. 535.

stenmaier plädiert.[75] Im Mai 1962 hatte Lübke nochmals seine Sympathien für ein von dem Christdemokraten geführtes rot-schwarzes Bündnis unter Beweis gestellt, in dem er sowohl Willy Brandt als auch Fritz Erler ermuntert hatte, diese Option zu verfolgen.[76] Allerdings waren diese Vorstöße nicht von Erfolg gekrönt. Erst mit der »Spiegel«-Affäre, die Ende Oktober 1962 mit der Verhaftung von Conrad Ahlers und Rudolf Augstein die Bundesrepublik Deutschland erschütterte, eröffnete sich für Gerstenmaier wieder eine neue Chance. Zwar stand hauptsächlich Bundesverteidigungsminister Strauß in der Kritik, doch galten die scharfen Angriffe der FDP auch dem Regierungschef. Die Liberalen versuchten sich mit heftigen Attacken gegen die Bundesregierung nicht zuletzt von dem Stigma der »Umfallerpartei«[77] zu befreien, das der FDP seit ihrem Eintritt in das vierte Kabinett Adenauer anhaftete. Das konservativ-liberale Regierungsbündnis, das zuvor bereits durch haushaltspolitische Querelen großen Spannungen ausgesetzt war[78], zerbrach schließlich auf dem Höhepunkt der Koalitionskrise nach dem Rücktritt der fünf liberalen Minister am 19. November endgültig.

In dieser für die Union mißlichen Situation bot sich eine Große Koalition geradezu an. Adenauer selbst war dieser Option Ende 1962 mehr als zugeneigt. In einem vertraulichen Gespräch im November hatte der Kanzler Eugen Gerstenmaier von seiner Absicht unterrichtet, einem Bündnis mit den Sozialdemokraten vorstehen zu wollen.[79] Mit diesem Schritt erhoffte sich der Kanzler nicht zuletzt die Durchsetzung des in der Union bereits seit langem diskutierten Mehrheitswahlrechts.[80] Aus Machterhalt und um die Einführung des Zweiparteiensystems realisieren zu können, zeigte sich Adenauer gewillt, seine Vorbehalte gegenüber den Sozialdemokraten zu verdrängen. Eugen Gerstenmaier war von den Plänen des Bundeskanzlers überraschenderweise nicht angetan. Obwohl er bereits seit den fünfziger Jahren um eine Öffnung der Union in Richtung SPD geworben und sich dafür von seiner Partei hinlänglich Kritik zugezogen hatte[81], riet er dem Kanzler 1962 von einem solchen

---

[75] R. Morsey, Heinrich Lübke, 1996, S. 346.

[76] Ebd., S. 349.

[77] E. Jesse, Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland, 1997, S. 72 (S. 59–84).

[78] Zu den koalitionsinternen Schwierigkeiten im vierten Kabinett Adenauer vgl. unter anderem: D. Koerfer, Schwierige Geburten, in: W. Mischnick (Hg.), Verantwortung für die Freiheit, 1989, S. 156–192.

[79] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 482.

[80] Siehe beispielsweise Gerstenmaiers Ausführungen über das in der Union diskutierte »Grabenwahlsystem« in einem Brief an Karl Hüfner vom 1. Februar 1956. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 29, Mappe 1.

[81] Eugen Gerstenmaier hatte die Kritik seiner Parteikollegen aufgrund seines Eintretens für eine Große Koalition mit folgenden Worten beschrieben: »Man hat mich manchmal deswegen für so etwas wie einen stillen Hochverräter gehalten, wenn ich mir gelegentlich meine Gedanken gemacht und den Kopf zerbrochen habe, ob und wie man in dieser Richtung vielleicht innerhalb dieser Partei denken dürfe. Schon das Denken stand hier unter einem Tabu.« Wortprotokoll der Sitzung vom 3. Dezember 1962, in: K. Adenauer, »Stetigkeit in der Politik«, 1998, S. 389.

Bündnis ab.[82] Als Grund für seine Ablehnung verwies der Bundestagspräsident auf die mit einem solchen Bündnis verknüpften programmatischen Konzessionen der CDU. Deutlich wurde bei Gerstenmaiers Argumentation, daß er nicht pauschal gegen ein Zusammengehen mit der SPD votierte, sondern er die vom Kanzler vorgetragenen Motive für eine Koalition als bedenklich erachtete. Besonders skeptisch stand der Bundestagspräsident dabei dem Thema Wahlrechtsänderung gegenüber. Trotz des augenscheinlichen Vorteils, der Reduzierung des Parteienspektrums durch die Ausschaltung der Klein- und Splitterparteien, riet Gerstenmaier von der Einführung des Mehrheitswahlrechts ab. Er sah für die CDU Probleme bei der Rekrutierung des nicht sozialdemokratisch gebundenen Wählerpotentials und damit nachhaltige Auswirkungen auf die programmatische Entwicklung seiner Partei heraufziehen. Aufgrund dieses Szenarios riet Gerstenmaier zur Neuauflage einer Koalition mit der FDP.[83] Auch bei Adenauer war die Zuversicht hinsichtlich einer Großen Koalition der Ernüchterung gewichen. Zu deutlich hatte sich in den Unterredungen gezeigt, daß die Gegensätze zwischen beiden Parteien unüberbrückbar waren und man sich auf sozialdemokratischer Seite an der Person sowie dem Politikverständnis Konrad Adenauers rieb.[84]

Mit Bildung des fünften Kabinetts Adenauer im Dezember 1962, das mit teilweise ausgetauschter Ministerriege eine Neuauflage des Bündnisses mit der FDP darstellte, war unwiderruflich das Ende einer Ära eingeläutet worden. Innerhalb der Union waren Spekulationen über die Nachfolge Tor und Tür geöffnet. Der bereits seit 1959 als Kronprinz gehandelte Ludwig Erhard genoß in der Fraktion die größte Unterstützung. Im Hintergrund versuchten Adenauer und sein Staatssekretär, Hans Globke, dennoch eine Kanzlerschaft Erhards zu verhindern. Die Vorwürfe gegen den Wirtschaftsminister hatten sich seit der »Präsidentschaftskrise« nicht verändert: Ludwig Erhards außenpolitische Fähigkeiten wurden von Adenauer ebenso angezweifelt wie sein Durchsetzungsvermögen und seine Führungsqualitäten.[85] Der Wunschkandidat des Mannes aus Rhöndorf, Heinrich Krone, indes hatte eine Nominierung abgelehnt, da er nicht über den nötigen Rückhalt in der Union zu verfügen glaubte.[86] Die Kanzlernachfolge spitzte sich deshalb auf eine Entscheidung zwischen Schröder und Erhard zu.[87]

Eugen Gerstenmaier war in dieser Phase nicht ernsthaft für eine Kanzlerkandidatur in Betracht gezogen worden. Zu deutlich schien Gerstenmaier auf eine Allparteienregierung bzw. eine Große Koalition festgelegt zu sein. Nur von Personen

---

[82] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 482.

[83] Vgl. die Ausführungen Gerstenmaiers im Verlauf der Bundesvorstandssitzung vom 3. Dezember 1962, in: K. Adenauer, »Stetigkeit in der Politik«, 1998, S. 389–393.

[84] Über den Verlauf der Verhandlungen zwischen SPD und Union Anfang Dezember 1962 vgl. ausführlich: D. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, 1987, bes. S. 730–735.

[85] Undatiertes Dossier Hans Globkes, das die Kanzlernachfolge 1963 zum Thema hat. ACDP, I-070–003/4.

[86] H.-P. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, 1994, S. 831.

[87] Notiz einer Unterredung zwischen Heinrich von Brentano und Hans Globke vom 14. April 1961 in Cadenabbia. ACDP, I-070–003/4.

außerhalb der Unionsfraktion wurden an Gerstenmaier »nicht wenige Aufforderungen«[88] zur Übernahme des Kanzleramts herangetragen. Die ermutigenden Stimmen, die ihm zu einer Kandidatur rieten, stammten dabei überwiegend aus seinem engeren Freundeskreis.[89] Auch Gerstenmaier selbst hatte trotz des Stimmungsbildes in der Fraktion durchaus gehofft, vom Palais Schaumburg aus die bundesdeutsche Politik bestimmen zu können. Noch im Sommer 1963 glaubte er an die Chance, die Nachfolge Adenauers antreten zu können, wie ein Schreiben seiner Gattin Brigitte an Carlo Schmid Ende Juni 1963 belegte. Im Hause Gerstenmaier wurden sogar Überlegungen über den möglichen Nachfolger angestellt. Als künftigen Hausherrn der Bad Godesberger Amtsvilla des Bundestagspräsidenten wünschten sich die Gerstenmaiers Carlo Schmid.[90] Schmid selbst beeilte sich zu versichern, daß er als Bundestagspräsident »den Bundeskanzler Eugen Gerstenmaier [...] in seinem schweren Amte gerne parlamentarisch geleiten«[91] würde. Es sollten allerdings noch rund drei Jahre vergehen bis für den CDU-Politiker diese politische Wunschvorstellung in greifbarere Nähe rückte.

Die Enttäuschung über die mangelnde Berücksichtigung seiner Person durch die Fraktion und vor allem durch Adenauer war Eugen Gerstenmaier anzumerken. Zwar versuchte er sich damit zu trösten, daß er 1944 in seiner Tegeler Gefängniszelle ein für alle Mal jeglichem Ehrgeiz abgeschworen hatte[92], doch war seine Desillusionierung über den mangelnden Rückhalt in den eigenen Reihen unübersehbar. Vor die Wahl zwischen Gerhard Schröder und Ludwig Erhard gestellt, entschied sich der Bundestagspräsident dazu, für eine Kandidatur Erhards zu votieren[93], obwohl er Zweifel an den Führungsqualitäten des Wirtschaftsministers hegte. Ob dieser Schritt aus – wie Gerstenmaier selbst bekundete[94] – einzig aus Loyalität gegenüber dem langjährigen Vizekanzler erfolgt war oder ob er sich nicht vielmehr aufgrund seines gespannten Verhältnisses zu Gerhard Schröder mit Erhard für das »kleinere Übel« entschieden hatte[95], muß dahingestellt bleiben.

---

[88] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 485.

[89] Gerstenmaier hatte auf das Drängen aus seinem persönlichen Umfeld geantwortet, daß es »unvermeidlich sei, dass Professor Erhard seine Chance bekommt«. Brief Eugen Gerstenmaiers an den ehemaligen baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Simpfendörfer vom 5. April 1962. ACDP, I-210–017/1.

[90] Brigitte Gerstenmaier hatte aufgrund von Neubauplänen, die die Bundesbauverwaltung für die Amtsvilla des Bundestagspräsidenten vorgelegt hatte, den brieflichen Kontakt mit Schmid gesucht, um ihm als eventuell künftigen Hausherrn in die Planungen einzubinden. Schreiben Brigitte Gerstenmaiers an Carlo Schmid vom 27. Juni 1963. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 773.

[91] Brief Carlo Schmids an Brigitte Gerstenmaier vom 28. Juni 1963. AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 773.

[92] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 485.

[93] Die Welt vom 19. April 1963.

[94] Gerstenmaier führte dies in seinen Memoiren als einzigen Grund für die Unterstützung Erhards an. Er wertete seinen Entschluß als »ehrbare, aber falsche Entscheidung«. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 485.

[95] Franz Josef Strauß konstatierte in seinen Lebenserinnerungen, daß Gerstenmaier und Schröder ein »distanziertes Verhältnis« zueinander hatten. Strauß führte weiter aus: »Das heißt nicht, dass sie in offener Feindschaft miteinander lebten oder ihre Abneigung demonstrativ bekundeten, aber Schrö-

Ludwig Erhard, der die Unterstützung des Parlamentspräsidenten bei der Kandidatenkür zu schätzen wußte, schien anfänglich bestrebt, den Umgang mit Eugen Gerstenmaier möglichst einvernehmlich zu gestalten.[96] Doch währte die Harmonie zwischen beiden nicht lange. Gerstenmaiers Skepsis gegenüber Erhard wurde bereits wenige Wochen nach dessen Wahl deutlich. Schon Anfang Dezember prophezeite der Christdemokrat in einem Schreiben an seinen Freund, Klaus Mehnert, daß Erhard mit dem Einbringen des ersten Haushalts eine Existenzprobe zu überstehen habe. Für den Fall, daß der Regierungschef seine Linie des Maßhaltens bei der Verabschiedung des Bundesetats nicht durchzusetzen verstand, so orakelte Gerstenmaier bereits zu diesem Zeitpunkt, sei Erhard ein »politisch auf die Hälfte seines Wertes reduzierter Mann«.[97]

Die Kontroverse zwischen dem Parlamentspräsident und dem Kanzler entzündete sich allerdings nicht an Wirtschaftsfragen, in denen die Kompetenz des Regierungschefs innerhalb der Union unumstritten war. Zum Stein des Anstoßes wurde vielmehr Gerstenmaiers Kritik am außenpolitischen Kurs der Regierung. Der Parlamentspräsident artikulierte ab 1964 zunehmend deutlicher seinen Widerspruch gegen die Politik des »Atlantikers« Schröder und schwenkte auf den deutsch-französischen Kurs des Parteivorsitzenden Adenauer ein. Hierdurch kühlte das beiderseitige Verhältnis rasch ab. Der Bundeskanzler zeigte sich wenig erfreut, daß mit Eugen Gerstenmaier die Politik Konrad Adenauers tatkräftige Verstärkung erhalten hatte.[98] Die unionsinternen Flügelkämpfe aufgrund divergierender außenpolitischer Ansichten waren ab Herbst 1964 besonders heftig.[99] Mit seiner Kritik am Kurs der Regierung brachte sich der Christdemokrat als potentieller Nachfolger Schröders ins Spiel, zumal in dieser Phase die Chance auf eine Große Koalition zum Greifen nahe schien. Gerstenmaier fühlte nun die Stunde gekommen, um seinen Ambitionen auf eine Schlüsselposition im Kabinett Nachdruck zu verleihen. Er suchte deshalb im Herbst 1964 auch verstärkt den Kontakt zu den Medien wie nicht zuletzt sein Interview mit dem Boulevardblatt »Bild« belegte.

---

der und Gerstenmaier waren in ihrer charakterlichen Struktur sehr verschieden.« F. J. Strauss, Erinnerungen, 1989, S. 153.

[96] Ludwig Erhard dankte Gerstenmaier für seine Unterstützung und bat auch künftig um dessen Hilfe und Rat. Brief Ludwig Erhards an Eugen Gerstenmaier vom 30. November 1963. ACDP, I-210–017/1.

[97] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Klaus Mehnert vom 2. Dezember 1963. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 58.

[98] Bereits bevor Gerstenmaier deutlich für die Frankreichpolitik Adenauers Partei ergriffen hatte, zeichnete sich eine Wende im Verhältnis beider Politiker ab. Adenauer hatte erkannt, daß er mit Gerstenmaier an seiner Seite über einen wichtigen Verbündeten verfügte. Bereits bei seinem Rücktritt im Herbst 1963 war der Groll des Rhöndorfers auf den eigensinnigen Schwaben zum Teil gewichen, denn Adenauer hatte sich »tief ergriffen« über die von Gerstenmaier gestaltete Verabschiedung des Kanzlers im Bundestag gezeigt. Brief Konrad Adenauers an Eugen Gerstenmaier vom 24. Oktober 1963. StBKAH, III/18.

[99] Eugen Gerstenmaier erinnerte sich an die gespannte Situation Anfang November 1964, die seiner Auffassung nach sogar eine Spaltung der Fraktion befürchten ließ. E. Gerstenmaier, Streit und Frieden, 1981, S. 522.

Doch trotz innenpolitischer Probleme, der harten Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion und dem uneinheitlichen Bild, das die Regierung nach außen vermittelte[100], gelang es Erhard mit einem überraschend klaren Wahlsieg[101] im September 1965 seinen Kritikern zunächst den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Sieg bei der Bundestagswahl ließ Gerstenmaiers Hoffnungen auf das rasche Zustandekommen einer Großen Koalition zerplatzen. Erhard hatte sich nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses für eine Fortsetzung eines Bündnisses mit den Liberalen ausgesprochen und jeglichen Gerüchten über ein baldiges Zusammengehen mit den Sozialdemokraten eine deutliche Absage erteilt. Dies hinderte Gerstenmaier gleichwohl nicht daran, rund eine Woche nach der Bundestagswahl zu einem überraschend angesetzten Gespräch in die Villa Hammerschmidt zu eilen, um mit Lübke über die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen zu diskutieren. Der Aufsehen erregende Hubschrauberflug Gerstenmaiers von seinem Hunsrücker Jagdhaus zu Bundespräsident Lübke, einem erklärten Gegner Außenminister Gerhard Schröders[102], wurde von der Presse aufmerksam verfolgt.[103] Die Absichten des Bundestagspräsidenten schienen eindeutig und seine Bemühungen, Alternativen zu einem schwarz-gelben Bündnis auszuloten, waren unübersehbar. Der Christdemokrat konnte sich bei seinen Sondierungen der Unterstützung der CSU sicher sein, die – auf ein Ministeramt für Franz Josef Strauß hoffend – ebenfalls für eine Große Koalition eintrat. Darüber hinaus gab es in München starke Ressentiments gegenüber Außenminister Schröder, die ebenfalls eine Stärkung der Position Gerstenmaiers bei der CSU-Landesgruppe zur Folge hatte.[104] Auch seine Beliebtheit in der Bevölkerung ließ ihn durchaus zu einem wichtigen Faktor bei der Regierungsbildung avancieren. Bei einer vom Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« im Sommer 1965 durchgeführten Umfrage zur Popularität westdeutscher Politiker landete er nur knapp abgeschlagen hinter Carlo Schmid und Konrad Adenauer auf Rang drei.[105]

Eine Kanzlerschaft Gerstenmaiers schied zu diesem Zeitpunkt dennoch aus. Erhard saß aufgrund seines guten Wahlergebnisses fest im Sattel.[106] Zudem waren im

---

[100] Zur Regierungszeit Erhards bis 1966 vgl. K. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, 1984.

[101] Erhard errang bei der Wahl am 19. September 1965 mit der Union 47,6% der Stimmen und verfehlte damit mit nur vier Mandaten die absolute Mehrheit. Die FDP hingegen mußte mit 9,5% einen Rückgang um 3,3% hinnehmen. Die SPD erreichte 39,3% und wurde nach 1961 zum zweiten Mal stärkste Partei im Deutschen Bundestag. Statistische Bundesamt (Hg.), Wahlberechtigte, 1998.

[102] R. Morsey, Heinrich Lübke, 1996, S. 347.

[103] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. September 1965.

[104] Die CSU hatte ihren Vorschlag, Gerstenmaier zum neuen Außenminister zu machen, sogar in den Medien artikuliert. Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 7. Oktober 1965.

[105] Der Spiegel hatte in seiner Ausgabe vom 14. Juli 1965 gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut Infratest die Frage: »Was ist ein idealer Politiker?« einer nicht näher spezifizierten Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern gestellt und zugleich eine Liste von insgesamt 24 prominenten Politikern vorgelegt. Carlo Schmid errang in dieser Abfolge 93 Punkte, Eugen Gerstenmaier erzielte 90 Punkte und landete damit zwei Plätze vor Kanzler Erhard mit 84 Punkten.

[106] Der Kanzler fühlte sich aufgrund des Votums der Bevölkerung vom September 1965 und der Mehrheitsmeinung innerhalb der Union selbstsicher genug, eine Fortsetzung seiner Politik anzustre-

Kreis der Union – über seine politischen Alleingänge hinaus – ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Führungsqualitäten Gerstenmaiers geäußert worden. Selbst Adenauer, der die Hilfe des Parlamentspräsidenten für seine Vorstöße auf dem Gebiet der Frankreichpolitik gerne in Anspruch genommen hatte, machte Vorbehalte gegen ein von Gerstenmaier geführtes Kabinett geltend. Konrad Adenauer hielt seinen Parteifreund für »zu sprunghaft«[107], um dieses Amt zu führen. Die Äußerung des ehemaligen Regierungschefs belegte, wie sehr an Gerstenmaier das Etikett des Querulanten haftete. Deutlich wurde der wachsende Widerstand bei seiner dritten Wahl. Das Ergebnis vom 19. Oktober 1965 war – mit Ausnahme seiner Wahl 1954 – das schlechteste, das er als Bundestagspräsident hinzunehmen hatte.[108] Welches Ausmaß der Unmut über den schwäbischen Politiker mittlerweile angenommen hatte, machten die Gegenstimmen und Enthaltungen aus der Union deutlich. »G[erstenmaier] erfreut sich keinerlei Beliebtheit«, so wurde die Stimmung innerhalb der Fraktion gegenüber dem Parlamentspräsidenten beschrieben. Weiter hieß es: »Bei seinem anerkannten Intellekt wird seine Eigenwilligkeit, seine Disziplinlosigkeit kritisiert. Man vermißt an ihm jede Bereitschaft zur Kooperation, man hält ihn für unleidlich. Im übrigen wirft man ihm seine Auffassungen über das Thema Große Koalition vor, der er nicht abgeneigt ist.«[109]

Die durch das Abstimmungsergebnis im Bundestag zutage tretende Ablehnung seiner Partei hielt Eugen Gerstenmaier allerdings nicht davon ab, die Regierung weiterhin zu kritisieren. Im Oktober bemängelte er sogar öffentlich die Wirtschaftspolitik Erhards, indem er eine sparsamere Haushaltspolitik und eine Lösung für die seiner Meinung nach außer Kontrolle geratene Lohn-Preis-Spirale forderte.[110] Gerstenmaiers Schelte war alles andere als geeignet, um für Tauwetter in dem mittlerweile eisigen Klima zwischen Regierungschef und Bundestagspräsident zu sorgen. Der Kanzler versuchte Gerstenmaier in seine Schranken zu verweisen und ihn künftig von kritischen Erklärungen in der Öffentlichkeit abzuhalten. Diese Vorhaben Erhards scheiterte jedoch, wie der Konflikt um die Vorstellung des Sparprogrammes der Regierung wenige Wochen später belegte.[111] Der Parlamentspräsident hatte den

---

ben. Auch zu größeren personellen Änderungen der Ministerriege sah Erhard in seinem zweiten Kabinett keine Veranlassung. In den Schlüsselpositionen blieb mit Mende, Schröder, Schmücker und von Hassel alles beim alten.

[107] Notiz einer Besprechung zwischen Konrad Adenauer und Hans Berger vom 13. September 1965. ACDP, I-400–15/1.

[108] Bei 504 abgegebenen gültigen Stimmen hatten 385 Abgeordnete mit Ja votiert. 98 Parlamentarier enthielten sich und 21 Bundestagsabgeordnete hatten Gerstenmaiers erneute Wiederwahl sogar abgelehnt. Datenhandbuch, 2000, S. 685.

[109] Tagebucheintrag des Mitarbeiters im Bundesverteidigungsministerium, Friedel, vom 19. Oktober 1965. BA-MA, BW 1/105, Bl. 49.

[110] Vgl. die Ausführungen Eugen Gerstenmaiers in der Fernsehsendung »Journalisten fragen – Politiker antworten«, an der neben dem CDU-Politiker noch Franz Josef Strauß, Wolfgang Mischnick und Fritz Erler teilnahmen. Die Diskussionsrunde wurde im ZDF am 28. Oktober 1965 ausgestrahlt.

[111] Brief Ludwig Erhards an Eugen Gerstenmaier vom 12. November 1965. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 61.

Bundeskanzler dafür gerügt, Teilaspekte seines haushaltspolitischen Konsolidierungskonzeptes schon vor den Beratungen im Parlament der Presse vorgelegt und damit das Informationsrecht des Bundestags verletzt zu haben.[112] Erhards Rechtfertigung mit dem Hinweis auf seine Richtlinienkompetenz wies Gerstenmaier kühl zurück[113]; das Verhältnis zwischen Regierungschef und dem Inhaber des zweithöchsten Staatsamtes war Ende 1965 irreparabel.

Für Eugen Gerstenmaier bot sich deshalb erst wieder die Hoffnung auf eine »berufliche Veränderung«, nachdem die Koalition mit der FDP über der Frage des Haushaltsausgleichs im Oktober 1966 zerbrochen war.[114] Die Chancen Gerstenmaiers in der Regierung Verantwortung übernehmen zu können, standen nie besser als zu diesem Zeitpunkt. Vor dem Hintergrund des allgemein antizipierten rot-schwarzen Regierungsbündnisses wurde er als einer der aussichtsreichsten Bewerber für die Kanzlerschaft gehandelt.[115] Innerhalb der Unionsfraktion herrschte mittlerweile weitgehend Einigkeit, daß Ludwig Erhard nicht in der Lage war, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Schon Ende September und damit knapp drei Wochen vor der Erklärung der FDP-Bundestagsfraktion vom 9. Oktober, die den Regierungsbruch offiziell machte, hatte sich hinter den Kulissen das Kandidatenkarussell zu drehen begonnen. Zum erweiterten Kandidatenkreis auf das Amt des Regierungschefs zählten neben Gerstenmaier Lücke, Strauß, Schröder und Barzel. Doch zeigte sich in den letzten Septembertagen das Stimmungsbild innerhalb der Fraktion uneinheitlich. Erst allmählich formierten sich Gruppierungen, die für ihre jeweiligen Wunschkandidaten warben. Mit dieser Entwicklung begann auch der Widerstand gegen Gerstenmaier als künftigen Kabinettschef zu erstarken. Gegenwehr kam vor allem aus einer Gruppe um den ehemaligen Bundesverteidigungsminister Theodor Blank, die sich energisch für den umstrittenen Außenminister Gerhard Schröder einsetzte.[116]

Eugen Gerstenmaier erachtete es deshalb als notwendig, sich selbst nachhaltig für die Nachfolge zu empfehlen. Ende September machte er in einem Interview mit der Zeitung »Rheinischer Merkur« unmißverständlich klar, daß er sich als Bundeskanzler bereithalte.[117] Zwar verkündete er im gleichen Artikel pflichtbewußt seine Unterstützung für den noch amtierenden Kanzler Erhard. Doch relativierte Gerstenmaier diese Aussage im gleichen Atemzug wieder mit der Feststellung, es könne jedoch

---

[112] Süddeutsche Zeitung vom 6. November 1965.

[113] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Ludwig Erhard vom 25. November 1965. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 8/79, 61.

[114] Die FDP war im Herbst 1966 nicht gewillt, die im Zuge der Haushaltskonsolidierung vorgesehenen Sparmaßnahmen Erhards mitzutragen.

[115] Vertraulicher Vermerk Hans Bergers zur Situation innerhalb der Union bei der Kanzlerfrage vom 21. September 1966. ACDP, I-400-026/6.

[116] Notiz von Hans Berger über die innenpolitische Situation vom 22. September 1966. ACDP, I-400-026/6.

[117] Angeblich war dieses Interview von Adenauer veranlaßt worden. Vermerk Hans Bergers vom 6. Oktober 1966. ACDP, I-400-15/1.

eine Phase eintreten, in der die Loyalität »gegenüber dem Lande größer sein müsse als die Loyalität gegenüber einer Partei und vor allem gegenüber einer einzelnen Person«[118]. Deutlicher ließ sich die Kampfbereitschaft des Bundestagspräsidenten ohne Verletzung der politischen Etikette nicht äußern. Er war, wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« kommentierte, als Kandidat vom Schatten, in dem er sich bereits geraume Zeit aufgehalten hatte, ans Licht getreten.[119]

Auch ein Treffen Gerstenmaiers mit seinen Vertrauten am 29. September in seinem Jagdhaus im Hunsrücker Vierherrenwald unterstrich seine Entschlossenheit. In der Presse wurde die Zusammenkunft, an der neben dem Parlamentspräsidenten Familienminister Bruno Heck sowie die Landesverbandsvorsitzenden Josef Hermann Dufhues (Westfalen-Lippe) und Helmut Kohl (Rheinland-Pfalz) teilnahmen, zur »Geheimkonferenz«[120] deklariert, die der Klärung der Erhard-Nachfolge diene.[121] Gerstenmaier, der es zudem vorgezogen hatte, wegen nicht näher spezifizierter »dienstlicher Geschäfte«[122] an einer CDU-Präsidiumssitzung vom 30. September nicht teilzunehmen, dementierte diese Meldungen.[123] Dennoch ließ sich der Unmut in den eigenen Reihen über sein Verhalten kaum besänftigen. Von der Heftigkeit der Kritik gegen ihn beeindruckt, entschloß sich der Parlamentspräsident zunächst einzulenken, indem er bestritt, Ansprüche auf das Kanzleramt geltend gemacht zu haben.[124]

Von mangelndem »Biß«[125] war im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung um die Nachfolge Erhards im Herbst 1966 trotz seines temporären Zurücksteckens aber wenig zu spüren. Er zählte nach wie vor neben Gerhard Schröder, Kurt Georg Kiesinger und Rainer Barzel zu den aussichtsreichsten Bewerbern. Während Bruno Heck[126] und Heinrich Lübke[127] für Gerstenmaier warben, konnte sich Barzel auf die Fürsprache Adenauers stützen. Der ehemalige Bundeskanzler hatte Eugen Gerstenmaier nach seinem Interview im »Rheinischen Merkur« als für die Nachfolge nicht tragbar bezeichnet und machte sich für den erst 42jährigen Barzel stark.[128]

---

[118] Rheinische Merkur (Koblenz) vom 30. September 1966.

[119] Vgl. den Kommentar »Keine Änderung« in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. September 1966.

[120] Neue Rhein-Ruhr-Zeitung vom 30. September 1966.

[121] Welt am Sonntag vom 2. Oktober 1966.

[122] Süddeutsche Zeitung vom 1. Oktober 1966.

[123] Fernschreiben des Bundespresseamts vom 29. September 1966, Nr. 8853. ACDP, VII-001–056.

[124] Siehe beispielsweise: Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Tat vom 1. Oktober 1966.

[125] Gerstenmaier hatte in seinen Memoiren festgestellt, daß es ihm am »kräftigen Biß« gemangelt habe, um seine Chance im Herbst 1966 wahrzunehmen. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 538.

[126] Heck zufolge, hatte Gerstenmaier zwar in der Union viele Gegner. Dennoch ging Bruno Heck davon aus, daß die südwestdeutschen Parteiverbände für Gerstenmaier eintreten würden. Notiz Hans Bergers über eine Unterredung mit Bruno Heck vom 7. November 1966. ACDP, I-400–012/1.

[127] Vermerk Hans Bergers vom 7. November 1966. Demzufolge hatte sich Lübke sowohl bei Strauß als auch bei Kiesinger für Gerstenmaier als künftigen Bundeskanzler eingesetzt. Ebd.

[128] Aufzeichnung Hans Bergers vom 31. Oktober 1966. Ebd.

Ende Oktober zeichnete sich indes ab, daß Eugen Gerstenmaier trotz seiner Fürsprecher innerhalb seiner Partei über keine Mehrheit verfügte. Nicht nur der Arbeitnehmerflügel um das Vorstandsmitglied der Katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands, Heinz Budde, hatte sich gegen ihn ausgesprochen[129], auch die südwestdeutschen CDU-Landesverbände votierten, entgegen der Vermutung Bruno Hecks, für Kiesinger.[130]

Der CSU kam in der Kandidatenfrage schließlich die Rolle des Züngleins an der Waage zu, nachdem Barzel seine Bewerbung zurückgezogen hatte. Die Entscheidung um das Kanzleramt hatte sich Anfang November in München zu einem schwäbischen Zweikampf entwickelt: Sowohl Kiesinger als auch Gerstenmaier hatten erklärt, sie wären bereit, eine Kandidatur anzunehmen.[131] Der Bundestagspräsident schien unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des CSU-Landesvorstands die besseren Karten zu haben. Franz Josef Strauß hatte ihm mehrfach die Unterstützung seiner Partei zugesichert.[132] Die Kandidatenkür der CSU endete dann aber mit einer Überraschung, denn die Landesgruppe votierte am 10. November für Kurt Georg Kiesinger.[133] Von Franz Josef Strauß, der die Sitzung in München geleitet hatte, kam entgegen seiner Gerstenmaier gegebenen Zusicherung, kein Plädoyer für den Parlamentspräsidenten. Die Entscheidung war damit bereits vor der für die Nominierung ausschlaggebenden Fraktionssitzung zugunsten Kurt Georg Kiesingers gefallen.[134] Gerstenmaier zog aus dem Münchener Votum die Konsequenzen und verzichtete bereits vor Zusammentritt der Fraktion auf seine Bewerbung.[135]

Nachdem für Gerstenmaier der Traum vom Einzug ins Palais Schaumberg geplatzt war, erhoffte er sich die Übernahme des Außenministeriums im neuen Kabinett. Gerstenmaier konnte sich aufgrund einer Vereinbarung zwischen den beiden schwäbischen Landsleuten berechtigte Hoffnungen auf dieses Amt machen. Bereits vor der Entscheidung über den Kanzlerkandidaten hatten Gerstenmaier und Kiesinger vereinbart: »[...] wenn der eine von uns Bundeskanzler werde, solle der andere [...] Außenminister werden.«[136] Kiesinger war entschlossen, diese Übereinkunft

---

[129] Notiz Hans Bergers über seine Unterredung mit Budde vom 27. Oktober 1966. ACDP, I-400–015/1.

[130] Den Ausführungen des Bundestagsvizepräsidenten Richard Jäger während der Sitzung des CSU-Landesvorstands vom 9. November zufolge, hatten die Vertreter der Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saargebiet am 8. November für eine Kandidatur Kiesingers plädiert. ACSP, LGF-V 9.11.1966.

[131] Anmerkung Hans Bergers vom 9. November 1966. ACDP, I-400–012/1.

[132] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 536.

[133] Laut Protokoll empfahl eine »starke Mehrheit« des Landesvorstands der CSU die Wahl Kiesingers. Sitzung des CSU-Landesvorstands vom 9. November 1966. ACSP, LGF-V 9.11.1966.

[134] Kurt Georg Kiesinger brauchte trotz dieses deutlichen Münchener Votums insgesamt drei Wahlgänge um sich in der Fraktionssitzung gegen Gerhard Schröder durchzusetzen. Unionsinterner Vermerk über die Wahl Kiesingers vom 10. November 1966. ACDP, I-226-A303.

[135] Brief Eugen Gerstenmaiers an den Fraktionsvorsitzenden der Union, Rainer Barzel vom 9. November 1966. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 23, Mappe 1.

[136] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 537.

einzuhalten und trug dem Bundestagspräsidenten offiziell die Leitung des Außenministeriums an. Eugen Gerstenmaier akzeptierte seine Berufung in die Regierung nach »reiflicher Überlegung«[137], wie er dem künftigen Regierungschef mitteilte. Damit schien sich Ende November Gerstenmaiers Wunsch erfüllt zu haben. Doch waren die Fronten nur innerhalb der Union geklärt. Es galt erst noch, die Personalfragen in den Verhandlungen mit der SPD durchzusetzen.

Die Gespräche des designierten Kanzlers mit den Sozialdemokraten ließen sich zunächst auch gut an. Mit dem freiwilligen Verzicht Brandts auf das Außenministerium schien die größte Klippe bei der Personalbesetzung sehr zur Erleichterung Kiesingers umschifft worden zu sein. Dem Drängen Wehners war es zuzuschreiben, daß die eigentlich als erledigt angesehene Frage nach dem künftigen Außenminister die Koalitionsverhandlungen doch noch ins Stocken brachte.[138] Die SPD hatte ihre ursprüngliche Entscheidung überdacht und forderte nun für ihren Parteivorsitzenden Willy Brandt dieses prestigeträchtige Ministerium. Die zuvor gegebene Zusage, Brandt begnüge sich mit dem Wissenschaftsministerium, war damit hinfällig geworden. Kiesinger, der sich bei Gerstenmaier im Wort fühlte, zeigte sich bereit die gegebene Zusage auch dann einzuhalten, wenn die Verhandlungen mit der SPD darüber scheitern würden. Eugen Gerstenmaier entband Kiesinger aber von seiner Verpflichtung und verzichtete auf das Amt des Außenministers. Aus Enttäuschung über die bereits sichergeglaubte Berufung bemühte er sich nicht mehr um ein anderes Ministeramt. Auch von Kiesinger war keine Bereitschaft zu erkennen, Eugen Gerstenmaiers Verzicht mit einem anderen Kabinettsposten zu kompensieren. Das seinen politischen Interessen entsprechende Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen lag fest in den Händen Herbert Wehners und die Annahme eines als unbedeutender erachtenden Ministeriums wäre für den Parlamentspräsidenten nicht ohne Gesichtsverlust möglich gewesen.

Gerstenmaier blieb also auch nach 1966 Bundestagspräsident, doch war die Ausübung seines Amtes noch mehr als zuvor nur mehr eine Verpflichtung.[139] Mit seinem Verzicht auf die Vizekanzlerschaft im Kabinett Kiesinger hatte sich für Eugen Gerstenmaier die letzte Tür zur Übernahme einer verantwortlichen Position in der Regierung geschlossen. Zwar hegte er bis zum Ende seiner politischen Karriere noch die vage Hoffnung auf die Übernahme des Außenministeriums, doch rückte

---

[137] In seinem Brief vom 25. November 1966 teilte Gerstenmaier Kiesinger nicht nur seine Bereitschaft mit, das Außenministerium zu übernehmen. Vielmehr ließ er es sich nicht nehmen, dem künftigen Kanzler die Auflösung des vormals unter der Leitung Walter Scheels stehenden Entwicklungsministeriums und seine Einverleibung in das Auswärtige Amt dringend anzuempfehlen. ACDP, I-210–038/1.

[138] Herbert Wehner hatte sich bereits bei der Diskussion um den künftigen Regierungschef entschieden gegen Eugen Gerstenmaier ausgesprochen. Wehner hatte dabei das »Sendungsbewußtsein« Gerstenmaiers kritisiert und ihm Führungsqualitäten abgesprochen. Er warf Gerstenmaier vor, wenig leistungsfähig und nicht an eine »kontinuierliche Arbeit und an das Studium von Akten gewöhnt« zu sein. Vermerk eines Gesprächs Herbert Wehners mit Hans Berger vom 11. September 1965. ACDP, I-400–026/6.

[139] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 539 f.

dieses Ziel nie mehr in so greifbare Nähe wie im Herbst 1966. Zwar hatte der Rückzieher der sozialdemokratischen Fraktion die größte Chance Eugen Gerstenmaiers auf den begehrten Ministersessel zunichte gemacht, doch war das Scheitern seiner politischen Ambitionen seit seinem Amtsantritt 1954 generell auf seinen mangelnden Rückhalt in der Union zurückzuführen. Seit der Übernahme des Präsidentenamtes im Bundestag hatte es Gerstenmaier nicht vermocht, sich eine Hausmacht aufzubauen, die ihm in den entscheidenden Momenten die notwendige Unterstützung zur Erlangung seines Ziels hätte geben können. Seine Eigenwilligkeit und komplexe Persönlichkeitsstruktur[140] machten ihn in seiner eigenen Fraktion immer mehr zum Außenseiter. Er verfügte weder in seinem eigenen Landesverband noch bei den protestantischen Parteikollegen über ausreichende Unterstützung. Die Kontaktpflege zu den südwestdeutschen Parteiverbänden rangierte auf der Prioritätenliste des Mannes aus Kirchheim vielmehr auf einem hinteren Platz. Der Bundestagspräsident hatte deutlich gemacht, daß er sich im Hinblick auf die Landespolitik in seiner schwäbischen Heimat die Freiheit nahm, seine Meinung, ungeachtet der damit verbundenen Folgen, Ausdruck zu verleihen, da er »im Lande kein Amt bekleide«[141]. Noch deutlicher wurde die Kluft Gerstenmaiers zu seinen protestantischen Fraktionskollegen. Die Lücke, die der Tod von Hermann Ehlers in der Führungsriege der christdemokratischen Protestanten hinterlassen hatte, war Eugen Gerstenmaier nicht zu füllen bereit. Deutlich wurde dies durch sein Desinteresse am Evangelischen Arbeitskreis der CDU. Gerstenmaier machte aus seiner Distanz zu dieser Vereinigung, der er qua Amt angehörte[142], keinen Hehl.[143] Mit der Ablehnung des Vorsitzenden des EAK, Gerhard Schröder, vermochte er seine Unterstützung bei den evangelischen Fraktionskollegen ebensowenig zu steigern[144], wie mit seinen verbalen Attacken gegen das Sprachrohr des Arbeitskreises, die Zeitschrift »Evangeli-

---

[140] Selbst nichtige Anlässe konnten bei Eugen Gerstenmaier einen Temperamentsausbruch hervorrufen. So nahm er im Sommer 1960 eine seiner Meinung nach mangelhaft ausgeführte Druckfassung seiner Karlsruher Parteitagsrede zum Anlaß, die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle mit heftiger Kritik, »Verbalinjurien und Beleidigungen« zu attackieren. Notiz des Pressechefs Pettenberg für den Bundesgeschäftsstellenleiter Konrad Kraske vom 1. Juni 1960. ACDP, VII-001–027/2.

[141] In seinem Schreiben an Alex Möller hatte sich Eugen Gerstenmaier am 28. Februar 1956 »gleichgültig wie die Wahlen am 4. März« ausfielen, für eine Fortsetzung der rot-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg eingesetzt. PBT, Präsidialregistratur Gerstenmaier, 2/72, 11, Mappe 4.

[142] Die Satzung des EAK sah ausdrücklich die Mitgliedschaft des Bundestagspräsidenten vor, sofern dieser evangelisch war. Protokoll der Sitzung des Evangelischen Arbeitskreises vom 24. Mai 1962. ACDP, VII-004–045/2.

[143] Für wie wenig sinnvoll Eugen Gerstenmaier diese Vereinigung erachtete, ging aus seinem Schreiben an Paul Bausch vom 30. Oktober 1973 hervor. Darin führte er über die »von Anfang an verkorkste Einrichtung« aus: »Er [der Evangelische Arbeitskreis] leistet heute soviel wie ehedem, nämlich nichts.« BA, N 1391/18.

[144] Gerstenmaier hatte gemeinsam mit seinem Vertrauten Adolf Cillien die Wahl Schröders mit dem fadenscheinigen Hinweis zu verhindern gesucht, der künftige Vorsitzende solle nicht bereits über eine Vielzahl politischer Ämter verfügen. Protokoll der EAK-Sitzung vom 1. Dezember 1955. ACDP, I-116–001.

sche Verantwortung«[145], die er offen als unzulänglich bezeichnete.[146] Mit zunehmender Verweildauer im Amt des Parlamentspräsidenten und steigender Anzahl unabgestimmter politischer Vorstöße schwand der Rückhalt Gerstenmaiers in seiner Partei. Bis zu seinem Rücktritt Anfang 1969 gelang es ihm deshalb nicht, die Vorbehalte gegen ihn abzubauen, um sein überparteiliches Amt gegen eine Schlüsselposition im Kabinett eintauschen zu können.[147]

[145] Die Zeitschrift war von Hermann Ehlers und Robert Tillmanns 1952 gegründet worden und erschien monatlich.

[146] In seinem Schreiben an Gerhard Schröder hatte Gerstenmaier über die »Evangelischen Verantwortung« am 30. Mai 1959 unter anderem ausgeführt: »Das Blatt ist meiner Überzeugung nach in der Anlage, in der Ideenführung – soweit man davon sprechen kann – und in der Zufälligkeit der nebeneinandergesetzten Mitteilungen und Kommentare völlig wirkungslos, ja unter diesem prononcierten Titel eher noch schädlich.« ACDP, I-483–054/1.

[147] Dem Department of State wurde von seinem Bonner Mitarbeiter John Leddy am 3. Oktober 1966 im Zusammenhang mit der Position des Parlamentspräsidenten innerhalb der Union folgende Charakterisierung mitgeteilt: »He has a reputation of thinking for himself, and a strong interest in Foreign Affairs. He has reportedly long seen himself as the potential Chancellor of an SPD/CSU coalition, and has thus been careful to avoid complete identification with specific CDU positions. Nevertheless, his well known ambition makes him widely distrusted.« NARA, RG 59, Central Policy Files, POL 15–2 Ger W.



Dimitag-Empfang in Bad Godesberg, 15. Oktober 1965
ACDP-Bildarchiv, Sankt Augustin

Exkurs

Ein »Feind der sozialistischen Staaten«

1. Ruhe vor dem Sturm

Das Vorgehen der DDR gegen Eugen Gerstenmaier begann nicht mit einem Paukenschlag. Die Kampagne gegen den CDU-Politiker wurde vielmehr seit den fünfziger Jahren graduell aufgebaut und kulminierte schließlich in einer 1969 mit großem Medienaufwand inszenierten Vorstellung einer Publikation, in der eine Reihe massivster Angriffe gegen Gerstenmaier gebündelt vorgetragen wurde. Aufgrund des zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits erfolgten Rückzugs des Christdemokraten von der politischen Bühne erzielten diese Anschuldigungen jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Obwohl die DDR mit der Amtsniederlegung Eugen Gerstenmaiers prinzipiell das von ihr angestrebte Ziel erreicht hatte, wurde dessen geheimdienstliche Überwachung zunächst noch fortgeführt. Lediglich die Intensität, mit der sich die Ost-Berliner Presseorgane dem Thema Eugen Gerstenmaier widmeten, nahm ab dem Frühjahr 1969 drastisch ab; der CDU-Politiker taugte nach seinem Rückzug aus dem politischen Leben nur noch bedingt als Aushängeschild für die von der DDR angeprangerten verwerflichen Auswüchse des kapitalistischen Systems westdeutscher Prägung.

Generell war das Vorgehen der Ost-Berliner Verantwortlichen gegen Eugen Gerstenmaier in Phasen unterteilt. Die Zäsuren basierten dabei sowohl auf spezifischen, die politische Laufbahn des Christdemokraten betreffenden Ursachen als auch auf exogenen Faktoren, die durch die gesamtpolitische Großwetterlage und namentlich den Ost-West-Konflikt bedingt wurden. Der erste Einschnitt war hierbei Ende 1953 feststellbar. Zu diesem Zeitpunkt begann das Ulbricht-Regime erstmals, sich mit dem christdemokratischen Parlamentarier auseinanderzusetzen. Während seiner ersten Legislaturperiode im Bundestag blieb er von verbalen Angriffen aus Ost-Berlin noch verschont; offenkundig maß man ihm kein allzu großes politisches Gewicht bei.[1] Ein weiterer Grund für die Nichtbeachtung des CDU-Politikers lag darin, daß sich die gegen die Bundesrepublik gerichtete Spionagearbeit Ostdeutschlands zu Beginn der fünfziger Jahre noch im Anfangsstadium befand und ein umfassendes Informationsnetz des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)[2] auch über die »zweite Reihe« bundesdeutscher Politiker noch im Aufbau begriffen war.

---

[1] Diese Einschätzung verwundert, denn Gerstenmaier war schon Anfang 1950 mit seiner Forderung nach Beendigung der Entnazifizierung ins Rampenlicht getreten. Zwei Jahre später hatte er die Ratifizierung des Deutschlandvertrags entschieden unterstützt. BT, 1. Wp., 40. Sitzung vom 23. Februar 1950, S. 1333–1336 und der 221. Sitzung vom 9. Juli 1952, S. 9801–9807.

[2] Die Gründung des MfS erfolgte auf Beschluß der Provisorischen Volkskammer der DDR am 8. Februar 1950.

Mit der wachsenden Bedeutung Eugen Gerstenmaiers in der bundesdeutschen Außenpolitik, die vor allem durch seine Wahl zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses 1953 zum Ausdruck kam, steigerte sich das Interesse der DDR an dem Parlamentarier. Die Observierung Gerstenmaiers war ferner Bestandteil einer Intensivierung der »West-Arbeit« der DDR-Regierung nach den Geschehnissen des 17. Juni 1953. Das MfS war nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes zu der Erkenntnis gelangt, daß eine »aktive Spionageabwehr in Westdeutschland und Westberlin sowie auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik«[3] zur innenpolitischen Stabilisierung unumgänglich war. Die in Berlin untergebrachte Dokumentationsstelle für Zeitgeschichte (DIZ) begann vor diesem Hintergrund Informationen auch über Gerstenmaier zusammenzutragen. Das im Dezember 1953 zusammengestellte Dossier erschöpfte sich jedoch in einer Auswahl öffentlicher Äußerungen Gerstenmaiers zur Außen- und Deutschlandpolitik.[4] Besonders kritisiert wurde hierin seine Verteidigung des Kurses der Westbindung und der außenpolitischen Linie Adenauers. Als Beleg für die vom DIZ aufgestellte Behauptung, Eugen Gerstenmaier sei ein Mann der »reaktionären revanchelüsternen Adenauer-Politik«[5], wurde sein Redebeitrag im Verlauf der Bundestagsdebatte vom 29. Oktober 1953 angeführt.[6]

2. Die Kampagne in den Jahren 1954 bis 1959/1960

Nach seiner Übernahme des zweithöchsten Staatsamts wurde der zuvor nur peripher observierte Schwabe zum Gegenstand verstärkten Interesses der Ost-Berliner Verantwortlichen. Zur Überwachung, die sich zunächst auf die Auswertung seines politischen Wirkens beschränkt hatte, gesellten sich nun Angriffe durch DDR-Presseorgane. Die Berichterstattung begann, sich auch mit der Vergangenheit Eugen Gerstenmaiers zu beschäftigen. Nur drei Wochen nach seiner Amtsübernahme wurden dem Parlamentspräsidenten sowohl eine Unterstützung des nationalsozialistischen Regimes als auch dubiose Machenschaften in seiner Eigenschaft als Leiter des Evangelischen Hilfswerks unterstellt.[1]

---

[3] Ausführungen des Leiters des Ministeriums für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, vom 21. August 1953. Zitiert nach: H. Knabe, West-Arbeit des MfS, 1999, S. 71.

[4] Das aus der Zentralstelle für Zeitgeschichte hervorgegangene Deutsche Institut für Zeitgeschichte hatte die Aufgabe, politische Dokumentationen zu erstellen. Unter seinem Leiter Stefan Doernberg entwickelte sich das DIZ Anfang der sechziger Jahre zu einem regierungstreuen Forschungsinstitut, das sich sowohl mit deutschlandpolitischen als auch mit außenpolitischen Fragen auseinandersetzte. Archivmaterial zu Eugen Gerstenmaier wurde vom DIZ ab 19. Dezember 1953 zusammengestellt. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 52, Bl. 15–20.

[5] Ebd., Bl. 20.

[6] BT, 2. Wp., 5. Sitzung vom 29. Oktober 1953, S. 88–94.

[1] Die Ost-Berliner Deutsche National-Zeitung hatte am 8. Dezember 1954 unter der Überschrift »Des Kanzlers Knappe« ausgeführt, daß Gerstenmaier 1937 in die Reiter-SA eingetreten sei. Zudem habe er als Leiter des Evangelischen Hilfswerks »gewaltige Warenschiebungen« getätigt.

Die intensivierten Beobachtungsmaßnahmen der DDR Mitte der fünfziger Jahre waren primär eine Reaktion auf die herausgehobene Stellung, die der Christdemokrat nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten innehatte. Das veränderte Vorgehen der kommunistischen Regierung basierte aber ebenso auf exogenen Faktoren, die mit den aktuellen politischen Konstellationen einhergingen. Die Ratifizierung der Pariser Verträge und die Gründung des Warschauer Pakts im Mai 1955 besiegelten endgültig die Schaffung zweier sich diametral gegenüberstehender Militärblöcke und ließen die immer schärfer werdenden Gegensätze zwischen den USA und der UdSSR deutlich zutagetreten. Im Zuge der veränderten politischen Großwetterlage wurde auch der Ton im deutsch-deutschen Verhältnis rauher. Während die bundesdeutsche Politik der DDR vorwarf, nur Vollstrecker des sowjetischen Willens zu sein und die eigene Bevölkerung zu unterdrücken, revanchierte sich Ost-Berlin mit Attacken gegen die als revanchistisch angeprangerte Politik Adenauers.

Die Führungsspitze der DDR ging über den verbalen Schlagabtausch hinaus jedoch noch einen Schritt weiter und versuchte durch die Instrumentalisierung historischer Quellen Irritationen in der bundesrepublikanischen Politik und Gesellschaft hervorzurufen. Durch die Aufdeckung angeblicher bzw. tatsächlich bestehender nationalsozialistischer Verstrickungen sollten führende westdeutsche Repräsentanten aufgrund ihrer Verfehlungen zwischen 1933 und 1945 gegeißelt und damit ultimativ das gesamte politische System des »Klassenfeinds« als »nazistisch« unterwandert diskreditiert werden. Diese Zielvorgabe erhoffte man in der DDR Mitte der fünfziger Jahre mit Hilfe von Presseartikeln und besonders durch Publikationen, denen ein historisch-wissenschaftlicher Anstrich gegeben wurde, zu erreichen.[2] Vor diesem Hintergrund wurden vom Ausschuß für Deutsche Einheit zwischen 1954 und 1959 insgesamt 47 Dokumentationen herausgegeben, die der »Entlarvung des westdeutschen Antisemitismus, Revanchismus und Militarismus«[3] dienen sollten. Das Hauptaugenmerk Ost-Berlins lag dabei auf Veröffentlichungen, die Verbrechen deutscher Politiker im Nationalsozialismus zum Gegenstand hatten, aber auch Vertreter der Justiz und Beamte blieben nicht von Vorwürfen verschont.[4] Besonders herausgestellt wurden in dieser Phase die Unionspolitiker Bräutigam, Globke und Oberländer, denen eine tragende Rolle bei der Durchführung des Holocaust vor-

[2] Seit 1954 publizierte die DDR bereits vierteljährlich Berichte, in denen die »antisemitischen, revanchistischen, faschistischen und militaristischen Tendenzen auf kulturellem Gebiet« der Bundesrepublik gebrandmarkt wurden. Diese wurden in einer Auflage von rund 4000 Stück herausgegeben und an Personen in Westdeutschland und dem Ausland versandt sowie Reisenden aus der BRD an den Grenzübergängen überreicht. Siehe Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses für Deutsche Einheit vom 14. Januar 1960. SAPMO, DY 30/IV 2/2.028/66, Bl. 2–5.

[3] Ebd., Bl. 2.

[4] Vgl. unter anderem folgende Veröffentlichungen des Ausschusses für Deutsche Einheit: SS-Mörder in der Bundeswehr, 1956; Gestern Hitlers Blutrichter – heute Bonner Justizelite, 1957; Schwerbelastete Hitlerdiplomaten im Dienste der aggressiven Außenpolitik des deutschen Militarismus, 1959; Die revanchistische Politik Adenauers, 1959.

geworfen wurde.[5] Gegen sie lief eine über Jahre andauernde Kampagne mit dem Ziel, ihren Rücktritt zu erzwingen.

Im Unterschied zu seinen Parteifreunden wurde Gerstenmaier von der DDR Mitte der fünfziger Jahre noch nicht zum Gegenstand einer eigenständigen Publikation auserkoren. Das unter der Federführung der Staatssicherheit zu seiner Person akkumulierte Archivmaterial reichte dazu offenkundig noch nicht aus, obwohl das MfS zu diesem Zeitpunkt bereits über umfängliches Archivgut des NS-Regimes, vor allem in Form von Aktenbeständen des Reichsministeriums des Inneren, des Reichssicherheitshauptamtes sowie des Volksgerichtshofs verfügte.[6] Im Fall des Bundestagspräsidenten hatte sich Ost-Berlin in dieser Phase zu einer subtileren Vorgehensweise entschlossen, denn dort waren aufmerksam die kritischen Untertöne Gerstenmaiers bei der Diskussion der Pariser Verträge registriert worden.[7] Die DDR zielte darauf, den Christdemokraten bei der Thematik gesamtdeutscher Wahlen zu einer von der Linie des Kabinetts Adenauer abweichenden Aussage zu verleiten und damit innerparteiliche Dissonanzen hervorzurufen. Zu diesem Zweck verfaßte Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann im Februar 1955 ein Schreiben, in dem er Gerstenmaier aufforderte, eine Aussprache im Bundestag zum Thema gesamtdeutsche Wahlen anzuberaumen. Der Parlamentspräsident entschloß sich indes, weder dieses Gesuch noch ein vier Tage später verfaßtes weiteres Schreiben Dieckmanns zu beantworten.[8] Einen erneuten Anlauf unternahm Dieckmann im Herbst 1956, diesmal in Form eines offenen Briefes. Hierin forderte er seinen bundesdeutschen Amtskollegen auf, den zu dieser Zeit in Berlin tagenden Bundestag zu unmittelbaren Verhandlungen mit den ostdeutschen Parlamentariern über die Wie-

---

[5] Im Jahr 1956 wurden sowohl zu Bräutigams als auch zu Globkes Vergangenheit folgende Druckschriften des Ausschusses für Deutsche Einheit veröffentlicht: Aus dem Tagebuch eines Judenmörders, 1956 (Bräutigam); Rassenschande – Rassenschänder, 1956 (Globke). Zu Theodor Oberländer wurde keine eigenständige Dokumentation veröffentlicht. Vielmehr wurde zu seiner Person anläßlich einer von Albert Norden am 22. Oktober 1959 gegebenen Pressekonferenz belastendes Archivmaterial vorgestellt. Aufstellung des Ausschusses für Deutsche Einheit vom 14. Januar 1960. SAPMO, DY 30/IV 2/2.028/66, Bl. 2.

[6] Bereits unmittelbar nach Kriegsende hatte die politische Polizei der Länder der sowjetischen Zone Schriftgut des NS-Regimes mit dem Ziel sichergestellt, dieses im Zuge der Entnazifizierung zu verwenden. Diese Unterlagen wurden ab 1950 im Zentralarchiv des Ministeriums für Staatssicherheit gesammelt und hauptsächlich durch Schriftgut des Reichsinnenministeriums, des Reichssicherheitshauptamtes und des Volksgerichtshofs ergänzt. Zusätzlich erhielten das Zentralarchiv sowie das Zentrale Staatsarchiv der DDR Archivalien des nationalsozialistischen Terrorregimes, die von der sowjetischen Besatzungsmacht nach Kriegsende beschlagnahmt worden waren. Zu dem in DDR-Archiven lagernden Schriftgut siehe unter anderem: D. Krüger, Archiv im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und öffentlicher Meinung, in: VfZ, 45. Jg. (1997), H. 1, S. 49–74, bes. S. 60. Käppner geht davon aus, daß der DDR »rund 20 000 staatliche Akteneinheiten« aus der Zeit 1933 bis 1945 zur Verfügung standen, die Aufschluß über die Namen von etwa 53 000 Nazi- und Kriegsverbrechern gaben. Vgl. J. Käppner, Erstarrte Geschichte, 1999, S. 100.

[7] Neues Deutschland vom 19. Januar 1955. Darin hieß es unter anderem: »Äußerungen des jetzigen Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier (CDU) gegen die Pariser Verträge – er bezeichnete sie vor Studenten in Bad Boll als ›gar nicht so gut‹ – haben zu einer parteiinternen Affäre geführt.«

[8] Tägliche Rundschau vom 23. Februar 1955.

dervereinigung zu veranlassen.[9] Gerstenmaier versuchte erneut eine direkte Kontaktaufnahme zu umgehen, indem er behauptete, der Brief des Volkskammerpräsidenten sei ihm erst zu spät zugegangen, um dessen Vorschlag in der anstehenden Plenarsitzung behandeln zu können.[10]

Nachdem die DDR-Führung mit dem Versuch gescheitert war, Gerstenmaier gegen seine Fraktion auszuspielen, ging man in Ost-Berlin Ende 1956 zu einer intensiveren Agitation über. Die Kampagne wurde dabei hauptsächlich durch scharfe Attacken im Parteiorgan »Neues Deutschland« vorgetragen. Das Blatt nutzte beispielsweise die erste offizielle Reise Gerstenmaiers nach Ost-Afrika und Ägypten, um ihn als »eingefleischten Herrenmenschen«[11], der sich die Ausbeutung Afrikas zum Ziel gesetzt habe, zu brandmarken. Kritisiert wurde in der ostdeutschen Berichterstattung ferner sein Eintreten für eine Aussöhnung mit ehemaligen Nationalsozialisten.[12] Darüber hinaus wurde er bezichtigt, die Politik des Monopolkapitalismus zu vertreten, da er sich auf dem siebten CDU-Parteitag in Hamburg 1957 unter anderem gegen eine Überführung von Privatbetrieben in Gemeineigentum gewandt hatte.[13]

Die verbalen Attacken blieben allerdings nicht nur auf die DDR beschränkt. Gerstenmaier scheute sich nicht, das Regime in Ost-Berlin ebenso heftig anzugreifen. So verglich er die DDR mit der Sowjetunion zur Zeit des Bolschewismus in den zwanziger Jahren und er forderte entscheidende Maßnahmen zur Humanisierung der ostdeutschen Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung.[14] Bis Ende der fünfziger Jahre wurde Gerstenmaier jedoch trotz dieser verbalen Angriffe von Ost-Berlin nicht durch eine auf ihn fokussierte Publikation – wie im Fall Globke oder Oberländer – angegriffen. Allerdings fand Gerstenmaier aufgrund seiner prononcierten Unterstützung der Politik des Adenauer-Kabinetts 1958 in einer Veröffentlichung des Ausschusses für deutsche Einheit explizit Erwähnung.[15] Darin wurde er nicht nur

---

[9] Neues Deutschland vom 7. Oktober 1956.

[10] Neues Deutschland vom 10. Oktober 1956.

[11] Neues Deutschland vom 4. Februar 1956.

[12] Neues Deutschland vom 5. Februar 1957 sowie die Tribüne vom gleichen Tag.

[13] Neues Deutschland vom 14. Mai 1957.

[14] Vgl. dazu die Äußerungen Eugen Gerstenmaiers vom 30. April 1959 vor der Auslandspresse in Bad Godesberg. In einer UPI-Meldung vom gleichen Tag wurden die Ausführungen des Bundestagspräsidenten auszugsweise wie folgt wiedergegeben: »Die Sowjetunion habe inzwischen gelernt, mit ihren Menschen klüger umzugehen, die Sowjetzonenrepublik habe nichts gelernt. Das deutsch-sowjetische Verhältnis werde dadurch belastet, dass Moskau dem Regime von Pankow ›jede Dummheit und Gemeinheit‹ gegenüber den 17 Millionen in der Sowjetzone erlaube.«

[15] Ausschuß für Deutsche Einheit (Hg.), Reaktionäre Kirchenführer unterstützen die westdeutsche NATO-Politik, 1958. Als Belege für die gegen Gerstenmaier erhobenen massiven Anschuldigungen wurden lediglich kurze Zitate aus seinen Bundestagsreden bzw. Zeitungsartikel angeführt. Erstmalig wurde Gerstenmaier von der DDR darin auch als »Feind der sozialistischen Staaten« bezeichnet. Ebd., S. 10.

als konsequenter Befürworter der Westbindung der Bundesrepublik kritisiert, sondern pauschal als Gegner jeglicher Entspannung und Abrüstung diffamiert.[16]

3. Im Visier der Staatssicherheit

Der dritte Teil in der Kampagne der DDR gegen den CDU-Politiker wurde 1959/1960 eingeleitet. Ausgelöst wurde die veränderte Vorgehensweise durch das von Bonn Anfang 1959 abgelehnte Friedensvertragsangebot der Sowjetunion. Die ostdeutsche Führungsriege sah sich dadurch bewogen, verstärkt gegen die Adenauer-Regierung zu Felde zu ziehen. In diesem Kontext wurde im Frühjahr 1959 von der Abteilung Agitation des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei (SED) ein sogenannter Kampfstab gebildet[1], dem als Aufgabe die »Entlarvung« des bundesrepublikanischen Revanchismus und Militarismus übertragen worden war. Darüber hinaus sollten Maßnahmen ergriffen werden, die in der Bundesrepublik eine erhöhte Zustimmungsrate zu dem von der Sowjetunion vorgetragenen Konzept eines Friedensvertrags bewirken sollten. Zusätzliches Wasser auf die Mühlen Ost-Berlins lieferte in diesem Zeitraum der aufflammende Antisemitismus im Winter 1959/60, der in Westdeutschland durch eine Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogen deutlich wurde.[2] Aber auch die in Israel geführte Verhandlung gegen Adolf Eichmann, der in seiner Eigenschaft als Referatsleiter im Reichssicherheitshauptamt für die Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager mitverantwortlich war, wurde von der DDR ausgenutzt, um die Bundesrepublik als »nazistisch« unterwandertes Staatsgebilde zu brandmarken und eine Kampagne gegen die vermeintlichen Hintermänner Eichmanns in Westdeutschland zu führen. Begünstigt wurde die Agitationswelle gegen Bonner Politiker durch die Überführung weiteren nationalsozialistischen Archivguts von Moskau nach Ost-Berlin, das dort von staatsloyalen Historikern und MfS-Mitarbeitern systematisch

---

[16] Auch in einem von der Staatssicherheit angelegten Dossier wurde hinsichtlich Gerstenmaiers Eintreten für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die Bekräftigung der NATO-Mitgliedschaft sowie seine Ablehnung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR unterstrichen. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 52, Bl. 94–97.

[1] Dem Kampfstab gehörten je ein Vertreter des Nationalrates, des Ausschusses für deutsche Einheit, des Friedensrates, der Gesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Ausland und des Außenministeriums an. Die Abteilung Agitation verfügte im März 1959 ferner die Erstellung von Publikationen, die die Militärpolitik der Adenauer-Regierung verurteilten. Zudem sollten ostdeutsche Parlamentarier, Künstler und Wissenschaftler auf Veranstaltungen in der Bundesrepublik und Westeuropa für die Position Ost-Berlins werben. Vgl. Sofortmaßnahmen der Abteilung Agitation des ZK der SED zur »verstärkten Entlarvung der Revanchepolitik der Adenauerregierung, des deutschen Militarismus, und zur verstärkten Popularisierung des Friedensvertrages in Westdeutschland und im westlichen Ausland« vom 23. März 1959. SAPMO, DY 30/IV 2/9.02/120, Bl. 18–21.

[2] Mittlerweile ist bekannt, daß die antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik sogar bewußt von der DDR gefördert wurden. Vgl. dazu J. Käppner, Erstarrte Geschichte, 1999, S. 97.

nach belastendem Material über prominente westdeutsche Persönlichkeiten durchforstet wurde.[3]

Die Verantwortlichen in der DDR hofften, so von der spätestens seit dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 evidenten innenpolitischen Krise ablenken und die von der Bundesrepublik ausgehende Sogwirkung auf die eigene Bevölkerung eindämmen zu können.[4] Zur Verteufelung des »Klassenfeindes« schien jedes Mittel recht zu sein. Selbst die Diskussion über die bundesdeutschen Wiedergutmachungsleistungen an Israel wurde von Ost-Berlin zum Anlaß für weitere Antisemitismusvorwürfe genommen. Aus einer Aktennotiz Albert Nordens geht hervor, daß man der Adenauer-Regierung nicht erlauben wollte, sich durch die Zahlungen an die Opfer von der Verantwortung für den Holocaust freizukaufen. Norden führte unter anderem aus: »[...] Wir müssen den Brüdern die ganze Blutschuld des Hitlerreiches ankreiden [...]. Und die politische Zielrichtung: Diffamierung (mit äußerster Schärfe) des Antikommunismus. Der Antikommunismus ist der Antisemitismus von heute.«[5] Mit dieser vom Mitglied des SED-Zentralkomitees und -Politbüros, Albert Norden, ausgegebenen Kampfparole wurden die Intentionen der DDR zu Beginn der sechziger Jahre auf den Punkt gebracht.

Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Kampagne geriet auch der Bundestagspräsident, der aus seiner antikommunistischen Haltung keinen Hehl machte, verstärkt ins Visier Ost-Berlins. Dem Bundesnachrichtendienst (BND) entgingen diese Anstrengungen der Ulbricht-Regierung nicht. Im März 1960 hatte der BND-Präsident, Reinhard Gehlen, Eugen Gerstenmaier in einem vertraulichen Schreiben über die Vorbereitung einer »Hetzkampagne«[6] gegen ihn unterrichtet. Die generelle

---

[3] In einem Schreiben an Hans Globke vom 5. April 1960 teilte der Bundesnachrichtendienst mit, daß mit einer »intensive[n] Weiterführung der Diffamierungskampagne gegen die BRD« zu rechnen sei, da die Sowjetunion bis Ende April etwa 50 000 Akten des NS-Regimes an die DDR übergeben werde. ACDP, I-070–103/2.

[4] Über das Ausmaß der innenpolitischen Schwierigkeiten der DDR siehe unter anderem: D. Staritz, Geschichte der DDR 1949–1990, 1996, bes. S. 127–196. Lemke bewertet die Propagandakampagne der DDR Anfang der sechziger Jahre wie folgt: »Weil Lösungsmöglichkeiten innen-, wirtschafts- und außenpolitischer Art der SED nicht hinlänglich zur Verfügung standen, vor allem außenpolitische Ansätze im Zusammenhang mit dem Scheitern der sowjetischen Berlin-Politik nicht griffen, versuchte die politische Führung der DDR, der sich krisenhaft entwickelnden und zuspitzenden Situation vorrangig ideologisch gegenzusteuern. Die ideologische Offensive gegen die Bundesrepublik und den Westen wurde aus einer Defensivsituation heraus geführt, was einerseits zur besonderen Militanz und zur Dogmatisierung der Kampagnen beitrug, partielle, insbesondere operative und taktische Flexibiltät aber nicht ausschloß.« M. Lemke, Kampagne gegen Bonn, in: VfZ, 41. Jg. (1993), H. 2, S. 170 (S. 153–174).

[5] Aktennotiz von Albert Norden vom 24. April 1961. SAPMO, DY 30/IV 2/2.028/1, Bl. 142.

[6] In diesem Brief hieß es weiter: »1. Im Zuge der Propaganda zur Kompromittierung führender politischer Persönlichkeiten der BRD wird von seiten der Ostzonenregierung und der SED Material vorbereitet, das sich gegen Bundespräsident Lübke und den Präsidenten des deutschen Bundestages, Dr. Gerstenmaier, richtet. 2. Das Material basiert auf angeblichen Unterlagen des ehemaligen deutschen Kolonialarchivs oder Kolonialinstituts, das sich jetzt in Potsdam befindet. Unter den Unterlagen befindet sich angeblich Material, das die oben genannten Persönlichkeiten kolonialistischer Tendenzen verdächtigt. [...] Um welche Unterlagen es sich im einzelnen gegen Lübke und Gerstenmaier

Haltung des Parlamentspräsidenten zu den Angriffen aus der DDR veränderte sich durch die Kenntnis um diese Vorgänge nicht. In einem Schreiben an den für die Innere Mission und das Hilfswerk der EKD tätigen Christian Berg hatte Eugen Gerstenmaier im Sommer 1960 diesbezüglich ausgeführt: »Presseäußerungen aus der Ostzone betrachte und bewerte ich genau so wie Fabrikate der Goebbelsschen Giftküche. Da ich die Halunken, die sich damit beschäftigen, nicht vor ein ordentliches Gericht ziehen kann, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Erstens, den Schwindel zu ignorieren, oder zweitens, zum Gegenangriff auf die Verbrecher überzugehen.«[7] Der Christdemokrat machte in der Folgezeit aus seiner abgrundtiefen Verachtung der Ulbricht-Regierung auch weiter kein Hehl. Darüber hinaus gehende Schritte, beispielsweise in Form einer Replik auf die gegen ihn im einzelnen erhobenen Vorwürfe unterließ er aber.

Im Herbst 1960 begann Ost-Berlin über die Presseberichterstattung[8] hinaus, den CDU-Politiker erstmals mittels einer Publikation zu diffamieren. Dieses verschärfte Vorgehen gegen den Parlamentspräsidenten stand im Zusammenhang mit der DDR-Kampagne gegen Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer. In den Augen der SED-Agitationsabteilung hatte der Rücktritt Oberländers am 29. April ihr erfolgreiches Vorgehen belegt und bewiesen, daß die »Zuspitzung der Angriffe auf bestimmte Persönlichkeiten des Bonner Regimes eine beachtliche nationale und internationale Wirkung«[9] hatte. Von einer Bündelung der Angriffe auf Gerstenmaier versprach man sich deshalb auch beim protokollarisch zweiten Mann im Staat ein positives Ergebnis. Anläßlich der deutschen Afrika-Woche 1960, die von dem Christdemokraten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschen Afrika-Gesellschaft (DAG) initiiert worden war, stellte Otto Winzer, der Stellvertreter des DDR-Außenministers, die Publikation »Kreuzritter des Neokolonialismus«[10] im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Ziel dieser Veröffentlichung war es, den Bogen von der nationalsozialistischen Ausbeutung besetzter Länder zu der von Gerstenmaiers Afrika-Gesellschaft unterstützten Entwicklungspolitik zu schlagen. Die Afrika-Politik der DAG umfaßte in den Augen Ost-Berlins die gleichen verwerflichen Intentionen wie Hitlers Expansionspolitik und zielte einzig auf

handelt, konnte noch nicht ermittelt werden.« Schreiben Reinhard Gehlens an Eugen Gerstenmaier vom 2. März 1960. ACDP, I-210–017/1.

[7] Brief Eugen Gerstenmaiers an Christian Berg vom 24. Juni 1960. ACDP, I-210–017/1. Die Neue Zeit, das Zentralorgan der Ost-CDU hatte am 2. Juni 1960 unter der Überschrift »Arbeitete Gerstenmaier für Allen Dulles« eine Geheimdiensttätigkeit des Christdemokraten für die USA vermeldet.

[8] Neues Deutschland vom 5. November 1960.

[9] Zur Forcierung der Agitation hatte sich das Zentralkomitee der SED ferner zur Bildung einer Arbeitsgruppe entschlossen, deren Aufgabe es war, »innerhalb kurzer Zeit bis Mitte Juni unsere Archive zu durchkämmen, um aus den Akten die Kriegsverbrecher und Naziaktivisten [...] auszugraben.« Schreiben Albert Nordens an Walter Ulbricht vom 21. Mai 1960. SAPMO, DY 30/IV 2/2.028/2, Bl. 41.

[10] O. Winzer, Kreuzritter des Neokolonialismus, 1961. Der Publikation lag die überarbeitete Erklärung Winzers zugrunde, die dieser auf einer internationalen Pressekonferenz des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR am 4. November 1960 in Berlin abgegeben hatte.

die Unterwerfung der afrikanischen Bevölkerung ab.[11] Erstmals wurde in diesem Zusammenhang der Vorwurf gegen Gerstenmaier erhoben, er habe durch seine Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt »faschistische Propaganda zur Vorbereitung und Führung des verbrecherischen Hitlerkrieges«[12] betrieben. Als Belege hierfür wurden insgesamt 13 Dokumente aus dem Bestand des Auswärtigen Amtes für die Jahre 1939 bis 1941 angeführt.[13] Für diese Quellen galt Gleiches, wie für die in der 1969 vorgelegten Publikation »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« enthaltenen Dokumente: Zwar wurde die Authentizität der Archivalien gewahrt, dennoch wurde zur Stützung der aufgestellten Thesen mit Auslassungen und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten gearbeitet.[14] Eugen Gerstenmaier selbst konstatierte, daß die aufgestellten Behauptungen »erheblich über das hinausgehen, was Winzer [...] aktenkundig« belegen konnte und bezeichnete die Anschuldigungen als »Schmutz«.[15] Dennoch nahm der CDU-Politiker trotz der Schwere der gegen ihn erhobenen Vorwürfe weiterhin nicht öffentlich Stellung. Lediglich auf dezidierte Nachfrage hin bestritt er die Anschuldigungen, ohne sie jedoch im Detail zu entkräften.[16]

---

[11] Die Schärfe der gegen Gerstenmaier erhobenen Vorwürfe geht aus folgender Passage besonders deutlich hervor: »Überblickt man die hier dargelegten Tatsachen und vergleicht sie mit den Reisen, die Gerstenmaier nach 1945 unternommen hat, so kann man nur sagen, dass er bei seinem Gewerbe eines Propagandareisenden für den deutschen Imperialismus und eines Kundschafters geblieben ist, der die geeignetsten und unverfänglichsten Formen der Beherrschung anderer Völker ausfindig macht. Verändert hat sich lediglich der Wirkungsbereich. Früher reiste er im Auftrage Hitlers nach Südost- und Nordeuropa, heute reist er im Auftrage des Adenauerschen Außenministeriums nach Afrika, um die besten Möglichkeiten und Bedingungen für eine neokolonialistische Politik des westdeutschen Monopolkapitals zu erkunden.« O. Winzer, Kreuzritter des Neokolonialismus, 1961, S. 24.

[12] Ebd., S. 3.

[13] Ferner war bei der Pressekonferenz, die auf dem Alexanderplatz in Berlin abgehalten worden war, ein Zeitzeuge anwesend, der die Anschuldigung, Gerstenmaier habe während seiner Rostocker Studienzeit eine nationalsozialistische Gesinnung an den Tag gelegt, unterstützte. Es handelte sich bei dem Beauftragten um einen ehemaligen Kommilitonen Gerstenmaiers, der für die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburg als Pfarrer tätig war und der darüber hinaus als gewählter SED-Abgeordneter für den Bezirk Schwerin fungierte. Die Aussagen dieses Zeugen waren aufgrund seiner politischen Tätigkeit deshalb wenig überzeugend. Der im Verlauf der Recherche zu Gerstenmaier ebenfalls befragte Zeitzeuge S. aus Berlin, der 1945 wegen seiner Widerstandstätigkeit mehrere Wochen gemeinsam mit Eugen Gerstenmaier im Zuchthaus Bayreuth inhaftiert war, wurde indessen nicht der Öffentlichkeit vorgestellt, da seine Aussage keine inkriminierenden Angaben enthielt. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 13, Bl. 92–94.

[14] Da die hier veröffentlichten Dokumente zum großen Teil mit den in der Publikation »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« vorgelegten Quellen identisch sind (vgl. Dok. Nr. 4, 5, 7, 9, 10, 12 und 13) und sich ferner die Herangehensweise der Autoren mit der 1969 veröffentlichten Schrift deckt, wurde auf eine intensive Analyse des Dokumentenanhangs der Publikation »Kreuzritter des Neokolonialismus« an dieser Stelle verzichtet, um Redundanzen zu vermeiden.

[15] Entwurf eines Antwortschreibens von Eugen Gerstenmaier an Heinrich Grüber vom Dezember 1960; eine genaue Datierung des Schreibens fehlte. ACDP, I-210–027.

[16] Da Gerstenmaier selbst beharrlich schwieg, fühlten sich einiger seiner Freunde und Mitstreiter genötigt, gegen die Anschuldigungen aus Ost-Berlin Stellung zu beziehen. Im Falle der Dokumentation »Kreuzritter des Neokolonialismus« nahm Probst Grüber den Parlamentspräsidenten in Schutz

Durch die Passivität Gerstenmaiers wohl noch zusätzlich motiviert, versuchte das Ministerium für Staatssicherheit über die bereits vorgestellten Dokumente hinaus, belastendes Material zusammenzutragen. In diesem Kontext wurden die der DDR zugänglichen Archive abermals unter der Prämisse untersucht, Belege für seine Kooperation mit den nationalsozialistischen Machthabern zutage zu fördern. Aus diesem Grund beschlagnahmte die DDR-Generalstaatsanwaltschaft im Mai 1961 beispielsweise auch Akten des Rostocker Universitätsarchivs[17], die sich hauptsächlich auf das 1935 gegen Gerstenmaier eingeleitete Disziplinarverfahren bezogen.[18] Nachdem diese Archivalien aber nicht die von der DDR-Führung gewünschten Beweise beinhalteten, wurden von der Rostocker Bezirksverwaltung im Juni 1961 intensivere Nachforschungen veranlaßt. Im Zentrum des Interesses stand dabei die Suche nach Unterlagen, die eine Zugehörigkeit Gerstenmaiers zum SA-Reitersturm I/III belegten sowie Archivalien, die personenbezogene Informationen zu seinen Kommilitonen und Lehrern enthielten.[19] Die in Rostock unter dieser Prämisse zutage geförderten Dokumente gingen dann in den Besitz der Abteilung XX/4 des Ministeriums für Staatssicherheit über.[20] Im August 1961 fand sich der Bundestagspräsident bereits auf einer vom Ausschuß für Deutsche Einheit aufgestellten Publikationsliste wieder. Ziel dieser geplanten Dokumentationen sollte es sein, das »Leben führender Persönlichkeiten der DDR den faschistischen und militaristischen Kreisen im Bonner Staat«[21] gegenüberzustellen.

Die Intensivierung der Kampagne gegen den protokollarisch zweiten Mann der Bundesrepublik stand zu Beginn der sechziger Jahre einmal mehr auch im Zusammenhang mit Veränderungen in der politischen Großwetterlage. In dieser Phase versuchte die DDR besonders den von der Bundesrepublik propagierten Alleinvertretungsanspruch und die durch die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin angestrebte Isolation Ost-Berlins zu bekämpfen. Die aggressive Vorgehensweise der Ul-

---

und bezeichnete die präsentierten Dokumente aus den Beständen des kirchlichen Außenamtes als Fälschungen. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. November 1960.

17 Schreiben des Leiters der Abteilung VII/F des Ministeriums für Staatssicherheit, Rolf Wagenbreth, an die Rostocker Bezirksverwaltung des MfS vom 3. Mai 1966. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte diesem Brief zufolge die Disziplinarakten sowie »weiteres Dr. Eugen Gerstenmaier betreffendes Material« mit Schreiben vom 18. Mai 1961 beschlagnahmt. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 13, Bl. 56.

18 Siehe zweites Kapitel, 4.

19 Schreiben des Leiters der Abteilung VII/F des Ministeriums für Staatssicherheit, Rolf Wagenbreth, an die Rostocker Bezirksverwaltung des MfS vom 10. Juni 1966. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 13, Bl. 58.

20 Die MfS-Abteilung XX/4 war eine Unterabteilung der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund) und hatte ihren Sitz in Berlin-Lichtenberg. Sie war zuständig für in- und ausländische Kirchen und Religionsgemeinschaften. Zur Arbeitsweise der Abteilung XX vgl. H. Knabe, West-Arbeit, 1999, bes. S. 124.

21 Schreiben Heinz Fratzschers, einem Mitarbeiter des Ausschusses für Deutsche Einheit, an Albert Norden vom 10. August 1961. Neben Gerstenmaier sollten folgende westdeutsche Persönlichkeiten belastet werden: Konrad Adenauer, Kai-Uwe von Hassel, Joseph Kammhuber, Theodor Maunz, Theodor Oberländer, Willi Richter, Gerhard Schröder, Theodor Sonnemann, Franz Josef Strauß und der IG-Farben-Manager Wüster. SAPMO, DY 30/IV 2/2.028/66, Bl. 108.

bricht-Regierung gegenüber dem Bundestagspräsidenten wurde allerdings auch dann noch weitergeführt als das Propagandarepertoir der DDR um die Schlagworte Entspannung und friedliche Koexistenz bereichert worden war.[22] Der Sinneswandel der DDR-Führungsriege war maßgeblich durch das Einläuten der poststalinistischen Ära unter Chruschtschow und einer vorsichtigeren Gangart der Sowjetunion in der Deutschlandpolitik hervorgerufen worden. Trotz Mauerbaus und Kubakrise[23] betrieb die DDR Bonn gegenüber eine zweigleisige Politik, die sowohl Entspannungsaspekte enthielt als auch die propagandistischen Kampagnen fortführte. Dem Streben nach Aufrechterhaltung bzw. Intensivierung des deutsch-deutschen Austauschs standen deshalb zugleich Bemühungen um eine verstärkte Infiltration und Einflußnahme auf die politischen Entscheidungsprozesse in Westdeutschland gegenüber.

Vor diesem Hintergrund wurde auch die Agitation gegen den Bundestagspräsidenten fortgesetzt. Ein Politiker wie Gerstenmaier, der prononciert die DDR angriff und sich gegen Zugeständnisse Ost-Berlin gegenüber wandte, geriet Mitte der sechziger Jahre verstärkt in das Blickfeld des kommunistischen Regimes. 1962 wurde die Suche nach belastendem Material über ihn sogar auf das private Umfeld und speziell seine Familie ausgeweitet. Über den in Chile lebenden jüngeren Bruder Hermann, einen Kaufmann, wurden in diesem Zusammenhang in einem internen Stasi-Dokument sogar Gerüchte kolportiert, die diesen der Bestechung und einer freundschaftlichen Beziehung mit dem nicaraguanischen Diktatur Somoza bezichtigten.[24] Da es der DDR in der Folgezeit nicht gelang, für diese Vorwürfe stichhaltige Beweise zu finden, mußte eine Veröffentlichung dieser Anschuldigungen unterbleiben.

Auch das kirchliche Umfeld, in dem sich der EKD-Synodale Gerstenmaier bewegte, wurde seit 1964 Gegenstand der Überwachung durch das Ministerium der Staatssicherheit. So sollte der »Geheime Mitarbeiter« (GM) Walter F. unter dem Decknamen »Klemm«, Informationen über die »Lage und Situation in der westdeutschen Kirche«[25] beschaffen und Kontakte zu führenden Persönlichkeiten der EKD herstellen. F. versuchte im Verlauf seiner zahlreichen, meist als Kuraufenthalte getarnten Reisen in die Bundesrepublik engere Verbindungen beispielsweise zu den

[22] Neues Deutschland vom 17. April 1960. Die Zeitung führte unter anderem aus: »Natürlich ist die Frage des Vorhandenseins zweier gesellschaftlicher Systeme in Deutschland ein Problem, das nicht einfach zu lösen ist. Aber wenn wir nicht auf die Wiedervereinigung verzichten wollen [...] bleibt doch gar keine andere Möglichkeit als [...] in einer Konföderation die maximale Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihre friedliche Zusammenarbeit zur Überwindung der Spaltung zu sichern. [...]«.

[23] Laut Staadt kamen diese beiden Anlässe einer »Kapitulation« der DDR und der Sowjetunion im Wettstreit zwischen Ost und West gleich. J. Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970, 1993, S. 25.

[24] Zusammenstellung der Abteilung IX/11 der Staatssicherheit aus dem Jahr 1962. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 1, Bl. 91.

[25] Einschätzung des Informanten »Klemm« durch Leutnant Schramm von der Bezirksverwaltung Dresden, Abteilung XX/4 vom 13. Oktober 1964. BStU, ASt Dresden AIM 1115/81, P/I, Bl. 74.

Theologen Gollwitzer, Niemöller und Vogel aufzubauen.[26] Allerdings gelang es F. trotz aller Bemühungen nicht, in Kontakt zu Gerstenmaier zu treten. Der Bekanntenkreis von »Klemm« setzte sich primär aus Kirchenvertretern zusammen, die sich auf die Tradition der Bekennenden Kirche beriefen und die dem außen- und verteidigungspolitischen Kurs der Bundesregierung kritisch gegenüberstanden. Eine persönliche Kontaktaufnahme scheiterte deshalb ebenso wie der Versuch F.'s, über einen Briefwechsel, einen Meinungsaustausch mit Eugen Gerstenmaier in Gang zu setzen. Ziel des von F. und einem weiteren Geistlichen unterzeichneten Schreibens vom Januar 1964 war es dabei gewesen, einer neuen Friedensinitiative den Weg zu ebnen, die durch den Atomwaffenverzicht der Bundesrepublik ermöglicht werden sollte.[27] Die Antwort des Bundestagspräsidenten auf dieses Ansinnen erfolgte drei Wochen später im Rahmen seiner monatlichen Radioansprache aus der Reihe »Wir sprechen zur Zone«. Darin gestand Gerstenmaier den beiden Pastoren zwar zu, im »guten Glauben« gehandelt zu haben, er scheute sich aber nicht, deren Urteilsvermögen aufgrund der DDR-Propaganda für »vernebelt« zu erklären und ihre Vorschläge als »alte Platten« zu disqualifizieren.[28] Bilanzierend ist deshalb im Hinblick auf die Tätigkeit des GM »Klemm« festzustellen, daß es ihm im Laufe seiner rund 20jährigen Tätigkeit für die Staatssicherheit nicht gelang, belastendes Material über Eugen Gerstenmaier zusammenzutragen.[29]

Wie die Antwort des Christdemokraten auf die Initiative seiner ostdeutschen Amtsbrüder belegte, war Eugen Gerstenmaier auch Mitte der sechziger Jahre nicht von seiner Generallinie gegenüber den vielschichtigen Vorwürfen[30] abgewichen. Er artikulierte weiterhin seine allgemeinen Vorbehalte gegen die DDR, er nutzte aber diese Gelegenheiten nicht, um sich gegenüber den persönlichen Anschuldigungen Ost-Berlins zu rechtfertigen. Ein bevorzugtes Medium für Gerstenmaiers derart konzipierte Attacken gegen die DDR boten beispielsweise seine Beiträge in der Rundfunksendereihe »Wir sprechen zur Zone«. Diese Ansprachen boten ihm eine effiziente Plattform, um gegen die Politik der Ulbricht-Regierung in scharfer Form zu Felde zu ziehen. So rief Gerstenmaier Anfang August 1964 die ostdeutsche Bevölkerung sogar offen zum Widerstand gegen die »innere Gleichschaltung«[31] des

---

[26] Bericht der Bezirksverwaltung Dresden, Abteilung XX/4 über den Mitarbeiter »Klemm« vom 12. Januar 1965. BStU, ASt Dresden AIM 1115/81, P/I, Bl. 76–79.

[27] Schreiben von Walter F. und Dieter F. an Eugen Gerstenmaier vom 22. Januar 1964. BStU, ASt Dresden AIM 1115/81, P/I, Bl. 63.

[28] Ansprache Eugen Gerstenmaiers in der WDR-Sendereihe »Wir sprechen zur Zone« vom 17. Februar 1964. SAPMO, DY 30/IV A2/14/27, Bl. 6.

[29] Walter F. wurde am 10. Mai 1961 aus »Überzeugung« vom MfS angeworben. Auskunftsbericht der Abteilung XX des MfS zu Walter F. vom 29. August 1974. BStU, ASt Dresden AIM 1115/81, I/2, Bl. 258. F. war bis zu seinem Tod 1981 als Informant für die Staatssicherheit aktiv gewesen.

[30] Neues Deutschland vom 24. April 1964 sowie vom 21. November 1964.

[31] Gerstenmaier führte in diesem Zusammenhang aus: »Es ist und bleibt ein Gebot der Selbstachtung, sich der seelischen Manipulation und der Reglementierung des eigenen Denkens durch ein untolerantes und geistloses Gewaltsystem zu entziehen. Der Widerstand gegen die innere Gleichschaltung auf Ulbrichts Kommunismus und Stalinismus ist darum eine schlichte menschliche Pflicht.« Ansprache des Bundestagspräsidenten am 3. August 1964 in der WDR-Sendereihe »Wir

Ulbricht-Regimes auf. Seine Kritik beschränkte sich indes nicht allein auf verbale Rundumschläge in Rundfunkansprachen. Besonders sein nachdrückliches Eintreten für eine erhöhte Präsenz des Bundestags in Berlin erzürnte die Ost-Berliner Führung.[32] Die DDR interpretierte sein Votum für eine Bundestagssession in der geteilten Stadt beispielsweise im April 1965 als bewußte Provokation und bezeichnete die von dem Parlamentspräsidenten anberaumte Plenarsitzung als völkerrechtswidrig. Der Christdemokrat wurde in diesem Zusammenhang als »Vorwärtsstratege«[33] der aggressiven Politik der Bundesrepublik attackiert. Die DDR erhielt hierbei sogar Schützenhilfe aus der Bundesrepublik, denn die in Berlin abgehaltene Sitzungsrunde stieß selbst im eigenen Land auf Kritik, da sie als Gefährdung des Ost-West-Entspannungsprozesses angesehen wurde.[34] Gerstenmaier hielt jedoch auch Mitte der sechziger Jahre unbeirrt an dem von ihm eingeschlagenen Weg fest und beharrte darauf, daß die Sitzung in Berlin weit mehr Nutzen als Schaden bringe und er hiervon keine Verschlechterung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses erwarte.[35]

Ost-Berlin reagierte auf Gerstenmaiers Beharrlichkeit mit einer Verschärfung der gegen ihn gerichteten Pressekampagne. Ferner fand der CDU-Politiker 1965 Aufnahme in einer der Öffentlichkeit 1965 vorgestellten Publikation mit dem Titel »Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik«.[36] Mit dieser Veröffentlichung sollte ein umfassender Schlag gegen die gesamte bundesrepublikanische Führungsspitze aus Wirtschaft, Militär, Justiz und Politik erfolgen.[37] Der Bundestagspräsident wurde darin aufgrund seiner vermeintlich nationalsozialisti-

---

sprechen zur Zone«. Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Nr. 122 vom 4. August 1964, S. 1157 f.

[32] Bundestagspräsident Gerstenmaier eröffnete die Sitzung des Bundestages im Berlin am 7. April 1965 mit einem scharfen Angriff auf die DDR. Er führte unter anderem aus: »[...] Mit Drohungen und Schikanen haben die in Pankow residierenden Handlanger einer fremden Besatzungsmacht uns an der Ausübung unseres Rechtes zu verhindern versucht, hier in Berlin zusammenzukommen. [...] Das Recht des Deutschen Bundestages, in Berlin zu tagen, ist unantastbar. Ich weise mit derselben Entschiedenheit auch die Behauptung zurück, dass der Bundestag mit diesem seinem normalen Zusammentreten hier völkerrechtliche Bestimmungen verletze. Völkerrechtliche Bestimmungen werden hier in Berlin allein durch jene verletzt, die seit Jahren die Grundrechte der Völker auf Selbstbestimmung im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen mißachten und dem Anspruch des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung in Freiheit mit frevelhaften Zynismus begegnen.« BT, 4. Wp., 178. Sitzung vom 7. April 1965, S. 8945.

[33] Neues Deutschland vom 9. April 1965.

[34] Gerstenmaier wird in der Süddeutschen Zeitung vom 9. April 1965 mit den Worten zitiert, er habe »zahlreiche Zuschriften aus der westdeutschen Bevölkerung erhalten, in denen gegen die Berlin-Sitzung Stellung genommen worden sei.«

[35] Gerstenmaier hatte sich zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen wenig diplomatisch mit den Worten geäußert: »Sie sind ohnedies in einem nicht als besonders glücklich anzusehenden Zustand.« Die Welt vom 9. April 1965.

[36] Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Braunbuch, 1965. Die Publikation widmete sich Eugen Gerstenmaier auf den Seiten 292 bis 294.

[37] Die Publikation war von dem Nationalrat der Nationalen Front in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR herausgegeben worden. Maßgeblich an der Veröffentlichung beteiligt war das Ministerium für Staatssicherheit. Vgl. D. Unverhau, Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit, 1998, S. 104.

schen Verstrickung angeklagt, indem ihm unter anderem die »Denunziation antifaschistischer Geistlicher«[38] im Verlauf seiner Tätigkeit für das Kirchliche Außenamt vorgeworfen wurde. Ferner mußte sich der CDU-Politiker die Anschuldigung gefallen lassen, daß er sich bereits frühzeitig zur »Nazi-Bewegung«[39] bekannt habe; dem »Braunbuch« zufolge war er beispielsweise schon 1923 in die SA eingetreten. Belege für diese Behauptung fanden sich in der Veröffentlichung jedoch nicht. Das Echo auf die im »Braunbuch« gegen den CDU-Politiker erhobene Kritik erfüllte auch deshalb nicht die Erwartungen der DDR-Verantwortlichen.

Die kommunistische Führung suchte nun nach neuen Wegen, um eine bessere Resonanz in der Öffentlichkeit erzielen zu können. Mittels einer verstärkten Einflußnahme auf die Medien sollte das Meinungsbild in der Bundesrepublik im Sinne Ost-Berlins geformt werden. Gemäß dieser Strategie erschien der DDR die Lancierung belastenden Materials in westdeutschen Printmedien als erfolgversprechend. Die DDR selektierte jedoch sehr stark, an wen Informationen weitergegeben wurden. Der Fall des Bonner Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) belegte, daß selbst die Weitergabe von weniger brisanten Dokumenten sorgfältig abgewogen wurde. Die Anfrage des SDS nach Artikeln, die Gerstenmaier in seiner Rostocker Studienzeit für die Studentenzeitung seiner Alma Mater verfaßt hatte, wurde deshalb 1966 auch negativ beschieden, da die Ost-Berliner Verantwortlichen nicht glaubten, daß eine Publikation des SDS die erhoffte Öffentlichkeitswirkung entfalten würde.[40] Hingegen wurde der von Hans Frederik herausgegebene Politische Informations- und Archiv-Dienst (Pinar)[41] von der DDR offenkundig mit Archivalien versorgt.[42] Quellen aus DDR-Beständen zitierte rund ein halbes Jahr später auch das Spandauer Volksblatt.[43] Die Zeitung untermauerte scheinbar den Vorwurf der nationalsozialistischen Verstrickung Gerstenmaiers durch Verweise

---

[38] Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Braunbuch, 1965, S. 293.

[39] Ebd., S. 292.

[40] Das Ersuchen des SDS-Mitglieds Hannes Heer vom 2. Oktober 1966 um zwei von Gerstenmaier 1933 und 1934 verfaßte Artikel wurde von der Abteilung X/1 des Ministeriums für Staatssicherheit abgewiesen. In einem Schreiben der Abteilung X/1 an die Rostocker Bezirksverwaltung des MfS vom 17. Dezember 1966 wurde dazu unter anderem ausgeführt: »Da bei uns operatives Interesse am vom SDS Bonn gewünschten Material besteht, wird gebeten, der Anforderunger in keiner Weise nachzukommen, das vorliegende Schreiben und evtl. eingehende weitere Schreiben vorerst nicht zu beantworten. [...]« BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 13, Bl. 79.

[41] Der Pinar-Dienst erschien seit 1. Juni 1963 vierzehntäglich mit einer Auflage von ca. 1000 Exemplaren. Als Herausgeber des Pinar-Dienstes fungierte der 1906 geborene Österreicher Hans Frederik.

[42] Die von Frederik veröffentlichten Archivalien finden sich samt und sonders in dem vom Ministerium für Staatssicherheit angelegten Dossier über Eugen Gerstenmaier; die Majorität der Dokumente wurde zudem fünf Jahre später in der Publikation »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« erneut der Öffentlichkeit vorgelegt. Der Bericht des Pinar-Dienstes in seiner Doppelnummer vom Frühjahr 1964 enthält insgesamt 19 Dokumente aus den Beständen des Auswärtigen Amtes sowie des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten. Pinar-Dienst, Nr. 6–7 vom 15. März bis 1. April 1964.

[43] Spandauer Volksblatt vom 20. November 1964.

auf Dokumente aus der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes sowie des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Die angeführten Beispiele belegen allerdings, daß es der DDR in der Kampagne gegen den Christdemokraten nicht gelang, eine Zusammenarbeit mit auflagenstarken und meinungsbildenden Presseorganen in Westdeutschland zu etablieren.[44] Ungleich erfolgreicher war im Unterschied hierzu das Vorgehen Ost-Berlins gegen Bundespräsident Heinrich Lübke. Mit Stolz konnte die SED hier auf die in der Redaktion des »Stern« gegebenen »personelle[n] Bedingungen«[45] verweisen. Bei der Agitation gegen Gerstenmaier wurden diese offenbar ab 1966 bestehenden Einflußmöglichkeiten entweder bewußt von der DDR nicht genutzt oder die westdeutschen Kontakte waren hierbei zu einer Zusammenarbeit nicht bereit. Der »Stern« jedenfalls nahm bei der Veröffentlichung von Dokumenten, die eine Beteiligung des zweiten Mannes im Staat an nationalsozialistischen Verbrechen belegen sollten, keine führende Rolle ein.

Maßgeblich beteiligt an der Verbreitung der von Ost-Berlin erhobenen Vorwürfe in der Bundesrepublik waren Mitte der sechziger Jahre hingegen Publikationsorgane des rechtsextremen politischen Spektrums. Ob diese Blätter die Dokumente, auf die sie sich stützten, allerdings aus bereits veröffentlichten Artikeln übernommen hatten oder die Quellen durch direkten Kontakt mit der DDR in ihren Besitz übergegangen waren, konnte nicht geklärt werden. Die Gründe für das lebhafte Interesse dieser Zeitungen an einer Diffamierung des Parlamentspräsidenten lagen in dem von Eugen Gerstenmaier angestrebten gerichtlichen Verfahren gegen den ehemaligen Offizier Hermann Bernhard Ramcke.[46] Des weiteren rieb man sich an dem Christdemokraten, da dieser die antisemitische Haltung der »Deutschen National- und Soldatenzeitung« scharf verurteilt hatte.[47] Das von Gerhard Frey herausgegebene Sprachrohr der rechtsextremen Kräfte in der Bundesrepublik widmete zwischen April und August 1965 allein fünf ausführliche Artikel der angeblichen »braunen« Vergangenheit des CDU-Politikers.[48] Die hierin angeführten Belege deckten sich mit den bereits im Jahr zuvor vom Pinar-Dienst veröffentlichen Dokumenten. Ledig-

---

[44] So mußte sich die DDR beispielsweise im Hinblick auf das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« mit Gerüchten und »Hörensagen« begnügen; einen an einflußreicher Stelle positionierten Kontakt in der Redaktion gab es nicht. Streng vertraulicher Bericht der Abteilung Agitation des ZK der SED vom 19. Oktober 1966. SAPMO, DY 30/IV A 2/9.02/23.

[45] Die SED-Agitationsabteilung teilte ferner mit, daß unter Ausnutzung der gegebenen Einflußmöglichkeiten »von unserer Seite starke Bemühungen im Gange sind, um einen Teil der Dokumente mit Stellungnahmen oder Nichtstellungnahmen von Lübke im ›Stern‹ zu veröffentlichen.« Ebd.

[46] Der Prozeß vor der III. Großen Strafkammer des Landgerichts Kiel endete im April 1964 mit einem Vergleich.

[47] Laut Berichterstattung der Deutschen National- und Soldatenzeitung vom 28. Mai 1965 beteiligte sich Gerstenmaier an »führender Stelle an der Hexenjagd gegen die National Zeitung«.

[48] Deutsche National- und Soldatenzeitung vom 23. April, 7. Mai, 28. Mai, 4. Juni und 9. Juli 1965. Aus Anlaß der Zeugenaussage Gerstenmaiers im Kriegsverbrecherprozeß gegen den ehemaligen SA-Obergruppenführer und Polizeipräsidenten von Frankfurt, Adolf Beckerle, erschien am 28. Juni 1968 abermals ein Artikel über den Bundestagspräsidenten, der die reißerische Überschrift trug: »Straße frei den braunen Bataillonen«.

lich bei der Beurteilung der Rolle Gerstenmaiers am 20. Juli 1944 beschritt die »National- und Soldatenzeitung« eigene Wege und versuchte, mit den von ihr vorgelegten Quellen die These vom vermeintlichen Verrat der Angehörigen des Kreisauer Kreises durch den Gestapo-Spitzel Eugen Gerstenmaier zu belegen.[49]

Während die Resonanz in der Bundesrepublik auf die von Ost-Berliner Zeitungen jahrelang vorgetragenen Angriffe gegen den CDU-Politiker vergleichsweise gering war, waren die durch die »National- und Soldatenzeitung« kolportierten Anschuldigungen 1965 durchaus öffentlichkeitswirksam und zeigten Wirkung. Aus Furcht, die Reputation Gerstenmaiers könne Schaden erleiden und seine Funktion als Zugpferd der Union im Bundestagswahlkampf negativ beeinflußt werden, erstellte die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein dreiseitiges Papier, das im Wahlkreis des Parlamentspräsidenten verteilt wurde und das die Vorwürfe zu dessen angeblicher nationalsozialistischer Vergangenheit entschieden zurückwies.[50] Zudem entschloß sich Gerstenmaier 1965 nun doch, von seiner passiven Haltung gegenüber der Ost-Berliner Agitation abzurücken und die Unhaltbarkeit der erhobenen Anschuldigungen darzulegen. Mittels einer von seinem langjährigen Anwalt Fabian von Schlabrendorff zusammengestellten und vom Evangelischen Hilfswerk Stuttgart herausgegebenen Publikation[51], hoffte Gerstenmaier die Vorwürfe hinreichend widerlegen zu können. Von Schlabrendorff stützte sich bei seiner Dokumentation auf Material, das vom Landgericht Kiel im Verlauf des von Gerstenmaier gegen Ramcke angestrengten Verleumdungsprozesses zusammengetragen worden war. Die Basis der Rechtfertigung bildete damit das zwischen 1957 und 1963 von der Staatsanwaltschaft eruierte Beweismaterial, das sich zu einem großen Teil auf die Befragung von insgesamt 24 Zeugen stützte. Eugen Gerstenmaier ging in der Verteidigung seiner Person 1965 also nicht so weit, durch weitere Archivrecherchen bislang unbekannte Dokumente oder neue Leumundszeugen aufzubieten, sondern er beschränkte sich auf die bereits von der Justiz vorgelegten Untersuchungsergebnisse als Beweis für seine Unschuld. Die Publikation von Schlabrendorffs basierte deshalb fast ausschließlich auf Zeugenaussagen, die die Zugehörigkeit Gerstenmaiers zum Widerstand und seine stringente antinationalsozialistische Haltung belegten. Komplettiert wurden diese Ausführungen durch insgesamt zehn – allerdings wenig aussagekräftige – Dokumente aus dem Bestand des Auswärtigen Amtes. Es unterblieb eine kritische Auseinandersetzung mit den von der DDR vorgelegten archivalischen Quellen. Ferner versäumte es von Schlabrendorff, sowohl einen Quellennachweis zu

[49] Deutsche National- und Soldatenzeitung vom 4. Juni 1965. Hermann Bernhard Ramcke hatte die Thesen aufgestellt, daß Gerstenmaier der Gestapo »wertvolle Dienste zur Aufklärung des Umsturzversuches« geleistet habe und darüber hinaus »trotz der Anwesenheit in der Bendlerstraße am 20. Juli 1944 kein aktiver Widerstandsmann« gewesen sei. Vgl. den dritten Schriftsatz des Rechtsanwalts von Ramcke, Wilhelm Maßmann, in der Auseinandersetzung mit Eugen Gerstenmaier vom 1. Juni 1963, S. 10. EZA, 2/P 15.

[50] Beilage zum Redner-Dienst im Bundestagswahlkampf 1965 für den Wahlkreis Schwäbisch Gmünd, Backnang und Schwäbisch Hall vom Juli 1965. PBT, Presseausschnittssammlung Eugen Gerstenmaier.

[51] F. von Schlabrendorff, Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich, 1965.

führen als auch die von ihm auszugsweise zitierten Dokumente in Gänze im Anhang zu veröffentlichen, um sich gegen den Vorwurf der bewußten Selektion zur Wehr setzen zu können. Die Dokumentation von Schlabrendorffs bot aufgrund dieser Schwachstellen deshalb nicht die Möglichkeit, die Kritik aus Ostdeutschland auf Dauer verstummen zu lassen. Ost-Berlin schien im Gegenteil durch die nicht schlagkräftigen Rechtfertigungsversuche Gerstenmaiers und seines Anwalts zusätzlich motiviert, weiteres Belastungsmaterial zu beschaffen. Obwohl die Intensität, mit der die ostdeutsche Presse den Parlamentspräsidenten attackierte, gegen Ende der sechziger Jahre merklich abnahm, lief der mit der Kampagne gegen Gerstenmaier beschäftigte Apparat hinter den Kulissen auf Hochtouren.

Mit der Sichtung und Auswertung des zusammengetragenen Archivmaterials war die Abteilung HV A VII/F[52] befaßt. Die Hauptabteilung verfügte über Material aus Gerstenmaiers Rostocker Studienzeit hinaus über Unterlagen, die durch den MfS-Mitarbeiter »Peter Paul«, einem westdeutschen Geistlichen 1954/55 »beschafft«[53] und der Staatssicherheit in Kopie übergeben worden waren. Aufgrund der im Sommer 1967 publik gewordenen Affären des CDU-Politikers, die seinen Grundstückskauf in Stuttgart und die Nutzung eines Jagdhauses im Hunsrücker Vierherrenwald[54] zum Gegenstand hatten, sah die DDR-Führung allerdings keine Veranlassung, eine erneute Presseagitation gegen Gerstenmaier zu initiieren; die Berichterstattung der bundesrepublikanischen Medien enthielt zu diesem Zeitpunkt genügend politischen Zündstoff, um den CDU-Politiker in Erklärungsnotstand zu bringen. Auch ohne ostdeutsche Attacken war das Rauschen im bundesdeutschen Blätterwald 1967 so gewaltig, daß sich selbst die CDU bemüßigt sah, von einer Kampagne zu sprechen, die in Gerstenmaier einen »neuen Buhmann«[55] gefunden hatte. Die Kritik, der sich der Bundestagspräsident zu diesem Zeitpunkt ausgesetzt sah, hielt allerdings keinem Vergleich stand zu dem Presserummel, der im Januar 1969 aufgrund der dem Christdemokraten zuerkannten Wiedergutmachungszahlung ausbrach. Hatte er den Vorwürfen des Jahres 1967 noch Paroli bieten können, so stand er angesichts der nahezu unisono vorgetragenen Medienschelte und der Verärgerung weiter Bevölkerungskreise auf verlorenem Posten. Der Rücktritt zum 31. Januar 1969 war unvermeidlich, da die Reputation Gerstenmaiers bleibenden Schaden erlitten hatte und er in den eigenen Reihen als politisch untragbar galt.[56]

Trotz der Niederlegung seine Amtes als Bundestagspräsident beendete die DDR ihre Kampagne gegen den CDU-Politiker jedoch nicht unverzüglich. Ziel der DDR-

---

[52] Die Hauptverwaltung A war die größte Diensteinheit des MfS. Primäres Ziel dieser Abteilung war die Spionage in westdeutschen staatlichen Institutionen, in Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen und auf dem militärischen Sektor. Zur Organisationsstruktur der HV A vgl. H. Knabe, West-Arbeit, 1999, bes. S. 133–149.

[53] Schreiben der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock, Abteilung XX, an die Hauptverwaltung IX des MfS vom 5. Februar 1969. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 39, Bl. 1–3.

[54] Vgl. zehntes Kapitel, 1.

[55] Frankfurter Rundschau von 28. Juli 1967.

[56] Vgl. zehntes Kapitel, 1

Regierung war es nun, die von SPD und Union für Gerstenmaier abgegebenen Ehrenerklärungen mit weiteren Fakten über dessen vermeintlich nationalsozialistische Vergangenheit zu entwerten.[57] Vor diesem Hintergrund erteilte die für die Aufklärung von NS- und Kriegsverbrechen zuständige Hauptabteilung IX des MfS[58] den Auftrag, das bisher zusammengetragene Material zu vervollständigen und zusätzliche Zeitzeugen zu beschaffen. Von der Abteilung XX/4 wurden daraufhin insgesamt 76 Dokumente aus Gerstenmaiers Studienzeit und seiner Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt bereitgestellt.[59] Aufgabe der Hauptabteilung IX war es nun, diese Schriftstücke für eine auf den 20. Februar 1969 anberaumte Pressekonferenz in Berlin aufzubereiten. Da man davon ausging, daß die Dokumente zur Vergangenheit eines zu diesem Zeitpunkt bereits seit fast einem Monat nicht mehr amtierenden Bundestagspräsidenten keine große öffentliche Resonanz finden würden, entschloß sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dazu, ihr Ursprungskonzept zu erweitern und das gesamte politische System der Bundesrepublik Deutschland anzuprangern. Unter der Federführung des für Agitation zuständigen Politbüromitglieds Albert Norden wurde festgelegt, daß die Pressekonferenz im Februar 1969 den Nachweis der Unterwanderung Westdeutschlands durch »nazistische und neonazistische Kräfte«[60] antreten solle. Die DDR hoffte durch dieses Vorgehen auch die für den 5. März 1969 anstehende Wahl des Bundespräsidenten in West-Berlin verhindern zu können.[61] Zu diesem Zweck wurden Dossiers über westdeutsche Richter, Kabinettsmitglieder[62], Bundestags- sowie Landtagsabgeordnete erstellt, die die Omnipräsenz reaktionärer und »faschistischer«

---

[57] Bericht der Stasi-Hauptabteilung IX vom 24. Januar 1969. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 39, Bl. 4f.

[58] Die Abteilung HA IX/11 wurde offiziell 1967 von Minister Mielke durch Befehl 39/67 errichtet; inoffiziell hatte sie bereits seit 1964 bestanden. Die Gründung stand wahrscheinlich im Zusammenhang mit der in der Bundesrepublik geführten Verjährungsdebatte für nationalsozialistische Verbrechen. Aufgabe der Hauptabteilung IX/11 war es, Material zusammenzutragen, das sich für die Einleitung von Ermittlungsverfahren im Fall ostdeutscher Personen bzw. für die weitere operative Nutzung durch die Staatssicherheit bei bundesrepublikanischen Bürgern nutzen ließ.

[59] Übergabeprotokoll der Hauptabteilung XX/4 an die Hauptabteilung IX vom 29. Januar 1969. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 13, Bl. 80–84.

[60] Schreiben des Leiters der Abteilung Agitation, Halle, an Albert Norden vom 17. Januar 1969. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 45, Bl. 177.

[61] Anweisung der Hauptabteilung IX vom 24. Januar 1969. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 39, Bl. 4f. Das Politbüro hoffte, eine Verhinderung bzw. zumindest eine Störung der Bundespräsidentenwahl durch das Abhalten der Pressekonferenz erzielen zu können. In einer Notiz des Leiters der Abteilung Agitation des MfS, Halle, vom 17. Januar 1969 heißt es dazu: »Gen. Norden erklärte, dass die Möglichkeiten, gegen die in Westberlin widerrechtlich stattfindende Bundesversammlung vorzugehen, verhältnismäßig gering seien und dass das Politbüro deshalb eine von ihm eingebrachte Vorlage bestätigt habe, durch eine Pressekonferenz zum genannten Thema offensiv wirksam zu werden.« BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 45, Bl. 177.

[62] Mit Ausnahme des Bundeskanzlers gelang es der DDR nicht, belastendes Archivmaterial über die Kabinettsmitglieder zu beschaffen. Das vermeintliche Beweismaterial beschränkte sich deshalb auf Presseartikel. Zu Kurt Georg Kiesinger standen der DDR hingegen neben Presseberichten 17 Faszikel sowie ein Dossier zu seiner Tätigkeit zwischen 1933 bis 1945 zur Verfügung. BStU, MfS-HA IX/11 AS 119/68, Ordner 1, Bl. 190.

Kräfte in Westdeutschland untermauern sollten.[63] Die Person Eugen Gerstenmaier wurde in diesem Zusammenhang als charakteristisch für das westliche System herausgestellt und besonders scharf attackiert; die gegen ihn erhobenen Vorwürfe warden ferner in einer Dokumentation zusammengestellt, die schon Ende Januar 1969 veröffentlicht worden war.

4. »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten«

Die Publikation »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten«[1], die Anfang 1969 veröffentlicht wurde, markierte den Höhepunkt der Kampagne gegen Gerstenmaier. Allerdings wurde die vom stellvertretenden Leiter des Presseamtes der DDR, Bertsch, erstellte Veröffentlichung zu einem Zeitpunkt vorlegt, als Gerstenmaier schon nicht mehr das zweithöchste Amt in der Bundesrepublik innehatte. Die Dokumentation bündelte alle Vorwürfe, die gegen den Christdemokraten im Laufe der Jahre vorgebracht worden waren und stellte damit die Quintessenz des Vorgehens der DDR gegen Gerstenmaier dar. Die Veröffentlichung versprach vollmundig, alle erhobenen Anschuldigungen mit »unwiderlegbaren Dokumenten«[2] untermauern zu können.

Insgesamt zweiundfünfzig Dokumente[3] sollten als Belege dienen für folgende Beschuldigungen: Gerstenmaier war niemals Antifaschist, sondern ein »ideologischer Wegbereiter und Interpret«[4] des Nationalsozialismus[5]; die angestrebte Theo-

---

[63] Laut einem undatierten Dossier der Hauptabteilung IX sollte die Eröffnung der Bundesversammlung in Berlin 1969 durch die Bereitstellung belastender Dokumente verhindert werden. Über die bereits angeführten Vertreter des politischen Systems sowie der Judikative standen die westdeutschen Parteien sowie Polizei und Senat der Stadt Berlin besonders im Kreuzfeuer der Kritik. BStU, MfS-HA IX-3305, Ordner 1, Bl. 9.

[1] Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten, 1969.

[2] Ebd., S. 8.

[3] 40 der 52 vorgelegten Dokumenten standen dem Ministerium für Staatssicherheit im Original zur Verfügung. Hinsichtlich der Herkunft der fehlenden zwölf Originaldokumente fand sich in den Unterlagen lediglich der Hinweis, diese seien »anderweitig beschafft« worden. Der Terminus deutet an, daß diese Quellen wahrscheinlich durch MfS-Mitarbeiter außerhalb des Staatsgebietes der DDR zusammengetragen worden waren. Undatierte Aufstellung der Hauptabteilung IX zum »Komplex I – Dr. Eugen Gerstenmaier«. BStU, MfS-HA IX, 3305, Ordner 1, Bl. 3.

[4] Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten, 1969, S. 7.

[5] Besonders angekreidet wurde Gerstenmaier seine Schrift »Frankreichs Protestantismus im Krieg«, die er unter dem Pseudonym »Albrecht Allmann« verfaßt hatte und die in der Reihe »Frankreich gegen die Zivilisation« 1940 veröffentlicht worden war. Schreiben des Reichsministers des Innern an den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten vom 12. August 1940. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 28, Bl. 72f. Gerstenmaier behauptete nach Kriegsende, daß sein ursprüngliches Konzept vor der Veröffentlichung ohne sein Wissen verändert worden sei, um somit einer Zensur des Werkes wegen nicht regimekonformen Inhalts vorzubeugen. Vgl. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 132.

logiedozentur wurde ihm deshalb auch nicht aus politischen Gründen vorenthalten. Ferner wurde die Tätigkeit Gerstenmaiers im Kirchlichen Außenamt als Beleg für dessen pronationalsozialistische Haltung gewertet, da er im In- und Ausland Kleriker denunziert habe und zudem als Protagonist der NS-Ideologie bei seinen Auslandsreisen aufgetreten sei. Die gegen den CDU-Politiker gerichteten Anschuldigungen in bezug auf seine nationalsozialistische Verstrickung kulminierten in dem Vorwurf, er habe für den Sicherheitsdienst (SD) als Spitzel gearbeitet und nach seiner Inhaftierung am 20. Juli 1944 seine mitangeklagten Kameraden aus dem Kreisauer Kreis verraten. Darüber hinaus habe er sich unmittelbar nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs in die Dienste des amerikanischen Geheimdienstes gestellt und sich schließlich im Bundestag als unbelehrbarer Verfechter von Remilitarisierung und Atombewaffnung profiliert.

Die Analyse der Veröffentlichung[6] verdeutlicht allerdings, daß die Autoren den von ihnen proklamierten Anspruch nicht einlösen konnten. Eine Überprüfung der angeführten Quellen ergab, daß seitens der DDR zwar keine Manipulation der Dokumente erfolgt war[7], von plumpen Fälschungen der vorgelegten Schriftstücke war im Falle Eugen Gerstenmaiers also abgesehen worden. Man hatte offenbar aus den Fehlern der Lübke-Kampagne von 1966 gelernt. Damals hatte sich über die Echtheit des vermeintlichen Schlüsselbeweises eine heftige Kontroverse entwickelt.[8] Klar erkennbar war jedoch das selektive Vorgehen bei der Auswahl der publizierten Quellen. So wurde bei einigen Dokumenten mit Auslassungen gearbeitet, um die gegen den CDU-Politiker vorgebrachten Anschuldigungen archivalisch belegen zu können. Deutlich wurde dies am Beispiel eines von Gerstenmaier für die Rostocker Universitätszeitung verfaßten Artikels aus dem Jahr 1934. Hiermit sollten seine nationalsozialistische Gesinnung und sein Votum für die Einführung des »Führertums«[9] an den deutschen Universitäten dokumentiert werden. Es fehlen jedoch gerade jene Passagen, in denen der Theologiestudent für die Autonomie der Univer-

---

[6] Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Publikation hatte unter zwei Gesichtspunkten zu erfolgen: Zunächst war die Verifizierung und Quellenkritik des angeführten Dokumentenanhangs – dem Herzstück der Veröffentlichung – vorzunehmen. Über die Stichhaltigkeit der zitierten Archivalien hinaus war die Vorgehensweise bei der Erstellung der Dokumentation zu untersuchen und der Frage nach den Intentionen der Autoren nachzugehen.

[7] Es ist anzumerken, daß 20 der im Anhang abgedruckten 52 Dokumente von der Autorin nicht im Original im Bestand des MfS oder in Parallelüberlieferungen gefunden werden konnten; eine Verifizierung dieser Quellen konnte deshalb nicht erfolgen. Allerdings befaßten sich nur vier dieser Schriftstücke mit Eugen Gerstenmaier und sie hatten darüber hinaus kaum belastende Wirkung. Im einzelnen waren folgende Dokumente nicht überprüfbar (Dokumentenbezeichnung entsprechend der Publikation: Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten, 1969, S. 91–93): 3, 6, 7, 14, 23, 31, 32, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 42, 43, 45, 46, 47, 48 und 50.

[8] Von Albert Norden wurden im Januar 1966 Baupläne für ein Konzentrationslager aus dem Jahr 1944 vorgelegt, die Lübkes Unterschrift trugen. Lübke war 1944 als stellvertretender Leiter der Baugruppe Schlempp tätig gewesen. Das Innenministerium der Bundesrepublik ging von einer »fabrizierten Fälschung« aus. Vgl. R. Morsey, Heinrich Lübke, 1996, S. 504–535.

[9] Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten, 1969, S. 9.

sitäten und deren Konzentration auf die Lehre plädierte.[10] Durch die Selektion der veröffentlichten Auszüge erschienen die Aussagen Gerstenmaiers in einem völlig verzerrten Licht und bestätigten scheinbar die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen. Dieses Beispiel steht federführend für die Vorgehensweise der DDR in der Kampagne gegen den CDU-Politiker. Es wurde nicht mit gefälschten Dokumenten operiert, deren Echtheit leicht zu überprüfen gewesen wäre. Vielmehr wurde das Ziel verfolgt, mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und gezielten Auslassungen eine Verfälschung des eigentlichen Dokumenteninhalts vorzunehmen. Eine Widerlegung der vorgebrachten Anschuldigungen wurde hierdurch erschwert, da eine Überprüfung des gesamten Inhalts der zitierten Schriftstücke erfolgen mußte.

Zur Untermauerung der im vorab bereits festgelegten Pauschalbeschuldigungen trugen ferner reißerische Überschriften bei, die durch den Inhalt des nachfolgenden Schriftstückes nicht gestützt wurden.[11] Mit dem wohl wichtigsten Beweisstück der Publikation, einer Karteikarte, die Gerstenmaiers Tätigkeit für das Reichssicherheitshauptamt belegen sollte[12], wurde in diesem Sinne verfahren. Bei genauem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, daß der vermeintliche Beweis über den Namen und die Anschrift Gerstenmaiers sowie dem Zusatz P 38/546 hinaus keine weiteren Informationen enthält.[13] Die Behauptung, dieses Dokument sei der Spitzel-Kartei der Abteilung VI A (Organisation des Auslandsnachrichtendienstes) des Reichssicherheitshauptamtes entnommen und belege demzufolge die Dienste Gerstenmaiers für die Nationalsozialisten wurde nicht durch weitere Quellen gestützt. Die im Falle Eugen Gerstenmaiers viel wahrscheinlichere Interpretation des Dokuments, daß der Theologe vom Reichssicherheitshauptamt observiert wurde und es sich deshalb nicht um einen Bestandteil der Mitarbeiter- sondern vielmehr der Überwachungskartei handelte, wurde von Ost-Berlin bewußt verschwiegen. Für die Annahme, daß das Reichssicherheitshauptamt eine Überprüfung Gerstenmaiers angeordnet hatte, sprach indessen vieles: Durch Mitarbeiter des Amtes IV des RSHA erfolgte die Observation der Kirchen und in diesem Zusammenhang wurde auch die Arbeit des Kirchlichen Außenamtes der Evangelischen Kirche mit kritischer Distanz begleitet.[14] Ferner wurde die Tätigkeit Heckels und seiner Mitarbeiter bereits seit 1941

---

[10] E. Gerstenmaier, Wissenschaft und Wirklichkeit, in: Rostocker Universitäts-Zeitung, Nr. 4, Wintersemester 1933/34, 19. Februar 1934, S. 4–6.

[11] Vgl. dazu beispielsweise die zu Dok. Nr. 18 (S. 105) gegebene Erläuterung, Gerstenmaier habe angeregt, im Sinne des NS-Regimes »Druck« auf die deutsche Vertretung in Athen auszuüben. Bei Durchsicht des Schriftstücks wird klar, daß Gerstenmaier hierdurch lediglich die Erteilung von Ausreisegenehmigungen für vier griechische Stipendiaten beschleunigt sehen wollte.

[12] Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten, 1969, Dok. 13, S. 102.

[13] Sowohl Name als auch Anschrift sind darüber hinaus fehlerhaft angegeben: So wurde Gerstenmaiers Name zu Gerstenmeyer verballhornt und seine Wohnung wurde, anstatt die Jebenstraße 2 im Berliner Stadtteil Charlottenburg anzugeben, in die Jenenstraße verlegt.

[14] Geht man von der Authentizität der Karteikarte aus und wertet sie als Teil des RSHA-Schriftguts, so könnte das Dokument auch dem Bestand des Amtes IV: Gegnererforschung und -bekämpfung, Referat IV B 2 (Protestantismus) entstammen.

mit Argwohn beobachtet.[15] Aufgrund seiner Tätigkeit für die Abteilung Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), die er parallel zu seiner Arbeit in der Jebenstraße durchführte, geriet Gerstenmaier 1942 zusätzlich in das Visier Heydrichs. Der Theologe nahm seine Tätigkeit für den militärischen Auslandsdienst im Frühjahr 1942 auf, zu einem Zeitpunkt, als die Behörde von Admiral Wilhelm Canaris bereits ins Blickfeld des RSHA gerückt war. Die Suspendierung führender Mitarbeiter im April 1943 sowie die von Heydrich angeprangerte vermeintliche Ineffizienz der Abwehr im Bereich der Auslandstätigkeit ließen die Angehörigen des militärischen Nachrichtendienstes noch mehr in den Mittelpunkt der Überwachung rücken und führte 1944 schließlich zur Auflösung der Dienststelle.[16] Das man vor diesem Hintergrund einen Mann wie Gerstenmaier, dem bereits zuvor seitens des Auswärtigen Amtes und von Parteistellen politische Unzuverlässigkeit attestiert worden war, nicht als Spitzel zu rekrutieren gedachte, kann als sicher angenommen werden.[17] Diese am Beispiel des vermeintlichen Hauptbeweises für die nationalsozialistische Verstrickung des CDU-Politikers analysierte Vorgehensweise der DDR-Verantwortlichen zog sich wie ein roter Faden durch die Publikation. Durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate und mittels Auslassungen wurden die Vorwürfe gegen Gerstenmaier scheinbar belegt. Die auf den ersten Blick wissenschaftlich anmutende Aufmachung der vorgelegten Veröffentlichung sollte dabei die Seriosität der Anschuldigungen untermauern.

Des weiteren wurde deutlich, daß sich die DDR zudem des bewußten Verschweigens von entlastenden Schriftstücken schuldig gemacht hatte.[18] So finden sich in den zu Gerstenmaier zusammengetragenen MfS-Unterlagen insgesamt neun Dokumente, die der Behauptung, er sei überzeugter Nationalsozialist gewesen, diametral entgegen stehen. Die zwischen 1937 und 1940 ausgefertigten Schriftstücke dokumentierten im Gegenteil sogar seine »politische Unzuverlässigkeit« und antizipierten dessen künftigen Widerstand gegen das NS-Regime.[19] In der Publikation

[15] Zum Prozeß der Ausschaltung des Kirchlichen Außenamtes vgl. drittes Kapitel, 7.

[16] Vgl. zur Tätigkeit und der Widerstandsarbeit des Amtes Ausland/Abwehr unter anderem den Aufsatz von: W. Meyer, Staatsstreichplanung, Opposition und Nachrichtendienst, in: P. Steinbach/J. Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1994, S. 319–338.

[17] Das zunehmende Mißtrauen gegenüber Gerstenmaier fand Ausdruck in einer Reihe von Aktenstücken, die ein geradezu verheerendes Urteil über seine Person fällten. Hingewiesen sei hier nur auf die Notiz des im Auswärtigen Amt tätigen Büttner vom 30. Dezember 1941. Darin hieß es: »Abteilung Deutschland hat von Anbeginn der Tätigkeit Dr. Gerstenmaiers sehr skeptisch gegenübergestanden und sich gegen seine Verwendung durch das Auswärtige Amt ausgesprochen. Der Bericht des Sicherheitsdienstes vom 24.II. bestätigt die Richtigkeit dieser Stellungnahme. [...]«. PA, Inland I D, R 98797.

[18] Das MfS hatte einen Teil des zu Eugen Gerstenmaier zusammengestellten Materials mit der Bezeichnung versehen: »Fotokopien von Dokumenten aus den Jahren 1936 bis 1938 [...], die eine gewisse Entlastung für G. darstellen«. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 45.

[19] Vgl. Beurteilung der Lagerführer Plattner und Grundig vom 30. Oktober 1937. BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 46. Die Gaustudentenführung Mecklenburg hatte in einem Schreiben an die Reichsstudentenführung am 10. Februar 1939 sogar befürchtet, Gerstenmaier werde sich nicht »scheuen, in dieser Gegnerschaft mit anderen dem Nationalsozialismus feindlichen Kräften zusammenzugehen.« BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 61f.

wurden diese Sachverhalte selbstverständlich nicht erwähnt. Ausführlich hingegen wurden Quellen zitiert, die Gerstenmaiers Regimetreue belegen sollten. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, daß die als besonders belastend angeführten Schriftstücke fast samt und sonders von Personen aus dem persönlichen Umfeld Gerstenmaiers angefertigt und offenkundig im Zusammenhang mit der verweigerten Erteilung seiner Dozentur erstellt wurden.[20] So stammte beispielsweise die Bescheinigung der »politischen Zuverlässigkeit« des Gaudozentenbundführers der NSDAP-Gauleitung Hessen-Nassau vom 20. Dezember 1938 aus der Feder seines alten Studienfreundes Enno Freerksen[21], der Gerstenmaier nach eigener Aussage bereits während seiner Rostocker Studienzeit »immer wieder zu Hilfe gekommen«[22] war. Es fanden sich ferner die Loyalitätsbekundungen Bischof Heckels für seinen Mitarbeiter und schließlich Eugen Gerstenmaiers eigene Bekundungen der Regimetreue.[23] Auch die positive Beurteilung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten vom 17. Juni 1940 muß vor diesem Hintergrund differenziert bewertet werden. Die Analyse des Schriftstücks ergab, daß es sich hierbei in den Schlüsselpassagen um eine wortgenaue Übernahme eines Schreibens Bischof Heckels vom 6. Juni 1940 an das Reichskirchenministerium handelte, in dem der Leiter des Außenamtes seinen Wunsch bekundet hatte, daß Gerstenmaier nach erneuter Prüfung eine Dozentur übertragen werden sollte.[24] Das Dokument ist deshalb nicht als eigenständige Meinungsäußerung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten zu werten, sondern es stellt eine unkritische Übernahme des von Heckel für seinen Mitarbeiter verfaßten Textes dar.

---

[20] Einzig bei der Beurteilung von Gerstenmaiers Dissertationsschrift durch Oberregierungsrat Karl Troebs, der im Reichskirchenministerium tätig war, greift diese Erklärung nicht. Allerdings bleibt festzuhalten, daß er sein Gutachten, welches Gerstenmaier zunächst eine im Sinne des Nationalsozialismus positiv zu beurteilende Synthese zwischen »Deutschtum und Christentum« bescheinigt, am Ende relativierte. Troebs führte im letzten Paragraphen seiner Stellungnahme aus: »Da von ihm als Wissenschaftler propagandistische Kampfschriften nicht erwartet werden können, kann man seine Arbeiten nur richtig würdigen, wenn man den echten und fruchtbaren Kampf für eine unerlässliche Aufgabe der deutschen Hochschulen hält. [...]« BStU, MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 8, Bl. 49–51.

[21] Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten, 1969, S. 94, Dok. Nr. 1.

[22] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 41.

[23] Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten, 1969, Dok. Nr. 5 (S. 97), Nr. 6 (S. 98), Nr. 15 (S. 104), Nr. 24 (109), Nr. 25 (S. 110), Nr. 27 (S. 111), Nr. 28 (S. 112–116) und Nr. 31 (S. 119).

[24] Die vom Reichskirchenministerium übernommene Passage aus Heckels Schreiben lautet in ihrer Kernaussage wie folgt: »Während der Kriegsmonate wurden ihm [Gerstenmaier, D. G.] im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt wichtige Aufträge kulturpolitischer Art gegenüber kirchlichen Kreisen des neutralen Auslandes erteilt. [...] Die Dr. Gerstenmaier vom Kirchlichen Außenamt übertragene Betreuung orthodoxer Theologen der Balkankirchen hat er in politisch wie wissenschaftlich gleich ausgezeichneter Weise auch während des Krieges durchgeführt. Es kann schon jetzt gesagt werden, dass durch diese Tätigkeit dem nationalsozialistischen Deutschland in Südosteuropa dauernde Freunde gewonnen werden.« SAPMO, DP 3 243–11/1973.

Von der Fülle der gegen den Christdemokraten vorgebrachten Anschuldigungen bleiben nach intensiver Analyse und Einbettung der Dokumente in den Gesamtkontext somit kaum belastende Aussagen übrig. Die Verfasser der Publikation »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« sahen sich deshalb gezwungen zur Stützung ihrer Thesen einen weiteren Kunstgriff anzuwenden. Nachdem eine direkte nationalsozialistische Verstrickung Gerstenmaiers nicht nachgewiesen werden konnte, wurde die Tätigkeit des Kirchlichen Außenamt in toto in den Blickpunkt gerückt. 15 der insgesamt 51 aus der Zeit bis 1945 datierenden Schriftstücke der Publikation beziehen sich auf die Person von Bischof Heckel bzw. die Aktivitäten des Außenamtes. Rund ein Drittel der vorgelegten Dokumente haben somit keinen direkten Bezug zu Eugen Gerstenmaier oder seinem Arbeitsgebiet beim Außenamt.[25]

Einzig die angeführten Belege für Gerstenmaiers strikten Antikommunismus hielten einer Überprüfung stand.[26] In der Bekämpfung des »Bolschewismus« gab es zwischen der nationalsozialistischen Ideologie und der Geisteshaltung Gerstenmaiers durchaus Überschneidungspunkte, denn dieser plädierte leidenschaftlich für eine Eindämmung des auf Expansionskurs befindlichen Kommunismus. Dabei billigte er jedoch nicht die Mittelwahl der Nationalsozialisten bei der Bekämpfung des Moskauer Einflusses, wie seine Hinwendung zum Widerstand deutlich unterstrich. Gerstenmaiers Einsatz für die Stärkung antikommunistischer Kräfte vor allem in den südosteuropäischen Ländern galt deshalb nicht primär der Festigung des NS-Regimes, sondern zielte darauf, durch eine Unterstützung der dortigen Nationalkirchen einen Schutzwall gegen die kommunistische Ideologie zu errichten. Die Publikation Ost-Berlins belegte deshalb nachdrücklich seinen Antikommunismus. Allerdings hätte es zur Feststellung dieser Tatsache keiner Dokumentation bedurft, da der CDU-Politiker aus seiner antikommunistischen Grundhaltung nie einen Hehl gemacht hatte. Eugen Gerstenmaiers stringente Ablehnung dieser Ideologie stellte damit Ausgangs- und Endpunkt für die sich über eineinhalb Jahrzehnte erstreckende Kampagne der DDR gegen den Christdemokraten dar.

---

[25] Vgl. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten, 1969, Dok. Nr. 10 (S. 100), Nr. 14 (S. 103), Nr. 19 (S. 106), Nr. 33 (S. 120), Nr. 35 (S. 122), Nr. 36 (S. 123), Nr. 38 (S. 124), Nr. 39 (S. 124), Nr. 40 (S. 125), Nr. 42 (S. 126), Nr. 44 (S. 128), Nr. 45 (S. 129), Nr. 47 (S. 130), Nr. 48 (S. 130) und Nr. 49 (S. 131).

[26] Ebd., Dok. Nr. 25 bis 30 (S. 110–118).

Zehntes Kapitel

Rückzug aus der Politik

1. Der Rücktritt

Die Affäre, die den politischen Fall des Bundestagspräsidenten nach sich zog, kam aus der Sicht Gerstenmaiers und seines Umfelds Anfang 1969 unerwartet wie ein »Platzregen«[1]. Ausgelöst wurde sie durch eine Entschädigungszahlung, die der Christdemokrat als Opfer des NS-Regimes Ende 1968 erhalten hatte.[2] Der Parlamentspräsident hatte am 24. April 1964 durch seinen Rechtsbeistand Fabian von Schlabrendorff beim Bundesinnenminister einen Antrag auf Wiedergutmachung auf Basis des 1951 vom Bundestag verabschiedeten Versorgungsgesetzes für Angehörige des öffentlichen Dienstes gestellt. Eugen Gerstenmaier hatte sich zu diesem Schritt entschlossen, obwohl im Frühjahr 1964 noch keine Rechtsgrundlage für die Entschädigung von Personen bestand, denen unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die »Venia Legendi« verweigert worden war.[3] Erst nachdem das Plenum die 7. Novelle des Gesetzes am 1. Juli 1965 verabschiedet hatte[4], war auch diese Gruppe in den Kreis der Wiedergutmachungsberechtigten aufgenommen worden. Am 8. Dezember 1965 wurde dem Antrag des CDU-Politikers unter Berufung auf diese Rechtsgrundlage stattgegeben.[5] Nachdem die Wiedergutmachungsbehörde es als erwiesen angesehen hatte, daß Gerstenmaier aus politischen Gründen die Lehrbefugnis verweigert worden war, hatte das zuständige nordrhein-westfälische Kultusministerium über die Höhe der Entschädigungen zu befinden. Am 21. März 1968 erhielt Eugen Gerstenmaier schließlich vom Düsseldorfer Landesamt für Besoldung und Versorgung den Bescheid über die Bewilligung einer einmaligen Wie-

---

[1] Schreiben Maria Gerstenmaiers an Klaus Mehnert vom 6. Februar 1969. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 70.

[2] Bei der Schilderung der Details des Wiedergutmachungsverfahrens konnte nur teilweise auf Originaldokumente aus dem Nachlaß Gerstenmaiers zurückgegriffen werden. Einige relevante Akten sind auf Wunsch der Familie nicht freigegeben. Herangezogen wurde deshalb auch Schriftgut aus dem beruflichen und persönlichen Umfeld Gerstenmaiers, Unterlagen der SPD-Fraktion sowie Presseberichte.

[3] Zu diesem Zeitpunkt galt das Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD), Sechste Novelle vom 18. August 1961. BGBl I, S. 1349.

[4] Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom 12. Januar 1965 eine Änderung des BWGöD angemahnt. Der Bundestag trug dieser Aufforderung durch die Novellierung des Gesetzes Anfang Juli 1965 Rechnung. BT, 4. Wp., 195. Sitzung vom 1. Juli 1965, S. 9931–9936.

[5] Undatiertes Dossier über die Wiedergutmachungsangelegenheit Eugen Gerstenmaier, das am 17. Januar 1969 vom Persönlichen Referenten des Bundestagspräsidenten, Möller, an den CDU-Kreisverband Backnang übergeben wurde. ACDP, II-051–035/5.

dergutmachungszahlung in Höhe von 281 107 DM sowie monatlicher Emeritenbezüge in Höhe von 2 623 DM.[6]

Diese stattliche Entschädigung war der Ausgangspunkt für die Kontroverse um Gerstenmaier. Noch Ende 1968 war der Parlamentspräsident zumindest in der Presse als Regierungsmitglied für die kommende Legislaturperiode gehandelt worden. Gerstenmaier hatte diese Gerüchte nicht dementiert, sondern in einem Interview mit einem Boulevardblatt sogar offen damit kokettiert, das Amt des Außenministers übernehmen zu wollen.[7] Mitte Januar 1969 schlug dann die Nachricht von der Entschädigungszahlung an den CDU-Politiker wie eine Bombe ein und zerstörte alle Hoffnungen, die Gerstenmaier im Hinblick auf einen Wechsel ins Kabinett gehegt hatte. Der Christdemokrat sah sich gezwungen, in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) Stellung zu beziehen[8] und die Details seines Wiedergutmachungsverfahrens offenzulegen. Besonders der dem Parlamentspräsidenten zuerkannte Betrag von mehr als einer viertel Million DM verstärkte das Interesse der Öffentlichkeit. Rasch regten sich Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Wiedergutmachung und vor allem an der Höhe der Entschädigungszahlung. Tatkräftig unterstützt von Presseorganen der DDR[9] wurde in den westdeutschen Medien vor allem die Diskrepanz zwischen der Gerstenmaier zugestandenen Summe und beispielsweise den Wiedergutmachungsleistungen für ehemalige KZ-Häftlinge angeprangert.[10]

Was dem Parlamentspräsidenten aber in dieser Phase am stärksten vorgeworfen wurde, war die Art und Weise, wie der 62jährige mit den an ihn gerichteten Vorwürfen umging. Seine Rechtfertigungsversuche erregten aufgrund der Aggressivität, mit der er auf die Anschuldigungen reagierte, Aufsehen. Schlagzeilen machte vor allem seine Aussage: »Nazi hätte ich sein müssen, dann bräuchte ich mich jetzt nicht zu verteidigen.«[11] Die Kritiker des CDU-Politikers wurden aber durch diese starre Haltung Gerstenmaiers nicht zum Schweigen gebracht. Die Schärfe der Angriffe nahm im Gegenteil sogar noch zu. Auch ein Fernsehinterview, von dem sich Gerstenmaier eine Schadensbegrenzung erhofft hatte, erbrachte keinen Stimmungsumschwung.[12] Nach wie vor beharrte er darauf, daß jegliche Kritik unberechtigt sei

---

[6] Die Emeritenbezüge sowie die Entschädigungssumme basierten auf der Annahme, daß Gerstenmaier mit Wirkung vom 1. November 1938 zum Dozenten ernannt worden wäre. Akte der Staatsanwaltschaft Bonn, 8 Js 544/69. ACDP, I-210–022/2.

[7] Abendzeitung am Sonntag vom 17. November 1968.

[8] dpa-Meldung Nr. 122 vom 12. Januar 1969.

[9] Vgl. unter anderem: Neues Deutschland vom 15. Januar 1969.

[10] Siehe beispielsweise die Leserzuschriften in: Frankfurter Rundschau vom 18. Januar und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 1969.

[11] dpa-Meldung Nr. 122 vom 12. Januar 1969. Gerstenmaier hatte seine diesbezüglichen Äußerungen wenige Stunden später sogar noch mit den Worten präzisiert: »Wenn ich, wie so mancher Trommelbube Hitlers gewesen wäre, dann wäre ich 1938 Professor geworden, wäre 1945 vielleicht für kurze Zeit aus dem Verkehr gezogen worden, hätte sicher 131er Bezüge bekommen und schon bald wieder mein Ordinariat ausgeübt. So aber saß ich im Loch, während andere damals Hitler verherrlichten, die heute glauben, die Demokratie höre auf ihr Kommando.« dpa-Meldung Nr. 125 vom 12. Januar 1969.

[12] Interview Richard Löwenthals mit Eugen Gerstenmaier am 15. Januar 1969 im Rahmen der Sendung ZDF-Magazin.

und er lediglich die ihm als Bundesbürger zustehenden rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft habe. Dabei hob der CDU-Politiker besonders auf die Motive seines Vorgehens ab und unterstrich, daß es ihm nicht um eine monetäre Entschädigung für das von ihm erlittene Unrecht ginge. Er habe den Wiedergutmachungsantrag in der Hoffnung gestellt, hierdurch eine rechtliche Anerkennung seines Status als ordentlicher Universitätsprofessor zu erhalten.[13] In der Tat hatte sich Gerstenmaier seit den fünfziger Jahren auch gegen Zweifel an der Rechtmäßigkeit seiner erworbenen akademischen Titel zur Wehr zu setzen. Vorwürfe dieser Art kamen nicht nur aus Ost-Berlin, sie wurden auch vom rechtsextremen politischen Spektrum kolportiert. Eugen Gerstenmaier hatte versucht, diesen Anschuldigungen im Verlauf einer sich über Jahre hinziehenden gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem ehemaligen General Hermann Bernhard Ramcke den Nährboden zu entziehen. Ramcke hatte – zweifellos unter Einbringung von Dokumenten Ost-Berliner Provenienz – die Reputation Gerstenmaiers durch Hinweise auf dessen vermeintliche nationalsozialistische Vergangenheit und dem unrechtmäßigen Führen akademischer Grade zu untergraben versucht.[14] Die Auseinandersetzung mit Ramcke hatte schließlich in einem von Gerstenmaier angestrengten Prozeß vor dem Landgericht Kiel wegen übler Nachrede gemündet, aus dem der CDU-Politiker 1964 siegreich hervorging.[15] Dennoch hatte sich der Parlamentspräsident von einem Wiedergutmachungsverfahren die »rechtlich[e] Bestätigung«[16] erhofft, daß die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen ungerechtfertigt waren.

Die Öffentlichkeit zeigte sich von den Beteuerungen Gerstenmaiers, er habe lediglich eine ideelle Wiedergutmachung angestrebt, indes wenig beeindruckt. In den Mittelpunkt der Kontroverse rückte nun ferner das Zustandekommen der 7. Novelle des Entschädigungsgesetzes, durch die der Antrag des Christdemokraten letztlich eine Rechtsgrundlage gefunden hatte. Vorwürfe zirkulierten, Gerstenmaier habe aus Eigeninteresse eine Abänderung des Gesetzestextes in der 4. Legislaturperiode forciert. Diese Anschuldigungen konnte der CDU-Politiker zwar mit dem Hinweis entkräften, er habe seinen Antrag schon im Dezember 1964 gestellt[17], dennoch hiel-

---

[13] Undatiertes Dossier über die Wiedergutmachungsangelegenheit Gerstenmaiers, das am 17. Januar vom Persönlichen Referenten des Bundestagspräsidenten, Möller, an den CDU-Kreisverband Backnang übergeben wurde. ACDP, II-051–035/5.

[14] Die Kontroverse hatte sich 1956 an der Rede Gerstenmaiers auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart entzündet. Darin hatte Gerstenmaier vom »Wiederlautwerden alter, ungeläuterter Hitler-Anhänger« gesprochen und dabei namentlich den ehemaligen General Ramcke erwähnt. Ramcke hatte auf diese Bemerkung mit der Forderung nach Einleitung eines EKD-Disziplinarverfahrens gegen den beurlaubten Kirchenbeamten Gerstenmaier wegen Rufmords reagiert. Schreiben der Kirchenkanzlei an die Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche vom 22. November 1956. EZA, 2/P 15. Der Bundestagspräsident reagierte auf die über Jahre von Ramcke vorgetragenen Anschuldigungen mit der Anstrengung einer Verleumdungsklage.

[15] Der Prozeß vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Kiel endete am 27. Januar 1964 mit einem Vergleich. Ramcke mußte seine Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen. Schreiben Fabian von Schlabrendorffs an die Synode der EKD vom 26. Juli 1965. ACDP, I-210–029/2.

[16] dpa-Meldung Nr. 122 vom 12. Januar 1969.

[17] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Januar 1969.

ten sich hartnäckig Gerüchte, man habe ihm eine bevorzugte Behandlung angedeihen lassen.

Die Querelen um die Wiedergutmachungsleistung für den Bundestagspräsidenten spitzten sich im Januar 1969 immer mehr zu und hielten das politische Bonn in Atem. Aufgrund des großen Öffentlichkeitsinteresses sahen sich nun auch die Fraktionen gezwungen, Farbe zu bekennen. Die Union stellte sich zunächst vor ihren Parteifreund und bekundete ihm in Form einer von Bundeskanzler Kiesinger vorgetragenen Ehrenerklärung ihre Unterstützung.[18] Die SPD war in dieser Kontroverse sichtlich um Sachlichkeit bemüht. Die Partei nutzte die Auseinandersetzung um Gerstenmaier trotz der im Herbst anstehenden Bundestagswahl nicht politisch aus. Die SPD-Fraktion, die vor den Wahlen wohl auch keine Spannungen im Regierungsbündnis aufkommen lassen wollte, hielt sich mit Stellungnahmen zum »Fall Gerstenmaier« zurück. Allerdings rügten die Sozialdemokraten durchaus dessen Unbeherrschtheit.[19] Besonders Gerstenmaiers Kritik am demokratischen Rechtsstaat provozierte den Widerspruch der SPD. Im Verlauf einer Pressekonferenz hatte der Parlamentspräsident am 13. Januar seinem Unmut über die gegen ihn gerichteten Angriffe mit folgenden Worten freien Lauf gelassen: »Solange Sie nicht den Schein vorlegen in diesem Staat des Berechtigungswesens, kann ich nur sagen nach zwanzigjähriger Erfahrung, sind Sie der Angeschmierte. [...] Und wissen Sie was, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft und die Notwendigkeit, nicht vor Freisler, sondern im freiheitlichen deutschen Rechtsstaat, sagen zu müssen: ›Ich habe es doch nicht zusammengeträumt‹, herumlaufen zu müssen und nach Papieren, nach Zeugen, nach Unterlagen zu fragen, Ihre mühsam von der Gestapo geklauten, von der Gestapo beschlagnahmten Papiere wieder ersetzen zu müssen und die Unfähigkeit, alle dabei zusammenzubringen zur rechten Zeit, das stellt Sie in diesem Staat unter eine Schuldzumutung. Und damit finde ich mich nicht ab, meine Damen und Herren.«[20]

Wie die SPD wies auch die FDP diese harschen Äußerungen Gerstenmaiers zurück. Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Hans-Dietrich Genscher, hatte lautstark Kritik am Parlamentspräsidenten geübt und eine öffentliche Zurücknahme seiner staatskritischen Äußerungen gefordert.[21] Im Unterschied zu den Sozialdemokraten, die prinzipiell nicht die Rechtmäßigkeit des Wiedergutmachungsverfahrens anzweifelten, zeigten sich die Liberalen durchaus kampfbereit. Auch die FDP-Basis machte gegen den CDU-Politiker Front. So hatte beispielsweise der liberale Kreisverband Backnang Gerstenmaier in einem offenen Brief in scharfer

[18] Kurt Georg Kiesinger hatte am 16. Januar 1969 unter anderem erklärt: »Dem Bundestagspräsidenten sind in einem rechtlichen Wiedergutmachungsverfahren Ansprüche zugestanden worden, die auch finanzielle Auswirkungen hatten. Ich habe mich überzeugt, dass bei diesem Verfahren völlig korrekt vorgegangen wurde. Es gibt keinerlei Grund, an der Ehrenhaftigkeit unseres Freundes Eugen Gerstenmaier zu zweifeln. Er hat unser volles Vertrauen.« ACDP, II-051–035/5.

[19] Vorwärts vom 16. Januar 1969.

[20] Transkript der Ausführungen Eugen Gerstenmaiers auf der Pressekonferenz vom 13. Januar 1969. Pressearchiv, Ausschnittssammlung Eugen Gerstenmaier.

[21] Frankfurter Rundschau vom 18. Januar 1969.

Form kritisiert.[22] Zudem kursierten Gerüchte, die der FDP-Spitze unterstellten, die Affäre überhaupt erst ins Rollen gebracht zu haben. Franz Josef Strauß beispielsweise war davon überzeugt, daß die Liberalen über einen Kontaktmann im Bundesinnenministerium Details des Wiedergutmachungsantrags von Eugen Gerstenmaier in Erfahrung gebracht hatten. Diese Informationen waren dann – Strauß zufolge – an die Presse weitergegeben worden.[23]

Die Angriffe durch die FDP ließen die Situation für den Parlamentspräsidenten noch prekärer werden. Nicht nur die Öffentlichkeit zeigte sich empört, langsam wurde auch im politischen Bonn die Frontenbildung deutlich. Gerstenmaiers Entgleisungen hatten ihn auch bei SPD und Union Sympathien gekostet. Zwar bemühte sich das Umfeld Gerstenmaiers darum, dessen Unbeherrschtheit durch eine intensivierte Zusammenarbeit mit den Medien und der Bereitstellung von Informationen über den Ablauf des Wiedergutmachungsverfahrens vergessen zu machen, doch war der Erfolg nur mäßig.[24] Selbst die Betonung des ideellen Impetus Gerstenmaiers durch den Hinweis, daß er einen Großteil der Entschädigungssumme an Angehörige des Widerstandskreises »20. Juli 1944« weitergegeben hatte, führte nicht zum erhofften Umschwung der öffentlichen Meinung.[25] Bei der Unionsführung machte sich mittlerweile Besorgnis breit. Die aggressive Reaktion Gerstenmaiers auf die Anschuldigungen warf einen langen Schatten und Teile der CDU/CSU-Fraktion sahen sogar das Amt des Bundestagspräsidenten in Mitleidenschaft gezogen.[26] Die Zustimmung innerhalb der Union, wie sie in der »Ehrenerklärung« für den Bundestagspräsidenten vom 17. Januar signalisiert worden war, begann unübersehbar zu schwinden. Gerstenmaiers Parteikollegen verloren die Geduld, da es ihm nicht gelingen wollte, einen Schlußstrich unter die Debatte zu setzen. Erste Rücktrittsgerüchte begannen die Runde zu machen; Gerstenmaier selbst hatte bereits in einem Fernsehinterview am 15. Januar einen solchen Schritt nicht völlig ausgeschlossen.[27] Der 62jährige war sich der Schwere der Situation durchaus bewußt. Trotz seines Hinweises auf seinen eventuellen Rückzug vom Amt des Parlamentspräsidenten war er aber in diesen Tagen dennoch bereit, zu kämpfen. So sagte er eine für Ende Januar anberaumte Dienstreise nach Südafrika ab[28], um sich in Bonn den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu stellen.[29]

---

[22] Der offene Brief wurde unter anderem im Südwest Merkur (Stuttgart) am 17. Januar unter der Überschrift »Gerstenmaiers Ausnahmerecht« publiziert.

[23] Ausführungen von Franz Josef Strauß im Verlauf der CSU-Landesvorstandssitzung vom 27. Januar 1969. ACSP, LGF-V/27.1.1969.

[24] Neue Rhein-Ruhr-Zeitung vom 18. Januar 1969.

[25] Westfälische Rundschau vom 17. Januar bzw. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Januar 1969.

[26] General-Anzeiger (Bonn) vom 18. Januar 1969.

[27] Interview Richard Löwenthals mit Eugen Gerstenmaier am 15. Januar 1969 im Rahmen der Sendung ZDF-Magazin.

[28] Bericht für das Bundeskanzleramt vom 17. Januar 1969. BA, B 136/4523.

[29] So legte Eugen Gerstenmaier in der Ältestenratssitzung vom 17. Januar 1969 eine schriftliche Erklärung vor, die seine Beweggründe für den Wiedergutmachungsantrag darlegten. Protokoll der

Hinter den Kulissen bemühte sich der Unionsfraktionsvorsitzende Barzel, trotz des uneinheitlichen Stimmungsbildes in den eigenen Reihen, weiterhin Gerstenmaier den Rücken zu stärken. Rainer Barzel strebte in diesem Zusammenhang auch eine Verständigung mit SPD und FDP an, um eine breite parlamentarische Unterstützung für den Parlamentspräsidenten zu erzielen. Während die FDP bereits frühzeitig signalisierte, daß sie den Vertrauensverlust gegenüber dem Bundestagspräsidenten als zu groß erachtete, um für sein Verbleiben im Amt zu votieren[30], zeigten sich die Sozialdemokraten zu einem gemeinsamen Handeln mit ihrem Koalitionspartner bereit. Als Voraussetzung für ihre Unterstützung hatte die SPD allerdings die Einsetzung einer Untersuchungskommission gefordert, die Antwort auf die am heftigsten diskutierten Aspekte des Entschädigungsverfahrens geben sollte.[31] Das Gremium sollte klären, ob im »Fall Gerstenmaier« das Recht korrekt angewandt wurde. Ferner sollte der Wahrheitsgehalt der bislang von Eugen Gerstenmaier abgegebenen Erklärungen überprüft und der Anschuldigung nachgegangen werden, ob er zu seinen Gunsten in das laufende Wiedergutmachungsverfahren eingegriffen hatte. Der Christdemokrat erklärte sich bereit, der SPD-Forderung zu entsprechen und seine persönlichen Unterlagen zur Prüfung zur Verfügung zu stellen, um die Zweifel gegen ihn auszuräumen. Die FDP hingegen lehnte eine Beteiligung an einer interfraktionellen Kommission ab. Die Liberalen beharrten darauf, daß es ihnen weniger um die Bestätigung der rechtlich korrekten Abwicklung des Wiedergutmachungsverfahrens ging. Ihr hauptsächliches Interesse gelte vielmehr den »politisch-moralischen Aspekte[n]«[32] dieser Kontroverse.

Die im Herbst anstehende Wahl ließ aber auch in der CDU/CSU den Unmut über Eugen Gerstenmaier lauter werden.[33] Die Parlamentarier der Union gingen zunehmend dazu über, sich das in der Bevölkerung herrschende Stimmungsbild zu eigen zu machen. Besonders eine Gruppe junger Abgeordneter um Egon Klepsch machte deutlich, daß sie Gerstenmaiers abermalige Wiederwahl nicht unterstützen würden.[34] In dieser Situation vermochte auch eine von der SPD eingesetzte Untersuchungskommission keinen entscheidenden Stimmungswandel zugunsten Gerstenmaiers hervorzurufen. Noch bevor die SPD-Abgeordneten Kurt Gscheidle,

---

96. Sitzung des Ältestenrates vom 17. Januar 1969. PBT, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

[30] Notiz Rainer Barzels über eine Unterhaltung mit Wolfgang Mischnick vom 21. Januar 1969. BA, N 1371/80.

[31] Beschluß der SPD-Fraktionssitzung vom 21. Januar 1969. AsD, NL Werner Jacobi, 1/WJAA528.

[32] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 1969.

[33] Vgl. dazu: Neue Rhein-Ruhr-Zeitung vom 22. Januar 1969. Die Frankfurter Rundschau vom gleichen Tag hatte in ihrer Berichterstattung sogar namentlich auf den CDU-Abgeordneten Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein verwiesen, der in seinem Wahlkreis Siegen einen offenen Brief mit folgendem Inhalt verfaßt hatte: »Im Endeffekt machen wir nämlich die Demokratie kaputt, wenn sich die Fälle häufen, dass bestimmte Persönlichkeiten bevorzugt behandelt werden, während andere in ihren Wiedergutmachungsansprüchen Schwierigkeiten haben.«

[34] Bericht des amerikanischen Botschaftsangehörigen Fessender an das State Department vom 23. Januar 1969. NARA, RG 59, Central Policy Files, POL 15–2 GER W.

Martin Hirsch und Fritz Sänger ihren Bericht vorlegen konnten, war deshalb die Entscheidung über den Rücktritt Gerstenmaiers gefallen. Die Weichenstellung war am 22. Januar in einem Gespräch, an dem neben Eugen Gerstenmaier und Rainer Barzel, Wolfgang Mischnick, Helmut Schmidt und Richard Stücklen teilnahmen, erfolgt. Mittlerweile hatte auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmidt zu erkennen gegeben, daß er für Gerstenmaier das Ende seiner politischen Arbeit als Bundestagspräsident gekommen sah.[35] Einzig Rainer Barzel versicherte seinem Parteifreund, er werde ihm auch beistehen, wenn er sich für einen Verbleib im Amt entschied. Eugen Gerstenmaier war vor diesem Szenario klar, daß ein Rücktritt unausweichlich war; der 62jährige suchte nun nach einem Weg, bei diesem Schritt weit möglichst das Gesicht wahren zu können. Nach einer Unterredung mit dem Kanzler in den Morgenstunden verkündete der Bundestagspräsident am 23. Januar zunächst vor der Unionsfraktion seine Amtsniederlegung zum Ende des Monats.[36] In einer knapp gehaltenen Erklärung dankte Gerstenmaier seiner Partei mit unverhohlenem Sarkasmus für die Möglichkeit, »in ihren Reihen«[37] zurücktreten zu können. Seine Worte beinhalteten deshalb auch keinen Dank an die Fraktionskollegen.[38] Zwar wußte Eugen Gerstenmaier den Fraktionsvorsitzenden und den Kanzler auf seiner Seite[39], doch hatte er es trotz dieser prominenten Fürsprecher nicht vermocht, die Fraktionsmehrheit dauerhaft für sich zu gewinnen. Die Firnis der Unterstützung war rasch abgeblättert. Gerstenmaier war zur Belastung für seine Fraktionskollegen geworden, deren Blick bereits auf die in rund acht Monaten stattfindende Wahl gerichtet war.[40] Der am 23. Januar verkündete Rücktritt des Christdemokraten wurde deshalb mit Erleichterung aufgenommen. Selbst aus der abermaligen Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Wiedergutmachung durch die CDU/CSU unmittelbar vor der offiziell verkündeten Amtsniederlegung war die Distanz zu Gerstenmaier deut-

---

[35] Notiz Rainer Barzels über eine interfraktionelle Sitzung in Bonn vom 22. Januar 1969. BA, N 1371/80.

[36] Bis zur Wahl eines neuen Bundestagspräsidenten übernahm mit Wirkung vom 31. Januar an Gerstenmaiers Stellvertreter, der SPD-Abgeordnete Erwin Schoettle, als amtierender Parlamentspräsident die Abwicklung der Amtsgeschäfte in vollem Umfang. ACDP, I-022–032/2.

[37] Erklärung Eugen Gerstenmaiers vor der CDU/CSU-Fraktion vom 23. Januar 1969. Ebd.

[38] Gerstenmaier schloß seine Erklärung vor seinen Fraktionskollegen am 23. Januar 1961 mit den Worten: »In dieser Stunde möchte ich nur noch sagen dürfen, dass ich nach dem Maße meiner Kraft und Möglichkeit versucht habe, in der Gemeinschaft zumeist toter Freunde und danach in der Christlich-Demokratischen Union dem freiheitlichen Rechtsstaat zu dienen.« Ebd.

[39] Kiesinger hatte in der Sitzung des Bundesvorstands vom 16. Januar 1969 eine Lanze für den Bundestagspräsidenten gebrochen und seine Parteifreunde zur Solidarität mit Gerstenmaier aufgefordert. ACDP, VII-001–018/1.

[40] Die Kritik an Gerstenmaier war indes nicht nur auf das Inland beschränkt. Auch die ausländische Presse ging mit dem Parlamentspräsidenten scharf ins Gericht. Das Bundeskanzleramt hatte die negative Resonanz des Auslands genau beobachtet und als Hauptkritikpunkte unter anderem folgenden Vorwürfe aufgeführt: »Einflußnahme auf die Gesetzgebung (›Lex Gerstenmaier‹); Diskriminierung anderer Nazi-Opfer; Peinlichkeit der Äusserungen vor Bundespressekonferenz [und] schlechter Stil des ersten Mannes im Staat, der Gewissen der Nation sein will«. Zusammenstellung von Referat L 4 im Kanzleramt vom 27. Januar 1969. BA, B 136/4510.

lich ablesbar.[41] Die Union war daran interessiert, möglichst rasch eine »überragende Persönlichkeit«[42] als Nachfolger zu präsentieren, um in der Bevölkerung ihre Handlungsfähigkeit zu unterstreichen.

Die SPD reagierte auf den Rücktritt Gerstenmaiers mit einer Erklärung, in der die Genossen zwar nicht ihren Unmut über dessen teilweise unbeherrschtes Verhalten verschwiegen, sie aber nachdrücklich seine Verdienste um die Demokratie anerkannten.[43] Die in der Erklärung zum Ausdruck kommende »kantig-entschlossene Verteidigung und vorbehaltlose Ehrenerklärung der ehedem verfolgten Sozialdemokraten«[44] bewegte den Christdemokraten in diesen für ihn einsamen Bonner Tagen in besonderem Maße. Gerstenmaiers Achtung vor der Haltung der SPD wuchs noch, nachdem die sozialdemokratische Untersuchungskommission am 23. Januar ihr Ergebnis vorlegte.[45] Wie sich zuvor bereits angedeutet hatte, waren bei der Überprüfung des Wiedergutmachungsverfahrens keine Rechtsverstöße festgestellt worden. Die Kommission stützte vielmehr Gerstenmaiers Aussage, er habe einzig eine ideelle Wiedergutmachung angestrebt. Damit bestätigten die drei sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder den einen Tag zuvor vorgelegten Bericht des CDU-Abgeordneten Max Güde, der im Auftrag seiner Partei die Details des Entschädigungsverfahrens untersucht hatte.[46] Die Genossen Gscheidle, Hirsch und Sänger gingen jedoch über die Überprüfung der rechtlichen Aspekte im »Fall Gerstenmaier« noch einen Schritt weiter. In einem nur für die SPD-Fraktion bestimmten Papier wiesen die Kommissionsmitglieder in einem Resümee auf die Gründe für das Scheitern des Parlamentspräsidenten hin. »Gerstenmaiers Rechthaberei«, so hieß es in dem Bericht unter anderem, »sein übersteigertes Geltungsbedürfnis und ein oft ungezügeltes Selbstbewußtsein haben ihn bei der berechtigten Vertretung seiner persönlichen Interessen in eine Lage gebracht, die durch einen weithin sichtbaren Vertrauensschwund gekennzeichnet und unhaltbar geworden ist.«[47] Die Sozialde-

---

[41] Pressemitteilung der Unionsfraktion vom 23. Januar 1969. ACDP, II-051–035/5.

[42] Notizen Rainer Barzels über das künftige Vorgehen der Union vom 25. Januar 1969. BA, N 1371/80.

[43] Informationen der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag, Nr. 53 vom 23. Januar 1969.

[44] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 591.

[45] Bericht der SPD-Kommission »betr. Feststellung und Würdigung zum Antrag Dr. Eugen Gerstenmaier auf Wiedergutmachung« vom 23. Januar 1969. AsD, NL Sänger, Mappe 248.

[46] Der Bericht des ehemaligen Generalbundesanwalts Güdes vom 22. Januar 1969 gipfelte in drei Feststellungen: 1) Der Wiedergutmachungsbescheid war in jeder Hinsicht gesetzeskonform; 2) Gerstenmaier hatte das Gesetzgebungsverfahren nicht zu seinen Gunsten zu beeinflussen versucht und 3) der Bundestagspräsident hatte auf die Bearbeitung seines Antrages »nicht mehr Einfluß genommen, als es von jedem Antragsteller in seiner Sache zu erwarten« gewesen sei. ACDP, II-051–035/5. Güde hatte gegenüber Rainer Barzel nochmals betont, daß es Gerstenmaier nicht auf materielle Vorteile ankam, dieser aber statt dessen mit »geradezu Kohlhaasischer Besessenheit« an seinem Professorenanspruch hing. Vermerk Max Güdes für den Fraktionsvorsitzenden der Union vom 22. Januar 1969. BA, N 1371/80.

[47] Bericht der SPD-Kommission »betr. Feststellung und Würdigung zum Antrag Dr. Eugen Gerstenmaier auf Wiedergutmachung« vom 23. Januar 1969. AsD, NL Fritz Sänger, Mappe 248.

mokraten hatten damit die in seiner Persönlichkeitsstruktur begründeten Hauptmerkmale für das Ende der politischen Karriere Gerstenmaiers ausgemacht. Doch waren entgegen dem Tenor des Kommissionsberichts noch andere Ursachen ausschlaggebend für dessen Sturz. Neben den evidenten wahlkampfstrategischen Gründen der FDP, war einmal mehr der mangelnde Rückhalt Gerstenmaiers in der Union von großer Bedeutung.

Auch die öffentliche Meinung spielte im Wiedergutmachungsfall Gerstenmaier eine große Rolle.[48] Zwischen den ersten Pressemeldungen über das Wiedergutmachungsverfahren und der Ankündigung seines Rücktritts hatten für den Christdemokraten zwölf quälend lange Tage gelegen. Entgegen allen seinen Bemühungen war es ihm in dieser Zeit nicht gelungen, das Meinungsbild zu seinen Gunsten entscheidend zu verändern. Obwohl ihm keine rechtlichen Verfehlungen nachgewiesen werden konnten, hatte das »Volk [...] seinen Daumen gesenkt«[49]; entsprechend einer Umfrage der Tübinger Wickert-Institute hatten sich Ende Januar 1969 79% der befragten Bürgerinnen und Bürger für einen sofortigen Rücktritt des Parlamentspräsidenten ausgesprochen.[50] Die Gründe für den jähen Sturz des einstmals so populären Politikers[51] in der öffentlichen Meinung waren vielschichtig. Vor allem hatte die Gerstenmaier zuerkannte Entschädigungssumme von mehr als einer viertel Million Mark für den in den Augen der Bevölkerung gut entlohnten Bundestagspräsidenten[52] Verstimmung hervorgerufen. In diesem Zusammenhang ließen besonders die teilweise beschämend geringen Wiedergutmachungszahlungen für die Majorität der nationalsozialistischen Opfer in der Öffentlichkeit das Gefühl aufkommen, daß vor dem Gesetz doch nicht alle Menschen gleich behandelt würden. Der Mißmut in der Bevölkerung wurde durch die Berichterstattung der Presse noch weiter geschürt. Von besonderer Schärfe waren dabei die Attacken der ostdeutschen Blätter.[53] Allerdings trug die Ost-Berliner Pressekampagne im Januar nicht entscheidend dazu dabei, daß öffentliche Bewußtsein in der Bundesrepublik zu beeinflussen.

Als einflußreich erwiesen sich die bundesdeutschen Medien, die Eugen Gerstenmaier bereits seit Jahren tendenziell eher kritisch begleitet hatten. In besonderer Weise trat hierbei das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« hervor.[54] Bereits vor der Wie-

---

[48] Die Bonner Botschaft der Vereinigten Staaten teilte dem State Department in einem Telegramm vom 23. Januar 1969 als Gründe für den Rücktritt des Bundestagspräsidenten mit: »Until today it appeared that Gerstenmaier might be able to weather the storm. However, the lack of support from within his own party and increasing pressure from public opinion finally led to the decision to lay down the position he held since 1954.« NARA, RG 59, Central Policy Files, POL 15–2 GER W.

[49] Die Welt vom 25. Januar 1969.

[50] Der Spiegel präsentierte dieses Ergebnis in seiner Ausgabe vom 27. Januar 1969, Jg. 23, Nr. 5 (S. 21).

[51] Vgl. neuntes Kapitel, 5.

[52] Dem Parlamentspräsidenten stand neben der Abgeordnetenentschädigung eine ebenfalls steuerpflichtige Amtszulage in gleicher Höhe zu. Vgl. R. Schick, Der Bundestagspräsident, 1997, S. 77.

[53] Siehe unter anderem: Neues Deutschland vom 15., 19., 21. und 22. Januar 1969.

[54] Der Spiegel widmete in seiner Ausgabe vom 20. Januar 1969 sogar seine Titelgeschichte dem angeschlagenen Bundestagspräsidenten.

dergutmachungsaffäre hatte das Magazin heftige Kritik an dem Politiker geübt. So hatte 1967 eine Kontroverse um sein Hunsrücker Feriendomizil sowie Querelen um einen Grundstückserwerb in Stuttgart Gerstenmaier in Erklärungsnot gebracht.[55] Dabei bezog sich der Vorwurf der unrechtmäßigen Nutzung des Vierherrenwälder Hauses auf einen Zeitabschnitt, der lange vor der Übernahme des Parlamentspräsidentenamtes durch Gerstenmaier lag.[56] Weder die Anschuldigung, bei dem 1949 durch eine Schenkung in kirchlichen Besitz gelangten 448 Hektar großen Gelände nebst 15-Zimmer-Jagdhaus hätte sich Gerstenmaier der Steuerhinterziehung schuldig gemacht, noch die unterstellten Ungereimtheiten hinsichtlich des zwischen EKD und dem CDU-Politiker abgeschlossenen Nießbrauchvertrags vermochten das Magazin jedoch stichhaltig zu belegen.[57] Die Kritik an Gerstenmaiers Ferienunterkunft allein hätte deshalb auch kein großes Interesse erregt, da das Vierherrenwälder Jagdhaus kaum den bundesdeutschen Vorstellungen von einer luxuriösen Unterkunft entsprach. Bezeichnend für den offenbar wenig anheimelnden Zustand des Gebäudes war eine Aussage von Franz Josef Strauß, der Eugen Gerstenmaier zweimal in seinem Jagdhaus besucht hatte und dessen Charakterisierung der dortigen Räumlichkeiten sehr drastisch ausfiel: »[...] ich möchte geschenkt dort nicht wohnen in dieser alten Bude, in dieser unkomfortablen Geisterfalle. Das Wirtshaus im Spessart ist eine wesentlich liebenswertere Vorstellung im Vergleich dazu.«[58]

Allerdings erhielt die Berichterstattung über das von dem Christdemokraten genutzte Jagdrevier im Vierherrenwald aufgrund einer kurz zuvor virulenten Affäre um einen Grundstückskauf in Stuttgart Brisanz. Der im Juni 1967 erhobene Vorwurf der Preistreiberei[59] hatte im Unterschied zur Diskussion um Gerstenmaiers Feriendomizil weite Kreise gezogen.[60] Die Anschuldigung der Grundstücksspekulation wurde nicht nur von der Gerstenmaier ohnehin distanziert gegenüberstehenden Presse aufgegriffen. Besonders in seiner baden-württembergischen Heimat wurde der Versuch des CDU-Politikers, ein 1959 in der Landeshauptstadt erworbenes Baugrundstück zum sechsfachen Preis wieder zu veräußern, mit Unmut aufgenommen. Die Kritik zielte besonders darauf ab, daß der Profit des Parlamentariers zulasten der Steuerzahler gehen sollte.[61] Es regten sich rasch Stimmen, die eine bevorzugte Behandlung des Politikers vermuteten. Selbst die Stuttgarter Staats-

[55] Der Spiegel, Jg. 23, Nr. 4 vom 20. Januar 1969, S. 22.

[56] Das Jagdrevier nebst Haus war 1949 durch die Industriellenwitwe Ulrike Haniel von Rauch der Evangelischen Kirche übereignet worden. Zu den Modalitäten der Schenkung vgl. ADW, ZB 222 und 242.

[57] Der Spiegel, Jg. 21, Nr. 31 vom 24. Juli 1967, S. 30–33. Zur Zurückweisung der Vorwürfe des Hamburger Nachrichtenmagazins siehe die Gegendarstellung aus Gerstenmaiers Umfeld in: DUD, 21. Jg., Nr. 138 vom 26. Juli 1969 sowie Evangelischer Pressedienst vom 27. Juli 1969.

[58] Ausführung von Franz Josef Strauß im Verlauf der CSU-Landesvorstandssitzung vom 27. Januar 1969. ACSP, LGF-V/27.1.1969.

[59] Der Spiegel, Jg. 23, Nr. 27 vom 26. Juni 1967, S. 28.

[60] Vgl. dazu unter anderem: Frankfurter Rundschau vom 19. Juli; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli. Ferner: Die Zeit vom 28. Juli und der Spiegel vom 31. Juli 1967.

[61] Die Stuttgarter Stadtverwaltung, von der Gerstenmaier das Grundstück erworben hatte, wollte das Baugelände wieder zurückkaufen, nachdem der Parlamentspräsident mittlerweile von der Errich-

anwaltschaft nahm sich der Angelegenheit an, nachdem zwei Anzeigen gegen den Bundestagspräsidenten wegen Untreue zum Nachteil der Stadt Stuttgart eingegangen waren und begann, gegen die für die Ausfertigung des Kaufvertrags 1959 verantwortlichen Beamten der Landeshauptstadt zu ermitteln. Während Eugen Gerstenmaier sowohl beim Erwerb als auch bei der Veräußerung des 14 Ar großen, in einer Stuttgarter Villengegend gelegenen Baugeländes keine Rechtsverstöße nachgewiesen werden konnten, schädigte sein Feilschen um die von der Stadtverwaltung zu entrichtende Rückkaufsumme sein Ansehen.[62] Die Affäre zog sich bis August 1967 hin. Erst nach Intervention des nord-württembergischen CDU-Landesvorsitzenden Klaus Scheufelen und des christdemokratischen Generalsekretärs Bruno Heck[63] konnte mit der Stadt ein Vergleich erreicht und der Streit beigelegt werden.[64] Als besonders hilfreich hatte sich dabei die direkte Gesprächsaufnahme Hecks zum Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett erwiesen, durch die es schließlich möglich geworden war, die »unangenehme Sache«[65] zu bereinigen. Obwohl Gerstenmaier bei seinen Verhandlungen mit der Stadtverwaltung schließlich einlenkte und seine Forderungen reduzierte[66], hatte die Grundstücksangelegenheit sein Renommee in beträchtlichem Maße in Mitleidenschaft gezogen. Besonders in seiner schwäbischen Heimat[67] wurde das Tauziehen zwischen dem Bundestagspräsidenten und der Stuttgarter Stadtverwaltung mit besonderem Befremden verfolgt.[68]

---

tung eines Wohngebäudes auf dem Areal Abstand genommen hatte. Protokoll der Vernehmung Hans Wagners durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 12. Juli 1967. ACDP, I-210–029/3.

62 Gerstenmaier, der das Areal am Kräherwald am 17. September 1959 für 50 000 DM erworben hatte, ging aufgrund einer besonderen Rückkaufklausel im Vertrag davon aus, daß er das Grundstück nicht zum ursprünglichen Kaufpreis, sondern zum Verkehrswert im Jahr 1967 an die Stadt Stuttgart veräußern könne. Undatierte Zusammenstellung der Grundstücksangelegenheit Gerstenmaiers im Nachlaß Bruno Hecks. ACDP, I-022–032/2.

63 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. August 1967.

64 Der Stuttgarter Oberbürgermeister bestätigte in einer Erklärung vom 3. August 1967, Gerstenmaier habe sich bei dem Erwerb des Grundstücks »einwandfrei verhalten«. Klett teilte ferner mit, daß die Stadt das Areal nunmehr zum Preis von 98 031,23 DM zuzüglich Erstattung der Unkosten vom Parlamentspräsidenten erworben habe. ACDP, I-210–022/1.

65 In einem Schreiben an Eugen Gerstenmaier bestätigte Bruno Heck am 4. August 1967, daß sich Klett »in jeder Weise entgegenkommend« gezeigt habe. ACDP, I-022–032/2.

66 Die Stadt Stuttgart hatte die Rückkaufsumme für das Gelände auf rund 98 000 DM festgesetzt. Die Differenz zu den schließlich bezahlten 230 500 DM beinhaltete die Rückerstattung von Kosten, die Eugen Gerstenmaier bereits investiert hatte, um das Grundstück baureif zu machen. Undatierte Aufzeichnung über den »Stand der Grundstücksangelegenheit Stuttgart des Herrn Bundestagspräsidenten«. Ebd.

67 In einem vertraulichen Bericht des State Department-Mitarbeiters Lancaster an die Washingtoner Zentrale vom 11. August 1967 fand sich folgendes Urteil über die Folgen der Kontroverse für Eugen Gerstenmaier: »This affair left a very bad taste in southwest Germany, a region of thrifty small homeowners. Gerstenmaier's involvement in this real estate speculation led to a revival of discussion of two previous questionable deals on his part, and his reputation in his home Land has been considerably damaged.« NARA, RG 59, Central Policy Files, POL 15–2 GER W.

68 Vgl. dazu die Stuttgarter Zeitung, die Ende Juli 1967 fast täglich über die Grundstücksangelegenheit berichtete. Das überwiegend negative Echo der schwäbischen Bevölkerung ging aus einer Reihe

Der Debatte im Streit über die Wiedergutmachungszahlungen an Eugen Gerstenmaier verlief im Januar 1969 auch deshalb so emotional, da sich in der Öffentlichkeit aufgrund der Affären um den Vierherrenwald und den Grundstückskauf bereits der Eindruck verfestigt hatte, der CDU-Politiker achte allzu sehr auf seine eigenen Interessen.[69] Selbst Kanzler Kiesinger hatte bereits im Verlauf der Bundesvorstandssitzung darauf aufmerksam gemacht, daß die Auseinandersetzung um die Wiedergutmachungszahlungen »deswegen ein wenig unangenehm ist, weil sie auch anschließt an die unglückliche Sache damals mit dem Haus in Stuttgart.« Wenn dem Christdemokraten auch in keinem Fall Rechtsverstöße nachgewiesen werden konnten, so festigte sich in der Bevölkerung doch das Bild, daß Gerstenmaier bei der Durchsetzung seiner Anliegen rücksichtslos vorging und nicht davor zurückschreckte, seine Position als prominenter Politiker auszunutzen.

2. Rückzug ins Privatleben

Nach dem Rücktritt Eugen Gerstenmaiers am 23. Januar 1969 war zunächst nicht klar, wie sich seine berufliche Zukunft weiter gestalten würde. Es stand sogar die Möglichkeit einer Fortsetzung seiner politischen Karriere im Raum. Der Kanzler hatte am Tag, an dem Gerstenmaier die Niederlegung seines Amtes verkündet hatte, erklärt, er hoffe, daß dieser auch in Zukunft seine Kraft weiterhin der Union zur Verfügung stelle.[1] Die politisch Verantwortlichen der Union sahen trotz öffentlicher Kritik an Gerstenmaier durchaus die Chance für ein »Come-back«.[2] Auch der Christdemokrat selbst schien Ende Januar durchaus bereit zu sein, bei der Bundestagswahl im Herbst 1969 erneut für seine Partei anzutreten. Hinter dieser Entscheidung stand nicht zuletzt die Befürchtung, daß ein gleichzeitig mit dem Amtsrücktritt erklärter Verzicht auf das Bundestagsmandat einem Schuldeingeständnis gleichgekommen wäre. Gleichwohl war Gerstenmaier zunächst nicht in der Lage, eine definitive Entscheidung über eine Kandidatur zu treffen. Er war über die Umstände, die zu seinem Rücktritt geführt hatten, tief verletzt[3] und er fühlte sich zu Unrecht angegriffen.[4] Dieses Empfinden wurde noch dadurch genährt, daß seine Amtsniederlegung mit dem Tag zusammenfiel, an dem vor 24 Jahren die letzten Angehörigen des Kreisauer Kreises von den Nationalsozialisten hingerichtet worden

---

von Leserbriefen hervor, die die Stuttgarter Zeitung beispielsweise in ihrer Ausgabe vom 22. Juli 1967 veröffentlicht hatte.

[69] Wortprotokoll der Bundesvorstandssitzung vom 16. Januar 1969. ACDP, VII-001–018/1.

[1] Erklärung Kurt Georg Kiesingers vom 23. Januar 1969. ACDP, II-051–035/5.

[2] Ausführungen Wolfgang Pohles während der CSU-Landesvorstandssitzung vom 27. Januar 1969. ACSP, LGF-V/27.1.1969.

[3] Süddeutsche Zeitung vom 25. Januar 1969.

[4] In einem Brief an seinen Freund Paul Bausch vom 30. März 1969 verwies Gerstenmaier zur Beschreibung seiner derzeitigen Geistesverfassung vor allem auf Psalm 56. Darin heißt es unter anderem (56,2): »Sei mir gnädig Gott, denn Menschen stellen mir nach, meine Feinde bedrängen mich Tag für Tag«. BA, N 1391/18.

waren. Gerstenmaier empfand in dieser Situation den Verlust seiner Freunde aus der Widerstandszeit besonders schmerzlich. Auch seinem Umfeld in Bonn war nicht verborgen geblieben, wie »aufgewühlt und physisch am Rand«[5] der 62jährige auf die Ereignisse um seine Person reagiert hatte. Ende Januar verabschiedete sich der Mann, der 14 Jahre lang das Amt des Bundestagspräsidenten innegehabt hatte, sang- und klanglos; die Unionsfraktion hatte es sogar unterlassen, auf eine offizielle Verabschiedung Gerstenmaiers zu drängen.[6]

Bis in den Februar hinein war der CDU-Politiker »verwirrt und innerlich mitgenommen«.[7] Die guten Ratschläge der wenigen ihm noch verbliebenen Freunde[8] nahm er zwar zur Kenntnis, er war jedoch nicht zu einem klaren Entschluß hinsichtlich seiner Zukunft fähig. Auch zeigte er sich nicht bereit, ein eigenes Fehlverhalten einzugestehen, obwohl selbst aus dem Kreis seiner Vertrauten seine Mitschuld an den Geschehnissen offen angesprochen worden war.[9] Gerstenmaiers eigener Erklärungsversuch sah vielmehr den Ausgangspunkt für seinen Sturz bereits im Jahr 1956. Mit seiner Warnung vor einem Wiedererstarken der Nationalsozialisten auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart hatte nach Ansicht Gerstenmaiers das »Drama«[10] seinen Lauf genommen. Die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen General Ramcke, die stellvertretend für die Kontroverse des CDU-Politikers mit dem rechtsextremen politischen Spektrum stand, und die sich verschärfende Kampagne Ost-Berlins gegen ihn, sah Gerstenmaier als Ursache für das abrupte Ende seiner Amtszeit als Parlamentspräsident an. Als Hauptschuldige machte der CDU-Politiker allerdings den »grimmige[n] Hass des verlumpten Teils der deutschen Presse«[11] auf ihn aus.

---

[5] Ausführungen Richard Stücklens während der CSU-Landesvorstandssitzung vom 27. Januar 1969. ACSP, LGF-V/27.1.1969.

[6] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Februar 1969.

[7] Schreiben Maria Gerstenmaiers an Klaus Mehnert vom 6. Februar 1969. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 70.

[8] Zuspruch hatte Eugen Gerstenmaier – über die Unterstützung durch sein persönliches Umfeld hinaus – nur von wenigen politischen Weggefährten bekommen. Tröstende Worte erhielt er nach dem Rücktritt beispielsweise vom österreichischen Bundeskanzler Josef Klaus und dem SPD-Abgeordneten Martin Hirsch. E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 592. Heinrich Krone und Rainer Barzel zeigten sich ihm gegenüber ebenso verbunden wie Willy Brandt, der dem Kirchheimer weiterhin seiner »Wertschätzung« für dessen Verdienste »gegen Hitler und für Deutschland« versicherte. Schreiben Willy Brandts an Eugen Gerstenmaier vom 29. Januar 1969. WBA, Bundesaußenminister, Mappe 4, Bl. 67.

[9] Der Chefredakteur von »Christ und Welt«, Giselher Wirsing, ein langjähriger Bekannter Eugen Gerstenmaiers, schrieb am 22. Januar 1969 diesbezüglich an Klaus Mehnert: »Das Gräßliche war, dass Eugen völlig uneinsichtig blieb und öffentlich erklärte, er habe das gleiche Recht wie alle anderen auch, also nicht einsah, dass ein Mann in seiner Stellung bei Entgegennahme einer so hohen Summe für ein Amt, dass er nicht ausgeübt hat und für das ihm auch nach seiner Berufung zum Bundestagspräsidenten eine monatliche Entschädigung von 2600 Mark bezahlt wird, andere Maßstäbe anlegen muß. Eine ganze Kette von unglücklichen Erklärungen brachte ihn schließlich moralisch um jeden Kredit.« HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 71.

[10] Brief Eugen Gerstenmaiers an Paul Bausch vom 30. März 1969. BA, N 1391/18.

[11] Ebd.

Nachdem das emotionale Chaos, das die Ereignisse um seine Amtsniederlegung bei Gerstenmaier ausgelöst hatte, einem Zustand gewichen war, der es ihm erlaubte, klare Ziele für seine Zukunft zu fassen, erwartete den Christdemokraten bereits die nächste Enttäuschung: Rasch war deutlich geworden, daß der Wunsch des CDU-Politikers, sich bei der Bundestagswahl 1969 in seinem Wahlkreis Schwäbisch Hall-Backnang erneut als Kandidat aufstellen zu lassen[12], am Widerstand der nord-württembergischen CDU scheiterte. Schon Ende Januar hatte sich abgezeichnet, daß seiner abermaligen Nominierung ein starker Widerstand vor Ort entgegengebracht wurde.[13] Die Empörung über die Wiedergutmachungsaffäre war auch in Gerstenmaiers nord-württembergischen Wahlkreis deutlich zum Ausdruck gekommen. Eugen Gerstenmaier hatte diese Warnsignale jedoch nicht hinreichend berücksichtigt. Der dringenden Bitte des CDU-Kreisverbandsvorsitzenden von Schwäbisch Hall, Eugen Weiß, vom 19. Januar, Gerstenmaier möge sich persönlich zu den Vorwürfen äußern, kam dieser nicht nach.[14] Die Kontakte des CDU-Politikers mit seinem Wahlkreis hatten sich im Januar 1969 überwiegend auf schriftliche Stellungnahmen beschränkt.[15] Erst am letzten Tag seiner Amtszeit informierte der persönliche Referent des Parlamentspräsidenten die Christdemokraten im Wahlkreis 175 darüber, daß es dem gesundheitlich angeschlagenen Politiker zunächst nicht möglich sei, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen. Als Ansprechpartner für die CDU Nord-Württembergs sollte bis zu seiner Genesung vor allem der CDU-Generalsekretär Bruno Heck dienen.[16] Bis Ende Februar vermied es Eugen Gerstenmaier, Kontakt zu seinen württembergischen Parteifreunden aufzunehmen; zu diesem Zeitpunkt waren allerdings die Würfel endgültig zuungunsten des ehemaligen Bundestagspräsidenten gefallen. Die zumindest unter den Verantwortlichen der Kreisverbände Gerstenmaier im Januar noch gewogene Stimmung[17] war rund einen Monat später einer deutlichen Ablehnung gewichen. Das negative Echo in der Bevölkerung war zu groß[18] und das Schweigen des Mannes aus Kirchheim reduzierte das Fähnlein seiner

---

[12] Gerstenmaiers Schwester Maria bestätigte in einem Brief an Klaus Mehnert vom 6. Februar 1969, daß sie ihrem Bruder davon abgeraten hatte, sich in dem anstehenden Bundestagswahlkampf die »letzten Keulenschläge« zu holen. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 70.

[13] Das Handelsblatt hatte in seiner Ausgabe vom 28. Januar 1969 bereits davon gesprochen, daß Gerstenmaier hinreichend Grund habe, um seine Nominierung zu bangen.

[14] Schreiben Eugen Weiß' an Eugen Gerstenmaier vom 19. Januar 1969. ACDP, II-096–023.

[15] Zu Beginn der Auseinandersetzung wurden die Kreisverbandsvorsitzenden im Wahlkreis 175 sogar nur von einem Mitarbeiter der Presse- und Informationsstelle des Bundestags mit den Stellungnahmen des Parlamentspräsidenten versorgt. Vgl. Schreiben Jan Schmitz an die CDU-Kreisvorsitzenden in Schwäbisch Gmünd, Backnang und Schwäbisch Hall vom 13. Januar 1969. Ebd.

[16] Schreiben Möllers an Oswald Seitter vom 31. Januar 1969. ACDP, II-051–035/5.

[17] Der Vorsitzende der CDU-Kreispartei Schwäbisch Hall hatte dem Parlamentspräsidenten am 19. Januar noch versichert: »Wir möchten in der Öffentlichkeit für Sie einstehen«. Schreiben Eugen Weiß' an Eugen Gerstenmaier vom 19. Januar 1969. ACDP, II-096–023.

[18] Der Teckbote hatte beispielsweise am 24. Januar 1969 von einer Veranstaltung der CDU in Wendlingen berichtet. Dort hatten die Versammelten zum Teil mit harscher Kritik ihrem »Unmut über das Verhalten von Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier Ausdruck« verliehen. Auch der Bundesparteiführung wurde durch die Anzahl der negativen Reaktionen zum »Fall Gerstenmaier« noch im März

Unterstützer in Nord-Württemberg rasch. Eugen Gerstenmaier wurde von dieser Entwicklung offenbar überrascht, denn er hegte immer noch die Hoffnung, erneut für die CDU ins Rennen gehen zu können, als er am 20. Februar erstmals wieder seinen Wahlkreis aufsuchte.[19] In Vorbereitung auf die am 15. März in Gschwend anberaumte Wahlkreis-Delegiertenkonferenz versuchte er in drei als interne Informationssitzungen bezeichneten Gesprächen in den Kreisparteien Schwäbisch Hall, Backnang und Schwäbisch Gmünd Unterstützung für seine Kandidatur zu erhalten. Doch schon vor der abschließenden Zusammenkunft in Schwäbisch Hall am 26. Februar wurde klar, daß es Gerstenmaier nicht gelang, seine Kritiker umzustimmen. Selbst die Intervention von Generalsekretär Heck, der zu einer Versammlung der CDU Backnang geeilt war, konnte das Meinungsbild nicht entscheidend verändern; es kristallisierte sich bereits zu diesem Zeitpunkt heraus, daß eine Mehrheit der Kreisverbandsdelegierten nicht bereit war, seine abermalige Bundestagskandidatur mitzutragen.[20] Eugen Gerstenmaier zog die Konsequenzen und erklärte wenige Tage später seinen Verzicht auf eine Nominierung[21], um sich zumindest das Debakel zu ersparen, auf der CDU-Wahlkreiskonferenz Mitte März einem regionalen Mitwerber in einer Kampfabstimmung zu unterliegen.[22]

Nach dieser bitteren Niederlage unternahmen Gerstenmaiers Freunde den Versuch, ihm durch einen sicheren Landeslistenplatz die Möglichkeit auf ein Mandat zu eröffnen. Vor allem Heinrich Krone bemühte sich nach Kräften, im Sinne Gerstenmaiers in dessen schwäbischer Heimat zu intervenieren.[23] Doch seine Vorstöße beim baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger und beim nord-württembergischen Landesvorsitzenden Scheufelen zeitigten keinen Erfolg.[24] Als besonders unnachgiebig erwies sich Klaus Scheufelen, der keine Bereitschaft erkennen ließ, sich für den ehemaligen Parlamentspräsidenten einzusetzen.[25] Scheufelen sah sich in seiner Haltung von den übrigen drei baden-württembergischen Landesverbänden unterstützt, die ebenso eine Plazierung Gerstenmaiers auf der Landesliste kategorisch ablehnten.[26] Die südwestdeutschen Christdemokraten wa-

---

1969 die Empörung in der Bevölkerung klar vor Augen geführt. Schriftwechsel des Bundesvorsitzenden Kurt Georg Kiesinger A-K, 1969. ACDP, VII-002–025/1.

19 Stuttgarter Zeitung vom 20. Februar 1969.

20 Stuttgarter Zeitung vom 25. Februar 1969.

21 Stuttgarter Nachrichten vom 28. Februar 1969.

22 Die CDU nominierte im Wahlkreis 175 schließlich den erst 28jährigen Juristen Dieter Schulte. Der Teckbote vom 17. März 1969.

23 In seinem Schreiben an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger vom 10. März 1969 gab Krone als Grund für seine Bemühungen an, daß man in der Union nicht die Männer »fallen lassen [sollte, D. G.], die ihre klare und feste politische Überzeugung stets vertreten haben [...]«. ACDP, I-028–017/1.

24 Brief Heinrich Krones an Eugen Gerstenmaier vom 10. März 1969. Ebd.

25 Schreiben Klaus Scheufelens an Heinrich Krone vom 22. März 1969. Ebd.

26 Der nord-badische CDU-Landesverband hatte bereits Anfang März erklärt, eine Kandidatur Gerstenmaiers auf der Landesliste sei »politisch nicht opportun«. Brief des nord-badischen CDU-Landesparteivorsitzenden, Otto Dullenkopf an den CDU-Kreisverbandsvorsitzenden Karlsruhe-Land, Horst Fischer vom 3. März 1969. ACDP, III-004–056.

ren nicht bereit, sich für den umstrittenen Politiker einzusetzen und damit einen ohnehin schwierigen Wahlkampf weiter zu belasten.[27]

Die eher depressive Stimmung, in der sich Eugen Gerstenmaier nach seinem Rücktritt Ende Januar befunden hatte, war nach dem Debakel in seinem Wahlkreis Wut und Zorn gewichen. Abermals war er nicht bereit, Mitverantwortung für seine mißliche Situation zu übernehmen. Die Schuld trug nach Ansicht Gerstenmaiers hauptsächlich der an der Spitze des nord-württembergischen Landesverbandes stehende Klaus Scheufelen, über dessen mangelndes Entgegenkommen er sich bei CDU-Generalsekretär Heck beklagte.[28] Den Verantwortlichen der christdemokratischen Partei Nord-Württembergs warf er verbittert vor, ein »politisches Hinrichtungskommando zusammengestellt zu haben« mit dem Ziel, ihn in seiner Heimat »politisch kalt[zu]machen«.[29] Die Schuldzuweisung war auch eine Reaktion auf Berichte, daß die fehlende Unterstützung seines Landesverbandes auf eine mangelhafte Wahlkreisarbeit zurückzuführen sei.[30]

Freunde waren Eugen Gerstenmaier in dieser Situation nur wenige verblieben. Um den 62jährigen war es einsam geworden, nachdem deutlich wurde, daß seine politische Karriere am Ende war. Aufgrund der intensiven Ablehnung, auf die er gerade in seiner schwäbischen Heimat gestoßen war, traf er die Entscheidung, sich dauerhaft im Raum Köln-Bonn anzusiedeln.[31] In dem unweit der Bundeshauptstadt gelegenen Oberwinter erwarb Eugen Gerstenmaier schließlich ein Haus, das ihm allerdings nur sehr langsam Heimat wurde.[32] Noch 1971 wußte der langjährige Freund Gerstenmaiers, Paul Collmer, zu berichten, daß sich der ehemalige Parlamentspräsident in der Regel nicht an seinem neuen Wohnsitz aufhalte, sondern er

---

[27] Der württembergische Landtagsabgeordnete Paul Binder hatte in einem Schreiben an Heinrich Krone schon am 3. Februar 1969 betont, daß der »Fall Gerstenmaier« der CDU in Württemberg sehr geschadet habe und die Auseinandersetzung um den ehemaligen Bundestagspräsidenten Thema im anstehenden Wahlkampf sein würde. ACDP, I-028–017/1. Vgl. dazu auch: Der Teckbote vom 12. Mai 1969, der seine Berichterstattung über die Kandidatenkür der CDU mit den Worten überschrieben hatte: »Kein Platz für Gerstenmaier – CDU Nordwürttemberg nominiert Erhard hinter Kiesinger«.

[28] Scheufelen wies die Vorwürfe Gerstenmaiers in seinem Brief an Bruno Heck vom 22. März 1969 kühl mit dem Hinweis zurück, der ehemalige Parlamentspräsident habe es versäumt, im Wahlkreis »seine Sache« rasch und umfassend zu vertreten. ACDP, I-022–032/2.

[29] Brief Eugen Gerstenmaiers an Paul Bausch vom 30. März 1969. BA, N 1391/18.

[30] In besonders harschen Worten formulierte die Bergische Landeszeitung vom 1. März 1969 den Unmut, der sich in Gerstenmaiers Wahlkreis seit der Auseinandersetzung um sein Wiedergutmachungsverfahren Bahn gebrochen hatte. Erwähnt wurde die Kritik vor allem der jüngeren Generation, die schon seit längerem nicht mehr mit Gerstenmaiers Verhalten einverstanden gewesen sei: »In Backnang, Schwäbisch Hall und Schwäbisch Gmünd«, so hieß es, »wollte man um so weniger Stimmvieh sein, als Gerstenmaier bei seinen wenigen Auftritten Selbstherrlichkeit an den Tag legte. Erst recht nicht die Jungen, denen Gerstenmaier wie Schulbuben über den Mund fuhr und die seine Unbeherrschtheit zum Beispiel dadurch emporkitzelten, dass sie ihn zu seinem großen Ärger mit ›Herr Abgeordneter‹ und nicht mit ›Herr Präsident‹ anredeten.«

[31] Gerstenmaiers langjähriger Bekannter Giselher Wirsing teilte Klaus Mehnert in einem Schreiben vom 10. Februar 1969 mit, daß eine Übersiedelung von Familie Gerstenmaier nach Stuttgart ausgeschlossen sei, da die »Schwaben am aller wildesten gegen ihn sind.« HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 71.

[32] Brief Eugen Gerstenmaiers an Berthold Beitz vom 8. Mai 1969. ACDP, I-210–039.

sich hauptsächlich in das Vierherrenwälder Jagdhaus zurückziehe.[33] Die andauernde Kontroverse um seine Person hatte bei Eugen Gerstenmaier aber nicht nur die Psyche angegriffen. Die Herz- und Kreislaufprobleme, die ihn bereits als Bundestagsabgeordneten in unregelmäßigen Abständen zu Kuraufenthalten gezwungen hatten[34], stellten sich wieder ein. Zudem mußte er sich im Sommer 1969 zum erstenmal in seinem Leben in einem Krankenhaus in stationäre Behandlung begeben.[35] Anfang Juli wurde Gerstenmaier in der chirurgischen Universitätsklinik in Bonn eine Zyste an der Schilddrüse entfernt. Es dauerte mehr als einen Monat bis er sich von diesem schwierigen Eingriff erholt hatte; auch im Laufe seiner Rekonvaleszenz hielt er sich überwiegend im Hunsrücker Jagdhaus auf und versuchte dort die Lethargie abzustreifen, die ihn zunehmend stärker belastete.[36] Nach wie vor hielt er daran fest, daß die Agitation der Presse für seine Misere verantwortlich sei. Der Bundespartei räumte Gerstenmaier nach außen hin kaum eine Mitschuld ein, er konstatierte lediglich, daß die Kraft seines Freundes Kiesinger nicht ausgereicht habe, um ihm nach seiner Wahlkreisniederlage ein »angemessenes Mandat«[37] zu verschaffen.

Konkrete Pläne für seine berufliche Zukunft hatte der Christdemokrat zu diesem Zeitpunkt nicht. Zwar waren ihm seitens der CDU-Führung und namentlich von Kurt Georg Kiesinger einige »teilweise ganz ehrenvolle«[38] Angebote unterbreitet worden, die jedoch nicht mehr als vage Vorschläge darstellten. Mitte August entschied sich Gerstenmaier, seine Bindungen zum politischen Bonn mit einem kurzen Schreiben an den Unionsfraktionsvorsitzenden Rainer Barzel zu kappen.[39] Physisch wieder hergestellt, waren die seelischen Narben, die ihm das unrühmliche Ende seiner politischen Karriere bereitet hatten, auch rund acht Monate nach seinem Rücktritt noch nicht verheilt.[40] Nur ganz allmählich begann er sich, auf ein Leben abseits der Politik einzurichten.

Auch seine ursprünglich gehegte Absicht, nach dem Rückzug von der politischen Bühne das Leben eines Gelehrten zu führen, erfüllte sich vorerst nicht.[41] Dazu trugen vor allem die in der von Ost-Berlin im Februar 1969 vorgelegten Publikation

---

[33] Schreiben Paul Collmers an den Präsident des Diakonischen Werkes, Schober, vom 31. August 1971. ACDP, I-210-063/1.

[34] Eugen Gerstenmaier hatte in einem Schreiben an Olga Bartók im Februar 1966 (eine genauere Datierung lag nicht vor) festgestellt, daß seine Kreislaufprobleme »seit einiger Zeit so etwas wie eine Berufskrankheit« seien. ACDP, I-210-037.

[35] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Arthur Rathke vom 15. Juli 1969. ACDP, I-210-039.

[36] Brief Eugen Gerstenmaiers an Paul Bausch vom 30. März 1969. BA, N 1391/18.

[37] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Felix Shinnar vom 14. August 1969. ACDP, I-210-038/2.

[38] Gerstenmaier beließ es in seinem Brief an Felix Shinnar bei diesen wenig spezifischen Andeutungen. Ebd. Seitens der Bundesparteileitung fanden sich für diesen Zeitraum jedoch keine Hinweise auf konkrete Angebote an den ehemaligen Parlamentspräsidenten, wieder in einflußreicher Position für die Union Verantwortung zu übernehmen.

[39] Brief Eugen Gerstenmaiers an Rainer Barzel vom 17. August 1969. BA, N 1371/252.

[40] Gerstenmaiers Schwester Maria berichtete Paul Bausch, daß ihr Bruder »in keiner Weise über dem Berg« sei und ihn die Vorfälle um seine Person immer noch intensiv beschäftigten. Brief Maria Gerstenmaiers an Paul Bausch vom 26. September 1969. BA, N 1391/18.

[41] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 593.

»Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« erhobenen Anschuldigungen bei.[42] Diese Vorwürfe hatten in der Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1969 15 Strafanzeigen gegen den Christdemokraten wegen Betruges nach sich gezogen. Eugen Gerstenmaier wurde beschuldigt, aufgrund seiner nationalsozialistischen Verstrickung unrechtmäßig Wiedergutmachungsleistungen erhalten zu haben.[43] Die Oberstaatsanwaltschaft Bonn sah sich deshalb sehr zum Zorn Gerstenmaiers im Sommer 1969 veranlaßt, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.[44] Der Rechtsstreit erwies sich zum Leidwesen Gerstenmaiers als langwierig. Erst im Oktober 1974 wurde das Verfahren »wegen Mangel an hinreichendem Tatverdacht«[45] schließlich eingestellt.[46]

Die Sorge um den Ausgang des Gerichtsverfahrens war jedoch nicht das einzige Problem, mit dem Gerstenmaier in den Monaten nach seinem Rückzug aus der Politik fertig zu werden hatte. Besonders traf es ihn, daß sich die Mitglieder der Stiftung »Hilfswerk des 20. Juli 1944« zu dessen Gründungsvätern er zählte, mehrheitlich von ihm zu distanzieren begannen. Die Auseinandersetzung hatte sich daran entzündet, daß Gerstenmaier den ihm im Rahmen des Entschädigungsverfahrens zuerkannten Geldbetrag nicht unverzüglich und in voller Höhe einem wohltätigen Zweck zukommen ließ.[47] Darüber hinaus hatte sich das Meinungsbild in der Führungsetage der Stiftung nach der Veröffentlichung der DDR-Publikation »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« weiter zuungunsten des Christdemokraten verschoben.[48] Das Mißtrauen, das Gerstenmaier in diesem Kreis entgegengebracht wurde, trat deutlich bei der Diskussion über den Ablauf des 25. Gedenktags zum 20. Juli 1944 zutage. Seine Kritiker sprachen sich dagegen aus, den ehemaligen Parlamentspräsidenten, wie ursprünglich vorgesehen, mit der Rede

---

[42] Vgl. Exkurs, 4.

[43] Schreiben des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Bonn, Pfromm, an Eugen Gerstenmaier vom 12. Juni 1969. ACDP, I-210–022/1.

[44] Eugen Gerstenmaier führte in einem Brief an Fabian von Schlabrendorff vom 11. Juli 1972 dazu grollend aus: »Das Verfahren diente nur dazu mich politisch niederzuhalten und meinen Ruf zu schädigen.« ACDP, I-210–039.

[45] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an seinen Anwalt von Bismarck vom 29. Dezember 1974. ACDP, I-210–022/2.

[46] Im Zuge des Verfahrens hatte sich die Bonner Staatsanwaltschaft im übrigen mit einem Rechtshilfeersuchen an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR gewandt. Gegenstand der Bitte waren die in der Publikation »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten« abgedruckten Archivalien, die angeblich Gerstenmaiers schuldhaftes Handeln im Nationalsozialismus belegten. Oberstaatsanwalt Pfromm bat in einem Schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR vom 10. Januar 1973 um Übersendung dieser Dokumente. SAPMO, DP 3 243–11/1973, Bl. 2f. Diesem Ersuchen wurde durch die DDR jedoch erst nach mehr als einem dreiviertel Jahr entsprochen. Des weiteren behielt sich Ost-Berlin das Recht vor, nur einen Bruchteil der angeforderten Dokumente »unter Weglassung der auf der Rückseite der beiliegenden Fotokopien befindlichen Quellenangaben« vorzulegen. Aktennotiz der Abteilung 70 des SED-Zentralkomitees vom 1. Oktober 1973. Ebd., Bl. 10f.

[47] Die Bedenken gegen Gerstenmaier waren bei einigen Kuratoriumsmitgliedern so schwerwiegend gewesen, daß sie seinen Ausschluß beantragt hatten. Schreiben Paul Collmers an Gertrud Lampe vom 1. September 1975. ACDP, I-210–050/2.

[48] Brief Gertrud Lampes an Paul Collmer vom 7. Mai 1969. Ebd.

zu diesem Anlaß zu beauftragen. Die hierdurch zum Ausdruck kommenden Zweifel an seiner Integrität von jenen Menschen, denen sich Gerstenmaier im Andenken an die ermordeten Mitglieder des Kreisauer Kreises besonders verbunden gefühlt hatte, schmerzte ihn sehr.[49] Zermürbt von den anhaltenden Querelen um seine Person zog er Ende Oktober 1969 schließlich die Konsequenzen und erklärte seinen Austritt aus dem Kuratorium »Hilfswerk 20. Juli 1944«.[50]

Die Enttäuschung über die Distanzierung ehemaliger Vertrauter und den mangelnden Rückhalt in seiner Partei saß nach wie vor tief; Gerstenmaier versuchte seine Frustration zu überwinden[51], indem er sich von der Politik distanzierte[52] und weiterhin die Medien als Hauptschuldige anprangerte.[53] So bezichtigte er die Presse, aus »politischen Gründen und im Dienste Pankows«[54] Rufmord zu betreiben. Erst Anfang 1970 begann Gerstenmaier, sich verstärkt mit seinem weiteren Lebensweg zu beschäftigen. Er konzentrierte sich dabei auf außerpolitische Beschäftigungsfelder, wie seine Arbeit für das Evangelische Siedlungswerk[55], seine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Pfandbriefanstalt Wiesbaden sowie seine Arbeit für die Wüstenrot Bausparkasse Ludwigsburg und die Rentenversicherungsanstalt Stuttgart belegten. Eugen Gerstenmaier widmete sich zudem der Geschäftsleitung des Textilunternehmens Valentin Mehler AG in Fulda.[56] Diese Aufgabe war ihm nach dem Tod des Industriellen Walter Bauer[57] zugefallen, der seinen langjährigen

[49] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Fritz Sänger vom 14. Oktober 1969. Dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Sänger, der nach dem Tod des langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden Emil Henk, im Sommer 1969 die Leitung der Stiftung »Hilfswerk 20. Juli 1944« übernommen hatte, teilte Gerstenmaier mit: »Es wäre unredlich Ihnen gegenüber zu verschweigen, dass mich das Hilfswerk nach allem, was klar zutage liegt, so schmerzlich enttäuscht hat, dass ich darüber bislang noch nicht hinwegkommen konnte.« AsD, NL Fritz Sänger, Mappe 194.

[50] Mitteilung Eugen Gerstenmaiers an Fritz Sänger vom 21. Oktober 1969. Ebd.

[51] Klaus Mehnert fühlte sich aufgrund der deutlich spürbaren Resignation seines Freundes verpflichtet, ihn aufzufordern, mit sich selbst und der Umwelt ins reine zu kommen. Mehnert befürchtete, Gerstenmaier könne anderenfalls ein »verbitterter alter Mann« werden. Brief Klaus Mehnerts an Eugen Gerstenmaier vom 16. November 1969. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 70.

[52] Henrik Carl Peter van Dam teilte Gerstenmaier in einem Brief vom 28. Juli 1969 mit: »Im Augenblick bin ich ganz zufrieden damit, dem nächsten Bundestag nicht anzugehören. Ich wüsste gar nicht recht, was ich dort sollte, da der plane Opportunismus leider auch in meiner Partei so sehr die Herrschaft angetreten hat, dass ich mir bittere Sorgen mache.« ACDP, I-210–037.

[53] In einem Schreiben an Zorger vom 1. Dezember 1969 beschuldigte Eugen Gerstenmaier die Massenmedien einem »Konformismus mit seiner arroganten Intoleranz« zu huldigen. ACDP, I-210–039.

[54] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Reinhold Sautter vom 7. März 1970. ACDP, I-210–038/2.

[55] Beim Siedlungswerk standen zu diesem Zeitpunkt wichtige Entscheidungen an. Da die Landeskirchen nicht zu einer Erhöhung des Kapitals der Gesellschaft bereit waren, sah sich die Geschäftsführung gezwungen, über eine Privatisierung nachzudenken. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Helmut Thielicke vom 15. Januar 1970. ACDP, I-210–038/2.

[56] Der Konzern Bauers bestand aus acht mittleren Fabriken, einem Warenhaus und dem Fuldaer Textilwerk Valentin Mehler mit rund 4500 Beschäftigten. ACDP, I-429–005. Eugen Gerstenmaier hatte der Mehler AG schon seit 1957 als Aufsichtsratsmitglied angehört. Schreiben des Amtsgerichts Fulda an Eugen Gerstenmaier vom 21. Mai 1957. PBT, 2/72, 36, Mappe 2.

[57] Der Wirtschaftswissenschafter Walter Bauer (* 6. November 1901, † 1. November 1968) war im Zuge des 20. Juli 1944 verhaftet worden. Nach Kriegsende übernahm er unter anderem das Textilwerk Mehler in Fulda.

Freund Gerstenmaier testamentarisch mit dieser Arbeit betraut hatte. Gerstenmaier brachte sich 1970 des weiteren wieder intensiver in die Arbeit der »Deutschen Afrika-Gesellschaft« (DAG)[58] ein, die auf seine Initiative hin 1956 gegründet worden war. Allerdings währte dieses Engagement nur kurze Zeit. Der Versuch Gerstenmaiers, der in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen DAG neues Leben einzuhauchen[59], scheiterte bereits im Oktober 1970.[60] Schon seit längerem hatte es gegen den Kurs des von Gerstenmaier eingesetzten Generalsekretärs Oskar Splett unter den Mitgliedern gegärt, die eine Reformierung der Afrika-Gesellschaft anstrebten. Entgegen des Mitte der fünfziger Jahre formulierten Ansatzes, die DAG solle private und behördliche Stellen in der Pflege der Beziehungen zu Afrika ergänzen, wurde nun die Forderung laut, die Vereinigung zu einem »kritische[n], möglichst wissenschaftlich kontrollierte[n] Diskussionspartner«[61] für Afrika umzugestalten. Im Rahmen einer Mitgliederversammlung wurde gegen Klett und damit implizit auch gegenüber Eugen Gerstenmaier darüber hinaus der Vorwurf erhoben, »Projektha-scherei«[62] zu betreiben. Zudem wurden von den Kritikern finanzielle Unregelmäßigkeiten bei der Führung des DAG-Etats angeprangert.[63] Gerstenmaier zog aus dem ihm und seinem Generalsekretär entgegengebrachten Mißtrauen die Konsequenzen und trat von seinem Präsidentenamt zurück.

Ähnlich problembehaftet gestaltete sich Anfang der siebziger Jahre sein kirchliches Engagement. Gegenüber dem bereits vor den Querelen des Jahres 1969 innerhalb der EKD umstrittenen Schwaben regte sich auch noch mehr als ein Jahr nach seinem Rückzug aus der Politik erheblicher Widerspruch. Die Kritik ging soweit, daß sich der EKD-Rat veranlaßt sah, Gerstenmaier einen Verzicht auf die Teilnahme an der Mitte Mai in Stuttgart stattfindenden Synode nahezulegen. Die Kirchenleitung fürchtete massive Demonstrationen gegen den ehemaligen Parlamentspräsi-

---

[58] Die DAG setzte sich die Förderung der bundesrepublikanischen Beziehungen zu Afrika sowie die Durchführung »wissenschaftlicher Arbeiten« über diesen Kontinent zum Ziel. Die Gründungsversammlung hatte am 8. Mai 1956 in Bonn stattgefunden. Geschäftsbericht der DAG für das Etatjahr 1956/57. BA, B 161/13.

[59] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Außenminister Walter Scheel vom 30. Januar 1970. BA, B 161/4.

[60] Die »Deutsche Afrika-Gesellschaft« hing am Tropf des Auswärtigen Amtes. Der jährlich wachsende Bedarf an staatlichen Zuschüssen war die Achillesferse der Vereinigung. Von zunächst 150 000 DM im Jahr 1957 (Schreiben Oskar Spletts an Heinrich Gewandt vom 1. März 1962. BA, B 161/2) hatte sich der Zuschußbedarf Ende der sechziger Jahre mehr als verdreifacht. Besonders zu Buche schlugen dabei die Veranstaltungen der sogenannten Afrika-Wochen. Eugen Gerstenmaier hatte in seinem letzten Jahr als Vorsitzender der Vereinigung bei Außenminister Walter Scheel am 30. Januar 1970 zur Deckung der Kosten für das Geschäftsjahr 1970 einen Zuschuß von 500 000 DM beantragt. BA, B 161/4.

[61] Die Welt vom 26. Oktober 1970.

[62] Ebd.

[63] Diese Vorwürfe konnten nicht belegt werden. Gerstenmaier vermochte sich zu seiner Verteidigung auf den Bericht eines Rechnungsprüfers zuberufen. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Klaus von Dohnanyi vom 28. Oktober 1970. ACDP, I-210–039.

denten aufgrund der gegen ihn erhobenen Vorwürfe der nationalsozialistischen Verstrickung.[64] Eugen Gerstenmaier, der zunächst bereit war, trotz der antizipierten Proteste an der Synode mitzuwirken, zog seine Teilnahme schließlich doch zurück, nachdem die Distanzierung der Kirchenleitung deutlich wurde.[65] Doch trotz dieses Affronts durch die EKD-Führung unterstrich er seine Absicht, sich nach wie vor in der kirchlichen Arbeit engagieren zu wollen.[66]

Ebenfalls nicht reibungslos verlief seine Mitwirkung bei der von ihm mitgegründeten Zeitung »Christ und Welt«. Nach seinem Rücktritt hatte Gerstenmaier sich intensiver mit der Berichterstattung des Blattes zu beschäftigen begonnen. Bereits Ende 1969 hatte er deutliche Kritik am »politische[n] Duktus«[67] der Zeitung geäußert und vermeintliche Angriffe auf Bundeskanzler Kiesinger scharf verurteilt. In dem Bestreben »Christ und Welt« auf die von ihm befürwortete Linie eines »modernen, weltoffenen Konservatismus«[68] zu bringen, versuchte der Christdemokrat den Druck auf die Redaktion zu erhöhen. Offenbar war er gewillt, das Blatt als Sprachrohr seiner politischen Überzeugungen zu nutzen.[69] Seiner Einflußnahme waren allerdings Grenzen gesteckt. Der ehemalige Bundestagspräsident griff auch selbst zur Feder und verfaßte Artikel für »Christ und Welt«, doch äußerte er sich nicht zu aktuellen politischen Themen.[70] Das gegen ihn laufende Verfahren der Bonner Staatsanwaltschaft warf Anfang der siebziger Jahre noch einen langen Schatten. Neben den sich mehrenden Konflikten Gerstenmaiers mit der Redaktion[71] litt das Blatt zunehmend unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Schon seit Ende der sechziger Jahre hatte »Christ und Welt« Mühe, sich auf dem Zeitungsmarkt zu behaupten, wie die rückläufige Zahl an Abonnenten und die prekäre Auflagensituation belegten.[72] Die sich verschlechternde finanzielle Situation korrelierte mit einem zu-

---

[64] Brief von Hermann Kunst an Paul Collmer vom 8. Mai 1970. ACDP, I-210–063/1.

[65] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Paul Collmer vom 6. Mai 1970. Ebd.

[66] Gerstenmaier unterstrich in seinem Brief an Paul Collmer vom 6. Mai 1970, daß er nicht gewillt war, der Synode den Rücken zu kehren. Obwohl er seine synodalen Mitbrüder als »trübe Konformisten« bezeichnete, beharrte er darauf, sein »Mandat« nicht niederzulegen. Gerstenmaier führte zu Erklärung weiter aus: »Es war falsch, das im letzten Jahr im Bundestag zu tun, und es wäre nicht richtig, es heute in der Synode zu tun.« Ebd.

[67] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Georg von Holtzbrinck vom 3. Dezember 1969. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 70.

[68] Brief Eugen Gerstenmaiers an Georg von Holtzbrinck vom 25. Januar 1968. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 68

[69] Eine Einflußnahme auf den Kurs der Zeitung war möglich, da Eugen Gerstenmaier 1969 einer von vier Gesellschaftern von »Christ und Welt« war. Er hielt nominell drei, Georg von Holtzbrinck fünf Anteile. Über je einen Anteil verfügten Georg Federer und Klaus Mehnert. Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 17. Mai 1969. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 70.

[70] Gerstenmaiers Artikel befaßten sich primär mit der Arbeit des Widerstands gegen Hitler oder der Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland.

[71] Schon im Oktober 1969 hatte der erboste Eugen Gerstenmaier die Entlassung des für die Sektion Kirche verantwortlichen Redakteurs Stubbe gefordert. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an die Gesellschafter von »Christ und Welt« vom 7. Oktober 1969. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 70.

[72] Aktennotiz Joachim von Beusts für Klaus Mehnert vom 28. April 1969. Ebd.

rückgehenden Einfluß auf die öffentliche Meinung. Eugen Gerstenmaier trennte sich schließlich im Herbst 1972 durch den Verkauf seiner Anteile[73] an den Verleger Georg von Holtzbrinck endgültig von dem Blatt.[74]

Das politische Desinteresse, das Gerstenmaier nach seinem Rücktritt betont hatte, wich aufgrund der aktuellen Diskussion über die Ostverträge.[75] Der Christdemokrat war ein scharfer Kritiker des ostpolitischen Kurses der sozialliberalen Koalition. Den von Kanzler Willy Brandt beschrittenen Weg einer Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen hielt er für gefährlich und riskant für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik.[76] Aber nicht nur die Deutschlandpolitik Brandts erzürnte den politischen »Outcast der Deutschen und der CDU«[77]. Besonders enttäuscht zeigte er sich über die schwache Oppositionspolitik seiner Partei und ihr wenig dezidiertes programmatisches Profil. Mitte Januar 1970 hatte er den Zustand der CDU bitter beklagt. »Die Älteren«, so Eugen Gerstenmaier, »sind feige oder halten es für weise, die Köpfe hängen zu lassen wie alte Droschkengäule, und unter den Jüngeren habe ich bislang noch keinen einzigen Kopf entdecken können, der im Stande wäre, diese trübe Zeit in Gedanken zu fassen.«[78]

Gerstenmaier forderte von seiner Partei einen kompromißlosen Kurs in der Ostpolitik und eine härtere Gangart gegenüber dem Kabinett Brandt.[79] Er unterstützte deshalb auch das Mißtrauensvotum Barzels Ende April und setzte sich angesichts der parlamentarischen Pattsituation zugleich für Neuwahlen ein.[80] Nachdem die Union mit ihrem Versuch gescheitert war, Brandt zu stürzen und der Bundestag die Ostverträge ratifiziert hatte, verlegte sich Gerstenmaier darauf die bundesrepublikanische Zukunft in düsteren Farben zu malen. Seine Haltung zur neuen Ostpolitik war eindeutig: Er hielt den Abschluß der Verträge mit einem »verbrecherischen Regime« für ein »charakterliches Versagen und eine Missachtung der

---

[73] Brief Eugen Gerstenmaiers an Klaus Mehnert vom 2. Oktober 1972. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 80.

[74] Gerstenmaier gab in einem Schreiben an Gerhard Schumann vom 7. Dezember 1974 als Grund für den Verkauf seiner Anteile an »Christ und Welt« an, er habe »ziemlichen Ärger mit dem Blatt« gehabt. »Die Redaktion«, so Eugen Gerstenmaier weiter, »besteht zum größten Teil aus jungen Leuten, von denen einige recht begabt sind, aber sich doch nicht dazu entschließen können, dem Geist der Zeit die Stirn zu bieten.« ACDP, I-210–040/1.

[75] Vgl. dazu: G. Teyssen, Deutschlandtheorien auf der Grundlage der Ostvertragspolitik, 1986 und G.-J. Glaessner (Hg.), Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren, 1984. Zur Perspektive der Union über den Grundlagenvertrag und die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition vgl. u. a. R. Barzel, Die Tür blieb offen, 1998.

[76] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Karl Brandt vom 15. November 1971. ACDP, I-210–037. Bereits im Verlauf der Großen Koalition hatte er den außenpolitischen Kurs Willy Brandts kritisiert. Siehe dazu: D. Taschler, Vor neuen Herausforderungen, 2001.

[77] Brief Eugen Gerstenmaiers an Bruno Heck vom 14. Oktober 1969. ACDP, I-210–037.

[78] Brief Eugen Gerstenmaiers an Helmut Thielicke vom 15. Januar 1970. ACDP, I-210–038/2.

[79] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU, Will Rasner, vom 9. Juli 1970. ACDP, I-210–038/1.

[80] Gerstenmaier erwähnte in einem Schreiben an Klaus Mehnert vom 25. April 1972, er habe diesen Vorschlag »parteiintern« unterbreitet. Ebd.

schrecklichen Erfahrung mit Hitler«.[81] Der deutliche Wahlsieg der SPD 1972[82] war für Gerstenmaier vor diesem Hintergrund nur schwer zu verdauen. Das erfolgreiche Abschneiden der Sozialdemokraten führte er zu einem hohen Maß auf die »politische Insuffizienz«[83] der CDU zurück. Er forderte von seiner Partei eine entschiedenere Oppositionspolitik. Seine mahnenden Worte fanden bei der christdemokratischen Partei- und Fraktionsspitze jedoch kaum Gehör; Gerstenmaiers sporadische Kontakte zu Rainer Barzel und sein freundschaftliches Verhältnis zu Helmut Kohl reichten nicht aus, um Einfluß auf die Entwicklung innerhalb der CDU nehmen zu können. Es fehlte ihm der unmittelbare Kontakt zur Unionsfraktion des 7. Deutschen Bundestages.[84] Auf die Rolle des Beobachters beschränkt, ließ Gerstenmaier der Verbitterung über den seiner Ansicht nach desolaten Zustand seiner Partei im persönlichen Umfeld freien Lauf. In einem Brief an seinen Freund Klaus Mehnert bezeichnete er die CDU sogar »in weiten Teil[en]« als eine »bürgerliche Versagerpartei«.[85]

Seine harsche Kritik am politischen Kurs der Unionsfraktion im Bundestag sowie an der programmatischen Entwicklung der CDU schuf eine Distanz zu seiner Partei. Auch das immer noch nicht abgeschlossene Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn stand einem beiderseitig unbefangeneren Umgang im Wege.[86] Erst zu seinem 70. Geburtstag im August 1976 begann sich die Kluft, die sich seit 1969 zwischen Gerstenmaier und der CDU aufgetan hatte, langsam wieder zu schließen. Auf Einladung des mittlerweile zum Parteivorsitzenden aufgestiegenen Helmut Kohl ehrte die Partei den ehemaligen Bundestagspräsidenten mit einem Empfang in Bonn.[87] Trotz der Würdigung wich Gerstenmaier auch in der Folgezeit nicht davon ab, den Weg der Union kritisch zu begleiten. Allerdings war er Ende der siebziger Jahre bereit, sich wieder in den Dienst der CDU zu stellen. Deutlich wurde dies durch sein Engagement für die 1978 gegründete »Deutsche Afrika-Stiftung« (DAS), einer, wie Eugen Gerstenmaier selbst einräumte, »kaschierte[n] CDU/CSU-Organisation«.[88] Das hoch gesteckte Ziel dieser Vereinigung, die sich aus Mitteln des Auswärtigen Amtes und der Union finanzierte, war es, vor allem im südlichen

---

[81] Brief Eugen Gerstenmaiers an Klaus Mehnert vom 28. Dezember 1972. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 88.

[82] Die SPD war mit 45,8% der Stimmen stärkste Fraktion geworden. Die Union hatte im Vergleich zu 1969 Stimmeneinbußen von 1,2% hinzunehmen und erhielt 44,9%. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hg.), Wahlberechtigte, 1998, S. 2.

[83] Brief Eugen Gerstenmaiers an Heinrich Grüber vom 6. Dezember 1972. ACDP, I-210–037.

[84] Paul Bausch gegenüber äußerte Gerstenmaier in einem Schreiben vom 30. Oktober 1973, daß er die neue Fraktion kaum kenne. BA, N 1391/18.

[85] Brief Eugen Gerstenmaiers an Klaus Mehnert vom 28. Dezember 1972. HStA Stuttgart, Q 1/30, Bü. 88.

[86] Die Staatsanwaltschaft Bonn unterrichtete Eugen Gerstenmaier am 25. Oktober 1974 über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen ihn. ACDP, I-210–022/2.

[87] Vgl. unter anderem den Artikel im Kölner Stadt-Anzeiger mit der Überschrift »Späte Ehrung nach tiefem Sturz« vom 26. August 1976.

[88] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Casimir zu Sayn-Wittgenstein vom 27. Juni 1978. ACDP, I-210–041/2.

Afrika durch die Unterstützung »gemäßigte[r] politische[r] Kräfte« den sowjetischen Expansionsbestrebungen Einhalt zu gebieten und die Voraussetzung für eine »freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts aller dort lebenden Völker« zu schaffen.[89] Auf Bitte des Arbeitskreises V der CDU/CSU-Fraktion hatte Gerstenmaier Mitte Oktober 1978 im Sinne dieses politischen Vorhabens Pretoria besucht, um dort unter anderem mit dem südafrikanischen Außenminister Botha zusammenzutreffen.[90] Der Christdemokrat nahm sein Afrika-Engagement sehr ernst. Neben der Abfassung seiner Memoiren, an denen er seit 1976 arbeitete[91], widmete er der Deutschen Afrika-Stiftung als deren stellvertretender Vorsitzender[92], einen Großteil seiner Zeit.[93]

Seine Bereitschaft, sich wieder stärker für die Belange der CDU einzusetzen, beschränkte sich aber nicht nur auf sein Wirken in der DAS. Seit Juli 1979 gehörte Eugen Gerstenmaier dem von ihm mitinitiierten Seniorenrat der CDU an, der sich die Beratung der christdemokratischen Parteispitze zur Aufgabe gemacht hatte. Der Anstoß zur Gründung dieses auch als Ältestenrat bezeichneten Gremiums ging von einer Gruppe ehemaliger CDU-Parlamentarier aus. Der Kreis, dem neben Eugen Gerstenmaier unter anderem Heinrich Krone, Fritz Hellwig, Bruno Heck und Franz Josef Wuermeling angehörten, hatte aus Sorge um die Entwicklung der CDU auf die Einrichtung dieses Gremiums gedrängt.[94] Schon seit Herbst 1976 hatte sich diese Gruppe in unregelmäßigen Abständen getroffen, um die aktuelle politische Situation zu diskutieren. Bald kristallisierten sich Heinrich Krone und Eugen Gerstenmaier als Wortführer dieses Kreises heraus. Sie machten gegenüber der CDU-Parteiführung selbstbewußt klar, daß sie die Einrichtung eines »Senat[s], der die Stimmen der Senioren und ihre Erfahrungen [...] zur Geltung«[95] bringe, für notwendig erachteten. Besonders Gerstenmaier hatte beharrlich versucht, dieses Ansinnen durch direkte Intervention bei seinem Freund Helmut Kohl zu realisieren.[96] Die CDU-Spitze, die dieser Einrichtung zunächst desinteressiert gegenübergestanden hatte[97], gab dem Ersuchen der politischen Ruheständler schließlich im Dezem-

---

[89] Undatiertes Papier der CDU/CSU-Fraktion zur Politik »gegenüber dem südlichen Afrika«. Aufgrund der darin enthaltenen Bezüge zur politischen Situation in Südafrika ist davon auszugehen, daß das Dossier im Frühjahr 1978 erstellt wurde. ACDP, I-210–020/2.

[90] Aufzeichnung Eugen Gerstenmaiers über seine Südafrikareise vom 18. Oktober 1978. Ebd.

[91] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Paul Bausch vom 11. September 1976. BA, N 1391/18.

[92] Geschäftsbericht der DAS für 1978/79 vom 1. Januar 1980. ACDP, I-022–097/1.

[93] Seinem Freund Heinz von Amsberg teilte Gerstenmaier in einem Schreiben vom 13. November 1978 mit: »Politisch bin ich immer noch so in Anspruch genommen, vor allem mit Afrika, und auch noch gelegentlich mit Parlamentsfragen, dass ich kaum dazu komme, einen Memoirenband abzuschließen [...]«. ACDP, I-210–041/2.

[94] Eugen Gerstenmaier unterrichtete Helmut Kohl über die konstituierende Sitzung des Ältestenrats in einem Schreiben vom 13. Juli 1979. ACDP, I-210–042/1.

[95] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Heiner Geißler vom 10. November 1978. ACDP, I-210–041/2.

[96] Brief Eugen Gerstenmaiers an Helmut Kohl vom 9. August 1977. ACDP, I-210–041/1.

[97] Auf den Vorstoß Gerstenmaiers hatte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler zunächst abwehrend reagiert und auf das Desinteresse im Bundesvorstand hinsichtlich der Gründung eines Seniorenrates

ber 1978 nach und Eugen Gerstenmaier wurde als Repräsentant des Ältestenrats die Teilnahme mit beratender Stimme an den Bundesvorstandssitzungen erlaubt.[98]

Gerstenmaiers Drängen auf die Einrichtung eines Seniorenrates entsprang der gleichen Motivation wie sein Wirken in der 1977 gegründeten »Vereinigung Ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestags«: Er strebte die Weitergabe seiner parlamentarischen Erfahrungen an. Zugleich bot ihm sein Engagement aber auch die Chance, sich wieder aktiver in das tagespolitische Geschehen einzubringen. Allerdings erwies sich die Arbeit im Seniorenrat als wenig nachhaltig.[99] Dies stand im Gegensatz zu seiner Mitwirkung bei der Ehemaligen-Vereinigung der Parlamentarier. Eugen Gerstenmaier stand dem Kreis vom Zeitpunkt seiner Gründung bis zu seinem Tod als Präsident vor. Der Zusammenschluß der ehemaligen Bundestagsabgeordneten[100] sollte nicht als Bildung eines »Ersatzparlament[es]«[101] verstanden werden. Neben der unbestrittenen gesellschaftlichen Komponente des Kreises[102] waren die Mitglieder bestrebt, der »parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu dienen«.[103] Die Haltung der »Ehemaligen« brachte Gerstenmaier mit den Worten auf den Punkt: »[...] wir leiden [...] nicht an Minderwertigkeitskomplexen insoweit, daß wir uns sagen, daß wir einfach abgemeldet wären und deshalb den Mund zu halten hätten. Wir werden uns erlauben, das zu sagen, was wir im Dienste der Sache, und das heißt, des Deutschen Parlamentarismus, für richtig halten, und hoffen, daß wir mit unseren Erfahrungen den jetzt Handelnden etwas unter die Arme zu greifen vermögen.«[104]

Eugen Gerstenmaier hielt dieses Ansinnen für außerordentlich wichtig und er stellte sich der Vereinigung auch noch zu einer Zeit zur Verfügung, als seine Kräfte zu schwinden begannen. Nach der Veröffentlichung seiner Memoiren 1981, durch die er noch einmal in das Licht der Öffentlichkeit rückte[105], begann sich sein gesundheitlicher Zustand stetig zu verschlechtern. Der bereits 1974 diagnostizierte

---

verwiesen. Schreiben Heiner Geißlers an Eugen Gerstenmaier vom 19. Februar 1979. ACDP, I-210–042/1.

98 Brief Helmut Kohls an Eugen Gerstenmaier vom 3. Dezember 1979. Ebd.

99 Für die Arbeit Gerstenmaiers fand sich nur für einen sehr begrenzten Zeitraum relevantes Schriftgut. Es ist davon auszugehen, daß sich der Kreis um Gerstenmaier und Krone Anfang der achtziger Jahre aufzulösen begann, nachdem durch Lothar Späth die Gründung einer Seniorenvereinigung im Bundesvorstand angeregt worden war. Zu den Vorläuferorganisationen der 1988 gegründeten Senioren-Union vgl. deren Internet-Seite (www.seniorenunion.cdu.de) vom 16. Oktober 2002.

100 Bei Gründung zählte die Vereinigung 140 Mitglieder, 1985 war ihre Zahl auf 425 angestiegen. Undatierte Zusammenstellung über den Mitgliederstand. ACDP, I-210–024/1.

101 Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2. September 1979.

102 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bezeichnete in einem ausführlichen Artikel vom 21. Juli 1979 die »Vereinigung Ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages« auch als »Verein gegen die Einsamkeit des Politikers, gegen das Gefühl der Nutzlosigkeit«.

103 § 2, 1 der Satzung der »Vereinigung Ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e. V.« vom 25. Mai 1977. ACDP, I-148–075/2.

104 Ausführungen Eugen Gerstenmaiers auf der Jahresversammlung der Vereinigung am 16. Juni 1982 in Bonn. ACDP, I-210–024/1.

105 Vgl. dazu unter anderem die Berichterstattung in der Zeit vom 29. Mai 1981 sowie der Welt vom 6. Juni 1981.

Diabetes[106], Bluthochdruck sowie Herz- und Kreislaufprobleme machten es Gerstenmaier ab 1983 nur noch selten möglich, sein Haus in Oberwinter zu verlassen. Das Verfassen von Reden oder Zeitungsartikeln, dem er besonders in den siebziger Jahren große Aufmerksamkeit gewidmet hatte[107], fiel ihm zunehmend schwerer. »Den Spekulationen, theologischen und politischen«, so der 76jährige im Juli 1983, »rücke ich immer ferner.«[108] Von 1984 an machte sein Herzleiden häufigere stationäre Aufenthalte im Krankenhaus unumgänglich.[109] Nach einem Schlaganfall halbseitig gelähmt, verstarb Eugen Gerstenmaier nach langem Leiden[110] am 13. März 1986 im Alter von 79 Jahren. Der mit einem Staatsakt im Plenarsaal des Bundestags geehrte ehemalige Bundestagspräsident wurde in Oberwinter beigesetzt.

[106] Brief Eugen Gerstenmaiers an Wilhelm Bachmann vom 1. Mai 1974. ACDP, I-210–040/1.
[107] Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Hans Booms vom 9. November 1977. ACDP, I-210–041/1.
[108] Brief Eugen Gerstenmaiers an Maria Meyer vom 23. Juli 1983. ACDP, I-210–045/2.
[109] Seinem Freund Helmut Kohl schrieb Eugen Gerstenmaier am 21. Januar 1985: »Ich stolpere von einem Krankenhaus zum anderen und habe wenig Freude daran.« ACDP, I-210–046/2.
[110] Schreiben Brigitte Gerstenmaiers an Gerhard Schröder vom Juli 1986 (eine genauere Datierung fehlt). ACDP, I-483–263/3.

Schlußbetrachtung

»Streitbar, scharfsinnig, nie opportunistisch«[1] so überschrieb der »Rheinische Merkur« einen Nachruf auf Eugen Gerstenmaier. Diese Charakterisierung war eine zutreffende Annäherung an den Mann, dessen Name im Gedächtnis der Nachwelt untrennbar mit dem Amt des Bundestagspräsidenten verbunden ist. Widerspruchsgeist, der leidenschaftliche Einsatz für die von ihm als richtig erkannten Ziele und Pflichtbewußtsein waren markante Wesenszüge des kantigen Schwaben. Zielstrebigkeit und Durchsetzungsvermögen hatten schon den jungen Gerstenmaier ausgezeichnet. Als ältestes von acht Kindern einer nord-württembergischen Handwerkerfamilie hatte er den Mut, in einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Instabilität einen Neubeginn zu wagen. Seine sichere Existenz als Kaufmann gab er auf, um wieder auf die Schulbank zurückzukehren und sich die Ausgangsbasis für ein Studium zu schaffen. An der Rostocker Universität, an der er ein Theologiestudium absolvierte, ragte er nicht nur aufgrund seiner guten Studienleistungen, sondern wegen seines Engagements in der Studentenschaft heraus.

Durch seine starke kirchliche Bindung geriet er bereits 1934 in Konflikt mit den nationalsozialistischen Machthabern. Dennoch war seine Studienzeit nicht frei vom Streben nach Konformität, wie seine SA-Mitgliedschaft und seine Bereitschaft, der NSDAP beizutreten, belegten. Doch mit dem Ausbruch der Sudetenkrise begann bei ihm ein Umdenkungsprozeß; die von Hitler ausgelöste Kriegsgefahr markierte den Zeitpunkt, an dem er sich zum Widerstand entschloß. Der Kreisauer Kreis, dem Gerstenmaier angehörte, prägte nachhaltig sein Politikverständnis. Gemeinsam mit seinen Freunden aus der Widerstandsgruppe um Graf Moltke erarbeitete er Konzepte einer christlich geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung für die post-nationalsozialistische Zeit. Zwar erschienen einige Entwürfe nach Beendigung der NS-Diktatur unausgereift, doch prägten besonders die außenpolitischen Vorstellungen des Kreises das spätere parlamentarische Wirken Gerstenmaiers, wie besonders sein Einsatz für den europäischen Einigkeitsprozeß unterstrich.

Nach Kriegsende fand das politische Engagement des Mannes aus Kirchheim zunächst keine Fortsetzung. Da im Nachkriegsdeutschland vor allem pragmatisches Handeln zur Linderung der größten Not erforderlich war, wandte sich Gerstenmaier der karitativen Arbeit zu. Als Initiator des Evangelischen Hilfswerks setzte er sich energisch dafür ein, nationale und internationale Unterstützung für den deutschen Wiederaufbau zu erlangen. Seine Tätigkeit erfolgte nach Ansicht seiner Kritiker dabei allerdings zu häufig nach dem Motto: Der Zweck heiligt die Mittel. Sein autoritärer Führungsstil und seine mangelnde Bereitschaft, Verantwortung zu teilen, erregten in der Kirche Unmut. Die Querelen um seine Person und Gerstenmaiers

[1] Rheinischer Merkur vom 22. März 1986.

Auffassung, in der EKD nicht mehr über ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten zu verfügen, ließen den Theologen einen Wechsel in die Politik erwägen. Eugen Gerstenmaiers Entschluß, für die nord-württembergische CDU in den Bundestagswahlkampf 1949 zu ziehen, war kein lange geplanter Karriereschritt. Er erhoffte sich von seiner Arbeit in Bonn vielmehr, die Rahmenbedingungen für die Wiederaufbauarbeit sowie die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen mitbestimmen zu können.

Die CDU nahm den politischen Seiteneinsteiger gerne in ihre Reihen auf. Die Partei vermochte sich die integrative Kraft Gerstenmaiers in mehreren Bereichen zunutze zu machen. So diente der Leiter des Evangelischen Hilfswerks aufgrund seiner karitativen Arbeit als Integrationsfigur für Flüchtlinge und Vertriebene. Seine starken kirchlichen Bindungen wurden von der CDU ebenso als wertvoll erachtet. Gerstenmaiers Einzug in das Parlament erwies sich nicht nur bei der Erfüllung des von Konrad Adenauer sorgsam geachteten Konfessionsproporzes innerhalb der Bundestagsfraktion als hilfreich. Der überregional bekannte Schwabe diente zudem als protestantische Leitfigur und unterstrich das christdemokratische Bestreben, der evangelischen Wahlbevölkerung politische Heimat sein zu wollen. Aufgrund seiner langjährigen kirchlichen Arbeit fungierte er zudem als Nahtstelle zwischen Partei und EKD-Führungsspitze. Schließlich verfügte Gerstenmaier als Mitbegründer der Zeitschrift »Christ und Welt« über ein Standbein auf dem Zeitungsmarkt. Dabei war der Einfluß des christlich geprägten und konservativ ausgerichteten Blattes auf die öffentliche Meinung gerade Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren beträchtlich, wie die damaligen Auflagenzahlen von »Christ und Welt« bewiesen.

Rasch wurden aber auch die aus dem Spannungsverhältnis von kirchlichem Wirken und politischer Arbeit entstehenden Nachteile deutlich. Sein Temperament hatte der schwäbische Politiker oftmals nicht unter Kontrolle. Seine Kritiker betonten zudem seine Arroganz sowie die Neigung, sein Gegenüber belehren zu wollen. Gerstenmaier wußte um den polarisierenden Effekt, den er auf sein Umfeld ausübte. Angriffe gegen seine Person nahm er durchaus in Kauf. Er hielt es aufgrund seiner herausgehobenen Stellung sogar für unvermeidlich, daß er mit Kritik zu rechnen hatte. Gleichwohl konnte er sehr dünnhäutig reagieren. Zweifel an der Lauterkeit seiner Motive, sich dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus anzuschließen und besonders Angriffe auf seine ermordeten Freunde des Kreisauer Kreises verletzten ihn tief. Auch war bei ihm stets eine Distanz zur Politik spürbar, die durch sein Beharren auf einem formal aufrechterhaltenen kirchlichen Arbeitsverhältnis zutage trat. Obwohl ein Wechsel zur EKD mit zunehmender Dauer seines parlamentarischen Wirkens immer unwahrscheinlicher wurde, erachtete Gerstenmaier diese Rückzugsmöglichkeit als notwendig, um das Gefühl eines Abhängigkeitsverhältnisses von der Politik zu vermeiden. Dabei war die Haltung Eugen Gerstenmaiers zur Kirche durchaus nicht spannungsfrei. Wenngleich eine Trennung von der EKD aufgrund seiner tiefen Religiosität nie zur Diskussion stand, rieb er sich zeit seines Lebens an der Kirche. Sein Hauptkritikpunkt an der EKD nach Kriegsende war ihre Politisierung. Er bekämpfte diese Tendenz, forderte aber inkonsequenterweise zu-

gleich die politische Offenheit der evangelischen Kirche ein. Deutlich wurde diese Haltung besonders in der Wiederbewaffnungsdebatte, denn Gerstenmaier wollte nicht darauf verzichten, die protestantischen Gläubigen von der Richtigkeit der christdemokratischen Deutschland- und Sicherheitspolitik zu überzeugen.

Sowohl in seiner kirchlichen als auch in seiner politischen Tätigkeit galt Eugen Gerstenmaier als unbequem. Seine Arbeit in Bonn war durch sein Wertesystem geprägt, das er zum Fundament seines politischen Handelns erhob. Er war stets ein Verfechter eines weltoffenen Konservatismus auf christlicher Basis. Seine intellektuellen und rhetorischen Fähigkeiten, die er bis zu seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten zur Verteidigung des Regierungskurses einsetzte sowie seine Loyalität zum Kanzler ließen ihn innerhalb der CDU/CSU rasch zu einem geachteten Fraktionsmitglied aufsteigen. Bis 1954 war ein starker Einfluß des Regierungschefs auf die parlamentarische Arbeit Gerstenmaiers feststellbar. So versuchte Adenauer, Gerstenmaier als Transmissionsriemen seiner Politik zu nutzen. Ferner drängte Konrad Adenauer darauf, daß der kämpferische CDU-Abgeordnete und »Parteigänger«[2] des Kanzlers im November 1954 das Amt des verstorbenen Hermann Ehlers als Bundestagspräsident übernahm. Gerstenmaier hatte nie einen Hehl daraus gemacht, daß der Wechsel ins protokollarisch zweithöchste Staatsamt aus dem Gefühl des Pflichtbewußtseins und der Loyalität seiner Partei gegenüber erfolgt war. Obwohl er sich in der Tätigkeit als Parlamentspräsident nicht in der von ihm erhofften Wirkungsstätte wußte, zeigte er sich bestrebt, dem Amt seinen Stempel aufzudrücken. Mit zunehmender Verweildauer auf dem Präsidentenstuhl verursachten aber die engen Kompetenzgrenzen seines Amtes bei ihm eine wachsende Unzufriedenheit. Ebenso offensichtlich war die sich parallel dazu entwickelnde Kluft zwischen Gerstenmaier und seiner Partei. Wie groß die Distanz geworden war, wurde durch die mangelnde Unterstützung der Unionsfraktion in der Wiedergutmachungsaffäre Anfang 1969 besonders deutlich.

Bei der Wertung der 20jährigen politischen Arbeit Gerstenmaiers ist zwischen seinem Wirken als Bundestagspräsident und seiner parteipolitischen Tätigkeit zu unterscheiden. Als Repräsentant der bundesdeutschen Volksvertretung war es sein zentrales Anliegen, einen Beitrag zur Schaffung eines modernen Parlaments zu leisten. Durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Abgeordneten erhoffte sich der Christdemokrat eine effektivere Arbeit des Bundestags. Ausdruck fand dieses Bestreben besonders durch seine langjährigen Bemühungen um den Bau eines Abgeordnetenhochhauses. Eugen Gerstenmaier konzentrierte sich aber nicht allein auf materielle Verbesserungen. Es war ihm ebenso wichtig, die Rechte der Parlamentarier zu wahren. Seinen Ansatz, eine Stärkung des Parlaments zulasten der Exekutive durchzusetzen, vermochte er allerdings wegen des Widerstands der Regierung nicht zu realisieren. Er setzte sich ebenso für eine Belebung der Debatten im »Hohen Haus« ein. Doch scheiterte er mit seinem Wunsch, der Bundestag möge sich vermehrt am Debattierstil des britischen Unterhauses orientieren, an dem quer

[2] E. Gerstenmaier, Streit und Friede, 1981, S. 356.



Bundestagspräsident Dr. D. Gerstenmaier
Foto: Robert E. Seeger (Internationale Presseagentur Seeger), München
ACDP-Bildarchiv, Sankt Augustin

durch alle Fraktionen gehenden Widerstand. Der Parlamentspräsident bemühte sich deshalb – beispielsweise durch die Einführung der Aktuellen Stunde – zumindest den Sitzungsverlauf zu modifizieren; eine einschneidende Parlamentsreform gelang ihm allerdings nicht. Erfolgreich war Gerstenmaier bei der Durchsetzung eines Stilwandels in der parlamentarischen Selbstdarstellung. Die Plenarsitzungen wurden nun in einem würdigen Rahmen abgehalten. Auch dies war ein Zeichen für das von Eugen Gerstenmaier verfolgte Ziel, die Arbeit des Bundestages aufzuwerten.

Ein weiterer Kernpunkt der 14jährigen Amtszeit des Bundestagspräsidenten war sein unablässiges Eintreten für die deutsche Einheit. Seine Entscheidungen, Bundestagssitzungen oder Bundesversammlungen in Berlin anzuberaumen, setzten ihn auch der Kritik aus. Seine Beharrlichkeit zeigte aber deutlich, wie wichtig ihm dieses Anliegen war. In seiner Unterstützung des grundgesetzlich verankerten Gebotes der Wiedervereinigung ließ er sich weder von sowjetischen noch von Ost-Berliner Drohgebärden abhalten. Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ Gerstenmaier zudem als Repräsentant der bundesdeutschen Volksvertretung im Ausland. Der ehemalige Widerstandskämpfer und Vertreter des »anderen Deutschland« vermochte es, Vorbehalte abzubauen und glaubhaft die deutsche Wandlung zur demokratischen Rechtsstaatlichkeit zu verkörpern.

Im Unterschied zu seiner Tätigkeit als Parlamentspräsident gestaltete sich Gerstenmaiers parteipolitisches Wirken wenig erfolgreich. Das Verhältnis zu seiner Partei war seit seiner Amtsübernahme im November 1954 von Spannungen und Konflikten gekennzeichnet. Von der Presse mehrfach für einen Platz im Kabinett oder für das Amt des Bundeskanzlers ins Gespräch gebracht, schaffte er bis zum abrupten Ende seiner politischen Karriere nicht den Sprung auf die Regierungsbank. Die überparteiliche Ausübung seines Amtes als Parlamentspräsident und sein Drängen auf Unabhängigkeit führten fast zwangsläufig zu einer Distanzierung von der eigenen Fraktion. Auch die Gerstenmaier zuerkannte Rolle des »CDU-Intellektuellen«[3] trug dazu bei, seine Außenseiterposition zu festigen. Sein Versuch, die programmatische Linie der CDU mitzubestimmen, blieb jedoch ohne nachhaltigen Erfolg. Obwohl Gerstenmaier sich als Parteipolitiker durchaus kämpferisch mit dem politischen Gegner auseinandersetzte, lehnte er das schablonenartige Denken ab. Es war ihm ein Greuel, in Wahlkampfzeiten christdemokratische Politik verkürzend und mittels eingängiger Parolen darzustellen. Simplifizierungen und die Verteufelung des politischen Gegners zur Schärfung des eigenen politischen Profils lehnte er ab. Dem Christdemokraten war es vielmehr ein Anliegen, unter Aufnahme der gesellschaftspolitischen Änderungen und vor allem der Mitte der fünfziger Jahre erkennbaren Säkularisierungstendenzen, eine programmatische Weiterentwicklung der CDU sicherzustellen. Sein Wunsch nach Differenzierung fiel hingegen bei der christdemokratischen Führungsspitze kaum auf fruchtbaren Boden. Der von ihm verfochtene Ansatz in großen, über die Tagespolitik hinausgehenden Linien zu denken, entfremdete ihn eher seiner Partei.

---

[3] H.-O. Kleinmann, Geschichte der CDU, 1993, S. 241.

Von dem Wunsch beseelt, an der Spitze des Kabinetts oder des Außenministeriums die bundesdeutsche Politik maßgeblich bestimmen zu können, frustrierten Gerstenmaier die Grenzen seines Amtes in wachsendem Maße. Zunehmend wurde er deshalb auf außenpolitischem Feld mit eigenständigen Vorstößen aktiv. Doch suchte er bei seinen Initiativen zu wenig die Abstimmung mit der Unionsfraktion. Seine Vorschläge beispielsweise für eine flexiblere Ostpolitik, ohne sich dem Hegemonieanspruch der Sowjetunion zu beugen, sein Eintreten für ein europäisches Verteidigungssystem und sein Werben für eine deutsch-französische Union stützten deshalb den Vorwurf mangelnder Parteiloyalität. Der in der ersten und Anfang der zweiten Legislaturperiode als außenpolitischer Experte in der CDU/CSU geschätzte Parlamentarier stieß dabei vor allem mit seinen ost- und deutschlandpolitischen Konzeptionen vermehrt auf Widerstand bei seinen Fraktionskollegen. Gerstenmaiers Wandlung vom unkritischen Interpreten der Politik Adenauers zum selbstbewußt agierenden Bundestagspräsidenten, der sich in wichtigen politischen Fragen wie etwa den Modalitäten eines Friedensvertrags das Recht zur Einmischung nahm, kostete ihn zunehmend Rückhalt in den eigenen Reihen.

Gerstenmaiers komplizierte Persönlichkeitsstruktur und seine Entschlossenheit, seiner Meinung auch gegen die Parteiräson Ausdruck zu verleihen, taten ihr übriges, um seine Position in der CDU/CSU zu schwächen. Diese fehlende Unterstützung seitens der Unionsfraktion war jedoch ausschlaggebend dafür, daß ihm letztlich der Sprung in die »erste Reihe« der deutschen Politik nicht gelang. Die Haltung der Bundestagsfraktion in Personalfragen war auch deshalb so entscheidend, da Eugen Gerstenmaier in seiner Landespartei über wenig Rückhalt verfügte. Er hatte es nicht vermocht, den starken baden-württembergischen Verband als Hausmacht zu nutzen und sich in seiner schwäbischen Heimat eine loyale Basis aufzubauen. Die Landespolitik war eindeutig nicht sein Metier. Die Distanz zur CDU-Führungsspitze Baden-Württembergs ergab sich aus der Tatsache, daß Gerstenmaier als Abgeordneter seinem Wirken in der Bundespolitik eindeutig Priorität einräumte. Diese Konzentration auf die Bonner Politik manifestierte sich auch in seiner Wahlkreisarbeit. Der Parlamentarier vermochte es nicht, sich die Probleme seines bäuerlich geprägten Wahlkreises zu eigen zu machen und er blieb damit der Mehrheit der nord-württembergischen Christdemokraten fremd. Die dennoch guten Wahlergebnisse, die Gerstenmaier ab Mitte der fünfziger Jahre für die CDU einfahren konnte, waren vor allem auf sein Renommee als stellvertretender Parteivorsitzender und amtierender Bundestagspräsident zurückzuführen. Mit dem Verlust dieser Positionen nach seiner Amtsniederlegung im Januar 1969 wurde aber schnell deutlich, wie oberflächlich die Unterstützung für ihn in seiner Heimat wirklich war.

Die Position Eugen Gerstenmaiers innerhalb der Unionsfraktion war vor diesem Hintergrund stark von christdemokratischen Führungspersönlichkeiten auf Bundesebene abhängig. Zu Beginn seines politischen Wirkens fand der Christdemokrat hauptsächlich bei Bundeskanzler Adenauer Unterstützung. Der Rückhalt, den Gerstenmaier bei seinen Parteifreunden genoß, stand und fiel deshalb mit der Durchsetzungskraft seiner Fürsprecher. Es bestand aber auch die Gefahr, das Wohlwollen

dieser Führungspersönlichkeiten durch Kritik an deren politischem Kurs zu verlieren und damit seine Stellung in Fraktion und Partei zu gefährden. Deutlich wurde diese Gratwanderung in Gerstenmaiers Verhältnis zu Konrad Adenauer. Die Beziehung, die vor November 1954 von seiten Gerstenmaiers durch eine weitgehend unkritische Unterstützung des Kanzlers geprägt worden war, begann sich nach seinem Wechsel auf den Stuhl des Parlamentspräsidenten zu verändern. Gerstenmaiers deutliches Drängen auf ein Ende der Kanzlerschaft Adenauers 1959 und sein Vorpreschen in der Ostpolitik im Sommer 1961 waren Beispiele für sein Bestreben, Adenauer zunehmend auf gleicher Augenhöhe gegenübertreten zu wollen. Konrad Adenauer reagierte auf diesen Wandel, indem er ihm seine Hilfe auch bei anstehenden Personalentscheidungen entzog. Die Unterstützung, die er Gerstenmaier bei dessen Kandidatur um das Amt des Bundestagspräsidenten im November 1954 gewährt hatte, versagte er ihm nun. Adenauer machte besonders nach seinem Rückzug aus dem Palais Schaumburg keinen Hehl daraus, daß er Gerstenmaier nicht für geeignet hielt, eine politische Schlüsselposition zu bekleiden. Ähnlich spannungsreich gestaltete sich auch die Beziehung zu Adenauers Nachfolger Erhard. Das zuvor einvernehmliche Verhältnis zu Ludwig Erhard, dessen Kanzlerkandidatur Eugen Gerstenmaier unterstützt hatte, verschlechterte sich vor allem durch die außenpolitischen Alleingänge des Bundestagspräsidenten rapide. Der Bruch zwischen Parlamentspräsident und Regierungschef war am Ende der Kanzlerschaft Erhards nicht mehr zu kitten.

Weniger wechselvoll war hingegen die Beziehung Gerstenmaiers zu Kurt Georg Kiesinger. Unter seiner Kanzlerschaft bot sich ihm die aussichtsreichste Chance auf das Amt des Außenministers. Nachdem der Wunsch Eugen Gerstenmaiers, Erhard an der Kabinettsspitze zu beerben, am Widerstand der Fraktion gescheitert war, schien ihm ein zwischen den schwäbischen Landsleuten geschlossenes »Gentlemen's-Agreement« die Übernahme des Außenministeriums zu garantieren. Doch das vor Abschluß des Koalitionsvertrags mit der SPD vereinbarte Tauschgeschäft – Gerstenmaiers Unterstützung des Kanzlerkandidaten Kiesinger im Austausch gegen seine Berufung an die Spitze des Außenministeriums – schlug fehl. Die Sozialdemokraten machten durch ihren Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner den Plan in letzter Minute zunichte. Damit hatte sich die Tür zum Kabinettseintritt für den Christdemokraten endgültig geschlossen.

Die Auseinandersetzung um das von Eugen Gerstenmaier beantragte Wiedergutmachungsverfahren als Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft führte zum unrühmlichen Ende seiner politischen Karriere. Zu seinem ungebremsten Fall trug ferner bei, daß sein Handeln aufgrund des von ihm postulierten ethischen Anspruchs christdemokratischer Politik von der Öffentlichkeit besonders kritisch bewertet wurde. Obwohl sein Vorgehen rechtlich nicht zu beanstanden war, ließ der öffentliche Druck und das daraus resultierende Abrücken seiner Partei eine Amtsniederlegung unvermeidlich werden.

Die Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung der CDU im Verlauf der Affäre überwand Gerstenmaier nur sehr langsam. Erst nachdem sein Vertrauter Hel-

mut Kohl als Fraktions- und Parteivorsitzender den Kurs der christdemokratischen Partei bestimmte, ließ er seine Bereitschaft erkennen, sich wieder für die CDU einzusetzen. Allerdings war dieses parteipolitische Engagement von nachgeordneter Bedeutung, wie seine Tätigkeit für den christdemokratischen Seniorenrat belegte. Intensiver gestaltete sich hingegen Gerstenmaiers Mitarbeit in der 1977 gegründeten, überparteilichen »Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestags«, deren erster Präsident er wurde. Gerade diese Arbeit im Kreis der parlamentarischen Ruheständler nahm der »leidenschaftliche Demokrat«[4] ernst. Bis an sein Lebensende war es Eugen Gerstenmaier ein Anliegen, sich für die »Lebendigkeit und Kraft«[5] des Parlamentarismus in der Bundesrepublik einzusetzen. Mit seinem Engagement im Kreis der »Ehemaligen« bis zu seinem Tod 1986 schien sich für ihn ein Kreis zu schließen: Er wurde an seinem Lebensende wieder »der Präsident«[6] – ein Amt, das er im Verlauf seines Politikerlebens nicht angestrebt hatte, mit dem er aber doch zeitlebens identifiziert wurde und das sein parlamentarisches Wirken geprägt hatte.

[4] Die Welt vom 6. Juni 1981.

[5] Ausführungen des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier zur Eröffnung der 3. Wahlperiode des Bundestags am 15. Oktober 1957. BT, 3. Wp., 1. Sitzung vom 15. Oktober 1957, S. 7.

[6] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. März 1986.

a) Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
ADZ	Archiv des Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung im Ministerium des Innern der DDR
AsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
BA	Bundesarchiv
BK	Bekennende Kirche
BND	Bundesnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BVD	Bund der Vertriebenen Deutschen
CARE	Cooperative for American Remittances to Europe
CP	Christliche Pfadfinderschaft
CRALOG	Council of Relief Agencies Licensed for Operation in Germany
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DAG	Deutsche Afrika-Gesellschaft
DIZ	Deutsches Institut für Zeitgeschichte
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DSt	Deutsche Studentenschaft
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	Demokratische Volkspartei
EKiD	Evangelische Kirche in Deutschland
EZA	Evangelisches Zentralarchiv, Berlin
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei
GB-BHE	Gesamtdeutschen Block-Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GM	Geheimer Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit
GO	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags
HA	Hauptabteilung
IfGA	Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung
IKRK	Internationales Komitee des Roten Kreuzes
IM	Inoffizieller Mitarbeiter

IML	Institut für Marxismus-Leninismus
IPU	Interparlamentarische Union
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
ISD	Information Service Divsion von OMGUS
JEIA	Joint Export-Import Agency
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NL	Nachlaß
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OSS	Office of Strategic Services
ÖKR	Ökumenischer Rat der Kirchen
OMGUS	Office Military Government of the United States
ÖRPC	Ökumenischer Rat für Praktisches Christentum
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Pinar	Politischer Informations- und Archiv-Dienst
REM	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RKA	Reichskirchenausschuß
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SD	Sicherheitsdienst
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
uk	unabkömmlich
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
unsig.	unsigniert
VERWI	Veredelungswirtschaft GmbH des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VKL	Vorläufige Kirchenleitung
WEU	Westeuropäische Union
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit
ZPA	Zentrales Parteiarchiv der SED

b) Bildnachweis

ACDP-Bildarchiv: Schutzumschlag, Vor- und Nachsatz (89. Geburtstag von Konrad Adenauer, 5. Januar 1965; Foto: P. Bouserath, Sieglar), 6, 10, 205, 246, 294, 382, 417, 471

Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages: 307

Bundesarchiv Koblenz: 145

A. Ungedruckte Quellen

Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin – zitiert: ADW
Bestand Zentralbüro des Hilfswerks (ZB)
Bestand Allgemeine Sammlung des Hilfswerks

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin – Zitiert: PA
Abteilung Deutschland – Gruppe Inland I und II
Büro Staatssekretäre 1949–1984 (B 2)
Inland I – D
Inland II
Kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amts
Politische Abteilung des Auswärtigen Amts 1949/1951–1958 (B 10)
Politische Länderreferate (B 12, B 24, B 26, B 31, B 32, B 36, B 37)
Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes 1946–1976 (B 8)

Archiv der Humboldt-Universität, Berlin – zitiert: Humboldt-Universität
Akte Gerstenmaier (ZDI 275)

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin – Zitiert: BStU
Unterlagen über Eugen Gerstenmaier aus den Beständen:
AK 2611
AP 2380
MfS-HA IX/11 AS
MfS-HA IX/11 AV
MfS-HA XX/4
PA 2819

Evangelisches Zentralarchiv, Berlin – zitiert: EZA
Archiv für die Geschichte des Kirchenkampfes (Bestand 50)
Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche (Bestand 1)
Evangelischer Oberkirchenrat (Bestand 7)
Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Bestand 2 und 5)
Ökumenischer Rat – Sammlung Siegmund-Schulze (Bestand 51)
Deutsche Christliche Studentenvereinigung (DCSV) (Bestand 34)
NL Otto Dibelius (Bestand 603)
NL Günther Harder (Bestand 608)
NL Werner Sylten (Bestand 600)

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde – zitiert: BAB
Auswärtiges Amt (R 901)
Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP (NS 15)
Büro des Reichspräsidenten/Präsidialkanzlei (R 601)

Deutsche Botschaft in Belgrad (R 9203)
Deutsche Botschaft in Sofia (R 9219)
Deutsche konsularische Vertretungen im Ausland: Generalkonsulat Temesvar (Rumänien) (R 9335)
Kanzlei Rosenberg (NS 8)
Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof (R 3017)
Oberste SA-Führung (NS 23)
Parteikanzlei des Führers (NS 6)
Reichskanzlei (R 43 II)
Reichsministerium für Finanzen (R 2)
Reichsministerium des Innern (R 1501)
Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten (R 5101)
Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (R 55)
Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (R 4901)
Reichssicherheitshauptamt (R 58)
Reichssippenamt (R 39)
Stellvertreter des Kanzlers (R 53)
Volksgerichtshof (VGH)
Zentralbehörden der allg. dt. Zivilverwaltung in den während des 2. Weltkrieges besetzten Gebieten (R 83)

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde – zitiert: SAPMO
Abteilung Agitation des Zentralkomitees der SED (DY 30/IV 2/9.02)
Abteilung Sicherheitsfragen des Zentralkomitees der SED (DY 30/IV 2/12)
Arbeitsgruppe Kirchenfragen (DY 30/IV 2/14)
Protokoll des Politbüros des Zentralkomitees der SED (DY 30/IV 2/2)
SED-Büro Hermann Axen (DY 30/IV 2/2.035)
SED Westabteilung (und Westkommission) (DY 30/IV 2/10.02)
Zentralkomitee der SED, Abteilung Staats- und Rechtsfragen (DY 30/IV A 2/13)
Zentralkomitee der SED, Büro Albert Norden (DY 30/IV 2/2.028)
NL Anton Ackermann (NY 4109)
NL Gustav Gundelach (NY 4066)
NL Albert Norden (NY 4217)
NL Heinrich Rau (NY 4062)
NL Albert Schreiner (NY 4198)

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn – zitiert: AsD
NL Fritz Erler
NL Gustav Heinemann
NL Werner Jacobi
NL Paul Löbe
NL Kurt Mattick
NL Willy Müller
NL Erich Ollenhauer
NL Fritz Sänger
NL Adolf Scheu
NL Carlo Schmid
NL Gerhard Weisser

Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn – zitiert: WBA
NL Willy Brandt

Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn – zitiert: Erhard-Stiftung
Unterlagen zu Eugen Gerstenmaier im NL Ludwig Erhard

Pressearchiv des Deutschen Bundestages, Bonn – zitiert: Pressearchiv
Ausschnittssammlung Eugen Gerstenmaier

Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Bonn/Berlin – zitiert: PBT
Präsidialregistratur Gerstenmaier

National Archives and Records Administration, College Park – zitiert: NARA
U.S. High Commissioner for Germany, Office of U.S. Land Commissioner for Baden-Württemberg (RG 466)
Department of State (RG 59)
Allied Operational and Occupation Headquarters, World War II, Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF) (RG 331)
Records of United States Army Commands (RG 338)
Records of the Army Staff, Records of the Office of the Assistance Chief of Staff (RG 319)
Records of United States Occupation Headquarters, WW II, Office of Military Government for Germany (U.S.) OMGUS (RG 260)
Records of the Office of Strategic Services, Research and Analysis Branch (RG 226)
Records of the Foreign Service Posts of the Department of State (RG 84)

Bundesarchiv-Zwischenlager Dahlwitz-Hoppegarten – zitiert: BA Dahlwitz
Unterlagen zu Eugen Gerstenmaier (Dok/P 143 Bd. 1–4 und P 879)

Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg – zitiert BA-MA
NL Kai-Uwe von Hassel (BW 1)
OKW – Amt Ausland/Abwehr (RW 5)

Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach – zitiert: ADL
NL Karl-Hermann Flach (N 47)
NL Thomas Dehler (N 1)
NL Wolfgang Haußmann (Q 1/22)
NL Reinhold Maier (A 34)
NL Erich Mende (A 26, A 31)
FDP-Landesverband Berlin

Stadtarchiv Kirchheim/Teck – zitiert SA Kirchheim
Bestand Kirchheim (Ki C 5)
Einwohnermeldekartei

Bundesarchiv Koblenz – zitiert: BA
Deutsche Afrika-Gesellschaft e. V. (B 161)
Bundeskanzleramt (B 136)
Bundespräsidialamt (B 122)
NL Rainer Barzel (N 1371)
NL Paul Bausch (N 1391)

NL Heinrich von Brentano (N 1239)
NL Karl Carstens (N 1337)
NL Otto Dibelius (N 1439)
NL Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (N 1397 F)
NL Walter Hallstein (N 1266)
NL Theodor Heuss (N 1221)
NL Hermann Höcherl (N 1407)
NL Friedrich Holzapfel (N 1278)
NL Jakob Kaiser (N 1018)
NL Gerhard Leibholz (N 1334)
NL Kurt Rheindorf (N 1263)
NL Gerhard Ritter (N 1166)

Staatsarchiv Ludwigsburg – zitiert: StA Ludwigsburg
Personalunterlagen Eugen Gerstenmaier (El 902/20 Nr. 17/3271)

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, München – zitiert: ACSP
CSU-Landesgruppe, 1953–1969
CSU-Landesvorstand
NL Richard Jäger
NL Josef Müller
NL Franz Josef Strauß

Institut für Zeitgeschichte, München – zitiert: IfZ
OMGUS-Unterlagen (RG 260)

Archiv Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf – zitiert: StBKAH
NL Konrad Adenauer

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin – zitiert: ACDP
CDU-Bundesgeschäftsstelle (VII-003 und VII-004)
CDU-Bundesvorsitzender (VII-002)
CDU-Bundesvorstand, Bundesausschuß, Präsidium (VII-001)
CDU/CSU-Fraktion Arbeitskreis V (Auswärtiges, Verteidigung, Ost- und Deutschlandpolitik, Entwicklungshilfe) (VIII-006)
CDU-Kreisverband Backnang (II-051)
CDU-Kreisverband Schwäbisch-Hall (II-096)
Materialsammlung zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (VII-005)
NL Hans Asmussen (I-398)
NL Ernst Bach (I-116)
NL Paul Bausch (I-059)
NL Hans Berger (I-400)
NL Kurt Birrenbach (I-433)
NL Odilo Braun (I-429)
NL Paul Collmer (I-210; dem NL Gerstenmaier angeschlossen)
NL Arved Deringer (I-381)
NL Josef-Hermann Dufhues (I-049)
NL Hermann Ehlers (I-369)
NL Hans Furler (I-015)
NL Eugen Gerstenmaier (I-210)
NL Hans Globke (I-070)

NL Kai-Uwe von Hassel (I-157)
NL Bruno Heck (I-022)
NL Kurt Georg Kiesinger (I-226)
NL Heinrich Krone (I-028)
NL Ernst Lemmer (I-280)
NL Otto Lenz (I-172)
NL Paul Lücke (I-077)
NL Werner Marx (I-356)
NL Erich Mende (I-269)
NL Hans-Joachim von Merkatz (I-148)
NL Gerhard Schröder (I-483)
NL Robert Tillmanns (I-229)

Archiv des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums, Stuttgart – zitiert: Ludwigs-Gymnasium
Unterlagen zu Eugen Gerstenmaier

Hauptstaatsarchiv Stuttgart – zitiert: HStA Stuttgart
NL Wolfgang Haußmann (Q 1/22)
NL Reinhold Maier (Q 1/8)
NL Klaus Mehnert (Q 1/30)

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden – zitiert: HHStA Wiesbaden
NL Gustav Hacker (Abteilung 1202)

Schriftliche oder mündliche Auskünfte wurden erteilt von:
Rainer Barzel, München
Thilo Dinkel, Kirchheim unter Teck
Hans Karl Fritsche, Bonn
York Christian Gerstenmaier
Jürgen Schröder, Norderstedt
Jens Wünscher, Stuttgart

B. Gedruckte Quellen und Literatur

a) Publikationen Eugen Gerstenmaiers (Auswahl)

Zur Jungstreiterfrage, in: »Christdeutsche Stimmen« vom 20. September 1927.
Die Köngener Gemeinde und die deutsche Freischar, in: »Christdeutsche Stimmen« vom 15. Mai 1928.
Um Bund und Älterenschaft. Gedanken zur jüngsten Bundesaussprache, in: »Christdeutsche Stimmen« vom 15. März 1929.
Wort und Gestalt. Eine Rückschau und ein Bekenntnis, Stuttgart 1931.
Wenn die Schule hinter uns liegt, in: »Vossische Zeitung« vom 5. April 1931.
Jugendbewegung am Ende?, in: »Der Teckbote« vom 16. September 1931.
Politisches Messiastum?, in: »Württembergische Hochschulzeitung« vom 15. Januar 1932.
Protestantische Gefolgschaft oder mythogermanisches Rebellentum, in: »Rostocker Universitätszeitung« vom 7. Dezember 1933.
Wissenschaft und Wirklichkeit, in: »Rostocker Universitätszeitung« vom 19. Februar 1934.
Schöpfung und Offenbarung. Systematische Untersuchung zu einer Theologie des Ersten Artikels, Diss. Rostock 1935.
Eine Fakultät im apologetischen Kampf, in: Wort und Tat. Zeitschrift für evangelische Wahrheit und kirchliche Verantwortung, Jg. 1935, H. 1, S. 24–26.
Arndt – Ahnherr des Deutschglaubens?, in: Zeitwende, 12. Jg. (1936), H. 9, S. 145–158.
Kirche, Volk und Staat. Stimmen aus der Deutschen Evangelischen Kirche zur Oxforder Weltkonferenz, Berlin 1937.
Die Kirche und die Kirchen, in: Gerstenmaier, Eugen (Hg.): Kirche, Volk und Staat. Stimmen aus der Deutschen Evangelischen Kirche zur Oxforder Weltkirchenkonferenz, Berlin 1937, S. 100–128.
Christus und das Dogma, in: Der deutsche Auswanderer. Veröffentlichung des evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer, 34. Jg. (1937), S. 158–161.
Die Kirche und die Schöpfung. Eine theologische Besinnung zu dem Dienst der Kirche an der Welt, Berlin 1938.
Kirche und Schöpfung. Eine theologische Besinnung zu dem Dienst der Kirche an der Welt, in: Theologische Blätter, 19. Jg. (1940), S. 157–160.
Frankreichs Protestantismus im Krieg, in: Deutsches Institut für Außenpolitische Forschung (Hg.): Frankreich gegen die Zivilisation, Berlin 1940.
Mächte und Mönche. Bilder und Gedanken im Südosten, in: Zeitwende, 17. Jg. (1941), H. 4, S. 98–103.
Moskaus Kirchendiplomatie, in: Protestantische Rundschau. Vierteljahresschrift des Protestantischen Weltverbandes, XIX. Jg. (1942), S. 49–53.
Weltprotestantismus – Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Schwäbisch-Gmünd 1950.
Wichern zwei. Zum Verhältnis von Diakonie und Sozialpolitik, Stuttgart 1953.
Gerstenmaier, Eugen/Günther, Karl (Hg.): Friedrich Brunstäd. Gesammelte Aufsätze und kleinere Schriften, Berlin 1957.
Die geistige Schicht im Massenstaat, in: Gesellschaft für Christlich Demokratische Bildungsarbeit (Hg.): Sprache, Wissen, Bildung. Beiträge zu den Bildungsfragen unserer Zeit, Köln 1957, S. 9–28.
Verschleuderung des christlichen Namens? Eine Disputation mit Helmut Gollwitzer, Bonn 1960.
Neuer Nationalismus? Von der Wandlung der Deutschen, Stuttgart 1965.

Wandlungen des Nationalbewußtseins, Reflexionen zur inneren Entwicklung Deutschlands und Japans seit dem zweiten Weltkrieg, in: Mitteilungen des Deutsch-Japanischen Kulturinstituts, Nr. 16/17, 1/1965, S. 2–23.
Staat ohne Kirche?, in: Aland, Kurt/Schneemelcher, Wilhelm (Hg.): Kirche und Staat. Festschrift für Bischof Hermann Kunst zum 60. Geburtstag am 21. Januar 1967, Berlin 1967, S. 91–104.
Der Kreisauer Kreis. Zu dem Buch Gerrit van Roons »Neuordnung im Widerstand«, in: VfZ, 15. Jg. (1967), H. 3, Juli 1967, S. 221–246.
Die Deutschen und ihr Vaterland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/67, 20. September 1967.
Politik in der Kirche?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/68, 14. Dezember 1968.
Paul Collmer – Skizze einer Freundschaft, in: Evangelisches Hilfswerk (Hg.): Dr. Paul Collmer zum 65. Geburtstag am 2. März 1972, Stuttgart 1972, S. 10–14.
Adenauer und die Macht, in: Blumenwitz, Dieter/Gotto, Klaus/Maier, Hans/Repgen, Konrad/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1, Stuttgart 1976, S. 29–44.
Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Stuttgart 1976, S. 29–44.
Das Kirchliche Außenamt im Reiche Hitlers, Göttingen, in: Collmer, Paul/Kalinna, Hermann/Wiedemann, Lothar (Hg.): Kirche im Spannungsfeld der Politik. Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst zum 70. Geburtstag am 21. Januar 1977, Göttingen 1977, S. 307–318.
Notizen aus Südwestafrika, in: Evangelische Verantwortung, H. 3/4, März/April 1978, S. 3–4.
Von Bolz bis zu Rommel und Wurm. Baden-Württemberger im Kampf gegen Hitler, Stuttgart 1978.
Der Staatssekretär, in: Gotto, Klaus (Hg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S. 15–20.
Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/Main 1981.
Gerstenmaier, Eugen/Gerstenmaier, Brigitte: Zwei können widerstehen. Berichte und Briefe 1939–1969, Bonn/Berlin 1992.

b) Aktenpublikationen, Editionen und Monographien

Adenauer, Konrad: Erinnerungen. 4 Bde., Stuttgart 1965–1968.
Adenauer, Konrad: Meine Begegnungen mit Eugen Gerstenmaier, in: Kunst, Hermann (Hg.): Für Freiheit und Recht. Eugen Gerstenmaier zum 60. Geburtstag, Stuttgart 1966, S. 19–24.
Adenauer, Konrad: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1986.
Adenauer, Konrad: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1990.
Adenauer, Konrad: »... um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1994.
Adenauer, Konrad: »Stetigkeit in der Politik.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998.
Albrecht, Dieter/Hockerts, Hans Günter/Mikat, Paul/Morsey, Rudolf (Hg.): Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, Berlin 1983.
Alheit, Peter: Biographische Konstruktionen. Beiträge zur Biographieforschung, Bremen 1992.
Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956.
Alt, Franz: Der Prozeß der Regierungsbildung unter Konrad Adenauer. Eine monographische Untersuchung der Bildung der ersten Bundesregierung 1949, Bonn 1970.

Archiv Peter (Hg.): Spiegelbild einer Verschwörung: Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Stuttgart 1961.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Die Bundesrepublik – Paradies für Kriegverbrecher, Berlin (Ost) 1956.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Die Wahrheit über Oberländer. Braunbuch über die verbrecherische Vergangenheit des Bonner Vertriebenenministers, Berlin (Ost) 1960.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Globke und die Ausrottung der Juden, Berlin (Ost) 1960.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Bonn, Zentrum des Militarismus, der Kriegs- und Rassenhetze, Berlin (Ost) 1960.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Neue Beweise für Globkes Verbrechen gegen die Juden, Berlin (Ost) 1960.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Der Oberländer-Prozeß. Protokoll der Verhandlungen vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1960.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Eichmann. Henker, Handlanger, Hintermänner. Eine Dokumentation, Berlin (Ost) 1961.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Globkes braune Notstandsexekutive. Das Bonner Geheimkabinett der Staatssekretäre – ein Exklusivverein belasteter Nazis und Antisemiten, Berlin (Ost) 1963.
Ausschuß für deutsche Einheit (Hg.): Globke. Der Bürokrat des Todes, Berlin (Ost) 1963.
Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle seit 1949, Bd. 13/I: Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1998.
Der Auswärtige Auschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle seit 1949, Bd. 13/II: Sitzungsprotokolle 1953–1957, bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 2002.
Auswärtiges Amt (Hg.): Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972.
Auswärtiges Amt (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente zur Deutschlandpolitik, Bd. 1: 1949–1951, Bd. 2: 1952, München 1990.
Auswärtiges Amt (Hg.): Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1963, Köln 1999.
Banach, Jens: Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945, Paderborn 1998.
Baring, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München 1969.
Baring, Arnulf: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974.
Baring, Arnulf: Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, München ^{3}1984.
Barth, Karl: Eine Schweizer Stimme 1938–1945, Zürich 1945.
Barth, Karl: Die evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs, Stuttgart 1946.
Barzel, Rainer: Im Streit und umstritten, Frankfurt/Main 1986.
Barzel, Rainer: Geschichten aus der Politik, Frankfurt/Main 1987.
Barzel, Rainer: Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge, Mißtrauensvotum, Kanzlersturz, Bonn 1998.
Bausch, Paul: Lebenserinnerungen eines schwäbischen Abgeordneten, Korntal 1970.
Behrend, Manfred: Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie, Köln 1995.
Bentley, James: Martin Niemöller. Eine Biographie, München 1985.
Benz, Wolfgang: Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie. Pläne und Überlegungen im Widerstand, im Exil und in der Besatzungszeit, in: Koebner, Thomas/Sautermeister, Gert/

Schneider, Sigrid (Hg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987, S. 201–213.
Berggoetz, Sven Olaf: Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949–1963, Düsseldorf 1998.
Bernecker, Walther/Dotterweich, Volker (Hg.): Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1982.
Besier, Gerhard: Die Rolle des MfS bei der Durchsetzung der Kirchenpolitik der SED und die Durchdringung der Kirchen mit geheimdienstlichen Mitteln, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, 12. Wahlperiode, Bd. VI/1, Baden-Baden 1995, S. 509–558.
Besier, Gerhard: Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, München 2000.
Besier, Gerhard/Sauer, Gerhard: Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Schulderklärung 1945, Göttingen 1985.
Besier, Gerhard/Boyens, Armin/Lindemann, Gerhard: Protestantismus und Ökumenische Bewegung. Kirchliches Handeln im Kalten Krieg (1945–1990), Berlin 1999.
Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer. Theologe-Christ-Zeitgenosse, München ⁴1978.
Birrenbach, Kurt: Meine Sondermissionen. Rückschau auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Düsseldorf 1984.
Blankenhorn, Herbert: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt/Main 1980.
Blasius, Rainer A.: Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, München 1994.
Blumenwitz, Dieter/Gotto, Klaus/Maier, Hans/Repgen, Konrad/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 1, Stuttgart 1976.
Blumenwitz, Dieter (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit, 2 Bde., Stuttgart 1976.
Blumenwitz, Dieter (Hg.): Die Deutschlandfrage vom 17. Juni 1953 bis zu den Genfer Viermächtekonferenzen von 1955, Berlin 1990.
Boberach, Heinz (Bearb.): Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934–1944, Mainz 1971.
Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart 2001.
Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried (Hg.): Biographieforschung und Kulturanalyse. Transdisziplinäre Zugänge qualitativer Forschung, Opladen 1998.
Booz, Rüdiger Marco: »Hallsteinzeit«. Deutsche Außenpolitik 1955–1972, Bonn 1995.
Borst, Otto: Die heimlichen Rebellen. Schwabenköpfe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart 1980.
Bourdieu, Pierre: Die biographische Illusion, in: BIOS, Jg. 3 (1990), H. 1, S. 75–81.
Boyens, Armin: Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939. Darstellung und Dokumentation, München 1969.
Boyens, Armin/Greschat, Martin/Thadden, Rudolf von/Pombeni, Paolo: Kirchen in der Nachkriegszeit. Vier zeitgeschichtliche Beiträge, Göttingen 1979.
Bräuer, Siegfried: Friedrich-Wilhelm Krummacher, in: Hauschild, Wolf-Dieter (Hg.): Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert, Gütersloh 1998, S. 427–462.
Brandt, Willy: Erinnerungen, Berlin 1989.
Brecht, Martin/Deppermann, Klaus/Gäbler, Ulrich (Hg.): Geschichte des Pietismus, 3 Bde., Göttingen 1993.
Brettschneider, Frank: Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990, Opladen 1995.

Brodesser, Hermann-Josef/Fehn, Bernd Josef/Wirth, Wilfried: Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation, München 2000.
Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990.
Brunstäd, Friedrich: Reformation und Idealismus, München 1925.
Buchhaas, Dorothee: Die Volkspartei – Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973, Düsseldorf 1981.
Buchheim, Hans: Die Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß, Stuttgart 1984.
Buchstab, Günter: Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler, Düsseldorf 1986.
Buchstab, Günter: Der Ellwanger Freundeskreis der CDU/CSU, in: Becker, Winfried/Chrobak, Werner (Hg.): Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht, Kallmünz 1992, S. 431–441.
Bude, Heinz: Rekonstruktion von Lebenskonstruktionen – eine Antwort auf die Frage, was Biographieforschung bringt, in: Kohli, Martin/Robert, Günter (Hg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Neue Beiträge und Forschungsperspektiven, Stuttgart 1984, S. 7–28.
Buehler, Karl-Ernst, Zeitlichkeit als psychologisches Prinzip. Über Grundfragen der Biographie-Forschung, Köln 1986.
Carstens, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993.
Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle seit 1949, Bd. II/I: Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. von Helge Heidemeyer, Düsseldorf 1993.
Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle sei 1949, Bd. II/II: Sitzungsprotokolle 1953–1957, bearb. von Helge Heidemeyer, Düsseldorf 2002.
Cioc, Mark: Abschreckung und Verteidigung. Die Kontroverse über die Atombewaffnung in der Ära Adenauer 1949–1963, in: Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 501–514.
Conze, Werner/Kosthorst, Erich/Nebgen, Elfriede: Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972.
Cordier, Leopold: Evangelische Jugendkunde, Schwerin 1925.
Cordier, Leopold: Evangelische Jugend und ihre Bünde – Eine geschichtliche Einführung, Schwerin 1927.
Cornu, Daniel: Karl Barth und die Politik. Widerspruch und Freiheit, Wuppertal 1969.
Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982, hrsg. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, bearb. von Peter Schindler, Bonn 1983.
Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999 (CD-ROM), hrsg. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, bearb. von Peter Schindler, Bonn 2000.
Deutscher Bundestag (Hg.): Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 1: Josef Felder, Hans Dichgans, Johann Cramer, Emilie Kiep-Altenloh, Boppard am Rhein 1982.
Deutscher Bundestag (Hg.): Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 2: Curt Becker, Franz Marx, Ernst Paul, Hans Schütz, Elisabeth Schwarzhaupt, Hermann Siemer, Anton Storch, Boppard am Rhein 1983.
Deutscher Bundestag (Hg.): Die Bundesversammlungen 1949–1989. Eine Dokumentation aus Anlaß der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1994, Bonn 1994.

Deutscher Bundestag (Hg.): Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 16: Walter Althammer, München 2002.
Dibelius, Otto: Ein Christ ist immer im Dienst. Erlebnisse und Erfahrungen einer Zeitenwende, Stuttgart 1961.
Dibelius, Otto: Obrigkeit, Stuttgart 1963.
Dibelius, Otto: So habe ich's erlebt. Selbstzeugnisse, hrsg. von Wilhelm Dittmann, Berlin 1980.
Dietzfelbinger, Eckart: Die westdeutsche Friedensbewegung 1948 bis 1955. Die Protestaktionen gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1984.
Dipper, Theodor: Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Kirchenkampfes im Dritten Reich, Göttingen 1966.
Doehring, Karl (Hg.): Deutschlandvertrag, westliches Bündnis und Wiedervereinigung, Berlin 1985.
Dönhoff, Marion Gräfin: Um der Ehre willen. Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli, Berlin 1996.
Doering-Manteuffel, Anselm: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Darmstadt 1983.
Doering-Manteuffel, Anselm: Die Kirchen und die EVG. Zu den Rückwirkungen der Wehrdebatte im westdeutschen Protestantismus und Katholizismus auf die politische Zusammenarbeit der Konfessionen, in: Volkmann, Hans-Erich/Schwengler, Walter (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 317–335.
Döscher, Hans-Jürgen: SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung, Frankfurt/Main 1991.
Döscher, Hans-Jürgen: Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität, Berlin 1995.
Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches. Bd. IV: 1937–1939. Vom Wahlerlaß Hitlers bis zur Bildung des Geistlichen Vertrauensrates (Februar 1937–August 1939), hrsg. von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, bearb. von Gertraud Grünziger und Carsten Nicolaisen, Gütersloh 2000.
Dulles, Allen Welsh, Verschwörung in Deutschland, Kassel 1949.
Eckardt, Felix von: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf 1967.
Eckert, Michael: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 37 (1989), S. 115–143.
Egen, Peter: Die Entstehung des EAK der CDU/CSU, Diss. Bochum 1971.
Elzer, Hermann: Es gibt noch Charakterköpfe in Württemberg. Die Europarats-Abgeordneten Eugen Gerstenmaier, Karl Mommer und Karl-Georg Pfleiderer im Ringen um die Gestaltung des von-Naters-Plans zur Europäisierung der Saar 1953/54, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, 59. Jg. (2000), S. 319–401.
Enders, Ulrich: Der Konflikt um den Beitritt der Bundesrepublik und des Saargebiets zum Europarat, in: Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 19–46.
Engelberg, Ernst/Schleier, Hans: Zu Geschichte und Theorie der historischen Biographie. Theorieverständnis – biographische Totalität – Darstellungstypen und -formen, in: ZfG, 38. Jg. (1990), H. 3, S. 195–217.
Engelmann, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Engelmann, Roger/Henke, Klaus-Dieter (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 23–39.

Engelmann, Roger: Zum Wert der MfS-Akten, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 12. Wahlperiode, Bd. VIII, Baden-Baden 1995, S. 243–296.

Erb, Günther: 125 Jahre Christlicher Verein Junger Männer (CVJM), in: Schriftenreihe des Stadtarchivs Kirchheim unter Teck, Bd. 18 (1994), S. 121–161.

Eschenburg, Theodor: Jahre der Besetzung 1945–1949, Stuttgart 1983.

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte (Hg.): Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 5: Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland 1945/46, Göttingen 1995.

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte (Hg.): Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 6: Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1947/48, Göttingen 1997.

Evangelisches Verlagswerk (Hg.): Eugen Gerstenmaier. Reden und Aufsätze zusammengestellt anläßlich seines 50. Geburtstages, Stuttgart 1956.

FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949–1967, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1990–1993.

Fest, Joachim: Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1997.

Finker, Kurt: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1993.

Fischer, Alexander (Hg.): Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945, Berlin 1986.

Fischer, Erhard: Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945, Hamburg 1970.

Fischer, Erika/Fischer, Heinz: John J. McCloy und die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Presseberichte und Dokumente über den Amerikanischen Hochkommissar für Deutschland 1949–1952, Köln 1985.

Fischer, Hans Gerhard: Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945. Ein Beitrag zum Problem der politischen Theologie, Lübeck 1970.

Fischer, Per: Europarat und parlamentarische Außenpolitik, München 1962.

Fischer, Wolfram/Kohli, Martin: Biographieforschung, in: Voges, Wolfgang (Hg.): Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen 1987, S. 25–49.

Fischer-Rosenthal, Wolfram: Schweigen-Rechtfertigen-Umschreiben. Biographische Arbeit im Umgang mit deutschen Vergangenheiten, in: Fischer-Rosenthal, Wolfram/Alheit, Peter (Hg.): Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte, Opladen 1995, S. 43–86.

Foss, Öyvind: Politische Diakonie? Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland und der Versuch nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches eine gesellschaftsorientierte Diakonie zu verwirklichen, Frankfurt/Main 1986.

Frasch, Werner: Kirchheim unter Teck. Aus Geschichte und Gegenwart einer Stadt und ihrer Bewohner, Kirchheim unter Teck 1985.

Frei, Nobert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Fritz, Hartmut: Otto Dibelius. Ein Kirchenmann in der Zeit zwischen Monarchie und Diktatur, Göttingen 1998.

Fromme, Friedrich: Eugen Gerstenmaier, in: Bernecker, Walther/Dotterweich, Volker (Hg.): Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1982, S. 155–167.

Fuchs, Werner: Biographische Forschung. Eine Einführung in Praxis und Methoden, Wiesbaden ^{2}2000.

Gallin, Mary Alice: German Resistance to Hitler. Ethical and Religious Factors, Washington 1961.

Gallus, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschlands zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf 2001.

Gaus, Günter: Zur Person. Porträts in Frage und Antwort, Gerstenmaier: Der christliche Staatsmann ist kein Missionar, München 1964.
Gayer, Kurt: Der Schwierige – Eugen Gerstenmaier, in: Gayer, Kurt: Die Schwaben in Bonn, Stuttgart 1968, S. 48–59.
Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.
Gersdorff, Gero von: Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten 1954. Westdeutsche Bewaffnung und internationale Politik, München 1994.
Glaessner, Gert-Joachim (Hg.): Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren, Opladen 1984.
Glaessner, Gert-Joachim: Die andere Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1988.
Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
Gollwitzer, Helmut: Die sich selbst betrügen, in: Weyrauch, Wolfgang (Hg.): Ich lebe in der Bundesrepublik Deutschland. Fünfzehn Deutsche über Deutschland, München 1960, S. 123–139.
Gottlieb, Max: Als man in Kirchheim noch Klaviere baute, in: Beiträge zur Heimatkunde des Bezirks Kirchheim unter Teck, H. 9, Kirchheim unter Teck 1969, S. 30–32.
Gotto, Klaus: Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Konrad Adenauer – Ziele und Wege, München 1972, S. 97–144.
Gotto, Klaus: Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Morsey, Rudolf/Repgen, Konrad (Hg.): Adenauer-Studien, Bd. III, Mainz 1974, S. 3–91.
Graml, Hermann: Die März-Note von 1952 – Legende und Wirklichkeit, Melle 1988.
Grebing, Helger/Wickert, Christl (Hg.): Das »andere« Deutschland im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.
Grewe, Wilhelm: Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/Main 1979.
Grimm, Holger/Lauf, Edmund: Die Abgeurteilten des Volksgerichtshofs, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, 19/2 (1994), S. 33–52.
Grüber, Heinrich: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln ^{2}1968.
Günther, Klaus: Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik: Adenauer-Erhard-Kiesinger. Eine Analyse zum Problem der intraparteilichen De-Nominierung des Kanzlers und der Nominierung eines Kanzlerkandidaten am Beispiel des Streites um Adenauers und Erhards Nachfolge, Hannover 1970.
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr zu: Fußnoten, Stuttgart ^{4}1971.
Haas, Wilhelm: Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der BRD, Bremen 1969.
Hacke, Christian: Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1993.
Haeften, Barbara von: Aus unserem Leben 1944–1950, Tutzing 1980.
Haeften, Barbara von: »Nichts Schriftliches von der Politik«. Hans Bernd von Haeften, ein Lebensbericht, München 1997.
Hähner, Olaf: Historische Biographik. Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1999.
Haftendorn, Helga: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden ^{2}1986.
Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1949–2000, Stuttgart 2001.
Härth, Wolfgang: Parlamentspräsidenten und Amtseid, in: ZParl, Jg. 11 (1980), H. 4, S. 497–503.

Hamerow, Theodore: Die Attentäter. Der 20. Juli – von der Kollaboration zum Widerstand, München 1999.
Hammer, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand, Frankfurt/Main 1949.
Handschell, Christian (Bearb.): Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–1990, Düsseldorf 2002.
Hanrieder, Wolfram/Rühle, Hans (Hg.): Im Spannungsfeld der Weltpolitik. 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979), Stuttgart 1981.
Hassel, Ulrich von: Vom anderen Deutschland – aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Freiburg im Breisgau 1946.
Haugg, Werner: Das Reichsministerium für die kirchliche Angelegenheiten, Berlin 1940.
Heck, Bruno (Hg.): Widerstand, Kirche und Staat: Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag, Frankfurt/Main 1976.
Heck, Bruno: Die CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschließungen, Melle 1979.
Hehl, Ulrich von: Die Kirchen in der NS-Diktatur. Zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstand, in: Bracher, Karl-Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1992, S. 153–181.
Heiber, Helmut: Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München 1991.
Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ, DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Diss. München 1992.
Hein, Dieter: Zwischen Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985.
Heinemann, Ulrich: Ein konservativer Patriot, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990.
Held, Joseph: Die Volksgemeinschaftsidee in der deutschen Jugendbewegung, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 6 (1977), S. 457–476.
Henk, Emil: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte, Heidelberg 1946.
Henke, Klaus-Dietmar: Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, in: VfG 41 (1993), H. 4, S. 575–587.
Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1996.
Hentschel, Volker: Ludwig Erhard – ein Politikerleben, München 1996.
Henzler, Christoph: Fritz Schäffer 1945–1967, München 1994.
Herbert, Karl: Kirche zwischen Aufbruch und Tradition. Entscheidungsjahre nach 1945, Stuttgart 1989.
Herbst, Ludolf: Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik, in: Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 3–18.
Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990.
Hermanns, Johannes: Eugen Gerstenmaier, Freudenstadt 1966.
Herwarth, Hans von: Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen, Berlin 1990.
Hetterich, Volker: Von Adenauer zu Schröder. Der Kampf um die Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949–1998, Opladen 2000.
Heuss, Theodor: Tagebuchbriefe 1955–1963, Stuttgart ^{3}1970.

Heydemann, Günther/Kettenacker, Lothar (Hg.): Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat, Göttingen 1993.
Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1984.
Hildebrand, Klaus: Integration und Souveranität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1982, Bonn 1991.
Hillgruber, Andreas: Heinemanns evangelisch-christlich begründete Opposition gegen Adenauers Politik 1950–1952, in: Hillgruber, Andreas (Hg.): Die Last der Nation. Fünf Beiträge über Deutschland und die Deutschen, Düsseldorf 1984, S. 102–118.
Hillgruber, Andreas: Deutsche Geschichte 1945–1968. Die »deutsche Frage« in der Weltpolitik, Stuttgart [7]1989.
Hirschauer, Manfred: Das Handwerk in Nordwürttemberg. Entwicklung, Struktur und gegenwärtige Problematik in wirtschaftlicher und soziologischer Sicht, Diss. Nürnberg 1957.
Höfner, Karlheinz: Die Aufrüstung Westdeutschlands. Willensbildung, Entscheidungsprozesse und Spielräume westdeutscher Politik 1945–1950, Diss. München 1990.
Höttl, Wilhelm: Einsatz für das Reich, Koblenz 1997.
Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München [4]1985.
Hoffmann, Peter: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992.
Hudemann, Rainer/Poidevin, Raymond (Hg.): Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992.
Hübner, Emil/Oberreuter, Heinrich/Rausch, Heinz (Hg.): Der Bundestag von innen gesehen. 24 Beiträge, München 1969.
Hürten, Heinz: Kirchen und amerikanische Besatzungsmacht in Deutschland. Die OMGUS-Papiere als kirchengeschichtliche Quelle, in: Portmann-Tinguely, Albert (Hg.): Kirche, Staat und katholische Wissenschaft in der Neuzeit. Festschrift für Heribert Raab zum 65. Geburtstag am 16. März 1988, Paderborn 1988, S. 565–581.
Ismayr, Wolfgang: Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze, Opladen 1992.
Jacobs, Norbert: Der Staat um Dr. Hans Globke in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1949–1973, 2 Bde., Diss. Bonn 1992.
Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): »Spiegelbild der Verschwörung«. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde., Stuttgart 1984.
Jekewitz, Jürgen: Die Wahl des Parlamentspräsidenten, in: Recht und Politik, Jg. 13 (1977), H. 2, S. 98–102.
Jena, Kai von: Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: VfZ 34 (1986), H. 4, S. 1–54.
Jesse, Eckhard: Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990, in: Gabriel, Oskar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 72 (S. 59–84).
John, Otto: Falsch und zu spät. Der 20. Juli 1944, Frankfurt/Main 1989.
Junker, Detlef (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. 1: 1945–1968, Stuttgart 2001.
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms, Bd. 3: 1950, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser; Bd. 4: 1951, bearb. von Ursula Hüllbüsch; Bd. 5: 1952, bearb. Kai von von Jena; Bd. 7: 1954, bearb. von Ursula Hüllbüsch und Thomas Trumpp, Boppard am Rhein 1986–1993.
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahlenberg, Bd. 8: 1955, bearb. von Michael Hollmann und Kai von Jena; Bd. 9: 1956, bearb.

von Ursula Hüllbüsch; Bd. 10 (1957), bearb. von Ulrich Enders und Josef Henke, München 1997–2000.
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 11 (1958), hrsg. für das Bundesarchiv von Hartmut Weber, bearb. von Ulrich Enders und Christoph Schwave, München 2002.
Käppner, Joachim: Erstarrte Geschichte. Judenverfolgung und Judenvernichtung im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999.
Kaiser, Carl-Christian/Kessel, Wolfgang: Deutscher Bundestag 1949–1999. Debatte und Entscheidung, Konsens und Konflikt, München 1999.
Kaiser, Jochen-Christoph: Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945, in: Huber, Wolfgang (Hg.): Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland, München 1990, S. 69–92.
Karl-Marx-Universität Leipzig (Hg.): Vom Schumanplan zur Montanunion. Parlamentarische Auseinandersetzungen in Frankreich, in der BRD und in Großbritannien 1950/51, Leipzig 1988.
Karpen, Ulrich/Schott, Andreas (Hg.): Der Kreisauer Kreis. Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmuth James Graf von Moltke, Heidelberg 1996.
Kaul, Friedrich Karl: Der Fall Eichmann, Berlin (Ost) 1963.
Keim, Walter (Hg.): Der Bundestag. Eine Bestandsaufnahme 1949–1969, Bonn 1970.
Keller, Barbara: Rekonstruktion von Vergangenheit. Vom Umgang der »Kriegsgeneration« mit Lebenserinnerungen, Opladen 1996.
Kern, Wilhelm: Kirchlicher Widerstand während des Dritten Reiches in Kirchheim unter Teck am Beispiel des Pfarrers Otto Mörike, in: Stadt Kirchheim unter Teck (Hg.): 50 Jahre Kriegsende, Kirchheim unter Teck 1995, S. 71–99.
Kieseritzky, Wolther von: Willy Brandt. Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, Bonn 2001.
Kiesinger, Kurt Georg: Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958, Stuttgart 1989.
Kittel, Manfred: Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958, 1993, in: VfZ, 41. Jg. (1993), H. 3, S. 355–389.
Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU, Stuttgart 1993.
Kleinschnittger, Karl-Heinz: Die rechtliche Stellung des Bundestagspräsidenten, Diss. Bielefeld 1963.
Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988.
Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen ^{5}1991.
Kleßmann, Christoph/Stöver, Bernd: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 12. Wahlperiode, Bd. V, 2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1612–1635.
Klingenstein, Grete (Hg.): Biographie und Geschichtswissenschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis biographischer Arbeit, Wien 1979.
Klingl, Friedrich: »Das ganze Deutschland soll es sein!« Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. Eine Analyse der außenpolitischen Konzeptionen und des außenpolitischen Verhaltens Thomas Dehlers, Diss. Regensburg 1985.
Klink, Dieter: Bemerkungen zur Rolle von Parlamentspräsidenten in Politik und Gesellschaft, in: ZParl, Jg. 12 (1981), H. 3, S. 436–437.

Klink, Gert: Die Geschäftsordnung des Bundestages, insbesondere die Rechtsstellung des Bundestagspräsidenten unter Heranziehung der Geschäftsordnungen der Länderparlamente, Diss. Köln 1959.
Klocksin, Jens Ulrich: Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945–1956), Bonn 1993.
Knabe, Hubertus: Die Stasi als Problem des Westens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/97, S. 3–16.
Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, Berlin ²1999.
Kneip, Rudolf: Jugend der Weimarer Zeit. Handbuch der Jugendverbände 1919–1938, Frankfurt/Main 1974.
Knorr, Heribert: Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975.
Koch, Diether: Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972.
Kocka, Jürgen: Persönlichkeit und Struktur als methodologisches Problem der Geschichtswissenschaft, in: Bosch, Manfred (Hg.): Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S. 152–169.
Koebner, Thomas/Sautermeister, Gert/Schneider, Sigrid (Hg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987.
Köhler, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1994.
Koerfer, Daniel: Der Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987.
Konukiewietz, Enno: Hans Asmussen – Ein lutherischer Theologe im Kirchenkampf, Gütersloh 1984.
Kosthorst, Daniel: Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Aussenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961, Düsseldorf 1993.
Kralewski, Wolfgang/Neunreither, Karlheinz: Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag 1949–1953, Köln 1963.
Kreutzer, Heike: Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 2000.
Krieger, Wolfgang: Beistand. Die Tätigkeit des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland für Vertriebene und Flüchtlinge nach 1945, Stuttgart 1974.
Krieger, Wolfgang (Hg.): Adenauer und die Wiederbewaffnung, Bonn 2000.
Krimm, Herbert: Quellen zur Geschichte der Diakonie, Bd. 3, Stuttgart 1966.
Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Berlin ²1967.
Krone, Heinrich: Tagebücher, Bd. 1: 1945–1961, bearb. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 1995.
Krüger, Dieter: Archiv im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und öffentlicher Meinung, Geschichte und Überlieferungsprofil des ehemaligen »Berlin Document Center«, in: VfZ, 45. Jg. (1997), H. 1, S. 49–74.
Küpper, Jost: Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstils in der Ära Adenauer, Frankfurt/Main 1985.
Küsters, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.
Küsters, Hanns Jürgen: Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der EWG, in: VfZ, 31. Jg. H. 4 (1983), S. 646–673.
Küsters, Hanns Jürgen (Bearb.): Adenauer. Teegespräche 1950–1954, Berlin 1984.
Küsters, Hanns Jürgen: Der Integrationsfriede, München 2000.

Küsters, Hanns Jürgen: Adenauer und Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: VfZ, 40. Jg. (1992), S. 483–542.
Kuld, Lothar: Glaube in Lebensgeschichten. Ein Beitrag zur theologischen Autobiographieforschung, Stuttgart 1997.
Kunst, Hermann (Hg.): Für Freiheit und Recht: Eugen Gerstenmaier zum 60. Geburtstag, Stuttgart 1966.
Kunze, Rolf-Ulrich: Theodor Heckel 1894–1967. Eine Biographie, Stuttgart 1997.
Kupisch, Karl: Der deutsche CVJM. Aus der Geschichte der Christlichen Vereine Junger Männer Deutschlands, Kassel 1958.
Lademacher, Horst/Mühlhausen, Walter (Hg.): Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949, Kassel 1985.
Landgrebe, Wilhelm: August Winnig. Arbeiterführer, Oberpräsident, Christ, Lahr-Dinglingen 1961.
Lappenküper, Ulrich: Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung, in: VfZ 42 (1994), S. 403–445.
Lappenküper, Ulrich: Den Bau des »europäischen Hauses« vollenden. Die Europapolitik Ludwig Erhards 1963–1966, in: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto (Hg.): Historisch-Politische Mitteilungen, Bd. 7, Köln 2000, S. 239–267.
Leber, Annedore: Das Gewissen entscheidet. Berichte des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern, Berlin 1957.
Le Goff, Jacques: Wie schreibt man eine Biographie, in: Der Historiker als Menschenfresser. Über den Beruf des Geschichtsschreibers, Berlin 1990, S. 103–125.
Lehmann, Albrecht: Im Fremden ungewollt zuhaus: Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1950, München 1991.
Lehmann, Wolfgang: Hans Asmussen – Ein Leben für die Kirche, Göttingen 1988.
Lemke, Michael: Die parlamentarische Auseinandersetzung um Schumanplan und Montanunion in der BRD (1950–1952), in: Karl-Marx-Universität Leipzig (Hg.): Vom Schumanplan zur Montanunion. Parlamentarische Auseinandersetzungen in Frankreich, in der BRD und in Großbritannien 1950/51, Leipzig 1988, S. 32–52.
Lemke, Michael: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die Westpropaganda der SED 1960–1963, in: VfZ, 41. Jg. (1993), H. 2, S. 153–174.
Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.
Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968, in: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit, Berlin 1995, S. 61–86.
Lemmer, Ernst: Manches war doch anders, Frankfurt/Main 1968.
Lenz, Otto: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, Düsseldorf 1989.
Lichtenberg, Peter: Die Aktuelle Stunde im Deutschen Parlament 1965–1985. Versuch einer bildungsgeschichtlich-politischen Analyse und Bewertung, Bad Honnef 1986.
Lilge, Herbert (Hg.): Deutschland 1945–1963, Hannover 1967.
Lilje, Hanns: Memorabilia. Schwerpunkte eines Lebens, Nürnberg 1973.
Lindemann, Mechthild: Die Deutschlandfrage auf der Gipfelkonferenz und der Außenministerkonferenz in Genf 1955, in: Blumenwitz, Dieter (Hg.): Die Deutschlandfrage vom 17. Juni 1953 bis zu den Genfer Viermächtekonferenzen von 1955, Berlin 1990, S. 177–205.
Link, Werner: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Erhard und der Großen Koalition, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 12. Wahlperiode, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1676–1743.

Löffelholz, Thomas: Eugen Gerstenmaier, in: Sarkowicz, Hans (Hg.): Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Porträts, München 1999, S. 111–128.
Lohmann, Albrecht: Das Auswärtige Amt, Düsseldorf 1966.
Lohmann, Karl: Der Deutsche Bundestag, Bonn 1967.
Lohmar, Ulrich: Das Hohe Haus. Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit, Stuttgart 1975.
Loth, Wilfried: Der Weg nach Europa, Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen 1990.
Loth, Wilfried: Deutschland im Kalten Krieg. Strategien und Entscheidungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39–40/99 vom 24. September 1999, S. 3–11.
Loth, Wilfried/Wallace, William/Wessels, Wolfgang (Hg.): Walter Hallstein – Der vergessene Europäer?, Bonn 1995.
Loth, Wilfried/Graml, Hermann/Wettig, Gerhard/Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002.
Mader, Julius: Jagd nach dem Narbengesicht, Berlin (Ost) 1962.
Mahncke, Dieter: Das Berlin-Problem – die Berlin-Krise 1958–1961/62, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Dikatatur in Deutschland«, 12. Wahlperiode, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1766–1821.
Maier, Hans/Rausch, Heinz/Hübner, Emil/Oberreuter, Heinrich: Parlament und Parlamentsreform. Zum Selbstverständnis des fünften Deutschen Bundestages, München ²1979.
Maier, Klaus/Thoss, Bruno: Westintegration, Sicherheit und deutsche Frage. Quellen zur Außenpolitik in der Ära Adenauer 1949–1963, Darmstadt 1994.
Maier, Reinhold: Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966.
Maier, Reinhold: Eine biographische Notiz – Theodor Heckel, in: Hausschild, Wolf-Dieter (Hg.): Kirchengemeinschaft-Anspruch und Wirklichkeit. Festschrift für Georg Kretschmer zum 60. Geburtstag, Stuttgart 1986, S. 189–233.
Mann, Golo/Müller, Konrad: Konrad Adenauer, Bergisch-Gladbach 1992.
Marcowitz, Reiner: Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958–1969, München 1996.
Marschall, Stefan: Parlamentsreform. Ziele, Akteure, Prozesse, Opladen 1999.
Matz, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.
Mauch, Christof: Schattenkrieg gegen Hitler. Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941–1945, Stuttgart 1999.
Maurer, Hermann: Dienst an Displaced Persons, hrsg. vom Evangelischen Hilfswerk, Stuttgart 1954.
Mayntz, Gregor: Der unbekannte Star: Die Präsenz des Bundestages in den Medien, in: Oberreuter, Heinrich/Kranenpohl, Uwe/Sebaldt, Martin (Hg.): Der Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden 2001, S. 200–214.
McCloy, John: Die Verschwörung gegen Hitler. Ein Geschenk an die deutsche Zukunft, Stuttgart 1963.
Medefind, Heinz: Die Deutschen im Europarat. Zwei Jahrzehnte Nachkriegspolitik im Spiegel von Straßburg. Ein Bericht und ein Dokument, Bonn 1972.
Meding, Dorothee von: Mit dem Mut des Herzens. Die Frauen des 20. Juli 1992, Berlin 1992.
Mehnert, Klaus: Am Rande der Politik, in: Kunst, Hermann (Hg.): Für Freiheit und Recht. Eugen Gerstenmaier zum 60. Geburtstag, Stuttgart 1966, S. 131–146.
Mehnert, Klaus: Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906–1981, Stuttgart 1981.
Meier, Andreas: Hermann Ehlers. Ein Leben in Kirche und Politik, Bonn 1991.

Meier, Andreas: Eugen Gerstenmaier, in: Hauschild, Wolf-Dieter (Hg.): Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert, Gütersloh 1998, S. 185–201.
Meier, Andreas: Eugen Gerstenmaier, in: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002, Bd. 1: A-M, München 2002.
Meier, Kurt: Der evanglische Kirchenkampf, Bd. 2:, Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher »Rechtshilfe«, Göttingen 1976.
Melnikow, Danil: 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit, Berlin (Ost) 1967.
Merz, Dietmar: Auferweckung der Kirche und Aktivierung der Gemeinde. Das Evangelische Hilfswerk in Württemberg in den Jahren 1945 bis 1950 unter der Leitung von Wilhelm Pressel, Diss. Heidelberg 2000.
Meyer, Winfried: Staatsstreichplanung, Opposition und Nachrichtendienst. Widerstand aus dem Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, in: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 319–338.
Meyer-Blanck, Michael: Wilhelm Stählin, in: Hauschild, Wolf-Dieter (Hg.): Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert, Gütersloh 1998, S. 677–690.
Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945, Berlin ^{4}1994.
Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, 3 Bde., München 1997.
Mohr, Arno: Die Rolle der Persönlichkeit in politischen Institutionen. Biographische Ansätze in der Politikwissenschaft, in: BIOS, Jg. 1990, H. 2, S. 225–236.
Moltke, Freya von: Erinnerungen an Kreisau 1930–1945, München 1997.
Moltke, Helmuth James von: Briefe an Freya 1939–1945, München 1988.
Mommsen, Hans: Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus der Sicht des Kreisauer Kreises, in: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 246–261.
Mommsen, Hans: Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas, in: VZG, 42. Jg. (1994), H. 3, S. 361–377.
Monnet, Jean: Erinnerungen eines Europäers, Baden-Baden 1988.
Morsey, Rudolf: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion 1949–1963, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, 12. Wahlperiode, Bd. V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden, 1995, S. 1822–1867.
Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn 1996.
Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München ^{4}2000.
Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Heuss-Adenauer. Unserem Vaterland zugute. Der Briefwechsel 1948–1963, bearb. von Peter Mensing, Berlin 1989.
Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer/Theodor Heuss: Unter vier Augen – Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959, Berlin 1997.
Müller, Josef: Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957, Düsseldorf 1990.
Müller-Roschach, Herbert: Die deutsche Europapolitik 1945–1977. Eine politische Chronik, Bonn 1980.
Münzing, Ekkehard/Pilz, Volker: Auswärtiger Ausschuß, Berlin 1999.
Münzing, Ekkehard/Pilz, Volker: Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise des Auswärtigen Ausschusses, in: Oberreuter, Heinrich/Kranenpohl, Uwe/Sebaldt, Martin (Hg.): Der Bun-

destag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden 2001, S. 63–86.

Muregger, Dietrich/Winkler, Frank: Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im »NS-Archiv« des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 30. Jg. (1994), H. 1, S. 88–97.

Narr, Wolf-Dieter/Thränhardt, Dietrich (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung-Entwicklung-Struktur, Königstein 1979.

Nassehi, Armin: Die Form der Biographie. Theoretische Überlegungen zur Biographieforschung in methodologischer Absicht, in: BIOS, 7. Jg. (1994), H. 1, S. 46–64.

Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.): Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier, Berlin (Ost) 1969.

Niemann, Jürgen: Auftakt zur Demokratie. Der Bundestagswahlkampf 1949 zwischen Improvisation und Ideologie, Bochum 1994.

Niemöller, Wilhelm: Die evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes, Bielefeld 1956.

Nittel, Dieter: Biographieforschung, Frankfurt/Main 1991.

Noack, Paul: Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954, Düsseldorf 1977.

Noack, Paul: EVG und Bonner Europapolitik, in: Volkmann, Hans-Erich/Schwengler, Walter (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein, 1985, S. 239–254.

Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964, Allensbach-Bonn 1965.

Norden, Günther van/Wittmütz, Volkmar (Hg.): Evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg, Köln 1991.

Nowak, Kurt: Christuskreuz gegen Hakenkreuz, in: Heydemann, Günter/Kettenacker, Lothar (Hg.): Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat, Göttingen 1993, S. 215–237.

Oberreuter, Heinrich (Hg.): Parlamentsreform. Probleme und Perspektiven in westlichen Demokratien, Passau 1981.

Oberreuter, Heinrich/Kranenpohl, Uwe/Olzog, Günter/Liese, Hans: Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung, München ^{26}2000.

Oberreuther, Heinrich/Kranenpohl, Uwe/Sebaldt, Martin (Hg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden 2001.

Olenhusen, Irmtraud Götz von: Jugendreich, Gottesreich, Deutsches Reich. Junge Generation, Religion und Politik 1928–1933, Bielefeld 1987.

Osterheld, Horst: Ich gehe nicht leichten Herzens – Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986.

Osterheld, Horst: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.

Partsch, Karl Josef: Die Wahl des Parlamentspräsidenten, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Jg. 86 (1961), S. 1–38.

Pörtner, Rudolf (Hg.): Mein Elternhaus. Ein deutsches Familienalbum, München ^{4}1987.

Pöttering, Hans-Gert: Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Düsseldorf 1975.

Pollock, James K.: Besatzung und Staatsaufbau nach 1945, Occupation Diary and Private Correspondence 1945–1948, München 1994.

Portmann-Tinguely, Albert (Hg.): Kirche, Staat und katholische Wissenschaft in der Neuzeit. Festschrift für Heribert Raab zum 65. Geburtstag am 16. März 1988, Paderborn 1988.
Priepke, Manfred: Die evangelische Jugend im Dritten Reich 1933–1936, Hannover 1960.
Querg, Thorsten: Spionage und Terror. Das Amt VI des Reichssicherheitshauptamtes 1939–1945, Diss. Berlin 1997.
Rabe, Karl-Klaus (Hg.): Von Oggersheim bis Oberschlesien. Union und Vertriebenenverbände im politischen Gleichklang, Bornheim-Merten 1985.
Ramme, Alwin: Der Sicherheitsdienst der SS, Berlin 1970.
Rannacher, Helmut: Das konfessionelle Gleichgewicht als Strukturproblem der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Diss. Tübingen 1970.
Rausch, Heinz: Parlamentsreform – Tendenzen und Richtungen, in: ZParl 14 (1967), S. 259–289.
Rausch, Heinz: Bundestag und Bundesregierung. Eine Institutionenkunde, München ^{4}1976.
Rauscher, Anton (Hg.): Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949–1963, Paderborn 1979.
Recker, Marie-Luise: Die Aussenpolitik des Dritten Reiches, München 1990.
Recker, Marie-Luise (Hg.): Politische Reden 1945–1990, Frankfurt/Main 1999.
Regierungspräsidium Nord-Württemberg (Hg.): Die Entwicklung der Bevölkerung und der Arbeitsplätze in der Industrie 1956–1958 im Reg.-Bezirk Nord-Württemberg, Stuttgart 1959.
Reimer, Maike: Die Zuverlässigkeit des autobiographischen Gedächtnisses und die Validität retrospektiv erhobener Lebensverlaufsdaten, Berlin 2001.
Remer, Otto Ernst: 20. Juli 1944, Hamburg 1951.
Ribhegge, Wilhelm: August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn 1973.
Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954.
Röckelein, Hedwig: Der Beitrag der psychohistorischen Methode zur »neuen historischen Biographie«, in: Röckelein, Hedwig (Hg.): Biographie als Geschichte, Tübingen 1993, S. 17–38.
Roegele, Otto: Die Bemühungen um eine Große Koalition in Bonn. Der erste Anlauf im Jahre 1962, in: Wisser, Richard (Hg.): Politik als Gedanke und Tat, Mainz 1967, S. 215–235.
Roll, Hans-Achim: Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Kommentar, Baden-Baden 2001.
Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der Widerstandsbewegung, München 1967.
Roon, Ger van: Widerstand im Dritten Reich, München 1979.
Roon, Ger van: Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste der Menschen, Berlin 1986.
Rothaug, Karl-Hans: Die Leitungskompetenz des Bundestagspräsidenten, Kassel 1979.
Rothfels, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt/Main 1958.
Rothmundt, paul/Wiehn, Erhard: Die FDP-DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979.
Rudolph, Hartmut: Die evanglische Kirche und Vertriebene 1945–1972, Bd. 1: Kirche ohne Land; Bd. 2: Kirche in der neuen Heimat, Göttingen 1984–1985.
Rürup, Reinhard (Hg.): Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände«. Eine Dokumentation, Berlin 1987.
Rummel, Alois: Der Bundestagspräsident. Amt, Funktionen, Personen, Bonn ^{8}1985.
Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln ^{2}1980.
Saalfeld, Thomas: Parteisoldaten und Rebellen. Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1990, Opladen 1995.

Sagi, Nana: Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen, Stuttgart 1981.
Sauer, Thomas: Eugen Gerstenmaier (1906–1986), in: Oppelland, Torsten (Hg.): Deutsche Politiker 1949–1969, Bd. 2, Darmstadt 1999, S. 31–40.
Schäfer, Friedrich: Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise, Wiesbaden [4]1982.
Schäfer, Gerhard: Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940–1945, Stuttgart 1968.
Scheerer, Reinhard: Evangelische Kirche und Politik, 1945–1949. Zur theologisch-politischen Ausgangslage in den ersten Jahren nach der Niederlage des »Dritten Reiches«, Köln 1981.
Scheerer, Reinhard: Kirchen für den Kalten Krieg. Grundzüge und Hintergründe der US-amerikanischen Religions- und Kirchenpolitik im Nachkriegsdeutschland, Köln 1986.
Schick, Rupert (Hg.): Der Bundestagspräsident, die Bundestagspräsidentin, Amt, Funktionen, Personen, München [4]1997.
Schick, Rupert/Zeh, Wolfgang: So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise. Die Gesetzgebung des Bundes, Rheinbreitbach 1990.
Schindler, Frank: Paulus van Husen im Kreisauer Kreis. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Beiträge zu den Plänen der Kreisauer für einen Neuaufbau Deutschlands, Paderborn 1996.
Schlabrendorff, Fabian von: Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/65, 13. Oktober 1965.
Schlabrendorff, Fabian von (Hg.): Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich, Stuttgart 1965.
Schlie, Ulrich: Kein Friede mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg 1939–1941, München 1994.
Schmid, Carlo: Erinnerungen, Bern 1980.
Schmidt, Jürgen: Martin Niemöller im Kirchenkampf, Hamburg 1971.
Schmidt, Karl-Heinz: Die Deutschlandpolitik der SED, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 12. Wahlperiode, Bd. V/3, Baden-Baden 1995, S. 2114–2293.
Schmidt, Michael: Die FDP und die deutsche Frage 1949–1990, Diss. Hamburg 1995.
Schmitt, Karl Heinz: Im Dienst des Hohen Hauses 1949–1991. Der Platzmeister erzählt, Stuttgart 1995.
Schneider, Thomas Martin: Reichsbischof Ludwig Müller. Eine Untersuchung zu Leben, Werk und Persönlichkeit, Göttingen 1993.
Scholder, Klaus: Die evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung bis zum Kriegsausbruch, in: VfZ 16 (1968), S. 15–35.
Scholder, Klaus: Die theologische Grundlage des Kirchenkampfes. Zur Entstehung und Bedeutung der Barmer Erklärung, in: Evangelische Theologie 44 (1984), S. 505–524.
Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934, Frankfurt/Main 1988.
Schönbohm, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980, Stuttgart 1985.
Schramm, Friedrich/Smidt, Udo/Schlingensiepen, Johannes (Hg.): Hermann Ehlers, Wuppertal 1955.
Schramm, Friedrich (Hg.): Hermann Ehlers – Um dem Vaterland zu dienen. Reden und Aufsätze, Köln 1955.
Schreiber, Matthias: Martin Niemöller, Reinbek bei Hamburg 1997.
Schreyer, Hermann: Der Quellenwert der im Bundesarchiv aufbewahrten staatlichen DDR-Akten im Vergleich zu den MfS-Akten und anderen archivalischen Überlieferungen der ehemaligen DDR, in: Henke, Klaus-Dietmar/Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Be-

deutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 207–210.
Schröder, Wilhelm Heinz/Weege, Wilhelm/Zech, Martina: Historische Parlamentarismus-, Eliten- und Biographieforschung, Köln 2000.
Schubert, Klaus von: Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952, München ²1972.
Schütz, Uwe: Gustav Heinemann und das Problem des Friedens im Nachkriegsdeutschland, Münster 1993.
Schultze-Pfaelzer, Gerhard: Kampf um den Kopf. Meine Erlebnisse als Gefangener des Volksgerichtshofes 1943–1945, Berlin 1948.
Schumacher, Kurt: Reden-Schriften-Korrespondenzen, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin 1985.
Schumacher, Martin (Hg.): M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 2000.
Schuster, Jacques: Heinrich Albertz – der Mann, der mehrere Leben lebte. Eine Biographie 1997.
Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1976.
Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, Stuttgart 1979.
Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981.
Schwarz, Hans-Peter: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart 1982.
Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart 1983.
Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Berlin-Krise und Mauerbau, Bonn 1985.
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg 1876–1952, Bd. 2: Der Staatsmann 1952–1967, München 1994.
Schweitzer, Carl-Christoph: Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/80, 19. Mai 1980, S. 3–24.
Schwerin, Franz von: Helmuth James Graf von Moltke. Im Widerstand die Zukunft denken; Zielvorstellungen für ein neues Deutschland, Paderborn 1999.
Shinnar, Felix Elieser: Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967.
Siebenmorgen, Peter: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990.
Silex, Karl: Das Hilfswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland, in: Kirchliches Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland 1945–1948, Gütersloh 1950, S. 389–413.
Skorvan, Martina: Das Hilfswerk der Evangelischen Kirche und seine Flüchtlingsarbeit in Hessen 1945–1955, Wiesbaden 1995.
Smith-von Osten, Annemarie: Von Treysa 1945 bis Eisenach 1948, Göttingen 1980.
Söhlmann, Fritz (Hg.): Treysa 1945 – Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer, Lüneburg 1946.
Soell, Hartmut: Fritz Erler. Eine politische Biographie, 2 Bde., Berlin 1976.
Sommer, Karl-Ludwig: Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie, Bonn 2000.
Sontheimer, Kurt: Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München ²1996.
Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, Zweiter Halbbd., bearb. von Petra Weber, Düsseldorf 1993.
Speich, Mark: Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie, Diss. Bonn 2001.

Spittmann-Rühle, Ilse/Hellwig, Gisela (Hg.): Die beiden deutschen Staaten in Ost-West-Verhältnis, Köln 1982.
Spotts, Frederic: Kirchen und Politik in Deutschland, Stuttgart 1976.
Staadt, Jochen: Versuche der Einflußnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 12. Wahlperiode, Bd. V/3, Baden-Baden 1995, S. 2406–2600.
Staadt, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.
Stählin, Wilhelm: Der neue Lebensstil, Hamburg [4]1926.
Stählin, Wilhelm: Fieber und Heil in der Jugendbewegung, Hamburg [5]1928.
Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, Frankfurt/Main [2]1996.
Statistisches Bundesamt (Hg.): Wahlberechtigte, Wähler, Stimmabgabe und Sitzverteilung bei den Bundestags-, Landtags- und Europawahlen seit 1949, Wiesbaden 1998.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Die Wahl zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 14. August 1949. Die Ergebnisse der Wahl in den Gemeinden der ehemaligen Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1953.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Statistik von Baden-Württemberg. Lange Reihen zur demographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung 1950 bis 1999, Stuttgart 2000.
Statistisches Landesamt Stuttgart (Hg.): Gemeinde- und Kreisstatistik Baden-Württemberg 1950, I. Teil: Regierungsbezirk Nordwürttemberg, Stuttgart 1952.
Steinbach, Peter: Wiederbewaffnung. Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Adenauer und die Westmächte 1950, Erlangen 1989.
Steinbach, Peter: Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der öffentlichen Meinung nach 1945, in: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime, Köln 1994, S. 79–100.
Steinbach, Peter: Repressionsakten der NS-Zeit, in: Henke, Klaus-Dietmar/Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 220–229.
Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.
Steininger, Rolf. Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Berlin 1985.
Steltzer, Theodor: Von deutscher Politik. Dokumente, Aufsätze und Vorträge, Frankfurt/Main 1949.
Steltzer, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966.
Stolle, Uta: Traumhafte Quelle. Vom Nutzen der Stasi-Akten für die Geschichtsschreibung, in: Deutschland-Archiv, 30. Jg. (1997), S. 209–221.
Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte. Stationen deutscher Geschichte 1947–1990, Berlin 1999.
Straub, Jürgen: Historisch-psychologische Biographieforschung, Erlangen 1988.
Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.
Streinz, Rudolf (Hg.): 50 Jahre Europarat: Der Beitrag des Europarates zum Regionalismus, Bayreuth 2000.
Stücklen, Richard: Zwischen Präsidentensessel und Abgeordnetenbank, in: Das Parlament vom 2. September 1978, S. 7.

Stupperich, Robert: Otto Dibelius. Ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten, Göttingen 1989.
Suckut, Siegfried: Die Bedeutung der Akten des Staatssicherheitsdienstes für die Erforschung der DDR-Geschichte, in: Henke, Klaus-Dietmar/Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 195–206.
Sündermann, Helmut: Deutsche Notizen 1945–1965. Erlebnis, Widerspruch, Erwartung, Leoni am Starnberger See 1965.
Taylor, Alan John Percivale: The Historian as Biographer, in: Klingenstein, Grete/Lutz, Heinrich/Stourzh, Gerald (Hg.): Biographie und Geschichtswissenschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis biographischer Arbeit, München 1979, S. 254–261.
Tent, James F.: Education and Religious Affairs Branch, OMGUS und die Entwicklung amerikanischer Bildungspolitik 1944 bis 1949, in: Heinemann, Manfred (Hg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981, S. 68–85.
Teppe, Karl: Trümmergesellschaft im Wiederaufbau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 8/95 vom 28. April 1995, S. 22–33.
Teyssen, Georg: Deutschlandtheorien auf der Grundlage der Ostvertragspolitik, Diss. Würzburg 1986.
Thaysen, Uwe: Änderung der Befugnisse des Bundestagspräsidenten, in: ZParl 1/1970, S. 41–43.
Thaysen, Uwe: Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems. Eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Bundestag, Opladen 1972.
Thielicke, Helmut: Glauben und Denken in der Neuzeit. Die großen Systeme der Theologie und Religionsphilosophie, Tübingen 1983.
Thierfelder, Jörg: Das Kirchliche Einigungswerk des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm, Göttingen 1975.
Toboll, Dieter Horst: Evangelische Jugendbewegung 1919–1933. Dargestellt am Bund Deutscher Jugendvereine und dem Christdeutschen Bund, Diss. Bonn 1971.
Toman-Banke, Monika: Die Wahlslogan der Bundestagswahlen 1949–1994, Wiesbaden 1996.
Toyka-Seid, Christiane: Gralshüter, Notgemeinschaft oder gesellschaftliche »Pressure-group«? Die Stiftung »Hilfswerk 20. Juli 1944« im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime, Köln 1994, S. 157–169.
Treitschke, Heinrich von: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 1, Leipzig 1897.
Troßmann, Hans: Der zweite Deutsche Bundestag. Seine Vorgeschichte, sein Aufbau und sein Wirken, Bonn 1954.
Troßmann, Hans: Der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise, Darmstadt 1963.
Troßmann, Hans: Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Kommentar in alphabetischer Ordnung zu der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, den einschlägigen Artikeln des Grundgesetzes und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nach dem Stand vom 1. Januar 1967, Bonn 1967.
Troßmann, Hans: Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages. Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung des Verfassungsrechts, München 1977.
Trott zu Solz, Levin von: Hans Peters und der Kreisauer Kreis. Staatslehre im Widerstand, Paderborn 1997.
Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstand gegen das NS-Regime, Köln 1994.

Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945, Berlin 1998.
Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der Landesvorsitzenden, bearb. von Brigitte Kaff, Düsseldorf 1989.
Unverhau, Dagmar: Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, Münster 1998.
US Department of State (Hg.): Documents on Germany, 1944–1985, Washington 1985.
US Government (Hg.): Foreign Relations of the United States, 1964–1968, Volume XV: Germany and Berlin, Washington 1999.
Venohr, Wolfgang: Stauffenberg. Symbol des Widerstands. Eine politische Biographie, München ^{2}2000.
Verhandlungen des Deutschen Bundestags. 1.–5. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bonn 1949–1969.
Vogel, Johanna: Kirche und Wiederbewaffnung, Göttingen 1978.
Voges, Wolfgang (Hg.): Methoden der Biographie und Lebenslaufforschung, Opladen 1987.
Volkmann, Hans-Erich/Schwengler, Walter (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985.
Volkmann, Hans-Erich: Adenauer und die deutschlandpolitischen Opponenten in CDU und CSU, in: Foschepoth, Josef (Hg.): Adenauer und die deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 183–206.
Vollnhals, Clemens: Evangelische Kirche zwischen Traditionswahrung und Neuorientierung, in: Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans: Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988, S. 113–167.
Wagner, Walter: Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat, München ^{2}1998.
Wagner, Wolfgang: Die Bundespräsidentenwahl 1959, Mainz 1972.
Walk, Joseph: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg ^{2}1996.
Walle, Heinrich: Widerstehen im NS-Regime. Methodologische Überlegungen über das Spektrum von Artikulationen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945, Berlin ^{4}1994, S. 493–502.
Walle, Heinrich: Der 20. Juli 1944. Eine Chronik der Ereignisse von Attentat und Umsturzversuch, in: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994 S. 364–376.
Weber, Hermann: DDR: Grundriß der Geschichte 1945–1990, Bielefeld 1991.
Weber, Petra: Carlo Schmid (1896–1979). Eine Biographie, München 1996.
Weber-Kellermann, Ingeborg: Erinnern und Vergessen. Selbstbiographie und Zeitgeschichte, in: Fischer-Rosenthal, Wolfram/Alheit, Peter (Hg.): Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte, Opladen 1995, S. 14–30.
Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und die EVG. Eine Studie zum subjektiven Faktor in der Politik, in: Volkmann, Hans-Erich/Schwengler, Walter (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985, S. 255–270.
Weinacht, Paul-Ludwig (Hg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978.
Weingardt, Markus: Deutsch-israelische Beziehungen. Zur Genese bilateraler Verträge 1949–1996, Konstanz 1997.
Weiz, Christoph (Hg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, München ^{2}1995.
Weizsäcker, Ernst von: Erinnerungen, München 1950.

Wengst, Udo (Bearb.): Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, Düsseldorf 1985.
Wengst, Udo: Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: VfZ, 34. Jg. (1986), H. 1, S. 1–52.
Wengst, Udo: Thomas Dehler (1897–1967). Eine politische Biographie, München 1997.
Wenig, Gerhard: Die Würde des Hauses, in: ZParl, Jg. 17 (1986), H. 2, S. 248–262.
Widmer, Sabine: Kirchheim unter Teck zwischen Handwerk und Industrie 1806–1914, Kirchheim unter Teck 1987.
Winkler, Heinrich August (Hg.): Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979.
Winnig, August: Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg 1930.
Winnig, August: Frührot. Ein Buch von Heimat und Jugend, Hamburg ^{2}1950.
Winzer, Otto: Kreuzritter des Neokolonialismus. Erklärung abgegeben auf einer internationalen Pressekonferenz des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR am 4. November 1960, Berlin (Ost) 1961.
Wischnath, Johannes Michael: Kirche in Aktion. Das Evangelische Hilfswerk 1945–1947 und sein Verhältnis zu Kirche und Innere Mission, Göttingen 1986.
Witter, Ben: Prominentenporträts, Frankfurt/Main 1977, S. 107–114.
Wollasch, Hans-Josef: Humanitäre Auslandshilfe für Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg. Darstellung und Dokumentation kirchlicher und nichtkirchlicher Hilfe, Freiburg 1976.
Wolle, Stefan: Die Aktenüberlieferung der SED als historische Quelle, in: Henke, Klaus-Dieter/Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 211–219.
Wucher, Albert (Hg.): Wie kam es zur Bundesrepublik? Politische Gespräche mit Männern der ersten Stunde, Freiburg im Breisgau 1968.
Wurm, Theophil: Erinnerungen aus meinen Leben, Stuttgart 1953.
Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952, München 2002.
Zeller, Eberhard: Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli, München 1952.
Zentralbüro des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland (Hg.): Jahresbericht des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland für das Berichtsjahr vom 1. April 1946 bis 31. März 1947, Stuttgart 1947.
Zentralbüro des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland (Hg.): Drei Jahre Hilfswerk, Stuttgart 1948.
zur Mühlen, Bengt von (Hg.): Die Angeklagten des 20. Juli vor dem Volksgerichtshof, Berlin 2001.

Abs, Hermann Josef 230
Adenauer, Konrad 12, 20, 207, 211, 214, 225–234, 240, 237 f., 240, 244, 247–251, 255–258, 261, 262, 264–280, 284–292, 295–298, 300, 302, 305 f., 309, 318, 326 f., 329 f., 332, 334 f., 342 f., 349, 351–367, 369, 372 f., 375–381, 385–408, 410, 412 f., 419–422, 427, 468, 470, 474
Aland, Kurt 17
Albertz, Heinrich 253
Alheit, Peter 12
Allemann, Fritz René 250
Allmann, Albrecht (Pseudonym E. Gerstenmaiers) 101 f., 436
Altaffer, Maurice 182
Altenburg, Günther 107, 110
Althaus, Paul 74
Altmeier, Peter 291, 320
Amsberg, Heinz 465
Arndt, Adolf 333
Arndt, Karl 171, 174, 183, 189, 193
Asmussen, Hans 168, 185–187, 196 f., 199
Attlee, Clement Richard 169

Baade, Fritz 224
Bachmann, Wilhelm 67, 84, 86, 88, 90–94, 97 f., 147, 467
Barth, Karl 46 f., 49 f., 59, 63, 74, 76, 79, 81, 126, 129, 165–169, 184, 370, 375
Bartók, Olga 458
Barzel, Rainer 309, 316, 322, 411, 413 f., 447–449, 454, 458, 463 f.
Bauer, Georg 112, 384
Bauer, Walter 175, 209, 460
Baumgarten, Paul 325
Bausch, Paul 22, 26, 208, 264 f., 416, 453 f., 457 f., 464 f.
Beck, Ludwig 140, 142 f.
Behm, Johannes 74
Beitz, Berthold 457
Bell, George 92
Bengel, Albrecht 26
Berg, Christian 173, 175, 210, 425
Berger, Gottlob 153–155
Berger, Hans 373, 410–414
Berggrav, Eivind 100, 103 f., 128, 167
Bernardis, Robert 148
Bernecker, Walther 16
Besier, Gerhard 76 f., 168, 177
Beust, Joachim von 462
Beyer, Hans 99
Binder, Hermann 35
Binder, Paul 343, 457
Birnbaum, Walter 66
Blank, Theodor 236, 244 f., 272, 279, 393, 412
Blankenhorn, Herbert 211, 225, 244 f., 258, 270–273, 275 f., 279, 291, 295, 354, 386
Blücher, Franz 266, 268
Blumenwitz, Dieter 332
Blumhard, Christoph 26
Bodelschwingh, Friedrich von 41–45
Bodelschwingh, Heinz von 208
Böhm, Franz 347 f., 378, 400
Bonhoeffer, Dietrich 69, 114, 125
Boom, Hans 467
Booz, Rüdiger Marco 347, 349
Bormann, Martin 147, 150 f., 200
Bornikoel, Bernhard 111
Bosch, Manfred 11
Bourdieu, Pierre 12
Boyens, Armin 66, 74, 76 f., 80, 100, 108, 113, 163 f., 172 f.
Bracher, Karl-Dietrich 46, 77
Brandt, Karl 463
Brandt, Willy 311, 316, 321, 333 f., 368, 381, 396, 403–405, 414, 454, 463
Braun, Hilde 172
Brecht, Martin 27
Brentano, Heinrich von 223 f., 230 f., 244 f., 256, 263, 265 f., 268, 274 f., 279, 281, 295, 299, 300–302, 305, 324, 328 f., 333–335, 342 f., 346, 355–358, 360–366, 369, 389, 407
Breuer, Thomas 55
Brügelmann, Hermann 49, 51–53, 175
Brüning, Heinrich 33, 39, 228
Brunner, Emil 49, 50, 54, 59, 68, 79, 114, 155, 166
Brunotte, Heinz 239
Brunstäd, Friedrich 38, 40 f., 49, 58–60, 68, 70, 74, 82, 88

Bucerius, Gerd 225, 244f.
Buchheim, Hans 248
Bührer, Werner 267, 280, 359
Bursig, Hans 344
Busch, Clemens 134
Büttner, Johannes 102

Canaris, Wilhelm 114, 119, 124f., 129, 439
Chruschtschow, Nikita 331, 339, 360, 362, 428
Churchill, Winston 124, 130, 256, 281f.
Cillien, Adolf 416
Cioc, Mark 359
Clay, Lucius D. 189, 193, 198f., 201f.
Cockburn, James Hutchinson 161, 172
Collmer, Paul 21f., 37, 64, 175f., 180, 197, 199, 208f., 214, 217–220,
Conze, Werner 275
Cordier, Leopold 30f.
Crainic, Nichifor 112
Cremer, Wilhelm Randall 345
Curtis, Lionel 130

Dalcher, Laurence 200
Dam, Henrik Carl Peter van 460
Dehler, Thomas 12, 266, 284f., 288, 291, 300, 313, 317, 322, 355, 387
Delbrück, Justus 114
Delekat, Friedrich 78
Delp, Alfred 128, 132–135, 140, 149–151
Deppermann, Klaus 27
Dibelius, Martin 74
Dibelius, Otto 45, 55, 168, 195, 206f., 209f., 221f., 238–245, 260, 262, 277
Dichgans, Hans 317
Dietrich, Martin 200
Dietrich, Wolf 336, 402
Dietz, Johannes 167
Dittmann, Wilhelm 45
Doehring, Karl 266
Doering-Manteuffel, Anselm 275
Doernberg, Stefan 419
Doerne, Martin 71
Dohnanyi, Hans von 125
Dohnanyi, Klaus von 461
Dollfuß, Engelbert 54, 93
Dönhoff, Marion Gräfin von 133, 136
Dörpinghaus, Bruno 211f.
Dotterweich, Volker 16
Dožić, Gavrilo 112
Dufhues, Josef Hermann 309, 393, 412
Dullenkopf, Otto 456
Dulles, Allen Welsh 130, 159–161, 425
Dusen, Henry van 98

Eckert, Michael 352
Eckhardt, Felix von 258, 279, 295
Egen, Peter 295
Ehard, Hans 214
Ehlers, Hermann 23, 225, 237, 244f., 279, 295–297, 300–302, 304f., 326, 331, 415f., 470
Ehrenström, Nils 100
Eiermann, Egon 323, 325
Einsiedler, Horst von 132f., 135, 138
Eisenhower, Dwight D. 172, 258, 272, 354
Ellwein, Theodor 74
Elzer, Hermann 286
Enders, Ulrich 280f.
Engelberg, Ernst 12
Erb, Günther 30
Erhard, Ludwig 12, 218f., 229, 235, 237, 266, 309, 327, 330, 369, 373f., 381, 389f., 392, 399, 401–404, 406–412, 457, 474
Erler, Fritz 356, 403, 405, 411
Eschenburg, Theodor 215
Espy, Edwin 80, 94

Faulhaber, Michael von 162
Federer, Georg 197, 206, 208f., 214, 217, 222, 251, 341, 462
Fenn, Eric 71
Fest, Joachim 144
Fichte, Johann Gottlieb 81
Filbinger, Hans 456
Finker, Kurt 132
Fischer, Alexander 238
Fischer, Benno 99, 102
Fischer, Hans 375
Fischer, Horst 456
Fischer-Rosenthal, Wolfram 12
Fleischer, Hagen 112, 131
Fleischer, Otto Heinrich 198, 200
Foertsch, Walther 43f.
Forell, Birger 184, 191
Foss, Öyvind 17, 155, 157, 172
Frasch, Werner 26
Fratzscher, Heinz 427
Frederik, Hans 431
Freerksen, Enno 88, 440
Freisler, Roland 149–151, 445
Freudenberg, Adolf 161, 163, 167
Frick, Constantin 74, 156f.
Frick, Wilhelm 47, 54

Frings, Josef 162
Fritz, Hartmut 55
Fritzsche, Hans Karl 236
Fromme, Friedrich 16
Fugger von Glött, Joseph Ernst Fürst von 150f., 228, 281
Funke, Manfred 46, 77
Furler, Hans 358

Gäbler, Ulrich 27
Gabriel, Oskar W. 405
Gallus, Alexander 263
Gaulle, Charles de 200, 369–372
Gaus, Günter 27–29, 35, 84, 89, 122f., 130, 297, 305f., 350
Geißler, Heiner 465f.
Gerber, Hans 74
Gerling, Robert 174
Gersdorff, Wolf von 175, 188, 191, 194f., 197, 237, 259, 262, 274
Gerstenmaier, Albert 26, 160
Gerstenmaier, geb. Laufer, Albertine 26f., 34
Gerstenmaier, Albrecht 26–28, 34, 40
Gerstenmaier, geb. von Schmidt, Brigitte 95f., 148, 150, 164, 180, 297, 303, 310, 407, 467
Gerstenmaier, Cornelia Irene 119
Gerstenmaier, Gerhard 26, 175
Gerstenmaier, Hermann 26, 428
Gerstenmaier, Maria 26, 236, 442, 454f., 458, 467
Gerstenmaier, Ruth 26
Gerstenmaier, Walter 26, 175, 209
Gerstenmaier, York Christian 18, 133
Gewandt, Heinrich 461
Gisevius, Hans-Bernd 126, 186
Globke, Hans 279, 295, 297, 355, 364, 392, 397f., 403, 406f., 420–422, 424
Goebbels, Joseph 47, 140, 158
Goerdeler, Carl 128, 132, 140, 150
Goes van der Naters, Marius van der 285f., 290
Goethe, Johann Wolfgang von 29
Goldmann, Nahum 350
Gollwitzer, Helmut 253, 375, 377–379, 429
Gradl, Johann 322, 364
Graml, Hermann 274
Grebing, Helga 121
Greschat, Martin 164, 171
Grewe, Wilhelm 334
Gröber, Conrad 162
Grotewohl, Otto 278, 297
Grüber, Heinrich 99, 100, 123, 178, 197, 426, 464
Grundig, Willy 84f., 439
Güde, Max 449
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 114, 363

Haeften, Barbara von 127
Haeften, Hans Bernd von 109, 123f., 128, 132f., 140, 144
Haerdter, Robert 306
Hagen, Albrecht von 148
Hahn, Hugo 168
Hähner, Olaf 11, 14
Hallstein, Walter 57, 265f., 272, 276, 289f., 297, 300, 347–349, 354
Hamm, Justin 231
Handschell, Christian 13
Hartmann, Alfred 259f., 262
Hase, Paul von 143, 148
Hassel, Kai-Uwe von 12, 309, 315, 338, 349, 373, 410, 427
Hassel, Ulrich von 140
Haubach, Theo 132f., 138, 140, 207
Haugg, Werner 119
Hauptmann, Gerhard 29
Hauschild, Wolf-Dieter 17, 97
Haußmann, Wolfgang 388, 404
Heck, Bruno 16, 237, 309, 412f., 452, 455–457, 463, 465
Heckel, Theodor 59–66, 69f., 73–75, 78–80, 87, 89–91, 93f., 96–99, 101f., 104, 105, 107–110, 113, 115–118, 120, 125–127, 148, 169, 438, 440f.
Heer, Hannes 431
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 81
Hehl, Ulrich von 46, 77
Heiber, Helmut 72
Hein, Dieter 215
Heinemann, Gustav 168, 208, 211, 214, 225, 227, 239f., 255, 263f., 277, 279, 282, 337, 355f., 358
Heinemann, Ulrich 129
Held, Heinrich 168
Helferich, Carl 303
Hellwig, Fritz 287f., 296, 465
Henk, Emil 460
Hentschel, Volker 12, 218
Henzler, Christoph 12
Hepp, Ernst 198, 200f.
Herber, Franz 144, 147

Herbert, Karl 252
Herbst, Ludolf 54, 267, 280, 359
Herman, Stewart 174, 177
Hermanns, Johannes 15
Hermsdorf, Harry 160f., 164
Herntrich, Volkmar 195
Herter, Christian 334f.
Herwarth, Hans von 295
Heß, Rudolf 88
Hesse, Hermann 29
Hesse, Hermann Albert 42
Heuss, Theodor 225, 261, 300, 326f., 331f., 335, 358–360, 388f., 394, 397f., 400
Heyde, Bodo von der 143
Heydemann, Günter 23, 41, 55
Heydrich, Reinhard 115, 439
Hildebrand, Klaus 409
Hildebrandt, Friedrich 58
Hindenburg, Paul von 39, 151
Hirsch, Martin 448f., 454
Hitler, Adolf 40–42, 44–46, 48, 54–56, 64, 72f., 79, 92–94, 96, 99, 101, 104, 109, 116, 122, 124f., 127, 129f., 136, 140–144, 159, 200, 232, 420, 425f., 443, 454, 462, 464, 468
Höcherl, Hermann 327, 340, 358, 397, 400f.
Hoepner, Erich 148
Hoffmann, Peter 129f., 132, 137, 140
Holtzbrinck, Georg von 462f.
Hossenfelder, Joachim 44
Huber, Max 159
Huber, Wolfgang 17, 31
Huch, Ricarda 124
Hudemann, Rainer 290
Hüfner, Karl 405
Hürten, Heinz 173
Husen, Paulus van 132f., 135, 137
Husserl, Edmund 50
Hutten, Ulrich von 40

Ismayr, Wolfgang 303, 310, 314, 327

Jackson, Robert H. 160f.
Jacobsen, Hans-Adolf 46, 77
Jäger, August 54f.
Jäger, Richard 413
John, Otto 141, 143

Kaisen, Wilhelm 281
Kaiser, Jakob 123, 178, 266, 268, 276, 279, 280, 287, 291, 394
Kaiser, Jochen-Christoph 17, 31
Kalinna, Hermann 64
Kaltenbrunner, Ernst 21, 147, 151
Kammhuber, Joseph 427
Kant, Immanuel 81, 308
Kapler, Hermann 42
Käppner, Joachim 421, 423
Karpen, Ulrich 132, 139
Kather, Linus 236
Keller, Adolf 54, 67f., 167–169
Keller, Barbara 18
Keller, Gottfried 29
Kennedy, John Fitzgerald 362
Kentner, Gerhard 122
Kern, Wilhelm 46
Kettenacker, Lothar 23, 41, 55, 144
Kiep, Otto Karl 139
Kiesinger, Kurt Georg 20, 266, 281, 295, 357f., 360, 383, 394, 413–415, 435, 445, 448, 453, 456–458, 462, 474
Kittel, Manfred 350
Klausing, Friedrich 148
Kleiner, Fritz 216, 220
Kleinmann, Hans-Otto 217, 273, 472
Kleinschnittger, Karl-Heinz 303f., 319, 326
Kleist, Ewald 149
Klepsch, Egon 447
Kleßmann, Christoph 158, 228, 319, 359
Klingl, Friedrich 285
Klocksin, Jens 251
Knabe, Hubertus 419, 427, 434
Koch, Hans 84, 89, 113
Koch, Karl 66
Kocka, Jürgen 11
Koerfer, Daniel 401, 404–406
Koester, Jean 155
Kohl, Helmut 412, 465–467, 475
Köhler, Erich 304, 331
Köhler, Henning 12
Kohut, Oswald 317, 343f.
Kosthorst, Daniel 266, 268, 275, 329, 333–335, 354, 360
Kosthorst, Erich 275
Kraft, Waldemar 216
Kranenpohl, Uwe 309
Kraske, Konrad 415
Krekeler, Heinz 258
Kreutzer, Heike 76f.
Kreutzer, Walter 292
Krieger, Wolfgang 238
Krimm, Herbst 176, 198, 221f., 238

Krone, Heinrich 20, 225, 230 f., 271 f., 279 f., 297, 299, 301 f., 312, 328, 332–334, 353, 357–360, 362–368, 378, 380, 386 f., 389, 394, 397 f., 400–403, 405 f., 454, 456 f., 465 f.
Krüger, Dieter 421
Krüger, Gerhard 106
Krummacher, Friedrich Wilhelm 63, 96–98, 375
Kunst, Hermann 16, 156, 199, 251, 375, 377, 462
Kunze, Rolf-Ulrich 64–66, 105, 148
Küpper, Jost 248

Lachenmaier, Hermann 215 f., 219 f.
Lademacher, Horst 250
Lampe, Gertrud 459
Lappenküper, Ulrich 264
Laufer, Heinz 308
Leddy, John 416
Le Goff, Jacques 12
Lehr, Robert 225, 266
Lemke, Michael 264, 362, 424
Lemmer, Ernst 296–299, 333, 336, 358, 364, 394
Lenz, Otto 20, 244 f., 261 f., 264, 266, 269, 278 f., 287, 296, 299 f.
Leonhardt, Gottfried 224
Lerche, Anni 140, 143
Lessing, Gotthold Ephraim 29
Leuschner, Wilhelm 134
Leverkuehn, Paul 274
Liese, Hans 309
Lilge, Herbert 158
Lilje, Hanns 68, 167 f., 177, 185, 196, 199, 252
Lindemann, Mechthild 332
Lindgren, Amanuens Henrik 119 f.
Löffelholz, Thomas 16
Lohmann, Karl 368
Lohrmann, Eberhard 175 f., 179 f.
Losemann, Volker 84 f.
Loth, Wilfried 274 f., 289
Löwenthal, Richard 443, 446
Lübke, Heinrich 12, 327, 332, 336 f., 372, 400, 405, 409, 413, 424, 432, 437
Lüders, Maria-Elisabeth 301
Ludlow, Peter W. 67 f., 104, 107, 109, 126
Lukaschek, Hans 137, 227, 235
Lukowicz, Joachim von 178, 209, 217
Luther, Martin 107, 115

Maass, Hermann 134 f.
Mahncke, Dieter 331, 361
Maier, Andreas 17
Maier, Peter 168
Maier, Reinhold 195, 237, 242, 258–262, 270, 388, 395–397
Marahens, August 42, 48, 55, 77
Maßmann, Wilhelm 74, 433
Mattik, Kurt 340
Mauch, Christof 130, 144, 159
Maunz, Theodor 427
Maurer, Hermann 154, 176, 212–214, 216, 218
May, Gerhard 70, 74
McCloy, John 143
McCloy, John J. 248, 255
Medefind, Heinz 256, 280
Meding, Dorothee von 95, 133, 148 f.
Mehnert, Klaus 22, 195, 199, 265, 273, 303, 310, 371, 408, 442, 454 f., 457, 460, 462–464
Meier, Andreas 295, 304 f., 326
Meiser, Hans 48, 54–56, 166, 168, 188, 195, 242, 244 f.
Mejer-Eppinger, Maria 40, 149
Melle, Otto 79
Mende, Erich 322–324, 330, 348, 359, 380, 397 f., 403 f., 410
Mendès-France, Pièrre 273
Menn, Wilhelm 71, 74
Menzel, Walter 321
Merchant, Livingston 298 f., 334 f.
Merkatz, Hans-Joachim von 224, 266, 319, 321
Merz, Dietmar 157, 178, 187
Meyer, Lawrence 239
Meyer, Maria 467
Meyer, Winfried 125, 439
Meyle, Paul 404
Michalka, Wolfgang 109
Michelfelder, Sylvester Clarence 163 f., 174, 206
Mierendorff, Carlo 132 f., 138 f., 207
Mikojan, Anastas Iwanowitsch 360
Mohr, Arno 11
Möller, Alex 395, 415
Moltke, Freya von 131, 135, 138, 150
Moltke, Helmuth James Graf von 23, 119, 123, 127, 128–135, 137–140, 142, 147, 149–151, 208, 468
Mommer, Karl 285 f., 291
Monnet, Jean 289

Morsey, Rudolf 12, 248, 276, 327, 335, 400, 405, 409, 437
Moser, Christian 33–35
Muench, Aloys 173
Mühlens, Heinrich von zur 140, 143
Mühlhausen, Walter 250
Müller, Eberhard 186, 196
Müller, Friedrich 373
Müller, Hermann 33
Müller, Josef 208, 225
Müller, Julius 277
Müller, Klaus-Jürgen 125
Müller, Ludwig 41–48, 52, 54–58, 63, 66, 69, 72, 88
Müller, Otto 29
Muregger, Dietrich 21
Murphy, Robert 199, 201, 211

Nasser, Gamal Abdel 342, 348 f.
Nebgen, Elfriede 275
Neuhaus, Karl 146 f.
Neumayer, Fritz 235
Neurath, Konstantin Freiherr von 54
Niederalt, Alois 321
Niedermayer, Oskar 405
Niemann, Jürgen 249
Niemöller, Martin 46–48, 63, 92, 126 f., 165–169, 183 f., 240–242, 244, 277, 282, 375 f., 429
Niesel, Wilhelm 168
Niklas, Wilhelm 227
Noack, Paul 269
Norden, Albert 421, 424 f., 427, 435, 437
Nowak, Kurt 22, 23

Oberländer, Theodor 391, 420–422, 425, 427
Oldham, Joseph H. 68, 70 f.
Ohl, Otto 156
Ohlemüller, Gerhard 74
Olbricht, Friedrich 140, 142–144
Olenhusen, Irmtraud Götz von 19
Ollenhauer, Erich 250, 268, 346, 352 f., 368, 394, 403 f.
Olzog, Günter 309
Oppelland, Torsten 16
Oster, Hans 125

Pagel, Paul 63, 122
Papen, Franz von 39
Passy, Frédéric 345
Pawlowski, Karl 178, 181
Peters, Hans 132–134, 137
Pferdmenges, Robert 245, 379, 403
Pfleiderer, Karl Georg 224, 285
Pieck, Wilhelm 179
Plattner, Friedrich Oswald 84–86, 439
Poelchau, Harald 134, 155, 157, 175
Pohle, Wolfgang 341
Poidevin, Raymond 290
Pollock, James 189
Pombeni, Paolo 164, 172
Popitz, Johannes 114, 128, 140, 149
Portmann-Tinguely, Albert 173
Pörtner, Rudolf 26, 222
Pressel, Wilhelm 62, 161, 175, 178, 187, 222
Preysing, Konrad Graf von 127, 161 f.
Priepke, Manfred 46
Pünder, Hermann 228, 266, 281
Puttkamer, Jesco von 368

Querg, Thorsten 108

Ramcke, Hermann Bernhard 19, 74, 91, 109, 114, 122, 148, 151, 232, 432 f., 444, 454
Ramin, Baruim von 143
Rasner, Will 379, 463
Rathke, Arthur 458
Rauch, Ulrike Haniel von 451
Rauscher, Anton 252
Recker, Marie-Luise 54, 207, 361
Rehling, Luise 281
Reichwein, Adolf 132–135, 138, 140, 207
Reimer, Maike 18
Reisert, Franz 150 f.
Remer, Otto Ernst 143
Ribbentrop, Joachim von 107, 109, 115 f., 118, 200
Richter, Willi 427
Riddelberger, James 201
Ringleben, Joachim 38
Rinné, Erik 397
Ritter, Gerhard 262, 265 f., 270, 275 f., 281, 372
Röckelein, Hedwig 11 f.
Röhm, Ernst 54
Roon, Ger van 77, 92, 119, 124, 129, 131, 133, 135 f., 139 f.
Roosevelt, Theodore 130
Rösch, Augustin 128, 132–134, 140
Rosenberg, Alfred 76 f.
Rothmundt, Paul 215
Rudolph, Hartmut 163 f., 189, 203
Ruf, Sepp 325

Ruf, Thomas 262
Rummel, Alois 303f., 315
Rupp, Hans Karl 358
Rust, Bernhard 58

Sadat, Anwar El 349
Sagi, Nana 348
Sänger, Fritz 340, 448f., 460
Sarkowicz, Hans 16
Sauer, Thomas 16
Sautter, Reinhold 460
Sayn-Wittgenstein, Botho Prinz von 447
Sayn-Wittgenstein, Casimir zu 464
Schäfer, Fritz 43
Schäfer, Gerhard 47
Schäffer, Fritz 12, 259–262, 266
Scheel, Walter 414, 461
Scheerer, Reinhard 173
Schellenberger, Barbara 121
Schellknecht, Helmut 321f.
Scherpenberg, Hilger van 344
Schetter, Martin 383f.
Scheufelen, Klaus 393, 452, 456f.
Schick, Rupert 17, 303f., 315, 450
Schiller, Friedrich 29
Schiller, Karl 49
Schindler, Frank 132
Schinke, Gerhard 56, 88
Schlabrendorff, Fabian von 16, 75, 82, 90, 147, 155, 160, 433f., 442, 444, 459
Schlange-Schöningen, Hans 228f.
Schleier, Hans 12
Schlingensiepen, Hermann 126
Schlingensiepen, Johannes 295, 305
Schmid, Carlo 12, 20, 224, 229f., 250f., 266, 295, 306, 314, 317f., 322–324, 357, 398f., 407, 410
Schmidt, Georg von 95
Schmidt, Helmut 448
Schmidt, Jürgen 47
Schmidt, geb. Zwingenberger, Maria Elsa von 95
Schmitt, Karl Heinz 299
Schmitz, Jan 455
Schneemelcher, Wilhelm 17
Schneider, Carl E. 198
Schneider, Heinrich 285
Schneider, Thomas Martin 45, 48, 55
Schober, Theodor 157, 184f., 221, 227
Schoettle, Erwin 448
Scholder, Klaus 48, 56
Schomerus, Johannes 198
Schönfeld, Hans 67f., 70f., 78f., 83, 90, 98–100, 105, 108, 114, 123–126, 155–157, 159, 161, 163, 168f.
Schott, Andreas 132, 139
Schramm, Friedrich 295, 365
Schreiner, Helmut 47, 72f., 76, 82, 88
Schröder, Gerhard 20, 247, 297, 331–334, 349, 367, 369, 373f., 381, 401, 407–413, 416, 427, 467
Schröder, Jürgen 53
Schuberth, Hans 227
Schukow, Georgi Konstantinowitsch 179
Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der 149
Schulenburg, Fritz Dietlof Graf von der 129, 132, 137, 139f., 143f., 148
Schulte, Dieter 456
Schultze-Pfaelzer, Gerhard 151
Schultze-von Lasaulx, Hermann Arnold 57
Schulze-Vorberg, Max 323
Schumacher, Kurt 207, 215, 247, 250, 283
Schumacher, Martin 281
Schumacher-Hellmond, Otto 222
Schuman, Robert 289
Schumann, Maurice 289
Schuster, Georg 215f., 219–221
Schütz, Hans 281
Schwarz, geb. Gerstenmaier, Hanna 26, 151
Schwarz, Hans-Peter 12, 225, 229, 247, 264, 274, 276, 279f., 291, 296, 298, 331, 355, 360, 362, 375, 402f., 507
Schweitzer, Carl-Christoph 228
Schwengler, Walter 269
Schwerin, Franz Graf von 132
Schwerin von Schwanenfeld, Ulrich Wilhelm Graf 139, 143f.
Seebohm, Hans-Christoph 232, 266
Seitter, Oswald 455
Severing, Carl 33
Seydlitz, Friedrich Wilhelm von 43
Shinnar, Felix 346, 350, 458
Siebenmorgen, Peter 360
Silex, Karl 201
Simpfendörfer, Wilhelm 208f., 220, 261, 407
Sinn, Karl 216
Skorvan, Martina 17, 157, 163, 178, 183f., 194
Smend, Rudolf 168
Smidt, Udo 295, 305
Söhlmann, Fritz 168–170, 254
Solz, Adam von Trott zu 109, 123, 128, 132, 137, 140

Sonnemann, Theodor 427
Sontheimer, Walther 35
Sowade, Hanno 267, 280, 359
Späth, Lothar 466
Speich, Martin 12
Spengler, Oswald 32
Sperr, Franz 150f.
Splett, Oskar 461
Spotts, Frederic 375
Staadt, Jochen 428
Stähelin, Wilhelm 31
Stalin, Josif W. 99, 105, 169, 200, 272, 274–276
Stauffenberg, Berthold Graf Schenk von 143
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 139–144
Stauffenberg, Hans Christoph Freiherr von 210f.
Steinbach, Peter 121, 125, 136, 141, 144, 439
Steininger, Rolf 252, 274
Steltzer, Theodor 119, 127f., 130, 132–134, 137, 139f., 149
Stieff, Helmuth 148
Stöckling, Kurt 51f.
Stolper, Toni 359, 397
Stöss, Richard 405
Straßmann, Fritz 122
Strauß, Franz Josef 20, 226, 268, 342, 401, 404f., 408f., 411, 413, 427, 446, 451
Streinz, Rudolf 280
Stücklen, Richard 30, 448, 454
Studnitz, Hans-Georg von 309
Sturm, Marcel 172, 200
Sündermann, Helmut 151

Taschler, Daniela 463
Teppe, Karl 158
Tewaag, Helmut 224
Teyssen, Georg 463
Thadden, Rudolf von 164, 172
Thadden-Trieglaff, Reinhold 253f.
Thiele, Konrad 233, 241, 256, 282
Thielicke, Helmut 161, 460, 463
Thurneysen, Eduard 79
Tillmanns, Robert 178, 208, 211, 221, 230, 237, 245, 265, 416
Tito, Josip Brosz 339, 354
Toman-Banke, Monika 249
Toyka-Seid, Christiane 207
Treitschke, Heinrich von 11
Troebs, Karl 75, 82, 87, 89, 440
Troßmann, Hans 237, 310, 314f., 319, 341
Trotha, Carl Dietrich von 132f., 138
Trott zu Solz, Adam von 109, 119, 123f., 128–130, 132f., 140
Trott zu Solz, Levin von 137
Truman, Harry S. 160, 169, 181f., 354
Tuchel, Johannes 121, 125, 136, 141, 144, 439
Twardowski, Fritz von 106f., 112f.

Ueberschär, Gerd 141, 144, 207
Ulbricht, Walter 349
Unverhau, Dagmar 430

Venohr, Wolfgang 141
Verschuer, Otmar von 74–76
Visser t'Hooft, Willem Adolf 114, 124, 159, 163, 167
Vogel, Johanna 240, 253, 255
Vogel, Rudolf 212
Volkmann, Hans-Erich 269

Wacher, Gerhard 316
Waetjen, Eduard 159, 161, 163
Wagenbreth, Rolf 427
Wagner, Hans 452
Wagner, Wolfgang 333
Wahl, Hans 63, 68, 97, 116f.
Walk, Joseph 46
Wallace, William 289
Walle, Heinrich 121, 141, 143
Walter, Johannes von 40
Weber, Petra 12, 251, 266, 357, 399
Weber, Hermann 232
Wehner, Herbert 256, 361, 364f., 367f., 403f., 414f., 474
Weinacht, Paul-Ludwig 208, 384
Weingardt, Markus 339
Weiß, Eugen 455
Weisser, Gerhard 20, 234, 236
Weisz, Christoph 154
Weizsäcker, Ernst Freiherr von 116, 202
Weizsäcker, Richard von 376
Wellhausen, Hans 224, 245
Wendland, Heinz-Dietrich 74
Wendt, Hans 302–304
Wengst, Udo 12, 214, 218, 285, 291
Wenzel, Fritz 224
Wessel, Helene 263, 279
Wessels, Wolfgang 289
Wettig, Gerhard 274
Weyer, Willi 388
Weyrauch, Wolfgang 377
Wickert, Christl 121

Widmer, Sabine 25f.
Wiedemann, Lothar 64
Wiehn, Erhard 215
Wiggershaus, Norbert 141
Wildermuth, Eberhard 249
Wilm, Ernst 345, 347
Winkler, Frank 21
Winnig, August 32
Winzer, Otto 16, 425f.
Wirmer, Josef 122f.
Wirsing, Giselher 227, 454, 457
Wischnath, Johannes Michael 17, 155, 157, 161, 163, 167, 170f., 175, 178–181, 183, 185, 186, 193f., 198f., 222, 238, 241
Witzleben, Erwin von 148
Wobbermin, Georg 116
Wrage, Wilhelm 43f.
Wuermeling, Franz-Josef 301, 465
Wurm, Theophil 45–48, 55, 60, 62f., 70, 81, 90, 127f., 130, 142, 154, 156f., 161, 163f., 166–168, 170–172, 177, 190, 196, 385

Yorck von Wartenburg, Irene 132, 134
Yorck von Wartenburg, geb. Winter, Marion Gräfin 133f., 136, 138, 149
Yorck von Wartenburg, Paul Graf 175
Yorck von Wartenburg, Peter Graf 128f., 132–135, 140, 142–144, 147f., 156, 175

Zarusky, Jürgen 274
Zehrer, Hans 129
Zoellner, Wilhelm 67f., 76f.
Zuckmayer, Carl 133

Bibliographische Information
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

EX OFFICINA
2005

Schriften
Elzevir/Caspari (dtl)

Satz
SatzWeise Föhren

Papier ⊗
Geese Hamburg

Gewebe
Bamberger Kaliko

Druck und Herstellung
Verlagsdruckerei Schmidt
Neustadt/Aisch

Printed in Germany